



# HESSISCHER LANDTAG

01. 07. 2003

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

**Antrag  
der Fraktionen der CDU, der SPD,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP  
betreffend Einsetzung einer Enquetekommission  
"Demographischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik"**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Nach § 55 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags wird eine Enquetekommission eingesetzt, die sich mit den Auswirkungen des demographischen Wandels unserer Gesellschaft befasst. Ziel ist die Erarbeitung von konkreten Lösungsvorschlägen für die anstehenden Herausforderungen in Hessen und die Entwicklung von Empfehlungen für das Landesparlament. Die Erarbeitung der Vorschläge soll auf den Ergebnissen der Enquetekommission des Deutschen Bundestags "Demographischer Wandel - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und an die Politik" unter Einbeziehung der Untersuchung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung "Demographische Entwicklung bis 2010" vom 16. Dezember 2002 und Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sowie des Statistischen Landesamtes basieren.

Die Enquetekommission soll:

- alle Politikbereiche und unterschiedliche gesellschaftliche Strömungen bündeln, um die Auswirkungen der demographischen Entwicklung ressortübergreifend zu untersuchen;
- Lösungsvorschläge unter Berücksichtigung der infrastrukturellen (Kindergärten, Schulen, Hochschulen etc.) Auswirkungen auf Hessen erarbeiten, um der jungen Generation Bildung, Erziehung, Ausbildung und Betreuung zu sichern;
- sich mit den strukturellen (wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen sowie sozialpolitischen) Auswirkungen auf Hessen beschäftigen und problemorientierte Empfehlungen erarbeiten, um Frauen und Männern die Partizipation am Arbeitsleben sowie den Arbeitskräftebedarf für den Wirtschaftsstandort Hessen zu sichern;
- die Wechselwirkungen zwischen demographischem Wandel und Bevölkerungsbewegungen untersuchen und gegebenenfalls Handlungsnotwendigkeiten aufzeigen;
- Lösungsvorschläge unter Berücksichtigung der infrastrukturellen (Krankenhäuser, Altenheime, steigender Pflegebedarf/soziale Dienste etc.) Auswirkungen auf Hessen erarbeiten, um der älteren Generation so lange wie möglich ein selbstständiges Leben zu sichern;
- die Auswirkungen des demographischen Wandels auf das Verhältnis öffentlicher zu privater Daseinsfürsorge aufzeigen;

- gesellschaftspolitische Diskussionen anstoßen, um das Bewusstsein der Menschen in Hessen für bestimmte Themen zu sensibilisieren (Geburtenrückgang, Familienfreundlichkeit, Engagement von Senioren, Zusammenführung unterschiedlicher Generationen, Nutzung der Potenziale älterer Arbeitnehmer, Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, Auswirkungen auf den Finanzplatz Hessen, die Verkehrsinfrastruktur, Auswirkungen auf die Bauplanung, die Staatsverwaltung etc.);
  - sich mit den Veränderungen auf Hessens Regionen, Kreise und Kommunen beschäftigen und Vorschläge zur Entwicklung der Potenziale unter Berücksichtigung der demographischen Veränderungen formulieren.
2. Die Enquetekommission besteht aus elf Mitgliedern der im Landtag vertretenen Fraktionen, die nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen von diesen benannt werden. Jede Fraktion hat das Recht, zusätzlich einen Sachverständigen in beratender Funktion für die Enquetekommission zu benennen.
- Die Kommission kann zur Unterstützung ihrer Arbeit öffentliche Anhörungen mit Sachverständigen durchführen.
3. Die Kommission legt dem Landtag einen ersten Bericht bis zum 1. Juli 2005 und einen Abschlussbericht bis 31. Dezember 2006 vor.

**Begründung:**

Die Altersstruktur in der Bundesrepublik Deutschland wird sich in den kommenden Jahren zunehmend verändern. Hierfür sind zwei unterschiedliche und voneinander unabhängige Entwicklungen verantwortlich: zum einen der Geburtenrückgang und zum anderen die steigende Lebenserwartung. Es wird prognostiziert, dass bis zum Jahr 2020 die Zahl der über 60-Jährigen um knapp ein Viertel zunimmt und die Zahl der Kinder im Alter bis 16 Jahre um über ein Viertel zurückgeht. Um in Hessen dieser dramatischen Entwicklung zu begegnen, ist es bereits heute notwendig, Antworten auf die Herausforderungen von morgen zu finden. Eine parlamentarische Kommission soll auf der Basis einer breit ausgerichteten gesellschaftlichen Diskussion vorausschauend zur Lösung der Zukunftsfragen beitragen.

Wiesbaden, 30. Juni 2003

Für die Fraktion der CDU  
Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Gotthardt**

Für die Fraktion der SPD  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Walter**

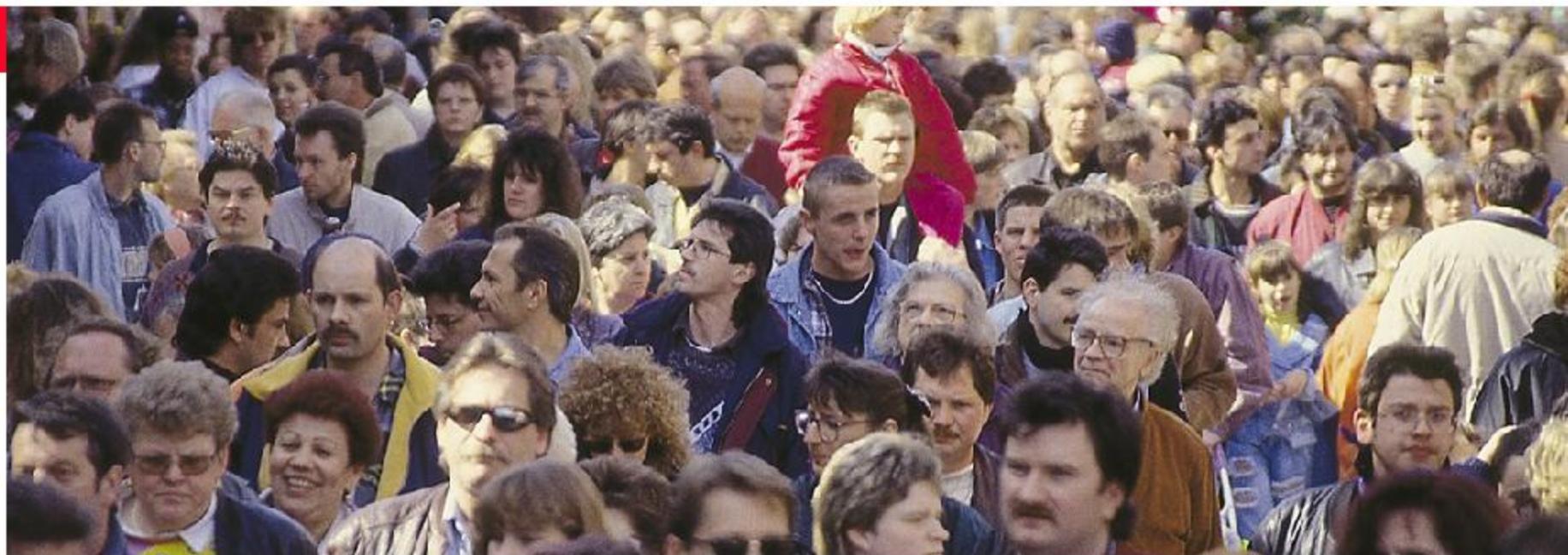
Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Al-Wazir**

Für die Fraktion  
der FDP  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Hahn**



## Bevölkerung in Hessen 2050

Die demografische Entwicklung in Hessen bis 2050



Präsentation in der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel“

30. Juni 2004 im Hessischen Landtag

## Ansprechpartner

### Pressestelle:

Carsten Beck

Telefon: 0611 3802-807, Telefax: 0611 3802-890,  
E-Mail: [pressestelle@statistik-hessen.de](mailto:pressestelle@statistik-hessen.de)

### Bevölkerungsvorausberechnung:

Diana Schmidt-Wahl

Telefon: 0611 3802-337, Telefax: 0611 3802-390,  
E-Mail: [bevoelkerung@statistik-hessen.de](mailto:bevoelkerung@statistik-hessen.de)

Alfred-Horst Emanuel

Telefon: 0611 3802-312, Telefax: 0611 3802-390,  
E-Mail: [bevoelkerung@statistik-hessen.de](mailto:bevoelkerung@statistik-hessen.de)

---

Hessisches Statistisches Landesamt , 65185 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37  
Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt , 65175 Wiesbaden  
Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890  
E-Mail: [info@statistik-hessen.de](mailto:info@statistik-hessen.de) — Internet: [www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de)

## Vorbemerkung

Bevölkerungsvorausrechnungen sind keine Prognosen, sondern Modelle/Szenarien.

Ziel ist die Berechnung von Bevölkerungsdaten und -strukturen unter bestimmten, aus den derzeit gültigen Rahmenbedingungen, abgeleiteten Annahmen.

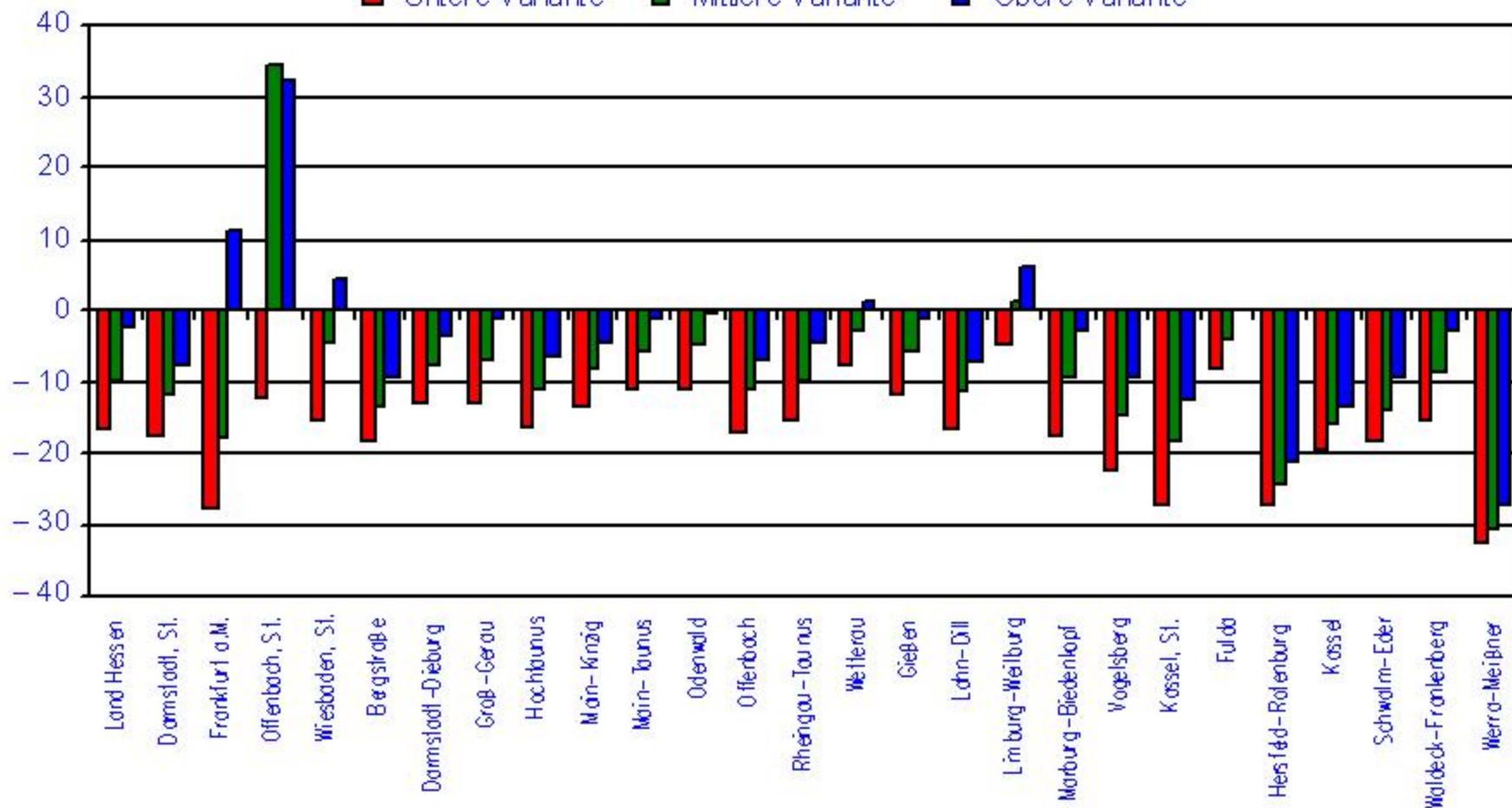
Methode: Komponentenfortschreibung mit bestimmten Annahmen über die weitere Entwicklung von Geburten, Sterblichkeit und Wanderungen.

Maßgebliche Einflussgrößen wie Außenwanderung oder Geburtenrate können sich durch politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen ändern.

## Bevölkerungsentwicklung in den Verwaltungsbezirken 2050 gegenüber 2003

Prozent

■ Untere Variante   ■ Mittlere Variante   ■ Obere Variante



## Annahmen und Basisdaten

### Außenwanderung

Unsicherheiten der künftigen Entwicklung der Zuwanderung aus dem Ausland. Deshalb drei Annahmen zur **Nettozuwanderung** (Saldo):

- bis 2050 jährlich 6 000 Personen,
- bis 2050 jährlich 12 000 Personen,
- bis 2010 jährlich 12 000 Personen, ab 2011 jährlich 18 000 Personen.

### Binnenwanderung

Zuzüge aus den neuen Ländern nehmen ab. Ab 2021 Zu- und Fortzüge ausgeglichen (Null-Saldo).

### Innerhessische Wanderung

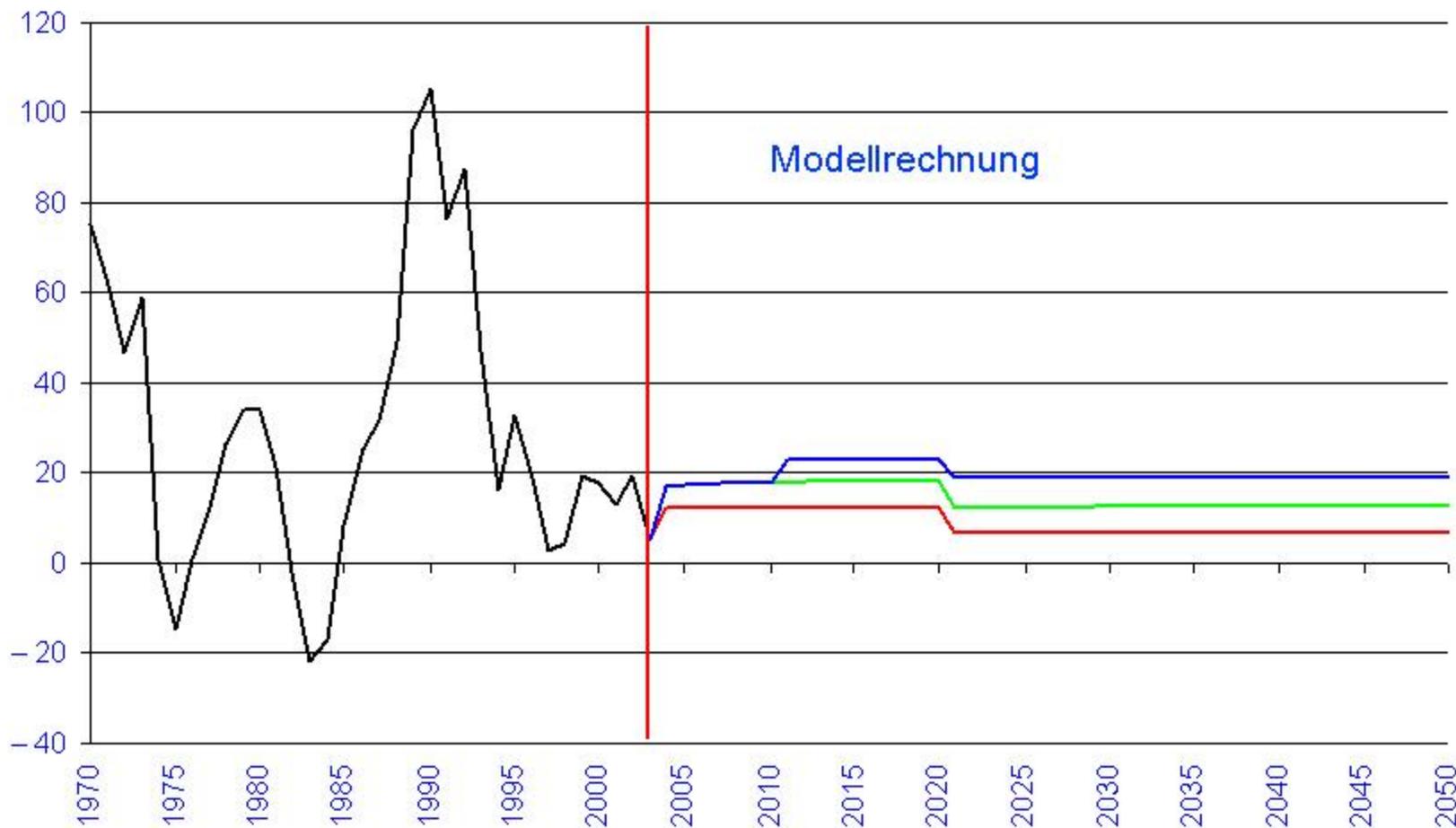
Mobilität sinkt von 12 700 (in 2004) auf 600 (in 2050).

Altersstruktur und räumliche Verteilung der Wanderungsströme analog der Entwicklung der Jahre 1988 bis 2002.

## Wanderungssalden in Hessen 1970 bis 2050

Tausend  
Personen

— Untere Variante — Mittlere Variante — Obere Variante



## Kernaussagen

### Bevölkerungsentwicklung bis **2020** (mittlere Variante)

- Bevölkerungszahl Hessens bewegt sich etwas über dem heutigen Niveau.
- Bereits nachhaltige Veränderung der Altersstruktur.
- Zahl der 3- bis unter 6-Jährigen nimmt um rund 15 % ab.
- Zahl der 6- bis unter 20-Jährigen sinkt um 13 %.
- Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 60 Jahre) sinkt um 3 %.
- Zahl der 60-Jährigen und älteren steigt um ein Fünftel.
- Geburtenzahl sinkt um 10 %.

## Kernaussagen

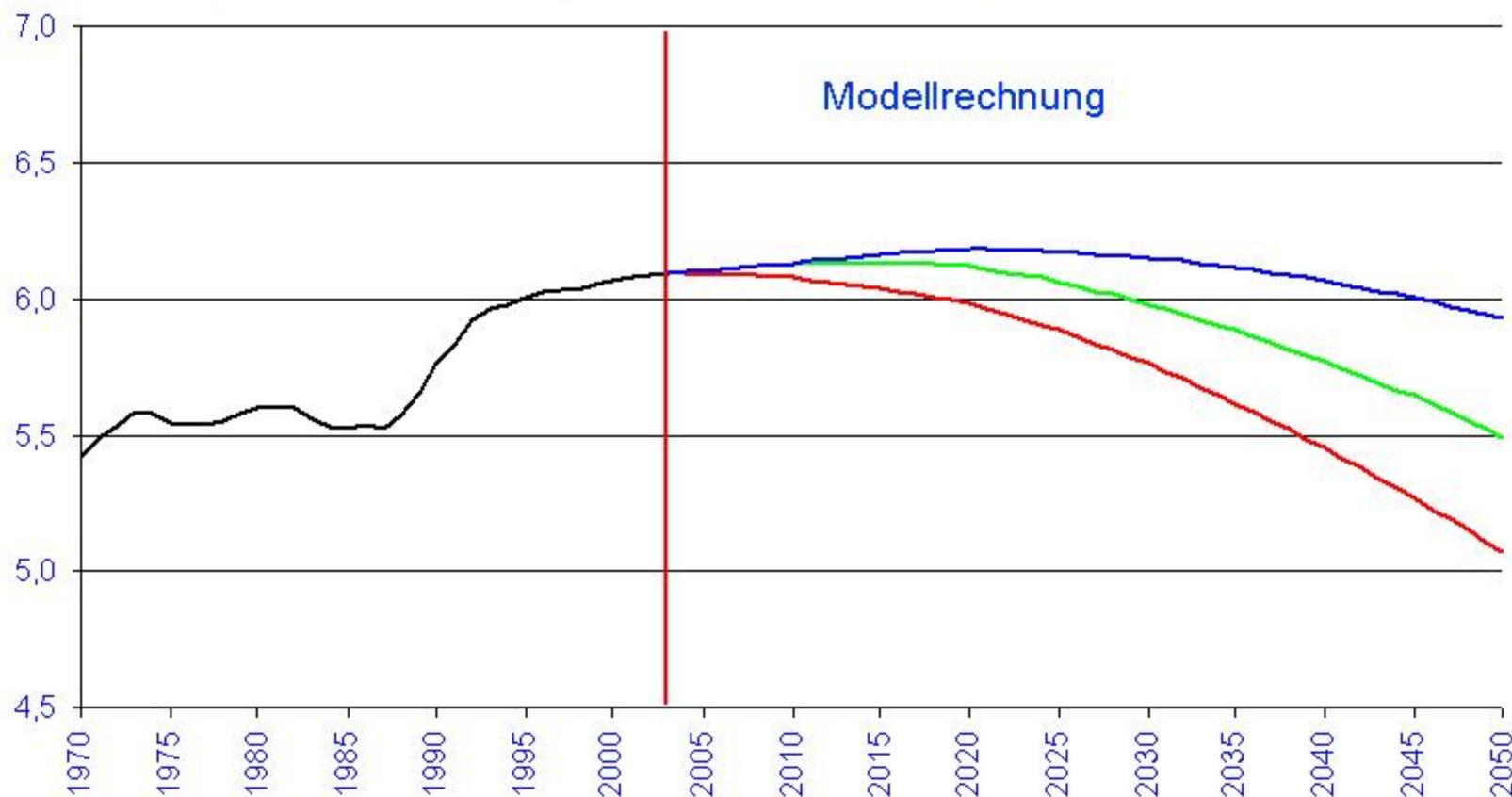
### Bevölkerungsentwicklung bis 2050 (mittlere Variante) — Gravierende Änderungen der Altersstruktur —

- Bevölkerungszahl Hessens sinkt auf knapp 5,5 Millionen.
- Zahl der 3- bis unter 6-Jährigen nimmt um rund ein Drittel ab.
- Zahl der 6- bis unter 20-Jährigen sinkt um fast ein Drittel.
- Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 60 Jahre) sinkt um ein Viertel.
- Zahl der 60-Jährigen und älteren steigt um 44 %.
- Zahl der Hochbetagten steigt um 185 %.
- Geburtenzahl sinkt um 28 %.

## Bevölkerungsentwicklung in Hessen 1970 bis 2050

Millionen  
Personen

— Untere Variante — Mittlere Variante — Obere Variante

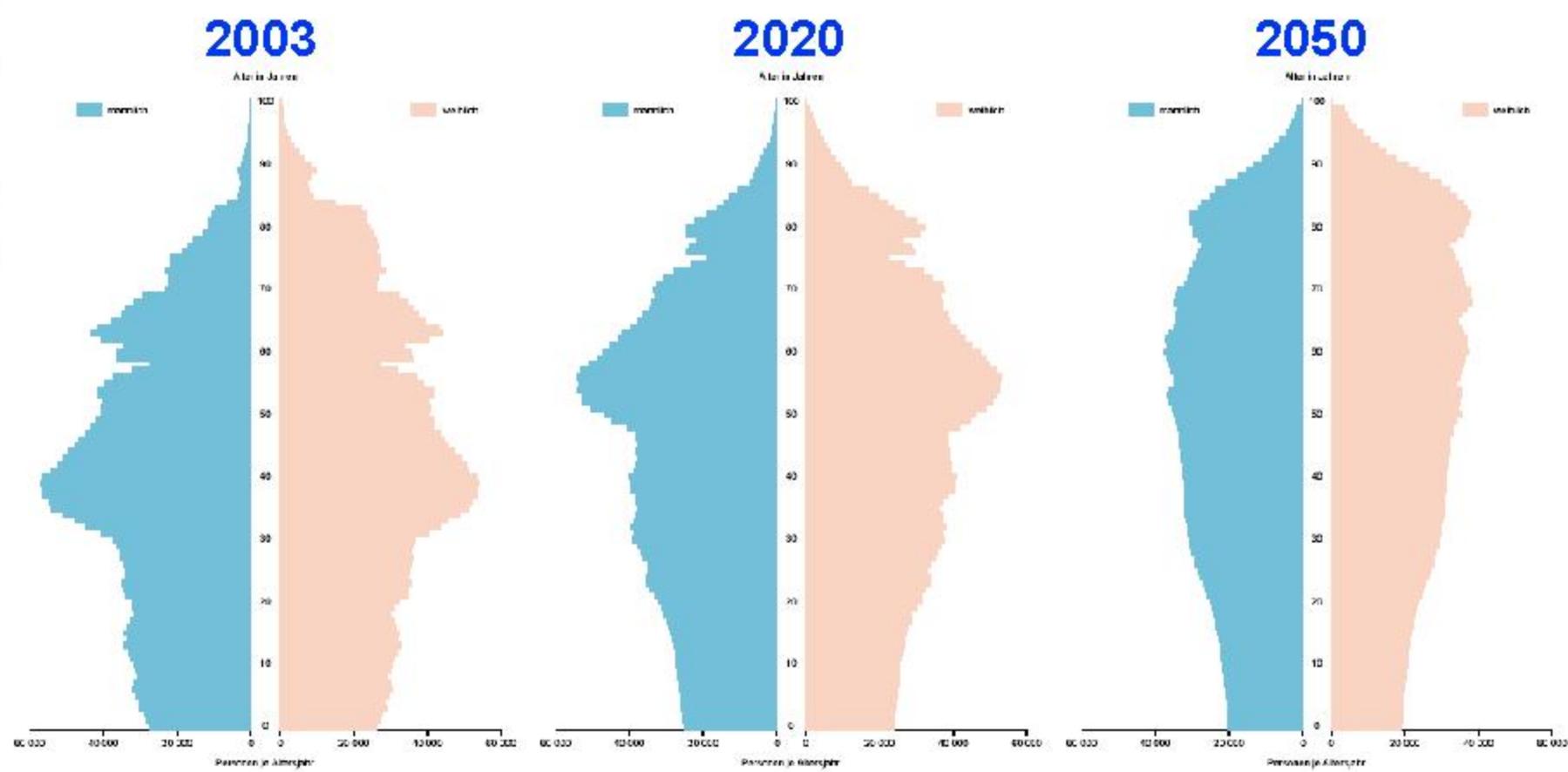


## Bevölkerung in Hessen 2003, 2020 und 2050

Jahr	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %
2003	6 089 428	.	6 089 428	.	6 089 428	.
2020	5 984 666	- 1,7	6 121 763	0,5	6 184 260	1,6
2050	5 065 820	- 16,8	5 493 726	- 9,8	5 928 487	- 2,6

# Altersaufbau der Bevölkerung

Mittlere Variante



## Bevölkerung im Alter von 3 bis unter 6 Jahren

Jahr	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %
2003	179 317	.	179 317	.	179 317	.
2020	143 522	- 20,0	152 217	- 15,1	155 188	- 13,5
2050	104 743	- 41,6	120 465	- 32,8	138 474	- 22,8

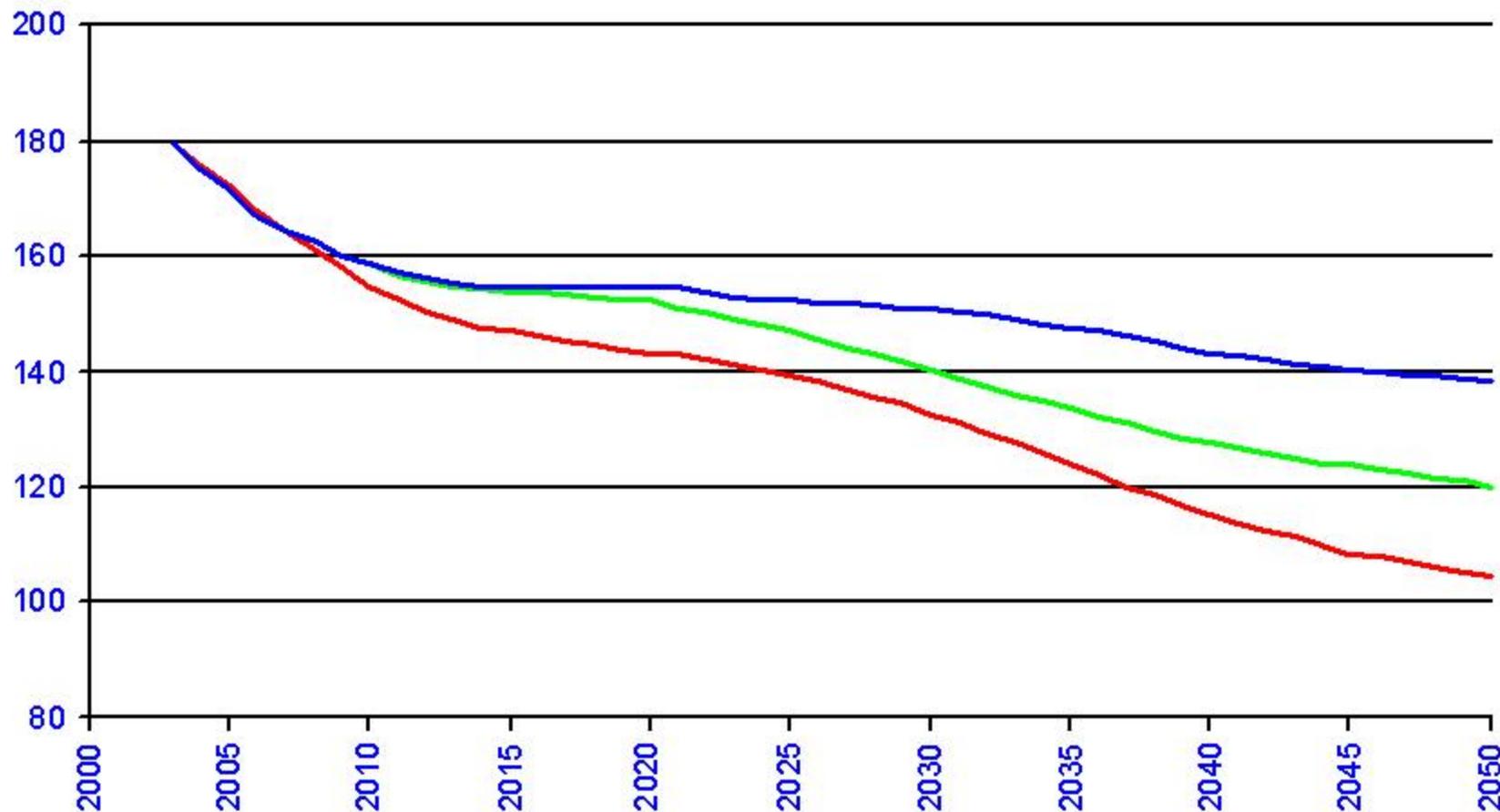
## Bevölkerung im Alter von 3 bis unter 6 Jahren

Tausend  
Personen

— Untere Variante

— Mittlere Variante

— Obere Variante



## Bevölkerung im Alter von 6 bis unter 20 Jahren

Jahr	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %
2003	888 942	.	888 942	.	888 942	.
2020	739 279	- 16,8	769 933	- 13,4	779 152	- 12,3
2050	541 692	- 39,1	611 064	- 31,3	692 740	- 22,1

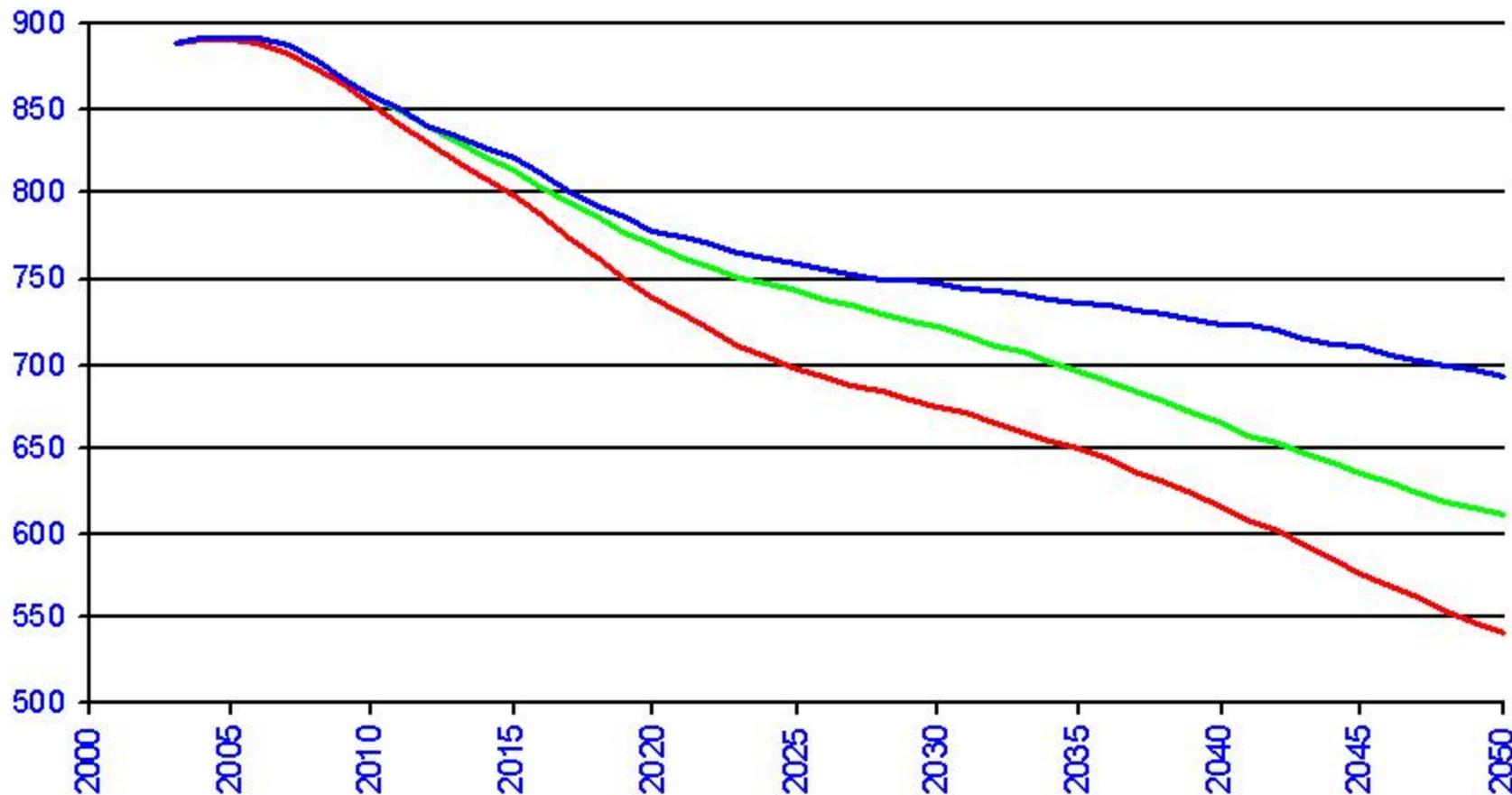
## Bevölkerung im Alter von 6 bis unter 20 Jahren

Tausend  
Personen

— Untere Variante

— Mittlere Variante

— Obere Variante



## Bevölkerung im Alter unter 20 Jahren

Jahr	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %
2003	1 234 584	.	1 234 584	.	1 234 584	.
2020	1 023 630	- 17,1	1 070 128	- 13,3	1 086 834	- 12,0
2050	748 313	- 39,4	849 327	- 31,2	968 224	- 21,6

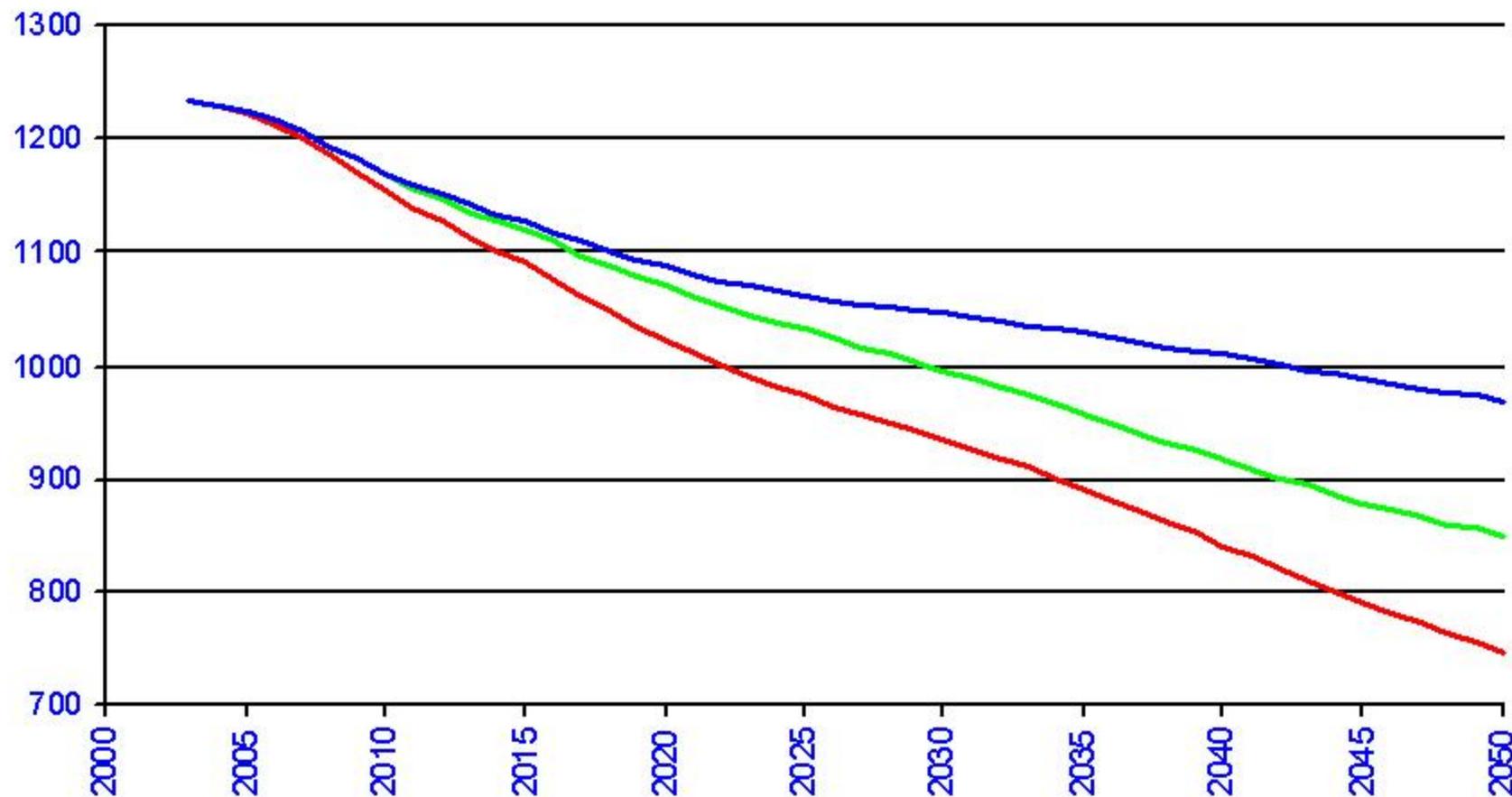
## Bevölkerung im Alter unter 20 Jahren

Tausend  
Personen

— Untere Variante

— Mittlere Variante

— Obere Variante



## Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 60 Jahren

Jahr	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %
2003	3 385 188	.	3 385 188	.	3 385 188	.
2020	3 178 724	- 6,1	3 272 228	- 3,3	3 318 287	- 2,0
2050	2 269 502	- 33,0	2 532 941	- 25,2	2 897 753	- 14,4

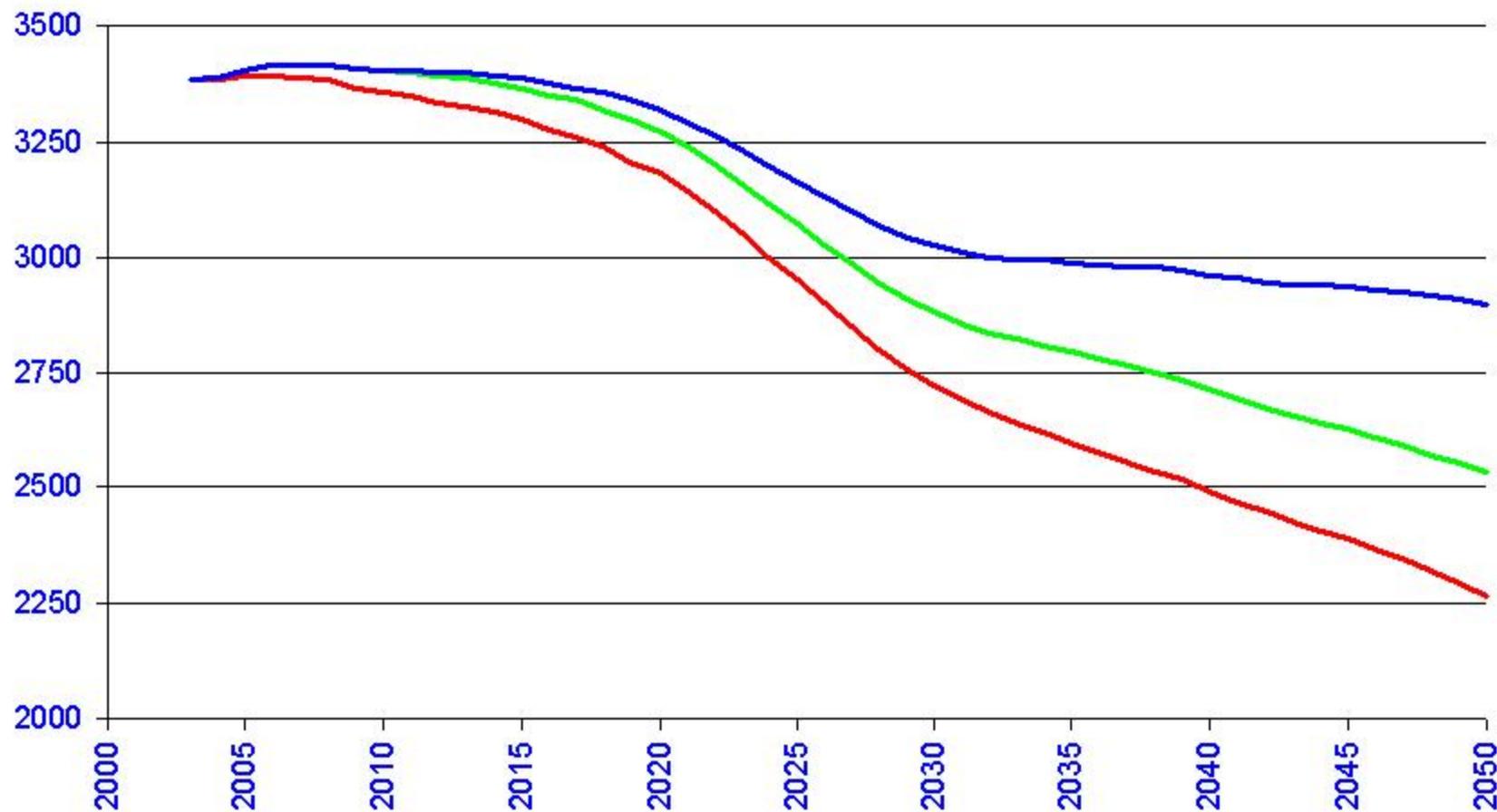
## Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 60 Jahren

Tausend Personen

— Untere Variante

— Mittlere Variante

— Obere Variante

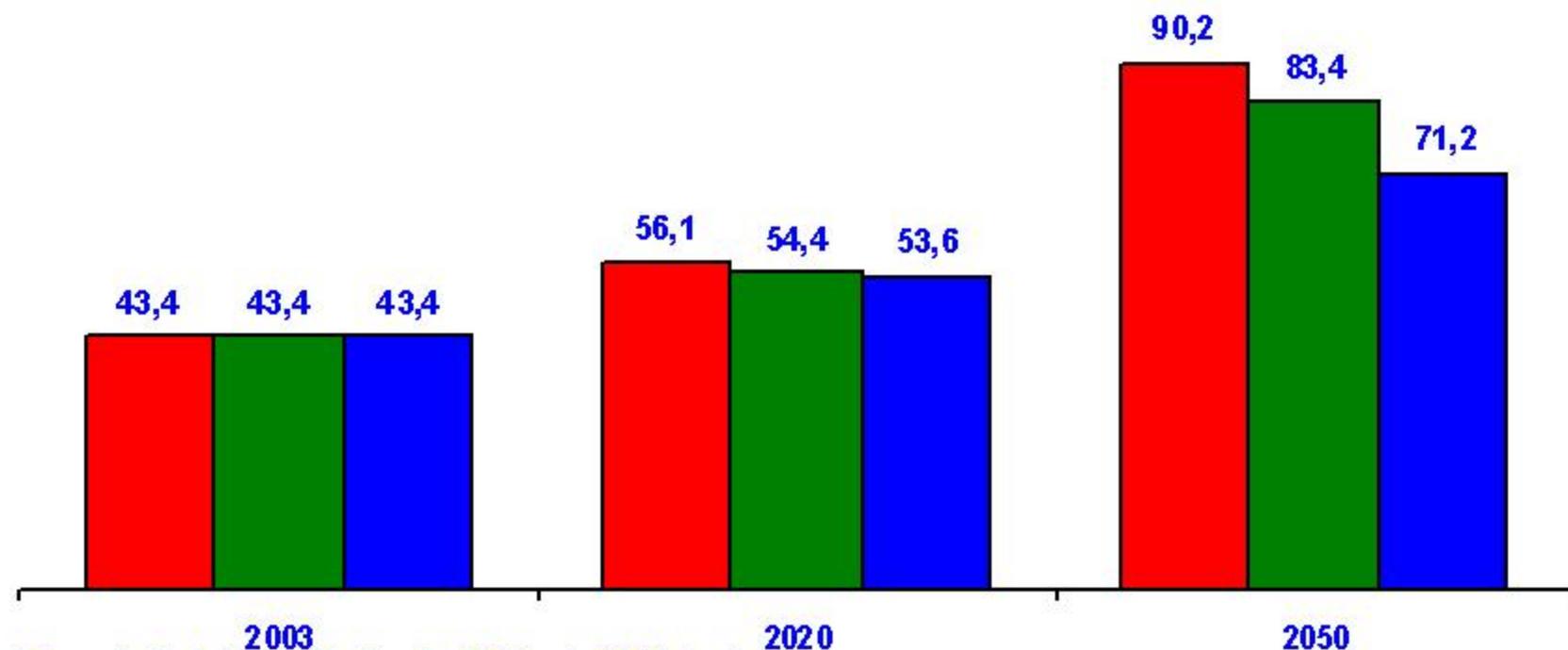


## Bevölkerung im Alter von 60 Jahren oder mehr

Jahr	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %
2003	1 469 656	.	1 469 656	.	1 469 656	.
2020	1 782 312	21,3	1 779 407	21,1	1 779 139	21,1
2050	2 048 005	39,3	2 111 458	43,7	2 062 510	40,3

## Entwicklung des Altenquotienten in Hessen (Altersgrenze 60 Jahre)

■ Untere Variante    ■ Mittlere Variante    ■ Obere Variante



(Altenquotient = Anteil der „Alten“ an den 20- bis unter 60-Jährigen)

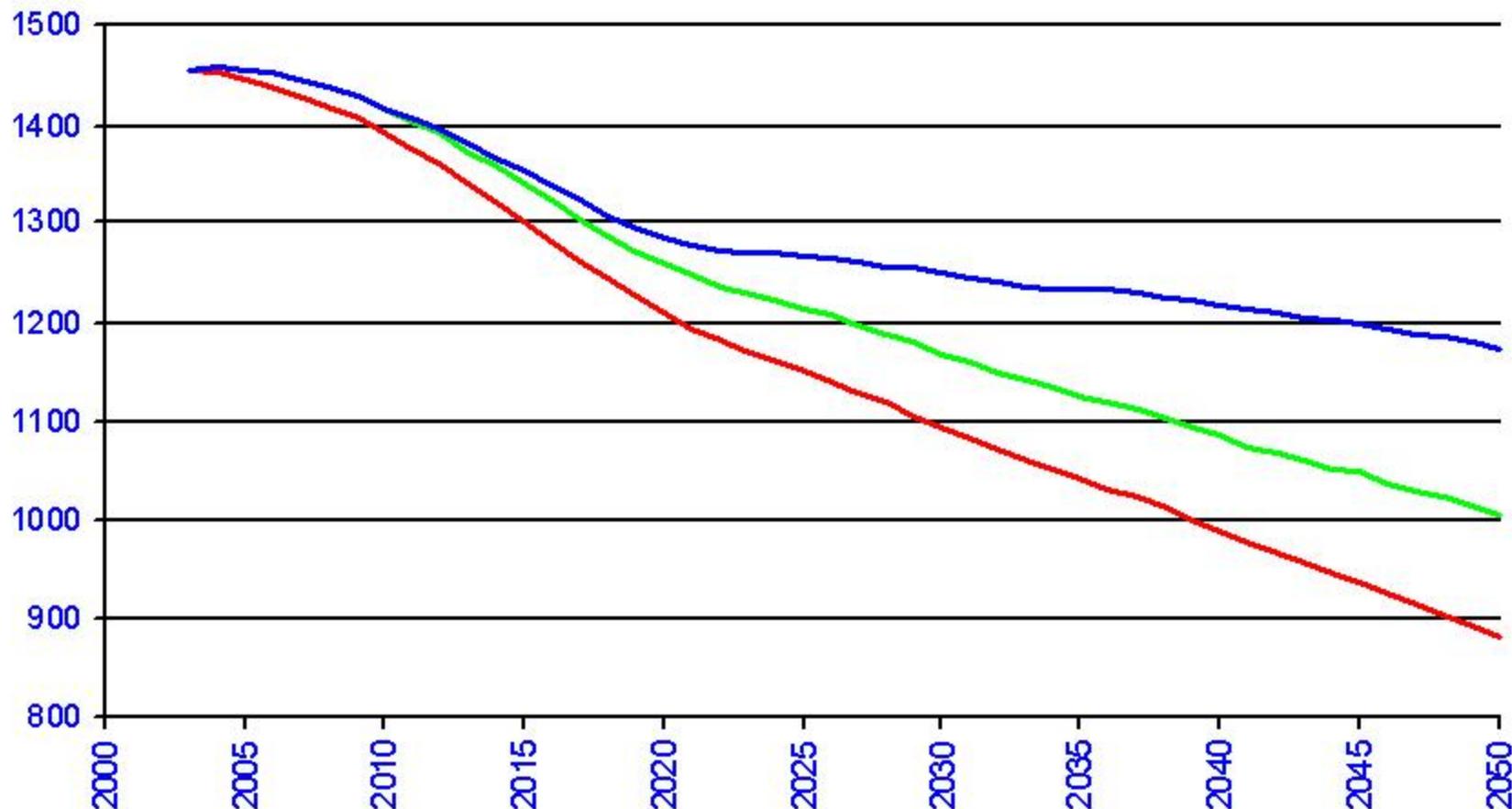
## Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis unter 50 Jahre)

Tausend  
Personen

— Untere Variante

— Mittlere Variante

— Obere Variante



## Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis unter 50 Jahre)

Jahr	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %
2003	1 455 444	.	1 455 444	.	1 455 444	.
2020	1 211 104	- 16,8	1 260 339	- 13,4	1 286 087	- 11,6
2050	882 119	- 39,4	1 006 418	- 30,8	1 172 780	- 19,4

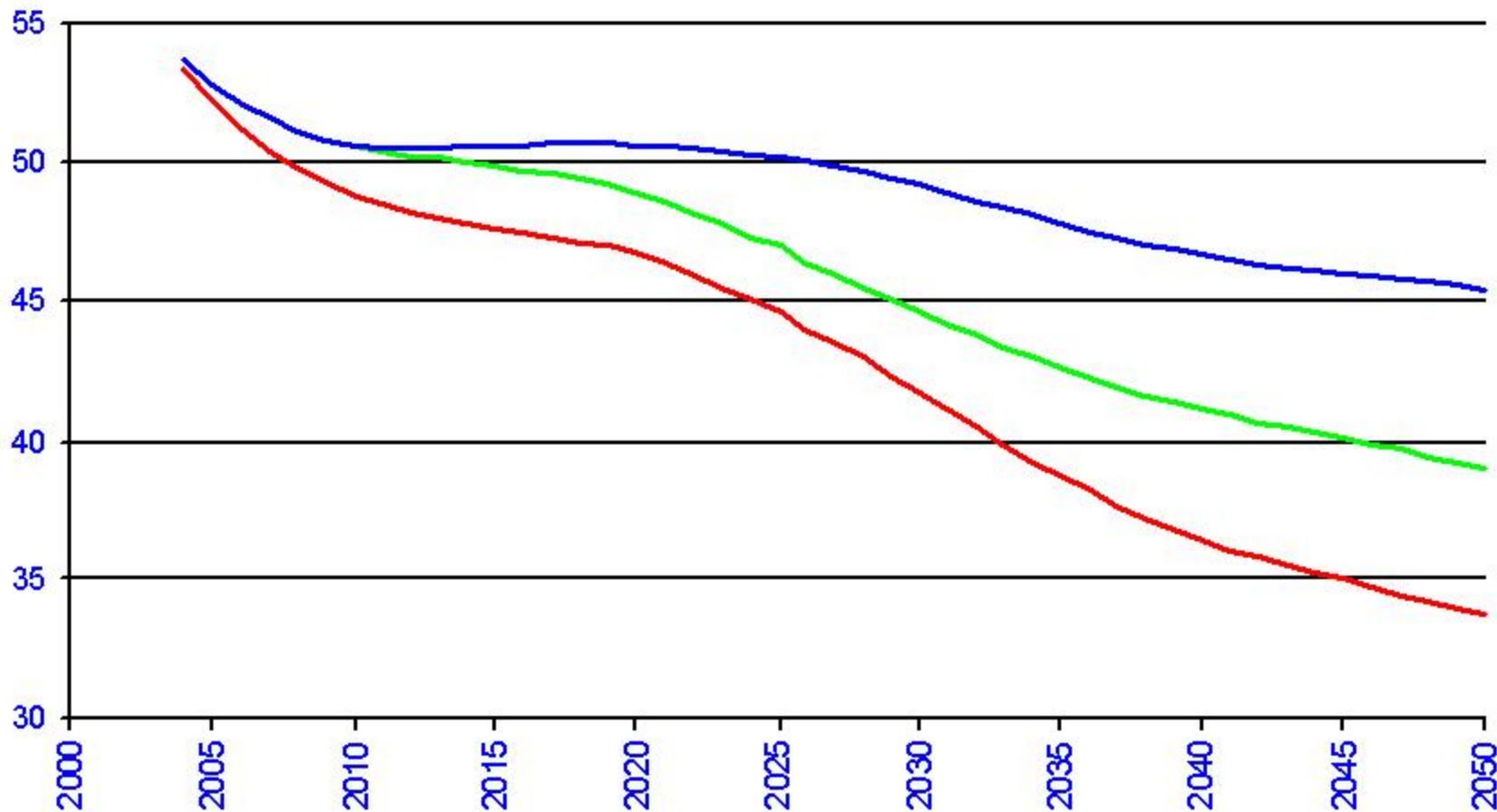
# Geburtenentwicklung in Hessen

Tausend  
Personen

— Untere Variante

— Mittlere Variante

— Obere Variante



## Geburtenentwicklung in Hessen

Jahr	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %
2003	54 399	.	54 399	.	54 399	.
2020	46 783	- 14,0	48 987	- 9,9	50 638	- 6,9
2050	33 694	- 38,1	39 003	- 28,3	45 517	- 16,3

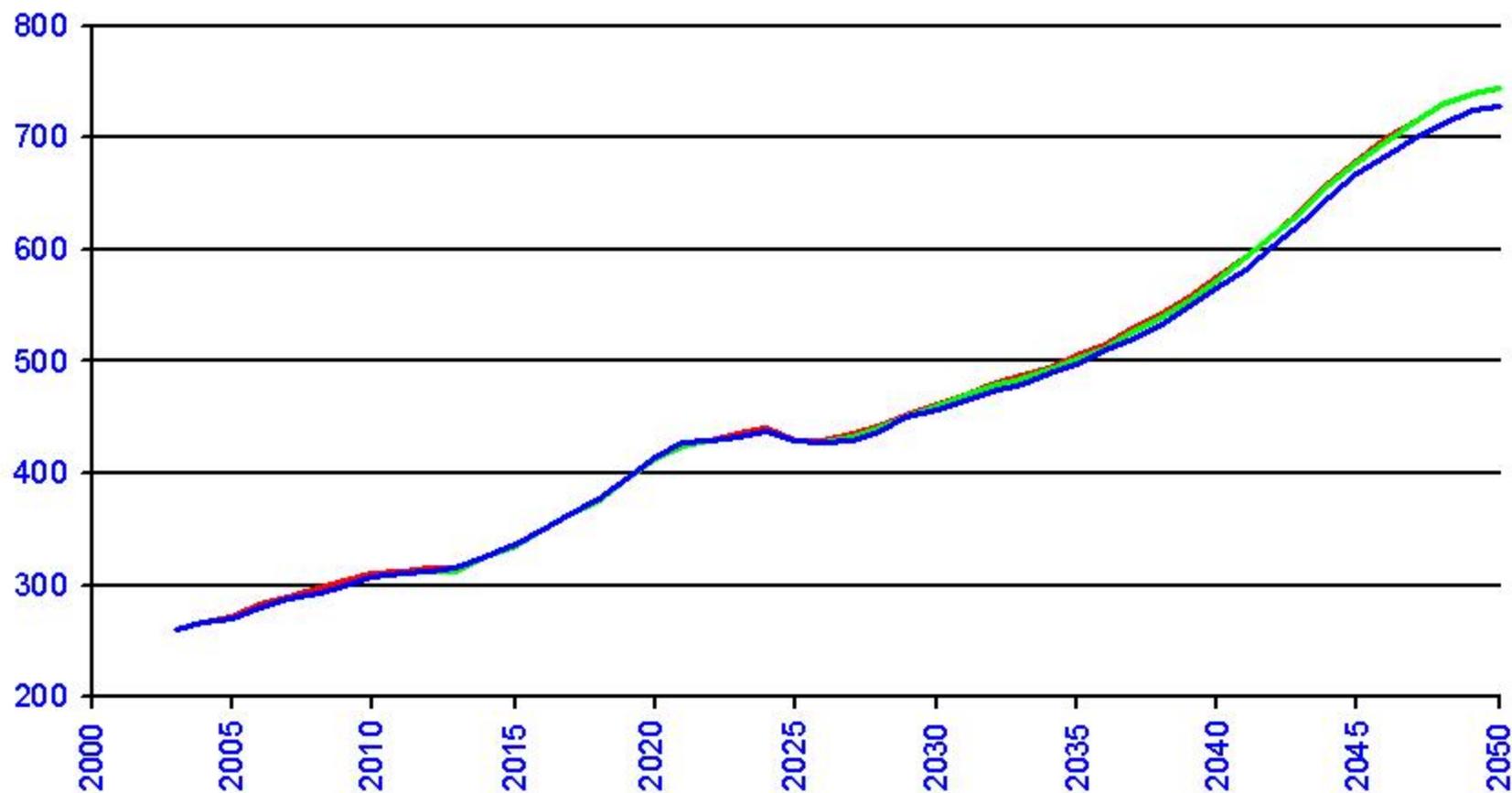
## Bevölkerung im Alter von 80 oder mehr Jahren

Tausend Personen

— Untere Variante

— Mittlere Variante

— Obere Variante



## Bevölkerung im Alter von 80 oder mehr Jahren

Jahr	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	Veränderung zu 2003 in %
2003	260 781	.	260 781	.	260 781	.
2020	413 712	58,6	412 747	58,3	414 704	59,0
2050	744 996	185,7	743 855	185,2	727 686	179,0

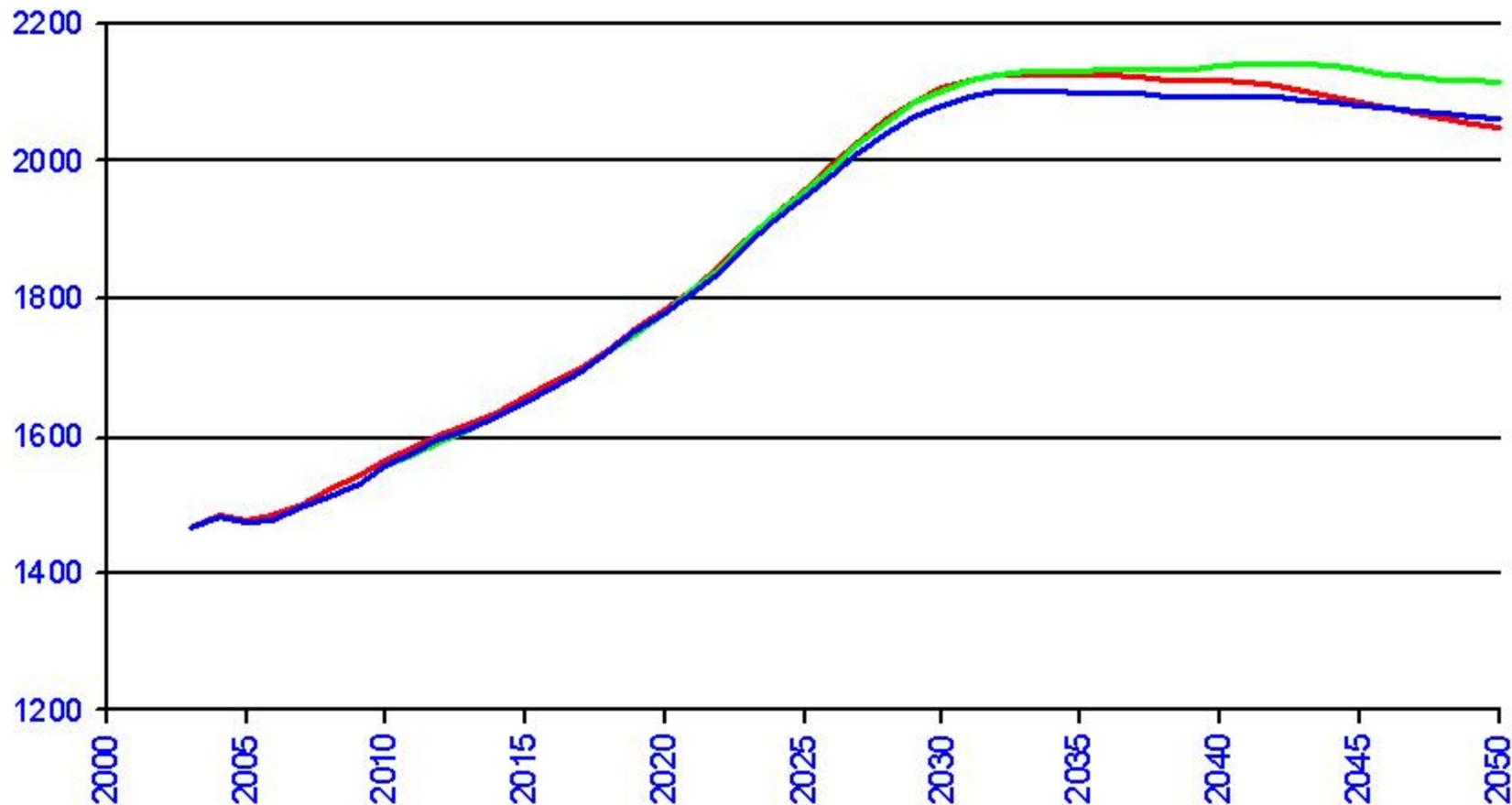
## Bevölkerung im Alter von 60 Jahren oder mehr

Tausend  
Personen

— Untere Variante

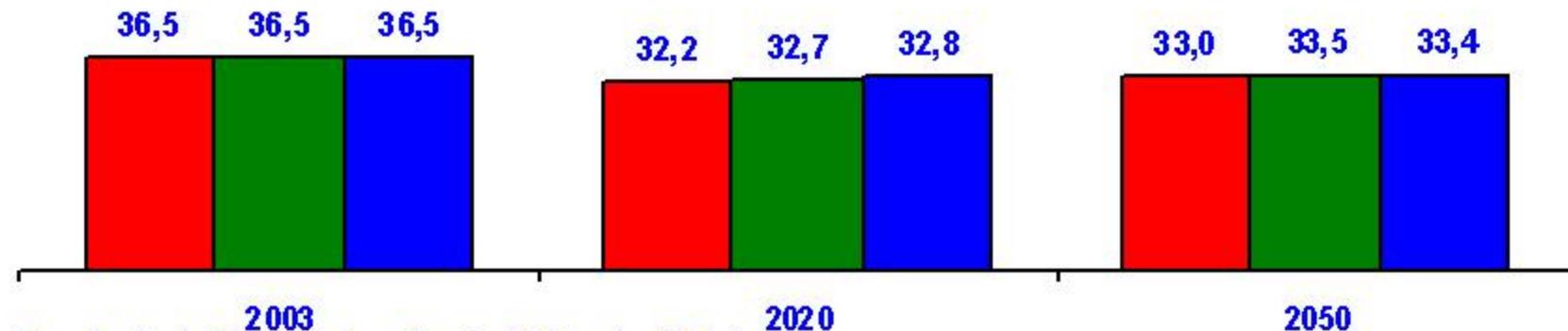
— Mittlere Variante

— Obere Variante



## Entwicklung des Jugendquotienten in Hessen (Altersgrenze unter 20 Jahre)

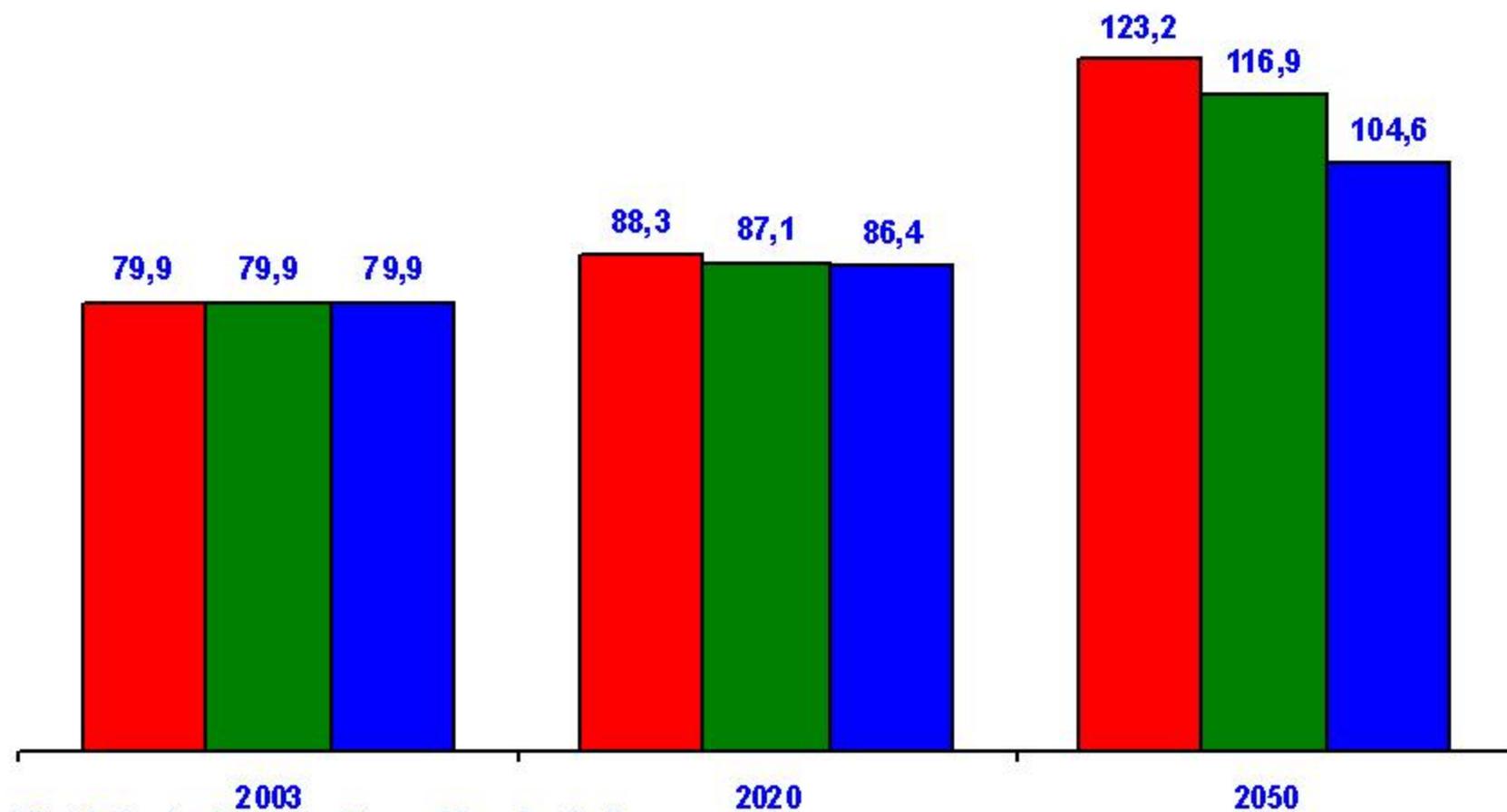
■ Untere Variante      ■ Mittlere Variante      ■ Obere Variante



(Jugendquotient = Anteil der „Jugend“ an den 20- bis unter 60-Jährigen)

## Entwicklung der „Soziallastquote“ in Hessen

■ Untere Variante    ■ Mittlere Variante    ■ Obere Variante

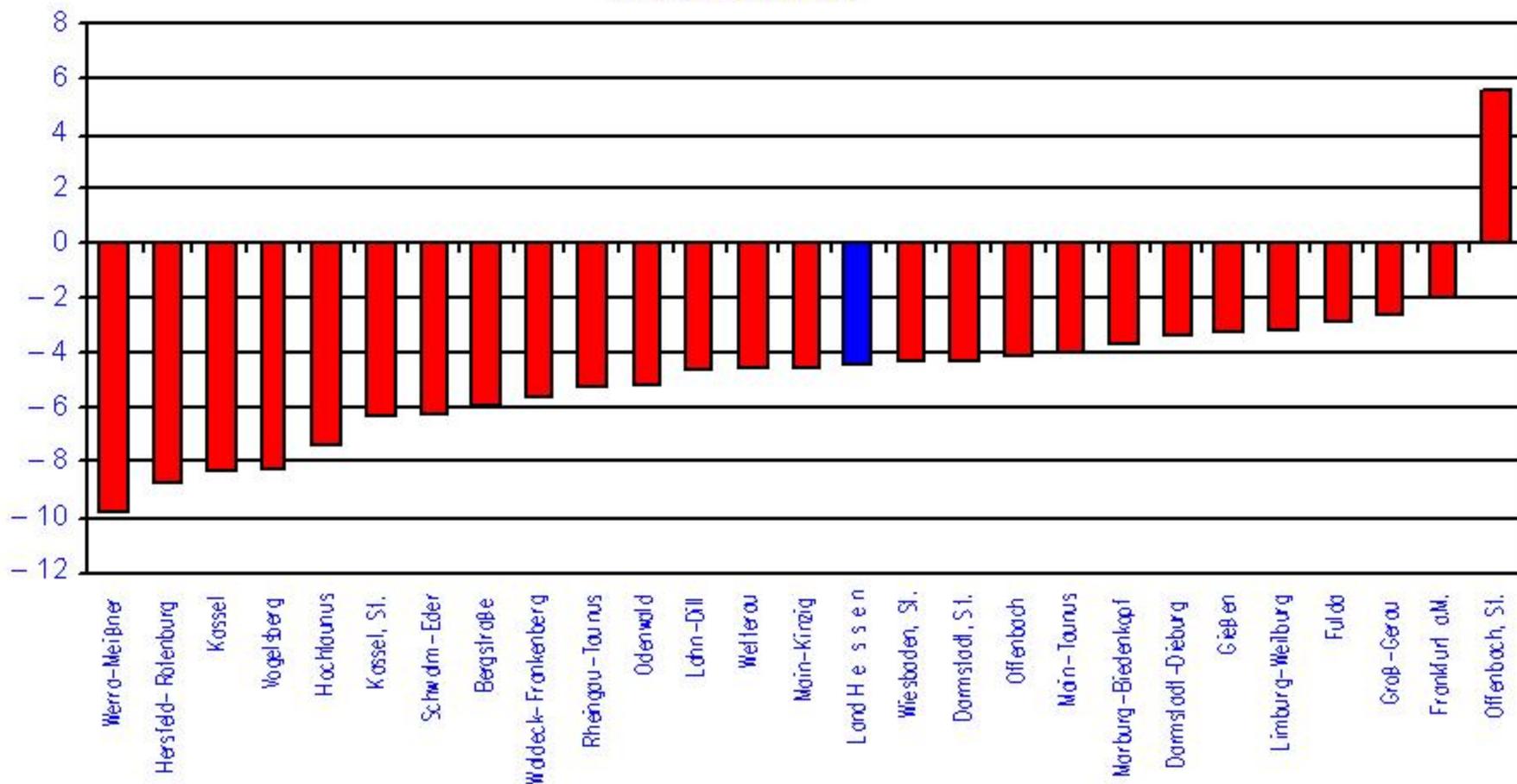


(„Soziallastquote = Summe aus Alten- und Jugendquotient)

## Bevölkerungsentwicklung in den Verwaltungsbezirken 2020 gegenüber 2003 — natürliche Bevölkerungsbewegung

Prozent

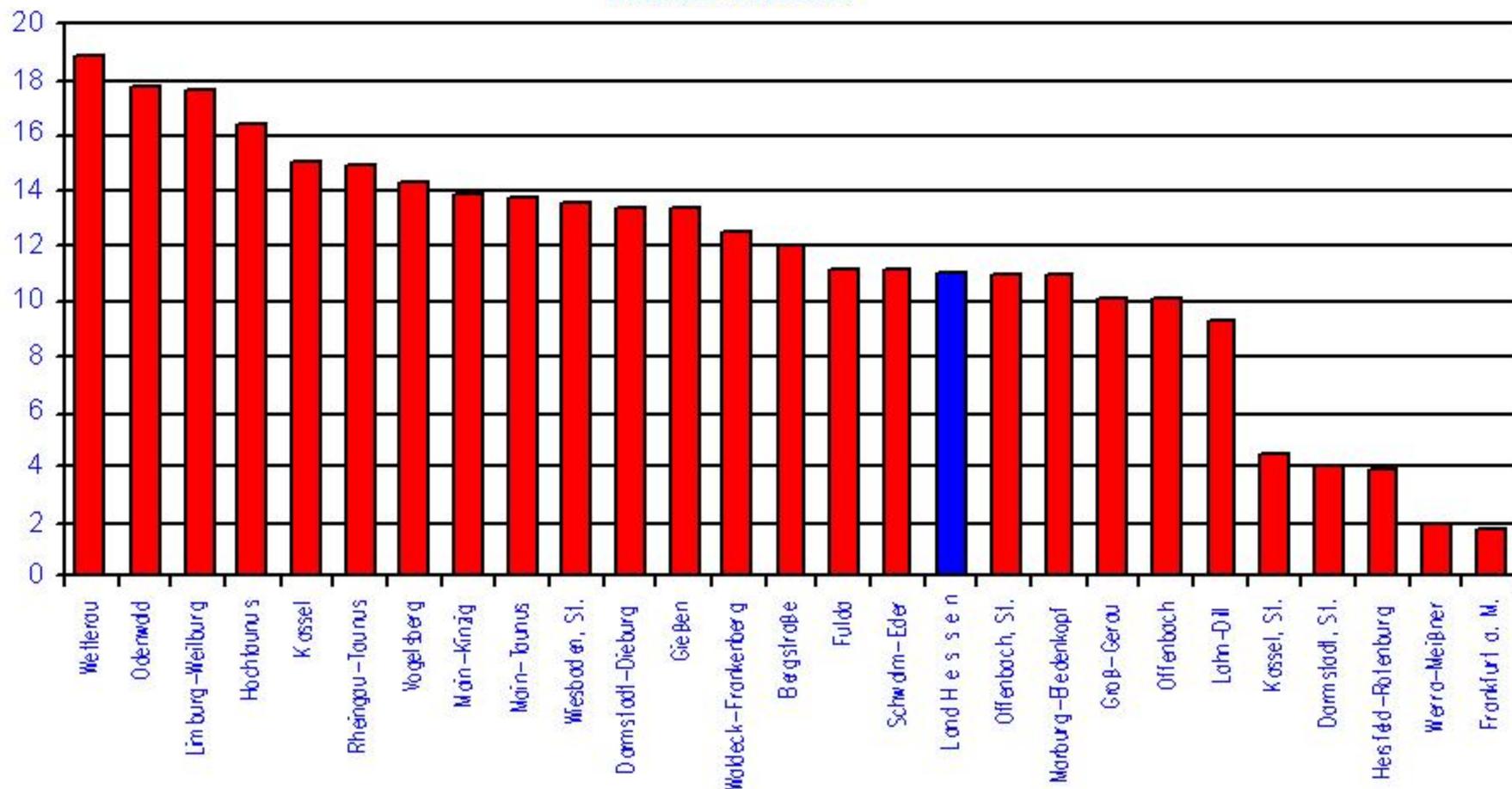
Mittlere Variante



## Bevölkerungsentwicklung in den Verwaltungsbezirken 2050 gegenüber 2003 — Wanderungen

Prozent

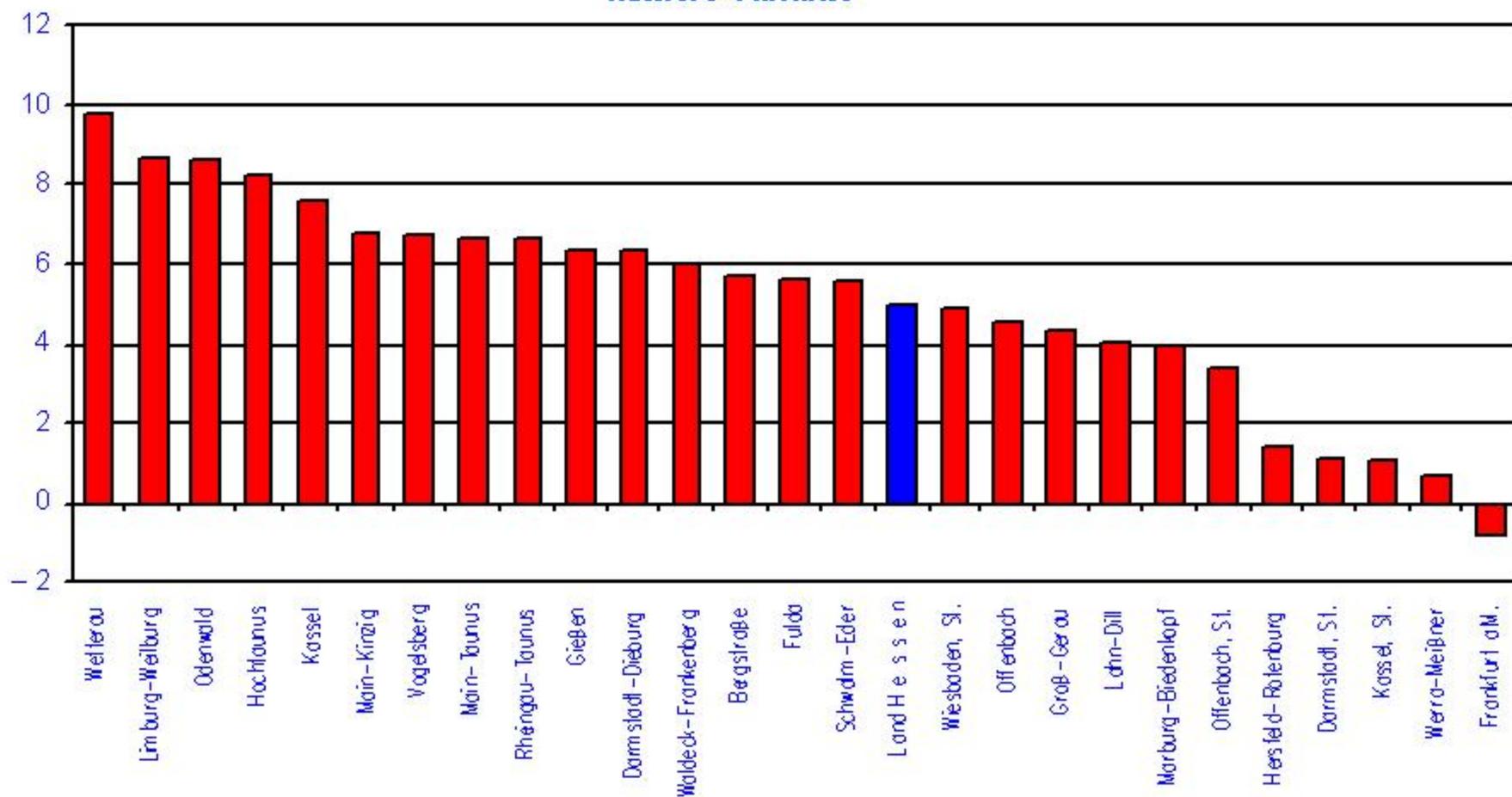
Mittlere Variante



## Bevölkerungsentwicklung in den Verwaltungsbezirken 2020 gegenüber 2003 — Wanderungen

Prozent

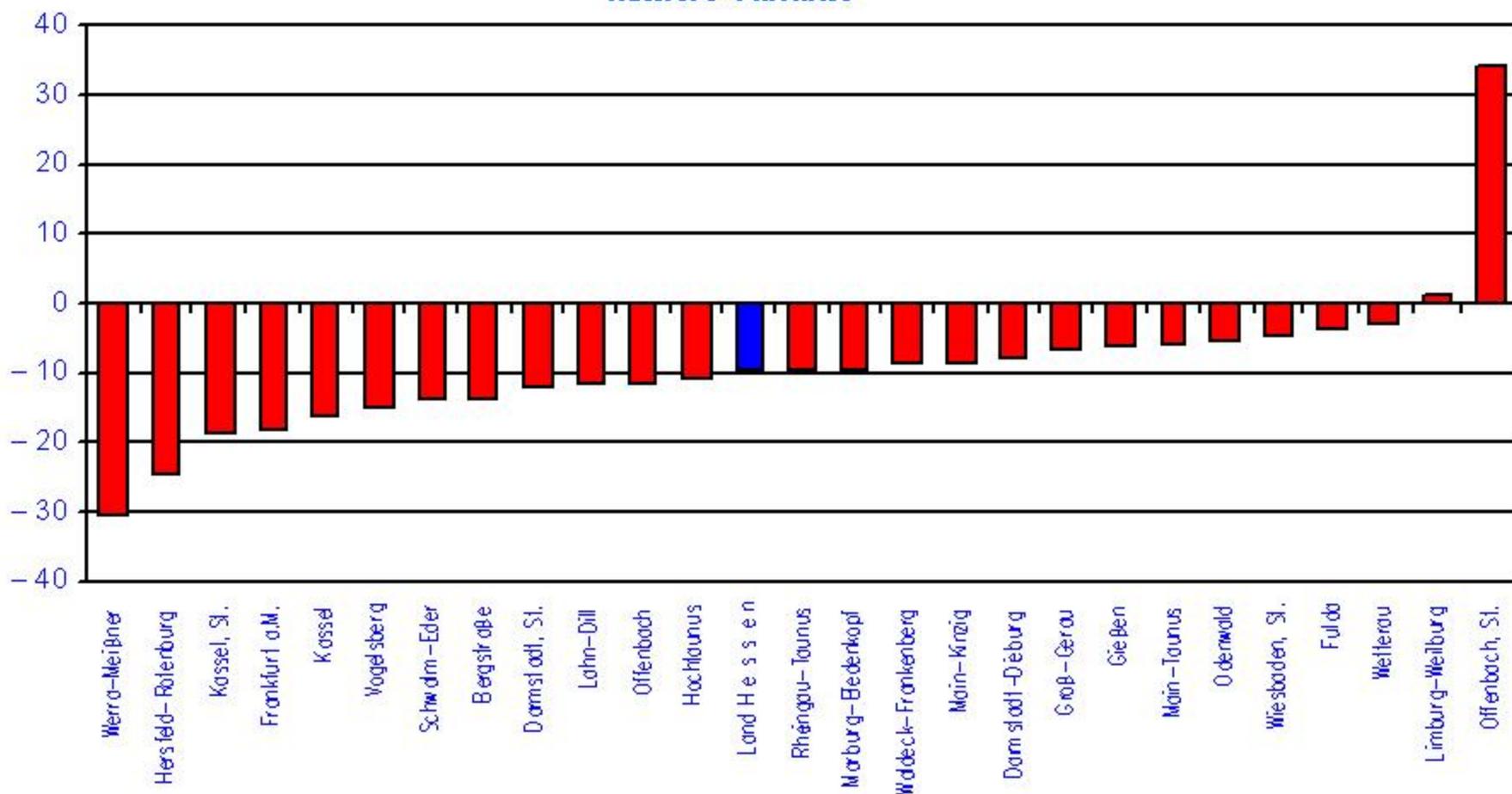
Mittlere Variante



## Bevölkerungsentwicklung in den Verwaltungsbezirken 2050 gegenüber 2003

Prozent

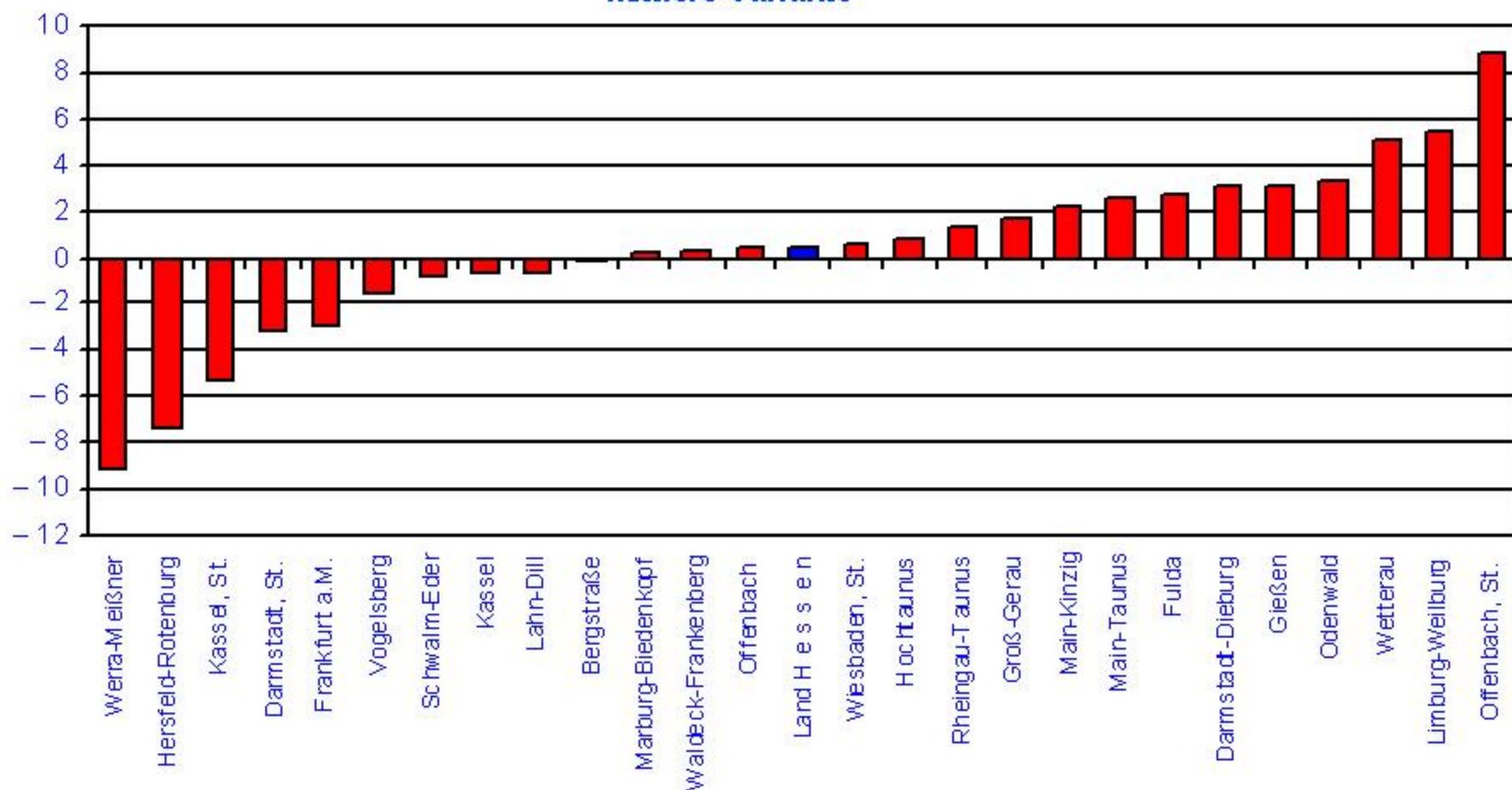
Mittlere Variante



## Bevölkerungsentwicklung in den Verwaltungsbezirken 2020 gegenüber 2003

Prozent

Mittlere Variante

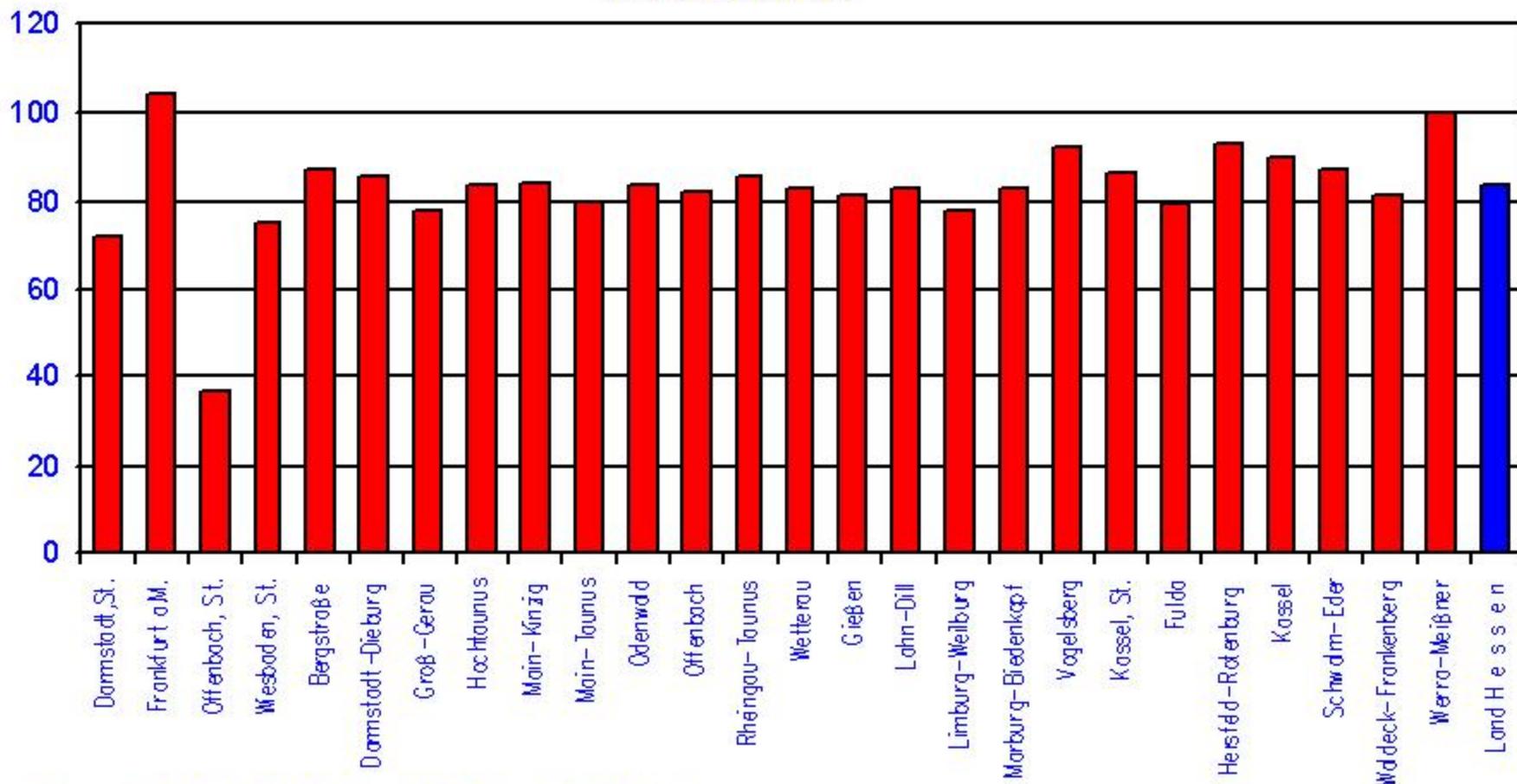


## Entwicklung des Altenquotienten in Hessen 2003, 2020 und 2050 bei verschiedenen Altersabgrenzungen

Jahr	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
	60 Jahre oder älter	65 Jahre oder älter	60 Jahre oder älter	65 Jahre oder älter	60 Jahre oder älter	65 Jahre oder älter
2003	43,4	28,5	43,4	28,5	43,4	28,5
2020	56,1	37,3	54,4	36,3	53,6	35,9
2050	90,2	65,0	83,4	60,2	71,2	51,9

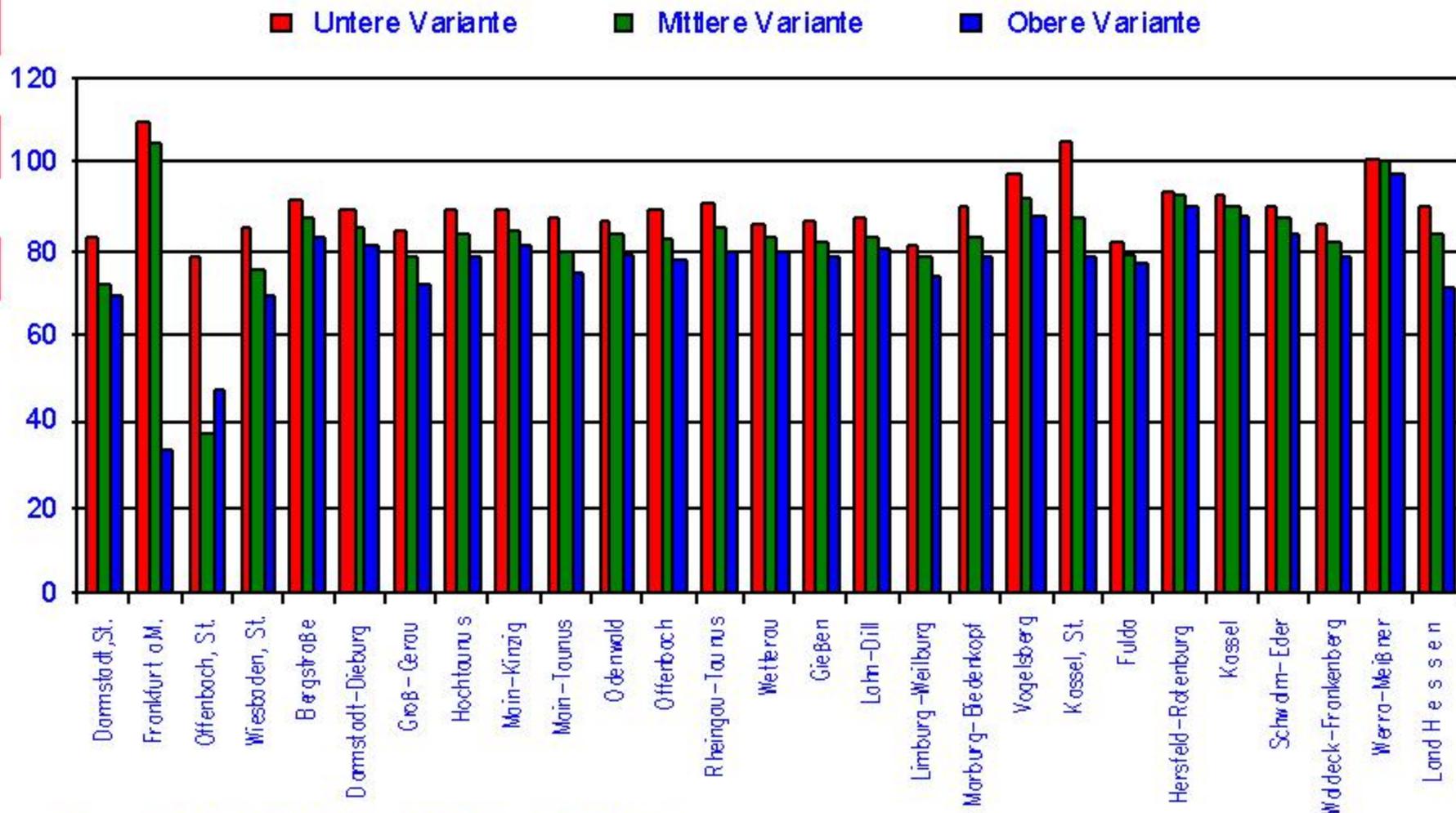
## Altenquotient in Hessen 2050 nach Verwaltungsbezirken (Altersgrenze 60 Jahre)

Mittlere Variante



(Altenquotient = Anteil der „Alten“ an den 20- bis unter 60-Jährigen)

## Altenquotient in Hessen 2050 nach Verwaltungsbezirken (Altersgrenze 60 Jahre)

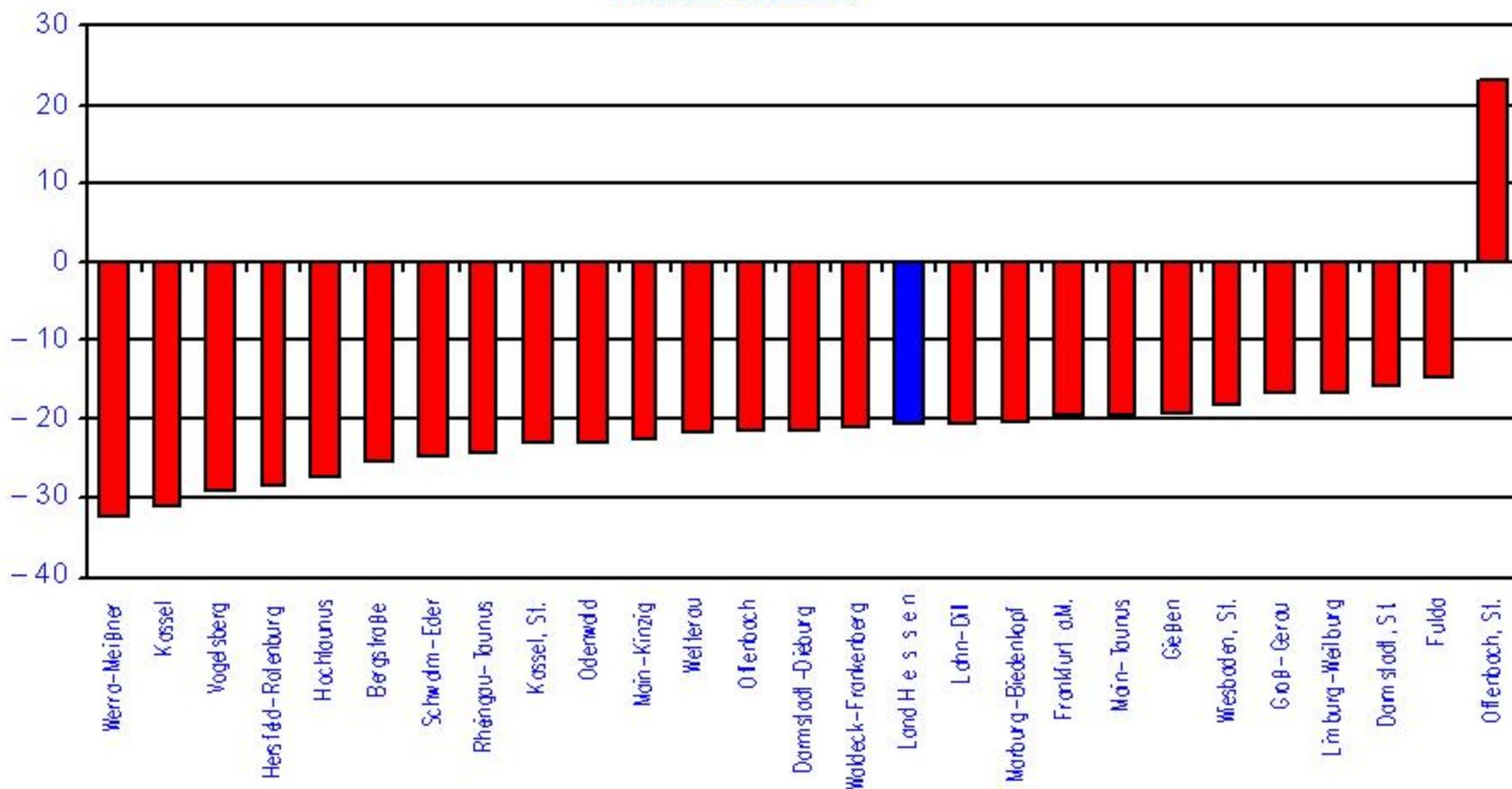


(Altenquotient = Anteil der „Alten“ an den 20- bis unter 60-Jährigen)

# Bevölkerungsentwicklung in den Verwaltungsbezirken 2050 gegenüber 2003 — natürliche Bevölkerungsbewegung

Prozent

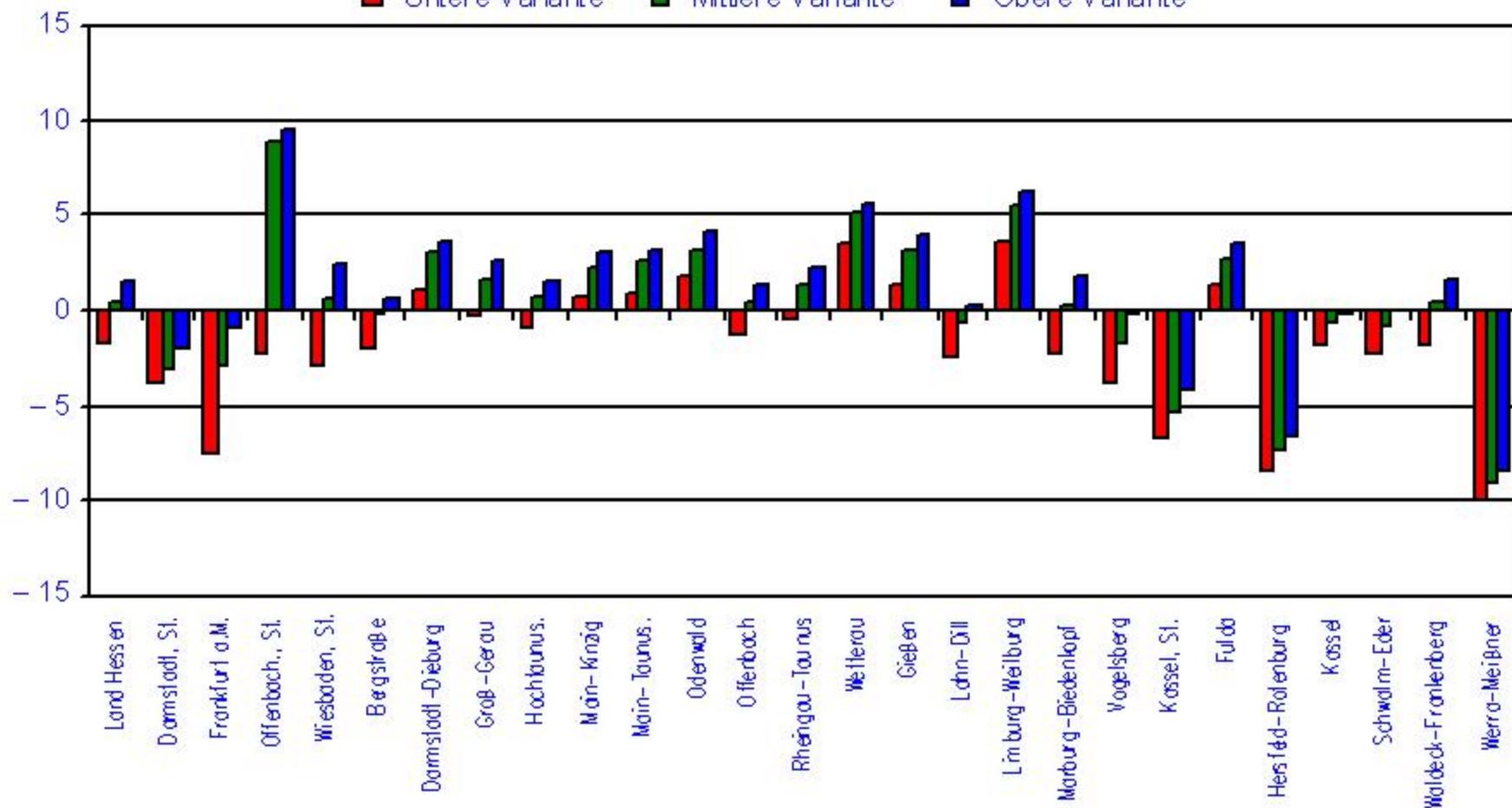
Mittlere Variante



## Bevölkerungsentwicklung in den Verwaltungsbezirken 2020 gegenüber 2003

Prozent

■ Untere Variante   ■ Mittlere Variante   ■ Obere Variante

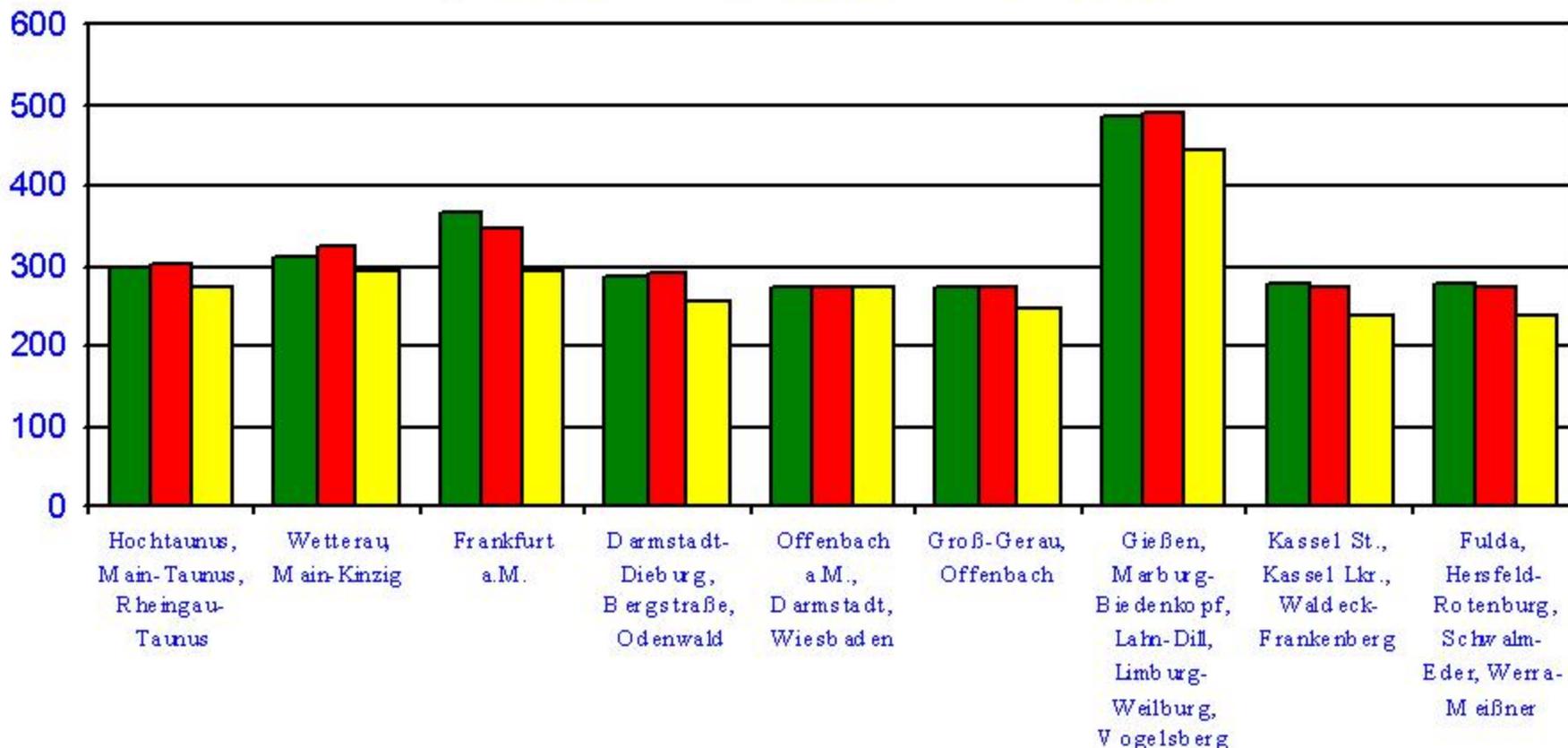


# Haushalte in Hessen 2003, 2020 und 2050 (konstante Haushaltsstruktur)

Mittlere Variante

Tausend

■ 2003 ■ 2020 ■ 2050



## Bedarf an Plätzen in Grundschulen (Basis: Grundschüler 2002 = 100)

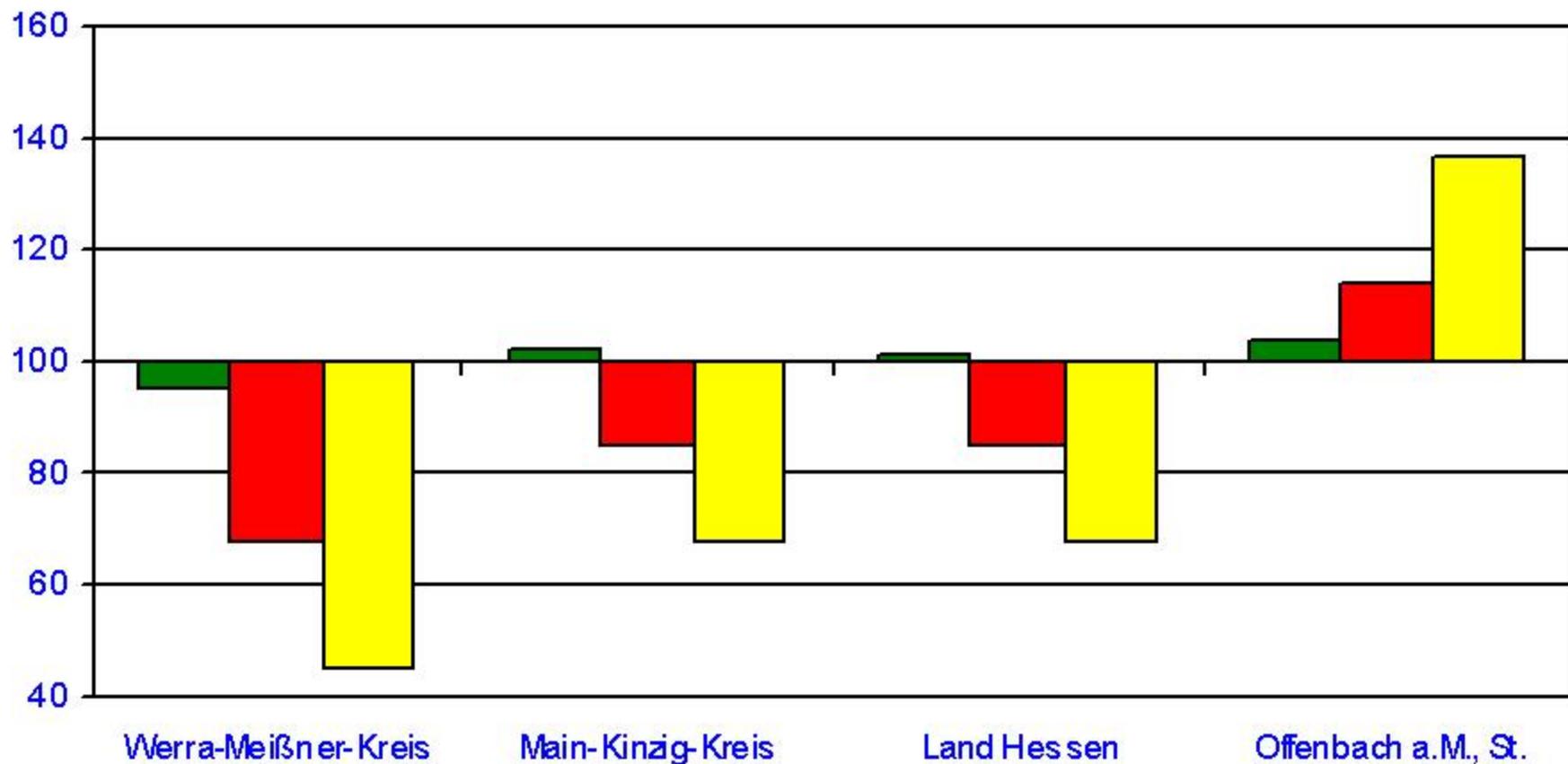
Mittlere Variante

Messzahl

■ 2003

■ 2020

■ 2050

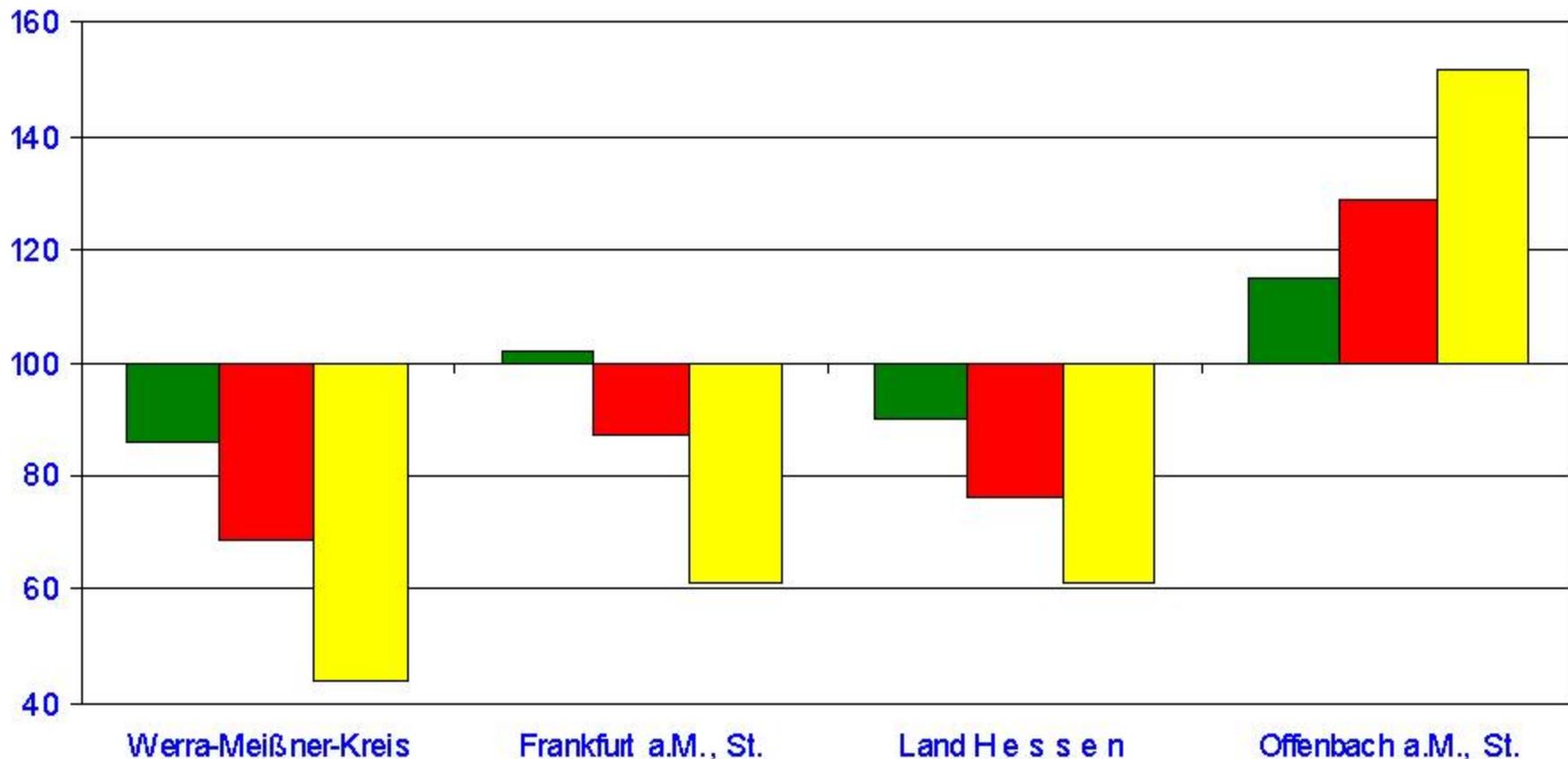


## Bedarf an Plätzen in Kindergärten (Basis: Verfügbare Plätze 2002 = 100)

Mittlere Variante

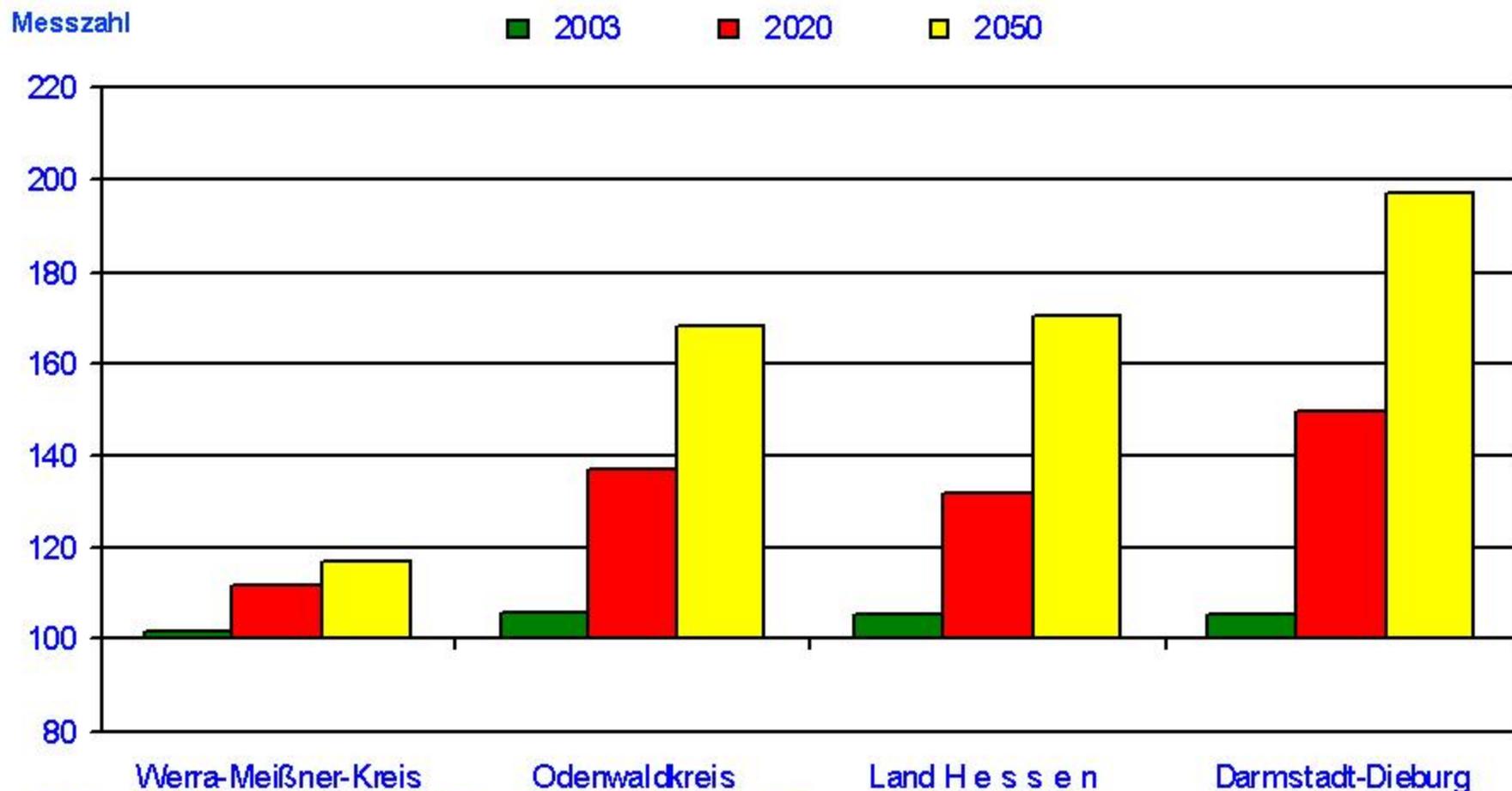
Messzahl

■ 2003 ■ 2020 ■ 2050



## Bedarf an Plätzen\* in stationären Pflegeeinrichtungen (Basis: Verfügbare Plätze 2002 = 100)

Mittlere Variante



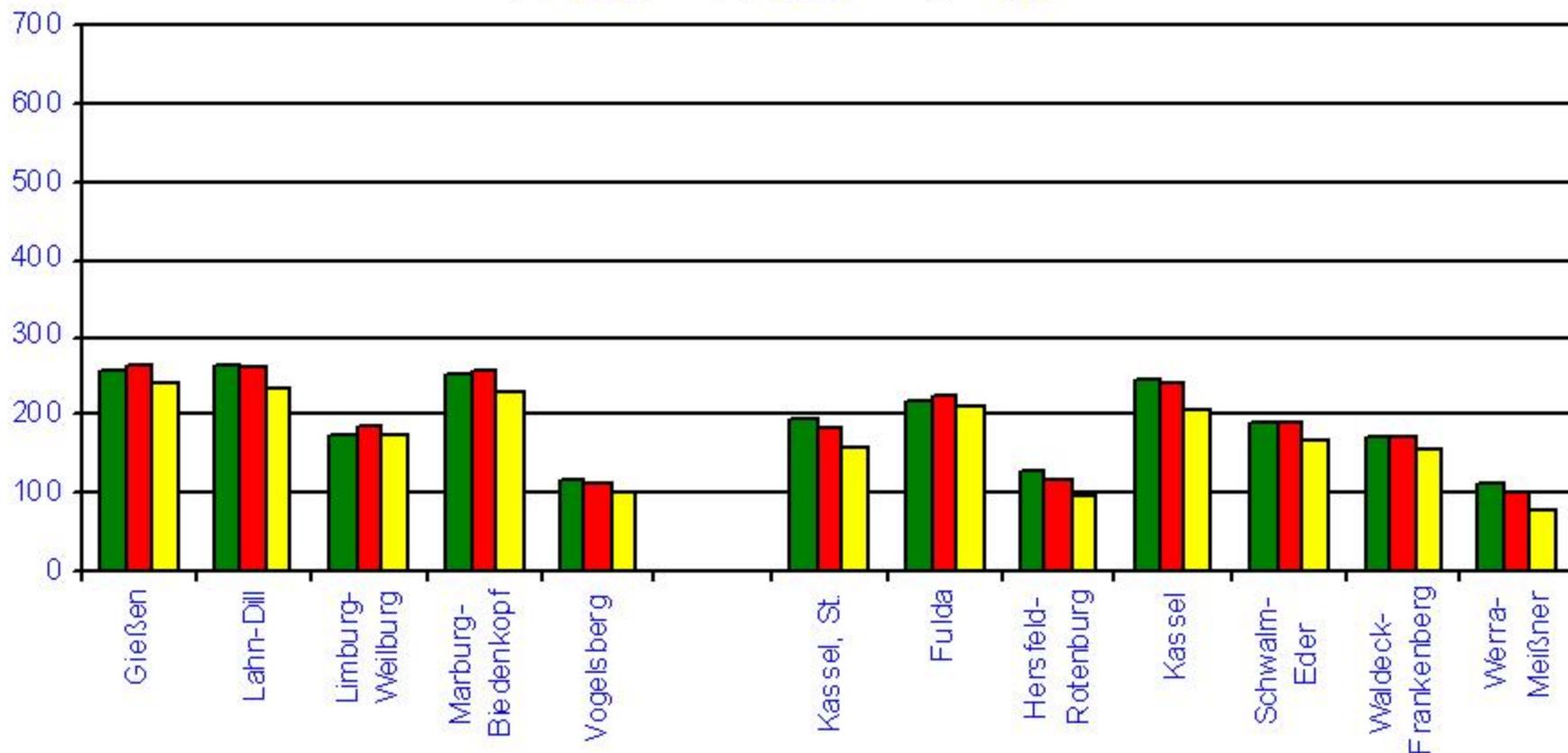
(\* Bei konstantem Anteil der verfügbaren Pflegeplätze je 1000 Einwohner im Alter von 65 Jahren oder mehr.)

# Bevölkerung in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel 2003, 2020 und 2050 nach Verwaltungsbezirken

Mittlere Variante

Tausend  
Personen

■ 2003 ■ 2020 ■ 2050

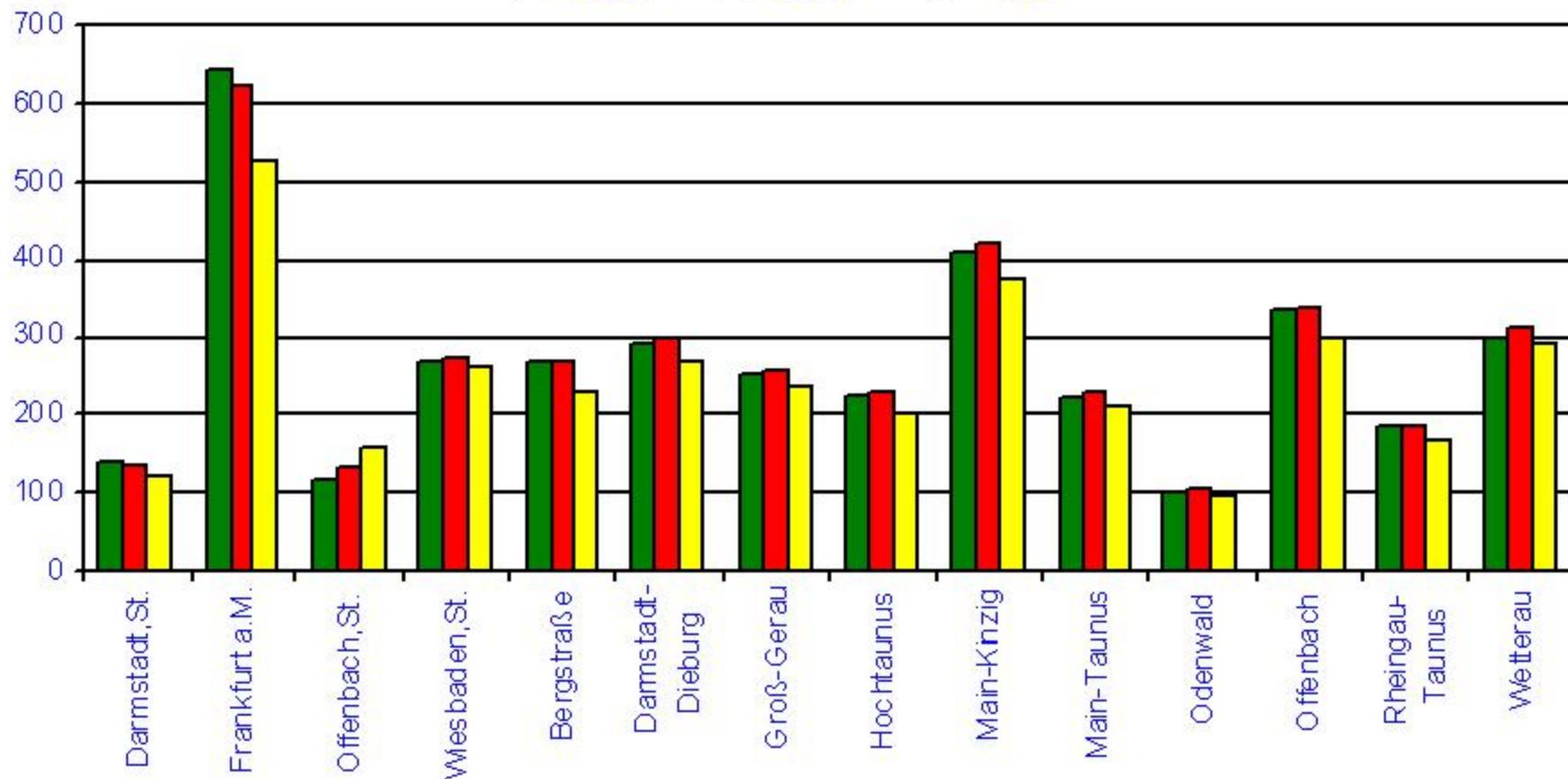


# Bevölkerung im Regierungsbezirk Darmstadt 2003, 2020 und 2050 nach Verwaltungsbezirken

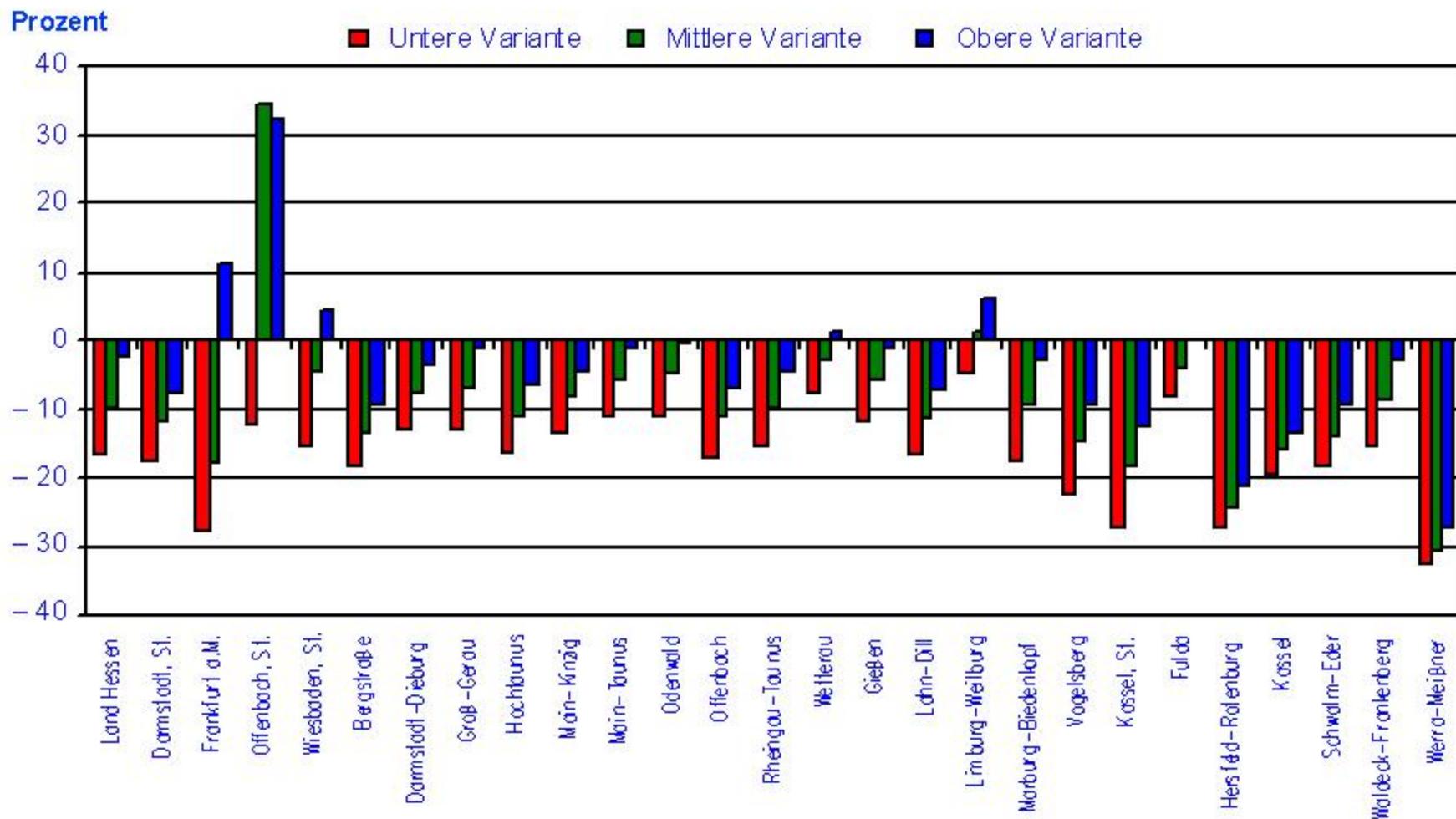
Mittlere Variante

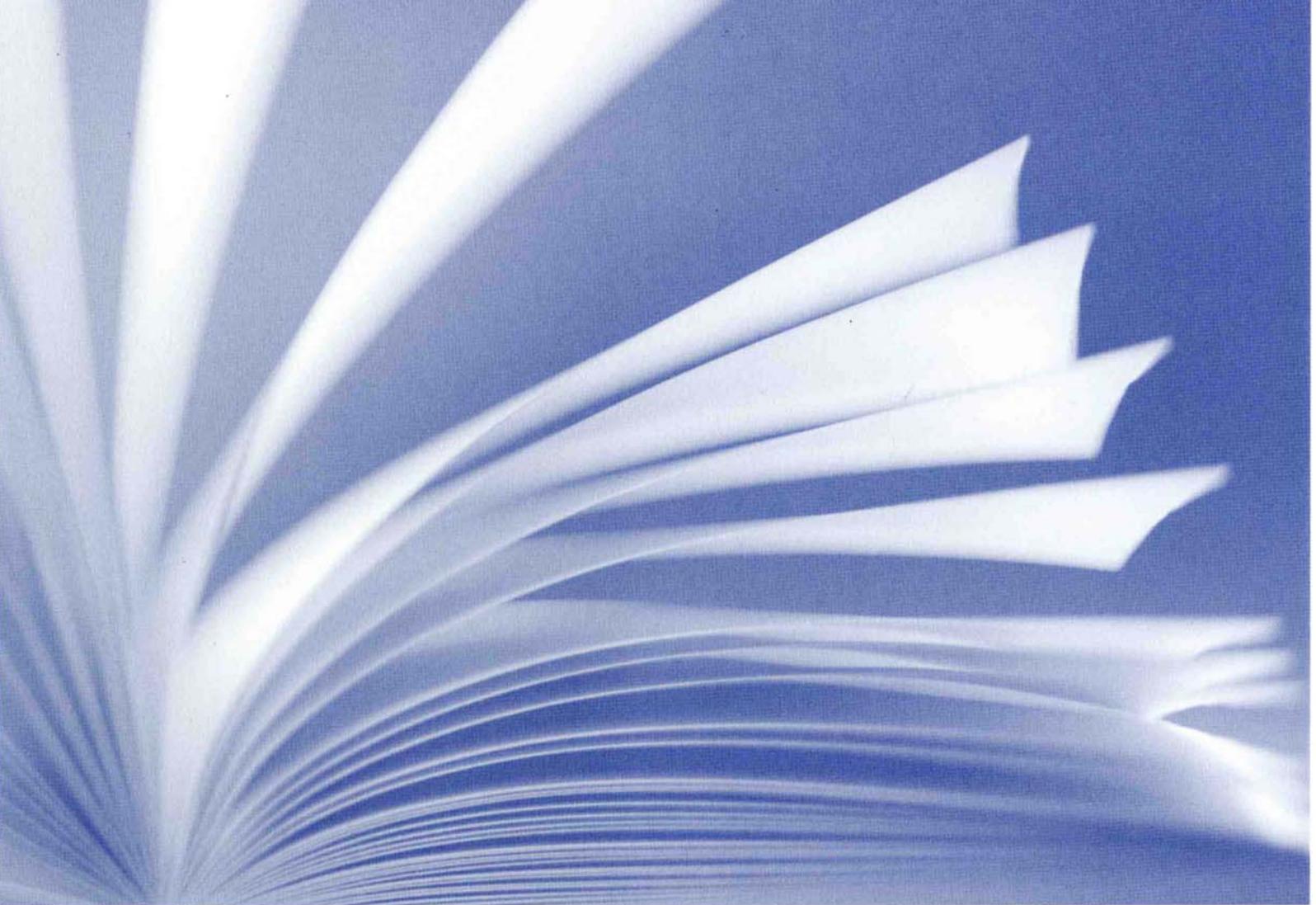
Tausend  
Personen

■ 2003 ■ 2020 ■ 2050



## Bevölkerungsentwicklung in den Verwaltungsbezirken 2050 gegenüber 2003





**Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise  
und kreisfreien Städte bis 2050**

---

**FEH**

---

Forschungs- und  
Entwicklungsgesellschaft  
Hessen mbH

# **Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte bis 2050**

Uwe van den Busch

FEH-Report Nr. 672  
Wiesbaden 2004

Eine Veröffentlichung der  
**Die Untersuchung wurde erstellt im Auftrag**

**Forschungs- und  
Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH (FEH)**  
**der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ des Hessischen Landtags**

Postfach 31 07  
D-65021 Wiesbaden

Abraham-Lincoln-Straße 38-42  
D-65189 Wiesbaden

Telefon 0611 / 774-0

Telefax 0611 / 774-313

E-Mail [info@feh-hessen.de](mailto:info@feh-hessen.de)

Internet <http://www.feh-hessen.de>

Geschäftsführer: Joachim B. Lauterbach, Diplom-Volkswirt

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Bernd Abeln, Staatssekretär im Hessischen Ministerium  
für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit Quellenangabe  
gestattet. Belegexemplar erbeten.

# Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte bis 2050

Inhalt	Seite
<b>Vorbemerkung</b>	1
<b>1 Kleinräumige ökonomische und demografische Entwicklung</b>	2
1.1 Die ökonomische Entwicklung in den hessischen Regionen im Rückblick	2
1.2 Die demografische Entwicklung in den hessischen Regionen im Rückblick	6
<b>2 Bevölkerungsvorausschätzung der hessischen Kreise</b>	13
2.1 Annahmen der Bevölkerungsvorausschätzung	13
2.2 Regionale Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2020 bzw. von 2002 bis 2050	17
2.3 Regionale Altersstrukturunterschiede der Bevölkerung im Jahr 2050	22
<b>3 Kreisergebnisse im Einzelnen</b>	25
<b>Kreise im Regierungsbezirk Darmstadt</b>	
Stadt Darmstadt	26
Stadt Frankfurt am Main	28
Stadt Offenbach am Main	30
Stadt Wiesbaden	32
Landkreis Bergstraße	34
Landkreis Darmstadt-Dieburg	36
Landkreis Groß-Gerau	38
Hochtaunuskreis	40
Main-Kinzig-Kreis	42
Main-Taunus-Kreis	44
Odenwaldkreis	46
Landkreis Offenbach	48
Rheingau-Taunus-Kreis	50
Wetteraukreis	52

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
<b>Kreise im Regierungsbezirk Gießen</b>	
Landkreis Gießen	54
Lahn-Dill-Kreis	56
Landkreis Limburg-Weilburg	58
Landkreis Marburg-Biedenkopf	60
Vogelsbergkreis	62
<b>Kreise im Regierungsbezirk Kassel</b>	
Stadt Kassel	64
Landkreis Fulda	66
Landkreis Hersfeld-Rotenburg	68
Landkreis Kassel	70
Schwalm-Eder-Kreis	72
Landkreis Waldeck-Frankenberg	74
Werra-Meißner-Kreis	76
<b>Hessen und Regierungsbezirke</b>	78
<b>Abbildungs- und Tabellenverzeichnis</b>	80

## Vorbemerkung

Die Enquetekommission des Hessischen Landtags „Demografischer Wandel“ hat sich zum Ziel gesetzt, die zu erwartende demografische Entwicklung in Hessen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen aufzuzeigen und mögliche Handlungsfelder für das Land zu identifizieren. In diesem Rahmen hat sie die Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mit einer Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Kreise beauftragt.

Im Folgenden werden die Ergebnisse einer Modellrechnung zur kleinräumigen Bevölkerungsentwicklung in den hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten bis zum Jahr 2050 vorgestellt. Die Ergebnisse sind konsistent mit der Bevölkerungsprojektion, die von der FEH für die Landesentwicklungsplanung in Hessen bis zum Jahr 2020 erstellt wurde. In Kapitel 1 wird zunächst die demografische und ökonomische Entwicklung in den hessischen Kreisen im Rückblick dargestellt. Hier werden spezifische regionale Muster herausgearbeitet, die auch die zukünftige Entwicklung beeinflussen werden. Kapitel 2 stellt die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausschätzung bis zum Jahr 2050 im Überblick dar. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Veränderung der Altersstruktur gelegt. In Kapitel 3 erfolgt schließlich die tabellarische und grafische Aufarbeitung der Ergebnisse für die einzelnen kreisfreien Städte und Landkreise.

In der Modellrechnung wird von der zentralen Annahme ausgegangen, dass die regionsspezifischen demografischen Entwicklungsmuster aus der Vergangenheit sich auch in Zukunft weiter fortschreiben lassen. Da die Bevölkerungsentwicklung in Hessen zu Beginn der 90er Jahre sehr stark durch einmalige Sondereffekte (deutsche Vereinigung, Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien) bestimmt wurde, beginnt der Referenzzeitraum mit dem Jahr 1995. Das Basisjahr der Trendfortschreibung ist das Jahr 2002, für das ein vollständiger detaillierter Datensatz zu Geburten, Sterbefällen und Wanderungen in den hessischen Regionen vorliegt. Die Vergegenwärtigung dieses Status-quo-Ansatzes ist für die „richtige“ Interpretation entscheidend: Die Ergebnisse zeigen, welche Veränderungen im Bestand und in der Altersstruktur der Bevölkerung in den hessischen Regionen langfristig zu erwarten sind, wenn die Entwicklungsmuster der vergangenen acht Jahre auch in den nächsten 50 Jahren Gültigkeit hätten. In einigen Regionen fallen die Folgen des demografischen Wandels im Vergleich zu heute geradezu dramatisch aus. Ziel von Modellrechnungen ist es, sich auf die Zukunft vorzubereiten und sie politisch zu gestalten. Noch ist Zeit, sich aktiv mit den Herausforderungen des demografischen Wandels auseinander zu setzen, Programme auf den Weg zu bringen, um Positives zu stärken und Risiken entgegen zu wirken. Die Rahmenbedingungen für die hessischen Regionen dürften daher mit hoher Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahrzehnten nicht konstant bleiben.

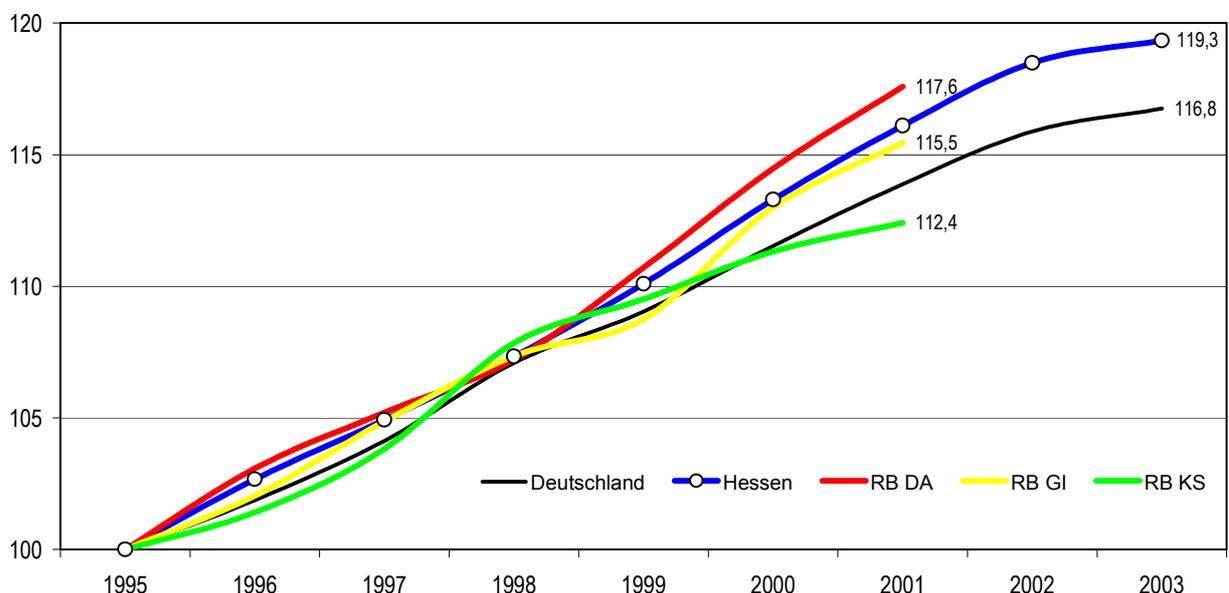
# 1 Kleinräumige ökonomische und demografische Entwicklung

Allgemein besteht zwischen der wirtschaftlichen und der demografischen Entwicklung in Regionen ein enger Zusammenhang. Wachstumsstarke Regionen sind besonders attraktiv auch für junge Arbeitskräfte, während diese Bevölkerungsgruppe aus wachstumsschwächeren und vor allem peripher gelegenen Regionen tendenziell abwandert. In diesem Kapitel werden entsprechende Muster für die hessischen Regionen aufgezeigt.

## 1.1 Die ökonomische Entwicklung in den hessischen Regionen im Rückblick

Zwischen 1995 und 2003 nahm die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) in Hessen (19,3 %) stärker zu als in Deutschland (16,8 %). Differenziert nach Regierungsbezirken, für die entsprechende Ergebnisse bis 2001 vorliegen, ist dies vor allem auf den Regierungsbezirk Darmstadt zurückzuführen. Aber auch der Regierungsbezirk Gießen lag - wie Abbildung 1 zeigt - über dem Deutschlanddurchschnitt, während der Regierungsbezirk Kassel etwas zurückfiel.

**Abbildung 1: Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung**  
(in jeweiligen Preisen, 1995 = 100)

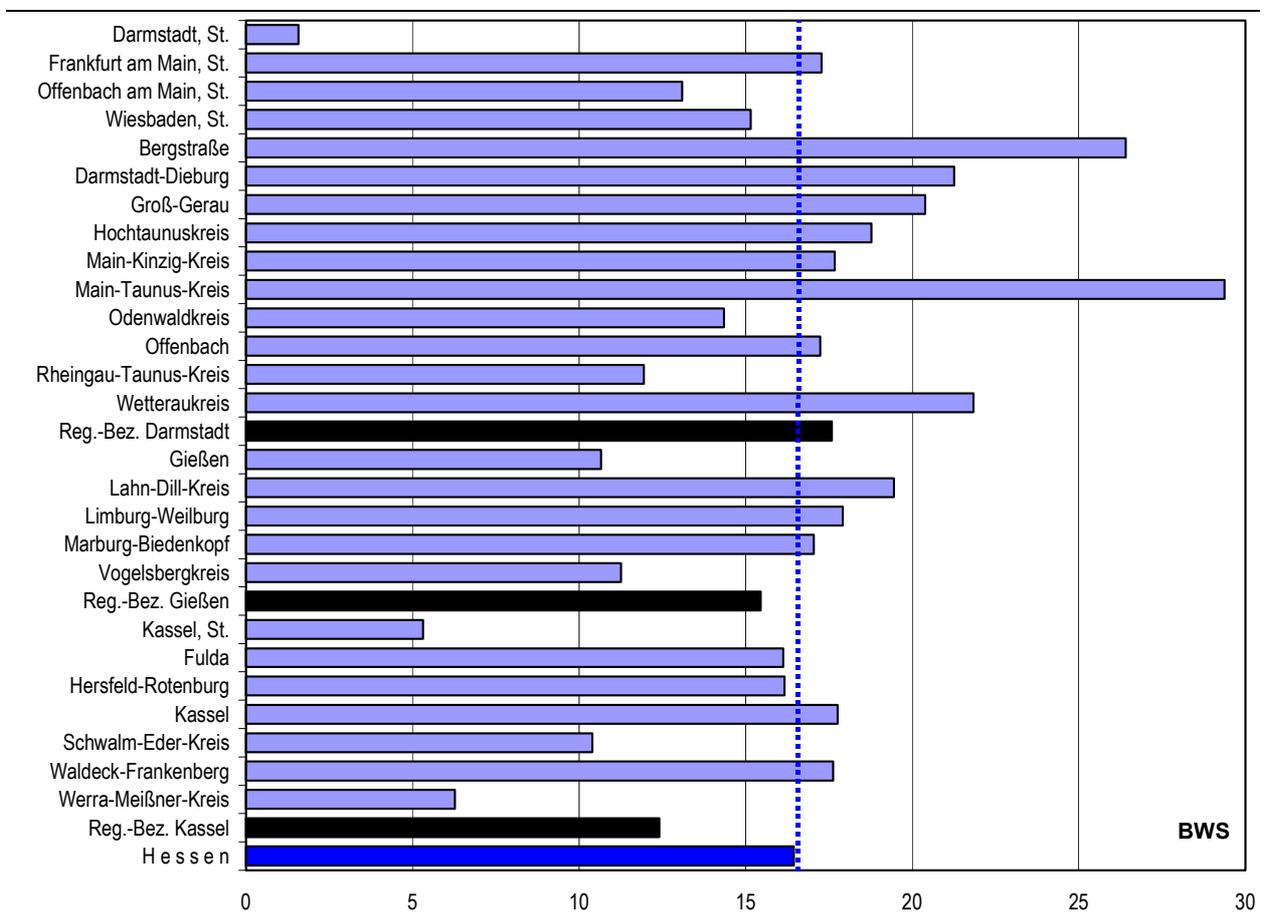


Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; Berechnungen der FEH.

In Abbildung 2 ist die relative Veränderung der nominalen Bruttowertschöpfung zwischen 1995 und 2001 für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte zusammengestellt. Innerhalb aller drei Regierungsbezirke ist das Bild sehr heterogen: Re-

gionen mit überdurchschnittlichen Zuwächsen stehen Regionen mit nur geringen Zunahmen gegenüber. Mit Ausnahme von Frankfurt blieb die wirtschaftliche Dynamik in allen kreisfreien Städten hinter der Landesentwicklung zurück. Besonders gering war der Zuwachs in der Stadt Darmstadt mit 1,6 %. Dem stehen allerdings hohe Zuwachsraten in ihren Umlandkreisen Bergstraße, Darmstadt-Dieburg und Groß-Gerau gegenüber. Am stärksten von allen hessischen Kreisen expandierte die Wirtschaftsleistung im Main-Taunus-Kreis, aber auch die anderen Umlandkreise Frankfurts – Wetteraukreis, Hochtaunus- und Main-Kinzig-Kreis – trugen zur überdurchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung des Rhein-Main Gebiets bei.

**Abbildung 2: Kleinräumige Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung**  
(in jeweiligen Preisen, Veränderung 1995 bis 2001 in %)



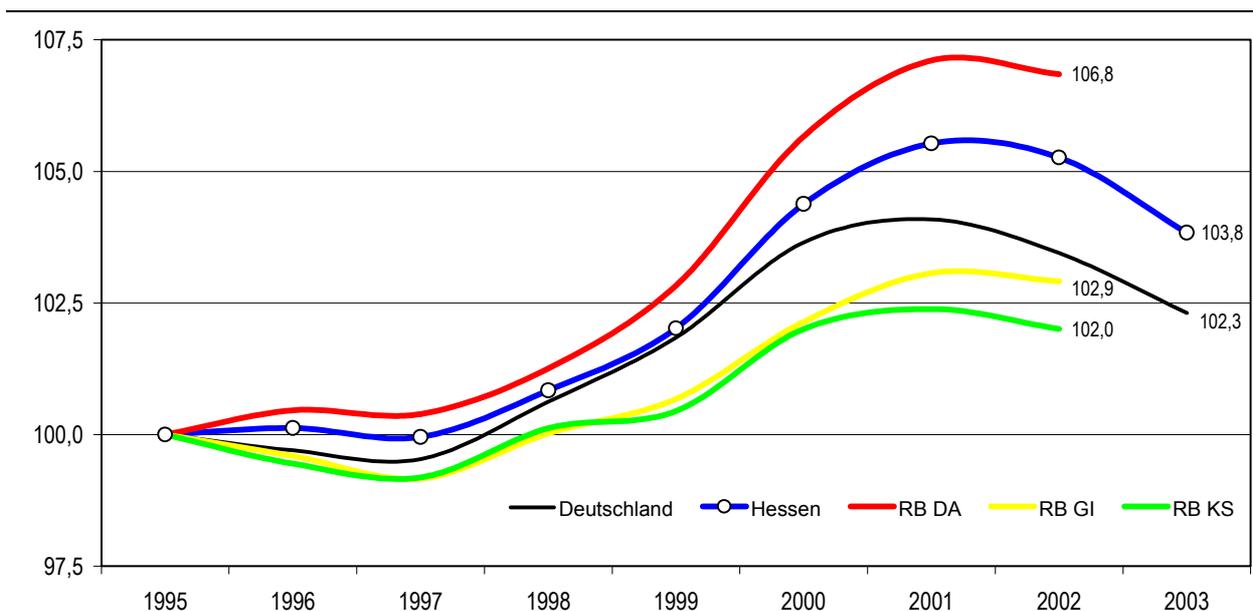
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; Berechnungen der FEH.

Im Regierungsbezirk Gießen erzielte der Lahn-Dill-Kreis das beste Ergebnis, während der Vogelsbergkreis aber auch der Landkreis Gießen deutlich hinter der Landesentwicklung zurückblieben. Im Regierungsbezirk Kassel entsprechen die Ergebnisse der vier Landkreise Kassel, Waldeck-Frankenberg, Hersfeld-Rotenburg und

Fulda in etwa dem Landeswert, während der Schwalm-Eder-Kreis und insbesondere der Werra-Meißner-Kreis die geringsten Zuwächse aller hessischen Landkreise aufwiesen.

In Abbildung 3 ist die Entwicklung der Erwerbstätigen im Zeitraum 1995 bis 2003 für Hessen und Deutschland und bis 2002 für die Regierungsbezirke dargestellt. Die hohe Wirtschaftsleistung des Regierungsbezirks Darmstadt schlug sich dabei in einer Zunahme der Erwerbstätigen nieder, die im gesamten betrachteten Zeitraum deutlich über dem Bundesdurchschnitt lag und auch den positiven Verlauf der Landesentwicklung prägte. In Mittel- und Nordhessen verlief die im Vergleich zu Deutschland unterdurchschnittliche Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen lange Zeit identisch. Nach den vorliegenden Daten nimmt im Regierungsbezirk Kassel die Zahl der Erwerbstätigen bei einer sich bundesweit abschwächenden Konjunktur am aktuellen Rand jedoch stärker ab als im Regierungsbezirk Gießen.

**Abbildung 3: Entwicklung der Erwerbstätigen insgesamt**  
(1995 = 100)

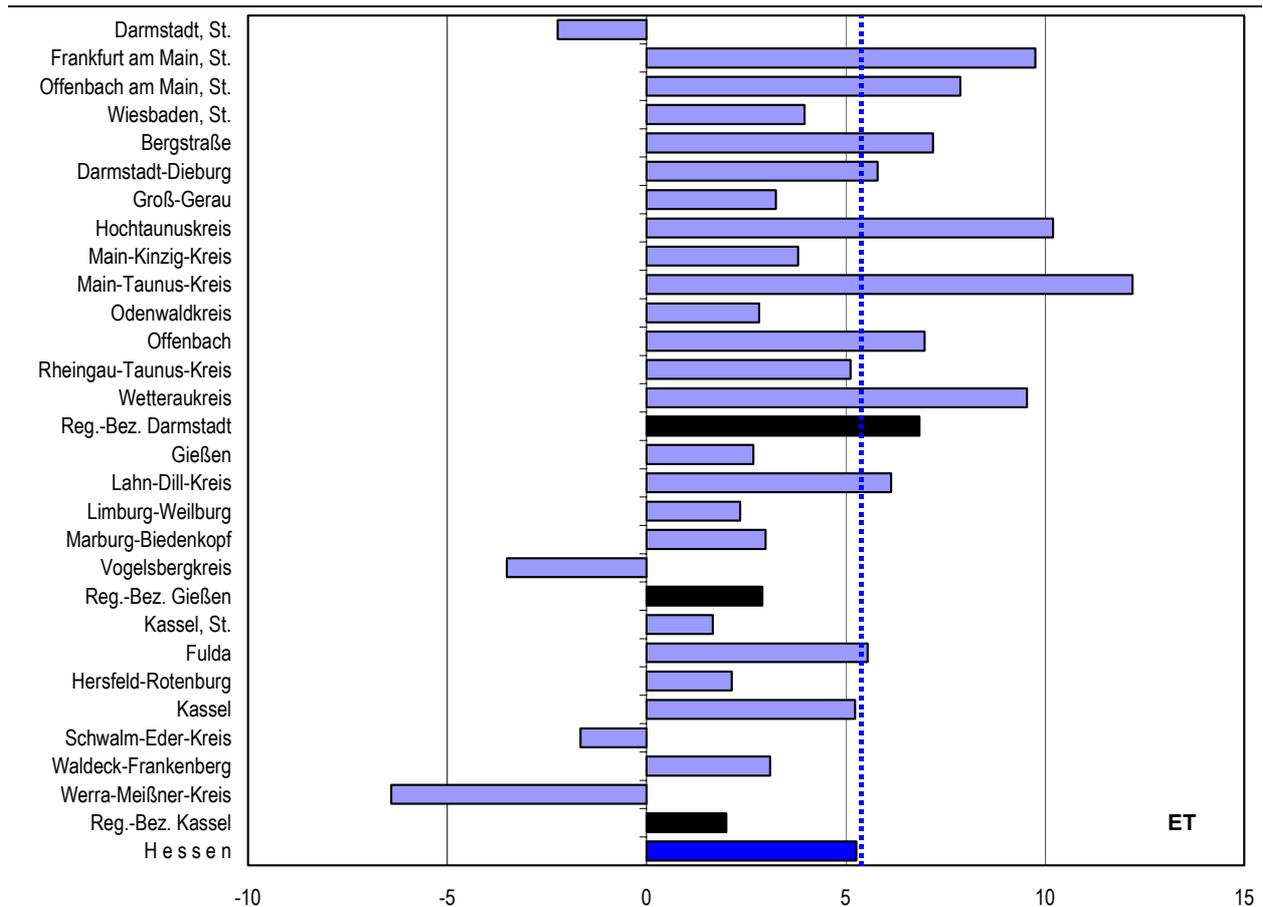


Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; Berechnungen der FEH.

In tieferer regionaler Betrachtung spiegelt sich die Dynamik der Wirtschaftsleistung weitgehend in entsprechenden Veränderungen der Erwerbstätigen wider. Motor der Erwerbstätigenexpansion im Regierungsbezirk Darmstadt waren die Städte Frankfurt und Offenbach sowie deren Umlandkreise. Tendenziell ist die Erwerbstätigenentwicklung umso besser, je höher die Bedeutung des Dienstleistungssektors in den Regionen ist: Im Hochtaunuskreis beispielsweise waren im Jahr 2002 gut 78 % und

in Groß-Gerau gut 63 % aller Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor tätig. Obwohl im Landkreis Groß-Gerau die Wirtschaftsleistung stärker zunahm, konnte der Hochtaunuskreis jedoch einen deutlich höheren Zuwachs der Erwerbstätigen verzeichnen.

**Abbildung 4: Kleinräumige Entwicklung der Erwerbstätigen insgesamt**  
(Veränderung 1995 bis 2002 in %)



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; Berechnungen der FEH.

Bei den Regionen mit rückläufiger Erwerbstätigenzahl handelt es sich außer bei der Stadt Darmstadt um die peripher gelegenen ländlichen Kreise Werra-Meißner-, Schwalm-Eder- und Vogelsbergkreis, alles Regionen mit deutlich unterdurchschnittlicher Wirtschaftsentwicklung. In den Regierungsbezirken Gießen und Kassel entsprechen die Zuwachsraten des Lahn-Dill-Kreises bzw. der Landkreise Fulda und Kassel in etwa dem Landesdurchschnitt, wo hingegen alle anderen mittel- und nordhessischen Regionen deutlich schlechter abschnitten.

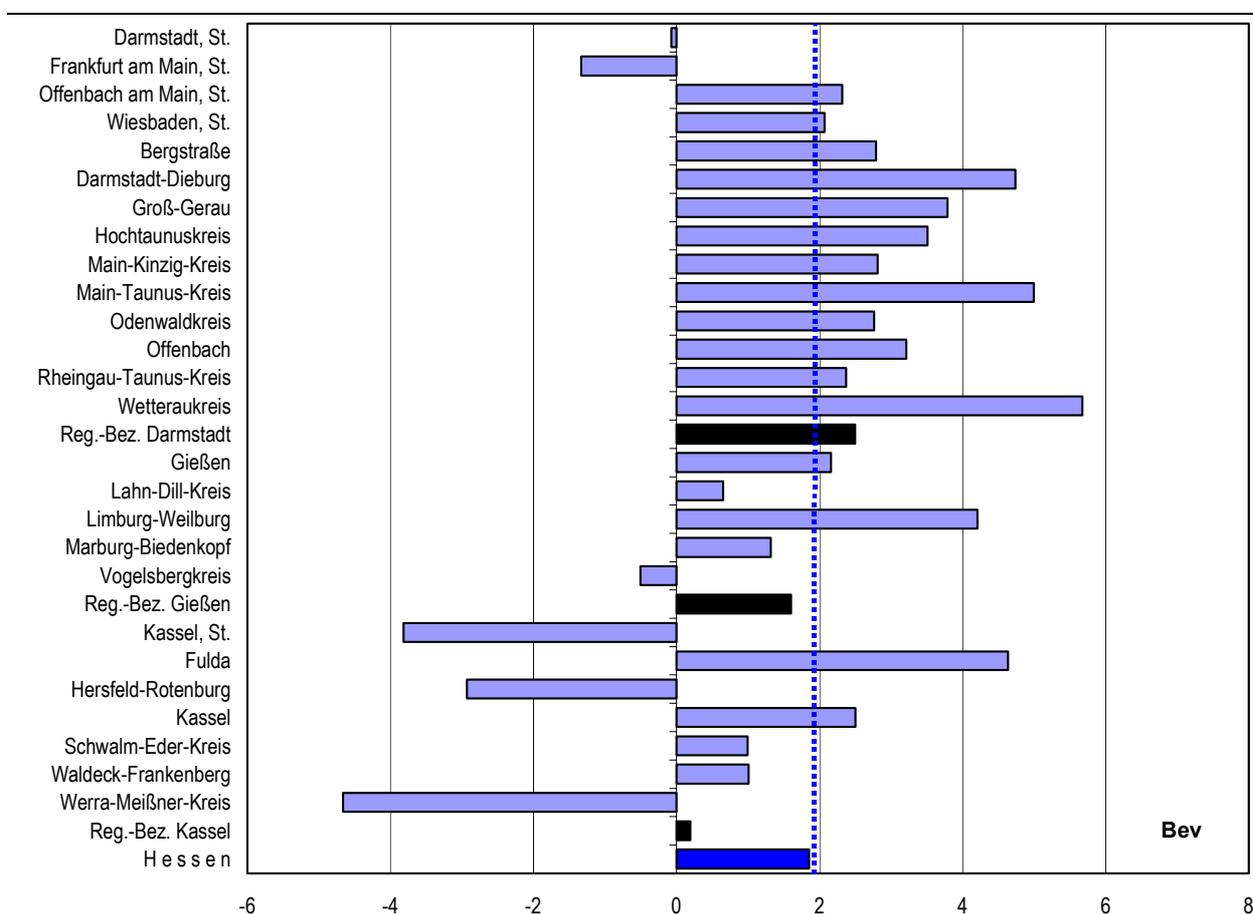
## 1.2 Die demografische Entwicklung in den hessischen Regionen im Rückblick

Im wesentlichen spiegelt sich die aufgezeigte wirtschaftliche Entwicklung und die Entstehung neuer Arbeitsplätze in den hessischen Regionen auch in der kleinräumigen Bevölkerungsentwicklung - wie in Abbildung 5 dargestellt - wider:

Während die Bevölkerung im Regierungsbezirk Darmstadt von Anfang des Jahres 1995 bis Ende 2002 um 91.700 Einwohner bzw. 2,5 % zunahm, fiel der relative Zuwachs im Regierungsbezirk Gießen mit 1,6 % (16.800 Einwohner) und insbesondere im Regierungsbezirk Kassel mit 0,2 % (2.400 Einwohner) deutlich niedriger aus.

**Abbildung 5: Kleinräumige Entwicklung der Bevölkerung**

(Veränderung zwischen 01. Januar 1995 und 31. Dezember 2002 in %)



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; Berechnungen der FEH.

Außer in den Städten Darmstadt, Frankfurt und Kassel ging die Zahl der Einwohner in den peripher gelegenen Landkreisen Werra-Meißner, Hersfeld-Rotenburg und Vogelsberg zurück. Für die Städte Kassel, Frankfurt und Darmstadt ist ein ausge-

prägtes Stadt- Umlandgefälle charakteristisch.<sup>1</sup> In Nordhessen konnte vor allem der Landkreis Kassel von Stadt-Umlandwanderungen profitieren. Durch die räumliche Nähe und eine gute verkehrliche Anbindung für Tagespendler strahlte die Wirtschaftsstärke des Rhein-Main Gebiets über die Grenzen des Regierungsbezirks Darmstadt hinweg auch positiv auf die Bevölkerungsentwicklung in den Landkreisen Fulda und Limburg-Weilburg im Regierungsbezirk Kassel bzw. Gießen aus.

Aus Tabelle 1 wird ersichtlich, dass die Veränderung im Bevölkerungsbestand maßgeblich auf Wanderungen zurückzuführen sind. In Hessen beispielsweise lebten am Ende des Jahres 2002 rund 111.000 Menschen mehr als zu Beginn des Jahres 1995. In diesem Zeitraum starben insgesamt 15.000 Menschen mehr als geboren wurden. Dieser Sterbeüberschuss konnte aber durch Wanderungsgewinne in Höhe von 126.000 Personen deutlich überkompensiert werden. Hessen war dabei insgesamt für jüngere Bevölkerungsgruppen besonders attraktiv. Wanderungsgewinnen über die Landesgrenzen hinweg von rund 152.000 Personen unter 40 Jahren stehen Wanderungsverluste in Höhe von 26.000 Personen über 40 Jahre gegenüber.

In der Mehrzahl der südhessischen Landkreise konnte die natürliche Bevölkerungskomponente sogar einen wenn auch im Vergleich zu den Wanderungen geringen positiven Beitrag zur Bevölkerungsentwicklung leisten. Im Regierungsbezirk Gießen trifft dies auf die Landkreise mit Universitätsstandorten Gießen und Marburg-Biedenkopf zu. Im Regierungsbezirk Kassel war mit Ausnahme des Landkreises Fulda die natürliche Bevölkerungskomponente in allen Regionen negativ. Die rückläufige Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Kassel und den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg und Werra-Meißner wurde darüber hinaus noch durch einen Abwanderungssaldo verstärkt, wobei diese drei Regionen - als einzige in Hessen - auch wanderungsbedingte Verluste in der Altersgruppe der unter 40-Jährigen hatten.

Obwohl die wirtschaftliche Entwicklung gemessen an der Veränderung der Bruttowertschöpfung und der Zahl der Erwerbstätigen in Mittel- und insbesondere in Nordhessen weniger dynamisch verlief als in Südhessen, bewirkten die regionalen Wanderungsbewegungen eine spürbare Entlastung der regionalen Arbeitsmärkte im Regierungsbezirk Gießen und vor allem im Regierungsbezirk Kassel. Im Jahresdurchschnitt 2003 waren im Regierungsbezirk Darmstadt 7,3 % aller (zivilen) Erwerbstätigen arbeitslos gemeldet, das waren 1,1 %-Punkte weniger als im Jahresdurchschnitt 1996. Für den Regierungsbezirk Gießen lauten die entsprechenden Werte 8,1 % Arbeitslosenquote im Jahr 2003 und ein Rückgang von 1,8 %-Punkten und für den Regierungsbezirk Kassel 9,3 % Arbeitslosenquote im Jahr 2003 und ein Rückgang von sogar 2,3 %-Punkten seit 1996.

1 In Frankfurt wurden Ende des Jahres 2001 rund 5.000 Personen, die noch im Melderegister geführt wurden aber nicht mehr in Frankfurt ansässig waren, als Fortzüge deklariert. Durch diese statistische Korrektur wird der Bevölkerungsrückgang in Frankfurt überzeichnet.

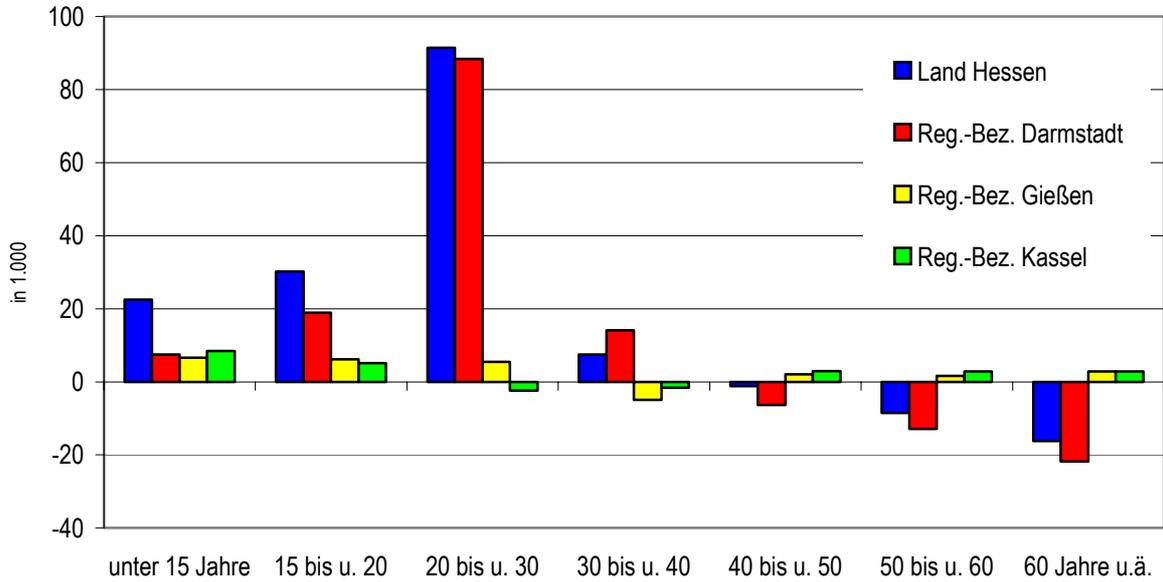
**Tabelle 1: Kleinräumige Bevölkerungsentwicklung in den hessischen Regionen zwischen 1995 und 2002**  
(alle Angaben in 1.000)

	Bevölkerung am 31.12.2002	Veränderung gegenüber 31.12.1994	Natürliche Bevölkerungs- entwicklung (Geburten minus Sterbefälle)	Wanderungs- saldo insgesamt (vom 31.12.94 bis 31.12.2002)	davon:	
					unter 40 Jahre	über 40 Jahre
<b>Reg.-Bez. Darmstadt</b>	<b>3.761,7</b>	<b>91,8</b>	<b>3,8</b>	<b>88,0</b>	<b>128,9</b>	<b>-40,9</b>
Darmstadt, St.	139,0	-0,1	-1,4	1,3	3,9	-2,6
Frankfurt am Main, St.	643,7	-8,7	-2,4	-6,3	25,5	-31,9
Offenbach am Main, St.	119,2	2,8	0,6	2,1	5,8	-3,6
Wiesbaden, St.	271,6	5,5	-3,2	8,6	11,4	-2,8
LK Bergstraße	265,5	7,2	-1,8	8,9	6,5	2,5
LK Darmstadt-Dieburg	289,7	13,1	3,2	10,0	9,7	0,2
LK Groß-Gerau	252,0	9,2	2,7	6,5	8,7	-2,2
Hochtaunuskreis	227,2	7,7	-0,7	8,3	9,2	-0,8
Main-Kinzig-Kreis	409,5	11,2	0,3	10,9	9,6	1,3
Main-Taunus-Kreis	222,9	10,6	3,2	7,4	10,0	-2,6
Odenwaldkreis	100,5	2,8	-0,9	3,7	1,5	2,2
LK Offenbach	337,5	10,4	3,3	7,1	10,9	-3,8
Rheingau-Taunus-Kreis	185,7	4,2	0,7	3,5	3,7	-0,2
Wetteraukreis	297,9	16,0	0,1	15,9	12,5	3,4
<b>Reg.-Bez. Gießen</b>	<b>1.065,9</b>	<b>16,8</b>	<b>-3,0</b>	<b>19,8</b>	<b>13,3</b>	<b>6,5</b>
LK Gießen	255,4	5,4	0,5	4,9	4,5	0,4
Lahn-Dill-Kreis	262,9	1,6	-2,0	3,6	2,0	1,6
LK Limburg-Weilburg	175,9	7,1	-0,3	7,3	5,4	1,9
LK Marburg-Biedenkopf	253,9	3,3	1,0	2,4	1,1	1,3
Vogelsbergkreis	117,9	-0,6	-2,3	1,7	0,3	1,3
<b>Reg.-Bez. Kassel</b>	<b>1.264,0</b>	<b>2,4</b>	<b>-15,7</b>	<b>18,1</b>	<b>9,5</b>	<b>8,6</b>
Kassel, St.	194,1	-7,6	-3,2	-4,5	-0,2	-4,3
LK Fulda	219,0	9,7	2,3	7,4	4,5	2,9
LK Hersfeld-Rotenburg	129,2	-4,0	-2,9	-1,1	-1,2	0,1
LK Kassel	245,8	6,0	-3,3	9,4	5,1	4,2
Schwalm-Eder-Kreis	192,9	2,0	-2,7	4,6	2,3	2,4
LK Waldeck-Frankenberg	170,4	1,7	-1,9	3,6	1,0	2,6
Werra-Meißner-Kreis	112,4	-5,5	-4,1	-1,4	-2,0	0,6
<b>Land Hessen</b>	<b>6.091,6</b>	<b>110,9</b>	<b>-14,9</b>	<b>125,8</b>	<b>151,7</b>	<b>-25,9</b>

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; Berechnungen der FEH. Rundungsbedingt können sich Abweichungen in den Summen ergeben.

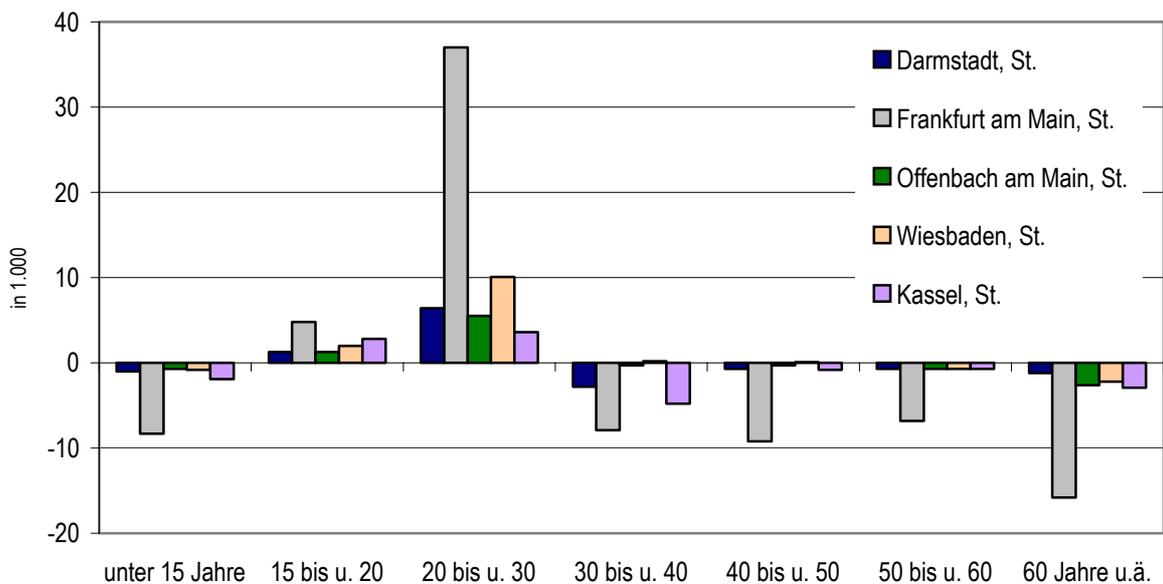
Die folgenden sechs Abbildungen zeigen detailliert das altersspezifische Wanderungsgeschehen in den hessischen Regionen für den Zeitraum 1995 bis 2002 auf.

**Abbildung 6: Wanderungssalden von Jahresbeginn 1995 bis Ende 2002 nach Altersgruppen: Hessen und Regierungsbezirke**



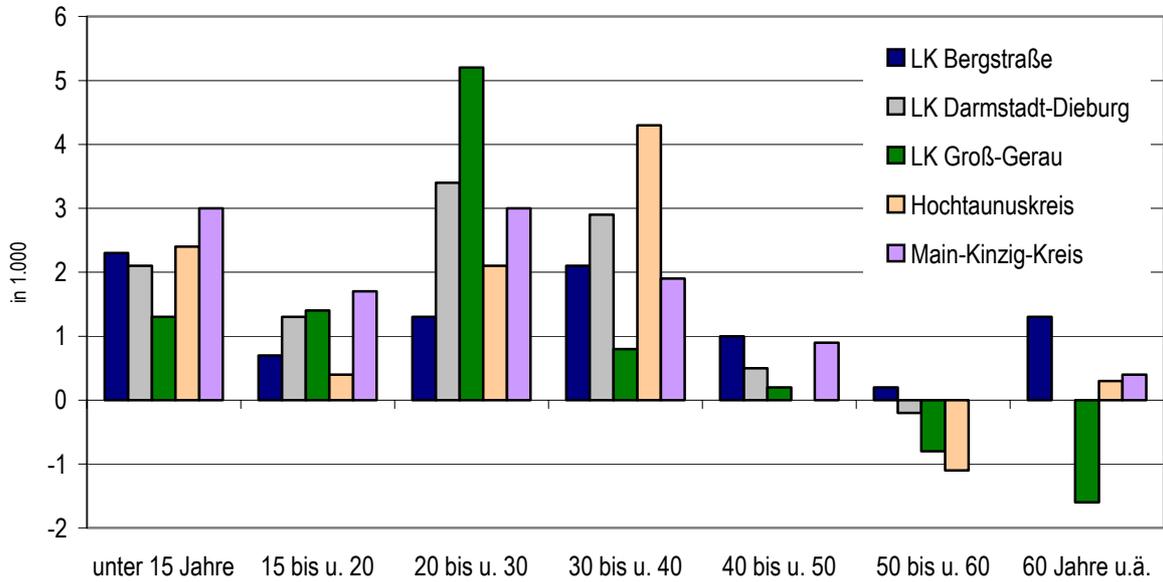
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; Berechnungen der FEH.

**Abbildung 7: Wanderungssalden von Jahresbeginn 1995 bis Ende 2002 nach Altersgruppen: Kreisfreie Städte**



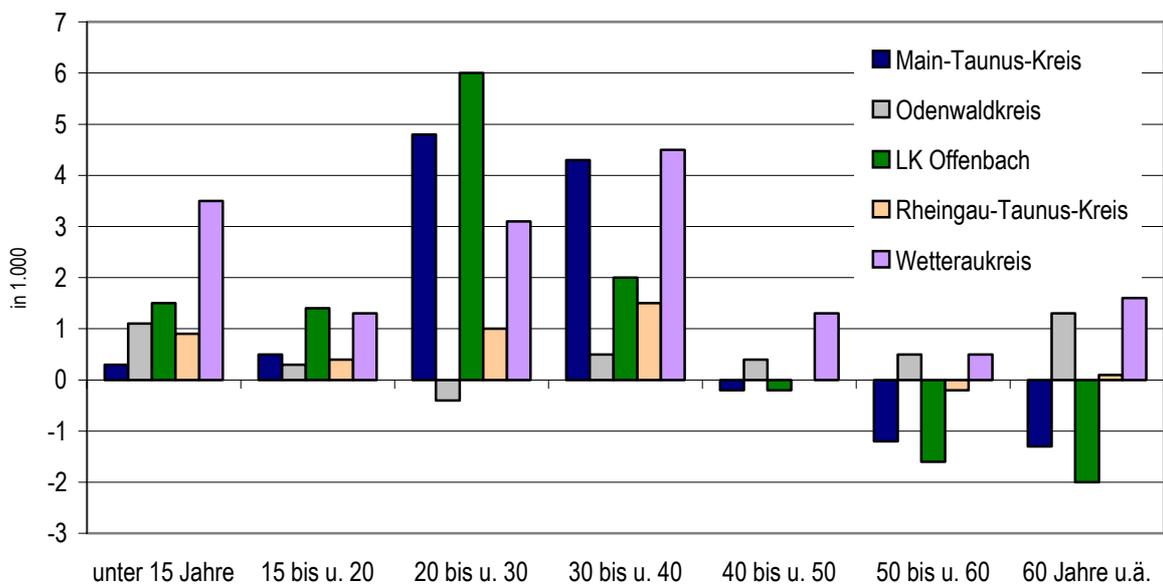
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; Berechnungen der FEH.

**Abbildung 8: Wanderungssalden von Jahresbeginn 1995 bis Ende 2002 nach Altersgruppen:  
Landkreise im Regierungsbezirk Darmstadt**



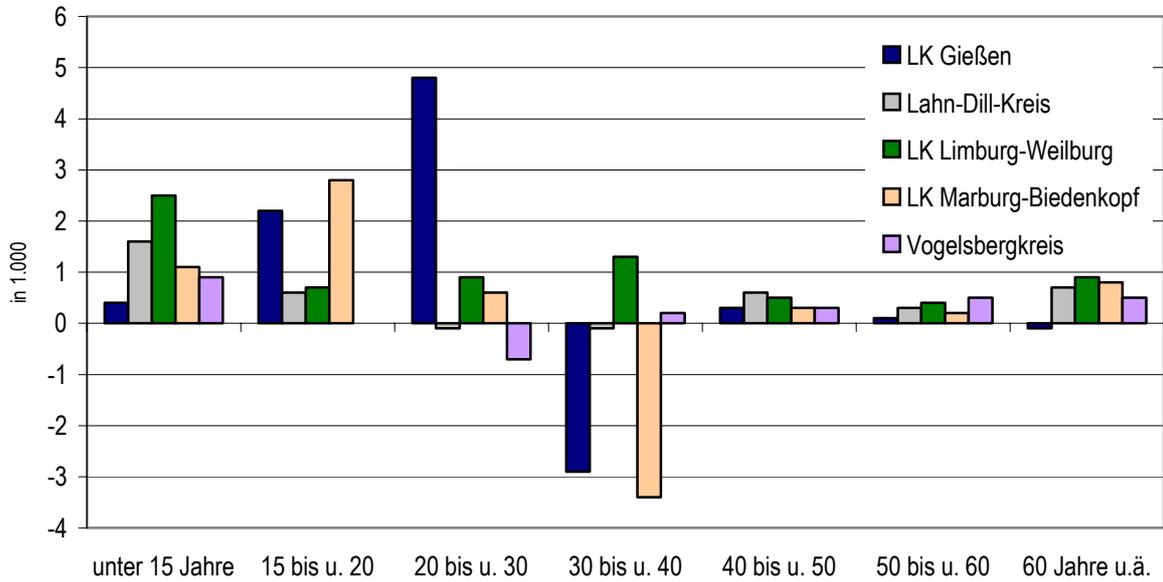
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; Berechnungen der FEH.

**Abbildung 9: Wanderungssalden von Jahresbeginn 1995 bis Ende 2002 nach Altersgruppen:  
Landkreise im Regierungsbezirk Darmstadt (Fortsetzung)**



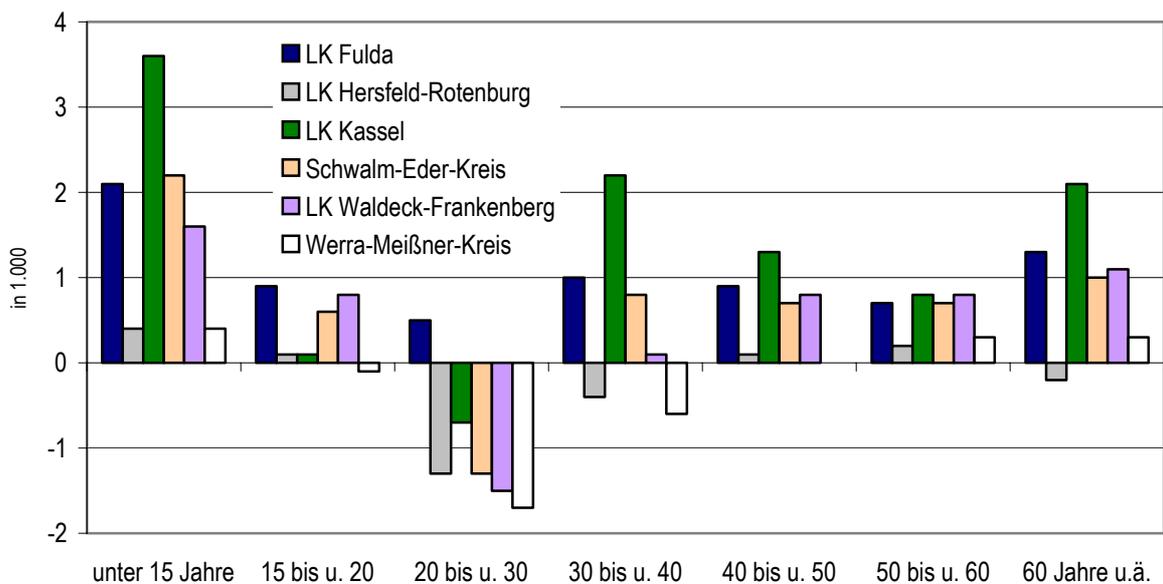
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; Berechnungen der FEH.

**Abbildung 10: Wanderungssalden von Jahresbeginn 1995 bis Ende 2002 nach Altersgruppen:  
Landkreise im Regierungsbezirk Gießen**



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; Berechnungen der FEH.

**Abbildung 11: Wanderungssalden von Jahresbeginn 1995 bis Ende 2002 nach Altersgruppen:  
Landkreise im Regierungsbezirk Kassel**



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; Berechnungen der FEH.

In kleinräumiger Betrachtung haben sich in den vergangenen Jahren regionalspezifische Muster in der Bevölkerungsentwicklung in Hessen herausgebildet, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

- Die Wanderungsgewinne der kreisfreien Städte konzentrieren sich auf die 15- bis unter 30-Jährigen. In dieser Altersgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen steht die Suche nach einem Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz im Vordergrund. Alle anderen Altersgruppen wandern per Saldo aus den Städten ab. Dies trifft insbesondere auch für familienbedingte Wanderungen zu. Familien mit Kindern verlassen per Saldo die Städte und ziehen in die Umlandkreise. In absoluten Zahlen prägt Frankfurt dabei die Wanderungsbilanz sowohl des Regierungsbezirks Darmstadt als auch von Hessen insgesamt.
- Mit Ausnahme des Odenwaldkreises weisen die südhessischen Landkreise in allen Altersgruppen bis 40 Jahre relativ hohe Wanderungsgewinne auf. In den Altersgruppen ab 50 Jahre überwiegen hingegen tendenziell die Fortzüge.
- Eine Ausnahme bilden in Südhessen darüber hinaus die Landkreise Bergstraße und Wetteraukreis, wo in allen Altersgruppen per Saldo mehr Menschen zu- als fortziehen. Dieses Muster trifft auch für die Landkreise Limburg-Weilburg in Mittelhessen und den Landkreis Fulda in Nordhessen zu.
- Ansonsten sind für das Wanderungsgeschehen in Mittelhessen hohe Gewinne bei den 15- bis unter 30-Jährigen charakteristisch, denen allerdings ähnlich hohe Wanderungsverluste in der Altersgruppe der 30- bis unter 40-Jährigen gegenüberstehen. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte das Wanderungsverhalten von Studenten in den Universitätsstädten Gießen und Marburg sein.
- Außer im schon erwähnten Landkreis Fulda sind für die übrigen nordhessischen Landkreise Wanderungsverluste von jungen Erwachsenen im Alter von 20 bis unter 30 Jahren charakteristisch, die aber - mit Ausnahme des Landkreises Hersfeld-Rotenburg und des Werra-Meißner-Kreises – durch Wanderungsgewinne in allen anderen Altersgruppen mehr als ausgeglichen werden können. Insbesondere der Landkreis Kassel kann zusätzlich von den Umlandwanderungen der Stadt Kassel profitieren.

## 2 Bevölkerungsvorausschätzung der hessischen Kreise

### 2.1 Annahmen der Bevölkerungsvorausschätzung

Die Modellrechnungen zur kleinräumigen Bevölkerungsentwicklung in Hessen bis zum Jahr 2050 basieren auf der durchschnittlichen Entwicklung der natürlichen Bevölkerungskomponenten Geburten und Sterbefälle sowie der Wanderungen nach Altersgruppen in den Jahren 1995 bis 2002. Das Basisjahr der Berechnungen ist das Jahr 2002. Die Berechnungen erfolgen für Männer und Frauen ohne eine Differenzierung nach Deutschen und Nicht-Deutschen. Die Fortschreibung der Geburten und Sterbefälle für Hessen erfolgt in enger Anlehnung an die Annahmen der mittleren Variante der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder (Variante 5)<sup>2</sup>. Die spezifischen Gegebenheiten in den hessischen Regionen werden dabei berücksichtigt.

Die Ergebnisse sind konsistent mit der Bevölkerungsprojektion für Hessen und seine Regierungsbezirke bis zum Jahr 2020 und einer Trendfortschreibung bis zum Jahr 2050, die von der FEH für die Landesentwicklungsplanung in Hessen erstellt wurden. D. h. die Summe der Bevölkerung in den Landkreisen und kreisfreien Städten aus der Modellrechnung stimmt mit den Ergebnissen der jeweiligen Regierungsbezirke und des Landes Hessen in der Landesentwicklungsplanung überein.

#### **Deutlicher Anstieg der Lebenserwartung bei Konstanz der Geburtenziffer**

Die durchschnittliche Lebenserwartung eines neugeborenen Jungen liegt gegenwärtig in Hessen bei 76,5 Jahren und ist damit rund 1,5 Jahre höher als in Deutschland. Die durchschnittliche Lebenserwartung eines neugeborenen Mädchens ist in Hessen mit knapp 82 Jahren um rund 1 Jahr höher als in Deutschland. Bis zum Jahr 2050 ist in der mittleren Variante von einem kontinuierlich weiteren Ansteigen der Lebenserwartung sowohl bei Männern als auch bei Frauen von jeweils rund 6 Jahren auszugehen. Ein neugeborener Junge in Hessen hat dann eine durchschnittliche Lebenserwartung von 82,8 Jahren, ein Mädchen von 87,6 Jahren.

Die Geburtenziffer gibt die durchschnittliche Kinderzahl je Frau an. Im Zeitraum 1995 bis 2002 bewegte sie sich in Hessen mit geringen Schwankungen um den Wert 1,36 und blieb damit deutlich unter dem Wert von 2,1 Kindern je Frau, der für eine langfristige Bestandserhaltung der Bevölkerung notwendig wäre. Da sich bisher keine grundlegende Änderung im Geburtenverhalten abzeichnet, wird für den Projektionszeitraum von einer Konstanz der Geburtenziffer in Höhe von 1,36 ausgegangen. Das heißt, von je 100 Frauen werden 136 Kinder geboren, davon 70 Jungen und 66 Mädchen.

2 Im Folgenden kurz: 10. Koordinierte.

## **Wanderungsgewinne bei Jüngeren, Wanderungsverluste bei Älteren**

Annahmen über die weitere Entwicklung von Wanderungen sind angesichts der Ungewissheit von längerfristigen Wirtschaftsperspektiven aber auch wegen nicht vorhersehbarer politischer Ereignisse mit besonders großer Unsicherheit behaftet. Zur Illustration der hiermit verbundenen Spannweite sind im Rahmen der 10. Koordinierten für Deutschland drei alternative Annahmen für die Wanderungen getroffen worden. In der mittleren Variante (Variante 5) werden für Deutschland von 2003 an bis zum Jahr 2050 per Saldo jährliche Zuwanderungen in Höhe von 200.000 Ausländern unterstellt, davon entfällt auf Hessen ein Anteil von 6 % bzw. 12.000 Personen jährlich.

Beim Zu- und Fortzug von Deutschen wird davon ausgegangen, dass sich der Wanderungsüberschuss entsprechend dem abnehmenden Zustrom von Aussiedlern in Zukunft weiter abschwächen wird. Der zu Beginn mit 80.000 Personen veranschlagte Saldo für Deutschland wird bis zum Jahr 2040 auf einen ausgeglichenen Saldo reduziert. Insgesamt wird von 2003 bis 2039 für Deutschland mit einer Zuwanderung von 860.000 deutschen Personen gerechnet. Die Zuwanderungen insgesamt (Deutsche und Ausländer) werden somit im Zeitraum von 2003 bis 2050 auf 10,5 Mio. Menschen veranschlagt.

Für Hessen ist zusätzlich noch der Wanderungssaldo mit den anderen Bundesländern von großer Bedeutung. So sind beispielsweise zwischen 1995 und 2002 im Schnitt jährlich 10.000 Menschen aus anderen Bundesländern mehr zu- als fortgezogen. Hierzu wird in der amtlichen Vorausberechnung für den Zeitraum 2003-2020 von einem Wanderungsgewinn in Höhe von 94.600 Personen ausgegangen, wobei der jährliche Saldo von 9.750 Menschen im Jahr 2003 sukzessive auf 3.650 im Jahr 2020 und in den Jahren danach dann auf Null zurückgeführt wird.

Nun ist in der langfristigen Entwicklung beim Binnenwanderungssaldo mit den anderen Bundesländern zwar ein leicht sinkender Trend zu beobachten, ein Null-Saldo in den Jahren nach 2020 wird jedoch von uns nicht als sehr wahrscheinlich eingeschätzt. Auch nach dem Jahr 2020 dürfte Hessen und insbesondere das Rhein-Main Gebiet zu den wirtschaftsstärksten Regionen in Deutschland zählen und entsprechend für Zuwanderungen aus anderen Teilen Deutschlands attraktiv bleiben. Im Unterschied zur Variante 5 der 10. Koordinierten wurde deshalb in den vorliegenden Modellberechnungen auch über das Jahr 2020 hinaus für Hessen ein Wanderungsgewinn gegenüber den anderen Bundesländern unterstellt. Darüber hinaus wurden die Annahmen in den folgenden Modellrechnungen gegenüber Variante 5 der 10. Koordinierten in zwei weiteren Punkten modifiziert. Zum einen wurde der für 2003 veranschlagte Wanderungssaldo in Variante 5 in Höhe von 23.200 entsprechend dem voraussichtlich zu erwartenden Wert aktualisiert und auf 9.800 reduziert.

Zum andern wurde die Altersverteilung der Wanderungen an die Gegebenheiten der letzten Jahre angepasst. In den Altersgruppen der bis 50-Jährigen resultieren daraus höhere Wanderungsgewinne und in den Altersgruppen der über 50-Jährigen höhere Wanderungsverluste als in den Annahmen der 10. Koordinierten. Generell werden in den Berechnungen die Wanderungssalden des Landes Hessen auf die Regionen ohne Differenzierung nach ihrer Herkunft aus dem Ausland bzw. den anderen Bundesländern verteilt.

**Tabelle 2: Regionale Wanderungssalden von 2003 bis 2050** (alle Angaben in 1.000)

	2003 bis 2020	2021 bis 2050	2003 bis 2050
<b>Reg.-Bez. Darmstadt</b>	<b>237,8</b>	<b>328,2</b>	<b>566,0</b>
Darmstadt, St.	3,0	4,2	7,2
Frankfurt am Main, St.	17,3	23,8	41,1
Offenbach am Main, St.	6,7	9,2	15,9
Wiesbaden, St.	20,1	27,7	47,7
LK Bergstraße	20,7	28,6	49,4
LK Darmstadt-Dieburg	23,1	31,9	55,0
LK Groß-Gerau	15,1	20,8	35,8
Hochtaunuskreis	19,3	26,7	46,0
Main-Kinzig-Kreis	25,4	35,1	60,4
Main-Taunus-Kreis	17,1	23,6	40,7
Odenwaldkreis	8,5	11,7	20,2
LK Offenbach	16,5	22,7	39,2
Rheingau-Taunus-Kreis	8,2	11,3	19,4
Wetteraukreis	36,9	51,0	87,9
<b>Reg.-Bez. Gießen</b>	<b>34,8</b>	<b>48,0</b>	<b>82,8</b>
LK Gießen	8,6	11,8	20,4
Lahn-Dill-Kreis	6,3	8,7	14,9
LK Limburg-Weilburg	12,9	17,8	30,6
LK Marburg-Biedenkopf	4,1	5,7	9,9
Vogelsbergkreis	2,9	4,1	7,0
<b>Reg.-Bez. Kassel</b>	<b>31,7</b>	<b>43,7</b>	<b>75,4</b>
Kassel, St.	-7,9	-10,8	-18,7
LK Fulda	13,0	17,9	30,9
LK Hersfeld-Rotenburg	-1,9	-2,7	-4,6
LK Kassel	16,4	22,7	39,1
Schwalm-Eder-Kreis	8,1	11,2	19,3
LK Waldeck-Frankenberg	6,3	8,8	15,1
Werra-Meißner-Kreis	-2,4	-3,4	-5,8
<b>Land Hessen</b>	<b>304,3</b>	<b>420,0</b>	<b>724,3</b>
<i>zum Vergleich:</i>			
<i>10. Koordinierte, Variante 5</i>	322,8	376,7	699,5

Quelle: Annahmen der FEH und der 10. Koordinierten (Variante 5) für Hessen.

Tabelle 2 zeigt die zusammengefassten Wanderungssalden für Hessen und die Regionen, wie sie der Modellrechnung zu Grunde liegen, und zum Vergleich die entsprechenden Wanderungsannahmen von Variante 5 der 10. Koordinierten für Hessen insgesamt.

### **Der Regierungsbezirk Darmstadt bleibt Motor der hessischen Wirtschaft**

Im Hessenreport 2003 wurde von der FEH für die hessischen Regierungsbezirke eine Wirtschaftsprognose bis zum Jahr 2020 erstellt.<sup>3</sup> Demnach dürfte der Regierungsbezirk Darmstadt auch in Zukunft der Motor der hessischen Wirtschaft bleiben. Im gesamten Zeitraum 2000 (dem Basisjahr der Berechnungen) bis zum Jahr 2020 ist mit einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs der Bruttowertschöpfung (in Preisen von 1995) in Höhe von 2,2 % und der Zahl der Erwerbstätigen in Höhe von 0,1 % zu rechnen. Die entsprechenden Veränderungsraten für den Regierungsbezirk Gießen lauten 1,8 % und – 0,2 % und für den Regierungsbezirk Kassel 1,9 % und ebenfalls – 0,2 %.

In der vorliegenden Modellrechnung der regionalen Bevölkerungsentwicklung wird auch für den Zeitraum 2020 bis 2050 von einem Fortbestehen dieser regionalen Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung ausgegangen. Der in Kapitel 1 aufgezeigte bisherige enge Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung in den hessischen Regionen, der sich insbesondere im regionalen Wanderungsverhalten niederschlug, wird bis zum Jahr 2050 fortgeschrieben.

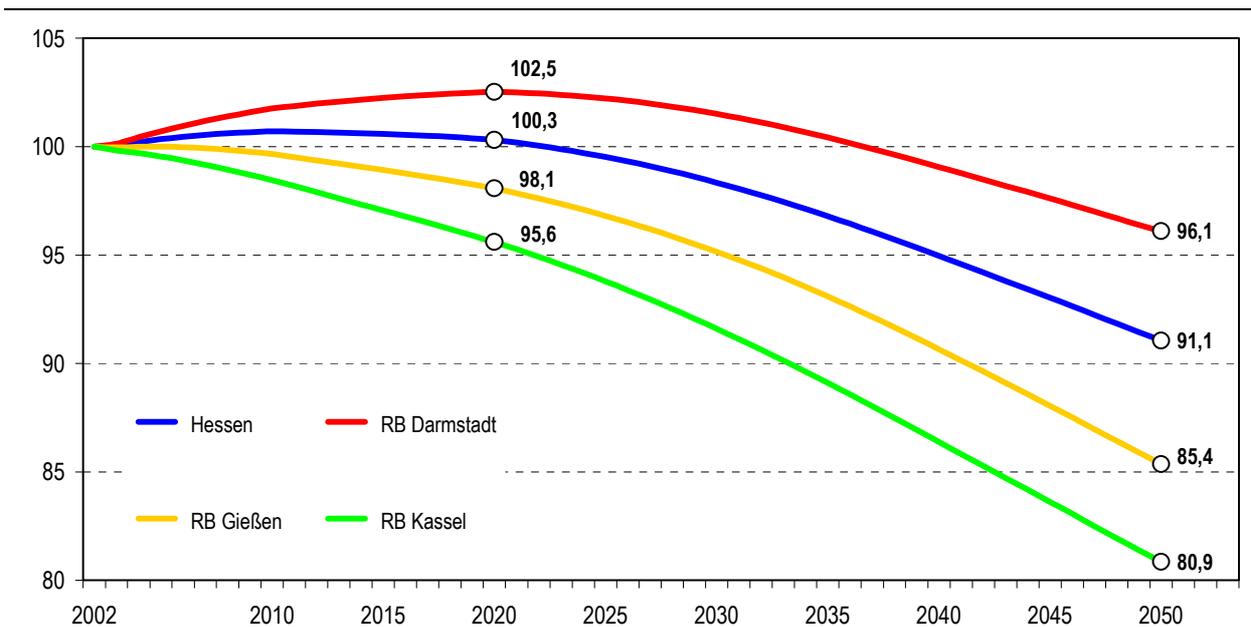
---

3 Vgl. van den Busch, U.; Dimitrova, G.; Kokot, S.: Hessenreport 2003 – Prognose zu Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Hessen und seinen Regierungsbezirken bis 2020, FEH-Report Nr. 657, Wiesbaden 2003.

## 2.2 Regionale Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2020 bzw. von 2002 bis 2050

Die Bevölkerungsentwicklung in den hessischen Regierungsbezirken wird sich in den kommenden Jahren unterschiedlich entwickeln: Im Regierungsbezirk Darmstadt ist mit einer weiteren Zunahme der Bevölkerung bis zum Jahr 2020 zu rechnen. Erst danach setzt in Südhessen ein Schrumpfungsprozess ein, der bis zum Jahr 2050 anhält. Dann werden im Vergleich zu heute etwa 4 % Menschen weniger im Regierungsbezirk Darmstadt leben. Im Regierungsbezirk Gießen wird die Bevölkerung ab dem Jahr 2006 leicht abnehmen. Dieser Schrumpfungsprozess wird sich insbesondere ab dem Jahr 2020 verstärken. Im Jahr 2050 werden im Vergleich zu heute fast 15 % Menschen weniger leben. Im Regierungsbezirk Kassel ist der Rückgang der Bevölkerung am stärksten ausgeprägt. Für das Jahr 2050 ist von einem Bevölkerungsbestand auszugehen, der fast 20 % unter dem heutigen Niveau liegen wird.<sup>4</sup>

**Abbildung 12: Bevölkerungsentwicklung in Hessen und seinen Regierungsbezirken bis 2050**  
(2002 = 100)

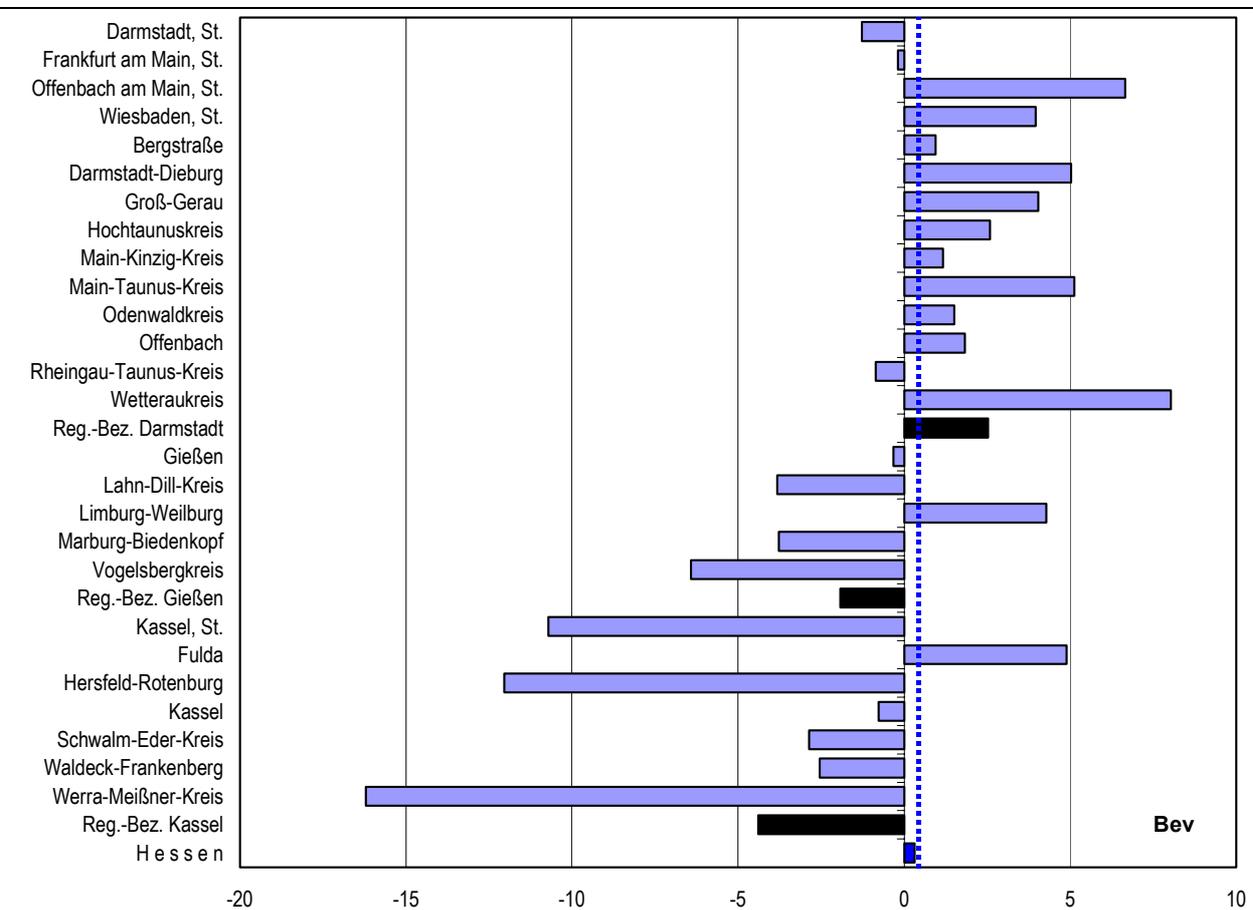


Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; Schätzungen der FEH.

In kleinräumiger Betrachtung wird in der Mehrzahl der südhessischen Regionen die Bevölkerung bis zum Jahr 2020 weiter zunehmen. Den höchsten Bevölkerungszuwachs wird der Wetteraukreis haben, gefolgt von der Stadt Offenbach, dem Main-Taunus-Kreis und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg.

<sup>4</sup> In Kapitel 3 sind im Anschluss an die Kreisdarstellungen Angaben zur Bevölkerungsentwicklung in Hessen und seinen Regierungsbezirken tabellarisch zusammengestellt.

**Abbildung 13: Kleinräumige Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum 2002 bis 2020**  
(Veränderung zwischen Jahresende 2002 und 2020 in %)

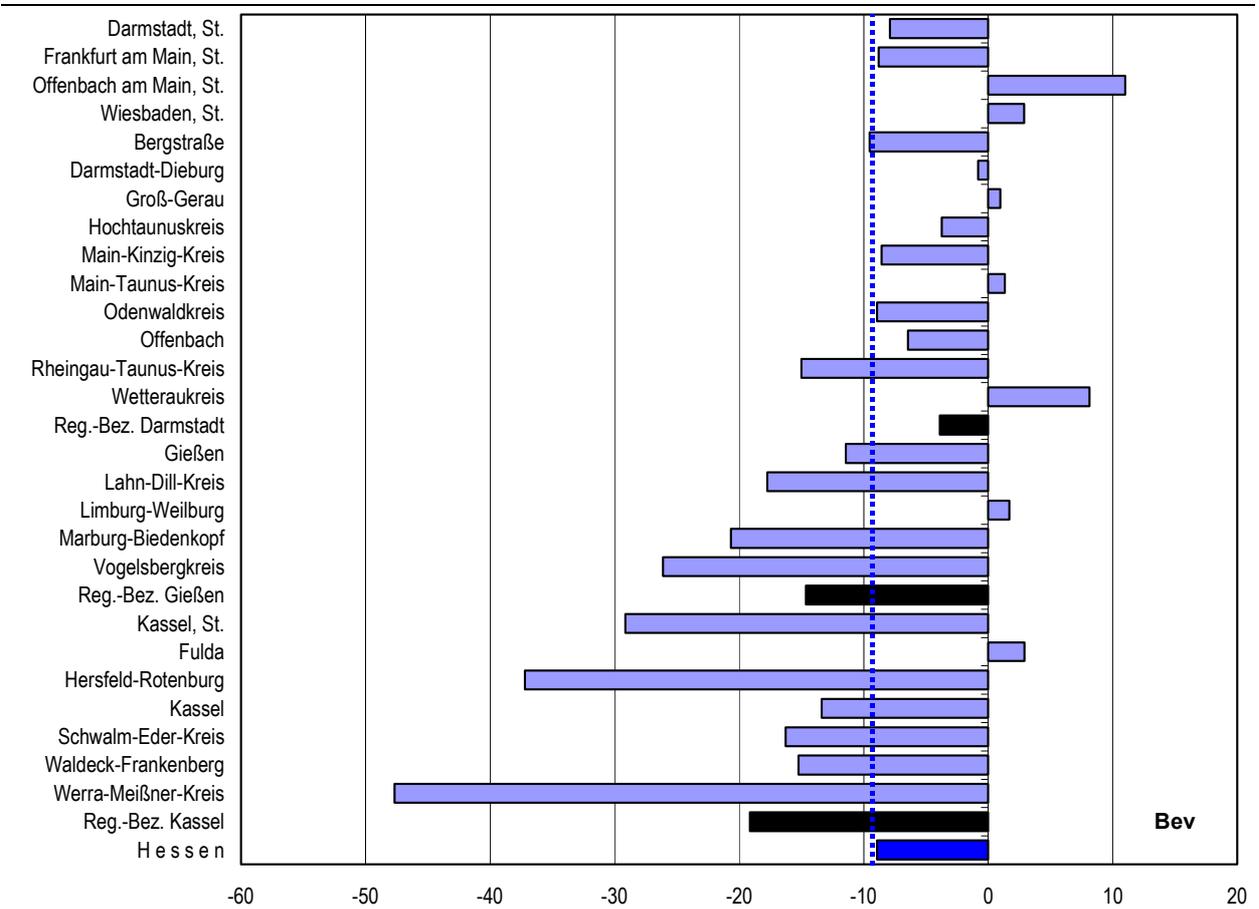


Quelle: Berechnungen der FEH.

Aber auch die Stadt Wiesbaden und der Landkreis Groß-Gerau liegen deutlich über dem Durchschnitt des Regierungsbezirks Darmstadt. Diese genannten Kreise werden auch im Jahr 2050 mehr oder zumindest gleich viele Einwohner haben wie heute.

In Mittelhessen wird hingegen – mit Ausnahme des Landkreises Limburg-Weilburg – ebenso wie in Nordhessen – mit Ausnahme des Landkreises Fulda – in allen Regionen die Bevölkerungszahl abnehmen. Zu den Regionen mit den stärksten Bevölkerungsverlusten zählen neben der Stadt Kassel die peripher gelegenen Landkreise Werra-Meißner-Kreis und Hersfeld-Rotenburg in Nordhessen sowie der Vogelsbergkreis und Marburg-Biedenkopf in Mittelhessen. Unter Status-Quo-Bedingungen fällt der Bevölkerungsrückgang im Werra-Meißner-Kreis dramatisch hoch aus. Im Vergleich zu heute wird sich die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2050 annähernd halbieren.

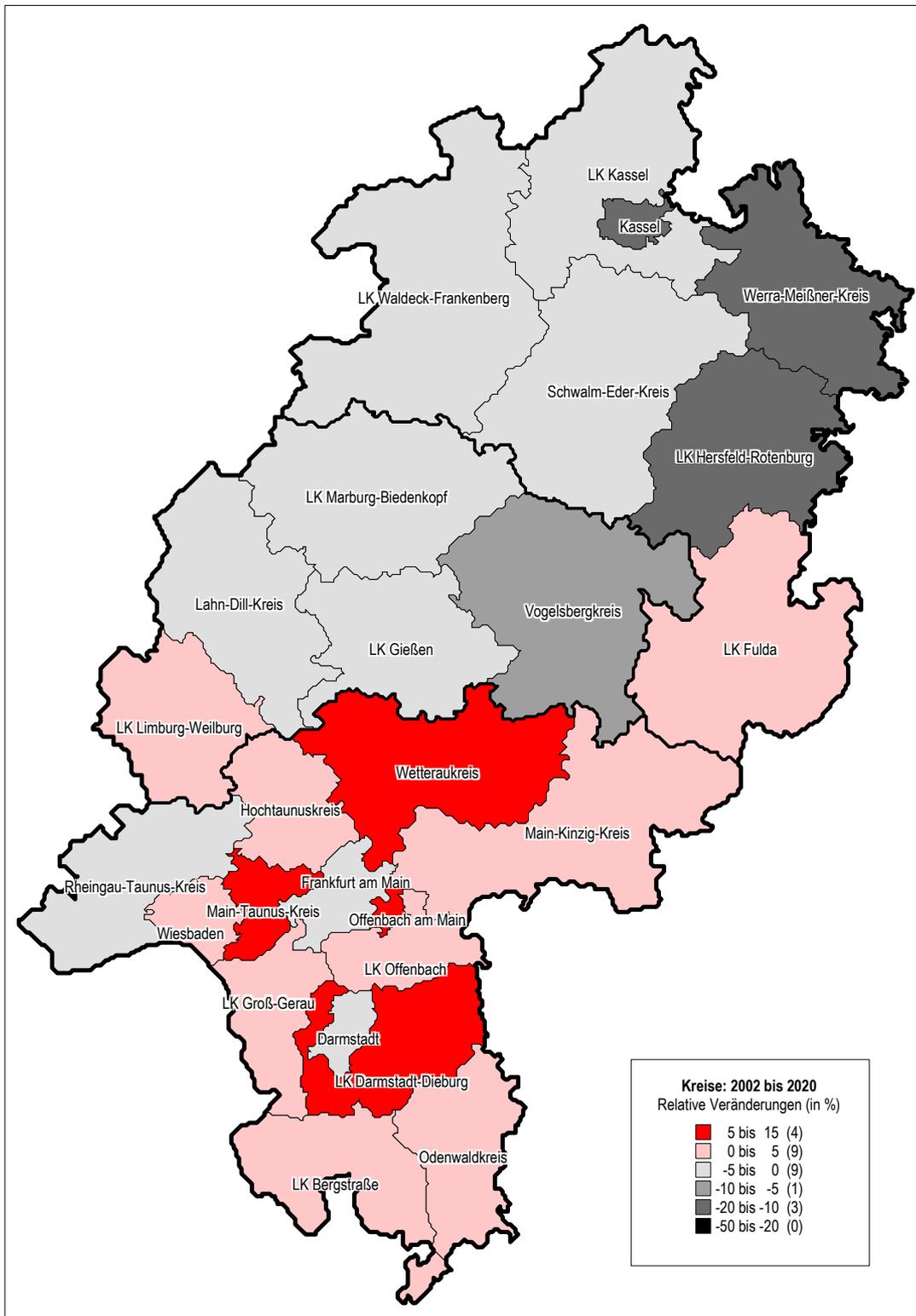
**Abbildung 14: Kleinräumige Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum 2002 bis 2050**  
(Veränderung zwischen Jahresende 2002 und 2050 in %)



Quelle: Berechnungen der FEH.

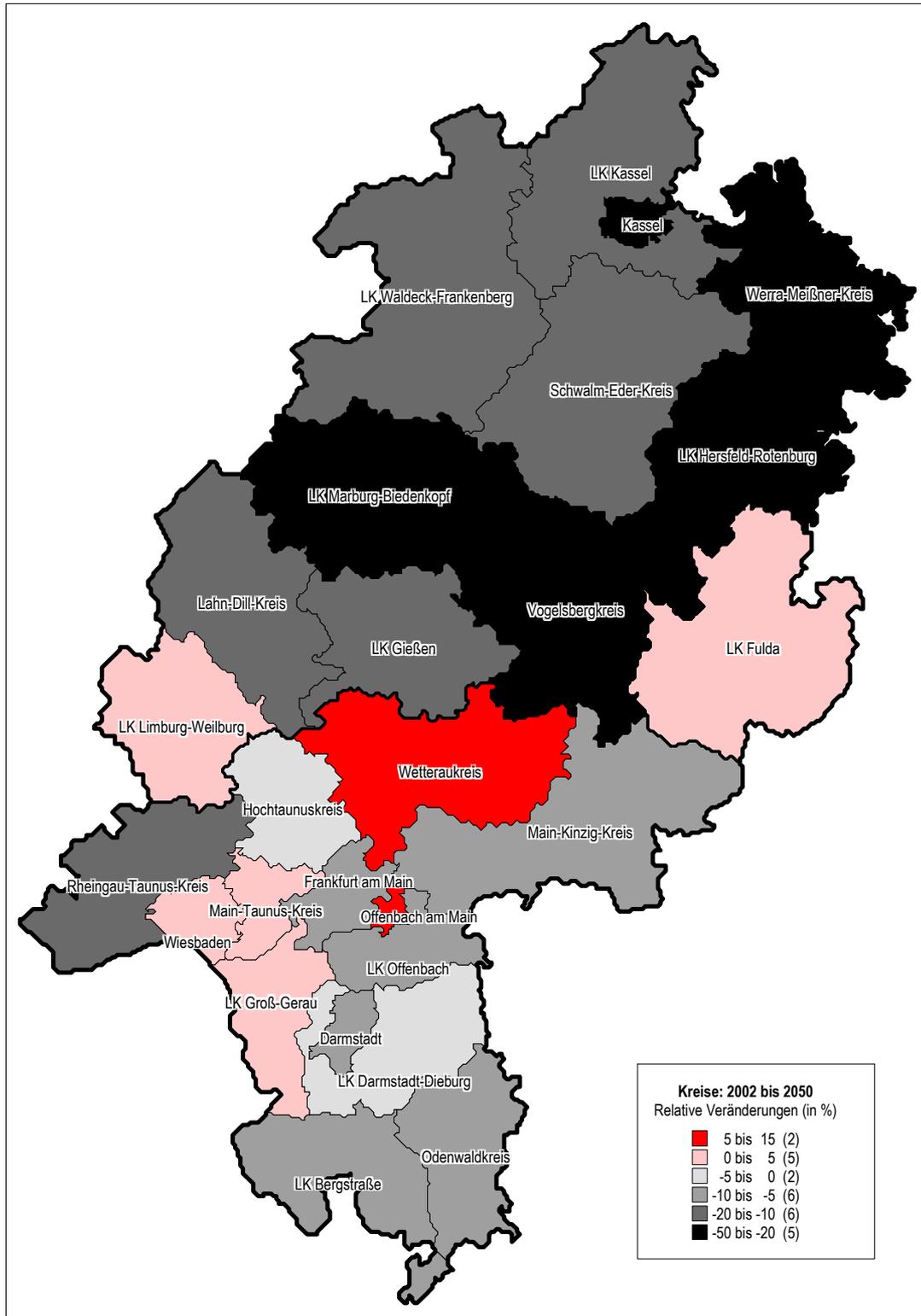
In den nächsten beiden Abbildungen werden die zu erwartenden Änderungen im Bevölkerungsbestand für die Zeiträume 2002 bis 2020 und 2002 bis 2050 noch einmal kartografisch aufbereitet gegenübergestellt.

**Abbildung 15: Kartografische Darstellung der Bevölkerungsveränderung im Zeitraum 2002 bis 2020**  
(Veränderung zwischen Jahresende 2002 und 2020 in %)



Quelle: Schätzung der FEH.

**Abbildung 16: Kartografische Darstellung der Bevölkerungsveränderung im Zeitraum 2002 bis 2050**  
(Veränderung zwischen Jahresende 2002 und 2050 in %)

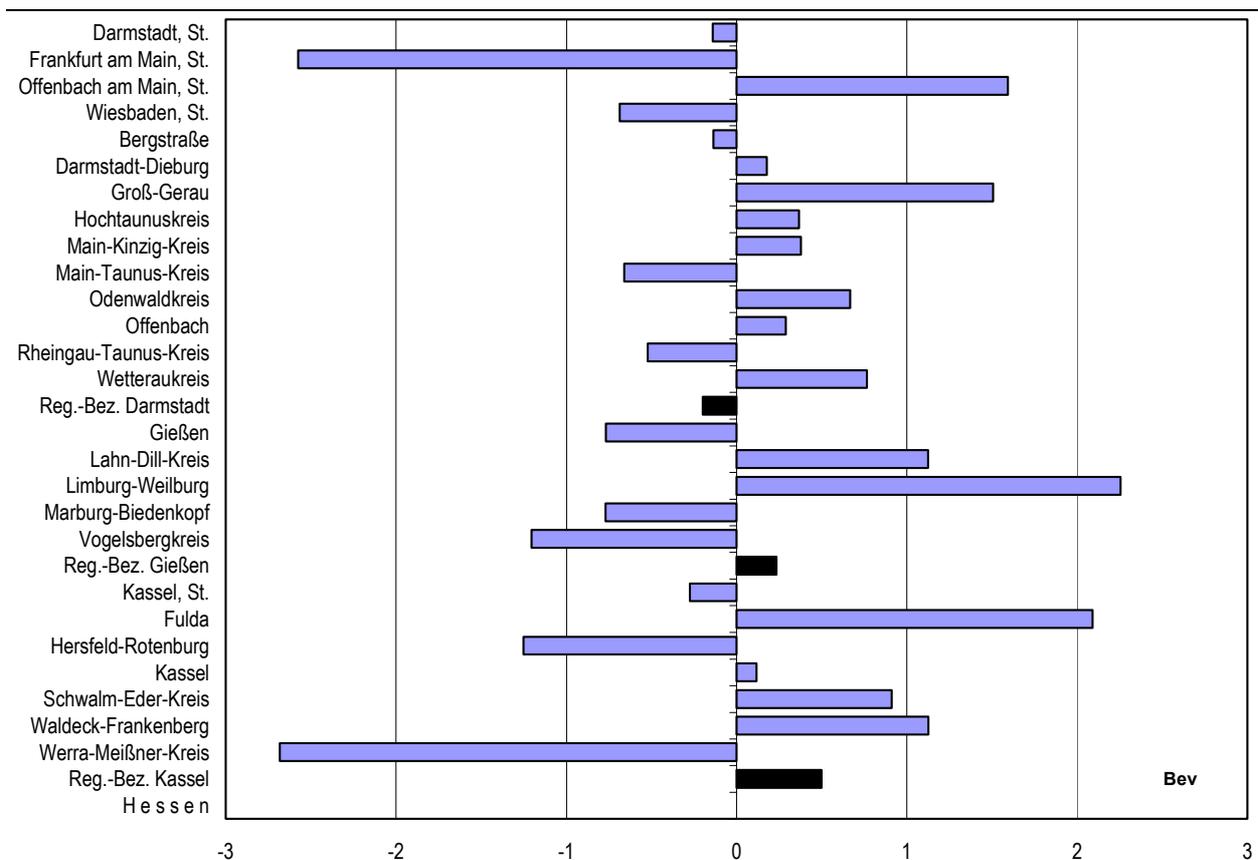


Quelle: Schätzung der FEH.

### 2.3 Regionale Altersstrukturunterschiede der Bevölkerung im Jahr 2050

Die bisher aufgezeigten Veränderungen im Bevölkerungsbestand gehen einher mit deutlichen regionalen Unterschieden in der Altersstruktur der Bevölkerung. In den folgenden Abbildungen sind für die hessischen Regionen für die drei Altersgruppen der unter 20-Jährigen, der 20- bis unter 60-Jährigen sowie der 60-Jährigen und Älteren jeweils Abweichungen vom Landesdurchschnitt in Prozentpunkten dargestellt. Im Jahr 2050 werden im Landesdurchschnitt auf die unter 20-Jährigen beispielsweise 15,8 % der Gesamtbevölkerung entfallen. Im Werra-Meißner-Kreis wird der entsprechende Anteil bei 13,1 % bzw. um 2,7 Prozentpunkte niedriger als im Landesdurchschnitt liegen. Relativ hohe Anteile an junger Bevölkerung werden die Landkreise Limburg-Weilburg, Fulda und Groß-Gerau haben. Aber auch die Stadt Offenbach zeichnet sich - im Gegensatz zur Stadt Frankfurt beispielsweise - durch eine relativ junge Bevölkerung aus.

**Abbildung 17: Unter 20-jährige Bevölkerung im Jahr 2050: Anteil im Landesdurchschnitt 15,8 %**  
(Abweichungen vom Hessenwert in %-Punkten)

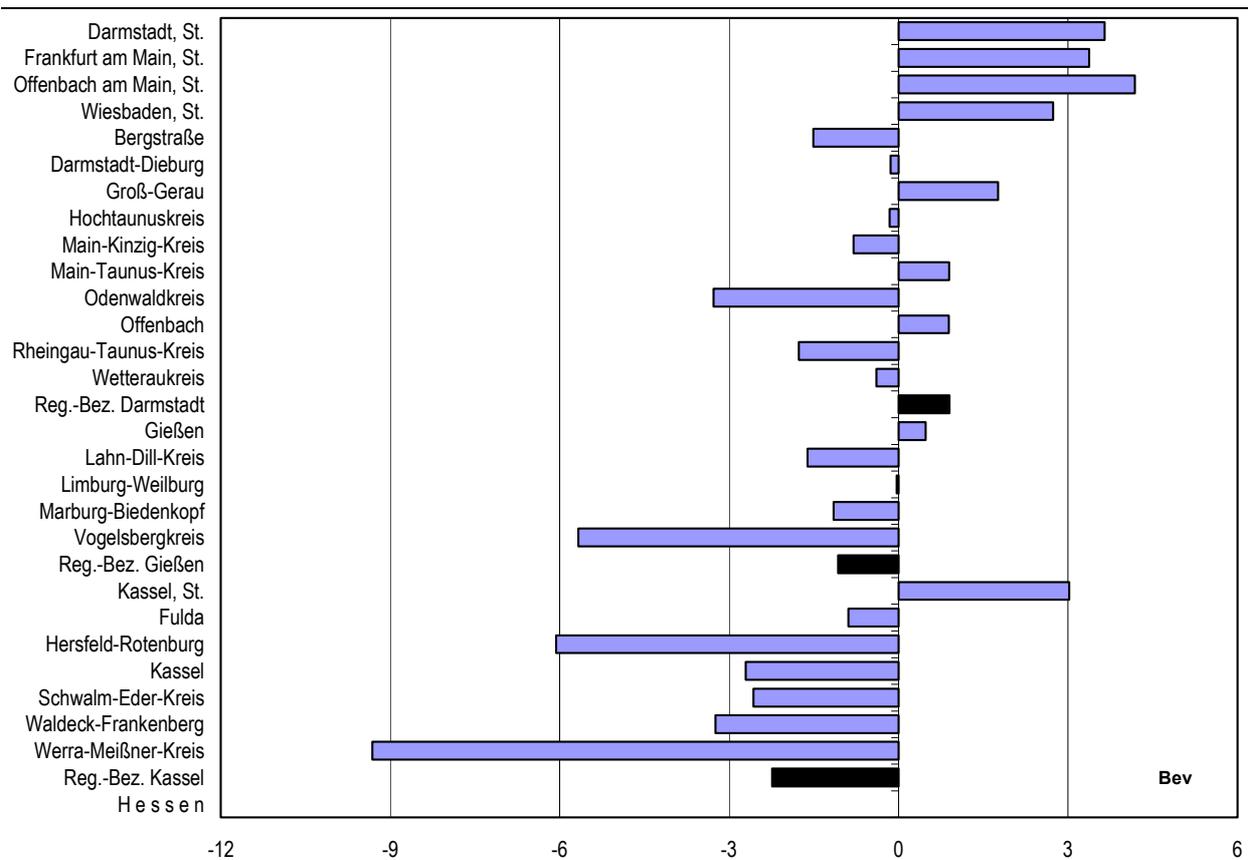


Quelle: Berechnungen der FEH.

Auf die Gruppe der 20- bis unter 60-Jährigen entfällt im Landesdurchschnitt ein Anteil von 47,5 % der Gesamtbevölkerung. Vor allem die kreisfreien Städte zeichnen sich in dieser Altersgruppe durch hohe positive Abweichungen vom Landesdurchschnitt aus.

Die eher peripher gelegenen Landkreise Werra-Meißner-Kreis, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsbergkreis sowie der Odenwaldkreis weichen hingegen vom Hessenwert deutlich nach unten ab. Ursächlich hierfür sind die kontinuierlichen Wanderungsverluste speziell in der Altersgruppe der 20- bis unter 30-Jährigen. Der Schwund an jungen Erwachsenen schlägt sich dabei tendenziell in einem Rückgang an Geburten nieder. In dem langen Zeitraum von fast 50 Jahren, der hier betrachtet wird, entstehen dadurch sich selbst verstärkende negative Folgeeffekte. Als ein Gegenbeispiel dafür kann die Stadt Offenbach dienen, die auf Grund hoher Anteile an jungen Erwachsenen auch hohe Geburtenzahlen verzeichnet und damit insgesamt einen relativ günstigen Verlauf der natürlichen Bevölkerungsentwicklung hat.

**Abbildung 18: 20- bis unter 60-jährige Bevölkerung im Jahr 2050: Anteil im Landesdurchschnitt 47,5 %**  
(Abweichungen vom Hessenwert in %-Punkten)

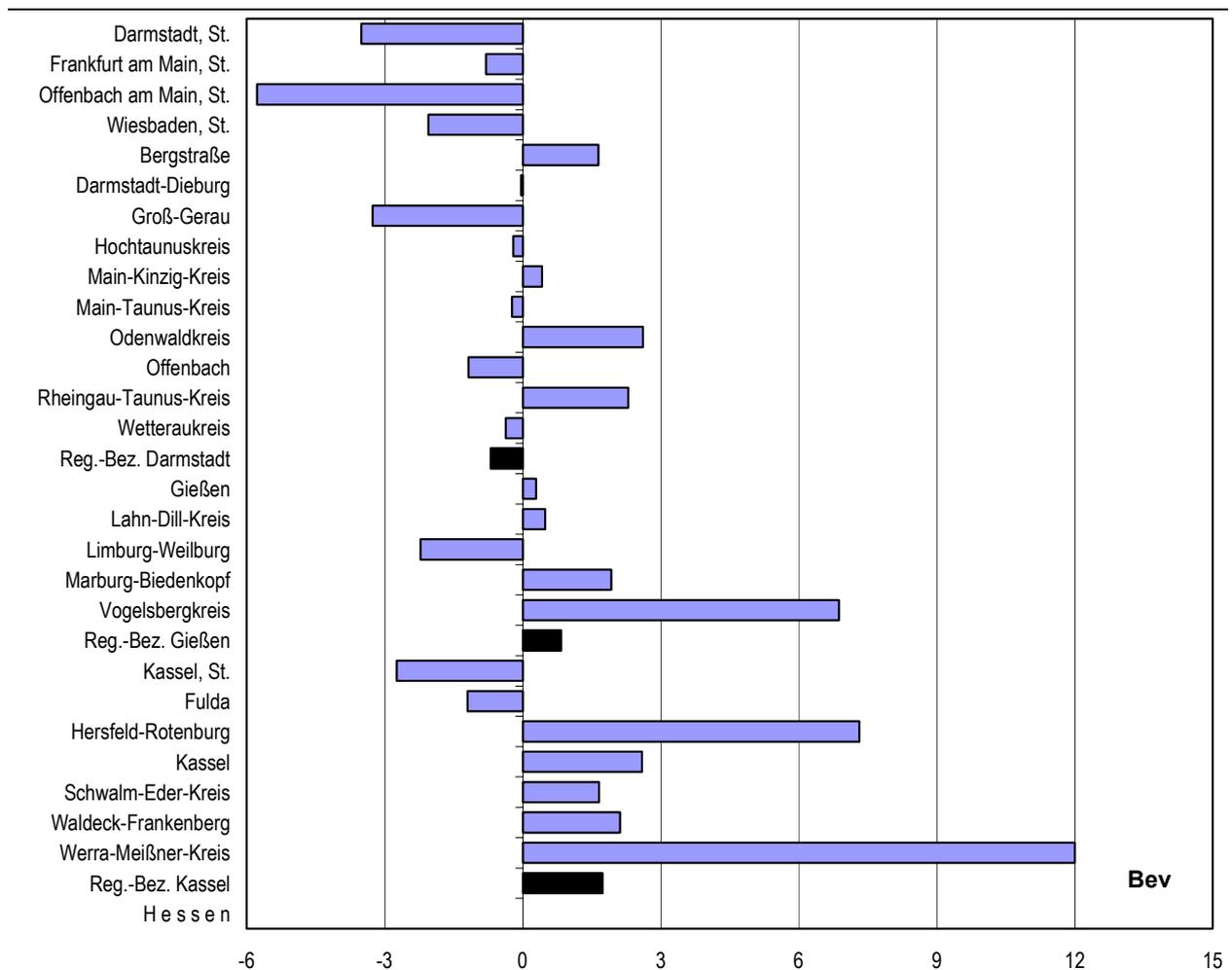


Quelle: Berechnungen der FEH.

Im Jahr 2050 wird in Hessen über ein Drittel der Bevölkerung (36,8 %) 60 Jahre und älter sein. Im Jahr 2002 waren es „nur“ 24 %. Der Alterungsprozess der Bevölkerung ist wiederum am stärksten in den eher peripher gelegenen Kreisen Hessens ausgeprägt: Im Werra-Meißner-Kreis, dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg und im Vogelsbergkreis wird dann schon fast jeder zweite Einwohner zu dieser Altersgruppe zählen.

Generell sind die Abweichungen in den übrigen Kreisen mit Werten zwischen +3 und -3 %-Prozentpunkten vom Landeswert als eher gering zu bezeichnen. Die hohe Bedeutung jüngerer Bevölkerungsgruppen führen in der Stadt Offenbach spiegelbildlich zu einem relativ geringen Anteil der Älteren.

**Abbildung 19: 60-jährige und ältere Bevölkerung im Jahr 2050: Anteil im Landesdurchschnitt 36,8 %**  
(Abweichungen vom Hessenwert in %-Punkten)



Quelle: Berechnungen der FEH.

### 3 Kreisergebnisse im Einzelnen

Die folgenden Tabellen und Grafiken basieren für den Zeitraum 1995 bis 2002 auf Daten des Hessischen Statistischen Landesamtes und für den Zeitraum 2003 bis 2050 auf Schätzergebnissen der FEH.

Tabellarisch dargestellt ist zunächst der Bevölkerungsbestand des Kreises insgesamt, jeweils am Ende ausgewählter Jahre bis 2050, sowie die altersstrukturelle Zusammensetzung der unter 20-jährigen, der 20-bis unter 65-jährigen und der 65-jährigen und älteren Bevölkerung. Aus diesen Altersgruppen werden sogenannte Belastungsquotienten – Jugend- und Altenquotient – je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter von 20- bis unter 65 Jahre berechnet.

Es folgen die absoluten Bevölkerungsveränderungen des Kreises für die Zeiträume 1995 bis 2002, 2002 bis 2020, 2020 bis 2050 sowie den Gesamtzeitraum 2002 bis 2050. Dargestellt sind darüber hinaus die kumulierten Geburten und Sterbefälle in den jeweiligen Zeiträumen, die zusammen den natürlichen Bevölkerungssaldo ergeben, sowie die kumulierten Wanderungssalden. Natürlicher Saldo und Wanderungssaldo addieren sich zur Bestandsveränderung.

Anschließend wird die relative Bevölkerungsveränderung des Kreises insgesamt und nach Altersgruppen mit der entsprechenden Entwicklung des Regierungsbezirks und des Landes Hessen verglichen und abschließend erfolgt eine differenzierte Gegenüberstellung der Altersstruktur im Regionalvergleich.

Die grafische Darstellung beginnt mit der Bevölkerungsentwicklung im Gesamtzeitraum 2002 bis 2050. Um den Kreis mit dem Regierungsbezirk und Hessen vergleichen zu können, wurde der Bevölkerungsbestand des Jahres 2002 jeweils gleich 100 gesetzt.

Die zweite Abbildung stellt die Altersstruktur der Bevölkerung des Kreises im Jahr 2002 und die zu erwartenden Strukturen in den Jahren 2020 und 2050 gegenüber. Die dritte und letzte Abbildung zeigt die Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten im Zeitablauf von 2002 bis 2050 auf.

Im Anschluss an die Kreisdarstellungen sind für Hessen und die Regierungsbezirke Angaben zu den absoluten Bevölkerungsbeständen und die Beiträge der einzelnen Bevölkerungskomponenten Geburten, Sterbefälle und Wanderungen tabellarisch zusammengefasst.

Rundungsbedingt können sich Abweichungen in den Summen ergeben!

## Stadt Darmstadt

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	139,0	17,4	64,9	17,7	26,8	27,2	54,1
2002	139,0	17,7	64,8	17,5	27,3	27,0	54,3
2010	138,1	17,3	64,3	18,5	26,9	28,7	55,6
2020	137,2	16,5	63,8	19,7	25,8	30,9	56,7
2030	135,5	16,4	58,8	24,8	27,9	42,1	70,0
2040	132,1	16,2	57,3	26,6	28,2	46,4	74,6
2050	128,0	15,6	57,5	26,9	27,2	46,8	74,0

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	0,0	9,6	10,8	-1,2	1,2
2002 - 2020	-1,8	22,3	27,1	-4,8	3,0
2020 - 2050	-9,2	34,0	47,3	-13,4	4,2
2002 - 2050	-11,0	56,2	74,4	-18,2	7,2

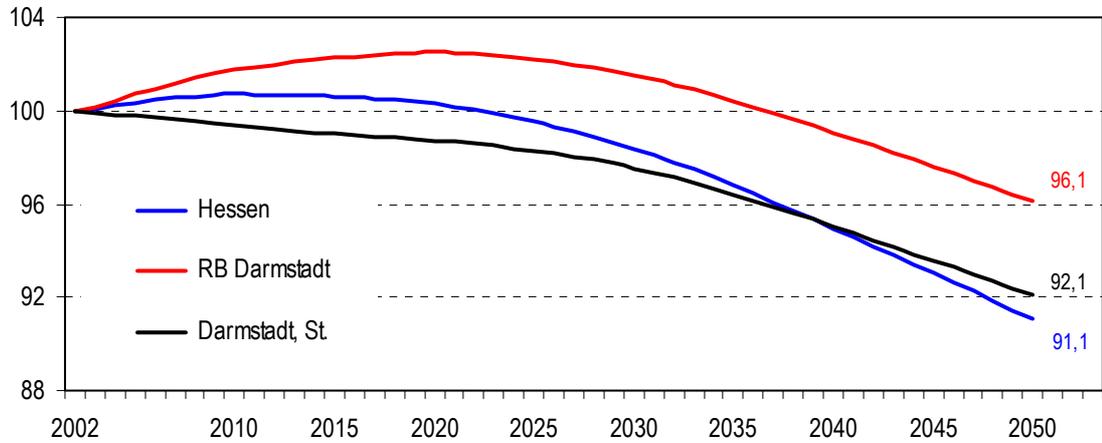
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995 – 2002	0,0	2,1	1,4	1,7	2,3	0,8	-0,2	-0,1	-0,8	-1,0	11,2	10,7
2002 - 2020	-1,3	2,5	0,3	-8,2	-11,5	-14,6	-2,8	-0,7	-2,1	11,4	31,4	26,6
2020 - 2050	-6,7	-6,3	-9,2	-11,4	-14,5	-17,4	-16,0	-16,2	-19,1	27,2	28,9	25,0
2002 - 2050	-7,9	-3,9	-8,9	-18,7	-24,3	-29,5	-18,3	-16,8	-20,8	41,6	69,5	58,3

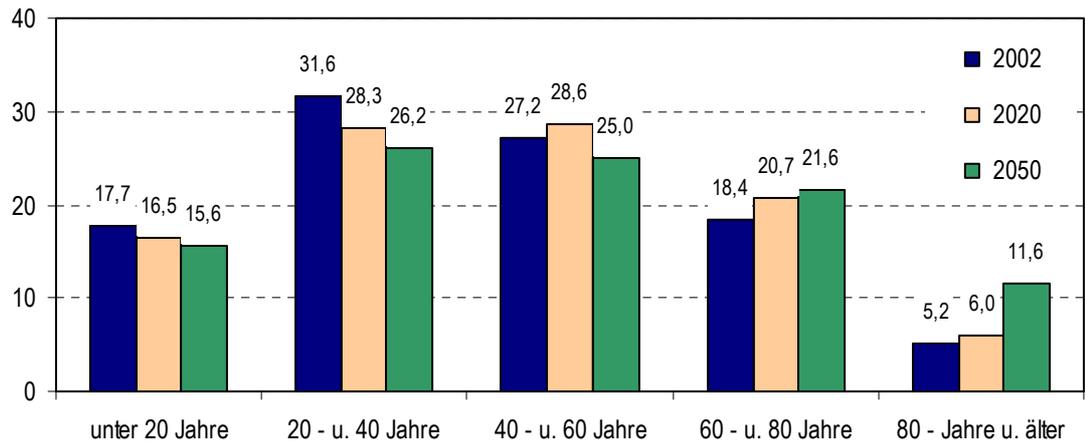
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995	17,4	19,7	20,5	34,5	31,6	31,4	25,6	28,1	27,0	17,2	16,5	17,0	5,3	4,0	4,1
2002	17,7	19,8	20,4	31,6	28,8	28,2	27,2	28,1	27,6	18,4	19,3	19,7	5,2	4,0	4,2
2010	17,3	18,7	19,1	28,0	24,7	24,3	30,8	31,4	31,3	18,8	20,5	20,5	5,2	4,6	4,9
2020	16,5	17,1	17,3	28,3	24,7	24,4	28,6	29,9	29,3	20,7	22,0	22,4	6,0	6,3	6,5
2030	16,4	16,6	16,9	26,7	23,6	23,1	24,8	26,1	25,4	25,3	26,6	27,3	6,7	7,2	7,3
2040	16,2	16,2	16,4	25,7	22,3	21,8	26,0	26,7	26,3	23,7	26,0	26,3	8,5	8,8	9,2
2050	15,6	15,6	15,8	26,2	22,3	21,9	25,0	26,1	25,6	21,6	23,8	24,0	11,6	12,3	12,7

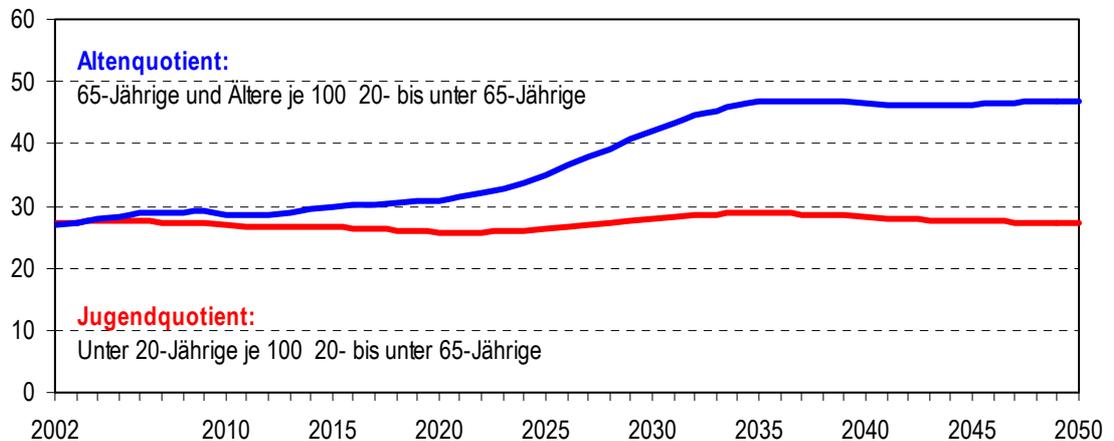
**Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)**



**Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)**



**Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050**



## Stadt Frankfurt am Main

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	650,1	16,7	67,0	16,2	25,0	24,2	49,2
2002	643,7	16,8	66,8	16,4	25,1	24,6	49,6
2010	645,2	16,1	65,9	18,0	24,4	27,3	51,7
2020	642,5	15,1	65,0	19,9	23,2	30,6	53,8
2030	631,2	14,4	61,2	24,4	23,5	39,9	63,4
2040	610,6	13,8	58,6	27,7	23,5	47,3	70,8
2050	587,2	13,2	57,5	29,3	22,9	50,9	73,8

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	-6,3	43,6	44,8	-1,2	-5,1
2002 - 2020	-1,2	100,0	118,5	-18,5	17,3
2020 - 2050	-55,3	139,9	219,1	-79,2	23,8
2002 - 2050	-56,5	239,9	337,6	-97,7	41,1

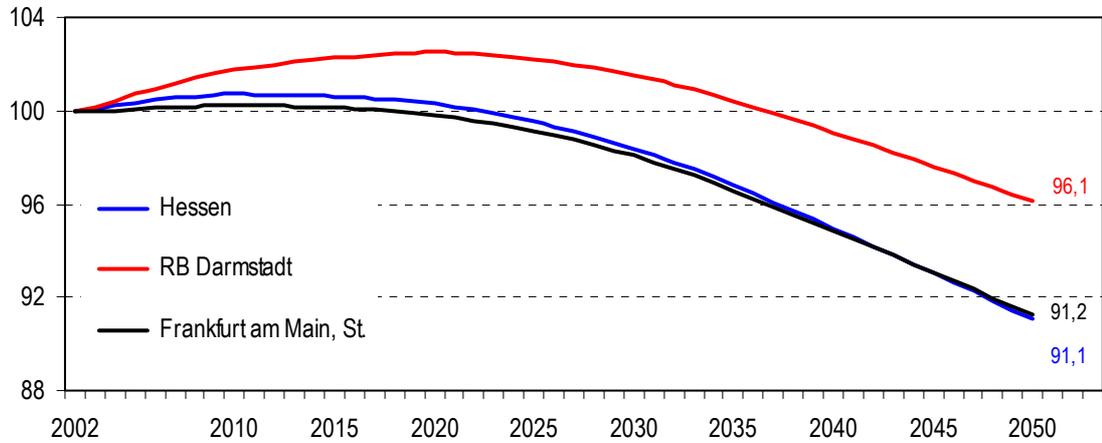
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995 – 2002	-1,0	2,1	1,4	-0,9	2,3	0,8	-1,2	-0,1	-0,8	0,1	11,2	10,7
2002 - 2020	-0,2	2,5	0,3	-10,2	-11,5	-14,6	-2,9	-0,7	-2,1	21,1	31,4	26,6
2020 - 2050	-8,6	-6,3	-9,2	-20,0	-14,5	-17,4	-19,1	-16,2	-19,1	34,3	28,9	25,0
2002 - 2050	-8,8	-3,9	-8,9	-28,2	-24,3	-29,5	-21,5	-16,8	-20,8	62,7	69,5	58,3

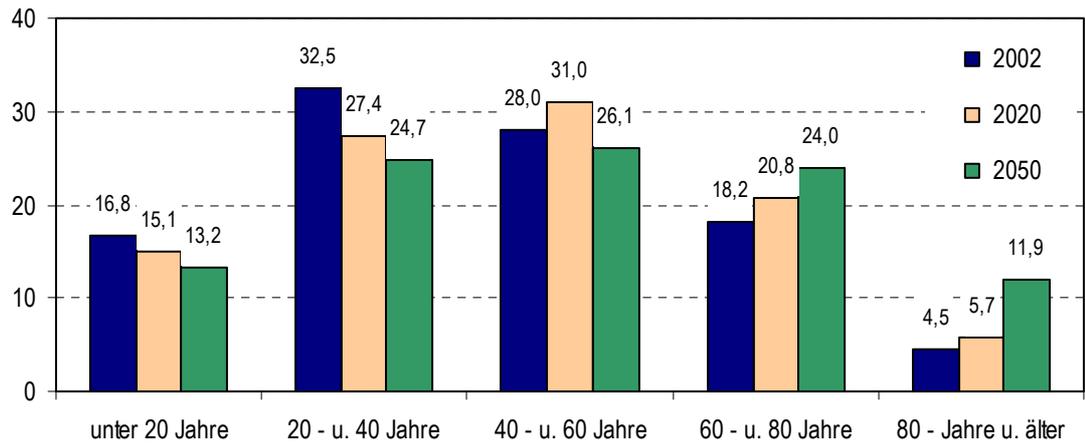
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995	16,7	19,7	20,5	33,9	31,6	31,4	28,1	28,1	27,0	16,7	16,5	17,0	4,6	4,0	4,1
2002	16,8	19,8	20,4	32,5	28,8	28,2	28,0	28,1	27,6	18,2	19,3	19,7	4,5	4,0	4,2
2010	16,1	18,7	19,1	28,6	24,7	24,3	31,5	31,4	31,3	19,2	20,5	20,5	4,7	4,6	4,9
2020	15,1	17,1	17,3	27,4	24,7	24,4	31,0	29,9	29,3	20,8	22,0	22,4	5,7	6,3	6,5
2030	14,4	16,6	16,9	25,7	23,6	23,1	27,7	26,1	25,4	25,4	26,6	27,3	6,8	7,2	7,3
2040	13,8	16,2	16,4	24,8	22,3	21,8	27,2	26,7	26,3	25,8	26,0	26,3	8,4	8,8	9,2
2050	13,2	15,6	15,8	24,7	22,3	21,9	26,1	26,1	25,6	24,0	23,8	24,0	11,9	12,3	12,7

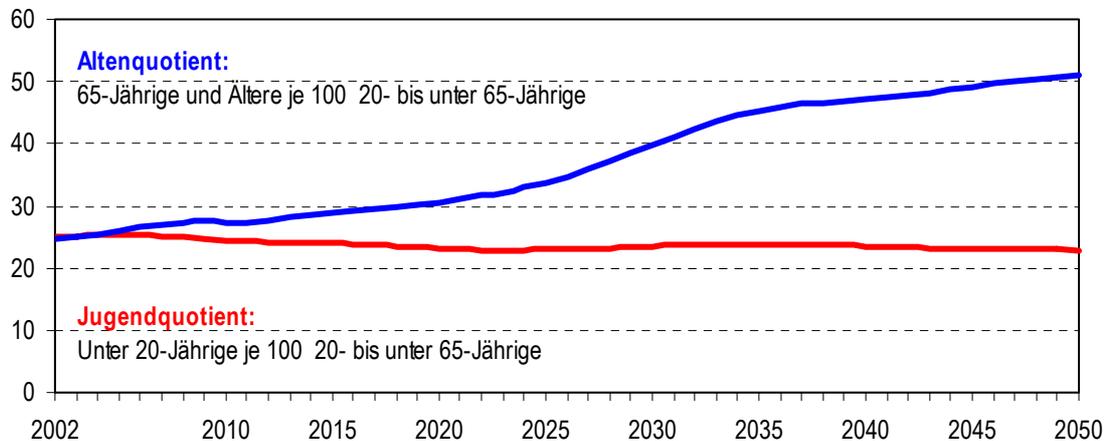
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Stadt Offenbach am Main

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	116,5	19,2	65,0	15,8	29,6	24,3	53,9
2002	119,2	19,7	64,3	16,0	30,6	24,9	55,4
2010	123,0	19,4	63,4	17,2	30,6	27,1	57,7
2020	127,2	18,9	63,2	17,9	30,0	28,3	58,2
2030	129,8	18,6	60,8	20,6	30,5	33,9	64,4
2040	131,2	17,9	59,0	23,1	30,4	39,2	69,5
2050	132,4	17,4	58,1	24,6	29,9	42,3	72,2

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	2,7	9,0	8,2	0,8	1,9
2002 - 2020	7,9	23,0	21,8	1,2	6,7
2020 - 2050	5,2	36,7	40,8	-4,0	9,2
2002 - 2050	13,1	59,8	62,6	-2,8	15,9

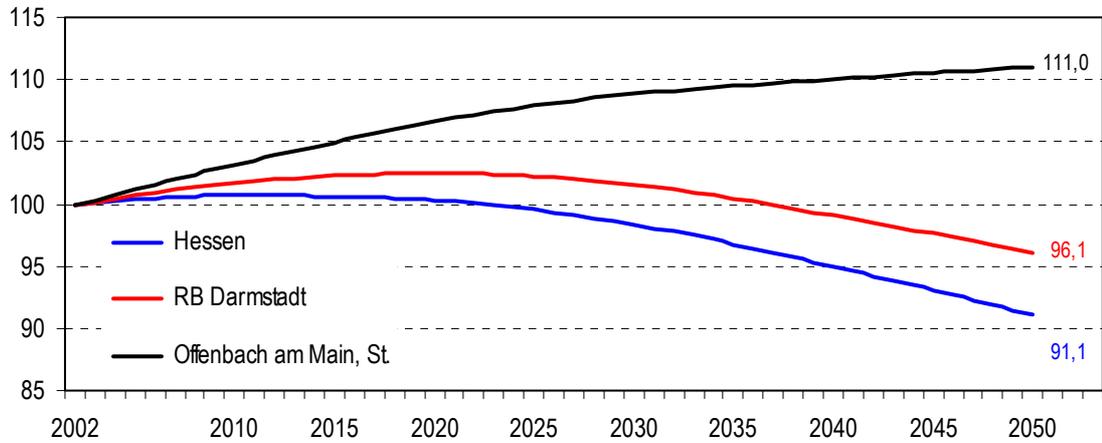
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995 – 2002	2,3	2,1	1,4	4,7	2,3	0,8	1,3	-0,1	-0,8	3,7	11,2	10,7
2002 - 2020	6,7	2,5	0,3	2,7	-11,5	-14,6	4,8	-0,7	-2,1	19,1	31,4	26,6
2020 - 2050	4,1	-6,3	-9,2	-4,5	-14,5	-17,4	-4,3	-16,2	-19,1	43,1	28,9	25,0
2002 - 2050	11,0	-3,9	-8,9	-2,0	-24,3	-29,5	0,2	-16,8	-20,8	70,4	69,5	58,3

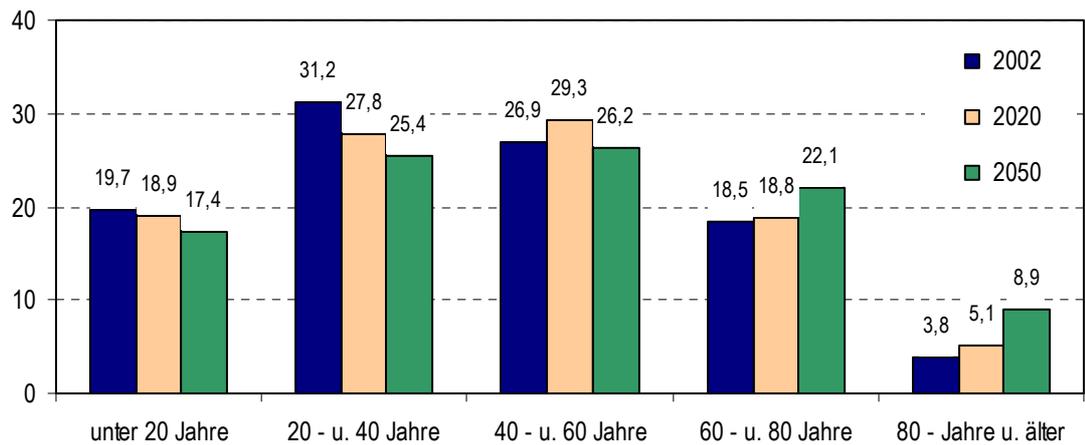
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995	19,2	19,7	20,5	32,0	31,6	31,4	27,6	28,1	27,0	17,0	16,5	17,0	4,2	4,0	4,1
2002	19,7	19,8	20,4	31,2	28,8	28,2	26,9	28,1	27,6	18,5	19,3	19,7	3,8	4,0	4,2
2010	19,4	18,7	19,1	28,5	24,7	24,3	29,3	31,4	31,3	18,6	20,5	20,5	4,2	4,6	4,9
2020	18,9	17,1	17,3	27,8	24,7	24,4	29,3	29,9	29,3	18,8	22,0	22,4	5,1	6,3	6,5
2030	18,6	16,6	16,9	26,4	23,6	23,1	27,3	26,1	25,4	22,1	26,6	27,3	5,6	7,2	7,3
2040	17,9	16,2	16,4	25,7	22,3	21,8	27,1	26,7	26,3	22,8	26,0	26,3	6,5	8,8	9,2
2050	17,4	15,6	15,8	25,4	22,3	21,9	26,2	26,1	25,6	22,1	23,8	24,0	8,9	12,3	12,7

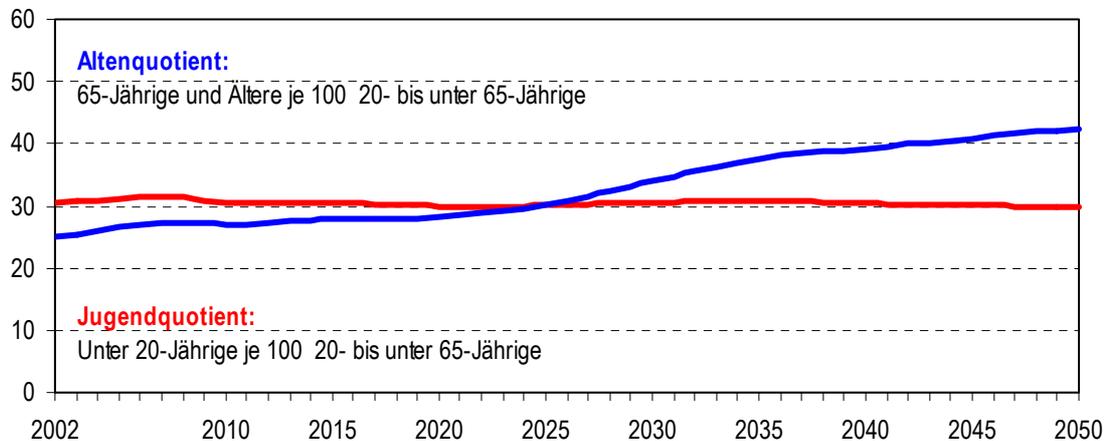
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Stadt Wiesbaden

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	267,1	18,4	63,8	17,8	28,8	27,8	56,6
2002	271,6	18,6	63,5	17,9	29,2	28,2	57,4
2010	276,9	18,0	62,8	19,1	28,7	30,4	59,1
2020	282,3	16,8	63,3	19,9	26,5	31,4	57,9
2030	284,0	16,3	60,2	23,5	27,1	39,0	66,2
2040	282,3	15,8	57,5	26,7	27,4	46,4	73,8
2050	279,4	15,1	57,0	28,0	26,5	49,1	75,6

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	4,4	19,0	21,5	-2,6	7,0
2002 - 2020	10,7	44,7	54,0	-9,3	20,1
2020 - 2050	-2,9	68,1	98,6	-30,6	27,7
2002 - 2050	7,9	112,7	152,6	-39,9	47,7

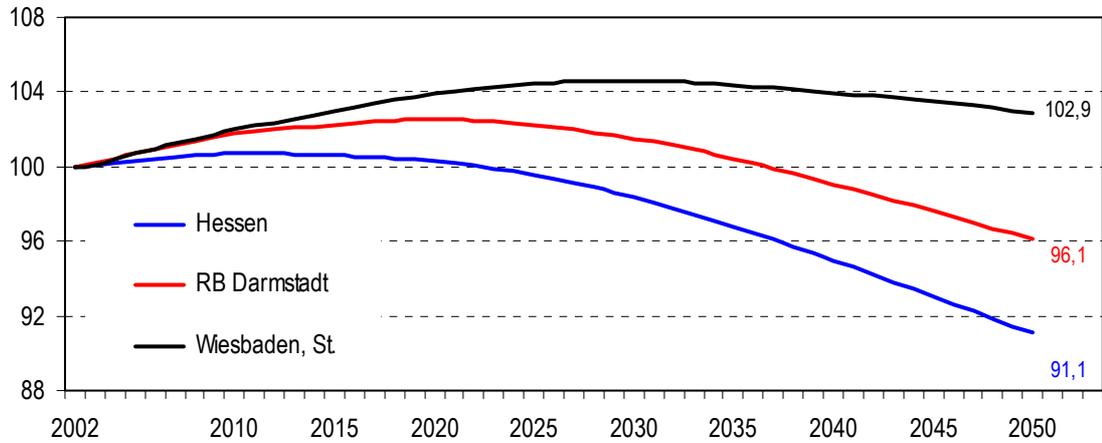
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995 – 2002	1,7	2,1	1,4	2,6	2,3	0,8	1,2	-0,1	-0,8	2,5	11,2	10,7
2002 - 2020	4,0	2,5	0,3	-6,0	-11,5	-14,6	3,6	-0,7	-2,1	15,4	31,4	26,6
2020 - 2050	-1,0	-6,3	-9,2	-11,1	-14,5	-17,4	-11,0	-16,2	-19,1	39,2	28,9	25,0
2002 - 2050	2,9	-3,9	-8,9	-16,4	-24,3	-29,5	-7,7	-16,8	-20,8	60,6	69,5	58,3

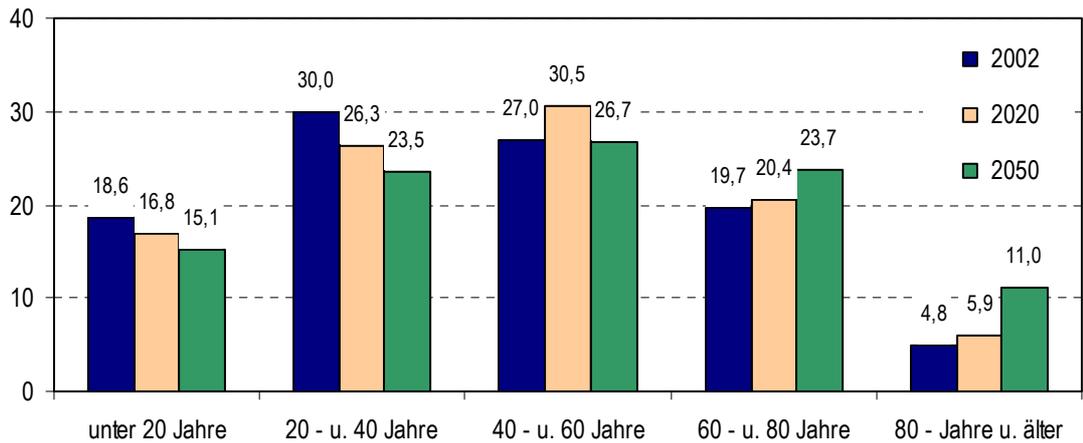
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995	18,4	19,7	20,5	31,5	31,6	31,4	27,0	28,1	27,0	18,0	16,5	17,0	5,1	4,0	4,1
2002	18,6	19,8	20,4	30,0	28,8	28,2	27,0	28,1	27,6	19,7	19,3	19,7	4,8	4,0	4,2
2010	18,0	18,7	19,1	26,5	24,7	24,3	30,7	31,4	31,3	19,8	20,5	20,5	5,0	4,6	4,9
2020	16,8	17,1	17,3	26,3	24,7	24,4	30,5	29,9	29,3	20,4	22,0	22,4	5,9	6,3	6,5
2030	16,3	16,6	16,9	24,9	23,6	23,1	27,3	26,1	25,4	24,9	26,6	27,3	6,5	7,2	7,3
2040	15,8	16,2	16,4	23,7	22,3	21,8	27,5	26,7	26,3	25,4	26,0	26,3	7,7	8,8	9,2
2050	15,1	15,6	15,8	23,5	22,3	21,9	26,7	26,1	25,6	23,7	23,8	24,0	11,0	12,3	12,7

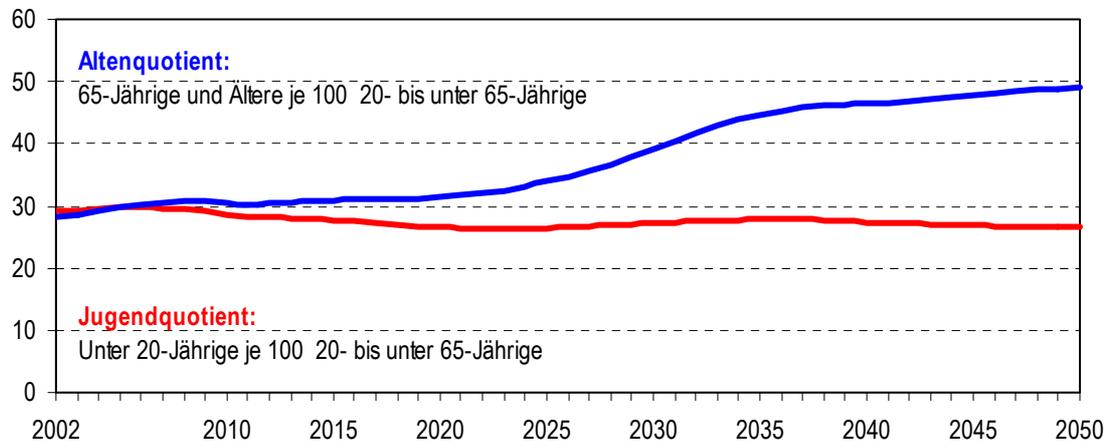
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Landkreis Bergstraße

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	259,7	21,1	63,6	15,3	33,2	24,1	57,3
2002	265,5	20,9	61,7	17,4	33,9	28,1	62,0
2010	268,7	19,2	60,7	20,0	31,7	33,0	64,6
2020	268,0	17,0	60,0	22,9	28,4	38,2	66,6
2030	262,2	16,7	55,0	28,3	30,4	51,4	81,8
2040	252,0	16,3	52,4	31,3	31,2	59,7	90,9
2050	240,2	15,6	53,0	31,4	29,5	59,2	88,7

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	5,8	17,4	19,1	-1,7	7,5
2002 - 2020	2,5	37,1	55,4	-18,2	20,7
2020 - 2050	-27,8	54,5	110,9	-56,4	28,6
2002 - 2050	-25,3	91,6	166,2	-74,6	49,4

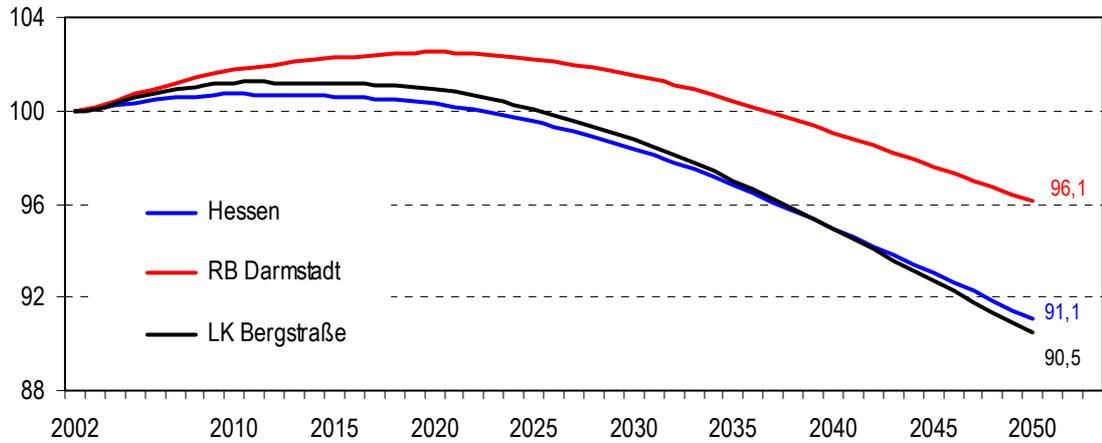
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995 – 2002	2,2	2,1	1,4	1,3	2,3	0,8	-0,8	-0,1	-0,8	15,9	11,2	10,7
2002 - 2020	0,9	2,5	0,3	-17,7	-11,5	-14,6	-1,8	-0,7	-2,1	33,3	31,4	26,6
2020 - 2050	-10,4	-6,3	-9,2	-17,7	-14,5	-17,4	-20,8	-16,2	-19,1	22,6	28,9	25,0
2002 - 2050	-9,5	-3,9	-8,9	-32,3	-24,3	-29,5	-22,3	-16,8	-20,8	63,4	69,5	58,3

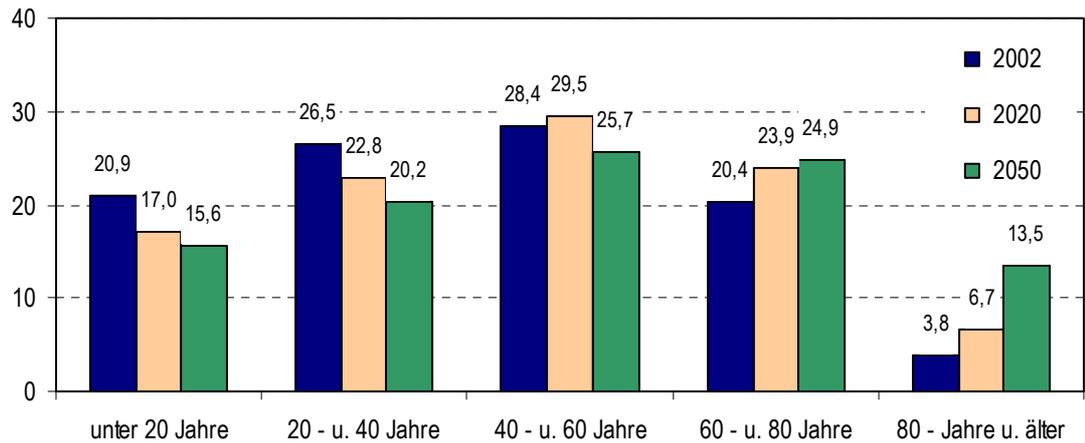
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995	21,1	19,7	20,5	30,4	31,6	31,4	27,6	28,1	27,0	17,1	16,5	17,0	3,8	4,0	4,1
2002	20,9	19,8	20,4	26,5	28,8	28,2	28,4	28,1	27,6	20,4	19,3	19,7	3,8	4,0	4,2
2010	19,2	18,7	19,1	22,3	24,7	24,3	32,2	31,4	31,3	21,5	20,5	20,5	4,8	4,6	4,9
2020	17,0	17,1	17,3	22,8	24,7	24,4	29,5	29,9	29,3	23,9	22,0	22,4	6,7	6,3	6,5
2030	16,7	16,6	16,9	21,5	23,6	23,1	25,0	26,1	25,4	29,2	26,6	27,3	7,6	7,2	7,3
2040	16,3	16,2	16,4	20,0	22,3	21,8	26,3	26,7	26,3	27,6	26,0	26,3	9,9	8,8	9,2
2050	15,6	15,6	15,8	20,2	22,3	21,9	25,7	26,1	25,6	24,9	23,8	24,0	13,5	12,3	12,7

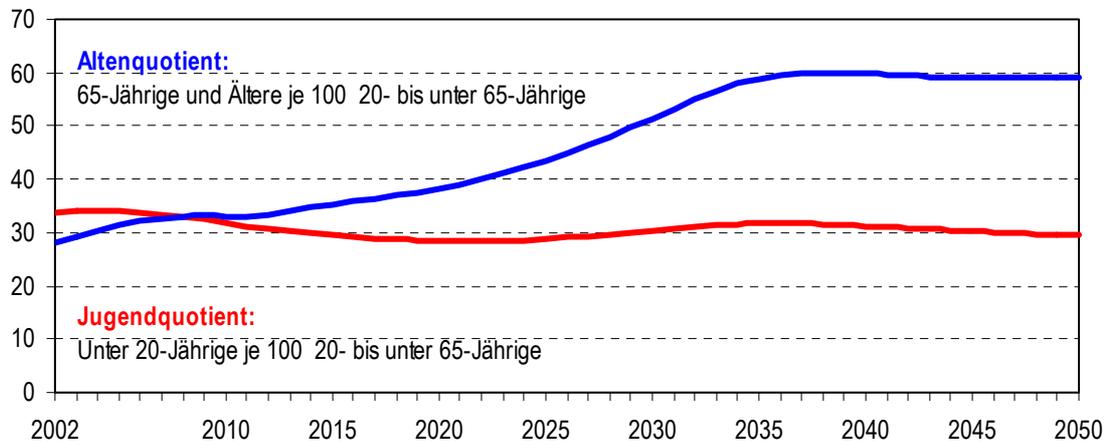
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Landkreis Darmstadt-Dieburg

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	279,1	21,6	65,0	13,4	33,2	20,6	53,8
2002	289,7	21,3	63,4	15,3	33,6	24,1	57,7
2010	298,6	19,7	62,2	18,1	31,6	29,1	60,7
2020	304,3	17,5	61,3	21,2	28,5	34,7	63,2
2030	303,3	17,1	56,3	26,6	30,3	47,2	77,5
2040	296,6	16,6	53,9	29,5	30,8	54,6	85,4
2050	287,4	15,9	54,2	29,8	29,4	54,9	84,3

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	10,7	20,1	17,3	2,7	7,9
2002 - 2020	14,6	44,3	52,8	-8,5	23,1
2020 - 2050	-16,9	67,2	116,0	-48,8	31,9
2002 - 2050	-2,3	111,5	168,8	-57,3	55,0

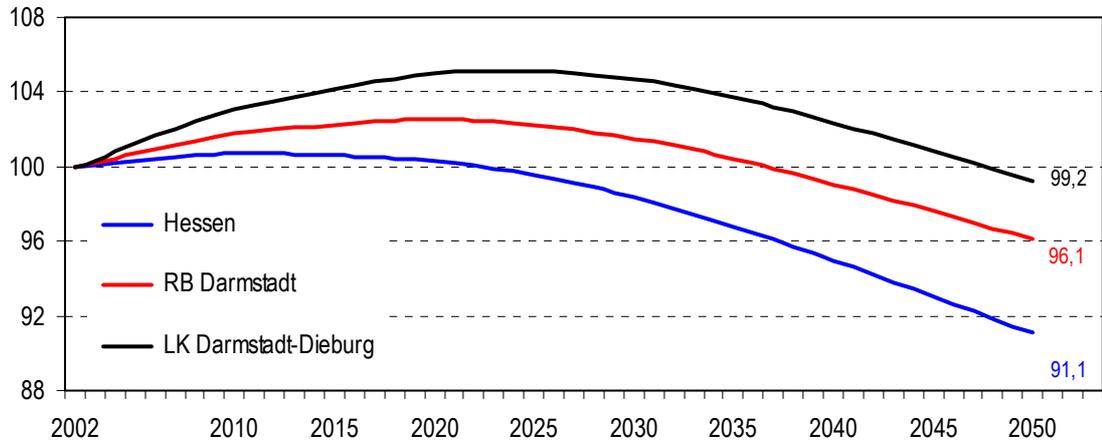
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995 – 2002	3,8	2,1	1,4	2,5	2,3	0,8	1,2	-0,1	-0,8	18,4	11,2	10,7
2002 - 2020	5,0	2,5	0,3	-13,9	-11,5	-14,6	1,5	-0,7	-2,1	46,1	31,4	26,6
2020 - 2050	-5,6	-6,3	-9,2	-13,8	-14,5	-17,4	-16,4	-16,2	-19,1	32,5	28,9	25,0
2002 - 2050	-0,8	-3,9	-8,9	-25,8	-24,3	-29,5	-15,2	-16,8	-20,8	93,6	69,5	58,3

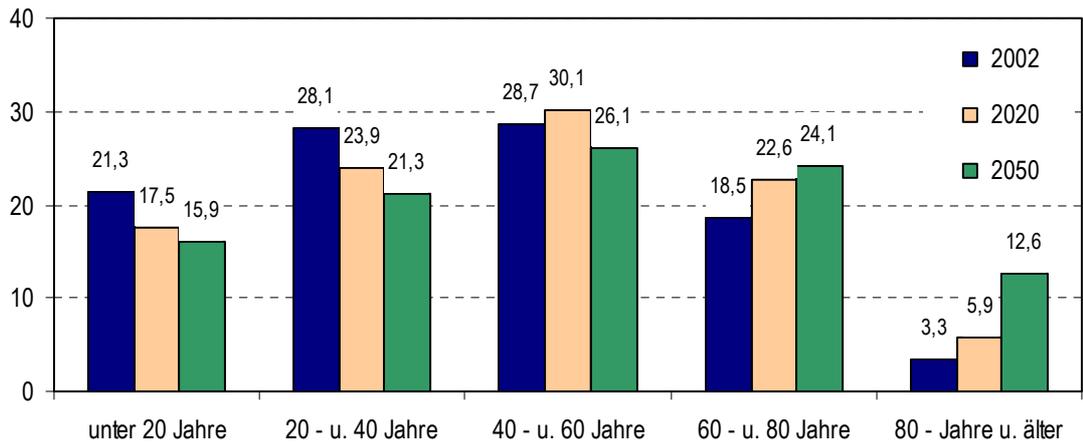
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995	21,6	19,7	20,5	32,0	31,6	31,4	28,1	28,1	27,0	15,2	16,5	17,0	3,2	4,0	4,1
2002	21,3	19,8	20,4	28,1	28,8	28,2	28,7	28,1	27,6	18,5	19,3	19,7	3,3	4,0	4,2
2010	19,7	18,7	19,1	23,6	24,7	24,3	32,4	31,4	31,3	20,2	20,5	20,5	4,1	4,6	4,9
2020	17,5	17,1	17,3	23,9	24,7	24,4	30,1	29,9	29,3	22,6	22,0	22,4	5,9	6,3	6,5
2030	17,1	16,6	16,9	22,6	23,6	23,1	25,6	26,1	25,4	27,8	26,6	27,3	7,0	7,2	7,3
2040	16,6	16,2	16,4	21,0	22,3	21,8	26,7	26,7	26,3	26,6	26,0	26,3	9,0	8,8	9,2
2050	15,9	15,6	15,8	21,3	22,3	21,9	26,1	26,1	25,6	24,1	23,8	24,0	12,6	12,3	12,7

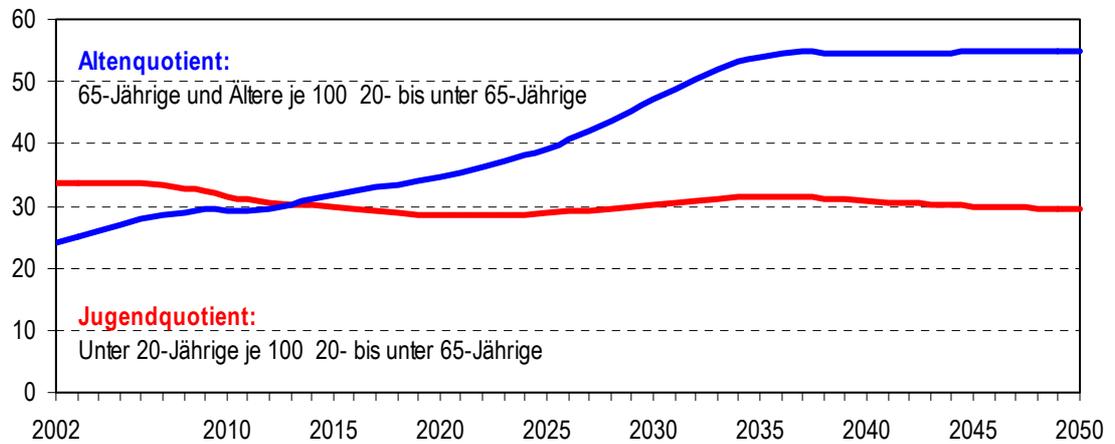
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Landkreis Groß-Gerau

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	245,0	20,9	65,4	13,8	31,9	21,1	53,0
2002	252,0	20,7	63,5	15,8	32,6	24,8	57,4
2010	258,2	19,8	61,7	18,5	32,1	30,0	62,1
2020	262,2	18,4	61,3	20,2	30,1	33,0	63,1
2030	261,8	18,2	57,8	24,0	31,4	41,5	73,0
2040	258,6	17,8	55,8	26,4	31,9	47,4	79,3
2050	254,5	17,3	55,7	27,0	31,0	48,6	79,6

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	7,1	18,0	15,5	2,5	4,6
2002 - 2020	10,2	41,5	46,4	-4,9	15,1
2020 - 2050	-7,7	65,2	93,7	-28,5	20,8
2002 - 2050	2,5	106,8	140,1	-33,4	35,8

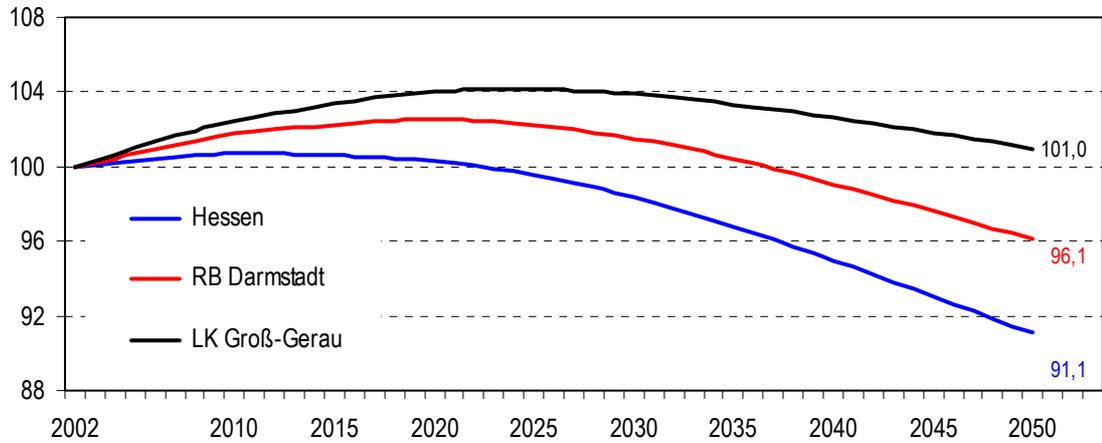
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995 – 2002	2,9	2,1	1,4	2,2	2,3	0,8	0,0	-0,1	-0,8	17,7	11,2	10,7
2002 - 2020	4,0	2,5	0,3	-7,4	-11,5	-14,6	0,4	-0,7	-2,1	33,7	31,4	26,6
2020 - 2050	-2,9	-6,3	-9,2	-9,1	-14,5	-17,4	-11,8	-16,2	-19,1	29,6	28,9	25,0
2002 - 2050	1,0	-3,9	-8,9	-15,8	-24,3	-29,5	-11,5	-16,8	-20,8	73,4	69,5	58,3

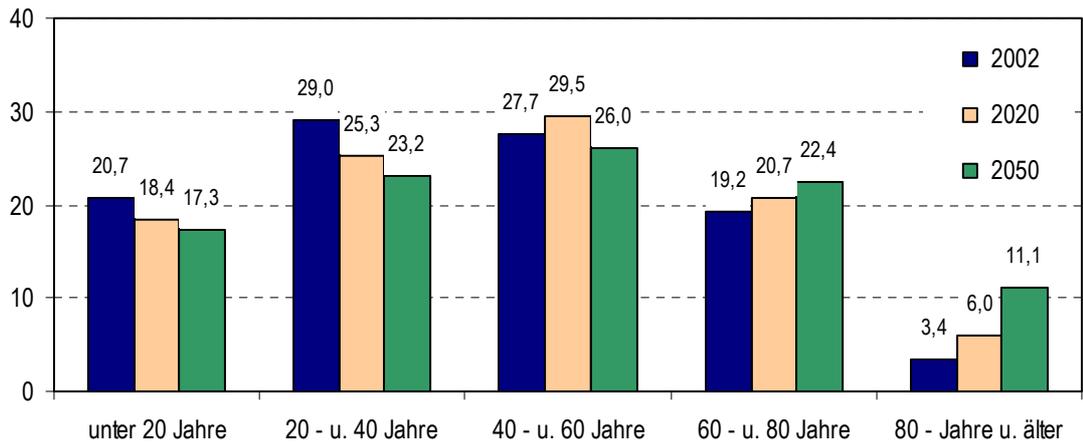
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995	20,9	19,7	20,5	31,7	31,6	31,4	28,4	28,1	27,0	15,8	16,5	17,0	3,3	4,0	4,1
2002	20,7	19,8	20,4	29,0	28,8	28,2	27,7	28,1	27,6	19,2	19,3	19,7	3,4	4,0	4,2
2010	19,8	18,7	19,1	25,1	24,7	24,3	30,8	31,4	31,3	20,1	20,5	20,5	4,2	4,6	4,9
2020	18,4	17,1	17,3	25,3	24,7	24,4	29,5	29,9	29,3	20,7	22,0	22,4	6,0	6,3	6,5
2030	18,2	16,6	16,9	24,2	23,6	23,1	25,9	26,1	25,4	25,1	26,6	27,3	6,6	7,2	7,3
2040	17,8	16,2	16,4	23,1	22,3	21,8	26,6	26,7	26,3	24,6	26,0	26,3	7,9	8,8	9,2
2050	17,3	15,6	15,8	23,2	22,3	21,9	26,0	26,1	25,6	22,4	23,8	24,0	11,1	12,3	12,7

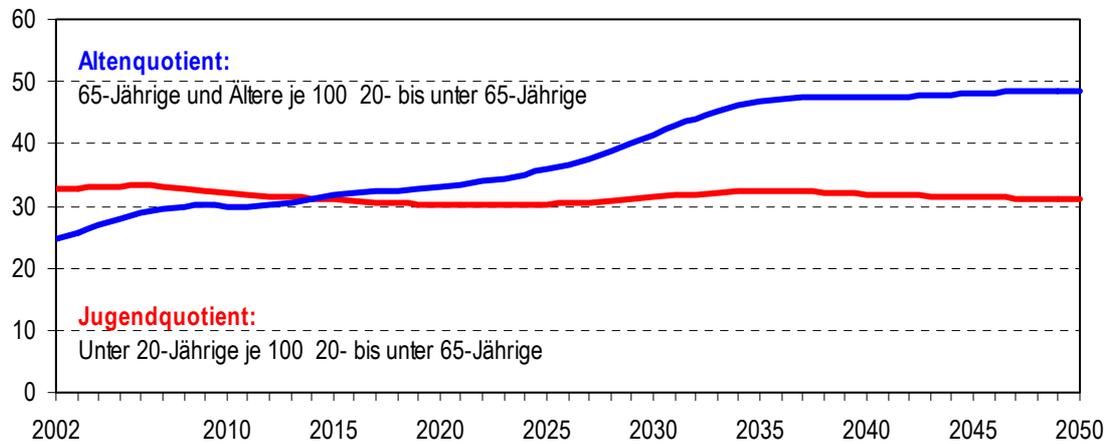
**Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)**



**Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)**



**Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050**



## Hochtaunuskreis

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	220,0	19,5	64,4	16,2	30,2	25,1	55,3
2002	227,2	20,0	62,2	17,8	32,1	28,6	60,7
2010	231,8	19,5	59,2	21,3	33,0	35,9	68,9
2020	233,0	17,5	59,2	23,3	29,5	39,2	68,8
2030	229,9	16,7	56,2	27,1	29,7	48,1	77,8
2040	224,7	16,7	53,5	29,8	31,2	55,7	86,9
2050	218,7	16,1	53,5	30,3	30,1	56,6	86,8

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	7,2	15,2	15,6	-0,4	7,6
2002 - 2020	5,9	32,0	45,4	-13,5	19,3
2020 - 2050	-14,3	48,9	89,9	-41,0	26,7
2002 - 2050	-8,5	80,8	135,3	-54,5	46,0

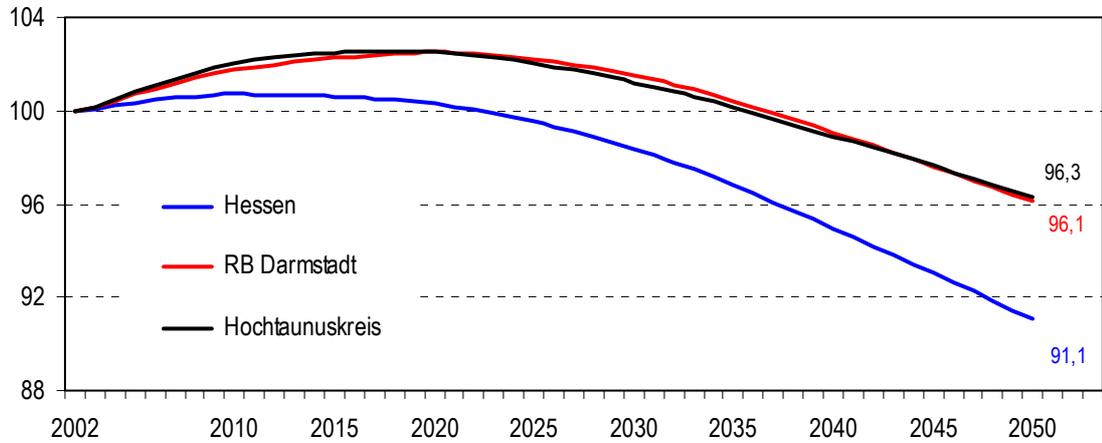
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995 – 2002	3,3	2,1	1,4	6,0	2,3	0,8	-0,2	-0,1	-0,8	13,6	11,2	10,7
2002 - 2020	2,6	2,5	0,3	-10,1	-11,5	-14,6	-2,3	-0,7	-2,1	34,0	31,4	26,6
2020 - 2050	-6,1	-6,3	-9,2	-13,5	-14,5	-17,4	-15,2	-16,2	-19,1	22,4	28,9	25,0
2002 - 2050	-3,7	-3,9	-8,9	-22,2	-24,3	-29,5	-17,2	-16,8	-20,8	64,0	69,5	58,3

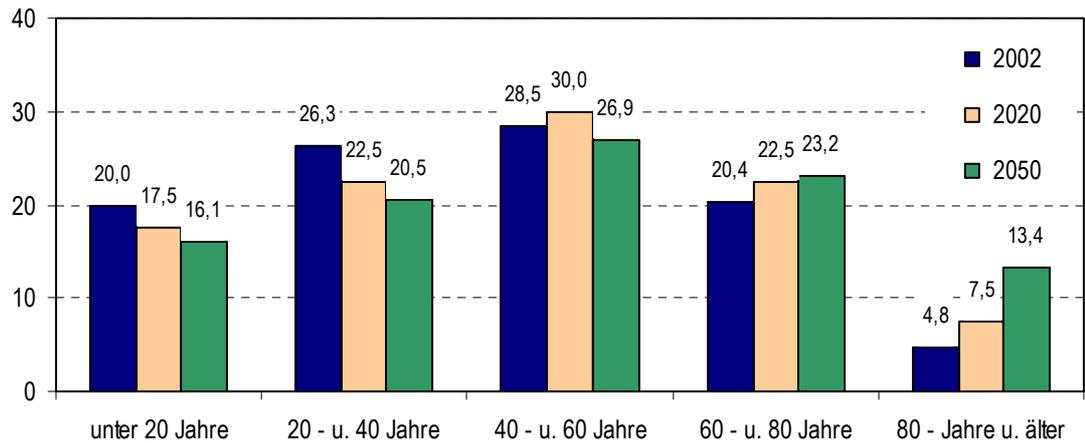
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995	19,5	19,7	20,5	29,2	31,6	31,4	29,8	28,1	27,0	16,8	16,5	17,0	4,7	4,0	4,1
2002	20,0	19,8	20,4	26,3	28,8	28,2	28,5	28,1	27,6	20,4	19,3	19,7	4,8	4,0	4,2
2010	19,5	18,7	19,1	22,0	24,7	24,3	31,1	31,4	31,3	22,0	20,5	20,5	5,3	4,6	4,9
2020	17,5	17,1	17,3	22,5	24,7	24,4	30,0	29,9	29,3	22,5	22,0	22,4	7,5	6,3	6,5
2030	16,7	16,6	16,9	22,4	23,6	23,1	25,7	26,1	25,4	26,5	26,6	27,3	8,6	7,2	7,3
2040	16,7	16,2	16,4	20,9	22,3	21,8	26,5	26,7	26,3	26,2	26,0	26,3	9,7	8,8	9,2
2050	16,1	15,6	15,8	20,5	22,3	21,9	26,9	26,1	25,6	23,2	23,8	24,0	13,4	12,3	12,7

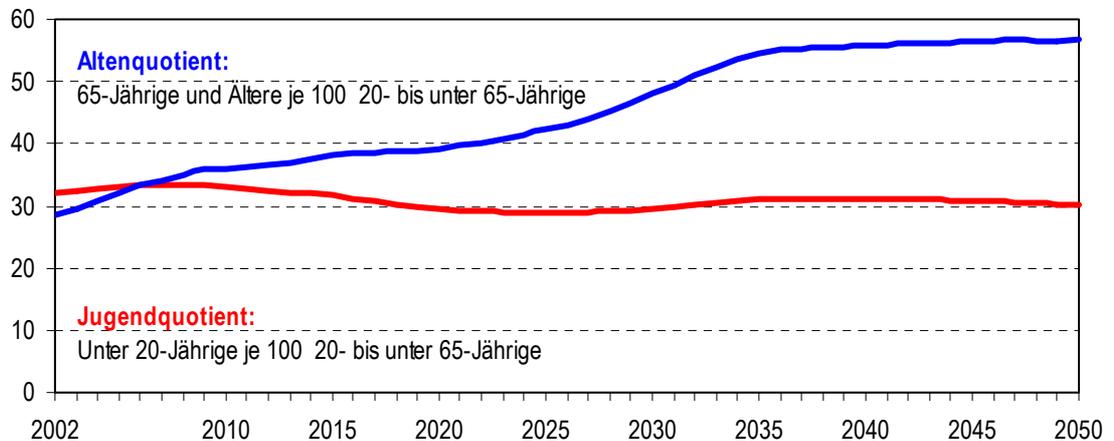
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Main-Kinzig-Kreis

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	401,3	21,3	64,0	14,7	33,2	23,0	56,2
2002	409,5	21,1	62,2	16,7	34,0	26,8	60,8
2010	414,7	19,6	60,9	19,4	32,2	31,9	64,1
2020	414,3	17,6	60,1	22,3	29,3	37,2	66,5
2030	406,1	17,2	55,5	27,3	30,9	49,2	80,1
2040	391,3	16,8	53,0	30,2	31,6	57,1	88,7
2050	374,4	16,1	53,6	30,3	30,1	56,4	86,6

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	8,1	27,7	27,6	0,2	8,0
2002 - 2020	4,8	60,5	81,1	-20,6	25,4
2020 - 2050	-39,9	88,6	163,6	-74,9	35,1
2002 - 2050	-35,1	149,1	244,6	-95,5	60,4

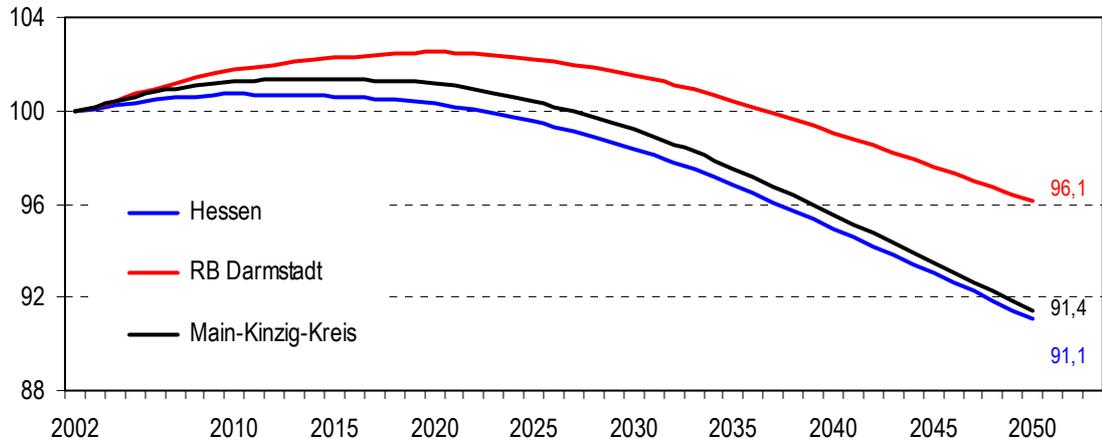
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995 – 2002	2,0	2,1	1,4	1,5	2,3	0,8	-0,9	-0,1	-0,8	15,3	11,2	10,7
2002 - 2020	1,2	2,5	0,3	-15,8	-11,5	-14,6	-2,3	-0,7	-2,1	35,7	31,4	26,6
2020 - 2050	-9,6	-6,3	-9,2	-17,1	-14,5	-17,4	-19,4	-16,2	-19,1	22,4	28,9	25,0
2002 - 2050	-8,6	-3,9	-8,9	-30,2	-24,3	-29,5	-21,2	-16,8	-20,8	66,1	69,5	58,3

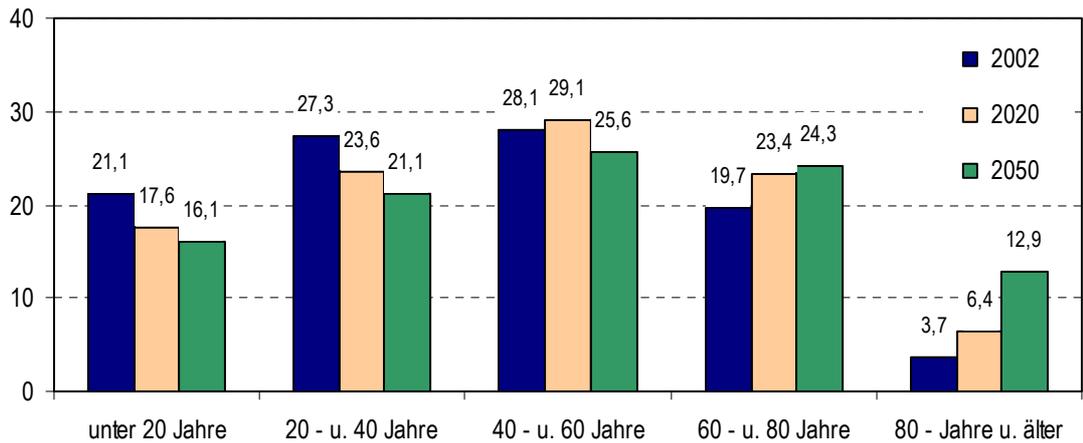
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995	21,3	19,7	20,5	31,1	31,6	31,4	27,6	28,1	27,0	16,5	16,5	17,0	3,5	4,0	4,1
2002	21,1	19,8	20,4	27,3	28,8	28,2	28,1	28,1	27,6	19,7	19,3	19,7	3,7	4,0	4,2
2010	19,6	18,7	19,1	23,1	24,7	24,3	31,6	31,4	31,3	21,1	20,5	20,5	4,6	4,6	4,9
2020	17,6	17,1	17,3	23,6	24,7	24,4	29,1	29,9	29,3	23,4	22,0	22,4	6,4	6,3	6,5
2030	17,2	16,6	16,9	22,4	23,6	23,1	24,9	26,1	25,4	28,2	26,6	27,3	7,4	7,2	7,3
2040	16,8	16,2	16,4	20,9	22,3	21,8	26,1	26,7	26,3	26,8	26,0	26,3	9,4	8,8	9,2
2050	16,1	15,6	15,8	21,1	22,3	21,9	25,6	26,1	25,6	24,3	23,8	24,0	12,9	12,3	12,7

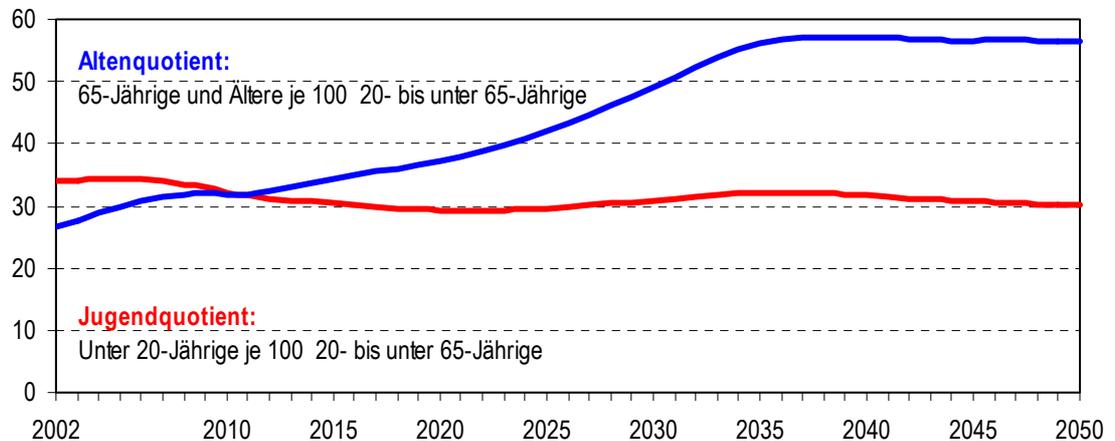
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Main-Taunus-Kreis

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	213,4	19,6	66,1	14,2	29,7	21,5	51,2
2002	222,9	19,6	63,7	16,7	30,7	26,2	57,0
2010	230,4	18,8	61,0	20,2	30,8	33,1	63,9
2020	234,3	16,9	61,3	21,8	27,6	35,5	63,1
2030	233,4	16,1	58,6	25,3	27,5	43,1	70,6
2040	230,2	15,8	55,7	28,5	28,4	51,3	79,6
2050	225,9	15,1	54,9	30,0	27,5	54,6	82,2

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	9,5	15,8	12,9	2,9	6,6
2002 - 2020	11,4	34,7	40,3	-5,7	17,1
2020 - 2050	-8,4	52,1	84,1	-32,0	23,6
2002 - 2050	3,0	86,8	124,5	-37,7	40,7

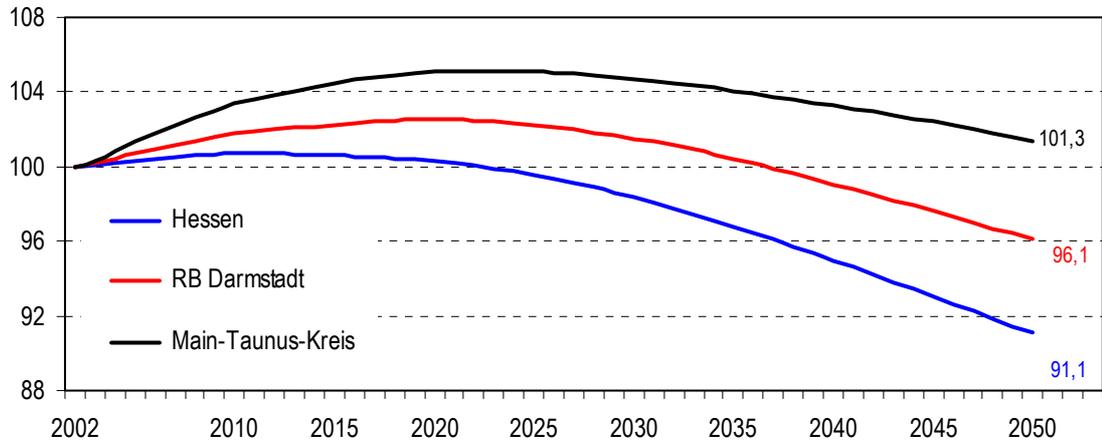
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995 – 2002	4,4	2,1	1,4	4,2	2,3	0,8	0,6	-0,1	-0,8	22,6	11,2	10,7
2002 - 2020	5,1	2,5	0,3	-9,2	-11,5	-14,6	1,2	-0,7	-2,1	36,8	31,4	26,6
2020 - 2050	-3,6	-6,3	-9,2	-13,9	-14,5	-17,4	-13,7	-16,2	-19,1	32,9	28,9	25,0
2002 - 2050	1,3	-3,9	-8,9	-21,8	-24,3	-29,5	-12,7	-16,8	-20,8	81,8	69,5	58,3

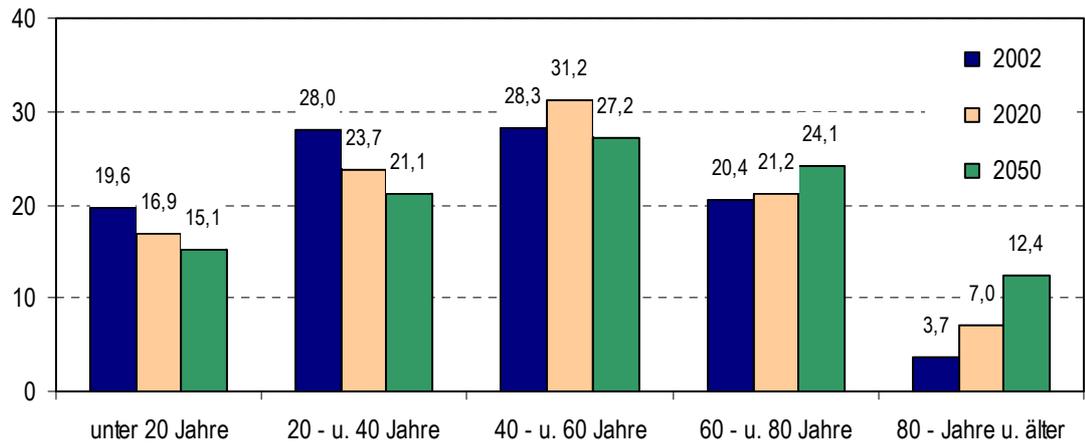
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995	19,6	19,7	20,5	30,4	31,6	31,4	30,1	28,1	27,0	16,4	16,5	17,0	3,4	4,0	4,1
2002	19,6	19,8	20,4	28,0	28,8	28,2	28,3	28,1	27,6	20,4	19,3	19,7	3,7	4,0	4,2
2010	18,8	18,7	19,1	23,9	24,7	24,3	31,2	31,4	31,3	21,4	20,5	20,5	4,7	4,6	4,9
2020	16,9	17,1	17,3	23,7	24,7	24,4	31,2	29,9	29,3	21,2	22,0	22,4	7,0	6,3	6,5
2030	16,1	16,6	16,9	23,0	23,6	23,1	27,5	26,1	25,4	25,7	26,6	27,3	7,7	7,2	7,3
2040	15,8	16,2	16,4	21,6	22,3	21,8	27,5	26,7	26,3	26,5	26,0	26,3	8,6	8,8	9,2
2050	15,1	15,6	15,8	21,1	22,3	21,9	27,2	26,1	25,6	24,1	23,8	24,0	12,4	12,3	12,7

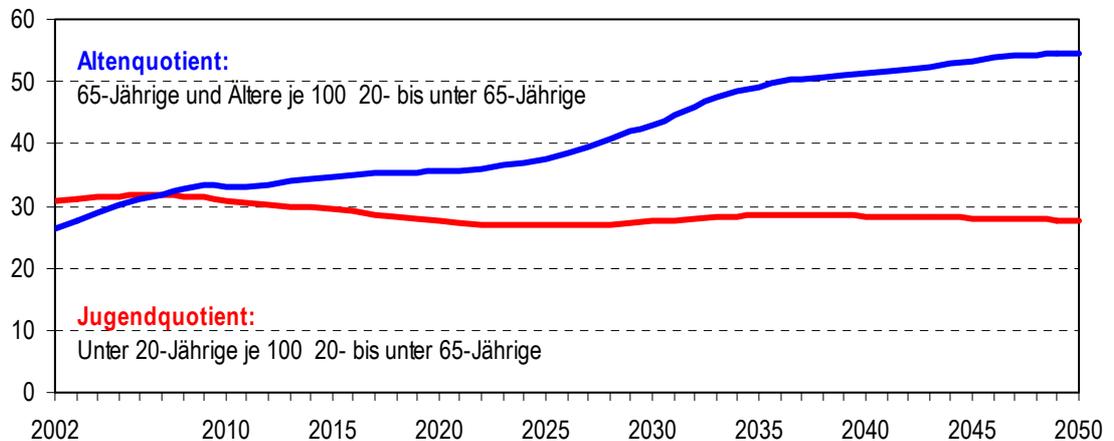
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Odenwaldkreis

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	98,3	23,0	61,0	16,0	37,7	26,1	63,9
2002	100,5	22,5	59,6	17,9	37,8	30,1	67,9
2010	101,9	20,2	59,6	20,2	33,9	33,8	67,7
2020	102,0	18,0	58,1	23,9	31,0	41,0	72,1
2030	100,0	17,7	53,1	29,2	33,3	55,0	88,4
2040	96,1	17,0	51,0	32,0	33,4	62,8	96,2
2050	91,6	16,4	51,5	32,1	31,9	62,2	94,1

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	2,2	6,7	7,5	-0,8	3,0
2002 - 2020	1,5	14,9	21,9	-7,0	8,5
2020 - 2050	-10,5	21,6	43,8	-22,2	11,7
2002 - 2050	-9,0	36,5	65,7	-29,2	20,2

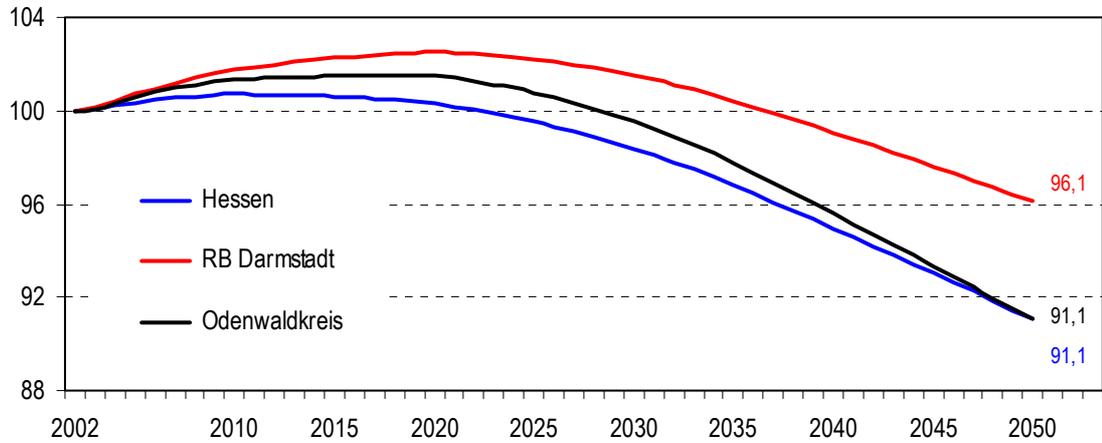
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995 – 2002	2,3	2,1	1,4	0,0	2,3	0,8	-0,2	-0,1	-0,8	14,8	11,2	10,7
2002 - 2020	1,5	2,5	0,3	-18,7	-11,5	-14,6	-1,0	-0,7	-2,1	35,1	31,4	26,6
2020 - 2050	-10,3	-6,3	-9,2	-18,2	-14,5	-17,4	-20,5	-16,2	-19,1	20,6	28,9	25,0
2002 - 2050	-8,9	-3,9	-8,9	-33,5	-24,3	-29,5	-21,2	-16,8	-20,8	62,9	69,5	58,3

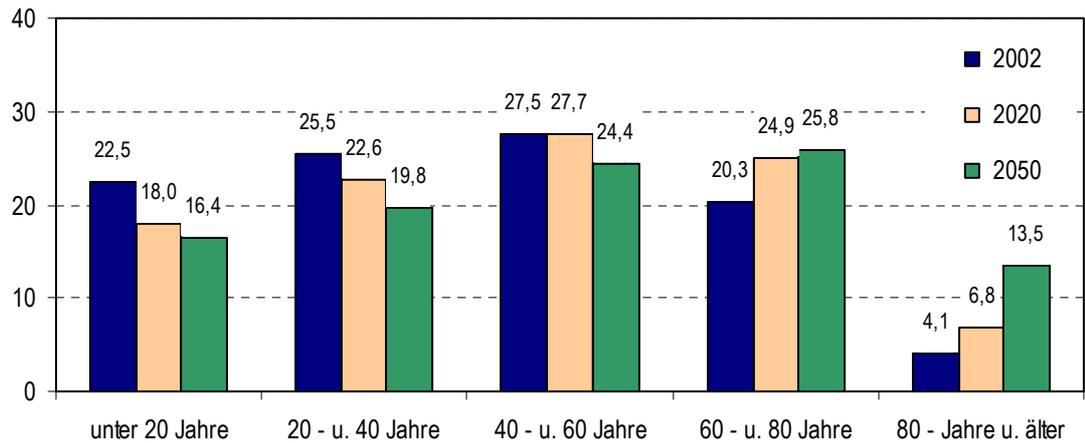
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995	23,0	19,7	20,5	29,6	31,6	31,4	26,1	28,1	27,0	17,3	16,5	17,0	4,0	4,0	4,1
2002	22,5	19,8	20,4	25,5	28,8	28,2	27,5	28,1	27,6	20,3	19,3	19,7	4,1	4,0	4,2
2010	20,2	18,7	19,1	22,2	24,7	24,3	30,8	31,4	31,3	21,6	20,5	20,5	5,1	4,6	4,9
2020	18,0	17,1	17,3	22,6	24,7	24,4	27,7	29,9	29,3	24,9	22,0	22,4	6,8	6,3	6,5
2030	17,7	16,6	16,9	20,9	23,6	23,1	24,1	26,1	25,4	29,5	26,6	27,3	7,8	7,2	7,3
2040	17,0	16,2	16,4	19,5	22,3	21,8	25,4	26,7	26,3	27,6	26,0	26,3	10,5	8,8	9,2
2050	16,4	15,6	15,8	19,8	22,3	21,9	24,4	26,1	25,6	25,8	23,8	24,0	13,5	12,3	12,7

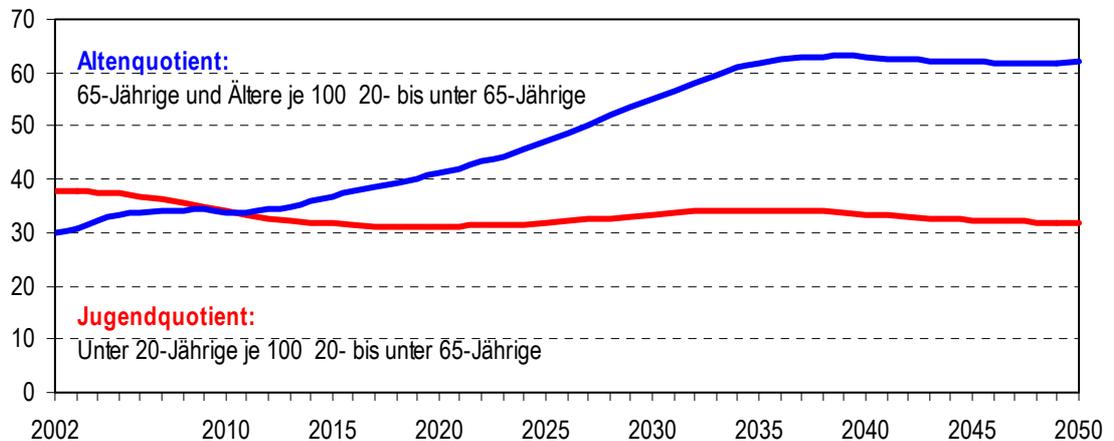
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Landkreis Offenbach

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	328,8	20,1	66,0	13,9	30,4	21,0	51,4
2002	337,5	20,1	63,8	16,2	31,4	25,3	56,8
2010	343,1	18,9	61,5	19,6	30,8	31,9	62,7
2020	343,6	17,4	60,4	22,2	28,8	36,7	65,5
2030	337,3	16,9	57,0	26,1	29,7	45,8	75,5
2040	326,9	16,6	54,9	28,5	30,2	51,9	82,1
2050	315,7	16,1	55,0	29,0	29,2	52,7	82,0

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	8,7	23,1	19,9	3,2	5,5
2002 - 2020	6,2	51,0	61,3	-10,3	16,5
2020 - 2050	-27,9	75,7	126,3	-50,7	22,7
2002 - 2050	-21,7	126,7	187,6	-60,9	39,2

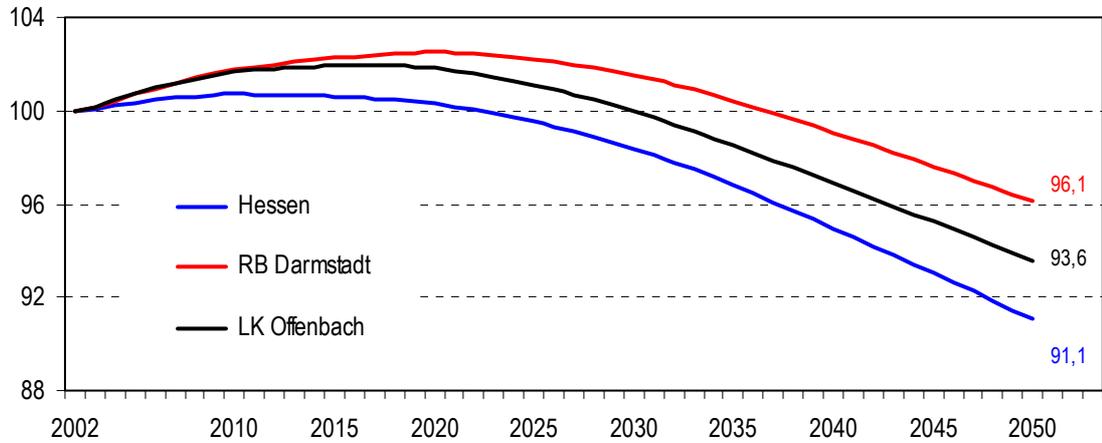
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995 – 2002	2,6	2,1	1,4	2,4	2,3	0,8	-0,9	-0,1	-0,8	19,7	11,2	10,7
2002 - 2020	1,8	2,5	0,3	-11,6	-11,5	-14,6	-3,6	-0,7	-2,1	39,8	31,4	26,6
2020 - 2050	-8,1	-6,3	-9,2	-15,2	-14,5	-17,4	-16,4	-16,2	-19,1	20,0	28,9	25,0
2002 - 2050	-6,4	-3,9	-8,9	-25,1	-24,3	-29,5	-19,4	-16,8	-20,8	67,8	69,5	58,3

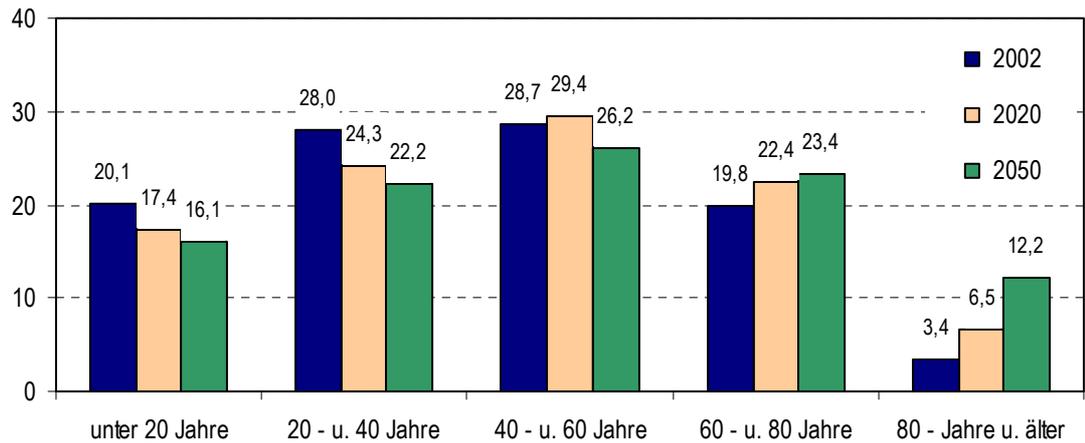
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995	20,1	19,7	20,5	31,1	31,6	31,4	29,5	28,1	27,0	16,0	16,5	17,0	3,3	4,0	4,1
2002	20,1	19,8	20,4	28,0	28,8	28,2	28,7	28,1	27,6	19,8	19,3	19,7	3,4	4,0	4,2
2010	18,9	18,7	19,1	24,1	24,7	24,3	31,1	31,4	31,3	21,4	20,5	20,5	4,4	4,6	4,9
2020	17,4	17,1	17,3	24,3	24,7	24,4	29,4	29,9	29,3	22,4	22,0	22,4	6,5	6,3	6,5
2030	16,9	16,6	16,9	23,3	23,6	23,1	25,9	26,1	25,4	26,3	26,6	27,3	7,6	7,2	7,3
2040	16,6	16,2	16,4	22,2	22,3	21,8	26,7	26,7	26,3	25,6	26,0	26,3	9,0	8,8	9,2
2050	16,1	15,6	15,8	22,2	22,3	21,9	26,2	26,1	25,6	23,4	23,8	24,0	12,2	12,3	12,7

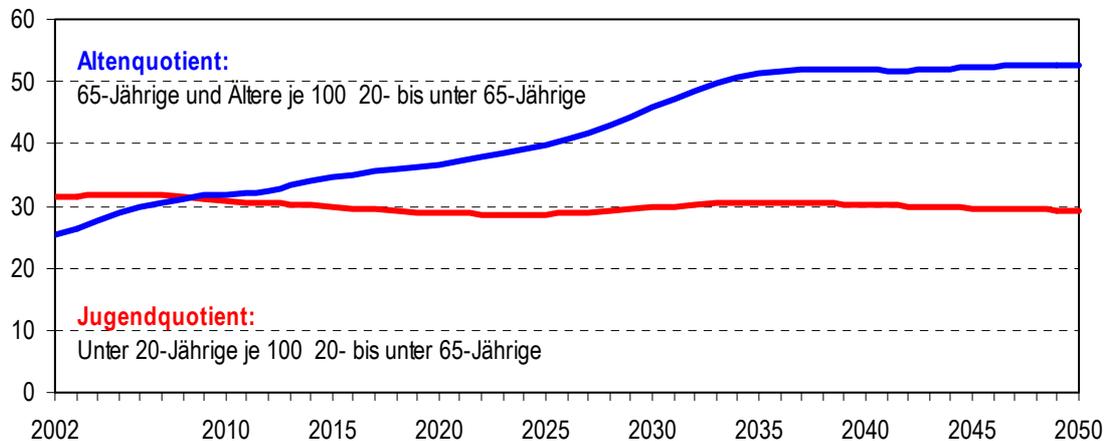
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Rheingau-Taunus-Kreis

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	182,4	20,6	65,0	14,4	31,7	22,1	53,9
2002	185,7	20,6	63,1	16,3	32,7	25,9	58,6
2010	186,7	19,2	60,9	19,9	31,6	32,7	64,3
2020	184,1	16,6	59,9	23,5	27,8	39,2	67,0
2030	177,8	16,0	54,8	29,2	29,3	53,3	82,6
2040	168,4	15,9	51,7	32,4	30,8	62,6	93,4
2050	157,8	15,2	52,4	32,3	29,1	61,7	90,8

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	3,3	12,7	12,1	0,7	2,6
2002 - 2020	-1,6	25,7	35,4	-9,8	8,2
2020 - 2050	-26,3	36,3	73,8	-37,5	11,3
2002 - 2050	-27,9	61,9	109,2	-47,3	19,4

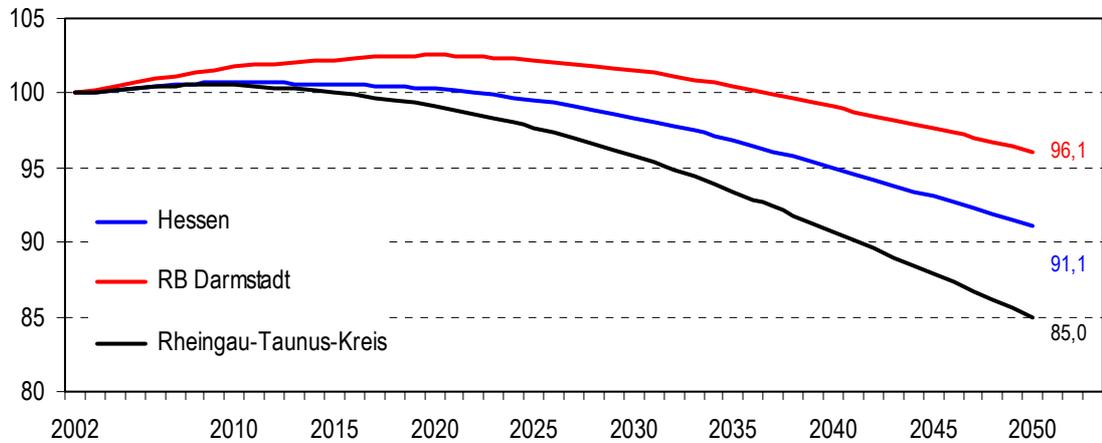
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995 – 2002	1,8	2,1	1,4	1,7	2,3	0,8	-1,3	-0,1	-0,8	15,6	11,2	10,7
2002 - 2020	-0,9	2,5	0,3	-20,0	-11,5	-14,6	-5,8	-0,7	-2,1	42,5	31,4	26,6
2020 - 2050	-14,3	-6,3	-9,2	-21,4	-14,5	-17,4	-25,0	-16,2	-19,1	18,1	28,9	25,0
2002 - 2050	-15,0	-3,9	-8,9	-37,2	-24,3	-29,5	-29,3	-16,8	-20,8	68,3	69,5	58,3

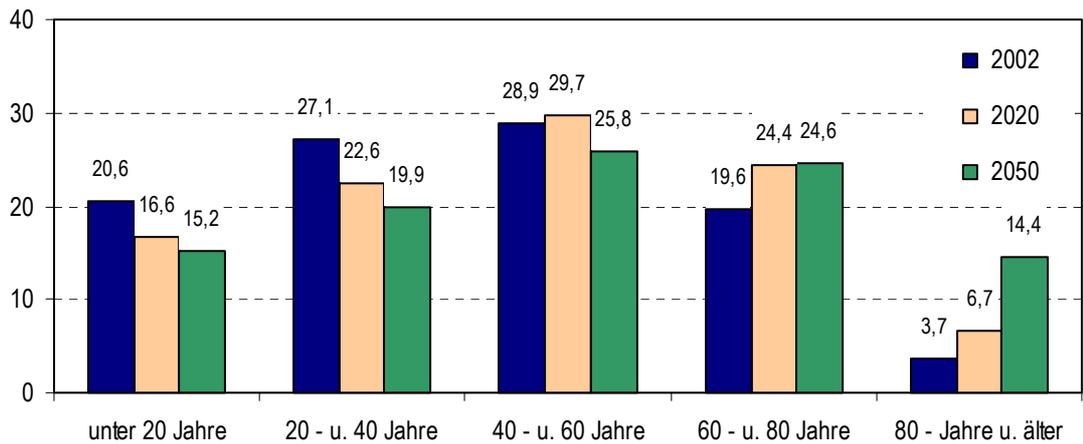
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995	20,6	19,7	20,5	31,4	31,6	31,4	28,4	28,1	27,0	15,8	16,5	17,0	3,8	4,0	4,1
2002	20,6	19,8	20,4	27,1	28,8	28,2	28,9	28,1	27,6	19,6	19,3	19,7	3,7	4,0	4,2
2010	19,2	18,7	19,1	22,1	24,7	24,3	32,4	31,4	31,3	21,9	20,5	20,5	4,4	4,6	4,9
2020	16,6	17,1	17,3	22,6	24,7	24,4	29,7	29,9	29,3	24,4	22,0	22,4	6,7	6,3	6,5
2030	16,0	16,6	16,9	21,7	23,6	23,1	24,5	26,1	25,4	29,6	26,6	27,3	8,1	7,2	7,3
2040	15,9	16,2	16,4	19,8	22,3	21,8	25,9	26,7	26,3	28,0	26,0	26,3	10,3	8,8	9,2
2050	15,2	15,6	15,8	19,9	22,3	21,9	25,8	26,1	25,6	24,6	23,8	24,0	14,4	12,3	12,7

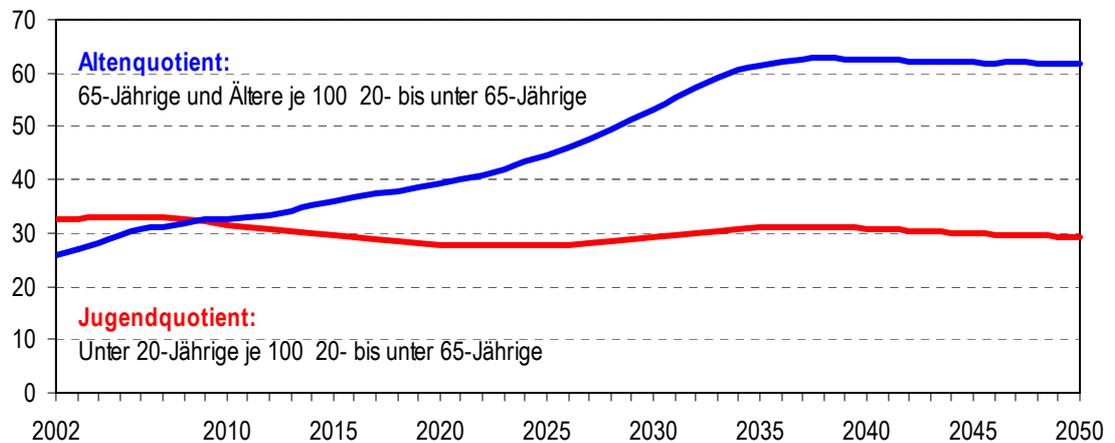
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Wetteraukreis

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	283,9	21,2	63,4	15,4	33,5	24,3	57,8
2002	297,9	21,4	61,9	16,7	34,6	27,0	61,6
2010	310,7	20,2	61,0	18,9	33,0	30,9	64,0
2020	321,8	18,0	60,7	21,3	29,7	35,2	64,9
2030	326,3	17,5	56,4	26,1	31,1	46,3	77,4
2040	325,6	17,2	53,6	29,2	32,1	54,5	86,5
2050	322,1	16,5	53,9	29,6	30,7	54,9	85,6

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	13,9	20,7	20,4	0,3	13,7
2002 - 2020	23,9	46,2	59,2	-13,0	36,9
2020 - 2050	0,3	74,6	125,3	-50,7	51,0
2002 - 2050	24,2	120,8	184,5	-63,7	87,9

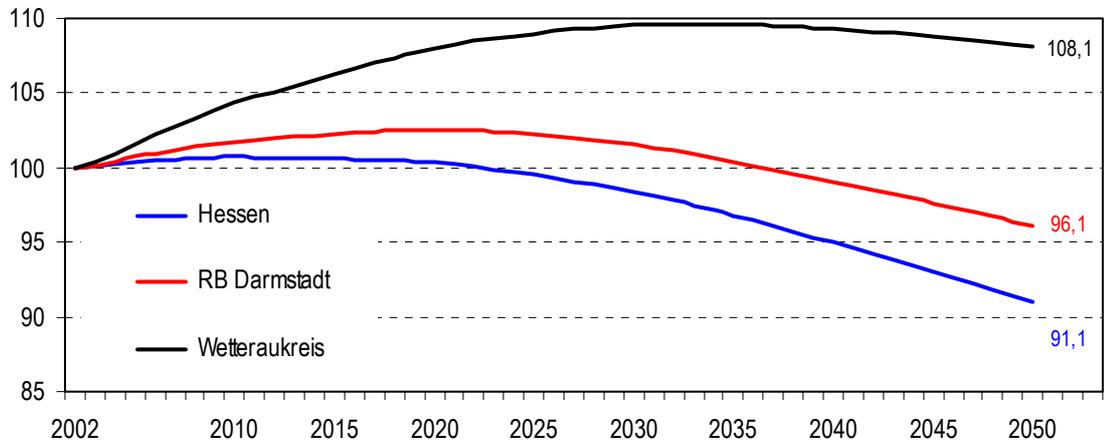
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995 – 2002	4,9	2,1	1,4	5,8	2,3	0,8	2,4	-0,1	-0,8	13,9	11,2	10,7
2002 - 2020	8,0	2,5	0,3	-9,1	-11,5	-14,6	5,9	-0,7	-2,1	37,8	31,4	26,6
2020 - 2050	0,1	-6,3	-9,2	-8,2	-14,5	-17,4	-11,1	-16,2	-19,1	38,9	28,9	25,0
2002 - 2050	8,1	-3,9	-8,9	-16,5	-24,3	-29,5	-5,9	-16,8	-20,8	91,4	69,5	58,3

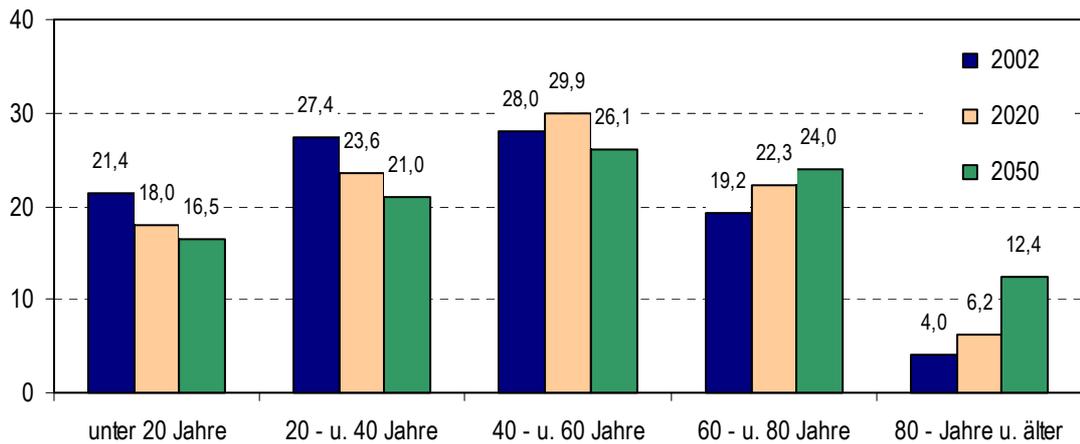
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen	Kreis	RB DA	Hessen
1995	21,2	19,7	20,5	30,9	31,6	31,4	27,3	28,1	27,0	16,5	16,5	17,0	4,0	4,0	4,1
2002	21,4	19,8	20,4	27,4	28,8	28,2	28,0	28,1	27,6	19,2	19,3	19,7	4,0	4,0	4,2
2010	20,2	18,7	19,1	23,1	24,7	24,3	32,0	31,4	31,3	20,1	20,5	20,5	4,7	4,6	4,9
2020	18,0	17,1	17,3	23,6	24,7	24,4	29,9	29,9	29,3	22,3	22,0	22,4	6,2	6,3	6,5
2030	17,5	16,6	16,9	22,5	23,6	23,1	25,6	26,1	25,4	27,4	26,6	27,3	6,9	7,2	7,3
2040	17,2	16,2	16,4	21,0	22,3	21,8	26,5	26,7	26,3	26,4	26,0	26,3	8,9	8,8	9,2
2050	16,5	15,6	15,8	21,0	22,3	21,9	26,1	26,1	25,6	24,0	23,8	24,0	12,4	12,3	12,7

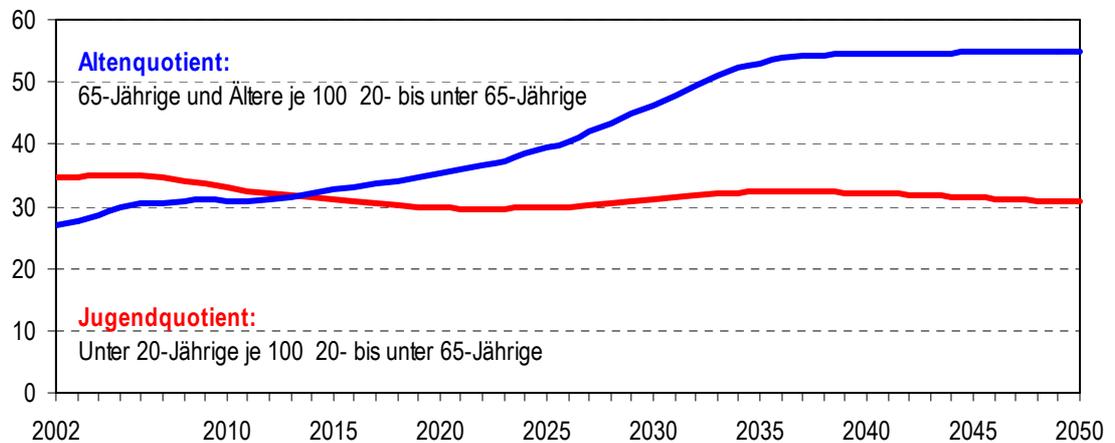
**Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)**



**Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)**



**Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050**



## Landkreis Gießen

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	252,4	21,2	63,7	15,1	33,3	23,8	57,1
2002	255,4	20,8	62,7	16,5	33,1	26,4	59,5
2010	256,2	18,8	63,1	18,1	29,8	28,6	58,4
2020	254,5	17,0	62,4	20,5	27,3	32,9	60,1
2030	248,9	16,6	56,7	26,7	29,2	47,0	76,2
2040	238,8	15,7	54,9	29,4	28,6	53,6	82,3
2050	226,2	15,0	55,1	29,9	27,2	54,1	81,3

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	3,0	17,4	17,1	0,4	2,6
2002 - 2020	-0,8	38,6	48,0	-9,4	8,6
2020 - 2050	-28,4	53,7	93,8	-40,2	11,8
2002 - 2050	-29,2	92,3	141,8	-49,6	20,4

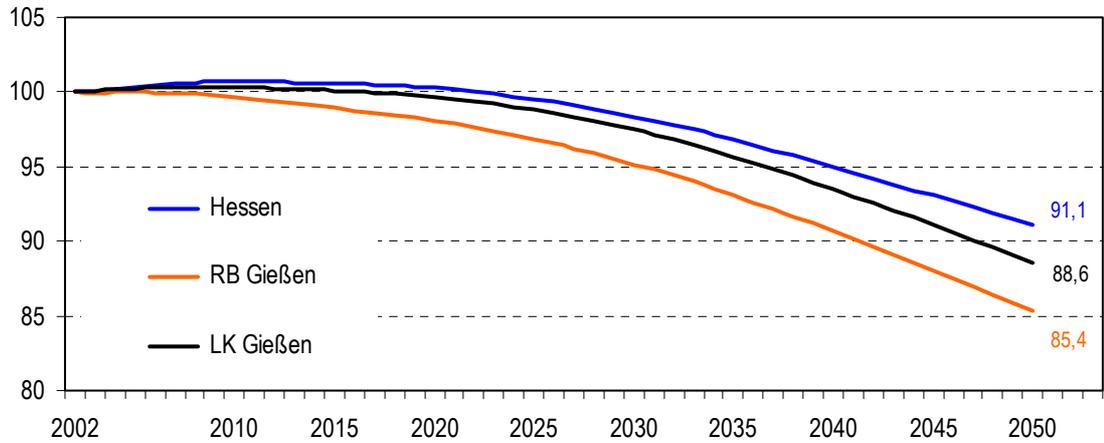
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen
1995 – 2002	1,2	0,9	1,4	-0,8	-0,8	0,8	-0,4	-1,1	-0,8	10,4	11,6	10,7
2002 - 2020	-0,3	-1,9	0,3	-18,4	-19,0	-14,6	-0,7	-2,5	-2,1	23,9	21,5	26,6
2020 - 2050	-11,1	-13,0	-9,2	-21,7	-21,6	-17,4	-21,5	-23,6	-19,1	29,2	24,5	25,0
2002 - 2050	-11,4	-14,6	-8,9	-36,1	-36,5	-29,5	-22,1	-25,6	-20,8	60,0	51,3	58,3

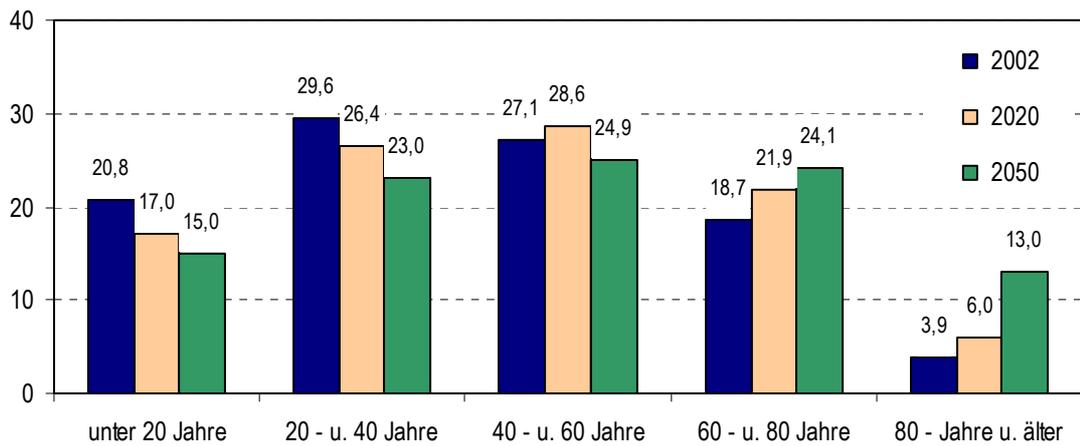
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen
1995	21,2	21,9	20,5	33,9	32,3	31,4	24,8	24,9	27,0	16,3	16,9	17,0	3,8	3,9	4,1
2002	20,8	21,5	20,4	29,6	28,2	28,2	27,1	26,8	27,6	18,7	19,4	19,7	3,9	4,0	4,2
2010	18,8	19,7	19,1	26,0	24,3	24,3	31,5	31,4	31,3	19,0	19,7	20,5	4,7	4,9	4,9
2020	17,0	17,8	17,3	26,4	24,7	24,4	28,6	28,6	29,3	21,9	22,4	22,4	6,0	6,5	6,5
2030	16,6	17,4	16,9	24,2	23,0	23,1	24,8	24,4	25,4	27,8	28,4	27,3	6,6	6,9	7,3
2040	15,7	16,7	16,4	22,7	21,4	21,8	26,4	25,8	26,3	25,9	26,6	26,3	9,2	9,5	9,2
2050	15,0	16,0	15,8	23,0	21,7	21,9	24,9	24,7	25,6	24,1	24,3	24,0	13,0	13,3	12,7

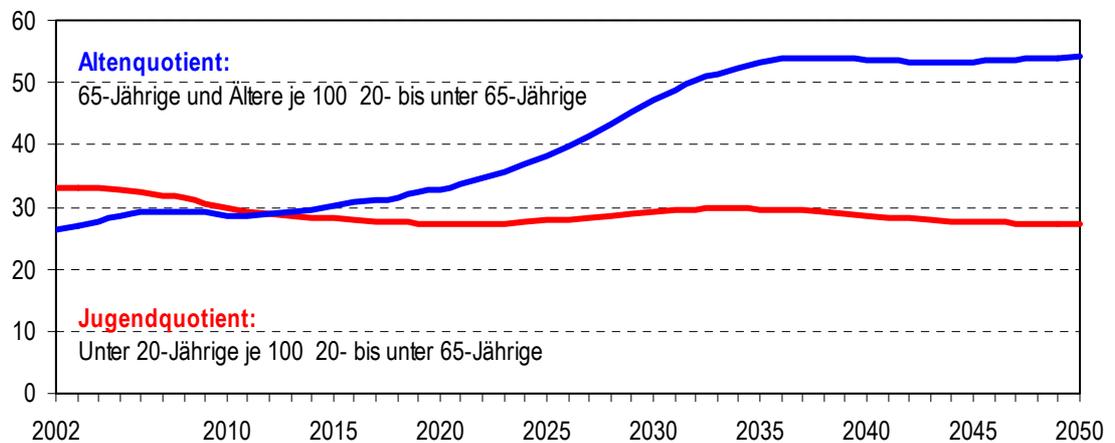
**Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)**



**Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)**



**Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050**



## Lahn-Dill-Kreis

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	263,0	22,7	61,1	16,2	37,1	26,5	63,6
2002	262,9	22,3	59,8	18,0	37,2	30,1	67,3
2010	259,5	20,5	59,7	19,8	34,3	33,2	67,6
2020	252,8	18,5	59,6	21,8	31,1	36,6	67,7
2030	243,2	18,3	55,0	26,7	33,3	48,7	81,9
2040	230,2	17,6	52,6	29,8	33,4	56,7	90,1
2050	216,3	16,9	52,9	30,2	32,0	57,2	89,2

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	-0,1	18,3	20,2	-1,9	1,8
2002 - 2020	-10,0	40,2	56,6	-16,3	6,3
2020 - 2050	-36,6	55,7	101,0	-45,2	8,7
2002 - 2050	-46,6	96,0	157,5	-61,5	14,9

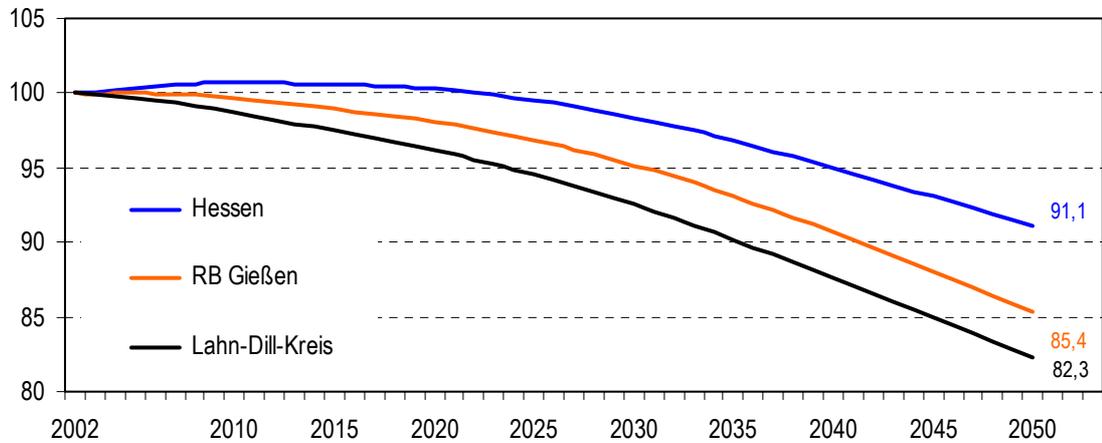
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen
1995 – 2002	0,0	0,9	1,4	-1,8	-0,8	0,8	-2,3	-1,1	-0,8	10,8	11,6	10,7
2002 - 2020	-3,8	-1,9	0,3	-20,0	-19,0	-14,6	-4,0	-2,5	-2,1	16,9	21,5	26,6
2020 - 2050	-14,5	-13,0	-9,2	-22,0	-21,6	-17,4	-24,2	-23,6	-19,1	18,5	24,5	25,0
2002 - 2050	-17,7	-14,6	-8,9	-37,6	-36,5	-29,5	-27,2	-25,6	-20,8	38,5	51,3	58,3

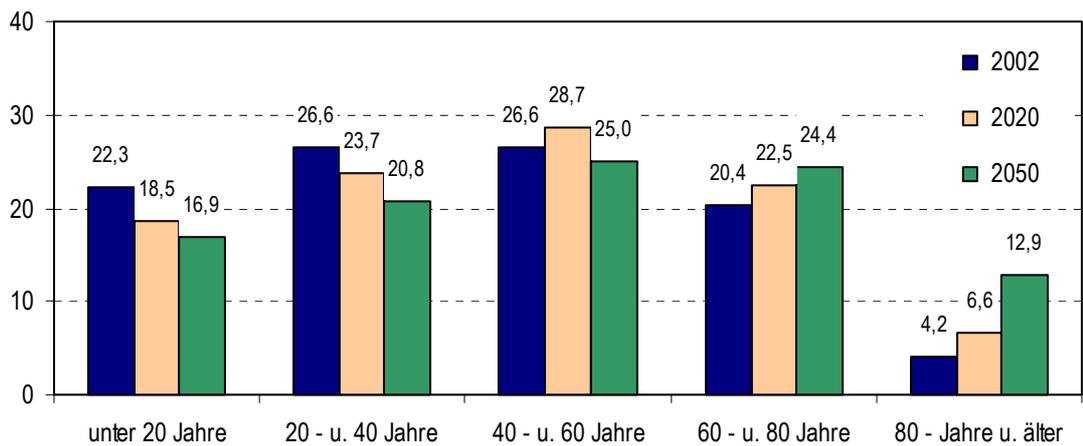
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen
1995	22,7	21,9	20,5	30,0	32,3	31,4	25,6	24,9	27,0	17,7	16,9	17,0	3,9	3,9	4,1
2002	22,3	21,5	20,4	26,6	28,2	28,2	26,6	26,8	27,6	20,4	19,4	19,7	4,2	4,0	4,2
2010	20,5	19,7	19,1	23,1	24,3	24,3	30,8	31,4	31,3	20,6	19,7	20,5	5,1	4,9	4,9
2020	18,5	17,8	17,3	23,7	24,7	24,4	28,7	28,6	29,3	22,5	22,4	22,4	6,6	6,5	6,5
2030	18,3	17,4	16,9	22,1	23,0	23,1	24,7	24,4	25,4	27,9	28,4	27,3	7,0	6,9	7,3
2040	17,6	16,7	16,4	20,5	21,4	21,8	26,1	25,8	26,3	26,6	26,6	26,3	9,2	9,5	9,2
2050	16,9	16,0	15,8	20,8	21,7	21,9	25,0	24,7	25,6	24,4	24,3	24,0	12,9	13,3	12,7

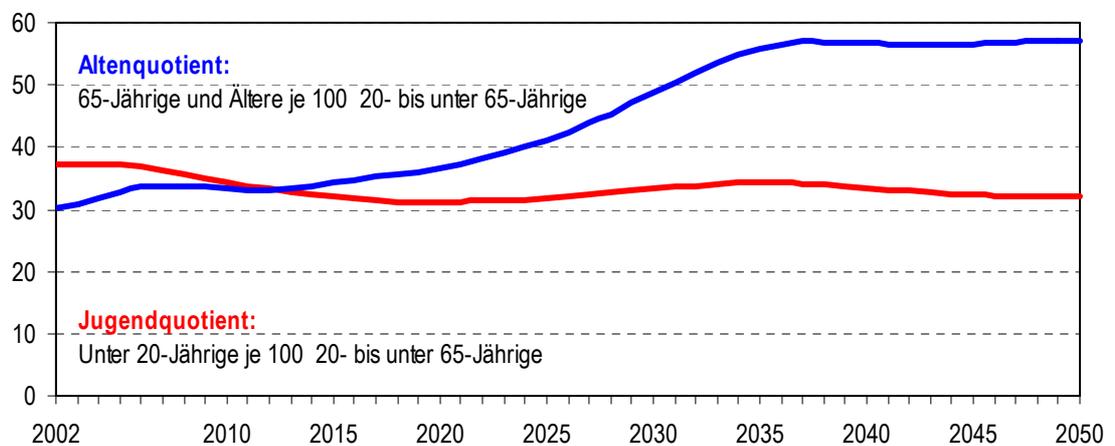
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Landkreis Limburg-Weilburg

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	170,9	22,5	61,6	15,9	36,4	25,8	62,2
2002	175,9	22,6	60,3	17,1	37,5	28,4	65,9
2010	180,0	21,2	60,2	18,6	35,1	31,0	66,1
2020	183,4	19,4	59,9	20,7	32,5	34,5	67,0
2030	184,1	19,2	55,6	25,2	34,5	45,4	80,0
2040	182,1	18,7	53,7	27,6	34,8	51,4	86,1
2050	178,9	18,0	54,1	27,9	33,3	51,6	84,9

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	5,0	12,5	12,7	-0,3	5,2
2002 - 2020	7,5	28,2	33,6	-5,3	12,9
2020 - 2050	-4,5	44,9	67,2	-22,3	17,8
2002 - 2050	3,0	73,2	100,8	-27,6	30,6

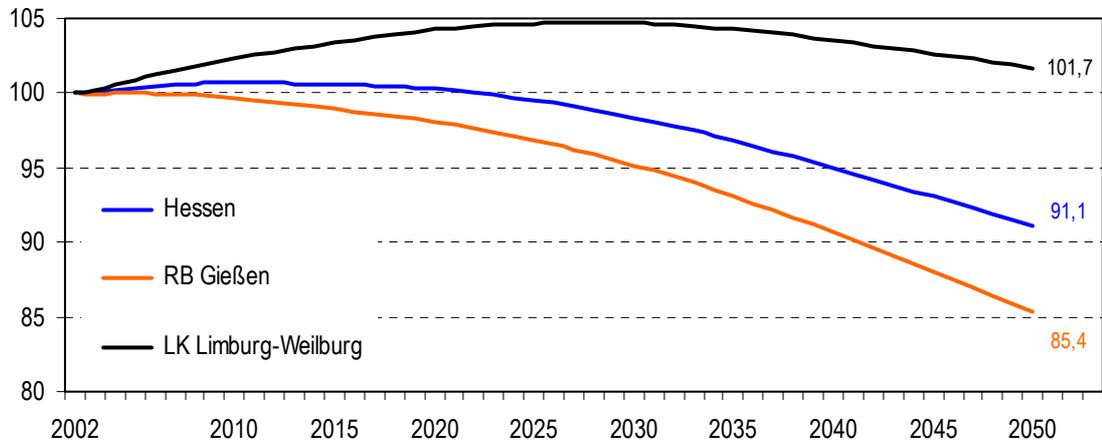
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen
1995 – 2002	2,9	0,9	1,4	3,5	-0,8	0,8	0,6	-1,1	-0,8	10,9	11,6	10,7
2002 - 2020	4,3	-1,9	0,3	-10,2	-19,0	-14,6	3,6	-2,5	-2,1	25,7	21,5	26,6
2020 - 2050	-2,5	-13,0	-9,2	-9,6	-21,6	-17,4	-11,9	-23,6	-19,1	31,6	24,5	25,0
2002 - 2050	1,7	-14,6	-8,9	-18,8	-36,5	-29,5	-8,7	-25,6	-20,8	65,5	51,3	58,3

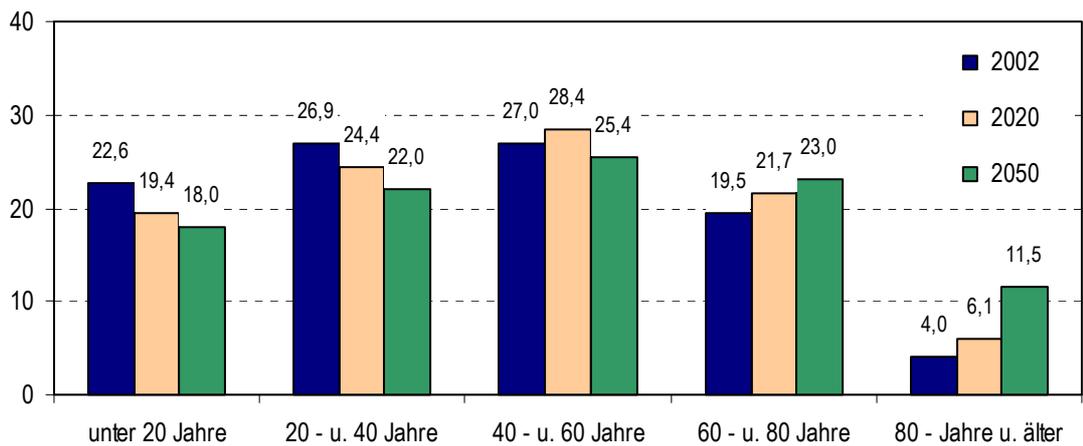
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen
1995	22,5	21,9	20,5	30,8	32,3	31,4	25,7	24,9	27,0	17,2	16,9	17,0	3,9	3,9	4,1
2002	22,6	21,5	20,4	26,9	28,2	28,2	27,0	26,8	27,6	19,5	19,4	19,7	4,0	4,0	4,2
2010	21,2	19,7	19,1	23,6	24,3	24,3	31,0	31,4	31,3	19,4	19,7	20,5	4,9	4,9	4,9
2020	19,4	17,8	17,3	24,4	24,7	24,4	28,4	28,6	29,3	21,7	22,4	22,4	6,1	6,5	6,5
2030	19,2	17,4	16,9	23,1	23,0	23,1	24,8	24,4	25,4	26,5	28,4	27,3	6,4	6,9	7,3
2040	18,7	16,7	16,4	21,8	21,4	21,8	26,1	25,8	26,3	24,9	26,6	26,3	8,6	9,5	9,2
2050	18,0	16,0	15,8	22,0	21,7	21,9	25,4	24,7	25,6	23,0	24,3	24,0	11,5	13,3	12,7

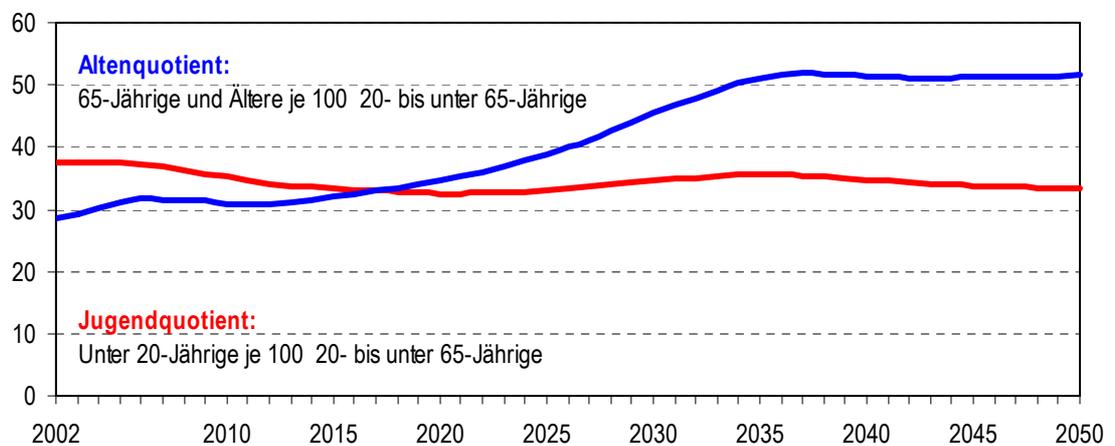
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Landkreis Marburg-Biedenkopf

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	251,1	21,4	64,3	14,3	33,2	22,2	55,4
2002	253,9	20,9	63,0	16,1	33,2	25,5	58,7
2010	251,3	19,1	62,8	18,1	30,5	28,9	59,3
2020	244,3	16,9	62,0	21,1	27,2	34,0	61,2
2030	234,1	16,3	55,1	28,5	29,6	51,8	81,4
2040	219,3	15,8	52,0	32,3	30,4	62,1	92,4
2050	201,4	15,0	53,1	31,9	28,2	60,0	88,2

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	2,8	17,2	16,3	0,9	1,8
2002 - 2020	-9,6	35,2	48,9	-13,7	4,1
2020 - 2050	-42,9	46,9	95,5	-48,6	5,7
2002 - 2050	-52,4	82,1	144,5	-62,3	9,9

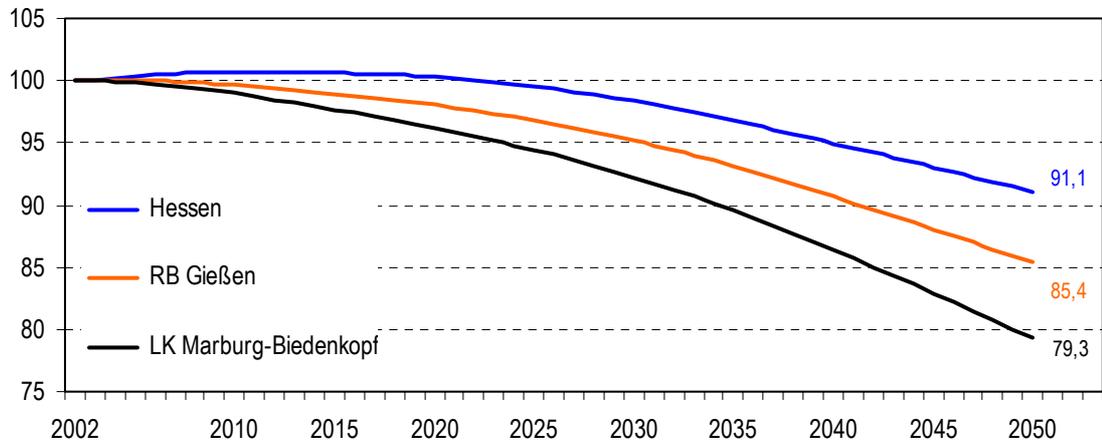
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen
1995 – 2002	1,1	0,9	1,4	-1,1	-0,8	0,8	-1,0	-1,1	-0,8	13,9	11,6	10,7
2002 - 2020	-3,8	-1,9	0,3	-22,4	-19,0	-14,6	-5,2	-2,5	-2,1	26,2	21,5	26,6
2020 - 2050	-17,5	-13,0	-9,2	-26,7	-21,6	-17,4	-29,4	-23,6	-19,1	24,7	24,5	25,0
2002 - 2050	-20,7	-14,6	-8,9	-43,1	-36,5	-29,5	-33,1	-25,6	-20,8	57,3	51,3	58,3

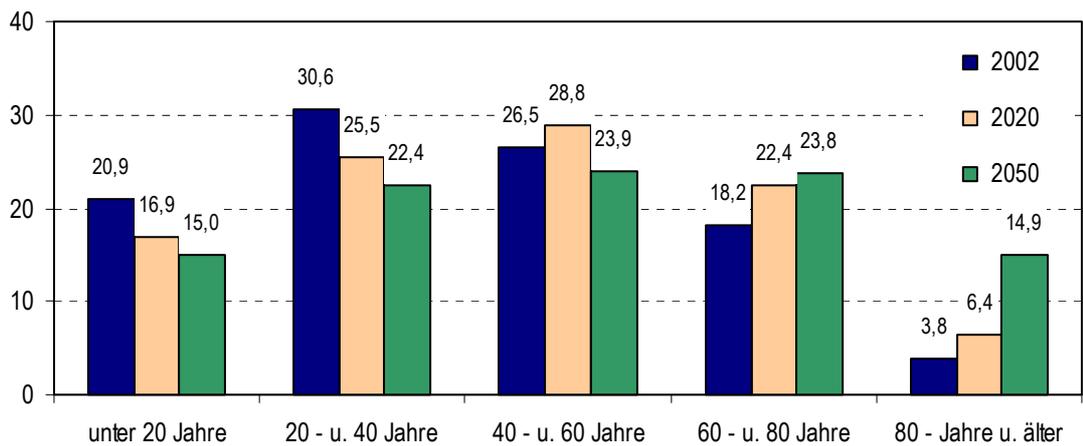
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen
1995	21,4	21,9	20,5	35,6	32,3	31,4	23,9	24,9	27,0	15,5	16,9	17,0	3,6	3,9	4,1
2002	20,9	21,5	20,4	30,6	28,2	28,2	26,5	26,8	27,6	18,2	19,4	19,7	3,8	4,0	4,2
2010	19,1	19,7	19,1	25,3	24,3	24,3	32,0	31,4	31,3	18,9	19,7	20,5	4,7	4,9	4,9
2020	16,9	17,8	17,3	25,5	24,7	24,4	28,8	28,6	29,3	22,4	22,4	22,4	6,4	6,5	6,5
2030	16,3	17,4	16,9	24,0	23,0	23,1	22,9	24,4	25,4	29,8	28,4	27,3	6,9	6,9	7,3
2040	15,8	16,7	16,4	22,0	21,4	21,8	24,6	25,8	26,3	27,5	26,6	26,3	10,2	9,5	9,2
2050	15,0	16,0	15,8	22,4	21,7	21,9	23,9	24,7	25,6	23,8	24,3	24,0	14,9	13,3	12,7

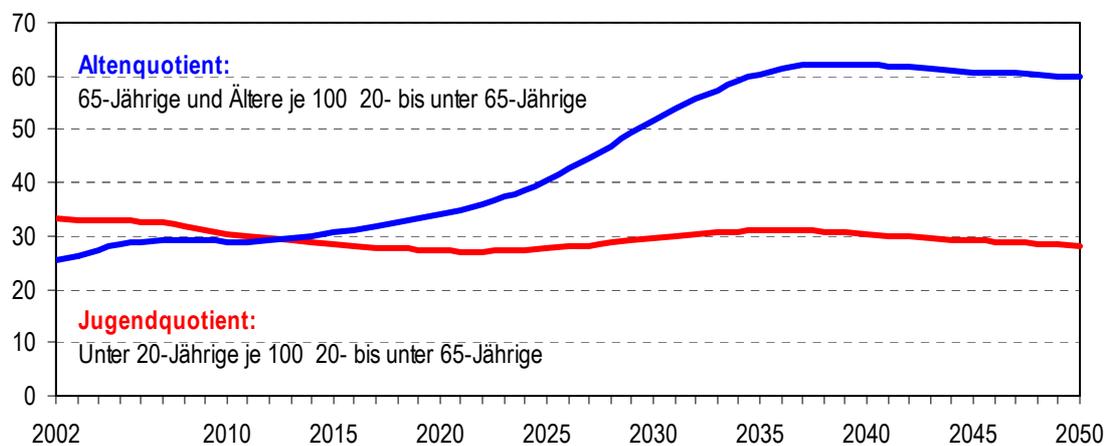
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Vogelsbergkreis

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	118,6	22,1	60,1	17,8	36,8	29,7	66,5
2002	117,9	21,2	58,7	20,1	36,1	34,2	70,3
2010	115,2	18,9	59,9	21,2	31,6	35,3	66,9
2020	110,4	17,0	58,7	24,3	29,0	41,4	70,4
2030	103,9	16,3	53,0	30,7	30,7	57,8	88,5
2040	96,0	15,2	50,0	34,8	30,5	69,6	100,1
2050	87,1	14,6	49,3	36,2	29,6	73,4	102,9

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	-0,6	7,3	9,3	-2,0	1,4
2002 - 2020	-7,6	15,6	26,1	-10,5	2,9
2020 - 2050	-23,2	18,9	46,2	-27,3	4,1
2002 - 2050	-30,8	34,5	72,3	-37,8	7,0

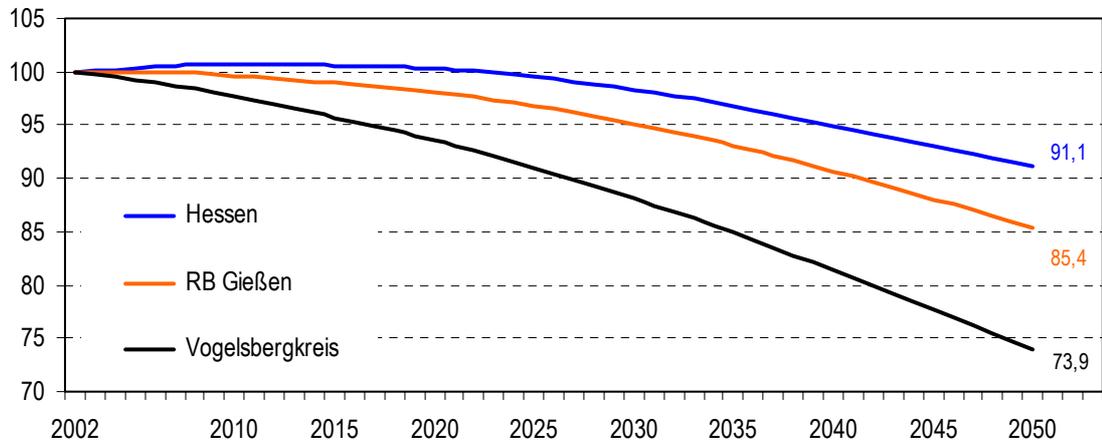
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen
1995 – 2002	-0,5	0,9	1,4	-4,6	-0,8	0,8	-2,8	-1,1	-0,8	12,1	11,6	10,7
2002 - 2020	-6,4	-1,9	0,3	-24,9	-19,0	-14,6	-6,5	-2,5	-2,1	13,2	21,5	26,6
2020 - 2050	-21,0	-13,0	-9,2	-32,4	-21,6	-17,4	-33,7	-23,6	-19,1	17,5	24,5	25,0
2002 - 2050	-26,1	-14,6	-8,9	-49,2	-36,5	-29,5	-38,0	-25,6	-20,8	33,0	51,3	58,3

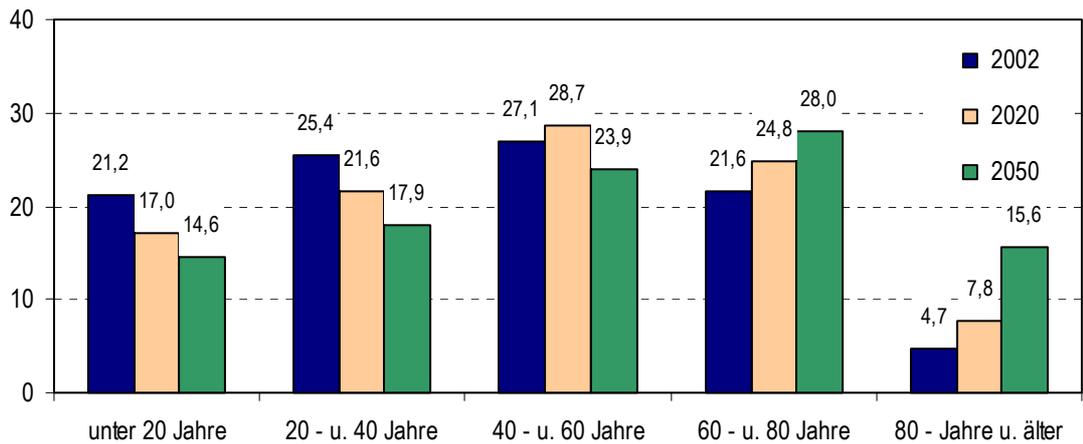
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen	Kreis	RB GI	Hessen
1995	22,1	21,9	20,5	29,4	32,3	31,4	24,8	24,9	27,0	19,2	16,9	17,0	4,6	3,9	4,1
2002	21,2	21,5	20,4	25,4	28,2	28,2	27,1	26,8	27,6	21,6	19,4	19,7	4,7	4,0	4,2
2010	18,9	19,7	19,1	22,4	24,3	24,3	31,5	31,4	31,3	21,3	19,7	20,5	5,9	4,9	4,9
2020	17,0	17,8	17,3	21,6	24,7	24,4	28,7	28,6	29,3	24,8	22,4	22,4	7,8	6,5	6,5
2030	16,3	17,4	16,9	19,4	23,0	23,1	25,3	24,4	25,4	31,1	28,4	27,3	7,9	6,9	7,3
2040	15,2	16,7	16,4	18,1	21,4	21,8	25,4	25,8	26,3	29,6	26,6	26,3	11,7	9,5	9,2
2050	14,6	16,0	15,8	17,9	21,7	21,9	23,9	24,7	25,6	28,0	24,3	24,0	15,6	13,3	12,7

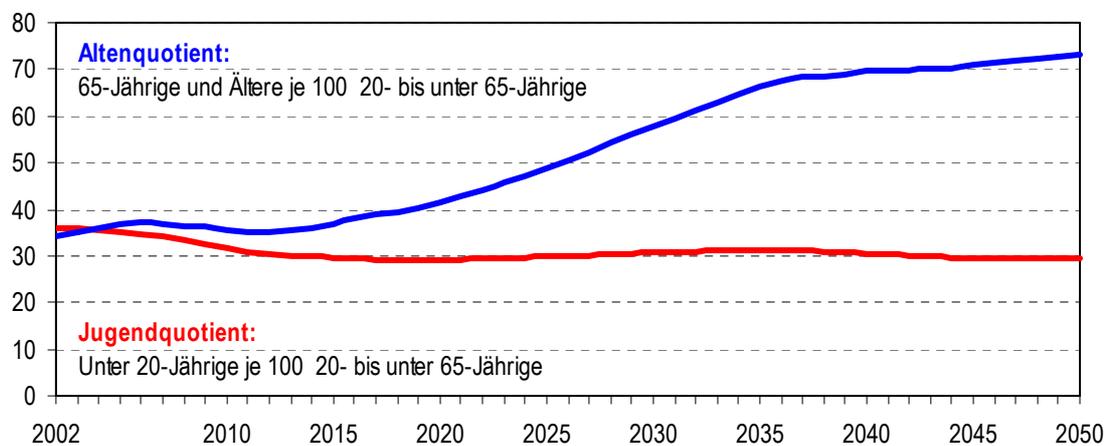
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Stadt Kassel

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	201,6	18,4	62,7	18,9	29,3	30,2	59,5
2002	194,1	18,5	62,3	19,2	29,6	30,8	60,4
2010	184,4	17,8	61,8	20,5	28,7	33,1	61,8
2020	173,3	16,8	61,2	22,0	27,4	35,9	63,3
2030	162,5	16,8	56,5	26,7	29,7	47,1	76,9
2040	149,9	16,1	55,7	28,2	28,9	50,5	79,4
2050	137,6	15,5	57,0	27,5	27,2	48,3	75,5

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	-7,4	13,1	15,8	-2,7	-4,7
2002 - 2020	-20,8	29,8	42,8	-13,0	-7,9
2020 - 2050	-35,8	39,3	64,2	-24,9	-10,8
2002 - 2050	-56,6	69,1	107,0	-37,9	-18,7

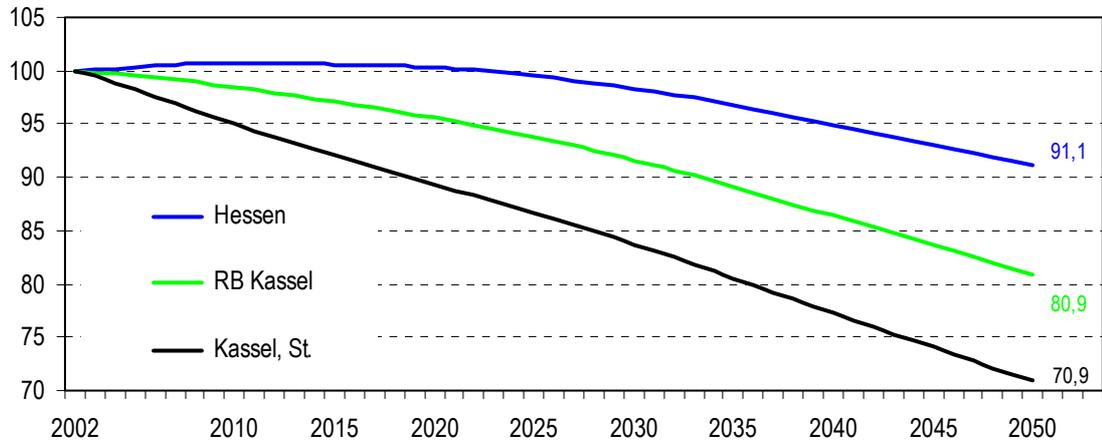
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen
1995 – 2002	-3,7	-0,4	1,4	-3,4	-1,7	0,8	-4,2	-2,6	-0,8	-2,2	8,6	10,7
2002 - 2020	-10,7	-4,4	0,3	-18,8	-19,5	-14,6	-12,3	-6,1	-2,1	2,1	17,9	26,6
2020 - 2050	-20,6	-15,4	-9,2	-26,8	-22,7	-17,4	-26,1	-25,0	-19,1	-0,6	14,0	25,0
2002 - 2050	-29,1	-19,1	-8,9	-40,5	-37,8	-29,5	-35,2	-29,6	-20,8	1,5	34,4	58,3

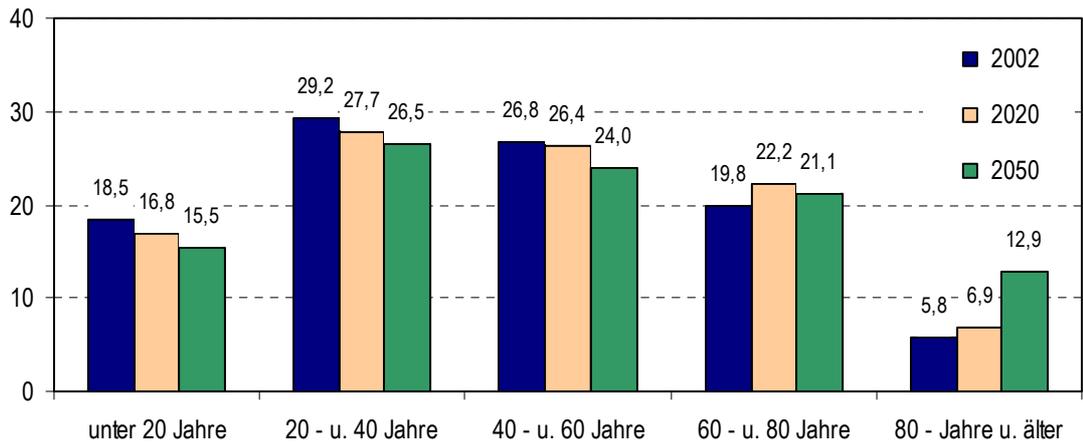
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen
1995	18,4	21,4	20,5	32,3	30,0	31,4	25,4	25,8	27,0	18,3	18,2	17,0	5,6	4,5	4,1
2002	18,5	21,1	20,4	29,2	26,3	28,2	26,8	26,8	27,6	19,8	21,0	19,7	5,8	4,7	4,2
2010	17,8	19,5	19,1	26,2	22,7	24,3	29,9	30,7	31,3	20,2	21,4	20,5	5,9	5,7	4,9
2020	16,8	17,8	17,3	27,7	23,2	24,4	26,4	28,1	29,3	22,2	23,6	22,4	6,9	7,3	6,5
2030	16,8	17,6	16,9	26,4	21,8	23,1	22,7	24,1	25,4	26,5	28,7	27,3	7,6	7,8	7,3
2040	16,1	16,9	16,4	25,5	20,4	21,8	25,2	25,4	26,3	23,4	27,0	26,3	9,7	10,2	9,2
2050	15,5	16,3	15,8	26,5	20,7	21,9	24,0	24,5	25,6	21,1	24,6	24,0	12,9	13,9	12,7

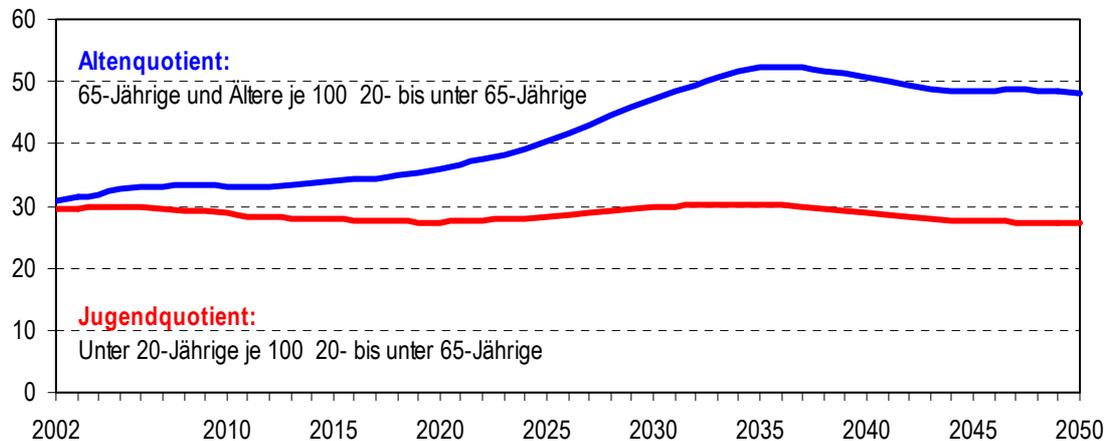
**Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)**



**Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)**



**Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050**



## Landkreis Fulda

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	212,1	23,5	60,5	16,1	38,8	26,6	65,4
2002	219,0	23,3	59,1	17,6	39,5	29,8	69,3
2010	224,9	21,6	59,2	19,1	36,5	32,3	68,8
2020	229,8	19,6	59,6	20,8	32,9	34,8	67,7
2030	231,3	19,4	55,2	25,4	35,2	46,0	81,3
2040	229,3	18,7	52,9	28,5	35,3	53,8	89,1
2050	225,4	17,9	53,2	28,9	33,6	54,4	88,0

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	7,0	16,5	14,5	2,0	5,0
2002 - 2020	10,7	37,8	40,0	-2,3	13,0
2020 - 2050	-4,4	59,0	81,2	-22,3	17,9
2002 - 2050	6,4	96,7	121,3	-24,6	30,9

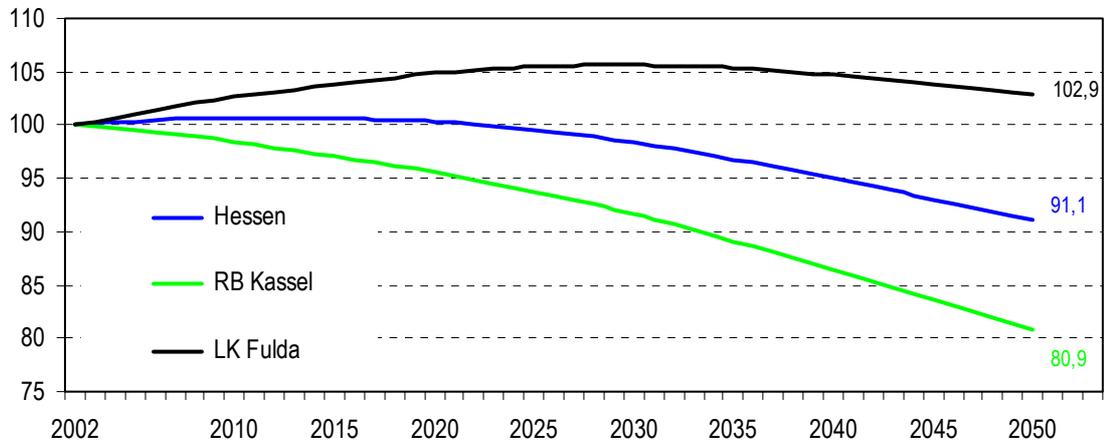
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen
1995 – 2002	3,3	-0,4	1,4	2,7	-1,7	0,8	0,9	-2,6	-0,8	13,0	8,6	10,7
2002 - 2020	4,9	-4,4	0,3	-11,8	-19,5	-14,6	5,9	-6,1	-2,1	23,8	17,9	26,6
2020 - 2050	-1,9	-15,4	-9,2	-10,7	-22,7	-17,4	-12,5	-25,0	-19,1	36,7	14,0	25,0
2002 - 2050	2,9	-19,1	-8,9	-21,2	-37,8	-29,5	-7,3	-29,6	-20,8	69,2	34,4	58,3

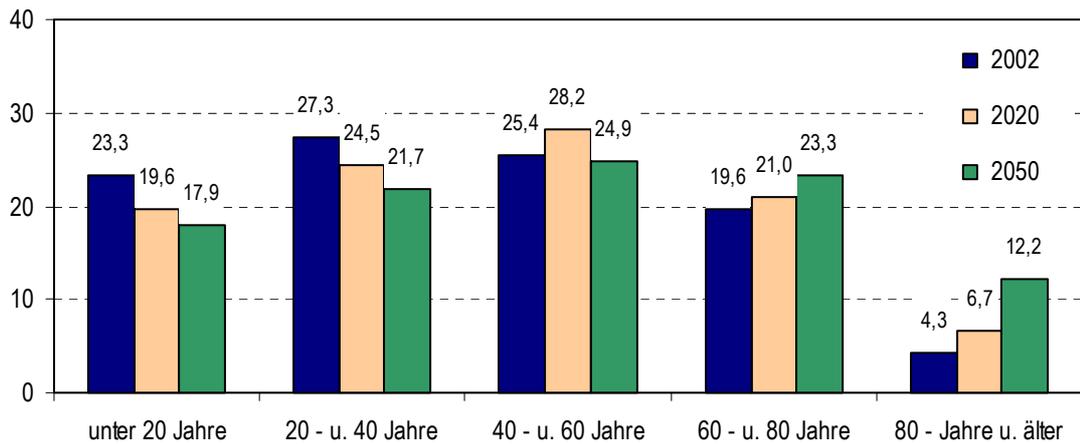
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen
1995	23,5	21,4	20,5	31,1	30,0	31,4	24,3	25,8	27,0	17,1	18,2	17,0	4,1	4,5	4,1
2002	23,3	21,1	20,4	27,3	26,3	28,2	25,4	26,8	27,6	19,6	21,0	19,7	4,3	4,7	4,2
2010	21,6	19,5	19,1	23,8	22,7	24,3	30,2	30,7	31,3	19,2	21,4	20,5	5,2	5,7	4,9
2020	19,6	17,8	17,3	24,5	23,2	24,4	28,2	28,1	29,3	21,0	23,6	22,4	6,7	7,3	6,5
2030	19,4	17,6	16,9	22,9	21,8	23,1	24,5	24,1	25,4	26,4	28,7	27,3	6,7	7,8	7,3
2040	18,7	16,9	16,4	21,4	20,4	21,8	25,7	25,4	26,3	25,3	27,0	26,3	8,9	10,2	9,2
2050	17,9	16,3	15,8	21,7	20,7	21,9	24,9	24,5	25,6	23,3	24,6	24,0	12,2	13,9	12,7

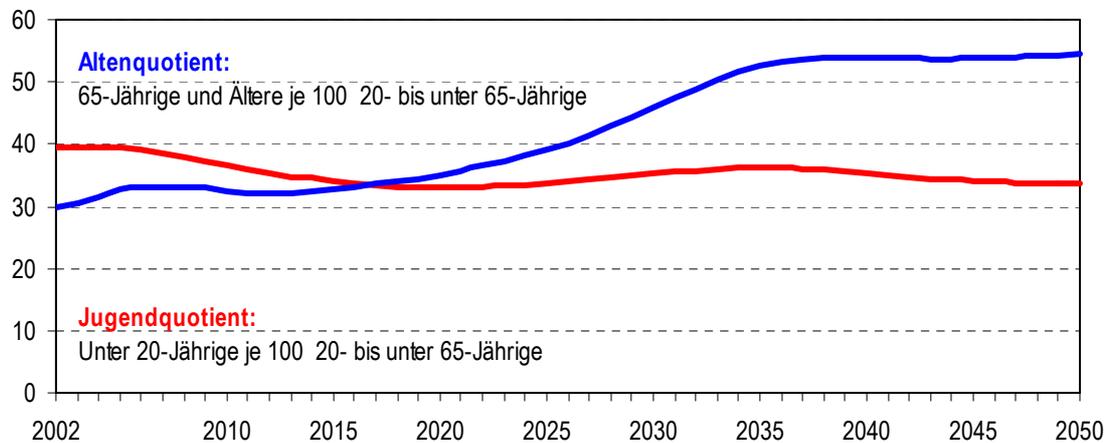
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Landkreis Hersfeld-Rotenburg

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	133,2	21,3	59,8	18,9	35,6	31,6	67,2
2002	129,2	20,7	58,6	20,7	35,3	35,3	70,6
2010	122,7	18,6	58,6	22,8	31,8	38,8	70,6
2020	113,6	16,7	57,5	25,8	29,0	44,9	73,9
2030	103,7	16,2	52,4	31,3	30,9	59,8	90,7
2040	92,5	15,3	49,1	35,6	31,2	72,6	103,8
2050	81,1	14,5	48,9	36,6	29,7	74,9	104,7

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	-4,0	8,2	10,7	-2,5	-1,5
2002 - 2020	-15,5	16,7	30,3	-13,6	-1,9
2020 - 2050	-32,5	19,3	49,1	-29,8	-2,7
2002 - 2050	-48,0	36,0	79,4	-43,5	-4,6

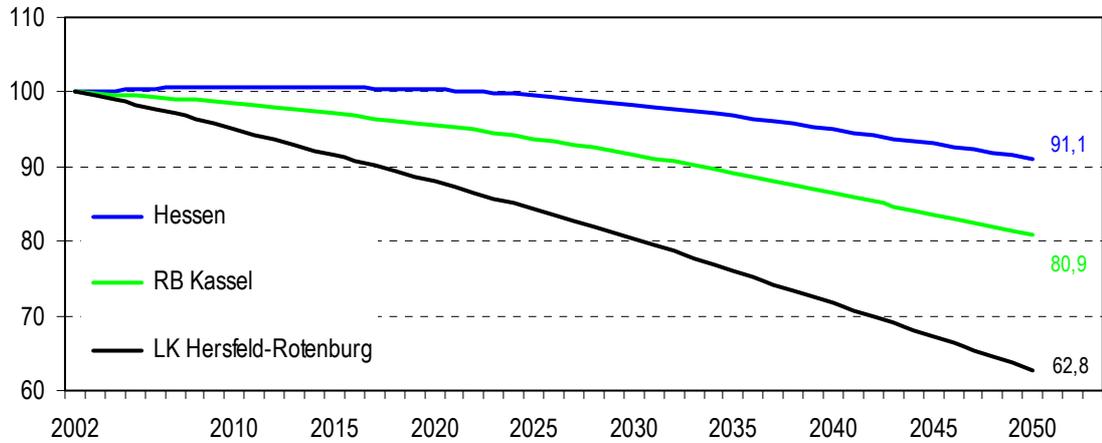
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen
1995 – 2002	-3,0	-0,4	1,4	-5,8	-1,7	0,8	-4,9	-2,6	-0,8	6,2	8,6	10,7
2002 - 2020	-12,0	-4,4	0,3	-29,2	-19,5	-14,6	-13,7	-6,1	-2,1	9,9	17,9	26,6
2020 - 2050	-28,6	-15,4	-9,2	-37,8	-22,7	-17,4	-39,3	-25,0	-19,1	1,2	14,0	25,0
2002 - 2050	-37,2	-19,1	-8,9	-56,0	-37,8	-29,5	-47,6	-29,6	-20,8	11,2	34,4	58,3

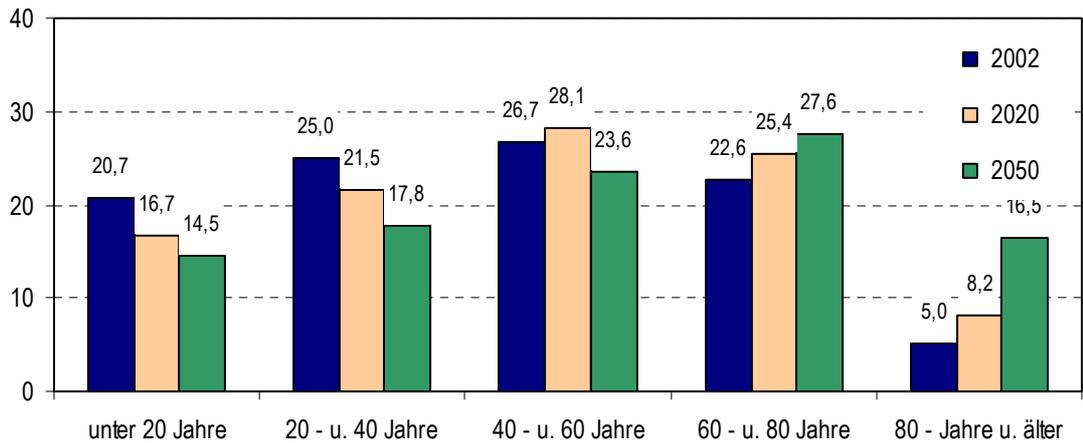
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen
1995	21,3	21,4	20,5	28,4	30,0	31,4	25,8	25,8	27,0	19,6	18,2	17,0	4,9	4,5	4,1
2002	20,7	21,1	20,4	25,0	26,3	28,2	26,7	26,8	27,6	22,6	21,0	19,7	5,0	4,7	4,2
2010	18,6	19,5	19,1	21,7	22,7	24,3	30,7	30,7	31,3	22,7	21,4	20,5	6,4	5,7	4,9
2020	16,7	17,8	17,3	21,5	23,2	24,4	28,1	28,1	29,3	25,4	23,6	22,4	8,2	7,3	6,5
2030	16,2	17,6	16,9	19,5	21,8	23,1	24,2	24,1	25,4	31,3	28,7	27,3	8,8	7,8	7,3
2040	15,3	16,9	16,4	17,9	20,4	21,8	25,1	25,4	26,3	29,7	27,0	26,3	12,0	10,2	9,2
2050	14,5	16,3	15,8	17,8	20,7	21,9	23,6	24,5	25,6	27,6	24,6	24,0	16,5	13,9	12,7

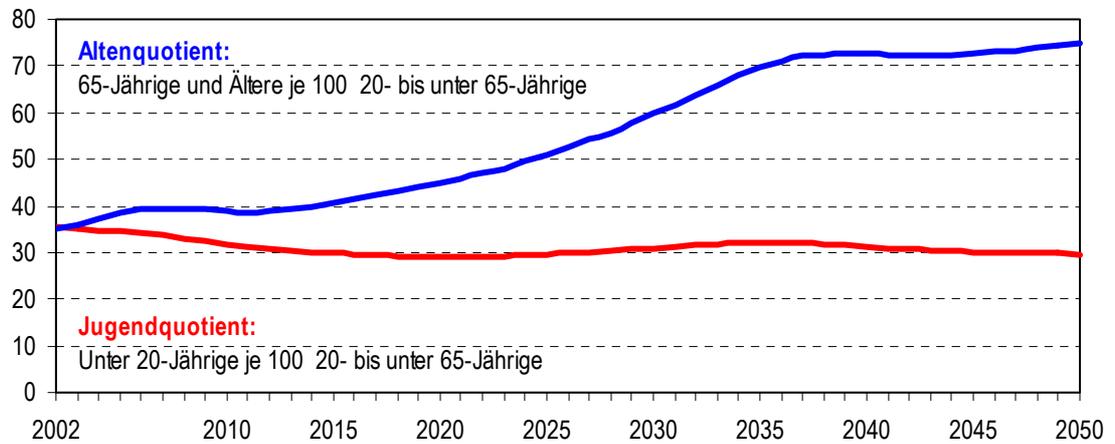
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Landkreis Kassel

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	242,2	21,0	62,8	16,2	33,4	25,8	59,3
2002	245,8	20,8	60,8	18,4	34,2	30,2	64,4
2010	247,0	19,2	59,1	21,7	32,4	36,6	69,1
2020	243,9	17,2	58,0	24,7	29,7	42,6	72,3
2030	235,8	16,9	53,9	29,2	31,3	54,1	85,4
2040	224,6	16,5	51,2	32,3	32,2	63,0	95,1
2050	213,0	15,9	51,8	32,3	30,7	62,3	93,0

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	3,7	15,2	18,2	-3,0	6,7
2002 - 2020	-1,9	32,0	50,3	-18,3	16,4
2020 - 2050	-31,0	45,9	99,6	-53,7	22,7
2002 - 2050	-32,9	77,9	149,9	-72,0	39,1

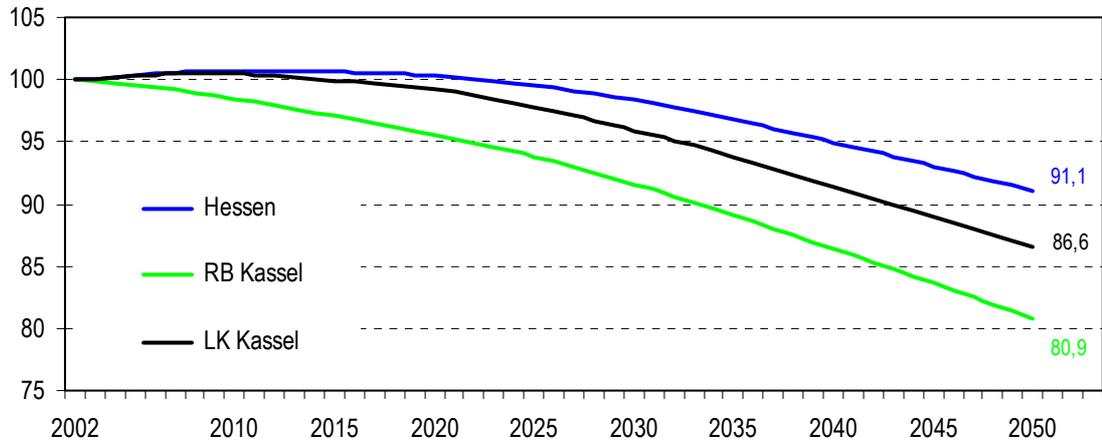
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen
1995 – 2002	1,5	-0,4	1,4	0,5	-1,7	0,8	-1,7	-2,6	-0,8	15,1	8,6	10,7
2002 - 2020	-0,8	-4,4	0,3	-17,7	-19,5	-14,6	-5,3	-6,1	-2,1	33,4	17,9	26,6
2020 - 2050	-12,7	-15,4	-9,2	-19,6	-22,7	-17,4	-22,1	-25,0	-19,1	14,1	14,0	25,0
2002 - 2050	-13,4	-19,1	-8,9	-33,8	-37,8	-29,5	-26,2	-29,6	-20,8	52,2	34,4	58,3

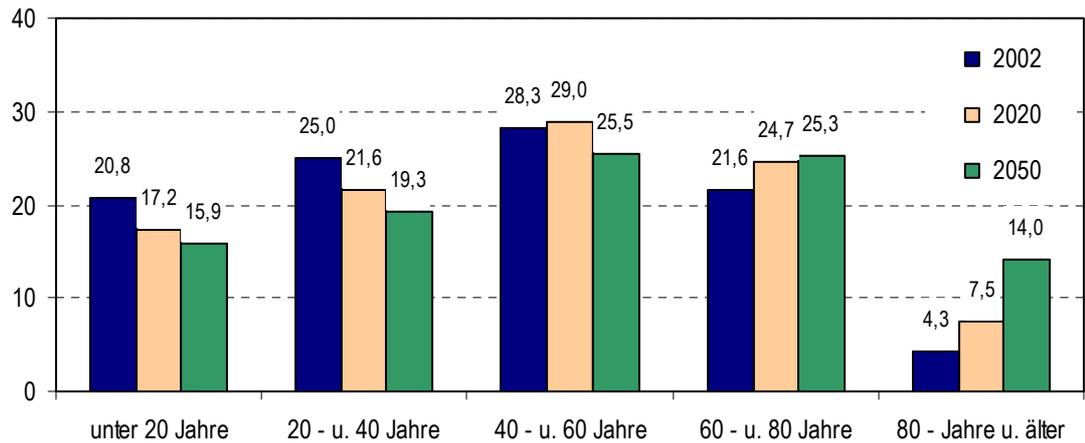
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen
1995	21,0	21,4	20,5	29,1	30,0	31,4	28,2	25,8	27,0	17,7	18,2	17,0	4,0	4,5	4,1
2002	20,8	21,1	20,4	25,0	26,3	28,2	28,3	26,8	27,6	21,6	21,0	19,7	4,3	4,7	4,2
2010	19,2	19,5	19,1	21,2	22,7	24,3	31,4	30,7	31,3	22,9	21,4	20,5	5,4	5,7	4,9
2020	17,2	17,8	17,3	21,6	23,2	24,4	29,0	28,1	29,3	24,7	23,6	22,4	7,5	7,3	6,5
2030	16,9	17,6	16,9	20,6	21,8	23,1	24,8	24,1	25,4	29,3	28,7	27,3	8,4	7,8	7,3
2040	16,5	16,9	16,4	19,2	20,4	21,8	25,9	25,4	26,3	27,9	27,0	26,3	10,5	10,2	9,2
2050	15,9	16,3	15,8	19,3	20,7	21,9	25,5	24,5	25,6	25,3	24,6	24,0	14,0	13,9	12,7

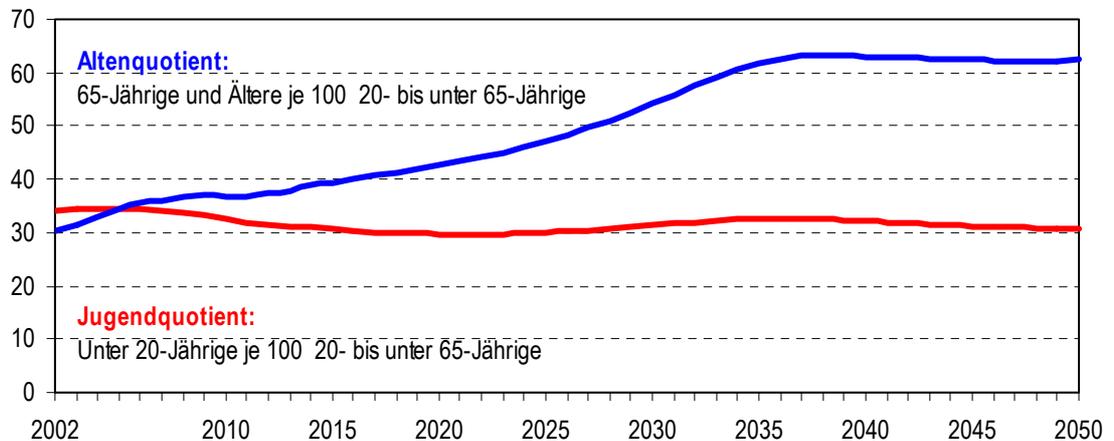
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Schwalm-Eder-Kreis

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	192,5	22,1	61,3	16,6	36,1	27,0	63,1
2002	192,9	21,6	59,9	18,5	36,1	30,9	67,0
2010	191,5	19,9	59,6	20,5	33,3	34,5	67,8
2020	187,4	18,1	58,8	23,1	30,8	39,2	70,0
2030	180,6	17,9	54,2	28,0	33,0	51,6	84,6
2040	171,5	17,2	51,6	31,1	33,4	60,3	93,7
2050	161,6	16,7	51,9	31,4	32,1	60,4	92,5

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	0,4	12,6	14,9	-2,3	2,8
2002 - 2020	-5,5	27,4	41,0	-13,6	8,1
2020 - 2050	-25,9	38,5	75,6	-37,1	11,2
2002 - 2050	-31,4	65,9	116,6	-50,7	19,3

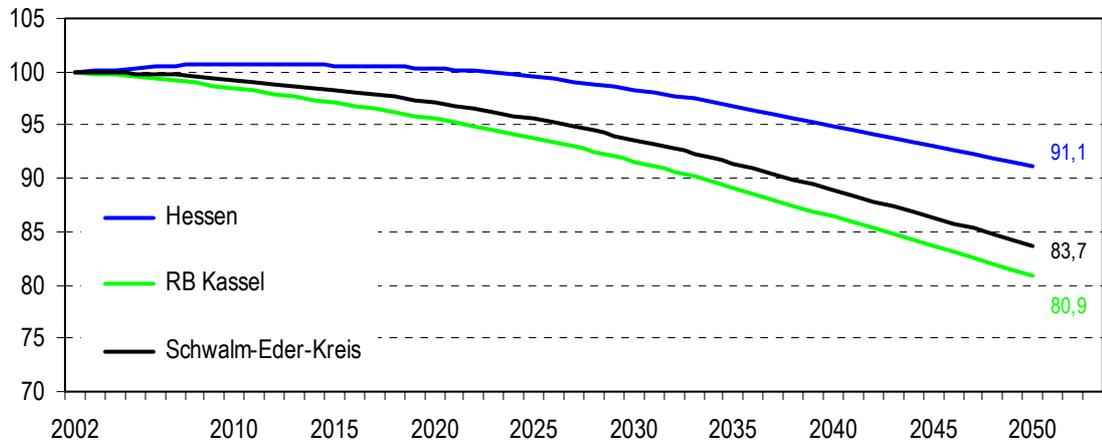
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen
1995 – 2002	0,2	-0,4	1,4	-2,1	-1,7	0,8	-2,1	-2,6	-0,8	11,9	8,6	10,7
2002 - 2020	-2,9	-4,4	0,3	-18,7	-19,5	-14,6	-4,6	-6,1	-2,1	21,3	17,9	26,6
2020 - 2050	-13,8	-15,4	-9,2	-20,6	-22,7	-17,4	-23,9	-25,0	-19,1	17,2	14,0	25,0
2002 - 2050	-16,3	-19,1	-8,9	-35,4	-37,8	-29,5	-27,4	-29,6	-20,8	42,2	34,4	58,3

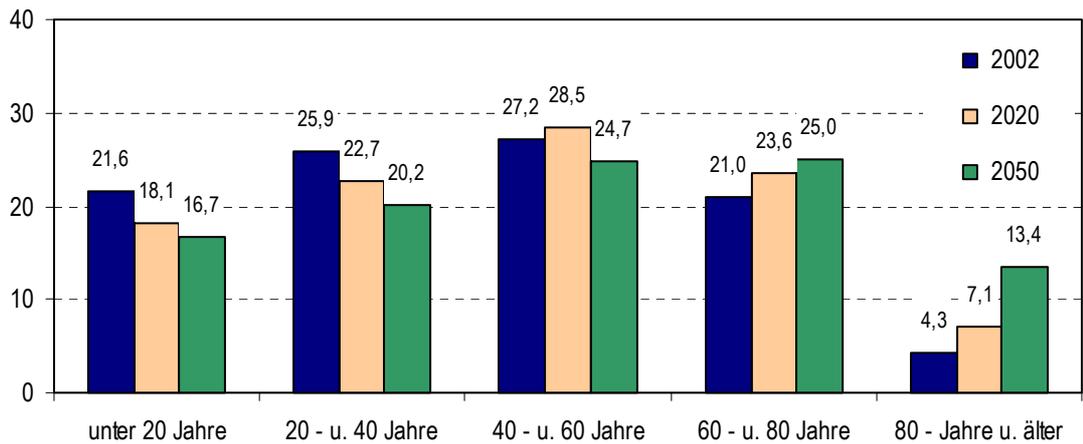
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen
1995	22,1	21,4	20,5	29,8	30,0	31,4	26,0	25,8	27,0	18,0	18,2	17,0	4,1	4,5	4,1
2002	21,6	21,1	20,4	25,9	26,3	28,2	27,2	26,8	27,6	21,0	21,0	19,7	4,3	4,7	4,2
2010	19,9	19,5	19,1	22,5	22,7	24,3	31,0	30,7	31,3	21,3	21,4	20,5	5,3	5,7	4,9
2020	18,1	17,8	17,3	22,7	23,2	24,4	28,5	28,1	29,3	23,6	23,6	22,4	7,1	7,3	6,5
2030	17,9	17,6	16,9	21,3	21,8	23,1	24,7	24,1	25,4	28,8	28,7	27,3	7,5	7,8	7,3
2040	17,2	16,9	16,4	20,0	20,4	21,8	25,7	25,4	26,3	27,2	27,0	26,3	10,0	10,2	9,2
2050	16,7	16,3	15,8	20,2	20,7	21,9	24,7	24,5	25,6	25,0	24,6	24,0	13,4	13,9	12,7

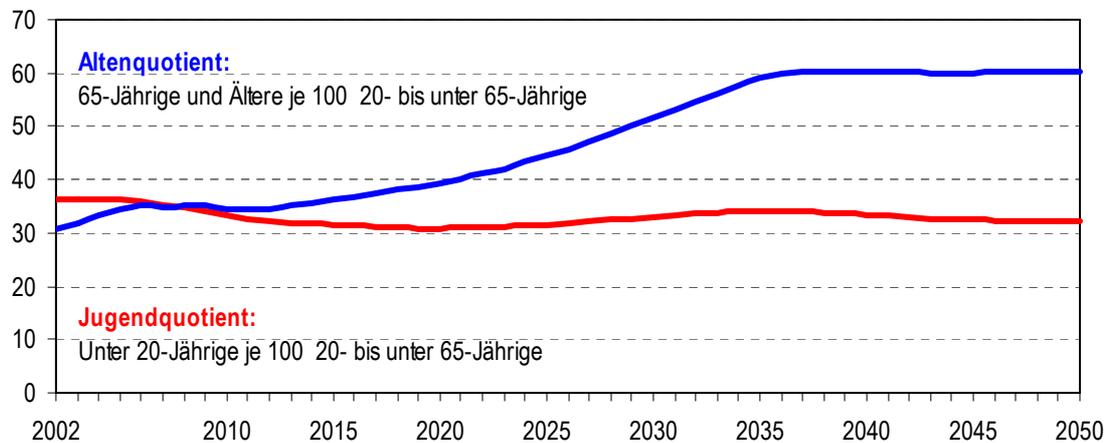
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Landkreis Waldeck-Frankenberg

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	170,2	22,7	59,9	17,5	37,8	29,2	67,1
2002	170,4	22,3	58,6	19,2	38,0	32,8	70,8
2010	169,3	20,5	58,7	20,9	34,9	35,5	70,4
2020	166,1	18,6	58,2	23,2	31,9	39,8	71,8
2030	160,8	18,3	53,3	28,4	34,3	53,2	87,5
2040	153,1	17,6	50,7	31,7	34,7	62,5	97,1
2050	144,4	16,9	51,2	31,9	33,0	62,4	95,4

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	0,2	11,6	13,4	-1,8	2,0
2002 - 2020	-4,3	25,5	36,2	-10,7	6,3
2020 - 2050	-21,6	35,8	66,2	-30,4	8,8
2002 - 2050	-26,0	61,3	102,4	-41,1	15,1

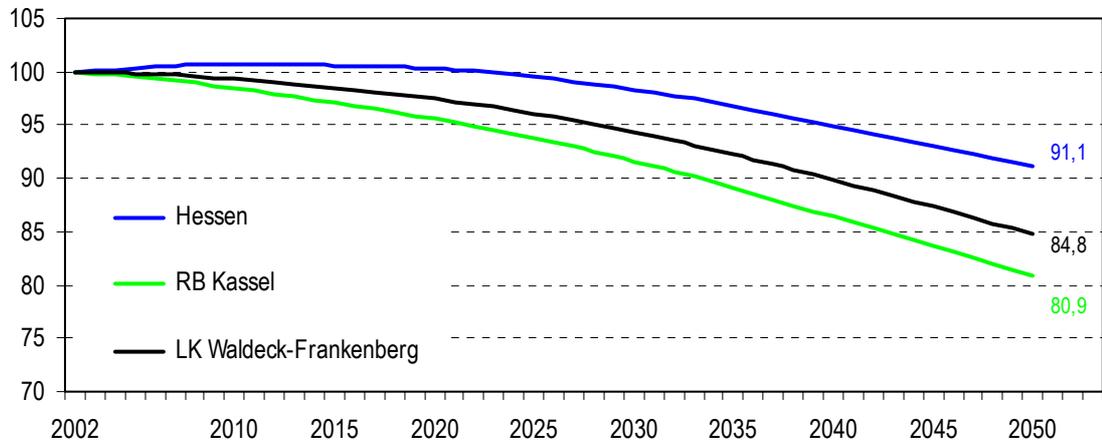
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen
1995 – 2002	0,1	-0,4	1,4	-1,6	-1,7	0,8	-2,1	-2,6	-0,8	9,8	8,6	10,7
2002 - 2020	-2,5	-4,4	0,3	-18,6	-19,5	-14,6	-3,1	-6,1	-2,1	17,8	17,9	26,6
2020 - 2050	-13,0	-15,4	-9,2	-21,0	-22,7	-17,4	-23,5	-25,0	-19,1	19,7	14,0	25,0
2002 - 2050	-15,2	-19,1	-8,9	-35,7	-37,8	-29,5	-25,9	-29,6	-20,8	41,0	34,4	58,3

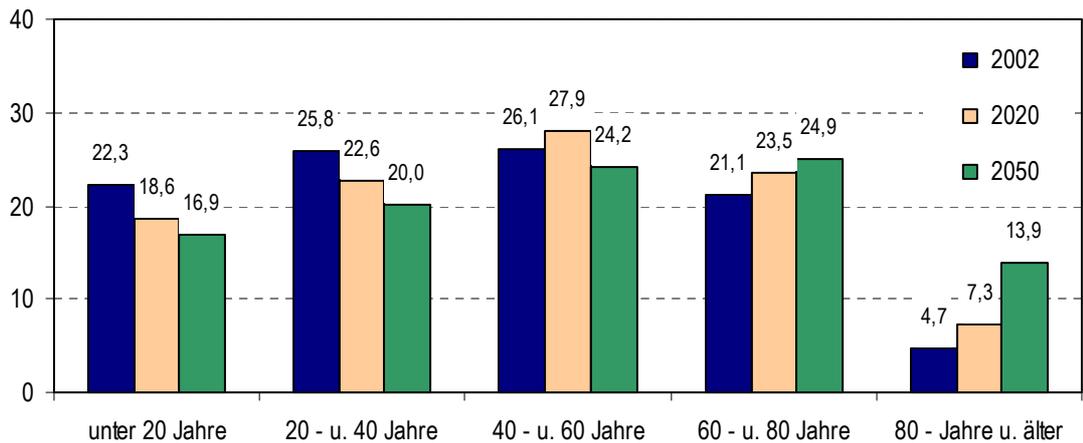
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen
1995	22,7	21,4	20,5	29,8	30,0	31,4	24,6	25,8	27,0	18,4	18,2	17,0	4,6	4,5	4,1
2002	22,3	21,1	20,4	25,8	26,3	28,2	26,1	26,8	27,6	21,1	21,0	19,7	4,7	4,7	4,2
2010	20,5	19,5	19,1	22,3	22,7	24,3	30,5	30,7	31,3	21,0	21,4	20,5	5,7	5,7	4,9
2020	18,6	17,8	17,3	22,6	23,2	24,4	27,9	28,1	29,3	23,5	23,6	22,4	7,3	7,3	6,5
2030	18,3	17,6	16,9	21,3	21,8	23,1	23,9	24,1	25,4	29,0	28,7	27,3	7,6	7,8	7,3
2040	17,6	16,9	16,4	19,8	20,4	21,8	25,0	25,4	26,3	27,3	27,0	26,3	10,3	10,2	9,2
2050	16,9	16,3	15,8	20,0	20,7	21,9	24,2	24,5	25,6	24,9	24,6	24,0	13,9	13,9	12,7

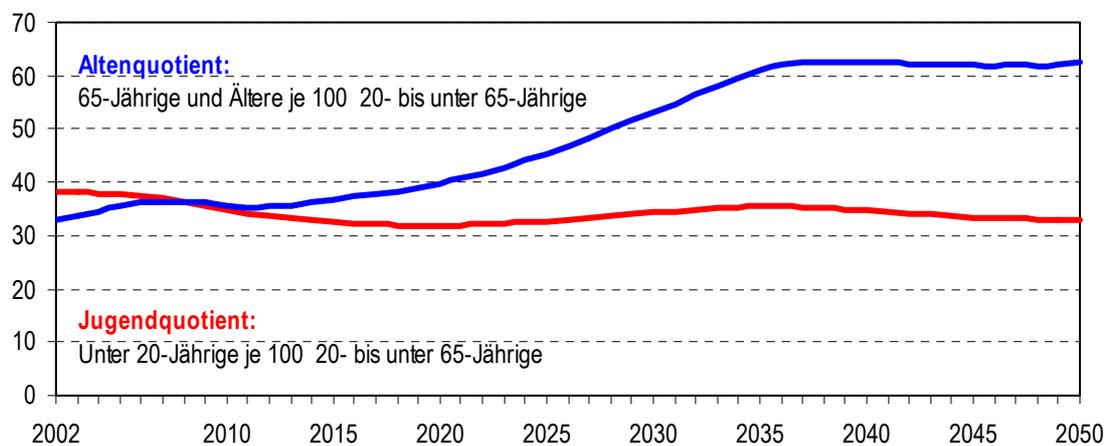
### Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)



### Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)



### Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050



## Werra-Meißner-Kreis

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	117,7	20,8	60,1	19,2	34,6	31,9	66,5
2002	112,4	20,2	58,7	21,1	34,3	36,0	70,4
2010	104,8	18,1	58,2	23,7	31,2	40,6	71,8
2020	94,2	16,0	56,9	27,2	28,1	47,8	75,8
2030	83,1	15,3	50,5	34,3	30,3	67,9	98,1
2040	70,9	14,1	46,3	39,6	30,5	85,6	116,2
2050	58,8	13,1	45,9	41,0	28,5	89,4	117,9

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

### Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungssaldo (kumuliert)
1995 - 2002	-5,3	6,8	10,5	-3,7	-1,6
2002 - 2020	-18,2	12,9	28,7	-15,8	-2,4
2020 - 2050	-35,4	12,9	44,9	-32,0	-3,4
2002 - 2050	-53,6	25,8	73,6	-47,8	-5,8

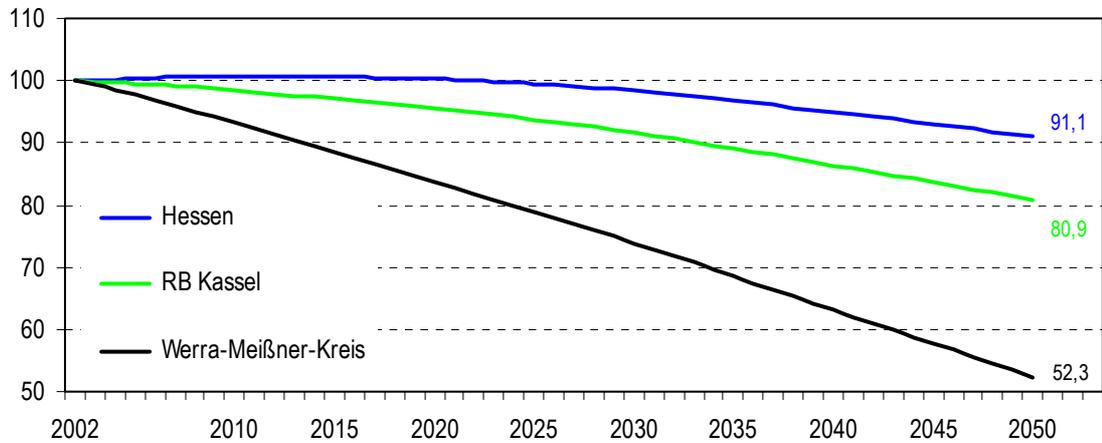
### Relative Bestandsveränderungen nach Altersgruppen im Regionalvergleich (in %)

Relative Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt			unter 20 Jahre			20 bis u. 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen
1995 – 2002	-4,5	-0,4	1,4	-7,3	-1,7	0,8	-6,7	-2,6	-0,8	5,4	8,6	10,7
2002 - 2020	-16,2	-4,4	0,3	-33,7	-19,5	-14,6	-18,8	-6,1	-2,1	7,7	17,9	26,6
2020 - 2050	-37,5	-15,4	-9,2	-48,8	-22,7	-17,4	-49,6	-25,0	-19,1	-5,7	14,0	25,0
2002 - 2050	-47,7	-19,1	-8,9	-66,0	-37,8	-29,5	-59,1	-29,6	-20,8	1,5	34,4	58,3

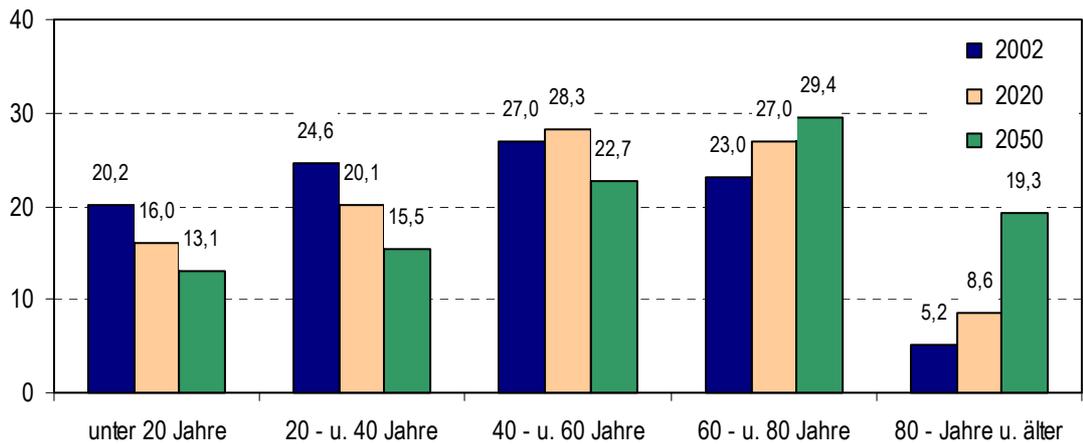
### Altersstruktur der Bevölkerung im Regionalvergleich (in %)

Jahresende	unter 20 Jahre			20 bis u. 40 Jahre			40 bis u. 60 Jahre			60 bis u. 80 Jahre			80 Jahre und älter		
	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen	Kreis	RB KS	Hessen
1995	20,8	21,4	20,5	28,6	30,0	31,4	25,7	25,8	27,0	19,9	18,2	17,0	5,0	4,5	4,1
2002	20,2	21,1	20,4	24,6	26,3	28,2	27,0	26,8	27,6	23,0	21,0	19,7	5,2	4,7	4,2
2010	18,1	19,5	19,1	20,4	22,7	24,3	31,2	30,7	31,3	23,7	21,4	20,5	6,5	5,7	4,9
2020	16,0	17,8	17,3	20,1	23,2	24,4	28,3	28,1	29,3	27,0	23,6	22,4	8,6	7,3	6,5
2030	15,3	17,6	16,9	18,2	21,8	23,1	23,1	24,1	25,4	33,9	28,7	27,3	9,5	7,8	7,3
2040	14,1	16,9	16,4	16,1	20,4	21,8	24,1	25,4	26,3	32,3	27,0	26,3	13,4	10,2	9,2
2050	13,1	16,3	15,8	15,5	20,7	21,9	22,7	24,5	25,6	29,4	24,6	24,0	19,3	13,9	12,7

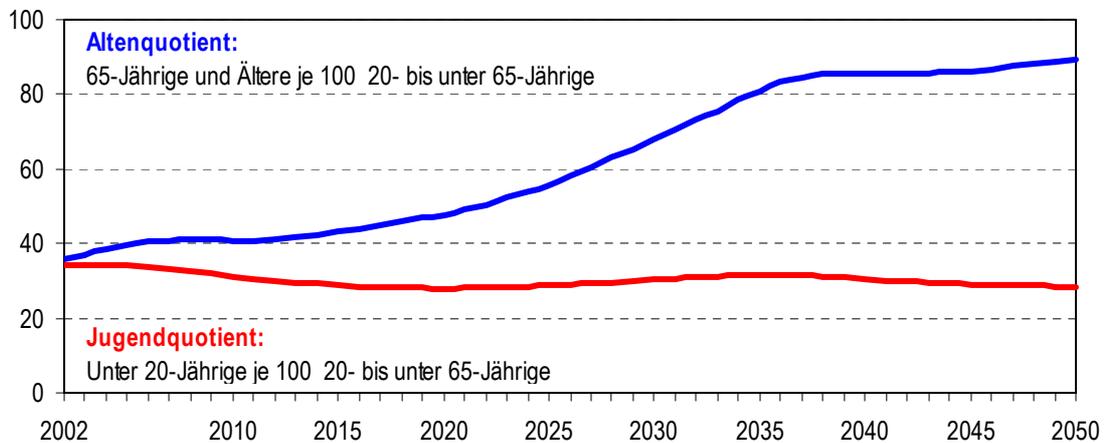
**Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2050 im Regionalvergleich (2002 = 100)**



**Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 2002, 2020 und 2050 (in %)**



**Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten von 2002 bis 2050**



## Hessen und Regierungsbezirke

### Bevölkerung insgesamt (in 1.000), nach Altersgruppen (in %) und Quotienten

#### Hessen

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	6.009,9	20,5	63,7	15,8	32,1	24,8	56,9
2002	6.091,6	20,4	62,4	17,2	32,6	27,6	60,3
2010	6.134,8	19,1	61,5	19,5	31,0	31,7	62,7
2020	6.110,6	17,3	60,9	21,8	28,5	35,7	64,2
2030	5.990,7	16,9	56,6	26,5	29,9	46,9	76,8
2040	5.784,6	16,4	54,1	29,5	30,3	54,5	84,7
2050	5.546,9	15,8	54,3	30,0	29,1	55,2	84,3

#### Regierungsbezirk Darmstadt

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	3.684,6	19,7	65,0	15,3	30,4	23,5	53,9
2002	3.761,7	19,8	63,6	16,6	31,1	26,2	57,3
2010	3.827,9	18,7	62,2	19,1	30,1	30,7	60,9
2020	3.856,8	17,1	61,6	21,3	27,7	34,7	62,4
2030	3.818,6	16,6	57,6	25,8	28,8	44,8	73,5
2040	3.726,5	16,2	55,1	28,7	29,3	52,0	81,3
2050	3.615,2	15,6	55,1	29,4	28,3	53,3	81,6

#### Regierungsbezirk Gießen

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	1.055,9	21,9	62,5	15,6	35,1	25,0	60,1
2002	1.065,9	21,5	61,2	17,3	35,2	28,2	63,4
2010	1.062,3	19,7	61,4	18,9	32,1	30,9	63,0
2020	1.045,4	17,8	60,8	21,4	29,2	35,2	64,4
2030	1.014,3	17,4	55,4	27,3	31,4	49,3	80,7
2040	966,3	16,7	53,0	30,4	31,5	57,3	88,8
2050	909,9	16,0	53,4	30,6	30,0	57,3	87,3

#### Regierungsbezirk Kassel

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %:			Jugendquotient <sup>1)</sup>	Altenquotient <sup>2)</sup>	Gesamtquotient <sup>3)</sup>
		unter 20 Jahre	20- u.65 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	1.269,4	21,4	61,2	17,4	35,0	28,4	63,4
2002	1.264,0	21,1	59,9	19,0	35,3	31,7	67,0
2010	1.244,5	19,5	59,4	21,0	32,9	35,4	68,3
2020	1.208,4	17,8	58,8	23,4	30,3	39,8	70,1
2030	1.157,8	17,6	54,1	28,3	32,4	52,3	84,8
2040	1.091,8	16,9	51,7	31,4	32,7	60,8	93,5
2050	1.021,9	16,3	52,2	31,6	31,2	60,5	91,7

<sup>1)</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>2)</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige. <sup>3)</sup> Summe von 1 und 2

**Absolute Veränderungen und Beitrag der Bevölkerungskomponenten (in 1.000)****Hessen**

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungs-saldo (kumuliert)
1995 - 2002	81,7	415,4	426,9	-11,4	93,1
2002 - 2020	19,0	917,7	1.203,1	-285,3	304,3
2020 - 2050	-563,6	1.334,2	2.317,9	-983,6	420,0
2002 - 2050	-544,7	2.251,9	3.520,9	-1.269,0	724,3

**Regierungsbezirk Darmstadt**

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungs-saldo (kumuliert)
1995 - 2002	77,1	258,6	253,2	5,4	71,7
2002 - 2020	95,1	577,8	720,6	-142,8	237,8
2020 - 2050	-241,7	863,3	1.433,2	-569,9	328,2
2002 - 2050	-146,6	1.441,2	2.153,8	-712,6	566,0

**Regierungsbezirk Gießen**

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungs-saldo (kumuliert)
1995 - 2002	10,0	72,8	75,6	-2,8	12,9
2002 - 2020	-20,5	157,9	213,2	-55,3	34,8
2020 - 2050	-135,5	220,2	403,7	-183,6	48,0
2002 - 2050	-156,0	378,1	616,9	-238,9	82,8

**Regierungsbezirk Kassel**

Absolute Veränderung (Jahresende)	Bevölkerung insgesamt	Geburten (kumuliert)	Sterbefälle (kumuliert)	Natürlicher Saldo (kumuliert)	Wanderungs-saldo (kumuliert)
1995 - 2002	-5,4	84,1	98,0	-14,0	8,5
2002 - 2020	-55,6	182,0	269,3	-87,3	31,7
2020 - 2050	-186,5	250,7	480,9	-230,2	43,7
2002 - 2050	-242,0	432,7	750,2	-317,5	75,4

## Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

<b>Abbildung</b>	<b>Seite</b>
1 Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen, 1995 = 100)	2
2 Kleinräumige Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen, Veränderung 1995 bis 2001 in %)	3
3 Entwicklung der Erwerbstätigen insgesamt (1995 = 100)	4
4 Kleinräumige Entwicklung der Erwerbstätigen insgesamt (Veränderung 1995 bis 2002 in %)	5
5 Kleinräumige Entwicklung der Bevölkerung (Veränderung zwischen 01. Januar 1995 und 31. Dezember 2002 in %)	6
6 Wanderungssalden von Jahresbeginn 1995 bis Ende 2002 nach Altersgruppen: Hessen und Regierungsbezirke	9
7 Wanderungssalden von Jahresbeginn 1995 bis Ende 2002 nach Altersgruppen: Kreisfreie Städte	9
8 Wanderungssalden von Jahresbeginn 1995 bis Ende 2002 nach Altersgruppen: Landkreise im Regierungsbezirk Darmstadt	10
9 Wanderungssalden von Jahresbeginn 1995 bis Ende 2002 nach Altersgruppen: Landkreise im Regierungsbezirk Darmstadt (Fortsetzung)	10
10 Wanderungssalden von Jahresbeginn 1995 bis Ende 2002 nach Altersgruppen: Landkreise im Regierungsbezirk Gießen	11
11 Wanderungssalden von Jahresbeginn 1995 bis Ende 2002 nach Altersgruppen: Landkreise im Regierungsbezirk Kassel	11
12 Bevölkerungsentwicklung in Hessen und seinen Regierungsbezirken bis 2050 (2002 = 100)	17
13 Kleinräumige Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum 2002 bis 2020 (Veränderung zwischen Jahresende 2002 und 2020 in %)	18
14 Kleinräumige Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum 2002 bis 2050 (Veränderung zwischen Jahresende 2002 und 2050 in %)	19
15 Kartografische Darstellung der Bevölkerungsveränderung im Zeitraum 2002 bis 2020 (Veränderung zwischen Jahresende 2002 und 2020 in %)	20
16 Kartografische Darstellung der Bevölkerungsveränderung im Zeitraum 2002 bis 2050 (Veränderung zwischen Jahresende 2002 und 2050 in %)	21
17 Unter 20-jährige Bevölkerung im Jahr 2050: Anteil im Landesdurchschnitt 15,8 % (Abweichungen vom Hessenwert in %-Punkten)	22
18 20- bis unter 60-jährige Bevölkerung im Jahr 2050: Anteil im Landesdurchschnitt 47,5 % (Abweichungen vom Hessenwert in %-Punkten)	23
19 60- jährige und ältere Bevölkerung im Jahr 2050: Anteil im Landesdurchschnitt 36,8 % (Abweichungen vom Hessenwert in %-Punkten)	24
 <b>Tabelle</b>	 <b>Seite</b>
1 Kleinräumige Bevölkerungsentwicklung in den hessischen Regionen zwischen 1995 und 2002 (alle Angaben in 1.000)	8
2 Regionale Wanderungssalden von 2003 bis 2050 (alle Angaben in 1.000)	15

**Dynamik der demographischen Alterung und Bevölke-  
rungsschrumpfung – wirtschaftliche und gesell-  
schaftliche Auswirkungen in Deutschland**

**Herwig Birg**

Copyright:

Prof.Dr. Herwig Birg  
Institut für Bevölkerungs-  
forschung und Sozialpolitik  
der Universität Bielefeld  
Postfach 100131  
D-33501 Bielefeld

Tel.: 0521/106-5161/62 oder 5160  
Fax: 0521/106-6009  
e-mail: [herwig.birg@uni-bielefeld.de](mailto:herwig.birg@uni-bielefeld.de)  
[www.ibs.uni-bielefeld.de](http://www.ibs.uni-bielefeld.de)

Bielefeld, 14. Januar 2004

## **I. Perspektiven und Vorausberechnungen der demographischen Entwicklung für Deutschland insgesamt**

In Deutschland ist seit 1972 die Zahl der jährlichen Sterbefälle größer als die der Geburten. Die in den letzten drei Jahrzehnten Nichtgeborenen fallen als potentielle Eltern aus. Deshalb folgt auf den Geburtenrückgang 25-30 Jahre später – also seit Anfang des 21. Jahrhunderts – wie ein Echo ein Rückgang der Zahl potentieller Eltern. Der Elternrückgang zieht zwangsläufig einen abermaligen Geburtenrückgang nach sich, der wiederum 25-30 Jahre später – als ab 2020-30 – eine erneute Dezimierung der Elternzahl bedeutet usf. Deutschland hat heute schon zu wenige Kinder und Jugendliche, aber ihre Zahl wird durch die Weichenstellung in Form des massiven Geburtenrückgangs in den 70er Jahren im vor uns liegenden 21. Jahrhundert nie wieder so groß sein wie jetzt.

In den letzten drei Jahrzehnten wurde das Geburtendefizit durch Einwanderungsüberschüsse kompensiert und überkompensiert. Die Bevölkerungszahl nahm deshalb nicht nur nicht ab, sondern stieg sogar leicht an, im Jahr 2001 betrug der Zuwachs z.B. noch 2 Promille und im Jahr 2002 noch 1 Promille. Die Zahl der jährlichen Zuwanderungen beträgt im langjährigen Mittel rd. 800 Tsd., die jährliche Geburtenzahl betrug in den 80er Jahren ebenfalls rd. 800 Tsd. Seit den 90er Jahren sank die Zahl der jährlichen Geburten auf 700-800 Tsd., sie liegt seitdem unter der jährlichen Zahl der Zuwanderungen (800 Tsd. – 1 Mio.). In kommenden Jahrzehnten wird die jährliche Geburtenzahl stark abnehmen, und zwar bis 2020 auf 588 Tsd. bzw. auf 438 Tsd. im Jahr 2050.

Dies bedeutet, daß in Deutschland die durch Tod ausscheidenden Generationen in immer stärkerem Maße durch Einwanderungen ersetzt werden als durch Geburten im Inland. In den kommenden Jahrzehnten gewinnt die Verschiebung von den Geburten zu den Einwanderungen als Generationenersatz eine immer größere Bedeutung. Diese bereits seit 30 Jahren praktizierte Politik der kompensatorischen Zuwanderungen aus der Dritten Welt, insbesondere aus der Türkei, läßt sich zwar fortsetzen, aber dazu wären immer höhere Einwanderungsüberschüsse erforderlich, weil das Geburtendefizit bis 2050 von z.Zt. knapp unter 100 Tsd. auf rd. 750 Tsd. steigen wird. Selbst wenn die Geburtenrate, die seit Jahrzehnten zwischen 1,3 und 1,4 Kindern pro Frau praktisch unverändert ist, z.B. bis 2030 schrittweise auf den bestandserhaltenden Wert von 2,1 anstiege, würde sich die Bevölkerungsschrumpfung weit über 2030 hinaus fortsetzen, und zwar bis 2060 (bei einem Einwanderungsüberschuß von jährlich 150 Tsd.) bzw. bis 2080 (ohne Kompensation durch Einwanderungen).

Die hier vorgestellten demographischen Vorausberechnungen haben nichts mit Prophezie zu tun, sie sind mathematisch überprüfbare Aussagen in Form von Wenn-Dann-Sätzen. Stimmen die Annahmen annähernd oder genau, dann treffen die Vorausberech-

nungen näherungsweise bzw. exakt ein. Die Qualität bzw. die Prognosegenauigkeit einer Bevölkerungsvorausberechnung ist stets identisch mit der Qualität bzw. Realitätsnähe der getroffenen Annahmen über die künftige Kinderzahl pro Frau, über die Zahl der Ein- und Auswanderungen und über die Zunahme der Lebenserwartung. Eine Besonderheit der demographischen Vorausberechnungen besteht darin, daß die langfristigen Aussagen u.U. eine höhere Genauigkeit haben können als die kurzfristigen. Der Unterschied zwischen kurz- und langfristigen Vorausberechnungen hat Ähnlichkeit mit dem Unterschied zwischen kurzfristigen Wetterprognosen für wenige Tage und langfristigen Aussagen z.B. über die Durchschnittstemperatur in einigen Monaten, wenn auf den Sommer der Herbst und der Winter gefolgt sein werden. Der demographische Winter ist durch den Geburtenrückgang der 70er Jahre, der jetzt einen Elternrückgang bewirkt, vorprogrammiert wie der Wechsel der Jahreszeiten durch die Bahnen der Gestirne. Vorprogrammierte Entwicklungen lassen sich, so kompliziert sie im einzelnen sind, mit modernen Rechenanlagen ziemlich genau analysieren und prognostizieren. Deshalb beträgt z.B. der Fehler bei der Bevölkerungsprognose auf der Basis des Jahres 1991 für das Jahr 2000 z.B. für Baden-Württemberg 1%, für Niedersachsen 3 Promille und für die Gesamtheit der Prognosen aller 16 Bundesländer, für die sich die Fehler teilweise kompensieren – d.h. für das Bundesgebiet insgesamt – nur 1 Promille.<sup>1</sup>

- Die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnungen der verschiedenen Forschungsinstitute und des Statistischen Bundesamtes sind in den letzten 10 Jahren immer ähnlicher bzw. immer realistischer geworden. In seiner 1994 publizierten sogenannten „8. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung“ war das Statistische Bundesamt z.B. noch von der wahrscheinlich politisch motivierten, fachlich völlig unrealistischen Annahme ausgegangen, daß sich die Lebenserwartung in Deutschland (im Gegensatz zum Rest der Welt) ab 1.1.2000 nicht mehr erhöht und konstant bleibt. In der „9. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung“ wurde diese unrealistische Annahme revidiert und ein Anstieg der Lebenserwartung bis 2035 um 4 Jahre zugrunde gelegt. In der am 7.6.2003 vorgestellten „10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung“ wurde ein Anstieg um – je nach Variante – 5 bzw. 6 bzw. 7,5 Jahre angenommen. Die Vorausberechnungen des Verfassers liegen ebenfalls in mehreren Varianten vor. Die neuen Varianten des Statistischen Bundesamtes entsprechen weitgehend den vom Verfasser publizierten.<sup>2</sup>

Die mittlere Variante der Bevölkerungsvorausberechnung des Verfassers, deren Ergebnisse im folgenden zusammen gefaßt werden, und die 1. bzw. 4. bzw. 7. Variante der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes kom-

1 H. Birg, D. Filip, E.-J. Flöthmann u. Th. Frein, Zur Eigendynamik der Bevölkerungsentwicklung der 16 Bundesländer im 21. Jahrhundert, Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Bd. 42, Bielefeld 1997, Variante 1, S. 113.

2 Z.B. H. Birg, An Approach for Forecasting Life Expectancy and its Application in Germany. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Nr. 1, 2000, S. 175-198.

men einander am nächsten. Die Berechnungen des Verfassers beruhen auf folgenden Annahmen: (1) Geburtenrate der deutschen Bevölkerung = 1,25 Lebendgeborene pro Frau, Geburtenrate der zugewanderten Bevölkerung = 1,64 Lebendgeborene pro Frau, (2) Anstieg der Lebenserwartung der Männer von 75 auf 81 bzw. der Frauen von 81 auf 87 Jahre. (3) Jährlicher Einwanderungsüberschuß = 170 Tsd., bestehend aus überwiegend jüngeren Menschen. Die auf diesen Annahmen beruhenden Ergebnisse sind:

1. Die demographische Entwicklung in Deutschland zwischen 1998 (= Basisjahr der Berechnungen) und 2050 ist geprägt durch die Gleichzeitigkeit der Bevölkerungsexplosion bei den älteren und der Bevölkerungsimplosion der jüngeren Altersgruppen: Die Zahl der 60jährigen und älteren nimmt von 1998 bis 2050 um rd. 10 Mio. zu. Die Zahl der 20 bis unter 60jährigen schrumpft gleichzeitig um rd. 16 Mio., die der unter 20jährigen geht um 8 Mio. zurück. Dies ergibt insgesamt einen Rückgang von 82 Mio. auf 68 Mio., d.h. um rd. 14 Mio.
2. Der Bevölkerungsrückgang ist in den neuen Bundesländern stärker als in den alten (15% bzw. 28%). Die Ursache für die stärkere Schrumpfung im Osten ist zum einen die niedrigere Kinderzahl pro Frau (z.Zt. 1,3-1,4 im Westen, 1,1-1,2 im Osten) und zum anderen die Ost-West-Wanderung. Die für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wichtigste Altersgruppe der 20-60jährigen nimmt in den alten Bundesländern von 1998-2050 um 40% ab, in den neuen Bundesländern um 50%.
3. Die Bevölkerungsexplosion der Älteren ist in der Altersgruppe der Hochbetagten (80 und älter) besonders ausgeprägt. Die Zahl der 80jährigen und älteren steigt von 1998 bis 2050 von rd. 3 Mio. auf 10 Mio.
4. Die zugewanderte Bevölkerung – definiert als die Zahl der Einwohner, die im Basisjahr der Berechnungen (1998) die ausländische Staatsangehörigkeit hatte – wächst infolge ihrer Geburtenüberschüsse und infolge des angenommenen Einwanderungsüberschusses (jährlich 170 Tsd.) von 1998 bis 2050 von 7,4 Mio. auf 19,0 Mio. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung steigt von 9,0% (1998) auf 27,9% (2050). Dabei ist zu beachten, daß ein großer Teil dieser Bevölkerungsgruppe die deutsche bzw. eine doppelte Staatsangehörigkeit haben wird (ab 1.1.2000 gilt das neue Staatsangehörigkeitsrecht).

## **II. Konsequenzen der Bevölkerungsschrumpfung und der demographischen Alterung auf nationaler Ebene**

Der demographische Wandel hat massive Auswirkungen auf das soziale Sicherungssystem, das Wirtschaftswachstum und die Gesellschaft.

1. Das soziale Sicherungssystem beruht größtenteils auf dem sogenannten Umlageverfahren. Dies bedeutet, daß die in einem Jahr eingezahlten Beiträge in die gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung ohne die Bildung irgendwelcher Rücklagen im gleichen Jahr an die Rentner, Kranken und Pflegebedürftigen ausgezahlt werden. Da es keinerlei Rücklagen gibt, hängt die Versorgung der heutigen Beitragszahler im Ruhestand von der Zahl und den Beitragszahlungen der künftigen Beitragszahler ab. Die Zahl der Menschen in der beitragsrelevanten Altersgruppe 20-60 schrumpft um 16 Mio., während gleichzeitig die Zahl der Menschen in der Altersgruppe über 60 um 10 Mio. wächst. Durch diese gegenläufige Entwicklung steigt die Zahl der 60jährigen und älteren im Prozent der 20-60jährigen (= Altenquotient) von 1998 bis 2050 von 38,6% auf 91,4%. Dies bedeutet, daß die Versorgungslast pro Kopf der 20-60jährigen demographisch bedingt um den Faktor 2,4 zunimmt.

Wollte man das Versorgungsniveau der Rentner bzw. das Rentenniveau von rd. 70% beibehalten, müßte der Beitragssatz zur Rentenversicherung beim umlagefinanzierten Rentensystem im gleichen Maße steigen wie der Altenquotient, sich also mehr als verdoppeln. Ähnlich gravierend sind die Auswirkungen der demographischen Alterung auf die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung. Eine dem Anstieg des Altenquotienten entsprechende Anhebung der Beitragssätze für die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung würde eine untragbare Belastung der Erwerbstätigen bedeuten und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt stark beeinträchtigen. Deshalb ist eine Reform des sozialen Sicherungssystems mit dem Ziel der Gewährleistung von nur mäßig steigenden Beitragssätzen durch eine Ergänzung des Umlageverfahrens in Form von privaten Zusatzversicherungen sowohl in der Renten als auch in der Kranken- und Pflegeversicherung unumgänglich.

2. Das Wirtschaftswachstum und die Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens werden durch die zurückgehende Zahl Produzenten und der Konsumenten gedämpft. Der demographisch bedingte Rückgang der volkswirtschaftlichen Konsumausgaben wird verstärkt durch den steigenden Anteil am verfügbaren Einkommen, der nicht für Konsumausgaben verwendet werden kann, weil er für den Aufbau privat finanzierter Versorgungsansprüche zusätzlich zur gesetzlichen Alters-, Kranken- und Pflegeversicherung benötigt wird.

Als Konsequenz dieser Entwicklung haben die volkswirtschaftlichen Forschungsinstitute ihre Prognosen für die langfristigen Wachstumsraten des Volkseinkommens nach unten revidiert. Heute wird eine langfristige jahresdurchschnittliche Wachstumsrate von 1,5% als eine wahrscheinliche Annahme beurteilt. Aus der Dämpfung des Wachstums des Volkseinkommens bzw. des Pro-Kopf-Einkommens entsteht ein Dilemma, denn eigentlich wären immer höhere steuerfinanzierte Zuschüsse zum sozialen Sicherungssystem

stem erforderlich. Da aber die Steuereinnahmen durch das schwächere Wirtschaftswachstum unter Druck geraten, verhindert die demographische Entwicklung gleichzeitig die Lösung der Probleme, die durch sie entstehen.

Das Pro-Kopf-Einkommen wird wahrscheinlich auch in Zukunft durch die steigende Produktivität der Wirtschaft zunehmen. Selbst bei einer Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens von 1,5% pro Jahr würde sich das Pro-Kopf-Einkommen bis 2050 verdoppeln. Daraus wird häufig der Schluß gezogen, daß sich der demographisch bedingte Anstieg der Belastungen für die soziale Sicherung aus dem dann wesentlich höheren Pro-Kopf-Einkommen relativ problemlos finanzieren läßt. Dieser Schluß ist falsch, denn wenn das bisher geltende Prinzip auch in Zukunft gilt, daß z.B. die Höhe der Renten mit einem bestimmten Prozentsatz an die Höhe der Einkommen gekoppelt bleibt, dann zieht eine Verdoppelung der Pro-Kopf-Einkommen eine Verdoppelung der Renten nach sich. Dies bedeutet, daß die steigenden demographisch bedingten Belastungen unabhängig von den Produktivitäts- bzw. Einkommenszuwächsen eintreten, also auch dann, wenn das Pro-Kopf-Einkommen sich vervielfacht.

3. Die stärkste Herausforderung der demographischen Entwicklung entsteht auf sozialem Gebiet, indem sich die Interessengegensätze zwischen den Bevölkerungsgruppen verschärfen:

- a) Der Interessengegensatz zwischen den älteren und den im Erwerbsleben stehenden jüngeren Generationen – der unter dem Begriff der Generationengerechtigkeit thematisiert wird – nimmt im gleichen Maße an Schärfe zu, wie das Verhältnis aus der Zahl der Versorgungsempfänger und der die Versorgungsleistungen erbringenden jüngeren Generationen steigt.
- b) Die entscheidende Ursache der Krise der sozialen Sicherungssysteme ist die niedrige Geburtenrate, die wiederum darauf beruht, daß die lebenslange Kinderlosigkeit zunimmt, während die Menschen, die sich überhaupt für ein Kind entscheiden, häufiger zwei Kinder haben als eines, so daß die durchschnittliche Kinderzahl der Bevölkerungsgruppe mit Kindern zwei beträgt und seit Jahrzehnten relativ konstant ist. Als Folge dieser Entwicklung entsteht eine Polarisierung der Gesellschaft in zwei Bevölkerungsgruppen ohne bzw. mit Kindern mit tiefgreifenden Entsolidarisierungseffekten. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 3.4.2001 zur Pflegeversicherung den Begriff des „generativen Beitrags“ in der Form der Erziehung von Kindern als die entscheidende Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit aller umlagefinanzierten Zweige des sozialen Sicherungssystems herausgestellt und die Pflegeversicherung in bezug auf die Leistungsgerechtigkeit als verfassungswidrig beurteilt, weil sie trotz un-

gleicher „generativer“ Leistungen bei den kinderlosen Menschen gleiche Versorgungsansprüche garantiert. Der Tatbestand gleicher Versorgungsansprüche trotz ungleicher generativer Leistungen trifft auf alle umlagefinanzierten Zweige des sozialen Sicherungssystems zu. Deshalb muß nach dem Urteil vom 3.4.2001 auch die Renten- und Krankenversicherung überprüft bzw. reformiert werden, und zwar spätestens bis 31.12.2004.

- c) Wachsende Interessengegensätze entwickeln sich auch zwischen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und der antochthonen Bevölkerung. Das entsprechende Konfliktpotential beruht vor allem auf den beruflichen Qualifikationsdefiziten und den bildungsbedingten und kulturspezifischen Integrationsbarrieren. Aus den beruflichen Qualifikationsdefiziten ergeben sich lebenslange Unterschiede in bezug auf die Einkommens- und Vermögensposition. Selbst die in Deutschland geborenen Kinder der Zugewanderten verlassen das Schulsystem zu 60% ohne bzw. nur mit einem Hauptschulabschluß. Das Integrationsproblem ist also langfristiger Natur.
- d) Langfristige Auswirkungen hat der demographische Wandel auch auf das Verhältnis zwischen den alten und neuen Bundesländern. Die demographisch bedingt wachsende Knappheit an jüngeren, gut ausgebildeten Erwerbspersonen führt zu Ost-Wanderungen, die ebenso wie die seit dem Zweiten Weltkrieg beobachteten Nord-Süd-Wanderungen mit einem innerdeutschen „brain-drain“ verbunden sind. Dadurch verstärkt sich der Vorsprung der südlichen bzw. der westlichen Bundesländer im Hinblick auf das Entwicklungspotential in der Zukunft.

### **III. Auswirkungen des demographischen Wandels auf räumlicher Ebene, insbesondere auf die Gemeinden**

Alle Bundesländer, Regionen und Gemeinden waren vom Rückgang der Geburtenraten seit Anfang der 70er Jahre betroffen, doch gibt es nach wie vor starke räumliche Unterschiede. Vergleicht man die Kinderzahlen pro Frau für ein bestimmtes Kalenderjahr zwischen den Regionen, dann sind die prozentualen Unterschiede größer als bei einem Vergleich der verschiedenen Generationen für eine gegebene Region. Es gab 1999 keinen Stadt- und Landkreis mehr mit einer Geburtenrate von ausreichendem, langfristig bestandserhaltendem Niveau. Unter allen Stadt- und Landkreisen in Deutschland hatte 1999 der Kreis Cloppenburg die höchste Kinderzahl pro Frau (1,79) und Suhl (Thüringen) die niedrigste (0,84), bei einem Bundesdurchschnitt von 1,29 und einem Landesdurchschnitt z.B. in Baden-Württemberg von 1,38 und in Niedersachsen von 1,42.

Der Geburtenrückgang und der Rückgang der Geburtenzahl pro Frau seit Anfang der 70er Jahre war zwar in allen Gemeinden und Regionen zu beobachten, aber in bezug auf den zeitlichen Beginn und das Niveau der Geburtenrate vor und nach dem Rückgang gab es bemerkenswerte Unterschiede, die mit dem Begriff der „regionaldemographischen Phasenverschiebung“ bezeichnet werden: Wenn man das hohe Niveau der Geburtenwelle im Nachkriegs-Babyboom Ende der 60er Jahre betrachtet, dann war der Anstieg der Geburtenwelle in den ländlichen Gemeinden steiler und der Gipfel der Kinderzahl pro Frau wurde zeitlich später auf einem höheren Niveau erreicht, mit der Folge, daß auch das Echo auf diese Welle in den 90er Jahren zeitlich phasenverschoben zu einer im interregionalen Vergleich höheren Geburtenwelle führte, wenn auch das allgemeine Niveau der zweiten Geburtenwelle gegenüber der ersten in den 60er Jahren bedeutend niedriger war. Auch die um das Jahr 2020 zu erwartende dritte Geburtenwelle wird als Echo auf die zweite wiederum wesentlich niedriger sein. Dabei wird auch die dritte Welle regionale Unterschiede aufweisen, die auf der regionalen Phasenverschiebung in den 60er Jahren beruhen.

Neben der regionaldemographischen Phasenverschiebung verstärkt besonders auch der Faktor Wanderungen die Unterschiede bei den räumlichen Bevölkerungsveränderungen in der Zukunft. Wie bedeutsam dabei das Gewicht der Wanderungen ist, zeigt sich auch auf Länderebene: So hatten z.B. 1999 unter allen 16 Bundesländern nur noch Baden-Württemberg und Bayern eine leicht positive Geburtenbilanz (Baden-Württemberg = 1,1 auf Tsd. Einwohner, Bayern 0,3 auf Tsd. Einwohner), wobei zu beachten ist, daß die Geburtenbilanz auch in diesen beiden Ausnahmeländern bei den Deutschen negativ und bei den Zugewanderten positiv ist (siehe Tabelle). Weitaus gewichtiger als die Geburtenbilanz war die Wanderungsbilanz: Baden-Württemberg = 3,7 auf Tsd., Bayern = 5,3 auf Tsd. Niedersachsen hatte 1999 ein Geburtendefizit von 0,3 auf Tsd. Einwohner sowie einen Abwanderungsüberschuß gegenüber den anderen Bundesländern von 4,4 auf Tsd., aber dem stand ein doppelt so hoher Einwanderungsüberschuß aus dem Ausland in Höhe von 8,8 auf Tsd. gegenüber, so daß die Bevölkerungszahl wanderungsbedingt nicht nur nicht abnahm, sondern noch leicht anstieg.

Hessen gehört zusammen mit Baden-Württemberg und Bayern zu der kleinen Ländergruppe mit einer vergleichsweise günstigen Bevölkerungsentwicklung. Allerdings war die natürliche Bevölkerungsbilanz Hessens z.B. 1999 bereits negativ, in Baden-Württemberg und Bayern noch leicht positiv (Tabelle). Die drei Länder sind durch eine hohe räumliche Bevölkerungsdynamik und durch Binnenwanderungsgewinne gegenüber den anderen Bundesländern gekennzeichnet. Der Bevölkerungszuwachs Hessens beruhte dabei im Gegensatz zum Zuwachs in Baden-Württemberg und Bayern 1999 besonders stark auf den Wanderungsgewinnen gegenüber dem Ausland, weniger auf den Wanderungsgewinnen gegenüber den anderen Bundesländern. Auf Grund der Wan-

derungsgewinne werden diese drei Länder noch bis 2020/30 ein leichtes Bevölkerungswachstum verzeichnen, danach beginnt auch in diesen Ländern die Bevölkerungsschrumpfung.

Die demographische Alterung verläuft in sämtlichen Bundesländern in ziemlich ähnlicher Weise, erst unterhalb der Länderebene zeigen sich deutlichere Unterschiede, die sowohl auf der regionalen Differenzierung der Geburtenrate als auch auf der Zu- und Abwanderungsbilanz der verschiedenen Altersgruppen beruhen.

Das Statistische Bundesamt geht in seiner im Juni 2003 veröffentlichten sogenannten „10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung“ davon aus, daß Deutschland auf Dauer starke Einwanderungsüberschüsse haben wird, und zwar zwischen 250 und 300 Tsd. netto pro Jahr (= mittlere Variante). Wenn diese Annahme eintritt, wird die Bevölkerungszahl von 82,5 Mio. (2002) bis auf 83,1 Mio. im Jahr 2012 wachsen, ehe die durch das Geburtendefizit bedingte natürliche Bevölkerungsschrumpfung, die eigentlich seit 1972 im Gange ist, nicht mehr durch Einwanderungsüberschüsse kompensiert wird, so daß sie dann auch in den Bevölkerungszahlen in Erscheinung tritt. Wenn der künftige Einwanderungsüberschuß nicht zwischen 250 und 300 Tsd., sondern nur zwischen 150 und 200 Tsd. liegt (= untere Variante), tritt die Schrumpfung nicht erst ab 2012, sondern ab 2004 ein.

Unabhängig vom zeitlichen Beginn der Schrumpfung auf Bundesebene ergeben sich erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Schrumpfungsbeginns zwischen den Bundesländern, Regionen und Gemeinden, wobei folgende Fakten bereits unumstößlich sind:

- a) In den neuen Bundesländern ist die Schrumpfung bereits seit der Wiedervereinigung im Gange, während die westlichen Bundesländer, insbesondere Hessen, Baden-Württemberg und Bayern, noch etwa ein bis zwei Jahrzehnte Bevölkerungszuwächse verzeichnen werden, und zwar sowohl durch Einwanderungsüberschüsse gegenüber dem Ausland als auch gegenüber den anderen Bundesländern.
- b) Die Bevölkerungsveränderungen vollziehen sich nicht linear, d.h. die Schrumpfung führt nicht zu einer Abnahme der Bevölkerungszahlen in den Gemeinden, Regionen und Ländern entsprechend einer linearen Maßstabsverkleinerung, vielmehr führt der demographische Wandel stets zu Gewinnern und Verlierern.
- c) Nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern auch die Verschiebungen der Altersstruktur sind – je nach der Höhe der Geburtenrate und der Wanderungssituation – von extremen regionalen Unterschieden geprägt. So betrug z.B. der Altenquotient (= Prozentanteil der über 65jährigen an den 15 bis unter 65jährigen) 1999 im Bundes-

gebiet 23,9% und in Baden-Baden 35,5% (zum Vergleich: Baden-Württemberg = 22,9%, Niedersachsen = 24,8%).

- d) Die für die Gemeindefinanzen wichtigen Ausgaben für Sozialhilfe hängen entscheidend von der Zahl der Ausländer bzw. unabhängig von der rechtlichen Staatsangehörigkeit von der Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund und damit von der Wanderungsposition jedes Landes und jeder Gemeinde ab. Der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung betrug z.B. 1999 in Baden-Württemberg 12,5% und in Niedersachsen 6,7%, der Anteil der Ausländer an den Sozialhilfeempfängern war jedoch weit höher als es dem ausländischen Bevölkerungsanteil entspricht, nämlich 26,3% in Baden-Württemberg bzw. 22,8% in Niedersachsen. Auf der Ebene der Gemeinden ist die Diskrepanz zwischen dem Anteil der Ausländer an der Bevölkerung und ihrem Anteil an den Sozialhilfeempfängern wesentlich höher als auf der Ebene der Länder oder auf Bundesebene. So lag der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung 1999 z.B. in Stuttgart bei 24,5% und in Hannover bei 15,1%, aber der Anteil der ausländischen Sozialhilfeempfänger an allen Sozialhilfeempfängern betrug in Stuttgart 40,1% und in Hannover 40,7%.

Ebenso wenig wie der demographische Wandel bei den Bundesländern zu linearen Maßstabverkleinerungen führt, sind seine Auswirkungen auf regionaler Ebene von gleicher Art, Richtung und Intensität. Die für die wirtschaftliche Entwicklung wichtige Unterscheidung zwischen den Faktoren *Trend* und *Konjunktur* muß in Zukunft durch einen dritten Faktor *Demographie* erweitert werden, der besonders auf regionaler Ebene von großer Bedeutung ist.

Die demographische Schrumpfung und Alterung ist ebenso wie die ökonomische Deflation ein sich selbst tragender negativer Prozeß, wobei es wahrscheinlich ist, daß die wirtschaftlichen Stagnations- und Deflationsphänomene bereits heute z.T. auf den negativen demographischen Rahmenbedingungen der Schrumpfung und Alterung beruhen. Die Gefährlichkeit der ökonomischen Deflation ist unter Ökonomen unstrittig, die Gefahr der demographischen Alterung und Schrumpfung wird aber noch teilweise unterschätzt. Nichtgeborene fallen 20 bis 30 Jahre später als Konsumenten aus, aber Nichtgeborene können nicht nur nichts kaufen, sie können – was viel gravierender ist – auch keine Kinder haben. Die demographische Schrumpfung wirkt wesentlich nachhaltiger und sie ist gefährlicher als die durch politische Maßnahmen leichter kompensierbare negative Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet. Euphemistische Begriffe wie „Null-Wachstum“ und „Minus-Wachstum“ sind auf demographische Phänomene nicht anwendbar. Die demographische Entleerung und Ausdünnung führt z.B. auf dem Immobiliensektor bereits heute vielerorts nicht zu einem „Null-Wachstum“, sondern zur Kaptelyvernichtung.

Die Arbeitsplatzverluste durch die Entindustrialisierung wurden in Deutschland jahrzehntelang durch das Wachstum des Dienstleistungssektors ausgeglichen. Aber das Wachstum insbesondere der haushalts- und bevölkerungsbezogenen Dienstleistungen wird in Zukunft in den Regionen mit starker demographischer Schrumpfung durch den Wegfall der entsprechenden Nachfrager gestoppt. In den neuen Bundesländern ist die Deindustrialisierung besonders gravierend, die Kompensation durch Dienstleistungen wäre um so dringlicher. Die Kompensationsmöglichkeiten durch Dienstleistungen sind aber infolge der Bevölkerungsschrumpfung dort wesentlich ungünstiger als in allen anderen Regionen Deutschlands.

Generell hat die Bevölkerungsschrumpfung auf Gemeindeebene folgende Auswirkungen:

1. Die demographischen Entwicklungsbedingungen werden für die wirtschaftliche Entwicklung auf Gemeindeebene immer wichtiger. Hohe Geburtenraten und günstige Altersstrukturen werden sich in der Zukunft als entscheidende Standortfaktoren erweisen.
2. Ungünstige demographische Strukturen wirken sich negativ auf die Steuereinnahmen aus. Eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzen ist unumgänglich. Denkbar wäre die Einführung von Steuer-Hebesätzen für die Einkommen- bzw. Lohnsteuer, und zwar als Instrument zur Beeinflussung der Bevölkerungszahl durch die Gemeinden mittels einer Lenkung der Zu- und Abwanderung bzw. der Binnenwanderungen innerhalb Deutschlands.
3. Der immer noch wirksame Prozeß der Verkleinerung der durchschnittlichen Haushaltsgrößen führt auf Bundesebene mittelfristig noch zu wachsenden Haushaltzahlen. Aber langfristig – bzw. auf regionaler Ebene auch teilweise schon heute – kommt es zu Wohnungsleerständen, zu Entwertungsprozessen, zu leerstandsbedingten Kostensteigerungen, zum Rückbau und zur Kapitalvernichtung. Dabei wird der Wohnungsmarkt regional inhomogener, Wohlstands- und Wachstumsinseln stehen regionalen Märkten mit hohen Leerständen und sich selbst verstärkenden Schrumpfungsprozessen gegenüber.
4. Durch die sinkenden Einwohnerzahlen gehen die Nutzerzahlen von öffentlichen Einrichtungen und die Einnahmen aus Gebühren zurück, und zwar bei gleichbleibend hohen Fix-Kosten und hohen Kosten für die Schuldentilgung der Investitionen.
5. Es kommt zu demographisch bedingten Schließungen von Einrichtungen der Verwaltung, von Kindergärten, allgemeinbildenden Schulen und – mit entsprechender

zeitlicher Verzögerung - von weiterführenden Schulen sowie von Einrichtungen der haushaltsnahen Infrastruktur, insbesondere bei den Freizeiteinrichtungen.

6. Die Segregation der Bevölkerung auf regionaler Ebene und innerhalb der Gemeinden in eine autochthone Gruppe mit überdurchschnittlicher Ausbildung und überdurchschnittlichen Einkommens- und Vermögenspositionen auf der einen Seite und in verschiedene Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund auf der anderen wird durch die Abwanderung und Schrumpfung der deutschen Bevölkerung und die gleichzeitig wachsende Bevölkerung mit Migrationshintergrund verstärkt. Dabei sind die Konsequenzen für die Sozialhilfeausgaben um so größer, je stärker der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zunimmt.

#### IV. Zusammenfassung

Deutschland ist seit 1972 in den Prozeß der Bevölkerungsschrumpfung eingetreten, der bisher durch sehr hohe Einwanderungsüberschüsse überkompensiert wurde. Eine Fortsetzung der Praxis der kompensatorischen Zuwanderungspolitik würde in den nächsten 5 Jahrzehnten stark wachsende Einwanderungen erforderlich machen, weil sich das gegenwärtige Geburtendefizit bis 2050 mehr als verfünffacht. Die Einwanderung der letzten zwei Jahrzehnte war zum weitaus überwiegenden Teil eine „Einwanderung in die Sozialsysteme“. Eine Fortsetzung dieser Praxis ist schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr möglich, deshalb muß eine gewisse Schrumpfung hingenommen werden.

Die Schrumpfung und gleichzeitige Alterung der Gesellschaft hat Wirkungen auf 4 Ebenen:

##### 1. Regionale Ebene

Disfunktionalitäten im Leistungsangebot der Verwaltung und Schwächung des Wirtschaftswachstums mit negativen Folgen für die Steuereinnahmen und die kommunalen Finanzen.

##### 2. Soziale Ebene

Entsolidarisierungsprozesse als Folge wachsender Interessengegensätze zwischen den Generationen und zwischen den Bevölkerungsgruppen mit bzw. ohne Kinder. Schwächung der Verwandtschaftsnetze als Träger der Primärleistungen im Bereich der Pflege und als letztes Netz im Fall existentieller Not.

##### 3. Gesellschaftliche Ebene

Integrationsprobleme bzw. Desintegrationserscheinungen als Folge der massenhaften Einwanderungen (Multiminoritätengesellschaft versus multikulturelle Gesellschaft)

4. *Wirtschaftliche Ebene*

Kapitalentwertungs- und Desinvestitionsprozesse als Folge stagnierender Nachfrage und wachsenden Sozialkonsums für die soziale Sicherung mit der Folge niedriger Wachstumsraten des Volks- und Pro-Kopf-Einkommens. Die demographische Alterung und Bevölkerungsschrumpfung ist ein sich selbst tragender Prozeß mit negativen Auswirkungen auf den Wohlstand.

**Tabelle 1**  
**Demographische Indikatoren für ausgewählte Bundesländer**

	Bund	Hessen	Baden- Württem- berg	Bayern
- Bevölkerungsveränderung 1990-2000 in %	3,2	5,3	7,2	6,8
- Natürlicher Saldo 1999 je 1000	-0,9	- 0,3	1,1	0,3
- Fertilitätsraten (Lebendgeborene je Frau), 1999	1,29	1,33	1,38	1,37
- Zuzüge auf 1000 Einwohner, 1999	43,8	47,5	49,2	49,9
- Fortzüge auf 1000 Einwohner, 1999	41,3	44,4	45,5	44,6
- Gesamtwanderungssaldo auf 1000 Einw., 1999	2,5	3,1	3,7	5,3
- Außenwanderungssaldo auf 1000 Einw., 1999	2,5	1,5	2,9	1,4
- Binnenwanderungssaldo auf 1000 Einw., 1999	0,0	1,6	0,8	4,0
- Deutsche	0,0	1,4	0,9	4,0
- Ausländer	0,0	3,4	0,5	3,6
- unter 18 plus 30-50	0,0	1,7	0,7	3,9
- 65 u. älter	0,0	- 0,4	0,0	1,4
- Binnenwanderungsvolumen (Zuzüge plus Fortzüge je 1000 Einwohner)	66,3	68,4	68,6	72,1
- Binnenwanderungseffizienz (Zuzüge minus Fortzüge bezogen auf Zuzüge plus Fortzüge in %)	0,0	2,4	1,2	5,5
- Jugendquotient 1999 in % (15/15-65)	23,1	22,7	24,9	24,3
- Altenquotient 1999 in % (65+/16-65)	23,9	23,8	22,9	23,6
- Anteil der Hochbetagten 1999 in % (75+)	7,0	7,2	6,8	7,1
- Sozialhilfeempfänger je 1000 Einwohner, 1999	33,9	39,1	21,7	18,4
- Ausländeranteil an der Bevölkerung 1999 in %	8,9	12,1	12,5	9,2
- Ausländeranteil an den Sozialhilfeempfängern, 1999, in %	22,4	32,2	26,3	22,5
- Ausländeranteil an den Arbeitslosen in %	12,1	21,4	22,5	15,9
- Ausländeranteil an den Studenten WS 2000/01 auf 1000 Einwohner	10,4	13,1	13,4	9,6

Quelle: H. Birg  
Daten: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden. Bd. 14, Bonn 2002.

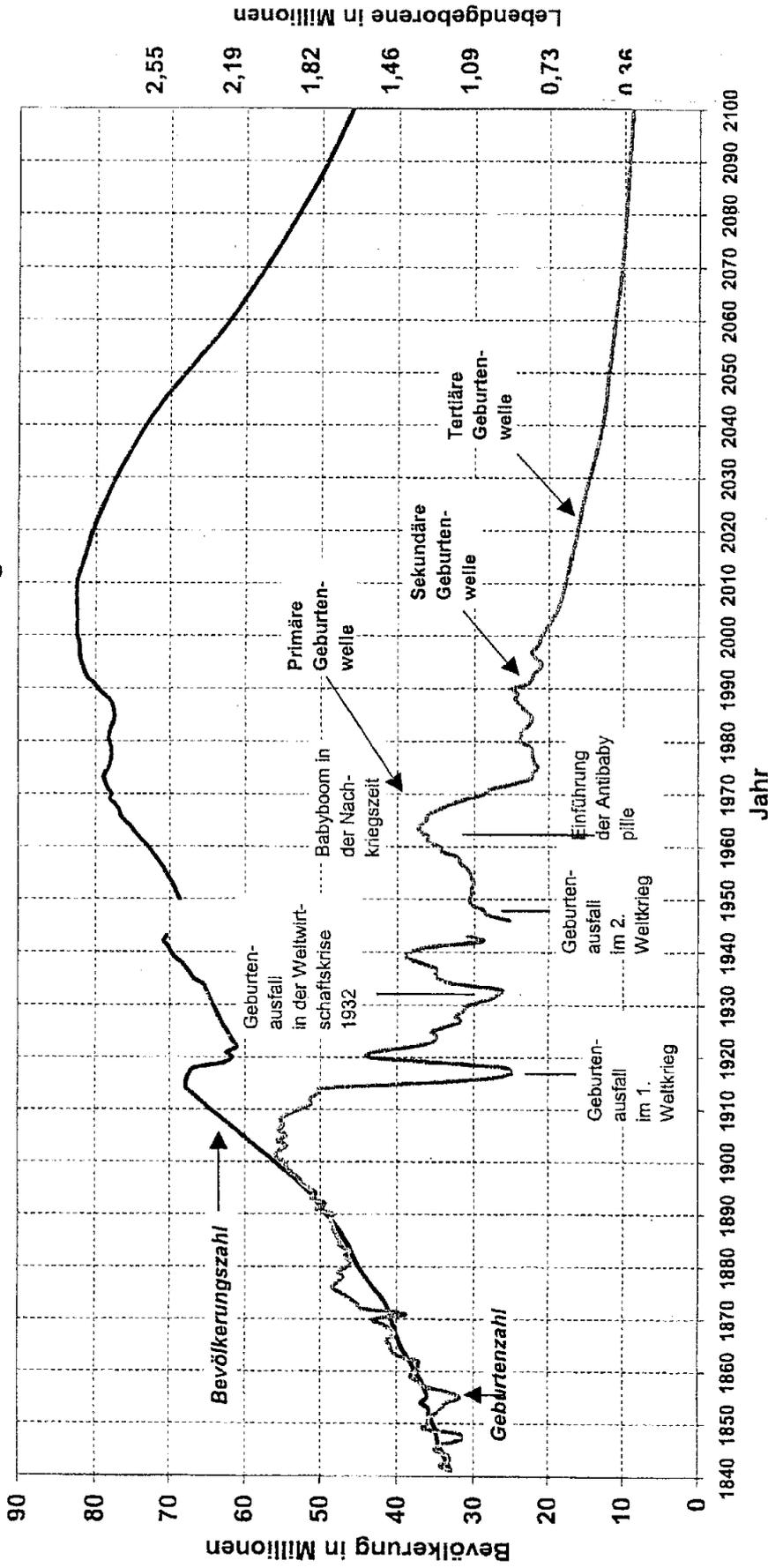
**Literaturhinweise**

Birg, H., Die demographische Zeitenwende – Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, C.H. Beck, München 2003, 3. Aufl.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden, Bd. 14, Bonn 2002.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden, Juni 2003.

Schaubild 1: Anzahl der Einwohner\* und der Lebendgeborenen in Deutschland\*\* von 1841 bis 1999 mit Vorausberechnungen bis 2100



\* Von 1841 bis 1999 Bevölkerung am 31.12. eines Jahres, von 2000 bis 2100 mittlere Bevölkerung eines Jahres.

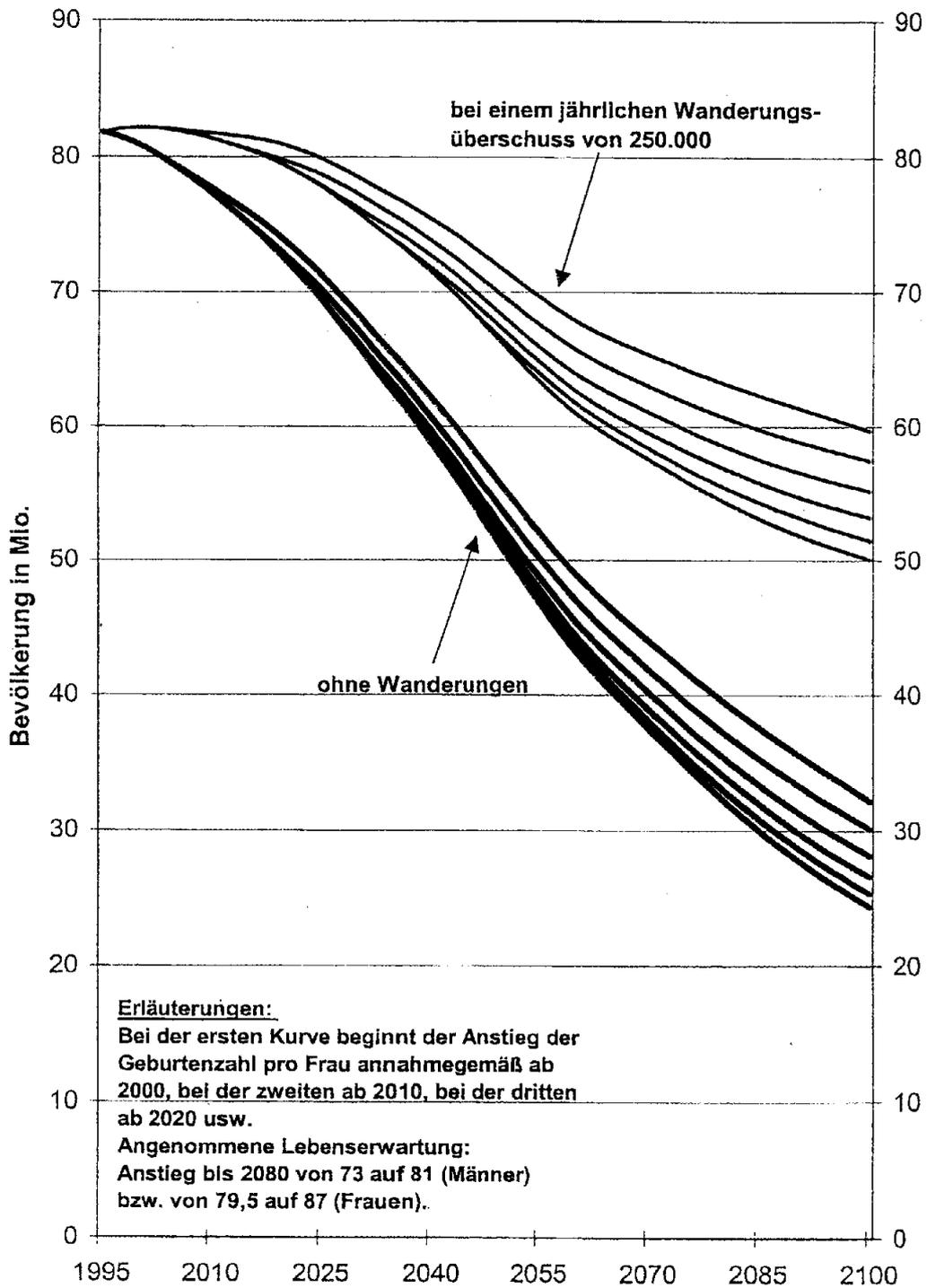
\*\* Von 1841 bis 1943 Reichsgebiet, von 1946 bis 1990 Deutschland insgesamt (BRD + DDR).

Datenquelle: Daten von 1841 bis 1999: Statistisches Bundesamt.

Daten von 2000 bis 2100: Birg, H./ Flöthmann, E.-J.: "Demographische Projektionsrechnungen für die Rentenreform 2000 - Methodischer Ansatz und Hauptergebnisse", Materialien des IBS der Universität Bielefeld, Bd. 47A, Bielefeld 2001 (Variante 5).

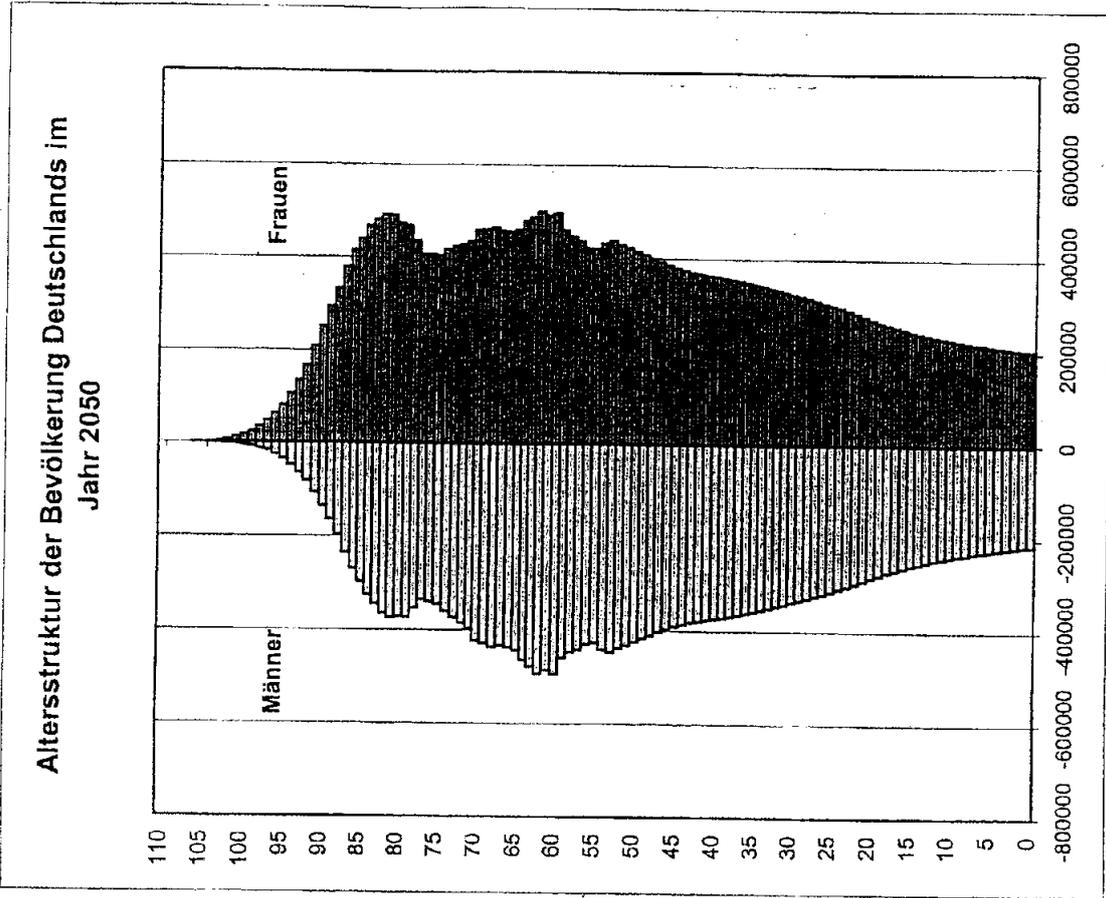
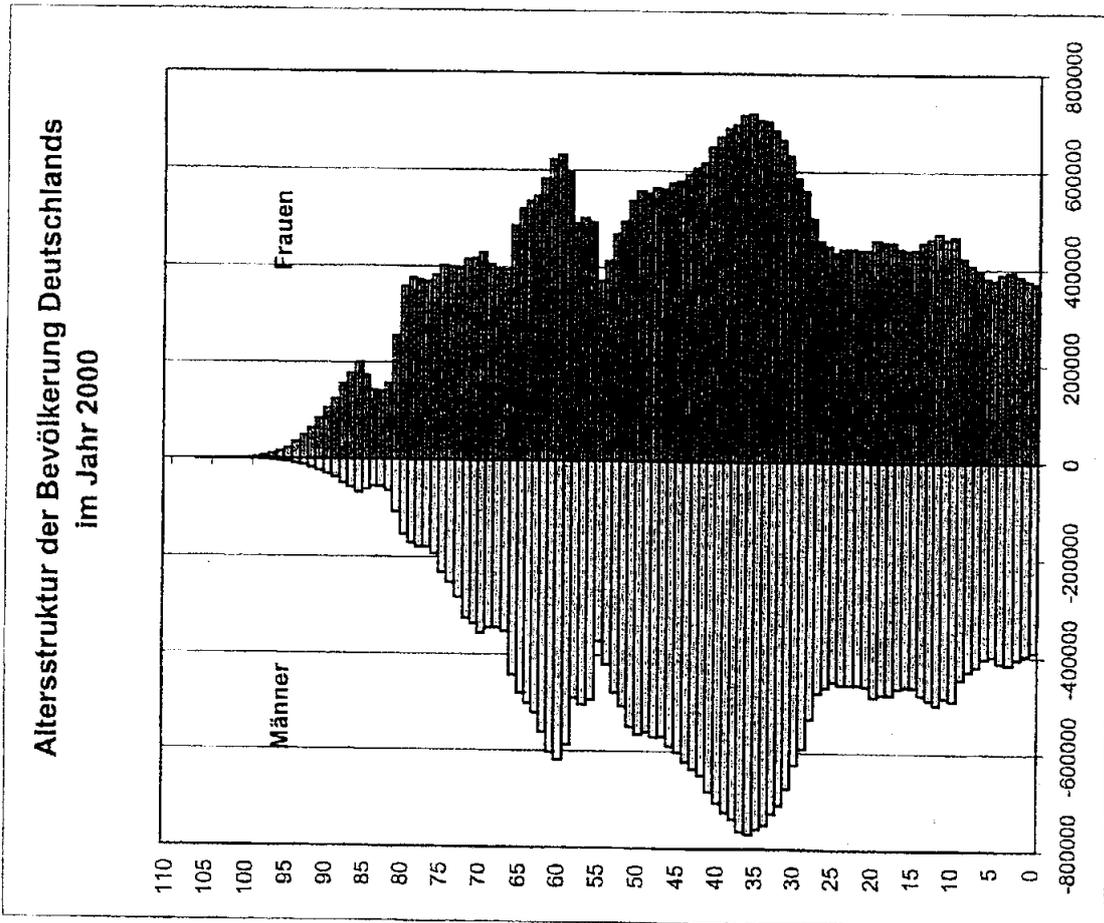
H. Birg, IBS, Universität Bielefeld 2003

**Schaubild 2: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert ohne bzw. mit Wanderungen - für einen angenommenen Anstieg der Geburtenzahl pro Frau von 1,25 auf 1,50 innerhalb von 15 Jahren**



Quelle: H. Birg, Die demographische Zeitenwende, München 2001, S. 99.

Schaubild 3



Quelle: H. Birg/E.-J. Flöthmann, Demographische Projektionsrechnungen für die Rentenreform 2000, IBS-Materialien Bd. 47, Bielefeld 2001.

## Die neue Alterskultur

In unserer deutschen Reformdebatte herrscht eine seltsame Übereinkunft des Negativen. Wir debattieren das Neue, das auf uns zukommt, das Herausfordernde der Zeit, auf eine seltsame, manchmal fast absurde Weise ERGEBNIS-NEGATIV. Jeden Tag können wir dies im Fernsehen, in Talkshows und Expertenrunden etc. besichtigen: Man kommt zusammen, klagt an, ereifert sich, problematisiert bis auf die letzte Kommastelle ... um sich schließlich der nächsten Aufregung, dem nächsten Alarm, dem nächsten KRISOTAINMENT zuzuwenden.

Besonders die Altersdebatte unterliegt diesem Mechanismus des „Alarmismus“, wie wir diese Debattenkultur nennen möchten, die sich vor allem von der Sensation der Angst, dem Getöse der Zuspitzung nährt, aber im Grunde wenig an der Frage der Lösung und Veränderung interessiert ist. Herbert Kremp, der Ex-Chefredakteur der WELT, langte in seinem On-Demand-Buch „Memoiren der Zukunft – Deutschland 2050“ richtig tief in diese Kiste der Angsthysterie. Er beschreibt, wie hunderttausend jugendliche Deutsche 100.000 Rentner niederschießen. Nein, keine Satire. Auch das neue Buch von Frank Schirrmacher, „Der Methusalem-Komplex“, das es auf Platz 1 der Bestsellerliste brachte, skandalisiert die Alterung im Tenor einer Drohgebärde:

*„Gelingt es uns nicht, das Altern des Menschen neu zu definieren, werden wir in eine*

*Zivilisation der Euthanasie eintreten.“*

Mit solchen Parolen kommt man nirgendwohin - außer in die Talkshow. Die Zeit vermerkt dazu sehr klug und kühl:

*„Was Schirrmachers Buch von den anderen unterscheidet, ist eine beunruhigende Geschichtslosigkeit. Nein, keineswegs wurde erst kurz vor der Jahrtausendwende entdeckt, wie sehr die demographische Entwicklung Wohlstand und Frieden gefährdet, seit vielen Generationen geht ja die Bevölkerung zurück. Da zeigt sich eine Losgelöstheit vom Miteinander der Generationen und ein Zuviel der Konfrontation. Vorabdruck im Spiegel, weiterrücken auf BILD, Sturm auf die Bestsellerliste, eine machtvolle Attacke. Man würde sich aber ein Innehalten wünschen. Gerade für jene Generation, die nicht wenig stolz für die Entwicklung der Gesellschaft verantwortlich zeichnet. Als es aufwärts ging, mit Wachstum und riesigen Rathäusern und marmornen Schwimmhallen. Als die selbstgefällige Dynamik erstarre, sobald Wünsche laut wurden nach einer Modernisierung von Arbeit, Recht und Umwelt, um Familienleben leichter zu machen.“<sup>1</sup>*

Lassen Sie uns also Schritte über das Beklagen und Alarmieren hinausgehen. Und auch über die bloße Anamnese des Problems. Dr. Birg hat an diesem Ort einen hervorragenden Vortrag über die demographischen Grunddaten gehalten. Wir müssen nun das Puzzle der Maßnahmen richtig zusammensetzen, mit denen wir eine ältere Gesellschaft bewältigen können. Denn dass dies, allen Unkenrufen zum Trotz, möglich ist, davon bin ich überzeugt.

### **Die Kinderfrage**

Die Alterung unserer Gesellschaft hat zwei Teile, die ich mit Ihnen gemeinsam zunächst separat betrachten möchte. Den ersten Teil, das Fehlen der Kinder, möchte ich hier aus

Zeitgründen etwas verkürzt darstellen.

Das Fehlen von Kindern in unsere Gesellschaft ist zweifellos negativ. Es lässt sich aber auf einen ganz klaren Ursachen-Kern, einen Schlüsselmoment zurückführen. Es ist weder der Wertezerfall, noch der Egoismus der Jungen, noch die Spaßgesellschaft, die unsere Geburtenraten nach unten getrieben haben. Das hartnäckige Tief der Geburtenraten hat seine zentrale Ursache im ständig steigenden Bildungspotenzial der jungen Frauen.

In fast allen OECD-Ländern hat sich in den letzten 30 Jahren eine geradezu Atem beraubende weibliche Bildungsrevolution entwickelt. Bei den Abitur-Noten in Deutschland rangieren die Frauen deutlich vor den jungen Männern. Der Anteil der Abiturientinnen stieg von 1950, als er 32 Prozent betrug, auf zuletzt fast 60 Prozent aller Abitur-Klassen! In derselben Zeit stieg der Anteil der weiblichen Studierenden von 19 auf 44 Prozent, wobei im Jahr 2000 die Anzahl der Studienanfängerinnen die der männlichen Kommilitonen bereits deutlich überstieg. Die Tendenz ist eindeutig: Die Gymnasien und Universitäten werden demnächst weiblich dominiert, während die jungen Männer eher in Berufs bezogene Ausbildungsgänge ausweichen.

Höhere Bildung beinhaltet IMMER eine Option auf die Realisierung dieses Potenzials in der Erwerbsarbeit – und die jungen Frauen wollen, wie wir aus vielen Studien wissen, auch von dieser Option Gebrauch machen. In unserer Gesellschaft ist diese Realisierung jedoch unmöglich, wenn man Kinder hat. Dies wurde unlängst von unserer Familienministerin zum ersten Mal so formuliert. Tatsache ist: In unserer Gesellschaft gibt es heute nicht wesentlich mehr Einzelkinder als früher. Es existiert jedoch eine BILDUNGSSPEZIFISCHE SPALTUNG DER FERTILITÄT. Hoch gebildete Frauen, und das sind in den Ballungsgebieten bereits über 40 Prozent, bekommen zu 50 Prozent keine Kinder mehr!

Es ist also IM GRUNDE ganz einfach, die Geburtenrate wieder zu erhöhen. Wir müssen nur einen Blick auf die europäischen Nachbarländer werfen, in denen die Geburtenraten hoch sind.

- **Ganztagsschulen:** In allen geburtsstarken Ländern (Frankreich, Skandinavien, Großbritannien, einige kleinere Länder) ist die Ganztagsschule das Norm-Modell. Zu zwar etwas höheren, aber nicht MASSIV höheren Gesamt-Bildungskosten.
- **Billige Dienstleistungen.** In den Gesellschaften, in denen keine starken STAATLICHEN Transferleistungen bei der Kindererziehung existieren (Großbritannien, USA), gibt es zumeist einen reichhaltig entwickelten Service-Sektor, in dem billige und professionelle Dienstleistungen für Familien angeboten werden (Nanny-Services, Kid Cabs, Ferienangebote etc.). Dies entlastet, bei gleichzeitig niedrigeren Steuern, die Familien.
- **Ein anderes Mutterbild.** Wir leben in unserem Kulturkreis mit einem „Kinder- und Mutter-Mythos“, der von beiden das Äußerste fordert. Kinder sind Projekte, Heilige und Zumutungen zugleich. Das hängt einerseits mit nachwirkenden religiösen Menschenbildern zusammen – mit dem Mutterbild im Katholizismus etwa. Es hängt aber auch an einer Tradition von romantischer Verklärung von Kindheit als autonomer Ort, der so lange wie möglich vor den Unbillen der Umwelt geschützt werden muss.
- **Ein anderes Vaterbild.** Gemeinsame Erziehung zu gleichen Anteilen ist in KEINEM Land der Erde heute realisiert. Aber immerhin gehen in Skandinavien zwischen einem Viertel und einem Drittel Männer in Karenz, nicht immer ganz freiwillig, aber nicht ohne positives Feedback (Deutschland: ca. 3 Prozent). Hier kann mehr gestaltet werden, nicht nur GEGEN die Männer, sondern auch in ihrem neu erwachenden

Vaterschaftsinteresse (immerhin sind heute 75 Prozent aller Väter bei der Geburt ihres Kindes anwesend; vor zwanzig Jahren noch völlig unvorstellbar).

- **Familienfreundliche Steuern.** In Frankreich zahlen Familien nach dem dritten Kind praktisch keine Steuern mehr. Die Geburtenrate liegt im letzten Quartal 2003 bei 1,9 Kinder pro gebärfähige Frau – europäischer Rekord.
- **Flexibilität in den Unternehmen.** Auch in Deutschland gibt es hervorragende Familien-Audits und Teilzeit-Arbeitsverträge für Frauen. Aber unser Steuergesetz und die Tücke der Details verhindert hier eine positive Wirkung auf die Geburtenrate. Bis zu einem mittleren Einkommen von etwa 2.500 € gilt die „Halbtagsfalle“ (Frauen geben das Geld, das sie verdienen, sofort wieder für Babysitter aus). Der entscheidende Unterschied ist: in Frankreich, Skandinavien und Großbritannien ist man in den Unternehmen an den weiblichen Talenten ERNSTHAFT INTERESSIERT. Und zwar überwiegend aus ökonomischen Gründen. Man versucht sie deshalb mit einigem Aufwand, im Betrieb zu halten.

Trotz aller dieser Handicaps bin ich optimistisch: Die deutsche Geburtenrate wird innerhalb weniger Jahre wieder stark steigen. Die Debatte ist in Gang gekommen, erste Ergebnisse im Bereich Kindergarten und Ganztagschule sind sichtbar, die Gesellschaft artikuliert ihre Bedürfnis nach Wandel. (Städte wie Laer in Nordrhein-Westfalen, die ihren Frauen die ganztägige Schulgarantie geben, zeigen, wie schnell ein kinderfreundlicher TURNAROUND passieren kann: Die Geburtenrate stieg dort in wenigen Jahren auf 2.2.) Unsere Probleme mit der Fruchtbarkeit haben mit den tiefen ideologischen Verkarstungen zu tun, die uns immer wieder von pragmatischen Reformen abhalten. Und mit einer Tradition, die nach dem Soziologen Esping-Anderson die „Hauptlast des Gesellschaftlichen in die Familie trägt“. Die

Familie soll alles lösen. Die Familie ist heilig, aber wenn etwas heilig ist, kann es oft im realen Leben nicht besonders gut funktionieren.

### **Das positive Altern oder die „Silberne Revolution“**

Für Dante begann das Alter mit 45 Jahren. Hippokrates von Kos, der Begründer der Medizin, wurde 56 Jahre alt und war der Überzeugung, dass mit 42 Jahren „die Lebenssäfte aus den Menschen wichen“. Ich denke, dass die Tatsache, dass wir alle heute ein gesegnetes Alter von 80, 90 Jahren erreichen können, nichts anderes als ein Geschenk des Fortschritts ist, das wir annehmen sollten und können. Und von diesem ANNEHMEN möchte ich heute sprechen. Der Schlüssel hierzu liegt nicht im Demographischen, er liegt auch nicht primär im Ökonomischen. Es geht um die Frage, wie wir eine andere „Kultur des Alterns“ erzeugen können.

### **Eine kleine Zukunfts-Geschichte des Alterns**

Warum Menschen alt werden, unterliegt den verschiedensten wissenschaftlichen Interpretationen. Der biologische Darwinismus etwa definiert das Alter eher als eine Art Unfall. Die Evolution „vergisst“, unnütz gewordene Organismen zu beseitigen, und deshalb werden wir plötzlich älter, als wir nützlich sind. Neuere Forschungen der Soziobiologie fügen allerdings andere Aspekte hinzu. Die ausgeprägte Langlebigkeit von Frauen könnte einen tiefen evolutionären Sinn haben, weil in der menschlichen Evolution Großmütter eine entscheidende Rolle spielten. Die Menschheit hat sich auch deshalb entwickelt, weil ältere Frauen Erziehungsfunktionen übernahmen und so die jüngeren Frauen für andere Funktionen freisetzen. Es gibt also, neben den biologischen, auch soziale Determinanten, Faktoren und Transfers, die wir in der Altersfrage beachten müssen.

In den agrarischen Gesellschaften haben sich drei grundlegende Muster des generativen Umgangs mit dem Alter herausgebildet.

- **Erstens der AHNENKULT.** In den animistischen und fernöstlichen Familienstrukturen sind die Alten nicht nur bis zu ihrem Tod Familienoberhäupter, sondern auch DARÜBER HINAUS. Autorität im Haushalt haben immer die jeweils Ältesten, weil sie den mächtigen Ahnen am nächsten sind. Der Haushalt füllt sich also mit der Zeit mit immer mehr mächtigeren Alten und Toten.
- **Zweitens das PATRILINEARE oder PATRIARCHALE ALTERN.** Besonders in den islamischen Kulturen übt das älteste männliche Familienoberhaupt die Macht bis zu seinem Tode aus. Ziel der Dynastie ist stets eine möglichst große Anzahl von Söhnen. Das führt zu stets hohen Geburtenraten, radikal getrennten Lebenswelten zwischen den Geschlechtern, und Zwangsheiraten . Es führt auch, ähnlich wie in der Ahnenkult-Kultur, zu eher starren Sozialstrukturen, in denen sich Wandel, Individualität und Differenz nur sehr langsam ergibt.
- **Drittens: das AUSGEDINGE.** Der europäische Weg unterscheidet sich deutlich von diesen Modellen. Er basiert auf einem Kontrakt zwischen der mittleren und der älteren Generation, nach dem die Alten bis zu ihrem Tode zu ernähren sind. Damit verbunden war allerdings der Verlust der Macht auf dem Hof – und eine Differenzierung der Lebenswelt der Älteren und der Jüngeren.

Michael Mitterauer beschreibt in seinem Buch „Warum Europa?“ diesen europäischen Weg so:

*„In Ahnenkultgesellschaften haben die den Ahnen am nächsten stehenden Alten eine besonders angesehen Stellung. Im Christentum fehlt jede Begründung dieser Art für einen*

*Altersvorrang in Familie und Gesellschaft. In der europäischen Gesellschaft gibt es kein Senioritätsprinzip. ... Das Ausgedinge basiert auf der Möglichkeit, die Stellung als Hausherr im Alter abzugeben. ... Nicht um Vater und Sohn, sondern um das Gattenpaar erfolgt die Rekonstruktion der Familie.“<sup>2</sup>*

In Europa, so Mitterauer, entstand durch die gattenzentrierte Familienstruktur die Grundlage von Moderne und Individualismus, weil durch diese Konstruktion Raum für Wandel gesichert wurde. Gleichzeitig werden aber Ältere im Alter „aussortiert“ und erleiden einen deutlichen Einflussverlust. Diese archaischen Bilder wirken auf vielerlei unterschwellige Weise in unseren heutigen Altersdebatten nach. Einerseits als ANGST, „ausrangiert“ zu werden – die Kontrakte des Ausgedinges waren ja keineswegs immer sehr verlässlich, und ein harter Winter konnte schlichtweg den Tod der Alten bedeuten. Andererseits als Befürchtung, die Alten könnten die knappen Ressourcen der Gemeinschaft aufzehren und die gesamte Gesellschaft in den Ruin stürzen.

In der industriellen Kultur entsteht nun ein anderes Alters-Bild. Einerseits – man denke an die Holzschnitte aus dem 18. Jahrhundert, mit den zahnlosen Alten auf der Bank – eine rückwärtige Verklärung des Alters als „fronlose Zeit“. Andererseits das Alter als Lebensabschnitt in seiner heutigen Form: Als Nach-Erwerbs-Leben, in dem man „die Früchte harter Arbeit ernten kann.“

In Gesellschaften wie Deutschland und Österreich ist die Frühverrentung in den 90er Jahren in einer Art Zuspitzung dieses Bildes zu einem begehrten Gut, ja einem regelrechten gesellschaftlichen Ideal geworden. Das hat die Vehemenz unserer heutigen Altersdebatte erst richtig zugespitzt. Denn nun kann die Rechnung natürlich nicht mehr aufgehen, die sich im Umlageverfahren des frühen Industrialismus entwickelt hat. Das System steuert tatsächlich

auf seinen Ruin hin.

Wir sollten uns aber immer vergegenwärtigen, auf welchen Bildern diese Zuspitzung basiert. Sie ist EINERSEITS ein Produkt der enorm gestiegenen Produktivität der Ökonomie in der Reifungsphase des Industrialismus, mit allen Möglichkeiten – die dies in der Freizeit- und Pensionsgestaltung für den Einzelnen bedeutete. Sie bezieht sich ANDERERSEITS immer noch deutlich auf jene industrielle Ära, in der Erwerbsarbeit überwiegend körperlich monoton, verschleißend, geistig wenig anregend war.

Um den Teufelskreis aus sinkender Erwerbsbeteiligung der Älteren und zunehmenden Lasten der Jüngeren zu durchbrechen, müssen wir also fragen, was sich heute, an der Schwelle zur Wissensökonomie, in den Lebens- und Arbeitskonstruktionen verändert – und welche ZUKUNFTSPOTENZIALE sich daraus ergeben. Ist Arbeit in Zukunft immer noch jene Monotonie, die wir möglichst frühzeitig in Richtung auf selbstbestimmte Freiräume verlassen wollen? Stimmen die Zuordnungen noch, mit denen in der Erwerbsarbeit Menschen in jung/produktiv und „Altes Eisen“ eingeteilt wurden? All das stimmt längst nicht mehr, und der Wandel der Bilder und Selbstbilder ist längst im Gange.

### **Der Wandel des Alterns in der postindustriellen Gesellschaft**

- Auch in der Werbesprache können wir heute einen deutlichen Paradigmenwechsel wahrnehmen, der sich in veränderten Bildern des Altwerdens ausdrückt. Ältere reisen mehr als früher, kleiden sich modischer und verändern ihr Konsumverhalten. „Oma und Opa werden Hedonisten“, titelte die Wiener „Presse“ anlässlich einer Studie, die das veränderte Verhältnis der Älteren zu Wohlstand und Konsum untersuchte. In dieser Untersuchung der GfK gaben 68 Prozent der Älteren an, ihr Geld lieber für sich selbst auszugeben als für die Enkel zu sparen.

- Die sogenannte „Altersarmut“ hat sich über weite Strecken als Angstbild ohne Realitätsgehalt herausgestellt. Natürlich gibt es arme Alte. Aber Altersarmut ist heute vor allem ein Risiko der Frauen, die wenig oder geringe Erwerbsarbeit ausgeübt haben, die ledig blieben oder mit Männern mit geringem Einkommen verheiratet waren. Die verfügbaren Einkommensspitzen sind heute in den Bereich der sechsten Lebensdekade verschoben worden, wo die Älteren von den nun 80-jährigen Eltern erben.
- Während die durchgängig von industrieller Lohnarbeit geprägte Generation noch durch ein eher problematisches Gesundheits- und Ernährungsverhalten geprägt war, ist Sport heute ein Thema auch für die 50+-Generation geworden. Man könnte sagen: Die Gesellschaft „übt“ das pro-aktive Altern. Das „handicapfreie“ Alter wächst in den meisten postindustriellen Ländern stärker als die gesundheitlich eingeschränkte Lebensphase. Die Lebenserwartung in Japan beträgt im Schnitt 83 Jahre. Nur 6 Jahre davon werden statistisch mit „eingeschränkter Gesundheit“ erlebt (die europäischen Daten sind etwas negativer). Oder anders ausgedrückt: 75 Prozent der Alten altern erfolgreich – ohne wesentliche, die Lebensqualität einschränkende Handicaps.
- Nach ELSA, („English Longitudinal Study of Ageing, 2002“), sind besonders die „alten Alten“ oftmals in erstaunlicher gesundheitlicher Verfassung. 30 Prozent der befragten Männer in den 80ern beschrieben ihre Gesundheit als „sehr gut“ oder „hervorragend“, weitere 30 als „gut“, 20 als „mit Einschränkungen“ und nur zwanzig als „schlecht“. Ähnliches gilt auch für die PSYCHOSOZIALEN Aspekte des Alterns. Altersdepressionen existieren, aber sie sind weit weniger verbreitet als oft unterstellt. In einer 1999-Befragung der AARP antworteten 66 Prozent der 65+jährigen Amerikaner, dass sie in ihrer jetzigen Lebensphase mehr aus ihrem Leben machen

können als vorher.<sup>3</sup>

- Auf diese Weise entsteht eine komplett neue Lebensphase zwischen 50 und 75, die man auch als „Zweiten Aufbruch“ definieren könnte. Hier, wo man sich früher in den Lehnstuhl setzte und langsam auf den „Ruhestand“ vorbereitete, kommt es nun zu einer Phase der Neuorientierung. Frauen entscheiden sich in diesem Alter oft für sich selbst, entdecken nach einem familiären Leben die Selbstentfaltung und die Freuden des Ich. Männer begeben sich oft in neue berufliche Herausforderungen, riskieren womöglich sogar eine Zweit- oder Drittkarriere der anderen Art.
- Durch alle diese Faktoren wird das Alter langsam von seinem Stigma als „Niedergang“ entcodiert. Altern wird einerseits SUBJEKTIVIERT, andererseits RELATIVIERT. Relativiert, weil viele Menschen nun in der neu entstandenen Aufbruchsphase erst die Dinge tun (lernen), die sie im Laufe ihres Lebens versäumt haben. Hier findet die eigentliche Individualisierungsphase, die Ich-Entdeckung statt. Subjektiviert, weil wir 15 Jahre jünger, aber auch 15 Jahre älter sein können, als unser biologisches Alter es uns vorschreibt. Allerdings bedeutet dies den aktiveren und bewussteren Umgang mit den Faktoren
  - Gesundheitliche Lebensführung
  - Psychosoziale Aktivität
  - Lebensplanung und Lebenssinn
  - Bewusste biografische Planung verlängerter Lebenszyklen

### **Die Herausforderungen der neuen Alterskultur**

Folgende fünf Herausforderungen bilden den Kern einer neuen Alterskultur:

### **Flexibilisierung der Erwerbsspannen.**

Dass eine andere Erwerbs-Alterskultur möglich ist, zeigen uns Länder wie Island, in denen das mittlere Verbleibsalter im Beruf deutlich über die Jahresgrenze von 65 Jahren hinausgeht. Isländer arbeiten nicht aus ökonomischer Not so lange. Sondern weil Erwerbsarbeit in Island weit gehend bereits wissensökonomisch-kooperativ orientiert ist. In fairen Kontrakten, höherer Arbeits-Flexibilität für Familien UND Alte. Arbeit ist dort soziales Leben, Selbst-Realisation; eben nicht nur „Lohnabhängigkeit“.

Natürlich sind wir in Deutschland noch lange nicht so weit. Aber wir sind unterwegs. In den Unternehmen findet heute ein deutlicher Umdenkprozess statt. Ein Spiegel-Artikel im April 2004 brachte die Beispiele für die Umdrehung der generativen Nachfrage. So hat etwa die Deutsche Bank ein „Elder-Potential“-Programm entwickelt, in dem sie sich um die Wiedereingliederung älterer Mitarbeiter bemüht – nicht zuletzt um deren Erfahrungswissen wieder nutzen zu können.

- Ältere lernen genauso schnell wie jüngere. Mehrere Untersuchungen in den letzten Jahren haben nachgewiesen, dass diesseits von Demenz und Alzheimer die kognitiven Defizite der Älteren eher gering sind. Bestimmte Fähigkeiten – Fachwissen oder soziale Kompetenz – können sich im Alter sogar verstärken.<sup>4</sup>
- Ältere sind keineswegs weniger leistungsfähig, sie leisten nur ANDERS. Auch wenn sie manchen stressreichen Job nicht mehr in Zehnstunden-Schicht ausführen können ist ihre Produktivität sehr gut darstellbar.
- Ältere können gerade in einer Welt lebenslangen Lernens wichtige

Scharnierfunktionen zwischen dem Alten und dem Neuen ausüben. Piloten können im Simulator junge Kollegen trainieren. Ältere Manager die jungen Leistungsträger von morgen coachen.

### **„Ageing Economy“: Re-Fixierung der Sicherungssysteme**

Auch eine alternde und schrumpfende Bevölkerung kann ihren Wohlstand erhalten. Dafür gibt es aber eine strenge ökonomische Bedingung: Die Produktivität muss kräftig steigen. Ein Produktivitätswachstum von 2 Prozent pro Jahr (in den letzten zwanzig Jahren wurde dies in den Industrienationen annähernd erreicht) bringt eine Verdoppelung des gesellschaftlichen Wohlstands in nur 25 Jahren mit sich. Jeder, der in dieser Zeit spart, Aktien hält, Häuser kauft oder baut, sein Vermögen irgendwie arbeiten lässt, *partizipiert an dieser Verdoppelung!*

Dass prinzipiell eine andere Grundstruktur der Altersfinanzierung möglich ist, zeigen – bei allen Problemen, die es auch dort geben mag – Länder wie die Schweiz, Schweden, Großbritannien oder die Niederlande. Dort beträgt der Anteil von Lebensversicherungen und Pensionsfonds an den Altersversorgungen das Zehnfache des deutschen Wertes; die staatlichen Rentenbezüge bilden also nur noch EINE von drei Säulen, auf denen der Alterswohlstand ruht.

### **Erhöhung der Gesundheitspotenziale**

In einer alternden Gesellschaft ist Gesundheit nicht mehr die Abwesenheit von Krankheit. Sondern ein Potenzial, ein „Aktienpaket für Lebensqualität“, das sich in „gut gelebten späteren Jahren“ – oder eben im Gegenteil – ausdrückt.

Die Grundlagen für Gesundheit im Alter wird durch Verhalten in den frühen und mittleren Lebensjahren gelegt. Deshalb ist die Frage der Altersmedizin nicht separierbar – sie

betrifft das GESAMTE Gesundheitssystem und alle Generationen. Nach wie vor betreiben wir Symptom-Medizin, nach wie vor werden die Kosten durch reine Aufrüstung am „End of Pipe“ in die Höhe getrieben.

Ansätze in den Niederlanden können uns zeigen, wie man selbst bei knappen Mitteln die Frage der Lebensführung in den Vordergrund medizinischer Systeme rückt. In den Niederlanden wird, wer mit Rückenschmerzen zum Arzt kommt, nicht oder selten medikamentös behandelt. Es existiert hier ein sanfter, ökonomisch spürbarer Druck in Richtung auf Verhaltensänderung. Dieser Druck, zusammen mit immer komplexeren und individuelleren Dienstleistungen, die die Lebensweisen der Menschen weiter in Richtung Bewegung, gesunde Ernährung, Stress-Management lenken können (vom Ernährungs- bis zum „Holistic Health Coach“) wird die Zukunft unserer Medizindebatte prägen.

### **Stärkung des Generationenzusammenhalts**

Es ist falsch, die Generationenfrage auf eine reine Arithmetik der Sozialsysteme zu reduzieren. Reichtum und Wohlstand verteilen sich durch unendliche viele Kapillaren, und das Vertrauenskapital zwischen den Generationen ist nur im Talkshow-Boulevard nahezu Null. Im Gegenteil: Viele Trends in den Lebenswelten weisen sogar auf einen VERSTÄRKTEN intergenerativen Zusammenhalt hin.

- Großeltern übernehmen heute, in den erweiterten Netzwerk-Familien, wieder mehr Erziehungsarbeit (z.B. bei Rückzug allein erziehender Frauen in die Nähe des Elternhauses). Ihre Enkel können sie so lange erleben, wie noch nie in der Geschichte.
- In den Erbschaften und Schenkungen, die in den nächsten Jahren die gigantischen Ersparnisse der Nachkriegsgeneration umverteilen, transferieren die Älteren einen

Großteil des Volksvermögens zurück an die Jüngeren. Und leisten damit mehr als einen kleinen Ausgleich.

### **Revisionen des Altersbildes**

Am Ende wird der Übergang in eine ältere Gesellschaft nur gelingen, wenn wir die Bilder, die wir mit dem Altern verbinden, grundlegend verändern.

- Ältere haben keinen negativen Einfluss auf die Gesellschaft. Adenauer brachte die deutsche Gesellschaft auf Erfolgskurs. De Gaulle war über 60, als er in den Elyséepalast kam. Churchill rettete Europa. Ältere Männer und Frauen können gerade in der Politik segensreiche Wirkungen haben.
- Alter ist nicht Torheit, ist nicht Demenz, ist auch nicht Starrsinn, sondern – im Sinne einer individuellen Wachstums-Kultur – Reifung und Weisheit. Der Kern der Weisheit, so sagt es der Weisheitsforscher Paul Bates <sup>5</sup> besteht im sogenannten SOK-Prinzip. Selektion, Optimierung, Kompensation. Dies erläuterte der 80jährige Pianist Arthur Rubinstein so: „Ich spiele weniger Stücke (Selektion). Ich übe diese häufiger (Optimierung). Und drittens spiele ich vor schnellen Passagen extra langsam – das lässt die langsamen bedeutungsvoller und die schnellen schneller erscheinen (Kompensation).

Gelten diese Prinzipien nur für das Alter? Man kann das SOK-Prinzip auch als „Entschleunigung – Auswahlkompetenz – Konzentration auf das Wesentliche“ lesen. Das sind nichts anderes als die Kulturtechniken, die wir in einer komplexen globalen Welt GENERELL brauchen. Eine weisere Kultur kann auch Antworten auf akute gesellschaftliche Fragen formulieren, die uns in den Zeiten des Jugendwahns eher abgingen. „Simplify Your

Life“ – diese große aktuelle Bewegung, die in Richtung auf mehr alltägliche Lebensqualität zielt, erhält hier einen mächtigen Verbündeten. Auf diese Weise können Alterskultur und Wertewandel in der späten Industriegesellschaft konvergieren – eine Alternative zum viel beschworenen „Clash of Generations“.

Welche Rolle kann die Politik bei diesen fünf Generatoren der „Silbernen Transformation“ spielen? Letzten Endes geht es um ein gesellschaftliches Projekt, zu dem wir alle unseren Teil beitragen müssen, Alte wie Junge, Männer wie Frauen, Unternehmen wie Arbeitnehmer. Politik kann aber moderieren, sie kann helfen, das Puzzle zusammenzusetzen, die diversen gesellschaftlichen Kräfte zu verbinden. Sie kann dazu beitragen, dass wir das Generations-Kriegsgeschrei ebenso überwinden wie den Lärm der Medien. Dass wir aus „best practice“-Beispielen lernen, die es überall auf der Welt gibt.

Gelassenheit, Reife, Kompetenz. Genau mit diesen Eigenschaften sollten wir die „Silberne Transformation“ angehen. Simone de Beauvoir schrieb im Jahr 1970 prophetisch:

*In der idealen Gesellschaft würde, so kann man hoffen, das Alter gar nicht mehr existieren. Der Mensch würde, wie es bei manchen Privilegierten vorkommt, nur unauffällig geschwächt, aber nicht offenkundig vermindert; er stürbe irgendwann an einer Krankheit, ohne eine Herabwürdigung erfahren zu haben. Das letzte Lebensalter entspräche dann einer Existenzphase, die sich von Jugend und Erwachsensein unterscheidet, aber ihr eigenes Gleichgewicht besitzt.*

Natürlich ist Altern immer auch eine Zumutung (Karl Lagerfeld: „Eine Demütigung, vor der wir alle gleich sind“). Und wahrscheinlich wird das auch immer so bleiben. Aber sind wir dieser Utopie ein nicht schon ein kleines, aber doch wichtiges Stück näher gekommen?

---

<sup>1</sup> Susanne Mayer: Unsere teuren Alten. Wir, In ZEIT 17/04, , S. 57

<sup>2</sup> Michael Mitterauer, Warum Europa – Mittelalterliche Grundlagen eines Sonderwegs, C.H.Beck-Verlag München 2003, S. 77 und 107.

<sup>3</sup> Diese und weitere Studien in: „Forever Young“, Sonderteil des ECONOMIST, 27. März 2004.

<sup>4</sup> „Der Rat der Greise“, in der ZEIT vom 7.August 2003, S. 24

<sup>5</sup> „Der Rat der Greise“, in der ZEIT vom 7.August 2003, S. 24

# Die Generationenbilanz – ein Instrument zur Messung fiskalischer Nachhaltigkeit

Stefan Fetzer

Forschungszentrum Generationenverträge, Albert-Ludwigs-Universität  
Freiburg

- 1 Das Problem: Der doppelte Alterungsprozess
- 2 Das Instrument: Die Generationenbilanz
- 3 Die Indikatoren Nachhaltigkeitslücke und Mehrbelastung
- 4 Ein Anwendungsbeispiel: Die jüngste Rentenreform
- 5 Weitere Anwendungsgebiete und weitere Indikatoren

Referat vor der Enquetekommission „Demographischer Wandel“  
des Hessischen Landtags am 22.09.2004

# Die Generationenbilanz – ein Instrument zur Messung fiskalischer Nachhaltigkeit

- 1 Das Problem: Der doppelte Alterungsprozess
- 2 Das Instrument: Die Generationenbilanz
- 3 Die Indikatoren Nachhaltigkeitslücke und Mehrbelastung
- 4 Ein Anwendungsbeispiel: Die jüngste Rentenreform
- 5 Weitere Anwendungsgebiete und weitere Indikatoren

## Das Problem: Der doppelte Alterungsprozess

- Geringe Fertilität
- Steigende Lebenserwartung
- Insbesondere für die umlagefinanzierten Sozialversicherungen bedeutet dies:

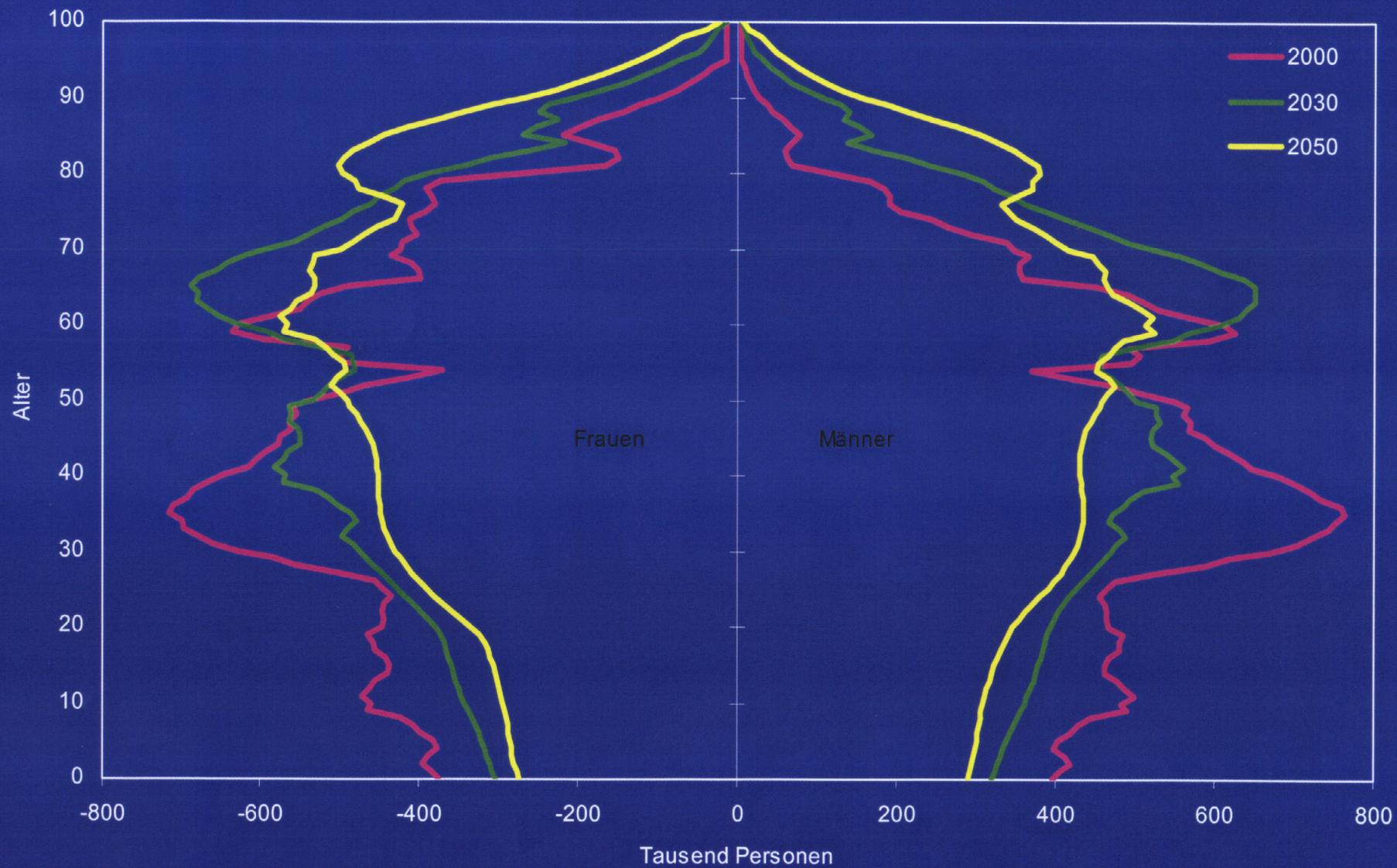


Immer weniger Junge versorgen immer mehr Alte, die zugleich immer älter werden.



Sinkende durchschnittliche Beitragseinnahmen, steigende durchschnittliche Leistungsausgaben.

Bevölkerung im Jahr 2000, 2030 und 2050 nach der 10. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (Variante 5)



# Die Generationenbilanz – ein Instrument zur Messung fiskalischer Nachhaltigkeit

- 1 Das Problem: Der doppelte Alterungsprozess
- 2 Das Instrument: Die Generationenbilanz
- 3 Die Indikatoren Nachhaltigkeitslücke und Mehrbelastung
- 4 Ein Anwendungsbeispiel: Die jüngste Rentenreform
- 5 Weitere Anwendungsgebiete und weitere Indikatoren

# Das Instrument: Die Generationenbilanz

- Wozu brauchen wir die Generationenbilanz?

- ➔ Herkömmliche Indikatoren der staatlicher Aktivität (Budgetdefizit, Schuldenstand) können intertemporale Effekte, wie insbesondere die Folgen der demografischen Entwicklung nicht erfassen.
- ➔ Die Generationenbilanzierung hingegen ist ein langfristiges Analyseinstrument zur Beurteilung der Lastverschiebung auf zukünftige Generationen. Sie ist somit die ideale Ergänzung der herkömmlichen Indikatoren.

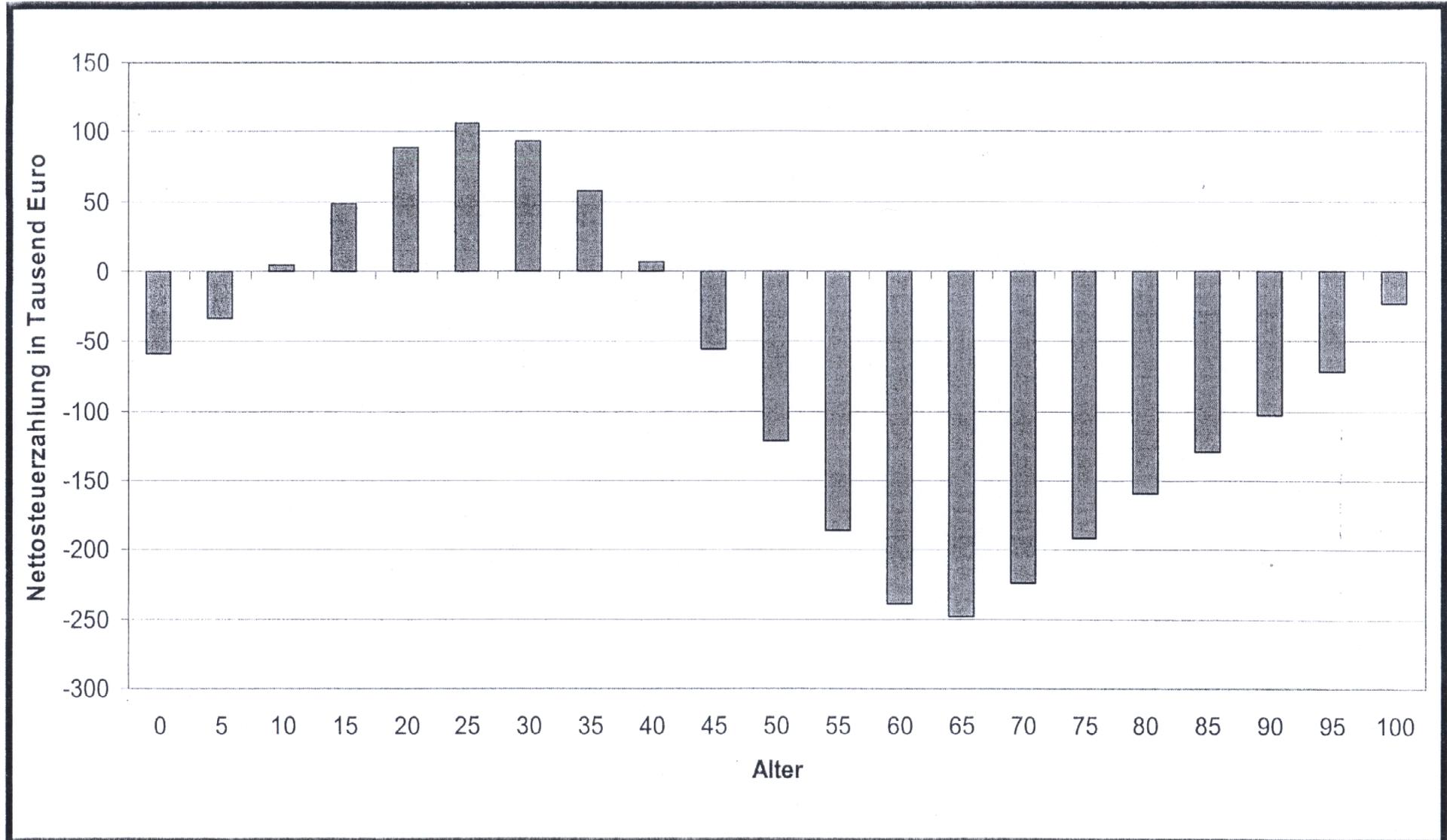
# Das Instrument: Die Generationenbilanz

- Wie funktioniert die Generationenbilanzierung?

- ➔ Das jährliche staatliche Budget wird mit Hilfe von altersspezifischen Mikroprofilen auf alle Bürger verteilt
- ➔ Die so entstehenden skalierten Profile werden dann in die Zukunft fortgeschrieben und in jedem künftigen Jahr mit den Kohortenstärken multipliziert
- ➔ Durch Diskontierung der entstehenden Zahlungsströme kann dann jeder Generation ein so genanntes Generationenkonto zugewiesen werden

# Die deutsche Generationenbilanz

Basisjahr 2001, Zinssatz 3,0%, BIP-Wachstum 1,5%



# Die Generationenbilanz – ein Instrument zur Messung fiskalischer Nachhaltigkeit

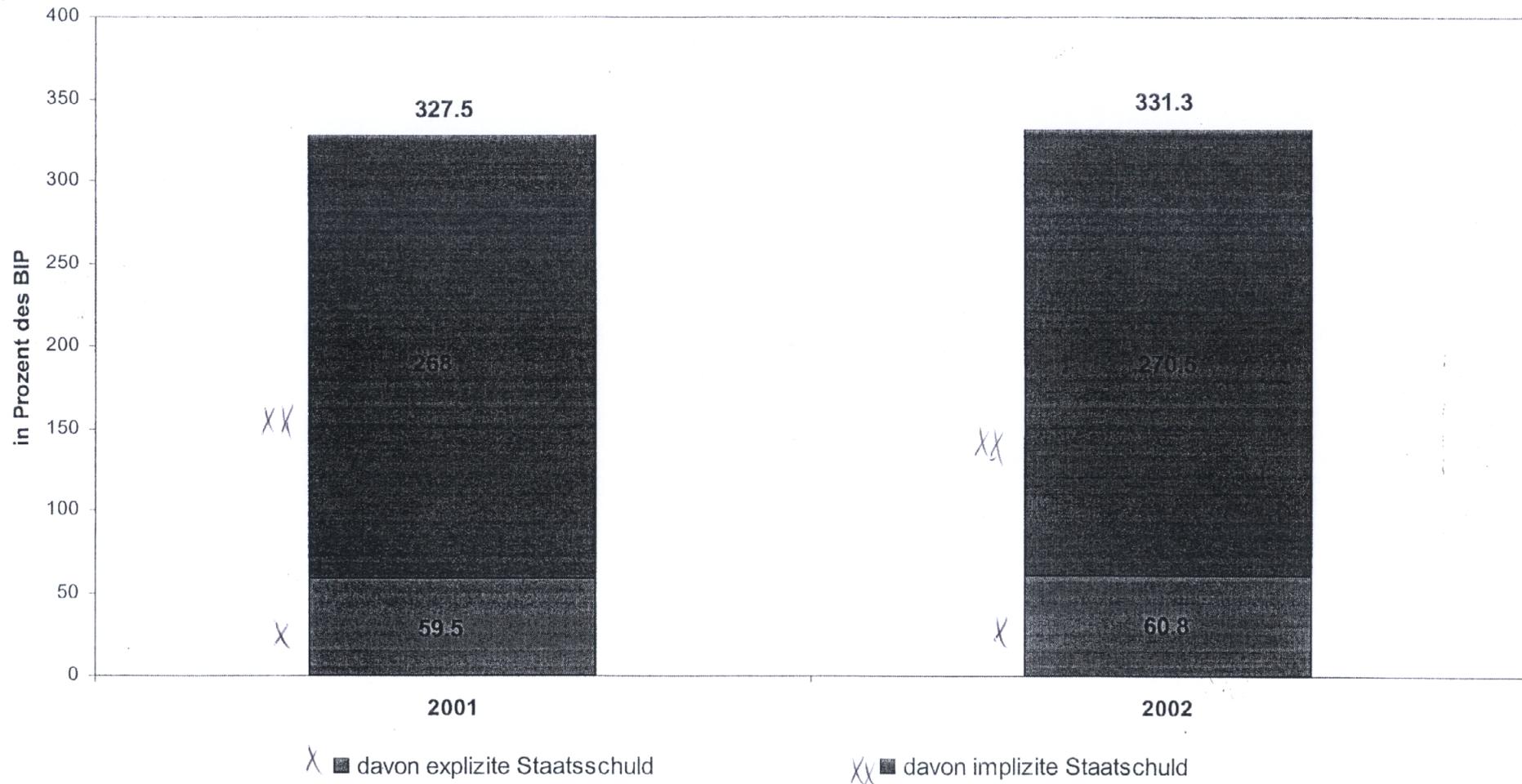
- 1 Das Problem: Der doppelte Alterungsprozess
- 2 Das Instrument: Die Generationenbilanz
- 3 Die Indikatoren Nachhaltigkeitslücke und Mehrbelastung
- 4 Ein Anwendungsbeispiel: Die jüngste Rentenreform
- 5 Weitere Anwendungsgebiete und weitere Indikatoren

## Die Nachhaltigkeitslücke

- Werden die Generationenkonten aller Generationen mit der jeweiligen Jahrgangsstärke multipliziert und aufsummiert, ergibt sich die so genannte implizite Staatschuld
- Eine implizite Staatschuld quantifiziert die schwebenden Ansprüche aller heutigen und zukünftigen Generationen an allen zukünftigen staatlichen Budgets
- Zusammen mit der expliziten Staatschuld ergibt sich dann die Nachhaltigkeitslücke als „wahre Staatschuld“

# Nachhaltigkeitslücken im Status quo

Basisjahr 2001 und 2002, Zinssatz 3,0%, BIP-Wachstum 1,5%

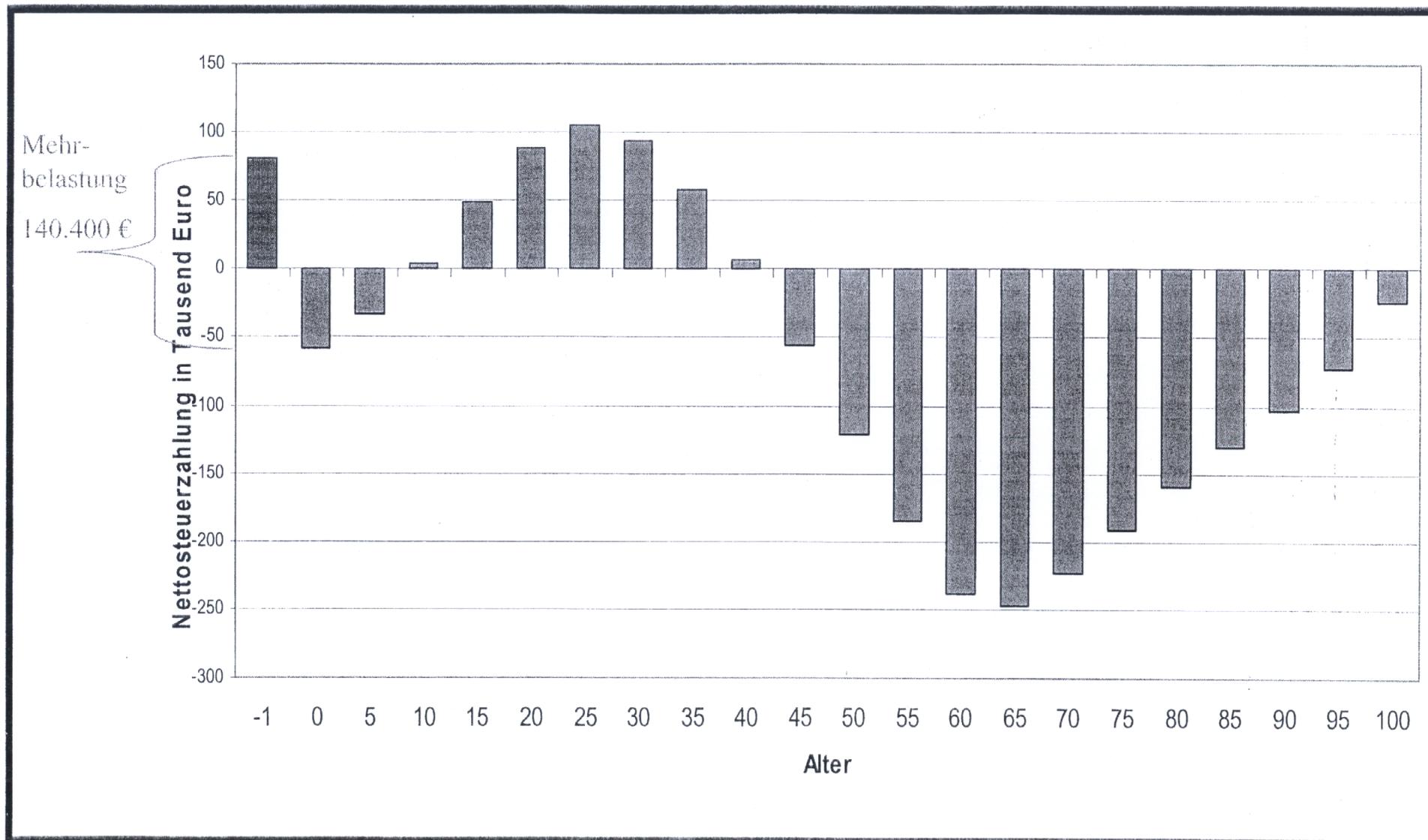


## Die Mehrbelastung zukünftiger Generationen

- In einem fiktiven Gedankenexperiment wird die Nachhaltigkeitslücke durch Steuerzahlungen zukünftiger Generationen vollständig abgebaut
- Anhand der Differenz des Generationenkontos des „-1“-jährigen und des im Basisjahr Nulljährigen kann dann die Mehrbelastung zukünftiger Generationen durch die heutige Fiskalpolitik veranschaulicht werden

# Die deutsche Generationenbilanz

Basisjahr 2001, Zinssatz 3,0%, BIP-Wachstum 1,5%



# Die Generationenbilanz – ein Instrument zur Messung fiskalischer Nachhaltigkeit

- 1 Das Problem: Der doppelte Alterungsprozess
- 2 Das Instrument: Die Generationenbilanz
- 3 Die Indikatoren Nachhaltigkeitslücke und Mehrbelastung
- 4 Ein Anwendungsbeispiel: Die jüngste Rentenreform
- 5 Weitere Anwendungsgebiete und weitere Indikatoren

# Der Nachhaltigkeitsfaktor

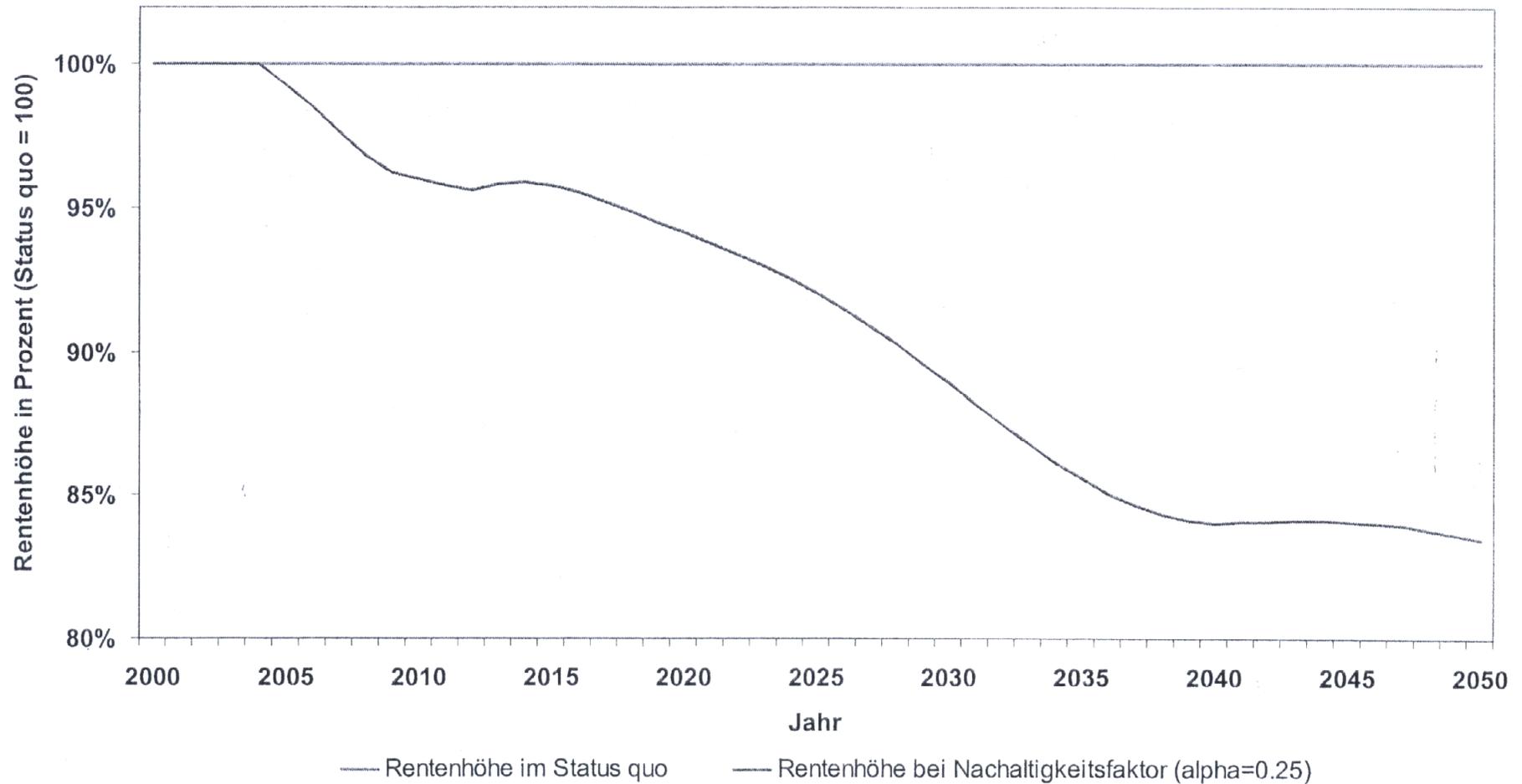
Der Nachhaltigkeitsfaktor vermindert die Höhe der Rente in Abhängigkeit des Steuerungsparameters *alpha*

Wie funktioniert das?



- Die Höhe von *alpha* gibt an, wie die Lasten der Alterung zwischen Rentnern und Erwerbstätigen aufgeteilt werden
- Das Nominalwachstum der Renten wird gebremst
- Das Rentenniveau sinkt

# Entwicklung der Rentenzahlung eines 72jährigen bei Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors



## Analyse der Reform durch die Generationenbilanzierung

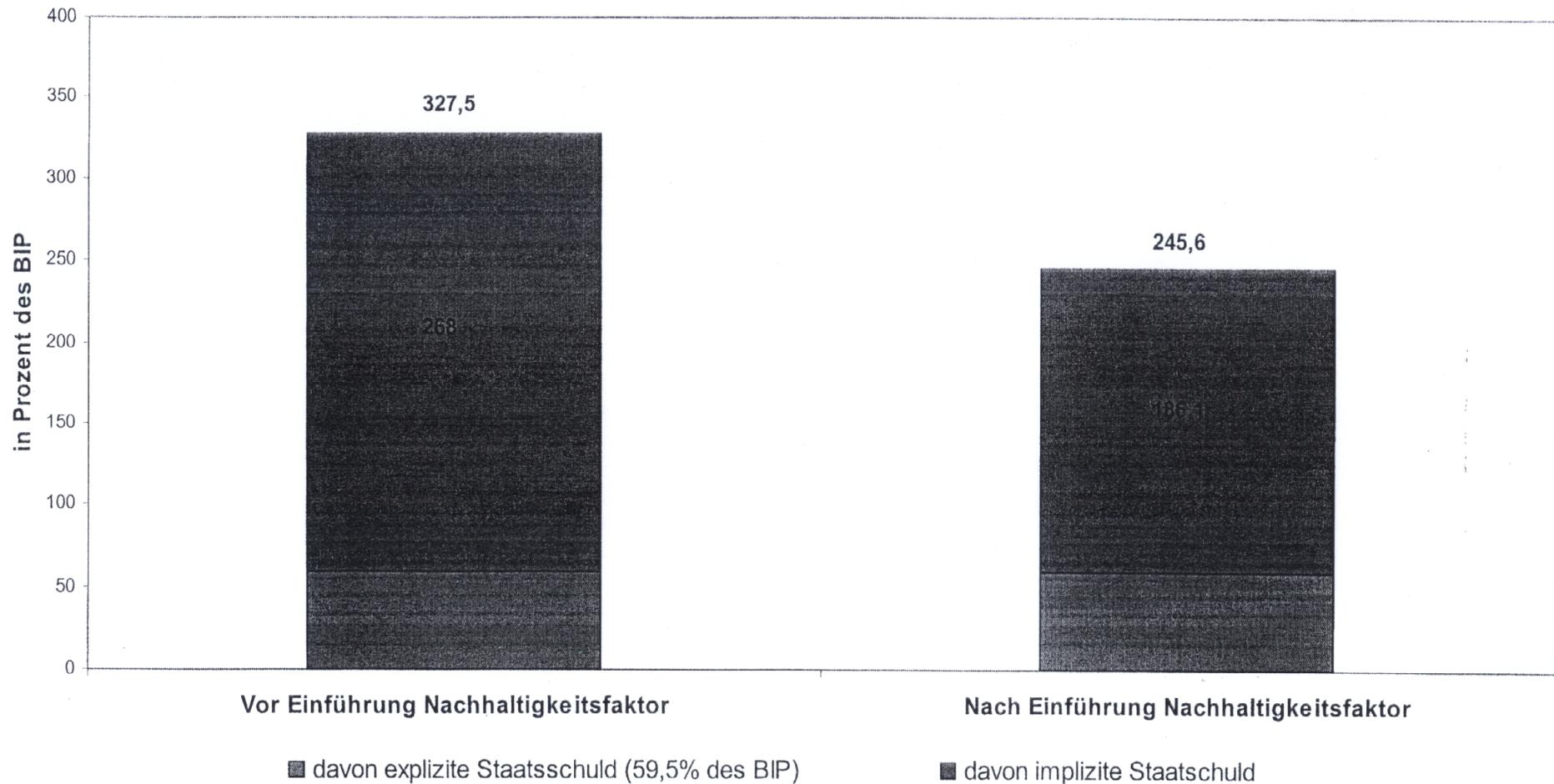
→ Mit Hilfe der Generationenbilanzierung kann nun die Reform analysiert werden:

1. Durch einen Vergleich der Indikatoren ist es möglich, die Nachhaltigkeitswirkungen einer Reform zu quantifizieren.

# Nachhaltigkeitslücken

vor und nach Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors

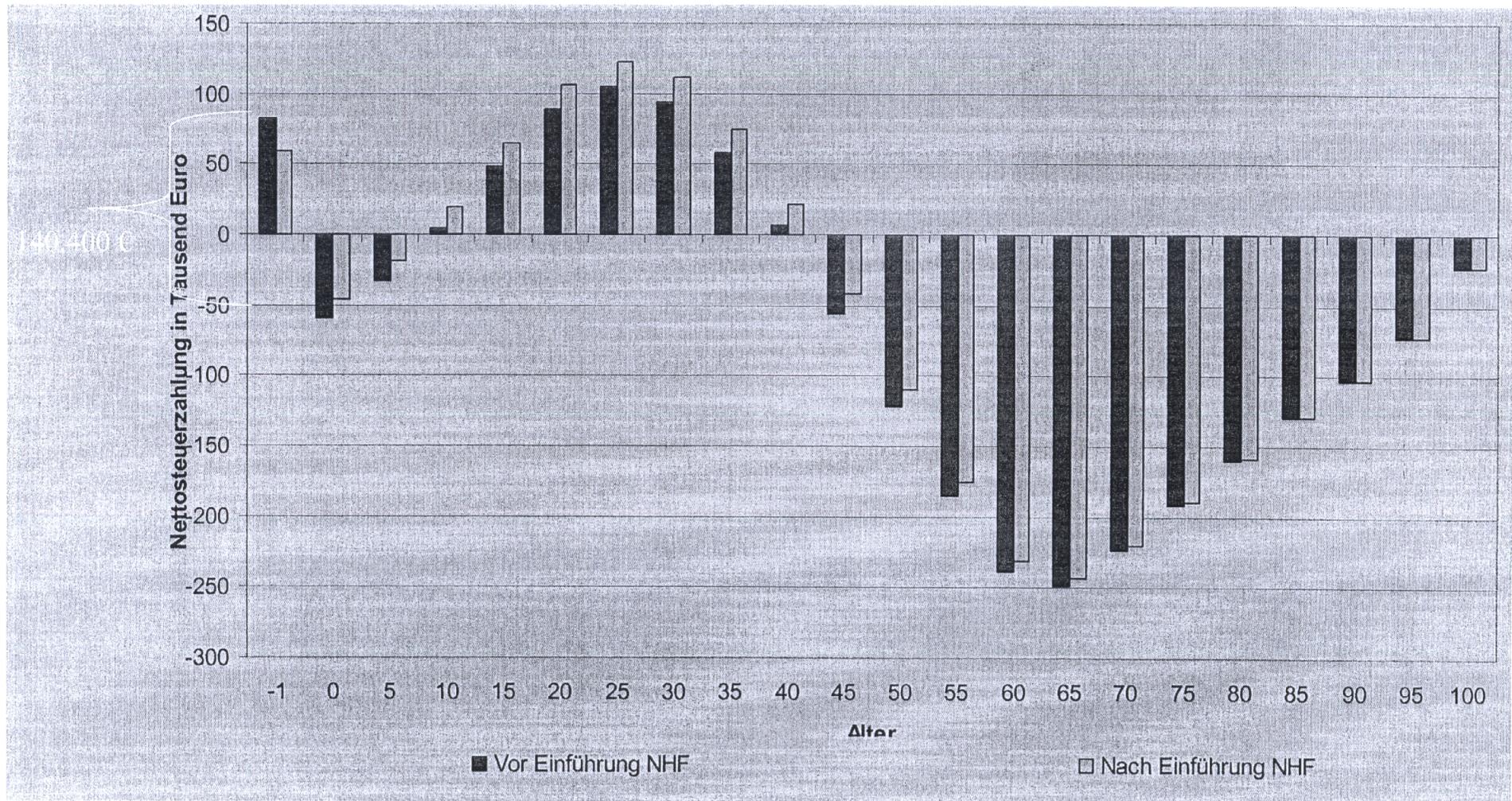
Basisjahr 2001, Zinssatz 3,0%, BIP-Wachstum 1,5%



# Generationenbilanz

vor und nach Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors

Basisjahr 2001, Zinssatz 3,0%, BIP-Wachstum 1,5%



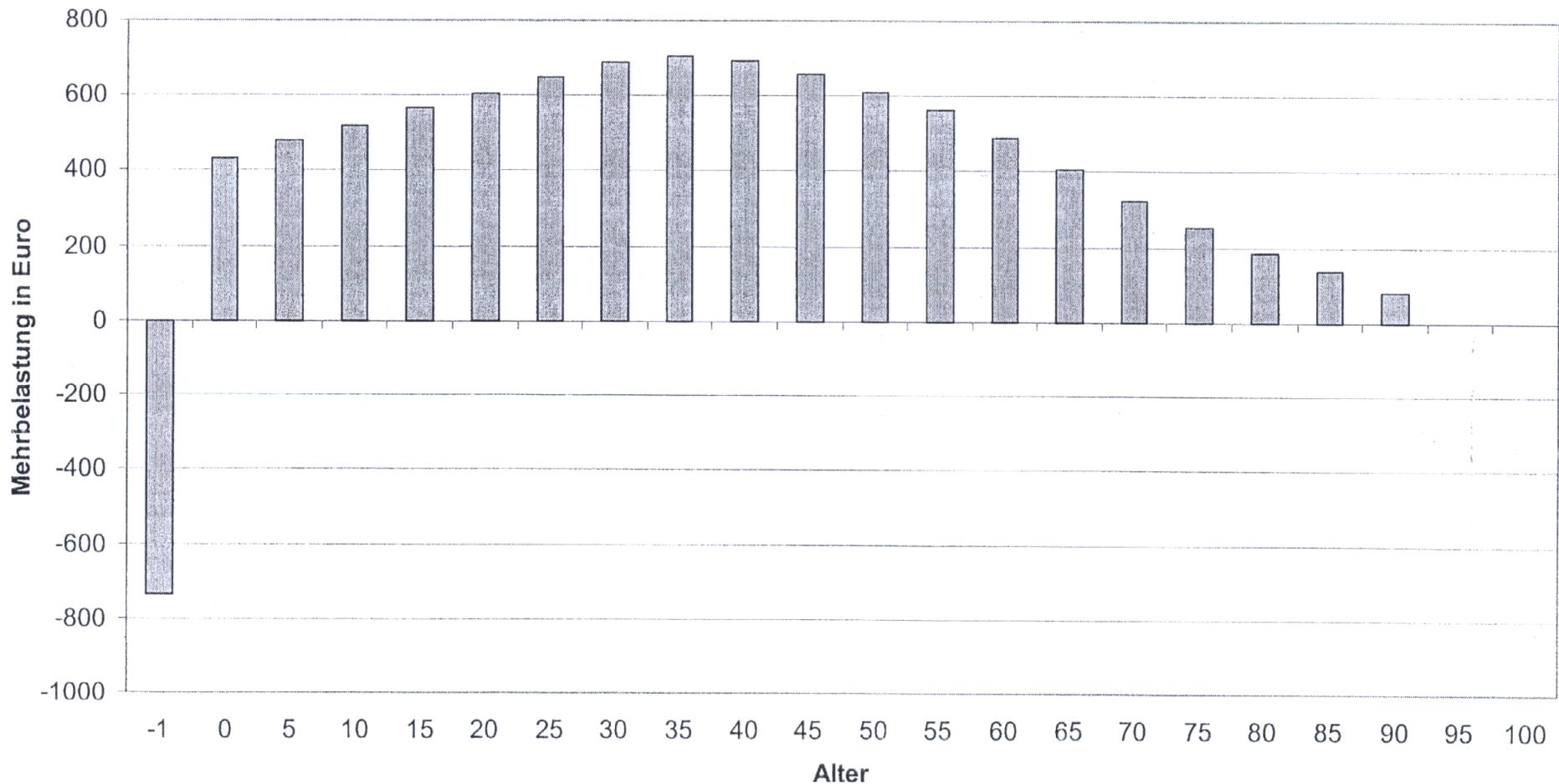
## Analyse der Reform durch die Generationenbilanzierung

→ Mit Hilfe der Generationenbilanzierung kann nun die Reform analysiert werden:

1. Durch einen Vergleich der Indikatoren ist es möglich, die Nachhaltigkeitswirkungen einer Reform zu quantifizieren.
2. Durch Umrechnung der Differenzen der Generationenkonten nach und vor der Reform in jährliche Zahlungen kann die generationenspezifische Be/Entlastungswirkung einer Reform berechnet werden.

# Generationenspezifische Mehrbelastung durch die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors

Basisjahr 2001, Zinssatz 3,0%, BIP-Wachstum 1,5%



# Die Generationenbilanz – ein Instrument zur Messung fiskalischer Nachhaltigkeit

- 1 Das Problem: Der doppelte Alterungsprozess
- 2 Das Instrument: Die Generationenbilanz
- 3 Die Indikatoren Nachhaltigkeitslücke und Mehrbelastung
- 4 Ein Anwendungsbeispiel: Die jüngste Rentenreform
- 5 Weitere Anwendungsgebiete und weitere Indikatoren

## Weitere Anwendungsgebiete der Generationenbilanz

- ➔ Generationenbilanzen der GKV oder GPV und Berücksichtigung von spezifischen Faktoren (medizinisch-technischer Fortschritt)
- ➔ Generationenbilanzen auf Länderebene mit Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs und der künftigen Beamtenentwicklung
- ➔ Internationale Vergleichsstudien

## Weitere Indikatoren

- ➔ Berechnung des jährlichen Konsolidierungsbedarfs als Anteil am BIP
- ➔ Sofortige gleichmäßige Erhöhung aller Steuern (oder auch spezifischer Steuern wie z. B. MwSt) für alle Generationen
- ➔ Auswirkungen verzögerter Entscheidungen (nicht sofortige, sondern spätere Erhöhung von Steuern)
- ➔ Indikatoren im Zeitablauf (z. B. Schuldenquote, Defizitquote, Primärdefizitquote, Beitragssatzprojektionen)

## "Demographischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik"

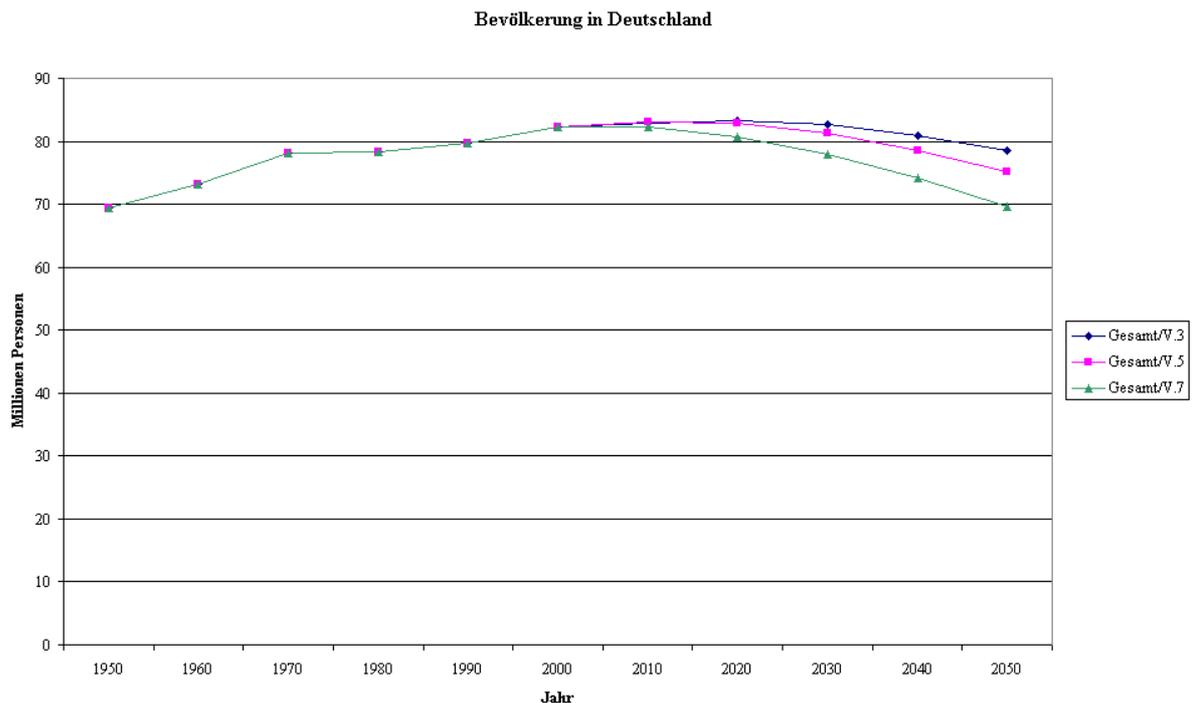
Anhörung der Enquetekommission des Hessischen Landtags  
am 10.11. 2004

Die demographische Situation ist zu einem wesentlichen Argument der sozialpolitischen Diskussion geworden. Dies ist einerseits richtig, denn wir werden in Zukunft ein gewichtiges demographisches Problem haben, andererseits wird die Demographie häufig missbraucht, um kurzfristig wirkende Einschnitte in das Sozialsystem zu rechtfertigen oder Finanzmarktinteressen zu vertreten. Dabei kommt es immer wieder zu Übertreibungen.

Das Thema dieser Anhörung „Ökonomische und fiskalische Auswirkungen des demographischen Wandels“ halte ich für problematisch. Es unterstellt, dass der demographische Wandel eine unveränderliche Größe wäre und dass die ökonomischen und fiskalischen Wirkungen primär von der Demographie abhängen. Beide Unterstellungen sind falsch. Bei meinen Überlegungen werde ich deshalb einerseits diskutieren, wie der demographische Wandel politisch beeinflusst werden kann, und andererseits skizzieren, wie die Politik in anderen Bereichen, insbesondere der Bildungs- und Wirtschaftspolitik, die Folgen des demographischen Wandels erträglich machen kann.

Ich gehe davon aus, dass die Enquetekommission mit den wichtigsten Daten des demographischen Wandels vertraut ist. Ich beschränke mich daher im folgenden auf wenige Darstellungen, die nicht so häufig zu finden sind.

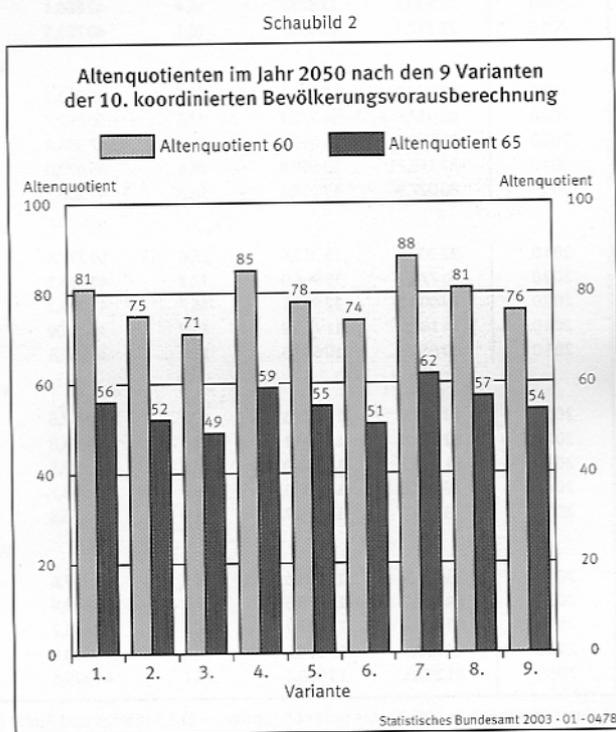
**Schaubild 1** zeigt die Bevölkerungsentwicklung von 1950 bis 2000 in Deutschland und das Prognosespektrum der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der amtlichen Statistik. Hier wurden mit drei verschiedenen Annahmen über die Entwicklung der Lebenserwartung und drei unterschiedlichen Wanderungsannahmen gerechnet. Insgesamt ergeben sich so 9 Varianten. Das Schaubild zeigt die Extremvarianten und eine mittlere Variante.



Quelle : erstellt auf Grund der Angaben in : Statistisches Jahrbuch 2003, Tabelle 3.9, S.58 und Bettina Sommer, Bevölkerungsentwicklung bis 2050, in : Wirtschaft und Statistik 8/2003, S. 700

Das ganze sieht nicht so dramatisch aus, wie es häufig dargestellt wird. Selbst bei der ungünstigsten Prognose wäre wir 2050 etwa wieder beim Bevölkerungsstand von 1950. Und die Bundesrepublik wäre bezogen auf ihre Fläche dann immer noch relativ dicht bevölkert.

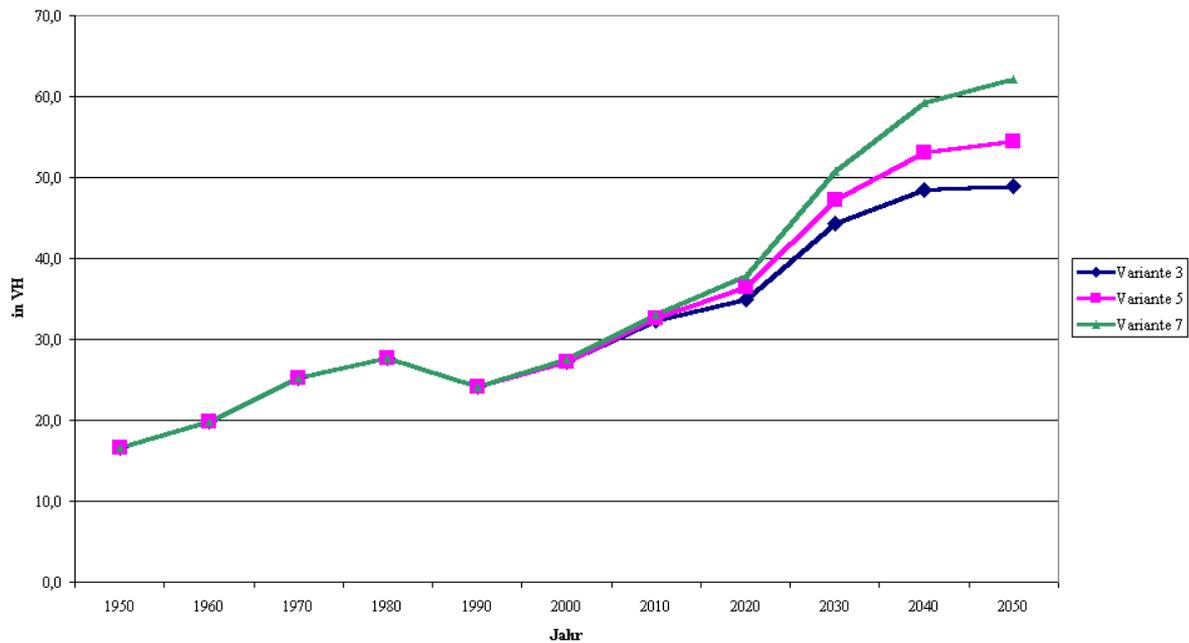
Schwieriger sind die Probleme in der Alterssicherung. Üblicherweise werden diese am Altenquotienten gemessen, der die Altenbevölkerung zu der erwerbsfähigen Bevölkerung in Verhältnis setzt. **Schaubild 2** zeigt die 9 Varianten für das Jahr 2050. Deutlich wird auch, dass die angenommene Altersgrenze von entscheidender Bedeutung ist. Mit der Annahme einer Altergrenze von 60 Jahren kann man die Leute sehr viel besser erschrecken. Aber wenn das Lebensalter steigt und Arbeitskraft wirklich knapp wird, ist die heute rechtlich gültige Altersgrenze von 65 realistischer.



Quelle: Bettina Sommer, Bevölkerungsentwicklung bis 2050, in : Wirtschaft und Statistik 8/2003, S. 699

**Schaubild 3** zeigt die Entwicklung auf der Basis einer Altergrenze von 65 Jahren. Etwa nach 2020 wird es zu gravierenden Veränderungen kommen. 2050 müssen rein rechnerisch von einer Person im erwerbsfähigen Alter mehr als doppelt so viele Rentner finanziert werden wie heute. Auch in der Vergangenheit hat es Veränderungen des Altenquotienten gegeben, aber doch nicht in diesem Ausmaß.

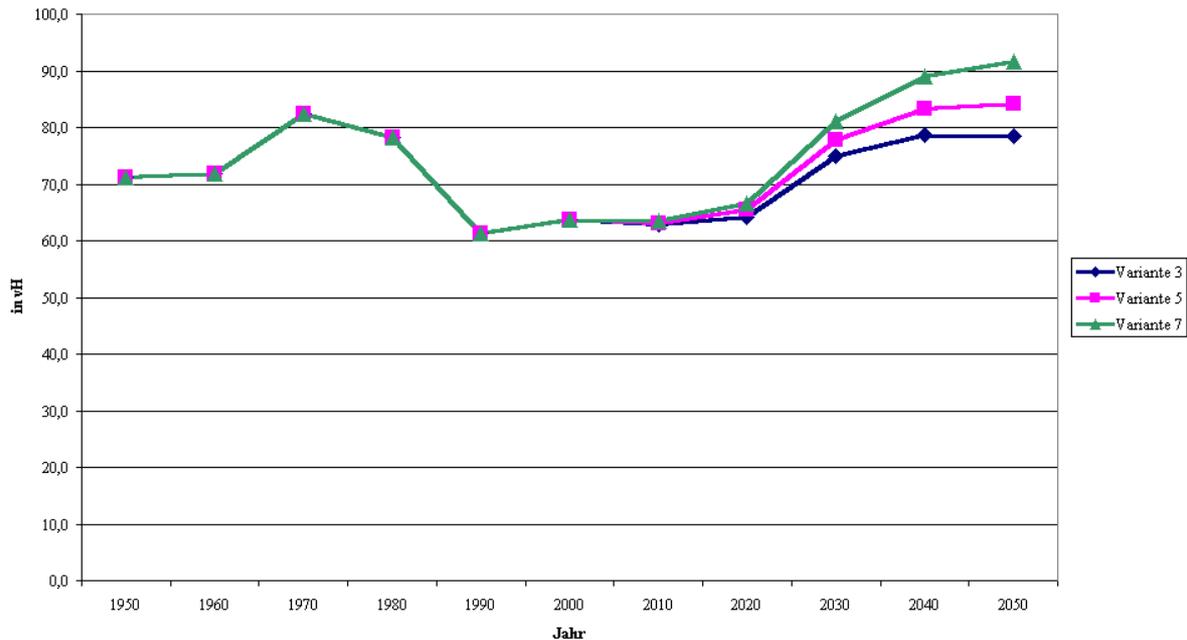
Altenquotient "65"



Quelle : erstellt auf Grund der Angaben in : Statistisches Jahrbuch 2003, Tabelle 3.9, S.58 und Bettina Sommer, Bevölkerungsentwicklung bis 2050, in : Wirtschaft und Statistik 8/2003, S. 700

Man kann diese dramatische Entwicklung relativieren, in dem man von einem Drei-Generationen-Modell ausgeht, welches berücksichtigt, dass die erwerbstätige Generation nicht nur für die alten, sondern auch für die noch nicht erwerbsfähigen Jungen aufzukommen hätte. **Schaubild 4** zeigt die Entwicklung eines Gesamtquotienten bei einer Altergrenze von 65 Jahren und einer Erwerbseintrittsgrenze von 20 bzw. 21 Jahren.

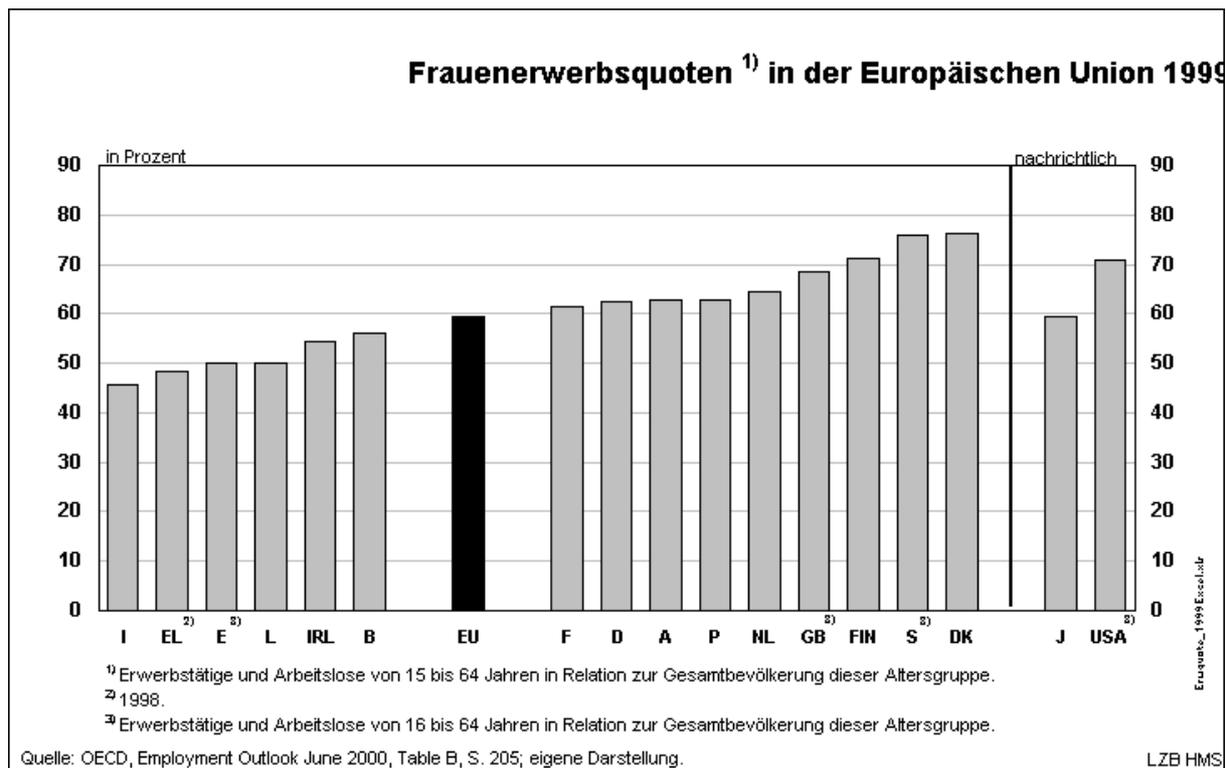
Gesamtquotient "65"



Quelle : erstellt auf Grund der Angaben in : Statistisches Jahrbuch 2003, Tabelle 3.9, S.58 und Bettina Sommer, Bevölkerungsentwicklung bis 2050, in : Wirtschaft und Statistik 8/2003, S. 700 Diese Reihe hat im Jahre 2000 einen Bruch, der das Ergebnis aber nicht wesentlich beeinträchtigt. Bis zum Jahre 2000 liegt die Grenze der Jungen bei 21 Jahren, danach bei 20 Jahren.

Diese Entwicklung ist nicht so dramatisch. Auch in den siebziger Jahren hatte der Gesamtquotient hohe Werte. Man darf aber nicht übersehen, dass jedenfalls bisher die Versorgung der Jungen weitgehend privat, die der Alten weitgehend kollektiv organisiert und finanziert sind.

Allerdings ist dies nicht das einzige Problem. Für die Alterssicherungssysteme etwa kommt es in erster Linie nicht auf die demographische Relation, sondern auf das Verhältnis von Beitragszahlern zu Leistungsempfängern an, was erfreulicherweise in dem neuen Nachhaltigkeitsfaktor berücksichtigt wird. Entscheidend ist dabei neben der Demographie die Erwerbstätigkeit. Strukturell gibt es hier eigentlich noch erhebliche Reserven. Im Vergleich entwickelter Gesellschaften weist Deutschland eine eher niedrige Erwerbsquote auf. Dies gilt insbesondere für die Frauenerwerbstätigkeit, wie **Schaubild 5** zeigt. Ob eine Erhöhung erreichbar ist, hängt aber von der Arbeitsmarktlage ab.



Wie wenig wir freilich über die Zukunft wissen, zeigen die Einschätzungen der beiden Kommissionen<sup>1</sup>, die in jüngster Zeit Reformvorschläge vorgelegt haben. Offensichtlich ist die Düsternis der aktuellen Wirtschaftslage in die Prognosen für die nächsten Jahrzehnte eingegangen. Besonders dramatisch ist dies bei der Herzog-Kommission, die es als selbstverständlich ansieht, dass auch im Jahre 2030 noch eine Arbeitslosigkeit von 9,6 % besteht. In der **Tabelle 1** sind einige der Kennwerte beider Prognosen am Beispiel der Zahlen für das Jahr 2030 wiedergegeben. Die Unterschiede sind beachtlich, und man muss sich wohl doch fragen, ob die jeweiligen Kommissionen überhaupt einen positiven Beschäftigungseffekt ihrer Reformvorschläge für wahrscheinlich halten.

Tabelle 1

<b>- Einige Kennwerte der Prognosen für das Jahr 2030</b>		
	Herzog-Kommission	Rürup-Kommission
Erwerbstätige(Inland) (Tsd)	32.400	37.750
Darunter SV-pflichtig Beschäftigte (Tsd)	26.500	31.803
Registrierte Arbeitslose (Tsd)	3.300	1.733
Arbeitslosenquote (%)	9,6	4,4
Produktivität (02-30, % p.a.)	1,25	1,8

Quelle: Herzog-Kommission S.66, Rürup-Kommission S. 61

Fragt man, was der demographische Befund für politische Entscheidungen bedeutet, ergibt sich :

<sup>1</sup> Kommission „Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme“ (sogenannte Rürup-Kommission) und die Kommission „Soziale Sicherheit“ zur Reform der sozialen Sicherungssysteme“ (sogenannte Herzog-Kommission)

Besonders betroffen ist das Alterssicherungssystem. Dies ist keine Aufgabe für die hessische Landespolitik. Es gibt aber Einflussfaktoren auf dieses System, die wesentlich von der Landespolitik bestimmt werden.

Hierzu zählt die Geburtenentwicklung. Bedauerlicherweise wurde bei der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung die Geburtenhäufigkeit als konstant angesehen und zwar auf der Basis des Durchschnitts der Jahre 1999 bis 2001 der früheren Bundesrepublik. Hierüber kann man streiten. Bei der Geburtenentwicklung kann man sich eine Umkehr der Entwicklung vorstellen, allerdings wirkt sich das erst mit einer Verzögerung von etwa 20 Jahren auf die Erwerbstätigkeit aus.

Um wieder zu mehr Geburten zu kommen, ohne das Erwerbspotential zu schmälern, ist eine Familienpolitik notwendig, die für Mann und Frau Beruf und Familie vereinbar macht. Zumindest sollte die vielfältige Diskriminierung kindererziehender Eltern, insbesondere aber der kindererziehenden Frauen abgebaut werden. Hierbei geht es einerseits um Regelungen der sozialen Sicherungssysteme in der Verantwortung des Bundes, andererseits um das Kinderbetreuungsangebot in allen seinen Varianten, das wesentlich von der Kommunal- und Landespolitik bestimmt wird. Das Angebot ist häufig quantitativ unzureichend, qualitativ zu wenig an den Bedürfnissen erwerbstätiger Mütter orientiert, z. B. bei den Öffnungszeiten. Und es dient sicher nicht der Bereitschaft Kinder zu haben, dass Kindergärten und Kindertagesstätten überwiegend ins Gewicht fallende hohe Gebühren erheben.

Wie hoch das in der Zukunft verfügbare Einkommen von Erwerbstätigen und alten Menschen sein wird, hängt nicht primär von der Zahl der erwerbsfähigen Personen, sondern von ihrer Erwerbstätigkeit und Produktivität ab. Insofern kommt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen und hohen Produktivitätssteigerungen eine besondere Bedeutung zu.

Von zentraler Bedeutung ist hier in jedem Fall die Bildungspolitik, die in der Verantwortung des Landes liegt. Viele Studien zeigen, dass hier der Nachholbedarf in Deutschland auf allen Ebenen erheblich ist. Eine flächendeckende Ganztagschule ist überfällig. Menschen ohne Schulabschluss können zur Schließung einer Erwerbstätigenlücke nicht beitragen.

Aber auch die schon angesprochenen Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind an dieser Stelle wichtig. Wenn aus demographischen Gründen Arbeitskräfte knapp werden, sind wir auf die Erwerbstätigkeit von Frauen angewiesen. Es muss aber auch darum gehen, älteren Menschen Chancen im Berufsleben zu erhalten, was der weit verbreitet Jugendwahn in der Wirtschaft häufig verhindert. Es macht wenig Sinn, über höhere Altersgrenzen zu diskutieren, ohne Arbeitsplätze für ältere Menschen zu sichern.

Am Rande sei erwähnt, dass in Bezug auf die in den Bevölkerungsprojektionen unterstellte Wanderungsbewegungen eine an den Erfordernissen des deutschen Arbeitsmarks orientierte, zielgerichtete Integrationspolitik notwendig ist.

Besonders wichtig sind hohe Produktivitätsraten, die mehr Anstrengungen bei Forschung und Entwicklung erfordern, ein Feld, bei dem auch die Länder Verantwortung tragen. Hier ist aber auch ein Umdenken in der wirtschaftspolitischen Diskussion notwendig. Die Zukunft werden wir weder mit längerer Arbeitszeit oder niedrigeren Löhnen, sondern nur mit höherer Produktivität gewinnen.

Auch wenn Investitionen in das Humankapital der heranwachsenden Generation im demographischen Wandel hohe Priorität haben, darf man Änderungen der Bedarfsstruktur im Alterungsprozess der Gesellschaft nicht übersehen. So ist eine Zunahme des Bedarfs im öffentlichen Nahverkehr wahrscheinlich. Anforderungen an soziale Dienste und Freizeitaktivitäten werden zunehmen. Wie groß der Einfluss der Demographie auf das Gesundheitssystem ist, bedarf der Klärung. Hier muss man damit rechnen, dass die Zunahme des Lebensalters zu höherem Bedarf führt. Es gibt aber auch eine gegenläufige Entwicklung. Besonders hohe Kosten fallen unmittelbar vor dem Lebensende an. Diese Kosten nehmen mit zunehmendem Sterbealter ab. Insofern kann die Verlängerung der Lebenserwartung im Saldo zu einer Entlastung führen.

Angesprochen ist damit die weitere Entwicklung der Dienstleistungsseite des Sozialstaats. Hohe Arbeitslosigkeit und Defizite in den sozialen Diensten stehen nebeneinander. Der status quo ist unbefriedigend.

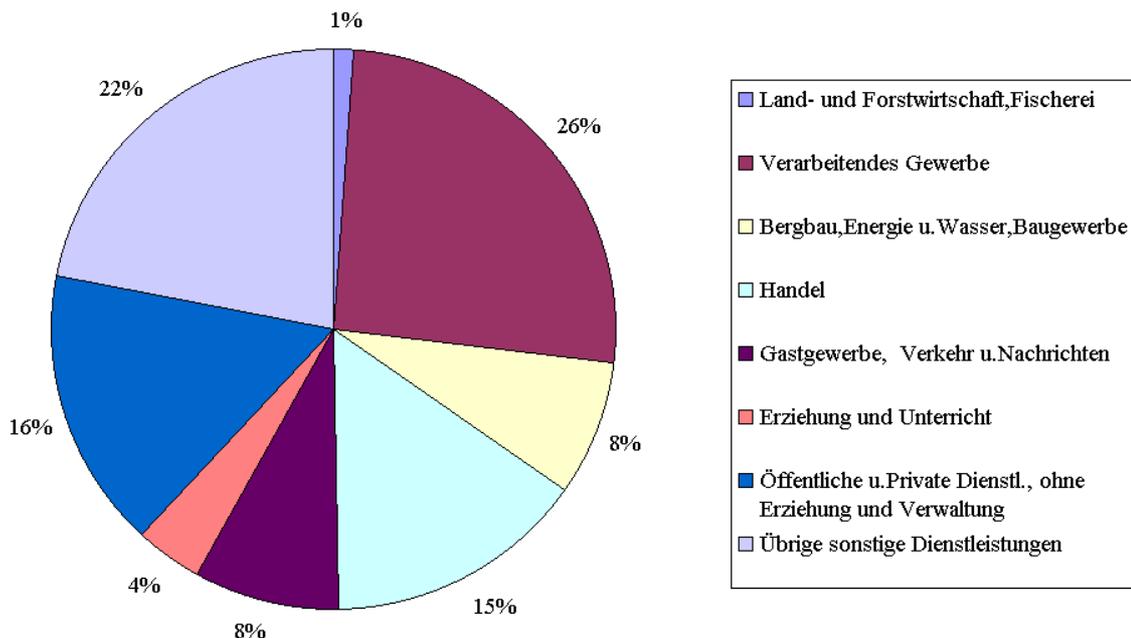
Der demographisch bedingte Ausbau des Sozialstaats ist zugleich ein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Allerdings ist die Frage, wie es gelingen kann, die Beschäftigungsintensität der sozialen Dienste zu vergrößern, nicht einfach zu beantworten. Die Versuche der letzten Jahrzehnte, dies auf bürokratischem Wege zu erreichen, sind gescheitert. Am ehesten haben zaghafte Versuche, den Wettbewerb in diesen Bereichen einzuführen, Erfolg gehabt. Es ist unverzichtbar, vorhandene Effizienzreserven zu erschließen. Mit den vorhandenen Ressourcen kann so mehr Beschäftigung geschaffen werden. Dass im Gesundheitswesen solche Reserven in erheblichem Umfang vorhanden sind, ist vielfach nachgewiesen. Bedauerlicherweise sind gerade diese bei der letzten Gesundheitsreform nicht angegangen worden.

In den letzten Jahrzehnten hat der Wettbewerb bei Teilen der sozialen Dienste Einzug gehalten. Dies war im Saldo erfolgreich. Mit einem bestimmten Ausgabenbetrag erbringen im Durchschnitt kommerzielle Anbieter rein quantitativ höhere Leistungen als die großen Wohlfahrtsorganisationen, diese wiederum höhere Leistungen als kommunale oder staatliche Anbieter. Man kann das auch anders darstellen: in der Regel erbringen kommerzielle Anbieter eine bestimmte Leistung zu niedrigeren Kosten. Die Frage, welche Leistung mit einem bestimmten Ausgabebetrag erreicht werden kann, macht aber deutlich, dass man über den Umfang an zur Verfügung stehenden Leistungen spricht, wenn man über unterschiedliche Kosten redet. Hohe Kosten der Leistungserbringung sind sozial relevant, weil sie den Umfang möglicher Leistungen verringern.

Nun wird in dieser Diskussion zu recht auf Qualitätsunterschiede verwiesen. Allerdings sollte man sich vor generellen Verdächtigungen hüten. Wenn staatliche Anbieter höhere Kosten als die großen Wohlfahrtsinstitutionen haben, bedeutet das nicht automatisch, dass sie auch eine höhere Qualität liefern. Und auch bei kommerziellen Anbietern wird häufig eine gute Qualität geleistet. Allerdings gibt es gerade auch hier schwarze Schafe.

Vor diesem Hintergrund wäre es problematisch, den Wettbewerb bei den sozialen Diensten pauschal zu verdammen. Er hat mit zu einer beachtlichen Entwicklung beigetragen. Leider sind die verfügbaren Zahlen schlecht abgegrenzt. Man kann grob schätzen, dass sich die Zahl der in den sozialen Dienste Erwerbstätigen seit 1980 etwa verdoppelt hat. Zur Zeit dürften etwa 16 % aller Beschäftigten in den sozialen Diensten arbeiten. Mit Erziehung und Unterricht sind es 20 %. Das ist eine beachtliche Zahl, wenn man berücksichtigt, dass es das gesamte verarbeitende Gewerbe auf 26 % bringt. **Schaubild 5** gibt einen Überblick.

### Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen am 30.6.2003



Quelle : erstellt auf Grund von Angaben in : Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, R 4.2.1 , 2. Vj / 2003

Zur Zeit ist diese Entwicklung eher zum Stillstand gekommen. Das heißt allerdings nicht, dass es in diesem Bereich keinen Bedarf gäbe. Im Laufe des Alterungsprozesses der Gesellschaft wird er deutlich zunehmen. In Zukunft werden wir mehr denn je darauf achten müssen, dass die knappen verfügbaren Mittel so eingesetzt werden, dass eine möglichst große Leistung entsteht. Dass man das nicht bürokratisch lösen kann, zeigen die Erfahrungen im Gesundheitssektor deutlich. In Zukunft werden wir eher mehr als weniger Wettbewerb brauchen. Allerdings muss man das Qualitätsproblem angehen. Soziale Dienste haben es mit einem Umfeld zu tun, in dem unregulierter Wettbewerb in die Irre führt. Der Markt alleine ist noch keine Garantie für Effizienz und Zielangemessenheit. So ist das amerikanische Gesundheitssystem im wesentlichen marktgesteuert und zählt doch zu den teuersten der Welt, obwohl bis zu einem Drittel der Bevölkerung keinen vernünftigen Gesundheitsschutz haben. Gerade in einem so sensiblen Bereich wie den Sozialen Diensten bedarf der Markt der staatlichen Gestaltung. Diese darf man auch nicht den Anbietern überlassen. Kosten und Qualität der Leistung sind gleichermaßen wichtig. Wir brauchen gerade im Sozialbereich Qualitätsstandards, die verbindlich sind und überprüft werden. Dabei kommt es nicht auf den Einsatz, die inputs an, sondern auf das erzielte Ergebnis, neudeutsch den output. Nur Standards, die am Ergebnis anknüpfen, können uns vor einer Regulierungsbürokratie bewahren, wie wir sie heute alltäglich in der Pflegeversicherung beobachten können.

Ein schwieriges Problem wird die Pflegeversicherung bleiben. Jetzt rächt sich, dass man diesen Versicherungszweig nicht von vorneherein mit der Alterssicherung verbunden hat. Eine grundlegende Reform steht hier noch aus.

Ökonomen haben einen einfachen Begriff, mit dem man zusammenfassend die Herausforderungen des demographischen Wandels beantworten kann : Um den demographischen Wandel zu bewältigen brauchen wir zu aller erst Investitionen in das Humankapital, in Bildung, Forschung und Entwicklung, in soziale Dienste.



## Ökonomische und fiskalische Auswirkungen des demografischen Wandels<sup>1</sup>

Das Thema Demografie ist derzeit in aller Munde. In einem Bericht über mehrere Veranstaltungen, die Ende Oktober zeitgleich in Berlin stattfanden, konstatierte die FAZ sogar ein Demografie-Fieber in der Bundeshauptstadt.

Nun also eine Demografie-Debatte im Hessischen Landtag. Ist dies gerechtfertigt? Macht es Sinn, dass sich der Landtag mit dem demografischen Wandel und seinen Folgen auseinandersetzt – oder ist dies nur ein Modethema ohne ernsthafte Relevanz – wie manche Beobachter meinen?

Ich meine, nein! Der demografische Wandel ist ein Megatrend, eine der zentralen Herausforderungen, die wir in Deutschland bewältigen müssen. Es ist richtig und keineswegs zu früh, dass sich Öffentlichkeit und Politik auch hier in Hessen mit diesem wichtigen Trend und seinen Folgen befassen.

Der demografische Umbruch ist epochal. In Deutschland liegt die Geburtenrate seit über 30 Jahren um ein Drittel unter dem Niveau, das zur Bestandserhaltung der Bevölkerung erforderlich wäre. Es werden im Durchschnitt nur etwa 1,3 Kinder pro Frau geboren. Die bestandsichernde Rate liegt hingegen bei 2,1. In der geringen Geburtenneigung ist ein signifikanter Bevölkerungsrückgang angelegt. Die aktuellen Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes lassen daran keinen Zweifel. Folgt man der Projektion mit den – nach allgemeiner Einschätzung – plausibelsten Annahmen, so geht die Zahl der Einwohner in Deutschland bis zur Jahrhundertmitte um etwa 10% von derzeit 82,5 Millionen auf rund 75 Millionen zurück. Dabei nimmt das Amt einen leichten Anstieg der Geburtenrate und eine Zuwanderung von 200.000 Personen pro Jahr an.

Wichtiger aber noch ist, dass wir gleichzeitig eine dramatische Verschiebung der Altersstruktur unserer Gesellschaft erleben werden. Angesichts des anhaltenden Geburtendefizits und der weiter steigenden Lebenserwartung kann von einer Alterspyramide schon länger keine Rede mehr sein. Vielmehr drängt sich das Bild einer Urne auf – mit einer Auswölbung in der Mitte. Das sind die geburtenstarken Jahrgänge der 50 und 60er Jahre. Mit dem Altern der Babyboom-Generation wird aus der Vase ein Pilz. Unser Land altert. In der Mitte des Jahrhunderts wird jeder Dritte in Deutschland über 65 Jahre alt sein; heute ist es jeder sechste.

Diese Zahlen beruhen zwar auf Projektionen, d.h. bedingten Vorhersagen, die nur eintreten, wenn sich die zugrunde liegenden Annahmen als zutreffend erweisen. Entscheidend dabei sind aber nur drei Variablen, 1. das Geburtenverhalten, 2. die Sterblichkeit und 3. die Wanderungen. Wanderungen sind die offene Flanke von Bevölkerungsvorausberechnungen. In den Annahmen über diesen Punkt steckt die größte Unsicherheit. Das haben wir in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland erlebt. Dabei wird die Unsicherheit, d.h. die Möglichkeit von Abweichungen von einem etablierten Trend umso größer, je kleiner die betrachtete Region ist.

---

<sup>1</sup> Manuskript für einen Vortrag bei der öffentlichen Anhörung der Enquetekommission des Hessischen Landtags „Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik“ am 2. November 2004 in Wiesbaden



Für die Bevölkerungsentwicklung eines Bundeslandes sind eben nicht nur Zu- und Abwanderungen über die Staatsgrenze der Bundesrepublik hinweg relevant, sondern auch die Zu- und Fortzüge gegenüber den anderen Bundesländern. Hier liegt – denke ich – eine Chance für Hessen. Ich komme später auf diesen Aspekt zurück.

Anders als bei den Wanderungen sind abrupte Trendbrüche bei den beiden anderen Determinanten, der Sterblichkeit und der Geburtenneigung eher unwahrscheinlich. Erfreulicherweise sinkt die Sterblichkeit in Deutschland tendenziell – vor allem in den höheren Altersjährgängen – und dementsprechend steigt die Lebenserwartung im Trend. Und die Geburtenrate bewegt sich bereits seit 35 Jahren auf dem derzeitigen niedrigen Niveau. Grundlegende Veränderungen sind hier nicht in Sicht.

Das heißt, dass sich die skizzierte demografische Entwicklung unter plausiblen Annahmen nur schwer aufhalten lässt. Demografische Trends haben eine lange Bremsspur. Für mehr Kinder müssten nun die in den 1970er und 80er Jahren Geborenen sorgen. Diese Altersjährgänge sind aber bereits schwach besetzt. Daher würde selbst bei einem deutlichen Anstieg der Geburtenrate in den nächsten Jahren noch lange Zeit ein Geburtendefizit bestehen bleiben. Sogar ein kräftiger Anstieg der Geburtenrate auf 2,1 könnte nicht verhindern, dass die Bevölkerung bis 2050 um fast 6 Millionen Personen schrumpft, wenn kein Ausgleich durch Zuwanderung erfolgen würde. Weil die Weichen für die Bevölkerungsentwicklung zumindest bis 2030 bereits gestellt sind, müssen wir uns schon heute mit deren Konsequenzen befassen.

In der öffentlichen Debatte wird das Thema Demografie vorwiegend in Zusammenhang mit der Frage nach der Tragfähigkeit der Sozialsysteme diskutiert. Das ist zweifellos ein wichtiger Aspekt. Es liegt auf der Hand, dass die sozialen Sicherungssysteme aus der Balance geraten, wenn einerseits die Zahl der Beitragszahler abnimmt, während andererseits immer mehr ältere Menschen Leistungen beanspruchen. Die durch Umlage auf die Erwerbseinkommen finanzierten Sozialversicherungen sind davon besonders betroffen. In den Umlagesystemen kann nicht durch Kapitalbildung für die kommenden schwierigen Jahrzehnte vorgesorgt werden. Die Sozialversicherungen bedürfen daher der Stütze durch ergänzende kapitalbasierte Systeme. Das gilt offenkundig für die Alterssicherung. Es gilt aber auch für die Gesundheitsvorsorge einschließlich dem Bereich der Pflege. Ein Mischsystem aus umlagefinanzierter staatlicher Versorgung und privater Vorsorge tut daher not – zumal eine Mischfinanzierung der sozialen Sicherung auch unter Risikoaspekten vorzuziehen ist.

Beim Thema Demografie geht es aber um mehr als die Sicherheit der Renten. In weiten Bereichen unseres Lebens stehen Umbrüche bevor – gerade auch in der Wirtschaft. Ich will mich im Folgenden vor allem mit diesen ökonomischen Implikationen befassen. Dazu möchte ich vier Thesen vortragen.

### 1. These

**Die demografische Entwicklung trifft ins Mark unserer Wohlstandsgesellschaft. Sie vermindert das Angebot an Arbeitskräften und schwächt das Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft.**



Der demografische Wandel schlägt zuerst auf den Arbeitsmarkt durch. Wegen des fehlenden Nachwuchses nimmt die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte, das so genannte Erwerbspersonenpotenzial, ab. Unter der Annahme einer längerfristig unveränderten Netto-Zunahme von jährlich 200.000 Personen setzt der Rückgang etwa ab 2012 ein. Er verläuft zunächst moderat. Ab 2020 gewinnt der Schrumpfungsprozess aber an Brisanz. Von diesem Jahr an werden die geburtenstarken Altersjahrgänge vermehrt aus dem Erwerbsleben ausscheiden. In einem relativ wahrscheinlichen Szenarium schrumpft die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte zwischen 2020 und 2040 um fast 1 % pro Jahr, wenn nicht gegengesteuert wird.

Allein dieser quantitative Effekt schmälert die Wachstumsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft beträchtlich. Ein Indikator dafür ist das Wachstumspotenzial. Es misst die gesamtwirtschaftliche Leistung, die mit den verfügbaren Arbeitskräften und dem verfügbaren Sachkapital bei normaler Auslastung produziert werden kann, und zwar bei einer gegebenen Rate des technischen Fortschritts.

Berechnungen von Deutsche Bank Research zeigen, dass das Wachstumspotenzial voraussichtlich deutlich sinkt. Kann die deutsche Wirtschaft mit den derzeit vorhandenen Kapazitäten mittelfristig etwa 1 ¾ Prozent pro Jahr wachsen, so wird dieser Wert unter Status-quo-Bedingungen im kommenden Jahrzehnt um einen halben Prozentpunkt zurückgehen. In den Dekaden nach 2020 fällt das Wachstumspotenzial dann auf unter 1 Prozent pro Jahr, wenn sich beim Erwerbsverhalten, bei der Zuwanderung und der Produktivität keine neuen Trends ergeben.

Nun können Arbeitskräfte zu einem gewissen Grad durch Kapital, d.h. mehr Maschinen und Computer, ersetzt werden. Verstärkter Kapitaleinsatz kann also die Verknappung von Arbeit zum Teil wettmachen. Vermutlich wird jedoch die Produktivität des zusätzlichen Kapitaleinsatzes kleiner werden, weil die rentabelsten Investitionen in der Regel zuerst erfolgen. Dieses Phänomen könnte nur durch mehr und erfolgreichere Innovationen ausgeglichen werden. Vieles hängt also von der künftigen Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ab.

## 2. These

### **Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung gefährden den Innovationsstandort Deutschland.**

Würde man im Hinblick auf die Produktivität und Innovationsfähigkeit nur den langfristigen Trend fortschreiben, so müsste man pessimistisch sein. In der deutschen Industrie ist die Rate der Produktivität je Beschäftigtenstunde seit den 70er Jahren von jährlich fast 4 % auf nur noch 2,3 % seit Mitte der 90er Jahre gefallen. Damit liegen wir nun deutlich hinter den USA (mit 5,3 % p.a.) und auch hinter europäischen Partnern wie Frankreich (4,3 %) zurück.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Theoretisch exakt wäre es, die Entwicklung des technischen Fortschritts in der gesamten Volkswirtschaft anhand der so genannten totalen Faktorproduktivität (TFP) zu messen. Aber auch bei dieser Messgröße zeigt sich ein für Deutschland ungünstiger Trend. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds sank die TFP in Deutschland von 1,2 % p.a. im Zeitraum 1990 – 1995 auf 0,8 % p.a. in den Jahren 1996 – 2002. In den USA und Frankreich stieg die TFP jedoch von jeweils 0,8 % p.a. in der ersten Hälfte der 90er Jahre auf 1,2 % bzw. 1,4 % danach.



Wenn dieser Trend anhält, werden wir in Deutschland nur noch die sprichwörtlichen kleinen Brötchen backen können. Das gilt umso mehr, als die deutsche Wirtschaft weiterhin unter hohem Wettbewerbsdruck stehen wird. Dafür sorgt nicht allein die Konkurrenz aus den anderen Industrieländern. Vielmehr wird Deutschland immer stärker auch durch die neuen EU-Mitglieder aus Osteuropa und die aufstrebenden asiatischen Schwellenländer herausgefordert. Deren technisch-ökonomischen Fähigkeiten nehmen im Internetzeitalter rasch zu. Umso wichtiger ist die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft. Wir müssen bei High-tech mit an der Spitze marschieren, damit wir in der globalen Wirtschaftsliga nicht nach unten durchgereicht werden.

Kann eine alternde Gesellschaft den Motor des technischen Fortschritts auf hoher Drehzahl halten? Diese Frage ist strittig. Freilich deutet einiges darauf hin, dass die technologische Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands künftig sinken könnte.

Jüngere Menschen sind eine starke Innovationskraft. Die wissenschaftlich-technische Forschung wird besonders von jungen Wissenschaftlern und Ingenieuren vorangebracht. Vor allem spielen junge Arbeitskräfte wegen ihrer zeitnahen Ausbildung und ihrer hohen Mobilität eine bedeutende Rolle bei der Ausbreitung neuen Wissens in der Wirtschaft. Die Akzeptanz technologischer Neuerung ist in dieser Altersgruppe relativ groß. Es sind in der Regel die jüngeren Mitarbeiter in den Betrieben und Verwaltungen, die neue Computer-Programme als erste anwenden.

Die Suche nach jungen Fachkräften bereitet vielen Unternehmen aber schon heute Schwierigkeiten. Einer aktuellen Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft zufolge leiden bereits 20 % der Betriebe in Deutschland an Engpässen auf dem Fachkräftemarkt. Betroffen sind etwa die IT-Branche, der Maschinenbau und die Elektrotechnische Industrie. Derzeit reflektieren die Engpässe vor allem die unzureichende Neigung junger Menschen, die gesuchten Studiengänge zu absolvieren. Mit Beginn des kommenden Jahrzehnts droht jedoch – demografisch bedingt – eine zunehmende Verschärfung des Fachkräftemangels. Gut ausgebildete Arbeitskräfte sind für das rohstoffarme Deutschland jedoch die wichtigste Ressource.

In unserer alternden Gesellschaft könnten auch Unternehmer knapp werden, und zwar insbesondere Pionierunternehmer, die innovative Produkte anbieten. Empirische Untersuchungen zeigen hier ein relativ eindeutiges Bild. Die 25-45jährigen gehören in vielen Ländern zu den aktivsten Unternehmensgründern. Vor allem in Zukunftsbranchen wie der Informations- und Kommunikationstechnologie werden neue Unternehmen überwiegend von jüngeren Menschen gegründet. Studien zeigen auch eine hohe Korrelation zwischen den Gründungsaktivitäten in einem Land und dem Wirtschaftswachstum.

Schließlich besteht auch die Gefahr, dass sich Stagnationstendenzen in einer alternden Volkswirtschaft selbst verstärken. Einer vielfach bestätigten Hypothese des niederländischen Ökonomen Verdoorn zufolge, hängt die Rate des technischen Fortschritts ihrerseits vom Wirtschaftswachstum ab. Es gilt, je dynamischer die Wirtschaft wächst, desto größer sind auch die Produktivitätsfortschritte. Offenkundig gibt es zwischen beiden Größen Rückkoppelungseffekte. Wenn das Sozialprodukt kräftig wächst, wird mehr investiert und Innovationen können sich rascher über die Unternehmen hinweg ausbreiten. Umgekehrt finden technologische Neuerungen nur schwer ihren Weg durch die Wirtschaft, wenn es allgemein an Dynamik mangelt.



Freilich gibt es auch Argumente, die für anhaltende Produktivitätsfortschritte sprechen. So sind ältere Arbeitnehmer heute in der Regel gesünder und in vielen Berufen leistungsfähiger als vor 30 Jahren. Dieser Trend dürfte anhalten. Zudem nehmen berufsspezifische Kenntnisse und Fähigkeiten mit den Berufsjahren zu. Erfahrung zählt weiterhin, wenn auch – wegen des beschleunigten Strukturwandels – nicht mehr in gleichem Maße wie früher. Vor allem aber dürfte der Anpassungsdruck, der aus der zu erwartenden Arbeitskräfteknappheit resultiert, die Anreize für die Implementierung neuer Technologien in den Unternehmen verstärken.

### 3. These

#### **Sinkende Produktivität und wirtschaftliche Stagnation sind kein unentrinnbares Schicksal. Wirtschaft und Politik können gegensteuern.**

Arbeitskräftemangel und sinkende technologische Wettbewerbsfähigkeit sind keineswegs unvermeidbar. Die Bevölkerungstrends lassen sich zwar kaum mehr aufhalten; aber die ökonomischen Effekte sind gestaltbar. Dafür gibt es mehrere Stellschrauben. Einerseits gilt es, das vorhandene Potenzial an Arbeitskräften bestmöglich zu heben. Zum anderen kommt es darauf an, die Produktivität der Arbeitskräfte zu stärken.

Das Angebot an Arbeit könnte durch einen geeigneten Politik-Mix nachhaltig gesteigert werden. Nach Berechnungen aus unserem Hause könnte das Wachstumspotenzial in Deutschland sogar bis 2050 konstant gehalten werden, wenn ein geeignetes Maßnahmenbündel umgesetzt würde. Dazu gehören:

1. eine höhere Erwerbsbeteiligung von Älteren durch eine Anhebung des faktischen Renteneintrittsalters auf 65 Jahre. Heute gehen die Deutschen im Durchschnitt mit nur 60 Jahren in Rente. Nur 37 % der 54- bis 65jährigen sind erwerbstätig; in den USA sind es hingegen 57 % und in Schweden sogar 67 %. Diese Reserven gilt es zu heben. (Stichworte: Abbau von Anreizen für den Vorruhestand, Ausbau altersgerechter Arbeitsplätze in den Betrieben).
2. eine Anhebung der Wochen- bzw. Jahresarbeitszeit von derzeit durchschnittlich 28 auf 34 Stunden pro Woche. Dies impliziert u.a. eine höhere Erwerbsquote von Frauen bzw. einen vermehrten Umstieg teilzeitbeschäftigter Frauen auf Vollzeitstellen. Es impliziert aber auch eine Anhebung der tariflichen Wochenarbeitszeiten.
3. die Zuwanderung von Arbeitskräften. In unserem Szenarium ist eine Zuwanderung von 200.000 Personen pro Jahr unterstellt. Die Zuwanderer haben, und das ein entscheidender Punkt, annahmegemäß die gleiche Qualifikationsstruktur wie die bereits hier lebende Bevölkerung. Das deutet auf die große Aufgabe hin, die sich der Integrations- und Zuwanderungspolitik stellt. Wir brauchen Zuwanderung zum Arbeitsmarkt, bevorzugt von Fachkräften, nicht aber Zuwanderung in die Sozialsysteme.
4. In der Praxis wäre viel gewonnen, wenn die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland abgebaut werden könnte. Dafür sind vor allem Reformen auf dem Arbeitsmarkt wichtig. Nicht darauf hoffen sollte man, dass sich die Probleme am Arbeitsmarkt wegen der Demografie gleichsam von selbst lösen.



Wenn sich die hohe Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren weiter verfestigt, wird sie auch danach kaum mehr aufzulösen sein, selbst wenn den Betrieben dann der Nachwuchs fehlt.

Dass wir das vorhandene Arbeitskräftepotenzial besser nutzen ist unverzichtbar. Notwendig ist aber eine Doppelstrategie, die auch der Gefahr sinkender Produktivität und Innovationsfähigkeit entgegenwirkt. Die Schlüsselinstrumente dafür heißen Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. Angesichts verschiedener Warnzeichen über Qualitätsprobleme im deutschen Bildungssystem wird die bildungspolitische Debatte in jüngster Zeit mit neuem Elan geführt. Das geschieht zu Recht auch mit Blick auf den demografischen Wandel und den drohenden Fachkräftemangel. Die Kenntnisse und Fähigkeiten der Mitarbeiter sind das entscheidende Asset moderner, wissensbasierter Unternehmen.

Freilich erfordert die Sicherung der Innovationsfähigkeit an vielen Stellen entschlossenes Handeln von Politik und Wirtschaft. Ergänzend zu nennen sind etwa eine verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung in staatlichen und privaten Institutionen und die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen. Entscheidend dafür sind ein wettbewerbsfähiges Steuersystem und der Abbau noch vorhandener administrativer Hemmnisse. Offenkundig sollte die staatliche Zukunftsvorsorge auch eine nachhaltige Fiskalpolitik einschließen. Im Interesse der jüngeren Generation ist Disziplin bei der Rückführung der Staatsverschuldung angezeigt. Wie die Wirtschaft so muss sich auch der Staat zukunftsgerecht positionieren, d.h. bei Staatsausgaben umsteuern – weg vom überzogenen Gegenwartsverbrauch hin zu mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur.

#### 4. These

#### **Auch Hessen hat ‚graue Sorgen‘, aber das Land verfügt über wirtschaftliches Potenzial, das es zu nutzen gilt.**

Die demografische Perspektive des Landes Hessen entspricht in etwa der Perspektive der westdeutschen Bundesländer insgesamt. Nach der mittleren Variante der Bevölkerungsprojektionen des Statistischen Bundesamtes verändert sich die Einwohnerzahl Hessens bis Ende des kommenden Jahrzehnts nicht signifikant. In der 3. und 4. Dekade des Jahrhunderts wird die Bevölkerungszahl dann aber jeweils um 120.000 bzw. 240.000 schrumpfen. Zur Jahrhundertmitte werden nach dieser Projektion rund 700.000 bzw. 11 % weniger Menschen in Hessen leben als heute. Hessen hat jedoch die Chance, durch eine erfolgreiche Standortpolitik seine Attraktivität für Arbeitskräfte – auch aus anderen Bundesländern – weiter zu steigern.

So verfügt das Rhein-Main-Gebiet über das Potenzial, seine herausgehobene Stellung als Wachstumszentrum für wissensbasierte Dienstleistungen weiter zu steigern. Für andere Regionen geht es vor allem darum, sich im bundesweiten Standortwettbewerb zu bewähren. Vor allem durch die Förderung von Humankapital (Stichwort Pflege der Schul- und Hochschullandschaft) und dienstleistungsorientierte öffentliche Verwaltungen kann die Landespolitik wesentlich zu einer guten Positionierung des Landes beitragen.

Dessen ungeachtet dürfte es aber auch in Hessen anhaltend strukturschwache Regionen geben, die – vor allem auch wegen des Fortzugs junger Menschen – von



einer verstärkten Bevölkerungsschrumpfung betroffen sein werden. In diesen Regionen stellen sich besondere Probleme und Anpassungserfordernisse (Stichworte kostspieliger Rückbau von Infrastruktur wie Wasserver- und -entsorgung, Umwidmung öffentlicher Gebäude wie Schulen, Belebung bzw. Sanierung von Dorfkernen).

Auch Hessen hat „graue Sorgen“, aber es verfügt über viele Pluspunkte im nationalen (und internationalen) Standortwettbewerb: eine zentrale Lage im erweiterten Europa, ausgezeichnete Verkehrsanbindungen (Ausbau des Flughafens), eine relativ günstige Branchenstruktur und eine lebendige Hochschullandschaft. Wenn diese Vorteile richtig genutzt werden, sollte Hessen der Weg in eine erfolgreiche Zukunft gelingen können.

# **Anhörung der Enquetekommission „Demographischer Wandel“ am 10. November 2004**

## **Thema: „Ökonomische und fiskalische Auswirkungen des demographischen Wandels“**

### **1 Einleitung**

Am 6. Juni 2003 wurde die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (vgl. Sommer 2003) vorgestellt. Die Reaktion der deutschen Presse war zum Großteil von Hysterie geprägt: Die *FAZ* prophezeite eine „dramatische Alterung“ und die *Welt* erklärte eine Halbierung des Rentenniveaus für notwendig. Auf Seite 1 titelte die Wochenzeitung *Rheinischer Merkur* am 31. Juli 2003: „Kinder für das Land. Generationenvertrag: Eine neue Bevölkerungspolitik muss her.“ Das Titelbild des *Stern* vom 4. September 2003 zeigte unter der Überschrift „Die vergreiste Republik“ einen Baum mit verdorrten, aus Gesichtszügen alternder Menschen zusammengesetzten Ästen. In diesem Zusammenhang erschien im selben Heft ein Artikel mit der Botschaft, dass Deutschland vergreise: „Immer weniger Junge müssen für immer mehr Alte sorgen. Wenn wir nichts ändern, bricht unser ganzer Staat zusammen.“ In ähnlicher Weise betitelte die ARD-Talkshow *Sabine Christiansen* ihre Sendung am 7. September 2003 mit „Land ohne Kinder – Land ohne Zukunft?“

Auch im Jahr 2004 ist das Thema Demografie nicht aus den Medien verschwunden – im Gegenteil. Am 5. Januar 2004 zog der *Spiegel* mit einem Baby in schwarz-rot-goldenen Windeln auf der Titelseite nach. Der Säugling stemmt unter der Überschrift: „Der letzte Deutsche. Auf dem Weg zur Greisenrepublik“ eine Hantel voller älterer Menschen. Der dazugehörige Artikel „Land ohne Lächeln“ kritisiert die Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik. In der *FAZ* vom 8. April 2004 warnte James W. Vaupel davor, die „schmerzhaften Anpassungen in den Sozial- und Gesundheitssystemen zu vertagen“, und forderte über die Agenda 2010 hinausgehende „radikale Veränderungen“.

All jene, die wie der zuletzt genannte Autor Arbeitnehmerrechte schwächen wollen und einem Sozialabbau sowie einer Umverteilung von unten nach oben das Wort reden, begründen dies mit dem Argument der demografischen Entwicklung. Suggestiert wird, dass die steigende Zahl älterer Menschen und die sinkende Zahl der Gesamtbevölkerung schwerwiegende wirtschaftliche Folgen und fatale Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme hätten. Da etwa immer mehr Rentnerinnen und Rentner finanziert werden müssten, sei ein Absenken des Rentenniveaus unumgänglich. Eine Vielzahl eingängig wirkender Statistiken und Grafiken scheint diese Behauptung zu unterstreichen. Bei genauer Betrachtung erweist sich das Demografie-Argument aber als nicht haltbar.

## 2 Zum Sinn und Unsinn von Langfristprognosen

Vor jeder inhaltlichen Überlegung ist die extrem unsichere statistische Basis aller Demografie-Debatten zur Kenntnis zu nehmen. Aussagen über die Zukunft sind immer mit großen Unsicherheiten behaftet. Szenarien mittlerer Reichweite von 10 bis 15 Jahren können sicherlich geeignet sein, in gewissen Grenzen wirtschaftspolitische Anforderungen abzuleiten.<sup>1</sup> Ein längerer Zeithorizont von bis zu 50 Jahren kann aber kaum als handlungsrelevant angesehen werden. Implizit lässt sich dies auch dem Bericht zur 10. Bevölkerungsvorausberechnung bis 2050 entnehmen, dort steht einleitend:

„Bevölkerungsvorausberechnungen sollen aufzeigen, wie sich Bevölkerungszahl und -struktur unter bestimmten Annahmen langfristig entwickeln würden. Da der Verlauf der maßgeblichen Einflussgrößen mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt immer schwieriger vorherzusehen ist, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter. Sie sind bei einem Vorausberechnungszeitraum von mehreren Jahrzehnten keine Prognosen, welche die Zukunft vorhersagen, sondern schreiben eine Entwicklung unter bestimmten Annahmen fort.“ (Sommer 2003: 693)

*Bosbach* bezeichnet denn auch Langfristprognosen von bis zu 50 Jahren zurecht als „moderne Kaffeesatzleserei“ (Bosbach 2004: 98). Dass diese Einschätzung zutrifft, zeigt sich, wenn die Prognosen früherer Bevölkerungsvorausschätzungen mit den tatsächlichen Bevölkerungszahlen verglichen werden. So nahmen etwa Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes Mitte der 1970er Jahre an, dass in Westdeutschland im Jahr 2000 zwischen 49 und 52 Millionen Menschen leben würden – tatsächlichen waren es 67 Millionen. Die Gründe für den Prognosefehler sind: Der Rückgang der Geburtenraten wurde über- und die Lebenserwartung unterschätzt, außerdem konnte das politische Ereignis der Vereinigung Deutschlands mit seinen demografischen Auswirkungen natürlich nicht vorhergesagt werden.<sup>2</sup>

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass die Modellannahmen von Bevölkerungsvorausberechnungen keine fixen Größen darstellen, sondern politisch gestaltbar sind. Die drei wesentlichen Annahmen der 10. Bevölkerungsvorausberechnung lauten:

- Konstante Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern pro Frau bis 2050 (in Ostdeutschland erst ab 2011).
- Zunahme der Lebenserwartung, wobei hier drei verschiedene Varianten unterschieden werden.
- Nettozuwanderung nach Deutschland, hier werden ebenfalls drei unterschiedliche Versionen durchgerechnet.

Insgesamt ergeben sich so neun Szenarien, wobei in der Öffentlichkeit in der Regel über die fünfte, die sogenannte mittlere Variante diskutiert wird. Dieser liegen die folgenden Annahmen zugrunde: Die Lebenserwartung von Neugeborenen wird im Jahre 2050 ungefähr 6 Jahre über der aktuellen Lebenserwartung liegen und der Wanderungsüberschuss beläuft sich auf 200.000 Personen pro Jahr. Die Bevölkerungszahl wird sich aufgrund dieser Annahmen zu-

---

<sup>1</sup> Ein Beispiel ist der Anstieg der Studierendenzahlen in den nächsten Jahren, der sich auf Basis der aktuellen Schülerzahlen mit hoher Wahrscheinlichkeit prognostizieren lässt, und der aufgrund der aktuell schon bestehenden Überlastung der Hochschulen einen Ausbau letzterer in der Breite nahe legt. Vgl. dazu Eicker-Wolf (2005).

<sup>2</sup> Vgl. zu diesem Beispiel Schmucker (2004: 120).

nächst noch leicht erhöhen und ab 2013 sinken, 2024 den aktuellen Stand unterschreiten und dann auf 75,1 Millionen Menschen im Jahr 2050 fallen. Damit verbunden ist eine Abnahme der Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren (vgl. Tabelle 1).

**Tabelle 1: Entwicklung der Gesamtbevölkerung und der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre) 2002-2020<sup>1</sup>**

Jahr					
2002	2010	2020	2030	2040	2050
<i>Gesamtbevölkerungszahl (in Tsd.)</i>					
82 522,3	83.066,2	82.822,1	81.220,3	78.539,4	75.117,3
<i>Personen im Erwerbsfähigen Alter (15-65 Jahr)</i>					
55690,9	55.220,0	53.901,7	49.422,7	46.435,8	44.018,2
<i>Personen im Erwerbsfähigen Alter in Prozent der Gesamtbevölkerung</i>					
67,5	66,5	65,1	60,9	59,1	58,6
<i>80prozentige Erwerbsquote</i>					
-	44.176	43.121	39.538	37.149	35.215
<i>80prozentige Erwerbsquote und davon 5 Prozent Erwerbslose</i>					
-	41.967	40.965	37.561	35.291	33.454

<sup>1</sup> gemäß der fünften (mittleren) Variante der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

**Quelle: Statistisches Bundesamt, z.T. eigene Berechnungen**

Der politischen Gestaltbarkeit unterliegen von den aufgezählten Annahmen zum einen die Kinderzahl und der Wanderüberschuss (vgl. Bosbach 98 f.). Ist etwa eine höhere Geburtenrate erwünscht, so ist hier eine kinder- und familienfreundliche Politik gefordert. Für die Familienplanung ist dabei die Sicherheit eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses eine entscheidende Einflussgröße (vgl. Kühn 2004: 746). Auf die Möglichkeiten der wirtschaftspolitischen Gestaltbarkeit des demografischen Wandels wird im Abschnitt 4 näher eingegangen, zunächst soll untersucht werden, ob die demografischen Veränderungen die schwerwiegenden ökonomischen Folgen mit sich bringen würden, wenn sie tatsächlich so einträfen wie vorausgesagt.

### 3 Demografischer Wandel stellt gesamtwirtschaftlich kein Problem dar

Selbst wenn die Bevölkerungsvorausberechnungen trotz der voranstehend genannten Bedenken als Diskussionsgrundlage akzeptiert werden, ist vor Dramatisierungen zu warnen. Richtig ist zunächst einmal, dass der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung aufgrund einer steigenden Lebenserwartung und sinkender Geburtenraten in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen ist. Geht man davon aus, dass eine ähnliche Entwicklung auch in den nächsten Jahrzehnten anhalten wird, dann werden auf 100 Menschen mittleren Alters (Personen im Alter zwischen 15 und 65) etwa 51 statt heute 26 Ältere (Personen im Alter ab 65 Jahren) kommen.<sup>3</sup> Allerdings sind ältere Menschen nicht die einzigen, die auf die gesellschaftliche Unterstützung angewiesen sind, denn auch Kinder und Jugendliche müssen von der Gesellschaft versorgt werden. Eine seriöse Analyse der demografischen Entwicklung muss auch diese Menschen als gesellschaftliche „Belastungsfaktoren“ einbeziehen. Das Statistische Bundesamt geht davon aus, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen (Personen im Alter bis 15 Jahren) von heute 22 pro 100 Menschen mittleren Alters bis 2050 auf 20 sinkt

<sup>3</sup> Das Statistische Bundesamt rechnet mit anderen Altersspannen: Der Jugendquotient umfasst alle unter 20 und der Altenquotient alle ab 60 Jahre. Siehe Anhang.

(sogenannter Jugendquotient). Berücksichtigt man diese Werte, so relativieren sich die obigen Zahlen: auf 100 Menschen mittleren Alters kommen im Jahr 2050 zwar 71 zu versorgende ältere und jüngere Menschen, heute sind es allerdings auch schon 48 (vgl. auch Tabelle 2). Die Zahl der zu versorgenden Personen – ältere und junge – wächst also bei Weitem nicht so schnell, wie dies suggeriert wird, wenn ausschließlich die Versorgungslasten für ältere Menschen zugrundegelegt werden.

**Tabelle 2: Jugend-, Alten- und Gesamtquotient von 2001 bis 2050<sup>1</sup>**

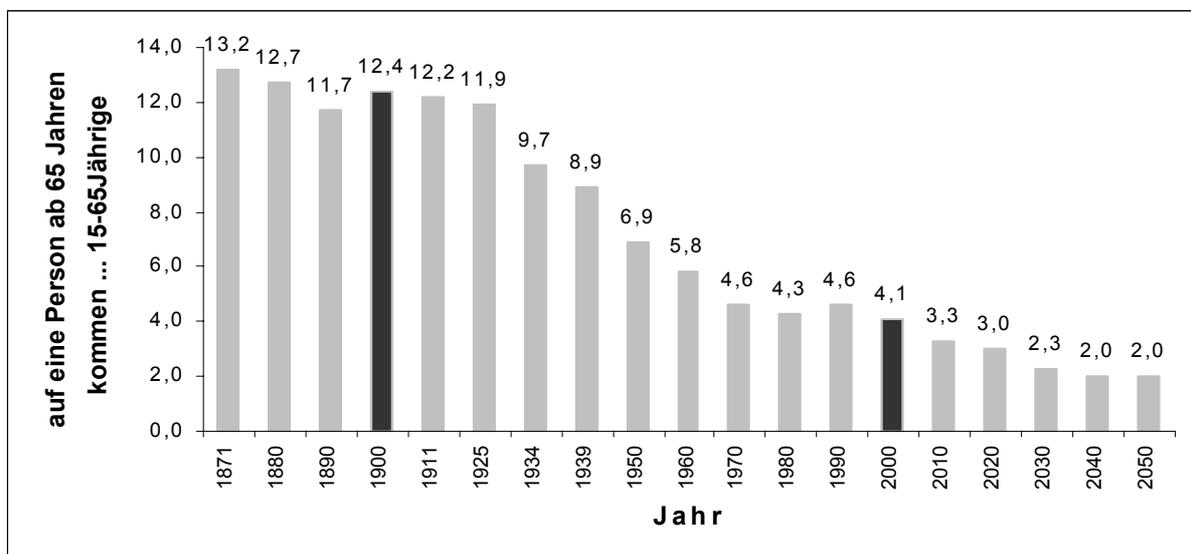
Jahr	2002	2010	2020	2030	2040	2050
Jugendquotient (0 bis 15 Jahre)	22,3	20,4	19,9	20,6	22,1	20,1
Altenquotient (ab 65 Jahre)	25,9	30,0	33,8	43,7	49,1	50,5
Gesamtquotient (von 0 bis 15 und über 65 Jahre)	48,2	50,4	53,7	64,3	71,7	70,6

<sup>1</sup> Junge (0 bis 15 Jahre) und Alte (ab 65 Jahre) pro 100 Menschen im mittleren Alter (15 bis 65 Jahre) gemäß der mittleren Variante der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.

**Quelle: eigene Berechnungen**

Vergleicht man die derzeit prognostizierte Verschiebung der Bevölkerungsstruktur mit dem demografischen Wandel, der in den vergangenen 100 Jahren schon stattgefunden hat, so relativieren sich die prognostizierten demografischen Veränderungen ein weiteres Mal, da der einschneidende demografische Wandel längst hinter uns liegt.

**Schaubild 1: Alterung in Deutschland 1871-2050<sup>1</sup>**



<sup>1</sup> Der im Schaubild 1 abgebildete Wert entspricht (ab 2010) dem Kehrwert des Altenquotienten in Tabelle 2.

**Quelle: ver.di (2003: 8)**

Schon in den letzten 100 Jahren hat die Zahl der Personen mittleren Alters im Verhältnis zur Zahl der über 65-Jährigen gravierend abgenommen (vgl. dazu ver.di 2003: 8). Kamen im Jahr 1900 noch 12,4 Personen zwischen 15 und 65 Jahre auf eine Person ab 65, so waren es 1950 nur noch 6,9. Im Jahr 2000 waren es nur noch 4,1. Die prognostizierte weitere Abnahme auf einen Wert von 2,0 in den nächsten 50 Jahren nimmt sich dagegen vergleichsweise gering aus (vgl. Schaubild 1).

Diese enormen demografischen Verschiebungen wurden in der Vergangenheit durch Produktivitätssteigerungen problemlos aufgefangen. Breite Bevölkerungsschichten konnten von wachsendem Wohlstand profitieren und ihre eigenen Arbeitszeiten sogar deutlich reduzieren, obwohl die Zahl der älteren Menschen zugleich stark angestiegen war. Glaubt man den gängigen Demografie-Argumenten, so hätte der Kollaps der Sozialversicherungssysteme schon längst stattfinden müssen. Der Blick zurück zeigt aber, dass dem nicht so war, weil die beständige Erhöhung der Produktivität den Versorgungsaufwand für eine steigende Zahl von Rentnerinnen und Rentnern mehr als wettmachte.

Es besteht kein Grund zur Annahme, dass sich diese Entwicklung in Zukunft nicht in ähnlicher Weise fortsetzen wird. Selbst diejenigen, die die zukünftige demografische Entwicklung in der Bundesrepublik für ein Problem halten, gehen selbstverständlich davon aus, dass die Arbeitsproduktivität (Erwerbstätigenproduktivität) bis zum Jahr 2050 steigt. So kalkuliert die Herzog-Kommission mit einer Jahreswachstumsrate von bescheidenen 1,25 Prozent, dies würde für den Zeitraum 2002 bis 2050 zu einer Gesamtsteigerung der Erwerbstätigenproduktivität von 82 Prozent führen. Die Rürup-Kommission unterstellt eine Wachstumsrate in Höhe von 1,8 Prozent, was für den gleichen Zeitraum einem kumulierten Anstieg von 135 Prozent entspricht. Eine solche Produktivitätssteigerung ermöglicht mithin einen Anstieg des Lebensstandards, selbst wenn der Altenanteil steigt.

Zudem könnte das zukünftige Sozialprodukt durch den Abbau der Arbeitslosigkeit und durch eine Erhöhung der Erwerbsquote vergrößert werden. Dabei sollte insbesondere darauf abgezielt werden, eine Steigerung der Erwerbsquote von Frauen zu erreichen: Während von 100 Frauen im Alter von 15 bis 65 Jahren nur rund 64 Prozent arbeiten oder Arbeit suchen, sind dies in der männlichen Altersgruppe ungefähr 79 Prozent.

Eine Beispielrechnung soll die voranstehenden Überlegungen verdeutlichen. Als Ausgangsbasis werden dabei die Daten für Deutschland im Jahr 2002 gewählt. Wir wollen im folgenden unterstellen, dass Deutschland ab 2010 eine Erwerbsquote von insgesamt 80 Prozent aufweist – ein Wert, den Dänemark, die Schweiz und Schweden aktuell schon erreichen und der insbesondere eine Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit voraussetzt.<sup>4</sup> Des weiteren sei angenommen, dass von den Personen, die dem Arbeitsmarkt als Erwerbstätige zur Verfügung stehen, fünf Prozent keine Arbeit finden, d.h. es wird eine Halbierung der Arbeitslosenquote unterstellt (vgl. Tabelle 1).<sup>5</sup>

Ausgehend von einer Erwerbstätigenproduktivität in Höhe von 51.400 Euro (*real*, in Werten von 1995) und einem *realen* Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Höhe von 23.900 Euro im Jahr 2002 lässt sich dann auf Grundlage von verschiedenen Annahmen in Bezug auf den Anstieg der Produktivität die Erhöhung des BIP pro Kopf in den Jahren bis 2050 berechnen. Hier sollen konkret drei Szenarien durchgerechnet werden. Im ersten Beispiel wird unterstellt, dass die Erwerbstätigenproduktivität durchschnittlich um 1,6 Prozent steigt, dies entspricht dem vergleichsweise schwachen Anstieg in Deutschland in den 1990er Jahren. Der zweite Fall geht entsprechend dem Gutachten der Rürup-Kommission zur Reform der sozialen Siche-

---

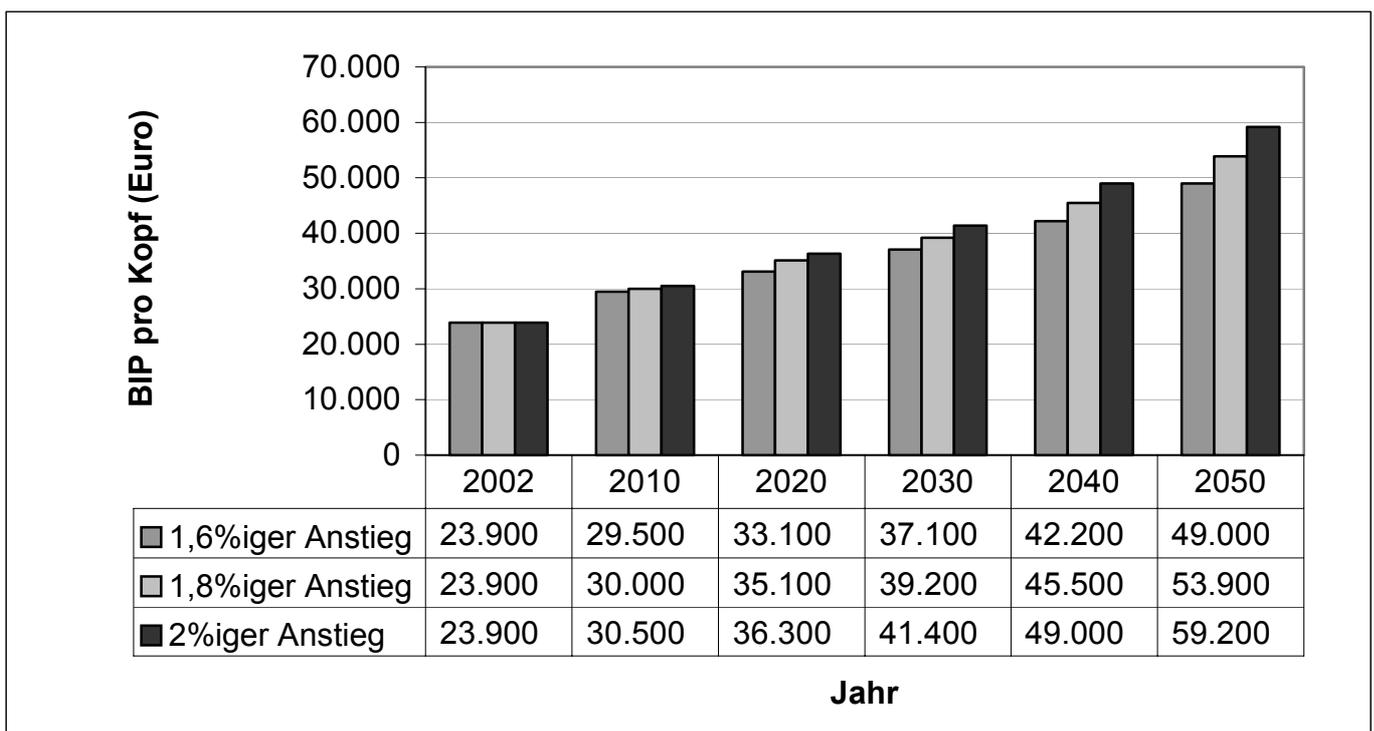
<sup>4</sup> Die OECD (vgl. OECDa 2004) weist die deutsche Erwerbsquote im Jahr 2002 mit 71,5 Prozent (Männer: 78,7 Prozent, Frauen 64,2 Prozent) aus. Bereits heute ist die Erwerbsquote in vielen Ländern wesentlich höher als in Deutschland. Die entsprechenden Quoten belaufen sich für Dänemark auf 79,9 Prozent (Männer 83,8 Prozent, Frauen 75,9 Prozent), für Schweden auf 79 Prozent (Männer: 80,9 Prozent, Frauen 77,1 Prozent) und für die Schweiz auf 81,3 Prozent (Männer 88,7 Prozent, Frauen 73,9 Prozent).

<sup>5</sup> Ein höherer Beschäftigungsstand würde in Deutschland und in Europa eine koordinierte und konjunkturgerechte Makropolitik, aktuell insbesondere eine expansiver ausgerichtete Fiskalpolitik, erfordern, vgl. dazu z.B. Hein/Truger (2004).

nungssysteme von einer Produktivitätszunahme in Höhe von 1,8 Prozent aus (vgl. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung 2003). Als drittes schließlich wird ein noch optimistischeres Szenario mit einer Produktivitätssteigerung von zwei Prozent unterstellt. Dass auch die letzte Annahme nicht vollkommen unrealistisch ist, zeigt das Beispiel Großbritannien: der Anstieg der Erwerbstätigenproduktivität lag hier in den 1990er Jahren im Durchschnitt bei 2,2 Prozent.

Die Steigerung der Erwerbstätigenproduktivität führt je nach unterstellter Wachstumsrate der Produktivität zu der in Schaubild 2 dargestellten Erhöhung des BIP pro Kopf. Selbst im Falle einer vergleichsweise schwachen Zunahmen der Produktivität von 1,6 Prozent verdoppelt sich das Pro-Kopf-BIP bis 2050 von 23.900 Euro auf 49.000 Euro (+ 105 Prozent). Nimmt die Produktivität um 1,8 Prozent zu, beläuft sich die Höhe des Bruttoinlandsproduktes je Einwohner in Deutschland im Jahr 2050 sogar auf 53.900 Euro (+ 126 Prozent). Und im Falle des optimistischen Szenarios mit einem zweiprozentigen Produktivitätsanstieg steigt das BIP pro Kopf mit einem Wert von 59.200 Euro sogar auf den zweieinhalbfachen Ausgangswert (+ 148 Prozent).

**Schaubild 2: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Falle unterschiedlicher Produktivitätssteigerungen 2002 bis 2050<sup>1</sup>**



<sup>1</sup> Annahmen: ab 2010 80prozentige Erwerbsquote für die 15-65jährigen, davon 5 Prozent erwerbslos

**Quelle: eigene Berechnungen**

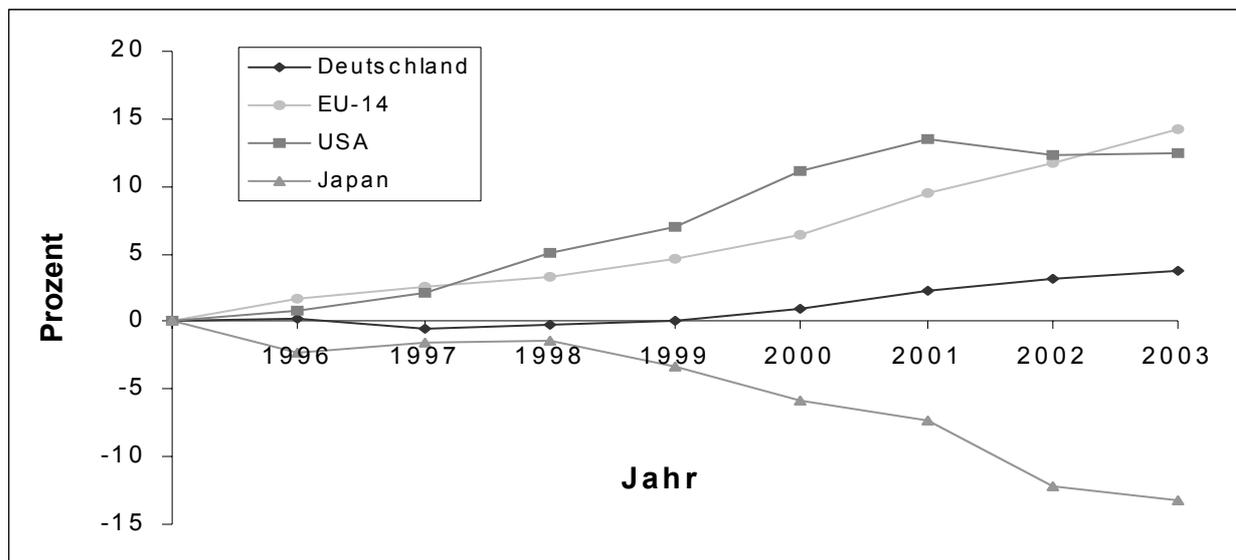
Insgesamt zeigen die hier durchgeführten Berechnungen, dass auch ein steigender Alten- oder Gesamtquotient zu einem steigenden Bruttoinlandsprodukt pro Kopf führt. Und selbst wenn die hier im Rahmen der Modellrechnungen unterstellten Parameter ungünstiger gewählt werden, sind noch immer hohe Zuwächse beim Pro-Kopf-BIP zu verzeichnen. Wenn etwa von einer Erwerbsquote in Höhe von nur 70 Prozent ausgegangen wird, die Arbeitslosenquote 10% beträgt und die Erwerbstätigenproduktivität bis 2050 im Jahresdurchschnitt lediglich um 1,6 Prozent wächst, dann wird sich das BIP pro Kopf immer noch auf einen Wert von 38.800

Euro im Jahre 2050 erhöhen (+ 70 Prozent). Und selbst wenn im letzten Fall (Erwerbsquote 70 Prozent, Arbeitslosenquote 10 Prozent) ein jahresdurchschnittlicher Anstieg der Erwerbstätigenproduktivität von nur einem Prozent unterstellt wird, weist das BIP pro Kopf trotz absolut sinkender Erwerbstätigenzahl im Jahr 2050 immer noch ungefähr den Wert des Jahres 2002 auf.

Auch wenn ein Abbau der Arbeitslosigkeit und eine Erhöhung der Erwerbsquote unter sonst gleichen Umständen zu einer höheren Lohnsumme und so zu sinkenden Beitragssätzen in den Sozialkassen führen würde, soll hier nicht bestritten werden, dass auch in diesem Fall Beitragssatzsteigerungen zu erwarten wären. Im Bereich der Rentenversicherung wird dies aufgrund der steigenden Zahl der Rentnerinnen und Rentner dann der Fall sein, wenn im Umlagesystem ein bestimmtes Rentenniveau gehalten werden soll. Für die öffentlichen Haushalte gilt analog, dass sie durch die steigende Zahl von Pensionärinnen und Pensionären mit steigenden Versorgungsausgaben rechnen müssen. Mit anderen Worten: selbst durch Produktivitätssteigerungen, einen Abbau der Arbeitslosigkeit und eine Erhöhung der Erwerbsquote ist von einer Erhöhung der Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung auszugehen. Damit wird die Frage der sogenannten Lohnnebenkosten und ihre Wirkung auf Wachstum und Beschäftigung berührt.

Die für die Zukunft der Finanzierung der sozialen Sicherung zentrale Frage besteht offenbar darin, ob langfristig weiter steigende Beitragssätze unproblematisch sind, oder ob diese, wie in der gegenwärtigen Debatte um die Lohnnebenkosten unterstellt, ein gravierendes Problem für Wachstum und Beschäftigung darstellen, so dass man nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten suchen muss.

**Schaubild 3: Entwicklung der Lohnstückkosten in Deutschland, der EU, Japan und den USA 1995-2003 (1995 = 100)**



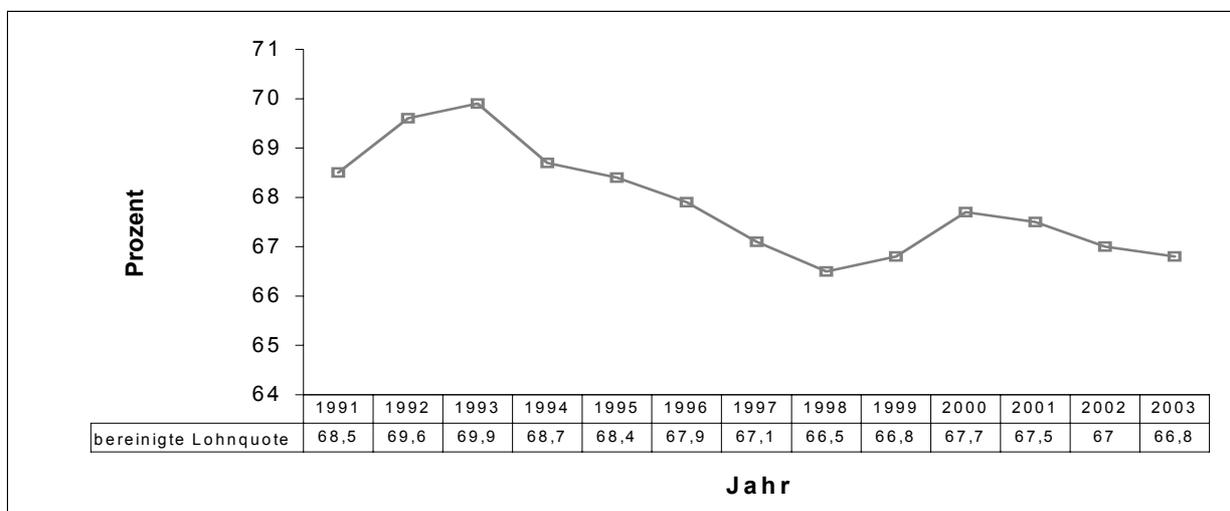
Quelle: Eurostat, eigene Darstellung

Mit Blick auf die letzten Jahre stellt ein Anstieg der Lohnnebenkosten, verursacht durch steigende Beitragssätze der Sozialversicherungen, kein Problem für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dar. Die nominalen Lohnstückkosten – die entscheidende Größe für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes, in der auch die Lohnne-

benkosten Berücksichtigung finden – sind in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre unterdurchschnittlich gestiegen (vgl. Schaubild 3).<sup>6</sup> Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist also ausgezeichnet.

Auch von einem durch Lohnnebenkosten verursachten beschäftigungsfeindlichen Lohndruck kann in Deutschland keine Rede sein. Die Lohnpolitik ist seit Mitte der 1990er sehr zurückhaltend, seit 1996 wird der sogenannte verteilungsneutrale Spielraum (Produktivitätsanstieg zuzüglich Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank) nicht mehr ausgeschöpft. Die Lohnquote ist seit 1995 um über 1,5 Prozent (vgl. Schaubild 4) und seit 1993 sogar um 3 Prozent gesunken. Die sehr moderaten Nominallohnsteigerungen haben die Bundesrepublik mittlerweile gar an den Rand einer deflationären Entwicklung gebracht (vgl. Hein et al. 2004a).

**Schaubild 4: Bereinigte Lohnquote in Deutschland 1991-2003**



**Quelle: Eurostat, eigene Darstellung**

Außerdem ist aus kreislauftheoretischer Sicht nicht einsichtig, warum Lohnnebenkosten überhaupt erhebliche negative Wachstums- und Beschäftigungseffekte zugesprochen werden. Zwar mindern die Sozialbeiträge auf der einen Seite die verfügbaren Einkommen der beitragspflichtigen privaten Haushalte und stellen einen Kostenfaktor für die Unternehmen dar. Auf der anderen Seite wird das erzielte Beitragsaufkommen jedoch entweder direkt für staatliche Käufe von Gütern und Dienstleistungen eingesetzt oder es wird als Transfereinkommen an Haushalte mit tendenziell hoher Konsumneigung größtenteils wieder nachfragewirksam (vgl. Hein et al. 2004b: 298 f.).

Ähnliche Überlegungen lassen sich für die steigenden Pensionsausgaben der öffentlichen Hand anstellen. Ein höheres Wachstum und eine angemessene Steuerpolitik ist in der Lage, ausreichende Einnahmen für die zunehmenden Versorgungsausgaben zu mobilisieren – auch für die Versorgungsausgaben gelten die schon aufgezeigten kreislauftheoretischen Überlegungen. Einen schweren Fehler begeht die Fiskalpolitik, wenn sie aufgrund aktueller Haushaltslöchern sowie den prognostizierten steigenden Pensionärszahlen Ausgabenkürzungen

<sup>6</sup> Die langfristige Entwicklung der deutschen Lohnstückkosten im internationalen Vergleich von 1973 ist 1997 vom *Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung* (DIW) untersucht worden; dabei wurde ein Wettbewerbsvorteil für die Bundesrepublik festgestellt (vgl. DIW-Wochenbericht 30/1997).

vornimmt und dann auch noch in Bereichen spart, die wie öffentliche Investitionen und Ausgaben im Bereich Bildung und Erziehung besondere Wachstumsrelevanz besitzen.

#### **4 Anforderungen an die Wirtschafts- und Fiskalpolitik**

Die Wirtschafts- und insbesondere die Fiskal- und Steuerpolitik ist gefordert, für ein ausreichendes Wirtschaftswachstum und damit einen hohen Beschäftigungsstand zu sorgen, die Erwerbsquote insbesondere von Frauen zu steigern sowie die Erwerbstätigenproduktivität zu erhöhen.

Die Länder der Europäischen Währungsunion (EWU) – und dies gilt speziell für Deutschland – weisen im Vergleich zu den USA und Großbritannien im Durchschnitt der letzten 15 Jahre eine wesentlich schlechtere Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung auf. Entgegen der häufig vertretenen These, dass hierfür die unterschiedliche Regulierung und institutionelle Ausgestaltung des Arbeitsmarktes verantwortlich sei,<sup>7</sup> ist es ein zu restriktiver makroökonomischer Politik-Mix, der für die Wachstumsschwäche in der EWU ausschlaggebend ist. Um einen höheren Wachstumspfad und einen höheren Beschäftigungsstand ähnlich der angelsächsischen Länder<sup>8</sup> auch in Deutschland und im gesamten Euroraum zu erreichen, wäre eine antizyklisch und angesichts von Wachstumsschwäche und hoher Arbeitslosigkeit expansiv ausgerichtete Wirtschaftspolitik erforderlich (vgl. Bartsch et. al. 2003 und Hein/Truger 2004) – eine wesentliche Rolle spielt hierbei die Fiskalpolitik.

Einer solchen expansiven Fiskalpolitik stehen in der EWU und in Deutschland die Regularien des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts entgegen, die die Euroländer zu einer restriktiven Ausgabenpolitik verpflichten. Länder dürfen den Referenzwert für das laufende Defizit von drei Prozent – ohne Sanktionen fürchten zu müssen – nur dann überschreiten, wenn das entsprechende Land einen Einbruch beim BIP-Wachstum von mindestens zwei Prozent aufweist. Darüber hinaus sind die Länder der EWU verpflichtet, mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt oder sogar einen Budgetüberschuss anzustreben. Dadurch wird die öffentliche Hand zu einer Sparpolitik gezwungen, die aufgrund ihrer negativen Nachfragewirkungen konjunkturpolitisch dysfunktional ist und das Wirtschaftswachstum nachhaltig schwächt. Hinzu kommt, dass die von der rot-grünen Bundesregierung praktizierte Steuerpolitik zu Einnahmenausfällen bei der öffentlichen Hand geführt hat, die den Sparzwang noch verstärken. Das Ergebnis ist eine Unterfinanzierung von öffentlichen Aufgaben, denen eine hohe Bedeutung für Innovationen und Wachstum zukommt: Bildung und öffentliche Infrastruktur.

In diesem Zusammenhang ist auch zu bedenken, dass die Produktivitätsentwicklung in einer Volkswirtschaft nicht unabhängig vom Wirtschaftswachstum ist. Dieser Zusammenhang hat seinen Niederschlag im sogenannten *Verdoorn-Law* gefunden. Der Hintergrund dieses „Gesetzes“ ist der Gedanke, dass im Zuge einer Nachfragebelebung die Produktion zunimmt, was jedoch keinen gleich großen Beschäftigungsanstieg auslöst, da infolge von Skalenerträgen und durch eine schnellere und breitere Diffusion von Innovationen die Arbeitsproduktivität steigt.<sup>9</sup>

---

<sup>7</sup> Zur Wiederlegung dieser These vgl. Hein et al. (2003).

<sup>8</sup> Zur positiven Rolle der Makropolitik in Großbritannien vgl. Volz (2003), zu den USA vgl. Fritsche et al. (2004).

<sup>9</sup> Verdoorn (1951) formulierte das nach ihm benannte „Gesetz“ aufgrund von empirischen Tatbeständen, ohne hierfür eine produktionstheoretische Grundlage zu liefern.

Damit kommen wir zur Steuerpolitik. Eine sozial ausgewogene Steuerpolitik muss dafür Sorge tragen, dass genug Geld in die öffentlichen Kassen fließt, um die Finanzierung wichtiger zukunftssträchtiger Aufgaben sicherzustellen und um die steigenden Versorgungsausgaben zu ermöglichen. Aufgrund der rot-grünen Steuerpolitik wird die öffentliche Hand im Jahr 2005 gegenüber 1998 über 50 Milliarden Euro weniger Geld einnehmen, dies entspricht fast 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Steuerlich entlastet worden sind insbesondere Hocheinkommensbezieherinnen und -bezieher sowie der Unternehmenssektor.<sup>10</sup> Einen Steuerreformvorschlag, der die Steuerlast gerecht verteilt und zugleich die Finanzierung der öffentlichen Ausgaben sicherstellt, ist das Konzept der *Solidarischen Einfachsteuer* (SES), das im Mai 2004 von *attac* und *ver.di* vorgestellt worden ist.<sup>11</sup> Die Solidarische Einfachsteuer schlägt unter anderem die Wiedererhebung der Vermögensteuer und die Erhöhung der Erbschaftsteuer vor. Außerdem soll das Ehegattensplitting abgeschafft und durch ein Mindest-Realsplitting ersetzt werden, bei dem maximal ein zweiter Grundfreibetrag in Höhe von 8.000 Euro abgezogen werden darf. Allerdings bleibt für alle über 50-Jährigen das Ehegattensplitting erhalten, weil in diesem Alter besonders Frauen am Arbeitsmarkt nur noch geringe Chancen haben. Im Gegenzug werden die Kinderfreibeträge und das Kindergeld leicht erhöht. Fünf Milliarden Euro aus dem Mehraufkommen aus der Solidarischen Einfachsteuer in Höhe von gut 35 Milliarden Euro sollen für den Ausbau der Kinderbetreuung aufgewendet werden, hierdurch könnte eine Steigerung der Geburtenrate erreicht werden. Die hier vorgeschlagene Änderung der Ehegattenbesteuerung ist sinnvoll, weil das Ehegattensplitting die traditionelle und Frauen diskriminierende Hausfrauenehe fördert. Das Ehegattensplitting gilt als eine wesentliche Ursache für die im internationalen Vergleich niedrige Erwerbsbeteiligung von Frauen in Deutschland.<sup>12</sup>

Darüber hinaus sollte auf europäischer Ebene die sogenannte „goldene Regel“ im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes Berücksichtigung finden, d.h. die Finanzierung öffentlicher Investitionen sollte grundsätzlich auch mittels Kreditaufnahme erlaubt sein. Der „goldenen Regel“ liegt der Gedanke zugrunde, dass mittels Kredit finanzierte öffentliche Investitionen über mehrere Jahre in Gebrauch sind und Nutzen stiften. Außerdem erhöhen sie das Produktionspotential und tragen – wenn letzteres durch eine angemessene und vor allem konjunkturgerechte Wirtschaftspolitik ausgeschöpft wird – auch zu höheren Einkommen in der Zukunft bei. Dabei sollte der Investitionsbegriff um Ausgaben im Bildungsbereich erweitert werden.

Die staatliche Bereitstellung der öffentlichen Infrastruktur (Bruttoanlagevermögen des Staates) ist eine wesentliche Voraussetzung für private Wirtschaftsaktivitäten und damit auch für die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung. Aus Sicht der Unternehmen weist die öffentliche Infrastruktur eine Vorleistungs- bzw. Komplementärfunktion auf, sie erhöht das unternehmerische Produktionspotential und senkt die Produktionskosten. Fallen die staatlichen Investitionen zu gering aus, wird sich dies negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken.

In Deutschland entwickeln sich die öffentlichen Investitionen seit Beginn der 1970er Jahre im Verhältnis zum Sozialprodukt rückläufig; im internationalen Vergleich weist Deutschland eine vergleichsweise niedrige staatliche Investitionsquote auf, wie Schaubild 5 zu entnehmen ist. Ein wesentlicher Grund für diesen Rückgang und die international unterdurchschnittliche Investitionstätigkeit der deutschen öffentlichen Hand ist in deren Konsolidierungsbemühungen zu sehen: Kürzungen bei den öffentlichen Investitionen sind für die Gebietskörperschaft-

---

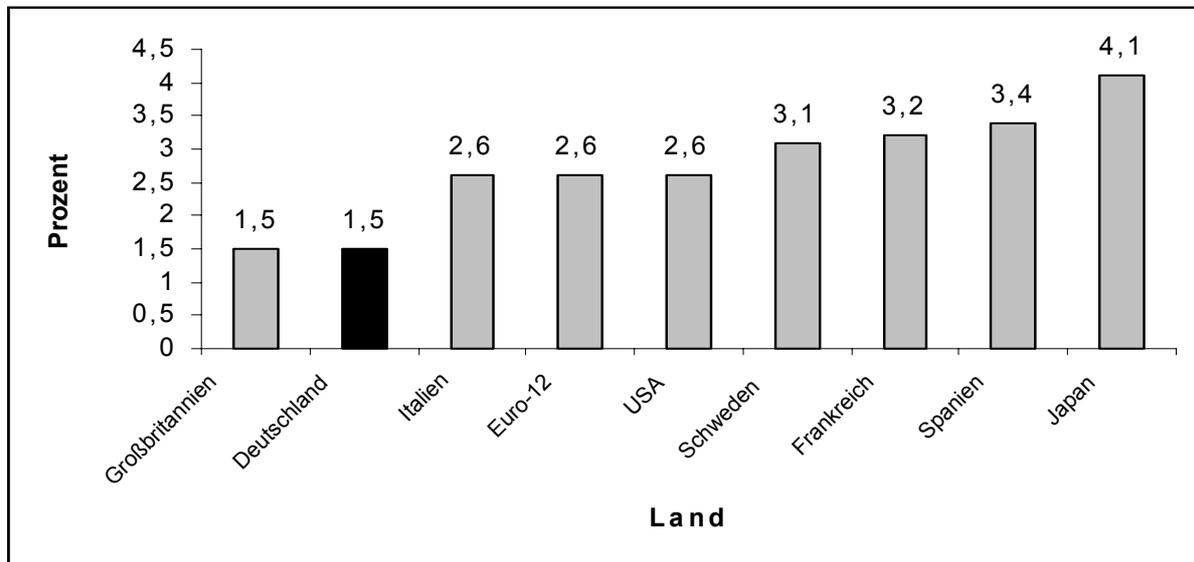
<sup>10</sup> Zur Steuerpolitik der letzten Jahre vgl. ausführlich Truger (2004) und Eicker-Wolf (2004).

<sup>11</sup> *attac* und *ver.di* (2004). Die Umsetzung des Konzepts der Solidarischen Einfachsteuer fordern auch die IG Metall und die IG BAU.

<sup>12</sup> Zum Ehegattensplitting vgl. Schwan (1996: 66 ff.).

ten häufig das einfachste Mittel, um die Ausgabentätigkeit zu beschränken. Keineswegs lässt sich die zunehmende Investitionszurückhaltung der öffentlichen Hand mit einer „Sättigung“ im Bereich der Infrastruktur begründen.<sup>13</sup>

**Schaubild 5: Bruttoanlageinvestitionen der öffentlichen Hand (in Prozent des BIP) im internationalen Vergleich (2003)**



**Quelle: Europäische Kommission**

Die Erwerbstätigenproduktivität hängt wesentlich vom Ausbildungsstand der Bevölkerung ab. Vor diesem Hintergrund ist die häufig schlechte Bewertung in vielen Bereichen des deutschen Bildungssektors bedenklich (vgl. dazu OECD 2003 und 2004b), zudem droht Deutschland sowohl im Bereich der dualen als auch der akademischen Ausbildung ein Fachkräftemangel (vgl. Reinberg/Hummel 2003). Um die Zahl der Ausbildungsplätze zu steigern, wäre eine Ausbildungsplatzabgabe das geeignete Mittel (vgl. DGB Hessen 2004).

Um einen Fachkräftemangel in akademischen Berufen zu verhindern und generell die Hochschulausbildung zu verbessern, wäre ein Ausbau der Hochschulen angezeigt. Die Universitäten sind laut Angaben des Wissenschaftsrates (2003) bezogen auf die Fläche zu 142 Prozent, die Fachhochschulen zu 124 Prozent und die Gesamthochschulen sogar zu 169 Prozent ausgelastet. Die Personalausstattung der universitären Fachbereiche ohne Hochschulkliniken stagniert trotz steigender Studierendenzahlen seit 1975. Diese Unterausstattung der Hochschulen wird sich in den nächsten Jahren drastisch verschärfen: Die Zahl der Studierenden wird sich allein aufgrund eines Anstiegs der Jahrgangsstärken auf bis zu 2,2 bis 2,4 Millionen im Jahr 2011 erhöhen. Dabei ist zu bedenken, dass in Deutschland ein vergleichsweise geringer Anteil eines Jahrgangs studiert. Die niedrige Akademikerquote in der Bundesrepublik wird häufig beklagt und eine höhere Quote ist unter Produktivitäts- und Wachstumsgesichtspunkten angebracht. Eine solche Steigerung sollte aber vor allem die hohe und steigende soziale Immobilität in Deutschland<sup>14</sup> im Blick haben, d.h. eine Erhöhung der Bildungsquote muss mit einem

<sup>13</sup> Beispielfähig lässt sich dies auf der kommunalen Ebene zeigen, die immerhin zwei Drittel der Sachinvestitionen der öffentlichen Hand tätigt. Nach einer Bedarfstudie von Reidenbach et al. (2002) müssten sich die Investitionen der Städte und Gemeinden verdoppeln, um die kommunale Infrastruktur in einem angemessenen Zustand zu halten bzw. sinnvolle Erweiterungen vorzunehmen (vgl. Reidenbach 2003).

<sup>14</sup> Vgl. dazu Bundesministerium für Bildung und Forschung (2004: 89 ff.).

Anstieg des Studierendenanteils von Kindern aus so genannten bildungsfernen Schichten verbunden werden.

In Bezug auf die Kreditfinanzierung von bestimmten staatlichen Ausgabenbereichen hat sich in Politik und Wissenschaft ein breiter Konsens darüber herausgebildet, dass der Staat in der Schuldenfalle sitze, die gegenwärtige Generation auf Kosten der zukünftigen Generationen lebe und deshalb das staatliche Defizit um jeden Preis gesenkt werden müsse.

In Hinblick auf den Schuldenstand des Staates ist dieses Generationenargument zurückzuweisen.<sup>15</sup> Es unterstellt, dass heutige Generationen durch schuldenfinanzierte Leistungen auf Kosten zukünftiger Generationen leben: Während die gegenwärtige Generation in den Genuss der staatlichen Leistungen komme, müsse die später anfallende Zahllast in Form von Steuern für Zins und Tilgung von nachfolgenden Generationen aufgebracht werden.

Diese Sicht der staatlichen Verschuldung stellt eine unzulässige Analogie zur privatwirtschaftlichen Verschuldung dar, denn im Falle der Staatsverschuldung werden von einer Generation zur anderen nicht nur Zahlungsverpflichtungen, sondern auch die entsprechenden Vermögenstitel weitergegeben. Defizitfinanzierte Staatsausgaben legen zwar bestimmte Zahlungsströme für die Zukunft fest – ein Teil der Steuereinnahmen des Staates fließt an dessen Gläubiger –, es findet aber keine einseitige „Vererbung“ von zu bedienenden Schulden statt. Aber selbst wenn nur der Staat in seiner Position als Schuldner betrachtet wird, muss berücksichtigt werden, dass dieser – falls er mittels Staatsverschuldung öffentliche Investitionen tätigt – auch Vermögenswerte, etwa öffentliches Infrastrukturkapital, besitzt, die ebenfalls „vererbt“ werden und die der reinen Zahllast gegengerechnet werden müssen.

Eine Belastung zukünftiger Generationen wird sich tatsächlich ergeben, wenn die öffentliche Hand in zu geringem Umfang Infrastrukturinvestitionen tätigt oder die Ausgaben im Bildungsbereich zu gering ausfallen und sie gerade dadurch zu einem geringeren Wachstumstrend und einer Belastung zukünftiger Generationen beiträgt. Gerade in diesen beiden Aufgabenbereichen der öffentlichen Hand ist, wie hier ansatzweise gezeigt wurde, ein großer Ausgabenbedarf auszumachen.

## **5 Fazit**

Die voranstehenden Ausführungen haben zu Anfang gezeigt, dass die Langfristprognosen in Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung wenig sinnvoll sind. Aber selbst wenn man diese akzeptiert, sind, legt man realistische Annahmen zu Grunde, keine dramatischen Auswirkungen zu erwarten. Zudem sind viele Parameter, die das zukünftige Bruttoinlandsprodukt pro Kopf bestimmen wirtschafts- und insbesondere fiskalpolitisch gestaltbar. Seiner Dramatik beraubt, erweist sich das Demografie-Argument als ideologisches Konstrukt zur Legitimierung von Sozialabbau, gesellschaftlicher Umverteilung von unten nach oben und zum Eingriff in Arbeitnehmerrechte.

---

<sup>15</sup> Eine umfangreiche Diskussion der Staatsschuldenproblematik und der Sinnhaftigkeit einer Konsolidierungspolitik liefern Eicker-Wolf/Truger (2003).

## Literatur

Attac und ver.di (2004): Konzept für eine „Solidarische Einfachsteuer“ (SES), <http://www.verdi.de/wirtschaftspolitik/standpunkte/ver.di-attac-steuerkonzept>

Gerd Bosbach (2004): Demografische Entwicklung – nicht dramatisieren!, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2/2004

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2004): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2003. 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Bonn/Berlin

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2003): Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme. Bericht der Kommission, Berlin

DIW-Wochenbericht 30/1997: Löhne, Wechselkurse und Wettbewerbsfähigkeit

DGB Hessen (2004): AUS!gebildet in Hessen, o.O.

Kai Eicker-Wolf (2004): (Um-)Steuern für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, in: Holger Kinder et al. (Hrsg.): Die Folgen der Agenda 2010, Hamburg

Kai Eicker-Wolf/Achim Truger (2003): Alternativen zum Sparen in der Krise – für eine nachfrageschonende Konsolidierungspolitik, in: WSI Mitteilungen 6/2003

Ulrich Fritsche et al. (2004): Makroökonomische Regime und ökonomische Entwicklung: Das Beispiel USA, in: Eckhard Hein et al. (Hrsg.): Europas Wirtschaft gestalten. Makroökonomische Koordinierung und die Rolle der Gewerkschaften, Hamburg.

Eckhard Hein/Achim Truger (2004): Makroökonomische Koordinierung als wirtschaftspolitisches Konzept – Voraussetzungen und Möglichkeiten in der EWU, in: Eckhard Hein et al. (Hrsg.): Europas Wirtschaft gestalten. Makroökonomische Koordinierung und die Rolle der Gewerkschaften, Hamburg.

Eckhard Hein et al. (2003): WSI-Standortbericht 2003: Standort Deutschland – reif für radikale Reformen, in: WSI Mitteilungen 6/2003

Eckhard Hein et al. (2004a): Lohnentwicklung und Deflationsgefahren in Deutschland und Europa, in: PROKLA. Zeitschrift für Sozialwissenschaft 134/2004

Eckhard Hein et al. (2004b): WSI-Standortbericht 2004: Demographische Entwicklung - Ein Standortproblem?, in: WSI Mitteilungen 6/2004

OECD (2003): Bildung auf einen Blick, Paris

OECD (2004a): Employment Outlook, Statistical Annex, Paris

OECD (2004b): Bildung auf einen Blick, Paris

Marianne Schwan (1996): Milchmädchens Rache: eine Abrechnung mit dem von Männern gemachten Steuerrecht, Frankfurt

Michael Reidenbach (2003): Kommunale Investitionen und kommunaler Investitionsbedarf, in: Das Rathaus Zeitschrift für Kommunalpolitik 6/2003

Michael Reidenbach et al (2002): Der kommunale Investitionsbedarf in Deutschland, Berlin (Difu-Beiträge zur Stadtforschung 35)

Alexander Reinberg/Markus Hummel (2003): Bildungspolitik – Steuert Deutschland langfristig auf einen Fachkräftemangel zu?, IAB Kurzbericht 9/2003

Rolf Schmucker (2004): Zwischen „Kostenexplosion“ und „demographischer Zeitbombe“, in: Holger Kindler et al. (Hrsg.), Die Folgen der Agenda 2010, Hamburg

Bettina Sommer (2003): Bevölkerungsentwicklung bis 2050, in: Wirtschaft und Statistik 8/2003

Achim Truger (2004): Rot-grüne Steuerreform, Finanzpolitik und makroökonomische Performance – was ist schief gelaufen?, in: Eckhard Hein et al. (Hrsg.), Finanzpolitik in der Kontroverse, Marburg

ver.di (2003): Mythos Demografie, Berlin

Petrus Johannes Verdoorn (1951): On an Empirical Law Governing the Productivity of Labor, in: Econometrica, Vol. 19/1951

Joachim Volz (2003): Großbritannien: Erfolgreiche antizyklische Wirtschaftspolitik, in: DIW-Wochenbericht 13-14/2003

Wissenschaftsrat (2003): Empfehlungen zum 33. Rahmenplan für den Hochschulbau 2004-2007, Köln

## Anhang

### Jugend-, Alten- und Gesamtquotient von 2001 bis 2050

Jahr	2001	2010	2020	2030	2040	2050
Jugendquotient (unter 20 Jahren)	38,1	33,5	33	35,4	33,9	34,1
Altenquotient (über 60 Jahre)	43,9	46,0	54,8	70,9	72,8	77,8
Gesamtquotient (unter 20 und über 60 Jahre)	81,9	79,5	87,7	106,2	106,6	112,0

**Quelle: Statisches Bundesamt**

# Demographischer Wandel und Humankapital

---

Dr. Hans-Peter Klös  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
Hauptabteilung Bildung und Arbeitsmarkt



Öffentliche Anhörung zum Thema „Ökonomische und fiskalische  
Auswirkungen des demographischen Wandels“,  
Hessischer Landtag, Wiesbaden, 10. November 2004

---

# Quellen des Wachstums

- Jahresdurchschnittliche Veränderungsraten 1990 bis 2000, in Prozent -

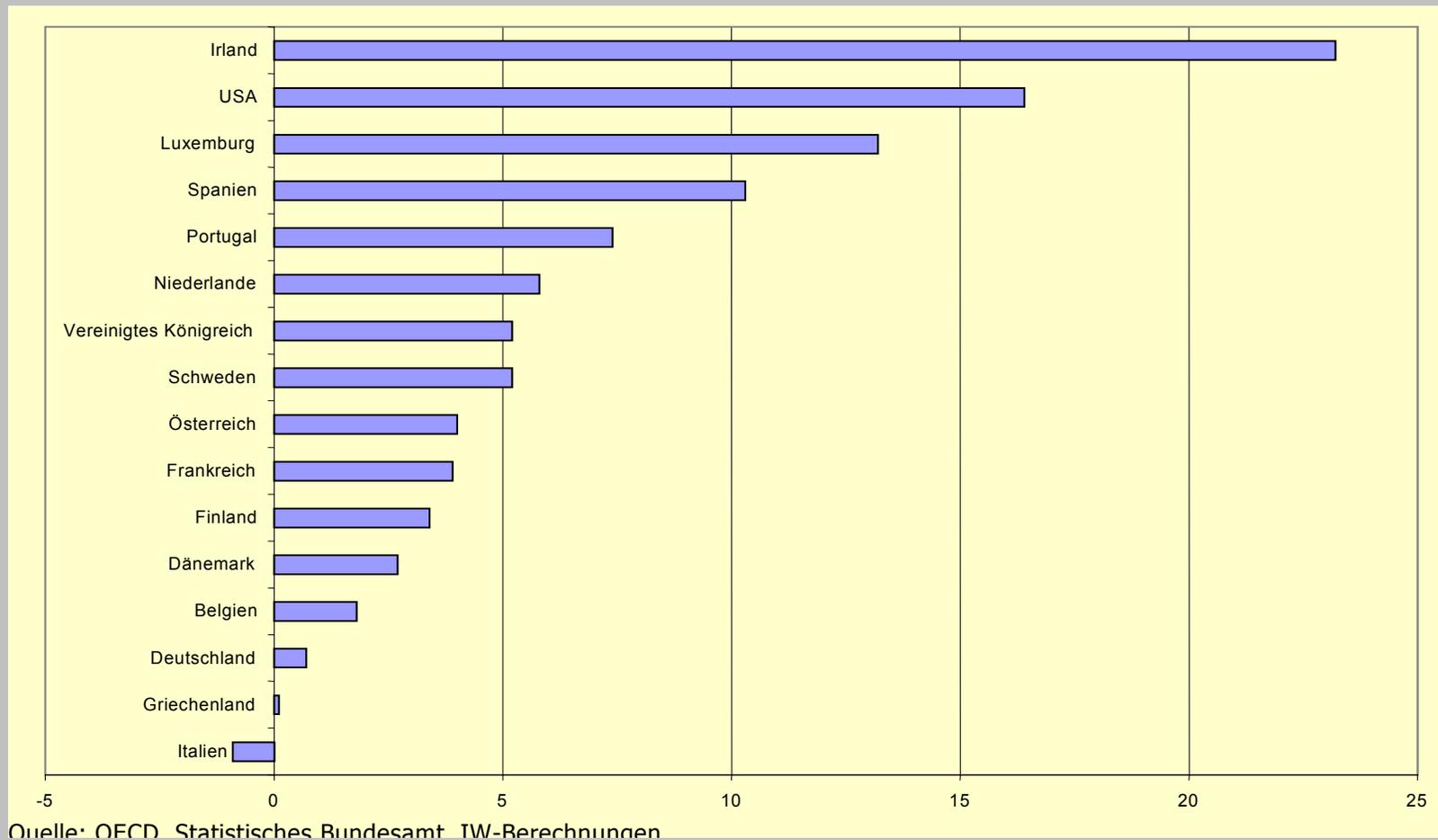
Staat	Durchschnittliches Wachstum des BIP pro Kopf	Durchschnittliche jährliche Veränderung der				
		Arbeitsproduktivität pro Erwerbstätigen			Erwerbsfähige Bevölkerung/Gesamtbevölkerung (Demographie)	Erwerbsfähige Bevölkerung
		Stundenzahl	Stundenproduktivität (bei gegebenen Humankapital)	Humankapital		
USA	2,26	0,27	1,20	0,35	0,06	0,38
UK	2,05	-0,21	1,18	0,85	0,01	0,22
Frankreich	1,54	-0,36	1,22	0,50	-0,10	0,28
Schweden	1,49	0,58	1,51	0,31	0,00	-0,91
Deutschland	1,20	-0,43	1,83	0,01	-0,11	-0,10

Quelle: OECD (2003)



# Wachstumsraten der Erwerbsbevölkerung

- 1991-2003, in Prozent -



# Rückläufiges Arbeitsangebot

- Prognose des Erwerbspersonenpotenzials bei unterer Potenzialerwerbsquote und jährlichem Nettowanderungssaldo von 100.000 -

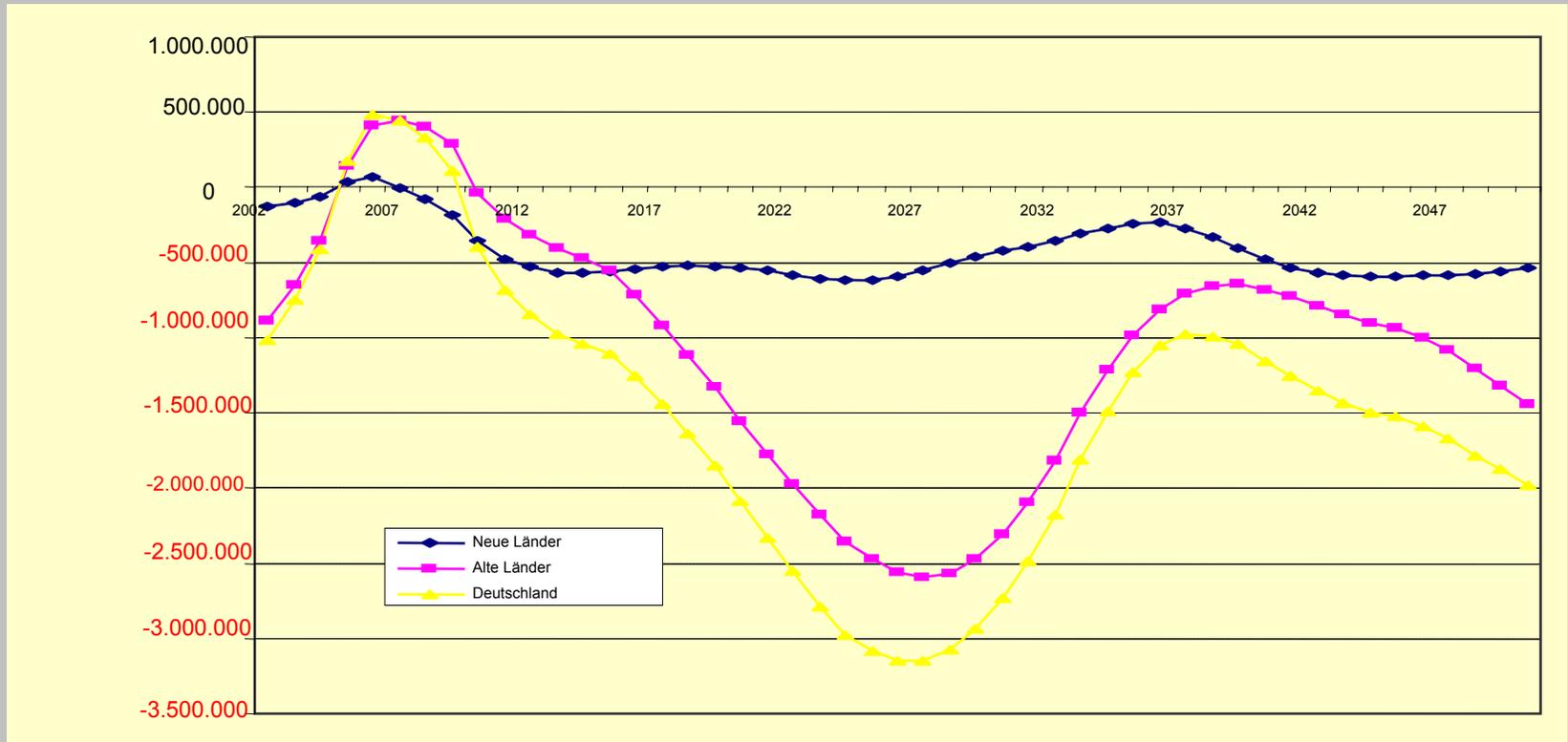


Quellen: Fuchs/Thon, 1999; StBA, 2003; IW-Berechnungen



# Nachwuchsprobleme

- Ausgleich des Erwerbspersonenpotenzials der 60- bis 64-Jährigen durch nachrückende 15- bis 19-Jährige -

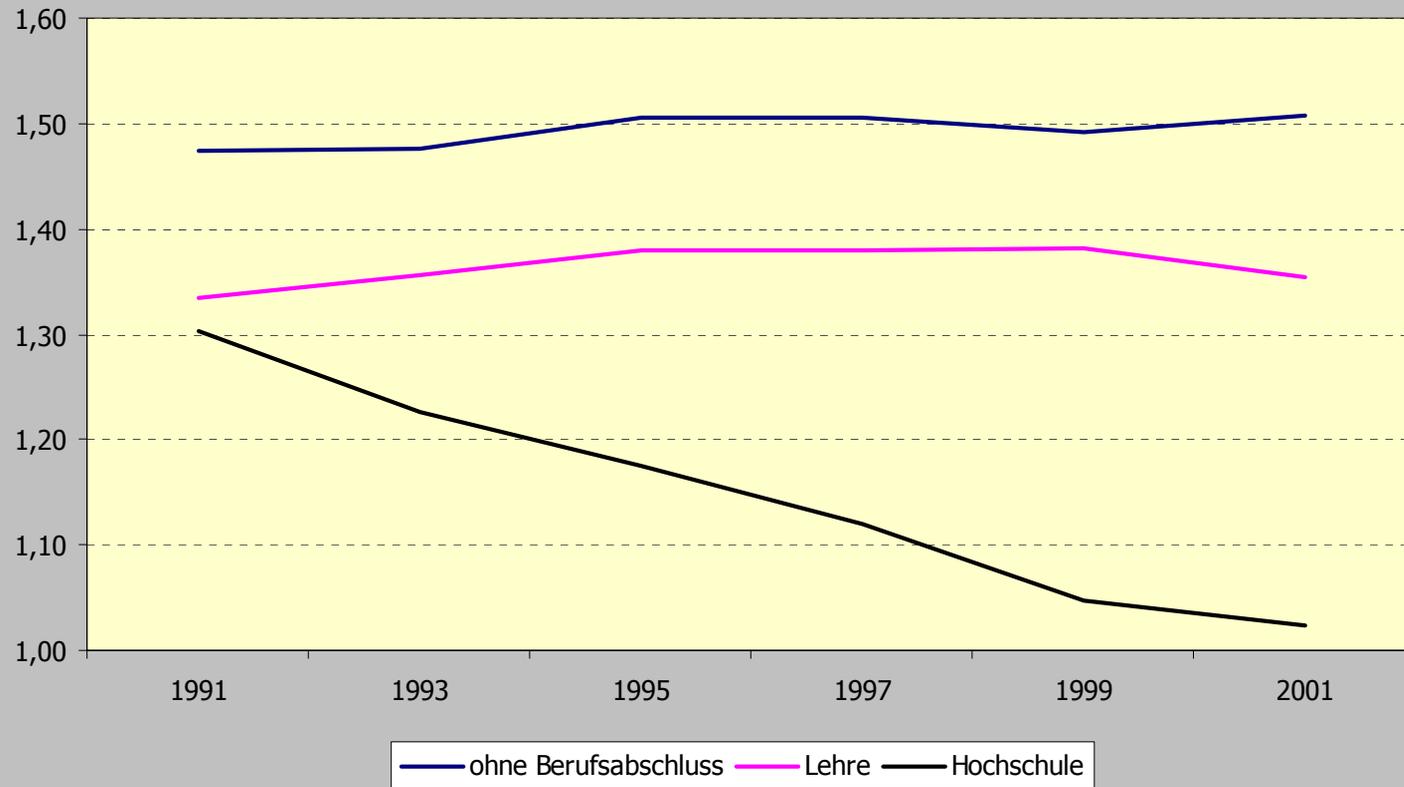


Quelle: 9. Koordinierte Bevölkerungsprognose, Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung



# Fertilität

- Durchschnittliche Kinderzahl von 35- bis 40-jährigen Frauen  
in Westdeutschland nach Bildungsabschluss der Frau -



Quelle: Grünheid, 2003; IW-Berechnungen



# Wachstumseffekte der demographischen Entwicklung

---

	1991 - 2000	2000 - 2010	2010 - 2020	2020 - 2030
Veränderung der jährlichen Wachstumsrate des BIP je Einwohner durch den demographischen Effekt in Prozentpunkten	-0,11	-0,18	-0,26	-0,78

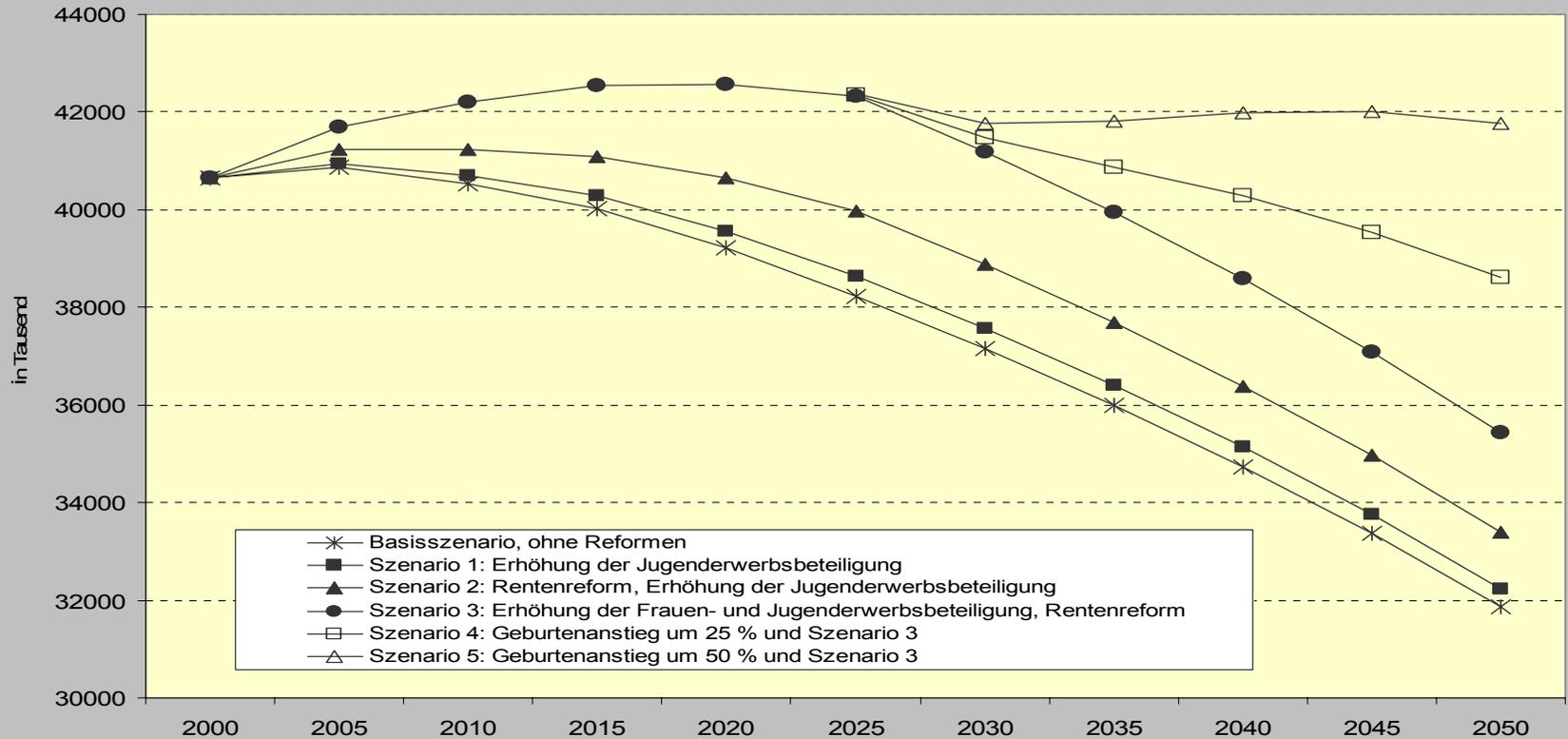
Quelle: Statistisches Bundesamt, OECD, IW-Berechnungen

---



# Alternative Erwerbspersonenpotenzialpfade

- Erwerbspersonen (15 Jahre und älter) 2000 bis 2050, verschiedene Szenarien, Anpassung der Geburtenhöhe zwischen 2005 und 2014 -



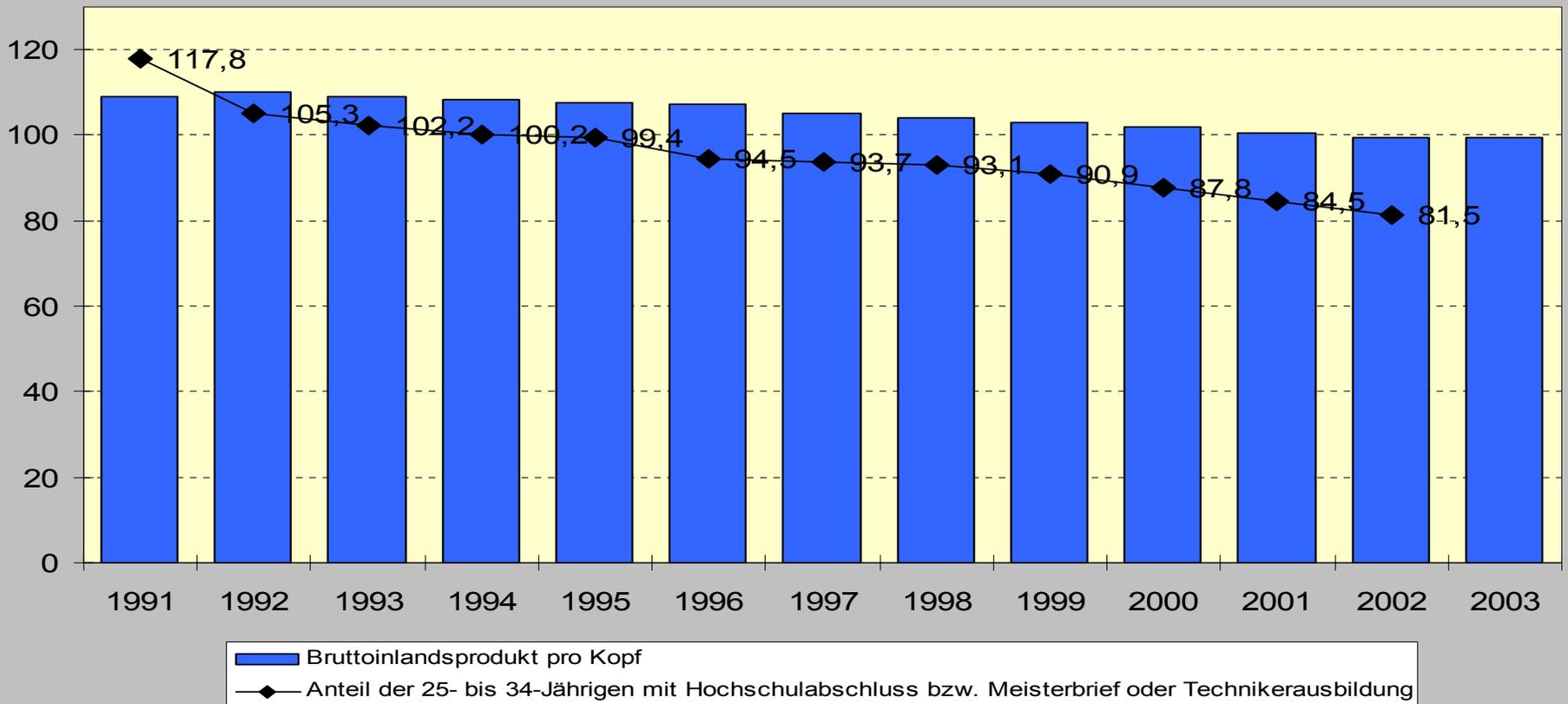
# Humankapital und Wachstum: ausgewählte Befunde

Studie	erklärte Variable	erklärende Variable	Ergebnis
Mankiw/Romer/Weil (1992)	BIP/Kopf	Humankapital	Akkumulationsrate des Humankapitals beeinflusst das Niveau der Produktivität. Erhöhung der Rate führt zu Wachstum im Anpassungsprozess.
Uzawa (1965); Lucas (1988)	BIP/Kopf	Humankapital	Humankapital ist Produktionsfaktor und wird im Bildungssystem produziert. Produktivität im Bildungssektor und Anteil des Bildungssektors am Gesamthumankapital bestimmen Wachstumsrate.
Romer (1990); Nelson/Phelps (1996)	BIP/Kopf	Humankapital	Der bestehende Bestand an Humankapital bestimmt die Innovationsfähigkeit.
Bassanini/Scarpetta (2001)	BIP/Kopf	Bildungsjahre	Ein zusätzliches durchschnittliches Bildungsjahr führt zu einer langfristigen Erhöhung des Outputs pro Kopf um 6 Prozent.
Sachverständigenrat (2002/2003)	BIP/Kopf (15-64)	Bildungsjahre	Steigerung der Bildungsjahre um 1 Prozent führt zu einem zusätzlichen Wachstum von 0,1 Prozent.
OECD (2003)	BIP/Stunde	Bildungsabschlüsse	Eine Steigerung der formalen Bildung ist Wachstumstreiber. Deutschland hat daraus im vergangenen Jahrzehnt keinen Wachstumsbeitrag gezogen.



# Humankapital und Wachstum in Deutschland

- EU-15=100 -

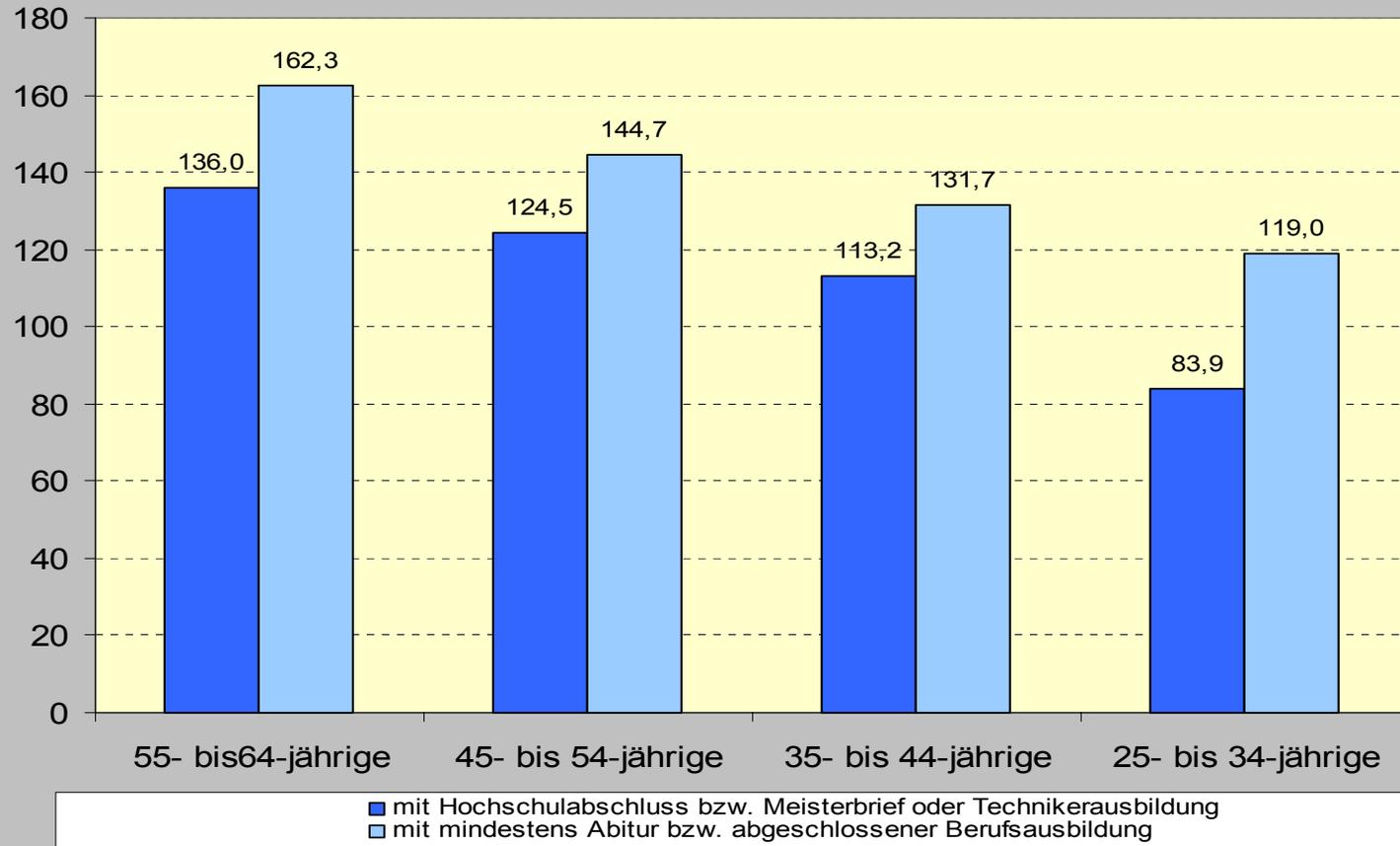


Quelle: Ursprungsdaten: OECD, Eurostat



# Relatives Bildungsniveau in Deutschland

- Anteil der Personen mit den jeweiligen Bildungsabschlüssen bezogen auf die Bevölkerung im jeweiligen Alter, EU-15 = 100 -

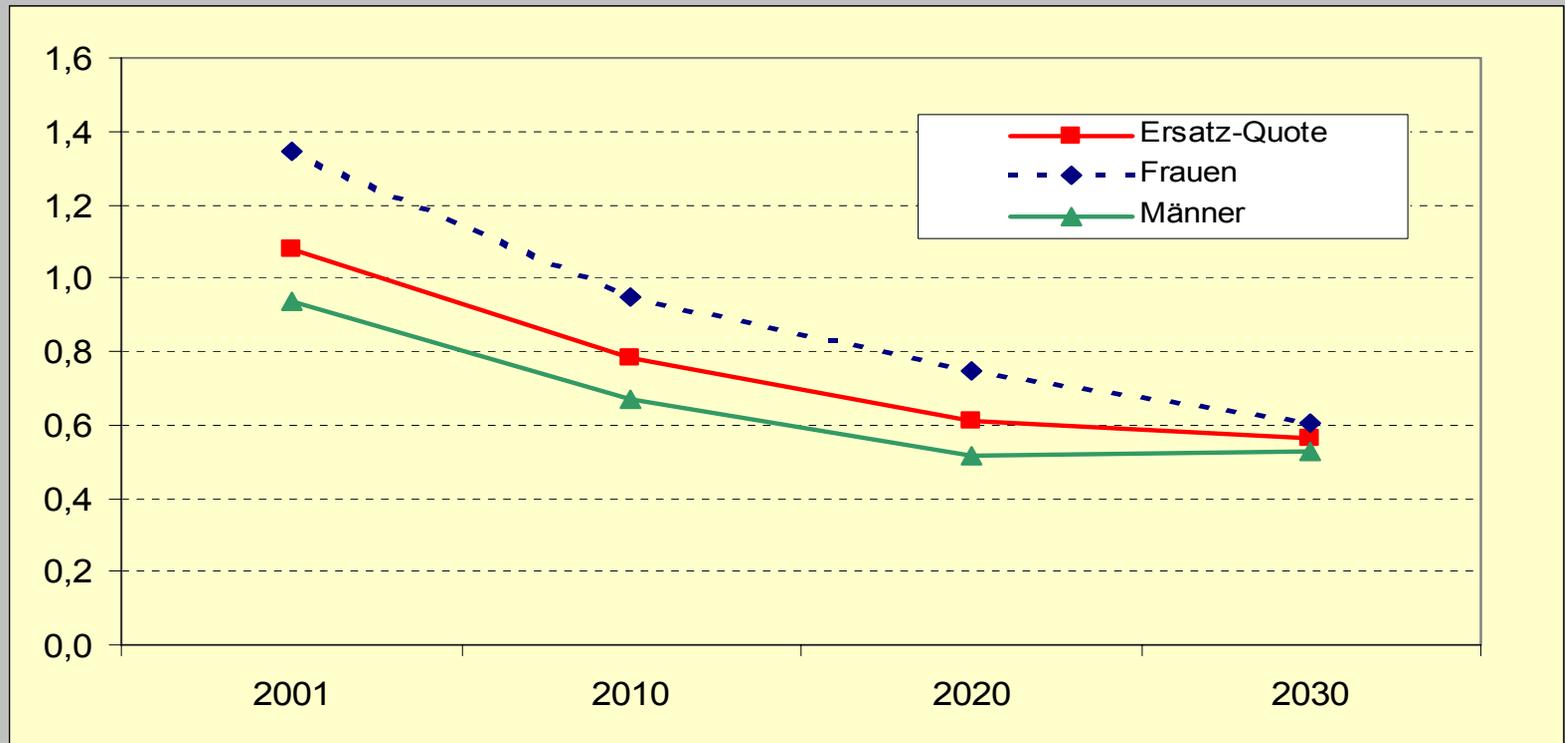


Quelle: Ursprungsdaten: OECD, Eurostat; Stand: 2001



# Akademikerersatzquoten

- Jüngere (25-34 Jahre) pro ältere (55-64 Jahre) Akademiker -



Quelle: IW-Berechnungen auf Grundlage des Statistisches Bundesamts, KMK und OECD



# Akademikerangebot

- Alternative Pfade bei unterschiedlichen Reformpaketen -



Quelle: IW- Berechnungen auf Grundlage des Statistisches Bundesamts, KMK und OECD



# MINT-Absolventendichte

- MINT-Absolventen\* pro 100.000 Erwerbspersonen (25 - 34 Jahre)-

	1998	1999	2000	2001
<b>Länder mit steigender Tendenz</b>				
Großbritannien	1309	1353	1401	1666
Frankreich	1435	1434	1507	1567
Finnland	1266	1363	1579	1540
Australien	1262	1303	1253	1365
Schweden	783	902	1050	1150
USA	850	878	877	901
Kanada	776	822	855	n.v.
Spanien	833	1077	885	970
<b>Länder mit Stagnation oder abnehmender Tendenz</b>				
Japan	1062	1048	1037	1052
Deutschland	720	693	715	707
Italien	629	n.v.	663	676
Niederlande	668	569	530	597

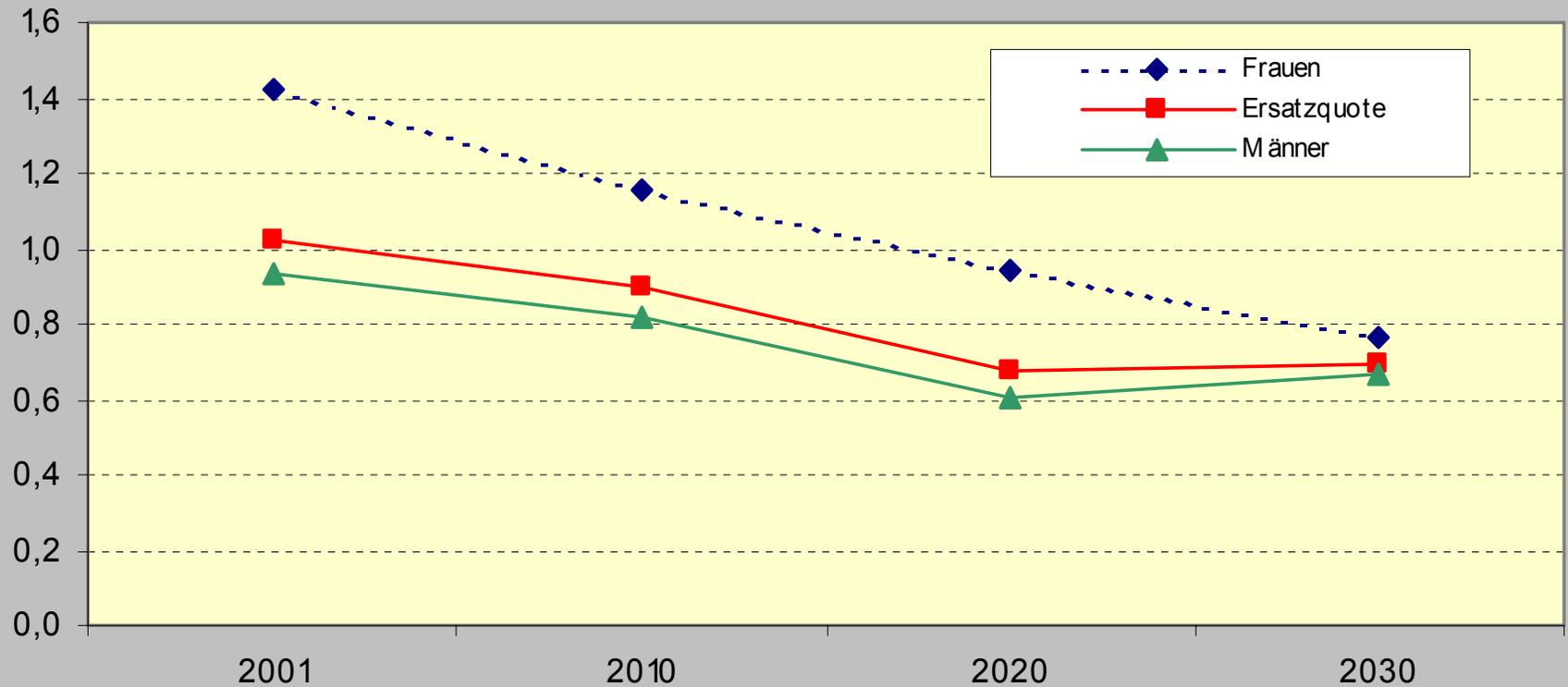
n.v. = nicht verfügbar; \*Biowissenschaften, Physik, Mathematik/Statistik, Informatik, Ingenieurwissen, Bauwesen

Quelle: ZEW und HIS 2004



# MINT-Ersatzquoten

- Jüngere (25-34 Jahre) pro ältere (55-64 Jahre) MINT-Akademiker -

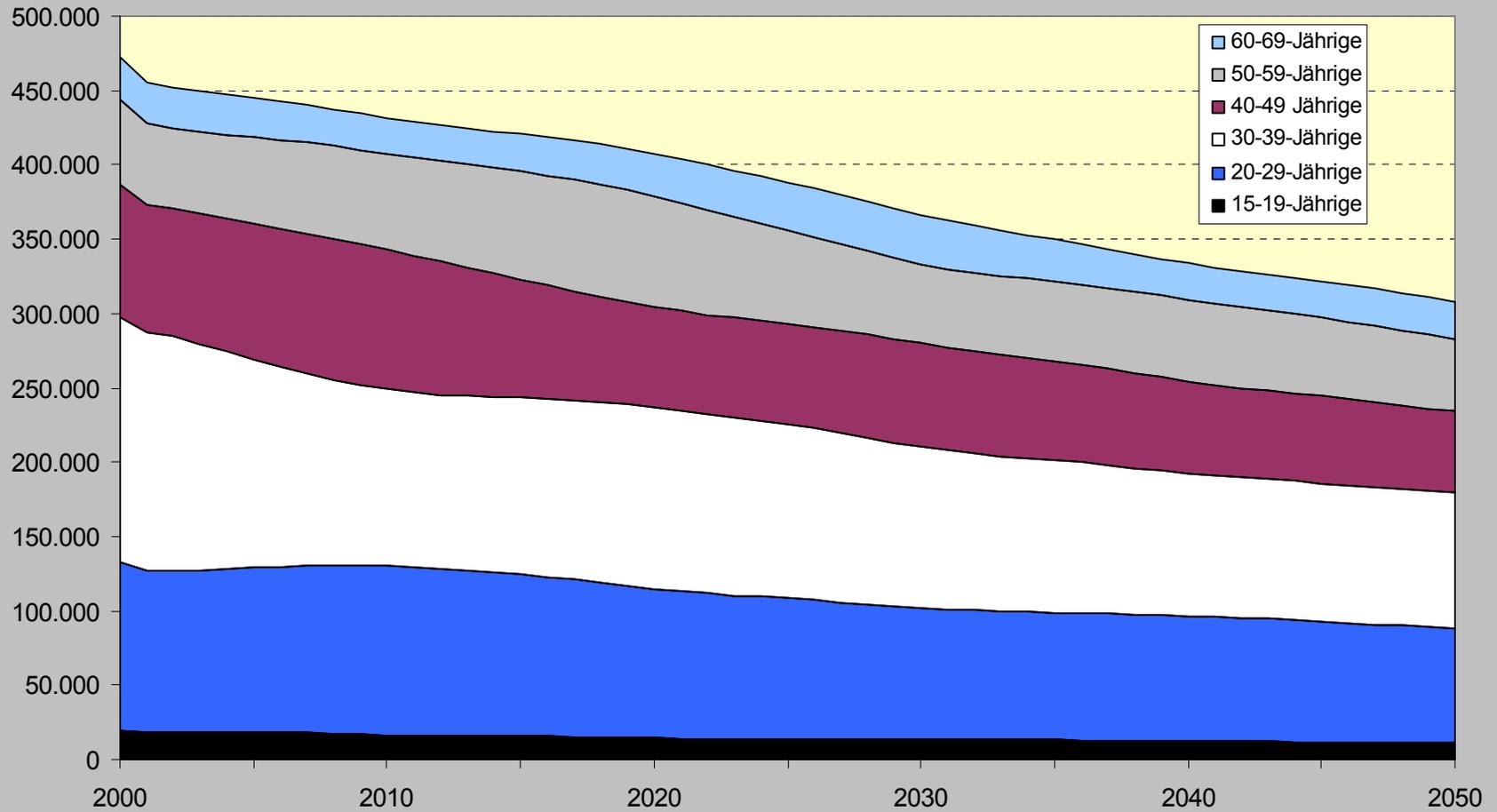


Quelle: IW Berechnungen auf Grundlage des Statistisches Bundesamts, KMK und OECD



# Unternehmensgründungen

- nach Altersklassen 2000 bis 2050 -



Quelle: DtA, Statistisches Bundesamt; IW-Berechnungen



# Bildungsreform: was bildungsökonomisch unstrittig ist

- Bildung mit steigendem Alter zunehmend ein privates Gut
- Externalitäten der Bildung in früher Kindheit am höchsten
- Umlenkung gegebener staatlicher Mittel von tertiärem in elementaren und primären Bereich
- Erschließung weiterer privater Mittel in der sekundären und tertiären Bildung
- Kindergarten- und Schulgutscheine für Benachteiligte
- Frühere Einschulung und Ausbau der frühen Förderung
- Einführung von Studiengebühren und Schulgebühren zur Stärkung der Nachfrager von Bildungsleistungen
- Effizientere Nutzung von Bildungszeiten, vor allem bei Studienzeiten
- Verlängerung der Amortisationszeit von Bildungsinvestitionen und Erhöhung der Bildungsrenditen durch früheren Berufseintritt und Abkehr von der Frühverrentung



# Bildungsreform: was bildungspolitisch noch strittig ist

---

- Bildungsautonomie stärken (ZVS abschaffen, Auswahl-, Budget- und Personalhoheit für Schulen und Hochschulen ermöglichen)
- Bildungsstandards und Ergebniskontrollen einführen (Evaluation, Monitoring, Qualitätsstandards, Zentralprüfungen, internationale Leistungsvergleiche)
- Bildungsfinanzierung an den Nachfragern ausrichten (Studien- und Schulgebühren, Bildungs- und Betreuungsgutscheine, Bildungskredite)
- Dienstrecht flexibilisieren (regelmäßige Leistungsüberprüfungen, leistungsorientierte Entlohnung, Fortbildungsverpflichtung)



# *Die ökonomischen Auswirkungen der Alterung in Hessen*

**Axel Börsch-Supan und Anette Reil-Held**

**Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel (Economics of Aging), MEA, Universität Mannheim**

*Beitrag für die Anhörung der Enquetekommission „Demographischer Wandel“ des Hessischen Landtags am 10. November 2004*

Der demographische Wandel ist auch für Hessen einer der „Megatrends“ dieses Jahrhunderts, der die politische, soziale und ökonomische Situation des Landes entscheidend verändern wird. In 25 Jahren wird jeder dritte Bürger Hessens 60 Jahre oder älter sein. Relativ zur Zahl der 20 bis 60jährigen wird sich die Zahl der über 60jährigen bis zur Mitte unseres Jahrhunderts fast verdoppeln. Abschnitt 1 dieses Beitrags skizziert die demographische Entwicklung Hessens und betont, dass sich mit der Demographie auch das Altersbild wandeln muss.

Die Alterung unserer Gesellschaft hat tief greifende Auswirkungen nicht nur auf die Alters- und Gesundheitsvorsorge, sondern ist eine Herausforderung an unser gesamtes Wirtschaftssystem. Dieser Herausforderung ist der Hauptteil dieses Beitrags gewidmet. Abschnitt 2 schildert die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Produktion. Abschnitt 3 beschreibt, welche Auswirkungen der demographische Wandel für die Kapital- und Immobilienmärkte hat. Abschnitt 4 schließt mit einem Ausblick, der betont, dass zu Pessimismus kein Anlass besteht: Die Herausforderungen des demographischen Wandels lassen sich mit genügend vorausschauendem Handeln durchaus meistern.

**Adresse:**

Prof. Axel Börsch-Supan, Ph.D. Dr. Anette Reil-Held  
Mannheim Institute for the Economics of Aging (MEA)  
Universität Mannheim  
D-68131 Mannheim  
Tel.: +49-621-181-1862, Fax: +49-621-181-1863  
Email: [axel@boersch-supan.de](mailto:axel@boersch-supan.de), [reil-held@mea.uni-mannheim.de](mailto:reil-held@mea.uni-mannheim.de)

## 1. Die demographische Entwicklung Hessens

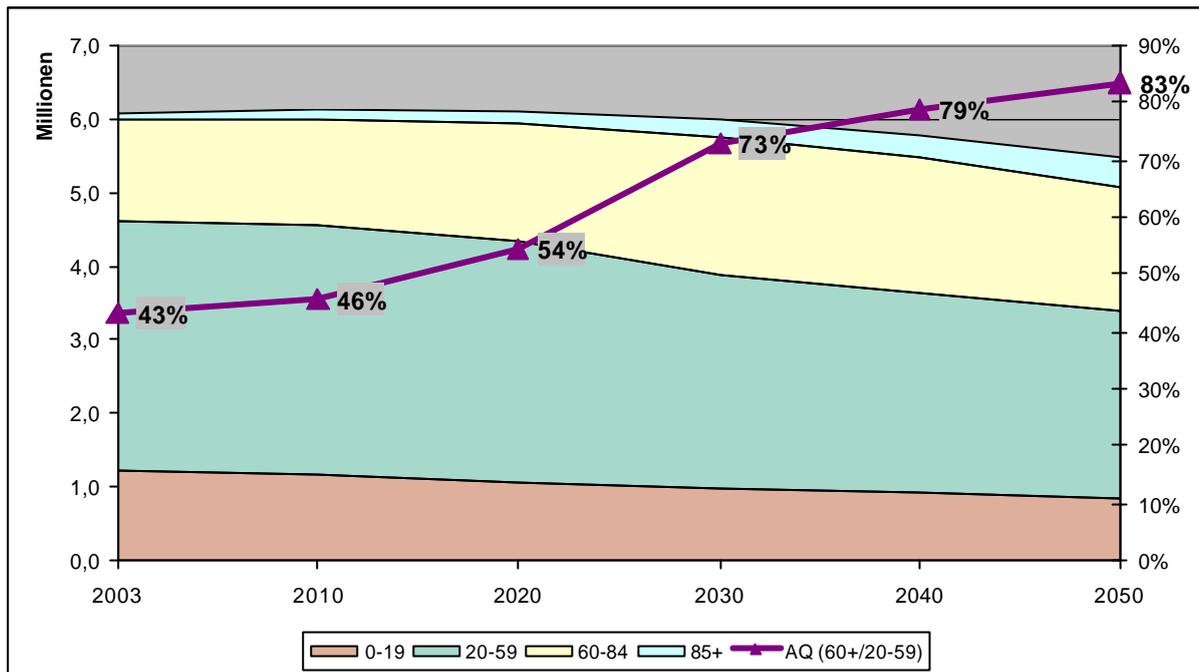
Die demographische Entwicklung wird durch drei Faktoren bestimmt: die Geburtenhäufigkeit, die Lebenserwartung und die Nettozuwanderung. Das Statistische Landesamt Hessen legt seinen Prognosen die durchschnittliche Geburtenhäufigkeit auf Kreisebene 1998/2002 zugrunde und geht somit davon aus, dass die Geburtenrate in den nächsten Dekaden mit 1,36 Kindern pro Frau weiterhin etwa dem deutschen Durchschnitt entspricht. Hinsichtlich der Lebenserwartung wird zwar ein weniger starker Anstieg als in den vergangenen drei Dekaden erwartet, aber mit rund 6 Jahren bis 2050 ein immer noch deutlicher Anstieg. Das bedeutet für 2050 eine Lebenserwartung Neugeborener Hessen von etwa 82,9 Jahren bei den Männern und 87,5 Jahren bei den Frauen. Weiterhin wird davon ausgegangen, dass Hessen auch in den kommenden Jahrzehnten einen Wanderungsgewinn von 12.000 Personen im Jahr verzeichnen kann, die von außerhalb Deutschlands zuziehen (mittlere Variante der Bevölkerungsvorausberechnung). Für die Binnenwanderung nimmt das Statistische Landesamt an, dass die Zuzüge aus den neuen Bundesländern bis 2021 abnehmen und der Binnenwanderungssaldo danach ausgeglichen ist (Hessisches Statistisches Landesamt 2004).

Dank dieser Zuwanderung wird die Landesbevölkerung auch in der fernen Zukunft nicht wesentlich abnehmen. In 2050 wird die hessische Bevölkerung im Vergleich zu 2003 knapp 10 Prozent kleiner sein und damit wieder der Bevölkerungszahl Hessens in 1987 entsprechen. Eine signifikante Schrumpfung ist also nicht das demographische Problem. Dies ist es wert, besonders betont zu werden. Aber die Zusammensetzung der Bevölkerung wird sich dramatisch ändern.

### *Statisches versus dynamisches Altersbild*

Abbildung 1 zeigt, wie sich die Bevölkerung gemäß den Annahmen der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes bis 2050 entwickeln wird: Der Anteil der Bevölkerung im Alter von über 59 wird von 24% auf 39% steigen, derjenige der Hochbetagten (85 Jahre und älter) sich sogar auf etwa 8 Prozent vervierfachen. Der für die wirtschaftliche Entwicklung wichtige Anteil der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter – hier vereinfachend mit der Altersklasse 20 bis 60 Jahre gleichgesetzt – wird hingegen bis zum Jahr 2050 von heute 56% auf 46% sinken.

**Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung in Hessen bis 2050**



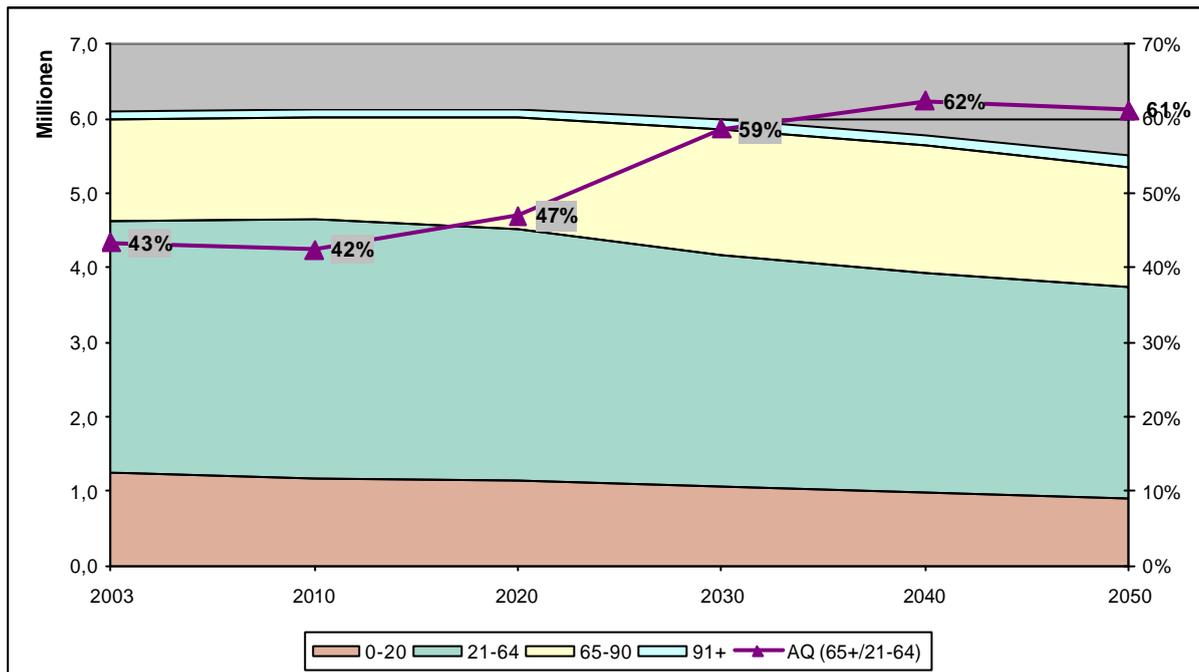
*Bemerkung:* AQ steht für Altersquotient, der das Verhältnis der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (hier definiert als 20-59 Jährige) zur Altenbevölkerung (hier im Alter von 60+) angibt.

*Quelle:* Eigene Darstellung auf Basis der mittleren Variante des Statistischen Landesamt Hessens (2004).

In dieser gegenläufigen Entwicklung liegt der eigentliche Sprengstoff für die wirtschaftliche Entwicklung. Die Jungen werden fast doppelt so viele Rentner finanzieren und fast doppelt so viele Güter und Dienstleistungen für die ältere Generation herstellen müssen als heute. Am Verlauf des Altersquotienten wird zudem deutlich, dass die Bevölkerungsalterung kein kurzfristiges Übergangsphänomen, sondern ein prägendes Merkmal dieses Jahrhunderts ist.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob die in Abbildung 1 dargestellte Sichtweise, die auf festen Altersgrenzen zur Darstellung der Entwicklung der Bevölkerungsstruktur basiert, angemessen ist. Sie wird dem sich ändernden Altersbild nicht gerecht, denn ein 70-Jähriger heute kann aufgrund der weiterhin steigenden Lebenserwartung – die auch mit einem längeren Leben in Gesundheit einhergeht – nicht mit einem 70-Jährigen in der Zukunft verglichen werden. Daher zeigt Abbildung 2 die Entwicklung der Altersstruktur in Hessen, wenn man ein dynamisches Altersbild zugrunde legt, indem die Altersgrenzen entsprechend des Anstiegs der Lebenserwartung angepasst werden.

**Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung in Hessen bis 2050 (lebenserwartungsgemäß)**



*Bemerkungen:* Die Altersgrenzen werden alle 10 Jahre entsprechend den Annahmen des Statistischen Bundesamtes über die Lebenserwartung Neugeborener angepasst. Der gewichtete Durchschnitt der Lebenserwartung von Männern und Frauen steigt von 78 Jahren in 2003 bis auf 84 Jahre in 2050 an (Variante L2 der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung).

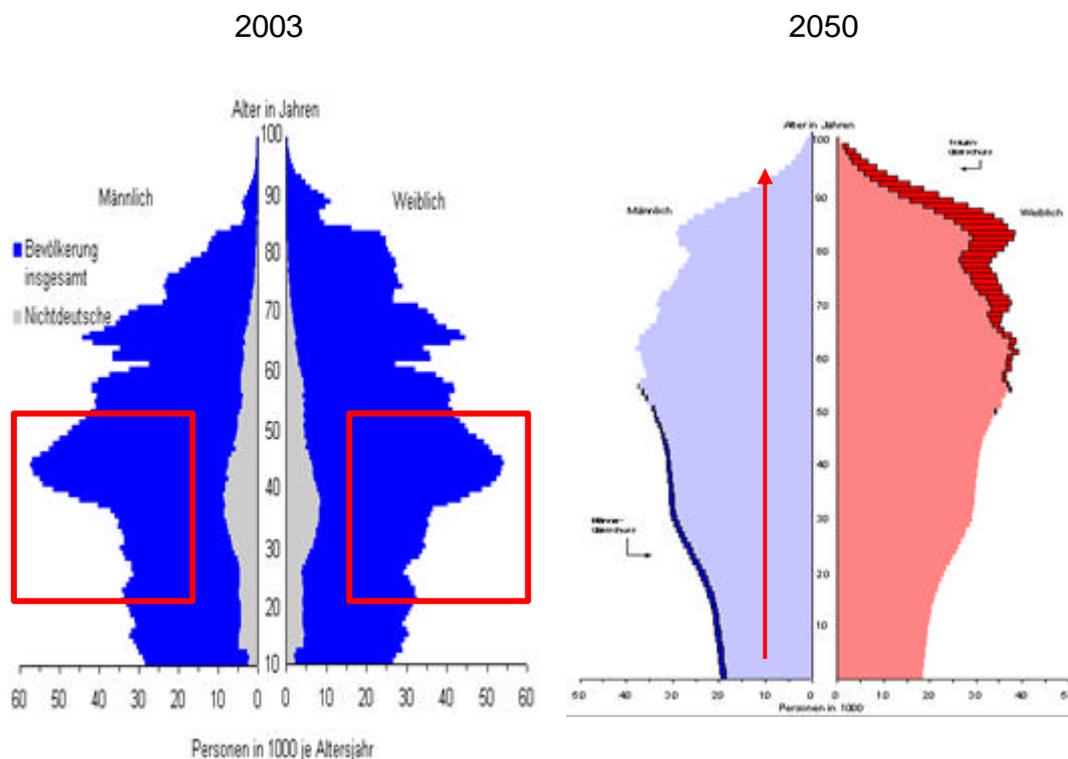
*Quelle:* Eigene Berechnungen auf Basis der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes und der Lebenserwartungsannahme des Statistischen Bundesamtes.

Die bisherigen Altersgrenzen (z.B. 0 bis 19, 20 bis 59) werden zu Beginn jedes Jahrzehntes proportional an den Anstieg der Lebenserwartung angepasst. Die Abgrenzung der Bevölkerung im Rentenalter verschiebt sich hierdurch beispielsweise von 60 in 2003 auf 65 in 2050, die Altersgrenze der Hochbetagten von 85 in 2003 auf 91 Jahre in 2050. Bei dieser „lebenserwartungsgemäßen“ Betrachtung sieht die Alterung der hessischen Bevölkerung weit weniger dramatisch aus als bei der statischen Sichtweise. Der Altersquotient steigt nur noch auf 61 anstatt auf 83 Prozent in 2050. Auffällig ist auch, dass die Anzahl der Hochbetagten (oberstes Band) wesentlich geringer wächst. Dies verdeutlicht zum einen, dass die gelegentlich dramatisierend „Vergreisung“ genannte Entwicklung der Bevölkerungsstruktur nicht nur eine Frage der Zahlen, sondern vor allem der Sichtweise ist. Unser Altersbild muss ebenso an die zukünftige demographische Entwicklung angepasst werden, wie sich unser Altersbild in den letzten 50 Jahren gewandelt hat – 1950 betrug die Lebenserwartung noch 10 Jahre weniger als heute, und wir haben uns heute an viel jugendlichere Großmütter als in den 50er Jahren gewöhnt. Dies bedeutet aber auch, dass aus diesem sich verändernden Altersbild die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden müssen, nicht zuletzt auf dem Arbeitsmarkt, in der Rentenversicherung und in der Weiterbildung.

### *Zwei demographische Entwicklungen*

Bei den Herausforderungen, die der demographische Wandel in den nächsten Dekaden an das Land Hessen stellt, sind zwei Entwicklungen zu unterscheiden. Zum einen die Aufeinanderfolge sehr unterschiedlich stark besetzter Jahrgänge der Babyboom- und der Pillenknickgeneration, die zu einem veränderten Altersstrukturaufbau führt. Es gibt künftig keinen pyramidenförmige Bevölkerungsstruktur mehr. Zum anderen der Anstieg der Lebenserwartung, der sich in einer größeren Besetzung der oberen Altersklassen abbildet. Dies lässt sich anhand der in Abbildung 3 gezeigten „Bevölkerungspyramiden“ darstellen.

**Abb. 3: Bevölkerungspyramiden der hessischen Bevölkerung in 2003 und 2050: Zwei demographische Entwicklungen**



*Quelle:* Bevölkerungspyramiden des Statistischen Landesamt Hessens.

Die Quadrate auf der linken Bevölkerungspyramide markieren die eine der beiden demographischen Entwicklungsprozesse, nämlich den historisch bislang einmaligen Bruch in der Bevölkerungsstruktur. Auf die geburtenstarken Jahrgänge der heute etwa 40- bis 50-Jährigen folgt die Pillenknick-Generation, die nur etwa halb so groß ist. Den vielen „Babyboomern“ wird im Ruhestand also eine deutlich geringere Anzahl an Erwerbstätigen gegenüber stehen, was nicht nur die umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme belastet, sondern auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum.

Der zweite demographische Entwicklungsprozess, der Anstieg der Lebenserwartung, ist überaus erfreulich, erfüllt sich darin doch ein alter Menschheitstraum, zumal der Anstieg der statistischen Lebenserwartung verbunden ist mit einem noch schnelleren Anstieg der so genannten „aktiven Lebenserwartung“, in denen die Menschen gesund und aktiv sind. Der Anstieg der Lebenserwartung hat Auswirkungen auf das Wirtschaftssystem in dem Masse, wie sich Lebenszeit und Lebens-Arbeitszeit ungleich, präziser: unproportional entwickeln. Nur, wenn wir die Lebens-Arbeitszeit nicht an die längere Lebensdauer anpassen, wird die gestiegene Lebenserwartung zu einem finanziellen und sozialpolitischen Problem. Die in Abbildung 2 dargestellte dynamische Sichtweise des Altersbilds unterstützt den Gedanken, dass eine Anpassung nicht nur notwendig, sondern auch vernünftig und machbar ist.

## **2. Was passiert auf dem Arbeitsmarkt und in der Produktion?**

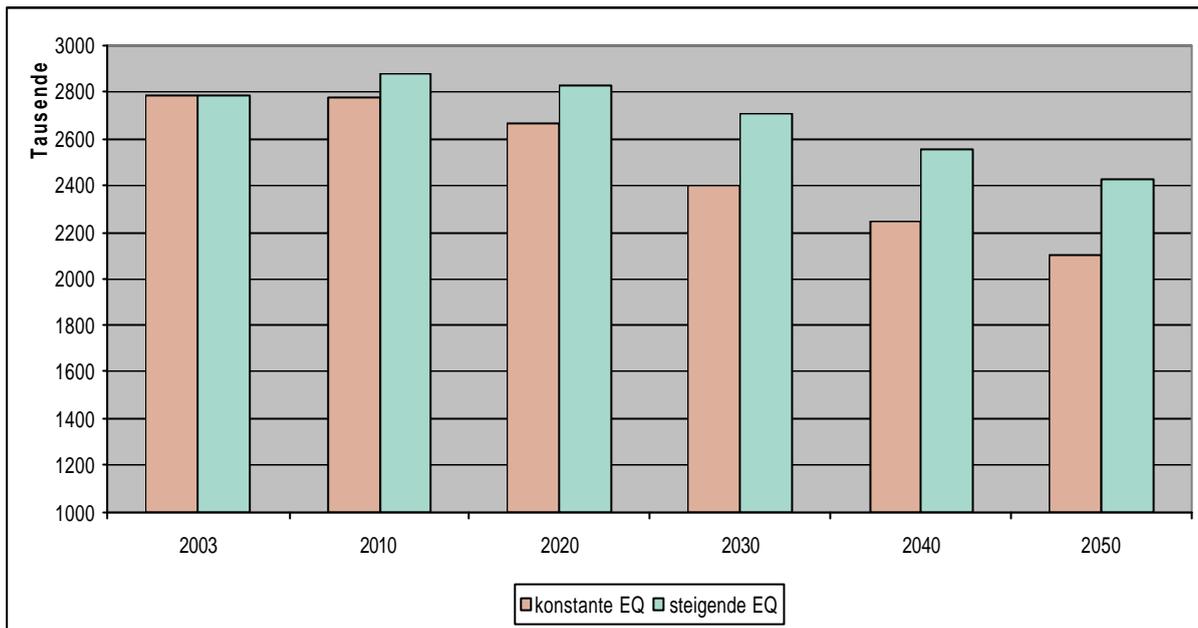
Arbeit ist der wichtigste Faktor unserer Volkswirtschaft. Wie viel Arbeit wird der Produktion künftig zur Verfügung stehen? Die Zahl der Erwerbstätigen wird durch die alters-, geschlechts- und herkunftsspezifischen Erwerbstätigenquoten beeinflusst, in die wiederum ökonomische und sozialpolitische Parameter wie die Arbeitslosenquote und das Rentenzugangsalter eingehen. Hier gibt es also nicht nur Prognoseunsicherheiten, sondern auch Gestaltungsspielraum. Die Spannbreite möglicher Abweichungen ist groß und zeigt, dass sich aktive Politik hier lohnt.

Abbildung 4 zeigt die Anwendung zweier Szenarien auf die prognostizierte Erwerbstätigenzahl Hessens: im ersten (pessimistischen) Szenario wird unterstellt, dass die heutigen alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbstätigenquoten in Hessen auch in der Zukunft konstant bleiben. Das zweite Szenario geht davon aus, dass die Erwerbstätigenquoten in Hessen gemäß den - unserer Auffassung nach optimistischen Annahmen der „Rürup-Kommission“ - ansteigen.<sup>2</sup> Die Rürup-Kommission geht in ihrem Erwerbstätigenzenario von einer Erhöhung des effektiven Rentenzugangsalters um etwa 3 Jahre bis zum Jahr 2035, von einer Reduktion der Arbeitslosenquote auf 4,2% bis zum Jahr 2035 und von einem deutlichen Anstieg der Frauenerwerbsquoten aus.

---

<sup>2</sup> Siehe Anhang 1 für eine Darstellung der alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbstätigenquoten.

**Abb. 4.: Entwicklung der Erwerbstätigenzahl in Hessen unter zwei Szenarien**



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Bevölkerungszahlen des Statistischen Landesamtes Hessen (mittlere Variante) und Erwerbstätigenquoten in Hessen in 2003 gemäß dem Mikrozensus sowie der Kommission zur Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme.

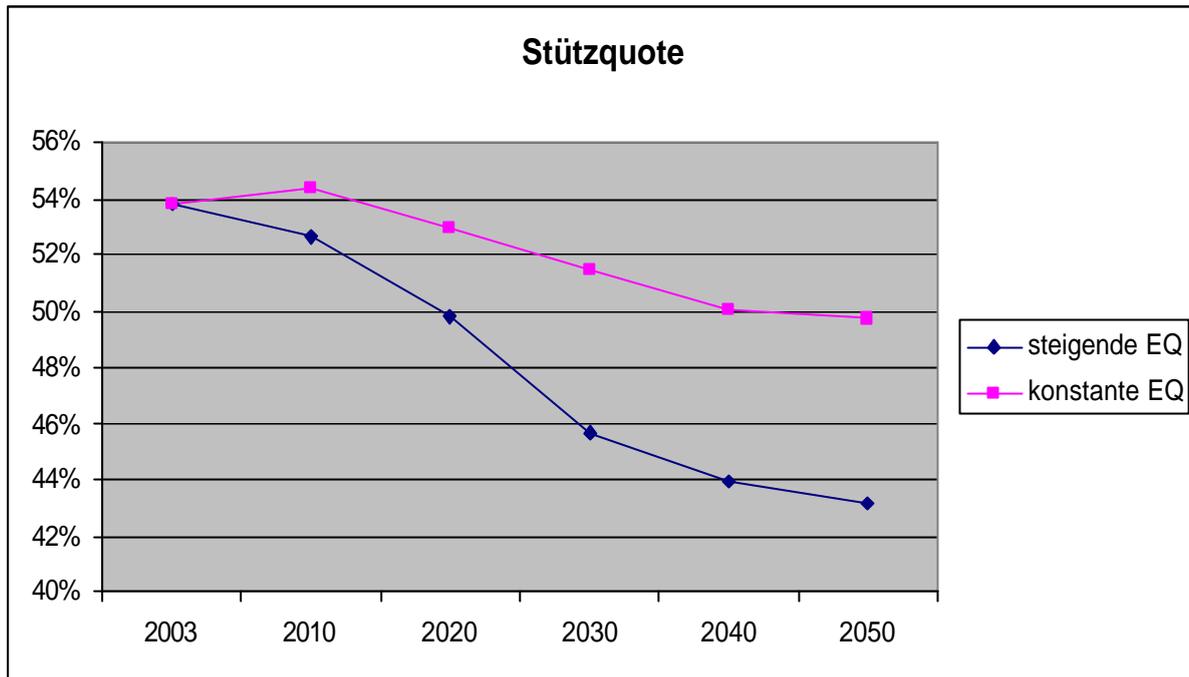
Wahrscheinlich steigt die Zahl der Erwerbstätigen in Hessen von 2,8 Millionen in 2003 bis zum Jahr 2010 zunächst noch leicht an, sinkt dann aber unter den optimistischen Annahmen stetig auf 2,4 Millionen im Jahr 2050.

Ohne ein frühzeitiges und konsequentes Eingreifen kann es aber auch schlimmer kommen: Sollte die Arbeitsmarktpolitik keine höhere Erwerbsbeteiligung beschieren und die im internationalen Vergleich sehr niedrigen heutigen Erwerbsquoten bestehen bleiben, dann würde das Arbeitsangebot auf etwa 2,1 Millionen sinken.

### ***Erlahmt unser Wirtschaftswachstum?***

Angesichts der im wesentlichen konstant bleibenden Gesamtbevölkerungsgröße bedeutet die sinkende Zahl der Erwerbstätigen, dass weniger Erwerbstätige den gleichen Umfang an Gütern und Dienstleistungen produzieren müssen. Der Rückgang der Erwerbstätigen pro Konsument (die so genannte Stützquote) führt zu einem Produktionsausfall relativ zu der Entwicklung ohne diesen Rückgang. Abbildung 5 zeigt diese Relation:

**Abb. 4: Entwicklung der ökonomischen Stützquote (Erwerbstätige pro Konsument) in Hessen bis 2050**



*Bemerkungen:* Die ökonomische Stützquote wird berechnet, indem die Zahl der Erwerbstätigen durch die Zahl der Konsumenten dividiert wird, die hier als mindestens 15 Jahre alt definiert sind

Die ökonomische Stützquote des Landes Hessen sinkt unter der pessimistischen Annahme einer konstanten Erwerbsbeteiligung von etwa 54 Prozent in 2003 auf knapp 44 Prozent in 2040. Dieser Rückgang entspricht etwa 19 Prozent, d.h. wir verlieren pro Kopf etwa 19 Prozent dessen, was derzeit an Konsum- und Investitionsgütern produziert wird. Umgerechnet entspricht das etwa einem halben Prozent pro Jahr, was auf den ersten Blick nicht viel erscheint. Auf die jährliche Wachstumsrate angerechnet, die im langfristigen Durchschnitt etwa bei 1,5 Prozent liegt, bedeutet dies jedoch den Verlust von einem Drittel des Wirtschaftswachstums, der nur durch eine dementsprechende Produktivitätserhöhung kompensiert werden kann. Wenn wir von der positiveren Entwicklung ausgehen, die eine deutlich Erhöhung der Erwerbsquoten im Alter und bei Frauen zugrunde legt, dann sinkt die Stützquote bis 2040 nur um etwa 7,5 Prozent. Der zu erwartende Produktionsausfall bedeutet in diesem Fall auf die jährliche Wachstumsrate angerechnet einen Verlust von nur noch einem Siebtel des Wirtschaftswachstums.

### ***Die Altersstruktur der Beschäftigten ändert sich ebenso!***

Der Rückgang der Erwerbstätigenzahlen ist nicht die einzige Herausforderung an den Arbeitsmarkt. Erschwerend kommt hinzu, dass die Alterung der Bevölkerung zu einer deutlich veränderten Altersstruktur der Beschäftigten führt.<sup>3</sup> Der Altersstrukturwandel wird besonders deutlich am Anteil der Erwerbstätigen, die 55 Jahre oder älter sind. Dieser beträgt in Hessen im Jahr 2003 etwa 12% und pendelt sich ab dem Jahr 2020 auf einen Wert von ungefähr 20% ein.<sup>4</sup> Dieser Anteil liegt in Hessen zwar niedriger als der gesamtdeutsche. Dennoch wird jeder fünfte Arbeitnehmer in Hessen in Zukunft ein Alter haben, in dem derzeit die meisten Arbeitnehmer und Arbeitgeber eher an Frühverrentung denken. In Zukunft werden wir es uns nicht mehr leisten können, diese Arbeitnehmer in die Frühverrentung abzuschieben, sonst fehlt uns ein Fünftel der Arbeitskraft.

### ***Verringert sich unsere Arbeitsproduktivität?***

Vielerorts wird behauptet, dass Innovationskraft und Arbeitsproduktivität ab einem bestimmten Alter fallen. In diesem Fall würde die Alterung der Belegschaft eine Verringerung der Gesamtproduktivität bedeuten. Die Abschätzung dieses sehr umstrittenen Effektes ist jedoch nicht einfach, da es keine zuverlässigen Daten über die altersspezifische Produktivität gibt. Grob geschätzt, wird es im pessimistischsten Fall zwischen den Jahren 2010 und 2030 einen durch die Altersstrukturverschiebung hervorgerufenen durchschnittlichen Produktivitätsverlust um etwa ein weiteres Zehntel geben. Allerdings ist die Produktivität älterer Mitarbeiter nicht fest vorgegeben. Aus- und Weiterbildung können sie entscheidend ändern. Zudem vernachlässigen konventionelle Produktivitätsschätzungen die positiven Effekte von Erfahrung, Ausgleich und Ruhe, die von älteren Mitarbeitern ausgehen könnten. Unsere grobe Abschätzung des möglichen Produktivitätsverlustes ist also weniger eine Prognose als ein Wink in die Richtung, in die sich unsere Gesellschaft weiterentwickeln muss.

### ***Wie verändert sich die Güternachfrage?***

Da sich Konsumgewohnheiten mit dem Alter verändern, wird die Struktur der Märkte für Güter und Dienstleistungen und damit die Beschäftigungssituation in den einzelnen Sektoren

---

<sup>3</sup> Die folgenden Kennzahlen für Deutschland machen die Verschiebung der Alterstruktur der Beschäftigten deutlich: Das Modalalter (also das häufigste Alter) der Belegschaft liegt im Jahr 2000 bei 36 Jahren, 10 Jahre später bei 46 Jahren, weitere 10 Jahre später bei 54 Jahren. Dies spiegelt die Alterung der Babyboomer-Generation wider. Das durchschnittliche Alter der Beschäftigten wird zwischen den Jahren 2000 und 2020 von 39 auf 42,5 Jahre ansteigen, 15 Jahre lang stagnieren und dann allmählich um ein weiteres Jahr ansteigen.

<sup>4</sup> Diese Werte beziehen sich auf die Entwicklung der Erwerbstätigkeit gemäß der Rürup-Kommission.

der Produktion ebenfalls von der Bevölkerungsalterung betroffen sein. So sind z.B. die Konsumausgaben in den beiden Bereichen Gesundheit und Verkehr stark altersabhängig, da im Alter der quantitativ wichtige Anteil der Fahrten zum Arbeitsplatz und der Dienstreisen wegfällt. Eine Abschätzung der Beschäftigungswirkung ergibt, dass die Beschäftigung im Gesundheitssektor bis zum Jahr 2050 um ca. 7% zunimmt, während die Beschäftigung im Verkehrssektor in demselben Zeitraum um etwa 5% sinkt. Überschlagsrechnungen für alle Sektoren ergeben Ab- und Zugänge von insgesamt 18%. Hiernach müssten im Zuge der Bevölkerungsalterung also mehr als ein Sechstel aller Arbeitsplätze umgeschichtet werden. Zu dieser rein demographischen Fortschreibung kommen noch die innovationsbedingten und sonstigen Nachfrageverschiebungen hinzu, die unser Wirtschaftsleben ausmachen. Der demographische Wandel ist also ein weiterer und dringender Grund, die Flexibilisierung unseres Arbeitsmarktes voran zu treiben.

### **3. Was passiert auf dem Kapitalmarkt?**

Angesichts der Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt erscheint der Kapitalmarkt ein willkommenes Instrument zu sein, dem demographischen Wandel zu entgehen. Tatsächlich hilft der Kapitalmarkt nicht nur, er ist auch ein unverzichtbares Instrument, weil nur er Ressourcen von heute in die Zukunft übertragen kann. So funktioniert die individuelle und betriebliche Vorsorge für das Alter und die Rücklagen der privaten Krankenversicherungen. Dieser intertemporale Ausgleichsmechanismus ist jedoch kein Allheilmittel; er muss klug genutzt werden.

#### ***Kommt ein Asset Meltdown?***

Die Nachrichten scheinen zunächst schlecht zu klingen. Denn wie beschrieben wird die Bevölkerungsalterung zu einer Verknappung von Arbeit führen. Arbeit wird daher – relativ gesehen – teurer als Kapital werden, bzw. Kapital billiger. Kapitalrendite und Vermögenswerte werden angesichts der demographischen Entwicklung tendenziell sinken. Dramatisch hat bereits das Wort vom „Asset Meltdown“ die Runde gemacht, gemäß dessen in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts die Nachfrage der Haushalte nach Finanzanlagen massiv zurückgeht, die Vermögenswerte dramatisch abschmelzen und die Kapitalrendite in den Keller sinkt.

Einige Argumente dieser pessimistische Sichtweise sind in der Tendenz richtig, aber sie sind unvollständig und in ihrer Dramatik falsch, denn zum Glück gibt es eine Reihe volkswirtschaftlicher Mechanismen, welche die negativen Auswirkungen der Alterung dämpfen oder sogar umkehren. So benötigt eine alternde Gesellschaft mehr, nicht weniger Kapital, denn sie

muss in zunehmendem Maße Arbeit durch Kapital substituieren. Diese steigende Nachfrage nach Realkapital erhöht die Kapitalrendite exakt in der gleichen Zeit, in der die Pessimisten den Asset Meltdown befürchten. Zudem wird eine konsequente Umsetzung des derzeitigen Rentenreformprozesses die Haushaltsersparnis wieder ankurbeln, da trotz des mageren Erfolgs bei der Riesterrente auf mittlere Sicht die Arbeitnehmer keine andere Wahl haben, als mehr Eigenvorsorge zu treiben. Dies würde besonders in der Übergangszeit, bis zu der sämtliche Arbeitnehmer und Rentner ein Vorsorgekonto eröffnet und gefüllt haben, die Ersparnis erhöhen. Diese Übergangszeit reicht bis etwa zum Jahr 2050. Schließlich kann eine internationale Diversifizierung bereits innerhalb der Eurozone die Renditeabnahme dramatisch dämpfen, denn der Alterungsprozess läuft keineswegs einheitlich ab, noch nicht einmal innerhalb Europas. Da das Kapital tendenziell von den älteren Ländern mit sinkender Kapitalrendite zu den jüngeren Ländern fließt, in denen die Kapitalrenditen höher sind, wird die globale Kapitalrendite keineswegs so stark absinken wie es die demographische Entwicklung einiger besonders stark alternder Länder (vor allem Deutschland, Italien und Japan) suggerieren mag. Wie weit dieser Prozess dämpfend wirkt, hängt vom hauptsächlich vom Unterschied in den Geburtenraten ab (vor allem Frankreich, Großbritannien und Skandinavien haben deutlich höhere Geburtenraten als Deutschland) und deren Wille und Möglichkeiten, das Kapital der besonders stark alternden Länder zu absorbieren. Die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die Kapitalmärkte sind also hoch komplex und nur im Gleichgewicht der Kräfte, nicht aber durch einen einzelnen Mechanismus erklärbar.

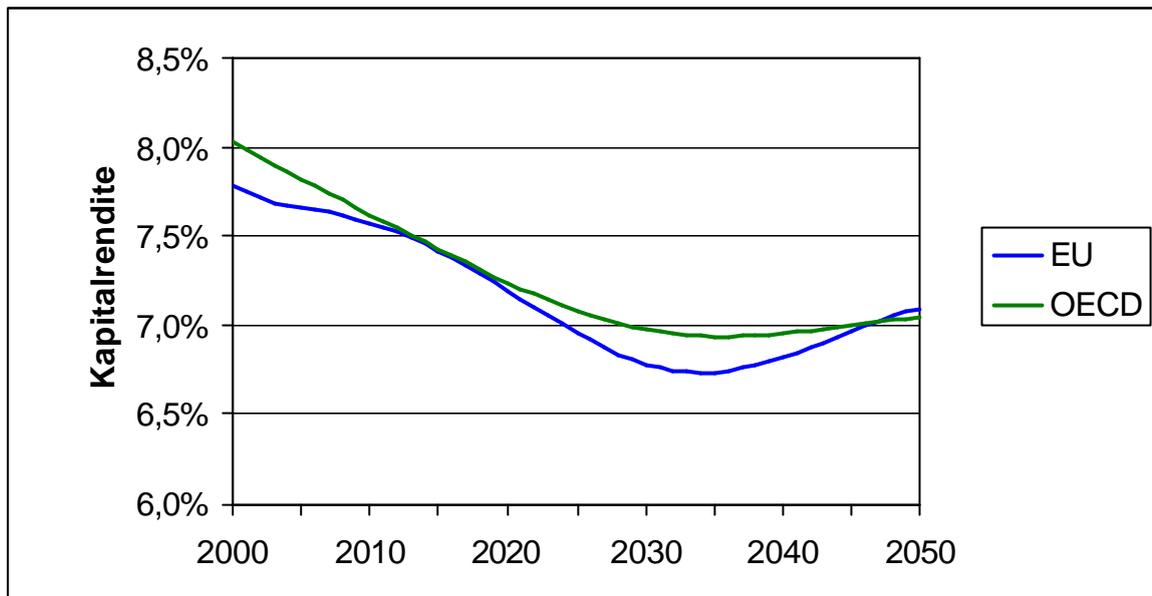
### ***Eine alternde Gesellschaft braucht mehr Kapital!***

Zunächst ist es wichtig, die verschiedenen Segmente des Kapitalmarktes zu unterscheiden, insbesondere Produktivkapital (d.h. alle Maschinen und Gebäude des Unternehmenssektors, die in der Produktion eingesetzt werden) und Immobilien. Eine alternde Gesellschaft muss den Mangel an Erwerbstätigen durch den Kauf von mehr Maschinen ausgleichen („Substitutionseffekt“). Daher steigt die Nachfrage nach Produktivkapital. Die Stärkung der privaten, kapitalgedeckten Altersvorsorge erhöht zur gleichen Zeit das Kapitalangebot. Die Entwicklung der Kapitalrendite ist also ungewiss. Dagegen ist eindeutig, dass sich das Volumen des Kapitalmarktes ausweitet. Ebenso ist eindeutig, dass die Diversifikationsmöglichkeiten auf den internationalen Kapitalmärkten den Rückgang der Kapitalrendite dämpfen werden, da Deutschland eines der Länder mit der stärksten Alterung auf der Welt ist. Jegliche Diversifizierung ist also hilfreich für uns Deutsche.

### *Wie reagiert die Kapitalrendite auf die Alterung?*

Es bedarf komplexer Simulationsmodelle, um den Gesamteffekt abzuschätzen. Das zeigt die Entwicklung der Rendite des Produktivkapitals unter zwei Diversifikationsstrategien (Abb. 6).

**Abb. 6: Entwicklung der Rendite des Produktivkapitals**



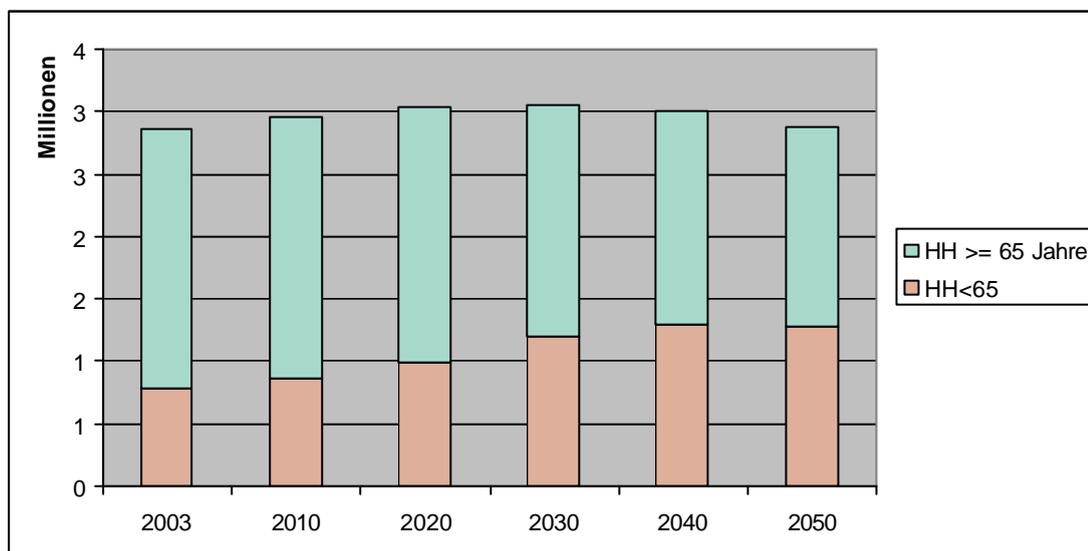
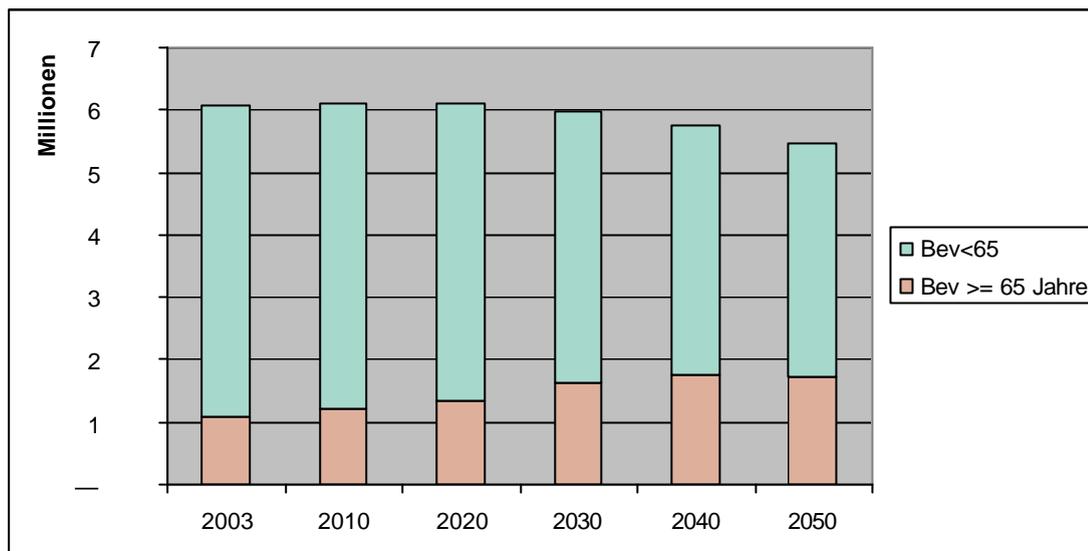
Quelle: Börsch-Supan, Ludwig und Sommer (2003).

Werden die Kapitalanlagen optimal im EU-Raum diversifiziert, so sinkt die mittlere Brutto-Kapitalrendite (d.h. vor Abzug der Kosten der Finanzintermediation durch die Banken und Versicherungen im Umfang von ca. 2,5 Prozentpunkten) von 7,8% im Jahr 2000 auf 6,7% im Jahr 2035. Nach diesem Tiefstand steigt sie wieder an und erreicht im Jahr 2050 ein Niveau von 7,1%. Werden die Diversifikationsmöglichkeiten in die USA und die übrigen OECD-Länder mit eingerechnet, ergibt sich ein ähnliches Bild.

### *Was passiert am Wohnungsmarkt?*

Der demographische Wandel beeinflusst deutlich stärker die Immobilienrendite, denn eine langfristig schrumpfende Bevölkerung führt tendenziell zu einer sinkenden Wohnungsnachfrage. Dies liegt vor allem daran, dass in einer alternden Gesellschaft die durchschnittliche Haushaltsgröße sinkt, so dass die Zahl der Haushalte wesentlich langsamer fällt als die Bevölkerung. Dieser Effekt kann nicht genug betont werden und wird besonders deutlich, wenn man die Bevölkerungs- und Haushaltsprognose für Hessen vergleicht, siehe Abbildung 7.

**Abb. 7: Bevölkerungs- und Haushaltsprognose für Hessen**



*Quelle:* Eigene Berechnungen auf Basis der Bevölkerungszahlen des Statistischen Landesamt Hessens (mittlere Variante). Faktoren für altersspezifische Haushaltsprognose: eigene Berechnungen auf Basis des Mikrozensus 2001 (Gesamtdeutschland).

Während die Bevölkerung Hessens bereits ab etwa dem Jahr 2020 sinken wird, gilt dies für die Haushalte erst nach einem Anstieg ab 2030, d.h. mit etwa 15jähriger Verzögerung. Im Jahr 2050 wird die Zahl der Haushalte etwa wieder das Niveau von 2003 erreicht haben.

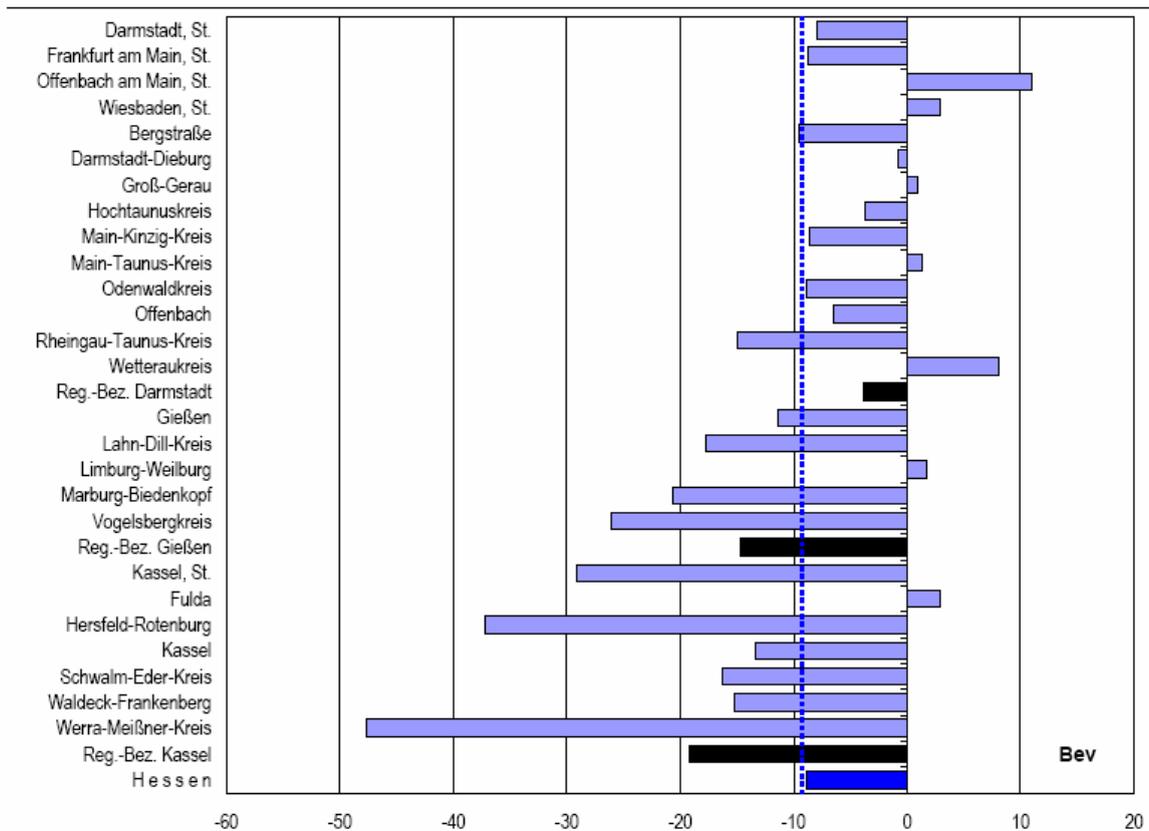
Hinzu kommen Skaleneffekte im Flächenbedarf eines Haushalts – mit anderen Worten: kleinere Haushalte zeichnen sich in der Regel durch eine höhere Fläche pro Kopf aus. Der Bedarf an Wohnfläche wird daher weitaus weniger stark sinken als die Bevölkerungsentwicklung befürchten lässt.

Zudem induziert die steigende Lebenserwartung eine höhere Nachfrage nach Wohnraum. Der medizinische Fortschritt bringt bessere Gesundheit im Rentenalter mit sich und ermöglicht es immer mehr Rentnern, länger selbständig in den eigenen vier Wänden zu bleiben. Dieser Effekt der gestiegenen Lebenserwartung kann mit ca. 20% der Neubaufertigstellungen quantifiziert werden.

Zu den demographischen Faktoren – die veränderte Altersstruktur und schrumpfende Geburtenjahrgänge – kommen ökonomische Veränderungen. Die jungen Geburtenjahrgänge, die neu auf den Wohnungsmarkt drängen, sind typischerweise wohlhabender als die jetzige Rentnergeneration. Ein Einkommens- und Vermögenseffekt, der höheren Wohnungskonsum bei unveränderter Haushaltsgröße impliziert, ist bereits in der Vergangenheit zu beobachten und wird sich wahrscheinlich weiter fortsetzen. Auch wenn die Einkommens- und Vermögenszuwächse in Zukunft geringer ausfallen werden als in den vergangenen Jahrzehnten, so wird die Wohnungsnachfrage allein deswegen ansteigen, weil der Anteil der reicheren Nachkriegsgenerationen an der Gesamtbevölkerung noch ansteigt. Schließlich gibt es einen dritten Trend, der die Nachfrage ausweiten wird, nämlich die Entwicklung weg von Mehrgenerationen Haushalten hin zu Single-Haushalten, verbunden mit dem Wunsch der Rentner, so lange wie möglich selbständig zu leben. Die Wohnungsnachfrage in Hessen wird also, wenn überhaupt erst in ferner Zukunft sinken.

Natürlich müssen diese Aussagen regional und sektoral differenziert werden. Die Erfordernis der regionalen Differenzierung zeigt Abbildung 8, in der die Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung auf Kreisebene deutlich werden. Immobilien, die in Regionen mit (vor allem durch Abwanderung) stark schrumpfender Bevölkerung gelegen sind, dürften eher unter Preisdruck geraten.

**Abb. 8: Kleinräumige Bevölkerungsentwicklung in Hessen 2002-2050  
(Veränderung zwischen Jahresende 2002 und 2050 in %)**



Quelle: Berechnungen der FEH.

In sektoraler Hinsicht, belegt beispielsweise die absehbare Vervielfachung der Zahl der Hochbetagten zwischen 2003 und 2050, eine entsprechend wachsende Bedeutung altersgerechter Wohnungen. Nicht zuletzt ist auch damit zu rechnen, dass nach dem Flächenwachstum der vergangenen Jahrzehnte die Wohnqualität stark an Bedeutung gewinnen wird.

#### **4. Ausblick: Konsequenzen für die Standortentwicklung Hessens**

Insgesamt sind die ökonomischen Folgen der Alterung also vielschichtig und schwerwiegend. Sie kommen zu den sozialen und menschlichen Herausforderungen an eine Gesellschaft, in der die älteren Menschen auch Pflege und Zuwendung benötigen. Der demographische Wandel ist daher eine große Herausforderung an die Anpassungsfähigkeit und den Reformwillen des Landes Hessen. Während die Notwendigkeit für Reformen in der Alters- und Gesundheitsvorsorge allerorten ausgiebig debattiert wird, dürfen die allgemeinen wirtschaftlichen Folgen für Deutschland und Hessen nicht vergessen werden.

Die Zahl der Erwerbstätigen wird sinken, so dass es insgesamt zu einem Umschlag auf dem Arbeitsmarkt kommt. Heute kaum vorstellbar, wird Arbeit knapp werden. Arbeitslosigkeit mag es nach wie vor in den niedrig qualifizierten und den schrumpfenden Bereichen geben, im besser- und hochqualifizierten Segment und den durch die Alterung stärker nachgefragten Segmenten wird es jedoch zu einem Mangel an Arbeitskräften kommen. Quantitative Entlastung kann der Arbeitsmarkt über einen früheren Berufseintritt jüngerer Arbeitnehmer, eine höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen sowie älterer Arbeitnehmer erfahren, wobei der letzte Ansatzpunkt die größte Hebelwirkung entfaltet. Ältere Arbeitnehmer werden daher dringend gebraucht; Aus- und Weiterbildung als qualitative Verbesserung sowie die Flexibilität, sich der wandelnden Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen anzupassen, bekommen eine noch größere strategische Bedeutung. Zudem ist unser gesamtwirtschaftliches Wachstum bedroht, wenn die Erwerbstätigkeit weiter sinkt und wir uns den Luxus erlauben, ältere Arbeitnehmer früh in Rente zu schicken und in noch früherem Alter auf Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zu verzichten. Hier sind zwar in erster Linie die Arbeitgeber gefragt, die Politik kann aber über rentenpolitische Maßnahmen die Signale setzen, dass sich Weiterbildungsinvestitionen in Arbeitnehmer auch nach dem 50. Lebensjahr noch lohnen.

Die notwendige Flexibilität, sich an den alterungsbedingten Strukturwandel auf den Gütermärkten anzupassen, der sich plakativ mit „Schaukelstühle statt Schaukelpferde“ beschreiben lässt, bringen am stärksten die Wachstumskerne der hessischen Wirtschaft auf. Dies sind vor allem kleine und mittlere Firmen, denen die Einstellung von neuen Arbeitnehmern erleichtert werden sollte.

Auch der Kapitalmarkt ist nicht frei von Einflüssen der Demographie. Auf dem Markt für Produktivkapital gibt es keine völlige Entwarnung, und man darf den demographisch bedingten Druck auf die Renditen keineswegs verharmlosen. Er bewegt sich jedoch in einer Größen-

ordnung, die das dramatisierende Schlagwort vom Asset Meltdown als weit überzogen erscheinen lassen.

Schwarzmalerei wie die Asset Meltdown-Hypothese ist auch auf dem Immobilienmarkt nicht am Platze. Wohnimmobilien in Deutschland werden in den nächsten 20 Jahren kaum an Wert verlieren, weil die Wohnungsnachfrage frühestens um das Jahr 2025 zurückgehen wird. Danach sinkt die Wohnungsnachfrage sehr allmählich, so dass in den nächsten 40 Jahren nicht mit einem dramatischen Einbruch der Wohnimmobilienwerte zu rechnen ist, sondern höchstens mit einem sehr graduellen Rückgang. Die Aussagen bedürfen jedoch sektoraler und regionaler Differenzierung. Hinsichtlich langfristiger Investitionen in die Infrastruktur empfiehlt sich in Abwanderungsregionen eher eine Konzentration, d.h. den Rückzug aus der Fläche.

Wir brauchen also vor den Herausforderungen durch den demographischen Wandel nicht wie das Kaninchen vor der Schlange erstarren. Denn zum einen ist die Größenordnung der Herausforderungen beherrschbar. Sie bewegen sich in einem Rahmen, den wir bei vorausschauender Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik gut in den Griff bekommen können. Ein Rückgang der Produktionskraft um ein Viertel bedeutet eine notwendige Produktivitätssteigerung um etwa 0,35 Prozentpunkte. Dies bewegt sich in der Spannbreite des historisch Üblichen. Auch die gerade verabschiedeten Sozialreformen sind von einer Größenordnung, die einige unserer Nachbarländer längst erfolgreich absolviert haben. Zum anderen muss immer wieder betont werden, dass ein Großteil des demographischen Wandels auf einer höchst erfreulichen Entwicklung beruht, nämlich auf der Tatsache, dass wir länger leben und länger gesund bleiben. Zu Larmoyanz besteht daher genauso wenig Anlass wie zu lähmender Zukunftsangst.



# Die ökonomischen Auswirkungen des demographischen Wandels in Hessen

Prof. Axel Börsch-Supan, Dr. Anette Reil-Held

Mannheimer Forschungsinstitut für Ökonomie und  
Demographischer Wandel (MEA), Univ. Mannheim

Öffentliche Anhörung, Wiesbaden, 10. November 2004

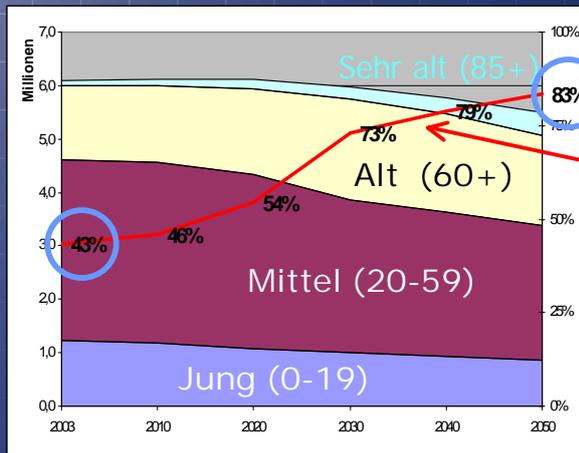


## Gliederung

1. **Hintergrund:** Zwei Sichtweisen des demographischen Wandels in Hessen
2. **Wirtschaftswachstum:** Erwerbstätige, Arbeitsmarkt
3. **Kapitalmarkt:** Asset Meltdown, Renditen, Wohnungsmarkt
4. **Wirtschaftspolitik in Hessen:** Was müssen wir tun?

# mea Bevölkerungstruktur Hessen 2003 bis 2050

Die konventionelle Sichtweise:



Altenquotient  
 = alt+ / mittel  
 = 60+ / (20-59)

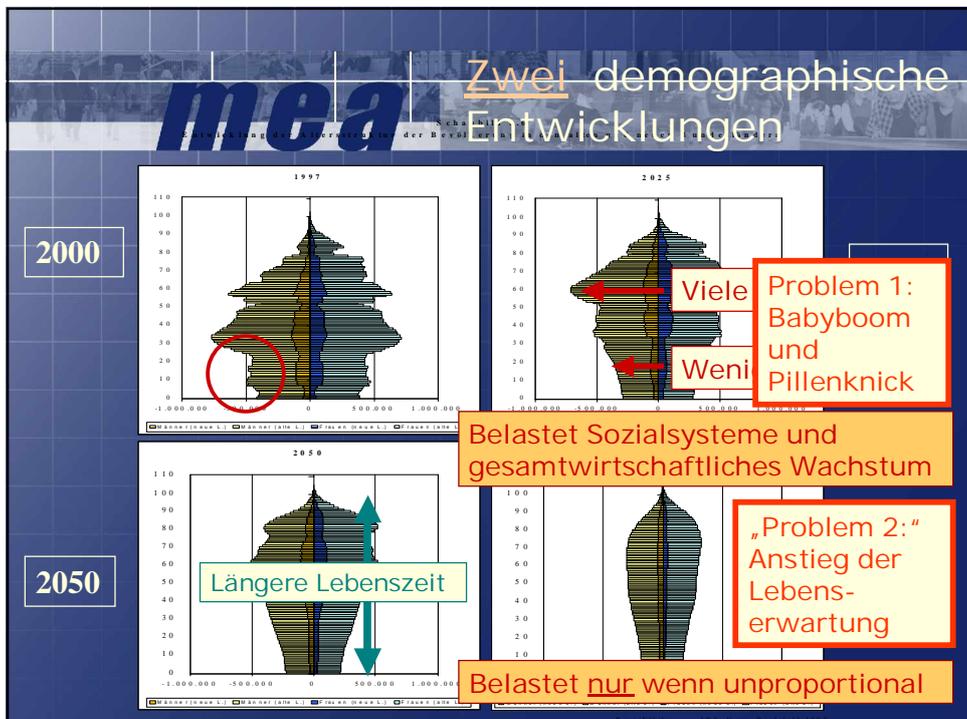
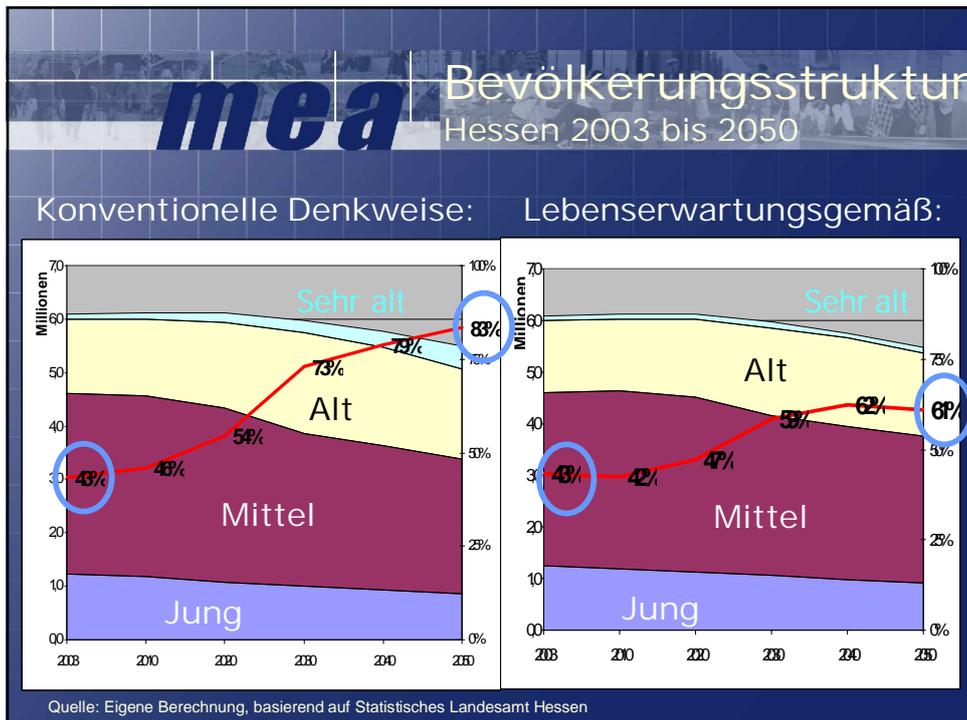
Quelle: Statistisches Landesamt Hessen

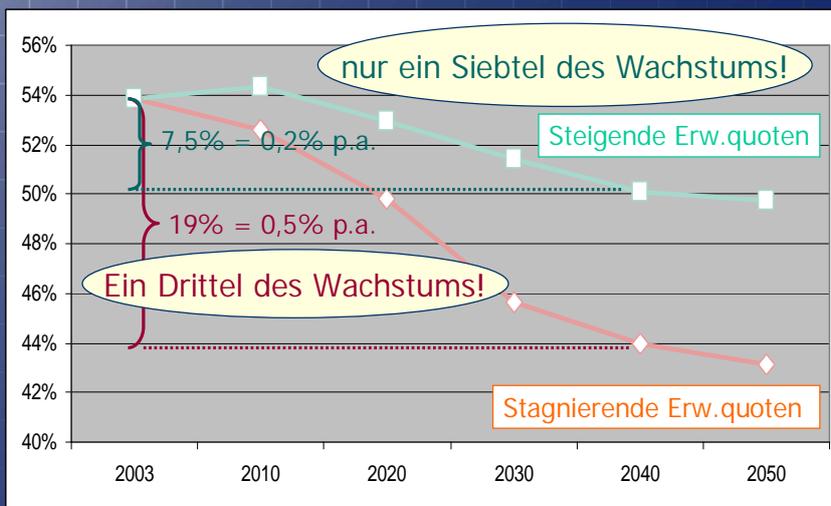
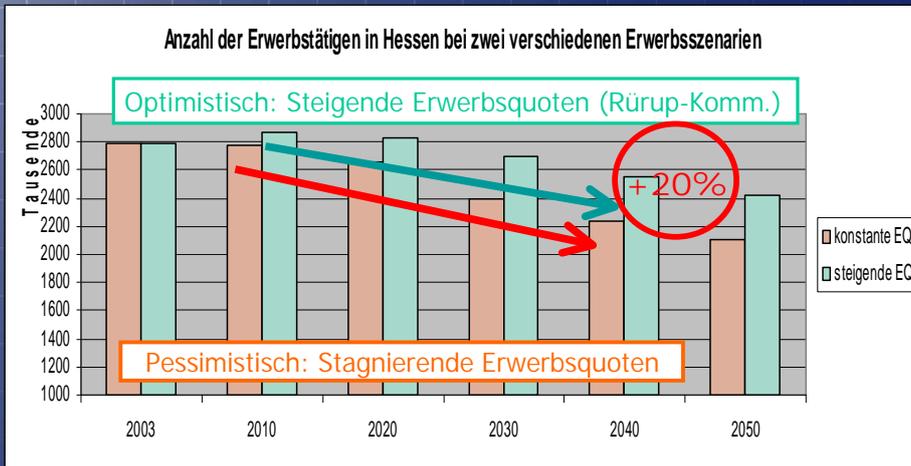
# mea Bevölkerungstruktur Hessen 2003 bis 2050

Falls wir uns aber an die Lebenserwartung anpassen:

	2003	→	2050
Lebenserwartung	78	→	84
Alt	60	→	65
Sehr alt	85	→	91

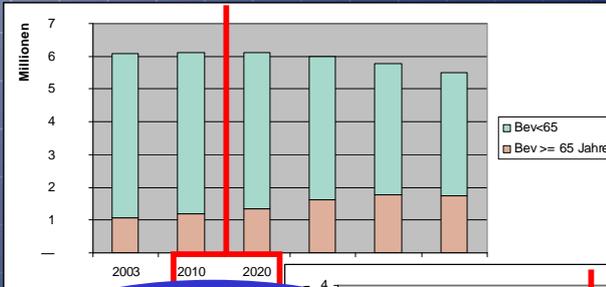
Quelle: Eigene Berechnung, basierend auf Statistisches Bundesamt, 10. Koordinierte Bev., Variante L2





- Zahl der Erwerbstätigen schrumpft
- Alternde Belegschaft (2030: 20% über 55J.!)
  - Innovationskraft? Produktivität?
  - Aus- und Weiterbildung, lebenslanges Lernen
- Strukturwandel durch Alterung
  - Weniger Nachfrage nach Mobilität
  - Mehr Nachfrage nach Gesundheit, Bildung
  - Ca. jeder sechste Arbeitsplatz wird umgeschichtet

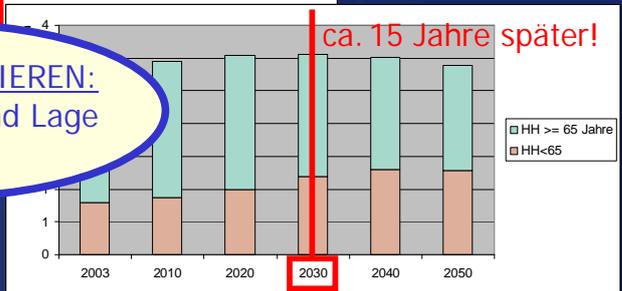
1. Sparen in der Jugend, Entsparen im Alter
  2. Weniger Erwerbstätige, kleinere Volkswirtschaft
- Wird es also einen „Asset Meltdown“ geben?
- Nein: demografiebed. Rückgang der Kapitalrendite nur von ca. 4,8 auf 3,8%, denn:
- a. Alternde Volkswirtschaften brauchen mehr Produktivkapital
  - b. Aufbau der kapitalgedeckten Altersvorsorge
  - c. Internationale Diversifizierung



Bevölkerung in Hessen

ABER DIFFERENZIEREN:  
 -- nach Region und Lage  
 -- nach Objekt

Hessische Haushalte



- **Erwerbstätigkeit** erhöhen (Rentenalter, Berufseintritt, Frauenerwerbsquote, Migration)
- **Produktivität** erhöhen (Kapitalausstattung, Rentenpolitik, Aus- und Weiterbildung)
- **Flexibilität** erhöhen (Einstellungen für kleine und mittlere Firmen –Wachstumskerne!– erleichtern)
- **Wohnungsmarkt** sehr differenziert; Bei Infrastruktur **Konzentration**, nicht Fläche
- Demographische Risiken diversifizieren: **Globalisierung** hilft: Deutschland altert besonders

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main  
Fachbereich Wirtschaftswissenschaften

Wirtschaftswissenschaften

Institut für Volkswirtschaftslehre•  
Seminar für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik  
Prof. Dr. Roland Eisen

Telefon +49 (0)69-798 23507  
Telefax +49 (0)69-798 28342  
E-Mail [eisen@wiwi.uni-frankfurt.de](mailto:eisen@wiwi.uni-frankfurt.de)

<http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/Professoren/eisen/>

Datum: 11. Juli 2005

**Schriftliche Stellungnahme**  
**zur öffentlichen Anhörung der Enquête Kommission**  
**„Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik“**  
**des Hessischen Landtags**  
über das Thema  
**„Ökonomische und fiskalische Auswirkungen des demographischen Wandels“**  
**am 10. November 2004**

1. Angesichts der zeitlichen Reichweite und der komplexen Zusammenhänge sind Modellrechnungen zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung mit relativ grossen Unsicherheiten verbunden.

Allerdings bin ich kein Experte auf diesem Gebiet, so dass ich die Ergebnisse von Modellrechnungen (vgl. B. Sommer, in Wi & Stat 8/2003, S. 693 – 701 für Deutschland und 8/2004, S. 834 – 844 für die einzelnen Bundesländer) nicht kontrollieren kann. Trotzdem sollte man hierbei nicht stehen bleiben, sondern vielmehr die Annahmen hinter diesen Vorausberechnungen klar stellen und deren Validität prüfen.

Dabei geht es zentral um

- die niedrige Geburtenhäufigkeit,
- den Anstieg der Lebenserwartung und
- den langfristigen (externen) Wanderungssaldo.

Hierbei ist sicherlich die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit („Konstanz“) mit der größten Unsicherheit behaftet – insbesondere sind Annahmen hinsichtlich der Bestimmungsfaktoren des (zukünftigen) generativen Verhaltens stark spekulativ. „Da der Verlauf der maßgeblichen Einflussgrößen mit zunehmenden Abstand vom Basiszeitpunkt immer schwieriger *vorherzusehen* ist, haben solche langfristigen Rechnungen [nur, Hinzufügung R. E.] Modellcharakter“ (B. Sommer, 2003, S. 693). Ferner kann man beobachten, dass sich einerseits das generative Verhalten relativ schnell verändern kann (siehe Neue Bundesländer), andererseits der Rückgang der Fertilitätsrate eine schon lang anhaltende Entwicklung ist.

Hieraus könnte man dann schlussfolgern, dass einerseits die Entwicklung der Bevölkerung keinesfalls dramatisiert werden sollte. Andererseits ist die Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung (entweder von Neugeborenen oder als „Restlebenserwartung“ der Älteren) durchaus positiv zu werten. Gerade im Gesundheitswesen gilt dies doch als ein Erfolgsmaßstab.

2. Aus unterschiedlichen Annahmen hinsichtlich dieser wichtigen Parameter resultieren *neun* „Modell-Varianten“: „Für das Jahr 2050 ergibt sich aus den neun Varianten eine Spannweite zwischen 67,0 und 81,3 Millionen Menschen in Deutschland“ (B. Sommer, 2003, S. 695), wobei derzeit (2001) rund 82,5 Mill. Einwohner gezählt werden.

Auch wenn richtig ist, dass der aktuelle Altersaufbau der Bevölkerung „großen Einfluss auf die künftige Entwicklung hat“ (ebenda, S. 696), ergeben sich aber auch hier interessante Verschiebungen: So wird

- der Anteil der unter 20-Jährigen von jetzt (2001) 20,9 % im Jahre 2050 zwischen 15,9 und 16,3 % schwanken;
- der Anteil der 65-Jährigen von jetzt 24,1 % auf 34,5 oder 35,6 % wachsen, und
- der Altenquotient<sup>1</sup> sich von heute (2001) mit 43,9 % auf 70,7 oder 87,9 % verändern<sup>2</sup>. Verwendet man jedoch einen anderen Altenquotienten<sup>3</sup>, der den Veränderungen der Lebenserwartung m. E. angemessener ist, so liegen die Werte im Jahre 2050 zwischen 48,9 und 62,2 %.

---

<sup>1</sup> 60-Jährige und Ältere zu je 100 20- bis unter 60-Jährige.

<sup>2</sup> Alle Angaben aus B. Sommer (2003), Tabelle 1.

<sup>3</sup> 65-Jährige und Ältere zu je 100 20- bis unter 65-Jährige.

### 3. Ökonomische und fiskalische Konsequenzen

3.1. Auch wenn die Modellrechnungen mit grosser Unsicherheit behaftet sind, hat der demographische Wandel<sup>4</sup> vielfältige Auswirkungen auf die Wirtschaft eines Landes. So sind Auswirkungen zu erwarten auf

- das Wirtschaftswachstum,
- den Arbeitsmarkt und
- den Kapitalmarkt.

Allerdings gehen hier bei die Ansichten der Ökonomen sehr weit auseinander.

So kann man bei der Frage, welchen Einfluss die Veränderung der Bevölkerung auf das *Wirtschaftswachstum* hat, zwei Schulen unterscheiden, zum einen die (Neo-) Malthusianer, zum anderen die Pro-Natalisten.

Im Rahmen eines „neo-malthusianischen“ Modells (vgl. P. Strauermann, 1996) kann man zeigen, dass der Bevölkerungsrückgang zu sinkenden Kosten bei der Kindererziehung führt, die am Kapitalmarkt angelegt werden könnten. Dies führt – unter den neoklassischen Annahmen – zu einer steigenden Kapitalintensität der Produktion und zu höheren Wachstumsraten. Verstärkt wird diese Tendenz durch Berücksichtigung der „Qualitätskomponente“ des Humankapitals.

Bei schrumpfender Bevölkerung nun muss man die Argumente der „Pro-Natalisten“ umdrehen: Schrumpfende Bevölkerung hat eine verringerte Arbeitsteilung durch verringerte Spezialisierung oder eine Vernachlässigung bestimmter Fachgebiete zur Konsequenz. Beides senkt die Erträge aus abnehmenden F & E - Investitionen überproportional, wenn hier steigende Skalenerträge („Grössenvorteile“) unterstellt werden. Allerdings könnte man hier darauf verweisen, dass durch zunehmende Internationalisierung und Beseitigung von Handelsschranken eine solche Spezialisierung auch möglich ist.

Eine sich verringernde Bevölkerung führt dazu, dass auch die Altersgruppe der 36-44 Jährigen schrumpft, was nach den Modellrechnungen ab dem Jahre 2010 auch für Deutschland zutreffen wird (vgl. Schaubild 1 bei B. Sommer, 2003, S. 698). Dies ist jedoch die Altersgruppe mit den kreativsten Arbeitskräften, insofern führt ein sinkender Anteil

---

<sup>4</sup> Im wesentlichen kann man von den „Babyboomern“ sprechen, also den Menschen heute im Alter zwischen 35 und 43 Jahren, die zwischen 1961 und 1970 geboren wurden.

dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung auch zu negativen Effekten auf das Wirtschaftswachstum. Allerdings kann man auch von einem „Lebenszyklus der Produktivität“ ausgehen: Danach haben jüngere Erwerbstätige noch eine sehr geringe Produktivität, da ihr spezifisches Humankapital noch gering ist. Die Produktivität nimmt aber dann, auf Grund des modernen Bildungsniveaus und hoher Investitionen ins Humankapital, rasch zu. Mit steigendem Alter flacht sich dieser Produktivitätszuwachs ab, zum einen weil weniger investiert wird, zum anderen muss mit mehr gesundheitlich bedingten Ausfällen und „Veralterung des Wissens“ gerechnet werden. Insofern verfügen alternde Bevölkerungen über vergleichsweise viele ältere Erwerbstätige mit hohem Produktivitätsniveau. Dies impliziert dann auch ein hohes Einkommensniveau, zugleich aber auch nur ein begrenztes Wachstumspotential. Allerdings ist die zu beobachtende hohe Varianz im erreichten Produktivitätsniveau bzw. in der Geschwindigkeit des Produktivitätsabbaus ein Indiz dafür, dass bildungs- und gesundheitspolitische Maßnahmen ergriffen werden können (sollen), um die Produktivität älterer Erwerbstätiger zu steigern oder länger zu erhalten.

Auch die Wirkungen auf den *Arbeits-* und den *Kapitalmarkt* sind umstritten. Nimmt man die gegenwärtige Situation als Ausgangspunkt, könnte man vermuten, dass eine rückläufige Bevölkerung zum einen zu einer langsamen Verringerung der Arbeitslosigkeit führt<sup>5</sup>. Zum anderen führt das rückläufige Arbeitsangebot zu einer relativen Erhöhung des Lohnes. Hiervon könnte dann auch ein Anreiz für die Unternehmen ausgehen, die Produktivität zu erhöhen, um diesem Druck auszuweichen! Gleichzeitig zeigt sich auch ein gewisser „Asset melt-down“ oder Renditeverfall, weil weniger Sachkapital-Investitionen zur Aufrechterhaltung der Kapitalintensität notwendig sind. Insofern kann man eine Veränderung oder gar Umkehrung der derzeitigen Situation erwarten: Die Kapitalmarktrenditen werden relativ zu den Arbeitsmarktrenditen zurückgehen.

Aus dem Rückgang der Bevölkerung aber auf einen Rückgang des Arbeitsangebots zu schliessen ist nicht unbedingt auch im gleichen Umfang gegeben. Zweierlei Tendenzen sind hierbei zu beachten: Zum einen handelt es sich um die (notwendige) Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit; hier bewegt sich Deutschland im internationalen (und innereuropäischen) Vergleich im Mittelfeld. Zum anderen hält auch die Beschäftigungsquote der über 50 Jährigen in Deutschland nicht dem internationalen Vergleich stand.

---

<sup>5</sup> Dabei ist eine wichtige Ursache der derzeitigen hohen Arbeitslosigkeit das schnelle Anwachsen des Arbeitsangebots aufgrund der „Babyboomer“ und der Beschäftigungsquote von Frauen, dem die Nachfrageseite am Arbeitsmarkt nicht entsprochen hat.

3.2. Die Auswirkungen auf das *System der Sozialen Sicherung* scheinen dagegen viel eindeutiger zu sein: In den derzeit praktizierten Umlageverfahren bedeutet die konstant niedrige Fertilitätsrate und die zunehmende Lebenserwartung vereinfacht ausgedrückt zweierlei: Zum einen steigen die Ausgaben wegen der (relativ) steigenden Zahl der Rentner, der erhöhten Lebenserwartung und der (scheinbaren) Altersabhängigkeit der Gesundheitsausgaben. Zum anderen sinken die Einnahmen wegen der abnehmenden Zahl der Beitragszahler. Die Konsequenz sind dann steigende Beiträge für die soziale Sicherung.

Dieses Szenario wird für alle Teile der Sozialversicherung (die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung, aber auch das Arbeitslosengeld I) vorausgesagt. Deutlich sichtbar an den in vielen Gutachten aufgezeigten Beitragssteigerungen:

- Für die Rentenversicherung sind Verfahren entwickelt worden, um die Beitragssätze absehbar zwischen 20 und 22 % zu halten (vgl. Deutscher Bundestag, Enquête-Kommission, 2003, S. 351).
- Für die Krankenversicherung werden – für den Zeitraum bis 2030 – Steigerungen zwischen 16 und 26 %, für den Zeitraum bis 2040 oder 2050 Steigerungen zwischen 16 und 34 % vorausberechnet.
- Für die Pflegeversicherung wird aufgrund allein der demographischen Entwicklung eine Steigerung des Beitragssatzes von derzeit 1,7 % auf 3 bis 3,3 % in 2040 vorhergesagt. Berücksichtigt man eine steigende Inanspruchnahme professioneller Leistungen ergeben sich 2040 Beitragssätze von 3,4 % bis 3,7 % (bzw. gar 4,6 %; vgl. Deutscher Bundestag, Enquête-Kommission, 2002, S. 533 und Fn. 325 auf S. 534).

Auf eine Diskussion insbesondere hinsichtlich der strittigen Frage, ob die Gesundheitsausgaben wirklich altersabhängig sind, was ein einfacher Blick auf die Pro-Kopf-Ausgaben nahe legt, oder nicht, soll hier nicht eingetreten werden (vgl. aber z. B. H. Kühn, 2004, und P. Zweifel et al., 2004).

Eine ähnliche Frage, ob nämlich mit steigender Lebenserwartung die in (relativer) Gesundheit verbrachten Jahre zunehmen, gleich bleiben oder gar abnehmen, ob also die Friessche „Kompressionshypothese“, die „Expansionshypothese“ nach Verbrugge oder eine mittlere Variante gilt, soll hier auch nicht diskutiert werden. Hierzu fehlt es m.E. bisher an statistisch zuverlässigen Grundlagen (vgl. E. Cambois und J.-M. Robine, 1996).

#### 4. Politische Herausforderungen und Reformoptionen

Der Fülle der Wirkungen und Probleme entspricht auch eine Fülle von Herausforderungen und Reformoptionen, die sich schon im Katalog des Antrags niedergeschlagen haben. Dabei wäre sicherlich eine Differenzierung vorzunehmen hinsichtlich der Fragen, die ein Landesparlament, und den Fragen, die nur der Bundestag beantworten kann. Wegen der föderalen Struktur – und damit dem Einfluss, den die Länder auf das Bundesparlament und den Bundesrat haben – sei auf diese Trennung verzichtet. Aus dem Katalog werde ich aber nur zwei Probleme herausgreifen:

- Sozialpolitische Auswirkungen im Lebenszyklus-Modell und
- Verhältnis zwischen öffentlicher und privater Daseinsvorsorge (oder Sicherung).

##### 4.1 Sozialpolitische Auswirkungen im Lebenszyklus-Modell

Die Veränderungen der Struktur und der Größe unserer Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten stellen große Herausforderungen dar in den *Bereichen Arbeitsmarkt/Berufstätigkeit* (z.B. Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, lebenslanges Lernen/Weiterbildung, Zuwanderungsbedarf und Integration), *Alterssicherung* (Wahrung der Lebensstandardsicherung, Hinausschieben der Altergrenzen und Absicherung dessen durch Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation) und *Gesundheit* (Kostensteigerung durch erhöhten Anteil altersbedingter Morbidität).

Verbesserte Arbeitsproduktivität, veränderte berufliche Anforderungen und der zunehmende weltweite Wettbewerb erschweren insbesondere für geringqualifizierte Personen, aber auch für andere Gruppen mit am Arbeitsmarkt ungünstigen Merkmalen den Zugang zu angemessener Beschäftigung. Deutlich sichtbar ist dies an den hohen Zahlen der Arbeitslosigkeit in den europäischen Sozialstaaten.

Vielfach ist Arbeitslosigkeit der Auslöser für weitere soziale Probleme, wie Einkommensungleichheit, Kinderarmut, bis hin zu erhöhtem Krankheitsrisiko. Entsprechendes gilt für Familien, in denen Alleinerziehende wegen der Erziehungsaufgabe nicht zu voller Erwerbsarbeit in der Lage sind. Gerade die Abhängigkeit von Familien mit Kindern von Sozialhilfe belastet nicht nur die zuständigen Leistungsträger finanziell, sondern ist über die negativen Entwicklungseinflüsse von Familienarmut tendenziell Auslöser von sozialen Problemen in der nächsten Generation.

Die traditionellen Antworten auf die – jedenfalls in Zeiten schwacher Wirtschaftskonjunktur – Krise der Sozialen Sicherheit sind je nach politischem oder Interessenstandpunkt entweder die Forderung nach Abbau des sozialen Leistungsniveaus oder die Forderung nach erhöhter Umverteilung zur Schließung von Finanzierungslücken. Wer beide Lösungen des Dilemmas verwirft, ist auf tiefer ansetzende Alternativen angewiesen. Statt nun an der Verwirklichung sozialer Risiken (also an Schäden) anzusetzen, empfiehlt sich, ausgehend von einer dynamisch-biographischen Sicht auf das Individuum und die Gesellschaft, die auf den Staat zukommenden Probleme und damit auch die geforderten Aktivitäten als „*Sozialinvestitionen*“ zu begreifen und zu beschreiben: Der Staat soll nicht mehr bloss als letztes „soziales Netz“ wirken, um ein Herausfallen von Individuen, Familien und Gruppen aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang zu verhindern. Vielmehr soll er durch seine Aktivitäten im Familien- und Bildungsbereich, im Arbeitsmarkt und Beschäftigungssystem, im Gesundheitswesen und im Rentensystem die *Bildung eines sozialen Kapitals* (oder Vermögens) fördern und damit zu einer dauerhaften Verbesserung der sozialen Lage beitragen.

Dieser dynamische Blick bedeutet aber auch, dass die Problemlösungen ebenfalls unter *dynamischen Gesichtspunkten* gesehen werden müssen. Typisches Kennzeichen solcher dynamischer oder evolutorischer Modelle ist nun die Betrachtung von *Investitionen* statt blossen undiskontierten Ausgaben. Bezogen auf die sozialpolitischen Problem- und Arbeitsfelder heisst dies nichts anderes als weg vom (bzw. Ausbau des) traditionellen Wohlfahrtsstaat und hin zu einem *Sozialinvestitionsstaat*, wie ihn die deutsche sozialpolitische Forschung schon in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts (vgl. etwa *Sanmann* 1970) und neuerdings Giddens (*Giddens* 1998) gefordert haben und wie er auch als ein Element der Modernisierung des Europäischen Sozialmodells in den Diskursen der Europäischen Union erscheint (vgl. *Vandenbroucke* 2002, Abschnitt 1.2). War der traditionelle Wohlfahrtsstaat wesentlich auf Reparatur der Lebenslage abgestellt, also auf (häufig bloss finanzielle) Beseitigung der Schäden, ist der Sozialinvestitionsstaat auf eine effiziente Fundierung und Verbesserung der Lebenslage gerichtet.

Ausgangspunkte für sozialpolitische Lösungen in diesem dynamischen Modell (auch auf Länderebene) können sein:

- Jugendarmut; Sozialhilfeabhängigkeit von Familien mit Kindern, insbesondere alleinerziehende Mütter.

- Zusammenhang zwischen Armut und Arbeitslosigkeit.

Über Neukonzeptionen für das Kindergeld und den Familienleistungsausgleich hinaus, gilt es hier Problemlösungen zu konzipieren, zu entwickeln und durchzusetzen. Einschlägig ist hier auch die Diskussion um das steuerfinanzierte Grundeinkommen (vgl. etwa M. Opielka, 2004).

- Bildungswesen; insbesondere Primärbereich.

Hier wird deutlich ein Zusammenhang zwischen Armut und Perpetuierung der Armut durch schlechte Bildungschancen. Auch versperrt eine schlechte Grundbildung den Zugang zum Arbeitsmarkt.

Das heisst auch, dass Bildungs- und Sozialpolitik zusammen betrachtet werden müssen, weil sich erst durch eine solche integrierte Sicht die Lebenslagen *präventiv* beeinflussen.

- Beschäftigungssystem, insbesondere Arbeitsplätze für Teilzeitarbeitskräfte.

Hier muss verhindert werden, dass Beschäftigungsverhältnisse und -verläufe zu einer Verfestigung des Armutsrisikos führen. Hingewiesen sei auf die sog. prekären Arbeitsplätze.

Im Sinne der humankapitalorientierten Betrachtung müssen sich sozialpolitische Aktivitäten darauf konzentrieren, dass solche Lebenslagen frühzeitig vermieden werden und Beschäftigungsverhältnisse etabliert werden, die ein sozialpolitisch adäquates Einkommen gewährleisten. Aus diesem Grund sind Überlegungen anzustellen, wie die Arbeitsmarktentwicklung (flexible Beschäftigungsverhältnisse, niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit) und Entwicklung von Armut entkoppelt werden können. Dabei kommt auch der modernen Personalpolitik (Bildungsmanagement etc.) und der Entwicklung einer unternehmerischen Ethik erhöhte Bedeutung zu.

- Krankheitsrisiko und Zusammenhang zwischen Krankheitsrisiko, Armut und Arbeitslosigkeit.

#### ***4.2. Verhältnis zwischen öffentlicher und privater Daseinsvorsorge***

Die Diskussion um die finanzielle Krise der Sozialen Sicherung muss auf zwei Ebenen geführt werden: Einerseits unter einer *kurzfristigen Perspektive*, die sich wesentlich an der derzeitigen ökonomischen Krisensituation (hohe Arbeitslosigkeit, wegbrechende Steuer- und

Beitragseinnahmen etc.) orientiert. Andererseits aber unter einer *langfristigen Perspektive*, die sich auf die demographischen Herausforderungen bezieht. Hier taucht dann auch der Begriff der *Nachhaltigkeit* auf. Dies bedeutet, dass Reformüberlegungen sich daran orientieren müssen, die Finanzierung der Sozialen Sicherung über einen langen Zeitraum (von 30 bis 50 Jahren) zu betrachten. Ohne auf weitere Alternativen einzugehen, wird der ökonomischen Diskussion insofern gefolgt, als hier meist betont wird, dass nur eine verstärkte Privatisierung und damit einhergehend eine Kapitaldeckung die Nachhaltigkeit sicher stellen könnte.

Zur Darlegung meiner Argumente kann ich auf die Darstellung von Berechnungen des notwendigen Kapitalbedarfs (sowohl für die Rentenversicherung, vgl. hierzu zusammenfassend schon Heubeck, 1989, als auch für die Krankenversicherung, vgl. hierzu Henke, 2003) verzichten. Es ist oder scheint selbstverständlich, dass der Prozess der zunehmenden *individuellen* Alterung und – wegen des zu beobachtenden Rückgangs der Geburtenrate – auch der *Gesellschaft* als ganzer Veränderungen in der Finanzierung der sozialen Sicherung erforderlich macht. Klar scheint auch zu sein, dass für die sog. „baby-boom“-Jahrgänge höhere Ersparnisse notwendig sind. Diese höheren Ersparnisse können nun entweder heute (durch die jetzt arbeitende Generation also die „Baby-Boomer“ selbst evtl. unter Zuhilfenahme der noch lebenden Elterngeneration, die ja durch das Bevölkerungswachstum besonders begünstigt wurde) erbracht werden – und als „Kapitalfonds“ angelegt werden, oder eben später (in 20 bis 30 oder 40 Jahren), durch die dann arbeitenden Generationen – die Kinder und Kindeskinde der „Babyboomer“ (und auch wieder unter Heranziehung der „Elterngeneration“, also wieder der „Babyboomer“ selbst). Dabei handelt es sich – wie man der Formulierung schon anmerkt – um ein recht schwieriges Problem intergenerationaler Gerechtigkeit und Risikoverteilung! Plädiert man nun für (verstärkte) Privatisierung und Kapitalbildung hat man eine Entscheidung darüber gefällt – vielleicht ohne dies zu wissen.

Bezogen auf *Reformen* kann man dann verschiedene *Alternativen* diskutieren: (1) den sofortigen und völligen Umstieg zur kapitalfundierten Versicherung, oder (2) einen langsamen Übergang etwa derart, dass bis zum Jahre 2025 (oder 2015) ein Kapitalstock aufgebaut, der danach dann wieder sukzessive völlig, oder (3) nur bis zur Konstanz im Beharrungszustand aufgelöst werden kann. Dahinter steht die Idee völlig aufgelöst werden kann, dass private Systeme effizienter wirtschaften und die (Teil-) Kapitalisierung weitere Vorteile mit sich bringt.

Zur Bewertung dieser Umstiegsszenarien benötigt man *Beurteilungskriterien*, wie etwa Effizienz, Risikoteilung und Risikoallokation, Gerechtigkeit, politische Machbarkeit. Man kann aber auch einfacher fragen:

- (1) Ist die demographische Komponente so wichtig im Verhältnis zu anderen „Kostentreibern“ (etwa in der GKV: Medizinisch-technischer Fortschritt, Preissteigerungen bei persönlichen Dienstleistungen) – insbesondere im Hinblick auf die hohe Unsicherheit der Vorrauschätzungen?
- (2) Können durchgehend Zinsen auf den Kapitalstock verdient werden, die über der Lohnentwicklung liegen – insbesondere wenn man die relativ hohen Kosten bei privaten Lösungen sowie die Ablösung der schon existierenden „alten Last“ in Betracht zieht?
- (3) Oder sind die Konsequenzen aus „Allgemeinen Gleichgewichtsmodellen“ bei schrumpfender Bevölkerung (Lohnsteigerungen, Preisanstieg bei Assets vs. „asset melt-down“ – Hypothese) wichtiger?
- (4) In der Renten- wie Krankenversicherung sind langfristige Risiken bzw. langfristige Änderungen der Risikosituation zu versichern. Wie kann man dies tun?

Die Diskussion dieser Fragen kann auf zwei Schienen erfolgen: Zum einen kann man sich mit verschiedenen „*Mythen über die Vorteile des Kapitaldeckungsverfahrens*“ befassen. Dabei handelt es sich um etwa folgende, immer wieder behauptete „Vorteile“ kapitalfundierter Finanzierungskonzepte:

- Erhöhung der nationalen Ersparnis und damit
- Erhöhung der (realen) Kapitalbildung mit positiven Wirkungen auf Sozialprodukt und Wachstum;
- Höhere Ertragsraten, insbesondere durch Aktienanlagen;
- Erhöhung der Stabilität des (Welt-) Kapitalmarktes und der Weltwirtschaft, sowie
- Erhöhung der Effizienz (heimischer) Kapital- und Aktienmärkte.

Diese Argumente lassen sich relativ einfach als „Mythen“ entlarven (vgl. neben Orszag/Stiglitz, 2001, auch Eisen, 2004a). Hier sei nur auf das dritte Argument eingegangen. So ist sicherlich richtig, dass in der Boomphase der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts die Aktien- und Wertpapierrenditen (kurz mit Rendite bezeichnet) höher lagen als die Lohnwachstumsraten (Löhne), mit der sich ein Umlageverfahren „verzinst“. Dies begünstigt

sicherlich ein Kapitaldeckungsverfahren. Der Augenschein ist hier beträchtlich. Jedoch wird hier einerseits Unvergleichbares verglichen: Ein Umlageverfahren sichert neben der Altersrente auch die Erwerbsunfähigkeitsrente *und* das „Wachstumsrisiko“, sowie das „Inflationsrisiko“ ab, wofür in kapitalgedeckten Systemen je extra Versicherungen abgeschlossen werden müssen, die die Rendite absenken. Andererseits wird anscheinend angenommen, dass die Investition in Aktien mit der Länge des Anlagehorizonts weniger riskant wird (Aktionskreis Finanzplatz, 1998 und Ibbotson/Sinquefeld, 1976). Dieses Ergebnis ist aber dem „Überlebens-Bias“ geschuldet: Auf Perioden mit Krankheit folgen immer Perioden in Gesundheit – wenn man nicht zwischenzeitlich stirbt. Will man aber das „downside“ Risiko (also das Risiko von Verlusten aus Aktienanlagen) versichern, kann man eine Putoption kaufen. *Aber der Preis dieser Putoption steigt mit ihrer Laufzeit!* Des weiteren müssen die erheblichen Kostenunterschiede zwischen den beiden Finanzierungsverfahren berücksichtigt werden. Darüber hinaus muss man beachten, dass es ein Übergangsproblem mit parallelen Finanzierungsverfahren über mehrere Jahrzehnte gibt! Würde man aber zum Beispiel die so gerne betonte „alte Last“ (also die „implizite“ Staatsschuld aus den schon existierenden „Rentenversprechen“) in Wertpapiere umwandeln (à la Chile), die denselben Zins erbringen wie am Kapitalmarkt, verschwindet diese „alte Last“ nie! Oder man erhebt eine zusätzliche Steuer! Damit bleibt „in der Theorie“ (und sehr wahrscheinlich auch in der Praxis) von den Renditeunterschieden nicht mehr viel bzw. – wenn man die Kostenunterschiede hinzu addiert – gar nichts mehr übrig.

Zum ändern kann man den *Unterschied zwischen kurz- und langfristigen Risiken* und deren Allokation herausarbeiten.

Ausgangspunkt ist hier die Vorstellung, dass wegen des Fehlens vieler Versicherungsmärkte (im Quer- und Längsschnitt), Risiken auf institutionell *getrennten Märkten* gehandelt werden und die Investoren einem *Marktrisiko* ausgesetzt sind. Langfristige Verträge (ob RV, KV oder Pflege-V) benötigen langfristige Sicherheit – man bezahlt heute, um in ferner Zukunft eine Gegenleistung zu erhalten.

Normale Portefeuille- und Hedging-Strategien an den Kapitalmärkten beziehen sich auf den Austausch von Risiken zwischen Individuen zu einem *gegebenen* Zeitpunkt. Langfristige Risiken benötigen zur intertemporalen Risikoglättung nun entweder *Kapitalakkumulation* (mit den genannten Problemen) oder „*intergenerationale Risikoteilung*“, um eben die gesamtwirtschaftlichen Schocks (z. B. demographische Veränderungen oder langfristige Schwankungen der Ertragsraten auf Kapital) auffangen zu können. Allerdings müssen die

Kapitalsammelstellen vom (internationalen) *Wettbewerb abgesichert* werden, denn in manchen Perioden erwirtschaften diese Intermediäre geringere Erträge als der Markt, damit sie in anderen Perioden höhere Erträge als der Markt sie bietet auszahlen können. Solche Intermediäre können nun (monopolistische) Banken, Gegenseitigkeits-Versicherungsvereine oder eben der Staat selbst sein. Hierbei gibt der Staat ein Wertpapier heraus, das dieselben Eigenschaften wie ein Umlageverfahren (PAYG-SV) hat! M. a. W., ein einziger Asset reicht aus, damit das Gleichgewicht am Markt auch *interim-optimal* ist, in dem Sinne, dass der Erwartungsnutzen bei Geburt der gerade lebenden jungen und alten Generationen und aller in der Zukunft noch geborenen Individuen unter allen Umständen grösser ist als ohne dieses Wertpapier! Wäre dies nicht der Fall, gäbe es immer wieder eine Generation, die höhere Erträge (am Kapitalmarkt) erzielen kann und folglich den „Generationenvertrag“ kündigen würde!

Damit hängt die intertemporale und intergenerationale Risiko-Allokation an der *innovativen* (staatlichen) Schuldenpolitik, weil entsprechend indexierte staatliche Wertpapiere unterschiedliche Verteilungen der Risiken generieren (vgl. hierzu auch R. J. Shiller, 2003). Dies gilt auch schon beim laufenden Umlageverfahren, das unterschiedlich ausgestaltet sein kann insbesondere hinsichtlich der Anpassung der Bestandsrenten. Verspricht man z. B. *sichere Renten* (preis- und/oder lohnindexiert), verschiebt man aggregative Risiken (die der Kapitalmarkt derzeit eben nicht diversifizieren kann) von zukünftigen Generationen auf die jetzt arbeitende Generation (vgl. etwa Bohn, 2001).

Noch ein letztes Argument in diesem Zusammenhang: In letzter Zeit wird zunehmend eine „Mischung“ zwischen Kapitaldeckungs- und Umlageverfahren, um im Sinne der Portefeuille-Theorie das „Gesamtrisiko“ zu verringern, empfohlen. Diese Argumentation übersieht jedoch, dass Lohn und dessen Volatilität kein Wertpapier (wie eine Aktie) ist, sondern eine makroökonomische Preisgrösse. Vergleicht man also etwa einen Aktienindex (wie den DAX) mit der Lohnentwicklung müsste man zuerst ein solches makroökonomisches Wertpapier *erzeugen*. Folglich gehen solche „Mischungsansätze“ von völlig falschen Voraussetzungen aus! Erst ein Intermediär in einem Umlageverfahren „erzeugt“ ein solches Wertpapier.

Literaturverzeichnis:

Aktionskreis Finanzplatz (1998), Altersvorsorge in Deutschland, Frankfurt a. M.

Bohn, H. (2002), Retirement Savings in an Aging Society: A Case for Innovative Government Debt Management, in: A. J. Auerbach und H. Herrmann (Hrsg), Aging, Financial Markets, and Monetary Policy, Berlin (Springer), S. 139-181.

Cambois E. und J.-M. Robine (1996), An International Comparison of Trends in Disability-Free Life Expectancy, in: R. Eisen und F. A. Sloan (Hrsg.), Long-Term Care: Economic Issues and Policy Solutions, Boston u. a. (Kluwer), S. 11-23.

Deutscher Bundestag, Enquête-Kommission Demographischer Wandel (2002), Zur Sache 2/2002.

Eisen, R. (2004a), Kapitaldeckungsverfahren versus Umlageverfahren in der Sozialen Sicherung – Fünf Mythen über die Vorteile des Kapitaldeckungsverfahrens, in: H. Rische und W. Schmähl (Hrsg.), Gesundheits- und Alterssicherung – gleiche Herausforderungen, gleiche Lösungen? Münster u.a., (LIT Verlag), S. 91-107.

Eisen, R. (2004b), Zeitpunktbezogene vs. Intertemporale Risikoteilung – ein Beitrag zur Diskussion um Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren, in: P. Albrecht et al. (Hrsg.), Risikoforschung und Versicherung, Karlsruhe, S. 65-90.

Giddens, A. (1998), The Third Way – The Renewal of Social Democracy, Cambridge (PP).

Henke, K.-D. (2003), Mehr Kapitalbildung – auch im Gesundheitswesen, in: U. Fachinger et al. (Hrsg.), Die Konzeption sozialer Sicherung, Baden-Baden, S. 319-326.

Heubeck, K. (1989), Das Mischungsverhältnis zwischen Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren -..., in: ZVersWiss 78, S. 629-646.

Ibbotson, R. G. und R. A. Sinquefield (1976), Stocks, Bonds, Bills, and Inflation: Year-by-Year Historical Returns (1926-1974), in: Journal of Business 49, S. 11-47.

Kühn, H. (2004), Demographischer Wandel und demographischer Schwindel, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6, S. 742-751.

Opielka, M. (2004), Grundrente in Deutschland, Sozialpolitische Analysen, Wiesbaden (VS/GWV).

Orszag, P. R. und J.E. Stiglitz (2001), Rethinking Pension Reform: Ten Myths about Social Security Systems, in: R. Holzmann und J.E. Stiglitz (Hrsg.), New Ideas about Old Age Security, The World Bank, Washington, D.C., S. 17-56.

Sanmann, H. (1970) (Hrsg.), Zur Problematik der Sozialinvestitionen, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 40, Berlin.

Shiller, R. J. (2003), The New Financial Order – Risk in the 21st Century, Princeton and Oxford (PuP).

Sommer, B. (2003), Bevölkerungsentwicklung bis 2050, in: Wirtschaft & Statistik 8, S. 693-701.

Sommer, B. (2004), Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern bis 2050, in: Wirtschaft & Statistik 8, S. 834-844.

Stauvermann, P. (1996), Endogenes Wachstum, Fertilität und Sozialversicherung in Entwicklungsländern, in: JbNatStat 216/2, S. 175-193.

Vandenbroucke, F. (2002), The EU and Social Protection: What should the European Convent propose?, MPI f G-Working Paper 02/6.

Zweifel, P., L. Steinmann und P. Engster (2004), The Sisyphus Syndrome in Health Revisited, in: International Journal of Health Care Finance and Economics, im Erscheinen.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge\*

## **Zwischen der sozialen Wirklichkeit und ihrer öffentlichen Wahrnehmung liegen Welten**

Bemerkungen zum demografischen Wandel bzw. zur Notwendigkeit seiner Entdramatisierung  
anlässlich einer Anhörung im Hessischen Landtag am 10.11.2004

Über die Demografie und damit verbundene Probleme wie den Geburtenrückgang, abnehmende Fertilitätsraten oder den Bevölkerungsschwund wurde in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie ähnlich rege diskutiert wie gegenwärtig. Dabei erscheint die demografische Entwicklung im öffentlichen, Medien- und Fachdiskurs fast ausnahmslos als Krisen- bzw. Katastrophenszenario, das zu einer Anpassung der sozialen Sicherungssysteme (Kürzung von Leistungen, Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen und Privatisierung von Risiken) zwingt. Gleichzeitig fordert man (mehr) Generationengerechtigkeit, weil die heute Alten relativ gut situiert, die Jungen hingegen zu stark belastet und ohne Hoffnung auf eine vergleichbar komfortable Form der Absicherung in der Zukunft seien.

Das zu erörternde Thema hat zwei Teilaspekte: Einerseits dreht sich die Debatte um die *Folgen* des demografischen Wandels (Bedrohung der sozialen Sicherungssysteme durch die „Vergreisung“ der Gesellschaft). Andererseits stehen die *Ursachen* des Geburtenrückgangs und ihre *Beseitigung* durch eine aktive Bevölkerungspolitik zur Diskussion. Dabei geht es nicht nur um objektive Daten und Fakten, sondern auch und vor allem um deren subjektive Einschätzung. Umstritten ist sowohl die demografische Entwicklung selbst als auch, wie man sie zu bewerten hat, was vom Blickwinkel des Betrachters abhängt. Was aus der Sicht eines Betroffenen positiv sein kann, z.B. eine steigende Lebenserwartung, stellt aus der Sicht eines neoliberalen Ökonomen möglicherweise eine negative Tendenz dar, nämlich eine Belastung des heimischen Wirtschaftsstandortes durch das Steigen der Rentenversicherungsbeiträge bzw. der gesetzlichen Lohnnebenkosten (für die Arbeitgeber). Wie demografische Wandlungsprozesse wahrgenommen werden und wie man ihnen begegnen möchte, hängt von der eigenen Überzeugung, Religion oder Weltanschauung und den Interessen ab, die man vertritt. Das Roman Herzog Institut/Institut der deutschen Wirtschaft Köln beispielsweise wirbt im Rahmen seiner Beschäftigung mit der demografischen Entwicklung für „Anstrengungen, das Unternehmertum zu stärken und ein freundliches Umfeld für Existenzgründer zu schaffen.“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Siehe Klös, Hans-Peter/Kroker, Rolf: Perspektive 2050: Ordnungsökonomische Weichenstellungen und wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf. In: Roman-Herzog-Institut/Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hg.): Perspektive 2050. Ökonomik des demographischen Wandels. Köln 2004, S. 401.

Hier wird aus einer kritischen Perspektive nach der Plausibilität vieler fast schon zum Gemeingut avancierter Thesen gefragt und die für manche Teilnehmer der Diskussion provozierende Position begründet, dass die „demografische Zeitbombe“ einem Knallfrosch gleicht und sich letztlich als eine politisch-ideologische Nebelbombe erweist. Ich stelle drei zentrale Thesen voran und begründe sie dann:

1. Die demografische Entwicklung kann nur bis zu einem bestimmten Grad wissenschaftlich exakt prognostiziert werden. Manche „bevölkerungswissenschaftliche“ Prognose ist eher Prophetie als exakte Berechnung künftiger Entwicklungsprozesse. Mit dieser Form der Mathematik bzw. der Statistik wird Politik gemacht. Um sie erklären zu können, bedarf es der Kritik ihrer Prämissen und dahinter stehender Interessen.
2. Meist wird die demografische Entwicklung dramatisiert, denn auf diese Weise legitimiert sie Maßnahmen der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Demografie fungiert in erster Linie als Mittel der sozialpolitischen Demagogie und „Generationengerechtigkeit“ ist zu einem politischen Kampfbegriff geworden, der von vermehrter sozialer Ungleichheit *innerhalb jeder* Generation ablenkt.
3. Wenn die deutsche Gesellschaft will, kann sie den demografischen Wandel sowie seine Folgen für Ökonomie, Sozialstaat und Stadtentwicklung, die ich nicht leugne, solidarisch bewältigen, denn sie ist so reich wie nie. Was fehlt, ist eine soziale Umverteilung von oben nach unten, die der Bekämpfung von öffentlicher und privater Armut dient. Unabhängig vom Lebensalter muss die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Bürgers wieder entscheiden, in welchem Maß er zum Allgemeinwohl beiträgt.

#### Wenn die Bevölkerungswissenschaft zur Scharlatanerie und Demografie zur Ideologie wird

Während die meisten Fachleute mit Blick auf die Entwicklungsländer der sog. Dritten Welt eine „Bevölkerungsexplosion“ prognostizieren und dort die Anwendung rigidester Maßnahmen der Geburtenkontrolle empfehlen,<sup>2</sup> prophezeien sie der Bundesrepublik umgekehrt eine Verschiebung der Altersstruktur hin zu Senior(inn)en und Hochbetagten, die in einen „Bevölkerungsschwund“ mündet. „Überalterung“ und „Schrumpfung“ der hiesigen Bevölkerung gelten als Hauptprobleme, die durch Zuwanderung höchstens abgemildert, jedoch nicht einmal ansatzweise gelöst werden können. So spricht Herwig Birg von einem „demographisch bedingten Desaster“ und bezeichnet die Bundesrepublik als „demographisches Pleiteunternehmen“, dessen Gläubiger „unsere Kinder“

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu und zur Kritik: Hummel, Diana: Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht. Opladen 2000.

seien.<sup>3</sup> Birg gehört zu jenen Bevölkerungswissenschaftlern, die den demografischen Wandel seit vielen Jahren dramatisieren und so tun, als handle es sich dabei um ein kaum lösbares Problem. Für ihn hängt die ökonomische auf das Engste mit der demografischen Globalisierung zusammen: „Im Verlauf des Globalisierungsprozesses polarisiert sich die Welt immer mehr in eine kleine Gruppe von wirtschaftlich starken Ländern mit demographischer Stagnation oder Schrumpfung und in eine wesentlich größere Ländergruppe mit Bevölkerungswachstum und niedriger Wirtschaftskraft.“<sup>4</sup> Die (nationalkonservativ bzw. neoliberal ausgerichtete) Bevölkerungswissenschaft ist vor allem über die „altersbedingte Erhöhung der Lohnnebenkosten und die daraus folgende demographisch bedingte Verschlechterung der Wettbewerbsposition des Standorts Deutschland“ besorgt.<sup>5</sup> So sehen Roland und Andrea Tichy die deutsche Volkswirtschaft in einer „Altersfalle“, der sie – wenn überhaupt – nur mit Mühe zu entkommen vermag.<sup>6</sup>

Zwar altert die Bevölkerung der Bundesrepublik und nimmt nach 2020 zumindest der Tendenz nach deutlich ab, wenn keine liberalere Migrationspolitik gemacht wird, als sie das nach jahrelangen Auseinandersetzungen am 5. August 2004 verkündete Zuwanderungs(begrenzungs)gesetz vorsieht. Allerdings erscheint ein Rückgang von 82,5 Millionen Einwohner(inne)n heute auf 75,1 Millionen Menschen im Jahr 2050, wie ihn das Statistische Bundesamt in der (mittleren) Variante 5 seiner 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung erwartet,<sup>7</sup> nicht eben Furcht einflößend. Schließlich wäre die Bundesrepublik damit nach wie vor eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt.

Prognosen über einen Zeitraum von knapp einem halben Jahrhundert sind kaum seriös. 50-Jahres-Prognosen hält der Koblenzer Statistikprofessor Gerd Bosbach für „moderne Kaffeesatzleserei“, was er an Beispielen aus der Vergangenheit illustriert. Hätte jemand 1950 die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik im Jahr 2000 schätzen sollen, wären ihm folgende maßgebliche Einflussfaktoren entgangen: die Erfindung und Verbreitung der Antibabypille; die Anwerbung bzw. der Zuzug von Millionen ausländischen Arbeitskräften samt ihren Familien; Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile (Trend zur Kleinfamilie und zum Single-Dasein); der Nieder- und Untergang der DDR; die Öffnung der Grenzen im Osten einschließlich der Zuwanderung von Millionen Aus- und

---

<sup>3</sup> Siehe Birg, Herwig: Bevölkerungsentwicklung, Alterung und Einwanderungen in Deutschland – Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg und Ausblick auf das 21. Jahrhundert. In: Weber, Albrecht (Hg.): Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union: Gestaltungsauftrag und Regelungsmöglichkeiten. Osnabrück 1997, S. 70.

<sup>4</sup> Birg, Herwig: Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa. München 2001, S. 30.

<sup>5</sup> Vgl. Birg 1997, S. 66.

<sup>6</sup> Vgl. Tichy, Roland und Andrea: Die Pyramide steht kopf. Die Wirtschaft in der Altersfalle und wie sie ihr entkommt. München/Zürich 2001.

<sup>7</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Pressemitteilung vom 6.6.2003, Wiesbaden, („mittlere“) Variante 5.

Übersiedlern sowie die Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990. „Noch deutlicher wird die Problematik, wenn wir annehmen, im Jahre 1900 sei eine 50-Jahres-Prognose gewagt worden. Es wären schlicht zwei Weltkriege übersehen worden!“<sup>8</sup> Da grenzt es schon fast an Scharlatanerie, wenn die ZEIT (v. 2.1.2003) prophezeit, die Deutschen würden „in 100 Jahren“ auf 25 Millionen Menschen schrumpfen.<sup>9</sup>

Martin R. Textor referiert Berechnungen, wonach auf 100 potenzielle Beitragszahler/innen im Jahr 2033 ebenso viele Rentner/innen kommen und kommentiert: „Daß diese Entwicklung zu stark ansteigenden Beitragssätzen führen muß, ist offensichtlich.“<sup>10</sup> Der britische Wirtschaftsjournalist Paul Wallace spricht in seinem Buch „Altersbeben“ von einer „Rentenfälle“, welche demografisch bedingt sei und für Staaten wie die Bundesrepublik nur zwei Auswege offen lasse: „Entweder die Beiträge steigen drastisch, oder die Renten müssen radikal gekürzt werden.“<sup>11</sup> Dass es sich hierbei um eine sozialpolitische Milchmädchenrechnung handelt, die dritte Möglichkeit, bisher überhaupt nicht beitragspflichtige Gruppen (Selbstständige, Freiberufler, Beamte, Abgeordnete und Minister) in die Gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, die Beitragsbemessungsgrenze anzuheben und/oder den Bundeszuschuss zu erhöhen, ausgeblendet wird, übersieht oder unterschlägt Wallace. Uwe Fachinger und Heinz Rothgang weisen demgegenüber darauf hin, dass die Einnahmen der Gesetzlichen Rentenversicherung vom Beitragssatz, der Anzahl ihrer Mitglieder (Versicherten), den jeweiligen durchschnittlichen Beitragsbemessungsgrundlagen und der Höhe des Bundeszuschusses abhängen: „Die Zahl der Beitragszahler, d.h. die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten, der registrierten Arbeitslosen, der freiwillig Versicherten und der Krankengeldbezieher sowie deren jeweiliges durchschnittliches beitragspflichtiges Einkommen wiederum werden vor allem von der Arbeitsmarkt- sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung geprägt. Nachgelagert sind dann weitere Determinantengruppen, zu denen neben der gesamtwirtschaftlichen Situation, dem Arbeitsangebotsverhalten und den gesetzlichen Regelungen auch die *Demographie* zu zählen ist.“<sup>12</sup> Zwischen demografischer Entwicklung und GRV-Einnahmen besteht also kein unmittelbarer Zusammenhang.

<sup>8</sup> Bosbach, Gerd: Demografische Entwicklung – nicht dramatisieren! In: Gewerkschaftliche Monatshefte 2/2004, S. 98.

<sup>9</sup> Vgl. zu dieser schon länger zu beobachtenden Grundposition der liberalen Wochenzeitung im Demografie-Diskurs: Behrend, Hanna: „Deutschland gehen die Kinder aus“. Familie in der *Zeit*. In: Das Argument 247 (2002), S. 473 ff.

<sup>10</sup> Textor, Martin R.: Bevölkerungsentwicklung: Konsequenzen für Gesellschaft und Politik. In: ders. (Koord.): Sozialpolitik. Aktuelle Fragen und Probleme. Opladen 1997, S. 23.

<sup>11</sup> Wallace, Paul: Altersbeben. Wie wir die demografische Erschütterung in Wirtschaft und Gesellschaft meistern werden. Frankfurt am Main/New York 1999, S. 187.

<sup>12</sup> Fachinger, Uwe/Rothgang, Heinz: Zerstört der demographische Wandel die Grundlagen der sozialen Sicherung? – Auswirkungen auf die Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. In: Zeitschrift für Sozialreform 11-12/1997, S. 816 (Hervorh. im Original).

Wer die Renten kürzen will, verweist zur Begründung trotzdem gern auf die wachsende Zahl der älteren Menschen, die von den Erwerbstätigen (wegen ihrer steigenden Lebenserwartung: länger als früher) mit ernährt werden müssen. Häufig heißt es dann mit Hinweis auf die Alterspyramide, die Pilzform angenommen habe, bald müsse jeder Arbeitnehmer für einen Rentner aufkommen. Dabei verschlechtert sich diese Relation seit langem ständig, ohne dass dies den kontinuierlichen Ausbau des Sozialstaates bis 1974/75 verhindert hätte, und künftig ist nur noch das letzte Teilstück eines sehr langen Weges dieser demografischen Veränderungen zurückzulegen. „Vor über hundert Jahren kamen auf eine Person über 65 Jahre rund zwölf Erwerbsfähige. 2000 sind es gerade noch vier. (...) Der Lebensstandard ist jedoch in den letzten 100 Jahren deutlich gestiegen.“<sup>13</sup> Auch wird der „Verschlechterung des Alten- oder Alterslastquotienten“ (Anteil der von den mittleren Jahrgängen zu versorgenden Menschen, die nicht mehr erwerbstätig sind) keineswegs, wie es die intellektuelle Redlichkeit geböte, die sie aufgrund einer sinkenden Geburtenrate begleitende „Verbesserung des Jugendquotienten“ (Anteil der von den mittleren Jahrgängen zu versorgenden Menschen, die noch nicht erwerbstätig sind) gegenübergestellt. Sich daraus ergebende Einsparungen bei Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Jugendhilfe müssten jedoch gleichfalls in Rechnung gestellt werden, will man die Belastung der erwerbstätigen Generation ermitteln. Für mehr Rentner/innen kann diese aufkommen, ohne finanzielle Einbußen zu erleiden, wenn Lohn oder Gehalt stärker als die daraus resultierende Belastung steigen. Entscheidend dafür, ob die Möglichkeit zur Kompensation der „Altenlast“ besteht, ist die Höhe der Arbeitsproduktivität. Wenn man bedenkt, dass sich bei einem Produktivitätsanstieg von nur 1,5% pro Jahr und Erreichen der Vollbeschäftigung ab 2010 das Realeinkommen bis 2050 verdoppeln würde, kann von einer Überforderung der Gesellschaft durch den demografischen Wandel keine Rede sein: „Die Versorgungsleistungen können (...) aus dem Produktivitätswachstum bestritten werden, ohne dass die zu Versorgenden oder die Erwerbstätigen den Gürtel enger schnallen müssen.“<sup>14</sup>

Eine „statische Betrachtungsweise“, die Veränderungen der Demografie von der wissenschaftlich-technischen Innovation und Wachstumsprozessen der Ökonomie ablöst, ignoriert für das Resultat zentrale Zusammenhänge: „Die Leistungsfähigkeit eines heutigen Beschäftigten wird auch für das Jahr 2050 unterstellt.“<sup>15</sup> Von älteren Menschen spricht man in einer Markt-, Hochleistungs- und Konkurrenzgesellschaft, die nach betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien modernisiert wird, zunehmend als „Kostenfaktor auf zwei Beinen“, d.h. als finanzielle Belastung für die jüngeren Bürger/innen. „Begriffe wie *Alterslast*, *Rentnerberg* oder gar *Rentnerschwemme* spiegeln noch

<sup>13</sup> Ver.di-Bundesvorstand (Hg.): *Mythos Demografie*. Berlin, Oktober 2003, S. 8.

<sup>14</sup> Hein, Eckhard/Mülhaupt, Bernd/Truger, Achim: *WSI-Standortbericht 2004: Demographische Entwicklung – ein Standortproblem?* In: *WSI-Mitteilungen* 6/2004, S. 296.

<sup>15</sup> Bosbach 2004, S. 101.

deutlicher wider, dass in der öffentlichen Diskussion der Alterungsprozess der Bevölkerung als etwas Negatives dargestellt wird, obgleich aus Sicht des Einzelnen eine steigende Lebenserwartung doch etwas Positives und Erstrebenswertes ist – sicherlich auch für die jetzt Jungen –, vor allem wenn das Altwerden und Altsein zugleich mit einem guten Gesundheitszustand einhergeht.“<sup>16</sup> Der Bremer Sozialforscher Winfried Schmähl zeigt, dass die übliche Gegenüberstellung von Jüngeren bzw. Erwerbstätigen als „ökonomisch Aktiven“ und „ökonomisch inaktiven“ Älteren ein Klischee ist.<sup>17</sup>

Gerd Bosbach fragt ketzerisch, ob mit demografischen Sachzwängen nicht von einem aktuellen Schauplatz der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen abgelenkt werden soll, wo die Arbeitgeber mit der Androhung von Werksverlagerungen und Massenentlassungen schmerzhaft Konzessionen seitens der Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften im Streit um mehr Öffnungsklauseln in Tarifverträgen, die Verlängerung der Wochenarbeitszeit sowie Lohnverzicht erzwingen: „Will man die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer langfristig von der Teilhabe am Produktivitätsfortschritt abkoppeln? Dann wären die Arbeitnehmer tatsächlich nicht so leicht in der Lage, die Versorgung der Jungen und Älteren zu übernehmen. Das hätte allerdings weniger mit den ‚unausweichlichen‘ Folgen des Alterungsprozesses zu tun, sondern wäre eine bewusste politische Entscheidung hinsichtlich der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.“<sup>18</sup>

Abgesehen davon, dass die Prognosen der Bevölkerungswissenschaft über einen längeren Zeitraum selten zutrafen, weil z.B. die Zuwanderungsraten stark stiegen,<sup>19</sup> ist ein demografischer Fatalismus bzw. Defätismus schon deshalb unangebracht, weil der Wohlfahrtsstaat im Allgemeinen und die Gesetzliche Rentenversicherung im Besonderen auf einem Grundkonsens darüber beruhen, welcher Teil des Bruttoinlandsprodukts für Soziales ausgegeben wird und welche Gesellschaftsschichten wie viel ihres Primäreinkommens dafür abzweigen müssen. Während die Sozialleistungsquote (Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt) heute genauso hoch oder niedrig ist wie 1975, als die Arbeitslosenzahl im Altbundesgebiet zum ersten Mal die Millionengrenze überschritt, war die Gewinnquote (über 30% des Bruttoinlandsprodukts) noch nie so hoch und die Reallohnquote (unter 70%) noch nie so niedrig wie heute.

---

<sup>16</sup> Schmähl, Winfried: Generationenkonflikte und „Alterslast“. Einige Anmerkungen zu Einseitigkeiten und verengten Perspektiven in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion. In: Becker, Irene/Ott, Notburga/Rolf, Gabriele (Hg.): Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft. Festschrift für Richard Hauser zum 65. Geburtstag. Frankfurt am Main/New York 2001, S. 180 (Hervorh. im Original).

<sup>17</sup> Vgl. ebd., S. 188 ff.

<sup>18</sup> Bosbach 2004, S. 103.

## „Generationengerechtigkeit“ – sinnvolles Leitbild der Sozialpolitik?

Der seit 1957 bewährte Generationenvertrag (lohn- und beitragsbezogenes Umlageverfahren in der Gesetzlichen Rentenversicherung) wird unter Hinweis auf den demografischen Wandel zum Auslaufmodell erklärt, das Kapitaldeckungsprinzip als vermeintlich „demografieresistent“ geradezu glorifiziert. Nach der berühmten Mackenroth-These wird aber jeder Sozialaufwand bzw. jede Rente aus der aktuellen Wertschöpfung bestritten. „Bei jedem Finanzierungssystem wird entschieden, welche Belastungen die Jüngeren durch Einbußen im Konsum haben und welche Belastungen auf die Älteren durch Minderung ihrer Rentenansprüche zukommen. Beim Umlageverfahren erfolgt diese Entscheidung über den politisch-demokratischen Prozess, bei kapitalfundierte Systemen über ‚anonyme‘ Marktprozesse.“<sup>20</sup> Dabei zeigte das Tief der Aktienkurse nach den Terroranschlägen in New York und Washington am 11. September 2001, wie problematisch es ist, mit der „Riester-Rente“ auf die Börse und private Vorsorge zu setzen, wenn es um die langfristige Stabilität und Verlässlichkeit der Alterssicherung geht. Kaum von der Hand zu weisen ist die Vermutung, dass sich hinter der Forderung nach mehr „Generationengerechtigkeit“ handfeste Interessen verbergen und Finanzmarktakteure gute Chancen für profitable Geschäfte mit ihren Produkten wittern, wenn die Angst weiter um sich greift, dass kollektive Vorsorgemaßnahmen dem/der Einzelnen keinen ausreichenden Schutz mehr bieten.

Am 25. Oktober 1999 bezeichnete der SPIEGEL die Generationengerechtigkeit als „Kampfbegriff von morgen“. Studien zur materiellen Situation von Rentner(inne)n handelte er unter dem Titel „Reiche Senioren“ ab. Als „gierige Generation“, meint Bernd W. Klöckner, lebten die Alten auf Kosten der Jungen. Er spricht von „Ruhestandsluxus“ und beklagt das Selbstbewusstsein sowie die Reiselust deutscher Rentner/innen: „Ob Mallorca, Gran Canaria oder Costa del Sol: die Masse der heute Alten hat offensichtlich keinerlei Grund zu klagen.“<sup>21</sup>

Das in den Massenmedien häufig gezeichnete Bild einer *intergenerationalen* Kluft zwischen Arm und Reich hält einer empirischen Überprüfung allerdings nicht stand: Rentnerhaushalte weisen auf der Ebene bedarfsgewichteter Haushaltseinkommen eine viel geringere Wohlstandsposition auf als Arbeitnehmerhaushalte, was die Hypothese mangelnder Generationengerechtigkeit jedenfalls zu

---

<sup>19</sup> Vgl. im Hinblick auf die Bundesrepublik der 70er- und 80er-Jahre: Hradil, Stefan: Bevölkerungsentwicklung und Gesellschaftsveränderung in den kommenden Jahrzehnten. In: Gegenwartskunde 3/2001, S. 387.

<sup>20</sup> Bäcker, Gerhard/Koch, Angelika: Die Jungen als Verlierer? – Alterssicherung und Generationengerechtigkeit. In: WSI-Mitteilungen 2/2003, S. 116.

<sup>21</sup> Klöckner, Bernd W.: Die gierige Generation. Wie die Alten auf Kosten der Jungen abkassieren. Frankfurt am Main 2003, S. 108/107. Nur am Rande sei vermerkt, dass die Lebenshaltungskosten dort zum Teil niedriger sind als in der Bundesrepublik.

Lasten der mittleren Jahrgänge widerlegt.<sup>22</sup> Auch dürfte sich die Struktur der Armutspopulation etwa infolge der starken Zunahme diskontinuierlicher Erwerbsverläufe, der zahlreichen Kürzungen im Sozialbereich (sog. Riester-Reform, die neuerliche Senkung des Rentenniveaus durch das sog. Nachhaltigkeitsgesetz, Erhöhung des Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrages vor allem der Betriebsrentner sowie die Verringerung des sog. Schonvermögens von Langzeitarbeitslosen durch Hartz IV), aber auch von Scheidungen und der Anzahl nicht eigenständig gesicherter Frauen künftig wieder in Richtung der Senior(inn)en verschieben. Gleichwohl tut man so, als sei der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit durch einen neuen Grundwiderspruch, nämlich zwischen Jung und Alt, abgelöst und Klassenkampf durch einen „Krieg der Generationen“ ersetzt worden. Hierbei handelt es sich um eine mediale Dramatisierung des gesellschaftlichen Verteilungskampfes, die – auf dem Rücken von Rentner(inne)n ausgetragen – von den eigentlichen Problemen, etwa der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung,<sup>23</sup> ablenkt.

Man versteht jetzt, warum Massenmedien der Armut von Kindern, die es auch in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik gibt,<sup>24</sup> große Aufmerksamkeit schenken. Da heute die Gruppe der Rentner/innen nicht mehr in so hohem Maße wie etwa Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren von Armut betroffen ist, konstruiert man ein Wohlstandsgefälle zwischen Alt und Jung. Kinderarmut wird benutzt, um die Jüngeren gegen die Älteren auszuspielen und Letzteren einen Verzicht auf Einkommenszuwächse oder Leistungskürzungen abzuverlangen. Die soziale Polarisierung, Folge der Globalisierung bzw. einer Umstrukturierung fast aller Gesellschaftsbereiche nach dem Vorbild des Marktes, wirkt sich jedoch auf jede Altersgruppe gleich aus: Armut geht mit wachsendem Wohlstand und vermehrtem Reichtum einher; wenn man so will, bildet sie dessen Kehrseite. Es gab noch nie so viele Haushalte ohne materielle Sorgen und auch noch nie so viele Kinder mit einem riesigen Vermögen wie heute. Um mehr Freibeträge und damit Steuervorteile für sich bzw. die eigene Familie zu erlangen, übertragen reiche Eltern einen Teil ihres Vermögens kurz nach der Geburt auf ihre Kinder. Die soziale Scheidewand trennt also nicht Jung und Alt, sondern verläuft immer noch, wenn nicht mehr denn je zwischen Arm und Reich – unabhängig vom Lebensalter!

Als vorrangiges Ziel der Sozialreformen wird in Gerhard Schröders Regierungserklärung vom 14. März 2003 („Agenda 2010“) oder im Gutachten der sog. Rürup-Kommission vom 28. August 2003

---

<sup>22</sup> Vgl. Bäcker/Koch 2/2003, S. 113.

<sup>23</sup> Vgl. dazu: Schäfer, Claus: Von massiven Verteilungsproblemen zu echten Wettbewerbsnachteilen? – Daten, Fakten und Argumente zur Entmythologisierung der „Standort“-Debatte. In: Butterwegge, Christoph/Kutschka, Martin/Berghahn, Sabine (Hg.): Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat? Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik. Baden-Baden 1999, S. 63 ff.

<sup>24</sup> Vgl. hierzu: Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael/Zeng, Matthias: Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland. Wiesbaden 2004.

die Generationengerechtigkeit benannt. Darunter versteht man die Forderung nach einer fairen Aufteilung der Ressourcen und Lasten zwischen den Generationen (beispielsweise im Hinblick auf die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme). Rentenkürzungen sind aber kein Beitrag zur „Generationengerechtigkeit“, sondern verschärfen die soziale Ungleichheit, zumal vor allem viele Frauen mit einer „bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter“ auskommen müssen, die nur 15 Prozent über dem Sozialhilfesatz liegt. „Nullrunden“ (Aussetzungen der Rentenanpassung) wie im Jahr 2004 treffen gar nicht in erster Linie jetzige Rentner/innen, sondern Jahrgänge, die heute noch oder noch nicht erwerbstätig sind. Außerdem haben sie eher negative Folgen im Hinblick auf das bürgerschaftliche Engagement und die familialen Unterstützungsleistungen der Betroffenen, worunter die jüngeren Altersgruppen leiden würden.<sup>25</sup> Die von der sog. Rürup- wie von der sog. Herzog-Kommission vorgeschlagene Erhöhung des gesetzlichen Rentenzugangsalters von 65 auf 67 Jahre verschlechtert die Arbeitsmarktchancen der zukünftigen Generationen. Wer in den Ruf nach „Generationengerechtigkeit“ einstimmt, müsste eigentlich darum bemüht sein, dass auch die künftig Heranwachsenden noch einen hoch entwickelten Wohlfahrtsstaat und das bislang gewohnte Maß an sozialer Sicherheit vorfinden, statt diese weiter zu beschneiden und die Menschen einer privaten Daseinsvorsorge zu überantworten!

Bernd Raffelhüschen, seinerzeit Mitglied der Rürup-Kommission, plädiert für eine „Kombination von temporär moderaten Rentenkürzungen und langfristig verstärkter privater Altersvorsorge durch die Erwerbstätigen“, das „Einfrieren der Nominalrenten“ sowie das Absenken des Rentenniveaus auf eine „Grundsicherung“, die mit dem Äquivalenz- bzw. Leistungsprinzip unvereinbar und nur noch eine Basisrente zur Sicherung des Existenzminimums wäre. Gewinner und Verlierer/innen gibt es dabei angeblich nicht. Vielmehr verspricht Raffelhüschen, der die enormen Risiken einer kapitalgedeckten Alterssicherung (in den USA zu besichtigen) ignoriert, allen Beteiligten immense Vorteile eines verharmlosend „Ausgleichsreform“ genannten Systemwechsels.<sup>26</sup>

Im Sommer 2003 entspann sich eine besonders perfide Diskussion über die mögliche Rationierung medizinischer Leistungen nach dem Lebensalter von Patient(inn)en. Bereits am 24. Oktober 2002 hatte Frank Drieschner in der ZEIT darüber räsoniert, wie der demografische Wandel auszugleichen sei: „Teure Transplantationen nur noch für junge Menschen, Zahnersatz auf Kassenkosten nur bei Abschluss einer Zusatzversicherung – das wären wirksame Maßnahmen. Aber wer will das hören?“

---

<sup>25</sup> Vgl. Kohli, Martin/Künemund, Harald: Der Alters-Survey: die zweite Lebenshälfte im Spiegel repräsentativer Daten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 20/2003, S. 25.

<sup>26</sup> Vgl. Raffelhüschen, Bernd: Eine Generationenbilanz der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. In: Lamsdorff, Otto Graf (Hg.): Freiheit und soziale Verantwortung. Grundsätze liberaler Sozialpolitik. Frankfurt am Main 2001, S. 257.

Zwei Monate später verkündete Joachim Wiemeyer, Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Ruhr-Universität Bochum, in der *Herder-Korrespondenz*: „Es ist gerecht, bestimmte teure medizinische Leistungen ab einer bestimmten Altersgrenze nicht mehr vorzusehen, sondern sich in solchen Fällen etwa auf eine Behandlung akuter Schmerzen zu beschränken.“ In einem am 12. Juni 2003 veröffentlichten Interview sagte Friedrich Breyer, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Konstanz sowie Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, dem *Rheinischen Merkur*, dass bei der Altersgrenze von 75 Jahren „ein deutlicher Spareffekt“ eintrete, eher als bei 85 Jahren. Schließlich forderte Philipp Mißfelder, Vorsitzender der Jungen Union, am 3. August 2003 im Berliner *Tagesspiegel*, 85-Jährigen keine künstlichen Hüftgelenke mehr „auf Kosten der Solidargemeinschaft“ einzusetzen, und löste damit eine kontroverse Diskussion auch in CDU und CSU aus.

Albrecht von Lucke spricht von einem „Generationsdarwinismus“, mit dem Jungmanager, smarte Karrieretypen und profilsüchtige Nachwuchspolitiker gegenwärtige und zukünftige Privilegien verteidigen. In dieser Art des Gerechtigkeitsbegriffs sieht er keinen Erkenntnisgewinn: „Die Kategorie der Generationszugehörigkeit liegt offensichtlich quer zu den Gerechtigkeitskriterien Bedürfnis, Bedürftigkeit und Leistung und kann schon deshalb kein hinreichendes Kriterium für Gerechtigkeit sein.“<sup>27</sup> Auch unterscheidet sich das Alter von scheinbar ähnlichen Kategorien wie Geschlecht oder Abstammung bzw. Herkunft dadurch, dass man zwar altert, aber in der Regel nicht das Geschlecht wechselt und die Abstammung/Herkunft für immer festliegt. Wenn man also Jüngere rechtlich, ökonomisch und/oder sozialpolitisch gegenüber Älteren schlechter stellt, gleichen sich die Nachteile im Verlauf eines Lebens wieder aus: „Jedes Sicherungssystem, das einen Unterschied aufgrund des Alters des Menschen macht und sie nach moralischen Kriterien scheinbar ungleich behandelt, verfährt im Zeitablauf durchaus moralisch. Denn alle Menschen werden über ihren Lebenszyklus hinweg gleich behandelt.“<sup>28</sup>

Der deutsche Sozial(versicherungs)staat hat durch seine enge Bindung an die sog. Normalbiografie, das Normalarbeitsverhältnis und die Normalfamilie insofern einen Altersbias, als die Leistungen im Lebensverlauf (Längsschnitt) ungleich auf die einzelnen Generationen verteilt sind.<sup>29</sup> Daraus folgt aber mitnichten, dass die Älteren den Sozialstaat und/oder die Jüngeren ausbeuten. Allerdings lässt eine Querschnittsbetrachtung, welche die Lage unterschiedlicher Altersjahrgänge vergleicht, außer

---

<sup>27</sup> Lucke, Albrecht von: Generationengerechtigkeit als Kampfbegriff. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2003, S. 1059.

<sup>28</sup> Christen, Christian/Michel, Tobias/Rätz, Werner: Sozialstaat. Wie die Sicherungssysteme funktionieren und wer von den „Reformen“ profitiert. Hamburg 2003, S. 42.

<sup>29</sup> Vgl. hierzu: Butterwegge, Christoph: Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik. 3. Aufl. Opladen 2001, S. 53 ff.

Acht, „dass die jüngeren Generationen über ein wesentlich höheres Nettoeinkommen als ihre Eltern verfügen und dass dieses Realeinkommen weiter wächst, selbst wenn in begrenztem Umfang eine prozentual erhöhte Abgabenbelastung erfolgt.“<sup>30</sup>

Durch das Schlagwort „Generationengerechtigkeit“ wird die soziale Spaltung unserer Gesellschaft biologisiert, auf ein Verhältnis zwischen unterschiedlichen Alterskohorten reduziert und relativiert. Das verkrampfte Bemühen um mehr Generationengerechtigkeit, der noch nie so viel Beachtung zuteil wurde wie heute, überdeckt die in *sämtlichen* Altersgruppen, der ganzen Gesellschaft und der übrigen Welt drastisch wachsende soziale Ungleichheit. „Man gewinnt vielfach den Eindruck, dass die Fokussierung der Diskussion auf die Verteilung zwischen Kohorten ablenken soll von Fragen der Verteilung innerhalb von Kohorten.“<sup>31</sup>

Auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 3. April 2001 zur Pflegeversicherung, wonach Eltern geringere Sozialbeiträge als Kinderlose zahlen sollen, weil sie „neben dem Geldbeitrag einen generativen Beitrag zur Funktionsfähigkeit eines umlagefinanzierten Sozialversicherungssystems leisten“, ging in die falsche Richtung. In dem „Ein Segen für die Familie“ betitelten SPIEGEL-Artikel wurde sechs Tage später jedoch besonders gelobt, dass die Richter den Gesetzgeber zu einer passenden Antwort auf das „demografische Desaster“ zwingen. „So pathetisch das klingen mag: Es geht um den Bestand des deutschen Volks.“<sup>32</sup> Man forderte die Übertragung des Richterspruchs auf die Altersvorsorge und brachte, dem neoliberalen Zeitgeist entsprechend, Rente unmittelbar mit Rendite in Verbindung: „Kinder zu haben ist in der Rentenversicherung ein schlechtes Geschäft.“

Mit dem BVerfG-Urteil zur Pflegeversicherung und der Forderung, seine Grundzüge auf die übrigen sozialen Sicherungssysteme zu übertragen, werden alle Menschen – unabhängig davon, welcher (Einkommens-)Schicht sie angehören – in ein benachteiligtes Lager (der Kinderreichen) und ein privilegiertes Lager (der Kinderlosen) eingeteilt. Dabei sind von der „Umverteilung“ privat krankenversicherte Selbstständige und Beamte überhaupt nicht betroffen. Obwohl es das Urteil suggeriert, hängt das Fortexistieren der Pflegeversicherung sowenig wie die Funktionsfähigkeit der Gesetzlichen Rentenversicherung von der Biologie ab. Vielmehr handelt es sich in beiden Fällen um eine Frage der Ökonomie und der Politik. Ausschlaggebend ist letztlich, wie viel Reichtum die Volkswirtschaft erzeugt und auf wen er verteilt wird. Bei einer stagnierenden bzw. künftig sogar

<sup>30</sup> Siehe Oberhauser, Alois: Die vermeintlich arme jüngere Generation. In: Becker/Ott/Rolf 2001, S. 212

<sup>31</sup> Schmähl, Winfried: „Generationengerechtigkeit“ und Alterssicherung. Oder: Wie ein vieldeutiges Konzept einseitig instrumentalisiert wird, in: Burmeister, Kai/Böhning, Björn (Hg.): Generationen & Gerechtigkeit. Hamburg 2004, S. 51 (Hervorh. im Original).

<sup>32</sup> Ein Segen für die Familie. In: Der Spiegel v. 9.4.2001, S. 102

sinkenden Bevölkerungszahl müsste im Falle eines weiter nicht mehr explosionsartig, aber recht kontinuierlich wachsenden Bruttoinlandsprodukts für alle genug da sein.

Alle seriösen Berechnungen zeigen, dass sich die Folgen des demografischen Wandels für die Gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung in Grenzen halten. (Arbeits-)Produktivität, Bruttoinlandsprodukt und Volkseinkommen wachsen parallel zu Veränderungen des Altersaufbaus der Bevölkerung, wie Karl Georg Zinn hervorhebt: „Das heute erreichte Niveau sozialstaatlicher Leistungen basiert auf den Produktivitätssteigerungen der Vergangenheit, und die künftig weiter steigende Leistungsfähigkeit der wohlhabenden Volkswirtschaften ermöglicht bei sachgerechter Organisation von Produktion und Verteilung zumindest die Aufrechterhaltung des erreichten Sozialniveaus.“<sup>33</sup>

### Staatsverschuldung und „finanzpolitische Nachhaltigkeit“

Hans-Olaf Henkel, damals noch Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), forderte in seinem Buch „Jetzt oder nie“ ein „Bündnis für Nachhaltigkeit in der Politik“, was er unter Hinweis „auf die Verantwortung für die Interessen unserer Kinder“ begründete: „Wenn wir verhindern wollen, daß sich unsere Kinder dieser Generation als einer erinnern, die sich zu ihren Lasten ein bequemes Leben gemacht hat, dann müssen wir jetzt handeln und nicht erst morgen. Unsere Kinder brauchen eine Politik, die sich dem Prinzip der Nachhaltigkeit in allen Bereichen verpflichtet, nicht nur im Umweltschutz.“<sup>34</sup>

Nicht nur die Renten, sondern auch die öffentlichen Haushalte sind ins Visier von Experten geraten, die mehr Generationengerechtigkeit verlangen. So bemängelte Jörg Tremmel die seiner Ansicht nach unsolide Haushaltspolitik der Bundesregierung mit folgender Begründung: „Um den immer teurer werdenden Sozialstaat zu finanzieren, stellt die herrschende Generation ungedeckte Wechsel auf die Zukunft aus. Die Zeche zahlen eines Tages jene, die heute jung sind.“<sup>35</sup> Neoliberale tun so, als hätten „zukünftige Generationen (...) hohe Schuldenberge“ abzutragen, wozu sie weder willens noch in der Lage wären.<sup>36</sup> Dabei lastet dieser Schuldendienst nur auf einem Teil der kommenden Generationen; ein anderer erhält mehr Zinsen aus (geerbten) Schuldverschreibungen des Staates, als er selbst an Steuern zahlt und profitiert dadurch sogar von heutigen Budgetdefiziten.

<sup>33</sup> Zinn, Karl Georg: Sozialstaat in der Krise. Zur Rettung eines Jahrhundertprojekts. Berlin 1999, S. 80 f.

<sup>34</sup> Henkel, Hans-Olaf: Jetzt oder nie. Ein Bündnis für Nachhaltigkeit in der Politik. Berlin 1998, S. 12.

<sup>35</sup> Tremmel, Jörg: Der Generationsbetrug. Plädoyer für das Recht der Jugend auf Zukunft. Frankfurt am Main 1996, S. 26.

<sup>36</sup> Siehe Raffelhüschen 2001, S. 256.

Trotzdem verfängt die Argumentationsfigur von „Zechprellern zu Lasten unserer eigenen Kinder“ (Raffelhüschen). Norbert Reuter weist demgegenüber nach, dass aus der Staatsverschuldung sowohl Forderungen wie Verbindlichkeiten resultieren und dass *beide* Größen an die nächste Generation „vererbt“ werden. Blicke man getrennt auf die gegenwärtige oder auf die folgende Generation, liege „ein gesamtwirtschaftliches Nullsummenspiel vor. Mit einem Verweis auf kollektive finanzielle Belastungen künftiger Generationen lässt sich der gegenwärtige Abbau der Staatsverschuldung somit nicht begründen.“<sup>37</sup> Auch Richard Hauser hält Staatsverschuldung nur für problematisch, wenn Ausländer einen Großteil der Schuldtitel halten, was in der Bundesrepublik nicht der Fall ist. „Werden die Forderungen gegen den Staat aber ganz überwiegend von Inländern gehalten, dann findet durch die Zinszahlung nur eine intragenerationale Umverteilung von den Steuerzahlern zu den Forderungsbesitzern statt. Dies ist dann akzeptabel, wenn die Staatsschuld zur Finanzierung der Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, d.h. zur Sachvermögensbildung des Staates, aufgenommen wurde und wenn die Belastung des Staatshaushalts durch Zinszahlungen nicht bestimmte Grenzen überschreitet.“<sup>38</sup>

Mit dem Satz „Wir haben den Staatshaushalt nur von unseren Kindern geborgt“ begründet man die Übertragung des Prinzips der Nachhaltigkeit von der Umwelt- auf die Fiskalpolitik, ohne die verheerenden Konsequenzen eines solchen Schritts zu reflektieren. Durch die Instrumentalisierung der nachwachsenden Generationen unter Schlagworten wie „Nachhaltigkeit im finanzpolitischen Bereich“ und „Generationengerechtigkeit“ wird eine Politik der Haushaltskonsolidierung verklärt, die gerade für Kinder und Jugendliche nur negative Folgen zeitigt, weil sie betreffenden Bereichen (Vorschule, Schule und Hochschule) nicht mehr die nötigen Mittel zufließen. Sparmaßnahmen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssystem verbauen im Namen der künftigen Generation eben jener die Zukunftsperspektiven (bei schlechter Kinderbetreuung, defizitärer Schulausstattung, fehlenden Lehrkräften, eingesparten Schuleingangsuntersuchungen etc.).

Micha Brumlik macht auf einen wesentlichen Unterschied zwischen ökologischen und finanziellen Ressourcen aufmerksam: „Während zukünftige Generationen von einmal vernutzten fossilen Brennstoffen in der Tat nicht mehr Gebrauch machen können, stehen ihnen für die Beiträge, die sie zur Tilgung von Schulden für öffentliche Aufgaben zu leisten haben, in einer gerecht geordneten Gesellschaft nützliche Infrastrukturangebote gegenüber. Während die Vernutzung natürlicher

---

<sup>37</sup> Reuter, Norbert: Generationengerechtigkeit als Richtschnur der Wirtschaftspolitik? In: Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael (Hg.), Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel. 2. Aufl. Opladen 2003, S. 85.

<sup>38</sup> Hauser, Richard: Generationengerechtigkeit, Volksvermögen und Vererbung. In: Burmeister/Böhning 2004, S. 39.

Ressourcen mithin asymmetrisch zu Gunsten der Gegenwart verläuft, besteht bei Nutzung finanzieller Ressourcen im öffentlichen Rahmen eine gewisse Symmetrie.“<sup>39</sup> Auch wenn Geld im Jugendjargon „Kohle“ heißt, hat es mit dieser wenig gemeinsam: Es wandert zwar von einer Tasche in die andere, verbrennt aber nicht.

Eine nicht nur verbal der Generationengerechtigkeit verpflichtete Politik müsste Norbert Reuter zufolge berücksichtigen, dass Schuldenabbau und der damit verbundene Rückzug des Staates aus wichtigen Bereichen unter den gegenwärtigen Bedingungen eine schwere Hypothek für künftige Generationen bedeuten würden, neben der die mittelfristig fortbestehende Staatsverschuldung das vergleichsweise kleinere Problem darstellt. Reuter konstatiert denn auch, „dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit langfristig die beste Rentenpolitik darstellt.“<sup>40</sup>

### **Bevölkerungspolitik gegen Geburtenrückgang und „Vergreisung“ der Bundesrepublik?**

Ein neues Gespenst geht um in Europa: das Gespenst des Kindermangels, der „Vergreisung“ und des Generationenkrieges. Dabei wird so getan, als verwandle sich die Bundesrepublik Deutschland in ein Altenheim. Teilweise klagen dieselben Kreise, die während der Asyldebatte zu Beginn der 90er-Jahre noch „Das Boot ist voll!“ geschrien hatten, wir lebten bald in einem „Land ohne Leute“ (ZEIT-Serie).

Auf die der Öffentlichkeit am 6. Juni 2003 vom Leiter des Statistischen Bundesamtes präsentierte „10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung“ reagierte fast die gesamte deutsche Presse tags darauf in einer fast schon hysterisch zu nennenden Weise: Von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ), die im Aufmacher eine „dramatische Alterung“ prophezeite und im Kommentar eine „konzise ‚Bevölkerungspolitik‘“ verlangte, über die WELT, deren Leitartikel „Kinder sind die Zukunft“ bei dem von den Nazis diskreditierten Begriff die Anführungszeichen wegließ und eine Halbierung des Rentenniveaus für notwendig erklärte, bis zur *tageszeitung* (taz), die – gewohnt salopp – „Deutsche sehen alt aus“ titelte und dem Thema eine ganze Seite widmete, kennzeichnete Apokalyptik die Berichterstattung, wie man sie sonst nur aus ultrarechten Publikationen kennt. Dort waren die beiden Überschriften der *Jungen Freiheit* (v. 20.6.2003) zum selben Thema denn auch nur noch ein wenig reißerischer. Sie lauteten: „Volk ohne Kinder“ und „Die Pyramide wird zum Grabstein. Deutschland 2050: Die Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes bietet düstere Perspektiven“.

---

<sup>39</sup> Brumlik, Micha: Freiheit, Gleichheit, Nachhaltigkeit. Zur Kritik eines neuen Grundwerts. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1999, S. 1464.

In jener Wochenzeitung, die als Sprachrohr der sog. Neuen Rechten gilt, wird bereits seit Jahren die „demographische Apokalypse“ (*Junge Freiheit* v. 12.10.2001), das „demographische Dilemma“ (*Junge Freiheit* v. 23.5.2003) oder die „demographische Katastrophe“ (*Junge Freiheit* v. 20.6.2003) beschworen.<sup>41</sup> Worum es dieser Strömung geht, wenn sie nationale Töne anschlägt und Vorbilder der Vergangenheit rühmt, zeigt folgender Untertitel: „Die Familie als Risiko. In Deutschland fehlt der Mut zu einer aktiven Bevölkerungspolitik“ (*Junge Freiheit* v. 31.10.2003). Man sieht durch die Migration „dramatische demographische Verschiebungen“ heraufkommen und beklagt in einem Artikel „Vom Verschwinden des Demos. Bevölkerungspolitik: Wie die demographische Dynamik multiethnische Gesellschaften verwandelt“ die zunehmende Überfremdung deutscher Großstädte: „Geburtenfreudige Ausländergruppen ersetzen die vergreisende deutsche Ur-Bevölkerung.“ (*Junge Freiheit* v. 2.7.2004)

In der *Berliner Zeitung* vom 2./3. Februar 2002 schrieb Maritta Tkalec unter der Schlagzeile „Deutschland ohne Kinder“ über „die durchaus effektive ‚Bevölkerungspolitik‘ zwischen 1933 und 1945“ sowie den „Jahrzehnte währenden Gebärstreik“ deutscher Frauen danach und mutmaßte: „Der Grund, warum moderne, individualisierte Gesellschaften offenbar dazu neigen, sich durch Verzicht auf Fortpflanzung binnen weniger Jahrzehnte selbst auszulöschen, liegt keinesfalls in Mangel an Wohlstand, eher im Zuviel davon.“ Am 28. April 2003 machte WELT-Herausgeber Dieter Stolte in einem „Zeitbombe Demographie“ genannten Beitrag ein „Anspruchsdenken, das den Wohlstand und das Glück des Einzelnen über das Gemeinwohl“ stelle, für die vielen Gefahren verantwortlich, von denen Deutschland in diesem Jahrhundert bedroht sei: „Sie ergeben sich als Folge eines demographischen Wandels, der unsere bisherigen sozialen Sicherungssysteme infrage stellt und einen Generationenkonflikt zur Folge haben wird.“ Am 14. August 2003 machte die ZEIT mit dem Thema „Wo sind die Kinder? – Im Land der Egoisten: kein Nachwuchs, keine Rente“ auf. In einem Heft, das am 4. September 2003 erschien und dessen Titelbild die Überschrift „Die vergreiste Republik“ trägt und einen Baum mit verdorrten, aus Gesichtszügen alternder Menschen zusammengesetzten Ästen zeigt, veröffentlichte das Magazin *stern* einen Artikel „Wir haben ein Problem“, an dessen Beginn steht: „Deutschland vergreist. Immer weniger Junge müssen für immer mehr Alte sorgen. Wenn wir nichts ändern, bricht unser ganzer Staat zusammen.“ James W. Vaupel warnte am 8. April 2004 in der FAZ unter der Überschrift „Deutschlands größte Herausforderung“

---

<sup>40</sup> Siehe Reuter 2003 (wie Anm. 61), S. 89.

<sup>41</sup> Vgl. hierzu: Butterwegge, Christoph: Stirbt „das deutsche Volk“ aus? – Wie die politische Mitte im Demografie-Diskurs nach rechts rückt. In: ders. u.a.: Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein. Opladen 2002, S. 167 ff.

davor, „schmerzhaft Anpassungen in den Sozial- und Gesundheitssystemen zu vertagen“, und forderte über die „Agenda 2010“ der Bundesregierung hinausgehende „radikale Veränderungen“.

Die konservative Wochenzeitung *Rheinischer Merkur* titelte am 31. Juli 2003 auf Seite 1: „Kinder für das Land. Generationenvertrag: Eine neue Bevölkerungspolitik muss her“. Am 5. Januar 2004 erschien der SPIEGEL mit einem Baby in schwarz-rot-goldenen Windeln auf der Titelseite, das eine Hantel voll älterer Menschen stemmt, unter der Überschrift: „Der letzte Deutsche. Auf dem Weg zur Greisenrepublik“. In dem dazu gehörenden Artikel „Land ohne Lachen“ wird kritisiert, dass Bevölkerungspolitik in Berlin (gemeint: nach 1945) kaum je auf der Tagesordnung stand. Susanne Mayer warb in einem Artikel „Her mit den Kindern!“, den die ZEIT am 4. März 2004 veröffentlichte, für ein „Projekt Junges Deutschland“, das Bevölkerungspolitik zu machen bedeute: „Bevölkerungspolitik heißt, den Menschen offen zu sagen, dass wir mehr Kinder brauchen – und zu diesem Zweck alle Kräfte bündeln müssen.“

Seit die Geburtenrate in der Bundesrepublik gegen Ende der 60er-/Anfang der 70er-Jahre als Folge eines höheren (Aus-)Bildungsniveaus und einer steigenden Erwerbsneigung deutscher Frauen bei gleichzeitiger Verbesserung der Methoden und Einführung neuer Mittel zur Empfängnisverhütung (Antibabypille) sinkt, versucht man, eine pronatalistische Familien- bzw. Bevölkerungspolitik wieder hoffähig zu machen. Neben begrenzter Zuwanderung wird meist aktive Geburtenförderung favorisiert, die eine weitere Schrumpfung der Population aufhalten oder umkehren bzw. für eine ausgeglichene Bevölkerungsbilanz sorgen soll.

Aus neoliberaler Perspektive erscheint die demografische Entwicklung als ökonomisches Problem, das durch Geburtenförderung, Humankapitalbildung sowie die Mobilisierung von Innovationskraft und Beschäftigungspotenzialen gelöst werden muss. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität München, setzt auf eine aktive Bevölkerungspolitik zur Problembewältigung: „Wenn es gelänge, die Geburtenraten auf ein Niveau anzuheben, wie es eine stationäre Bevölkerung kennzeichnet, dann ließe sich die Bevölkerung allmählich wieder verjüngen. Das Rentenproblem würde sich lösen, der Arbeitsmarkt würde stabilisiert, und unser Land würde wieder zu der Dynamik bei der Wirtschaft und Wissenschaft zurückkehren, die es einmal besaß.“<sup>42</sup> Um dieses Ziel zu erreichen, will Sinn die Fertilitätsrate mittels finanzieller Anreize für Familien, aber auch mittels gezielter Sanktionen für Kinderlose steigern. Sinn empfiehlt die Staffelung von Altersrenten (und Pensionen) nach der Kinderzahl und eine Rentenkürzung für Kinderlose auf die Hälfte der „normalen“ Höhe: „Wer keine Kinder hat und insofern zu wenig tut, um seine eigene

Rente im Umlagesystem zu sichern, muss die Konsequenzen tragen und selbst auf dem Wege der Ersparnis für Ersatz sorgen.<sup>43</sup> Demjenigen, der keine Kinder in die Welt setzt und großzieht, kann man laut Sinn eine drastische Rentenkürzung zumuten. Altersrenten sollten seiner Meinung nach bloß deshalb „nicht auf Null reduziert“ werden, weil dadurch „ihre ökonomische Hauptfunktion als Schutz gegen die ökonomischen Konsequenzen der Kinderlosigkeit“ negiert und unberücksichtigt gelassen würde, dass Kinderlose wenigstens über den Familienlastenausgleich mit zur Finanzierung der Kinder anderer beitragen: „Doch erscheint beim durchschnittlichen Rentenbezieher eine Kürzung der Rente auf die Hälfte (!) als angebracht. Nur wer mindestens drei Kinder großzieht und durchschnittliche Beiträge gezahlt hat, dem kann die umlagefinanzierte Rente im bisher erwarteten Umfang erhalten bleiben.“<sup>44</sup>

Es handelt sich hier um neoliberalen Unsinn, der allerdings Methode hat. Kinder werden nämlich als Privateigentum bzw. Humankapital ihrer Eltern betrachtet, das (im Hinblick auf die Rente) eine Rendite zu erbringen hat. Sinns Konzeption beruht auf einer „biologischen Produktionstheorie“, die so tut, als sei die menschliche Fortpflanzung der Ursprung eines wachsenden gesellschaftlichen Reichtums, aus dem steigende Altersrenten letztlich stammen, was mit den Verhältnissen einer modernen, auf Kapital- und Wissensakkumulation basierenden Volkswirtschaft jedoch kaum in Einklang steht: „Offensichtlich orientiert sich die ‚biologische Produktionstheorie‘ am Muster der archaischen vorindustriellen Subsistenzwirtschaft, ganz so, als wäre die Familie noch immer auch Produktionsbetrieb und Trägerin der sozialen Sicherung.“<sup>45</sup> Moralisch sind die Konsequenzen des Sinn'schen Vorschlags ohnehin kaum vertretbar: Während die Frauen im sog. Dritten Reich mit dem Mutterkreuz belohnt wurden, wenn sie vier, sechs und acht (oder mehr) Kinder zur Welt gebracht hatten, kann man die „Gebärverweigerung“ in einer Demokratie nicht Jahrzehnte später mit Altersarmut bestrafen.

\* Prof. Dr. habil. Christoph Butterwegge M.A. leitet die Abteilung für Politikwissenschaft und ist Geschäftsführender Direktor des Seminars für Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln.

---

<sup>42</sup> Sinn, Hans-Werner: Ist Deutschland noch zu retten?, 4. Aufl. München 2003, S. 369 f.

<sup>43</sup> Ebd., S. 393.

<sup>44</sup> Sinn, Hans-Werner: Das demographische Defizit. Die Fakten, die Folgen, die Ursachen und die Politikimplikationen. In: Leipert, Christian (Hg.): Demographie und Wohlstand. Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft. Opladen 2003, S. 85.

<sup>45</sup> Ebert, Thomas: Beutet der Sozialstaat die Familien aus? – Darstellung und Kritik einer politisch einflussreichen Ideologie, in: Butterwegge/Klundt 2003, S. 103.



16. Wahlperiode

# HESSISCHER LANDTAG

## Stenographischer Bericht

– öffentlich –

10. Sitzung der Enquetekommission  
„Demographischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“

10. November 2004, 14.10 bis 18.30 Uhr

Öffentliche Anhörung zum Thema

„Ökonomische und fiskalische Auswirkungen des demographischen Wandels“

### Anwesend

Vorsitzender Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)

### CDU

Abg. Peter Beuth  
Abg. Dirk Landau  
Abg. Anne Oppermann  
Abg. Mark Weinmeister

### SPD

Abg. Dr. Judith Pauly-Bender  
Abg. Michael Siebel  
Abg. Dr. Thomas Spies  
Abg. Sabine Waschke

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abg. Kordula Schulz-Asche

### FDP

Abg. Ruth Wagner (Darmstadt)

**Sachverständige:**

Dr. Anette Reil-Held, MEA  
Prof. Dr. Frank Fichert  
Dr. Wilma Mohr

**Beratende Mitglieder:**

Anja Gauler, Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft  
Eckart Hohmann, Statistisches Landesamts  
Frank Micheel, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung  
Joachim Lauterbach, HA Hessen Agentur GmbH

**Landesregierung:**Sozialministerium

RDir Ralf Pillok

Staatskanzlei

AF Anette Müller  
RDir Dr. Patrick Opdenhövel

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Heike Basse

**Gäste:**

Dr. Kirsten Mensch, Schader Stiftung  
Magda Schirm, Friedrich Ebert Stiftung

**Fraktionsmitarbeiter/innen:**

Eric Schnell	(Fraktion der CDU)
Dr. Carmen Everts	(Fraktion der SPD)
Bettina Schreiber	(Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rainer Welteke	(Fraktion der FDP)

**Landtagskanzlei:**

Dr. Ute Lindemann

Protokollierung: Birgit Raddatz, Landtag Schleswig-Holstein

**Anzuhörende**

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Andreas Esche,  
Bertelsmann-Stiftung

Dieter Bräuninger,  
Deutsche Bank AG, DB Research, Analyst für Wirtschaftspolitik,  
Altersvorsorge, Demographie

Prof. Dr. Gisela Färber,  
Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer  
Lehrstuhl für Wirtschaftliche Staatswissenschaft, insbes. Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft

Dr. Kai Eicker-Wolf,  
Deutscher Gewerkschaftsbund Hessen

Dr. Hans-Peter Klös,  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Leiter der Abteilung Bildung  
und Arbeitsmarkt

Dr. Anette Reil-Held,  
MEA, Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demographischer Wandel, Universität Mannheim

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt,  
Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen

Prof. Dr. Roland Eisen,  
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, Professur für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Prof. Dr. Christoph Butterwegge,  
Universität zu Köln, Seminar für Sozialwissenschaften, Leiter der  
Abteilung Politikwissenschaft

**Vorsitzender:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie ganz herzlich zur 10. Sitzung der Enquetekommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik“. Ich freue mich, alle Damen und Herren begrüßen zu dürfen, die uns heute als Sachverständige für unsere öffentliche Anhörung zur Verfügung stehen. Wir haben für die heutige Sitzung den Schwerpunkt der ökonomischen und fiskalischen Auswirkungen des demographischen Wandels gewählt. Wir haben uns den Zeitrahmen ab 14 Uhr gegeben, weil es sich aufgrund einer anderen Beanspruchung einer Fraktion so ergeben hat. Es wäre sicherlich besser gewesen, mit diesem sehr ehrgeizigen Programm schon heute Morgen um 10 Uhr zu beginnen. Wir alle wollen beweisen, dass wir die Balance zwischen Kürze und Präzision auf der einen Seite und umfassender Darstellung auf der anderen Seite beherrschen.

Wir haben zehn Anzuhörende. Die Reihenfolge ist selbstverständlich keine Rangfolge. Wir haben versucht, so weit uns das nach der Lektüre der Beiträge möglich war, dies ein wenig thematisch zu ordnen. Ich bitte darum, sich an den vereinbarten Zeitrahmen von etwa 20 Minuten pro Redner zu halten, um am Ende die Nachfrage- und Informationsrunde für die Abgeordneten einführen zu können. Wenn wir das Programm so straff durchhalten können, wird es trotzdem ein sehr langer Nachmittag. Deshalb habe ich den Appell an alle Beteiligten, diesen Zeitrahmen möglichst einzuhalten.

Ich bitte Herrn Prof. Dr. Krupp, die Anhörungsrunde zu eröffnen, den ich ganz herzlich begrüße und der aufgrund seiner früheren Tätigkeiten eine enge Beziehung zu diesem Politikfeld hat.

Bevor ich Ihnen das Wort erteile, habe ich noch einen Hinweis, warum wir heute diese Sitzordnung gewählt haben. Da die meisten Referenten mit einer Power-Point-Präsentation oder mit anderen optischen Unterstreichungen ihres Vortrags arbeiten, ist es sicherlich besser, wenn Sie auf den gewohnten Abgeordnetensitzen und nicht auf der Regierungsbank Platz nehmen, um nicht in akrobatischer Form Ihre Hälsen verrenken zu müssen. – Herr Prof. Dr. Krupp, Sie haben das Wort.

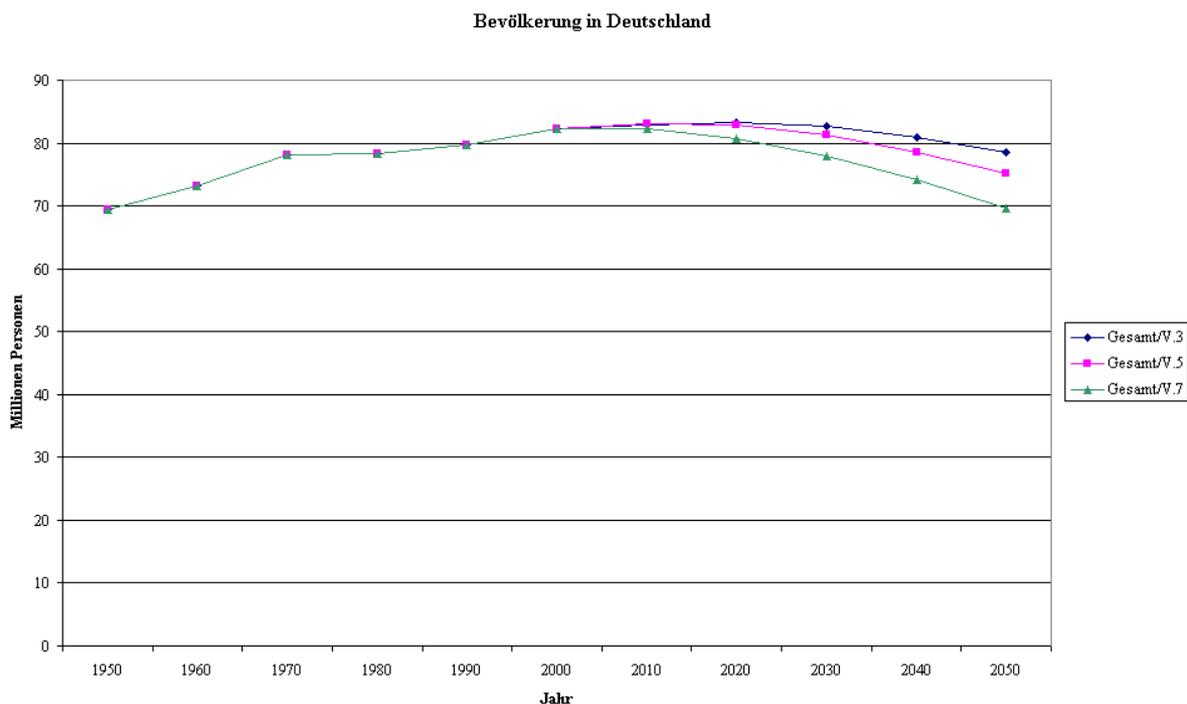
**Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp:**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren! Die demographische Situation ist zu einem wesentlichen Argument der sozialpolitischen Diskussion geworden. Dies ist einerseits richtig, denn wir werden in Zukunft ein gewichtiges demographisches Problem haben, andererseits wird die Demographie häufig missbraucht, um kurzfristig wirkende Einschnitte in das Sozialsystem zu rechtfertigen oder Finanzmarktinteressen zu vertreten. Dabei kommt es immer wieder zu Übertreibungen.

Das Thema dieser Anhörung „Ökonomische und fiskalische Auswirkungen des demographischen Wandels“ halte ich für problematisch. Es unterstellt, dass der demographische Wandel eine unveränderliche Größe wäre und dass die ökonomischen und fiskalischen Wirkungen primär von der Demographie abhängen. Beide Unterstellungen sind falsch. Bei meinen Überlegungen werde ich deshalb einerseits diskutieren, wie der demographische Wandel politisch beeinflusst werden kann, und andererseits skizzieren, wie die Politik in anderen Bereichen, insbesondere der Bildungs- und Wirtschaftspolitik, die Folgen des demographischen Wandels erträglich machen kann.

Ich gehe davon aus, dass die Enquetekommission mit den wichtigsten Daten des demographischen Wandels vertraut ist. Ich beschränke mich daher im Folgenden auf wenige Darstellungen, die nicht so häufig zu finden sind.

Schaubild 1 zeigt die Bevölkerungsentwicklung von 1950 bis 2000 in Deutschland und das Prognosespektrum der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der amtlichen Statistik. Hier wurde mit drei verschiedenen Annahmen über die Entwicklung der Lebenserwartung und drei unterschiedlichen Wanderungsannahmen gerechnet. Insgesamt ergeben sich so neun Varianten. Das Schaubild zeigt die Extremvarianten und eine mittlere Variante.



Das Ganze sieht nicht so dramatisch aus, wie es häufig dargestellt wird. Selbst bei der ungünstigsten Prognose wären wir 2050 etwa wieder beim Bevölkerungsstand von 1950. Und die Bundesrepublik wäre bezogen auf ihre Fläche dann immer noch relativ dicht bevölkert.

Schwieriger sind die Probleme in der Alterssicherung. Üblicherweise werden diese am Altenquotienten gemessen, der die Altenbevölkerung zu der erwerbsfähigen Bevölkerung in Verhältnis setzt.

Schaubild 2 zeigt die neun Varianten für das Jahr 2050. Deutlich wird auch, dass die angenommene Altersgrenze von entscheidender Bedeutung ist. Mit der Annahme einer Altersgrenze von 60 Jahren kann man die Leute sehr viel besser erschrecken. Aber wenn das Lebensalter steigt und Arbeitskraft wirklich knapp wird, ist die heute rechtlich gültige Altersgrenze von 65 Jahren realistischer.

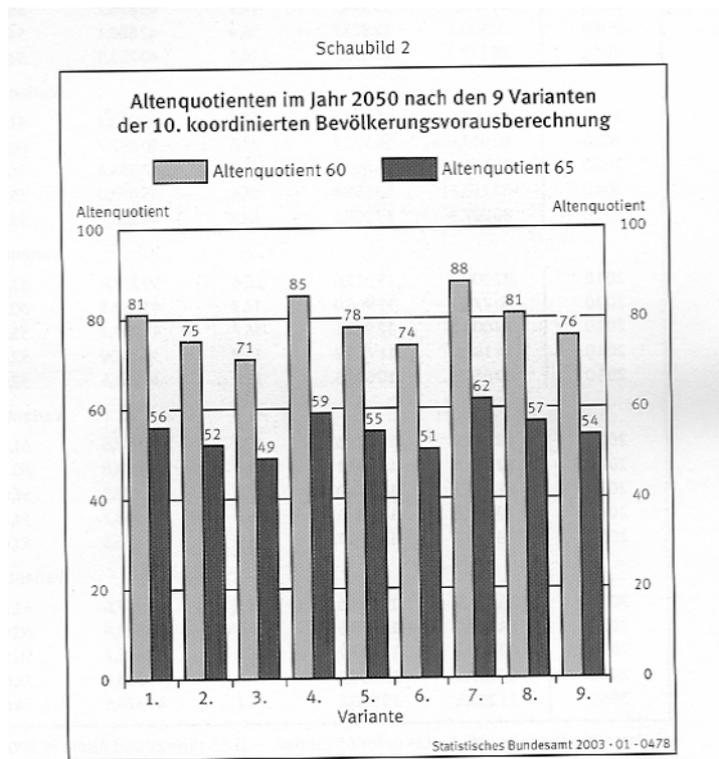
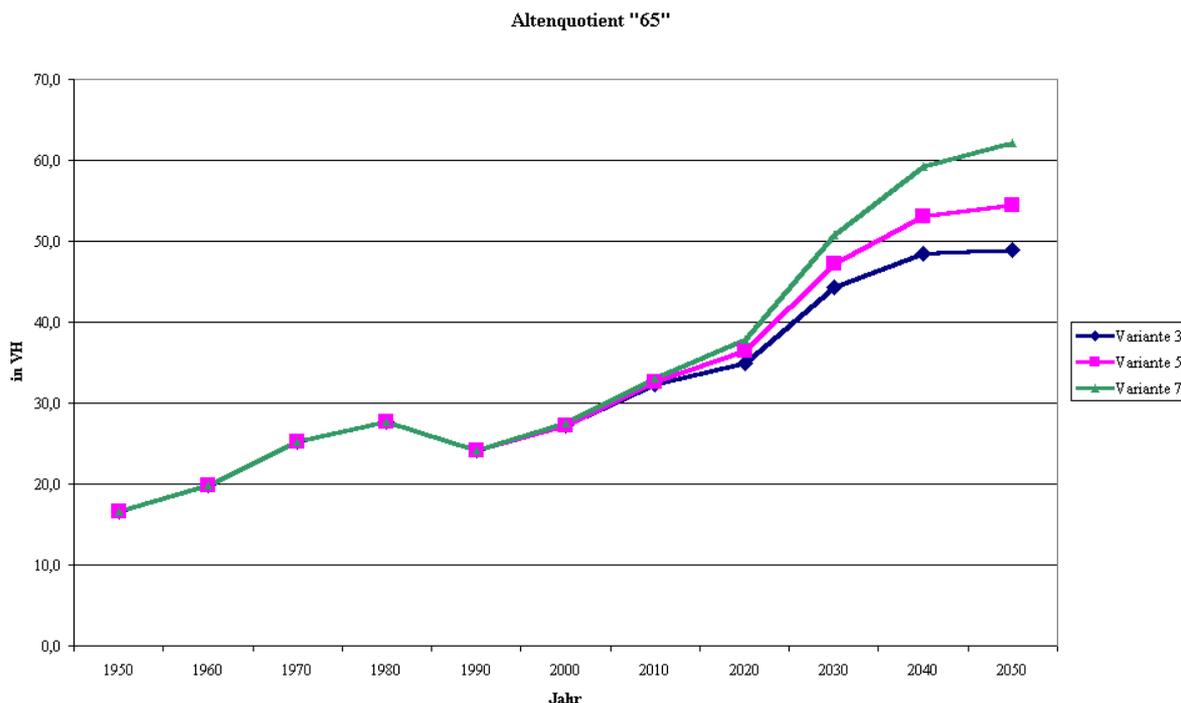


Schaubild 3 zeigt die Entwicklung auf der Basis einer Altersgrenze von 65 Jahren. Etwa nach 2020 wird es zu gravierenden Veränderungen kommen. 2050 müssen rein rechnerisch von einer Person im erwerbsfähigen Alter mehr als doppelt so viele Rentner finanziert werden wie heute. Auch in der Vergangenheit hat es Veränderungen des Altenquotienten gegeben, aber doch nicht in diesem Ausmaß.



Man kann diese dramatische Entwicklung relativieren, indem man von einem Drei-Generationen-Modell ausgeht, welches berücksichtigt, dass die erwerbstätige Generation nicht nur für die alten, sondern auch für die noch nicht erwerbsfähigen Jungen aufzukommen hätte.

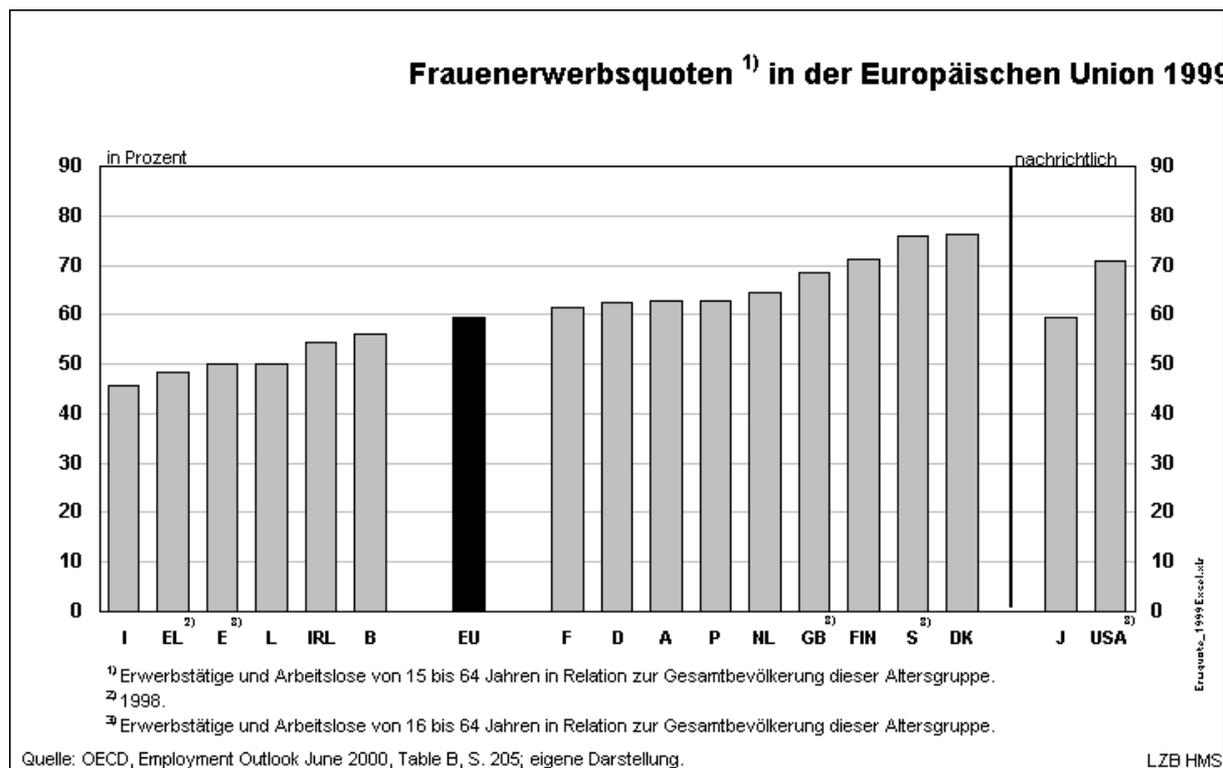
Schaubild 4 zeigt die Entwicklung eines Gesamtquotienten bei einer Altersgrenze von 65 Jahren und einer Erwerbseintrittsgrenze von 20 bzw. 21 Jahren.



Diese Reihe hat im Jahre 2000 einen Bruch, der das Ergebnis aber nicht wesentlich beeinträchtigt. Bis zum Jahre 2000 liegt die Grenze der Jungen bei 21 Jahren, danach bei 20 Jahren.

Diese Entwicklung ist nicht so dramatisch. Auch in den Siebzigerjahren hatte der Gesamtquotient hohe Werte. Man darf aber nicht übersehen, dass jedenfalls bisher die Versorgung der Jungen weitgehend privat, die der Alten weitgehend kollektiv organisiert und finanziert sind.

Allerdings ist dies nicht das einzige Problem. Für die Alterssicherungssysteme etwa kommt es in erster Linie nicht auf die demographische Relation, sondern auf das Verhältnis von Beitragszahlern zu Leistungsempfängern an, was erfreulicherweise in dem neuen Nachhaltigkeitsfaktor berücksichtigt wird. Entscheidend ist dabei neben der Demographie die Erwerbstätigkeit. Strukturell gibt es hier eigentlich noch erhebliche Reserven. Im Vergleich entwickelter Gesellschaften weist Deutschland eine eher niedrige Erwerbsquote auf. Dies gilt insbesondere für die Frauenerwerbstätigkeit, wie Schaubild 5 zeigt. Ob eine Erhöhung erreichbar ist, hängt aber von der Arbeitsmarktlage ab.



Wie wenig wir freilich über die Zukunft wissen, zeigen die Einschätzungen der beiden Kommissionen, die in jüngster Zeit Reformvorschläge vorgelegt haben. Offensichtlich ist die Düsternis der aktuellen Wirtschaftslage in die Prognosen für die nächsten Jahrzehnte eingegangen. Besonders dramatisch ist dies bei der Herzog-Kommission, die es als selbstverständlich ansieht, dass auch im Jahre 2030 noch eine Arbeitslosigkeit von 9,6 % besteht. In der Tabelle 1 sind einige der Kennwerte beider Prognosen am Beispiel der Zahlen für das Jahr 2030 wiedergegeben. Die Unterschiede sind beachtlich und man muss sich wohl doch fragen, ob die jeweiligen Kommissionen überhaupt einen positiven Beschäftigungseffekt ihrer Reformvorschläge für wahrscheinlich halten.

Tabelle 1

- Einige Kennwerte der Prognosen für das Jahr 2030**

	Herzog-Kommission	Rürup-Kommission
Erwerbstätige(Inland) (Tsd)	32.400	37.750
Darunter SV-pflichtig Beschäftigte (Tsd)	26.500	31.803
Registrierte Arbeitslose (Tsd)	3.300	1.733
Arbeitslosenquote (%)	9,6	4,4
Produktivität (02-30, % p.a.)	1,25	1,8

Quelle: Herzog-Kommission S.66, Rürup-Kommission S. 61

Fragt man, was der demographische Befund für politische Entscheidungen bedeutet, ergibt sich:

Besonders betroffen ist das Alterssicherungssystem. Dies ist keine Aufgabe für die hessische Landespolitik. Es gibt aber Einflussfaktoren auf dieses System, die wesentlich von der Landespolitik bestimmt werden.

Hierzu zählt die Geburtenentwicklung. Bedauerlicherweise wurde bei der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung die Geburtenhäufigkeit als konstant angesehen und zwar auf der Basis des Durchschnitts der Jahre 1999 bis 2001 der früheren Bundesrepublik. Hierüber kann man streiten. Bei der Geburtenentwicklung kann man sich eine Umkehr der Entwicklung vorstellen, allerdings wirkt sich das erst mit einer Verzögerung von etwa 20 Jahren auf die Erwerbstätigkeit aus.

Um wieder zu mehr Geburten zu kommen, ohne das Erwerbspotenzial zu schmälern, ist eine Familienpolitik notwendig, die für Mann und Frau Beruf und Familie vereinbar macht. Zumindest sollte die vielfältige Diskriminierung Kinder erziehender Eltern, insbesondere aber der Kinder erziehenden Frauen abgebaut werden. Hierbei geht es einerseits um Regelungen der sozialen Sicherungssysteme in der Verantwortung des Bundes, andererseits um das Kinderbetreuungsangebot in allen seinen Varianten, das wesentlich von der Kommunal- und Landespolitik bestimmt wird. Das Angebot ist häufig quantitativ unzureichend und qualitativ zu wenig an den Bedürfnissen erwerbstätiger Mütter orientiert, z. B. bei den Öffnungszeiten. Es dient sicher nicht der Bereitschaft, Kinder zu haben, dass Kindergärten und Kindertagesstätten überwiegend ins Gewicht fallende hohe Gebühren erheben.

Wie hoch das in der Zukunft verfügbare Einkommen von Erwerbstätigen und alten Menschen sein wird, hängt nicht primär von der Zahl der erwerbsfähigen Personen, sondern von ihrer Erwerbstätigkeit und Produktivität ab. Insofern kommt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen und hohen Produktivitätssteigerungen eine besondere Bedeutung zu.

Von zentraler Bedeutung ist hier in jedem Fall die Bildungspolitik, die in der Verantwortung des Landes liegt. Viele Studien zeigen, dass hier der Nachholbedarf in Deutschland auf allen Ebenen erheblich ist. Eine flächendeckende Ganztagschule ist überfällig. Menschen ohne Schulabschluss können zur Schließung einer Erwerbstätigenlücke nicht beitragen.

Aber auch die schon angesprochenen Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind an dieser Stelle wichtig. Wenn aus demographischen Gründen Arbeitskräfte knapp werden, sind wir auf die Erwerbstätigkeit von Frauen angewiesen. Es muss aber auch darum gehen, älteren Menschen Chancen im Berufsleben zu erhalten, was der weit verbreitete Jugendwahn in der Wirtschaft häufig verhindert. Es macht wenig Sinn, über höhere Altersgrenzen zu diskutieren, ohne Arbeitsplätze für ältere Menschen zu sichern.

Am Rande sei erwähnt, dass in Bezug auf die in den Bevölkerungsprojektionen unterstellten Wanderungsbewegungen eine an den Erfordernissen des deutschen Arbeitsmarks orientierte, zielgerichtete Integrationspolitik notwendig ist.

Besonders wichtig sind hohe Produktivitätsraten, die mehr Anstrengungen bei Forschung und Entwicklung erfordern, ein Feld, in dem auch die Länder Verantwortung tragen. Hier ist aber auch ein Umdenken in der wirtschaftspolitischen Diskussion not-

wendig. Die Zukunft werden wir weder mit längerer Arbeitszeit oder niedrigeren Löhnen, sondern nur mit höherer Produktivität gewinnen.

Auch wenn Investitionen in das Humankapital der heranwachsenden Generation im demographischen Wandel hohe Priorität haben, darf man Änderungen der Bedarfsstruktur im Alterungsprozess der Gesellschaft nicht übersehen. So ist eine Zunahme des Bedarfs im öffentlichen Nahverkehr wahrscheinlich. Anforderungen an soziale Dienste und Freizeitaktivitäten werden zunehmen. Wie groß der Einfluss der Demographie auf das Gesundheitssystem ist, bedarf der Klärung. Hier muss man damit rechnen, dass die Zunahme des Lebensalters zu höherem Bedarf führt. Es gibt aber auch eine gegenläufige Entwicklung. Besonders hohe Kosten fallen unmittelbar vor dem Lebensende an. Diese Kosten nehmen mit zunehmendem Sterbealter ab. Insofern kann die Verlängerung der Lebenserwartung im Saldo zu einer Entlastung führen.

Angesprochen ist damit die weitere Entwicklung der Dienstleistungsseite des Sozialstaats. Hohe Arbeitslosigkeit und Defizite in den sozialen Diensten stehen nebeneinander. Der Status quo ist unbefriedigend.

Der demographisch bedingte Ausbau des Sozialstaats ist zugleich ein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Allerdings ist die Frage, wie es gelingen kann, die Beschäftigungsintensität der sozialen Dienste zu vergrößern, nicht einfach zu beantworten. Die Versuche der letzten Jahrzehnte, dies auf bürokratischem Wege zu erreichen, sind gescheitert. Am ehesten haben zaghafte Versuche, den Wettbewerb in diesen Bereichen einzuführen, Erfolg gehabt. Es ist unverzichtbar, vorhandene Effizienzreserven zu erschließen. Mit den vorhandenen Ressourcen kann so mehr Beschäftigung geschaffen werden. Dass im Gesundheitswesen solche Reserven in erheblichem Umfang vorhanden sind, ist vielfach nachgewiesen. Bedauerlicherweise sind gerade diese bei der letzten Gesundheitsreform nicht angegangen worden.

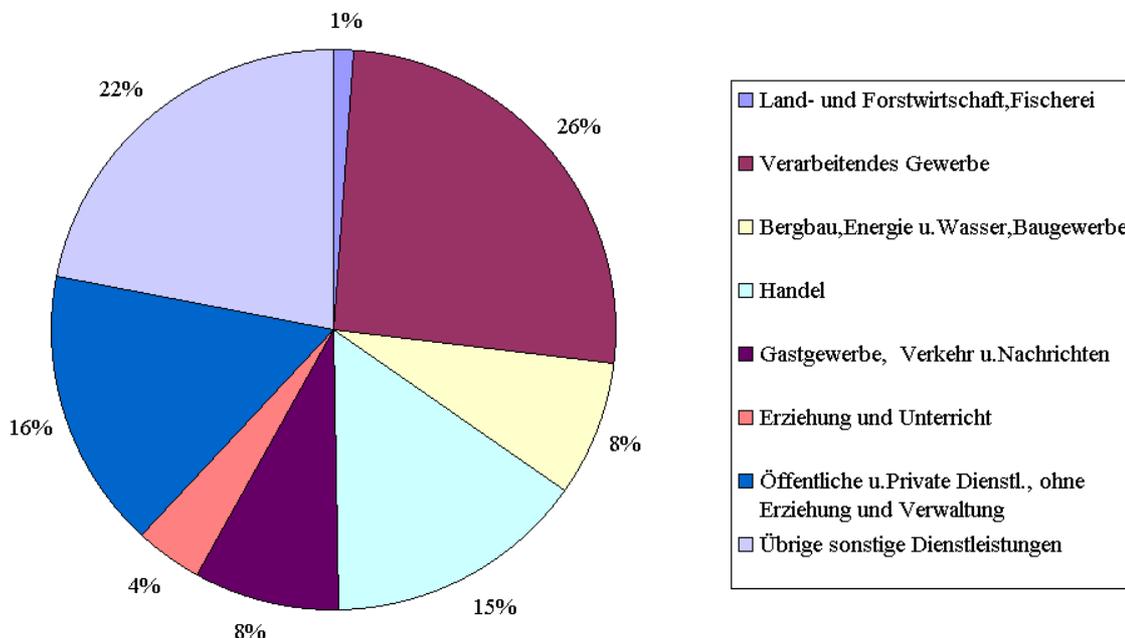
In den letzten Jahrzehnten hat der Wettbewerb bei Teilen der sozialen Dienste Einzug gehalten. Dies war im Saldo erfolgreich. Mit einem bestimmten Ausgabenbetrag erbringen im Durchschnitt kommerzielle Anbieter rein quantitativ höhere Leistungen als die großen Wohlfahrtsorganisationen, diese wiederum höhere Leistungen als kommunale oder staatliche Anbieter. Man kann das auch anders darstellen: In der Regel erbringen kommerzielle Anbieter eine bestimmte Leistung zu niedrigeren Kosten. Die Frage, welche Leistung mit einem bestimmten Ausgabebetrag erreicht werden kann, macht aber deutlich, dass man über den Umfang an zur Verfügung stehenden Leistungen spricht, wenn man über unterschiedliche Kosten redet. Hohe Kosten der Leistungserbringung sind sozial relevant, weil sie den Umfang möglicher Leistungen verringern.

Nun wird in dieser Diskussion zu Recht auf Qualitätsunterschiede verwiesen. Allerdings sollte man sich vor generellen Verdächtigungen hüten. Wenn staatliche Anbieter höhere Kosten als die großen Wohlfahrtsinstitutionen haben, bedeutet das nicht automatisch, dass sie auch eine höhere Qualität liefern. Und auch bei kommerziellen Anbietern wird häufig eine gute Qualität geleistet. Allerdings gibt es gerade auch hier schwarze Schafe.

Vor diesem Hintergrund wäre es problematisch, den Wettbewerb bei den sozialen Diensten pauschal zu verdammen. Er hat mit zu einer beachtlichen Entwicklung beigetragen. Leider sind die verfügbaren Zahlen schlecht abgegrenzt. Man kann grob schätzen, dass sich die Zahl der in den sozialen Diensten Erwerbstätigen seit 1980 etwa verdoppelt hat. Zurzeit dürften etwa 16 % aller Beschäftigten in den sozialen Diensten ar-

beiten. Mit Erziehung und Unterricht sind es 20 %. Das ist eine beachtliche Zahl, wenn man berücksichtigt, dass es das gesamte verarbeitende Gewerbe auf 26 % bringt. Schaubild 5 gibt einen Überblick.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen am 30.6.2003



Zurzeit ist diese Entwicklung eher zum Stillstand gekommen. Das heißt allerdings nicht, dass es in diesem Bereich keinen Bedarf gäbe. Im Laufe des Alterungsprozesses der Gesellschaft wird er deutlich zunehmen. In Zukunft werden wir mehr denn je darauf achten müssen, dass die knappen verfügbaren Mittel so eingesetzt werden, dass eine möglichst große Leistung entsteht. Dass man das nicht bürokratisch lösen kann, zeigen die Erfahrungen im Gesundheitssektor deutlich. In Zukunft werden wir eher mehr als weniger Wettbewerb brauchen. Allerdings muss man das Qualitätsproblem angehen. Soziale Dienste haben es mit einem Umfeld zu tun, in dem unregulierter Wettbewerb in die Irre führt. Der Markt allein ist noch keine Garantie für Effizienz und Zielangemessenheit. So ist das amerikanische Gesundheitssystem im Wesentlichen marktgesteuert und zählt doch zu den teuersten der Welt, obwohl bis zu einem Drittel der Bevölkerung keinen vernünftigen Gesundheitsschutz haben. Gerade in einem so sensiblen Bereich wie den sozialen Diensten bedarf der Markt der staatlichen Gestaltung. Diese darf man auch nicht den Anbietern überlassen. Kosten und Qualität der Leistung sind gleichermaßen wichtig. Wir brauchen gerade im Sozialbereich Qualitätsstandards, die verbindlich sind und überprüft werden. Dabei kommt es nicht auf den Einsatz, die Inputs an, sondern auf das erzielte Ergebnis, neudeutsch den Output. Nur Standards, die am Ergebnis anknüpfen, können uns vor einer Regulierungsbürokratie bewahren, wie wir sie heute alltäglich in der Pflegeversicherung beobachten können.

Ein schwieriges Problem wird die Pflegeversicherung bleiben. Jetzt rächt sich, dass man diesen Versicherungsweig nicht von vornherein mit der Alterssicherung verbunden hat. Eine grundlegende Reform steht hier noch aus.

Ökonomen haben einen einfachen Begriff, mit dem man zusammenfassend die Herausforderungen des demographischen Wandels beantworten kann: Um den demographischen Wandel zu bewältigen, brauchen wir zuallererst Investitionen in das Humankapital, in Bildung, Forschung und Entwicklung, in soziale Dienste.

### **Andreas Esche, Bertelsmann Stiftung:**

Herr Vorsitzender, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Damen und Herren im Publikum und Kollegen! Ich fange etwas anders an. Herr Prof. Krupp ist eingestiegen in dem Sinne: Wir wüssten nicht so richtig, was da passiert. Es sei gar nichts statisch. Das könne sich alles noch ganz anders darstellen.

Meine erste Folie sagt: Wir haben es hier mit einem Uhrwerk zu tun, das tickt und läuft und sich zum Teil ganz außerhalb unserer Kontrolle bewegt. Was Sie hier sehen, ist für mich der entscheidende und unverrückbare Punkt – er ist schon „auf die Welt gebracht“ –, nämlich die Verschiebung der Baby-Boomer-Generation. Wenn Sie sich die Verschiebung bzw. Abweichung von der Normalverteilung ansehen, wie sie sich über die Jahre hin verändert, stellen Sie fest, dass wir daran überhaupt nichts mehr bewegen können. Sie können an den Geburten etwas drehen. Sie können durch Zuwanderung das Niveau etwas verändern, aber im Grunde genommen können Sie an der Verschiebung der Berge sehr wenig tun.

Die Folge ist die Belastung der Sozialversicherungen, die sich systematisch erst reduzieren wird, wenn dieser Berg herausgewachsen sein wird. Das wird irgendwann ab 2050 der Fall sein. Insofern stellt der demographische Wandel ein Zukunftsproblem dar. Aus meiner Sicht gibt er aber auch Anlass zu Optimismus. Wann überhaupt hat sich Politik mit einer Sache beschäftigt, die in der Zukunft anfängt? Das demographische Problem haben wir nicht erst heute. Das sehen Sie. Die demographisch relevanten Jahrgänge stehen durchaus im Saft, verdienen gutes Geld und zahlen gute Beiträge. Das alles ist noch kein demographisches Problem. Trotzdem beschäftigten wir uns damit. Das kann man beklagen. Ich sehe es eher positiv. Zum ersten Mal geht man Dinge vorzeitig und proaktiv an.

Auswirkungen auf die soziale Sicherung hat der demographische Wandel. In der Tat kann man jede einzelne dieser Zahlen bezweifeln. Das hier kommt – wenn ich es richtig in Erinnerung habe – von dem Mannheimer Institut MEA, gestützt auf OECD-Basis.

Wenn Sie sich die rechte Spalte ansehen, wird deutlich, dass Wirtschaften hier nicht mehr stattfinden wird. Das bedeutet, dass es Veränderungen auf den verschiedenen Seiten geben muss, auch wenn man sich im Zusammenhang mit dem Gesundheitswesen überlegt: Na ja, es gibt die Kompressionsthese, nach der alles erst am Ende passiert. – Das stimmt. Aber unser System ist noch so, dass wir Verschiebungen auf der Einnahmeseite über die Konstruktion haben, die sich bemerkbar machen werden.

Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass es natürlich Auswirkungen auf das wirtschaftliche Leistungspotenzial haben wird. Auch hier kann man die Prognosen anzweifeln. Immerhin sind sie – wie ich meine – stark genug, dass es sich lohnt, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und sich gegebenenfalls zu wappnen.

Hier sind die Erwerbspotenziale im internationalen Vergleich vorgestellt. Ganz oben sehen Sie die USA, die kein Problem mit der Geburtenrate haben. Eingewandert wird dort nach wie vor. Die Ebene darunter stellt die OECD ohne Deutschland dar. Darunter sehen Sie die EU ohne Deutschland. Dann kommt Deutschland allein. Im Prinzip stimmt das Argument, dass viele andere das Problem auch haben. Das ist richtig. Wir haben es nur in besonderem Maße.

Wenn man sich das vor Augen führt, stellt sich als entscheidende Frage, inwieweit das Thema bereits angekommen ist. Wie oft wird gesagt, das Bewusstsein sei vorhanden, es fehle nur noch an der Umsetzung. Wir haben untersucht, ob das so ist. In der Befragung, die wir vor gut einem Jahr durchgeführt haben, konnte die Hälfte der Bevölkerung nichts mit dem Thema demographischer Wandel anfangen: Es sei eine Krankheit. Es sei irgendetwas ganz Fremdes. – Man hatte keine Vorstellung, worum es eigentlich geht. Aber Begriffe sind nicht so entscheidend. Vielmehr muss man sich überlegen, wie man politisch damit umgeht, wenn man etwas politisch adressieren will und sich dieser Begriff vielleicht wirklich nicht eignet.

Aus unserer Sicht war in einem hohem Maße erstaunlich, dass nach einer Volksumfrage vor etwa einem Jahr diese generellen Trends sowohl hinsichtlich der Schrumpfung der Bevölkerung als auch des steigenden Durchschnittsalters dem überwiegenden Teil der Befragten relativ gut im Bewusstsein zu sein schienen und ihnen klar war, dass dies auf uns zukommen wird.

Auf einer Ebene darunter haben wir daraufhin gefragt, was das für unsere Gesellschaft in den unterschiedlichen Facetten heißt. Dem Schaubild können Sie entnehmen, dass dies schon fast ein reifes Thema ist, das in die Köpfe der Menschen eingedrungen ist. Ich greife nur einmal die Pflege oder die Staatseinnahmen heraus. Bei den Staatseinnahmen muss man schon einmal um die Ecke denken, um zu verstehen, dass das etwas miteinander zu tun hat. Sehr spannend finde ich, dass die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Die unmittelbare Idee wäre doch zu sagen: Wenn es weniger Arbeitslose gibt, wird es Vollbeschäftigung geben. – Überraschend aufgeklärt finde ich, dass die Zusammenhänge so einfach nicht gesehen werden.

Das bedeutet nicht, dass der Sprung zu den notwendigen Konsequenzen gemacht wird. Wie Sie diesem Schaubild entnehmen können, wurde einzig denjenigen Punkten zugestimmt, bei denen Vater Staat aktiv gerufen wird, nämlich bei der Förderung von Familie und Ehrenamt. Alle anderen Punkte wurden in einer drastischen Weise von den Befragten abgelehnt bzw. nicht akzeptiert.

Ich komme auf einen anderen Punkt zu sprechen. Wir reden hier über das Phänomen des demographischen Wandels. Natürlich wissen wir, dass es keine flächige, neblige, einheitliche Geschichte ist, die sich gleichermaßen über alles legt, sondern dass es ein ausgesprochen differenzierter Prozess ist, der zum Teil, wenn man es aus einer Saldenmechanik heraus betrachtet, gar nicht so schwierig aussehen mag. Wenn man sich aber die Einzelheiten ansieht, wird es – wie in den neuen Bundesländern – ganz kompliziert.

Sie sehen es an dem Bild, das sehr bunt ist. Wenn Sie nach Hessen schauen, könnte man sich zurücklegen. Nach der DPR-Prognose sieht es vergleichsweise gut aus. Nichtsdestotrotz wird es auch da entsprechende Verwerfungen geben. Hier geht es nur um die Bevölkerungszahl und nicht etwa um das Thema der Alterung.

Ähnlich sieht das bei der Frage danach aus, welche Branchen davon profitieren. Berechtigterweise kann man fragen, ob es das Thema des demographischen Wandels betrifft. Meine Antwort: Nein, nur bedingt. Es mag sein, dass nur Gesundheitsleistungen, nicht aber andere Bereiche direkt etwas damit zu tun haben. Es ist aber eine Struktur, mit der wir uns in den Prognosen auseinander setzen müssen. Hier geht es um die Jahre ab 2020, wenn das Problem des demographischen Wandels als dann tatsächlich existierende Herausforderung auf dem Tisch ist.

Auch hier wird eine Differenzierung stattfinden. Man müsste sich sehr genau ansehen, ob die Prognos-Prognosen im Einzelnen so stimmen. Als Generaltrend kann man sagen: Die Medien, die Nachrichtentechnik, das Kreditwesen und die Bereiche des nicht verarbeitenden Gewerbes werden tendenziell ganz gute Aussichten haben und die Anforderungen an die Qualifikationen entsprechend hoch sein.

Eine weitere Prognos-Prognose geht davon aus, dass der Wachstumspfad langfristig nach unten geht. Ich vermute, dass es darüber ganz unterschiedliche Auffassungen geben wird. Ich bin gespannt auf die späteren Beiträge der Anzuhörenden.

Ein letzter Punkt zur Prognos-Prognose, nämlich zu der Frage, ob sich Hessen glücklich schätzen könne. Diese Prognose sieht Hessen mit einem Wachstum von 2,1 oder 2,2 % als Nummer eins. Ich weiß nicht, ob ich mich an Ihrer Stelle wirklich hundertprozentig darauf verlassen würde.

Egal, wie diese Kurve am Ende aussehen wird, mit einem Thema müssen wir uns mit Sicherheit auseinander setzen. Das ist das Thema der öffentlichen Verschuldung. Wir haben uns die Verschuldung der einzelnen Bundesländer nach dem Maastricht-Verschuldenskriterium und nach dem Anteil am BIP angesehen. In der Tat gibt es ein Bundesland – es wird Sie nicht überraschen, dass es Berlin ist –, das nur als Bundesland das Maastricht-Kriterium reißen würde. Wie Sie sehen, ist Hessen oben an dritter Stelle noch vergleichsweise gut gebettet. Aber Achtung: Es gibt auch Anzeichen dafür, nachlässig zu werden. Wenn Sie sich die aktuelle Entwicklung vor zwei Jahren ansehen, stellen Sie fest, dass Sie schon freier damit umgegangen sind.

Ich komme nun auf die Grenzen des Versorgungsstaates zu sprechen. Warum ist dieses Thema wichtig? Warum ist Konsolidierung wichtig? Was hat das mit Demographie zu tun? Sehen Sie sich einmal die prognostizierte Entwicklung der Versorgungsausgaben der Länder an. Wir erarbeiten gerade zusammen mit dem ZEW (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung) Langfristprognosen für die Haushaltssituation der Länder. Wir reden über ca. 20 Milliarden €, aber ab dem Jahr 2040 werden es ungefähr 80 bis 90 Milliarden € sein.

Wenn Sie das mit einer Prognose der Steuereinnahmen spiegeln – ich gebe zu, es ist unfair, da es völlig unterschiedliche Skalen sind –, stellen Sie fest, wie beides miteinander kollidiert. Es muss einem nicht Angst und Bange machen, aber es muss einen wach rufen, an der Stelle etwas zu tun. Diese beiden Entwicklungen tun sich nicht gut.

Nebenbei bemerkt: Wenn Sie die Bevölkerung fragen, wie sie das Problem sieht, sind immerhin 25 % der Befragten der Meinung, wir hätten um die 50 Milliarden € Schulden. Das ist konsistent. Auf die Frage danach, wie viel Zinsen pro Jahr gezahlt werden, sind das in etwa 50 Millionen €. Auch an dieser Stelle ist das Bewusstsein in das, was notwendig ist, noch nicht vorhanden.

Ich möchte ein kurzes Stichwort zur Altersvorsorge nennen – ich führe das nicht weiter aus –: Es ist keine „hessische Baustelle“. Wenn Sie berücksichtigen, dass das Erwerbspersonenpotenzial abnehmen wird und wir Produktivität brauchen, um die soziale Sicherung in den Griff zu bekommen, stellen Sie fest, dass die private kapitalgedeckte Altersvorsorge ein ganz wichtiger Baustein in der Mitte ist. Sie brauchen das Kapital, um produktiver zu werden. Sie brauchen das Kapital, um sich abzusichern. Hier geschieht aus unserer Sicht eindeutig zu wenig. Das, was passiert, hat keine Breitenwirkung bekommen und kann sie auch nicht in dem Maße bekommen, wie sie sie eigentlich notwendig wäre.

Ein weiteres Stichwort ist die Erwerbstätigkeit Älterer. Hier auf dieser Graphik sehen Sie eine Banane. In allen Ländern hat es die gleiche Bewegung gegeben. Ältere wurden vorzeitig in den Ruhestand geschickt. Entscheidend ist jedoch, dass alle anderen irgendwann ab Mitte, Ende der Siebzigerjahre die Kurve gekriegt haben. Einer hat sich diesem Trend jedoch ein bisschen entzogen. Ich will das gar nicht geißeln. Für mich ist es Mut, diese Graphik zu zeigen, weil sie belegt, dass es geht und es über die entsprechenden Anreize gelingen kann. Das, was wir brauchen, ist hoffentlich deutlich geworden.

Ich gehe nun auf die Qualifikationsstruktur der Bildung als einen zentralen Punkt ein. Das ist eine Graphik des IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung), in welcher der Bildungsstand heute 15 bis 24 Jahre alter Menschen mit dem Bildungsstand von vor zehn oder 20 Jahren verglichen wird. Die Zahl der 18- bis 24-Jährigen ohne Berufsabschluss geht ziemlich drastisch nach oben. Das hat verschiedene Gründe, wahrscheinlich auch, weil viele von ihnen noch an der Universität sind. Nichtsdestotrotz passt diese Verschiebung langfristig nicht zu den Problemen, die vorhin angesprochen wurden. Das ist etwas, was sich kreuzt. Das können wir uns im Prinzip nicht leisten.

Ich komme nun zu meiner letzten Folie. Man kann diesen Horror, der sich in den Medien gut verkauft, in extenso ausbauen. Was uns als Stiftung am Herzen liegt, ist Folgendes: Wir verstehen es als eine Art gesamtgesellschaftliche Sanierungsaufgabe – Gott lob eine, die wir anfangen, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist, das ist auch ein demographischer Ausdruck.

Aus unserer Sicht brauchen wir dafür ein klares Leitbild. Wir arbeiten mit einzelnen Ländern und Kommunen wie auch mit der Ebene darüber an diesem Thema. Wir müssen aber auch nachhaken, ob überhaupt etwas passiert. Wir brauchen Transparenz und eine Art Fortschrittscontrolling. Sie müssen die Leute mitnehmen und zeigen: An dieser Stelle sind wir auf dem Weg tatsächlich ein Stück weitergekommen. – Wenn die Lage aussichtslos erscheint, nehmen Sie niemanden mit. Dann gibt es überhaupt keinen Grund, sich für irgendetwas zu engagieren. Darüber, dass das eine ganze Zeit braucht, sind wir uns alle einig.

**Dieter Bräuninger, Deutsche Bank AG, DB Research:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema Demographie ist derzeit in aller Munde. In einem Bericht über mehrere Veranstaltungen, die Ende Oktober zeitgleich in Berlin stattfanden, konstatierte die „FAZ“ sogar ein Demographiefieber in der Bundeshauptstadt. Nun also eine Demographiedebatte im Hessischen Landtag.

Ist dies gerechtfertigt? Macht es Sinn, dass sich der Landtag mit dem demographischen Wandel und seinen Folgen auseinandersetzt, oder ist dies nur ein Modethema ohne ernsthafte Relevanz, wie manche Beobachter meinen? – Ich meine: nein. Der demographische Wandel ist ein Megatrend, eine der großen Herausforderungen, die wir in Deutschland bewältigen müssen. Es ist richtig und keineswegs zu früh, dass sich Öffentlichkeit und Politik auch hier in Hessen mit diesem wichtigen Trend und seinen Folgen auseinandersetzen. Der demographische Wandel ist epochal. Ich unterstütze die Thesen von Herrn Esche vollkommen.

In der öffentlichen Debatte wird das Thema Demographie vorwiegend im Zusammenhang mit der Tragfähigkeit der Sozialsysteme diskutiert. Das ist zweifellos ein wichtiger Aspekt. Es liegt auf der Hand, dass die sozialen Sicherungssysteme aus der Balance geraten, wenn einerseits die Zahl der Beitragszahler abnimmt, andererseits aber immer mehr ältere Menschen Leistungen beanspruchen.

Die durch Umlage auf die Erwerbseinkommen finanzierten Sozialversicherungen sind davon besonders betroffen. In den Umlagesystemen kann nicht durch Kapitalbildung für die kommenden schwierigen Jahrzehnte vorgesorgt werden. Die Sozialversicherungen bedürfen daher der Stütze durch eine ergänzende kapitalgedeckte private Vorsorge. Das gilt ganz offensichtlich für die Alterssicherung. Es gilt aber auch für die Gesundheitsvorsorge einschließlich der Pflege. Ein Mischsystem aus umlagefinanzierter staatlicher Versorgung und privater Vorsorge tut daher Not, zumal eine Mischfinanzierung der sozialen Sicherung auch unter Risikoaspekten vorzuziehen ist.

Beim Thema Demographie geht es aber um mehr als um die Sicherheit der Renten. In weiten Bereichen unseres Lebens stehen Umbrüche bevor – gerade auch in der Wirtschaft. Ich will mich im Folgenden vor allem mit den ökonomischen Implikationen befassen. Dazu möchte ich vier Thesen vortragen.

Erste These: Der demographische Wandel trifft ins Mark unserer Wohlstandsgesellschaft. Er vermindert das Angebot an Arbeitskräften und schwächt das Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft.

Der demographische Wandel schlägt zuerst auf den Arbeitsmarkt durch. Wegen des fehlenden Nachwuchses nimmt die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte – das so genannte Erwerbspersonenpotenzial – ab, wie die Herren Esche und Krupp bereits gezeigt haben. Unter der Annahme einer längerfristig unveränderten Nettowanderung von jährlich 200.000 Personen setzt der Rückgang etwa ab 2012 ein. Er verläuft zunächst moderat. Ab 2020 gewinnt der Schrumpfungsprozess aber an Brisanz. Von diesem Jahr an werden die geburtenstarken Altersjahrgänge vermehrt aus dem Erwerbsleben ausscheiden. In einem relativ wahrscheinlichen Szenarium schrumpft die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte zwischen 2020 und 2040 um fast 1 % pro Jahr, wenn nicht gegengesteuert wird.

Allein dieser quantitative Effekt schmälert die Wachstumsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft beträchtlich. Ein Indikator dafür ist das so genannte Wachstumspotenzial. Es misst die gesamtwirtschaftliche Leistung, die mit den verfügbaren Arbeitskräften und dem verfügbaren Sachkapital bei normaler Auslastung der Kapazitäten produziert werden kann, und zwar bei einer gegebenen Rate des technischen Fortschritts.

Berechnungen von Deutsche Bank Research zeigen, dass das Wachstumspotenzial voraussichtlich deutlich sinkt. Kann die deutsche Wirtschaft mit den derzeit vorhandenen Kapazitäten mittelfristig etwa 1,7 % pro Jahr wachsen, so wird dieser Wert unter Status-quo-Bedingungen im kommenden Jahrzehnt um einen halben Prozentpunkt zurückgehen. In den Dekaden nach 2020 fällt das Wachstumspotenzial dann auf unter 1 % pro Jahr, wenn sich beim Erwerbsverhalten, bei der Zuwanderung und der Produktivität keine neuen Trends ergeben.

Nun können Arbeitskräfte zu einem gewissen Grad durch Kapital, d. h. mehr Maschinen und Computer, ersetzt werden. Verstärkter Kapitaleinsatz kann also die Verknappung von Arbeit zum Teil wettmachen. Vermutlich wird jedoch die Produktivität des zusätzlichen Kapitaleinsatzes kleiner werden, weil die rentabelsten Investitionen in der Regel zuerst erfolgen. Dieses Phänomen könnte nur durch mehr und erfolgreichere Innovationen ausgeglichen werden. Vieles hängt also von der künftigen Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ab.

Das führt zu meiner zweiten These: Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung gefährden den Innovationsstandort Deutschland.

Würde man im Hinblick auf die Produktivität und Innovationsfähigkeit nur den langfristigen Trend fortschreiben, so müsste man pessimistisch sein. In der deutschen Industrie ist die Rate der Produktivität je Beschäftigtenstunde seit den Siebzigerjahren von jährlich fast 4 % auf nur noch 2,3 % seit Mitte der Neunzigerjahre gefallen. Damit liegen wir nun deutlich hinter den USA, mit gut 5 %, und auch hinter europäischen Partnerländern wie Frankreich, mit ca. 4,3 %, zurück.

Wenn dieser Trend anhält, werden wir in Deutschland nur noch die sprichwörtlichen kleinen Brötchen backen können. Das gilt umso mehr, als die deutsche Wirtschaft weiterhin unter hohem Wettbewerbsdruck stehen wird. Dafür sorgt nicht allein die Konkurrenz aus den anderen Industrieländern. Vielmehr wird Deutschland immer stärker auch durch die neuen EU-Mitglieder aus Osteuropa und die aufstrebenden asiatischen Schwellenländer herausgefordert. Deren technisch-ökonomische Fähigkeiten nehmen im Internetzeitalter rasch zu. Deutschland muss daher beim Hightech an der Spitze marschieren, damit wir in der Liga der Weltwirtschaft nicht nach unten durchgereicht werden.

Kann aber eine alternde Gesellschaft den Motor des technischen Fortschritts auf hoher Drehzahl halten? – Diese Frage ist unter Experten sehr strittig. Allerdings deutet einiges darauf hin, dass die technologische Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands künftig sinken könnte.

Jüngere Menschen sind eine starke Innovationskraft. Die wissenschaftlich-technische Forschung wird besonders von jungen Wissenschaftlern und Ingenieuren vorangebracht. Vor allem spielen junge Arbeitskräfte wegen ihrer zeitnahen Ausbildung und ihrer hohen Mobilität eine bedeutende Rolle bei der Ausbreitung neuen Wissens in der

Wirtschaft. Die Akzeptanz technologischer Neuerungen ist in dieser Altersgruppe relativ groß. Es sind in der Regel die jüngeren Mitarbeiter in den Betrieben und Verwaltungen, die neue Computerprogramme als erste anwenden.

Die Suche nach jungen Fachkräften bereitet vielen Unternehmen aber schon heute Schwierigkeiten. Einer aktuellen Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft zufolge leiden bereits 20 % der Betriebe in Deutschland an Engpässen auf dem Fachkräftemarkt. Betroffen sind etwa die IT-Branche, der Maschinenbau und die elektrotechnische Industrie. Derzeit reflektieren die Engpässe vor allem die unzureichende Neigung junger Menschen, die gesuchten Studiengänge zu absolvieren. Mit Beginn des kommenden Jahrzehnts droht jedoch – demographisch bedingt – eine zunehmende Verschärfung des Fachkräftemangels. Gut ausgebildete Arbeitskräfte sind für das rohstoffarme Deutschland jedoch die wichtigste Ressource.

In unserer alternden Gesellschaft könnten auch Unternehmer knapp werden, und zwar insbesondere Pionierunternehmer, die innovative Produkte anbieten. Empirische Untersuchungen zeigen hier ein relativ eindeutiges Bild. Die 25- bis 45-Jährigen gehören in vielen Ländern zu den aktivsten Unternehmensgründern. Vor allem in Zukunftsbranchen wie der Informations- und Kommunikationstechnologie werden neue Unternehmen überwiegend von jüngeren Menschen gegründet. Studien zeigen auch eine hohe Korrelation zwischen den Gründungsaktivitäten in einem Land und dem Wirtschaftswachstum.

Hinzu kommt weiter: Die empirische Wirtschaftsforschung hat eine ganz enge Korrelationen zwischen dem Wirtschaftswachstum eines Landes und dem technischen Fortschritt festgestellt. Das wurde wiederholt über längere Zeiträume beobachtet. Wenn aber das Wachstumspotenzial sinkt, laufen wir Gefahr, dass dadurch der technische Fortschritt und die Produktivität Schaden nehmen, weil sich technologische Neuerungen in einer rasch wachsenden Wirtschaft leichter ausbreiten können. Umgekehrt besteht die Gefahr, dass die Produktivität nur noch wenig vorankommt, wenn die Wirtschaft stagniert. Allerdings darf man nicht zu pessimistisch sein. Es gibt auch Argumente, die für anhaltende Produktivität und Fortschritt auch in einer alternden Gesellschaft sprechen.

So sind ältere Arbeitnehmer heute in der Regel gesünder und in vielen Berufen leistungsfähiger als vor 30 Jahren. Dieser Trend dürfte anhalten. Zudem nehmen berufsspezifische Kenntnisse und Fähigkeiten mit den Berufsjahren zu. Erfahrung zählt weiterhin, wenn auch – wegen des beschleunigten Strukturwandels – nicht mehr in gleichem Maße wie früher. Vor allem aber – das ist meines Erachtens der wichtigste Punkt, der dafür spricht, dass der technische Fortschritt weiterhin hoch sein kann – gibt es einen relativ hohen Anpassungsdruck für die Unternehmen, der aus der zu erwartenden Arbeitskräfteknappheit resultiert. Diese Knappheit an Arbeitskräften wird Anreize für die Implementierung neuer Technologien in den Unternehmen setzen.

Das führt mich zu meiner dritten These: Sinkende Produktivität und wirtschaftliche Stagnation sind kein unentrinnbares Schicksal. Wirtschaft und Politik können gegensteuern.

Die Bevölkerungstrends lassen sich zwar kaum mehr aufhalten, zumindest nicht in den nächsten 20 oder 30 Jahren, aber die ökonomischen Effekte sind gestaltbar. Dafür gibt es mehrere Stellschrauben. Einerseits gilt es, das vorhandene Potenzial an Arbeitskräf-

ten bestmöglich zu heben. Andererseits kommt es darauf an, die Produktivität der Arbeitskräfte zu stärken.

Das Angebot an Arbeit könnte durch einen geeigneten Politikmix nachhaltig gesteigert werden. Nach Berechnungen aus unserem Hause könnte das Wachstumspotenzial in Deutschland sogar bis 2050 konstant gehalten werden, wenn ein geeignetes Maßnahmenbündel umgesetzt würde. Dazu gehören

1. eine höhere Erwerbsbeteiligung von Älteren durch eine Anhebung des faktischen Renteneintrittsalters auf 65 Jahre – darauf hat bereits Herr Esche hingewiesen –, es gilt, diese Reserven zu heben;
2. eine Anhebung der Wochen- bzw. Jahresarbeitszeit von derzeit durchschnittlich 28 auf 34 Stunden pro Woche. Das impliziert u. a. eine höhere Erwerbsquote von Frauen bzw. einen vermehrten Umstieg teilzeitbeschäftigter Frauen auf Vollzeitstellen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist daher ein großes Thema, das Herr Prof. Dr. Krupp sehr nachdrücklich angesprochen hat. Ich möchte das an dieser Stelle nur noch einmal hervorheben. Es impliziert aber auch eine Anhebung der tariflichen Wochenarbeitszeiten;
3. die Zuwanderung von Arbeitskräften. In unserem Szenarium, das wir durchgerechnet haben, ist eine Zuwanderung von 200.000 Personen pro Jahr unterstellt. Die Zuwanderer haben, und das ist ein entscheidender Punkt, annahmegemäß die gleiche Qualifikationsstruktur wie die bereits hier lebende Bevölkerung. Das deutet auf die große Aufgabe hin, die sich der Integrations- und Zuwanderungspolitik stellt. Wir brauchen Zuwanderung zum Arbeitsmarkt, bevorzugt von Fachkräften, nicht aber Zuwanderung in die Sozialsysteme.
4. In der Praxis wäre viel gewonnen, wenn die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland abgebaut werden könnte. Dafür sind vor allem Reformen auf dem Arbeitsmarkt wichtig. Nicht darauf hoffen sollte man, dass sich die Probleme am Arbeitsmarkt wegen der Demographie gleichsam von selbst lösen. Wenn sich die hohe Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren weiter verfestigt, wird sie auch danach kaum mehr auflösbar, selbst wenn den Betrieben dann der Nachwuchs fehlt.

Dass wir das vorhandene Arbeitskräftepotenzial besser nutzen, ist unverzichtbar. Notwendig ist aber eine Doppelstrategie, die auch der Gefahr sinkender Produktivität und Innovationsfähigkeit entgegenwirkt. Die Schlüsselinstrumente dafür heißen Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. Angesichts verschiedener Warnzeichen über Qualitätsprobleme im deutschen Bildungssystem wird die bildungspolitische Debatte in jüngster Zeit mit neuem Elan geführt. Das geschieht zu Recht auch mit Blick auf den demographischen Wandel und den drohenden Fachkräftemangel. Die Kenntnisse und Fähigkeiten der Mitarbeiter sind das entscheidende Asset moderner, wissensbasierter Unternehmen.

Freilich erfordert die Sicherung der Innovationsfähigkeit an vielen Stellen entschlossenes Handeln von Politik und Wirtschaft. Ergänzend zu nennen sind etwa eine verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung in staatlichen Institutionen wie auch in der Privatwirtschaft und die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen. Entscheidend dafür sind ein wettbewerbsfähiges Steuersystem und der Abbau noch vorhandener administrativer Hemmnisse. Offenkundig sollte die staatliche Zu-

kunftsvorsorge auch eine nachhaltige Fiskalpolitik einschließen, wie Herr Esche eben angesprochen hat. Im Interesse der jüngeren Generation ist Disziplin bei der Rückführung der Staatsverschuldung angezeigt. Wie die Wirtschaft, so muss sich auch der Staat zukunftsgerecht positionieren, d. h. bei Staatsausgaben umsteuern – weg vom überzogenen Gegenwartskonsum, hin zu mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur. Hier sind vor allem auch die Länder gefordert.

Dazu meine abschließende vierte These: Auch Hessen hat „graue Sorgen“, aber das Land verfügt über wirtschaftliches Potenzial, das es zu nutzen gilt.

Die demographische Perspektive des Landes Hessen entspricht in etwa der Perspektive der westdeutschen Bundesländer insgesamt. Nach der mittleren Variante der Bevölkerungsprojektionen des Statistischen Bundesamtes verändert sich die Einwohnerzahl Hessens bis Ende des kommenden Jahrzehnts nicht signifikant. In der dritten und vierten Dekade des Jahrhunderts wird die Bevölkerungszahl dann aber jeweils um 120.000 bzw. 240.000 Personen schrumpfen. Zur Jahrhundertmitte werden nach dieser Vorausberechnung rund 700.000 Menschen weniger in Hessen leben als heute. Das sind etwa 11 % weniger. Hessen hat jedoch die Chance, durch eine erfolgreiche Standortpolitik seine Attraktivität für Arbeitskräfte – auch aus anderen Bundesländern – weiter zu steigern.

So verfügt das Rhein-Main-Gebiet über das Potenzial, seine herausgehobene Stellung als Wachstumszentrum für wissensbasierte Dienstleistungen weiter zu verbessern. Für andere Regionen geht es vor allem darum, sich im bundesweiten Standortwettbewerb zu bewähren. Vor allem durch die Förderung von Humankapital – Stichwort Pflege der Schul- und Hochschullandschaft – und mittels dienstleistungsorientierter öffentlicher Verwaltung kann die Landespolitik zu einer guten Positionierung des Landes Hessen wesentlich beitragen.

Dessen ungeachtet dürfte es aber auch in Hessen anhaltend strukturschwache Regionen geben, die – vor allem auch wegen des Fortzugs junger Menschen – von einer verstärkten Bevölkerungsschrumpfung betroffen sein werden. In diesen Regionen stellen sich besondere Anpassungserfordernisse. Zu nennen sind der kostspielige Rückbau von Infrastruktur wie Wasserver- und -entsorgung, die Umwidmung öffentlicher Gebäude wie Schulen, die Belebung bzw. Sanierung von Dorfkernen und die Überprüfung der Gemeindegrößen.

Auch Hessen hat also „graue Sorgen“, aber es verfügt über viele Pluspunkte im nationalen und internationalen Standortwettbewerb: eine zentrale Lage im erweiterten Europa, ausgezeichnete Verkehrsverbindungen, eine relativ günstige Branchenstruktur und eine lebendige Hochschullandschaft. Wenn diese Vorteile richtig genutzt werden, sollte Hessen der Weg in eine erfolgreiche Zukunft gelingen können.

**Prof. Dr. Gisela Färber, Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer:**

Herr Vorsitzender, meine Herren und Damen! Bei der Einladung zu dieser Anhörung habe ich die Frage gestellt, worum es gehen soll, denn die Demographie und ihre Auswirkungen gehen uns in jeder Lebensecke nach. Ich selbst beschäftige mich seit fast 20 Jahren mit dem Thema. Das erste Projekt habe ich 1985 begonnen. Damals erschien die erste Modellrechnung für die Pensionslast im öffentlichen Dienst. Insofern bleibt mir für heute gar nichts anderes übrig, als etwas einzugrenzen und mich auf ein paar Themen zu beschränken, von denen ich glaube, dass sie von den anderen Spezialisierungen nicht ganz so stark vertreten sind.

Ich werde zunächst einige Bemerkungen zur Demographie selbst machen und hier meine etwas weiblichere Sicht der Dinge einbringen. Anschließend werde ich – wie bereits Herr Esche – auf die Folgen für den öffentlichen Dienst eingehen. Weiter werde ich mich mit den Folgen des demographischen Wandels für die öffentlichen Haushalte und vor allem für den Finanzföderalismus, der sich im Kommunalen Finanzausgleich fortsetzt, sowie mit dem Reformbedarf hierfür befassen.

Worauf ich nicht eingehen will, was aber genauso relevante Bereiche sind, sind Demographie und Bildung sowie lebenslanges Lernen. Zu fordern, wir brauchen mehr Geld, ist die eine Sache. Aber die Frage, wie man das umsetzt, und vor allem die Kombination öffentlicher und privater Ressourcen sind meines Erachtens noch nicht annähernd hinreichend ausgelotet. Das Gleiche betrifft den Arbeitsmarkt, der die längste Tradition der Forschung umfasst: Die Effekte der Alterung von Arbeitskräften, Rente und Alterssicherung – der fast älteste Bereich der Forschung – sowie Krankenversicherung und Pflegeversicherung will ich heute nicht thematisieren, obwohl es Bereiche von nachhaltiger Bedeutung sind.

Ich will Sie auf die Problematik der Demographie in den verschiedenen Politikbereichen hinweisen. Diese besteht nicht in den fehlenden Geburten, sondern in den Wanderungen in Bezug auf regionale Entwicklungen und in dem einzigen und elementaren Faktor der wachsenden Lebenserwartung. Wenn Sie die Geburtenzahlen unterhalb der nationalen Ebene projizieren, wird es regional sehr unterschiedlich. – Herr Esche hatte vorhin eine Tabelle nach Regionstypen gezeigt.

Die Binnenwanderungen sind einer der dramatischsten Bereiche, den wir noch gar nicht untersucht haben, weil sie durchaus als Funktionen anderer Politikparameter zu betrachten sind. Wenn Sie überlegen, dass die Menschen in den neuen Bundesländern – im Übrigen ähnlich wie zuzeiten der Strukturkrise im Saarland – einfach deshalb wandern, weil sie anderswo Arbeit finden, und dass im Raum München Wohnungsnot herrscht – ich weiß im Moment nicht genau, wie es in Frankfurt aussieht, aber hier ist die Wirtschaftsentwicklung etwas besser als zumindest in den Strukturwandelgebieten –, wird es zu erheblichen Verwerfungen auch innerhalb der Bundesrepublik unterhalb der Gesamtentwicklung kommen. Diese Wanderungen sind typischerweise altersspezifisch. Dass das Saarland während seiner Strukturkrise die niedrigste Nettofortpflanzungsrate aller Länder hatte, lag nicht nur daran, dass saarländische Frauen so wenig Kinder bekommen haben – obwohl es wohl einen Zusammenhang zwischen stabilen Erwerbserwartungen für junge Frauen und ihrem Wagnis, Kinder zu bekommen, gibt –, sondern es hat auch etwas damit zu tun, dass genau die jungen Aktiven, welche die Kinder bekommen, weggezogen sind, weil sie anderswo Jobs bekommen haben.

Wir können nur Modellrechnungen machen, d. h. Prolongationen von dem, was heute praktisch erkennbar ist, um zu sehen, welche Folgen eintreten werden, wenn das so bleibt und nicht umgesteuert wird. Deswegen habe ich die Parameter für Wanderungen und natürliche Bevölkerungsentwicklung von 1997 bis 1999 fortgeschrieben und gebe sie Ihnen auf Folien zur Kenntnis.

Für 1999 sind die Bevölkerungszahlen aller Länder auf 100 % gesetzt. Meine Mitarbeiterin und Doktorandin, Sandra Renn, hat das berechnet. Sie sehen, dass unter ansonsten gleichen Annahmen wie die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung die Länder, die bis 2050 am wenigsten betroffen sein werden, die Länder Baden-Württemberg und Hessen sind – das interessanter Weise vorn mit dabei ist, das liegt an den guten Wirtschaftsdaten und Wanderungssalden –, einen Bevölkerungsrückgang von nur minus 20 % erleiden werden, während die Strukturwandelstaaten, nämlich die neuen Bundesländer, sogar 40 % ihrer Bevölkerung verlieren werden, wenn sich dort nichts ändert. Das klafft dramatisch auseinander.

Beim Altersquotienten sehen Sie diese Entwicklung auch. Der Altersquotient ist auch ein Ausdruck von Vitalität. Hier sehen Sie, dass die Altersquotienten der über 65-Jährigen und der 15- bis 65-Jährigen mit Werten zwischen 20 und 27 % sehr eng beieinander liegen. Sie sehen auch, dass das auseinander klafft und dass bei den am stärksten alternden Stadtstaaten eine niedrige Geburtenraten und eine wachsende Lebenserwartung zusammenkommen werden. Diese kommen bei einem Altersquotienten von über 85 Ältere auf 100 Erwerbstätige zustande, während die anderen Länder – die etwas vitaleren und wirtschaftsstärkeren – hier gerade einmal eine zweieinhalbfache Steigerung aufweisen werden. Das ist zwar auch schwer zu bewerkstelligen, aber es divergiert so stark, dass die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse allein schon wegen dieser Daten daraufhin hinterfragt werden muss, was davon überhaupt noch übrig bleiben kann und welche Folgen das haben wird.

Ich will Ihnen zeigen, dass es für diese Modellrechnungen gar nicht so sehr darauf ankommt, dass Geburten fehlen. Ich möchte auch nicht falsch verstanden werden. Eine Gesellschaft, die keine Kinder mehr bekommt, verliert an Vitalität. Für mich ist es ein Drama, dass vor allem die Hälfte aller Akademikerinnen keine Kinder bekommen. Dahinter stehen auch persönliche Dramen. Wenn wir uns hier über verschiedene Sicherungssysteme unterhalten, ist die wachsende Lebenserwartung das eigentliche Problem. Sie sehen hier – basierend auf einer Modellrechnung der OECD – die drei Wirtschaftsräume Europa, Japan und die USA. Hier ist ausgerechnet – ausgehend von der vorhandenen demographischen Struktur des Jahres 2000 an Geburtenraten, Lebenserwartungen und Wanderungen –, wie viel Einwanderung diese drei Wirtschaftsräume bräuchten, um den Altersquotienten auf dem Niveau des Jahres 2000 zu halten. Sie sehen, es ist ganz unterschiedlich. Selbst die USA, von denen wir wissen, dass sie gute Geburtenraten haben und dass dort alles in Ordnung ist, braucht mehr Einwanderung, um die Alterung der Einwohner zu kompensieren, als Europa und Japan. Im Jahr 2050 müssten jährlich sogar 30 Millionen Menschen in die USA einwandern, um dieses Problem aufzufangen. Sie sehen, dass man zu noch absurderen Zahlen kommt. Es ist dabei egal, ob Sie Immigration oder mehr Geburten als Lösungsparameter nehmen. Es gibt in den Modellrechnungen marginale Verwerfungen.

Um den notwendigen Altersquotienten der Gesamtbevölkerung zu stabilisieren, müsste sich die Bevölkerung in allen drei Wirtschaftsräumen zwischen 2000 und 2050 verdrei- bis vervierfachen. Diese Dimensionen sind absurd. Es kommt gar nicht so sehr darauf

an – das kann ich auch nicht aufhalten –, hier eine Politik zur Erhöhung der Anzahl der Geburten „auf Teufel komm' raus“ zu machen. Die Folgen der Alterung sind ein Prozess, den wir seit 150 Jahren ohnehin schon als etwas Positives erleben und der sich in den nächsten Jahren aufgrund glücklicher Umstände noch weiter fortsetzen und verbessern wird. Die Faustformel lautet: Jedes Jahr lebt ein Geburtsjahrgang um 40 Tage länger. Das sind enorme Dimensionen, die wir noch nie erlebt haben. Das ist das Problem, das die Gesellschaften auffangen müssen.

Ich komme auf den öffentlichen Dienst zu sprechen. Wie Herr Esche bereits erwähnt hat, werden die Alterslasten in den öffentlichen Personalhaushalten neben den sozialen Sicherungssystemen am deutlichsten erkennbar sein. Die Pensionszahlungen werden bis kurz nach 2020 anwachsen, danach allerdings nur noch moderat weiter steigen. Vieles, was heute in der Statistik als zurückgehende Beschäftigung im öffentlichen Dienst ausgewiesen wird, findet zum Teil in privatisierter Form und in anderer Verdeckung trotzdem noch statt. Ich sehe wenig materielle Privatisierung.

Völlig unterschätzt sind die Kosten der Krankenversicherung für den öffentlichen Dienst in Form der Beihilfen. Durch die hier angelegten Strukturen sind weit überdurchschnittliche Kostensteigerungen zu erwarten. Sie dürfen eine Entwicklung nicht unterschätzen, die wir schon bei den Lehrern beklagen und die in allen anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes auch eintreten wird, wenn der öffentliche Dienst schrumpfen muss: Das Durchschnittsalter im öffentlichen Dienst wird steigen. Selbst wenn die Länder das Besoldungsrecht in Kürze in die Hände bekommen sollten, werden sie an den anciennitätsorientierten Besoldungsstrukturen wahrscheinlich so schnell nichts ändern können. Das heißt, dass Sie eine Verteuerung haben, ohne dass es besser wird. Außerdem gibt es seit vielen Jahren eine Verschiebung von der einfachen und mittleren Laufbahn hin zum gehobenen und höheren Dienst. Das wird sich bei Verknappung dessen, was man überhaupt noch an öffentlichem Dienst bezahlen kann, wahrscheinlich fortsetzen.

Ich habe Ihnen die Prognose des Bundesinnenministeriums aus dem 2. Versorgungsbericht mitgebracht. Wir warten noch auf die neuen Zahlen. Ich selbst kann keine eigenen Zahlen präsentieren, weil die amtliche Statistik so infam geändert worden ist, dass die Vergleichbarkeit der Daten nicht mehr gewährleistet ist. Bei der Zahl der Versorgungsempfänger habe ich fast auf das Komma genau die gleichen Zahlen herausbekommen. Die fiskalischen Auswirkungen sind meines Erachtens in den Versorgungsberichten tendenziell immer unterschätzt. Es dürfte noch dramatischer kommen.

Noch einmal zurück: Im öffentlichen Dienst haben wir eine dreifache Alterslast. Das Anwachsen der Pensionen absorbiert Finanzierungsspielräume für aktive Beschäftigte, zumindest wenn Sie die Personalausgabenquote und anderes nicht weiter ansteigen lassen wollen. Es werden immer mehr Inaktive bezahlt. Der Spielraum für Aktive schrumpft. Sie werden das im Zweifel, was wir jetzt schon erleben, mit Gehaltsstagnation, Realeinkommensverlusten und anderem finanzieren. Sie werden den öffentlichen Dienst im Zweifel ein gutes Stück ruinieren, wenn es Ihnen nicht gelingt, sich Handlungsspielräume zu schaffen, da das nicht einfach linear herunterfinanziert werden kann.

Sie werden es mit der Zahl der Neueinstellungen, also mit der notwendigen Verjüngung, die neues Know-how in den öffentlichen Dienst bringen soll, bezahlen. Hieraus entstehen bestimmte Notwendigkeiten wie eine andere und bessere Weiterbildung und ande-

re Führung im öffentlichen Dienst. Sie werden aber auch Probleme hinsichtlich der Verteuerung aufgrund von Fehlzeiten bekommen, die zwangsläufig bei älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eher als bei den jüngeren auftreten.

Wie Herr Esche auf eine ganz andere Art gezeigt hat, schrumpft Ihnen natürlich auch der Nenner. Wenn im Zuge der demographischen Entwicklung die Zahl der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler schrumpft und der öffentliche Dienst nicht entsprechend mitgeht, haben Sie auch noch eine passiv ansteigende Beschäftigungsquote im öffentlichen Dienst. Mit einiger Sicherheit wird auch die Ergiebigkeit des Steuersystems bei alternder Bevölkerung schrumpfen. Insofern kommen wir hier in ganz fatale Situationen, bei denen man eigentlich Odysseus zwischen Scylla und Charybdis noch beneiden konnte, denn es ging ihm eigentlich noch vergleichsweise gut.

Ich gehe nun auf die öffentlichen Haushalte insgesamt ein, die Sie zu einem zentralen Thema Ihrer Enquetekommission gemacht haben. Wir haben mit Sicherheit ganz starke Veränderungen bei der Nachfrage nach altersspezifischen öffentlichen Gütern. Wenn Sie einmal die Dominanz von Schulen, Kindergärten und Pflegeeinrichtungen, die immer noch in hohem Maße öffentliche Einrichtungen sind, betrachten, stellen Sie fest, dass viele öffentliche Güter im öffentlichen Dienst altersspezifische Profile haben und dass wir bis heute noch nicht darüber nachgedacht haben, wie wir für die Zeit, in der die Verwerfungen stattfinden werden, die Relationen ändern können. Daneben gibt es starke und regional unterschiedliche Verwerfungen. Das heißt: In Nordhessen wird das anders stattfinden als in Südhessen.

Die Veränderungen der Bevölkerungsdichte, das wird vor allem ein Problem in Nordhessen sein, beeinflussen die Kosten öffentlicher Güterproduktionen. Ich habe mir von Raumplanern sagen lassen, bei weniger als 40 Einwohnern je Quadratkilometer unter unveränderter Produktionsweise stiegen die Kosten je Einwohner für öffentliche Güter exponentiell an und man könne praktisch nichts mehr finanzieren, wie z. B. den ÖPNV. Das wird unvertretbar teuer.

Wir haben ein weiteres Problem. Wenn Sie heute in den Regionen, in denen es starke Schwankungen gibt, ein Schwimmbad bauen, können Sie jetzt schon sehen, dass die Zahl der Nutzer angesichts einer schrumpfenden Bevölkerungszahl, also diejenigen, die das morgen durch Eintrittspreise abbezahlen und Deckungsbeiträge erwirtschaften müssen, das gar nicht mehr darstellt. Fragen Sie einmal diese Bevölkerungsgruppen, die in 15 Jahren halb so groß sein werden, ob sie sich dann diese Einrichtungen noch leisten wollen. Das müsste Folgen für öffentliche Planungsprozesse haben, hat es aber bis jetzt noch nicht.

Wenn Sie diese Infrastruktureinrichtungen mit Schulden finanzieren, müssen die Schulden von immer weniger Nutzerinnen und Nutzern sowie Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern getragen werden. Das wird gerade in diesen Haushalte Verdrängungseffekte für andere Primärausgaben und steigende Gebühren zur Folge haben. Wir können bei Fehlplanungen in Ostdeutschland im Einzelfall schon sehen, was es heißt, wenn bei einer halb so großen Gemeinde die Abwasseranlage auf einmal mit mehr als doppelt so hohen Gebühren bezahlt werden muss. Ich habe dort etwas salopp die Devise ausgegeben: Das könnt ihr gar nicht mehr ändern. Wenn euch das Land nicht hilft, könnt ihr nur sagen, wie es in der früheren DDR hieß: Der Letzte macht das Licht aus. Dann könnt ihr nur abwandern mit allen Folgen für die privaten Vermögen, die in dieser Gemeinde gebunden sind.

In Ergänzung zu den Schaubildern von Herrn Esche zeige ich Ihnen eine Folie über die Bevölkerungsprojektionen, die ich eingangs auf die verschiedenen Länder bezogen habe. Wenn man die Verschuldung von 1999 nimmt und nur die Bevölkerungsveränderung betrachtet, sehen Sie den passiven Anstieg der Schuldenlast nur aufgrund der Veränderung der Bevölkerung bei den Ländern. Bremen ist im Übrigen viel schlimmer dran als Berlin. Berlin hat nur ein höheres BIP. Es gibt Regionen wie Hessen, bei denen es noch vergleichsweise günstig aussieht. Solange Hessen reich ist und wir den Länderfinanzausgleich haben, wird das Hessen nicht allzu viel nützen. Es haften am Schluss immer alle. Das kann gut sein, aber man muss sich fragen, was es bedeutet und welche Folgen das für die Politik hat. Ich würde das von mir aus nicht aufkündigen. Von Hessen können und müssen Impulse für Veränderungen ausgehen. Hier zeige ich Ihnen das Bild für die Zinsausgaben.

Die Pensionen werden im Übrigen aufgrund der unterschiedlichen Schrumpfraten der Bevölkerung und der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in einigen Ländern je Einwohner stärker als in anderen Ländern steigen, ohne dass man heute daran noch etwas ändern könnte. Wir werden zwar durch die überregional organisierten Sozialversicherungssysteme einen Ausgleichseffekt bekommen. Wenn ich mir aber überlege, dass die veränderten Rentenbiographien in Ostdeutschland in Kürze keine so hohen Renteneinkommen mehr für die Neurentner bringen werden, wird es gerade in den strukturschwachen Regionen zu Destabilisierungen kommen, die in einem föderalen Staat zu neuen Belastungen führen werden. Das ist auch ein Thema, das noch unzureichend diskutiert ist.

Die Steuersysteme werden weiter divergieren. Das lässt sich schon die letzten 15 Jahre beobachten. Über die Divergenzen der Wirtschaftskraft hinaus werden sie auseinander laufen. Wenn Sie unterschiedliche Alterungen haben und die älteren Menschen weniger Steuern als die aktiven Erwerbstätigen zahlen, fliegen Ihnen die Zahlen über die regionale Steuerkraft allein aufgrund dieses Phänomens auseinander.

Ich möchte noch ganz kurz auf den Finanzföderalismus zu sprechen kommen. In vertikaler Hinsicht werden sich die finanziellen Gewichte der Ebenen, einschließlich der Sozialversicherungen, allein aufgrund der demographischen Entwicklung verändern. Das wird Folgen auch für die sektorale Zusammensetzung öffentlicher Aufgaben haben. Wenn die Renten einen Teil der Abgaben absorbieren, müssen – wie Sie sich sicherlich vorstellen können – andere öffentliche Aufgaben zurückgezogen werden. Nicht nur die Verschiebung der Zahl der Nutzer öffentlicher Leistungen wird hier etwas bewirken, sondern auch die passiven Verdrängungseffekte in den verschiedenen Aufgabenbereichen untereinander.

Die Aufgabe des Bundes zur interregionalen Umverteilung wird immer wichtiger – Sie werden auch auf der Ebene der Kommunen innerhalb eines Landes feststellen können, dass das eintritt. Die Umverteilung durch das Land wird immer wichtiger. In welchen Dimensionen und für welche Ziele man das macht, ist nicht diskutiert. Das Risiko unkalkulierbarer Belastungen aus Schuldenfinanzierungen öffentlicher Infrastruktur steigt heute mit der Dezentralität der Ebene. Was der Bund noch wegstecken kann, kann eine kleine Kommune bereits heute schon nicht mehr schultern.

In horizontaler Hinsicht werden die Divergenzen, wie ich bereits angesprochen habe, stärker und der Ausgleichsbedarf wird größer. Hier werden neue Spreizungen, auch Belastungen der politischen Verhandlungsgefüge auf uns zukommen. Solange der zent-

rale Regulierungsgrad für öffentliche Aufgaben, die von Ländern und Gemeinden vollzogen werden, nicht zurückgefahren wird – ich sehe keine Chance dafür, dass sich aufgrund der Arbeit der Kommission zur Reform des Föderalismus etwas verändern wird –, werden sich die Probleme der Verklemmungen öffentlicher Haushalte wie deren fehlende Handlungsspielräume, sich an diese neuen Herausforderungen anzupassen, nicht verändern. Sie werden kaum die Ressourcen haben, neue Prioritäten wie z. B. regionale Infrastruktur und Bildung finanzieren können. Das unitarische Steuersystem, das Ländern keine und Gemeinden unzureichende Autonomie gewährt, wird diesen Prozess noch verstärken. Wir laufen hier in das Horrorszenario des Föderalismus hinein, wenn es uns nicht gelingt umzusteuern.

Ich gehe jetzt auf den Reformbedarf ein. Angesichts der beinahe fertigen Ergebnisse der Föderalismuskommission kann ich fast nur noch verzweifelt sagen: Selbst wenn ich befürchte, dass das erwünschte Ergebnis nicht eintreten wird, sollte man vielleicht doch schon die nächste Reformrunde andenken. Das Einzige, was vielleicht umgesetzt wird, ist der Abbau der Mischfinanzierung. Die Neuordnung des föderalen Steuersystems mit dem Ziel eines gleichmäßigeren Aufkommens können Sie durch eine Umverteilung der Steuerertragskompetenzen wie mit einer anderen auch Steuerautonomie hinbekommen. Das ist von der Agenda abgesetzt worden.

Von der Neuordnung des Finanzausgleichs durch eine Teilentkoppelung – das gilt auch für die kommunalen Finanzausgleiche – von der Bevölkerungszahl, aber mit der Sicherung eines Mindeststandards dezentraler öffentlicher Leistungen, ist überhaupt nichts zu sehen. Sie brauchen die Ergänzung des Finanzausgleichs mit leistungsorientierten Finanzierungsinstrumenten. Die räumliche Externalität zu internalisieren und einen fairen Leistungswettbewerb unter den Institutionen zu finden, steht auch nicht auf der Agenda. So etwas könnte man z. B. im Bereich der Hochschulfinanzierung mit oder ohne Studiengebühren machen.

Ich komme zu meinem letzten Punkt. Hier bin ich wieder mit Herrn Esche völlig einig. Eines der größten Probleme und damit das zentrale Thema ist die Neuordnung der Verschuldungsgrenzen innerhalb des öffentlichen Sektors in Richtung auf echte Nachhaltigkeit und Risikobegrenzung gegenüber schrumpfender Bevölkerung. Nur sehe ich bis jetzt nirgendwo in der politischen Landschaft ein ernsthaftes Interesse. Vielleicht bekomme ich die Berliner dazu, sich dem ein wenig zu nähern. Sie haben sowieso keine Alternative, als zu sanieren. Wir brauchen es bundesweit. Ich kann nur an Sie appellieren, sich diesen Themen in der Enquetekommission wirklich zu stellen. Das ist das Szenario, das wir unseren Kindern hinterlassen. Wenn wir schon keine Kinder mehr bekommen, sollten wir doch denen, die noch da sind, eine finanzpolitisch gesunde Welt hinterlassen.

**Dr. Kai Eicker-Wolf, DGB Hessen:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 6. Juni 2003 wurde die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vorgestellt. Die Berichterstattung in den Medien zu dem Thema Demographie weist spätestens zu diesem Zeitpunkt dramatische Züge auf. Eine Halbierung der Rente wird für notwendig erklärt, ein Generationenkonflikt prognostiziert und die demographische Entwicklung in Deutschland sogar als Zeitbombe bezeichnet. Unterstellt wird, dass die steigende Zahl älterer Menschen und die sinkende Zahl der Gesamtbevölkerung schwerwiegende wirtschaftliche Folgen und fatale Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme hätten.

In meinen Ausführungen möchte ich, um das Bild der Zeitbombe aufzunehmen, zeigen, dass es sich bei der demographischen Entwicklung um eine Bombenattrappe und nicht um ein hoch explosives Problem handelt. Vor jeder weiteren inhaltlichen Überlegung sei zunächst die extrem unsichere statistische Basis aller demographischen Debatten hervorgehoben. Aussagen über die Zukunft sind immer mit großen Unsicherheiten behaftet. Statistische Szenarien mittlerer Reichweite von 10 bis 15 Jahren sind sicherlich geeignet, wirtschaftspolitische Anforderungen abzuleiten. Ein Beispiel ist der Anstieg der Zahl der Studierenden in den nächsten Jahren, der sich auf Basis der aktuellen Schülerzahlen mit ziemlicher Sicherheit prognostizieren lässt und der aufgrund der aktuell schon bestehenden Überlastungen der Hochschulen einen Ausbau letzterer nahe legt.

Ein längerer Zeithorizont bis zu 50 Jahren kann aber kaum als handlungsrelevant angesehen werden. Implizit kann man dies im Übrigen auch dem Bericht zur 10. Bevölkerungsvorausberechnung entnehmen. Dort steht in der Einleitung:

Bevölkerungsvorausberechnungen sollen aufzeigen, wie sich Bevölkerungszahl und -struktur unter bestimmten Annahmen langfristig entwickeln würden. Da der Verlauf der maßgeblichen Einflussgrößen mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt immer schwieriger vorherzusehen ist, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter. Sie sind bei einem Vorausrechnungszeitraum von mehreren Jahrzehnten keine Prognosen, welche die Zukunft vorhersagen, sondern schreiben eine Entwicklung unter bestimmten Annahmen fort.

Der Statistiker Gerd Bosbach von der Fachhochschule Koblenz bezeichnet Langfristprognosen bis zu 50 Jahren völlig zu Recht als moderne Form der Kaffeesatzleserei. Dazu ein konkretes Beispiel: Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes Mitte der Siebzigerjahre nahmen an, dass in Westdeutschland im Jahr 2000 zwischen 49 und 52 Millionen Menschen leben würden. Tatsächlich lebten im früheren Bundesgebiet im Jahre 2000 rund 67 Millionen Menschen. Die Gründe für diesen Prognosefehler sind: Erstens wurde der Rückgang der Geburtenraten überschätzt. Zweitens wurde die Lebenserwartung unterschätzt. Drittens blieben die Wanderungen unberücksichtigt. Viertens konnte das politische Ereignis der Vereinigung Deutschlands mit seinen demographischen Auswirkungen natürlich nicht vorhergesagt werden.

Selbst wenn man Bevölkerungsvorausberechnungen trotz dieser grundlegenden Bedenken als Diskussionsgrundlage akzeptiert, stellt der vom Statistischen Bundesamt vorausgesagte demographische Wandel gesamtwirtschaftlich kein Problem dar. Richtig ist zunächst einmal, dass der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung aufgrund der steigenden Lebenserwartungen und der sinkenden Geburtenraten in den letz-

ten Jahren stark gewachsen ist. Geht man von einer ähnlichen Entwicklung auch in den nächsten Jahrzehnten aus und legt man die mittlere, also die fünfte Variante der 10. Bevölkerungsvorausberechnung zugrunde, werden auf 100 Menschen mittleren Alters – also auf Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren – im Jahr 2050 etwa 51 statt heute 26 Personen im Alter ab 65 Jahren kommen. Allerdings sind ältere Menschen nicht die einzigen, die auf die gesellschaftliche Unterstützung angewiesen sind. Insbesondere wollen auch Kinder und Jugendliche versorgt werden. Eine seriöse Analyse demographiebedingter Lasten muss auch diese Menschen als „gesellschaftliche Belastungsfaktoren“ einbeziehen. Berücksichtigt man dies, relativieren sich die Zahlen deutlich. Auf 100 Menschen mittleren Alters kommen im Jahre 2050 72 zu versorgende ältere und jüngere Menschen. Heute sind es allerdings auch schon 48. Die Zahl der zu versorgenden älteren und jüngeren Menschen wächst bei weitem nicht so schnell, wie suggeriert wird, wenn ausschließlich die Versorgungslasten älterer Menschen zugrunde gelegt werden.

Vergleicht man die derzeit prognostizierte Verschiebung der Bevölkerungsstruktur mit dem demographischen Wandel, der in den vergangenen 100 Jahren schon stattgefunden hat, relativieren sich die prognostizierten demographischen Veränderungen ein weiteres Mal, da der einschneidendste demographische Wandel längst hinter uns liegt. Schon in den letzten 100 Jahren hat die Zahl der Personen mittleren Alters im Verhältnis zur Zahl der über 65-Jährigen gravierend abgenommen. Kamen im Jahr 1900 noch ca. zwölf Personen zwischen 15 und 65 Jahren auf eine Person ab 65 Jahren, so waren es 1950 nur noch ca. sieben Personen. Im Jahre 2000 waren es nur noch vier Personen. Die vorausgesagte weitere Abnahme auf einen Wert von zwei Personen in den nächsten 50 Jahren nimmt sich dagegen vergleichsweise gering aus.

In den vergangenen 100 Jahren wurden die enormen demographischen Verschiebungen durch Produktivitätssteigerungen problemlos aufgefangen. Weite Bevölkerungsschichten konnten vom wachsenden Wohlstand profitieren und ihre eigenen Arbeitszeiten sogar deutlich reduzieren, obwohl die Zahl älterer Menschen stark angestiegen war. Glaubt man den gängigen Demographieargumenten, so hätte der häufig prognostizierte Kollaps der Sozialversicherungssysteme schon längst stattfinden müssen. Der Blick zurück zeigt aber, dass dem nicht so war, weil die beständige Erhöhung der Produktivität den Versorgungsaufwand für eine steigende Zahl von Rentnerinnen und Rentnern mehr als wettmachte.

Es besteht kein Grund zur Annahme, dass sich diese Entwicklung in Zukunft nicht in ähnlicher Weise fortsetzen wird. Die Produktivitätssteigerungen werden einen Anstieg des Lebensstandards in den nächsten Jahrzehnten auch mit einem steigenden Anteil alter Menschen ermöglichen. Zudem könnte das zukünftige Sozialprodukt durch den Abbau der Arbeitslosigkeit und durch eine Erhöhung der Erwerbsquote gesteigert werden. Dabei muss insbesondere die Steigerung der Erwerbsquote von Frauen das Ziel sein. Während in Deutschland von 100 Frauen im Alter von 15 bis 65 Jahren nur rund 64 % arbeiten oder Arbeit suchen, sind dies in der männlichen Altersgruppe etwa 80 %. Viele OECD-Länder weisen höhere Frauenerwerbsquoten und damit auch höhere Gesamterwerbsquoten auf.

Im Rahmen der schriftlichen Stellungnahme sind Beispielrechnungen vorgelegt worden, die das Pro-Kopf-Sozialprodukt bis zum Jahr 2050 unter verschiedenen Annahmen berechnen. Hätte ich gewusst, dass ich hier einen Beamer oder einen Overhead-Projektor zur Verfügung habe, hätte ich das jetzt anhand einer Folie präsentiert. So will ich hier

ein Beispiel mündlich vortragen. Wenn z. B. unterstellt wird, dass erstens die Erwerbsquote der 15 bis 65 Jährigen ab dem Jahr 2010 auf insgesamt 80 % steigen wird – diesen Wert weisen schon jetzt Dänemark, die Schweiz und Schweden auf –, und wenn zweitens von einer fünfprozentigen Arbeitslosigkeit ausgegangen wird – diesen Wert hat z. B. Großbritannien in den Neunzigerjahren durch eine typische antizyklische Wirtschaftspolitik erreicht – und wenn drittens die Arbeitsproduktivität, die in den Neunzigerjahren laut Europäischer Kommission in Deutschland um 1,6 % wächst, würde sich das Pro-Kopf-Sozialprodukt in Deutschland bis 2050 verdoppeln. Ein durchschnittlich noch höherer Produktivitätsanstieg hätte natürlich ein noch höheres Sozialprodukt zur Folge. Großbritannien – hier wieder als Beispiel genannt – hatte in den Neunzigerjahren einen Anstieg der Erwerbstätigenproduktivität von 2,2 %.

Selbst wenn die unterstellten Parameter ungünstiger gewählt würden, sind immer hohe Zuwächse beim Pro-Kopf-Sozialprodukt zu verzeichnen. Wenn etwa von einer Erwerbsquote von nur 70 % ausgegangen wird – das entspricht ungefähr dem heutigen Wert –, die Arbeitslosenquote mit 10 % angesetzt wird und der Anstieg der Arbeitsproduktivität mit 1,6 % angenommen wird, steigt das Sozialprodukt pro Kopf immer noch um 70 % bis zum Jahr 2050.

Auch wenn ein Abbau der Arbeitslosigkeit und eine Erhöhung der Erwerbsquote unter sonst gleichen Umständen zu einer höheren Lohnsumme und so zu sinkenden Beitragssätzen in den Sozialkassen führen würde, soll hier nicht bestritten werden, dass auch in diesem Fall des steigenden Altenquotienten Steigerungen der Beitragssätze zu den Sozialversicherungskassen zu erwarten sind. Im Bereich der Rentenversicherung wird dies aufgrund der steigenden Zahl der Rentnerinnen und Rentner der Fall sein, wenn im Umlagesystem ein bestimmtes Rentenniveau gehalten werden soll. Für die öffentlichen Haushalte gilt analog – darauf ist gerade eingegangen worden –, dass sie aufgrund der steigenden Zahl von Pensionärinnen und Pensionären mit steigenden Versorgungsausgaben rechnen müssen. Mit anderen Worten: Selbst wenn Produktivitätssteigerungen, ein Abbau der Arbeitslosigkeit und eine Erhöhung der Erwerbsquote eintreten sollten, ist mit einer Erhöhung der Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung und mit höheren Pensionslasten für die öffentliche Hand zu rechnen.

Damit wird die Frage der so genannten Lohnnebenkosten und ihre Wirkung auf Wachstum und Beschäftigung berührt. Die für die Zukunft der Finanzierung der sozialen Sicherungen zentrale Frage besteht darin, ob langfristig weiter steigende Beitragssätze unproblematisch sind oder ob dies ein gravierendes Problem für Wachstum und Beschäftigung darstellt, sodass man nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten suchen muss.

Mit Blick auf die letzten Jahre stellt ein Anstieg der Lohnnebenkosten, verursacht durch steigende Beitragssätze der Sozialversicherungen, kein Problem für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dar. Die nominalen Lohnstückkosten, die entscheidende Größe für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes, in der auch die Lohnnebenkosten Berücksichtigung finden, sind in Deutschland seit Mitte der Neunzigerjahre unterdurchschnittlich gestiegen. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist ausgezeichnet.

Von einem durch Lohnnebenkosten verursachten beschäftigungsfeindlichen Lohndruck kann in Deutschland keine Rede sein. Die Lohnpolitik ist seit Mitte der Neunzigerjahre sehr zurückhaltend. Seit 1996 wird der so genannte verteilungsneutrale Spielraum, also die Summe aus Produktivitätsanstieg zuzüglich Zielinflationsrate der Zentralbank, nicht

mehr ausgeschöpft. Die Lohnquote ist seit 1995 um über 1,5 % und seit 1993 sogar um 3 % gesunken. Die sehr moderaten Nominallohnsteigerungen haben die Bundesrepublik mittlerweile an den Rand einer deflationären Entwicklung gebracht.

Außerdem ist aus kreislauftheoretischer Sicht nicht einsichtig, warum Lohnnebenkosten überhaupt erhebliche negative Wachstums- und Beschäftigungseffekte zugesprochen werden. Zwar vermindern die Sozialbeiträge auf der einen Seite die verfügbaren Einkommen der beitragspflichtigen privaten Haushalte und stellen natürlich einen Kostenfaktor für die Unternehmen dar. Auf der anderen Seite wird das erzielte Beitragsaufkommen jedoch entweder direkt für staatliche Käufe von Gütern und Dienstleistungen eingesetzt, oder es wird als Transfereinkommen an Haushalte mit tendenziell hoher Konsumneigung größtenteils wieder nachfragewirksam.

Ähnliche Überlegungen lassen sich für die steigenden Pensionsausgaben der öffentlichen Hand anstellen. Ein höheres Wachstum und eine angemessene Steuerpolitik sind in der Lage, ausreichende Einnahmen für die zunehmenden Versorgungsausgaben zu mobilisieren. Auch für die Versorgungsausgaben gelten selbstverständlich die schon aufgezeigten kreislauftheoretischen Überlegungen. Einen schweren Fehler begeht die Fiskalpolitik, wenn sie aufgrund aktueller Haushaltslöcher sowie voraussichtlich steigender Pensionärszahlen Ausgabenkürzungen vornimmt und dann auch noch in Bereichen spart, die wie öffentliche Investitionen und Ausgaben im Bereich Bildung und Erziehung besondere Wachstumsrelevanz besitzen.

Damit komme ich auf die Anforderungen an die Wirtschafts- und insbesondere Fiskalpolitik zu sprechen. Ich möchte hier auf unsere schriftliche Stellungnahme verweisen und auch mit Blick auf die beschränkte Zeit nur einige wenige Punkte ansprechen.

Erstens. Eine Erhöhung der allgemeinen Erwerbsquote – das hatte ich schon gesagt und das ist bereits mehrmals angesprochen worden – muss insbesondere auf eine Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit setzen. Das Ehegattensplitting in Deutschland fördert die Frauen diskriminierende Hausfrauenehe und gilt als eine wesentliche Ursache für die im internationalen Vergleich niedrige Erwerbsbeteiligung von Frauen. Um eine höhere Erwerbsquote von Frauen zu erreichen, sollte das Ehegattensplitting abgeschafft und durch ein Mindestrealsplitting ersetzt werden, bei dem maximal ein zweiter Grundfreibetrag abgezogen werden darf. Allerdings sollte für alle über 50-Jährigen das Ehegattensplitting erhalten bleiben, weil besonders Frauen in diesem Alter nur noch geringe Chancen am Arbeitsmarkt haben. Das steuerliche Mehraufkommen der öffentlichen Hand durch die Abschaffung des Ehegattensplittings sollte zumindest zum Teil für den Ausbau von Einrichtungen für die Kinderbetreuung verwendet werden, um eine Steigerung der Geburtenraten zu erreichen.

Zweitens. Produktivitätsentwicklung und Wirtschaftswachstum sind in einer Volkswirtschaft unter anderem von Qualität und Umfang der öffentlichen Infrastruktur abhängig. Aus Sicht der Unternehmen weist die öffentliche Infrastruktur eine Vorleistungs- bzw. Komplementärfunktion auf. Sie erhöht das unternehmerische Produktionspotenzial und senkt die Produktionskosten. Fallen die staatlichen Investitionen zu niedrig aus, wird sich dies negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Im internationalen Vergleich befinden sich die öffentlichen Investitionen in Deutschland auf einem sehr niedrigen Niveau. Die deutsche Investitionsquote liegt bei 1,5 % gegenüber durchschnittlich 2,6 % in der Eurozone. Eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen ist daher dringend geboten.

Drittens. Die Produktivität der Erwerbstätigen hängt wesentlich vom Ausbildungsstand der Bevölkerung ab. Vor diesem Hintergrund sind zwei Dinge bedenklich: zum einen die im internationalen Vergleich schlechte Bewertung von vielen Bereichen des deutschen Bildungssektors, zum anderen der sich abzeichnende Mangel an Fachkräften sowohl bei den Ausbildungsberufen als auch bei den akademischen Berufen. Um die Zahl der Ausbildungsplätze zu steigern, fordert der DGB bekanntermaßen eine Ausbildungsplatzabgabe. Um die Zahl der Akademiker zu erhöhen, sollte das Schüler-BAföG wieder eingeführt werden, unter anderem auch deshalb, um Kindern aus so genannten bildungsfernen Schichten ein Studium zu ermöglichen. Die zuletzt genannte Maßnahme hätte auch den positiven Effekt, dass der so hohen sozialen Immobilität in Deutschland entgegengewirkt würde. Natürlich müssen die Hochschulen ausgebaut werden. Diese sind in Deutschland schon jetzt, wenn man etwa die Flächenzahlen, die für eine Studierende oder für einen Studierenden angesetzt werden, hoffnungslos überlastet.

Viertens. Die steigenden Versorgungsausgaben der öffentlichen Hand stellen kein Problem dar, wenn die staatlichen Kassen in Zukunft in ausreichendem Umfang Steuereinnahmen zu verzeichnen hätten. Voraussetzung hierfür ist ein angemessenes Wirtschaftswachstum und eine angemessene Erhebung von Steuern. In diesem Zusammenhang sei auf das von ver.di, der IG Metall und der IG BAU vertretene Konzept der „Solidarischen Einfachsteuer“ verwiesen.

Fünftens. Die Finanzierung von öffentlichen Investitionen sollte gemäß der so genannten goldenen Regel grundsätzlich auch mittels Kreditaufnahme erlaubt sein und in der Finanzpolitik grundsätzlich auch Beachtung finden. Der so genannten goldenen Regel liegt der Gedanke zugrunde, dass durch Kredit finanzierte öffentliche Investitionen über mehrere Jahre in Gebrauch sind und Nutzen stiften. Dabei sollte nach Auffassung des DGB der Investitionsbegriff um Ausgaben im Bildungsbereich erweitert werden.

In Bezug auf die Kreditfinanzierung in staatlichen Ausgabenbereichen hat sich ein breiter Konsens herausgebildet – zumindest hier in der Bundesrepublik, in den anderen Ländern, vor allem in den angelsächsischen Ländern sieht das anders aus –, wonach die gegenwärtige Generation auf Kosten der zukünftigen Generationen lebe und deshalb das staatliche Defizit gesenkt werden müsse. Tatsächlich ist dieser Gedankengang wenig überzeugend. Dieses Generationenargument stellt eine unzulässige Analogie zu privatwirtschaftlichen Verschuldungen dar. Im Falle der Staatsverschuldungen werden von einer Generation zur anderen nicht nur die Zahlungsverpflichtungen, sondern auch die entsprechenden Vermögenstitel weitergegeben.

Defizitfinanzierte Staatsausgaben legen zwar bestimmte Zahlungsströme für die Zukunft fest, ein Teil der Steuereinnahmen des Staates fließt an dessen Gläubiger, es findet aber keine einseitige Vererbung von zu bedienenden Schulden statt. Aber selbst wenn der Staat in seiner Position als Schuldner betrachtet wird, muss berücksichtigt werden, dass dieser, falls er mittels Staatsverschuldung öffentliche Investitionen tätigt, auch Vermögenswerte – etwa öffentliches Infrastrukturkapital – besitzt, die ebenfalls vererbt werden und mit der reinen Zahllast gegengerechnet werden müssen.

Eine Belastung zukünftiger Generationen wird sich tatsächlich einstellen, wenn die öffentliche Hand in zu geringem Umfang Infrastrukturinvestitionen tätigt oder die Ausgaben im Bildungsbereich zu gering ausfallen. Dies wird zu einem zu geringen Wirtschaftswachstum und zu einer Belastung zukünftiger Generationen führen. Aktuell besteht sowohl im Bereich der öffentlichen Infrastruktur als auch im Bereich der Bildung

ein enormer Ausgabenbedarf, der – würde er angemessen bedient – kurz- und mittelfristig für einen Beschäftigungsanstieg sorgen würde.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, damit komme ich zum Ende meiner Ausführungen. Die voranstehenden Ausführungen haben gezeigt, dass die Langfristprognosen im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung wenig sinnvoll sind. Aber selbst wenn man die neuesten Bevölkerungsvorausschätzungen akzeptiert, sind keine dramatischen Auswirkungen zu erwarten. Viele Parameter, die das zukünftige Pro-Kopf-Sozialprodukt bestimmen, sind wirtschafts- und insbesondere fiskalpolitisch gestaltbar. Seiner Dramatik beraubt, erweist sich das Demographieargument als ideologisches Konstrukt zur Legitimierung von Sozialabbau, gesellschaftlicher Umverteilung von unten nach oben und zum Eingriff in Arbeitnehmerrechte.

### **Dr. Hans-Peter Klös, Institut für deutsche Wirtschaft Köln:<sup>1</sup>**

Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung, zu einem Thema zu sprechen, das uns alle bewegt. Wir wären froh, wenn wir in allen Bereichen der empirischen Wirtschaftsforschung so verlässliche Daten hätten wie im Bereich der Bevölkerungsvorausschau. Ich bewundere den Mut meines Vorredners, diese Daten grundsätzlich in Zweifel zu ziehen.

Ich möchte eine zweite Vorbemerkung machen: Wir leben im Augenblick noch in der demographisch gesehen besten aller Welten. The worst is yet to come, wie die Angelsachsen sagen würden. Vielleicht ist das der Grund dafür, warum wir vieles von dem, was wir antizipativ nach vorn wenden, im Augenblick noch nicht in den Daten beobachten können.

Eine dritte Vorbemerkung: Ich möchte mich, wie Sie aus der Überschrift ersehen können, auf den Punkt Humankapital konzentrieren. Das ist mehrfach angesprochen worden. Im Prinzip könnte ich hier ansetzen. Ich tue das deswegen, weil es sich hier um eine Landtagsenquetekommission handelt und wir uns auf das konzentrieren wollen, was landespolitisch gestaltbar ist. Da sind die Faktoren Bildung, Humankapital und Technologie naturgemäß die uns am nächsten stehenden Faktoren. Das will ich gern ein bisschen vertiefen, weil ich glaube, dass es sich lohnt, hier noch etwas zu tun.

Ich will das Ganze etwas diagnostisch und therapeutisch einkreisen und zudem unter einem Wachstumsszenario auffächern. Das ist der wichtige Punkt. Das ist auch mein erstes Bild. Wir sind in eine Wachstumskrise eingetaucht. Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich am Ende der internationalen Wachstumsranglisten. Auffällig ist, dass wir negative Wachstumsbeiträge aus der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden und aus dem Arbeitsvolumen ziehen, dass wir jetzt schon bis hin in die letzte Dekade negative Wachstumsbeiträge aus den demographischen Faktoren ziehen und dass wir keine Wachstumsbeiträge mehr aus dem so genannten Humankapital ziehen. Humankapitalstagnation im Land der Dichter und Denker. Negative Wachstumsbeiträge aus Arbeitszeitverkürzung und negative Wachstumsbeiträge aus einer Verschlechterung der Erwerbsstruktur, der Altersstruktur der Bevölkerung und der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

---

<sup>1</sup> Die Charts zum Vortrag von Dr. Klös sind in der Anlage 1.

Ich will kein Bedrohungsszenario aufmachen. Das Ganze verstehe ich eher als eine Art Aufforderungsszenario, weil wir natürlich Parameter der Politik haben. Wir diskutieren deswegen darüber, um Dinge abzuwenden, aufzufangen und zu „therapieren“. Aber man sollte die Fakten klarlegen. Die Ausgangssituation ist schon jetzt nicht gut. Wir sind Wachstumsschlusslicht. Wir müssen dringend alles tun, um Wachstumsressourcen zu mobilisieren und unsere vielfältigen demographischen, auf uns jetzt zurollenden Anpassungslasten abzufedern.

Ein zweiter Aspekt. Schon jetzt sind wir bei den Wachstumsraten der Erwerbsbevölkerung am internationalen Ende. Bei den Wachstumsraten der Bevölkerung, die auf dem Arbeitsmarkt potenziell in Erscheinung treten kann, haben wir keine Bewegung. Es gibt viele internationale Studien, die besagen, ohne den angebotsseitigen Druck von der Zahl der Erwerbsbevölkerung werde es auf dem Arbeitsmarkt keine Bewegung geben. Die Daten sprechen an der Stelle für sich.

Wir versuchen, das mit der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung basierend auf IAB-Erwerbspotenzialquoten zu rechnen. Wir haben das nach vorn gelegt. Das ist der Strang des quantitativen Humankapitals, also die Zahl der Köpfe, über die wir diskutieren. Im zweiten Teil meines Vortrags gehe ich auf den qualitativen Teil von Humankapital ein, nämlich auf Qualität und Produktivität pro Kopf.

Wenn wir bei der Zahl der Köpfe bleiben, sehen Sie, dass sich der größte Rückgang beim Erwerbspotenzial von 18 Millionen auf rund 10 Millionen im Bereich der Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen abspielt. Das ist ein negativer Wachstumsimpuls per se. Ich werde später darauf eingehen, dass wir bei negativen Wachstumsbeiträgen etwa in der Größenordnung liegen, die von Frau Dr. Reil-Held vorausgesehen wird, wenn ich die MEA-Daten richtig kenne: ein Rückgang des Wachstumsbeitrags in der Größenordnung von etwa einem halben Prozentpunkt Bruttoinlandsprodukt pro Kopf durch die rückläufige Entwicklung des Erwerbspotenzials.

Ein zweiter auffälliger Befund ist, dass die Zahl der jüngeren Menschen von 15 bis 29 Jahren ebenfalls von 9 Millionen auf etwa 5,75 Millionen sinken wird. Ich glaube, der Streit kann allenfalls über den Gütegrad der Projektionen gehen, aber im Kern, also im Mittel aller Projektionen, kommen wir immer auf einen Zieltrichter, der relativ genau abschätzbar ist, weil die Parameter klar sind: Geburtenraten, Sterberaten und Nettozuwanderungssalden. Diese drei Parameter liegen auf dem Tisch. Man kann sie modellieren, aber im Kern haben wir relativ zuverlässige Daten, um deren Güte wir uns an anderen Stellen beneiden würden.

Nachwuchsprobleme sind absehbar. Inwieweit werden die 60- bis 64-Jährigen durch nachrückende 15- bis 19-Jährige ersetzt? Wir sehen, irgendwo vor der Dekadenwende. Das mag sich noch ändern. Das ist noch die 9. Bevölkerungsvorausschätzung. Bei der 10. Bevölkerungsvorausschätzung mag sich das ein bisschen verschieben. Generell aber bleibt der Befund, dass wir von der Kohortenbetrachtung der Ausscheidenden durch die Nachrücker noch einmal ein rückläufiges Arbeitsangebot bekommen werden. Das wird natürlich Auswirkungen auf die Akteure am Arbeitsmarkt haben.

Ein Weiteres kommt hinzu, was auch bereits angesprochen wurde. Betrachten wir die durchschnittliche Kinderzahl der 35- bis 40-jährigen Frauen in Westdeutschland nach Bildungsabschluss, stellen wir einen Befund fest, der allmählich in das öffentliche Be-

wusstsein tritt: Die abnehmende Fertilität von Akademikerinnen ist der bemerkenswerte Trend, der die Fertilitätsraten insgesamt auf einem niedrigen Niveau hält bzw. dort gibt es die meiste Bewegung. Das hat natürlich Auswirkungen auf die qualitative Ausstattung des Humankapitals. Wenn wir den Befund zusammenfügen und die PISA-Ergebnisse richtig interpretieren, hat – vielleicht mag Herr Dr. Schmidt nachher widersprechen – der Bildungshintergrund der Mutter nachgewiesene Effekte auf die PISA-Ergebnisse der Schüler. Daraus ergibt sich ein Befund, der uns nicht gerade optimistisch stimmen kann: weniger Kinder und eine durchschnittlich verschlechterte kognitive Ausstattung des Elternhintergrundes. Das ist auch kein Befund, der uns optimistisch nach vorn blicken lässt.

Wir haben versucht, den Wachstumseffekt allein aus der Verschiebung der Altersstruktur heraus zu beziffern, indem wir mit den Daten mit der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung und der ersten Eingangstabelle der OECD – Sources of Economic Growth, eine Studie, in der die Komponenten der Wachstumseffekte zerlegt wurden – weiterrechnen. Wir kommen allein aus der Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung zu nennenswerten negativen Wachstumsbeiträgen.

Ich habe vom Aufforderungsszenarium gesprochen. Wenn man nichts tut, würde sich das Ganze in der unteren Variante in Form eines alternativen Erwerbspersonenpotenzialpfades darstellen. Wir haben selbstverständlich Möglichkeiten, diese Variante zu verändern. Wir setzen hier auf eine OECD-Studie mit einer Kalibrierung des OECD-Modells und können sagen: Natürlich lässt sich durch die Ausschöpfung der bestehenden Erwerbspersonenpotenziale der demographisch negative Trend des Erwerbspersonenpotenzials bei den Jugendlichen, bei den Älteren und bei den Frauen verändern und verbessern. Darin sind aber auch weitreichende Implikationen über eine Vorziehung des Arbeitsmarkteintritts von Jugendlichen durch Verminderung der Drop-out-Problematik, durch eine Effizienzsteigerung im Bildungssystem, ein verspätetes Überwechseln in den Arbeitsmarkt – hier unterstellt mit 67 Jahren – enthalten. Ich bin etwas anderer Auffassung als Herr Prof. Dr. Krupp, der sagt, Arbeitszeitverlängerungen würden nicht helfen. Natürlich müssen wir zur Mobilisierung von Arbeitsangebot die De-Facto-Arbeitszeit pro Kopf systematisch mitdenken, ob in der Woche, im Jahr oder bezogen auf die Lebensarbeitszeit. Das ist evident, weil wir daraus sonst – wie gezeigt – negative Wachstumseffekte erzielen.

Aber das Ganze wird nach unserer Auffassung jedenfalls bei einem gegebenen Wanderungssaldo – hier wird ein Nettowanderungssaldo von 100.000 unterstellt, im letzten Jahr lag der Nettowanderungssaldo bei plus 200.000 – nicht tragen, ohne dass wir auch an den Kinderzahlen etwas ändern können. In diesem Land ist ein konzentriertes Nachdenken über das Leitbild und die Wirksamkeit von Familienpolitik erforderlich. Wir geben im internationalen Vergleich bisher schon mit am meisten für familienpolitische Maßnahmen aus, nämlich 2 % des BIP, haben aber, wenn Sie mir den Begriff gestatten, geringen „reproduktiven Erfolg“. Die Maßnahmen verpuffen. Das Geld verpufft. Es zeigt – abzulesen an den Geburtenraten – nicht irgendeinen Erfolg. Das muss uns systematisch darüber nachdenken lassen, ob wir die zwei Dekaden, die wir noch Zeit haben, auch zu einer – wenn Sie so wollen – generativen Schubumkehr nutzen, indem wir familienpolitische Systeme als Großsysteme neu justieren – ein Punkt der unter dem Stichwort bevölkerungsorientierte Familienpolitik, wie ich meine, mittlerweile wieder diskutiert werden könnte. So viel zur „Pro-Kopf-Betrachtung“, des Arbeitsangebots unter demographischen Gesichtspunkten.

Ich gehe jetzt auf Betrachtungen zum qualitativen Humankapital ein. Ich habe kurssrisch einige Studien als Übersicht zusammengestellt, die Aussagen über den Zusammenhang zwischen Humankapital und Wachstum machen. Wir müssen kritisch gestehen, dass die letzte harte systematische Evidenz für den Zusammenhang zwischen Humankapitalinvestition und Wachstum in Heller und Pfennig fehlt. Die Literatur aber sagt überwiegend, es gebe einen positiven Zusammenhang zwischen Humankapitalinvestitionen und Innovationsfähigkeit, zwischen Produktivität und Wachstum. Die schon zitierte Studie der OECD oder die des Sachverständigenrates haben das kalibriert und sagen: Eine Steigerung der Bildungsjahre um 1 % führe zu einem zusätzlichen Wachstum von 0,1 %. Da kann man etwas tun.

Ich möchte sehr klar sagen: Nach allem, was wir bisher beobachten können, ist die Formel mehr Geld für Bildung in dieser Verkürzung falsch. Vorher muss es gelingen, die Effizienzpotenziale der gegebenen Bildungsinvestitionen auszuloten. Darauf komme ich am Ende meines Vortrags bei meinen Empfehlungen an die Politik zu sprechen. Die Studien geben einen Trend vor, nach dem es einen auch instrumentell gestaltbaren Zusammenhang zwischen Humankapital, Investitionen, Wachstum, Produktivität und Innovationen gibt.

Dass wir dabei nicht gut aufgestellt sind, mag Folgendes zeigen: Ausgehend vom EU-Durchschnitt der 15 Mitgliedsstaaten, sehen Sie hinsichtlich der relativen Wohlstandsposition der deutschen Säule – BIP pro Kopf – eine schwächelnde Entwicklung. Ich will keinen kausalen Zusammenhang herstellen, sondern nur auf den Gleichlauf hinweisen. Es gibt auch einen rückläufigen relativen Vorsprung oder sogar eine Umkehr zu einem Nachteil bei den formalen Hochschulabschlüssen der 25- bis 34-Jährigen. Ich muss auf das Thema Tertialisierung und Akademisierung dringend eingehen, weil wir glauben, dass das unter Wachstumsgesichtspunkten eine zentrale Variable ist. Wir können es anders spiegeln und können den gleichen Befund auf die Kohortenbetrachtung beziehen. Der Vorsprung der 55- bis 64-Jährigen gegenüber dem europäischen Durchschnitt ist weg und hat sich bei den 25- bis 34-Jährigen durch das Aufholen der anderen Länder jedenfalls bei den Hochschulabschlüssen, dem Meisterbrief oder der Techniker Ausbildung mittlerweile in einen Nachteil gegenüber dem EU-Durchschnitt von 15 verkehrt. Der Vorsprung ist weg. Die anderen haben ihre formalen Bildungsausstattungen fundamental erhöht. Wir können daraus definitiv keinen Vorsprung mehr ableiten, der uns über die demographischen Szenarien hinweg tragen würde.

Beziehen wir es allein auf die Akademiker und werfen wir einen Blick auf die so genannten Akademikerersatzquoten. In welchem Maße werden ausscheidende ältere Akademiker, die auf den Ruhestand zugehen, durch jüngere Akademiker ersetzt. Sie sehen – wir haben das auf der Grundlage von Daten der KMK, des Bundesamtes oder der OECD fortgerechnet – einen dramatischen Rückgang in der so genannten Akademikerersatzquote. Wir können etwas dagegen tun. Das sind Szenarienbündel, die wir auf den gegebenen Trend aufsetzen können durch Anreize, Effizienz, Integration und Rente. Wir können durch Anreize etwas dafür tun, die Studienneigung und den Übergang der Hochschulberechtigten in die Hochschulen von 70 auf 80 zu erhöhen. Wir können an der Effizienz etwas ändern, indem wir die Bildungszeiten verkürzen – Stichworte sind Bachelor und Master.

Wir haben die längsten Studiendauern ohne Studiengebühren. Wir können an der Integration ansetzen, indem wir „Bildungsausländer“ dazu bewegen, hier zu bleiben. Als Stichwort sei hier das Zuwanderungsrecht erwähnt. Das jetzige Zuwanderungsrecht ist

an der Stelle bisher sehr restriktiv. Menschen, die hier einen akademischen Abschluss gemacht haben, müssen sehr intensiv nachweisen, dass und ob sie überhaupt hier bleiben können. Die Generalisierung des Bleiberechts ist ein wichtiger Punkt, um „Bildungsausländer“ – also Menschen mit einem ausländischen Pass, die einen akademischen Abschluss erzielen – zum Hierbleiben zu bewegen, um damit die akademische Humankapitalausstattung zu verbessern. Zum Stichwort Rente ist anzumerken: Länger im Arbeitsmarkt zu bleiben, ist auch für Akademiker ein wichtiger Punkt, um die rückläufigen Akademikerersatzraten aufzufangen.

Ich komme auf die MINT-Absolventendichte zu sprechen. MINT steht für Mathematik, Ingenieur-, Naturwissenschaften und Technik und nimmt das auf, was viele Vorredner bereits angesprochen haben, nämlich den innovativen Kern einer alternden Gesellschaft. Die MINT-Absolventendichte, berechnet pro 100.000 Erwerbspersonen, zeigt, dass Deutschland bereits jetzt zu den Ländern mit einer abnehmenden MINT-Dichte zählt. Andere Länder haben einen deutlichen Auswuchs an akademischen MINT-Absolventen je Einwohner.

Wenn wir den Trend bis zu dem Jahr 2030 betrachten – weiter als bis zum Jahr 2030 kommt man nicht, eine Berechnung bis zum Jahre 2050 wäre in der Tat Scharlatanerie –, sehen wir auch da den rückläufigen Trend bei den so genannten MINT-Ersatzquoten. Das ist ein Problem sui generis, dem in allen Bereichen des Ausbildungs-, Bildungs- und Weiterbildungssystems Rechnung getragen werden muss.

Ich komme zu einem letzten Befund, bevor ich meine Empfehlungen formuliere, nämlich zu den Unternehmensgründungen. Kinder und junge Leute sind Innovationsträger. Es ist evident, dass die Mehrzahl der Unternehmensgründungen durch jenseits der 35- bis 45-Jährigen nicht stattfindet. Aus der Verschiebung der Altersstruktur ergeben sich automatisch abnehmende Unternehmensgründungsraten. Wenig harte Evidenz gibt es bei der Frage, wie sich Innovation über den Lebenszyklus verteilt. Wir müssen hier vorsichtig sein. Hier haben wir noch empirische Defizite. Daran sollte dringend gearbeitet werden. Aber die generelle Vermutung auch der MEA-Studien ist, dass eine alternde Bevölkerung nicht in jedem Fall höhere Innovationsraten aufweisen muss, um es vorsichtig zu formulieren.

Nun zu einigen Schlussfolgerungen zur Bildungsreform, weil ich eingangs gefragt habe, was ein Land tun kann. Es ist nicht damit getan, zu sagen: Wir brauchen mehr Geld. Es ist eine bildungsökonomische Diskussion erforderlich, die auch – Frau Prof. Dr. Färber – genau die Fragen aufnimmt, wer zahlt und wer von Bildungsinvestitionen profitiert, ob es private Investitionen oder öffentliche Investitionen sind. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, um eine absurde Diskussion für Deutschland aufzumachen. Wir geben im Elementarbereich viel Geld aus, aber überdurchschnittlich viel durch private Finanzierung. Wir haben Elterngebühren im Elementarbereich, aber keine Studiengebühren im Verzehrereich. Dort, wo die Ausbildungserträge angeeignet werden können, verzichten wir auf die Beteiligung Privater. Im frühen Bereich, in dem wir hohe externe Effekte haben, hohe Renditen auf einen ausgegebenen Euro, haben wir in Deutschland in einem überdurchschnittlichen Maße private Finanzierung. Unter bildungsökonomischen Gesichtspunkten kann das nur als kompletter Unsinn bezeichnet werden. Deswegen diese Eckpunkte aus bildungsökonomischer Sicht.

Bildung ist mit steigendem Alter ein privates Gut. Die Externalitäten der Bildung in der frühen Kindheit sind am höchsten. Deswegen ist es eo ipso zwingend, einen gegeb-

nen öffentlichen Euro von den fortgeschrittenen Stufen des Bildungssystems in die früheren Phasen der erwerbsbiographischen Prägung zu geben. Das, was oben frei wird, muss mit privaten Mitteln erschlossen werden. Im Augenblick finden Verhandlungen über Studiengebühren statt. Wir sind zuversichtlich, dass es Bewegung geben wird.

Wir müssen über Kindergarten- und Schulgutscheine für Benachteiligte dafür sorgen, dass das Drop-out-Problem in der frühen Phase dringend bekämpft wird. Das ist eine hohe gesellschaftliche Verpflichtung, der auch aus ökonomischen Gründen alle Argumente zur Seite zu stellen sind. Frühere Einschulung, Ausbau der frühen Förderung, auch mit Angeboten an Ganztagsbetreuung, was definitiv ein überfälliges Gebot der Stunde ist, Studiengebühren und – darüber gilt es auch nachzudenken – Schulgebühren, weil der Grundsatz sein muss: Wenn öffentlich finanziert wird, muss zunächst die Nachfrage gestärkt werden. – Wir können mit zunehmender Stufe auf der bildungsbiographischen Leiter stärker denn je private Finanzierung einschließen. Das Ganze führt dann zu einer effizienteren Nutzung von Bildungszeiten, vor allen Dingen bei Studienzeiten. Wir müssen die so genannte Amortisationszeit von Bildungsinvestitionen durch einen früheren Berufseintritt und eine Abkehr von der Frühverrentung erhöhen.

Daraus folgt, dass noch viele strittige Fragen in der Bildungspolitik zu klären sind, die uns alle als wirkliche Zukunftsaufgabe beschäftigen sollten. Zur Stärkung der Bildungsautonomie würde zählen, die ZVS, wie wir sie in der jetzigen Form haben, abzuschaffen – sie kann andere Funktionen übernehmen –, und den Schulen und Hochschulen Auswahl-, Budget- und Personalhoheit zu ermöglichen. Sie müssen selbständig agieren können. Wir brauchen dringend Bildungsstandards, Ergebniskontrollen im Wege der Evaluation, Monitoring, Qualitätsstandards, Zentralprüfungen und internationale Leistungsvergleiche. Ohne PISA wären wir definitiv nicht da, wo wir heute sind. Die OECD sagt immer: Ohne Daten ist man jemand mit einer Meinung. Wir brauchen Daten und empirische Fundierung. Die Bildungsfinanzierung muss an den Nachfragern ausgerichtet und das Dienstrecht muss flexibilisiert werden. Ich habe auf das Reizwort des Beamtenstatus bewusst verzichtet, aber das gehört in das Gesamtpaket, nach dem, was ich hier vorhin gehört habe, dezidiert mit hinein.

(Unterbrechung: 16:10 bis 16:20 Uhr)

**Vorsitzender:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich lade Sie zur Fortsetzung der Anhörung ein. Bevor ich Frau Dr. Reil-Held das Wort erteile, eine Anmerkung in eigener Sache dieses Landtags. Sie haben heute die Gelegenheit, vermutlich zum letzten Mal in diesem Plenarsaal zu sein, weil ab Januar des nächsten Jahres bis zum übernächsten Jahr ein neuer Plenarsaal entstehen soll, der vielleicht ein bisschen menschenfreundlicher als dieser nur vom Kunstlicht bedachte Saal ist. – Ich erteile jetzt Frau Dr. Reil-Held das Wort, die als Mitarbeiterin von Herrn Prof. Börsch-Supan eine Begleiterin dieser Enquetekommission ist.

**Dr. Anette Reil-Held, MEA, Universität Mannheim:<sup>2</sup>**

Vielen Dank Herr Vorsitzender! Ich werde im Folgenden die ökonomischen Auswirkungen des demographischen Wandels in Hessen präsentieren. Uns ist es ganz wichtig, nicht nur über die Auswirkungen im Sinne von Problemen zu reden, sondern auch darzustellen, was man tun kann und was man tun sollte, um diesen Herausforderungen zu begegnen, denn sie sind beherrschbar.

Hierzu werde ich zunächst den demographischen Hintergrund in Hessen kurz darstellen, wobei es mir nicht um die Zahlen geht. Die Zahlen kennen Sie alle. Sie wurden Ihnen vom Statistischen Landesamt ganz klar aufbereitet und von Herrn Hohmann bereits präsentiert. Ziel und Zweck der Übung soll sein, zu erkennen, dass die Frage, was eine alternde Gesellschaft ist und was Vergreisung heißt, nicht nur eine Frage von Daten ist, sondern auch in einigen Köpfen steckt, also eine Frage der Sichtweisen ist. Das möchte ich exemplarisch verdeutlichen.

Basierend auf dieser demographischen Entwicklung werde ich darauf eingehen, was diese demographische Entwicklung für den hessischen Arbeitsmarkt bedeutet und wie die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt auf das Wirtschaftswachstum einwirken. Anschließend gehe ich auf einen zweiten wichtigen Markt in der Volkswirtschaft ein, nämlich auf den Kapitalmarkt, und werde kurz die Frage diskutieren, ob wir einen Asset Meltdown zu befürchten haben, der in der Diskussion kursiert. Die Angst ist, dass, wenn die Baby-Boomer, also die geburtenstarken Jahrgänge, in den Ruhestand eintreten und ihr ganzes Vermögen entsparen, die Vermögensbestände aufgrund von Renditecrashes abschmelzen. Meine Ausführungen werde ich mit einem kurzen Fazit schließen und darlegen, was aus unserer Sicht Ansatzpunkte sind, dem demographischen Wandel zu begegnen.

Zunächst zum Hintergrund. Demographie in Hessen. Sie sehen hier die hessische Entwicklung von 2003 bis 2050 aufgezeichnet. Das ist die mittlere Variante des Statistischen Landesamtes. Die meisten von Ihnen kennen die Zahlen. Ich bezeichne das als konventionelle Sichtweise, weil die Altersgrenzen, die wir betrachten, klassisch abgegrenzt sind. Es gibt die junge Generation im Alter von 0 bis 19 Jahren. Es gibt die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 59 Jahren – noch angelehnt an das frühe Renteneintrittsalter von 60 Jahren – und eine Altvollquote, definiert als Menschen im Alter von 60 Jahren plus und Hochbetagte im Alter von 85 Jahren plus.

Sie kennen die Entwicklung und Verschiebung in der Altersstruktur. Das wird anhand des so genannten Altenquotienten dargestellt, der das Verhältnis der alten Bevölkerung zur erwerbsfähigen Bevölkerung angibt. Dieser Quotient wird sich in Hessen von heute 43 % bis zum Jahr 2050 auf etwa 83 % verdoppeln, sofern die Annahmen der mittleren Variante eintreten.

Es stellt sich die Frage, ob diese Sichtweise die richtige Sichtweise ist, weil sie einem statischen Altersbild unterliegt. Unserer Auffassung nach sind heute 60-Jährige nicht mit 60-Jährigen im Jahre 2050 vergleichbar. Grenzen wir heute mit 85 Jahren plus ab, ist dies im Jahr 2050 in Anbetracht der weiter steigenden Lebenserwartung auch nicht mehr haltbar. Deshalb haben wir eine dynamische Altersstruktur entwickelt. Das Statistische Bundesamt geht in der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung in der mittleren Variante davon aus, dass die Lebenserwartung – das ist ein gemischter Mit-

<sup>2</sup> Die Charts zum Vortrag von Dr. Reil-Heil sind in der Anlage 2.

telwert von Männern und Frauen – von 78 auf 84 Jahre steigen wird. Wenn ich diesen Anstieg der Lebenserwartung proportional auf die Altersgrenzen umlege, die ich Ihnen eben gezeigt habe, kommt man zu einer anderen Bevölkerungsstruktur, wenn man es im Zeitablauf dynamisch anpasst.

Sie sehen auf der Folie die konventionelle Denkweise. Passt man die Lebenserwartung an und sagt, dass ein 85-Jähriger heute einem Jüngeren im Jahre 2050 entspricht und macht das im ganzen Beobachtungszeitraum, ergibt sich diese Entwicklung der Bevölkerungsstruktur. Sie sehen vor allem, dass sich die Anzahl der Hochbetagten kaum verändert, sondern nach dieser Sichtweise fast unverändert bleibt. Sie sehen, wenn die Lebenserwartung korrigiert und angepasst wird, ist die Alterung der Bevölkerung gar nicht mehr so dramatisch. Der Bevölkerungsquotient steigt dann nur noch auf 61 % statt auf 83 %. So viel zur Anpassung des Altersbildes.

Betrachtet man die ökonomischen Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung für Hessen, bietet es sich an, zwei demographische Entwicklungen zu unterscheiden, die sich am besten anhand der Alterspyramiden darstellen lassen. Sie sehen die Alterspyramiden für die Jahre 2000, 2025 und 2050. Ich komme auf die erste Entwicklung zu sprechen. Wir haben einen Strukturbruch in der Bevölkerung. Die Ausbuchtungen sind die geburtenstarken Jahrgänge, die so genannten Baby-Boomer, die gefolgt werden vom Pillenknick. In der Bundesrepublik ist es eine einmalige historische Abfolge, dass die folgenden Geburtsjahrgänge nur halb so stark sind wie die vorhergehenden. Das aber ist unveränderbar. Daran kann niemand mehr etwas ändern. Das ist keine Frage von Prognosen, sondern das ist ein Fakt, denn die Kinder sind schon längst geboren. Diejenigen, die in Zukunft gebären werden, schließen sich an. Wir haben also einen Bruch in der Bevölkerungsstruktur. Wir haben viele Baby-Boomer, die im Jahre 2025 in Ruhestand gehen, und wir haben weniger im erwerbsfähigen Alter, die ihnen gegenüberstehen. Das erste Problem der Demographie sind der Baby-Boom und der Pillenknick. Das belastet die Sozialversicherungssysteme, die umlagefinanziert sind, wie auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum, weil in Zukunft weniger Produzenten für fast gleich viele Konsumenten vorhanden sein werden.

Die zweite demographische Entwicklung, die Frau Prof. Färber bereits als Problem angesprochen hatte, ist die längere Lebenszeit, die sich bei den Bevölkerungspyramiden in der stärkeren Besetzung der oberen Altersjahrgänge widerspiegelt. Das ist unserer Auffassung aber nicht wirklich ein Problem. Deswegen setzen wir es in Anführungszeichen. Die ansteigende Lebenserwartung ist nur dann ein Problem, wenn wir uns nicht an das Altersbild, die Lebensarbeitszeit, die produktive Phase mit gesteigerter Lebenserwartung anpassen. Das belastet die Wirtschaft und die Sozialversicherungen nur, wenn sich der Anstieg der Lebenserwartung unproportional darstellt.

Ich komme nun auf die Konsequenzen der demographischen Entwicklung zunächst für den Arbeitsmarkt als wichtigsten Produktionsfaktor unserer Volkswirtschaft zu sprechen. Hier muss man sehen, wie sich die Anzahl der Erwerbsfähigen entwickelt. Bislang haben wir uns die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter grob vereinfacht angesehen. Die Erwerbstätigen zu prognostizieren, ist schwerer als die Bevölkerung, da wir über die Bevölkerungsinformationen hinaus auch alters- und geschlechtsspezifische Erwerbsquoten zugrunde legen müssen. Um den Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen auf verschiedene Erwerbsquoten zu verdeutlichen, haben wir sie für Hessen für zwei verschiedene Szenarien berechnet.

Das eine ist ein pessimistisches Szenario. Die alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten stagnieren auf dem heutigen Niveau. Wir halten sie konstant und schreiben die Bevölkerung fort und multiplizieren. Daraus resultiert aufgrund der veränderten Bevölkerungsstruktur – mehr Ältere, weniger Menschen aufgrund des Rückgangs der Bevölkerung –, dass es im Jahr 2040 in Hessen 700.000 Erwerbstätige weniger geben wird als heute.

Die Erwerbsquoten sind ein Gestaltungsparameter. Sie sind beeinflussbar sowohl durch ökonomische als auch durch politische Rahmenbedingungen: Arbeitslosenquote, Renteneintrittsalter, Berufseintrittsalter. Um einmal die Hebelwirkung verschiedener Parameter zu zeigen, haben wir alternativ angenommen, dass die Erwerbsquoten insgesamt steigen. Wir haben die relativ optimistischen Annahmen der Rürup-Kommission – ganz am Anfang hatten wir bei Herrn Prof. Dr. Krupp den Vergleich zwischen der Herzog-Kommission und der Rürup-Kommission gesehen – hinsichtlich eines starken Anstiegs der Frauenerwerbsbeteiligung, hinsichtlich einer Verschiebung des Renteneintrittsalters bis 2035 um drei Jahre und hinsichtlich einer Halbierung der Arbeitslosenquote zugrunde gelegt. Setzt man diese Parameter voraus und überträgt sie auf Hessen, ergibt sich diese Entwicklung der Erwerbstätigkeit. Diese Zahlen der Erwerbstätigen werden in Hessen dann immer noch sinken, aber bei weitem nicht mehr so stark, weil es nach diesem Szenario immerhin 20 % mehr Erwerbstätige gibt.

Nun mag man einwenden, dass der Rückgang der Anzahl der Erwerbstätigen nicht so gravierend ist. Es gebe einen Rückgang der Bevölkerung. Daher müsse für weniger Leute produziert werden. Um das zu berücksichtigen, kann die so genannte Stützquote berechnet werden, welche die Erwerbstätigen zu den Konsumenten, die sie versorgen müssen, ins Verhältnis setzt. Diese Stützquote liegt in Hessen im Moment bei 54 %. Das heißt: Auf zehn Konsumenten kommen fünf Erwerbstätige.

Unter dem pessimistischen Szenario, nach dem die Erwerbsbeteiligung stagniert und nicht steigt, sinkt diese Erwerbsquote bis 2040 auf 44 %. Das entspricht einem Rückgang von 19 %. Wird das umgerechnet auf die jährliche Veränderungsrate des Produktionsausfalls und werden diese 0,5 % dem langfristigen Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,5 % gegenübergestellt, sehen Sie, dass es schon gravierend ist. Ein Drittel des Wachstums geht durch den Rückgang der Quoten der Erwerbstätigen verloren, wenn diese pessimistische Annahme zugrunde gelegt wird. Wenn man an die steigenden Erwerbsquoten glaubt, lässt sich dieser Rückgang deutlich abmildern. Dann würde der jährliche Wachstumsverlust durch diesen Effekt jährlich nur noch 0,2 % betragen.

Der Rückgang der Erwerbstätigen ist aber nicht die einzige Herausforderung, die der hessische Arbeitsmarkt zu bestehen hat, das entspricht einem Siebtel des Wachstums. Außer der Schrumpfung der Zahl der Erwerbstätigen, was in Produktionsausfall und Wachstumsverluste münden wird, gibt es auch eine Alterung der Belegschaft zu beobachten. Heute gibt es in Hessen einen Anteil von etwa 12 % an Arbeitnehmern im Alter von 55 Jahren und mehr. Dieser Anteil wird, wenn man davon ausgeht, dass sich die Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmer entsprechend der eben gezeigten Annahmen erhöht, bei einem Fünftel im Jahr 2030 liegen. Dann stellt sich die Frage, die unter anderem von Herrn Bräuninger diskutiert wurde, nach der Innovationskraft solcher Arbeitnehmer. Jüngere sind, wie wir glauben, innovativer, Ältere dagegen erfahrener. Wie wirkt sich das insgesamt auf die Produktivität aus? Wenn man davon ausgeht, dass ältere Arbeitnehmer weniger produktiv sind, bedeutet das einen weiteren Wachstumsverlust im Aggregat. Aber wir wissen über diesen Zusammenhang noch sehr wenig.

Insgesamt sind wir der Auffassung, dass es schwierig ist, die Produktivität eines Einzelnen zu messen. Man muss es letztlich im Team betrachten. Wir können nur hoffen, dass sich das Zusammenspiel zwischen Jung und Alt, zwischen Innovativen und Erfahrenen in Zukunft verbessern wird, um das potenziell auszugleichen. Aber das ist ein ganz heißes Forschungsthema. Im Moment gibt es wenig Evidenz.

Aber die Produktivität älterer Arbeitnehmer ist keine als fest zu betrachtende Größe. Sie ist veränderbar. Wie ist diese Größe veränderbar? Durch Aus- und Weiterbildung. Stichwort: lebenslanges Lernen. Wir werden es uns nicht länger leisten können, das lebenslange Lernen nur als Schlagwort zu betrachten, sondern wir müssen versuchen, das in die Tat umzusetzen.

Schließlich gilt es einer weiteren Herausforderung auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der alternden Gesellschaft zu begegnen, nämlich der Verschiebung in der Konsumgüternachfrage. Ältere Menschen fragen andere Konsumgüter als junge Menschen nach. Das typische Beispiel, das dafür ganz drastisch ist, lautet: Schaukelstühle statt Schaukelpferde. Ältere Menschen fragen nicht nur weniger Schaukelpferde nach, sondern auch weniger Mobilität und weniger Verkehrsleistung, weil die Hauptmobilitätsnachfrage von den Berufspendlern ausgeht. Dafür fragen ältere Menschen mehr Gesundheitsleistungen nach. Wenn wir das ernst nehmen, was ich eben gesagt habe, wird eine alternde Gesellschaft auch mehr Bildung nachfragen.

Diese sektoralen Verschiebungen lassen sich überschlagsmäßig unter den Annahmen, dass die altersspezifischen Konsumausgaben gleich bleiben, in Zukunft fortrechnen. Die Überschlagsrechnung unseres Instituts zeigt, dass etwa jeder sechste Arbeitsplatz in einen anderen Sektor umgesetzt werden muss: Raus aus der Schaukelpferdindustrie, rein in Gesundheit, um das ganz überspitzt zu formulieren. Aber jeder sechste Arbeitsplatz erfordert erhebliche Mobilität. Darin sind wir im Moment noch nicht so furchtbar gut.

Ich komme kurz auf den Kapitalmarkt zu sprechen. Das ist weniger ein landespolitisches Problem, als ein ökonomisch wichtiges Problem. Deshalb möchte ich hier nur kurz darauf eingehen. Geht man davon aus, dass das klassische Gedankengut in der Ökonomie, warum und wie Leute sparen, darin besteht, während der Erwerbstätigkeit zu sparen, um im Alter zu entsparen und um den Konsum einigermaßen gleichmäßig zu halten, bekommen wir etwa ab 2030 ein Problem, wenn die Baby-Boomer in Rente gehen und das ganze Vermögen von den Banken abheben, um es auszugeben. Das heißt, dass es auf dem Kapitalmarkt ein großes Angebot, aber eine geringe Nachfrage geben wird. Die Renditen sinken. Es gibt einen Crash. Das Vermögen wird schmelzen. Zusätzlich stellt sich der Effekt ein, den ich eben präsentiert habe: Es gibt weniger Erwerb in der Volkswirtschaft. Die Volkswirtschaft wird kleiner. Das ist ein Problem für den Kapitalmarkt. Eine relative Arbeitsknappheit bedeutet, dass Arbeit relativ teuer und Kapital billiger wird. Das ergibt einen weiteren Druck auf die Renditen auf dem Kapitalmarkt.

Wird es also diesen Asset Meltdown – das Abschmelzen von Vermögensgegenständen – geben? Wir haben dazu eine Berechnung durchgeführt und können ganz klar nein sagen. Der Kapitalmarkt ist nicht immun gegen die Alterung. Wir werden einen Rückgang der Renditen aus den genannten Gründen haben, aber dieser Rückgang ist nicht dramatisch, sondern überschaubar. Unseren Schätzungen nach gehen sie in der diversifizierten Wirtschaft der EU etwa von 4,8 % auf 3,8 % herunter, denn zum Glück gibt es

weitere Mechanismen der Volkswirtschaft, die den ebenen genannten Szenarien entgegenwirken und sie abdämpfen werden. Zunächst ist es so, dass alternde Volkswirtschaften mehr Produktivkapital brauchen. Wir müssen Arbeitsvolumen durch Kapital substituieren: Gebt den Arbeitnehmern bessere Maschinen, dann können sie auch mehr produzieren und den Rückgang der Erwerbstätigen kompensieren.

Ein zweiter Punkt ist, dass die konsequente Umsetzung des Rentenreformprozesses den Aufbau der kapitalgedeckten Altersvorsorge mit sich bringt, der nicht abgeschlossen sein wird, wenn die Baby-Boomer in Rente gehen. Wir sind in der Anfangsphase. Unsere Berechnungen zeigen, dass es erst bis etwa 2050 beendet sein wird. So lange wird noch für diesen Zweck mehr Kapital nachgefragt werden als im Moment. Schließlich sind wir keine isolierte Volkswirtschaft. Wir sind kein isoliertes Bundesland. Wir müssen uns öffnen. Wir sind diversifiziert. Was hier zählt, ist die internationale und nicht die nationale Demographie. Deutschland als relativ arbeitsarme und kapitalreiche Gesellschaft wird Kapital in Länder überführen, die reich an Arbeitskräften sind, aber über weniger Kapital verfügen. Wir werden dort mit dem zur Verfügung gestellten Kapital produzieren lassen. Das ist internationale Risikoteilung, denn Deutschland altert besonders.

Den Kapitalmarkt muss man differenziert betrachten. Ich habe eben vom Realkapital gesprochen. Auf dem Wohnungsmarkt gelten etwas andere Aspekte. Ich habe leider keine Zeit mehr, im Detail darauf einzugehen. Nur ganz kurz: Die Lage auf dem Wohnungsmarkt sieht weniger rosig aus, weil die Ausgleichsmechanismen fehlen. Häuser können nicht nach Frankreich geschickt werden, wo die Geburtenziffer eine höhere ist. Wir können auch kein Produktivkapital durch Immobilien ersetzen, um für eine höhere Produktivität zu sorgen. Aber ein Aspekt, der hier hilft, ist, dass die Nachfrage auf einem billigen Markt nicht durch die Bevölkerung, sondern durch die Anzahl der Haushalte bestimmt wird. Unsere Vorausberechnung ergibt, dass aufgrund der niedrigeren Haushaltsgröße älterer Menschen die Zahl der Haushalte in Hessen deutlich nach der Bevölkerung sinken wird, nämlich 15 Jahre später, was den Wohnungsmarkt entlastet. Natürlich muss man es differenziert sehen. Hessen ist sehr heterogen. Wir müssen sowohl nach den Regionen als auch nach der Lage des Objektes unterscheiden. Insgesamt sorgt die steigende Haushaltsgröße über einen längeren Zeitraum für eine Entlastung auf dem Wohnungsmarkt.

Zur Frage, was wir tun müssen: Zunächst einmal muss versucht werden, den Arbeitsmarkt quantitativ zu verbessern, indem für mehr Erwerbstätige gesorgt wird. Den größten Hebel gibt es über das Rentenalter und über einen früheren Berufseintritt. Bei der Frauenerwerbsquote kann auch noch etwas getan werden. Vorhin haben wir in einer Präsentation gesehen, dass Deutschland im Vergleich weit hinten liegt. Da ist der Hebel allerdings nicht mehr so groß. Bei den neuesten Jahrgängen gibt es bereits eine relativ hohe Erwerbsbeteiligung. Wenn das nicht zulasten der Männererwerbsbeteiligung gehen soll, weil sich irgendetwas um die Kinder kümmern muss, erwarten wir hier nicht den großen Hebel, um die Alterungsproblematik zu bewältigen. Schließlich ist die Migration zu nennen. Migration hilft, kann uns aber nicht retten. In die Szenarien, die ich Ihnen gezeigt habe, ist bereits der Wanderungssaldo für Hessen einbezogen.

Ich komme auf einen nächsten Punkt zu sprechen. Wir müssen die Produktivität erhöhen, um die geringere Zahl der Erwerbstätigen zu kompensieren. Das ist der qualitative Aspekt auf dem Arbeitsmarkt. Das geht zum einen, indem für eine bessere Kapitalausstattung gesorgt wird. So können Arbeitnehmer produktiver arbeiten. Das ist das Argu-

ment der besseren Maschinen. Das geht zum anderen durch eine bessere Rentenpolitik. Jetzt fragen Sie sich, wie man über die Rentenpolitik die Produktivität erhöhen kann. Die Überlegung ist, dass es sich für einen Arbeitgeber lohnen muss, einen älteren Beschäftigten an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen zu lassen. Das hört im Moment im Alter von 45 Jahren auf. Nach 45 Jahren findet fast keine Weiterbildung mehr statt. Wenn ein Arbeitgeber weiß, er kann sich relativ günstig von einem 58-Jährigen trennen, wird er keine Weiterbildungsmaßnahmen mehr in einen 55-Jährigen investieren. Wenn die Politik hier Signale setzt, dass der Arbeitgeber den älteren Arbeitnehmer ziemlich wahrscheinlich noch längere Zeit wird beschäftigen müssen, ist die Hoffnung groß, dass für ältere Arbeitnehmer im Bereich der Weiterbildung noch etwas geschieht.

Ich habe über die Anpassung auf dem Gütermarkt und über Strukturwandel in der Güternachfrage gesprochen. Das erfordert, die Flexibilität und die Mobilität der Arbeitskräfte zu erhöhen. Ein Ansatzpunkt ist folgender: Da wir wissen, dass die kleinen Firmen wachsen und sich flexibel anpassen, nicht aber die großen, muss die Einstellung neuer Mitarbeiter in dem Bereich möglichst erleichtert werden.

Ich habe zum Wohnungsmarkt nur kurz etwas gesagt. Das möchte ich nicht weiter ausführen. Es ist eigentlich selbstredend, sich zumindest auf Regionen, deren Bevölkerungszahlen schrumpfen werden, zu konzentrieren und in die Fläche zu investieren.

Schließlich der letzte Punkt: Wir müssen uns öffnen und dürfen Globalisierung nicht verteufeln. Globalisierung hilft. Das ist eine internationale Risikoteilung. Wir sollten die komparativen Vorteile der einzelnen Länder nutzen.

### **Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, RIW Essen:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Worterteilung und für die Einladung, mit Ihnen ein paar Gedanken zum demographischen Wandel teilen zu können. Ich denke, es ist immer schwer, als achter Redner die Zuhörer überreden zu wollen, noch etwas Grundsätzliches zu diskutieren. Dennoch möchte ich einige Ausführungen grundsätzlicher Natur machen und ich möchte Sie gern die nächsten 20 Minuten dafür gewinnen.

Ich stelle nicht infrage, dass wir einen demographischen Wandel erleben werden. Das wäre eine Beleidigung Ihrer Intelligenz. Die Lebenserwartungen steigen ganz klar. Die Geburtenraten sind niedrig. Das umzudrehen, wird nicht leicht sein. Welches Ausmaß der demographische Wandel exakt annehmen wird, ist nicht das Thema. Das Thema ist eher grundsätzlicher Natur. Das möchte ich gern mit Ihnen diskutieren.

Ich möchte allerdings fragen, was das eigentliche Problem ist, nur nicht in der Form, in der es heute schon gefragt worden ist. Ich frage: Besteht das Problem in den Veränderungen oder in den Rahmenbedingungen und den Möglichkeiten, sich an diese Veränderungen anzupassen? – Ich werbe dafür, dass ein großer Teil der auf uns zukommenden Probleme darin liegt, nicht den Mut zu haben, alte Institutionen infrage zu stellen. Wenn man es ganz überspitzt ausdrücken will, bringe ich es wie folgt auf den Punkt. Da Sie für die Politik und den Staat im Augenblick hier in meinem Sichtfeld stehen, sage ich: Ein Teil des Problems liegt an Ihnen, wenn Sie versuchen, etwas zu gestalten, das außerhalb Ihrer eigentlichen Gestaltungsaufgabe und Ihrer Möglichkeiten liegt, und Sie

auch nicht bereit sind, vermeintlich bewährte Institutionen infrage zu stellen. Das heißt nicht, dass Sie nicht eine ganz wichtige Rolle haben. Ich denke aber, sie liegt manchmal auch darin, sich zurückzunehmen. Dafür möchte ich gern werben und eine Argumentation aufbauen, wie ich zu dieser sicherlich provokativen Schlussfolgerung komme.

Ich möchte meine Argumentation auf zwei grundlegenden – ich würde eigentlich sagen Erkenntnissen, aber lassen wir es bei Argumenten – aufbauen. Das eine ist, dass die Objekte Ihrer Fürsorge, die Bürger, Menschen mit einem eigenen Willen sind, die sich sehr wohl in einer von Knappheiten geprägten Umwelt bewusst bewegen und bewusst Entscheidungen treffen, um ihr Leben in dieser Umwelt zu gestalten. Das bedeutet, dass das, was an Märkten geschieht, durchaus auch von den Individuen beeinflusst wird, die auf diesen Märkten agieren. Insbesondere Güter- und Produktionsfaktoren, die relativ zu ihrem Grad der Begehrtheit knapp sind, wird auch eine hohe Wertschätzung gegenübergebracht.

Grundsätzlich ist der demographische Wandel nichts anderes als eine Verschiebung von relativen Knappheiten auf verschiedene Güter. Es wurde gerade sehr kompetent der Arbeitsmarkt angesprochen, aber auch andere Güter wie der Kapitalmarkt oder Innovationsfähigkeit. Das alles sind Veränderungen in relativen Knappheiten und in relativem Überfluss an Faktoren an Gütern, die dadurch eine Veränderung ihrer Wertschätzung erfahren würden, wenn sich die Märkte anpassen könnten. Oft können sie sich nicht anpassen. Oft muss der Staat eingreifen, weil solche Anpassungsmöglichkeiten nicht vorhanden sind. Oft hemmt er offensichtlich auch solche Anpassungsmöglichkeiten. Das ist der erste Block eines roten Fadens durch meine Argumentation.

Das zweite grundlegende Argument ist, dass Menschen im Lebensverlauf grundsätzlich typische Verhaltensmuster auf verschiedenen Märkten zeigen. Ganz transparent ist es, dass die Ausbildungszeit wahrscheinlich doch am Anfang des Lebenszyklus liegt, die Rentenphase eher am Ende und dass es irgendwo zwischendrin so etwas wie Familienbildung und Erwerbstätigkeit gibt. Diese grundsätzliche Veränderung dessen, was man tut – übrigen auch dessen, was man konsumiert und am Gütermarkt und Dienstleistungsmarkt nachfragt –, wird wohl in weiten Zügen nicht sehr davon beeinflusst werden, auch nicht in Zukunft, inwieweit man mit einem großen oder einem kleinen Geburtenjahrgang beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt konkurriert. In einigen Punkten mag das so sein, aber in vieler Hinsicht ist das Verhalten entlang des Lebenszyklus auf vielen Märkten mehr oder weniger ein fest gefügtes Muster.

Nun kann man in einen Geburtsjahrgang zwar nicht hineingeboren werden, man kann aber dazuwandern. Insofern sind die Stärken der Geburtsjahrgänge sicherlich im Zeitablauf veränderlich. Aber sie sind vor allem auch geprägt durch die unterschiedliche Häufigkeit des Auftretens von verschiedenen Lebensverläufen, die zu verschiedenen Zeitpunkten ihren Anfang genommen haben. Wenn man so will, ist eine Altersstruktur in einer Querschnittsbetrachtung nichts anderes als ein Schnitt durch eine überlappende Auflistung von verschiedenen Geburtsjahrgängen und ihren jeweiligen Lebensläufen. Mit anderen Worten: Es ist ganz trivial, aber trotzdem sehr wichtig, das grundsätzlich für die Argumentation mitzunehmen. Kalenderzeiten und Lebensalter sind für jeden Geburtsjahrgang unzweideutig verwoben.

Wenn man das für den Augenblick mitnimmt und mir insoweit folgt, möchte ich gern das Thema systematisieren und Ihnen Forschungsfragen zum demographischen Wandel kurz auflisten. Diejenigen, die die schriftlichen Ausführungen haben, haben es optisch

etwas besser aufbereitet vorliegen. Ich habe hier die Karikatur einer Matrix, aber die Inhalte sind die gleichen.

Ich möchte gern drei Analyseebenen und drei Untersuchungseinheiten unterscheiden und anhand dieser Unterscheidungen herausarbeiten – so weit es die knappe Zeit zulässt –, inwieweit man auch durch gestaltende Politik eingreifen kann. Die drei Untersuchungseinheiten, die ich gern unterscheiden will, sind die Objekte Ihrer Fürsorge, die Akteure in verschiedenen Märkten. Das sind einerseits die Individuen, andererseits Unternehmen und drittens Gemeinwesen, beispielsweise Kommunen. Die Analyseebenen beschäftigen sich in verschiedener Perspektive mit den Veränderungen relativer Knappheiten. Die erste Analyseebene, die Verschiebung relativer Knappheiten, ist das, was wir in der Regel diskutieren, wenn wir von ökonomischen und fiskalischen Auswirkungen des demographischen Wandels in der öffentlichen politischen Diskussion sprechen. Das ist das, was passiert, weil sich die Demokratie verschiebt, weil die relativen Anteile von z. B. jungen Arbeitnehmern geringer als die von erfahrenen Arbeitnehmern werden, weil die relativen Anteile von älteren Konsumenten mit ihren eigenen Bedürfnissen größer werden. Das aber ist noch nicht die ganze Geschichte.

Lassen Sie mich ganz kurz durch die Themenkreise gehen. Der erste wichtige Markt – das hat meine Vorrednerin ganz richtig angedeutet – ist der Arbeitsmarkt. Der Arbeitsmarkt ist der Markt, auf dem die meisten Menschen ihre Einkommen erzielen, ihre gesellschaftliche Teilhabe sichern. Natürlich ist die Verschiebung der relativen Anteile von alten und jungen Arbeitnehmern grundsätzlich erst einmal nicht ohne Auswirkungen. Wir haben ganz klar, wie sich in vielen arbeitsökonomischen Studien nachvollziehen lässt, Profile von Produktivität und damit einhergehend von Einkommen bzw. Risiken der Arbeitslosigkeit im Lebenszyklus. Typischerweise verdienen ältere Arbeitnehmer mehr als jüngere, egal, ob wir uns auf unserem Arbeitsmarkt oder beispielsweise auf dem US-amerikanischen Arbeitsmarkt umschauchen. Dieser höhere Verdienst ist vielleicht vor allem eine Reflexion erhöhter Produktivität, die mit dem Alter einhergeht. Bei uns kommt natürlich noch dazu, dass wir Senioritätsentlohnung für wahrscheinlich eine sehr unantastbare Institution unseres gemeinschaftlichen Lebens haben. Das stellt ein großes Problem dar, denn diese Profile im Einkommen und in der Produktivität werden natürlich durch veränderte Prävalenz, durch veränderte Häufigkeit verschiedener Produktionsfaktoren wie junge oder alte Arbeitnehmer infrage gestellt. Wenn es wenige junge Talente gibt, werden sie natürlich relativ begehrt sein, viel begehrt als die vorherige Generation, die damals zum gleichen Zeitpunkt in ihrem Lebenszyklus nicht so knapp war. Solche Veränderungen am Arbeitsmarkt werden dazu führen, dass sich die Löhne im freien Spiel der Kräfte anpassen. Wahrscheinlich wird es bei uns dazu führen, wenn an dem System der Senioritätsentlohnung festgehalten wird, dass sich die Altersarbeitslosigkeit als Problem verschärfen wird.

Ich komme auf den zweiten Themenkreis, die industrieökonomischen Implikationen, zu sprechen. Hierbei sind drei Punkte anzusprechen. Das eine ist die Veränderung von Angebot und Nachfrage. Gerade wurden die sehr plastischen Stichworte Schaukelstuhl und Schaukelpferd genannt. Ich möchte gar nicht groß etwas hinzufügen. Es ist natürlich klar, dass sich die Anbieter und Nachfrager neu einspielen müssen. Wo aber ist das Problem? – Insbesondere sehe ich nicht, dass es eine staatliche Rolle gibt, die Unternehmen erst einmal darauf zu stoßen, dass es so etwas wie einen demographischen Wandel gibt und dass man große Programme anstoßen muss, um so etwas wie eine Seniorenwirtschaft unbedingt zu promoten. Die Notwendigkeit sehe ich gar nicht. Das wird der Markt wirklich schaffen, wie ich mir gut vorstellen kann.

Die Finanzmarktimplikationen hat Frau Dr. Reil-Held so dargestellt, dass ich das gar nicht mehr kommentieren möchte. Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Aber ich möchte eine Bemerkung zur Innovationsfähigkeit machen. Auch das ist eine industrieökonomische Implikation der Verschiebung in der Altersstruktur. Natürlich sind junge Arbeitnehmer in der Regel diejenigen, die Althergebrachtes infrage stellen, die neue Strukturen suchen, die neue Ideen mitbringen. Aber das ist kein Naturgesetz. Dass wir in den letzten Jahren einen so genannten – wie es in der Fachwelt heißt – skill buys technical change hatten, dass der technische Fortschritt vor allem die Produktiveren und besser Ausgebildeten noch mehr in ihrer Produktivität unterstützt hat, lag auch an der Ausweitung des Bildungssystems in den entwickelten Volkswirtschaften in den letzten Jahrzehnten.

Wenn also mehr erfahrene Arbeitnehmer da sein werden, wird zumindest auch ein gewisser Impetus vom Markt kommen – von den Unternehmen, von denjenigen, die den technischen Fortschritt in der Praxis implementieren –, gerade den erfahrenen Produktionsfaktor mehr zu nutzen. Auch da bedarf es vielleicht gar nicht so sehr einer staatlichen Lenkung oder eines staatlichen Einflusses.

Die zweite Analyseebene – ich überspringe aus Zeitgründen den Themenkreis drei – ist die eigentlich spannende. Natürlich kommt es im Endeffekt auf den Nettoeffekt an. Wenn Menschen Möglichkeiten haben, auf veränderte demographische Gegebenheiten beispielsweise auf die veränderte Nachfrage nach ihrer Leistung am Arbeitsmarkt zum Zeitpunkt ihres Eintritts in denselben reagieren können, indem sie beispielsweise ihre Bildungsanstrengungen erhöhen oder vermindern, ist natürlich das einzige, das für unsere Diskussion zählt, dieser effektive demographische Wandel. Es geht nicht nur um die demographischen Verschiebungen, es geht um die demographischen Verschiebungen moderiert durch die Anpassungsreaktionen von Menschen durch Bildungsanstrengungen – hier sind wir bei dem Themenkreis vier –, durch Migration, durch Wanderungen in Gegenden, in denen man prosperierendere Verhältnisse erwartet, durch längere Teilnahme am Arbeitsmarkt und am Arbeitsleben z. B. durch späteren Renteneintritt.

Genauso ist der effektive demographische Wandel auch das Entscheidende auf der Unternehmensebene. Unternehmen werden sich nicht einfach hilflos den demographischen Wandel angucken und sagen: Um Gottes willen, wir machen alles so, wie vorher, aber wir haben jetzt leider weniger junge Leute, mit denen wir arbeiten müssen. Sie werden natürlich ihre eigenen innerbetrieblichen Strukturen, ihre Entscheidungsfindungsstrukturen, die Organisation ihres Produktionsprozesses dementsprechend anpassen. Somit ist nicht ausgeschlossen, dass der demographische Wandel im Endeffekt mittels dieser Moderation viel weniger dramatische Änderungen bringen wird, beispielsweise bei der Produktivität, als es ohne diese Anpassungsprozesse der Fall wäre. Wir wissen es einfach nur nicht. Dazu möchte ich meiner Vorrednerin auch noch einmal gratulieren. Sie hat den Punkt als einzige so scharf dargestellt, das hat mir sehr gefallen. Das möchte ich gern noch verstärken. Wir wissen über viele dieser Mechanismen nur sehr rudimentär Bescheid. Ich will nicht den Naiven spielen, der sagt: Ach, der Wissenschaftler muss sich erst melden, wenn 200 Jahre vergangen und alle Daten da sind. Das ist nicht der Punkt. Der Punkt ist aber, dass gerade da, wo staatliches Handeln versucht, Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit zu helfen und sie zu verbessern, wir sehr wenig darüber wissen, was funktioniert und was nicht. Als Schlussfolgerung bedeutet das insbesondere, dass man sich oft mehr zurücknehmen muss.

Hinsichtlich des Wirtschaftswachstums und der öffentlichen Haushalte möchte ich kurz erwähnen, dass man auch da einen gewissen Spielraum hat. Man muss die Aufgaben- und Ausgabenstrukturen ebenso wie die Einnahmestrukturen infrage stellen. Es ist nicht nur so, dass jüngere Arbeitnehmer fehlen und deswegen weniger Einkommensteuer pro Kopf generiert werden wird, als man es gern hätte, sondern man kann und sollte auch in diesem Prozess die Ausgaben und die Aufgaben vor allem auch der öffentlichen Hand infrage stellen. Wir hatten schon vorhin im Zusammenhang mit der Infrastruktur das Beispiel mit den Schwimmbädern gehört. Das möchte ich gern aufgreifen.

Der letzte Baustein dieser Struktur betrifft die Institutionen und wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten. Die Kerninstitutionen der Gesellschaft sind auch keine fixen Größen. Es ist durchaus so, dass die Einbindung des Einzelnen in den Familienverbund die Formen gemeinschaftlicher Interessenvertretung auch im demographischen Wandel neu definiert werden. Wir haben jetzt schon ganz klar die Tendenz, dass die Attraktivität kollektiver Interessenvertretung durch Verbände oder Vereine deutlich geschrumpft ist. Das gilt insbesondere für die jungen Leute. Dass wir in allen möglichen Situationen immer noch denken, wir müssten alle Interessenverbände – also Gewerkschaften oder Arbeitgeber – erst einmal fragen, statt die beteiligten Akteure wie Unternehmen und Individuen, ist doch widersinnig. Das ist anachronistisch. Das kann eigentlich nur zum Schaden so weitergehen. Das müsste deutlich überdacht werden.

Insbesondere setzt der Staat aber auch zielgruppenfokussiert Anreize und Mittel ein, um Leuten zu helfen, beispielsweise am Arbeitsmarkt. Es ist ganz eindeutig, dass wenige der dort eingesetzten Maßnahmen wirklich halten, was man sich von ihnen versprochen hat, nicht deswegen, weil man sich nicht anstrengt, weil man nicht genug Mittel einsetzt oder weil man sich das nicht gut genug überlegt hat, sondern ganz einfach deswegen, weil die Menschen die am Markt agieren – sei es als Unternehmer oder als Arbeitnehmer –, sehr viel zu den Situationen beitragen, die wir beobachten. Das bedeutet, dass der Staat an ihrem Willen vorbei oft sehr wenig machen kann.

Zum Themenkreis acht: Es ist klar, dass man sagt, wenn wir wenig junge Leute haben, haben wir vielleicht weniger Innovationen. Also machen wir das mit einer offensiven Forschungs-, Industrie- und Wettbewerbspolitik wieder wett. Auch hier sage ich warnend: Manchmal kann man sehr wenig tun. Wenig junge Leute bedeuten wahrscheinlich wenig junge Gründer. Aber ein paar Gründungsnetzwerke zu finanzieren, wird diese Situation nicht verändern. Die Spielräume des Staates sind leider nicht so groß. Es gilt übergreifend für all die Eingriffe, die man sich vorstellen kann, die in jedem dieser Themenkreise sieben, acht und neun angesprochen sind – Themenkreis neun hat beispielsweise Frau Prof. Dr. Färber bereits deutlich diskutiert – Folgendes: Ohne eine fortwährende Evaluation dessen, was man tut, ohne eine begleitende Evaluationsforschung, wie sie in der deutschen Arbeitsmarktpolitik Gott sei Dank jetzt Raum gegriffen hat, werden wir nie wissen, was funktioniert und was nicht funktioniert und auch keine bessere Politik machen.

Wenn man diese Struktur für den Augenblick als abgeschlossen diskutiert ansieht – es gibt noch unheimlich viel dazu zu sagen und es gibt viele Beispiele, die man zur Unterfütterung verwenden könnte –, möchte ich zum Abschluss meiner Ausführungen kontrastieren, mit welchen verschiedenen grundsätzlichen Positionen Sie konfrontiert werden. Ich nenne sie einfach ökonomische Regionalforschung und Raumwissenschaften.

Beide gehen sie in ihrem intellektuellen Selbstverständnis gleichermaßen davon aus, dass es erhebliche regionale Heterogenität in demographischen und anderen sozialen und wirtschaftlichen Strukturen gibt. Sie unterscheiden sich aber sehr stark im Hinblick auf die Perspektive der Gestaltungsmöglichkeit dieser Strukturen. Ich würde natürlich ganz klar sagen: Die ökonomische Regionalforschung betont zu Recht die zentrale Rolle der individuellen Entscheidungen, die unter all den Strukturen liegt – sowohl was die Demographie angeht, als auch was die Konsequenzen angeht, die aus der Veränderung der demographischen Strukturen erwachsen. Dieser Ansatz impliziert – dafür würde ich gern werben –, dass staatliches Handeln jedes Mal im Einzelfall überprüft werden muss. Nicht jede Veränderung ist ein Anlass zu staatlichem Handeln. Aus der manifestierenden Kraft der Handlungen der einzelnen Akteure, die vom staatlichen Handeln betroffen sind, entfalten die Maßnahmen, die man implementiert, oft keine Wirkungen. Diese nüchterne Erkenntnis durchzieht sich durch alle möglichen Bereiche wirtschaftswissenschaftlicher Forschung. Den Arbeitsmarkt habe ich bereits genannt. Wir können die Makroökonomik als zweiten Beleg nehmen. Niemand, der forschungsaktiv ist, glaubt ernsthafter Weise, dass man die Konjunktur steuern kann, wie man es vielleicht vor 30 Jahren geglaubt hat.

Der Ansatzpunkt, den man in den Raumwissenschaften geht, ist ein anderer. Man denkt vor allem an die optimale Gestaltung der gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit und stellt daher an sich und seine Leistungsfähigkeit enorme Anforderungen. Ich glaube, die sind einfach überzogen. Ich werbe dafür, dass Sie auch da Skepsis entfalten, denn das Raumordnungsgesetz enthält z. B. folgende Forderungen: Die Raumordnungsplanung soll die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringen und zu einer dauerhaft großräumig ausgewogenen Ordnung führen, die Standortvoraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung schafft und insbesondere gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen herstellt. Dem Staat wird eine unheimliche Verantwortung aufgebürdet, die er meiner Ansicht nach nicht erfüllen kann. Es ist grundsätzlich schwer zu glauben, dass man ein solches Zutrauen in die gestalterische Kraft staatlichen Handelns tatsächlich entfalten darf.

Zum Abschluss fasse ich meine Position dazu zusammen. Das grundlegende Problem, das aus ökonomischer Sicht durch den demographischen Wandel ausgelöst wird und daher weiter erforscht werden muss – es ist nicht zu Ende erforscht, aber es ist sicherlich etwas, worüber wir schon Einiges wissen –, ist nicht der Wandel an sich, sondern es sind die unzureichenden Möglichkeiten des Einzelnen, sich an die neuen Gegebenheiten durch ein verändertes ökonomisches Verhalten anzupassen. Diese Einschränkung kann sowohl durch eine starre institutionelle Struktur ausgelöst werden als auch durch eine Wirtschaftspolitik, die den demographischen Wandel „zu aktiv“ gestalten möchte, statt sich darauf zu beschränken, den individuellen Entscheidungsträgern die Handlungsmöglichkeiten und die besten Rahmenbedingungen zu geben, damit sie das selbstverantwortlich, selbstbestimmt und eigenverantwortlich tun können.

**Prof. Dr. Roland Eisen, Universität Frankfurt:**

Ich muss gestehen, dass ich mich auf einem anderen Plafond befinde, obwohl mir mein Vorredner den Einstieg in das, was ich diskutieren möchte, sehr erleichtert hat, indem er eine Matrix vorgestellt hat, die eine Reihe von Problemen diskutiert. Er hat sozusagen die marktliberale Position vertreten, während ich von meinem Verständnis her hier eher eine sozialpolitische Position vertreten möchte. Aus der Fülle der Probleme, die ich mir vorgenommen habe und die auch hier schon diskutiert worden sind, möchte ich nur zwei aufgreifen, aber – wie Herr Dr. Klös – mit einer allgemeinen Bemerkung über dieses bevölkerungsdemographische Problem, das zu diskutieren ist, beginnen.

Manchmal habe ich den Verdacht, es werden immer zu sehr Bevölkerungsgrößen, das heißt Personen, gerechnet. In der ökonomischen Theorie habe ich noch nie ein Modell gesehen, in dem Personen wirklich eine Rolle spielen. Wenn wir etwas machen, machen wir das auf Stundenbasis. Produktivität wird pro Arbeitsstunde berechnet. Wie auch immer sich die Bevölkerung entwickelt – das interessiert mich im Prinzip erst an zweiter Stelle, Sie werden gleich sehen, warum –, interessieren mich zuerst die Wochenarbeitszeit und die Lebensarbeitszeit. Da sind wir doch völlig offen. Ich will hier nicht in die Diskussion über die 40-Stunden-Woche eingreifen. Ich bin ohnehin dagegen. Aber die Lebensarbeitszeit der Deutschen haben wir in den letzten Jahren seit 1960 radikal reduziert. Deshalb hätte ich überhaupt kein Problem damit, wenn irgendjemand sagen würde: Ab dem Jahre 2002 müssen wir damit rechnen, dass das Arbeitspotenzial um 1 % pro Jahr sinkt. Wir haben seit 1960 genau vorexerziert, dass es geht. Wir haben die Arbeitszeit reduziert. Trotz wachsender Bevölkerung ist bei uns das Arbeitspotenzial in Stunden gerechnet geschrumpft.

Ich habe keine Probleme mit den Bevölkerungsprognosen. Das einzige Problem – und das ist ein sekundäres Problem – ist die Altersstruktur. In meinen Modellen taucht natürlich auch so etwas wie Produktivität, Veränderung der Produktivität und Innovation auf. Gibt es dazu etwas bei den Ökonomen? – Leider nein. Aber wir können uns natürlich auch an andere Leute halten. Es gibt Lehrpsychologen und solche Leute, die uns erzählen, dass anscheinend die produktivste Phase des Menschen – oder des Mannes – zwischen 35 und 45 Jahren liegt. Wir sind immer sehr vorsichtig. Das hat ein Amerikaner ausgerechnet. Da finden nämlich die Ideen statt, die nachher zum Nobelpreis geführt haben. Wir reden über tolle Dinge und nicht über normale Produktivitäten. Wenn man über normale Produktivitäten reden würde, müsste man das alles im Lebenszyklus sehen. Ich sage immer: Bis 25 Jahre sind sie dumm. Von 25 bis 40 werden sie intelligent – der Schwabe wird erst mit 40 Jahren gescheit –, dann aber sind wir schon altes Eisen. Das kann nicht wahr sein. Aber die Produktivität steigt. – Ich bilde mir ein, mit zunehmendem Alter immer besser geworden zu sein, auch als Lehrer – und jetzt soll ich mit 65 Jahren rausgeworfen werden. Andere Länder würden mich noch mit Kuss-Hand nehmen und sagen: Das ist ein erfahrener Hase. Aber die Produktivität lässt vielleicht schon nach. – Ich kann mit diesen Dingen nicht so sehr umgehen. Aber ich habe früher auch nie gern Schreibmaschine geschrieben. Ich muss hinzufügen, dass ich schon immer etwas gegen Technik gehabt habe. Ich habe das immer meine Sekretärin machen lassen. Sie sehen meine Manuskripte sehen immer noch so aus. Das ist sozusagen mein Urmanuskript, aus dem meine Sekretärin irgendetwas machen muss. Heute kann man es mit Computern natürlich viel schöner machen. Ich habe nichts gegen Technik. Meine Dissertation ging über technischen Fortschritt und Wirtschaftswachstum. Ich sehe aber immer noch nicht so das Problem, über das man zentral diskutiert.

Wie gesagt, möchte ich mich mit zwei Fragen ganz kurz beschäftigen, die ich unter folgende Stichworten zusammenfassen möchte: Zum einen geht es mir um die sozialpolitischen Auswirkungen im Lebenszyklus. Wir sollten das, wenn wir über Sozialpolitik und über Politik reden, die Sie gestalten können, im Lebenszyklus sehen und die Sozialpolitik sozusagen auf ein dynamisches Modell stellen. Wenn man es auf ein dynamisches Modell stellt, wird von vornherein klar, dass Einzelfälle, die ich diskutiere wie die Gesundheitssysteme, Arbeitslosenversicherung, plötzlich sehr eng miteinander zusammenhängen. Wenn Sie Familienpolitik anschauen oder wenn Sie die ledigen Mütter mit ihren Kinder anschauen, stellen Sie fest, dass hier die Armutproblematik liegt. Dort muss man etwas tun, dann fallen viel weniger Jugendliche in die Sozialhilfe und besuchen infolgedessen die Schule. Diese Leute können somit zum Abitur und in die Universitäten gebracht werden, wenn wir schon über Humankapital sprechen.

Wenn die Bevölkerung schrumpft, was der Fall sein kann, werden plötzlich weniger Studenten vorhanden sein. Wir werden wunderschöne Universitäten haben, an denen keine Überfülle mehr besteht. Ich halte im Moment eine Vorlesung mit 550 Studentinnen und Studenten. Es ist irrsinnig schwer, sie in einem Hörsaal noch ruhig zu halten. Ich würde die Vorlesung lieber vor 250 Studenten halten. Ich hoffe – ich werde es nicht mehr erleben, aber meine jungen Kollegen werden es erleben –, dass die riesig großen Veranstaltungen wegfallen werden und die Studenten vielleicht auch viel aufmerksamer sein werden. Eine meiner Ideen ist, bei jungen Frauen mit Kindern und Kindergärten anzusetzen. Herr Prof. Dr. Krupp hatte bereits das Stichwort der Familienpolitik genannt. Es wird immer argumentiert, im tertiären Bereich würden Leistungen umsonst angeboten. Man kann mit mir über Studiengebühren reden, auch wenn ich sehr zurückhaltend bin, wenn es um Studiengebühren geht. Ich glaube auch, dass unser Bildungssystem falsch finanziert wird. Kindertagesstätten und Kindergärten kosten viel Geld. Dagegen müsste etwas getan werden. Ebenso muss die Armut vieler junger Mütter beseitigt werden.

Die Arbeitslosigkeit ist ein zentrales Problem, das auch in diesem Lebenszyklus stattfindet. Gesundheit ist nicht nur eine Frage des Alters, auch junge Leute können krank werden. Wenn man über Gesundheit und Versicherung redet, kann man nicht sagen: Das passiert doch nur den Alten. Ab 65 Jahren werden sie schrecklich krank und kosten dann – bezogen auf die Pro-Kopf-Ausgaben – dem System viel Geld. Das liegt einfach daran – Herr Prof. Dr. Krupp hat das kurz angedeutet –, dass die Menschen nach 65 Jahren doch schneller sterben als vor 65 Jahren. Wenn es wirklich die Kosten sind, die ein Jahr vor dem Sterben aufgewendet werden, braucht man überhaupt keine Probleme mehr beim Alter zu sehen. Es trifft die 45-Jährigen doch viel härter und viel stärker, wenn keine Altersrationierung von Gesundheit, sondern überhaupt eine Rationierung bei der Gesundheit eingeführt und gesagt wird: Immer wenn du etwas mehr als 100.000 € willst, musst du es selbst bezahlen oder du bekommst es nicht mehr.

Mein zweites Thema ist heute immer nur so im Versteckten angesprochen worden. Es bezieht sich auf die Veränderungen zwischen Staat und privater Daseinsvorsorge. Ich spreche die Frage an, ob aufgrund dieser demographischen Veränderung die Konsequenz gezogen werden müsste, diese Systeme viel mehr zu privatisieren. Die Krise der sozialen Sicherungen wird diskutiert als eine Möglichkeit der Veränderung hin zu mehr Privatisierung und hin zu mehr Kapitalbildung, die immer damit zusammenhängt. Ich möchte die Krise der sozialen Sicherung immer auf zwei Ebenen diskutieren – das ist mein Petitum –, nämlich auf einer kurzfristigen und auf einer längerfristigen Ebene. Der Aspekt der Kurzfristigkeit ist immer auch ein Problem, auch bei Keynesianern: Die Ar-

beitslosigkeit würde ich immer noch als kurzfristiges, wenn auch zentrales konjunkturelles Problem sehen, auch wenn die strukturelle Komponente der Arbeitslosigkeit vielleicht zugenommen hat.

Aber die strukturelle Komponente ist auch eine Bildungskomponente. Das ist ein vorübergehender Prozess, denn die Wirtschaftsstruktur verändert sich. 70 % der Arbeitslosigkeit kann man darauf zurückführen, dass es die Baby-Boomer-Jahrgänge gibt. Frauen und Baby-Boomer sind verstärkt in die Arbeit getreten, worauf das Arbeitsplatzangebot nicht reagiert hat. Die Nachfrage nach Arbeit war sozusagen nicht elastisch genug, um diesen Zuwachs an Arbeitsangebot vom Markt zu nehmen. Das kann zum Teil daran liegen, dass die Strukturen auf dem deutschen Arbeitsmarkt inflexibel sind. Warum sollen diese Strukturen in den Siebzigerjahren noch sehr flexibel gewesen sein und in den Achtzigerjahren plötzlich nicht mehr? – Mein Kollege Franz aus Mannheim, der heute anders darüber spricht, hat in den Achtzigerjahren in Berlin einen Vortrag darüber gehalten und gesagt, er könne nirgendwo finden, dass die Inflexibilität des deutschen Arbeitsmarktes zugenommen habe, um zu erklären, warum es jetzt plötzlich höhere Arbeitslosigkeit als in den Siebzigerjahren gibt, in denen es vielleicht noch viel stärkere Gewerkschaften als heute gab.

Wenn man über mehr Privatisierung und mehr Kapitaldeckung nachdenkt, muss man sich mit bestimmten Fragen auseinander setzen, die hier in der Diskussion eine zentrale Rolle gespielt haben. Wenn man das Problem auf der zweiten, also auf der längerfristigen Ebene, diskutiert, das heute unter dem Begriff der Nachhaltigkeit der Finanzierung von Sozialsystemen steht, unterscheide ich zwei verschiedene Fragen. Die erste Frage bezieht sich auf die Bewertung kapitalfundierter Finanzierungsansätze. Wer sich in der Literatur auskennt – ich darf das hier nicht voraussetzen –, ist bestimmt einmal auf den Aufsatz von Stiglitz gestoßen, der zehn Mythen kapitalfundierter Systeme diskutiert hat. Ich habe das hier auf fünf Mythen heruntergezogen, weil ich zwei Fragen einfach nicht beantworten kann. Das sind die höheren Kosten privatisierter Systeme. Man hört die tollsten Dinge. Gehen Sie nie nach Australien, dort gibt es das teuerste privatisierte System. Wenn Sie ein privatisiertes System haben wollen, müssen Sie nach Amerika gehen. Dort sind die Kosten solcher privatisierten Systeme anscheinend so niedrig, dass sie es sich bei ihren 400 K-Modellen leisten können, ihnen sozusagen täglich eine Portfeuille-Wahl zugestehen zu können. Sie müssen einmal einer deutschen Bank erzählen, dass Sie ihr Portfeuille täglich ändern wollen und das Ganze darf nichts kosten. Darin sind die Amerikaner führend.

Ich spreche diese fünf Mythen ganz kurz an: Erhöhung der nationalen Ersparnis – sozusagen die Wachstumsförderung, die hier schon zweimal angesprochen wurde; die Erhöhung der realen Kapitalbildung mit positiven Auswirkungen auf Sozialprodukt und Wachstum – das alles ist nicht nachgewiesen. Man verweist immer auf Chile. Glauben Sie das nicht. Chile lebt zu 80 %, wenn nicht gar 90 % davon, dass der Kupferpreis stimmt. Wenn der Kupferpreis nicht stimmt, ist das Land arm, wenn er stimmt, ist das Land reich. Sie können ganz einfache Regressionsanalysen auf dem Weltkupfermarkt und dem Weltkupferpreis machen und Sie sehen, wie die Chilenen dastehen, einmal gut, dann wieder schlecht. Neben der Privatisierung der Rentenversicherung haben sie sonst noch unwahrscheinlich viel getan. So streng mit seiner Bevölkerung umzugehen, kann sich wahrscheinlich nur ein militärisches Regime leisten. Mit einem Federstrich wurde die Arbeitszeit der Normalbeschäftigten von 60 auf 67 Jahren erhöht. In Deutschland könnte man das so nicht machen. Herr Koch konnte das mit Beamten machen und die Arbeitszeit – je nach Alter – auf 42 Stunden erhöhen.

Höhere Ertragsraten, insbesondere von Aktienanlagen, ist das dritte Argument, das hier eine Rolle spielt. Bei der Kapitaldeckung wird immer darauf hingewiesen: Wenn Sie ihr Geld in Aktien angelegt hätten, hätten sie 9 % Rendite gehabt. Ja, in den Neunzigerjahren, aber nicht mehr im 21. Jahrhundert, wo die Rendite abgenommen hat. Ich gebe zu, dass die Aktienanlage auf Dauer eine höhere Ertragsrate bringt. Auf Dauer heißt immer, Sie mitteln den Durchschnitt heraus. Sie machen aber einen Fehler. Sie schauen nur die Überlebensrate an. Sie schauen immer nur die Aktien an, die überlebt haben, nicht die, welche unterwegs gestorben sind. Sie müssen natürlich auch solche Aktien ansehen, die unterwegs viel verloren haben.

Wenn Sie den längerfristigen Durchschnitt betrachten, den das Deutsche Aktieninstitut ausgerechnet hat, wenn Sie ihre Aktien auf zehn, zwanzig oder dreißig Jahre angelegt hätten, stellen Sie fest, dass die Ertragsrate wohl schrumpft, aber sie wird immer stabiler. Die Varianz nimmt ab. Das ist Augenwischerei. Wenn Sie diese langfristige Ertragsrate sichern wollen – darauf kommt es an –, müssen Sie einen amerikanischen PUT kaufen. Der kostet, je länger er läuft, umso mehr. Wenn Sie ihn nur für ein Jahr kaufen, kostet er Sie vielleicht nur 5 %. Wenn Sie ihn für zwei Jahre kaufen, kostet er nicht 5 % in diesem Jahr und 5 % im nächsten Jahr, sodass Sie im nächsten Jahr sagen können: Er kostet mich vielleicht 5,2 %. Nein, er kostet Sie wahrscheinlich 5,5 bis 5,7 %. Wenn Sie das über fünf, zehn, 15, 20 oder 30 Jahre machen wollen, kostet Sie dieser amerikanische PUT wahrscheinlich viel mehr als Sie an zusätzlicher Ertragsrate herausbekommen könnten. Die deutschen Lebensversicherungen haben immer von einem sehr breit gemischten Portefeuille gelebt. Ich glaube es nicht, denn man muss immer damit rechnen, wenn Sie es privat anlegen, dass es in Deutschland relativ viel Geld kostet, sodass Sie die Kosten abziehen müssten.

Auf die Erhöhung der Stabilität des Kapitalmarktes und der Gesamtwirtschaft möchte ich jetzt nicht eingehen. Die zentrale Frage ist, ob das, was Frau Prof. Dr. Färber und andere angesprochen haben, nämlich die zunehmende Staatsverschuldung und die Unsicherheit dieser impliziten Last größer als die Inflexibilität oder die zunehmenden Probleme des Weltkapitalmarktes ist.

Auf die Erhöhung der Effizienz der Kapital- und Arbeitsmärkte möchte ich nicht eingehen. Es ist ein Rechenproblem zu sagen, die Effizienz von Arbeitsmärkten könne dadurch gesteigert werden, dass die Rentenversprechungen an die Beiträge orientiert werden. Bei allen Modellen, in denen die Renten an den Beiträgen orientiert sind – wie bei uns im Wesentlichen, 70 % sind durch die Beiträge finanziert –, ist die Effizienzsteigerung, die Sie herausbekommen können, marginal.

Das zweite Problem, das ich ganz kurz ansprechen möchte – es ist eines meiner neuesten Steckenpferde –, bezieht sich auf die Frage, welche Risiken alloziiert werden können. Das zentrale Problem besteht darin, dass Sie bei Rentenversicherungen, Krankenversicherungen und Pflegeversicherungen im Prinzip langfristige Probleme haben. Bei der Rentenversicherung ist es klar. Bei der Krankenversicherung liegt das langfristige Problem in der Veränderung der Risikostruktur des menschlichen Körpers. Mit jedem Jahr, das wir älter werden, nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, eine Krankheit zu bekommen. Es ist nicht so, dass wir jedes Jahr eine neutrale Ziehung hätten. Wahrscheinlich nimmt die Veränderung der Risikosituation mit jedem Jahr zu, das wir leben. Das Risiko möchte ich gern versichern. Die Deutschen haben so etwas Ähnliches mit ihren langfristigen Krankenversicherungsverträgen geschafft, bei denen sie in jungen Jahren eine viel höhere Prämie bezahlen als ihrem Risiko entspricht. Aber die Konse-

quenz, die ich daraus ziehen würde, bedeutet, dass Sie diese Fragen im Wesentlichen aus dem Markt herausnehmen müssen. Das sind die Vorgeplänkel. Diese erste Folie bezog sich auf meine theoretische Basis.

Wenn Sie sich ansehen, was der Kapitalmarkt leisten kann, steht hier: Portefeuille- und Hedging-Strategien sind zeitpunktbezogen. Das heißt, sie sind Augenblicksrisikoverteiler. Sie verteilen die Risiken, die in einer gegebenen Situation vorhanden sind, auf mehrere Köpfe. Was sie nicht können, ist das Risiko in der Zeit zu transportieren. Risiko transportieren sie in der Zeit, das gebe ich zu, durch Kapitalansammlung. Aber dieses Kapital muss dem Wettbewerb entzogen werden, sonst stellt sich jedes Jahr dieselbe Frage: Hätte ich es in Aktien angelegt oder eine andere Strategie verfolgt, hätte ich eine höhere Rendite erzielt. Wenn Sie jedes Jahr die Frage danach stellen, wie hoch die eine Rendite ist, wie hoch die andere Rendite ist, und Sie dann wechseln dürfen oder diesen Fonds dem Wettbewerb aussetzen, muss er sich jedes Jahr wie ein amerikanischer Pensionsfonds nach dem Markt orientieren. Dann ist er kurzfristig. Der amerikanische Pensionsfonds kann keine langfristigen Risiken versichern. Er kann nur die kurzfristigen Risiken streuen.

Meine Idee im Zusammenhang mit Umlageverfahren ist, dass langfristige Bevölkerungsschocks, aber auch Schocks, die vom Kapitalmarkt ausgehen – auch der Kapitalmarkt zeigt langfristige Wellen –, nur durch einen Fonds oder ein Wertpapier, das ich ein Staatswertpapier nenne, gesichert werden können. Insofern ist meine Idee: Die Kapitalfundierung solcher Systeme erzeugt mehr Risiken, als sie aus dem Markt und aus dem System, herausnimmt.

### **Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Universität Köln:**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich will aus der Not eine Tugend machen. Man sagt, den Letzten beißen die Hunde. Ich kann vielleicht kaum noch etwas Neues vorbringen. Das, was ich vorbringen kann, kann man nachlesen. Ich will meine Position als letzter Redner nutzen, um einen Blick zurück zu starten. Ich knüpfe an eine Bemerkung von Herrn Dr. Klös an, der Herrn Schleicher, den Chefkoordinator vor PISA, mit der Bemerkung zitiert hatte: Wer keine Daten habe, habe nur noch eine Meinung. – Ich drehe rückblickend auf das, was hier vorgetragen wurde, die These um und sage: Sie haben eine Meinung und besorgen sich dazu die passenden Daten. Anders ausgedrückt: Wenn Sie die Deutsche Bank oder ihren Vertreter, wenn Sie die Bertelsmann Stiftung oder ihren Vertreter, wenn Sie das Institut der Deutschen Wirtschaft oder ihren Vertreter oder auch den DBG oder dessen Vertreter haben, werden Sie beim Thema demographischer Wandel im Grunde nur das hören, was sonst eigentlich auch von diesen Institutionen und Organisationen vertreten worden wäre, nur bezogen auf die These, der demographische Wandel erfordere das. Ich behaupte, das, was hier gefordert worden ist, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die Erhöhung des Renteneintrittsalters, der Übergang zur kapitalgedeckten Rente oder gar Studiengebühren und Schulgeld – an dem Punkt mache ich einen Einschub. Hier scheint es einen Rückfall in die sozialpolitische und bildungspolitische Postmoderne zu geben – von der Postmoderne gewissermaßen ins Mittelalter zurück. Wir haben schon einmal das Höregeld gehabt. Wir haben schon einmal das Schulgeld gehabt. Das gilt heutzutage – das ist meine Beobachtung auch in dieser Diskussion – als hoch innovativ. All das, was hinter den Sozialstaat zurückfällt, kann man heute als besonders modern verkaufen.

Damit bin ich beim ersten Punkt, der mir sehr wichtig ist. Churchill wird der Satz zugeschrieben, er glaube nur an die Statistiken, die er selber gefälscht habe. Jeder hier bringt Zahlen und Daten mit. Ich traktiere Sie nicht mit Statistiken und Zahlen. Ich versuche, kritisch zu beleuchten, was mit diesen Daten und Fakten an vorgefertigter Meinung und existenter Interessen im Grunde nur noch legitimiert wird.

Mir scheint ganz offensichtlich – das ist meine erste These –: Mit Statistik oder mit Mathematik in Bezug auf den demographischen Wandel wird ganz erheblich Politik gemacht. Hier war auf einer Folie vom Jahr 2100 die Rede. In den Medien, die ich sehr kritisch beobachte, war die Rede vom Jahr 2100. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ schreibt: „Im Jahr 2100 wird es nur noch 25 Millionen Deutsche geben“. Ich sage: Das ist nicht nur Prophetie, sondern das ist Scharlatanerie. Natürlich weiß niemand, welche Bevölkerungsentwicklung und welche Veränderungen es im Jahr 2100 geben wird. Ich sage damit nicht, man könne nicht über demographischen Wandel reden. Ich behaupte auch nicht, dass es ihn nicht gebe. Aber seriös kann man ins Jahr 2020, vielleicht auch ins Jahr 2030 gucken, insbesondere deshalb, weil die meisten derjenigen, die leben werden, heute schon geboren sind. Aber man kann natürlich nicht in die Jahre 2050, 2060, 2080 – wie ich das im Landtag von Sachsen in Dresden von einem Fachkollegen erlebt habe – oder gar in das Jahr 2100 sehen.

Stellen Sie sich einmal vor, ein Bevölkerungswissenschaftler hätte im Jahr 1900 prophezeien sollen, wie die demographische Struktur des Deutschen Reiches 50 Jahre später im Jahre 1950 aussieht. Er hätte übersehen, dass es das Deutsche Reich nicht mehr gibt. Er hätte zwei Weltkriege übersehen. Jetzt soll das Ganze sogar für 100 Jahre prognostiziert werden. Ich glaube, dass ist unseriös. Das muss auch zurückgewiesen werden als ein Versuch, bestimmte politische Interessen im Bereich etwa der Sozialpolitik anhand solcher Prognosen, die sich seriös geben, es aber nicht sind, besser durchsetzbar zu machen.

Damit bin ich bei meinem zweiten Punkt angelangt. Sicherlich provozierend und überspitzt formuliert, sage ich: Demographie wird benutzt als Mittel der sozialpolitischen Demagogie. Wenn nämlich der demographische Wandel durchaus plausibel so gedeutet wird, es gebe sehr viel mehr Menschen mit einer höheren Lebenserwartung, die deshalb auch längere Zeit Renten beziehen werden, dann leuchtet es auf den ersten Blick sofort ein zu sagen: Es gibt eigentlich nur zwei Möglichkeiten. So wird dieses Thema auch in der Öffentlichkeit diskutiert: Entweder senkt man drastisch die Renten oder man erhöht drastisch die Beiträge. Ich sage, das ist eine sozialpolitische Milchmädchenrechnung, weil alle dritten Möglichkeiten von vornherein ausgeblendet werden. Man könnte z. B. stattdessen andere Gruppen in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen: die Beamten, zu denen ich gehöre, die Abgeordnete, zu denen Sie zum Teil gehören, die Minister. Man könnte die Selbständigen und die Freiberufler in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Damit würde man Probleme, die ich gar nicht leugne, zwar nicht lösen. Aber man würde zumindest schon einmal einen Ansatzpunkt haben. Mir leuchtet überhaupt nicht ein, warum nicht eine andere Möglichkeit ergriffen wird, nämlich die Möglichkeit, die Beitragsbemessungsgrenze zu erhöhen. In unserer gesetzlichen Rentenversicherung ist es so, dass bei 5.150 € – im Westen wohl gemerkt – die Solidarität aufhört. Jeder Cent und jeder Euro, den jemand darüber verdient, trägt mit keinerlei Beitrag, auch nicht mit dem des Arbeitgebers, zur Finanzierung der Altersvorsorge in der Bundesrepublik bei. Ich formuliere: Das ist natürlich systemwidrig. Bei 5.150 € Monatsverdienst – ich gehöre zum Glück zu der Gruppe, die einiges mehr verdient – fängt Solidarität eigentlich erst an, Spaß zu machen. Wir aber

beschneiden durch die Beitragsbemessungsgrenze sozusagen die soziale Verantwortung derjenigen, die sehr viel mehr verdienen. Mir leuchtet überhaupt nicht ein – ich weiß, es kommen verfassungsrechtliche Bedenken, wenn auf die Schweiz verwiesen wird, wo ein Millionär in die gesetzliche Altersversicherung einzahlt, ohne deshalb eine entsprechend hohe Rente im Alter zu beziehen –, warum es nicht möglich sein soll, mit der Beschränkung und der Deckelung der Renten diejenigen, die besser verdienen, zur Altersvorsorge für diejenigen beitragen zu lassen, die sich eine solche Finanzierung nicht leisten können.

Mit dieser Form der Argumentation wird im Grunde suggeriert, die Höhe der Rente sei eine Frage der Biologie. Ich sage Ihnen: Die Höhe der Rente ist keine Frage der Biologie, sondern sie ist eine Frage der Ökonomie und der Politik. Erstens: Wie hoch ist der gesellschaftliche Reichtum, der erwirtschaftet wird? Zweitens: Wie wird dieser gesellschaftliche Reichtum auf die verschiedenen Gruppen und auf die verschiedenen Altersgruppen einer Gesellschaft verteilt? Da genau liegt das Problem. Die Gesellschaft der Bundesrepublik wird trotz des demographischen Wandels immer reicher. Sie war noch nie so reich wie heute, obwohl ihre demographische Struktur bei weitem nicht mehr so günstig ist, wie im Jahre 1900, als zwölf Erwerbsfähige einen Rentner ernähren mussten. Dieses Verhältnis hat sich immer mehr verschlechtert. Obwohl das so war, ist der Sozialstaat gleichzeitig ausgebaut worden. Das ging deshalb, weil der gesellschaftliche Reichtum, weil die Arbeitsproduktivität, weil das Bruttoinlandsprodukt gestiegen sind. Genau dieser Prozess, das sagen seriöse Prognosen wie z. B. das Gutachten der Prognos AG aus Basel für die Rürup-Kommission, setzt sich fort. Das Problem ist nicht, dass die Gesellschaft altert, sondern dass Arm und Reich als Kluft in der Gesellschaft bestehen, dass aber der gesellschaftliche Reichtum im Grunde immer ungerechter auf diejenigen Menschen verteilt wird, die eine Rente bekommen müssen, weil sie das entsprechende Alter erreicht haben.

Ich komme auf ein Stichwort zu sprechen, das in der Diskussion über den demographischen Wandel eine zentrale Rolle spielt, das aber, wenn ich richtig zugehört habe, von meinen neun Vorrednerinnen und Vorredner bisher noch nicht erwähnt worden ist, nämlich das Stichwort Generationengerechtigkeit. Es wird suggeriert, als seien die Alten – die Rentnerinnen und Rentner – reich und als seien die Jungen arm. Ich bin jemand, der das Problem der Armut und insbesondere das von Kindern und Jugendlichen sehr intensiv erforscht hat. Ich weiß, wovon ich spreche, wenn ich Ihnen sagen, wir beobachten das, was der Kollege Richard Hauser von der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main als „Infantilisierung der Armut“ bezeichnet hat, nämlich eine Verjüngung der Armut. Wir haben 1,08 Millionen Kinder und Jugendliche, die in Sozialhilfehaushalten leben. Wir haben 2 bis 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche, die arm sind, wenn man andere Kriterien zugrunde legt, die besser als der Sozialhilfebezug sind.

Es ist richtig, dass viele der Jungen ärmer werden. Aber gleichzeitig hatten wir auch noch nie so viele reiche Kinder. Sehr Wohlhabende verschenken unmittelbar nach der Geburt ihres Kindes einen Teil ihres Vermögens, einen Teil ihres Wertpapierdepots aus steuerlichen Gründen an ihre Kinder. Dasselbe stellen wir bei alten Menschen fest. In der Tat gibt es heute viele Rentnerinnen und Rentner, die auf Teneriffa und Mallorca überwintern, zum Teil deshalb, weil dort die Lebenshaltungskosten niedriger sind. Wir haben aber immer noch viele Hunderttausend vor allem Rentnerinnen, Frauen, die im Alter mit Minirenten zwischen 450, 500 bis 600 € auskommen müssen. Dieses Schlagwort der Generationengerechtigkeit – ich würde sogar von einem politischen Kampfbegriff reden – lenkt im Grunde davon ab, dass wir vermehrt Ungerechtigkeit in jeder Gene-

ration haben. Die Kluft, die unsere Gesellschaft durchschneidet, ist nicht die zwischen Jung und Alt, sondern es ist nach wie vor die zwischen Arm und Reich. Die einen werden immer reicher und die anderen zahlreicher, nämlich diejenigen, die relativ wenig zur Verfügung haben. Da liegt das zentrale Problem. Ich glaube, dass diese Diskussion über den demographischen Wandel in den letzten Monaten und wenigen Jahren noch nie so intensiv seit der Spätphase der Weimarer Republik geführt wurde und dass diese Diskussion insbesondere im Zusammenhang mit dem Schlagwort der Generationengerechtigkeit vom eigentlichen Problem ablenkt.

Der nächste Punkt, zu dem ich etwas ausführen möchte, ist das Stichwort der Nachhaltigkeit, das bei den Vorrednerinnen und Vorrednern angeklungen ist. Ich bin ein großer Befürworter der Nachhaltigkeit im ökologischen Bereich. Bei dem Versuch, den Begriff der Nachhaltigkeit jetzt in den Bereich der Finanzpolitik zu übertragen, und zu glauben, es mache Sinn, von fiskalischer Nachhaltigkeit zu sprechen, sind – wie ich glaube – wieder ideologische Elemente mit im Spiel, weil so getan wird, als sei das Geld so etwas wie ein fossiler Brennstoff. Ein fossiler Brennstoff verbrennt in der Tat und dann ist er weg. Deshalb muss man nachhaltig mit ihm umgehen. Das Geld verbrennt aber nicht, auch wenn Jugendliche in dem Zusammenhang von Kohle sprechen, sondern es wandert nur von einer Tasche in die andere. Anders gesagt: Es ist meistens in den falschen Taschen oder es ballt sich in wenigen Taschen. Darin liegt das Problem.

Ich weiß nicht, ob es auch der Finanzminister in Hessen in diesem hohen Hause getan hat, so lange dieser Plenarsaal noch besteht, aber ich weiß, dass viele andere Finanzminister sehr häufig und immer häufiger in dem Zusammenhang über Nachhaltigkeit sprechen und sagen: Die öffentlichen Haushalte müssen konsolidiert werden. Wir leben auf Kosten der nachfolgenden Generationen. – Das scheint nur so. In Wirklichkeit ist natürlich sowohl das, was ein Staat an Krediten aufnimmt, als auch das, was Gläubiger davon an Zinsen kassieren, auf jede Generation verteilt. Sie haben gewissermaßen diejenigen, die Staatsverschuldung in ihrem Depot haben, und Sie haben diejenigen, die sehr viel mehr Steuern aufbringen müssen, damit diese Schulden zurückgezahlt werden. Daraus schlussfolgere ich: So liegt das Problem nicht. Es ist kein Problem zwischen den Generationen. Es ist kein Problem der Nachhaltigkeit, sondern es ist eine Frage der Verteilung zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft.

Ich komme auf den letzten Punkt zu sprechen, den ich insbesondere sehe, wenn ich solche Schlagzeilen lese wie etwa im „Spiegel“. Vielleicht kennen Sie das Titelbild der Ausgabe Nummer zwei dieses Jahres: Ein Baby in schwarz-rot-goldenen Windeln, darunter steht „Der letzte Deutsche“. – Im „Spiegel“ steht: „Das mag pathetisch klingen. Es geht um den Bestand des deutschen Volkes.“ – Das sagt dasselbe Nachrichtenmagazin, das vor zehn Jahren in der Asyldiskussion Anfang der Neunzigerjahre das Titelbild mit einem Boot, an das sich viele Flüchtlinge klammerten, gebracht hat. Die Botschaft war: Wir sind voll. Wir sind hier in der Bundesrepublik Deutschland schon so stark überbevölkert, dass wir niemanden mehr aufnehmen können. – Ich sage, wenn man die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung – viele Vorredner haben von Schätzung gesprochen – des Statistischen Bundesamtes nimmt und die mittlere Variante fünf wählt, sinkt die Bevölkerung der Bundesrepublik von jetzt 82,5 Millionen Einwohner auf 75, 1 Millionen Einwohner. Das ist ein Rückgang von weniger als 10 %. Wir wären immer noch eines der am dichtesten bevölkertsten Länder dieser Erde und wir hätten die Bevölkerungsdichte, die wir hatten, als ich Anfang der Siebzigerjahre den Führerschein gemacht habe. Ich sage Ihnen, obwohl die Wochenzeitung „Die Zeit“ titelt und eine ganze Serie unter dem Stichwort Land ohne Leute macht: Ich bin damals mit meinem

Führerschein durch ein Land gefahren, in dem es zwar mehr Parkplätze gab, aber man traf auf jeden Fall ständig und überall noch Leute.

Meine letzte Bemerkung: Da ich nicht nur Armutsforscher und Sozialstaatsforscher, sondern auch Rechtsextremismusforscher bin, habe ich immer Probleme damit, wenn – wie es Herr Dr. Klös vorsichtig ausgedrückt hat – von bevölkerungsorientierter Familienpolitik gesprochen wird. Die Presse – von der „FAZ“ über „Die Welt“ bis zur „Berliner Zeitung“, die ich in diesem Diskurs beobachtet habe und den ich als Demographiediskurs bezeichne – spricht von aktiver Bevölkerungspolitik, die gemacht werden müsste. Nun ist das möglicherweise legitim. Ich denke aber doch, dass man in Deutschland nicht so einfach und ein bisschen unsensibel darüber sprechen kann wie etwa in Kanada oder in Norwegen. Das hat bei uns immer noch bestimmte historische Assoziationen. Wir müssen auch sehen, dass Rechtsextremisten und Neonazis – ohne dass ich jetzt den „Spiegel“ oder „Die Zeit“ in irgendeiner Weise in diese Nähe rücken möchte – immer schon die Sorge umgetrieben hat, das deutsche Volk könne aussterben. Wenn wir nicht aufpassen und sehen, dass dieser Demographiediskurs sehr sensibel geführt wird, geben wir natürlich Rechtsextremisten, die in anderen Landesparlamenten schon Einzug gehalten haben, regelrechte Steilvorlagen. Deswegen warne ich davor, Katastrophenszenarien aufzumachen. Der demographische Wandel existiert und wirft auch Probleme für die Stadtplanung, für die Regionalplanung, für die Sozialplanung auf – gar keine Frage, man muss sich darüber Gedanken machen, wie man damit umgeht –, aber dieser demographische Wandel darf nicht zu Katastrophenszenarien benutzt werden, um damit bestimmte ökonomische und politische Interessen durchzusetzen, sondern man muss damit sozialverantwortlich umgehen und versuchen, solidarisch die damit verbundenen Probleme zu bewältigen.

### **Diskussion:**

**Vorsitzender:** Herzlichen Dank, Herr Prof. Dr. Butterwegge. Ich bedanke mich an dieser Stelle der Anhörung bei allen zehn Fachfrauen und Fachmännern für Ihre Ausführungen. Wir haben erleben dürfen, dass auch dieses Thema eine Bandbreite von Fakten, Kenntnissen, Informationen und Interpretationen bereithält. Ich weiß, was es für einen gestandenen Abgeordneten oder Abgeordnete bedeutet, dreieinhalb Stunden zuzuhören. Deswegen eröffne ich jetzt die Diskussion. Wir haben uns einen Zeitrahmen gegeben. Aber wir waren bisher so diszipliniert, dass ich keinen Zweifel daran habe, dass wir ihn auch weiterhin einhalten werden. – Frau Abg. Schulz-Asche, Sie haben das Wort.

Abg. **Kordula Schulz-Asche:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich bedanke mich zunächst bei all denjenigen, die hier gesprochen haben. Sie haben ein umfassendes Bild über die Positionen gegeben, die gerade zum Thema demographischer Wandel in der Bundesrepublik in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen diskutiert werden. Es war ein Abbild dieser Diskussion, was ich sehr schätze.

Ich möchte gar keinen großen inhaltlichen Beitrag leisten, weil mein Problem darin besteht, dass ich aus dieser Anhörung mit mehr Fragen herausgehe, als ich hereinge-

kommen bin. Ich habe einige Antworten ansatzweise gehört, aber ich muss ehrlich sagen, dass ich keine grundsätzliche Bewertung abgeben möchte.

Ich möchte jedoch eine Frage stellen. Ich habe den Eindruck, dass bei allen Anzuhörenden die Entwicklung der Beschäftigtenpotenziale in Bezug auf alle Größen – sowohl was die Steueraufkommen als auch das Arbeitskräftepotenzial anbelangt – eine Rolle gespielt hat. Wir haben einige Graphiken gesehen, in denen der prozentuale Anteil der Erwerbsfähigen hochgerechnet wurde, sei es nur auf die ältere Bevölkerung – das gibt dann ein großes Problem – oder auf Ältere und Jüngere bezogen, bei denen sich das Problem relativiert. Uns wurden Prognosen wie die von der OECD vorgestellt, die mit verschiedenen Ansätzen wie Erhöhung der Frauenerwerbsquote, bessere Bildung, Produktivitätsentwicklung durch lebenslanges Lernen arbeiten. Wenn ich das richtig verstanden habe, haben diese Prognosen einzelne Aspekte für sich, aber nicht alle zusammen berücksichtigt. Das ist ein ganzer Bereich von Faktoren, welche die Potenziale der Erwerbstätigen – die Frauenerwerbsquote sei hier als Stichwort genannt – erhöhen.

Ich habe jedoch keine nachvollziehbare Berechnung gesehen, in der diese Komponenten tatsächlich einmal zusammengefasst wurden und in der tatsächlich gesagt wurde, wie sich das Erwerbstätigenpotenzial real und nicht prozentual gemessen an der Gesamtbevölkerung in der Summierung der verschiedenen Varianten entwickeln wird. Herr Dr. Klös hatte eine sehr schöne Graphik mit den verschiedenen Varianten der OECD-Studie gezeigt. Aber auch da hat man gesehen, dass das nicht alle schaffen. Mich interessiert die spezifische Situation in Hessen, wenn man mehrere Komponenten zusammen nehmen würde, da Hessen, zumindest im südlichen Hessen, ein Gebiet mit wirtschaftlicher Dynamik und Zuwanderung ist. Das ist eine meiner zentralen Fragen, weil sowohl das Steueraufkommen, die Zukunft der öffentlichen Haushalte als auch die Erwerbstätigkeit und die Produktion – in welchem Gewerbe auch immer – zentrale Schlüssel sind. Das ist meine zentralste Frage, auf die ich mich im Moment beschränken möchte.

**Frau Dr. Anette Reil-Held:** Ich habe den Eindruck, dass ich probiert habe, darauf zu antworten. Vielleicht habe ich Sie auch falsch verstanden. Ich habe versucht, die Entwicklung der Erwerbstätigen in Hessen bis 2050 hochzurechnen. Dieser Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen liegt eine Kombination der verschiedenen Parameter zugrunde. Ich gehe davon aus, dass sich die Erwerbsbeteiligung der Frauen stärker als die der Männer in mittleren Altersklassen steigert. Ich kann Ihnen gleich zeigen wie. Ich habe leider keine Folie dabei. Ich gehe ebenfalls davon aus, dass die Erwerbsbeteiligung der jüngeren Arbeitnehmer etwa gleich bleibt. Sie werden die Schule wahrscheinlich früher verlassen, dafür steigt aber das Qualifikationsniveau insgesamt, was einen kompensierenden Effekt hat. Ich habe mir angesehen, was passiert, wenn die Erwerbsbeteiligung älterer Männer und älterer Frauen noch stärker erhöht wird. Diese drei Effekte zusammen genommen, ergeben die Erwerbstätigenzahlen, die ich Ihnen präsentiert habe.

Lässt man die altersspezifischen Quoten konstant, wird es einen Rückgang von 700.000 Erwerbstätigen geben. Wenn man aber das Renteneintrittsalter drei Jahre nach hinten verschiebt, sich die Frauenerwerbsbeteiligung an die der Männer in etwa um die Hälfte angleicht und die Arbeitslosenquote halbiert wird, bekommen wir – die bundesweite Schätzungen auf Hessen übertragen – das zweite Szenario, das ich vorhin gezeigt habe, nämlich einen Rückgang um etwa 400.000 Erwerbstätige. Das ist das Potenzial der Erwerbstätigen. Man muss hier unterscheiden, weil ein Potenzial stille

Reserven einschließt. Außerdem sind die Arbeitslosen nicht in meiner Betrachtung enthalten. Hier geht es tatsächlich um die effektiv Erwerbstätigen.

Abg. **Kordula Schulz-Asche**: Das habe ich vorhin nachvollzogen. Es fehlt hier aber ein Faktor wie die Produktivitätssteigerung durch lebenslanges Lernen. Dieser ist in ihrer Berechnung nicht enthalten. Wenn man die gesamtgesellschaftliche Entwicklung über einen längeren Zeitraum berechnen möchte, müsste man auch die individuelle Steigerung der Produktivität der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte einrechnen.

Frau **Dr. Anette Reil-Held**: Wenn wir auf das gesamte Produktionsergebnis abzielen, dann muss man sich die Produktionsfaktoren ansehen – es bestehen mehr Faktoren als der Arbeitsmarkt. Aber der Input, die Anzahl der Erwerbstätigen, ist schon der entscheidende Faktor. Er trägt in Deutschland zu zwei Drittel zum Output bei. – Diese Rechnung setzt voraus, dass wir in Deutschland nach wie vor einen Produktivitätsfortschritt in unverändertem Ausmaß beobachten werden.

Frau **Prof. Dr. Gisela Färber**: Sie haben natürlich eine zentrale Frage angesprochen. Eine Sanierung des Arbeitsmarktes ist die Voraussetzung dafür, dass sämtliche Reformen, die wir hier heute auch mit Blick auf die demographische Entwicklung unternehmen, in irgendeiner Form ziehen können.

Was wir von der ökonomischen Seite heute machen können, sind Modellrechnungen. Das sind keine Prognosen. Aber man kann die im Raum stehenden demographischen Parameter in der Altersgruppe der Menschen, die potenziell erwerbsfähig sind – wie wir gesehen haben, kann man an den Altersgrenzen ziehen, man kann die Erstausbildung verkürzen – entsprechend verändern, um das Arbeitsvolumen zu beeinflussen. Man kann aber keine Prognose darüber abgeben, was man machen soll. Ich erinnere mich an meine erste demographische Studie, in der ich davon ausging, dass ganz allein durch Saldenmechanik im Jahr 2000 Vollbeschäftigung herrschen würde, weil dann die Erwerbspersonenzahl so weit geschrumpft sein würde. Die Realität hat mich ja völlig überholt.

Solche Modellrechnungen können aber zeigen, an welchen Parametern die Politik arbeiten kann, um den rein demographischen Rückgang der Erwerbspersonen aufzufangen. Eine Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen auf ein Volumen, wie wir es in anderen Volkswirtschaften haben, würde z. B. bis 2030 die meisten zu befürchtenden Personalengpässe kompensieren. Es ist Sache der Politik, das z. B. durch Anreize zu erreichen. Das spiele ich jetzt an Sie zurück. Die Wissenschaft kann nur zeigen, wo Stellschrauben sind und wo man unter Umständen die Rahmenbedingungen so setzen kann, dass die Menschen die Probleme selbst auffangen.

Herr **Prof. Dr. Roland Eisen**: Das Problem ist, wie Sie es gestellt haben, wahrscheinlich gar nicht zu lösen. Die Ökonomen oder wer auch immer machen sich zunächst ein Modell. In einem Modell muss man immer viele Dinge konstant halten oder exogen betrachten, um dann zu sagen: Ich interessiere mich für ganz bestimmte Faktoren. – Obwohl man ein schönes globales makroökonomisches Modell wirklich haben sollte. Alles

das, was bei Börsch-Supan in globalen Modellen z. B. über den Kapitalzins gerechnet wird, enthält immer sehr starke Annahmen, wie sich die Arbeit entwickelt oder wie sich andere Dinge entwickeln, sodass es immer noch keine gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtsmodelle sind. Selbst in einem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtsmodell, bei dem Sie sehr viele Variablen hätten, mögen Sie sehr viel konstant setzen. Dann können Sie immer nur fragen, was passieren würde, wenn ich einen dieser Parameter verändere. Wenn Sie alle verändern, wie Sie es gern hätten, kommt etwas heraus, was Sie nicht mehr wissen. Sie wissen dann nicht, auf welchen Faktor es zurückzuführen ist.

Hier gebe ich Frau Prof. Dr. Färber Recht, die sagt: Wir müssen bestimmte Parameter anschauen, die vielleicht veränderbar sind. – Herr Dr. Klös hat das Anreize, Effizienz und Rente genannt. Ich würde Rente weglassen und sagen: Wir bleiben bei Anreizen und Effizienz. – Man kann vieles in diesem System noch effizienter machen. Man kann an vielen Stellen vielleicht noch sparen. Das kann man wahrscheinlich überall. Vor allem aber sind bei uns viele Anreize falsch gesetzt, z. B. das frühe Ausscheiden aus dem Arbeitsleben – für die Unternehmer wird es sehr billig und für den Rentner wird es sehr gut. Da scheint etwas falsch zu sein. Wir müssen zunehmend wieder in die Alten investieren. Wir als Professoren tun das von allein. Wir haben immer die Konkurrenz der Jungen. Man muss ja noch ein bisschen was tun, aber andere tun das nicht mehr. Die Unternehmen haben z. B. kein Interesse daran – das wurde auch als Argument genannt –, noch in über 45-Jährige zu investieren. Das ist falsch, denn er ist mindestens noch 20 Jahre da. Wenn ich die Unternehmer und Betriebswirte rechnen höre, rechnen sie mit einer Investitionsperiode von sieben bis zehn Jahren. Der Volkswirt rechnet mit unendlich. Wenn ich einen Mitarbeiter für 20 Jahre habe, kann ich doch noch einmal investieren.

Abg. **Dr. Thomas Spies:** Ich habe vier Fragen an unterschiedliche Referenten. Frau Prof. Dr. Färber, Sie haben uns sehr eindrucksvoll die Konsequenzen für die Ausgaben und den Bedarf öffentlicher Haushalte dargestellt und regionale Wirkungen deutlich gemacht. Das bringt mir auf den ersten Blick die Verpflichtung nahe, in großräumigeren Einheiten für die Ausgleiche zu denken. Vielleicht ist die Kategorie in Werra-Meißner in 30 Jahren nicht mehr sinnvoll. Der Landkreis Werra-Meißner ist der Landkreis in Hessen, der die stärkste Alterung und den stärksten Bevölkerungsschwund zu erwarten hat. Vielleicht sollten wir nicht mehr in der Kategorie Werra-Meißner und Stadt Frankfurt rechnen.

Sie haben in einer Nebenbemerkung auf etwas verwiesen, was ich nicht verstanden habe. Es wurde heute an sehr vielen Stellen die Frage der Erwerbstätigenzahlen, aber auch die Frage der Produktivität in den wirtschaftlichen Zusammenhängen aufgeworfen. Sie haben zwei Aspekte des Problems der öffentlichen Haushalte dargestellt, nämlich einerseits die Ausgabenproblematik – Veränderung von Strukturen – und andererseits die Tatsache, dass weniger Steuerzahler und mehr Rentner zu geringeren Steuereinnahmen führen, was nach meinem Verständnis wie eine Kopfzählung klang. Wenn die Produktivität eine solche Rolle spielt, lautet doch die eigentliche Frage: Würden wir von Produktivitätsgewinnen den angemessenen Anteil für das Steueraufkommen abschöpfen, wären Alterungen kompensiert und das Problem hinsichtlich der Steuereinnahmeseite damit schon gelöst. – Könnten Sie dazu noch etwas sagen?

Ich vermute einen Widerspruch. Sie haben sich sehr deutlich zu sehr unterschiedlichen regionalen Wirkungen des demographischen Wandels in Bezug auf Schuldenstände,

Pensionslasten, Steuerergiebigkeit geäußert und auch darauf hingewiesen, dass das Schuldenrisiko mit zunehmender Dezentralität höher wird: Bei einer kleinen Kommune besteht viel mehr die Gefahr, wenn sie sich hoch verschuldet, ob sie das noch in den Griff bekommt. Gleichzeitig haben Sie kurz danach die Dezentralisierung von Kompetenzen und die Regionalisierungen auch durch eine Autonomie im Steueraufkommen gefordert. Mir erscheint das als Widerspruch. Vielleicht können Sie ihn auflösen.

**Frau Prof. Dr. Gisela Färber:** Herr Dr. Spies, auf Ihre Frage, ob die Landkreise noch relevant seien, nur eine kurze Antwort, Sie haben sie auch nur als Frage als Ganzes eingeworfen: Noch produzieren die Institutionen die öffentlichen Güter und Leistungen. Sie können sich gern die Frage stellen, welche räumliche Institutionenstruktur wir im Lande brauchen, um mit der Demographie umzugehen: Stärkt das Ebenen auf der RP-Ebene in Hessen? Müssen Sie dort mehr Selbstverwaltung einbauen? – Es ist ohnehin eine Frage, die ich für den Wandel von Institutionen im föderalen Staat für ganz wichtig halte, nämlich inwieweit man als Verwaltungs- wie auch als Selbstverwaltungsebene möglicherweise einen Umbau gestaltet, wie man die Landkreise, die früher als untere Landesebene wirklich Befehlsempfänger waren, heute auch ein Stück kommunalisiert. Deswegen Glückwunsch zu der Frage, was man dort machen kann.

Zur Frage nach dem Rückgang der Ergiebigkeit des Steuersystems. Sie können natürlich generell mit Produktivität Rückgänge bei den Erwerbstätigenzahlen ausgleichen. Sie können mit Produktivität unter Umständen auch Verteilungsspielräume zwischen Jung und Alt eröffnen. Mein Doktorvater Bert Rürup hat schon vor 25 Jahren in seinen ersten Publikationen zum Rentenproblem im Zuge der demographische Entwicklung gesagt: Mit Produktivität kann ich alles Mögliche untertuneln. – Wenn Sie allerdings Produktivität forcieren, müssen Sie auch bedenken, dass die Produktivität im öffentlichen Sektor immer darunter liegt. Ich habe hier nur ein Problem isoliert, nämlich die Frage nach der Ergiebigkeit des Steuersystems. Hier ist es de facto auf jeden Fall so: Dadurch, dass Sie einen anderen Mix haben – wir Ökonomen arbeiten bei Analysen natürlich ceteris paribus erst einmal mit einem gleich bleibenden Steuersystem –, haben Sie eine nachlassende Ergiebigkeit. Ich bin zu dem Rechenergebnis gekommen, allein die demographische Entwicklung würde bedeuten, dass wir die Steuersätze um 12 % oder 14 % anheben müssten, um im Jahr 2050 das gleiche Pro-Kopf-Aufkommen der dann insgesamt geschrumpften Bevölkerung zu erreichen, weil das umgerechnet der Bedarfsträger ist. Sie bekommen solche Probleme. Die Produktivität allein kann Ihnen nur als gesamtwirtschaftlicher Spielraum zur Verfügung stehen. Sie müssen das Steuersystem natürlich ändern.

Ich beziehe mich auf meine „Milchmädchenrechnung“. – Diesmal habe ich sie als „Mädchen“ angestellt, die meisten Milchmädchenrechnungen, die heute zitiert worden sind, wurden von Männern angestellt und ich bitte im Gender-Kontext, sie auch als „Milchmännchenrechnungen“ zu bezeichnen. – Ich ziehe aus solchen Extrapolationen immer die Konsequenz, wie ich vorhin schon gesagt habe, Änderungsbedarf und Handlungsbedarf aufzuzeigen. Das heißt für mich: Das Steuersystem muss umgebaut werden. Ich habe z. B. im Kontext der Expertenkommission „Finanzierung lebenslangen Lernens“ den Vorschlagsteil geschrieben.

Sie müssen sich auch Gedanken darüber machen, wie Sie Aufwendungen für Bildung und Erträge von Bildung in Zukunft anders steuern. Eine der von den meisten Leuten noch für verrückt gehaltene Debatte in diesem Kontext ist: Wir müssen uns beispiels-

weise bei dem Begriff der Leistungsfähigkeit im Steuerrecht auch ein Stück davon wegbegeben, das am realisierten Einkommen festzumachen. Wenn ich freiwillige Nichterwerbstätigkeit habe und vor allem in Bildung sehr viel Subventionen zahle, dann ist – mein Lieblingsfeind – die habilitierte, nicht erwerbstätige Arztgattin im Grunde leistungsfähig, aber in unserem Steuersystem wird sie durch das Ehegattensplitting belohnt. Auch im Kontext der Demographie ist ein solches Steuersystem widersinnig. Sie müssen vielleicht sogar Leistungsfähigkeit an der Menge der bezogenen Bildungssubventionen mitmessen. – Ich gebe hier nur ein paar Ketzerideen in die Diskussion hinein, weil wir ganz viel Entwicklungsbedarf haben. Wir müssen uns von den Ideen, die zum Teil noch bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts oder selbst bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen, hinsichtlich der Institutional Settings des Staates verabschieden und uns in eine neue Welt hineinbegeben, die mit den Herausforderungen von Demographie und vielleicht auch Globalisierung, die als Problemwirkungen ineinander greifen, zurechtkommen.

Zu Ihrer letzten Frage. Dass das Schuldenrisiko mit der Dezentralität wächst, hat damit zu tun, je kleiner die Institution auf der unteren Ebene ist umso anfälliger ist sie. Wenn die Leute aufgrund von Freizügigkeit wandern können, haben Sie natürlich sehr viel größere prozentuale Verwerfungen bei der Wanderung einer Person von A nach B. Das heißt, alte Schulden, müssen von immer weniger Menschen getragen werden.

Die Forderung nach Dezentralisierung ist überhaupt kein Widerspruch, denn zu einer Dezentralisierung von Handlungskompetenzen – ich nenne jetzt einmal Aufgaben, Gestaltungskompetenzen und anderes – gehört möglicherweise auch – im Rahmen der knappen Zeit ist das alles natürlich ein bisschen zu kurz gekommen – die Finanzverfassungen so zu schneiden, dass diese anderen Verantwortungen wahrgenommen werden können. Für mich hat immer Steuerautonomie dazugehört, denn ich muss mit meinen Bürgerinnen und Bürgern „raufen“ können, wie viel öffentliche Leistungen sie haben und wie viele Steuern sie dafür bezahlen wollen, auch für Umverteilungsaufgaben. Gerade bei der Staatsverschuldung muss ich die Regeln so schneiden, dass die Risiken tragbar sind. Sie wissen – Public Choice – Politiker neigen unglaublich gern dazu, die Folgen ihrer Handlungen in die Periode nach ihrer Wiederwahl hineinzuworfen. Die Lastenverschiebungen bei den Rentenversicherungen, die wir seit Jahrzehnten beobachten, können nur durch konstitutionelle Vorkehrungen, also durch Institutional Design, beseitigt werden. Der vermeintliche Widerspruch kann durch Reformen aufgehoben werden.

**Herr Prof. Dr. Christoph M. Schmidt:** Ich möchte gern zwei Punkte anfügen. Wir haben heute sehr häufig das Wort Produktivität gehört. Ich möchte ganz gern Ihre Sensibilität dafür wecken wollen, dass das ein Konstrukt ist, welches man nicht einfach aus den Statistiken ablesen kann, auch nicht ex post. Im Grunde genommen ist der Arbeitsmarkt so, wie jeder andere Markt auch, einer, bei dem sich Angebot und Nachfrage in irgendeiner Form treffen müssen. Es gibt auf der Nachfrageseite, also auf der Seite der Arbeitgeber, sicherlich die Tendenz, wenn der Preis für jede effektive Arbeitsstunde höher ist, weniger davon nachzufragen. Es ist natürlich klar, dass der Arbeitsmarkt kein Markt wie der für Brötchen oder Kartoffeln ist, sondern dass langfristige Beziehungen eine Rolle spielen. Nichtsdestoweniger gibt es eine grundsätzliche Tendenz, weniger Arbeitsstunden nachzufragen, wenn es mehr kostet.

Man könnte die gemessene Produktivität perverser Weise dadurch erhöhen – das will niemand –, dass man die unproduktivsten Arbeitnehmer freisetzt. Dann ist die Produktivität natürlich höher. Das ist nicht das, was Sie gefragt haben. Sie fragen nach der Produktivität, die quasi die Verschiebung dieser gesamten Kurve ausmacht. In den gemessenen Statistiken sind natürlich die beiden Dinge eng miteinander verwoben. Deswegen sollte man sich auch nicht zu leicht von jemandem überzeugen lassen, dass die Messung in den Statistiken frei von dieser Verzerrung sei.

Der Punkt, der auf Ihre Frage eingeht, ist folgender: Wir haben ein bisschen aus den Augen verloren, dass neben dem demographischen Wandel ein weiterer Prozess in unserer Gesellschaft oder als Hintergrund für unser gemeinsames Zusammenleben und unser wirtschaftliches Zusammenleben abläuft, nämlich dass sich die Märkte international öffnen. Wir haben mit Sicherheit in den letzten Jahrzehnten erlebt und erleben es gerade in bemerkenswerter Weise, dass junge, talentierte hoch ausgebildete Arbeitnehmer sehr viel mehr Möglichkeiten haben, international tätig zu sein und das durchaus auch wahrnehmen. Sie haben, wenn man im Neudeutschen bleiben will, eine Outside-Option. Je mehr Sie glauben, Probleme, die durch den demographischen Wandel daheim entstehen, einfach durch eine Veränderung der Besteuerung, der Verteilung zwischen Erfolgreichen und weniger Erfolgreichen lösen zu können, um so mehr kreieren Sie das Problem, dass die Leute mit Outside-Option, die ich nicht ansatzweise quantifizieren kann, diese Outside-Option auch wahrnehmen. Dann schadet man denjenigen, denen man gerade helfen wollte, die keine Outside-Option haben, sondern hier bleiben müssen und hier eventuell arbeitslos sind.

Abg. **Dr. Thomas Spies:** Der letzte Hinweis war richtig. Deshalb hat die SPD im Godesberger Programm einige Grundprämissen über den Haufen geworfen. Sie haben mit Ihrer ersten Bemerkung im Grunde die Einleitung für meine nächste Frage an Herrn Dr. Klös geliefert. Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung. Ganz am Anfang haben Sie darauf verwiesen, es wäre schön, wenn die Validität der Daten in der empirischen Wirtschaftsforschung so groß wie in der Demographie wäre. Als Replik auf die Ausführungen von Herrn Dr. Eicker-Wolf muss ich zugeben, ich bin Arzt, ich verstehe davon nichts, aber Sie haben alle meine Vorurteile bestätigt.

Eines habe ich dennoch nicht verstanden. Ich finde Ihre Darlegung über die Bedeutung von Bildung und Humankapital insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Produktivität, auch der Kompensation zwar außerordentlich lehrreich. Ich habe heute darüber sehr viel gelernt. Zum Schluss allerdings haben Sie in Ihren Konsequenzen auf die politischen Aufträge verwiesen, zum Teil auf die Umlenkung staatlicher Mittel in den verschiedenen Bildungssektoren. Dann kam zur Stärkung der Nachfrage nach Bildung die Einführung von Studiengebühren. Ich bitte Sie, mir das noch einmal zu erklären. Ich habe es immer so verstanden, dass wir die Lohnnebenkosten senken sollen, um die Nachfrage zu verbessern, weil Sachen dann billiger werden. Wenn ich den Gedanken zu Ende denke, dass wir das Studium teuer machen, damit mehr Leute studieren wollen, würde ich dringend dazu raten, die Lohnnebenkosten durch mehr Gesundheitsleistungen zu erhöhen, weil unsere Produkte dann mehr umworben werden. Ich habe das als Widerspruch wahrgenommen. Das mag mangelnde Kompetenz sein. Vielleicht können Sie mir das noch einmal erklären.

Herr **Dr. Hans-Peter Klös**: Ich hoffe, es schlicht und einfach erklären zu können: Ich bin sehr davon überzeugt, gute Argumente finden zu können, dass sich das auf einer fortgeschrittenen Stufe der bildungsbiographischen Leiter, wo das, was man als Humankapitalinvestition tätigt, bei sich selbst verzinst – man redet auch von Bildungsrenditen – und man dort eher von einem privaten als von einem öffentlichen Bildungsgut sprechen kann, weswegen an der Stelle das Prinzip von Angebot und Nachfrage stärker als bisher umgesetzt werden kann. Die Nachfrage kann man dadurch stärken, dass man den Nachfrager auch zum Finanzier macht. Wenn der Finanzier mit dem, was er als Finanzierungsanteil mitbringt, darüber mitbestimmen kann, welche Qualität der Ausbildung er auf der Angebotsseite erwarten kann, haben wir eine völlige Umkehrung der bisherigen Steuerungslogik.

Wenn hinzukommt, dass sich der Anbieter von Bildungsleistungen seine Studierenden selbst auswählen kann, wenn sich der Nachfrager von Bildungsleistungen den Anbietern von Bildungsleistungen selbst auswählen kann, statt sie über die ZVS zugewiesen zu bekommen, wenn der Anbieter von Bildungsleistungen, die Hochschule, darüber bestimmen kann, welches Personal sie hat, wie sie rekrutiert, wie sie das Portfolio an Dienstleistungen darstellt, haben wir in diesem Teil des Bildungsmarktes die Möglichkeit von Rückkoppelungseffekten, die im Ergebnis dazu führen, dass die Qualität der Bildungsdienstleistungen mit hoher Wahrscheinlichkeit zunehmen wird. Ich hoffe das zumindest.

Herr **Prof. Dr. Christoph M. Schmidt**: Ich möchte kurz noch etwas zu dieser Diskussion beitragen. Ihre Frage, demographische Variablen versus ökonomische Variablen, kann man ganz einfach und überzeugend beantworten: Herr Prof. Dr. Butterwegge hat es ganz richtig gesagt. Die in 2030 Anwesenden gibt es weitgehend schon. Das heißt, dass die demographischen Variablen solche sind, die weniger den Einflüssen aktueller oder künftiger Entscheidungen ausgesetzt sind als ökonomischer Variablen. Das macht sie natürlich leichter prognostizierbar. Dennoch gibt es – das ist mir ganz wichtig festzuhalten, weil das vorhin in einem Beitrag anklang – gute und schlechte empirische Arbeit. Es gibt gute und schlechte Statistik. Sie sind natürlich gezwungen, wenn Sie wirklich Verarbeiter unserer Informationen sein wollen, bis zu einem gewissen Grad ein Verständnis für Wahrscheinlichkeitstheorien wissenschaftlicher Arbeit aufzubringen, sonst können Sie nämlich nicht Gutes und Schlechtes voneinander unterscheiden. Sie müssen keine Wahrscheinlichkeitstheoretiker werden, aber ich glaube, dass es gute und schlechte empirische Forscher und gute und schlechte empirische Forschungen gibt. An Ihrer Stelle würde ich mir eine Bemerkung über Statistik, die sowieso nur Mist sei, nicht bieten lassen und dem nicht zum Opfer fallen wollen.

Abg. **Dr. Thomas Spies**: Frau Dr. Reil-Held, Sie haben uns eine sehr spannende Idee für die Anpassung der Relation aktiver Jahrgänge zu den nicht mehr oder noch nicht aktiven Jahrgängen geliefert. Ich habe an der Stelle nicht ganz verstanden, wie sich angesichts der Entwicklungen, die wir schon hinter uns haben und von denen manche behaupten, sie seien ein Problem – man kann ernsthaft diskutieren, ob ein Rentenbeitrag von 19 % ein Problem ist oder nicht und ob man ihn aus dem Lohn oder auch aus Beiträge nehmen könnte, die nicht äquivalent wieder ausgezahlt werden, das würde die Sache viel leichter machen, ich bin da ziemlich dicht bei Herrn Prof. Dr. Butterwegge – die Lebensarbeitszeit unter der Prämisse der Vorausberechnungen entwickeln muss, um den Status quo zu stabilisieren. Die Renteneintrittsgrenze von 65 Jahren reicht

nicht. Wie weit müsste man das Rentenalter hinausschieben? Ich persönlich würde gern bis 70 Jahre arbeiten. Jedenfalls macht mir mein Job viel Spaß. Oder wie viele Jahre früher müsste man anfangen zu arbeiten? Haben Sie das errechnet? Können Sie mir sagen, worauf man hinauskommt?

**Dr. Anette Reil-Held:** Ich möchte hier keine rentenpolitische Diskussion aufmachen – es hat mich vorhin schon als Antwort auf Prof. Butterwegge in den Fingern gejuckt. Durch eine Auswahl des Umlageverfahrens wird das Problem des demographischen Wandels nicht gelöst.

Zum Renteneintrittsalter. Wir haben keinen isolierten Rechenbetrag, sondern betrachten es als Paket, weil wir wissen, dass eine Maßnahme allein nicht ausreicht. Außerdem muss bedacht werden, was mit dem effektiven Renteneintrittsalter passiert, wenn wir das gesetzliche Renteneintrittsalter heraufsetzen. Das ist keine einfache empirische Fragestellung. – Die Abbildung war mehr zur Illustration gedacht und zielte weniger auf die rentenpolitische Diskussion ab.

Es stellt sich zudem die Frage, was die Referenzgröße ist. Die aktuellen Beitragssätze sind nicht nur demographisch bedingt, es kommen auch andere z. B. kurzfristige konjunkturelle Aspekte hinzu. – Das wäre eine interessante Rechnung, ich muss überlegen, ob wir das simulieren könnten.

Wenn man allein mit dem Renteneintrittsalter den Beitragssatz stabilisieren möchte, stellt sich die Frage, wie hoch das Renteneintrittsalter liegen muss. – Die Maßnahmen, die die Rürup-Kommission vorgeschlagen hat, kann ich kurz vorstellen, um eine Größenordnung zu vermitteln. Sie hat vorgeschlagen, das gesetzliche Renteneintrittsalter um zwei Jahre zu verschieben, also von 65 auf 67 Jahre, über einen Zeitraum von 2011 bis 2035. Das macht einen Beitragssatz von 0,2 bis 0,3 % aus.

**Abg. Mark Weinmeister:** Ich weiß nicht mehr genau, wer die Darstellung gezeigt hat. Es gab einen Chart, auf dem die Zahl der Beschäftigten der über Fünfzigjährigen in anderen Ländern in Form einer Banane dargestellt worden war, während Deutschland dies nicht geschafft hat. – Ich hätte gerne eine Einschätzung dazu, warum dies in Deutschland nicht gelungen ist.

**Andreas Esche:** Eine der klassischen Antworten darauf ist die wunderbar funktionierende Interessenkonstellation zwischen den Arbeitgebern auf der einen Seite und den Verbänden der Arbeitnehmer und den Arbeitnehmern selbst auf der anderen Seite, über Jahre hinweg einen vermeintlich schmerzlosen Ausweg zu finden. – Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist möglicherweise eine Tendenz zur Verdichtung der Arbeit, die es manchen auch aus anderen Gründen näher legt, früher auszusteigen. Die klassische Frage ist, wie man das verhindern kann. – Auch heute müssen Abschläge in Kauf genommen werden, wenn man frühzeitig aussteigt. Es gibt schon seit längerem eine Debatte darüber, inwieweit diese Abschläge versicherungsmathematisch korrekt sind. Nach meiner Wahrnehmung ist die überwiegende Einschätzung die, dass diese Abschläge in etwa verdoppelt werden müssten, damit sie mathematisch korrekt sind. Ein

weiterer Punkt ist der Kündigungsschutz älterer Arbeitnehmer. Hier geht es eher darum, die Wahrnehmung zu verändern als die tatsächliche Rechtslage. Es ist schon eine ganze Menge passiert, aber es ist noch nicht angekommen.

Die Frage der Senioritätsentlohnung – oder wie ich es vor ein paar Tagen von einem Kollegen der IG Metall gehört habe, der es Statusentlohnung nannte – stellt ein erhebliches Problem, wohl wissend wie schwierig so etwas zu korrigieren ist.

**Dr. Hans-Peter Klös:** Herr Esche hat es vollkommen richtig wiedergegeben, das sind die wesentlichen Faktoren, die wie Sperrklinkenfaktoren ineinander wirken und dazu führen, dass die Erwerbstätigenquote der Älteren bei uns eher bleiern bei 38 % liegt. Das führt zu der Frage der Potenziale. Der OECD-Schnitt liegt bei 48 %. Umgerechnet auf Deutschland heißt das, dass wir eine Lücke von 1,2 Millionen haben, die wir auffüllen müssten, um auf das OECD-Niveau zu kommen.

Das ist ein Beispiel dafür, wie man in Form von Lückenberechnungen Potenziale funktional äquivalent berechnen kann. – Da kann ich dem Kollegen nur zustimmen. Man kann die einzelnen Annahmen und Parameter benennen und sagen, wie sich der einzelne Effekt quantitativ darstellt. Das kann anschließend multivariat getestet werden.

Die Frühverrentung in Deutschland ist gewisser Weise dadurch gestoppt – den Befund wage ich mittlerweile –, weil in der öffentlichen Diskussion damit begonnen wurde, verschiedene Frühverrentungswege zu schließen. Die Erblast, beziehungsweise die Rache des Gutgemeinten, die mit einer massiven Ausdehnung der Bezugsdauern von Arbeitslosenunterstützung auf 32 Monate in der Ära Blüm, angefangen hat und die wir jetzt mühsam zurückholen müssen, ist der klassische Fall von Verträgen zu Lasten Dritter, nämlich der Steuer- und Beitragszahler. Die Anreize waren so gesetzt, dass sich jeder Beteiligte unter den Bedingungen des Systems rational verhalten hat, und andere dafür in Geisel genommen hat. Es ist wichtig, und es gehört zu den Fortschritten der vergangenen Jahre, dass wir allmählich mit einer Schubumkehr beginnen, damit das durchschnittliche Rentenzuwachsalter wieder zu steigen beginnt.

**Prof. Dr. Roland Eisen:** Wenn es darum geht, diese Zuschläge oder Abschläge bei der Rentenversicherung zu berechnen, wenn man mit 63 Jahren aufhört, dann muss ich meinem Vorredner widersprechen. Es handelt sich nicht um ein mathematisches Problem. Es wäre ein mathematisches Problem, wenn Sie die Überlebens- und Sterbewahrscheinlichkeit unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen mit 62, 63, 64 usw. Jahren kennen würden. Wenn Sie dann noch Unterschiede darüber machen, dass man sagt, früher sind die Arbeiter früher gestorben und die Angestellten haben länger gelebt. Infofern müssten alle Angestellten stärker zur Kasse gebeten werden als Arbeiter, wenn Sie das mathematisch korrekt machen wollen. Es kommt aber gar nicht auf die mathematische Korrektheit an, sondern es kommt immer wieder auf die Anreize an. Wenn die Leute das richtig sehen, steigen sie nicht früher aus. Zieht man 3 % ab, sagen die Leute, dass das eine ganze Menge ist – auf drei Jahre verteilt sind das über 10 %. Das ist viel, wenn eine Rente beispielsweise nur 1.000 € beträgt, bekommen sie nur 900 €.

**Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp:** Ich wollte nur darauf hinweisen, das eben Gesagte empfand ich als ein bisschen freundlich. Man muss sehen, dass es eine klare Position

der so genannten Sozialpartner gab, dass man die Last der betrieblichen Realität – so wurde das empfunden – der älteren Leute auf die Sozialkassen ablagern kann. Beide Partner haben sich bedient und beide waren ohne Problembewusstsein auf die Auswirkung auf den Beitragssatz. – Dies ist nicht der einzige Fall. Es hat in dieser Ära viele weitere Fälle gegeben, bei denen versicherungsfremde Leistungen – wenn ich das einmal so technisch sagen darf – in die Sozialkassen hineingedrückt wurden. Dann hat man sich gewundert, dass die Beitragssätze stiegen. Es hat eine Weile gedauert, bis sich alle Beteiligten darüber klar waren, dass es so nicht weitergeht. Das haben wir jetzt erreicht. Man muss aber schon sehen, dass viele Probleme, die wir heute in unseren Sozialkassen haben – um es einmal scharf zu sagen –, mit Demographie eigentlich gar nichts zu tun haben, obwohl das immer wieder angesprochen wird. Vielmehr haben sie etwas damit zu tun, dass man versicherungsfremde Leistungen in die Sozialkassen hineingedrückt hat, beispielsweise auch die Finanzierung der Ostrenten im Rahmen der Deutschen Einheit. Das hat wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Situation so entwickelt hat, wie wir sie jetzt haben.

**Prof. Dr. Gisela Färber:** Ich muss meinem Kollegen Prof. Eisen jetzt doch noch widersprechen. Bei diesem Umlagesystem – das ist etwas anderes als die kapitalgedeckten Systeme – haben Sie das ganz simple Problem, dass die Leute, die länger arbeiten, auch noch zusätzliche Rentenanwartschaften erwerben. Darum liegen zu einem späteren Zeitpunkt die Rentenausgaben noch etwas höher. Allerdings deuten alle Rechnungen darauf hin, dass die Abschlagsfaktoren zu niedrig sind. Es gibt einen guten Aufsatz von Herrn Clemens von der Deutschen Bundesbank – veröffentlicht im Wirtschaftsdienst –, der die Abschlagsfaktoren in den Systemen untersucht hat und zu dem Ergebnis gekommen ist, die jetzt verwendeten 3,6 % seien vermutlich etwas zu niedrig. Nicht allzu viel, interessant für mich ist, seitdem sie voll aufgebaut sind, scheinen sie zu wirken, da das Renteneintrittsalter langsam aber sicher steigt.

Ein anderer Gedanke, den ich Ihnen für Ihre Arbeit in der Enquetekommission mitgeben kann, ist eine Sache, die aus verschiedensten Gründen viel zu wenig erforscht ist, das, was Herr Eisen gerade angesprochen hat, nämlich die unterschiedlichen Lebenserwartungen in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus in der Arbeitsgesellschaft – das Herzinfarktrisiko ist nicht bei den Managern höher, sondern bei den Arbeitern. Sie haben also sowohl in der GKV wie in der GRV möglicherweise – das ist völlig unzureichend erforscht – ganz starke Umverteilungen jenseits von Rentenformeln und anderen Dingen von unten nach oben, die etwas damit zu tun haben, dass besser Ausgebildete die Dinge besser in Anspruch nehmen. Es gibt auf jeden Fall hier einen Forschungsbedarf. Ich weiß nicht, ob es gut ist, solche Themen in die politische Debatte aufzunehmen. Wenn wir aber über Kürzungen wie bei Hartz IV und notwendige Reformen, die gemacht werden, reden, fällt mir immer auf, dass der meiste Widerstand sich gegen Reformen richtet, die nicht die Armen sondern den Mittelstand treffen. Diese Umverteilungen gibt es auch im Kontext Demographie – möglicherweise schwerwiegender bei GKV und Pflegeversicherung –, wenn die gut Ausgebildeten länger leben. Wir wissen es nicht. Es gibt in diesem Kontext zu wenig Forschungsarbeiten. Ich halte diese Fragestellung für sehr interessant.

**Vorsitzender:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Das kann bedeuten, dass manche noch nachdenken. Das kann aber auch bedeuten, dass wir heute sehr umfassend informiert worden sind und der Nachfragebedarf damit gestillt wurde.

Wir haben 18.30 Uhr. Diese Zeit hatten wir uns als Ende der Anhörung vorgenommen.

Ich danke allen Sachverständigen für die Anregungen und Informationen, die sie uns gegeben haben. Ich habe eine Menge gelernt; ich hoffe die Kollegen auch. Vor allem die Bandbreite der Herangehensweise war für mich neu.

Ich bedanke mich ebenso bei allen Kolleginnen und Kollegen und bei den Zuhörern. Ich wünsche allen einen guten Nachhauseweg und danke Ihnen, dass Sie uns bei der Arbeit der Enquetekommission geholfen haben.

Wiesbaden, 28. Februar 2005

Für die Protokollführung:

Der Vorsitzende:

Dr. Ute Lindemann

Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)



16. Wahlperiode

# HESSISCHER LANDTAG

## Kurzbericht

5. Sitzung der Enquetekommission „Demographischer Wandel“

10. März 2004, 14.40 bis 17.20 Uhr

### Anwesend

Vorsitzender Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)

### CDU

Abg. Peter Beuth  
Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau)  
Abg. Dirk Landau  
Abg. Anne Oppermann  
Abg. Mark Weinmeister

### SPD

Abg. Michael Siebel  
Abg. Dr. Thomas Spies  
Abg. Sabine Waschke

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abg. Kordula Schulz-Asche

### FDP

Abg. Ruth Wagner (Darmstadt)

**Sachverständige:**

Dr. Frank Fichert  
Frau Friedemann (i. V. für Matthias Horx)  
Dr. Wilma Mohr  
Dr. Anette Reil-Held (i. V. für Prof. Axel Börsch-Supan)

**Beratende Mitglieder:**

Bruno Döring, Hessischer Städte- und Gemeindebund  
Kerstin Ruckdeschel, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung  
Eckart Hohmann, Statistisches Landesamts  
Dieter Schlempp, Hessischer Städtetag

**Landesregierung:**

Anja Gauler	FEH
MinR Dr. Gerhard Herrmann	HMWVL
Olin Anette Müller	StK
RDir Dr. Patrick Opdenhövel	StK
RR z. A. Diana Schmidt-Wahl	HSL
Ltd. RDir Gerhard Simon	HSL
Ute Stettner	HSM

**Fraktionsmitarbeiter/innen:**

Imke Lenz	(Fraktion der CDU)
Dr. Carmen Everts	(Fraktion der SPD)
Bettina Schreiber	(Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rainer Welteke	(Fraktion der FDP)

**Landtagskanzlei:**

LD Peter v. Unruh  
RDir Matthäus Friederich  
Dr. Ute Lindemann  
RDir Bernd Seel

**Inhaltsverzeichnis:****Punkt 1:****Vortrag von****Prof. Dr. Mark Szydlik, Universität Erfurt, zum Thema:****Generation und demographischer Wandel S. 4****Punkt 2:****Öffentlichkeitsarbeit der Enquetekommission S. 29****Punkt 3:****Verschiedenes S. 32****Korrektur zum Kurzbericht der 4. Sitzung am 04.02.2004 S. 34**

Der **Vorsitzende** begrüßt die Mitglieder der Enquetekommission, einige Verwaltungspraktikantinnen und -praktikanten sowie weitere Gäste.

Ferner heiÙe er Prof. Dr. Marc Szydlik von der Universität Erfurt willkommen.

Abg. **Kordula Schulz-Asche** schlägt vor, Frau Friedemann vom Zukunftsinstitut kurz das Wort zu erteilen. Die eigentliche Präsentation des Zukunftsinstituts durch Herrn Horx erfolge in der nächsten Sitzung.

Frau **Friedemann** stellt sich vor:

Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin froh, dass ich endlich hier sein kann. Gesundheitliche Probleme haben mich von der Teilnahme an den letzten beiden Sitzungen abgehalten.

Ich vertrete hier Matthias Horx. Wir arbeiten seit über zehn Jahren in der Trend- und Zukunftsforschung. Vielleicht hat der eine oder andere von Ihnen schon etwas von uns gehört. Wir führen Studien durch, deren Themen wir uns selbst stellen. Vor zwei Jahren haben wir z. B. eine Studie zu dem Thema „Megatrend Reife“ veröffentlicht – etwas, was in diesen Kontext gut passt.

Wir erarbeiten auch Szenarien und veröffentlichen sie auf unserer Website. Dabei bitten wir unsere Besucher, über bestimmte Themen abzustimmen. Das aktuelle Szenario lautet „Deutschland 2015“. Dort hat Matthias Horx vier persönliche Szenarien vorgestellt. Mittlerweile haben fast 1.000 Leute abgestimmt. Diese Arbeit wiederum dient als Grundlage für unsere Publikationen.

Ich bin Geschäftsführerin im Zukunftsinstitut und hauptsächlich für das Marketing verantwortlich. Vor zwei Jahren habe ich eine Arbeit zu dem Thema „Future living“ publiziert. Insofern bin ich an dem Thema „Demographischer Wandel“ sehr interessiert.

### **Punkt 1:**

#### **Vortrag von Prof. Dr. Marc Szydlik, Universität Erfurt, zum Thema: Generation und demographischer Wandel**

Prof. Dr. Marc Szydlik trägt vor:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst herzlich für die Einladung bedanken und dafür, dass ich die Gelegenheit bekommen habe, vor Ihnen zu sprechen.

Bei der Strukturierung des Vortrags habe ich mir überlegt, in vier Schritten vorzugehen: Konzepte, Leistungen, Folgen, Politik. Unter dem Stichwort „Konzepte“ möchte ich kurz die Bandbreite des Themas Generation darstellen. Ich möchte Sie aber nicht allzu lange

mit diesem Thema beschäftigen. „Leistungen“ bezieht sich vor allen Dingen auf die Auswirkungen der Generationensolidarität, also auf die Leistungen zwischen den Generationen. Hier konzentriere ich mich in erster Linie auf die Familien. Unter dem Stichwort „Folgen“ möchte ich auf die Auswirkungen dieser Generationensolidarität eingehen. Dabei stelle ich die Frage, inwiefern es aufgrund dieser Generationensolidarität für bestimmte Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Chancen und Risiken gibt. Ich denke, dass das auch im Hinblick auf den demographischen Wandel eine wichtige Frage ist.

Mir ist gesagt worden, dass ich den Vortrag gewissermaßen als ein Impulsreferat verstehen möge, weil er am Anfang der Tätigkeit der Enquetekommission steht. Insofern erlaube ich mir, einige Bemerkungen zu möglichen Politikfeldern zu machen, die im Zusammenhang mit den Themen „Generation“ und „Demographischer Wandel“ eine Rolle spielen können. Mir geht es dabei weniger um einzelne politische Maßnahmen als vielmehr um Politikbereiche.

Zunächst zu den Generationenkonzepten. Dazu ist es hilfreich, sich die vielen Bezeichnungen für Generationen vor Augen zu halten, die man in Wissenschaft und Medien findet. Ich habe vor einiger Zeit angefangen, eine Liste zusammenzutragen. Immer wenn ich einen neuen Generationentitel finde, kommt er auf die Liste. Man kann heutzutage kaum die Zeitung aufschlagen, ohne dass einem neue Generationentitel ins Auge springen. Für den heutigen Vortrag habe ich diese Liste aktualisiert. Bisher habe ich folgende Generationentitel gefunden:

(Folie)

Vorkriegs-, Kriegs-, Nachkriegs-, Gründer-, Aufbau-, Wirtschaftswunder-, Weimarer-, Flakhelfer-, Adenauer-, Brandt-, Kohl-, Stoiber-, Grass-, Jugend-, Hippie-, Sponti-, Beat-, No-Future-, Nullbock-, Problem-, Protest- und Gerümpelgeneration.

Überflüssige, geschlagene, befreite, verratene, verlassene, verlorene, verführte, verwöhnte, verunsicherte, suchende, fragende, ratlose, fordernde, unbefangene, stille, heterogene, hybride, digitale, bankrotte, zwanglose, angepasste, wilde, pubertäre, geschockte, skeptische, narzisstische, rebellische, pragmatische, moralische omnisolidarische, authentische, optimistische, materialistische, postmaterialistische, alternative und postalternative Generationen.

#### **Weiter geht es:**

68er-, 78er-, 89er-, 97er-, 99er-, G4-, 50plus-, 13th-, Millenniums-, Berlin-, Fulda-, Ost-, Benutzer-, Fernseh-, Erlebnis-, Flaschendrehn-, Durchhänger-, Zuschauer-, Hornhaut-, Helfer-, Macher-, Golfkrieg-, AIDS-, Erben-, Schlaffi-, Kuschel-, Sandwich-, Grill-, Coffee-Shop-, Yuppie-, Angestellten-, Wohlstands-, Mutter-Beimer-, Single-, Spaß-, Glotz-, Kick-, Click-, Me-, TV-, MTV-, Bravo-, Ally-, Handy-, Laptop-, Power-, Cyber-, Pop-, Techno-, Raver-, Siemens-, Golf-, Trabant-, Gel-, Jeans-, Nintendo- und Tamagotchi-generation.

#### **Schließlich:**

Generation X, Y, XXL, XTC, D, e, J, P, @.

Das ist natürlich nur eine Auswahl aus der Flut der Generationenetiketten, von der man heutzutage überschwemmt wird. Mittlerweile reichen offenbar Buchstabenkürzel aus – X, Y, XXL –, um die Erfinder von Generationenbezeichnungen auf sich aufmerksam zu machen. Die Konfusion wird noch dadurch vergrößert, dass einerseits ein Krieg der Generationen heraufbeschworen wird, während andererseits von einer „neuen Generation Solidarität“ die Rede ist.

Um eine Schneise in dieses Gestrüpp der Generationentitel zu schlagen, ist es hilfreich, generell zwischen Generation in der Familie und Generation in der Gesellschaft zu unterscheiden. Familiengenerationen stellen Generationen im ursprünglichen Sinne des Wortes dar: generieren, erzeugen. Das sind also Großeltern, Eltern, Kinder, Enkel usw. Es gibt viele Familienforscher, die sagen: Eigentlich sollten wir den Generationenbegriff nur für die Familiengenerationen verwenden. Über Familiengenerationen sind sich die Generationenforscher also einig.

Schwierig wird es aber bei den gesellschaftlichen Generationen, die sich unterschiedlich gliedern lassen. Prinzipiell bezieht sich der Begriff „Gesellschaftsgenerationen“ auf Personen, die in einem bestimmten Zeitraum geboren wurden und darüber hinaus bestimmte Merkmale gemeinsam haben. Die allermeisten der von mir vorgelesenen Etiketten würden also den gesellschaftlichen Generationen entsprechen. Ich bin aber sehr skeptisch, ob der Generationenbegriff hier wirklich angemessen ist. Eigentlich wäre es viel hilfreicher, hier zwischen Kohorte, Generation und Altersgruppe zu unterscheiden.

„Kohorte“ bezieht sich auf den Geburtsjahrgang. Es handelt sich um mehr oder weniger willkürliche Zusammenfassungen von Personen, die in demselben Zeitraum geboren wurden, z. B. die zwischen 1960 und 1965 Geborenen.

„Generation“ bedeutet mehr als Kohorte. Die Angehörigen einer gesellschaftlichen Generation verfügen über weitere Ähnlichkeiten, die über den gemeinsamen Geburtszeitraum hinausgehen. Mit einer gesellschaftlichen Generation im engeren Sinn meint man also Personen benachbarter Geburtsjahrgänge, die mehr oder weniger das ganze Leben hindurch über bestimmte gemeinsame Merkmale verfügen, durch die sich von den Angehörigen vorheriger bzw. nachfolgender Geburtsjahrgänge klar unterscheiden. Dann kann man wirklich von Generationen sprechen.

„Altersgruppe“ bedeutet lediglich die Zugehörigkeit von Personen zu den Jungen oder zu den Alten. Das heißt also, dass, wenn man von der „jungen Generation“ oder von der „alten Generation“ spricht, der Altersgruppenbegriff mit dem Generationenbegriff vermengt wird.

Jedenfalls ist bei allen diesen Titeln Skepsis angebracht, ob man hier tatsächlich von Generationen sprechen sollte. Die meisten dieser Titel beziehen sich auf Personengruppen, die weder in der besonders prägenden Jugendphase durch besonders einschneidende Erlebnisse bzw. klare soziokulturelle Merkmale miteinander verbunden sind noch in der öffentlichen Arena als kollektiver Akteur auftreten. Viele dieser Bezeichnungen beziehen sich einfach auf sehr kurzfristige Erscheinungen – man könnte fast sagen: Moden –, z. B. Tamagotchigeneration. Man täte also gut daran, auf die meisten dieser Titel zu verzichten.

Schließlich macht es Sinn, das Konzept der gesellschaftlichen Generation noch weiter zu unterteilen, und zwar in politische, ökonomische und kulturelle Generationen. Poli-

sche Generationen konstituieren sich vor allem über gesellschaftliche Großereignisse, z. B. über Kriege, oder über bedeutende soziale und geistige Umwälzungen. Ökonomische Generationen ergeben sich aus Kohorten mit bestimmten ökonomischen Chancen und Risiken. Kulturelle Generationen umfassen Personengruppen, die spezifische Lebenserfahrungen, Einstellungen und Lebensstile gemeinsam haben. Aber hier ist die Verwendung des Generationenbegriffs besonders schwierig.

Ich möchte die Beschreibung dieses Konzepts aber nicht ausarten lassen, indem ich allzu viel darüber rede. Ich habe das mit Absicht sehr kurz gehalten, komme aber nachher noch einmal kurz darauf zurück.

Stattdessen möchte ich jetzt zu dem zweiten Teil meines Vortrags kommen und von den Generationenbeziehungen berichten, bei denen es keine Probleme mit dem Begriff gibt, nämlich von den Familiengenerationen. Die Familiengenerationen sind heute wichtiger denn je. Das liegt an den bedeutenden demographischen Veränderungen während der letzten Jahrzehnte. Einerseits hat sich die Lebenserwartung erhöht, andererseits ist die Fertilität gesunken.

Das heißt, diese Generationenbeziehungen werden allein schon deshalb wichtiger, weil man nun weniger Verwandte in der eigenen Generation hat, dafür aber mehr Verwandte, die einer anderen Generation angehören. Mit der Erhöhung der allgemeinen Lebenserwartung verlängert sich auch die Dauer der Beziehungen zwischen den Familienmitgliedern. Die heutigen Generationenbeziehungen umfassen also wesentlich größere Anteile des gesamten Lebens.

Zudem sind die Ehebeziehungen instabiler geworden. Das heißt, die Bedeutung der Eltern-Kind-Verhältnisse erhöht sich auch durch die wachsende Anzahl von Trennungen und Scheidungen, was wiederum zu mehr Alleinerziehenden führt. Die Partner werden unwichtiger, die Kinder dagegen wichtiger. Immer mehr Eltern haben mehr gemeinsame Lebenszeit mit ihren Kindern als mit irgendeinem anderen Menschen.

All das trifft insbesondere auf Eltern und erwachsene Kinder zu, die nicht mehr in demselben Haushalt leben. Die immens gestiegene gemeinsame Lebenszeit von Eltern und Kindern verlängert vor allem den Abschnitt des Lebens, in dem die Kinder aus dem Elternhaushalt ausgezogen sind und einen eigenen Haushalt gegründet haben. Aber das bedeutet natürlich nicht, dass diese gemeinsame Lebenszeit, die theoretisch zur Verfügung steht, auch genutzt wird.

Das ist die nächste Frage: Wie gehen die Generationen miteinander um? Haben sie überhaupt noch etwas miteinander zu tun? Hier zeige ich Ihnen als Beispiel: das Cover eines „Spiegel“-Spezialhefts. Das ist ein typisches Beispiel; ich könnte Ihnen noch viele andere Beispiele dafür bringen, wie Medienberichte mit dem Thema Generationen umgehen. „Generationen im Konflikt“, das ist das generelle Thema: „Jung gegen Alt“, „Jugendwahn und Altenhass“, „Schläge statt Pflege“.

Das andere Bild, das die Medien von den Generationenbeziehungen oft zeichnen, handelt von Entfremdung und Auseinanderleben. Es gibt also entweder Konflikte oder Entfremdung. Es geht z. B. um junge flexible Individualisten, die in Zeiten von Globalisierung und Flexibilisierung Jobhopping betreiben und sich peu à peu, Job für Job immer mehr von den Eltern entfernen und deshalb immer weniger mit ihnen zu tun haben – und auch immer weniger mit ihnen zu tun haben wollen. Ganz unversehens verliert

man sich aus den Augen und schließlich auch aus dem Sinn. Umgekehrt scheint das auch im Interesse mancher Eltern zu liegen.

So, wie man Generationentitel sammeln kann, kann man auch die Titel von Ratgeberbüchern sammeln. Verlage gehen z. B. mit folgenden Titeln auf Kundenfang: „Mit 30 noch im Kinderzimmer? Wie man Nesthocker loswird, bevor es zu spät ist“, „Lass mich endlich los, Mutter! Mütter, die sich ständig einmischen, und was erwachsene Kinder dagegen tun können“, „Ich bin doch kein Kind mehr! Was erwachsene Kinder sich nicht zu sagen trauen, was Eltern nicht hören wollen“, „Immer Probleme mit den Eltern – erwachsene Kinder zwischen Anpassung und Rebellion“. Das ist also das Bild, das die Medien und die Ratgeberbücher von den Generationenverhältnissen zwischen Erwachsenen zeichnen.

Wie sieht aber die Wirklichkeit aus? Ich beginne mit einigen allgemeinen Informationen über die Generationensolidarität innerhalb der Familie. Das, was ich heute präsentiere, basiert auf dem Alterssurvey. Das ist eine Erhebung unter 40- bis 85-Jährigen in Deutschland, der beste Datensatz, den es zu den Generationenbeziehungen unter Erwachsenen gibt. Dass die Daten bei 40- bis 85-Jährigen erhoben wurden, ist für das Thema kein Problem, denn wenn jemand erwachsene Kinder hat, ist er normalerweise schon 40 Jahre alt. In diesem Survey ist also die ganze Gruppe der Eltern und der erwachsenen Kinder enthalten.

(Folie)

Zur Beziehungsebene. Hierbei geht es um die emotionale Qualität der Beziehungen zwischen Eltern und ihren erwachsenen Kindern. Ich muss hinzufügen, dass ich nur Leute untersucht habe, die nicht mehr in demselben Haushalt leben; denn das ist ja die Nagelprobe. Man stellt fest, dass 60 % der Eltern sagen, sie hätten ein sehr enges Verhältnis zu ihren erwachsenen Kindern, die außerhalb des elterlichen Haushalts leben. Wenn man diejenigen hinzunimmt, die von einem engen Verhältnis sprechen, sieht man, dass 92 % ein mindestens enges Verhältnis zu ihren erwachsenen, außerhalb des Haushalts lebenden Kindern haben.

Wie sieht es mit der Kontakthäufigkeit aus? Wenn man die Zahl derjenigen, die sich täglich sehen, und die Zahl derjenigen, die sich mindestens einmal pro Woche treffen, addiert, stellt man fest, dass 84 % der Eltern mindestens einmal die Woche Kontakt zu ihrem erwachsenen Kind haben. Kontakt bedeutet, dass man entweder telefoniert oder sich wirklich sieht und etwas miteinander unternimmt.

Wie sieht es mit den Unterstützungen aus? Wenn man über Solidarität spricht, kann man zwischen drei Möglichkeiten unterscheiden: Aktuell, Potenziell und Weder-noch. Aktuell unterstützt sich mehr als die Hälfte der Eltern und erwachsenen Kinder. Unter „Aktuell“ habe ich Transferleistungen, also Geldzahlungen, und Hilfeleistungen im Haushalt, z. B. Enkelbetreuung oder Rasenmähen, in den letzten zwölf Monaten zusammengefasst. Unter „Potenziell“ habe ich die Gruppe derjenigen zusammengefasst, die sagen, sie würden, wenn Not am Mann wäre, ihren Eltern bzw. ihren Kindern helfen. Wenn man die Zahlen für diese beiden Gruppen – Aktuell und Potenziell – addiert, kommt man auf eine Quote von 87 %.

Wenn man die beiden eben genannten Kategorien – Beziehungsebene und Unterstützungen – vergleicht, kann man eine Typologie aufstellen. Knapp 40 % der Personen

gehören zu der Gruppe derjenigen, die sowohl von der Emotionalität her eine enge Generationenbeziehung haben als sich auch aktuell häufig unterstützen. Eine weitere Gruppe besteht aus denjenigen, die zwar auch einen engen Kontakt haben, aber in den letzten zwölf Monaten keine Veranlassung sahen, sich gegenseitig zu helfen.

(Folie)

Wie sieht es mit den Konflikten aus? Schließlich hat der „Spiegel“ ja auch darüber geschrieben. Zunächst einmal die reinen Zahlen. Die Leute wurden gefragt, ob sie einen Konflikt mit irgendeiner Person hätten. Ein Viertel hat diese Frage mit Ja beantwortet. Wenn man aber fragt, um welche Person es sich handelt, stellt man fest, dass nur 8 % der Befragten Konflikte mit den Eltern bzw. mit einem erwachsenen Kind haben.

(Abg. Ruth Wagner (Darmstadt): Wann wurde diese Erhebung gemacht?)

– Der Alterssurvey hat zwei Wellen: Die eine Erhebung wurde 1996 durchgeführt, die andere 2001. Die Daten aus dem Jahr 2001 werden zurzeit ausgewertet. Die vorliegenden Daten stammen noch aus dem Jahr 1996. Ich habe aber zu diesem Thema auch mit vielen anderen Datensätzen gearbeitet. Das ist nur ein Beispiel. Zu diesem Ergebnis sind viele andere Erhebungen auch gekommen.

Es geht natürlich immer darum, wie man nach Konflikten fragt. Um noch einen Satz dazu zu sagen: Man darf nicht denken, dass Konflikte per se schlecht sind. Es ist auch wichtig, dass man Konflikte miteinander austrägt. Das ist ein Teil einer aktiv gelebten Beziehung. Wenn man keine Konflikte mehr miteinander austrägt, besteht die Gefahr, dass die Beziehung auseinander geht. Hier geht es allerdings um richtige Konflikte.

Die Quote derer, die von Konflikten in der Generationenbeziehung sprechen, ist also relativ klein. Wenn sich dann aber ansieht, was mit den Leuten ist, die wirklich Generationenkonflikte miteinander austragen, stellt man fest, dass die wenigsten sagen, eine Lösung sei in Sicht. Die meisten sagen, der Konflikt gehe weiter. Ein Drittel sagt, das Thema werde vermieden. Fast die Hälfte erklärt, die betreffende Person werde gemieden. Bei den wenigen, die sich wirklich mit diesen Konflikten auseinandersetzen müssen, droht der Beziehungsabbruch. – Ich könnte noch weitere Befunde dieser Art vorlegen.

Es gibt auch viele Untersuchungen zu den Determinanten dieser Generationensolidarität. Aus Zeitgründen gehe ich heute nicht darauf ein.

Stattdessen möchte ich jetzt zum dritten Teil meines Vortrags kommen, nämlich zu den Folgen dieser Generationensolidarität. Wenn man diese Befunde Revue passieren lässt, müsste man eigentlich zu einer sehr positiven Schlussfolgerung kommen: Alles ist hervorragend. Selbst wenn die Generationen nicht mehr zusammenleben, haben sie ein enges Verhältnis zueinander. Sie unterstützen sich gegenseitig. Der Staat könnte sich also zurückziehen; die Familien werden es schon richten. Diese Vermutung könnte gut in den heutigen Debatten über monetäre Leistungen verwendet werden.

Das Problem ist nur, dass diese erwünschte Generationensolidarität, die auch sehr positiv ist, unerwünschte Nebenwirkungen hat. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Die Familien vollbringen natürlich großartige Leistungen. Die Kinder werden aufgezogen und für ein eigenständiges Leben vorbereitet. Die Familienmitglieder wer-

den ein Leben lang emotional unterstützt. Man hilft sich im Haushalt und bei der Enkelbetreuung. Man pflegt bei Krankheiten und im Alter, und man steht auch mit beträchtlichen finanziellen Transferleistungen füreinander ein.

Aber diese umfangreichen Familienleistungen haben einen Nebeneffekt. Dieser Nebeneffekt zeigt sich in der Verbindung zwischen Familie und Ungleichheit. Auch wenn man insgesamt eine sehr große Familiensolidarität feststellen kann, ist diese nicht überall gleich ausgeprägt. Gerade wenn man über die finanziellen Mittel nachdenkt, erkennt man: Wer über größere Ressourcen verfügt, kann seine Angehörigen viel besser unterstützen. Eltern mit geringeren finanziellen Möglichkeiten sind hierzu entsprechend weniger in der Lage.

Das bedeutet, dass über die Generationensolidarität in der Familie, die sehr eng ist, bestehende Vor- und Nachteile fortgeschrieben und zum Teil sogar vergrößert werden. Schichthöheren Eltern gelingt es z. B. auf vielfältige Art und Weise, dafür zu sorgen, dass ihre Kinder wiederum höheren sozialen Schichten angehören. Für die Herausarbeitung der Verbindungen zwischen Generation und Ungleichheit macht es dann Sinn, den gesamten Lebenslauf zu betrachten.

Ich möchte jetzt der Frage nachgehen: Inwieweit wird die Ungleichheit über den Lebenslauf weitergegeben, über die große Generationensolidarität, die man in der Familie findet?

(Folie)

Hierzu habe ich eine Tabelle zusammengestellt. Ich habe den Lebenslauf grob in Kindheit, Jugend und Erwachsenenalter unterteilt. Koresidenz bedeutet, dass Eltern und Kinder zusammenleben. Multilokalität heißt in den meisten Fällen, dass es sich um getrennte Haushalte handelt. Dann habe ich die Leistungen der Eltern erfasst: Folgen für die Kinder, Ursachen der Ungleichheit. Welche Leistungen die Eltern erbringen, wirkt sich schon aus, wenn die Kinder gerade geboren worden sind. Wichtig sind z. B. Wohnort und Wohngegend der Eltern. Das hat Auswirkungen auf die Lebensqualität im Kindes- und Jugendalter: Hat man ein eigenes Zimmer? Hat man ein großes Zimmer? Hat man einen Computer? Hat man Bücher? Kann man Reisen unternehmen? Das heißt aber auch, dass die Eltern über den Wohnort und das Wohnviertel über die ersten Freunde ihrer Kinder mitbestimmen. Welcher sozialen Schicht gehören die Freunde an? Normalerweise leben die Angehörigen ein und derselben sozialen Schicht ja nicht völlig disparat. Dies bewirkt schon Ungleichheit.

Ein zentraler Punkt ist, dass die Eltern einen großen Einfluss auf die Bildung der Kinder haben. Die Eltern haben einen immensen Einfluss darauf, auf welche Schule das Kind geht, ob auf die Hauptschule, die Realschule oder das Gymnasium. Das hat immense Folgen für das gesamte Leben. Wenn die Kinder zehn Jahre alt sind, wird in Deutschland festgelegt, zu welcher Gruppe sie gehören: Hauptschüler, Realschüler oder Gymnasiasten. Das hat Folgen für den Beruf, das Einkommen, das Prestige, die Karriere und auch darauf, ob man arbeitslos wird. Alle, die auf das Gymnasium gehen, sind in einem geringeren Maße von Arbeitslosigkeit betroffen.

Auswirkungen hat das auch auf die Ausbildungsadäquanz, also das, was man kann, und das, was der Job erfordert – dazu habe ich viel geforscht –, auf das Vermögen und auf die Partnerwahl. Es gibt eine große Homogamie: Hauptschüler heiraten Hauptschü-

ler, Gymnasiasten heiraten Gymnasiasten. Zu nennen sind noch Gesundheit und Lebensdauer – Abiturienten leben länger. Auf welche Schule die Kinder gehen, hat also Auswirkungen auf das ganze Leben.

Ich möchte ein Beispiel bringen, das einige von Ihnen vielleicht kennen, nämlich die Ergebnisse der PISA-Studie. Wenn man die Medienberichte verfolgt, stellt man fest, dass das schlechte Abschneiden Deutschlands immer wieder zitiert wird. Das brauche ich jetzt nicht zu referieren, sonst sind wir hinterher alle deprimiert.

Aber es gibt ein zweites Ergebnis der PISA-Studie, das mindestens genauso wichtig ist. Das wird auch manchmal in Zeitungsartikeln erwähnt, allerdings nicht so häufig. Dabei handelt es sich um das Ergebnis, dass Deutschland der Spitzenreiter ist, was die soziale Ungleichheit betrifft. Das heißt, die Lesekompetenz der 15-Jährigen – sie stand im Zentrum der Untersuchung – ist in keinem anderen der 32 untersuchten Länder so stark von der Schichtzugehörigkeit der Eltern abhängig wie in Deutschland. Das ist das zweite wichtige Ergebnis der PISA-Studie. Daran sieht man auch, dass die Familiensolidarität starke Auswirkungen auf die Ungleichheit hat.

Mein Thema ist heute aber vor allem das Erwachsenenalter. Hier sind aktuelle Zahlungen und Geschenke – das können kleinere Sachen sein –, Vermögensübertragungen, d. h. Schenkungen, und Vererbungen wichtig. Zunächst zu den aktuellen Generationentransfers.

(Folie)

Dabei ging es um die Frage: Haben Sie in den letzten zwölf Monaten von Ihren Eltern irgendetwas erhalten? – Ich habe viel über die Transferhöhen gearbeitet; ich kann Ihnen jetzt aber nur die Transferanteile zeigen. – Man sieht zwischen Ost und West keine Unterschiede, ebenso wenig zwischen Frauen und Männern. Aber es zeichnen sich einige Unterschiede zwischen Personen mit Haupt-, Real- und Hochschulabschluss ab. Das heißt, diejenigen, die einen Hochschulabschluss haben, erhalten, was die aktuellen Transfers betrifft, häufiger etwas von ihren Eltern. Das sind aber nur kleinere Faktoren; für die Ungleichheit ist das nicht so relevant.

(Folie)

Bei den Schenkungen wird es schon spannender. Hierbei geht es um richtige Vermögensübertragungen. Man kann natürlich auch zwischen West- und Ostdeutschland einige Unterschiede erkennen. In Ostdeutschland verfügen die Menschen nicht über so hohe Vermögenswerte, die weitergegeben werden können. Zwischen Frauen und Männern gibt es keine Unterschiede. Frauen und Männer bedeutet hier natürlich immer Töchter und Söhne, weil die Schenkungen in den meisten Fällen von den Eltern kommen.

Bei den Haupt- und Realschülern sowie den Hochschulabsolventen – Abiturienten ohne Hochschulabschluss sind auch dabei; ich habe sie aber jetzt aus Übersichtsgründen weggelassen – sieht man dasselbe Bild: Die Akademiker erhalten besonders häufig Schenkungen von ihren Eltern.

(Folie)

Mit dem Thema Erbschaften habe ich mich in den letzten Jahren besonders beschäftigt; denn dabei geht es wirklich um Verbindungen zwischen Generationensolidarität und sozialer Ungleichheit. Wenn man über Erbschaften redet, muss man sich zunächst überlegen, ob das überhaupt mit den Generationen zu tun hat.

(Folie)

Hierbei stellt man fest: Die allermeisten Erbschaften kommen von den Eltern, den Großeltern und den Schwiegereltern, also von denjenigen, mit denen man in einer Linie verwandt ist. Es handelt sich also wirklich um ein Generationenthema. In der anderen Gruppe – das sind immerhin 14 % – finden sich auch noch viele Verwandte, z. B. Onkel und Tanten. In den meisten Fällen gibt es also keine reiche brasilianische Erbtante, die plötzlich das Zeitliche segnet und einem ein Millionenerbe hinterlässt.

(Abg. Kordula Schulz-Asche: Das ist schade!)

– Das ist schade. – Erbschaften sind ein ambivalentes Thema. Auf der einen Seite bekommt man etwas, auf der anderen Seite – jeder, der schon einmal zu den Erben gehört hat, weiß das – erleidet man einen großen emotionalen Verlust. Gerade weil die Generationenbeziehungen in emotionaler Hinsicht recht eng sind, muss man sagen: Die allermeisten, die etwas geerbt haben, haben den Verlust enger Verwandter zu beklagen.

Zur Erbschaftshöhe. Da ich mich mit dem Lebenslauf beschäftige, ist es mir um alle Erbschaften gegangen. Ich beziehe mich jetzt auf Erbschaften in einer Höhe von mindestens 50.000 €. Man sieht, jeder fünfte Westdeutsche erhält mindestens – es sind natürlich auch Erbschaften in Millionenhöhe dabei – 50.000 €. Von den Ostdeutschen ist es jeder 20. Zwischen Söhnen und Töchtern besteht kein großer Unterschied. Das ist heute so. Früher war das anders; damals sind die Söhne bevorzugt worden. Heutzutage gibt es in Bezug auf Erbschaften keinen Unterschied mehr zwischen Frauen und Männern.

Aber es gibt wieder ganz deutliche Unterschiede zwischen den drei Bildungsschichten. Wenn wir hier eine Gruppe von Hauptschulabsolventen wären, müsste ich jeden Achten abzählen. Dann bekämen nur zwei in dieser Reihe 50.000 €. Wenn die Gruppe nur aus Akademikern bestünde, müsste ich dagegen jeden Dritten abzählen. Hierbei gibt es also beträchtliche Unterschiede zwischen den Bildungsschichten.

Man muss auch sehen, dass es sich um eine Kette von Generationensolidarität handelt. Die Eltern haben ihren kleinen Kindern schon den Weg auf das Gymnasium geebnet, und zum Schluss, also am Ende des Lebenslaufs, kommen Transfers, Schenkungen und Erbschaften hinzu. Es handelt sich also um eine Kumulation von Vorteilen aufgrund der Generationensolidarität.

Fazit: Es gibt eine große Generationensolidarität; aber sie zieht auch Ungleichheit nach sich. Es geht mir nicht um spezifische Politikvorschläge, sondern um die Politikfelder. Die vier Fraktionen haben in dem Antrag auf Einsetzung dieser Enquetekommission etwas Ähnliches formuliert: Alle Politikbereiche sollen hier behandelt und dabei unterschiedliche gesellschaftliche Strömungen einbezogen werden. Daran habe ich mich gehalten.

Ich möchte fünf Themenbereiche ansprechen: erstens den Zusammenhang zwischen öffentlichen und privaten Generationentransfers, zweitens die Renten-Erbschafts-Paradoxie, drittens die Generationengerechtigkeit, viertens die zukünftigen Generationentransfers und die Folgen für die Fiskalpolitik sowie fünftens Demographie, Fertilität und Arbeitsmarkt.

Zu dem öffentlichen und dem privaten Generationenvertrag. Die engen Generationenbeziehungen innerhalb einer Familie sind zunächst einmal, wie ich schon gesagt habe, ein erfreulicher, positiver Befund. Jetzt könnte man auf folgende Idee kommen: Wenn die Familie so eng zusammenhält, könnte man öffentliche Leistungen, wie z. B. die Rente, problemlos kürzen. Dabei verkennt man aber, dass die Familie eben deshalb so stark ist, weil es den öffentlichen Generationenvertrag gibt. Die erwachsenen Kinder werden entlastet, denn sie müssen für ihre Eltern weniger oder nichts aufbringen. Sie können im Gegenteil sogar mit finanziellen Unterstützungen seitens ihrer Eltern rechnen. Auch deshalb ist ein so genannter „Krieg der Generationen“ wirklich nicht in Sicht. Das heißt, wir finden in Anlehnung an den öffentlichen Generationenvertrag so etwas wie einen privaten Generationenvertrag.

Wenn man sich die empirischen Befunde anschaut, erkennt man, dass innerhalb der Familie die Generationentransfers von oben nach unten fließen. Die Eltern geben ihren Kindern Geld. Der öffentliche Generationenvertrag funktioniert genau umgekehrt. Über ihre finanziellen Ressourcen, also über ihre Rente, werden die Älteren wiederum in die Familie eingebunden und können aus diesem Grund mit Hilfeleistungen ihrer Kinder rechnen. Die finanziellen Transferleistungen, die innerhalb der Familie von oben nach unten fließen, nutzen also einerseits der Kindergeneration, andererseits erfolgt dadurch aber auch eine Einbindung der Älteren in die Familie. Dadurch kommt es wiederum zu Hilfeleistungen; denn die Hilfeleistungen innerhalb der Familie gehen von unten nach oben. Wenn man also den Rentnern die Möglichkeit nähme, ihre Kinder finanziell zu unterstützen, würde das dazu führen, dass die Einbindung der Älteren in die Familie brüchiger wird. Das hätte wiederum andere öffentliche Ausgaben zur Folge. Man müsste also darauf achten, bei den Beziehern kleiner oder mittlerer Renteneinkommen kaum oder gar nicht zu kürzen, weil sonst die Generationensolidarität in der Familie leiden würde.

Enge Familienbeziehungen sind übrigens ein Garant für die Akzeptanz des öffentlichen Generationenvertrags seitens der Beitragszahler. Ein Zurückfahren des Wohlfahrtsstaats kann dann im Sinne einer Abwärtsspirale die Stabilität der Familie und damit auch die Akzeptanz des öffentlichen Generationenvertrags vonseiten der Beitragszahler schmälern. Auch hier zeigt sich wiederum eine Verbindung zwischen den Familiengenerationen und den Gesellschaftsgenerationen – also die Konzepte, auf die ich ganz am Anfang hingewiesen habe. Es wird zudem deutlich, dass man auch im Hinblick auf den demographischen Wandel die Familienbeziehungen mit in den Blick nehmen sollte.

Zu der Renten-Erbschafts-Paradoxie. Einerseits wird es künftig Lücken in der Alterssicherung, also bei den Renten, geben. Andererseits wissen wir, dass eine riesige Welle von Erbschaften über Deutschland hinwegrollt. Es ist klar: Im Laufe von 50 Friedensjahren haben wir ein enormes Vermögen angesammelt, das weder durch Kriege noch durch eine nennenswerte Inflation zerstört worden ist. Dieses Vermögen wird jetzt weitergegeben. Jetzt könnte man auf die Idee kommen, zu sagen: Es gibt zwei Entwicklungen. Einerseits geht die Alterssicherung zurück, andererseits nimmt die Zahl der Erb-

schaften zu. Vielleicht gleicht sich das irgendwie aus. Man könnte also die Alterssicherung zurückfahren, denn es sind ja ganz viele Erbschaften zu erwarten.

Das Problem ist Folgendes – wie ich vorhin gezeigt habe –: Es rollt zwar eine riesige Welle von Erbschaften auf uns zu, und es werden zum Teil immense Summen vermacht. Diese Erbschaften sind jedoch sehr ungleich verteilt. Unglücklicherweise profitiert ausgerechnet die Personengruppe, die im Allgemeinen über eine geringe Alterssicherung verfügt, nicht von Erbschaften. Im Gegenteil, diejenigen, die schon über eine ausreichende Alterssicherung verfügen, da sie z. B. gute Bildungsabschlüsse haben, können auch vermehrt mit Erbschaften rechnen. Das heißt, diese Erbschaftswelle ist nicht dazu geeignet, bei der Bewältigung der zunehmenden Herausforderungen an das umlagefinanzierte Rentensystem zu helfen.

Das leitet zur Generationengerechtigkeit über. Bei der Debatte über Generationengerechtigkeit zeigt sich – das finde ich spannend – eine Verschiebung der zugrunde liegenden Generationenkonzepte. Der so genannte Generationenvertrag dient eigentlich dazu, einen Ausgleich zwischen den Altersgruppen zu schaffen: Die Jungen arbeiten, die Alten sind in Rente. Jetzt haben wir aber die Debatte über Generationengerechtigkeit, in der es eine Verschiebung des Generationenbegriffs gibt. Jetzt geht es nämlich eher um Kohorten. Zugleich wird von Gewinner- und Verlierergenerationen gesprochen. Das sind also Kohorten, die aus diesem wohlfahrtsstaatlichen Arrangement mehr oder weniger herausholen.

Das ist schon ganz spannend, aber noch aufschlussreicher ist die Betonung von Generationen als Einheiten sozialer Ungleichheit. Von Schichten ist nicht mehr die Rede, geschweige denn von dem Verhältnis zwischen Schicht und Generation. Es gibt Personen – ich beziehe mich jetzt auf einige Autoren –, die sagen, sie würden gerne aus dem öffentlichen Generationenvertrag aussteigen, weil sie sich mehr Chancen ausrechnen, wenn sie sich privat versichern. Dieser von einigen Personen gewünschte Ausstieg aus dem öffentlichen Transfersystem käme natürlich besonders den höheren sozialen Schichten zugute. Für die jungen Besserverdiener würde es sich eher lohnen, wenn sie ihre gesetzlichen Beiträge in eine private Altersversicherung einzahlen könnten.

Politikvorschläge zugunsten der Verringerung der Generationenungleichheit nehmen zuweilen durchaus die Vergrößerung einer anderen Ungleichheit in Kauf, nämlich die Ungleichheit zwischen den verschiedenen sozialen Schichten. Wer sich also unter Renditegesichtspunkten den Ausstieg aus dem öffentlichen Transfersystem wünscht, vernachlässigt ein wesentliches Element des so genannten öffentlichen Generationenvertrags, nämlich die Generationensolidarität. Das heißt, es ist nicht nur eine akademische Frage, ob man eher über gesellschaftliche Generationen oder über soziale Schichten – Bildungsschichten – als Motoren sozialer Ungleichheit in unserer Gesellschaft redet.

Problematisch wäre es auch, eine Senkung der Beitragsleistungen mit der Begründung zu fordern, die gegenwärtigen Rentner seien überversorgt. Hohe Alterseinkommen – das habe ich vorhin schon erwähnt – sind auf bestimmte Personengruppen beschränkt. Diese Gruppen sind in der Regel besonders gut ausgebildet und verfügen bereits während ihres Erwerbslebens über hohe Einkommen. In einer Diskussion über dieses Thema wäre also weniger die Forderung einer Generationengerechtigkeit angebracht als vielmehr die Forderung nach der Verringerung der sozialen Ungleichheit im Alter durch eine Umverteilungskomponente von Reich zu Arm. Diese Umverteilungs-

komponente ist im öffentlichen Generationenvertrag bereits enthalten. Die Frage ist nur, wie stark man das gewichtet.

Unser Rentensystem ist darauf ausgelegt, die bisherige Ungleichheit zu reproduzieren. Das heißt, diejenigen, die schon im Erwerbsleben gute Chancen haben, bekommen auch die höheren Renten. Die soziale Ungleichheit im Alter resultiert also aus der sozialen Ungleichheit in früheren Lebensphasen, der wiederum Bildungsungleichheiten in Kindheit und Jugend zugrunde liegen. Manchmal handelt es sich also weniger um ein Generationen- als um ein Schichtenproblem – was für mich etwas schade ist, denn ich bin ja als Generationenforscher hierher gekommen. Aber ich muss auch ehrlich sein.

(Abg. Ruth Wagner: Widerspricht sich das?)

– Nein, das widerspricht sich natürlich nicht. – Zu den zukünftigen Generationentransfers und der öffentlichen Fiskalpolitik. Jetzt wird es vielleicht etwas konkreter. Wie sieht die Zukunft aus? Welche Folgen hat der demographische Wandel für die Generationentransfers in der Familie und damit auch für den Zusammenhang mit der Ungleichheit zwischen den Generationen?

Die zukünftigen Generationentransfers in der Familie, seien es die aktuellen Transfers, die Schenkungen oder die Erbschaften, werden noch unterschiedlicher als bisher zwischen den sozialen Schichten verteilt sein. Diese Verteilung ist jetzt schon ziemlich krass, aber die Schere wird noch deutlicher auseinander gehen. Warum? Gerade Höhergebildete haben zunehmend weniger Kinder – das ist ein Element des demographischen Wandels – und müssen somit ihr Vermögen nicht auf viele Nachkommen verteilen. Das Einzelkind erbt daher entsprechend mehr.

Sinkende Geburtenziffern und die wachsende Zahl Kinderloser führen auch dazu, dass gerade in den höheren Sozialschichten die wenigen Nichten und Neffen bedacht werden, die zudem auch noch ihre vermögenden Eltern beerben. Da es also immer mehr Ältere und immer weniger Jüngere gibt, erhalten immer weniger Erben immer höhere Summen.

Ich habe empirische Analysen zu den zukünftigen Erbschaften durchgeführt. Dabei habe ich gefragt, was die betreffenden Personen in der Zukunft an Vermögensübertragungen erwarten. Es hat sich gezeigt, dass die Personen, die schon eine Schenkung erhalten haben, häufiger Erbschaften erwarten als diejenigen, denen keine Schenkung zuteil geworden ist. Es zeigt sich, dass Leute, die bereits einmal geerbt haben, häufig noch eine Erbschaft erwarten. Außerdem hat sich herausgestellt, dass Akademiker wesentlich häufiger eine Erbschaft erwarten als Personen mit Hauptschulabschluss.

Wenn man all das zusammennimmt und einmal über Politik nachdenkt – das haben Sie jetzt sicherlich erwartet –, spricht doch einiges dafür, die in Deutschland sehr niedrigen Freibeträge bei Erbschaften zu senken und die Erbschaftssteuern zu erhöhen. Ich sage das auch deshalb, weil Erbschaftssteuern Ländersteuern sind und ich hier vor einer Länderkommission spreche. Außerdem weise ich deshalb darauf hin, weil ich es, gerade angesichts der Tatsache, dass ich nachher Politikbereiche anspreche, bei denen es um Mehrkosten für die Länder geht, unredlich fände, wenn ich nicht auch etwas zur der Finanzierung dieser Mehrkosten sagen würde.

Falls Sie das Thema Erbschaftsteuer als Ländersteuer weiter interessiert: Ich habe vor einigen Wochen im DIW-Wochenbericht einen Aufsatz dazu veröffentlicht. Dort wird die Entwicklung der Erbschaftssteuern in Deutschland in Euro dargestellt: Wie viel ist eingenommen worden? Sie sehen auch die Eurobeträge der hessischen Erbschaftsteuer sowie internationale Vergleiche: Wie sehen die Erbschaftssteuern und Freibeträge in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern aus? Man erkennt, dass in Deutschland sehr geringe Erbschaftssteuern erhoben werden und dass es dafür sehr hohe Freibeträge gibt.

Zu Demographie, Fertilität und Arbeitsmarkt. Es wird immer wieder gesagt, dass wir, um die Renten zu sichern, mehr Kinder benötigen. Dieser Aussage liegen oft dramatische Krisenbilder zugrunde, die sich auf rein demographische Szenarien stützen. Das heißt, sie stützen sich auf das generelle Zahlenverhältnis zwischen Jungen und Alten. Ich bin sehr skeptisch, ob diese rein demographische Argumentation ausreicht. Hinzu kommt, dass man sich mit rein demographischen Perspektiven als Lösungsansatz eigentlich nur Maßnahmen, die die Fertilität steigern sollen, vorstellen kann. Das ist eine starke Beschränkung auf Politikoptionen, die ich zumindest für gefährlich halte.

Konkret zur Rente: Die Rentenbeiträge auf der einen Seite und die gesamten Zahlungen auf der anderen Seite sind im umlagefinanzierten System, also dem so genannten öffentlichen Generationenvertrag, nicht nur von der Anzahl der alten und der jungen Menschen abhängig. Vielmehr stammen die Einzahlungen vor allem von den auf Arbeitsplätzen beschäftigten Arbeitnehmern. Wenn man das weiterdenkt und schon einmal dabei ist, über Bevölkerungspolitik zu reden – wie es die Demographen ja tun –, kann man auch zu dem Schluss kommen, dass zu viele Kinder in die Welt gesetzt werden. Unter diesem Gesichtspunkt gibt es nämlich ein Missverhältnis zwischen der Anzahl der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze und der Anzahl der Personen, die diese Arbeitsplätze einnehmen möchten. Es droht also Arbeitslosigkeit.

Wie sieht der Arbeitsmarkt aber in 20, 30 oder 40 Jahren genau aus? Für die Demographen sind die Prognosen relativ einfach, denn die Leute, die dann im arbeitsfähigen Alter sein werden, sind heute schon geboren. In ökonomischer Hinsicht sind diese Prognosen sehr viel schwieriger. Jedenfalls gibt es einige Entwicklungen, die bei der gesunkenen Fertilität in Deutschland sogar als ein gewisses Gegengewicht fungieren können, die also die Dramatik, zumindest im Zusammenhang zwischen Fertilität und Rente, vielleicht ein wenig mildern können.

Dazu sind mir sieben Punkte eingefallen. Nehmen wir als ersten Punkt die Arbeitslosigkeit. Natürlich ist die Ökonomie kein statisches Gebilde; aber wenn weniger Menschen den zur Verfügung stehenden Arbeitsplätzen gegenüberstehen, müsste auch die Arbeitslosigkeit sinken. Das wiederum senkt die öffentlichen Ausgaben massiv. Diese Mittel könnten eingesetzt werden, um die Kosten, die durch die Renten entstehen, zu bezahlen.

Gleichzeitig bedeuten Globalisierung und Flexibilisierung, dass nicht genau vorausgesehen werden kann, wie viele Arbeitsplätze in Deutschland in 20, 30 oder 40 Jahren abgebaut werden. Es spielt also nicht nur die Anzahl der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte, sondern auch die Anzahl der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze eine Rolle. Das aber kann man nicht voraussehen. Es gibt eine Tendenz, die Arbeitsplätze in Billiglohnländer zu verlagern. Es könnte also auch die Anzahl der Arbeitsplätze sinken.

Zweiter Punkt. Wenn dann aufgrund der gesunkenen Fertilität weiterhin zu wenige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen sollten – nehmen wir das Szenario an, dass die Arbeitslosigkeit durch den demographischen Wandel so gut wie abgebaut wäre –, gibt es immer noch eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die Anzahl der Arbeitskräfte zu erhöhen.

Damit komme ich zum dritten Punkt, der Frauenerwerbsquote. Gerade in Deutschland gibt es noch viele Möglichkeiten, die Frauenerwerbsquote deutlich zu steigern.

Bei dem vierten Punkt – er wird immer diskutiert – handelt es sich um die Zuwanderung.

Die Punkte fünf und sechs betreffen die Lebensarbeitszeit. Wir haben in Deutschland sehr lange Ausbildungszeiten und sehr frühe Rentenzugänge. Wir brauchen sicher in manchen Bereichen kürzere Ausbildungszeiten – wobei ich vor allen Dingen an die Hochschulen denke. Vor allem aber brauchen wir spätere Übergänge in den Ruhestand. Das hätte übrigens einen doppelten positiven Effekt: Wer länger arbeitet, zahlt mehr in die Rentenkasse ein und nimmt weniger heraus.

Was ich also mit den von mir dargelegten Gegengewichten sagen möchte: Eine rein demographische Sichtweise – Junge versus Alte – vernachlässigt viele entscheidende Faktoren.

Aber neben den sechs bereits von mir erwähnten gibt es noch einen siebten Punkt, den ich für besonders wichtig halte, nämlich die Bildung. Ich habe ihn daher an das Ende meines Vortrags gestellt – auch deshalb, weil es sich zum Teil um Landespolitik handelt.

Wenn man über den demographischen Wandel nachdenkt, reicht es nicht aus, lediglich die Anzahl der Erwerbstätigen in den Blick zu nehmen, sondern man muss sich vor allen Dingen auch mit ihren Qualifikationen beschäftigen. Das gilt nicht nur, weil Bildung und Qualifikation in unserem rohstoffarmen Land von zentraler Bedeutung sind, sondern auch, weil wir in einer globalisierten und flexibilisierten Welt leben.

Aber leider haben wir gerade in Deutschland große Defizite bei der Bildung, was uns nicht nur die Ergebnisse der PISA-Studie zeigen. Eine Antwort auf den demographischen Wandel ist somit auch, mehr in die Bildung der weniger werdenden Menschen zu investieren. Wir brauchen mehr und vor allem eine intensivere Bildung. Die Ausbildungszeiten müssen kürzer werden. Wir brauchen aber auch frühere, spätere und längere Bildung.

Das klingt ein wenig paradox, sodass ich es an vier Beispielen aufschlüsseln werde. Dabei werde ich nicht mit dem Jugendalter anfangen, sondern umgekehrt vorgehen. Wir kümmern uns in Deutschland zu wenig um die Weiterbildung älterer Arbeitskräfte. Wenn wir fordern, dass mehr ältere Arbeitskräfte in ihren Jobs bleiben, haben wir vor allen Dingen mit dem dualen Berufsausbildungssystem ein massives Problem. Das duale Berufsausbildungssystem beruht darauf, dass die Leute zu Beginn ihres Berufslebens ausgebildet werden. Dabei geht man davon aus, dass sich der Arbeitsmarkt und die benötigten Qualifikationen nicht ändern werden. Das wenige, was sich ändert, kann man sich auch ohne einen Job zu haben irgendwie aneignen.

Da hat sich die Welt inzwischen geändert. Wir haben das Problem, dass wir hier – Stichwort: lebenslanges Lernen – einige Konstruktionen und koordinierende Maßnahmen finden müssen, um denjenigen, die im dualen System ausgebildet worden sind, lebenslanges Lernen zu ermöglichen.

Ferner brauchen wir kürzere Ausbildungszeiten an den Universitäten. Wenn Sie das wünschen, kann ich Ihnen im Rahmen der Diskussion einiges über BA- und MA-Studiengänge erzählen. Ich komme von der Universität Erfurt, der jüngsten Reformuniversität Deutschlands, an der nur noch mit BA- und MA-Studiengängen gearbeitet wird. Das ist also ein wichtiger Bereich. Im Übrigen könnte es auch die Fertilität erhöhen, wenn die jungen Akademikerinnen und Akademiker schneller mit ihrem Studium fertig werden. Sonst geraten sie nämlich in die Lage, dass die Fertilitätsperiode gerade dann vorbei ist, wenn sie das Studium abschließen und die Karriere beginnen. In Deutschland muss man alles bis zum Alter von 35 Jahren geschafft haben: Ausbildung, Berufseinstieg, sicherer Job und Kinder.

Oft funktioniert das aber nicht. Gerade bei Akademikerinnen ist es oft einfach zu spät. Es ist ja nicht so, dass viele keine Kinder mehr wollen. Mit einer kürzeren Ausbildungszeit könnte man das ändern. Das ist jetzt aber eine Vermutung. Deswegen möchte ich hier klar trennen: Die empirischen Befunde sind gesichert; das hier ist jedoch eine Vermutung.

In Deutschland erfolgt die Aufteilung der Kinder auf die drei Schulformen Hauptschule, Realschule und Gymnasium zu früh. Wir legen damit zu früh fest, welcher sozialen Schicht man sein ganzes Leben lang angehört. Gerade dadurch ist der Einfluss der sozialen Herkunft in Deutschland besonders stark. Das ist ein Ergebnis der PISA-Studie. Ein Grund für diesen starken Einfluss der sozialen Herkunft ist eben die frühe – im Alter von zehn Jahren vorgenommene – Verteilung der Kinder auf Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Danach passiert nicht mehr viel; es kommt nur noch zu Abstiegen.

Wir verschenken natürlich ein immenses Qualifikationspotenzial, wenn wir Kinder im Alter von zehn Jahren auf die Hauptschule schicken, von der wir gleichzeitig sagen, dass sie zu den weniger guten Bildungsgängen gehört. Das betrifft den Punkt Globalisierung, Flexibilisierung, höhere Qualifikationsanforderungen. Gleichzeitig fließen die öffentlichen Mittel besonders in die höheren Bildungsstätten und nutzen damit den ohnehin besser gestellten Bevölkerungsgruppen. In Gymnasien und Hochschulen wird viel Geld investiert, in andere Bildungsstätten vergleichsweise wenig.

Wir beginnen mit der Bildung der Kinder viel zu spät. Auch das ist ein wichtiger Grund dafür, warum wir bei der PISA-Studie so schlecht abgeschnitten haben und warum gleichzeitig bei uns die soziale Herkunft, also die Generationenbeziehung in der frühen Kindheit, eine so entscheidende Rolle spielt.

Wenn man also in bildungsorientierte Kinderbetreuung investieren würde, z. B. mit Mitteln aus einer höheren Erbschaftsteuer, hätte das aus mehreren Gründen ungemein positive Folgen in Zeiten des demographischen Wandels. Wir würden gleichzeitig mehrere Ziele erreichen: Eine bessere Bildung der Kinder wäre eine bessere Grundlage für den Erwerb darauf aufbauender Qualifikationen und für ein lebenslanges Lernen. Die Jugendlichen wären besser ausgebildet. Das heißt, bei der nächsten PISA-Studie könnten wir wieder ein bisschen besser aussehen. Durch bessere Qualifikationen hätten wir gerade in Zeiten des weltweiten Wettbewerbs bessere Chancen. Der Ausbau der Kin-

derbetreuung würde für die Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Das wiederum könnte die Fertilität erhöhen. Gerade die frühe Förderung von Kindern bildungsferner Eltern würde dazu beitragen, die starke Bedeutung der sozialen Herkunft in Deutschland abzumildern.

(Allgemeiner Beifall)

Der **Vorsitzende** bedankt sich für den Vortrag und eröffnet die Diskussion.

Abg. **Dr. Thomas Spies** kommt auf die Ausführungen zur Generationensolidarität und zu den Verteilungsmodi zu sprechen. Ihn interessiere, ob es einen Zusammenhang zwischen der Intensität der Familiensolidarität und dem sozialen Status der jeweiligen Gruppen gebe. Dass die Zahl der Kinder von der Schicht abhängt, sei bekannt; zu fragen sei, ob das auch für die Qualität der Beziehungen der Familienmitglieder gelte.

Abg. **Kordula Schulz-Asche** bezieht sich auf den Komplex Erbschaften und familiäre Transferleistungen. Das Problem bei den Erbschaften bestehe darin, dass diese Menschen zufielen, die selbst schon ein relativ hohes Alter erreicht hätten. Allein dadurch werde der über die Erbschaft hergestellte Generationenvertrag unterbrochen.

Die Zwei-Generationen-Familie, die aus Kindern, einer Kinder erziehenden mittleren Generation und einigen wenigen Älteren bestehe, gebe es nicht mehr. Heute bestünden die Familien in der Regel aus drei oder vier Generationen, zwischen denen die Hilfeleistungen finanzieller und praktischer Art verteilt würden. Es stelle sich die Frage, was dieses Phänomen für die Generationensolidarität bedeute.

Auf der anderen Seite beobachte man eine zunehmende Auflösung der Familien, woraus sich ergebe, dass die Generationen, selbst wenn sie es wollten, nicht mehr zusammenleben könnten. Es sei interessant, zu erfahren, ob diese Generationensolidarität nur innerhalb von Familien zum Tragen komme bzw. welche strukturellen Maßnahmen erforderlich seien, um zu ermöglichen, dass die Generationen auch unabhängig von verwandtschaftlichen Beziehungen – Stichwort: Mehr-Generationen-Häuser – zusammenlebten.

Sie sei sich nicht sicher, ob man mit dieser einfachen Generationenstrukturierung weiterkomme. Sie habe den Eindruck, dass sie den Generationenbegriff noch nicht richtig im Griff hätten. Den Familien müsse es ermöglicht werden, entweder eng zusammenzuleben oder getrennt voneinander zu wohnen. Das gehe nicht nur über finanzielle Transferleistungen.

Abg. **Peter Beuth** merkt an, dass man den Generationenbegriff in dem Sinne auch nicht im Griff haben könne, sondern dass es immer davon abhängt, aus welchem Blickwinkel man ihn betrachte.

Seine Frage hänge mit der von Dr. Spies gestellten zusammen. Prof. Szydlik habe ausgeführt, Kürzungen bei den Renten ließen eine Schwächung der Einbindung der älteren Generation in die Familie befürchten. Ihn interessiere, ob es einen Zusammenhang zwi-

schen der Höhe der Geldleistung und der Enge der Bindung gebe und ob Prof. Szydlik Daten dazu erhoben habe.

Abg. **Anne Oppermann** weist auf die zunehmende Zahl von Einpersonenhaushalten hin. Die familiären Beziehungen, wie Prof. Szydlik sie beschrieben habe, würden dann auch nicht mehr funktionieren.

Prof. **Dr. Marc Szydlik** erwidert, dass die Singlehaushalte einbezogen seien. Er konzentriere sich gerade auf die Familiengenerationenbeziehungen von Personen, die nicht mehr in demselben Haushalt lebten.

Wenn man überlege, wie sich das in Zukunft auswirke, müsse man sich mit den jetzt schon alleine lebenden Personen beschäftigen und untersuchen, wie stark sie eingebunden seien und auf welche Unterstützung sie rechnen könnten. Es gebe Hinweise, dass nicht nur die Familien-, sondern auch die Freundschaftsbeziehungen eine große Rolle spielten. Dabei stelle man fest, dass das stark davon abhängt, ob es sich um Personen jungen, mittleren oder höheren Alters handele. Bei älteren Menschen kämen gesundheitliche Einschränkungen zum Tragen.

Außerdem sei die Wohnentfernung von großer Bedeutung. In 80 % der Fälle lebten Eltern und erwachsene Kinder in einer so geringen Entfernung voneinander, dass sie sich innerhalb von zwei Stunden erreichen könnten; bei 90 % sei das sogar in einer Stunde möglich. Da die öffentlichen Verkehrsmittel heutzutage viel schneller seien und fast jeder ein Auto besitze, könne eine Entfernung von 30 km besser bewältigt werden als früher. Damit hänge auch zusammen, dass die Menschen heutzutage eine Unterscheidung zwischen Wohnort und Arbeitsort treffen könnten.

Eine Tendenz weise allerdings in die andere Richtung. Wenn man sich anschauet, welche Personen näher und welche weiter voneinander entfernt wohnen, stelle man fest, dass die Kinder umso weiter entfernt von ihren Eltern lebten, je besser sie ausgebildet seien. Die Wohnentfernung sei die wichtigste Determinante sowohl für die emotionale Nähe zwischen den Generationen als auch für die Gewährung funktionaler Hilfeleistungen.

Hier komme es zu einem Paradox; denn die Politik könne kaum geringere Wohnentfernungen zwischen den Familiengenerationen propagieren, wenn gleichzeitig erklärt werde, wir lebten in einer flexibilisierten Welt und sollten dahin gehen, wo die Jobs seien. Diese Widersprüchlichkeit nähmen die Menschen wahr. Da die Flexibilisierung ständig zunehme und auch die Zahl der Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen steige, könne man davon ausgehen, dass die Generationen in Zukunft weiter voneinander entfernt lebten.

Zu dem Zusammenhang von Schichtzugehörigkeit und Intensität der Familienbeziehungen. Die Menschen, die mit ihrem Lebensstandard zufrieden seien, pflegten auch engere Generationenbeziehungen. Damit hänge auch die Einbindung der Älteren in die Familie zusammen.

Es werde gelegentlich das Argument vorgebracht, man könne die Renten ruhig stark kürzen, weil das Geld sowieso nur an die Kinder weitergegeben werde. Man muss aber

bedenken, dass, wenn man bei den kleinen und mittleren Renteneinkommen kürze, genau die Mittel wegfielen, aus denen die Transferleistungen an die Kinder bestritten würden. Darunter könne unter Umständen die Familiengemeinschaft leiden, denn Schenkungen und Transferleistungen hielten die Familien zusammen. Wenn man also jeden Cent streiche, der von den Älteren an die Jüngeren gehe, laufe man Gefahr, dass die Jüngeren weniger für die Älteren täten. Generationenbeziehungen würden zum Teil auch über das Geld gesteuert. Das sehe man daran, dass diejenigen, die über größere ökonomische Ressourcen verfügten, von engeren Beziehungen sprächen.

Andererseits gebe es in den Familien besonders viele Konflikte, in denen in einem beträchtlichen Ausmaß Generationentransfers von oben nach unten geleistet würden. Wenn also ältere Eltern Kinder im mittleren Alter mittels Generationentransfers unterstützen müssten, gebe es Konflikte. Sähen sich die Eltern aus normativen Gründen verpflichtet, ihre 40- oder 50-jährigen Kinder zu unterstützen, schade das den Generationenbeziehungen. Daraus ergebe sich auch, dass derjenige, der Schulden habe, unter mehr Generationenkonflikten leide. Man könnte zwar annehmen, dass eine Familie enger zusammenrücke, wenn es Schulden gebe, aber das Gegenteil sei der Fall. Allerdings geschehe das alles auf einem sehr hohen Niveau.

Große Unterschiede gebe es zwischen Töchtern und Söhnen. Am engsten seien die Generationenbeziehungen zwischen Müttern und Töchtern, am flüchtigsten zwischen Söhnen und Vätern. Eltern nähmen die Beziehungen zu ihren Kindern als enger wahr als umgekehrt Kinder die Beziehungen zu ihren Eltern, was amerikanische Untersuchungen herausgefunden hätten.

Dass der Generationenbegriff variabel sei, stimme zum Teil. Bei den Familiengenerationen sei er jedoch sehr einfach: Großeltern, Kinder, Enkel. Schwieriger sei diese Frage in Bezug auf die gesellschaftlichen Generationen zu beantworten. Man könne lange darüber streiten, ob man z. B. von einer 89er- oder von einer Erbgeneration sprechen dürfe. Dabei ist zu beachten, was die Debatte weiterführe und an welchem Punkt der Generationenbegriff ausufere. Zudem klinge der Begriff „Generationenvertrag“ sehr euphemistisch. Man müsse fragen, wo die Generationen und der Vertrag seien.

Zu den Erbschaften. Tatsächlich erbten die Menschen heute nicht mit 20 oder 30, sondern eher im Alter von 40 Jahren. Insofern dürfe man weniger über Erbschaften als einen Beitrag zur Ausbildung oder zur Finanzierung des Studiums reden, sondern es gehe eher um Erbschaften im Sinne von Rente.

In der Realität lebten selten drei oder vier Generationen in einem Haus. Man könne bei den Mehr-Generationen-Familien eher einen Rückgang feststellen. Dabei gebe es hier zwei gegenläufige Tendenzen. Zum einen existierten viel mehr Ein- und Zweipersonenhaushalte. Im 19. Jahrhundert habe es dagegen eine viel größere Zahl von Fünfpersonenhaushalten gegeben. Dabei werde immer unterstellt, dass die Generationenbeziehung viel enger gewesen sei, weil mehrere Generationen unter einem Dach gelebt hätten. Das Gegenteil sei der Fall. Die Menschen seien damals einfach gezwungen gewesen, unter einem Dach zu leben.

Für die Generationenbeziehungen habe sich das Schlagwort „Nähe auf kurze Distanz“ eingebürgert. Es tue den Generationenbeziehungen am besten, nicht mehr in einem Haushalt, aber trotzdem in kurzer Entfernung voneinander zu leben. Wenn man es sich leisten könne, wohne man voneinander getrennt.

Heute gebe es allerdings viel mehr Großeltern-Enkel-Beziehungen als früher. Das liege an der steigenden Lebenserwartung. Da die Leute früher nicht so alt geworden seien, hätten sie nicht so viel gemeinsame Lebenszeit mit ihren Enkeln gehabt. Allerdings verändere sich das durch den demographischen Wandel wieder. Da die Frauen ihre Kinder später bekämen, verringere sich die gemeinsame Lebenszeit von Großeltern und Enkeln wieder.

Abg. **Ruth Wagner (Darmstadt)** wendet ein, dass dies mit der speziellen Nachkriegssituation in Deutschland zusammenhänge. Das Allensbach-Institut für Demoskopie habe 15 Jahre lang in Ost und West dieselben Fragen zu Generationenkonflikten gestellt. Dabei stelle sich heraus, dass man zwar einen Wertewandel konstatieren könne, wenn man die 20-Jährigen und die 40-Jährigen miteinander vergleiche. Die Einstellungen der im Krieg Geborenen unterschieden sich seit 1968 aber dramatisch von den Werten ihrer Eltern.

Damals sei ein dramatischer Generationenkonflikt ausgetragen worden, wie es ihn sonst nie gegeben habe. Das Allensbach-Institut habe festgestellt, dass sich die Generationenbeziehungen massiv verbessert hätten. Die Kinder hätten heute bessere Beziehungen zu ihren Eltern, als es für ihre eigene Generation kennzeichnend gewesen sei. Diese Entwicklung gebe es in keinem anderen europäischen Land.

Auffallend sei, dass es in den Großstädten zwischen 40 und 50 % Singlehaushalte gebe, wobei es sich nicht um alte Menschen, sondern um 30-Jährige handele. Außerdem stelle man fest, dass sich plötzlich Menschen in Verantwortungsgemeinschaften zusammenfänden, um sich gegenseitig zu unterstützen. Das habe bereits der von Frau Merkel erstellte Familienbericht ergeben. Es gebe so genannte Patchwork-Familien, in denen über größere Entfernungen und jenseits der natürlichen Generationen Verantwortung übernommen werde. Beide Partner brächten in diese Beziehungen z. B. Kinder aus früheren Beziehungen ein.

Bisher untersuche niemand, was das für den Wertewandel in unserer Gesellschaft bedeute. Es gebe Gemeinschaften von Älteren und Jüngeren, die sich nicht mit dem traditionellen Generationenbegriff beschreiben ließen. Sie erkundige sich, ob er Untersuchungen zu diesem Thema kenne.

Widerspruch anmelden müsse sie auch in Bezug auf die Ausführungen zur Erbschaftsteuer. In der vorletzten Legislaturperiode habe es im Landtag die ersten großen Auseinandersetzungen über die Erbschaftsteuer gegeben. Als Ergebnis habe sich bei allen Fraktionen herauskristallisiert, dass die Höhe der Verwaltungskosten in keinem vernünftigen Verhältnis zu einem eventuellen Nutzen des Landes aus dem Aufkommen aus dieser Steuer stehe.

Wenn man davon ausgehe, dass die Höhe der Erbschaften wahrscheinlich von einer höheren Bildung und einem akademischen Abschluss abhängen, müsse man allerdings die massive Arbeitslosigkeit in Rechnung stellen, von der 30- bis 40-jährige Akademiker in den letzten drei bis vier Jahren bedroht seien. Sie glaube daher nicht, dass sich die von Prof. Szydlík skizzierte Entwicklung generell so fortsetze.

Die Ergebnisse der PISA-Studie interpretiere sie völlig anders. Die PISA-Studie habe nicht ergeben, dass erfolgreiche Schullaufbahnen davon abhängen, ob die Kinder auf

Hauptschulen, Realschulen oder Gymnasien gingen, sondern dass die Situation in ganz Deutschland in allen drei Schulformen gleichermaßen verheerend sei. Es habe sich herausgestellt, dass dasjenige Land, das eine optimale Förderung des einzelnen Kindes in jedwedem Schulsystem gewährleiste, am besten abgeschnitten habe. In Deutschland schnitten die Länder Bayern und Baden-Württemberg am besten ab. Am schlechtesten sehe es dagegen in Bremen, dem Land mit den meisten Gesamtschulen, aus. In allen Schulformen mangle es an Förderung. Zudem besitze das Lesen in Deutschland nicht einen so hohen Stellenwert wie in Finnland, das am besten abgeschnitten habe.

Prof. **Dr. Marc Szydlik** geht zunächst auf die Anmerkungen zu den Generationenkonflikten und zu dem Mütter-Töchter-Verhältnis ein. Frau Wagner habe gesagt, die Tatsache, dass Mütter und Töchter ein engeres Verhältnis zueinander hätten, widerspreche dem Befund, wonach die Zahl der Konflikte zunähme. Beide Befunde seien richtig. Internationale Studien hätten klar gezeigt, dass Mütter und Töchter häufiger in Konflikt miteinander gerieten. Das gelte gerade auch im Alter, weil meistens die Töchter für die Pflege der Mütter zuständig seien. Gleichzeitig bestehe die engste emotionale Bindung innerhalb der Familie zwischen Müttern und Töchtern. Die Verbindungen zwischen Vätern und Söhnen seien dagegen wesentlich flüchtiger. Man könne nur dann Konflikte mit einem Menschen austragen, wenn man sich ihm wirklich verbunden fühle.

Ferner habe Frau Wagner gesagt, die Generationenbeziehungen seien heute wesentlich besser als früher. Dem wolle er gar nicht widersprechen. Es bestätige nur das, was er gesagt habe.

Er habe das für alle Nachkriegsgenerationen angenommen, merkt Abg. **Ruth Wagner (Darmstadt)** an. Sie habe dagegen darlegen wollen, dass die entscheidenden Veränderungen im Verhältnis ihrer eigenen Generation zu der ihrer Eltern stattgefunden hätten.

Prof. **Dr. Marc Szydlik** präzisiert, er habe einen allgemeinen Überblick über die Generationenbeziehungen geben wollen. Wenn man weiter differenziere, könne man eine Reihe von Unterschieden finden. Es gebe z. B. Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Ostdeutsche hätten engere Generationenbeziehungen als Westdeutsche. Ferner gebe es Unterschiede zwischen Menschen mit einem hohen und Menschen mit einem niedrigen Lebensstandard. Dann könne man danach differenzieren, ob die Leute nah beieinander lebten oder weit voneinander entfernt wohnten. Es gebe auch Unterschiede zwischen Katholiken und Konfessionslosen. Konfessionslose gäben weniger enge Generationenbeziehungen an als Katholiken.

Er habe in seinen Analysen festgestellt, dass die Angehörigen der 68er-Generation eine etwas weniger enge Beziehung zu ihren Eltern hätten als die Angehörigen anderer Kohorten. Das decke sich mit dem, was das Allensbach-Institut sage. Wenn man, z. B. mittels qualitativer Untersuchungen, etwas in die Tiefe gehe, stelle man fest, dass die Generationenkonflikte, die sich am Verhalten der Eltern der 68er während der Zeit des Nationalsozialismus entzündet hätten, in den Familien kaum ausgefochten worden seien. Das sei einfach verschwiegen worden. Oft unterstelle man dieser Generation, sie habe mit ihren Eltern stundenlang über diese Zeit diskutiert. Die Befunde wiesen aber genau in die entgegengesetzte Richtung. Es seien eher die Enkel, die ihre Großväter

fragten, was sie im Krieg gemacht hätten. Dazu gebe es qualitative Studien z. B. von Heinz Bude und Gabriele Rosenthal.

Es sei aber auch schwierig, die 68er-Generation zu definieren. Man könne sie als die Generation der zwischen 1940 und 1950 Geborenen begreifen. Außerdem müsse man sich festlegen, ob man nur die Studenten einbeziehe, die in Frankfurt und Berlin an den Demonstrationen teilgenommen hätten, oder auch die Angehörigen anderer Berufsgruppen.

Zu den hohen Verwaltungskosten bei der Erbschaftsteuer. Das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer mache 20 % der Steuereinnahmen der Länder aus. Wenn man sich anschauere, welche Vermögenswerte tatsächlich von einer Generation an die andere weitergegeben würden, könne man allerdings davon sprechen, dass die Verwaltungskosten im Verhältnis zu den Einnahmen relativ hoch seien. Erhöhten sich die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer, verringerten sich jedoch im Verhältnis dazu die Verwaltungskosten.

Das Thema Erbschaftsteuer sei insofern interessant, als es Gerechtigkeitsprinzipien berühre. Es gebe drei grundlegende Gerechtigkeitsprinzipien: die Leistungsgerechtigkeit, die Bedürfnisgerechtigkeit und die Gleichheitsgerechtigkeit. Allen drei Gerechtigkeitsprinzipien werde durch die derzeitige Regelung der Erbschaftsteuer nicht Genüge getan. Einige liberale Denker erklärten, die Erbschaftsteuer widerspreche dem Leistungsprinzip massiv, weil diejenigen, die diese immens hohen Erbschaften erhielten, keine entsprechenden Leistungen erbracht hätten. Was das Bedürfnisprinzip betreffe: Diejenigen, die mehr Unterstützung benötigten, bekämen keine höheren Erbschaften, ganz im Gegenteil. Dass die Erbschaftsteuer dem Gleichheitsprinzip folge, könne man auch nicht sagen.

Man könne höchstens damit argumentieren, dass derjenige, der das Vermögen erarbeitet habe, auch darüber verfügen dürfe. Dann sollte man aber auch darauf hinweisen, dass es in Deutschland nicht möglich sei, Kinder zu enterben. Abgesehen von Ausnahmefällen bekämen sie immer mindestens 50 %. Man sollte sich überlegen, wie man es den Erblässern ermöglichen könne, über die zukünftige Verwendung ihres Vermögens zu bestimmen. In den USA sei dies möglich.

Ein Vermögen von bis zu 1,4 Millionen € könne steuerfrei vererbt werden. Man sollte sich überlegen, ob die Steuerfreiheit z. B. schon bei einem Vermögen in Höhe von 1 Million € aufhören solle.

Zu den Ergebnissen der PISA-Studie. Er teile die Auffassung von Frau Wagner nicht. In der Lesekompetenz gebe es Unterschiede zwischen denjenigen, die auf die Hauptschule, die Realschule oder das Gymnasium gingen.

Sie habe das auf die gesamtdeutsche Situation bezogen, erwidert Abg. **Ruth Wagner (Darmstadt)**. Die Lesekompetenz der deutschen Schüler sei generell niedriger als die der mexikanischen Schüler. Innerhalb Deutschlands könne man noch einmal differenzieren.

Prof. **Dr. Marc Szydlik** erläutert, dass er sich auf beiden folgenden Ergebnisse der PISA-Studie bezogen habe: Zum einem sei die Lesekompetenz der Jugendlichen generell nicht besonders hoch, zum anderen sei sie stark schichtabhängig.

Sie habe seine Ausführungen dahin gehend verstanden, dass die Lesekompetenz von den Schulformen abhängt, wendet Abg. **Ruth Wagner (Darmstadt)** ein.

Prof. **Dr. Marc Szydlik** erwidert, dass, wenn es zwischen Hauptschule, Realschule und Gymnasium Unterschiede in der Lesekompetenz gebe, die Lesekompetenz des betreffenden Kindes natürlich davon abhängt, auf welche Schule es gehe. Die Schulwahl habe aber wiederum mit der sozialen Herkunft zu tun.

Abg. **Ruth Wagner (Darmstadt)** weist darauf hin, dass die Nachfolgeuntersuchung PISA-E gezeigt habe, dass dort, wo die Kinder optimal gefördert würden, die Lesekompetenz höher sei. So sei die Lesekompetenz in einem bayrischen Gymnasium höher als z. B. in einer hessischen Gesamtschule.

Prof. **Dr. Marc Szydlik** stimmt dem zu. Eine ganze Reihe von Faktoren habe zu diesem Ergebnis geführt. Diese Faktoren könnten sich in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich stark auswirken. Generell gelte, dass es einen Einfluss auf die Lesekompetenz habe, ob ein Kind die Hauptschule, die Realschule oder das Gymnasium besuche. Wichtig sei, in welchem Bundesland es lebe. Von Einfluss sei auch, wie stark bestimmte Minderheiten gefördert würden. Indem sie darüber entschieden, auf welche Schule ihre Kinder im Alter von zehn Jahren wechselten, übten die Eltern einen massiven Einfluss aus.

Die Akademikerarbeitslosigkeit sei höher als früher. Trotzdem seien Akademiker weit weniger von Arbeitslosigkeit betroffen als Haupt- und Realschulabsolventen. Diese Entscheidungen, die getroffen würden, wenn die Kinder noch sehr jung seien, hätten lebenslange Folgen und wirkten sich auch auf die Generationensolidarität aus.

Abg. **Sabine Waschke** erkundigt sich nach Untersuchungen über Zusammenhänge zwischen familienunterstützenden Maßnahmen – wobei keine finanziellen Leistungen gemeint seien – und der Fertilität. Ferner interessiere es sie, ob es Erkenntnisse darüber gebe, was junge Frauen und junge Männer dazu bewege, sich für ein erstes Kind zu entscheiden.

Zu den Ergebnissen der PISA-Studie. Gerade in Finnland lernten die Kinder bis zum 9. Schuljahr gemeinsam und würden auch zusammen gefördert.

Abg. **Mark Weinmeister** vertritt dagegen die Auffassung, dass die höhere Lesekompetenz der finnischen Schüler nicht in erster Linie durch das Schulsystem bedingt sei, sondern sich durch einen höheren Stellenwert der Bildung erklären lasse. Jeder Finne leihe durchschnittlich 21 Bücher pro Jahr aus. Die Deutschen liehen dagegen nur vier Bücher pro Jahr aus.

Er kritisiere die Ansicht, wonach man die Schüler umso besser fördern könne, je länger man sie gemeinsam unterrichte. Schweden verfüge über ein spät differenzierendes Schulsystem. Die Schweden hätten in der PISA-Studie aber dieselbe Punktzahl erreicht wie die Bayern, die die Kinder früh auf unterschiedliche Schulen schickten. Die Unterschiede hätten also nichts mit einer frühen Differenzierung zu tun, sondern vielmehr etwas mit der Art und Weise, wie man die Schüler fördere.

Abg. **Kordula Schulz-Asche** kommt noch einmal auf die Chancen zu sprechen, die sich durch ein Zusammenleben der Generationen ergäben. Die Gesellschaft werde in Zukunft einen hohen Anteil älterer Menschen aufweisen, wobei die eine Gruppe eher in Armut lebe, die andere Gruppe jedoch in der langen Friedensepoche nach dem Zweiten Weltkrieg große Vermögen erworben habe. Die zweite Gruppe könne viel zur Förderung der nachkommenden Generation beitragen. Auch die Bildung spiele da eine Rolle.

Deswegen frage sie Prof. Szydlik, welche Chancen er, unabhängig von der Diskussion über die Schulsysteme und die Erbschaftsteuer, für ein Zusammenleben der Generationen sehe. Frau Wagner habe bereits das Zusammenleben von Angehörigen unterschiedlicher Generationen angesprochen, die nicht durch verwandtschaftliche Beziehungen miteinander verbunden seien. Das spiele auch unter dem Aspekt der zunehmenden Zahl Pflegebedürftiger eine Rolle.

Frau **Dr. Wilma Mohr** erkundigt sich, ob es Untersuchungen zu Transferleistungen gebe, die nicht innerhalb des Familienkreises erbracht würden. Sie kenne z. B. eine Reihe von kinderlosen Paaren, die Patenschaften übernommen hätten und auf diese Weise Verpflichtungen eingegangen wären.

Ihre zweite Frage beziehe sich auf die Qualität der Generationenbeziehungen. In diesem Zusammenhang interessiere es sie, ob es Untersuchungen dazu gebe, wie sich die Beziehungen zwischen den Eltern und ihren erwachsenen Kindern änderten, wenn diese wiederum Kinder bekämen.

Herr **Dr. Frank Fichert** bezieht sich ebenfalls auf die Transferleistungen. Der These, dass unser Rentensystem finanzielle Transferleistungen innerhalb der Familie ermögliche, was wiederum zu praktischen Hilfeleistungen führe, liege die Annahme zugrunde, dass es eine ununterbrochene familiäre Generationenfolge gebe. Man müsse sich aber fragen, was das für die Kinderlosen bedeute. Von Interesse sei dabei, von welchen Motiven sich Kinderlose bei Erbschaften und Schenkungen leiten ließen, ob sie z. B. dazu neigten, ihr Vermögen ganz auszugeben.

Prof. Szydlik habe den Zusammenhang von Fertilität und Arbeitsmarkt relativ optimistisch gezeichnet. Einige Forscher äußerten sich aber deutlich skeptischer. Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müsse man auch strukturelle Probleme angehen, z. B. das Qualifikationsmissmatch auf den Arbeitsmärkten. Durch eine steigende Zahl von Zuwanderern und erwerbstätigen Frauen könne einerseits die volkswirtschaftliche Produktion erhöht werden, andererseits erforderten diese Lösungsmöglichkeiten zunächst einmal vermehrte Investitionen in Kinderbetreuung und Integrationsmaßnahmen.

Wenn man die Qualifikationen verbessere, erhöhe das die volkswirtschaftliche Produktion. Auch wenn man diese Maßnahmen durchführe, stehe die Volkswirtschaft aufgrund der rückgängigen Bevölkerungszahl immer noch schlechter da.

Prof. **Dr. Marc Szydlik** führt aus, selbst die Rürup-Kommission gehe davon aus, dass es im Jahr 2030 noch 2 Millionen Arbeitslose geben werde. Wenn man das Argument, dass mehr Kinder geboren werden müssten, um die Renten zu sichern, weiterdenke, stelle man schnell fest, dass sich noch eine ganze Reihe anderer Faktoren auf die Entwicklung der Rentensysteme auswirke.

Im Übrigen werde immer nur über Kinderlosigkeit diskutiert. Die niedrige Geburtenrate in Deutschland sei aber nur zu einem geringeren Teil auf die Kinderlosigkeit zurückzuführen. Zu einem größeren Teil hänge sie damit zusammen, dass nur wenige Frauen und Männer drei oder vier Kinder hätten. In Berlin seien 40 % der im Jahr 1890 Geborenen kinderlos geblieben. Die große Anzahl der Familien, die nur zwei Kinder bekämen, stelle also in demographischer Hinsicht ein mindestens genauso großes Problem dar wie die Kinderlosigkeit.

Es gebe einige Untersuchungen zu Familien unterstützenden Maßnahmen und zur Fertilität. Kürzlich sei ein Aufsatz von Michaela Kreyenfeld erschienen, wonach diese unterstützenden Maßnahmen keinen Einfluss auf die Entscheidung für ein Kind ausübten. Es werde immer auf Frankreich verwiesen, wenn man das Argument untermauern wolle, dass eine umfassende Kinderbetreuung einen entscheidenden Beitrag dazu leiste, dass die Frauen wieder mehr Kinder bekämen.

Er wähle gerne die Deutsche Demokratische Republik als Beispiel. Während in Westdeutschland die Geburtenrate gesunken sei, habe es in Ostdeutschland nach 1971 den so genannten „Honecker-Berg“ gegeben. Die Produktion sei viel arbeitsintensiver gewesen, und daher habe offiziell keine Arbeitslosigkeit existiert. Für diese Art von Produktionsprozess habe man die Frauen und eine zahlenmäßig starke nachfolgende Generation benötigt. In der DDR habe es die höchste Frauenerwerbsquote der Welt gegeben. Dies sei nur möglich gewesen, weil man das Kinderbetreuungssystem sehr gut ausgebaut habe – Stichwort: Kinderkrippen.

Dagegen lasse sich aber einwenden, dass die Fertilität schon zurückgegangen sei, als die DDR noch existiert habe. Viele Maßnahmen, die man sich in bevölkerungspolitischer Hinsicht als das Nonplusultra vorstelle, hätten bloß Mitnahmeeffekte erzielt. Die Frauen hätten die Kinder lediglich früher bekommen, weil es in der DDR gerade die Möglichkeit gegeben habe, Kredite „abzukindern“. Im Abschlussbericht der Herzog-Kommission heiße es, die CDU setze keine großen Hoffnungen auf die Durchschlagskraft bevölkerungspolitischer Maßnahmen.

Die Debatte sei an diesem Punkt also noch offen. Einige Autoren konstatierten positive Auswirkungen, andere wiesen auf Effekte von eher kurzfristiger Natur hin. Man müsse das Problem aber aus einer anderen Perspektive betrachten. Ein wichtiges Element sei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Kinderbetreuung spiele dabei sicherlich eine große Rolle. Mindestens genauso wichtig sei es aber, welche Chancen man auf dem Arbeitsmarkt habe. Dafür könne man wieder die Entwicklung in Ostdeutschland als Beispiel nehmen. Nach dem Zusammenbruch der DDR sei die Geburtenrate um die

Hälfte gesunken. Ein wesentlicher Grund dafür sei die massive Unsicherheit hinsichtlich der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Was die Entscheidung für das erste, zweite oder dritte Kind betreffe, empfehle er eine Untersuchung von Johannes Huinink, Demograph an der Universität Rostock.

Zur Lesekompetenz. Auch für die Defizite bei der Lesekompetenz könne man eine Reihe von Gründen anführen. Besonders wichtig sei ihm eine vorschulische bildungsorientierte Erziehung.

Zu den Potenzialen älterer Menschen. Auch hierfür sei die Situation auf dem Arbeitsmarkt, die wiederum die Wohnentfernung zwischen den Generationen bedinge, ein wichtiger Faktor. Indem er auf die große Generationensolidarität hinweise, zeichne er insgesamt ein optimistisches Bild. Wie es in Zukunft um die Generationensolidarität stehe, hänge von den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt ab. Die Arbeitslosigkeit schwäche die Generationenbeziehungen. Die Familien rücker bei Arbeitslosigkeit nicht enger zusammen. Im Gegenteil, dadurch würden Probleme in die Familien hineingetragen. Arbeitslosigkeit und Armut könnten die Familien überfordern.

Zu den neuen Formen von Solidarität außerhalb der Familie. Er kenne Studien, die sich damit beschäftigten, welche Rolle Kinder und Freundschaftsnetzwerke spielten, wenn der Partner gestorben sei. Das betreffe vor allem Frauen, da sie ihre Partner meist überlebten. Es habe sich herausgestellt, dass die Kinder für die Einbindung in die Gesellschaft nicht so wichtig seien. Entscheidend sei die Fähigkeit, Freundschaftsnetzwerke aufzubauen. Dies sei schichtabhängig. Die Fähigkeit, solche Netzwerke zu nutzen, sei im akademischen Milieu eher vorhanden. Man müsse sich Gedanken über die Leute machen, die das nicht von selbst schafften.

Zu den Erbmustern bei Kinderlosen. Gerade in den höheren Schichten gebe es mehr Kinderlose. Ein einer höheren Schicht angehörendes Ehepaar – beide Partner berufstätig –, das vielleicht selbst schon geerbt habe, könne besonders viel Vermögen ansammeln. Man könne vermuten, dass es vermehrt Zuwendungen an Stiftungen und an Organisationen wie Amnesty International geben werde. Möglich sei aber auch, dass diese vermögenden Kinderlosen andere Verwandte, z. B. Nichten und Neffen, als Erben einsetzen. Diese Erben, die nicht nur von ihren Eltern, sondern auch von ihren Onkeln und Tanten bedacht würden, könnten ein noch größeres Vermögen ansammeln. Andere Länder führten bestimmte Erbschaftsregelungen ein, um zu verhindern, dass solche Vermögen einem Kind allein zufielen.

Andere verträten die Ansicht, dass die Kinderlosen ihre Vermögen bis zum Lebensende aufbrauchen würden. Es gebe Hinweise darauf, dass die Angehörigen der 68er-Generation zwar besonders hohe Erbschaften machen würden, aufgrund der gestiegenen eigenen Lebenserwartung aber auch einen größeren Teil des Vermögens selbst verbrauchen müssten.

Zur Arbeitslosigkeit. Natürlich müsse man auch über Innovationen reden. Manche Autoren gingen davon aus, dass die Gesellschaft an Innovationsfähigkeit verliere, wenn es nur noch wenige Kinder gebe. Anderen Studien könne man allerdings entnehmen, dass auch ältere Arbeitskräfte über ein hohes Innovationspotenzial verfügten. Sich mittels der Vorruhestandsregelungen von den älteren Arbeitskräften zu trennen habe viel Geld gekostet. Nur eine von vier frei gewordenen Stellen sei wieder besetzt worden. Man müs-

se sich fragen, ob diese Regelungen in Zeiten des demographischen Wandels noch angemessen seien.

Der **Vorsitzende** bedankt sich für den Vortrag und die Teilnahme an der anschließenden Diskussion. – Allgemeiner Beifall.

**Punkte 2 und 3 – nicht öffentlich.**

Wiesbaden, den 28. April 2004

Protokollierung:

Der Vorsitzende:

Sonja Samulowitz

Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)

Stand: 12.09.2005

Teil 1

## Kommissionsvorlage EKW/16/1

eingegangene Texte zu der

### **Anhörung „Migration“ am 7. September 2005**

- |    |                             |       |
|----|-----------------------------|-------|
| 1. | Prof. Dr. Josef Schmid      | S. 1  |
| 2. | Prof. Dr. Ullrich Heilemann | S. 23 |
| 3. | Prof. Dr. Detlev Ipsen      | S. 48 |
| 4. | Prof. em. Dr. Walter Siebel | S. 84 |



**Hessischer Landtag  
Enquête-Kommission  
"Demographischer Wandel  
– Herausforderungen an die Landespolitik"**

**Wiesbaden, 7. September 2005**

**Prof. Dr. Josef Schmid, Bamberg**

### **Vorbemerkung**

In meinem Kurzreferat möchte ich Migration in den Rahmen des allgemeinen demographischen Geschehens stellen, sodann auf einige ausgewählte empirische Befunde der Integrationsforschung hinweisen und anschließend auf den Bereich staatlichen Handelns und der mit Migration verbundenen staatlichen Erfordernisse zu sprechen kommen.

#### **1. Problemverschiebung in der Zuwanderungs- und Ausländerfrage**

Als Bundeskanzler Schröder auf einer zurückliegenden CeBit in Hannover *qualifizierte Zuwanderung* forderte, war ein Wechsel im Zuwanderungdenken offiziell eingeleitet. Zwei Jahrzehnte lang war es bestimmt von Problemen der Menschaufnahme, eines Zuwanderungsdrucks aus Regionen mit deutlich niedrigerem Lebensniveau; gerade solche waren in einer sich auflösenden Nachkriegsordnung näher an Westeuropa herangerückt wie zu keiner Zeit der Weltgeschichte. Die gewohnte Arbeitsmigration ("Gastarbeit") wurde überspült von der Frage humanitärer Menschaufnahme. Asyl und Flucht und Kosten der Unterbringung waren die Hauptfragen: besser gesagt Streitpunkte zwischen politischen Lagern, aber auch zwischen sprachmächtigen Intellektuellen und sprachlos-geduldigem Volk.

In der Problemphase der Menschaufnahme ab Mitte der 80-er Jahre bis zum Menschenansturm um 1989/90 hat eine recht fruchtlose Debatte stattgefunden. Sie war beherrscht von Begriffen, die einem politisierenden Moralismus entstammten,

schmid.doc - gedruckt: 12.09.2005

Josef Schmid, Enquête-Kommission "Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik", Wiesbaden 07.09.05

2

wie Multikultur, Offene Republik, Plädoyer für Armutseinwanderung – eine Gespensterdebatte, die sich um Anwendung, politische Machbarkeit, Durchsetzbarkeit nicht kümmerte. Sie erreichte ihre thematische Zuspitzung während der Debatte um die notwendig gewordene Änderung des Asylrechts (Art. 16 im GG), das in der Sicht des Jahres 1949 seine Berechtigung hatte, aber mit der politischen Kontinentalverschiebung in eine unhaltbare Funktion geraten war. ("Drittstaaten-" und "Flughafenregelung").

Seit einiger Zeit stellen wir doch eine ernste Problemverschiebung *vom Quantitätsproblem zur Ausbildungsqualität* von Menschen fest, nachdem sich die Wanderungswellen der Weltwende, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs (Ende der 90-er Jahre) gelegt hatten.

Die Konfrontation der links-grünen Regierung, voran des Bundesinnenministers, mit den Haupt- und Nebenerscheinungen des Migrationsgeschehens und endgültig die Septembermorden 2001 in New York haben den längst überfälligen Paradigmenwechsel, weg von Gesinnungskämpfen hin zu Verantwortungsethik und Realitätsinn erbracht.

Die beiden Gesetzeswerke welche die Migration im Lande mitformen sind die (1) Änderung bzw. Ergänzung des *Staatsbürgerschaftsrechts* (01.01.2000) und (2) *das Zuwanderungsgesetz* (Mai 2004).

## **2. Migration und Demographie – zwischen Geburtendefizit und Alterung**

Ohne Verankerung in der aktuellen Bevölkerungsbewegung hängt die Migrationsfrage in der Luft.

Seit der Vereinigung Deutschlands haben die Zahlen für die deutsche und ausländische Wohnbevölkerung von derzeit 82,5 Millionen vereinzelt Ausschläge nach oben und unten vollführt, die deutsche Bevölkerungsbewegung aber in ihren Kernpunkten nicht wesentlich verändert. Sie ist wie folgt zu charakterisieren:

schmid.doc - gedruckt: 12.09.2005

Josef Schmid, Enquête-Kommission "Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik", Wiesbaden 07.09.05

3

### **"Bevölkerungsbilanz"**

- Deutliche Geburtenrückgänge: ab Mitte der 60er Jahre bis Anfang der 70er Jahre hat sich die Zahl der Geborenen beinahe halbiert und ist unter die der Sterbefälle gesunken, mit einem jährlichen Geborenendefizit von ca. 100.000; die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau zeigt mit 1,4 in Deutschland ein Geburtendefizit zum Bestandserhaltungsniveau, das bei 2,2 Geburten liegen würde, um ein Drittel.
- **In Hessen** schwanken die Geborenendefizite jährlich im Durchschnitt zwischen 5 bis 9.000.
- Zuwanderungsüberschüsse wurden im Nachkriegsdeutschland die Regel. Sie hat als "Arbeitsmigration" begonnen und seitdem verschiedene Formen angenommen: im Westen fächerte sie sich auf in Aufnahme von deutschstämmigen Aussiedlern, Familienzusammenführung, Asyl mit häufig ausgesprochener Aufenthaltsduldung und sodann Flüchtlingsaufnahme, die - obwohl zeitlich begrenzt - einen gewissen Teil an Daueraufenthalt zur Folge hat.
- Geborenendefizite wurden – bis jetzt! – durch einen stetigen Überhang der Zuzüge über die Fortzüge aufgehoben und überkompensiert. Dies scheint angesichts der sinkenden Zuwanderung und damit sinkenden Zuwanderungsüberschüsse zu Ende zu gehen (Tab. 1)

### **"Natürliche Bevölkerungsbewegung"**

Die aktuelle Entwicklung zeigt folgendes Bild: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden ist die Einwohnerzahl Deutschlands 2004 abermals leicht gesunken. Die Geburtenzahl 2004 ist dabei nur geringfügig niedriger als 2003 (707.000) ausgefallen, die Anzahl der Sterbefälle (2003: 854 000) dagegen deutlich zurückgegangen. Zusammengenommen werden 2004 voraussichtlich etwa 110.000 mehr Menschen gestorben sein als Kinder zur Welt kamen. Das Geburtendefizit wäre damit 2004 erheblich geringer als 2003, als es 147 000 betragen hatte. Die Neugeborenen ausländischer Mütter machen ca. 13 Prozent des Geburtenaufkommens aus. Seit 1. Januar 2000 erwerben – laut neuem Staatsbürgerschaftsrecht – Kinder

schmid.doc - gedruckt: 12.09.2005

Josef Schmid, Enquête-Kommission "Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik", Wiesbaden 07.09.05

4

ausländischer Eltern die Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil aufenthaltsberechtigt ist. Von der Neuregelung könnten jährlich ca. 40.000 Kinder Gebrauch machen.

In Hessen stehen (2003) 54.400 Geborenen 1.500 Gestorbenen gegenüber; der Sterbeüberschuss von 7.100 Fällen wurde durch weinen Wanderungsgewinn von 12.300, an dem übrigens 6.300 nichtdeutsche Zuwanderer beteiligt waren.

**Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 1989 bis 2000 - Salden der natürlichen Bevölkerungsbewegung und Wanderungen "Bevölkerungsbilanz"**

Jahr	Geborenendefizit (Sterbefallüberschuss)	Zuwanderungs- überschuss	Bevölkerungs- bilanz
1989	- 22.982	+593.962	+570.980
1990	- 15.770	+681.872	+666.102
1991	- 81.226	+602.523	+521.297
1992	- 76.329	+782.071	+705.742
1993	- 98.823	+462.096	+363.273
1994	- 115.058	+814.998	+699.940
1995	- 119.367	+897.935	+778.568
1996	- 86.830	+882.197	+795.367
1997*	- 48.216	+93.664	+45.448
1998*	- 67.348	+47.098	- 20.250
1999	- 75.586	+201.975	+126.464
2000	- 71.798	+167.120	+96.065
2001	- 94.066	+272.723	+180.769
2002	- 122.436	+219.288	+96.371
2003	- 147.198	+142.645	- 5.009
2004**	-110.000	+70.-80.000	-30.-40.000

\*) Jahre starker Rückkehr von Bosnien-Flüchtlingen

\*\*) vorläufige Zahlen basierend auf Angaben des Statistisches Bundesamts, Wiesbaden 2005.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2004.

### "Wanderungen"

Die Zu- und Fortzüge schwankten in Deutschland um je 600.000. Die Schwankungsbreite des Wanderungssaldos ist im Vergleich zu der des natürlichen Bevölkerungssaldos größer, weil innen- und außenpolitische Verhältnisse beteiligt sind. Ab 2001 registrieren wir eine Verringerung der Wanderungsgewinne, die ab 2003 den Sterbefallüberhang nicht mehr ausgeglichen haben.

schmid.doc - gedruckt: 12.09.2005

Josef Schmid, Enquête-Kommission "Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik", Wiesbaden 07.09.05

5

Nach Informationen des Statistischen Bundesamtes dürfte der Wanderungssaldo 2004 nur noch etwa 70.000 bis 80.000 betragen. 30 Jahre lang haben Wanderungsüberschüsse Geborenendefizite mehr als ausgeglichen. Nun reichten die Wanderungsgewinne erstmals nicht aus, um ein Geborenendefizit auszugleichen. Die **Wanderungsgewinne Hessens** schwanken jährlich zwischen 12 und 18.000.

### **"Demographisches Altern"**

Konstantes Geborenendefizit bedeutet schon demographisches Altern, d.h. das Durchschnittsalter einer Bevölkerung klettert nach oben. Wenn nun deutliche Erhöhungen der Lebenserwartung hinzukommen, verstärkt sich dieser Vorgang. Deutschland hat die raschest alternde Bevölkerung (Durchschnittsalter ca. 40 Jahre) – um 2030 wird ein Drittel der Gesamtbevölkerung über 60 Jahre sein.

### **"Prognosen"**

Mitte des Jahres 2003 hat das Statistische Bundesamt die "10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung" für Deutschland vorgestellt.<sup>1</sup> Sie ist bis zum Jahre 2050 ausgelegt und rechnet mehrere Varianten durch (höhere oder geringere Steigerung der Lebenserwartung) höherer Zuwanderungssaldo (200.000) bzw. ein niedriger (100.000). Wir begnügen uns mit der Durchschnittsvariante (Nr. 5). Sie unterstellt 1. eine weitere Zunahme der Lebenserwartung um vier Jahre, 2. eine gleichbleibende Geburtenentwicklung im Durchschnitt der vergangenen Jahre von 1,3 bis 1,4 Kindern pro Frau, und schließlich 3. zwei Varianten von Wanderungsannahmen: einmal ein niedriger jährlicher Zuwanderungssaldo von 100.000, sodann ein höherer von 200.000. Einen solchen Saldo, der eine Zuwanderung von 800.000 bedeutet (bei ca. 600.000 Fortzügen), müsste die Politik schon streng im Auge behalten, vor allem sich zu einem klaren Kriterienkatalog bekennen. Mit EU-Erweiterung zum 1.5.2004 hat Deutschland EU-Außengrenzen nur noch zur Schweiz, die dem Schengen-Abkommen beigetreten ist.

<sup>1</sup> Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis 2050 – 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2003.

schmid.doc - gedruckt: 12.09.2005

Josef Schmid, Enquête-Kommission "Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik", Wiesbaden 07.09.05

6

### Bevölkerungsabnahme

Sollte es bei einer geringen Zuwanderung von nur 100.000 jährlich bleiben, dann würden sich die 82 Millionen Einwohner von heute bis 2050 auf 65 Millionen verringern. Beträgt der Wanderungssaldo das Doppelte, dann sinkt die Einwohnerzahl bis 2050 auf immerhin 75,1 Millionen. Ohne jede Zuwanderung würde die Wohnbevölkerung auf 59 Millionen im Prognosezeitraum abfallen.

### Veränderung der Altersstruktur

Entscheidender als die Abnahme der Bevölkerungszahl ist die Veränderung, die in der Altersstruktur vor sich geht: ein dramatischer Jugendschwund bei Stärkerwerden der Altenjahrgänge bedeutet eine Bevölkerungsabnahme, die auch die Zahl der Menschen im aktiven Lebensalter zwischen 20 und 65 von 51 Millionen auf ca. 38 Millionen im Prognosezeitraum zurückgehen lässt, und ihr Durchschnittsalter stark erhöht (**Tab. 2**).

**Tabelle 2: Veränderung der Altersstruktur von 2001 bis 2050- (Variante 5)**  
mittlere Lebenserwartung, mittlerer Zuwanderungssaldo von 200.000 Personen im Jahr

Alter von...bis unter... Jahren	31.12. des Jahres in 1.000 Personen					
	2001	2010	2020	2030	2040	2050
unter 20	17.259	15.524	14.552	13.927	12.874	12.094
20 – 35	15.925	15.445	14.860	13.254	12.639	12.086
35 – 50	19.647	19.060	15.691	16.064	14.569	13.574
50 - 65	15.543	16.448	19.500	16.361	15.672	15.123
20 – 65 zusammen	51.115	50.953	50.051	45.678	42.880	40.783
65 und älter	14.066	16.589	18.219	21.615	22.786	22.240
insgesamt	82.440	83.066	82.822	81.220	78.539	75.117

Quelle: Statistisches Bundesamt, 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

Das **Land Hessen** vollzieht, wie alle Flächenländer, diese Großtrends im Rahmen seiner 6-Millionen-Bevölkerung nach. Das konstante Geborenendefizit seit 1980 erhöht sich merklich ab 2001 (-3.142).

schmid.doc - gedruckt: 12.09.2005

Josef Schmid, Enquête-Kommission "Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik", Wiesbaden 07.09.05

---

7

Der **Wanderungsgewinn über die Landesgrenzen Hessens** gleicht es noch aus. Das Wanderungsgeschehen der *Nichtdeutschen* allein (75 bis 80.000 Zuzügen stehen etwa 65 bis 70.000 Fortzüge gegenüber) würde die Geborenendefizite nur noch knapp ausgleichen.

Der **Alterungsprozess in Hessen** vollzieht sich analog dem Bundestrend: bis 2050 wird ein Menschenverlust von ca. 600.000 Menschen eintreten (von 6.089 Mio. auf 5.5); dabei ein bedeutender Rückgang der Jugendjahrgänge von 15,0 % auf 11,3 %; der aktiven Jahrgänge (15-65) gehen fast um ein Drittel zurück; die über 65-jährigen erhöhen ihren Anteil von 17,7% (2003) auf 31,8% (2050).

schmid.doc - gedruckt: 12.09.2005

Josef Schmid, Enquête-Kommission "Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik", Wiesbaden 07.09.05

8

**Lebend Geborene und Gestorbene in Hessen 1950 bis 2003**

Jahr	Lebend Geborene		Gestorbene		Geburtenüberschuss bzw. -defizit (-)	
	Anzahl	auf 1000 Einwohner	Anzahl	auf 1000 Einwohner	Anzahl	auf 1000 Einwohner
1950	69 369	16,1	45 630	10,6	23 739	5,5
1960	78 381	16,5	54 605	11,5	23 776	5,0
1970	69 455	12,9	63 374	11,8	6 081	1,1
1980	54 535	9,7	63 625	11,4	-9 090	-1,6
1990	62 026	10,8	64 590	11,3	-2 564	-0,4
1995	59 858	10,0	63 346	10,6	-3 488	-0,6
1996	62 391	10,4	63 387	10,5	-996	-0,2
1997	63 124	10,5	61 361	10,2	-1 763	0,3
1998	60 567	10,0	60 980	10,1	-413	-0,1
1999	58 996	9,8	61 054	10,1	-2 058	-0,3
2000	58 817	9,7	60 345	10,0	-1 528	-0,3
2001	56 228	9,3	59 370	9,8	-3 142	-0,5
2002	55 324	9,1	60 367	9,9	-5 043	-0,8
2003	54 400	8,9	61 508	10,1	-7 108	-1,2

© Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2005.

schmid.doc - gedruckt: 12.09.2005

Josef Schmid, Enquête-Kommission "Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik", Wiesbaden 07.09.05

9

**Zu- und Fortgezogene über die Landesgrenze Hessens**

Jahr	Zugezogene		Fortgezogene		Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	
	insgesamt	darunter Nichtdeutsche	insgesamt	darunter Nichtdeutsche	insgesamt	darunter Nichtdeutsche
1980	167 540	73 607	133 504	52 183	34 036	21 424
1985	113 794	47 933	105 888	41 973	7 906	5 960
1990	226 612	90 351	121 489	46 621	105 123	43 730
1995	181 870	89 536	149 162	70 067	32 708	19 469
1996	167 417	78 963	149 050	70 950	18 367	8 013
1997	159 054	70 878	156 396	76 626	2 658	- 5 748
1998	159 786	70 323	155 941	75 104	3 845	- 4 781
1999	169 973	79 727	151 086	69 716	18 887	10 011
2000	169 602	78 933	151 911	70 393	17 691	8 540
2001	175 180	82 166	162 341	79 395	12 839	2 771
2002	167 916	78 111	149 072	67 349	18 844	10 762
2003	162 701	72 337	158 122	64 250	4 579	8 087
2004	191 402	73 295	179 067	66 935	12 335	6 360

© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2005.

schmid.doc - gedruckt: 12.09.2005

Josef Schmid, Enquête-Kommission "Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik", Wiesbaden 07.09.05

10

**Bevölkerung Hessens nach Altersgruppen**

Stich- tag	Bevölkerung <sup>1)</sup> insgesamt	davon im Alter von ... Jahren			
		unter 15	15	40	65 oder mehr
			bis unter		
			40	65	
1000	%				
Volkszählungsergebnisse					
29.10.1946	3 996	23,2	35,3	31,8	9,7
13.09.1950	4 324	22,6	34,6	32,9	10,0
06.06.1961	4 814	21,1	35,4	32,1	11,4
27.05.1970	5 382	22,1	34,9	29,7	13,3
25.05.1987	5 508	14,1	37,8	32,5	15,5
Bevölkerungsfortschreibung auf der Basis der Volkszählung 1987					
31.12.1990	5 763	14,8	37,4	32,4	15,5
31.12.1995	6 010	15,5	36,4	32,3	15,8
31.12.2000	6 068	15,5	34,2	33,8	16,5
31.12.2001	6 078	15,4	33,8	34,0	16,9
31.12.2002	6 092	15,2	33,3	34,2	17,2
31.12.2003	6 089	15,0	32,8	34,5	17,7
Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 5)					
Ende 2010	6 128	13,8	29,7	37,0	19,5
Ende 2020	6 122	12,7	28,6	36,8	22,0
Ende 2030	5 980	12,2	26,8	33,9	27,1
Ende 2040	5 769	11,5	25,8	32,0	30,7
Ende 2050	5 494	11,3	25,4	31,5	31,8

1) Bis 1970 Wohnbevölkerung; ab 1987 Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung.

© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2005.

**Exkurs:****Aufenthaltsrecht in Deutschland**

Für Ausländer gibt es neben der zeitlich auf drei Monate begrenzten Saisonarbeit noch weitere Möglichkeiten, legal in Deutschland zu leben und zu arbeiten:

- **EU-Bürger** genießen Freizügigkeit. Sie dürfen sich innerhalb der Gemeinschaft niederlassen, wo sie wollen – vorausgesetzt, sie können ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft bestreiten. Für die zehnneuen Beitrittsländer ist die Freizügigkeit jedoch bis zum Jahr 2011 eingeschränkt.
- **Ausländische Kinder** bis höchstens 18 Jahre und Ehepartner von Deutschen oder Ausländern mit Auslandsberechtigung in Deutschland können nachziehen, wenn ihr Lebensunterhalt gesichert ist.
- **Spätaussiedler** sind dem Gesetz nach Deutsche. Ihnen und ihren Familienangehörigen ist die Einreise erlaubt, wenn sie vor dem 31.12.1992 geboren wurden. Spätaussiedler, die nicht aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion kommen, müssen allerdings nachweisen, dass sie seit 1993 wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit Nachteile erlitten haben.
- **Menschen jüdischen Glaubens** aus der ehemaligen Sowjetunion dürfen nach Deutschland einwandern, um die jüdischen Gemeinden in Deutschland zu stärken (so genannte Kontingentflüchtlinge).
- **Politisch Verfolgte** können in Deutschland Asyl erhalten, sofern sie nicht über einen sicheren Drittstaat einreisen. Asylanträge aus sicheren Herkunftstaaten werden indes ohne Einzelfallprüfung abgelehnt.
- **Ausländische Studierende** können sich für ein Studium in Deutschland aufhalten und bis zu einem Jahr nach Abschluss des Studiums einen Arbeitsplatz suchen.
- **Beschäftigte von ausländischen Firmen**, die in Deutschland Aufträge wahrnehmen, dürfen bis zu zwei Jahre lang in Deutschland arbeiten (Werkvertragsarbeitnehmer). Allerdings wird für die Zahl dieser Arbeitnehmer eine Höchstgrenze (Kontingent) festgelegt, die auf Basis der aktuellen Arbeitsmarktlage kalkuliert wird. Im Jahr 2003 wurde dieses Kontingent zu 77 Prozent ausgeschöpft – in erster Linie durch Arbeitnehmer aus Osteuropa.

schmid.doc - gedruckt: 12.09.2005

Josef Schmid, Enquête-Kommission "Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik", Wiesbaden 07.09.05

12

### Ausländer\* in Hessen am Jahresende 2002 bis 2004 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Land der Staatsangehörigkeit	2002		2003		2004	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Türkei	203 525	24,5	200 136	24,4	188 163	25,2
Italien	78 412	9,5	77 285	9,4	67 792	9,1
Serbien und Montenegro**	58 976	7,1	55 925	6,8	47 121	6,3
Griechenland	37 463	4,5	37 054	4,5	31 777	4,3
Kroatien	32 292	3,9	32 384	3,9	31 464	4,2
Polen	31 011	3,7	31 556	3,8	30 032	4,0
Marokko	23 112	2,8	22 707	2,8	20 377	2,7
Spanien	25 438	3,1	24 939	3,0	19 249	2,6
Bosnien und Herzegowina	18 701	2,3	18 856	2,3	18 305	2,5
Vereinigte Staaten	21 427	2,6	20 767	2,5	17 701	2,4
Österreich	15 834	1,9	15 665	1,9	14 223	1,9
Portugal	15 968	1,9	15 879	1,9	13 952	1,9
Afghanistan	16 290	2,0	15 398	1,9	13 921	1,9
Russische Föderation	11 942	1,4	13 000	1,6	13 492	1,8
Großbritannien und Nordirland	13 979	1,7	13 634	1,7	11 606	1,6
Frankreich	13 086	1,6	12 957	1,6	11 324	1,5
Pakistan	10 864	1,3	10 802	1,3	10 153	1,4
Iran	13 410	1,6	12 142	1,5	10 035	1,3
Übrige Länder***	199 719	24,1	190 174	23,2	174 638	23,4
<b>Insgesamt</b>	<b>829 507</b>	<b>100</b>	<b>821 260</b>	<b>100</b>	<b>745 325</b>	<b>100</b>

\* Nach dem Ausländerzentralregister.

\*\* Sowie ehem. Jugoslawien ohne nähere Angabe.

\*\*\* Einschl. der Staatenlosen, der Personen ungeklärter Staatsangehörigkeit sowie ohne Angabe

© Klassisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2005.

schmid.doc - gedruckt: 12.09.2005

Josef Schmid, Enquête-Kommission "Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik", Wiesbaden 07.09.05

13

**Ausländische Bevölkerung in Hessen 1970 bis 2004**

Jahr	Ausländer insgesamt	darunter weiblich		Anteil an der Gesamtbevölkerung in %
		Anzahl	%	
1970	329 679	.	.	6,1
1972	383 784	.	.	7,0
1974	443 661	.	.	8,0
1976	431 287	172 945	40,1	7,8
1978	446 446	182 905	41,0	8,1
1980	499 360	204 345	40,9	8,9
1982	522 808	218 792	41,8	9,3
1984	506 336	215 204	42,5	9,1
1986	528 375	226 828	42,9	9,5
1988	509 241	229 326	45,0	9,1
1990	615 452	266 416	43,3	10,7
1992	745 570	318 145	42,7	12,6
1994	797 785	349 995	43,9	13,3
1995	819 021	364 230	44,5	13,9
1996	832 542	374 673	45,0	13,8
1997	839 331	381 353	45,4	13,9
1998	841 743	384 860	45,7	13,9
1999	845 053	388 330	46,0	14,0
2000	840 244	388 303	46,2	13,8
2001	834 815	389 878	46,7	13,7
2002	829 507	390 629	47,1	13,6
2003	821 260	390 253	47,5	13,5
2004	745 325	361 210	48,5	12,2

Quelle: Ausländerzentralregister.

© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2005.

### 3. Migration als Bereich staatlichen Handelns

Staat und Gesellschaft müssen mit folgender Problemlage fertig werden:

- mit den fortwirkenden Auswirkungen des *Geborenendefizits*, d.h. kleiner werdenden Jugendjahrgängen (als Basis des Humankapitals)
- der fortschreitenden *Alterung*, d.h. die gesellschaftliche Bewältigung der an sich erfreulichen Tatsache, dass wir länger leben als alle Generationen vorher.
- mit einem *Zuwanderungsdruck*, der sich aus der demographischen und sozialen Weltlage ergibt und dem eine gewisse Gesetzeslage und Praxis nur unvollkommen standgehalten hat.
- dem Zwang, ein leistungsfähiger Industriestaat zu bleiben, welcher den Anforderungen eines globalen Innovationswettbewerbs gerecht wird. Eine Zuwanderung wird danach ausgerichtet werden müssen.

Das Zuwanderungsziel muss sich mit einem Zuwanderungsgesetz verwirklichen lassen (Gesetzesentwurf, 3. August 2001):

Bundesinnenminister Otto Schily hat die Grundintention des am 3. August 2001 vorgelegten "Gesetzesentwurfs zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung" wie folgt erläutert: „*Durch ein modernes Zuwanderungsrecht Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit sichern, Arbeitsplätze schaffen und die Zuwanderung gestalten; zugleich Zuwanderung begrenzen, illegale Zuwanderung bekämpfen und dem Missbrauch des Asylrechtes entgegenwirken.*“<sup>2</sup>

Damit sind die Kernpunkte genannt: qualifizierte Arbeitsmigration, Eindämmung einer steigenden humanitären Menschaufnahme und ihre administrative Trennung vom Migrationsgeschehen und Maßnahmen zur Integration.

Mit dem Zuwanderungsgesetz ist das Problem **qualifizierter Zuwanderung** angesprochen, und schon seit längerem angestoßen worden.

Die Einwerbung Qualifizierter war bisher kein großer Erfolg: für die EU wurden 500.000 fehlende Fachkräfte errechnet. Die Süßmuth-Kommission träumte von

<sup>2</sup> Entwurf eines Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern.

schmid.doc - gedruckt: 12.09.2005

Josef Schmid, Enquête-Kommission "Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik", Wiesbaden 07.09.05

15

25.000 Fachkräften jährlich; zur Zeit kommen nur ca. 100 monatlich (Welt, 27. August 2005); eine Industrienation mit 82 Mio. Einwohnern müsste ihr **Fachpersonal aus eigener Anstrengung** holen; ansonsten folgt der "Fachkräftehandel" längst globalen Wegen – wie der von Fußballstars!

Die globale Öffnung der Nationalstaaten und der von ihnen nicht mehr zu schützenden Arbeits- und Finanzmärkte. In den Chor derjenigen, die das Ende des Nationalstaats vorhersagen oder in die Hybridpflanze einer nachnationalen Ordnung überführen wollen, stimme ich vorsichtshalber nicht ein. Globaler Erfolg braucht lokale Kompetenz! Die Lehrer fürs Globale, Transnationale müssen aus der eigenen Kultur kommen.

Im Zentrum des Zuwanderungsproblems stehen nicht mehr die ankommenden Migranten, sondern **der Integrationsstand der schon hier Wohnhaften!** Und hierzu ist folgendes zu bemerken und zu bemängeln:

- (1) Dass ein schlüssiges Integrationskonzept fehlt, hat seine Ursache nicht allein in einem lang gehegten Tabubereich. Wäre das sogenannte "Kühn-Papier" vor 30 Jahren zum Fahrplan für Ausländerpolitik genommen worden, hätten wir die heutigen Probleme nicht: (als "Eindeutschungspapier" von Moralisten eingezo-gen).
- (2) Vieles liegt an der Differenz von Abstammungsprinzip und Territorialprinzip im Staatsbürgerschaftsrecht: Abstammungsrecht bürgert ein nach vollendeter Integration, deutsches Bodenrecht ab 01.01.2000 ("Kinderstaatsbürgerschaft") bürgert ein, ohne Prüfung eines integrierenden Erziehungsvorgangs in der Familie ("Primärsozialisation"): So fehlt auch die feste Vorstellung eines in Deutschland integrierten Ausländers, der als Inländer gelten kann. Das ist in der angelsächsischen Welt oder in Frankreich des strengen Territorialrechts nicht vorstellbar!

#### 4. Integration in der empirischen Migrationsforschung

Wenn es etwas schulmäßig klingt, dann bitte stoßen Sie sich nicht daran:

**Familienintegration** ist beim ausländischen Bevölkerungsteil nicht das Problem, eher beim westlichen Stammvolk; die westlichen Familien- und Scheidungsverhältnisse sind mit ein Anlass zur Distanzierung von sogenannter westlicher aufgeklärter Lebensform.

**Familienzusammenführung** die auf 100.000 Fälle geschätzt werden bringen Probleme, wenn (a) der Ehepartner aus dem Herkunftsland keine Integrationsleistung bei den bald zur Welt kommenden Kindern erbringen kann; (wird sogar „auf Null gedreht“) und wenn (b) der leider gestattete Kindernachzug über das 6. Lebensjahr hinaus (bis 18 !) jede Einschulung des Betreffenden unmöglich macht.

**Schulische Integration:** 12 – 14% bleiben ohne Abschluss, nur 12% der türkischen Jugendlichen machen Abitur; bei höherer Schulbildung unterrepräsentiert. Es wird unterschieden zwischen "Bildungsinländern", die im jungen Alter in die deutsche Schulpflicht hineingewachsen sind, und *Familiennachzügler*, nach dem 6. Lebensjahr, die prädestiniert sind, in der Subkultur der Landsleute zu verschwinden.

*Schulerfolg* wird daran gemessen, inwieweit sich ethnische Unterschiede verringern!

**Sprachkenntnisse:** in der *ersten Generation* bleibt es beim gebrochenen Deutsch und zwar ohne Besserung schon seit 20 Jahren. In der *zweiten Generation* ist bis zu 30% deutsch die dominante Sprache; Defizite finden sich klarerweise bei Türken, weil sie am meisten unter sich sind und Aussiedler (-Kindern) aus der ehemaligen Sowjetunion.

*Die Aufenthaltsdauer ist kein Hinweis* auf Sprachfähigkeit, - ein Zeichen, dass ihr Erwerb zu keiner Zeit verbindlich vorgeschrieben war; entscheidend für Sprachkompetenz ist die frühe Einschulung – d.h. problematisch für die älteren Familiennachzügler. Der Platz 1 Finnlands im Pisa-Vergleich beruht auf der guten Vorschule und auf altersgemäßer Sprachkompetenz bei Einschulung.

**Berufsausbildung:** das Institut der deutschen Wirtschaft zeichnet ein positives Bild: ein deutliches Vorrücken der Schulabschlüsse mit Beginn einer Lehre: vor allem im

schmid.doc - gedruckt: 12.09.2005

Josef Schmid, Enquête-Kommission "Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik", Wiesbaden 07.09.05

17

Handwerk (zu 52%) und Industrie und Handel (47%); zu beachten ist aber der Anteil der Ausländer-Arbeitslosigkeit, die lange beim Doppelten der deutschen lag.

**Soziale Integration/Soziale Einbettung/interethnische Kontakte:** Hier geht es um das Verhältnis zur deutschen Bevölkerung: wie viele haben deutsche Partner (starke Abschottung der türkischen Frau) – und deutsche Freunde; zu 85% laufen Kontakte nur in der eigenen Volksgruppe.

**Gesellschaftliche und politische Partizipation** (vgl. Untersuchung Claudia Diehl, BIB, Wiesbaden): Vereinsmitgliedschaft ist nicht gleichbedeutend mit politischem Interesse. Meine Vermutung scheint sich zu bestätigen, dass das deutsche Vereinsrecht auch kontraproduktives Verhalten fördert. Unter dem Namen Kulturverein oder Moscheeverein findet das Gegenteil von Integration statt: eine ethnisch-religiöse In-volution statt Evolution in die Kultur des Aufnahmelandes, gegen die unsere Gesellschaft nichts in der Hand hat. Es sei denn, das Zuwanderungsgesetz wird hinsichtlich seiner Integrationsforderungen (Deutschkurse, westliche Sozialkunde) rigoros angewendet oder verschärft. Die Gefahr ist, dass sich aus dem Vereinswesen eine ethnisch-religiöse Interessenvertretung herausbildet; die mit Inhabern deutscher Pässe Parteigründungen vornimmt und dann eine westliche Sachdemokratie mit Minderheitenpolitik durchlöchert.

**Binationale Eltern** und ihre Rolle bei der Erziehung der Kinder und deren Integration ist von besonderem Interesse (vgl. Untersuchung: Sonja. Haug/Claudia. Diehl, Hg., Aspekte der Integration – Wiesbaden (vs) 2005)

**Einbürgerungen:** Die Spitze der Einbürgerungen in Deutschland war im Jahre 2000 mit 186.000 Fällen erreicht. Seitdem verzeichnen wir einen ständigen Rückgang: 2004 sind es 127.000 Fälle. Die Zahl wird getragen von der Zahl Türkischstämmiger (mit 44.000 zu 35% aller Eingebürgerten): der Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass zum einen die nachträgliche Wiederbeschaffung der türkischen Staatsbürgerschaft im größeren Ausmaß aufflog; und zum anderen in jeder Familie die praktikable Zahl deutscher Passinhaber jetzt vorhanden ist. Prof. Faruk Sen spricht von einer gewissen Sättigung;

**In Hessen** lag die Zahl 2004 bei 15.027 bei einem deutlichen Rückgang ab dem Jahr 2000, als über 20.000 Einbürgerungen vorgenommen wurden.

schmid.doc - gedruckt: 12.09.2005

Josef Schmid, Enquête-Kommission "Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik", Wiesbaden 07.09.05

18

**Migrationsforschung** aufgrund einmaliger Datenlage und Datenzugangs gibt es in Deutschland vorwiegend am

- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB), Wiesbaden:
- Sozioökonomisches Panel am DIW (Berlin): untersucht alle Altersgruppen zwischen 1989 und 1997 von fünf Nationalitäten: Türken, Jugoslawen, Italiener, Griechen, Spanier.
- Empirische Projekte der Migrations- und Integrationsforschung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (im Aufbau)

## 5. Zuwanderung und Kulturkonflikt

Die deutsche empirische Forschung hält Sprachkompetenz für den Angelpunkt der Integration. Es gibt geopolitische Einwände, wonach dies nicht genügt. Die Integrationsprobleme und Konflikthandlungen bis hin zum Terrorismus haben in England und Frankreich Personen und Gruppen begangen, die hervorragend englisch und französisch sprachen. Die Attentäter des 11. September waren äußerlich brave und wohlintegrierte Studenten mit tadellosem Deutsch – versteht sich. Wir brauchen also zur Abdeckung des Problems eine weitere Dimension, die Weltbevölkerung, Entwicklungsproblem und kulturell religiöse Erweckung einschließt und nicht der Versuchung nachgibt, Kulturdifferenzen zu romantisieren und zu sentimentalieren. Sie sind als das zu nehmen, was sie sind: Dinge, die sich hart im Raume stoßen und auf konventionellem Wege nicht zu beruhigen sind. Auch stillgelegte Kulturen bewahren ihren Glutkern, der unter Umständen wieder angefacht werden kann. So jedenfalls lautet die Erfahrung von Ländern mit so genannter kultureller Vielfalt. ( meist ehemalige, ausgedehnte Kolonialherrn).

Die Zuwanderung findet sich in **einem veränderten weltpolitischen Koordinatensystem** wieder: im Rahmen geopolitischer, demographischer Verschiebungen und ihrer religiös-kultureller Aufladung.

Der **"11. September"** hat hier eine neuerliche Weltwende bewirkt; der Zuwanderer muss nicht allein auf Gesundheit und berufliche Fähigkeit geprüft werden, sondern auf kulturelle und politische Integrations**willigkeit**; Die arglose Zuerkennung von Staatsbürgerrechten ohne irgendeine Loyalitätserklärung (vgl. die USA), die zu Paral-

lelgesellschaften, nach außen hin geschlossenen Räumen, zum Einklagen von Minderheitenrechten und ethnischen Parteiungen führt, wird verhindert werden müssen. Die Gefahr der "Ethnisierung" liegt vor, sowie sich eine Sachdemokratie in eine ethnisch-religiöse Interessenvertretung verwandelt. Wie haben dann einen Kampf der Kulturen weniger an geographischen Kulturgräben als vielmehr in den Städten des Westens, in denen sich nationale Segregation schon eingespielt hat. Weltkonflikte werden kann kleinräumig ausgetragen und finden dann in und zwischen Ausländerquartieren europäischer Städte statt.

Mit dem **politischen Aufstieg vieler Entwicklungsländer** steht für Ausländer aus Schwellenländern und künftigen Großmächten (trotz weiterbestehender Armut in ihnen) der **Geltungsnutzen**, sich allein nach dem Aufnahmeland auszurichten, der europäischen Lebenseinstellung und Geisteshaltung zugehörig zu fühlen, auf dem Prüfstand. Eine Wiederbelebung der Anhänglichkeit zur Herkunftskultur, angesichts ihres internationalen Bedeutungsgewinns dämpft die Integrationswilligkeit im Aufnahmeland über das rein ökonomisch-existenzielle Interesse hinaus.

### **Identität und Religiosität bilden in Zukunft die neuartigen Integrationsprobleme**

Fragen der Bewahrung und des Wandels der **kulturellen Identität** werden der heikelste Punkt im 21. Jahrhundert, wie es im 19. und 20. Jahrhundert die nationale Identität und soziale Frage gewesen waren. Hier kommen zwei Tendenzen zusammen: eine Bedrohung der Einzelkulturen durch eine *Weltmassenkultur*, die angelsächsisch dominiert ist. *Neue Imperialismen* von Großmächten, d.h. von solchen, die aufgrund ihrer Bevölkerungsgröße und ihres Bevölkerungswachstums auf dem Sprung zur Großmacht sind (China, Indien, Pakistan, Ägypten). Wir sind an den Aufstieg außereuropäischer Kulturen oder gar deren Dominanz nicht gewohnt. Das bedeutet eine *Zunahme der Störfälle*: eine Aufreizung, Aufstachelung, Herausforderung der kulturellen Identität wie zu keiner Zeit vorher. Internationale Wanderung ist besonders daran beteiligt, weil Zuwanderung nicht mehr zerstreut siedelt, sondern eine schon vorhandene Konzentration von Landsleuten ansteuert, - also nicht mehr automatisch den Identitätswandel, die völlige Einpassung in einheimische Lebensformen bedeutet („New Ethnicity“ in USA).

Der Abbau von äußeren Grenzen führt dazu, dass Menschen und Gruppen nun Grenzen im Inneren ziehen.

## 6. Schlussbemerkung

1. Die Bevölkerungsabnahme beschleunigt sich während des Prognosezeitraums. Das ist ein untrüglicher Hinweis auf eine **demographische Implosion**: Geburtenrückgang bedeutet Rückgang der Mütter der kommenden Generation. Behalten auch sie das "generativen Verhalten" bei, das 1,3 Kindern im Durchschnitt erbringt, wird abermals eine Elterngeneration nur zu zwei Dritteln ersetzt. Falls nicht gegengesteuert wird, wird in den kommenden Jahrzehnten der Menschen Gewinn des vereinigten Deutschlands durch eine defizitäre Demographie verloren gehen. Außer Deutschland, Österreich und der Schweiz steuern auch Portugal, Spanien, Italien und Griechenland auf eine demographische Implosion zu. Auch Teilpopulationen auf Länderebene entgehen diesem Vorgang nicht.
2. Die Bevölkerungsabnahme aufgrund einer sich vergrößernden Geburtenlücke entwickelt ein Tempo, das auch *mit höheren Zuwanderungssalden nicht zu beheben wäre*. Um das Erwerbspotential von 42 Millionen zu halten, bräuchte Deutschland jährlich eine Zuwanderung von einer halben Million Menschen, die in seine Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur passen. Aus welcher Weltregion sie in solchen Größenordnungen mit entsprechender Qualifikation dauerhaft hergeholt werden können, weiß niemand zu sagen.<sup>3</sup> Wenn wir **für Hessen ein Erwerbspotenzial** von ca. 3 Millionen annehmen, dann würde seine quantitative Erhaltung mindestens 30. bis 40.000 zusätzliche Arbeitskräfte jährlich erfordern. Daher ist nur an eine qualitative Ergänzung auf dem Migrationswege denkbar.
3. Deutschland muss seine wirtschaftlichen und sozialpolitischen Kapazitäten erhalten. Man kann sie nicht proportional einer Bevölkerungsabnahme zurückführen. Eine alternde Bevölkerung wird ihre sozialen Kosten nicht senken können und eine Wirtschaft unter globalem Innovationszwang wird die Bildungsinvestitionen

<sup>3</sup> Eine Zuwanderung, welche die demographische Implosion und zusätzlich den Alterungsprozess zum Stillstand brächte, würde ein Ausmaß erreichen, das jenseits aller Vorstellungskraft liegt. In dem genannten Report der Vereinten Nationen ist diesbezüglich von 3,5 Millionen Menschen jährlich die Rede. Nachdem solche Menschenmassen nur aus kulturfernen Räumen Zentralasiens und Afrikas abgezogen werden könnten, ist diese Projektion lediglich ein Anschauungsunterricht über demographische Größen und Gewichte.

nicht entsprechend dem Jugendschwund einsparen können. In beiden Fällen ist eine entgegengesetzte Tendenz zu erwarten bzw. anzusteuern. Das deutsche Wirtschafts- und Sozialmodell ist von seiner inneren Kostenbelastung her schon zum Erfolg verdammt und wird zuerst die naheliegenden *Kompensationen und Potenziale* bemühen müssen wie Produktivitätssteigerung, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, mehr Frauenbeschäftigung, noch intensivere Jugendausbildung und lebenslanges Lernen. Sowie sich diese Maßnahmen erschöpfen, und das werden sie, wäre an Zuwanderung zu denken.

4. Denn aus der demographischen Abwärtsbewegung würde die deutsche Bevölkerung alleine nicht mehr herausfinden. Schon bevor sich Menschenmangel in Produktion und sozialen Diensten bemerkbar macht - und das ist ab dem Jahr 2010 sukzessive und branchenspezifisch zu erwarten - wird Einwanderung nötig sein. Je diffiziler der Arbeitsmarkt und technologisierter die Produktion, umso sorgfältiger muss sie erwogen werden.<sup>4</sup> Zuwanderung ist nur sozial- und kulturverträglich denkbar und kann daher nicht nach Maßgabe demographischer Lückenfüllung vor sich gehen. Zuwanderer können nur integrierbare und qualifizierte jüngere Menschen sein und werden sich auch hinsichtlich der Kinderzahlen dem Aufnahmeland anpassen. Als erwachsene "Quereinsteiger" werden sie nach gut 30 Jahren schon ins Rentenalter eintreten. Sie sind nicht die Patentlöser für marode Sozialsysteme, sind keine unbegrenzt abrufbare sozialpolitische Reservearmee. Nachdem aber auch für arbeitsmarktkonforme Einwanderung Kosten anfallen, drängt sich die Überlegung auf, wenigstens einen Teil dieses kommenden, unmittelbar bevorstehenden Menschenmangels über geburtenfördernde Familienpolitik zu beheben. Das würde zwar - gegenüber einem Menschenimport - eine Zeitverzögerung bedeuten, doch bieten im Lande Geborene am ehesten die Gewähr, in die Bildungs- und Ausbildungsgänge zu gelangen, die das Land dringend braucht. Das gilt unter Bodenrecht, das seinen Namen

---

<sup>4</sup> Das Verhältnis von Bevölkerung und Wirtschaft gehört zu den kompliziertesten Themen der Sozialwissenschaft. Das industrielle Zeitalter hat aber eine Faustregel geliefert: Fortschritt und steigende Produktivität machen Menschen nicht überflüssig; sie werden vielmehr in anderen Produktionssektoren und mit veränderten Qualifikationsgrad nötig. vgl. Schmid, Josef, Zuwanderung aus Eigennutz? Der demographische Aspekt des Einwanderungsbedarfs in den EU-Mitgliedsstaaten. In: Weidenfeld, Werner (Hg.) Das europäische Einwanderungskonzept. Strategien und Optionen für Europa. Gütersloh 1994, S. 89-124 sowie Grünheid, Evelyn und Höhn, Charlotte (Hg.), Demographische Alterung und Wirtschaftswachstum. Seminar des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung 1998 in Bingen. Opladen 1999.

schmid.doc - gedruckt: 12.09.2005

Josef Schmid, *Enquête-Kommission "Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik"*, Wiesbaden 07.09.05

---

22

verdient, auch für Geborene ausländischer Eltern. Denn hohe Integrationskosten für ausländische Familien dürften ohne gleichzeitige Förderung einheimischer Familien kaum zu legitimieren sein.

Direktor

UNIVERSITÄT LEIPZIG

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät  
INSTITUT FÜR EMPIRISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (IEW)  
Univ.-Prof. Dr. Ullrich Heilemann

Universität Leipzig, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät  
Marschnerstr. 31, 04109 Leipzig

AUSFÜHRUNGEN  
IM RAHMEN DER ANHÖRUNG DER ENQUETEKOMMISSION  
„DEMOGRAPHISCHER WANDEL – HERAUSFORDERUNGEN AN DIE  
LANDESPOLITIK“  
DES HESSISCHEN LANDTAGES ZUM THEMA „MIGRATION“  
AM 7. SEPTEMBER 2005 IN WIESBADEN – (STICHWORTE)

von *Ullrich Heilemann*

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Universität Leipzig  
Institut für Empirische  
Wirtschaftsforschung  
Marschnerstr. 31  
04109 Leipzig

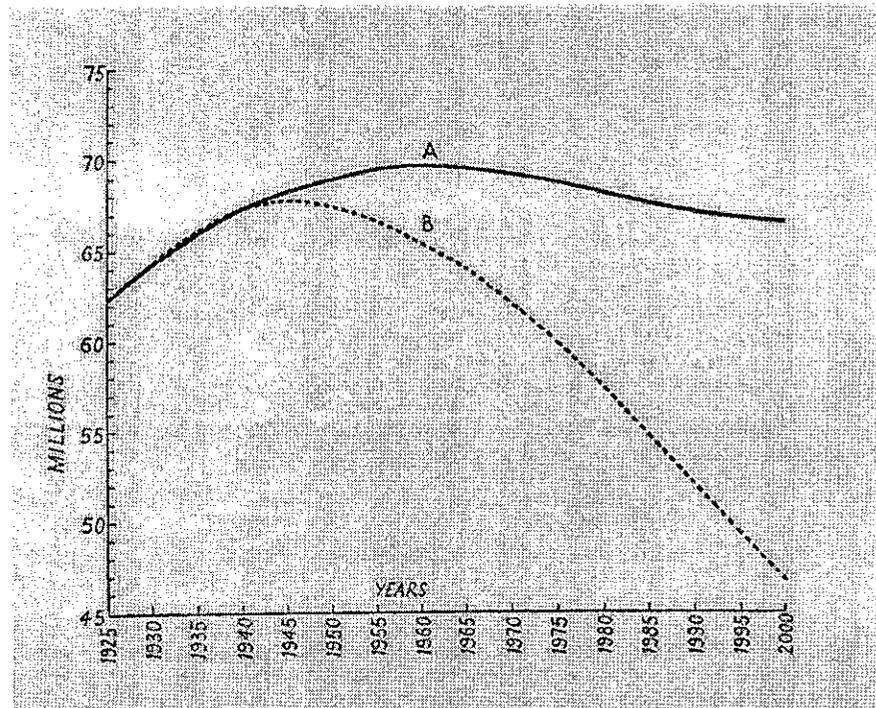
Telefon 0341 87-33 782  
Telefax 0341 87-33 789  
Sekret. 0341 97-33 530

heilemann@wifa.uni-  
leipzig.de  
www.uni-  
leipzig.de/wifa/emp

## Vorbemerkungen

1. Ohne Frage wichtiges Thema, auch und vor allem auf der Landes- und auf der Kommunalebene – in Deutschland insgesamt gegenwärtig allerdings gegensätzliche Interessenlagen!
2. Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht:
  - a. Nur sehr bescheidener Hypothesenvorrat, sowohl in quantitativer Hinsicht als auch was die Differenziertheit der Hypothesen („push“- and „pull“-Faktoren) angeht.
  - b. In der Regel Partialbetrachtungen – Arbeitsmarkt, Wirtschaftswachstum und -struktur, Demographie, Integration –, die die Einbettung in gesamtwirtschaftliche, institutionelle Regelungen usw. in den Zu- wie in den Abwanderungsländern außer Betracht lassen. – Reminiszenzen an die Peuplisierungspolitiken im Alten Rom und beim Alten Fritz (Heilemann 2004) ...
  - c. Darüber hinaus – ohne dass dies den Autoren oder den Adressaten immer bewusst ist – sehr merkantilistische Wert- und Zielvorstellungen – wie auch die Politik auf diesem Feld (was lange Tradition besitzt!).
  - d. Oft sehr kleinmütige, interventionsfreudige Perspektive: Das endogene Anpassungspotential der (deutschen) Volkswirtschaft an veränderte Gegebenheiten und Datensetzungen – Stichwort: Club of Rome Bericht in den 1970er Jahren und Ressourcenproblematik – wird in diesem Zusammenhang vollständig ignoriert wird.
3. Aus empirischer Perspektive kommt hinzu,
  - a. dass nicht nur begriffliche und datentechnische Schwierigkeiten die Analyse quantitative Aussagen erschweren,
  - b. sondern auch die vielfältigen Wandlungen gesamtwirtschaftlicher, wirtschaftsstruktureller, sozialpolitischer, rechtlicher Gegebenheiten in den Zu- und in den Abwanderungsländern.
  - c. Relevanzverlust früherer Erfahrungen (Stichwort EU-Süderweiterungen),
  - d. von den besonderen Verhältnissen in Deutschland – hohe Arbeitslosigkeit, unerwartete demographische Probleme der Neuen Bundesländer – ganz abgesehen.
  - e. Generell sollten die bescheidenen prognostischen Möglichkeiten auch der demographischen Prognose nicht übersehen werden, wie auch ein Blick auf die demographische Prognose in den 1920er Jahren zeigt (Schaubild 1).
  - f. Überspitzt: Aus dem „Raum ohne Volk“ in den 1920er Jahren wurde in den 1930er Jahren das „Volk ohne Raum“ und in den (1970er Jahren) bzw. neuerdings wieder ein „Raum ohne Volk“. Wobei die Probleme in den 1920er Jahren bereits europäische Probleme, mittlerweile von wenigen Ländern abgesehen, universale Probleme wurden (Heilemann, v. Loeffelholz, Sieveking 2003, S. 42ff.).

Schaubild 1: Bevölkerungsprognosen des Statistischen Reichsamts 1927 für Deutschland 1925 bis 2000



Quelle: David Glass, *The struggle for population*. Oxford (Clarendon Press 1936), S. 20. – Es bedeuten: A: Annahme gegenüber 1927 unveränderter jährlicher Geburtenraten; B: Annahme eines Rückgangs der potentiellen Fertilitätsrate bis 1955 um 25 vH, danach Konstanz.

- g. Kurz: Erfahrungsraum unterscheidet sich fundamental vom Erwartungs- /„Handlungsraum“
4. Schließlich sind die diskutierten Politiken in früheren Zeiten, in anderen Ländern (Heilemann, v. Loeffelholz (Hrsg.) 2003) usw. vielfach ungeeignete „Ratgeber“:
- a. Jeweils spezifische Bedingungen – Sprache, Klima, räumliche Nähe, Einkommensdifferenzen und -perspektiven, Sozialsystem usw.
  - b. da sich die Praxis je nach situativen Erfordernissen (USA/generell: Arbeitsmarkt) fundamental von der „formalen“ oder der „Papierform“ unterscheidet.
  - c. Hinzukommt, dass die deutsche Wahrnehmung der ausländischen Gesetzeslage oder der Praxis oft nicht mit den tatsächlichen Gegebenheiten übereinstimmt.
  - d. Weitgehend unbeachtet bleiben die auch mittel- bis langfristigen Rückgänge der Transportzeiten der einzelnen Verkehrsträger und deren Konsequenzen für die Wanderungsformen der Arbeitskräfte (vgl. dazu die Entwicklung der entsprechenden Iso-Distanzlinien in Deutschland und in Europa bei K. Spiekermann, M. Wegener, New time-space maps of Europe. Universität Dortmund - Institut für Raumplanung, Arbeitspapier 132, Dortmund 1994.).

Die weiteren Ausführungen orientieren sich an der Gliederung der Fragen der SPD-Fraktion, in die die der anderen Fraktionen eingeordnet wurden.

## I. Themenkomplex: Fakten und Grundzusammenhänge zu Migration und Demografischem Wandel

1. Zur Einführung in das Thema Zuwanderung: Welche Herausforderungen ergeben sich durch den demographischen Wandel und das Zusammenleben von Kulturen? [GRÜNE (1)]

a. Unmittelbar und einigermaßen sicher:

- 1) Altersstruktur
- 2) Erwerbsquoten
- 3) Relative Verringerung der Lebensarbeitszeit (auch bei Verschiebung des Zeitpunktes des Renteneintrittsalters)
- 4) Temporäre Entlastung der Sicherungssysteme (Altersstruktur, Kinder, Inanspruchnahme der Staatsleistungen) – Anpassungen erfolgen nicht unmittelbar (Umfang der jeweiligen Ethnie usw.)

b. Mittelbar und weit weniger sicher:

- 1) Belastung der sozialen Sicherungssysteme (im Fall der Arbeitslosigkeit usw.)
- 2) Kulturelle Unterschiedlichkeit als Bereicherung oder als Belastung?
- 3) Verlust an Dynamik – Erfahrungsgewinn der Gesellschaft? Risiko-averser?
- 4) Strukturänderungen der Arbeitskräftenachfrage
- 5) Strukturänderungen der Staatsnachfrage („Junge sind teure als Alte“?)
- 6) Technischer Fortschritt wird arbeitssparender? – Medizinischer Fortschritt wird kostenorientierter/kapitalintensiver? (Studie der Brookings-Institution von *Litan/Rivlin*)
- 7) Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen (*capital deepening*) zu Lasten der Bauinvestitionen (*Easterlin-Hypothese*)? – Verfall der Preise für Wohnimmobilien?

c. Reaktionen – offen!

- 1) Verlängerung der Wochen-, Jahresarbeitszeit – Rechnerisches Äquivalent für 200 000 (ausländische) Zuwanderer p.a.: 10 Min. pro Woche, 8 Stunden pro Jahr ... (Heilemann, v. Loeffelholz, Sieveking 2003, S. 42)
- 2) Verstärkte Anstrengungen zur Mobilisierung der Arbeitslosen und der Stillen Reserve
- 3) Steuerquote sinkt – stärkere „wealth-taxation“?
- 4) Bevölkerungspolitische Maßnahmen
- 5) Migrationserleichterungen

2. Zur aktuellen Gesetzeslage und ihren Wirkungen: Welche gesetzlichen Regelungen bestehen derzeit? Welche Erfahrungen werden hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Zuwanderung und Integration gemacht? Welche Zuständigkeiten existieren zwischen EU, Bund, Ländern, Kommunen? Welche In-

strumente existierenden auf EU, Bund, Länder-Ebene zur Integrationspolitik?  
[GRÜNE(2)]

- a. Gesetzliche Regelungen der Zuwanderungen nach dem Zuwanderungsgesetz 2005 – neue Grundlage!
  - [1) Zuwanderung
  - 2) Asyl
  - 3) EU
  - 4) Künftige
- b. Erfahrungen?
  - 1) Generell überwiegt der Eindruck, dass grundsätzlich hinreichend Möglichkeiten zur Gestaltung der Arbeitsmigration bestehen.
  - 2) Aber unüberschaubar, kein einheitliches Konzept. Mögliche Orientierungen:
    - a) Verfassungsrechtlich und gesetzlich geboten ...
    - b) politisch und humanitär gewünscht und erforderlich
    - c) ökonomisch begründet
- c. Instrumente der Zuwanderungspolitik]

3. Wie hoch ist der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in den nächsten Jahrzehnten in Hessen? Was ergibt sich daraus für den Bedarf an Arbeitsmigration aus dem Ausland? Inwieweit muss die Praxis der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen einem möglichen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften angepasst werden? [SPD (1)]

- a. Bund/generell
  - 1) „Bedarf“ gemessen an was? Was ist „Bedarf“?
  - 2) Was sind „qualifizierte Arbeitskräfte“
  - 3) Unsicherheit bezüglich der gesuchten Qualifikationsstrukturen? „Mehr Gartenarchitekten oder mehr Gärtner?“
- b. Hessen/Länderebene
  - 1) Zuwanderung aus anderen Bundesländern
    - a) 1991 bis 2002: ca. 95 000 p.a.(stark konjunkturell variierend)
  - 2) Zuwanderung aus Ostdeutschland  
Siehe unten Frage 11!
- c. Bedeutung der Rahmenbedingungen
  - 1) Zuwanderungsländer
  - 2) Abwanderungsländer

4. Zur Einführung zum Thema Migrationsforschung und Konzepte zur Strukturierung des Migrationswesens: Über welche Erkenntnisse verfügt die Migrationsforschung in Deutschland und welche Konsequenzen werden daraus gezogen und der Politik empfohlen? [GRÜNE (4)]

Kein Kommentar

[Aus ökonomischer bzw. handlungsorientierter Perspektive eher erklärend als prognostisch verwertbare Erkenntnisse?]

5. Zur Frage Fachkräftebedarfsentwicklung und Fachkräfteabwanderung: Wie wird sich Angebot und Nachfrage für Fachkräfte in den nächsten Jahren entwickeln (nach Branchen)? Wie können unzureichende Angebote ausgeglichen werden (Zuwanderung, Erhöhung der Frauenerwerbsquote, Bildung, etc)? Mit welcher Motivation wird aus Deutschland ausgewandert? Um welche Berufsgruppen, Bevölkerungsgruppen handelt es sich? In welche Regionen, Länder wird aus welchen Gründen ausgewandert? [GRÜNE(6)]

a. Langfristige Prognose der Fachkräftebedarfsentwicklung kann nur äußerst allgemein sein! Durchschnittlicher absoluter Fehler der Prognose der Zahl der Erwerbstätigen für das folgende Jahr betrug im Zeitraum 1994 – 2000 auf ca. 720 000 bis 780 000! (Für Hessen wäre rein rechnerisch der Fehler ca. 50 000, angesichts des beträchtlichen aggregativ bedingten Fehlerausgleichs vermutlich aber sehr viel höher!

Wiederum: Problematik des Begriffes „Bedarf“.

In der Regel wird bezüglich der langfristigen Entwicklung (> 7 Jahre) der Beschäftigung mit Setzungen gearbeitet (s. auch Rürup-Kommission, die für die Beschäftigungspolitik allerdings keine Konsequenzen ihrer Reformen sah)!

b. Sektorale Entwicklung lässt sich gerade angesichts neuer Situation in Deutschland und in der Welt nur schwer prognostizieren:

- 1) Nachfrageseitig: z.B. wegen Überalterung, gedrosselter Einkommensentwicklung, neuen Anforderungen bzw. Reduzierung der Alterssicherung, neuer internationaler Arbeitsteilung usw.;
- 2) Angebotsseitig wegen veränderter beruflicher Anforderungen, sektoraler Marktchancen, Familienstrukturen usw. und
- 3) technik-/technischer Fortschritt-bedingt – siehe oben 2).

Die Treffsicherheit entsprechender Prognosen in der Vergangenheit war ebenfalls nicht hoch: siehe Prognosen, Internet ... als (dauerhafte) Wachstumsträger bzw. als Wachstumsträger überhaupt ...

Hinzu kommen die Einflüsse, die von Entwicklungen im Ausland ausgehen – neue internationale Arbeitsteilung für Industrie, Banken/Versicherungen

c. Aktuelle Evidenz für diese Schwierigkeiten: Zuwanderungsprognosen im Vereinigten Königreich (NZZ, Internationale Ausgabe vom 25. August 2005, Nr. 197, S. 13)

- 1) Innerhalb eines Jahres haben sich seit der EU-Erweiterung 230 000 Osteuropäer (brutto!) dort niedergelassen – 5 000 bis 13 000 p.a. Migranten waren erwartet worden – Sozialmigranten? Die wurden in Deutschland erwartet .....
- 2) Legalisierung bereits vorhandener Migranten von 70 000?
- 3) Vorwiegend in wenig qualifizierten Tätigkeiten – Aufstieg der Zuwanderer: fleißig, „hungrig“/aufstiegsorientiert ...

6. Wie wird die Migration insgesamt den Demographischen Wandel in Hessen beeinflussen? [FDP (1)]
- a) Vermutlich nur temporär, d. h. 1 Generation, in Abhängigkeit von den entsprechenden Kulturen der Herkunftsländer
  - b) Langfristig Anpassung an die Normen der Zielländer – in Abhängigkeit der Kultur der Herkunftsländer, wobei diese Normen sich durchaus auch (wieder) ändern können ...
  - c) Größenordnungen ... - Berechnungen des Statistischen Landesamtes Hessen?
7. Welche Formen der Migration (Aussiedler, Familiennachzug, Asylsuchende, Arbeitsmigration, etc.) gibt es und welche zahlenmäßige Bedeutung weisen diese für das Bundesland Hessen im Zeitablauf auf? [SPD(2)]
- a. Vgl. Tabelle 1, Wanderungsströme nach und aus Deutschland 1990 bis 1998, sowie Schaubild 2, Struktur des Wanderungssaldos der Migration nach bzw. aus Deutschland,

Tabelle 1:

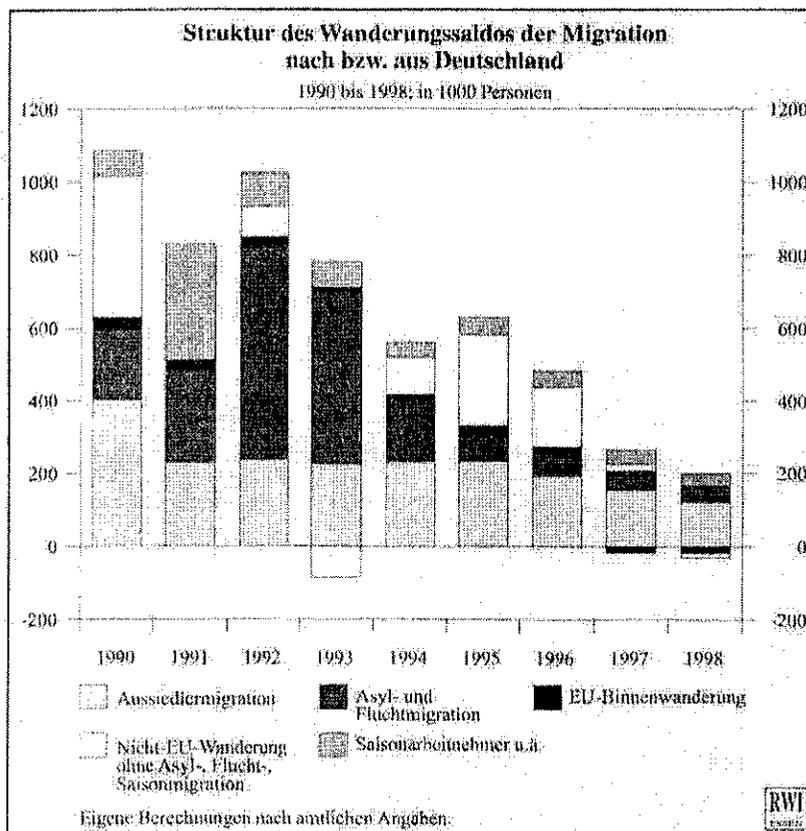
Wanderungsströme nach und aus Deutschland 1990 bis 1998 in 1.000 Personen												
Jahr	Zufluss						Abfluss					
	von Aus- ländern	von Aus- ländern und Eingeb. Türken	aus EE- Staaten	aus Nicht-EE- Staaten (ohne Asyl- bewerber, Ermittlung Arbeits- migranten)	von Aus- ländern und Eingeb. Türken	insgesamt	zu Aus- ländern	von Aus- ländern und Eingeb. Türken	zu EE- Staaten	zu Nicht-EE- Staaten (ohne Asyl- bewerber, Ermittlung Arbeits- migranten)	zu Aus- ländern und Eingeb. Türken	insgesamt
1990	303	193	104	797	190	1.658	0		130	313	-50	324
1991	228	280	173	625	138	1.416	0		145	306	128	561
1992	136	358	167	427	307	1.708	0		133	315	219	700
1993	222	471	163	380	261	1.492	0		150	465	181	796
1994	232	172	185	534	124	1.201	0		171	423	137	730
1995	271	157	204	540	271	1.479	0	55	177	201	175	698
1996	192	116	210	390	213	1.161	0	32	191	133	198	577
1997	151	188	180	338	244	993	0	52	181	280	216	746
1998	121	100	167	264	211	673	0	55	156	306	208	564
insgesamt	2.428	2.133	1.619	4.305	2.216	11.992	0	220	1.900	3.080	1.425	6.265
1990-1998	-10	38	13	36	10	700	0	7	23	49	24	106

Eigene Zusammenstellung nach amtlichen Angaben

RWI  
AACHEN

Quelle: Heilemann, v. Loeffelholz, Sieveking 2003, S. 32

Schaubild 2:



Quelle: Heilemann, v. Loeffelholz, Sieveking 2003, S. 33

8. Welche Qualifikationen bringen die Migranten/Migrantinnen mit und inwieweit konnten sie diese nutzen? Wie hat sich soziale Situation (Ausbildungsstand, Beschäftigung, Altersstruktur, Wohnsituation, etc.) und der ökonomische Status der Migranten in der 2. und 3. Generation entwickelt und wie differenziert sich das nach Männern und Frauen? Welche Ursachen führen zu der schwierigen Situation der Migranten auf dem Arbeitsmarkt? [SPD(3)]

Zur Qualifikation:

a. Vgl. Tabelle 2.

Tabelle 2:

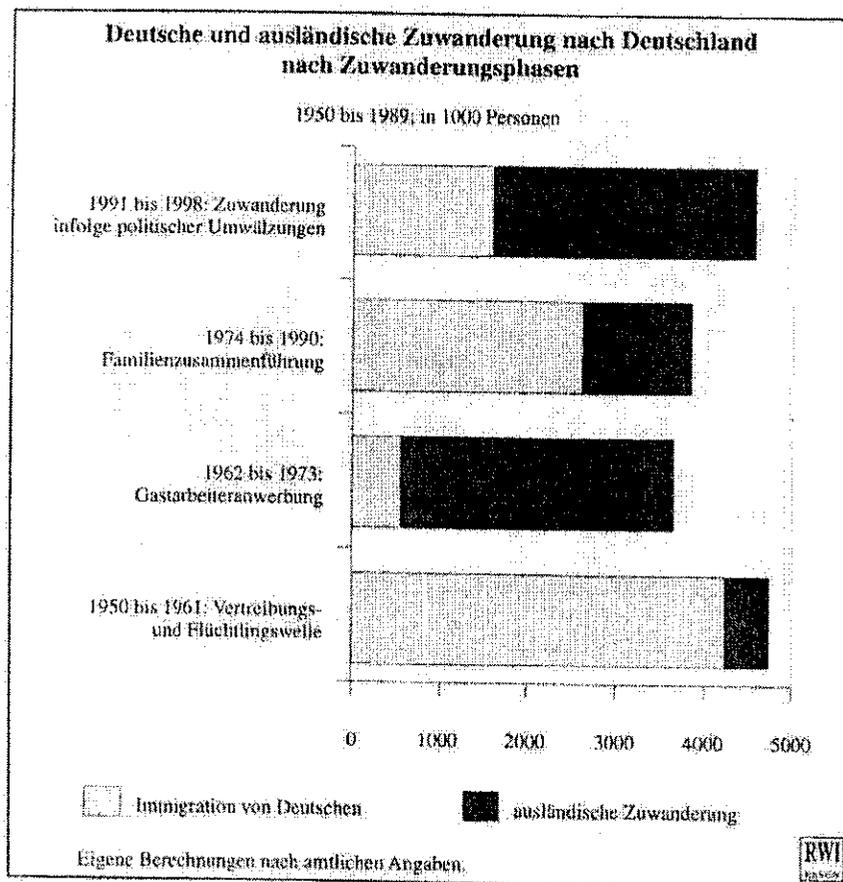
Quelle: Heilemann, v. Loeffelholz, Sieveking 2003, S. 51.

Deutsche und ausländische Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Sektoren								
1984 bis 1997, Anteil in %								
	Ausländer				Deutsche			
	1984	1989	1993	1997	1984	1989	1993	1997
insgesamt								
Stellung im Beruf								
Ungelernte Arbeiter	22	17	14	11	5	5	5	4
Angelernte Arbeiter	35	30	26	22	12	11	10	10
Facharbeiter und Meister	18	22	28	20	17	17	19	20
Angestellte	14	20	24	24	42	46	49	50
Selbständige	7	5	3	6	14	12	9	10
Beamte	2	1	1	1	10	10	8	6
Sektor								
Industrie	56	48	49	45	34	35	31	30
Baugewerbe	13	10	10	8	9	7	7	7
Distributiver Sektor	9	7	10	11	18	17	17	14
Sonstiger Tertiärer Sektor	23	25	31	36	39	42	45	49
im Alter von 18 bis 25 Jahren								
Stellung im Beruf								
Ungelernte Arbeiter	31	22	13	13	9	6	5	7
Angelernte Arbeiter	27	38	24	24	11	10	11	8
Facharbeiter und Meister	33	24	26	22	24	28	34	24
Angestellte	10	16	38	44	45	40	38	53
Selbständige	2	1	1	1	3	4	1	2
Beamte	1	0	0	0	8	6	6	6
Sektor								
Industrie	52	68	41	7	34	36	30	7
Baugewerbe	9	6	7	7	10	10	12	7
Distributiver Sektor	19	11	15	7	20	17	18	7
Sonstiger Tertiärer Sektor	20	20	37	7	36	38	40	7

Eigene Berechnungen nach Ergebnissen des Soziökonomischen Panels (SOEP) und amtliche Angaben. - Bis 1993 Westdeutschland.

- b. Vieles spricht dafür, dass sich die Qualifikation in den unterschiedlichen Zuwanderungswellen (s. Schaubild 3) sehr unterschiedlich entwickelte 2 bzw. S. 33.

Schaubild 3:



Quelle: Heilemann, v. Loeffelholz, Sieveking 2003, S. 31

- c. Ausbildungsstand und Qualifikation der Zuwanderer der 2. und 3. Generation bleiben offenbar generell hinter den aktuellen Anforderungen des Arbeitsmarktes zurück und bedürfen erheblicher Anstrengungen im schulischen Bereich, um diese Defizite zu kompensieren.

9. Welche besonderen Probleme bestehen bei Migranten (Sprache, Gesundheit, Einsatz erworbener Qualifikationen differenziert nach Geschlechtern)? Lassen sich auch Unterschiede in den Problemfeldern nach der Dauer des Aufenthalts feststellen? [SPD (4)]

- a. Große Unterschiede je nach Herkunftsland
- b. Problemgruppen bei Spätaussiedlern

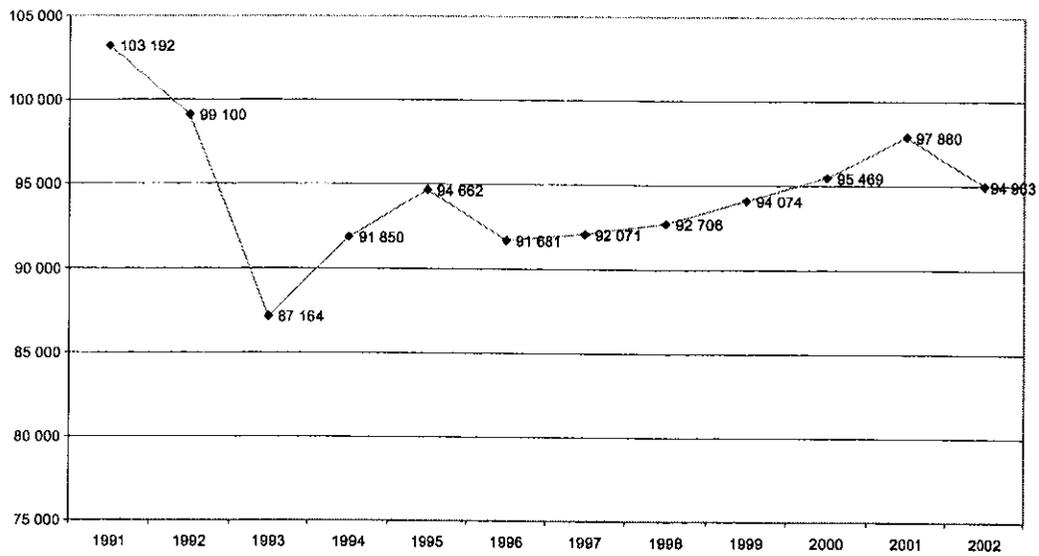
10. Wie ist es um die Sprachkenntnisse von Zuwanderern aus dem Ausland bestellt? Welche Möglichkeiten bestehen, hier Verbesserungen zu erreichen? [CDU (5)]

Kein Kommentar

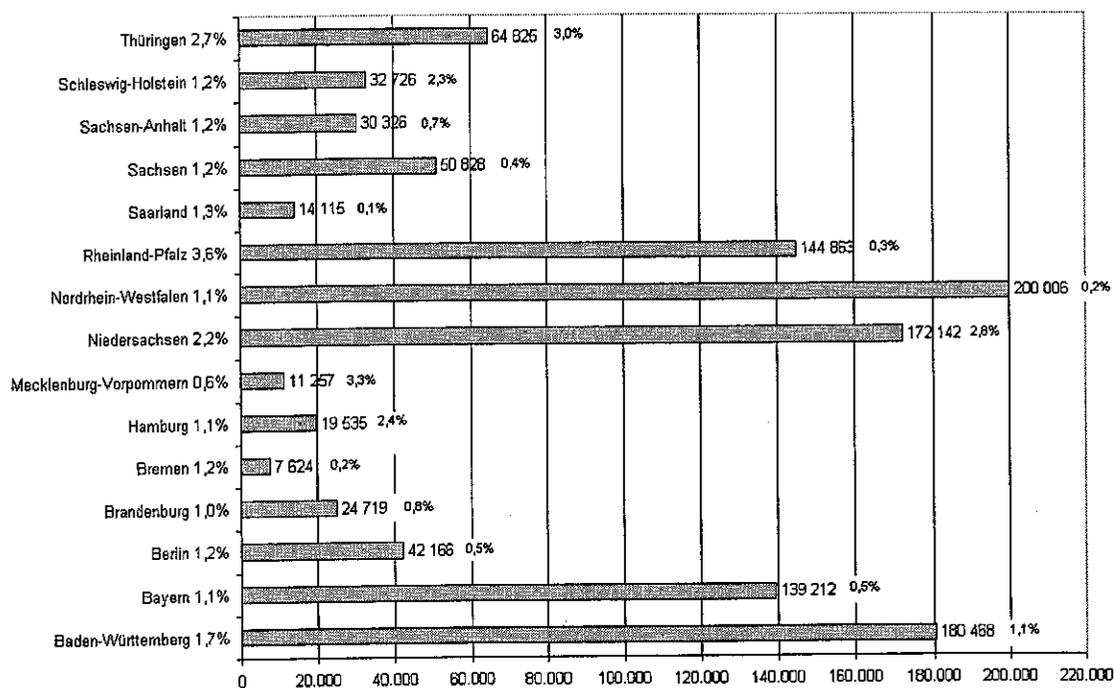
11. Aus welchen Regionen Deutschlands und Ursprungsländer stammen die Zugewanderten in Hessen? Welche Motive liegen der Binnenwanderung zu Grunde? Wie sind die Migranten/Migrantinnen (nach Nationalitäten differenziert) aus dem Ausland über die Regionen Hessens verteilt? [SPD (5)]

- a. Vgl. Schaubild 4 und 5

Schaubild 4: Zuzüge nach Hessen aus dem Bundesgebiet insgesamt 1991 bis 2002



Nach Angaben des Statistischen Landesamtes Hessen

Schaubild 5: Zuzüge nach Hessen aus anderen Bundesländern 1991 bis 2002<sup>1)</sup>

Eigene Berechnung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Hessen. 1) Prozentangaben an der Achsenbeschriftung beziehen sich auf die Einwohner des jeweiligen Bundeslandes, Stand 31.12.2002. Prozentangaben im Diagramm beziehen sich auf die Einwohner im Bundesland Hessen mit Stand 31.12.2002.

b. Nationalitäten: Vgl. Schaubild 6 und 7

Schaubild 6: Zuwanderung in Hessen 1991 bis 2002

Eigene Berechnung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Hessen

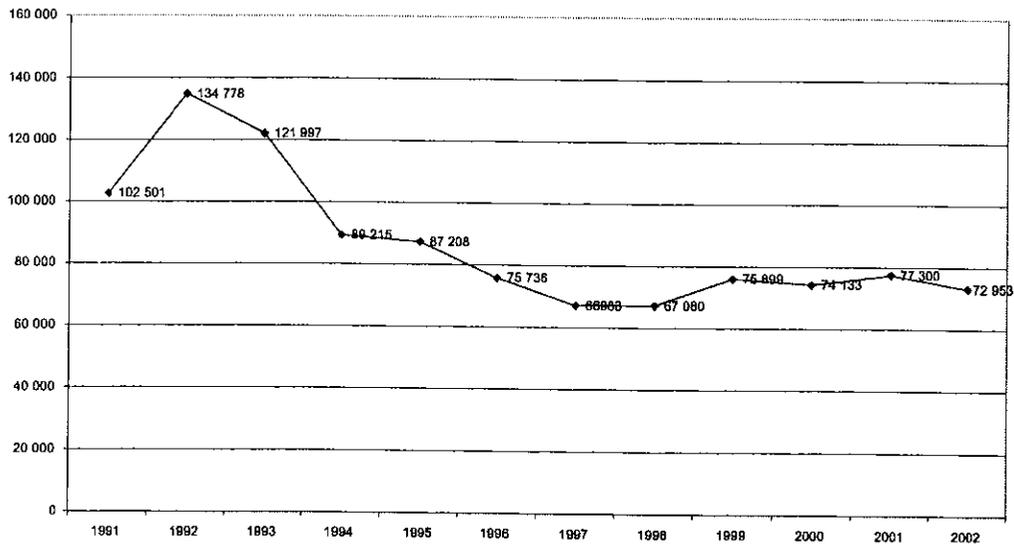
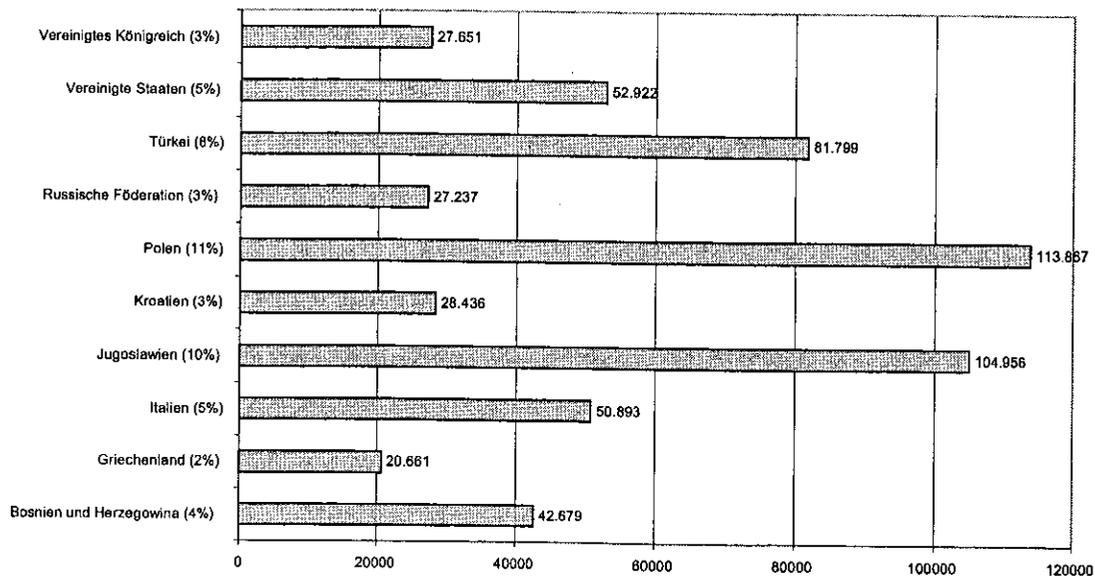


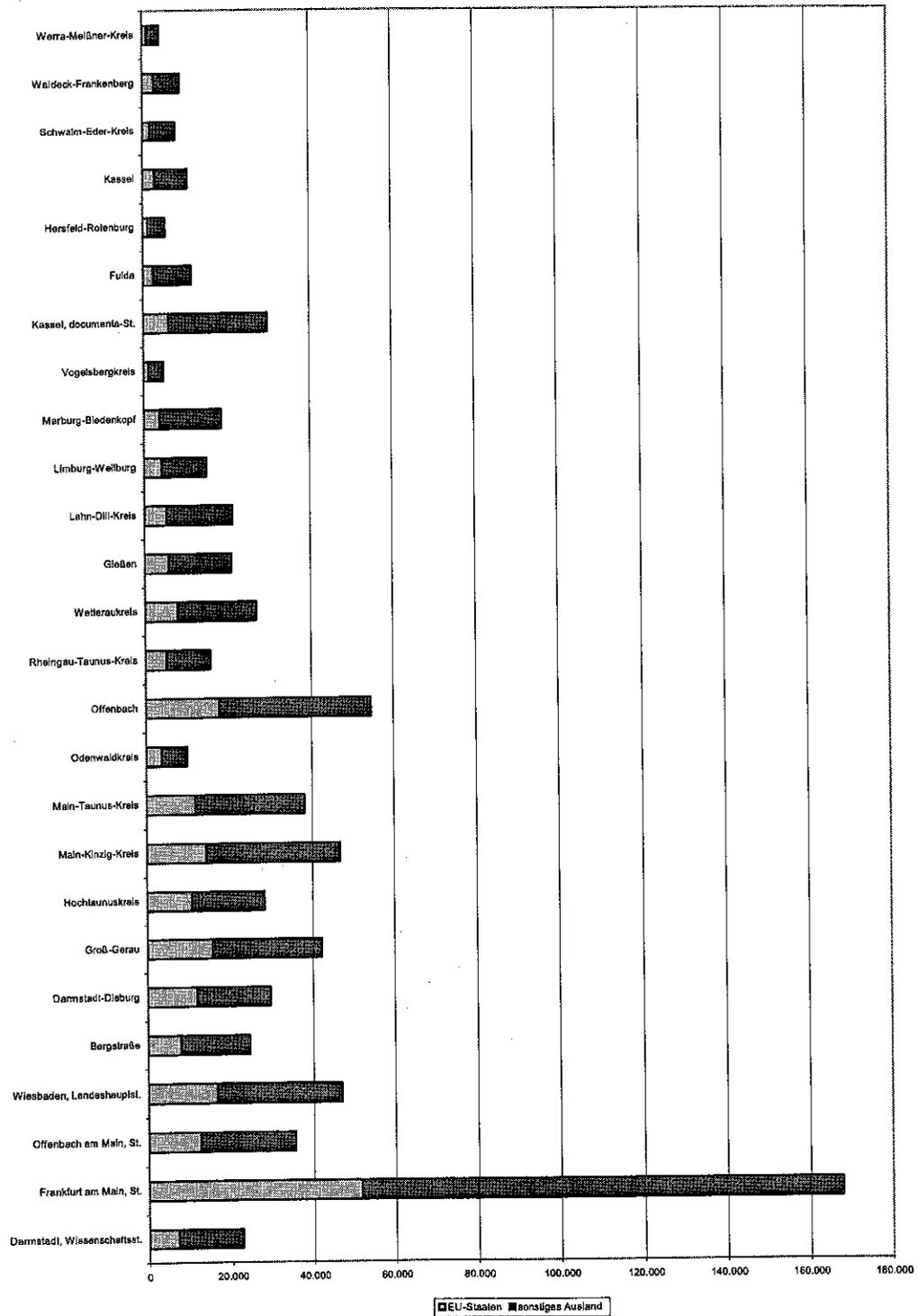
Schaubild 7: Zuwanderung nach Hessen: ausgewählte Nationalitäten 1991 bis 2002<sup>1)</sup>



Eigene Berechnung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Hessen. 1) Prozentangaben bezogen auf alle ausländischen Zuwanderer von 1991 bis 2002

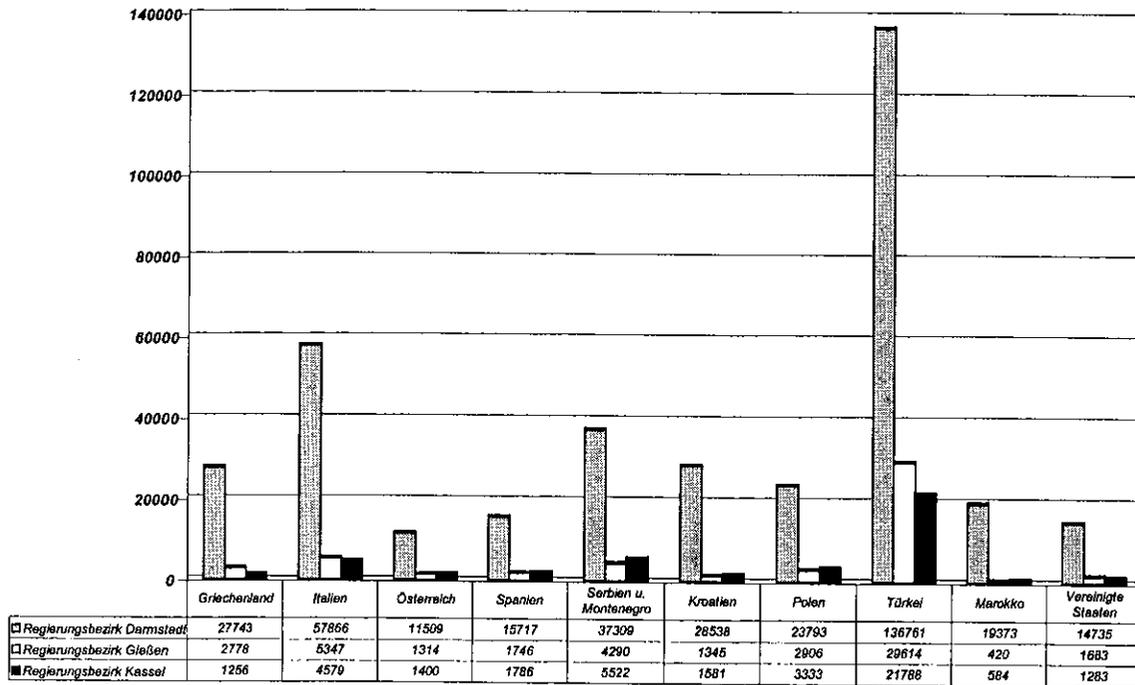
## c. Verteilung der Migranten in Hessen

Schaubild 8: Ausländer insgesamt in Hessen differenziert nach Kreisen,  
Stand 31.12.2004



Eigene Berechnung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Hessen

Schaubild 9: Ausländer in Hessen nach Regierungsbezirken: ausgewählte Nationalitäten, Stand 31.12.2004

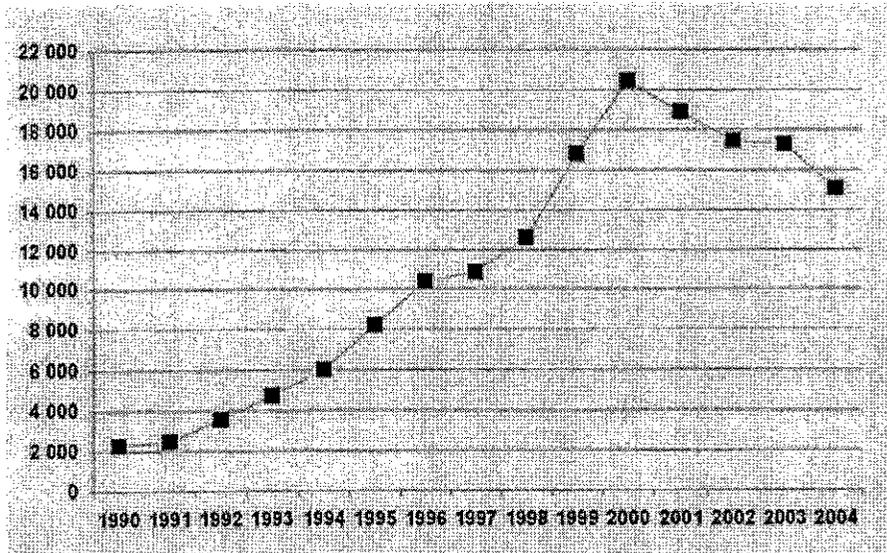


Eigene Berechnung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Hessen

## 12. Wie hat sich die Zahl der Einbürgerungen in Hessen entwickelt? [SPD (6)]

a. Vgl. Schaubild 10 und Tabelle 4

Schaubild 10: Einbürgerungen in Hessen 1990 bis 2004



Quelle: Statistisches Landesamt Hessen

Tabelle 4: Einbürgerungen in Hessen nach Kontinenten 2000 bis 2004

	2000	2001	2002	2003	2004	Insgesamt
Europa	11 078	10 098	9 415	8 892	8 183	47 666
Afrika	2 582	2 474	1 854	2 486	2 114	11 510
Asien	6 435	6 029	5 776	5 404	4 315	27 959
Amerika	184	210	269	308	275	1 246
Australien und Ozeanien	3	3			2	8
staatenlos, ungeklärt	159	110	107	156	138	670
Insgesamt	20 441	18 924	17 421	17 246	15 027	89 059

Eigene Berechnung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Hessen

13. Welche Vorteile (Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme) und welche Probleme (soziale Sicherungssysteme, Integrationskosten) sind aus ökonomischer Sicht mit der grenzüberschreitenden Migration verbunden? Welcher Nettoeffekt ist für die deutsche Volkswirtschaft durch die grenzüberschreitende Migration bislang eingetreten bzw. zukünftig zu erwarten? [CDU (6)]

- a. Die Wirkungen lassen sich für einzelne Zeiträume quantitative durch Simulationsrechnungen bestimmen. Generell zeigt sich dass die (positiven) Wirkungen auf Wirtschaftswachstum, Beschäftigung (!), Inflation und Haushaltsdefizit des Staates wesentlich von der raschen und dauerhaften Integration in den Arbeitsmarkt bestimmt werden. Damit steht auch fest, dass die Wirkungen in vielfacher Hinsicht – konjunkturelle Situation, Charakteristika der Zuwanderer, „kostenloser“ Import von Humankapital bzw. entsprechende Verluste in den Abwanderungsländern, wirtschaftsstrukturelle der Zuwanderer (Green card für EDV-Fachkräfte) – zu konditionieren sind.
- b. Für die Zuwanderung im Zeitraum 1988 bis 1991 (Barabas, Gieseck, Heilemann, von Loeffelholz 1992): 3,6 Mill. Zuwanderer führten zu 1,7 Mill. Zusätzlichen Erwerbstätigen, von denen 1991 ca. 1,1 Mill. (4 vH der Erwerbstätigen) einen regulären Arbeitsplatz gefunden hatten. Sie deckten einen Bedarf, für die offenbar einheimische Arbeitskräfte nicht (mehr) zur Verfügung standen, wie sich aus der raschen Eingliederung in den Arbeitsmarkt schließen lässt. Verdrängungseffekte traten offenbar nicht auf, wie sich aus dem Rückgang der Arbeitslosenzahlen bzw. ihrer Zahl je gemeldeter Offener Stellen schließen lässt. Letztendlich führte diese Zuwanderung dazu, dass das BIP um 0,2 vH höher als sonst ausfiel und 85 000 Personen zusätzlich einen Arbeitsplatz fanden. Allein im Jahre 1991 führte diese zu einer Reduzierung des Haushaltsdefizits um 13 Mrd. DM.
- c. Für die im Frühjahr 2000 diskutierte Effekte der „Green card-Initiative“ ergaben sich 70 000 zusätzliche Erwerbstätige und ein Fiskalüberschuss von 5 Mrd. DM, bei 20 000 zusätzlichen hochqualifizierten (Einkommen > 100 000 DM)
- d. Bei der Beurteilung dieser Ergebnisse ist jedoch zweierlei zu beachten:
  - 1) Formal: die Simulationsrechnungen vergleichen einen irgendwie – hier durch Zuwanderung – veränderten Zustand der Wirtschaft mit der „status quo“-Situation („Basislösung“). Die Möglichkeit alternativer Reaktion der Volkswirtschaft z. B. auf die durch die Zuwanderung mindestens partielle behobene Knappheitssituation etwa bei bestimmten Facharbeitern (z. B. durch Ausdehnung der Wochenarbeitszeit), bleibt also unberücksichtigt.
  - 2) Inhaltlich: Die Zuwanderung kann – und dies ist in der Vergangenheit regelmäßig der Fall gewesen – durch den Ausgleich von Arbeitskräfteknappheiten in vom Strukturwandel negativ betroffenen Sektoren (z.B. Gießereien) den langfristigen Strukturwandel behindern oder verlangsamen. – In diesem Zusammenhang ist auch die Überindustrialisierung der Bundesrepublik in den 1960er zu verweisen, die durch die Zuwanderung (und zu späte und zu zögerliche Aufwertung) verstärkt bzw. konserviert worden.

Die zuletzt genannten Überlegungen sind freilich in den letzten Jahren unter dem Eindruck der hohen Arbeitslosigkeit zunehmend in Vergessenheit geraten.
- e. Eine Abschätzung der Nettowirkungen der Zuwanderung ist so gesehen außerordentlich sehr schwierig und von zahlreichen Wertungen abhängig. Es sollte

allerdings nicht übersehen werden, dass – neben der traditionell hohen Wertschätzung möglichst liberaler Zuwanderungspraktiken der Zuwanderung („Sozialtransfer“-Migration!) – die Personen-Freizügigkeit in der EU für die europäischen Länder gegenwärtig und erst Recht in absehbarer Zeit, derlei Betrachtungen von sehr eingeschränkter Politikrelevanz sein dürften.

**14. Welche gesellschaftlichen und kulturellen Herausforderungen sind für Aufnahmeland Deutschland/Hessen mit der grenzüberschreitenden Migration verbunden? [CDU (7)]**

Kein Kommentar.

**15. Zur Frage Zuwanderung und Wohlstandsentwicklung: Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse belegen den Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Wohlstandsentwicklung in europäischen Ländern, in Deutschland, in Hessen? ([GRÜNE (5)]**

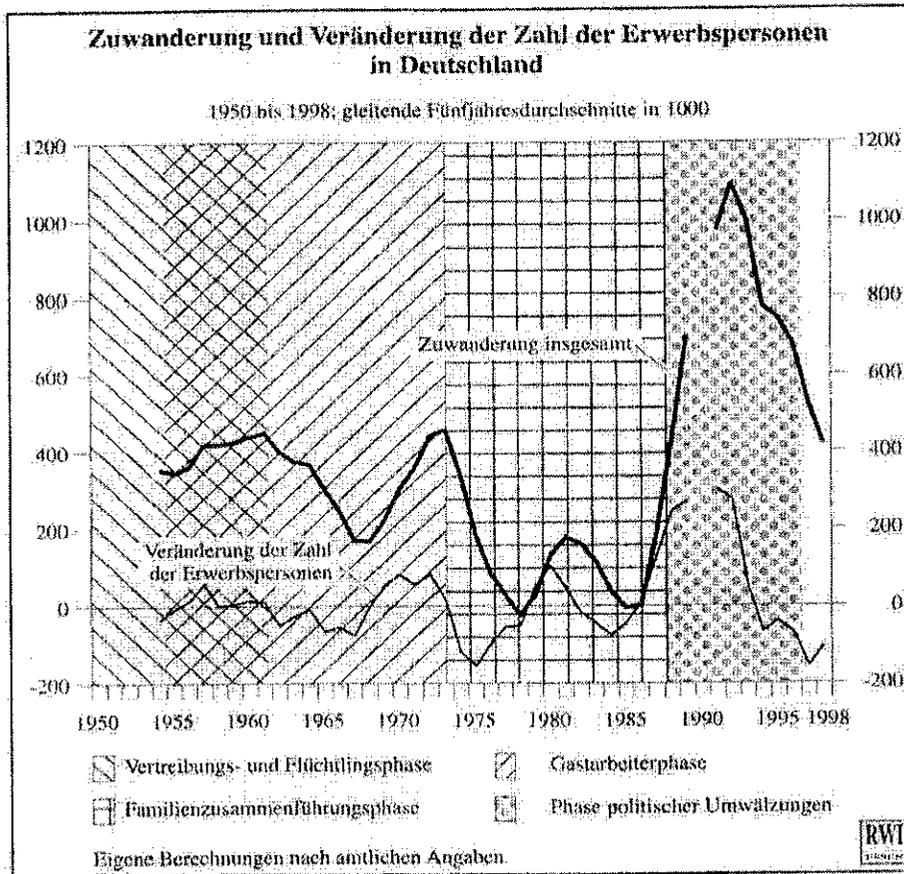
- a. Für Deutschland vgl. dazu oben Antwort zu Frage 13! Im Grunde hängen alle wohlstands-/fahrtssteigernden Wirkungen in erster Linie von der erfolgreichen Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt ab. Aussagen über die mittel- und langfristigen „demographischen“ Effekte der Zuwanderer sind mit sehr viel größeren Unsicherheiten behaftet!
- b. Internationale Untersuchungen z. B. für die Niederlage, die Vereinigten Staaten oder für Kanada kommen zu ähnlichen Ergebnissen, was angesichts ähnlicher ökonomischer Bedingungen und sozialpolitischer Sicherungsniveaus und –regelungen nicht überrascht!
- c. Hervorzuheben ist, dass keine der Untersuchungen signifikante Wirkungen auf die Lohnentwicklung der heimischen Anbieter insgesamt feststellte.

Inwiefern auch für sehr kleine Segmente hochspezialisierter Fachkräfte (z. B: EDV-Sektor) gilt, ist freilich noch offen. Bei der Bewertung wäre insbesondere neben den aktuellen (positiven) u.U. negative langfristige Effekte mit Blick auf die Attraktivität entsprechender Tätigkeit und damit die negative Reaktion des heimischen Angebots ins Bild zu nehmen.

**16. Welche Auswirkungen hat die Migration auf die einzelnen Sozial- und Transfersysteme? Sind die Auswirkungen eindeutig oder umstritten? [SPD (7)]**

- a. Vgl. dazu die Antworten zu Frage 13.
- b. Strittig scheinen die Antworten nur mit Blick auf die Antwort auf die Frage, ob es einen „Sozialtourismus“ von relevantem Ausmaß gibt.
  - 1) Die bisherige Entwicklung z. B. mit Blick auf die EU-Osterweiterung scheint bislang entsprechende Befürchtungen nicht zu bestätigen.
  - 2) In ähnliche Richtung deutet der erhebliche Einfluss, denn die jeweils aktuelle Arbeitsmarktlage auf die Zuwanderung hat, wobei freilich auch die Situation in den Herkunftsländern („push“ und „pull“-Faktoren) ins Bild zu nehmen wäre (z. B. die politische Lage im Fall des ehemaligen Jugoslawiens. (Schaubild 11)).

Schaubild 11:



Quelle: Heilemann, v Loeffelholz, Sieveking 2003, S. 30

Die Korrelation zwischen BIP und Zuwanderung gestaltete sich unterschiedlich, nicht zuletzt auch in diesem Fall angesichts unterschiedlicher gesetzlicher Rahmenbedingungen:

	Veränderungsraten	
	Reales BIP	Abh. Erwerbst.
1950/59 :	0,2	0,9
1960/69	0,6	0,6
1970/79	0,3	0,3
1980/89	0,7	0,2
1990/99	0,7	0,5
1990/03	0,3	0,6 <sup>1)</sup>

Eigene Berechnungen nach Angaben der Amtlichen Statistik. – 1) 1992/04.

#### 17. Weitere Diskussionspunkte:

Soziale Integration und Probleme ethnischer Schichtung (GRÜNE)

Zukunftschancen von Städten und Ballungsräumen durch kulturelle Komplexität [GRÜNE (7)]

## II. Themenkomplex: Handlungsansätze

### 1. Welche Steuerungsmöglichkeiten bestehen für Deutschland und für das Land Hessen im Hinblick auf die Zahl und die Qualifikation der Migranten? [CDU (1)]

- a. Freizügigkeit innerhalb der EU unter Berücksichtigung der EU-Osterweiterung!
- b. Vgl. zu den rechtlichen Regelungen bis ca. 2002 im einzelnen Heilemann, v. Loeffelholz, Sieveking 2003, S. 68ff.
- c. Potenziell bzw. Regelungen eines künftigen Zuwanderungsgesetzes: Selektion bzw. Beachtung der Kriterien:
  - 1) Alter
  - 2) Schul- und Berufsausbildung
  - 3) Sprach- und EDV-Kenntnisse
  - 4) Sektorale, berufliche und regionale Mobilität
- d. Im Zusammenhang mit eventueller Neuregelungen sollte die offenbar zunehmende Auswanderung – auch von hochqualifizierten Fachkräften – und sich daraus ergebende Reziprozitätserfordernisse nicht aus dem Auge verloren werden!

**2. Welche Faktoren sind für potenzielle Zuwanderer (sowohl grenzüberschreitend als auch innerdeutsch) mit hoher Qualifikation von besonderer Bedeutung und wie lassen sich diese Faktoren ggf. politisch (mit-)gestalten? [CDU 2]]**

- a. Diskussion um die „Green card für Spezialisten der Informationstechnologie“:
- 1) längerfristige Aufenthaltsmöglichkeiten
  - 2) Schulische und berufliche Ausbildung der Kinder
  - 3) Transportabilität der sozialversicherungsrechtlichen Ansprüche

**3. Wie lässt es sich verhindern, dass besonders qualifizierte Menschen aus Deutschland/Hessen abwandern? [CDU (4)]**

- a. Für Ökonomen kaum eine legitime Fragestellung (s. eingangs: Merkantilismus!) – Generell gilt, dass Wanderungen primär durch Arbeitslosigkeit und weniger durch Einkommensdifferenziale ausgelöst werden.
- b. Attraktive Arbeitsmöglichkeiten, „Realeinkommen“, Sicherheit, Ausbildungssystem, Alterssicherung, (Luft-)Verkehrsinfrastruktur Mobilitätsmöglichkeiten
- c. Dauerhafte/temporäre Abwanderung

## Eigene Arbeiten

G. Barabas, A. Gieseck, U. Heilemann, H. D. von Loeffelholz, Gesamtwirtschaftliche Effekte der Zuwanderung 1988 bis 1991. „Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung“, Jg.43 (1992), S. 133-154.

A. Gieseck, U. Heilemann, H. D. v. Loeffelholz, Implikationen der Zuwanderung aus Ost- und Südosteuropa für die öffentlichen Finanzen und das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik. „Sozialer Fortschritt“, 41. Jg. (1992), S. 271-274.

U. Heilemann, H.D. von Loeffelholz, Ökonomische Auswirkungen der Zuwanderungen in der Bundesrepublik Deutschland. „Staatswissenschaft und Staatspraxis“, Baden-Baden (Nomos), 9. Jg. (1998), S. 103-120.

U. Heilemann, H.D. von Loeffelholz, Ökonomische Auswirkungen der Zuwanderungen in der Bundesrepublik Deutschland. „Staatswissenschaft und Staatspraxis“, Baden-Baden (Nomos), 9. Jg. (1998), S. 103-120.

U. Heilemann, H. D. von Loeffelholz, Green card - Beträchtliche Rendite. „Wirtschaftswache“, Nr. 22 v. 25.5.2000, S. 22

U. Heilemann, H.D. von Loeffelholz, K. Sieveking, Möglichkeiten und Grenzen einer Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung. „Wirtschaftsdienst“, Jg. 81 (2001), Heft 7, S. 380-388.

U. Heilemann, H.D. von Loeffelholz, K. Sieveking, Arbeitsmarktgesteuerte Zuwanderung – Szenarien der Zuwanderung sowie rechtliche und institutionelle Aspekte ihrer Steuerung. (Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Heft 68.) Berlin (Duncker & Humblot) 2002, 109 S.

U. Heilemann, H.D. von Loeffelholz (Hrsg.), Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung – Neuere deutsche Ansätze und internationale Erfahrungen. RWI-Untersuchungen. Essen (RWI) 2003, 120 S.

U. Heilemann, EU-Osterweiterung: Brauchen wir Zuwanderung? Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung im Studium Generale der Ruhruniversität Bochum am 14. Januar 2004. Unveröffentlicht.

Prof. Dr. Detlev Ipsen  
 Fachbereich Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung der Universität Kassel,  
 Fachgebiet Stadt- und Regionalsoziologie

### **Migration als Ressource der Stadtentwicklung. Räumliche Bedingungen für einen produktiven Umgangs mit Zuwanderung.**

*Angesichts der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten - abnehmende Bevölkerung und überproportionale Alterung - ist in Deutschland die Entwicklung einer aktiven Einwanderungspolitik ein denkbarer Lösungsansatz, um damit verbundene Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu bewältigen. Während die Diskussion über die Migrationspolitik auf nationaler und europäischer Ebene explizit auf den Beitrag der Migration zur ökonomischen und sozialen Entwicklung zielt, findet sich eine entsprechende Diskussion und Planung auf der Ebene der Städte erst in Form einzelner Ansätze.*

*Mit der verstärkten Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern wird sich die kulturelle Komplexität auch in Deutschland deutlich erhöhen. Dies erfordert die Herausarbeitung der Bedingungen des Stadtraums, die in der Politik und Planung der Städte geeignet sind, diese Komplexität nicht einseitig als Belastung zu begreifen, sondern als Ressource für die Entwicklung der Stadt zu nutzen.*

Der heutige Aufbau der Bevölkerung und die durchschnittliche Nettoerproduktionsrate erlauben ziemlich sichere Prognosen der Bevölkerungsentwicklung in den nächsten fünfzig Jahren. Für zahlreiche europäische Länder, besonders aber für Deutschland ist mit einem Rückgang der Bevölkerung um ca. 20 Millionen Einwohner zu rechnen. Dabei wurde eine Nettoimmigration von 100 000 Personen pro Jahr zu Grunde gelegt. Im Rahmen dieser Entwicklung ist mit erheblichen Umschichtungen in dem Städtesystem in Deutschland zu rechnen. Einige Stadtregionen werden eventuell sogar wachsen, weil sie Ziel der inneren Wanderungsbewegungen und der äußeren Zuwanderung sind. In anderen Städten könnte sich die Bevölkerung erheblich verringern. Durchaus denkbar ist es auch, dass in einigen Jahren eine weitaus größere Zahl von Immigranten politisch gewollt ist, um die Übergangsprobleme in der Wirtschaft (Arbeitskräftebedarf, sinkende Kaufkraft) und in den Systemen der sozialen Sicherung zu dämpfen. In diesem Fall wird eine Reihe von Städten mit einer größeren Zahl von Zuwanderern rechnen müssen, was die „kulturelle Komplexität“ in den Städten erhöhen wird (HANNERZ 1992).

Kulturelle Komplexität kann für die Entwicklung einer Stadt problematisch oder produktiv sein. Problematisch sind nicht nur offene Konflikte und latente Aggressionen, sondern auch die sozialräumliche Abschottung der einzelnen Kulturen, die isoliert nebeneinander leben, anstatt durch den Austausch von Wissen, Leistungen und Gütern die Innovationsfähigkeit in Wirtschaft und Kultur zu erhöhen und die Lebensqualität einer Stadt zu steigern.

Unter welchen räumlichen Bedingungen kann die Migration und damit die kulturelle Komplexität produktiv verarbeitet werden und unter welchen Bedingungen führt sie eher zu Konflikten? Die folgenden vier Thesen könnten auf der Suche nach den Faktoren, die eine produktive Verarbeitung kultureller Komplexität beeinflussen, hilfreich sein. In den Thesen konzentrieren wir uns auf räumliche Bedingungen (These 1-3) sowie auf die Formen von Planung und lokaler Politik, die diese Bedingungen beeinflussen (These 4). Unter „räumlich“

verstehen wir dabei die zeitlich-lokale Korrespondenz von handelnden Subjekten, der Platzierung von Objekten und der semiotischen Vermittlung von Bedeutungen.

Die Relevanz verschiedener Stadträume für die Bewältigung kultureller Komplexität wird zunehmend betont (HÄUSSERMANN, SIEBEL 2001). Wir gehen davon aus, dass räumliche Bedingungen neben den gesamtstaatlichen Regelungen zur Steuerung der Migration einen entscheidenden Einfluss auf die Produktivität der Verarbeitung kultureller Komplexität haben. Die erste These bezieht sich auf die sozialräumliche Verteilung der Kulturen in einer Stadt.

These 1:

Kulturelle Cluster in den Städten sind eine notwendige Voraussetzung für die produktive Entfaltung von Kulturen.

Kulturelle Cluster sind räumliche Konzentrationen von Einwohnern gleicher oder ähnlicher Kultur, unabhängig davon, ob es sich um Mehrheits- oder Minderheitskulturen handelt. Diese spezifischen stadt- und sozialräumlichen Organisationsformen heben sich einerseits vom Ghetto-Begriff ab, zum anderen von dem Prinzip der sozialen Durchmischung. Während ein Ghetto immer eine unfreiwillige Konzentration bestimmter Gruppen in einem Stadtgebiet meint und dies häufig mit Funktionsdefiziten verbindet, die zu Belastungen und Konflikten führen, sind räumliche kulturelle Cluster frei gewählte Nachbarschaften von Menschen einer oder sich ähnelnder Kulturen. Kulturelle Cluster sind vergleichbar dem von Marcuse spezifizierten Typ der Enklave zur Differenzierung unterschiedlicher Ausprägungen residentieller ethnischer Segregation. (MARCUSE 1997)

Kulturelle Cluster heben sich auf der anderen Seite vom stadtpolitischen Leitbild der sozialen Durchmischung ab. In und durch kulturelle Cluster kann sich die eigene Kultur in der fremden Umgebung entfalten. Solidarische Beziehung oder einfach nur der Austausch unter „Gleichen“ erleichtert das alltägliche Leben und vermindert existentielle soziale und ökonomische Risiken. Dieses Stück „Heimat“ vermindert Angst und Unsicherheit. Da die Selbstabschließung im Wesentlichen durch Angst und Unsicherheiten hervorgerufen wird, können kulturelle Cluster dazu beitragen, dass man sich anderen Kulturen öffnet (SIEBEL 1997; KRUMMACHER, WALTZ 1996; HÄUSSERMANN, SIEBEL 2001; BUKOW, NIKODEM, SCHULZE, YILDIZ 2001). Die Offenheit in der Interaktion zwischen Kulturen ist wiederum eine der wesentlichen Voraussetzungen einer produktiven Verarbeitung kultureller Komplexität.

Wenn es allerdings in kulturellen Clustern zur räumlichen Abschottung innerhalb der eigenen Kultur kommt, können sich Parallelgesellschaften entwickeln, die nur in einem minimalen Austausch miteinander stehen. In diesem Fall ist die Migration im besten Fall unproduktiv, im schlimmsten Fall kann es zu sozialen Konflikten und Desintegration kommen.

Die Existenz kultureller Cluster ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Bewältigung kultureller Komplexität. Wichtig erscheint uns Ausmaß und Art der interkulturellen Beziehungen. Die zweite These lautet daher:

These 2:

Nur wenn es zu einem Austausch zwischen den Kulturen kommt, erleichtern kulturelle Cluster die produktive Verarbeitung von kultureller Komplexität.

Die räumliche Konzentration einzelner Kulturen findet in „Orten der Kulturen“ ihren Ausdruck. So findet man in bestimmten Straßen oder Plätzen Dienstleistungen und Läden, Vereine und religiöse Gebäude, Restaurants und Märkte, die für eine Kultur typisch sind. Allerdings haben kulturelle Prozesse immer einen Doppelcharakter. Sie sind Fluss und Flussbett zugleich (HANNERZ 1992). Inhalte und Artefakte der Kulturen bewegen sich von einer Kultur zur anderen. Insofern gleichen kulturelle Prozesse einem Fluss. Auf der anderen Seite werden durch Sprache und Deutungsmuster der Bewegung Grenzen gesetzt. Insofern gleicht Kultur einem Flussbett, dient also der Strukturierung. Auf der Ebene sozialer Gruppen bewirken kulturelle Prozesse also zweierlei. Auf der einen Seite haben sie die Funktion, soziale Gruppen voneinander abzugrenzen, sie dienen insofern der Gruppenbildung. Auf der anderen Seite bewegen sich kulturelle Deutungen und Bedeutungen ständig von einer Gruppe zu einer anderen. Dadurch entwickeln sich hybride Formen von Kultur, die sehr wohl einer Gruppe zugerechnet werden können, entstellungsgeschichtlich aber auf andere Kulturen zurückzuführen sind. Diese hybriden Kulturformen sind nicht nur als solche innovativ, sie erleichtern auch die Kommunikation zwischen Kulturen: Hybridformen wirken als Orientoren, sie sind das Vertraute im Fremden. Man könnte auch formulieren: Kulturelle Prozesse sind Grenze und Brücke zugleich.

Zwar ist die Vielzahl von kulturellen Orten und sind die damit verbundenen Einrichtungen und Ereignisse stadtpflegend, aber, um es umgangssprachlich auszudrücken, damit ist die Stadt noch nicht „unter einen Hut gebracht“. Die interkulturelle Kommunikation wird erleichtert, wenn sich die Mitglieder der einzelnen kulturellen Gruppen auf etwas Gemeinsames beziehen können. Dieses Gemeinsame bezeichnen wir als Metakultur. Die Metakultur kann sich auf geteilte Überzeugungen und Werte und ihre Symbole beziehen, aber auch auf gemeinsam genutzte Orte oder auf Ereignisse, die im Prinzip von allen wahrgenommen werden. Die Metakultur oder Teile von ihr lassen sich möglicherweise auf bestimmte Elemente einer einzelnen Teilkultur zurückführen, sie hat sich dann allerdings von der partikularen Kultur „emanzipiert“ und kennzeichnet alle Kulturen einer Stadt.

Die dritte These bezieht sich nicht auf die Entfaltungsmöglichkeit einzelner Kulturen (These 1) und nicht auf kulturelle Prozesse zwischen Kulturen (These 2), sondern auf gemeinsam geteilte Überzeugungen und Praktiken.

These 3:

Wenn sich in einer Stadt eine Metakultur herausbildet, wird die produktive Verarbeitung kultureller Komplexität wahrscheinlich.

Um es noch einmal deutlich zu formulieren. Die Identifikation mit einer Stadt, ist ein Ausdruck metakultureller Überzeugungen. Es handelt sich dabei gerade nicht um eine Anpassung an eine dominante Mehrheitskultur, sondern um einen Punkt der kulturellen Gemeinsamkeit jenseits der eigenen, partikularen Kulturen. Deshalb bezeichnen wir dies als eine städtische Metakultur.

Die Wirksamkeit der bislang genannten räumlichen Bedingungen (Cluster, Austausch der Kulturen und Herausbildung einer Metakultur) bedarf der Mitwirkung aller relevanten Akteure einer Stadt. Hierzu bedarf es der Kooperation zwischen Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Organisationsformen. Die vierte These bezieht sich daher auf die kommunalen Kommunikations- und Kooperationsstrukturen:

**These 4:**

Durch die Herausbildung kooperativer Planungsverfahren (durch kommunale Politik, die Verwaltung und die relevanten zivilgesellschaftlichen Akteure), kann die Herausbildung von räumlichen Strukturen und Orten erleichtert werden, die einen produktiven Umgang mit kultureller Komplexität ermöglichen.

Die Vorstellung von Stadt ist nicht einheitlich. Die Vorstellungen und Bilder von erwünschten und akzeptablen räumlichen Strukturen und Orten sind in einer pluralen Gesellschaft unterschiedlich. Hierbei spielen unterschiedliche Interessen, Bedürfnisse und Werte eine Rolle. Es kann nicht erwartet werden, dass sich diese Unterschiedlichkeit durch Kommunikation zu einem von allen geteilten Bild vereinheitlicht. Dies ist auch nicht nötig. Nötig ist aber für einen produktiven Umgang mit unterschiedlichen Werten und Normen, dass über die unterschiedlichen Vorstellungen ein Diskurs geführt wird und die Ergebnisse zur Orientierung von Handeln gemacht werden. Diskurse können sich in einem städtischen Leitbild oder in Leitlinien für die Praxis niederschlagen. Öffentliches und privates Handeln wird hierüber legitimiert. Je pluraler eine Stadtgesellschaft wird, desto notwendiger wird der Diskurs (HEALEY 2002). Damit er wirksam wird, muss er Qualitätsstandards genügen, wie sie inzwischen gestützt auf Theorie und Praxis vorliegen (RENN, WEBLER 1995; SELLE 2000; Healey 2002). Zentral ist dabei die Beteiligung aller relevanten Akteure einer Stadt, darunter auch die Vereine und Gruppierungen, in denen sich die Bürgerinnen und Bürger einer Stadt organisieren (Zivilgesellschaft).

Um die vier Hypothesen zusammenzufassen, benutzen wir den Begriff der offenen Stadt, der bewusst Assoziationen zu dem Begriff der „offenen Gesellschaft“ (POPPER 1980) hervorruft. Die offene Stadt ist kulturell und sozial gesehen pluralistisch, sie ist keineswegs konfliktfrei – eher kann man von dem Gegenteil ausgehen – aber die Bewohnerinnen und Bewohner haben das Ziel, Konflikte zu regulieren. Die offene Stadt ist ein bewusstes Projekt der Bürgerinnen und Bürger und der Politik. Sie fußt auf gemeinsamen Überzeugungen sehr allgemeiner Art, insbesondere auch auf der Anerkennung der kulturellen Eigenständigkeit der pluralen Kulturen einer Stadt (REX 1998) und der Herausbildung von Regeln, die das Aushandeln von Konflikten ermöglichen.

Das Konzept der offenen Stadt realisiert sich durch eine gemeinsam geteilte Praxis des ‚spacing‘ und des ‚placing‘. ‚Spacing‘ bezieht sich hier auf die Herausbildung und Planung räumlich kultureller Cluster, ‚placing‘ auf die Herausbildung und Planung von Orten der Kulturen. Beides wird sich nur durchsetzen, wenn sich Kooperationen zwischen Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Organisationsformen gebildet haben.

**Literatur**

- Bukow, Wolf-Dieter; Nikodem, Claudia; Schulze, Erika; Yildiz, Erol (Hrsg.): Die multikulturelle Stadt: Von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag, Interkulturelle Studien, Band 6. Opladen: Leske + Budrich, 2001
- Hannerz, Ulf: Cultural Complexity. Studies in the Social Organization of Meaning. New York: Columbia University Press, 1992
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter: Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. Berlin, Oldenburg, März 2001

- Healey, Patsy: On Creating the "City" as a Collective Ressource, In: Urban Studies, Vol. 39, No. 10, 2002, p. 1777-1792
- Krummacher, Michael; Waltz, Viktoria: Einwanderer in der Kommune. Analysen, Aufgaben und Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik. Essen: Klartext-Verlag, 1996
- Marcuse, Peter: The enclave, the citadel, and the ghetto. What has changed in the post-fordist U.S. city, In: Urban Affairs Review, Vol. 33. No. 2, Nov. 1997, p. 228-264
- Popper, Karl Raimund: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. München: Francke 1980
- Renn, Ortwin; Webler, Thomas: Der kooperative Diskurs. Theorie und praktische Erfahrungen mit einem Deponieprojekt im Aargau. In: P. Knoepfel (Hrg.): Lösung von Umweltkonflikten durch Verhandlungen. Reihe Ökologie und Gesellschaft, Band 10, Basel: Helbing und Lichtenhahn 1995, S. 191-244
- Rex, John: Multikulturalität als Normalität moderner Stadtgesellschaften, In: Heitmeyer, Wilhelm; Dollasa, Rainer; Backes, Otto: Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1998, S. 132-142
- Siebel, Walter: Die Stadt und die Fremden, In: Brech, Joachim; Vanhué, Laura (Hrsg.): Migration. Stadt im Wandel. Publikation der 6. europäischen WOHNBUND-Konferenz "Migration - Stadt Im Wandel" vom 27.-30.11.1997. Darmstadt: Verlag für wissenschaftliche Publikationen, 1997, S. 33-40

Prof. Dr. Detlev Ipsen

Toronto –  
Laboratorium der offenen Stadt



- 1 ,Vielfalt ist unsere Stärke‘ – die kanadische Einwanderungspolitik**
- 2 Die Stadt Toronto und die Geografie ihrer kulturellen Gruppen**
- 3 Kulturelle Cluster**
- 4 Nachbarschaften und Communities als Bausteine der Stadt**
- 5 Kultureller Austausch als produktive Ressource der Stadtentwicklung**
- 6 Steuerung durch interkulturellen Dialog**
- 7 Beobachtungen zur Metakultur**

## 1 ,Vielfalt ist unsere Stärke' – die kanadische Einwanderungspolitik

### Stadtlogo ,Vielfalt unsere Stärke' im Stadtraum



1 ,Vielfalt ist unsere Stärke' – die kanadische Einwanderungspolitik

Die drei Kategorien der Zuwanderung nach Kanada in der ,Business'-Klasse

Investoren	Unternehmer	Selbständige Personen
<p>Ehahung als Geschäftsfrau/ Geschäftsmann Mindestvermögen von 80.000 DMS</p> <p>Die vorgeschriebene Mindestinvestition von 80.000 DMS in Kanada, die nach ca. 5 Jahren permanententw. in Kanada inslos zurückgezahlt wird.</p>	<p>Ehahung als Geschäftsmann/Geschäftsfrau Mindestvermögen von 80.000 DMS</p> <p>Innerhalb von 3 Jahren muss mindestens ein Vollzeitjob für einen kanadischen Staatsbürger oder für jemanden, der permanent in Kanada lebt, geschaffen werden.</p>	<p>Relevante Erfahrung im kulturellen Bereich im Sportbereich oder im Betrieb eines landwirtschaftlichen Betriebs</p> <p>Zuwanderer dieser Kategorie müssen zumindest für einen eigenen Lebensunterhalt aufkommen können.</p>

Quelle: Citizenship and Immigration Canada: [www.cic.gc.ca/english](http://www.cic.gc.ca/english)

Immigrant [www.cic.gc.ca/english/business/index.html](http://www.cic.gc.ca/english/business/index.html): 0082005

1 ,Vielfalt ist unsere Stärke' – die kanadische Einwanderungspolitik

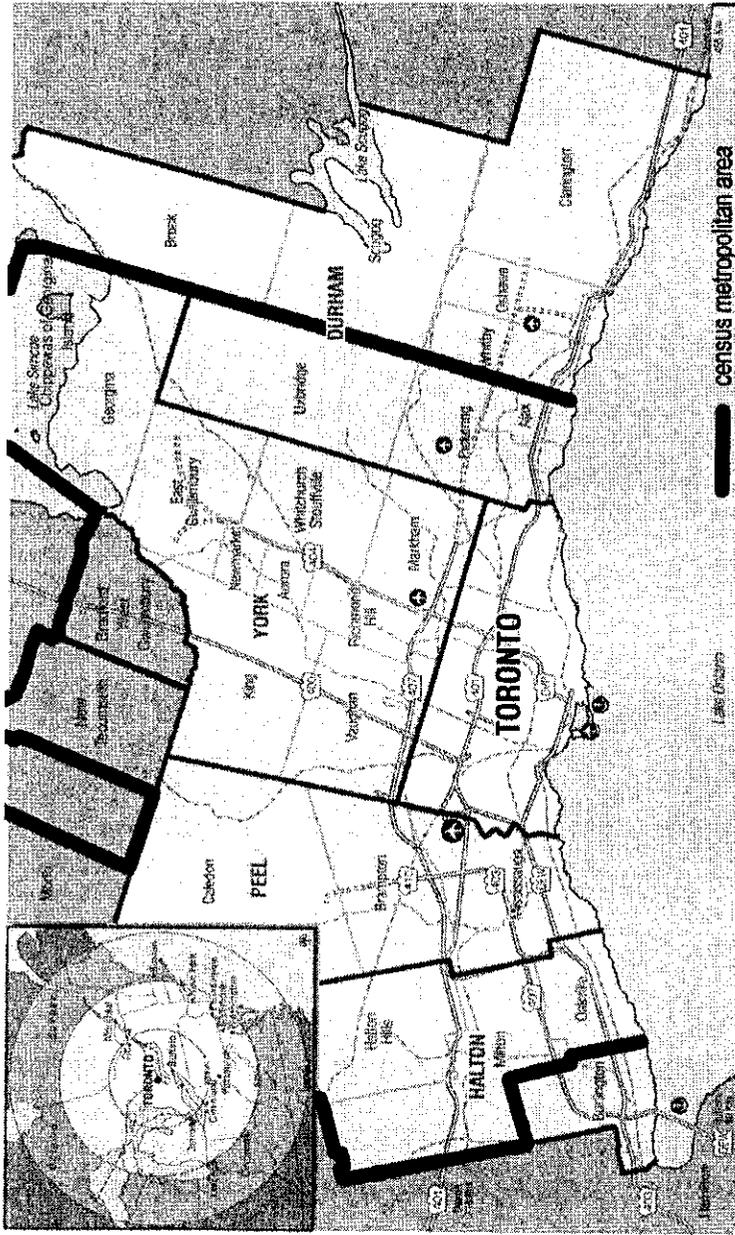
Das kanadische Punktesystem: Zuwanderer können in sechs Feldern Punkte sammeln

<p><b>1. Bildung</b></p> <p><i>Maximum 25 Punkte</i> (Universitätsabschluss oder Dokortitel und mindestens 17 Jahre Vollzeit Schule und Studium)</p> <p>Ein „Highschool“-Abschluss als einzige Qualifikation bringt 5 Punkte</p>	<p><b>2. Kenntnisse in den beiden Amtssprachen</b></p> <p><i>Maximum 25 Punkte (16 Punkte in der ersten, 8 Punkte in der zweiten Amtssprache)</i></p> <p>Die höchste Punktzahl wird durch hohe Kompetenz in den vier Feldern Lesen, Verstehen, Sprechen und Schreiben erreicht</p>	<p><b>3. Berufserfahrung</b></p> <p><i>Maximum 21 Punkte</i></p> <p>Die höchste Punktzahl kann durch 4 oder mehr Jahre Berufserfahrung (Vollzeit oder gleichwertig) erreicht werden</p> <p>1 Jahr Berufserfahrung bringt bereits 15 Punkte</p>
<p><b>4. Alter</b></p> <p><i>Maximum 10 Punkte</i></p> <p>Höchstpunktzahl für Alter bei Einwanderung zwischen 21-49</p> <p>Für jedes Jahr, das man älter oder jünger ist, werden 2 Punkte abgezogen</p>	<p><b>5. arrangierter Arbeitsplatz in Kanada</b></p> <p><i>Maximum 10 Punkte</i></p> <p>10 Punkte gibt es für eine sichere Arbeitsplatzzusage eines Arbeitgebers</p> <p>Der arrangierte Arbeitsplatz muss bestimmten Anforderungen genügen</p>	<p><b>6. Anpassungsfähigkeit</b></p> <p><i>Maximum 10 Punkte</i></p> <p>In dieses Feld fallen verschiedene Punkte, die jeweils bis zu 5 Punkte bringen, wie Bildung des Partner/der Partnerin, Familienbeziehung zu Kanada, Studium oder Berufserfahrung in Kanada</p>
<p><b>Derzeit müssen 67 Punkte erreicht werden, um über diesen Weg als Einwanderer akzeptiert zu werden</b></p>		

Quelle: Citizenship and Immigration Kanada. [www.cic.gc.ca/english/skilled/qual-5.html](http://www.cic.gc.ca/english/skilled/qual-5.html): 10.08.2005

## 2 Die Stadt Toronto und die Geografie ihrer kulturellen Gruppen

### Die Stadtregion Toronto (Greater Toronto Area)



Karte: City of Toronto

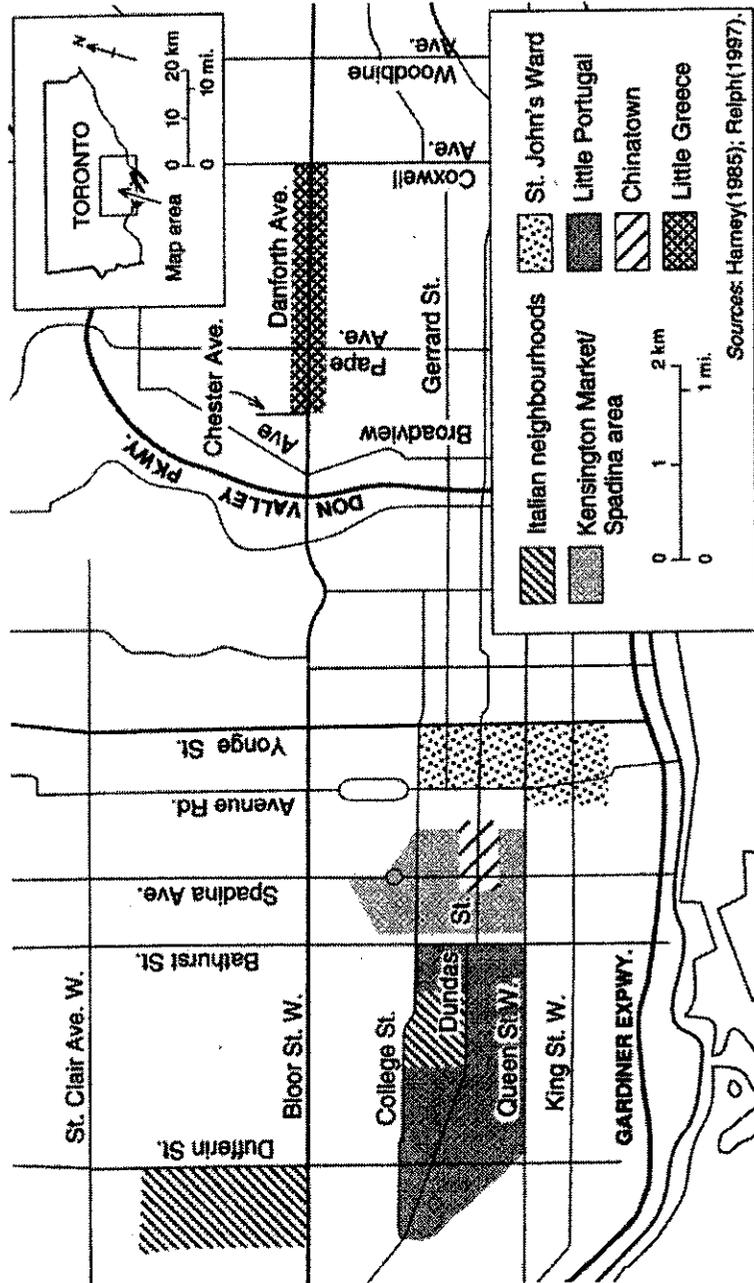
Stadt Toronto: 2 500 000 Einwohner

Greater Toronto Area: 5 200 000 Einwohner

Census Metropolitan Area Toronto: 4 700 000 Einwohner

## 2 Die Stadt Toronto und die Geografie ihrer kulturellen Gruppen

### Die Nachbarschaften verschiedener Kulturen in Toronto von 1900 bis 1970

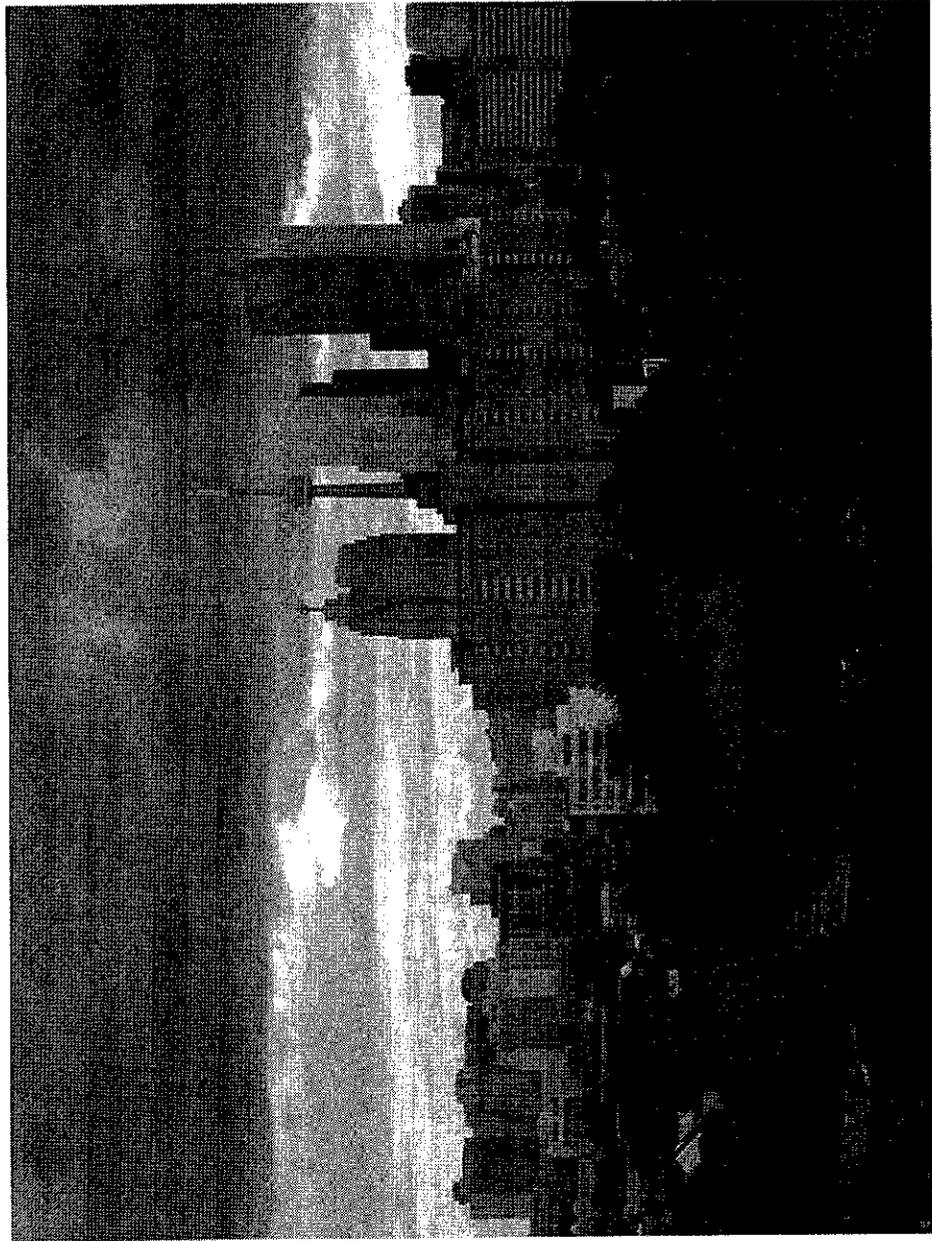


Quelle: Murdie, Robert A.; Teixeira, Carlos (2003): Towards a Comfortable Neighbourhood an Appropriate Housing: Immigrant Experiences in Toronto. In: Anisef, Paul; Laphier, Michael (Hg.): The World in a City. Toronto, Buffalo, London: University of Toronto Press; S. 143



## 2 Die Stadt Toronto und die Geografie ihrer kulturellen Gruppen

### Blick auf Downtown Toronto von Osten



## 2 Die Stadt Toronto und die Geografie ihrer kulturellen Gruppen

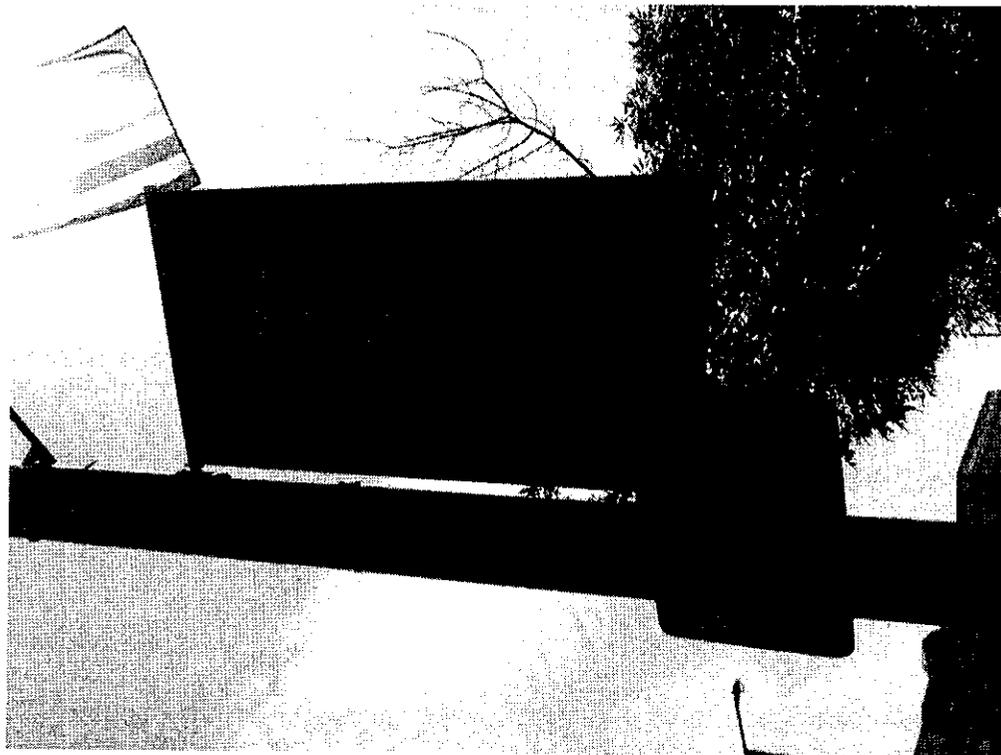
### Typische innerstädtische Wohnstraße und typische Geschäftsstraße in Toronto



## 2 Die Stadt Toronto und die Geografie ihrer kulturellen Gruppen

### Siedlungsmuster einer Vorstadt Torontos und typische Wohnstraße in einer Vorstadt

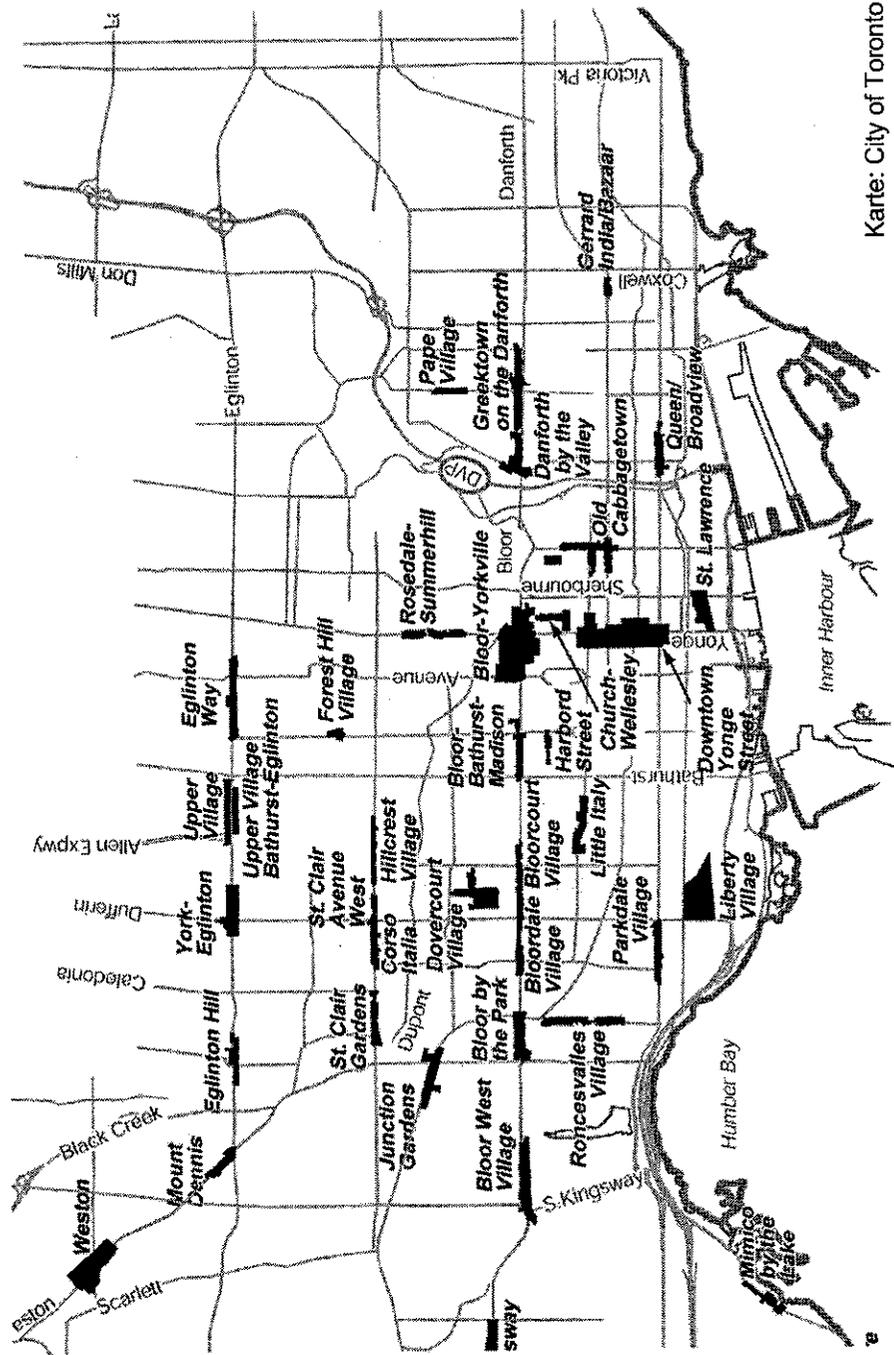




Logo der ‚GreekTown‘ Toronto an der  
Danforth Avenue

### 3 Kulturelle Cluster

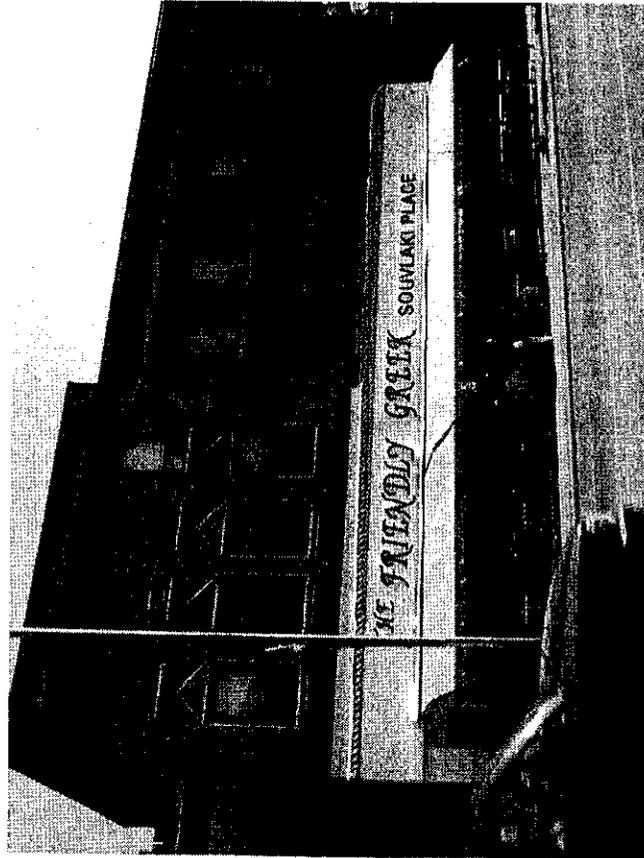
### Business Improvement Areas in Toronto



Karte: City of Toronto

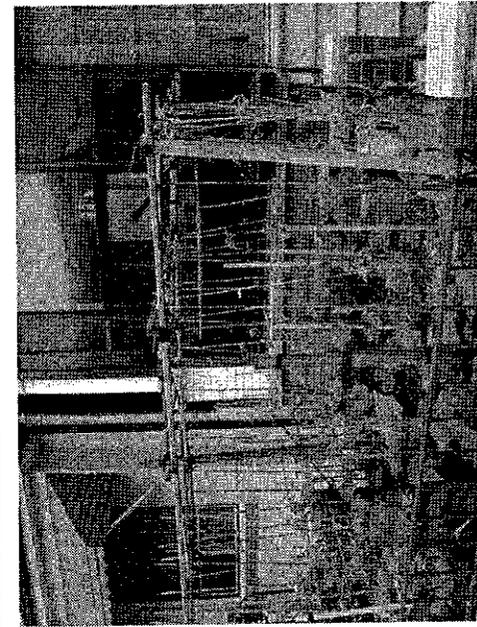
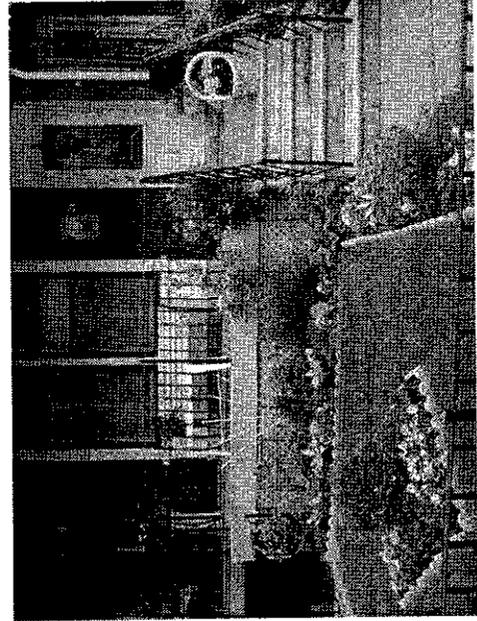
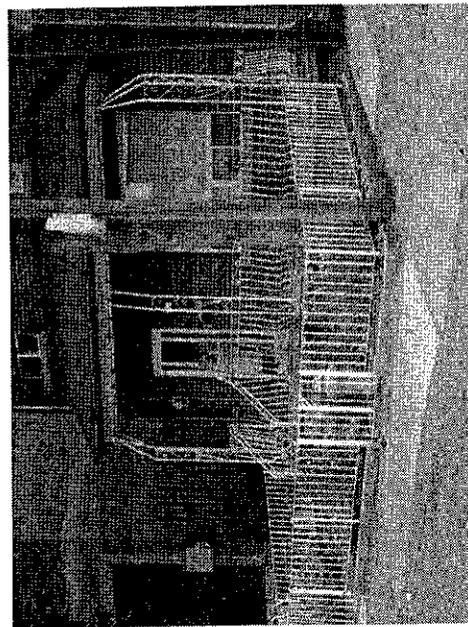
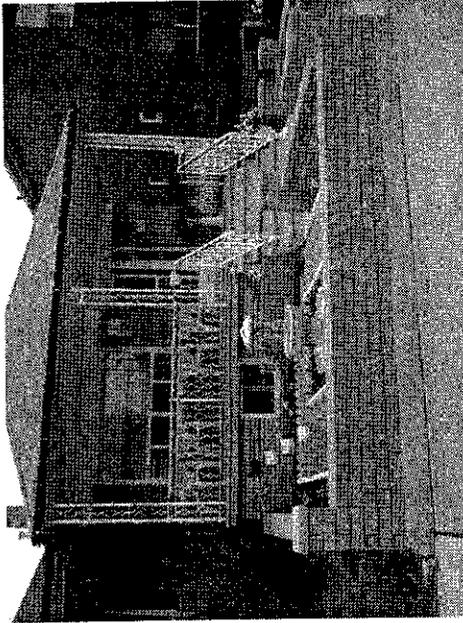
3 Kulturelle Cluster

GreekTown Toronto



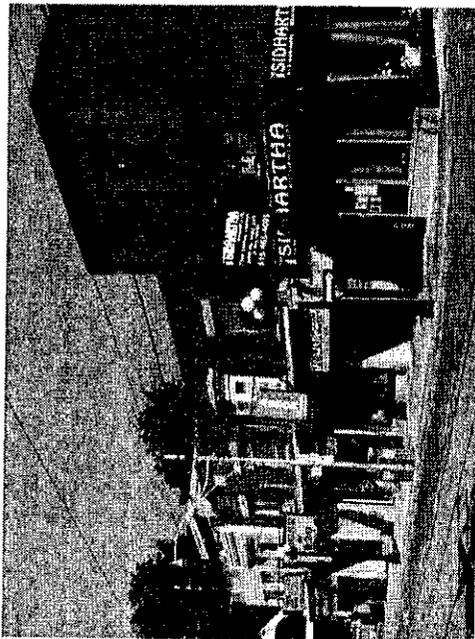
### 3 Kulturelle Cluster

#### chinesische und portugiesische Vorgärten



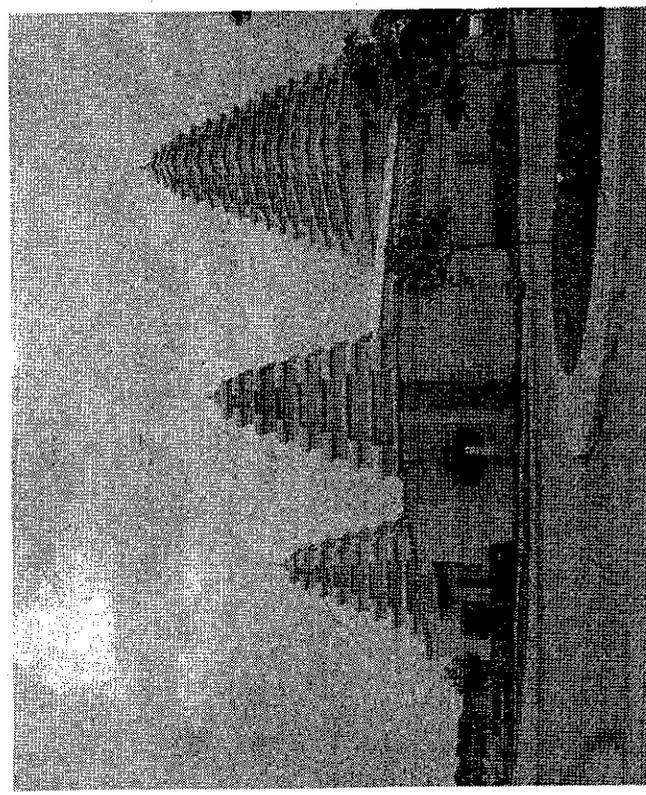
### 3 Kulturelle Cluster

#### Little India (Gerrard Street East)



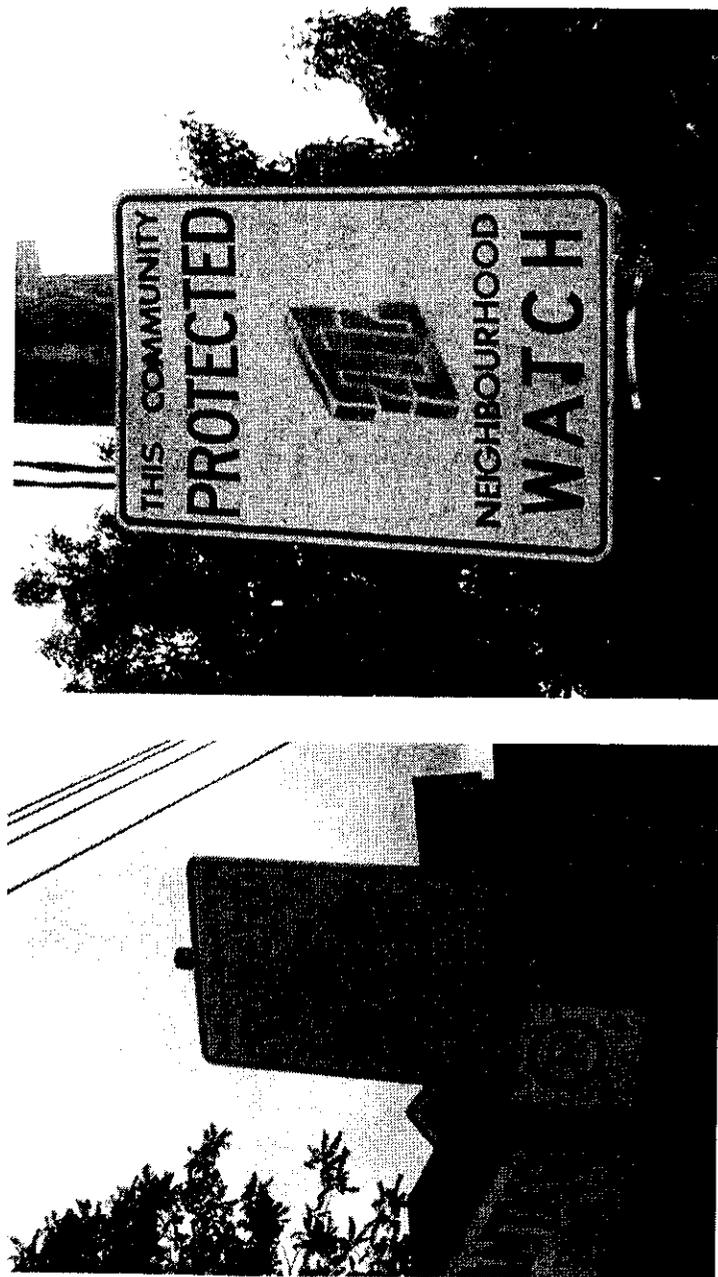
3 Kulturelle Cluster

Hindu Tempel und indisches Einkaufszentrum in Brampton bei Toronto



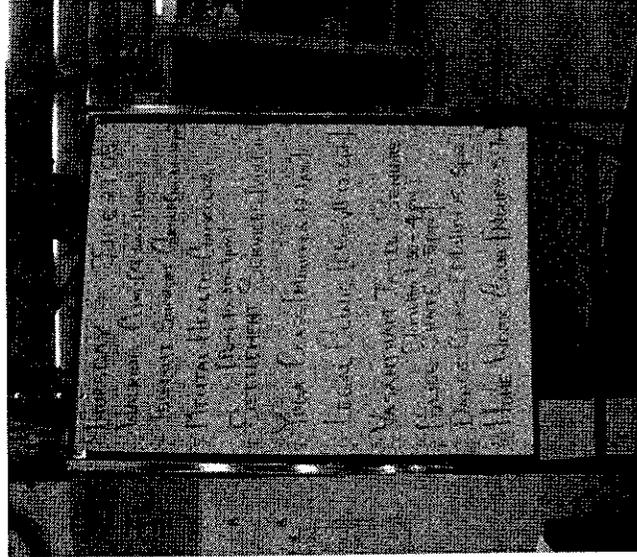
## 4 Nachbarschaften und Communities als Bausteine der Stadt

### Neighbourhood Watch



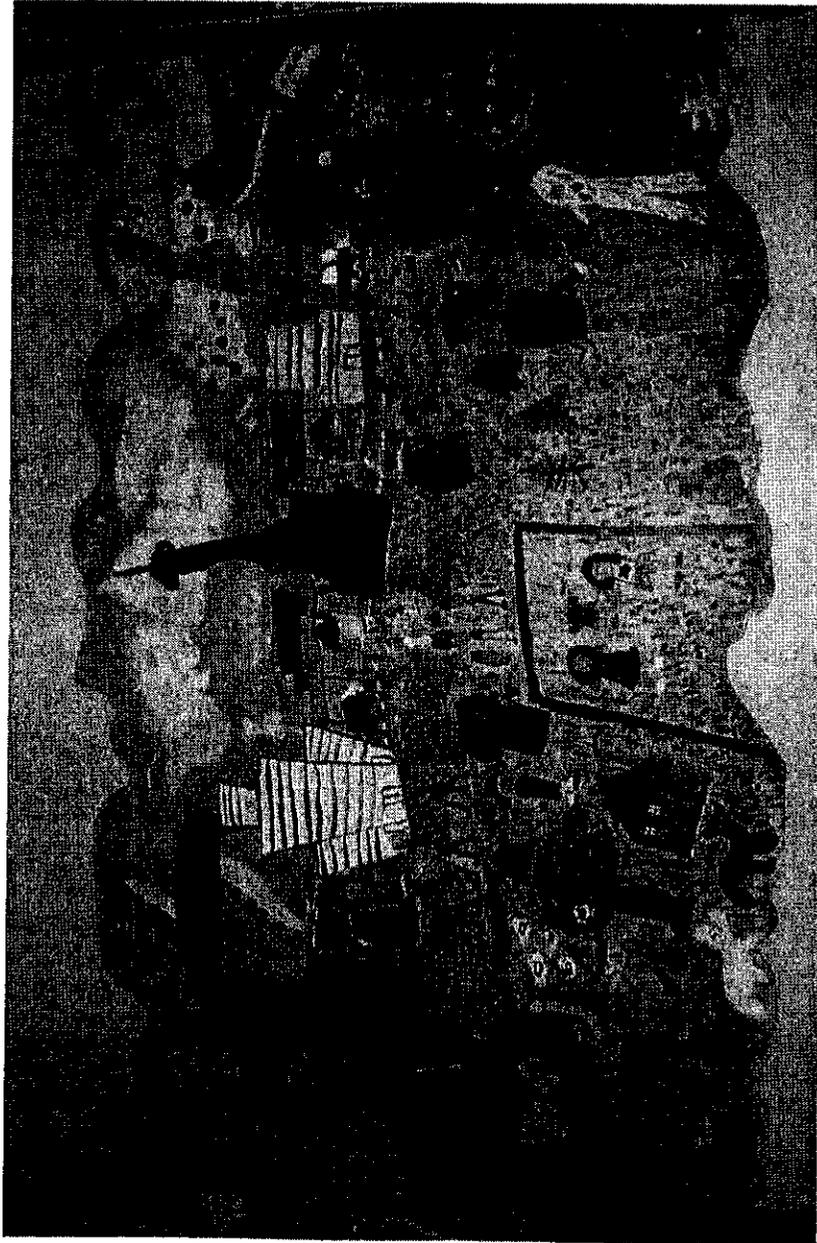
## 4 Nachbarschaften und Communities als Bausteine der Stadt

### Community Center ‚Storefront‘ in Scarborough/Toronto



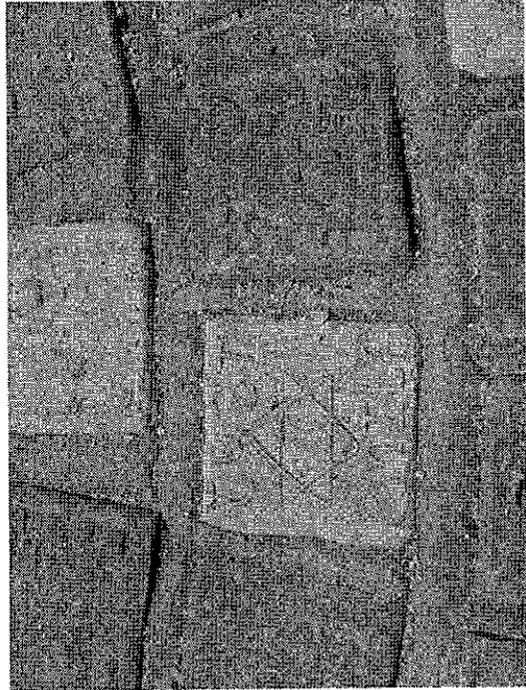
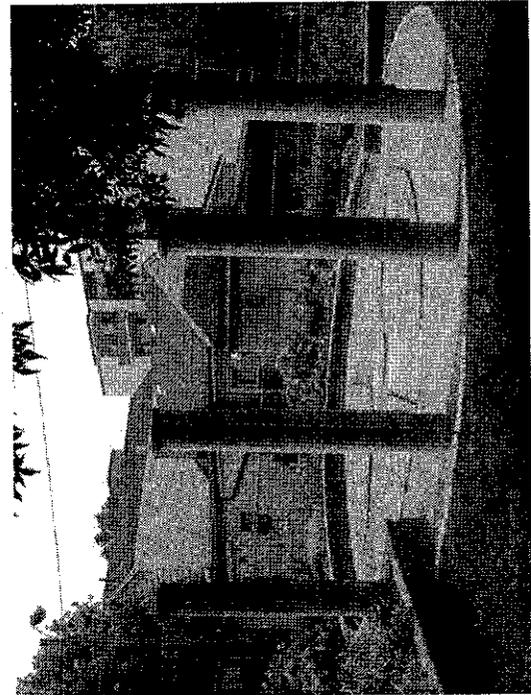
## 4 Nachbarschaften und Communities als Bausteine der Stadt

### Wandbild in der Community-School St. Jamestown/Toronto



4 Nachbarschaften und Communities als Bausteine der Stadt

Community Kunstprojekt  
„Art Starts“



Toronto - Laboratorium der offenen Stadt (Prof. Dr. Detlev Ipsen)

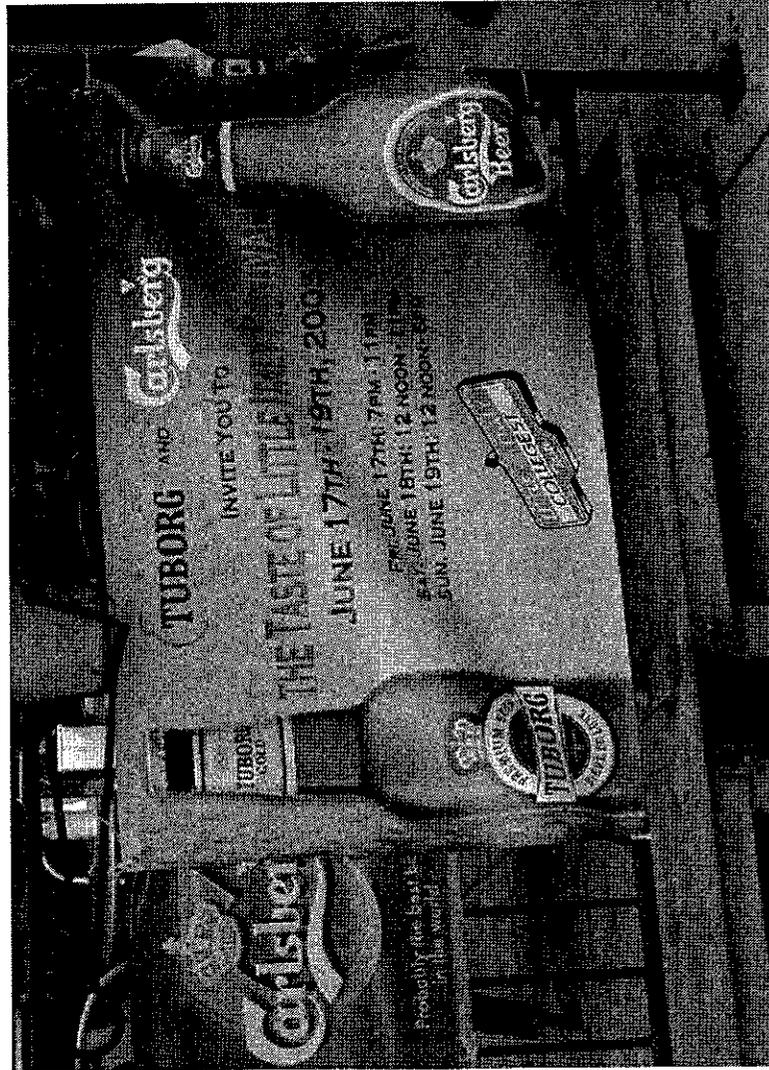
## 5 Kultureller Austausch als produktive Ressource der Stadtentwicklung

### Schulklasse in Toronto



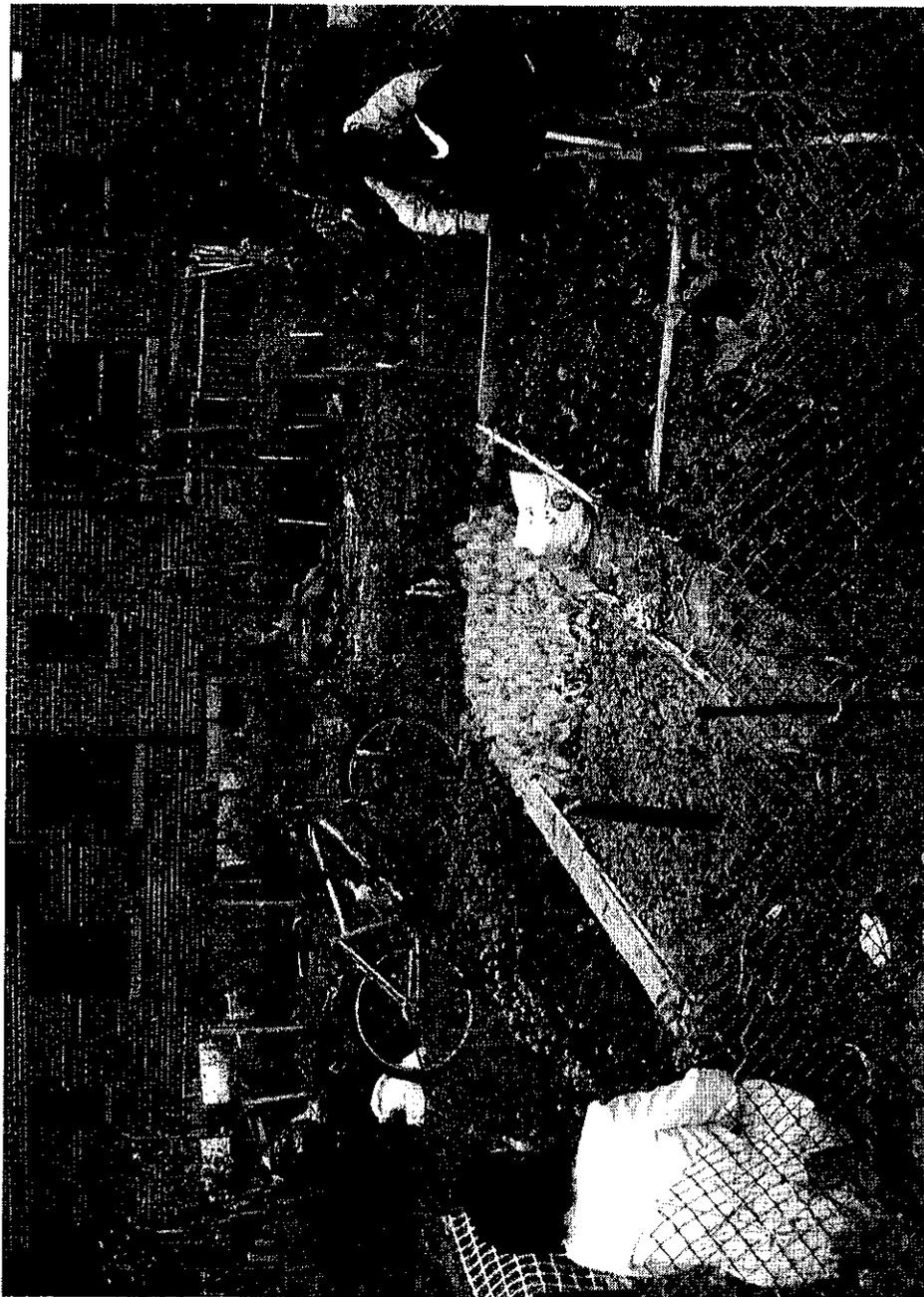
## 5 Kultureller Austausch als produktive Ressource der Stadtentwicklung

### 'The Taste of Italy' – Werbung für ein Straßenfest



## 5 Kultureller Austausch als produktive Ressource der Stadtentwicklung

### Community Garden im Nachbarschaftsbezirk Regent Park



6 Steuerung durch interkulturellen Dialog

Mieter und Delegierte der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft für das Sozialforum in Porto Alegre



Mieterbeteiligung in Regent Park



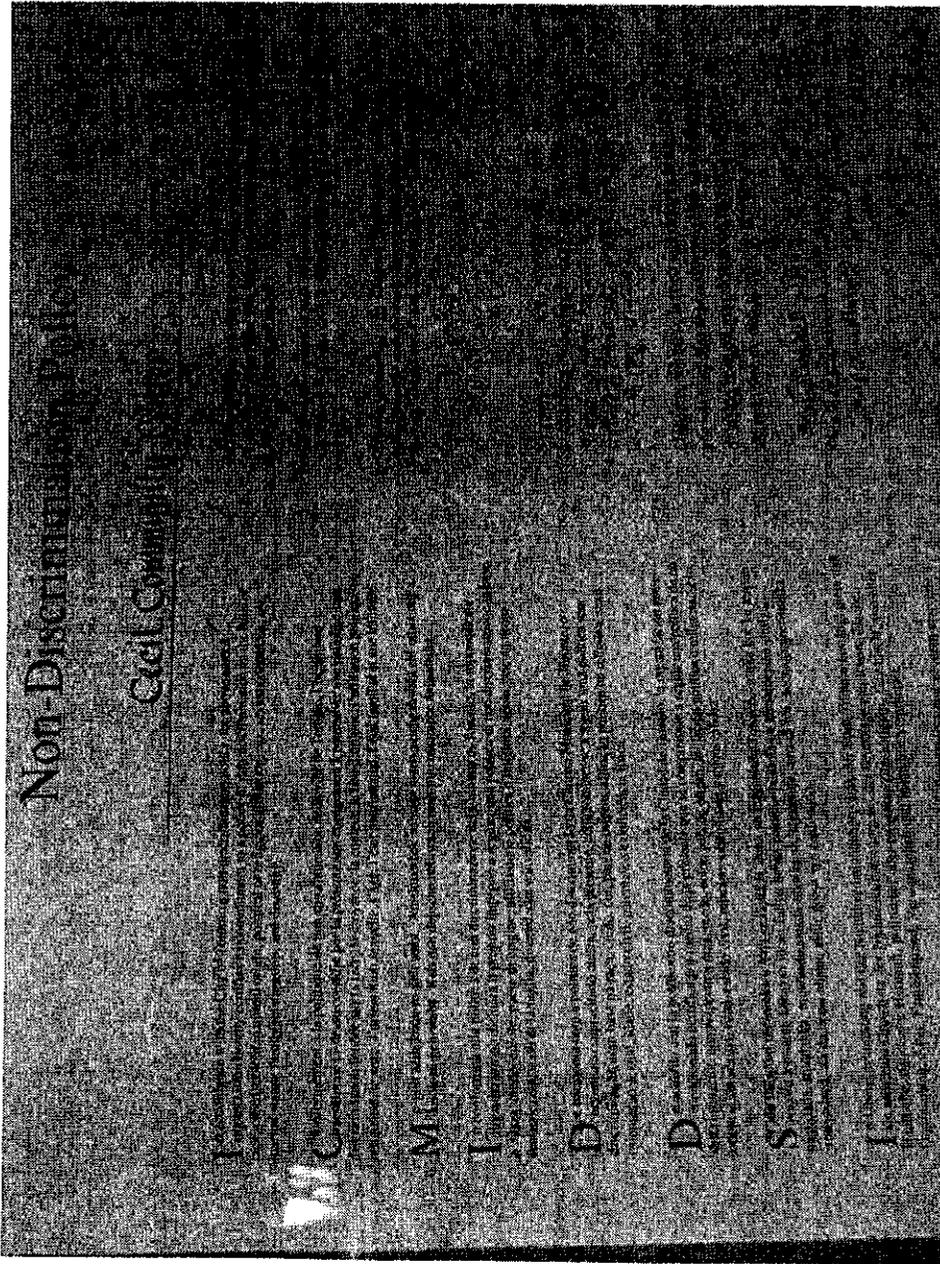
7 Beobachtungen zur Metakultur

Zeichen und Hinweise auf  
eine Metakultur in Toronto



## 7 Beobachtungen zur Metakultur

### Allgegenwart der Prinzipien der Antidiskriminierung

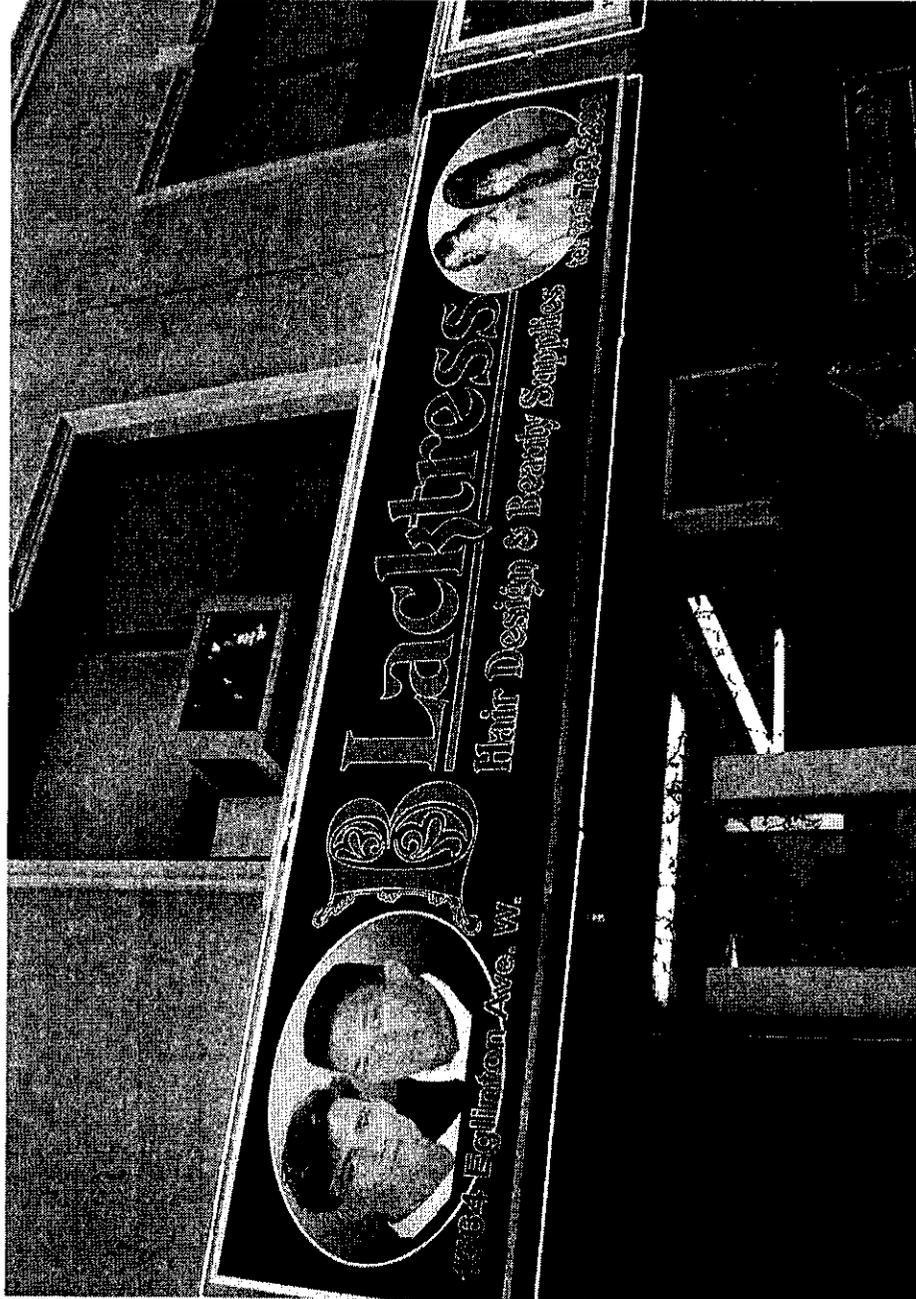


## 7 Beobachtungen zur Metakultur

Hinweise auf die Gleichwertigkeit der unterschiedlichen Sprachen  
bei einem Sprachinstitut

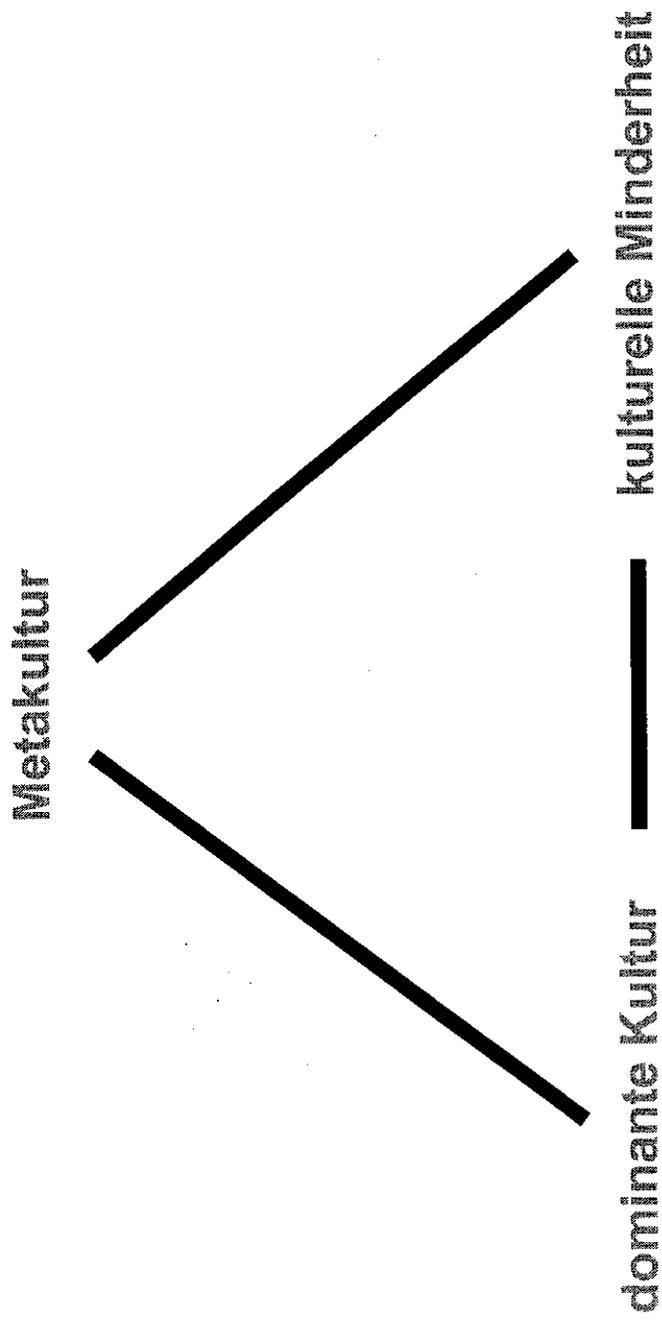


Friseurgeschäft an der Eglinton Street West



7 Beobachtungen zur Metakultur

Die Beziehungen der Kulturen in der offenen Stadt



**Walter Siebel: Großsiedlung und innerstädtisches Altbauquartier als Orte der Integration  
(Überarbeitete Fassung eines Gutachtens für die Schaderstiftung)**

**Großsiedlungen sind besser als ihr Ruf:**

1. **Tatsachen:** Weder regieren völlige Anonymität und Isolation in den Großsiedlungen noch herrscht in den innerstädtischen Altbauquartieren reges nachbarschaftliches Zusammenleben. Die Unterschiede sind zwar vorhanden, aber sie sind längst nicht so gravierend wie in der allgemeinen Meinung angenommen.
2. **Bewertung:** In der Tat ist die Zufriedenheit in den Großsiedlungen etwas geringer als in anderen Stadtteilen und die Bereitschaft fortzuziehen, etwas höher. Beklagt werden Verschmutzung, Unsicherheitsgefühle und die Anwesenheit negativ bewerteter Gruppen (Ausländer, alkoholabhängige Deutsche) Aber in den Augen ihrer Bewohner bieten die Großsiedlungen dennoch ein weit besseres Bild als in der öffentlichen Meinung. Teilweise wird die größere soziale Distanz in den Großsiedlungen sogar begrüßt und die dichtere Kontrolle in den Altbauquartieren kritisiert.
3. **Lebensphasen:** Für Menschen in der Familienphase stellen sich die Lebensbedingungen im Stadtteil ganz anders dar als etwa für alleinstehende junge Männer.
4. **Interne Differenzierung:** Auch in eindeutig problematischen Stadtteilen zeigt sich ein differenziertes Bild. Einerseits grenzen sich die Bewohner, teilweise in Übernahme des Fremdbildes ihres Stadtteils, von anderen Bewohnern, die sie verantwortlich machen für das schlechte Image, ab. Andererseits zeigen sich gerade in diesen Stadtteilen häufige und intensive nachbarliche Kontakte (Tobias/Boettner, 1992. Callies, 2003)). Ähnliches galt schon für proletarische Quartiere der zwanziger Jahre (Saldern, 1995, S.154f).

Diese Ergebnisse wurden noch in zwei Studien, die Ende der 80iger Jahre durchgeführt worden sind, bestätigt (Herlyn et al 1991; Infas 1990). In den Großsiedlungen zeichnet sich ein Bild der nachbarlichen Kontakte ab, das dem Bild großstädtischer Sozialbeziehungen allgemein entspricht.

Alle Untersuchungen heben neben der **Phase im Lebenszyklus** zwei Faktoren als entscheidend für die Intensität der Sozialbeziehungen hervor: Die **Wohndauer**: je länger desto intensiver, und die **Geschosszahl**: je höher desto anonym. Allerdings erscheint das Bild der Großsiedlung in diesen jüngeren Untersuchungen etwas negativer gefärbt als in den älteren –obwohl man doch annehmen müsste, dass mit der Dauer der Existenz der Siedlung die Wohndauer und damit die Wohnzufriedenheit gestiegen wären. Hier deutet sich bereits an, dass die **sozialstrukturellen Veränderung** (Armut, Arbeitslosigkeit und Zuwanderung) zusammen mit **massenmedial verstärkter Stigmatisierung** wesentlich für einen Abstieg der Großsiedlungen sind.

Die Großsiedlungen aus den 60iger und 70iger Jahren sind für ein Lebensmodell konzipiert worden, das in der fordistischen Phase allgemein Geltung beanspruchen konnte: Die Trennung von Wohnen und Arbeiten, das Wohnquartier als Gegenwelt zur Arbeitswelt, als Ort der Erholung für den berufstätigen Mann, als Arbeitsplatz der Hausfrau und als geschützter Ort für Kinder. Soweit die Lebensweise der heutigen Bewohner diesem Modell entspricht, fühlen sie sich auch in dieser Umwelt wohl. Wohnungszuschnitt, Wohnumfeld und soziale Infrastruktur sind auf ihre Lebensweise ausgerichtet. Die Großsiedlung wird deshalb von Familien mit berufstätigen Männern positiv beurteilt.

Dagegen verschärft sich dort die Isolation und Einsamkeit erwerbsloser Männer. Die Siedlungen sind geplant worden für den tagsüber abwesenden erwerbstätigen Mann als dem Ernährer, der sich zuhause nur zur Erholung und dem Zusammensein in der Familie aufhält (Häußermann/Siebel 2000, S.132). Daß sich dort tagsüber erwachsene Männer aufhalten würden, war nicht vorgesehen. Daher finden diese weder Aufenthaltsorte noch (informelle) Betätigungsmöglichkeiten noch sozial akzeptierte Rollen. Es bleibt nur der Rückzug in die eigenen vier Wände (Kronauer/Vogel, S. 251).

Funktional und sozial gemischte Innenstadtquartiere dagegen bieten Gelegenheiten zu Nebentätigkeiten, ein schützendes Milieu, in dem Armut und Arbeitslosigkeit nicht notwendig bedeuten, Außenseiter zu sein. Das gilt allerdings auch nicht für alle Arbeitslosen. Diejenigen, die durch widrige Umstände in den Stadtteil umziehen mussten, erfahren dies als sozialen Abstieg. Für sie ist das die anderen stützende Milieu aus Armut und Informalität sichtbares Zeichen ihrer sozialen Deklassierung.

Kronauer/Vogel (2004, S.256) resumieren ihrer Ergebnisse als **Notwendigkeit der Differenzierung**: „Unterschiedliche Quartierstypen enthalten sozial unterschiedlich zusammengesetzte Armutspopulationen. Überdies wirken die Lebensbedingungen in jedem Quartier auf Teilpopulationen der Arbeitslosen und Armen in jeweils unterschiedlicher Weise. Soziale Merkmale und Quartiersmerkmale gehen also jeweils spezifische Verbindungen miteinander ein“.

Im folgenden werden die Effekte zweier unterschiedlicher Quartiere auf eine eng umgrenzte soziale Gruppe diskutiert: Es geht um die Integration resp. Ausgrenzung von Türken der zweiten Generation mit Hauptschulabschluß. Letzteres Kriterium wurde gewählt, weil heute der Erfolg im Bildungssystem weitgehend über den späteren beruflichen Erfolg entscheidet. Abitur würde demnach eine positive Karriere, ohne Hauptschulabschluß oder Sonderschule eine negative Karriere erwarten lassen. Bei einem Hauptschulabschluß – so die Ausgangsthese – entscheidet sich jedoch erst im Verlauf der weiteren Biographie, ob Integration gelingt oder nicht. Also müssten sich an den Wohnungsmarkt- und Arbeitsmarktschicksalen von Türken der zweiten Generation mit Hauptschulabschluß am ehesten die Faktoren beobachten lassen, die jenseits des erreichten Bildungsgrads über Integration resp. Ausgrenzung entscheiden.

Als Untersuchungsquartiere wurden eine Großsiedlung des sozialen Wohnungsbaus am Stadtrand von Hannover (Varenheide-Ost - VO) und ein innenstadtnahes Altbauquartier Hannovers (Linden-Nord - LN) ausgewählt. Beide stehen für typische Gebiete mit hohen Anteilen von Migranten. Die referierten Ergebnisse beruhen auf einer Studie der AG Stadtforschung: „Zwischen Integration und Ausgrenzung. Lebensverhältnisse türkischer Migranten der zweiten Generation“, bearbeitet von Norbert Gestring, Andrea Janssen, Ayca Polat und Walter Siebel (Vgl. zu den Ergebnissen insbes.: Gestring et al. 2003; Janssen 2004. Weitere Studien zu Quartierseffekten: Callies 2003; Herlyn et al. 1991; Farwick 2004; Friedrichs/Blasius 2000; Keim/Neef 2000; Kronauer/Vogel 2004s; Tobias/Boettner 1992)

Türkische Zuwanderer der zweiten Generation, die nur den Hauptschulabschluß erreicht haben, verfügen nur über geringes soziales, ökonomisches und kulturelles Kapital. Sie zählen damit zu jenen Gruppen, die durch Belegungspolitik und Filtermechanismen des Wohnungsmarkts in benachteiligte Quartiere abgedrängt werden. Gleichzeitig sind sie besonders auf die nähere Umgebung angewiesen:

Aufgrund ihres geringen räumlichen Aktionsradius können sie die Defizite des Quartiers weniger durch Inanspruchnahme entfernterer Angebote kompensieren und aufgrund ihrer geringen Marktmacht können sie dem Quartier auch seltener durch Umzug entkommen. (Herlyn, 1998; Friedrichs/Blasius 2000).

Will man die Quartierseffekte erfassen, muß sowohl nach negativen (Benachteiligungen durch das Quartier) wie nach positiven (quartiersspezifische Ressourcen) Wirkungen des Wohnquartiers gefragt werden. Um die positiven und negativen Quartierseffekte zu beschreiben, werden im folgenden vier Dimensionen unterschieden:

1. Die **materiellen Effekte**. Sie sind abhängig von der Lage des Quartiers und seiner Verkehrsanbindung, der Qualität der Wohnungen, des Wohnumfelds (Freiflächen, öffentliche Räume), der technischen und sozialen Infrastruktur und des privaten Güter- und Dienstleistungsangebots. Je differenzierter die örtlichen Angebote, desto besser sind nicht nur die Versorgungsmöglichkeiten der Anwohner. Sie können auch Gebietsfremde in das Quartier ziehen und dadurch den Eindruck der Isolation vermeiden helfen. Wichtig ist auch das Vorhandensein einer ethnischen Infrastruktur. Sie bietet Güter und Dienstleistungen, die auf kulturspezifische Bedürfnisse ausgerichtet sind, Beschäftigungsmöglichkeiten häufig in einer Grauzone zwischen Illegalität und Legalität, sie kann aber auch eine Abschottung der ethnischen Kolonie befördern (Heitmeyer 1998). Die Wirkungen der sozialen Infrastruktur werden teilweise ambivalent eingeschätzt: Sie bedeutet Hilfe, kann aber auch die Etikettierung des Quartiers als sozialen Brennpunkt befördern (Wacquant 2004). Ferner spielen die physischen Umweltqualitäten (Lärm, Luftbelastung, Nähe zu problematischen Infrastruktureinrichtungen (Müllkippe) und das Vorhandensein von Arbeitsmöglichkeiten in der formellen und der informellen Ökonomie eine Rolle.
2. Die **sozialen Effekte**. Sie sind abhängig von den sozialen Netzen der Bewohner im Quartier, der Qualität der Nachbarschaftsbeziehungen und den Sozialisationsbedingungen, die das Quartier insbesondere für Kinder und Heranwachsende bietet. Die sozialen Netze sind wichtig für die Möglichkeiten, materielle, praktische (Kinderbetreuung, Krankheit) und emotionale Hilfen zu mobilisieren, Informationen über Arbeitsmöglichkeiten oder Chancen in der informellen Ökonomie zu erhalten. Homogene und kleine Netze gelten dabei als wenig leistungsfähig, insbesondere wenn ihre Mitglieder schwache Positionen auf dem Arbeitsmarkt und niedrige Qualifikationen haben (Morris 1987). Türken kennen nur die den Türken zugänglichen Segmente des Arbeits- und Wohnungsmarkts, Arbeitslose haben wenig Informationen über Arbeitsmöglichkeiten und Arme haben selber zu wenig, um wirksame materielle Hilfen leisten zu können. Das Schlagwort von den überforderten Nachbarschaften (GdW 1998) stellt ab auf die Probleme, die aus einer engen Nachbarschaft konfligierender Lebensweisen entstehen können bzw. aus der Tatsache, dass die Mechanismen des Wohnungsmarkts die Zuwanderer in die Nachbarschaft gerade der deutschen Modernisierungsverlierer bringen, die am wenigsten in der Lage sind, tolerant mit Fremden umzugehen, im Gegenteil Sündenböcke für ihren eigenen sozialen Abstieg brauchen, eine Rolle, für die sich Fremde immer schon besonders geeignet haben. Schließlich hat insbesondere Wilson (1987) darauf hingewiesen, dass Jugendliche in Quartieren, in denen

erwerbstätige Erwachsene eine Randerscheinung sind, keine positiven Rollenvorbilder vorfinden, die ihnen die Orientierung auf berufliche Arbeit als erfolgreich vorleben können. Im Gegenteil, so die Diskussion zu einer „Kultur der Armut“ (Lewis 1961), in Armutsgebieten sind normative Orientierungen und Verhaltensweisen für das alltägliche Überleben funktional, die sich beim Versuch der Integration in eine von Mittelschichtswerten dominierten Mehrheitsgesellschaft als dysfunktional erweisen (Friedrichs/Blasius 2000, S.195). Ein Milieu von Armut und Arbeitslosigkeit kann für Erwachsene Entlastung bedeuten, weil man unter Schicksalsgenossen lebt. Aber diese Entlastung ist durchaus ambivalent: Der Druck der Scham ist zwar geringer, aber eben das kann zu apathischem Sich-Abfinden beitragen (Callies 2003, Kronauer/Vogel 2004).

3. Die **politischen Effekte**. Sie sind abhängig vom Grad der Artikulations-, Organisations- und Konfliktfähigkeit der Bewohner. Je geringer diese ausgeprägt sind, desto geringer die Chancen des Quartiers, bei den Verteilungskämpfen um öffentliche Mittel Erfolg zu haben. Türken verfügen aus rechtlichen (Staatsbürgerschaft), sozialstrukturellen (unterschichtstypische politische Abstinenz) und kulturellen (Sprachfähigkeit) Gründen seltener über diese Voraussetzungen. Damit sind die politischen Durchsetzungschancen gerade in den Quartieren benachteiligter Gruppen besonders gering, die doch besonders auf politische Unterstützung angewiesen wären aufgrund ihrer geringen Potentiale zur Selbsthilfe.
4. Die **symbolischen Effekte**. Sie sind abhängig vom Image des Quartiers. Die Geschichte des Quartiers kann hier ein besonders zäh haftendes Manko bedeuten. Die teilweise modisch bedingte Auf- oder Abwertung bestimmter Architekturen (Hochhäuser, 50iger-Jahre-Fassaden) spielt ebenso eine Rolle wie ein verwahrloster öffentlicher Raum, heruntergekommene Gebäude. Solche häufig durch die Medien verbreiteten Bewertungen wie auch alltäglich sichtbare Graffiti und Vermüllung des öffentlichen Raums können den Bewohnern ihre eigene Randständigkeit signalisieren. Die Identifikation mit dem Quartier ist dann schwach, das eigene Selbstbild wird beschädigt. Bewerber um eine Arbeits- oder Ausbildungsstelle können durch die „schlechte Adresse“ benachteiligt sein. Ein schlechtes Image kann selektive Wanderungen und Desinvestitionen zur Folge haben, die das Gebiet in eine Abwärtsspirale treiben. Solche Circulus Vitosus Effekte sind auch für deutsche Armutsquartiere nachgewiesen (Häußermann/Kapphan 2004; Friedrichs/Blasius 2000; Kronauer 2001; Farwick 2004). Dagegen kann ein positives Fremd- und Selbstbild des eigenen Wohnquartiers die Identifikation mit dem Wohnort fördern, Sicherheit und Selbstbewusstsein, ein Gefühl der Zugehörigkeit verstärken (Göschel 1987).

#### **Ad 1 Materielle Benachteiligungen und Ressourcen im Quartier**

Varenheide-Ost ist eine **typische monofunktionale Großsiedlung des sozialen Wohnungsbaus**. Zeilenbau aus den 50iger und 60iger Jahren und einige Hochhäuser aus den 70igern dominieren das städtebauliche Bild. Solche Siedlungen gelten mittlerweile in Teilen der öffentlichen Meinung als unbewohnbar (Jessen 1998). Die Siedlung liegt am Rand von Hannover, durch Einfamilienhausgebiete und drei breite Verkehrsschneisen zwar inselhaft abgeschnitten, aber durch den ÖPNV gut an die Innenstadt angebunden. Im Freiraum dominieren großzügige Grünflächen.

Anziehend gestaltete öffentliche Plätze und damit Aufenthalts- und Kontaktmöglichkeiten fehlen fast vollständig. Arbeitsplätze sind außer in den spärlichen Einrichtungen der kommerziellen Infrastruktur, die nur den einfachen täglichen Bedarf decken, nicht präsent. Dagegen gibt es eine Vielzahl sozialer, vornehmlich karitativer Einrichtungen, deren Arbeitsplätze allerdings kaum für die hier in Rede stehende Gruppe der Türken verfügbar sind. Ein Teil der Wohnungen in den Zeilenbauten ist saniert, andere wiederum sind sichtbar heruntergekommen, insbesondere bei einigen Hochhäusern zeigen sich deutliche Zeichen der Desinvestition (verwahrloste Eingänge, kaputte Briefkästen und Klingelleisten). Der größte Hochhauskomplex befindet sich im Klingenthal. Da sich kein Investor fand, soll er abgerissen werden. Es gab Versuche der Privatisierung von Wohnungen, die nur sehr mäßig erfolgreich waren.

Linden-Nord ist ein ehemaliges Arbeiterquartier. Es grenzt an die hannoveraner Innenstadt, die Wohnungen entsprechen durch die Sanierungen der letzten Jahre weitgehend heutigen Standards. Innerhalb des dicht gebauten Stadtteils fehlen Grünflächen, was aber durch den angrenzenden Fluß und einen Park kompensiert wird. Es gibt eine lebendige Einkaufsstraße und mehrere öffentliche Plätze. Das Gebiet entspricht mit seiner dichten funktionalen Mischung von Geschäften, kleinen Gewerbebetrieben, Cafes und Kneipen dem Bild eines **lebendigen innerstädtischen Gebiets**. Sehr viel weniger auffällig als in VO ist die soziale Infrastruktur. Dagegen gibt es mehrere selbstorganisierte Einrichtungen.

Städtebauliche Gestalt, Lage, Zustand und Ausstattung der Wohnungen, funktionale Mischung und infrastrukturelle Ausstattung lassen LN als sehr viel attraktiver erscheinen im Vergleich zum monofunktionalen VSO. Die subjektive Bewertung der beiden Stadtteile durch die befragten Türken entspricht aber diesem „Vor“-Urteil keineswegs. **„Eine der schönsten Gegenden Hannovers“**, so eine Befragte, die keineswegs mit ihrem Urteil allein bleibt. Die Erklärung ist einfach. Die von uns befragten Türken der zweiten Generation **entsprechen eben der Zielgruppe, für die diese Gebiete geplant waren: Junge Familien mit kleinen Kindern**, dem Mann als Ernährer, der tagsüber auf Arbeit ist, der Frau als Hausfrau und Mutter, die allenfalls einer Teilzeitarbeit nachgeht (Gestring et al, 2003). Die sehr dünne Versorgung mit **kommerzieller Infrastruktur** wird ebenfalls nicht kritisiert. Man bekäme alles, was man brauche. Inwieweit hier neben der Grundzufriedenheit mit dem familienfreundlichen Stadtteil auch Armut und daher bescheidene Ansprüche eine Rolle spielen, ist nur zu vermuten. In LN wird nämlich die Vielzahl der Läden, Cafes, der lebendige, auch von Nicht-Lindenern aufgesuchte Stadtteil positiv hervorgehoben. Daß dies auch reale Vorteile bietet zeigt sich in den weniger homogenen und weiter gespannten sozialen Kontakten der Lindener (Dazu weiter unten).

Erstaunlich ist die große Distanz der von uns Befragten zu den karitativen Einrichtungen, sofern diese sich nicht an Kinder richten. Trotz der hohen Sichtbarkeit **sozialer Einrichtungen** in VO zeigen sich die Befragten fast gar nicht über deren Existenz informiert geschweige denn, dass sie sie nutzen würden. Dasselbe gilt für LN.

Die **funktionale Mischung** in LN hat dazu geführt, dass die Befragten in LN häufiger von Gelegenheitsarbeiten und von Jobmöglichkeiten im Stadtteil berichten. Das gilt auch für die Frauen, die besonders auf nahräumliche Arbeitsmöglichkeiten angewiesen sind. Einige der Türken der zweiten Generation haben sich auch im Stadtteil selbständig gemacht, ein Risiko, dass keiner in VO

eingegangen ist, schon wegen Mangel an räumlichen Gelegenheiten und an Laufkundschaft. In LN dagegen gibt es eine ausgeprägte türkische Infrastruktur.

**Fazit:** VO erfüllt die Ansprüche traditioneller Familien mit traditioneller Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau. Wo dieses Modell noch funktioniert, funktioniert auch der Stadtteil. Aber angesichts der Probleme auf dem Arbeitsmarkt und der sich wandelnden Rolle der Frau wird diese Lebensform auch unter den Türken längerfristig an Relevanz verlieren. Im übrigen bestätigen sich die Vermutungen, wonach innerstädtische, funktional gemischte Altbauquartiere bessere Voraussetzungen für soziale Kontakte und für ökonomisch relevante Tätigkeiten bieten.

### **Ad 2 Soziale Benachteiligung und soziale Ressourcen**

VO hat einen weit **überdurchschnittlichen Anteil von Sozialhilfeempfängern**: 23% (Hannover: 7,7%). Auch die SH-Quote der Türken liegt mit 31% über dem Durchschnitt von 21%. Diese Konzentration ist Resultat selektiver Wanderungen, der Belegungspolitik und negativer Karrieren der Ansässigen. Dagegen liegt die SH-Quote in LN mit 10% nur wenig über dem hannoveraner Durchschnitt. Der Anteil der Türken an allen Bewohnern ist mit etwas über 15% in beiden Stadtteilen der höchste aller Stadtteile Hannovers. Die Türken in Linden sind dort ebenfalls länger ansässig als die Deutschen, und auch Linden hat Wanderungsverluste.

Es gibt **keine** Anzeichen für die Entwicklung einer **Kultur der Armut**, in der für die Integration in den Arbeitsmarkt dysfunktionale Orientierungen vermittelt würden. Die sozialen Netze der Türken sind in beiden Quartieren **dominiert von Verwandtschaftsbeziehungen**. Aber während die Kontakte der Türken in VO fast ausschließlich auf die engste Familie konzentriert bleiben, sind die sozialen Netze in LN ethnisch etwas weniger homogen und umfassen häufiger Nicht-Verwandte. Die Lindener leben auch im Stadtteil. Dabei bestätigt sich die These von der „weakness of strong ties“ resp. der „strength of weak ties“ (Granovetter 1973): Je ethnisch und sozial homogener sowie quantitativ kleiner die Netze sind, desto weniger Ressourcen bieten sie. Die Lindener haben deshalb häufiger als die Varenheider Informationen über Job-Möglichkeiten aus ihren Netzen erhalten.

**Fazit:** Es sind das **soziale Milieu** der anderen (Russen, Kurden, Zigeuner), Sucht-Probleme und die üblichen männlichen Jugendlichen, die als **problematisch** gelten. Man kann sagen: die Ängste der Türken gleichen denen der Deutschen. Für die in der Literatur beschworene **Parallelgesellschaft** haben wir **keine Anzeichen** gefunden, auch nicht für die Vermittlung abweichender Verhaltensnormen. Auffällig aber ist die **Beschränkung der sozialen Netze** auf einen kleinen Kreis von Verwandten und die schärfere Abgrenzung gegen andere soziale Gruppen in der Großsiedlung. Auch hier schneidet das Innenstadtquartier etwas besser ab.

### **Ad 3 Politische Benachteiligung?**

In beiden Quartieren ist der Anteil der Wahlberechtigten niedriger als in anderen Stadtteilen Hannovers. Das dürfte am hohen Anteil von Ausländern liegen. Während aber in VO auch die Wahlbeteiligung weit unter dem hannoveraner Durchschnitt liegt, entspricht sie diesem in LN. LN weist auch einen hohen Anteil an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten auf. Also spricht alles zunächst dafür, dass LN in der Kommunalpolitik besser als VO repräsentiert ist. Aber es sind Zweifel angebracht, ob diese Präsenz den Türken zugute kommt. Die politischen Aktivitäten eines akademischen und

alternativen Milieus in LN dienen Interessen, die den Interessen türkischer Familien im Stadtteil nicht unbedingt parallel laufen. Die Türken in LN zeigen daher zu den politischen Aktivitäten und zivilgesellschaftlichen Organisationen, selbst zu den multikulturell orientierten, eine außerordentlich **große Distanz**. Sie dürfte mit den fehlenden Staatsbürgerrechten und mit Schichtzugehörigkeit zu erklären sein aber auch mit kultureller Distanz.

Verblüffend aber ist eine **doppelte Paradoxie des Politischen in VO**. Die türkischen Bewohner in VO zeigen wie die Lindener eine **hohe Distanz zur Politik** (Geilling et al 2002), **obwohl ihr Alltag weitgehend von Politik geprägt** ist.

Die zweite Paradoxie liegt in der Tatsache, dass der Stadtteil trotz der politischen Apathie seiner Bewohner fast kontinuierlich Gegenstand politischer Interventionen gewesen ist. Offenkundig ist die **Berücksichtigung des Stadtteils VO in der kommunalen Politik nicht mit der politischen Durchsetzungsfähigkeit seiner Bewohnerschaft zu erklären**. Dafür sind andere Faktoren verantwortlich: Die relative Überschaubarkeit einer Stadt wie Hannover, die verhindert, dass hier einzelne Stadtteile gleichsam vergessen werden können wie in Millionenstädten, die hohe Aufmerksamkeit der Presse für die Probleme der Großsiedlungen, die Tatsache, dass die kommunale Wohnungsbaugesellschaft dort viele Wohnungen besitzt und diese Gesellschaft in der hannoveraner Politik durchaus sich Gehör verschaffen kann, schließlich auch die trotz aller neoliberalen Diskussionen immer noch einflussreiche Tradition sozialpolitischer Verantwortung der Kommune wie des Staates.

**Fazit:** LN mit hohem politischem Aktivitätsniveau und VO mit niedrigem finden dennoch beide große politische Aufmerksamkeit. Unter den Bedingungen deutscher Kommunalpolitik ist die **politische Durchsetzungsfähigkeit** der Bewohner anscheinend **keine notwendige Voraussetzung** dafür, dass ein Stadtteil in der Kommunalpolitik Berücksichtigung findet. Insofern kann von einer benachteiligenden Wirkung des Stadtteils auf die politische Berücksichtigung der Interessen seiner Bewohner nicht gesprochen werden. Allerdings ist fraglich, ob die jeweiligen Kanäle, auf denen Angelegenheiten der Stadtteile in das politische System transportiert werden, die Aktivitäten politisch engagierter deutscher Gruppen und der Einfluß einer Wohnungsbaugesellschaft, geeignet sind, die Interessen türkischer Familien zu transportieren.

#### **Ad 4: Stigmatisierung**

Ein Wohnquartier kann aus den verschiedensten Gründen stigmatisiert, also verrufen sein: wegen seiner Architektur, wegen einer benachbarten Müllkippe, häufig aber wegen seiner Bewohner, denen negative Merkmale wie Armut, Arbeitslosigkeit, Kriminalität... zugeschrieben werden. Auch für VO gilt jene charakteristische **Assoziation von Randgruppen und Hochhäusern**, die das Bild von den Großsiedlungen am Stadtrand in der BRD prägt.

Die Tatsache des Stigmas ist den Bewohnern von VO durchaus bewusst. Ein Gefühl des „Wir Varenheidener“ kann sich hier nicht entwickeln. Fast die Hälfte des Quartiers äußert Befürchtungen hinsichtlich der Bedingungen, unter denen Kinder hier aufwachsen. Viele würden auch wegziehen,

wenn nicht ihre Familienangehörigen hier wohnen würden. Aber auch die, die solche Befürchtungen äußern, sehen sich selber noch nicht unmittelbar bedroht. Sie haben drei Strategien des Umgangs, die auch aus anderen Untersuchungen bekannt sind (Tobias/Boettner 1992; Dubet/Lapeyronnie 1994; Hanhörster/Mölder 2000):

- Die selbstbewusste **Zurückweisung** ist in VO nicht zu finden, aber in LN. Einige bezeichnen sich stolz als Lindener. Das tut keiner der Türken in VO, hier ist man allenfalls Hannoveraner.
- Das **blaming of the other** ist die verbreitetste Reaktion in beiden Stadtteilen. Man hält ein positives Selbstbild aufrecht, indem man sich von anderen – anderen sozialen Gruppen: den besoffenen Deutschen, den türkischen jungen Männern in getunten Autos, oder bestimmten Teilgebieten: Straßenzügen, einzelnen Hochhäusern, die man für das schlechte Gesamtbild verantwortlich macht – absetzt.
- **Umzug** in einen anderen Stadtteil resp. **Rückzug** in ein Glück im Winkel. Hier wird das schlechte Image als übermächtig erfahren, vor dem man sich durch Wegzug schützen müsste, wenn hier nicht die Familie wohnen würde.

**Fazit:** Die **Stigmatisierung** des Quartiers VO ist die **härteste Benachteiligung** für die türkischen Bewohner. Die Lindener sind davon kaum betroffen. Stigmatisierung ist ein gesellschaftlicher Definitionsprozeß mit handfesten Folgen. Sie bestätigt die soziologische Erkenntnis von den realen Wirkungen sozialer Konstruktionen.

Was wir nicht gefunden haben ist die stolze Identifikation mit dem Stigma, wie sie Dubet/Lapeyronnie (1994, S.106) berichten: „Der Stolz, zur Welt der Ausgestoßenen zu gehören, in der man hart sein muß“. Offenkundig ist in deutschen Wohngebieten der Prozeß sozialer Ausgrenzung noch lange nicht so weit fortgeschritten wie in anderen europäischen Ländern oder gar in den USA. Aber die Stigmatisierung ist ein einflussreicher Faktor auf dem Weg in diese Richtung

Seine problematische und längerfristig hoch folgenreiche Wirkung entfaltet das Stigma dadurch, dass es soziale, ökonomische und politische Teufelskreise in Gang setzen kann, die das Gebiet in eine Abwärtsspirale treiben:

Ein **sozialer circulus vitiosus** wird durch selektive Wanderungen ausgelöst: Wer kann, verlässt ein Gebiet mit schlechter Adresse. Dadurch verschlechtert sich die Nachbarschaft und das Angebot an marktförmig organisierten Gütern und Dienstleistungen wird wegen sinkender Kaufkraft ausgedünnt, was wiederum weitere Abwanderung derer, die sich einen Umzug leisten können, zur Folge hat.

Ein **ökonomischer circulus vitiosus** kann bei den Immobilieneigentümern ausgelöst werden. Der Fortzug zahlungskräftiger Mieter schmälert die Erträge, was Eigentümer durch Verzicht auf Instandhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen versuchen können aufzufangen. Wenn ein Eigentümer so handelt, kann das über negative Nachbarschaftseffekte analoges Verhalten bei anderen Eigentümern induzieren. Die heruntergekommene Immobilie strahlt auf ihre Nachbarschaft aus, sie verschlechtert die Vermietbarkeit oder Verkäuflichkeit der benachbarten Gebäude, sodaß sich auch hier Investitionen nicht mehr lohnen. Die Bausubstanz des Quartiers verkommt.

Vor allem unter Bedingungen des Schrumpfens können über Zeit selektive Abwanderung und Desinvestition zu einer Situation kumulieren, in der eine benachteiligte Bevölkerung unter benachteiligenden Wohnverhältnissen leben muß. Dann wird in sozialwissenschaftlichen Studien sorgfältig belegt, dass es sich um einen sozialen Brennpunkt handelt, das Stigma wird

wissenschaftlich bestätigt. Das kann einen **politischen circulus vitiosus** auslösen: Um in der Konkurrenz um Fördergelder bestehen zu können, müssen die Advokaten des Gebiets die Situation so dramatisch wie möglich darstellen, z.B. in dem man das Untersuchungsgebiet so abgrenzt, dass die besseren Straßenzüge ausgeklammert bleiben. Das Gebiet wird so auch **offiziell stigmatisiert**. Die von uns untersuchten türkischen Migranten der zweiten Generation scheinen wie auf dem Arbeitsmarkt, wo sie im schrumpfenden Segment industriell-gewerblicher Arbeit konzentriert sind, auch auf dem Wohnungsmarkt **in einem absteigenden Segment gefangen** zu sein. Gefangen scheint ein zu starkes Wort dafür angesichts der entspannten Lage auf dem hannoveraner Wohnungsmarkt. Aber aus einer Mischung aus objektiven (Diskriminierung, Kaufkraft) und subjektiven (Familienbindung, Informationsverhalten) Faktoren kreisen die Wohnkarrieren der befragten Türken überwiegend in ihrem jeweiligen Stadtteil. Auch jetzt äußert die überwiegende Mehrheit keine Umzugswünsche. Für die Lindener hat das keine gravierenden Konsequenzen. Aber für Bewohner von VO könnte die Stigmatisierung ihres Stadtteils einen kollektiven Abstieg zur Folge haben. Auch wenn sie individuell eine positive Entwicklung durchlaufen haben, geschieht das in einem Behälter, der sich nach unten bewegt. Im wahrsten Sinne gefangen darin sind diejenigen, denen die nach objektiven Kriterien positivste Wohnkarriere gelungen ist: die Erwerber von Wohneigentum in Varenheide Ost. Nur wenige haben auf die Kampagnen der Wohnungsbaugesellschaften in VO, durch Verkauf von Wohnungen den Stadtteil sozial zu stabilisieren, reagiert, indem sie Wohneigentum erworben haben. Unter diesen sind einige der von uns befragten Türken. Mit der Stigmatisierung des Stadtteils sinken die Chancen, ihre Wohnungen zu dem Preis wieder zu verkaufen, zu dem sie sie erworben haben. Eine Flucht vor dem Stigma müssten sie nicht nur mit der Entfernung von ihren Verwandten sondern auch mit herben ökonomischen Verlusten bezahlen.

### **Schlussfolgerungen**

Es ist in erster Linie die soziale und ökonomische Situation der Bevölkerung, die über das Schicksal eines Quartiers entscheidet. Sie unterscheidet sich in den beiden untersuchten Stadtteilen nur graduell. Da wir aber in unserer Untersuchung Alter, Nationalität und Schulabschluß und damit wesentliche Determinanten des sozioökonomischen konstant gehalten haben, sind die feststellbaren Unterschiede in den sozialen Beziehungen, den Verdienstmöglichkeiten und in den subjektiven Bewertungen ihrer Situation zumindest auch auf die Unterschiede der beiden Wohngebiete zurückzuführen. **LN bietet bessere Erwerbsmöglichkeiten, mehr Kontakte über die engere Verwandtschaft hinaus, damit auch leistungsfähigere soziale Netze, es leidet nicht unter Stigmatisierung, weshalb sich die Befragten auch eher in dem Stadtteil heimisch fühlen. Der Stadtteil eignet sich auch nicht als sichtbare Chiffre für eine symbolische Überhöhung der Randständigkeit seiner Bewohner.**

Ganz anders VO. Bis zum Jahr 2010 werden 20% der städtischen Belegrechte auslaufen (Kreibich 1997). Das zwingt zu weiterer Konzentration benachteiligter Gruppen in VO, da dort ein Großteil der sozial gebundenen Wohnungen sein wird. Wenn gleichzeitig die dort bereits ansässige Bevölkerung negative Karrieren auf dem Arbeitsmarkt erlebt und weiterhin bessergestellte Haushalte abwandern, dann kann VO zu einer „Armutsinsel“ (Kreibich 1997) werden. Auch die geplanten Abrisse von Hochhäusern werden an der negativen Sichtbarkeit des Stadtteils kurzfristig wenig ändern.

### Was ist zu tun?

Den Zuzug von deutschen Mittelschichtsangehörigen anzustreben, ist ein illusionäres Ziel. Angesichts der aufgrund entspannter Wohnungsmärkte sich beschleunigenden selektiven Abwanderung muß das erste Ziel sein, „**bessere**“ **Haushalte**, vor allem solche aus dem Kreis der Zuwanderer, im Gebiet zu **halten**. Sie können als Vorbilder und als lokale Eliten fungieren. Trotz der oben genannten Einschränkungen ist dazu die breite Palette baulicher Maßnahmen, die überall in deutschen Großsiedlungen unternommen werden, notwendig. Ebenso die häufig praktizierte Freistellung von der Fehlbelegungsabgabe und der Belegungsbindung.

Integrationsmaßnahmen sind **in den Quartieren** anzubieten und sie müssen durch eine **aufsuchende** Werbung den Adressaten nahegebracht werden.

Eine entscheidende Bedeutung kommt den **Schulen** zu. Sie müssen zu **Bürgerhäusern für Kinder und Eltern** ausgebaut werden.

Integration ist ein konflikthafter und langwieriger Prozeß. Um ihn erträglich zu halten, sind Mechanismen der **Konfliktmoderation** nötig.

**Freiwillige Segregation** auf Basis kultureller Nähe, insbesondere bei Verwandten, **ist zuzulassen**. Segregation dagegen, die durch Diskriminierung und Nachfrageschwäche erzwungen ist, muß verhindert werden.

**Öffentliche Räume** und öffentliche **Anlässe**, die Begegnung erlauben. Zur Öffentlichkeit eines städtischen Raums gehört nicht nur die Zugänglichkeit für alle Stadtbewohner sondern auch die **Präsenz der Symbole** der verschiedenen Kulturen. Moscheen sind auch „islamische Bürgerhäuser“ (Leggewie).

**Ethnische Ökonomien** sind zu fördern.

Vor allem muß der **Stigmatisierung entgegengewirkt** werden.

### Literatur

Callies, Oliver (2003): Nachbarschaft als Abseitsfalle? Hamburg, VSA

Dubet, Francois und Didier Lapeyronnie (1994): Im Aus der Vorstädte. Stuttgart

Friedrichs, Jürgen und Jörg Blasius (2000): Leben in benachteiligten Wohngebieten. Opladen, Leske und Budrich

Farwick, Andreas (2004): Segregierte Armut: Zum Einfluß städtischer Wohnquartiere auf die Dauer von Armutslagen. In: Häußermann, Hartmut et al (Hg): An den Rändern der Städte. Ffm edition suhrkamp

GdW (Hg) (1998): Überforderte Nachbarschaften. GdW Schriften 48, Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. Köln, Berlin

Geilling, Helko et al (2002): Hannover-Varenheide-Ost. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hg): Die Soziale Stadt. Berlin, Difu, S.152-167

Gestring, Norbert et al (2003): Als Gegend eine der schönsten Hannovers. Migranten in einer Großsiedlung. In: Informationen zur Raumentwicklung, H.3/4, S.207-216

Göschel, Albrecht (1987): Lokale Identität: Hypothesen und Befunde über Stadtteilbindungen in Großstädten. In: Informationen zur Raumentwicklung, H.3 S.91-107

- Häußermann, Hartmut und Andreas Kapphau (2004): Berlin: Ausgrenzungsprozesse in einer europäischen Stadt. In: Häußermann, Hartmut et al (Hg): An den Rändern der Städte. Ffm edition suhrkamp
- Häußermann, Hartmut und Walter Siebel (2000): Wohnverhältnisse und Ungleichheit. In: Harth, Anette et al.(Hg.): Stadt und soziale Ungleichheit. Opladen, Leske und Budrich, S. 120-140
- Dieselben (2001): Soziale Integration und ethnische Schichtung. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission Zuwanderung.
- Dieselben (2004): Die Stadt als Ort der Integration von Zuwanderern. In: vorgänge H1 (märz 2004) S.9-19
- Handschuh, Cigdem (2003): Die Darstellung türkischer Migranten in ausgewählten Hannoverschen Tageszeitungen: Bestandteil eines positiven oder negativen Images? Diplomarbeit, Oldenburg, Carl von Ossietzky Universität
- Hanhörster, Heike und Margit Mölder (2000): Konflikt- und Integrationsräume im Wohnbereich. In: Heitmeyer, Wilhelm und Raimund Anhalt (Hg): Bedrohte Stadtgesellschaft, Weinheim/München, Juventa, S.347-400
- Herlyn, Ulfert et al (1991): Armut und Milieu. Benachteiligte Bewohner in großstädtischen Quartieren. Basel
- Herlyn, Ulfert (1998): Milieu. In: Häußermann, Hartmut (Hg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen, Leske und Budrich, S. 152-162
- Infas (1990): Vergleichende Untersuchung von vier Hamburger Großsiedlungen. Bonn-Bad Godesberg
- Janssen, Andrea (2004): „Es ist ne soziale Gegend“ – Benachteiligende Effekte in Migrantenvierteln?, Vortragsmanuskript, Darmstadt 2004
- Heil, Karolus (1974): Neue Wohnquartiere am Stadtrand. In: Wolfgang Pehnt (Hg.): Die Stadt in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart, Reclam, S.181-200
- Heitmeyer, Wilhelm (1998): Versagt die Integrationsmaschine Stadt? In: Ders.et al. (Hg): Dike Krise der Städte. Ffm, edition suhrkamp S.443-467
- Janßen, Andrea (2001): Segregation in einem hannoveraner Stadtteil. Oldenburg, Diplomarbeit an der Carl von Ossietzky Universität
- Janssen, Andrea (2004): Es ist ne soziale Gegend – Benachteiligende Effekte in Migrantenvierteln? Darmstadt, Vortragsmanuskript
- Jessen, Johann (1998): Großsiedlungen – West. In: Häußermann, Hartmut (Hg): Großstadt – soziologische Stichworte. Opladen, Leske und Budrich, S.104-114
- Keim, Rolf und Rainer Neef (2003): Handlungsfähig in Armut. Über Erwerbskombinationen und Haushaltsstrategien in Problemvierteln. In: Informationen zur Raumentwicklung H.3/4 S.217-229
- Kreibich, Volker et al (1997): Wohnungsversorgung sozial Benachteiligter in der Landeshauptstadt Hannover. Hannover, Landeshauptstadt
- Kronauer, Martin und Berthold Vogel (2004): Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: Was sind Quartierseffekte, was Lageeffekte? In: Häußermann, Hartmut et al (Hg.): An den Rändern der Städte. Frankfurt/Main, edition suhrkamp S.235-257
- Lewis, Oscar (1961): The children of Sanchez. New York, Random House

Morris, Lydia (1987): Local social polarization. In: International Journal of sUrban and Regional Research, 11, 3, S.331-350

Saldern, Adelheid von (1995): Häuserleben. Bonn, Dietz

Tobias, Gertrud und Johannes Boettner (Hg.) (1992): Von der Hand in den Mund. Armut und Armutsbewältigung in einer westdeutschen Großstadt. Essen

Wacquant, Loic (2004): Roter Gürtel, schwarzer Gürtel. In: Häußermann et al (Hg): An den Rändern der Städte. Ffm, edition suhrkamp S.148-200

Wilson, William Julius (1987): The truly disadvantaged. Chicago, London, the University of Chicago Press

## **Walter Siebel: Objektive und subjektive Faktoren der Integration resp. der Ausgrenzung von Migranten**

### **(Überarbeitete Fassung eines Gutachtens für die Schader-Stiftung)**

Innerhalb der in Deutschland wohnenden gegenwärtig knapp 8 Mio Ausländer ist zwischen drei Wanderungstypen zu unterscheiden: den **Einwanderern**, den **Transnationalen**, die dauerhaft sowohl hier wie in einem anderen, in der Regel ihrem Herkunftsland leben, und den **Transitorischen**, die nur vorübergehend sich in der BRD aufhalten: den Studenten, Kriegsflüchtigen, Saisonarbeitern und klassischen Gastarbeitern. Transnationale und Transitorische stellen wenn, dann andere Integrationsprobleme als die Einwanderer. Auf letztere konzentrieren sich die folgenden Ausführungen.

Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die Studie der AG Stadtforschung: „Zwischen Integration und Ausgrenzung. Lebensverhältnisse türkischer Migranten der zweiten Generation“, bearbeitet von Norbert Gestring, Andrea Janßen, Aica Polat und Walter Siebel.

Dabei sind vier **Grundannahmen** der Studie zu beachten:

1. Ausgrenzung und Integration werden nicht als Zustände definiert sondern als **Prozesse**.
2. Gesellschaftliche Ausgrenzung hat **mehrere Dimensionen**: Ausgrenzung auf dem **Arbeitsmarkt**, auf dem **Wohnungsmarkt** oder aus **sozialen Beziehungsgeflechten**. Zwischen diesen Dimensionen der Ausgrenzung bestehen Wechselwirkungen.
3. Die Qualität von Karrieren auf dem Arbeits- oder dem Wohnungsmarkt sind sowohl **objektiv wie subjektiv definiert**. Wer, obwohl nicht in den Arbeitsmarkt integriert, mit seiner Situation zufrieden ist (z.B. aufgrund der gewünschten Rolle als Hausfrau und Mutter), kann nicht als ausgegrenzt beschrieben werden.
4. Integration und Ausgrenzung sind zweiseitige Prozesse. Sie sind **durch strukturelle und durch personale Faktoren zu erklären**. Die Menschen sind nicht nur Opfer der Verhältnisse. Sie tragen durch eigene Entscheidungen,

Verhaltensweisen und Orientierungen dazu bei, ob sie an den Rand der Gesellschaft geraten oder in deren Mitte.

Eine derart komplexe Fragestellung verlangt zunächst eine qualitative Studie. Wir haben deshalb ausführliche biographische Interviews mit Migranten der zweiten Generation und eine Vielzahl von Experteninterviews durchgeführt. Die dadurch bedingte geringe Fallzahl erlaubt keine statistisch repräsentativen Aussagen, unsere Ergebnisse werden aber durch andere Studien, soweit diese ähnliche Fragen verfolgen, bestätigt.

## **I Integration und Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt**

Fast ein Drittel unserer Befragten hat eine Ausgrenzungskarriere auf dem Arbeitsmarkt gemacht. Ein Fünftel ist in einer prekären Situation, nur bei weniger als der Hälfte der Männer kann gemessen an den oben genannten niedrigen Standards von einer Integrationskarriere gesprochen werden. Sie entspricht hinsichtlich der Branchen, der Qualität der Beschäftigung, der Arbeitsmarktsegmente und den Ansprüchen an Arbeit dem Muster der ersten Gastarbeitergeneration. Man kann daher von einer „**Verlängerung des Gastarbeitermodells**“ sprechen. Aber die zweite Generation benötigte, um auch nur das zu erreichen, bereits eine Facharbeiterqualifikation und zusätzlich „Glück“. Die Älteren hatten etwas mehr „Glück“ als die Jüngeren, weil sie zu einem Zeitpunkt in den Arbeitsmarkt kamen, als die strukturellen Schwierigkeiten sich noch nicht gravierend auf die Chancen von niedrig Qualifizierten auswirkten. Bei den Frauen kann dagegen weniger von Ausgrenzung gesprochen werden, obwohl ihre Arbeitsmarktschicksale nach den objektiven Verläufen dies häufiger rechtfertigen würden. Aber ihnen steht entsprechend ihren eigenen Erwartungen und denen ihrer Bezugsgruppen die Statusalternative Hausfrau und Mutter offen. Knapp ein Drittel hat dementsprechend überhaupt keine Orientierung auf den Arbeitsmarkt. Ein weiteres Drittel aber ist gegen ihren Willen aus dem Berufsleben ausgeschieden, teils auf Druck der Familie, teils wegen fehlender Qualifikationen, teils auch wegen Diskriminierungserfahrungen.

### **Strukturelle Faktoren**

Die „Gastarbeiter“ erhielten ohne größere Schwierigkeiten noch einen halbwegs sicheren Arbeitsplatz, wenn auch mit standardisierten, inhaltsleeren, gering qualifizierten Tätigkeiten – die sog. „Modernisierungsausgesparten“ (Schumann, 2002). Die zweite Generation gehört dagegen zu den „Modernisierungsbedrohten“ mit prekärer Beschäftigung. Die befragten Männer sind alle entweder gar nicht oder gewerblich qualifiziert. Damit sind sie auf ein auch in Hannover stark **schrumpfendes Segment des Arbeitsmarkts** angewiesen. Von 1992 bis 2000 gingen in der Region Hannover jährlich 2,7% der industriellen Arbeitsplätze verloren (Brandt 2003, 82). Auch die Firmen, deren Gatekeeper im Rahmen unserer Studie befragt wurden, haben Arbeitsplätze abgebaut, in einem Fall sogar zwei Drittel.

Auch dieses Segment des Arbeitsmarktes ist mehr und mehr nur noch über **hohe Hürden** zugänglich. Größere Betriebe haben ein System hintereinandergeschalteter Filter aufgebaut, das durchlaufen haben muß, wer einen unbefristeten Vertrag erhalten will. VW, der von den meisten Befragten als Ziel ihrer Karriere angestrebte Arbeitgeber, stellt auch am Band nur Facharbeiter ein, die nach mehreren Eignungstest und längerer Beschäftigung über die VW-eigene Zeitarbeitsfirma zunächst befristet und dann erst unbefristet eingestellt werden.

Ferner spielt die **Konjunktur** und damit der **Zeitpunkt des Einstiegs** in den Arbeitsmarkt eine Rolle. Anfang der 80iger war die Konjunktur schwach. Dadurch hatten Migranten zu dieser Zeit besondere Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz und anschließend eine adäquate Beschäftigung zu finden. Die kombinierten Effekte von strukturellem Wandel und schwacher Konjunktur haben seit 92 die Arbeitslosenquote in Hannover stark steigen lassen. Sie lag 2004 bei 12,7%. Die Arbeitslosigkeit der Hannoveraner ohne deutschen Paß war fast drei mal so hoch: 28,6%.

Über **Diskriminierungserfahrungen** wird von einem Drittel der Befragten berichtet. Ein weiteres Drittel spricht von einem vagen Gefühl, diskriminiert zu werden. Auch die Interviews mit Gatekeepern haben Hinweise auf diskriminierende Praktiken erbracht. Bei den Frauen ist der Anteil derer, die von Diskriminierung berichten,

höher. Von den sieben Kopftuchträgerinnen hat nur eine keine Erfahrung mit Diskriminierung gemacht. Sie hat sich nämlich nie um einen Arbeitsplatz beworben. All das sind allerdings nur Hinweise aus unseren Interviews. Über die faktische Bedeutung von Diskriminierung für die Arbeitsmarktchancen der Migranten kann damit nichts ausgesagt werden.

**Segregation und Massenmedien:** Größe der Bevölkerungsgruppe, räumliche Konzentration, der Ausbau einer ethnischen Infrastruktur und vor allem die Verfügbarkeit türkischsprachiger Massenmedien erlauben es den Türken, ohne die deutsche Sprache zu beherrschen, ihren Alltag hier zu leben. Vor her war neben der Arbeit der Zugang zu deutschen Massenmedien ein wesentlicher Grund, Deutsch zu lernen. Sprachbeherrschung aber ist wesentliche Voraussetzung für den Zugang zu besseren Berufen.

### **Personale Merkmale**

Hier stehen an erster Stelle die mangelhaften beruflichen Qualifikationen. Dieser Mangel ist sowohl strukturell (s.O.) wie subjektiv bedingt. Zwar sind zwei Drittel aller Interviewten an der ersten Schwelle zunächst erfolgreich. Sie beginnen nach der Schule eine Ausbildung. Aber fast die Hälfte von ihnen beendet die Ausbildung nicht. Die Befragten haben überwiegend eine rein **instrumentelle Auffassung von beruflicher Arbeit**: Sie ist Mittel zum Geldverdienen, um eine Familie ernähren zu können. Gute Arbeit ist Arbeit, die viel Geld möglichst schnell einbringt und die sicher ist, d.h. bei einer großen Firma. Nur einige bedauern ihre verspätete Einsicht in die Bedeutung beruflicher und schulischer Qualifikationen.

. Die Männer absolvieren überwiegend eine gewerbliche Ausbildung als Lackierer, Mechaniker, Maler, Maurer, die Frauen in niedrig qualifizierten Dienstleistungsberufen wie Friseurin, Verkäuferin, Schneiderin. Diese den **traditionellen Geschlechtsrollen entsprechende Berufswahl** führt sie in Arbeitsmarktsegmente, die wenig aussichtsreiche Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Das zeigt sich bereits an der zweiten Schwelle beim häufig scheiternden Versuch, einen qualifikationsgemäßen Arbeitsplatz zu finden. Die Abbruchquote der Frauen ist zwar höher als die der Männer, aber sie sind, wenn sie die Ausbildung abgeschlossen haben, zunächst die Frauen etwas erfolgreicher als die Männer. Faßt man die Situation unserer Befragten nach der zweiten Schwelle zusammen, so ist

die große Mehrheit ohne berufliche Ausbildung. Von den 21 mit abgeschlossener Berufsausbildung sind nur 9 zunächst im gelernten Beruf tätig, davon sind drei Männer, sechs Frauen, 3 sind arbeitslos, 2 sind Hausfrauen und 7 sind im unspezifischen Arbeitsmarktsegment beschäftigt.

Das **Einreisealter** ist wesentlich für den Schulerfolg und den Erwerb der deutschen Sprache. Wir haben das Einreisealter bei unserem Sample konstant gehalten (<12 Jahre). Beobachtbar waren aber die massiv negativen Wirkungen längerer **Zwischenaufenthalte in der Türkei**. Sie führten zur Unterbrechung des Schulbesuchs, in einigen Fällen über Jahre, was wiederum schlechte Schulabschlüsse zur Folge hatte mit allen Konsequenzen für die Arbeitsmarktkarrieren, denn Arbeitsmarktkarrieren werden heute vorrangig schon im Ausbildungssystem entschieden, nicht später im Arbeitsmarkt.

Bei der Suche nach Arbeit überwiegt eine **Gelegenheitsorientierung**: man nimmt, was sich bietet. Die meisten unserer Befragten sind eher zufällig an ihre Arbeitsplätze gekommen als dass sie zielorientiert nach bestimmten Beschäftigungen gesucht hätten. Ausnahme ist nur der Wunsch, bei VW einen unbefristeten Vertrag zu halten als Verwirklichung des zentralen Anspruchs an eine gute Arbeit, nämlich Sicherheit und gutes Geld. „Egal was, Hauptsache Arbeit“ ist eine für Hauptschulabgänger typische Verhaltensweise (Dietz et al. 1997; Hübner-Funk 1988). Das ist sowohl auf eine realistische Einschätzung der eigenen Chancen zurückzuführen – man weiß, dass man keine große Wahl hat – wie bei unseren Befragten auch auf die Erfahrungen im Herkunftsland, die die Befragten von ihren Eltern übernehmen. Der türkische Arbeitsmarkt lässt noch weniger als der deutsche langfristige Planung zu. Die Gelegenheitsorientierung ist somit beides: einerseits realistische Anpassung an die eigene Situation, in der die Festlegung auf ein bestimmtes Berufsziel nur die eigenen Chancen, überhaupt einen Ausbildungsplatz zu bekommen, zusätzlich verschlechtern würde. Andererseits erhöht sich dadurch die Gefahr der Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt, da gar keine oder nur eine wenig zukunftssträchtige Ausbildung absolviert wird. Rein instrumentelle Arbeitsauffassung und die Orientierung auf kurzfristig sich bietende Gelegenheiten sind längerfristig auf dem deutschen Arbeitsmarkt dysfunktional.

Die **Familie** spielt bei der Vermittlung solcher kontraproduktiver Orientierungen eine entscheidende Rolle. Sie zählt zu den **wesentlichen Restriktionen für eine Integration in den Arbeitsmarkt** (s.u. 3. Die soziale Dimension).

Nur elf Männern und fünf Frauen unseres Samples ist – selbst gemessen an dem niedrigen Niveau der Karrieren insgesamt- eine Integrationskarriere gelungen, die in einen zwar gering qualifizierten aber vergleichsweise sicheren und gut bezahlten Beruf geführt hat. Und dass ihnen das gelungen ist, verdanken sie im wesentlichen **Zufall und Charakter**: sehr viel Engagement bei der Arbeitssuche oder auch der glückliche Umstand, zum richtigen Zeitpunkt an einem Betrieb vorbeigegangen zu sein, aus dem man angesprochen wird, ob man nicht eine Arbeit suche.

## **II Integration und Ausgrenzung auf dem Wohnungsmarkt**

Unterschiede in den Wohnbiographien betreffen weniger das Grundmuster von: Wohnen bei den Eltern - Heirat und weiterer Verbleib bei den Eltern - Auszug bei Ankunft des ersten Kindes und nochmaliger Umzug bei weiterem Nachwuchs. Die Unterschiede betreffen im wesentlichen nur das Versorgungsniveau, auf dem sich die Karrieren vollziehen. Ungefähr 40% unserer Befragten haben gegenüber ihrer Ausgangssituation bei den Eltern einen allerdings meist bescheidenen Aufstieg in der Wohnungsversorgung erreicht, beispielsweise eine Drei-Zimmer-Wohnung von 80qm mit Balkon und Bad für vier Personen. Der Vergleich mit der Situation der Eltern lässt die Befragten ihre Wohnkarriere auch als Aufstieg bewerten. Ebenfalls 40% der Befragten erzielen keine Verbesserung gegenüber der elterlichen Wohnung. Die restlichen 20% haben einen Abstieg auf dem Wohnungsmarkt erfahren. Darunter ist nur ein Fall, der in die Wohnungslosigkeit geführt hat.

### **Erklärungen**

#### **Objektive Faktoren**

An erster Stelle ist die **Integration des Mannes in den Arbeitsmarkt** zu nennen. Da die Frauen nur unwesentlich zum Haushaltseinkommen beitragen, spielt ihre Arbeitsmarktsituation kaum eine Rolle. Bei den Migranten ist deshalb die sonst

wichtige Unterscheidung von Individual- und Haushaltseinkommen als dem für die Wohnungsversorgung entscheidendem zu vernachlässigen.

Von den **strukturellen Veränderungen** auf dem Wohnungsmarkt durch Gentrifizierung und Abbau des sozialen Wohnungsbaus sind die Befragten gegenwärtig allenfalls **indirekt** betroffen. Die sehr viel angespanntere Lage auf dem Wohnungsmarkt hatte einige, die nicht in Vahrenheide aufgewachsen waren, dorthin geführt, weil nur dort Sozialwohnungen für sie frei waren. Einige sind auch auf Wohneigentum ausgewichen angesichts der Schwierigkeiten, bessere Mietwohnungen zu erhalten. In Zeiten der Wohnungsknappheit ist der **soziale Wohnungsbau** so etwas wie die letzte Zuflucht. Jetzt, angesichts der Entspannung auf dem Wohnungsmarkt aber bedeutet, in einer Sozialwohnung in Vahrenheide-Ost zu leben, eine schlechtere Versorgung zu höheren Preisen als in einer Privatwohnung in Linden-Nord. Die Konjunktur und damit das **Datum des Einstiegs** in den Wohnungsmarkt ist deshalb ebenfalls von Bedeutung.

Neben dem Einkommen spielt der **Sozialstaat** eine ganz **wesentliche Rolle**. Er ist in erster Linie für die Tatsache verantwortlich, dass wir mit einer Ausnahme keinen harten Fall von Ausgrenzung auf dem Wohnungsmarkt gefunden haben. Dieser eine Fall ist ein extremer Sonderfall, der nicht aus Mechanismen des Wohnungsmarktes zu erklären ist. Es handelt sich um eine Frau, die nach ihrer Scheidung von ihrem Mann aus Angst vor der Rache seiner Familie sich nicht traut, eine eigene Wohnung, die das Sozialamt ihr finanziert, zu beziehen. Die übrigen Fälle, bei denen sich im Verlauf der Wohnbiographie die Versorgung verschlechtert hat, stammen alle aus Linden-Nord, wo der soziale Wohnungsbau nicht dominiert.

Wohngeld und Sozialhilfe spielen in unserem Sample nur bei einigen Frauen eine Rolle, da aber eine sehr wesentliche. Daß Frauen nach einer Trennung von ihrem Ehemann trotz Arbeitslosigkeit oder sehr geringem eigenem Einkommen weder gezwungen sind, zu ihren Eltern zu ziehen, noch in Wohnungsnot geraten, ist ausschließlich auf **sozialstaatliche Transferleistungen** zurückzuführen. In diesen Fällen bewährt sich der Sozialstaat auch als Stütze für Emanzipationsprozesse.

**Diskriminierungserfahrungen** sind uns selten berichtet worden. Andererseits wissen wir aus den Interviews mit Gatekeepern des Wohnungsmarktes, dass

durchaus Tendenzen einer Diskriminierung von Ausländern und speziell Türken bestehen. Dabei sind persönliche Vorurteile weniger ausschlaggebend als rationale Überlegungen: man fürchtet, bei einem zu hohen Anteil von Ausländern um die Vermietbarkeit an „gute“ Mieter oder aber, dass Konflikte in der Nachbarschaft entstehen könnten. Wenn die Migranten selten von Diskriminierung berichten, dann weil sie selten entsprechende Gründe genannt bekommen, und weil die Quotierungsverfahren für sie nur in den seltenen Fällen sichtbar werden, wo sie von einer freien Wohnung wissen, die nicht ihnen sondern etwa deutschen Bewerbern gegeben wurde.

### **Subjektive Faktoren**

Bei den subjektiven Erklärungen für die Wohnkarrieren der Migranten steht an erster Stelle die enge **Bindung an die Familie**. Für nahezu alle Befragten war ein Wegzug aus dem Stadtteil, in dem die Familie wohnt, undenkbar. Dabei spielen Normen ebenso eine Rolle wie die Angewiesenheit junger Frauen mit Kindern auf familiäre Hilfen, insbesondere wenn sie erst kürzlich im Zuge ihrer Heirat nach Deutschland gekommen sind. Selbst eine bessere und billigere Wohnung wird häufig abgelehnt, wenn sie zu weit weg von den Verwandten gelegen ist. Dabei ist die fußläufige Entfernung wichtig, weshalb die Migranten sich bei der Wohnungssuche nicht nur auf einen Stadtteil sondern zuweilen auf ein paar Straßenzüge beschränken. In einigen Fällen wurde uns berichtet, wie schwierig es gewesen sei, eine Wohnung zu finden, von der aus Geschwister und Eltern gleichermaßen schnell zu Fuß erreichbar waren. Damit stimmen unsere Ergebnisse mit denen anderer Studien überein, wonach „die Pflege familiärer Netzwerke ... bei der Wohnstandortwahl eine zentrale Rolle“ spielt (Deutscher Bundestag 2000, 161; vgl. auch Nauck 1998; Hinrichs 2003, 30)

Die Migranten bedienen sich selten der formellen Wege über Makler und Annoncen bei der **Wohnungssuche**. Man verlässt sich auf Tipps aus dem sozialen Netz oder geht zur Wohnungsbaugesellschaft, bei der man bereits eine Wohnung hat. Am häufigsten wurde uns das Wohnungsamt genannt. Die wenigen, die Zeitungsannoncen beachten, sind die, die eine aufsteigende Wohnkarriere haben. Das ist plausibel, denn die übrigen Wege führen nur ausnahmsweise aus dem Segment des Wohnungsmarkts heraus, in dem sich die Migranten schon befinden.

Generell sind die **Ansprüche** der Migranten an die Wohnqualität **niedrig**: „Eine Sofa, mein Fernsehen, Bett, das reicht schon. Okay, gut, Heizung und Bad muss da sein natürlich“ (Interview). Wie aus der Bedürfnisforschung bekannt, bewegen sich die Ansprüche nur unwesentlich oberhalb dessen, was man glaubt, realisieren zu können bzw. realisiert hat (Reduktion kognitiver Dissonanz) bzw. was man bei der Bezugsgruppe – in unserem Sample die Generation der Eltern – kennen gelernt hat (Bezugsgruppentheorie).

## **II Die soziale Dimension: die Einbindung in soziale Netze**

Soziale Netze bieten emotionale Unterstützung, Informationen, materielle und praktische Hilfen. Sie sind daher von Bourdieu als ein soziales Kapital beschrieben worden. Ihre Leistungsfähigkeit wird durch ihre Größe und ihre Qualität bestimmt. Weitgespannte und heterogene Netze, die viele und verschiedene Personen umfassen, gelten als besonders leistungsfähig.

Die sozialen Netze der von uns Befragten sind danach schwach. Sie sind stark **auf die engere Familie zentriert, klein und sie schrumpfen im Zeitablauf**. Eine Konsequenz der **Familienzentriertheit** ist die hohe ethnische und gemessen an Bildungsstand und Position auch soziale **Homogenität** der Netze. Eine weitere Schwäche der sozialen Netze liegt in ihrer hohen **lokalen Bindung**. Die Netze sind sehr distanzempfindlich. Außerhalb des eigenen Stadtteils hat man kaum soziale Kontakte.

### **Erklärungen**

Familienzentriertheit, Homogenität und Lokalität sind typisch für die sozialen Netze von Angehörigen der Unterschicht (Young/Willmott 1957; Elias/Scotson 1993; Wagner 2002). Bei Migranten ist das noch ausgeprägter. Das hängt einmal mit der Situation der Migration zusammen. Man mußte viele Verwandte und Bekannte zurücklassen. Zum zweiten kommen die türkischen Migranten aus einem Land,

indem sozialstaatliche Sicherungen kaum ausgebaut sind, weshalb die Familie als Unterstützungssystem in fast allen Notfällen das einzige Hilffssystem darstellt. Dementsprechend kommt der Familie hohe Bedeutung zu. Drittens ist die Distanz zu den Deutschen hoch. Über sie sind uns die üblichen Stereotypen von den kalten, autoritären und isoliert lebenden Deutschen genannt worden.

Die **Heiratsstrategien** sind von besonderer Bedeutung. Man heiratet unter sich. Die einzige Ehe eines Türken unseres Samples mit einer Deutschen ist mittlerweile geschieden. Dadurch wird die ethnische Homogenität der sozialen Netze gefestigt. Es werden keine Brückenköpfe in die deutsche Gesellschaft aufgebaut. Es wird sehr früh, teilweise erzwungen und vermittelt durch die Eltern geheiratet. Vor allem aber: **Zwei Drittel** der von uns befragten holen ihre **Ehepartner aus der Türkei**, und zwar oft aus dem Herkunftsdorf resp. der eigenen Verwandtschaft. In einem guten Drittel aller Ehen wurden **Cousinen/Cousins** ersten Grades geheiratet. Dieses Heiratsverhalten (das repräsentativ ist für die Türken der zweiten Generation in Deutschland) ist gleich mehrfach begründet. Es ist eine Strategie, den Besitz innerhalb der Familie zu halten. Die deutschen Türken verfügen über ein sehr attraktives Kapital: die Einreiseerlaubnis nach Deutschland. Aber dieses Kapital macht einen nur in der Türkei zu einem attraktiven Ehepartner. Dies und das Interesse, durch die Heirat die Orientierung an der Kultur des Herkunftslandes zu stärken, erklärt die verblüffende Tatsache, dass auch die jungen Türkinnen, für die es in Deutschland einen Überschuss an türkischen Ehekandidaten gibt, ebenfalls zu zwei Dritteln ihre Ehemänner aus der Türkei holen. Die hier sozialisierten Türken sind schon zu sehr den verderblichen Einflüssen der deutschen Lebensweise ausgesetzt (Straßburger 2001).

Mit diesem Heiratsverhalten sind **vielfältige Nachteile** verbunden. Zu allererst die Tatsache, dass die zugezogenen Ehepartner kein Deutsch sprechen, hier über keine eigenen sozialen Netze verfügen, also das soziale Kapital der Familie nicht verstärken, fast nie auf dem deutschen Arbeitsmarkt konkurrenzfähige Qualifikationen mitbringen und zwei Jahre lang keine Arbeitserlaubnis erhalten. Gleichzeitig werden durch diese Strategie kulturelle Orientierungen verstärkt, die dysfunktional für eine Integration in den deutschen Arbeitsmarkt sind. Schließlich sind die hohen psychologischen Belastungen zu bedenken, die daraus entstehen können, dass im Falle eines aus der Türkei geholten Ehemannes entgegen der

traditionellen Rollenauffassung zunächst die Frau für den Unterhalt der Familie sorgt, während der Mann untätig in der Wohnung sitzt.

**Die Familie ist Netz und Käfig zugleich.** Jeder der von uns Befragten ist überzeugt, sich auf seine Familie jederzeit verlassen zu können. Die Hilfen sind vielfältig und umfangreich: praktische Hilfen bei der Bewältigung des Alltags (Kinderbetreuung), emotionale Unterstützung, materielle Hilfen bis hin zu umfangreichen Krediten, damit der Bruder eine schöne Hochzeit finanzieren kann. Aber die Hilfen sind auch begrenzt. Viel Geld ist nicht vorhanden, das ethnisch-familiale Netz ist zu homogen, um über Informationen ausserhalb des den Türken zugänglichen Lebensbereichs zu verfügen, und wir haben keinen Fall gefunden, wo ein Gatekeeper des Wohnungs- oder Arbeitsmarkts dem Netz angehörte, außer im Bereich der ethnischen Ökonomie. Außerdem sind die Netze sehr distanzempfindlich, was die Optionen auf dem Wohnungsmarkt (s.o.) einschränkt.

**Weitergabe von Werten:** Wenn die Eltern wieder zurück in ihr Herkunftsland wollen oder aufgrund ihres ungesicherten Aufenthaltsstatus damit rechnen müssen, nicht bleiben zu können, so kehren sie in eine Gesellschaft mit geringen sozialstaatlichen Sicherungen zurück, sind also dort wieder auf verwandtschaftliche Hilfssysteme, insbesondere auf ihre eigenen Kinder angewiesen. Also müssen sie ein hohes Interesse daran haben, ihren Kindern traditionelle Orientierungen intergenerationaler Solidarität zu vermitteln. Generell verstärkt sich in Migrationssituationen die Notwendigkeit, dass die Eltern die eigene Kultur an die Kinder weitergeben: Da die Umgebung die Kultur der Migranten eher gefährdet als unterstützt, können die Kinder hauptsächlich nur durch die Eltern in der Herkunftskultur sozialisiert werden. Daher neigen die Eltern **in der Migrationssituation** zu einer **traditionelleren Erziehung**, obwohl ihre Orientierungen und Verhaltensmuster in der neuen Umgebung häufiger dysfunktional sind. „So zeigt ein Vergleich von türkischen Migrantenfamilien mit solchen, die in der Herkunftsgesellschaft verblieben sind, dass die intergenerative Transmission in Migrantenfamilien stärker ausgeprägt ist“ Nauck o.J., 23).

Die Familie beeinflusst die Arbeitsmarktkarrieren in mehrfacher Weise negativ:

Durch eine **geringe Bildungsorientierung**: Zunächst können die Eltern aufgrund eigener Bildungsmängel, insbesondere fehlender Sprachkenntnisse, und wenn beide arbeiten auch aus Zeitmangel ihre Kinder in der Schule kaum unterstützen. Schließlich wissen die Eltern der Gastarbeitergeneration oft gar nicht um die hohe

Bedeutung schulischer Bildung für die späteren Berufschancen in Deutschland, da sie selber ohne besondere schulische oder berufliche Qualifikation Arbeit gefunden hatten.

Wenn die Eltern ihren Kindern überhaupt bei der Suche nach Ausbildungsplätzen oder Arbeit behilflich sind, vermitteln sie ihnen Zugang zu dem Segment des Arbeitsmarkts, in dem sie selber arbeiten. Das aber ist meist gering qualifiziert und in schrumpfenden Branchen.

Aufgrund der **Rückkehrorientierung** von Eltern der Befragten wurden diese dazu angehalten, möglichst schnell nach Ende der Schulpflicht (wenn man endlich arbeiten „darf“), so viel Geld wie möglich zu verdienen. Als Lehrling bringt man nichts nach Hause, aber als Straßenbauer schon. Daß Straßenbau keine zukunftssträchtige Sparte ist, ist nicht bewusst, außerdem ist man ja bald wieder in der Türkei. Deshalb wird das verdiente Geld auch in der Türkei investiert und nicht in die Ausbildung der Kinder.

Die von den Eltern oft arrangierte **frühe Heirat** verhindert eine Ausbildung, weil man mit einem Lehrlingsgehalt keine Familie ernähren kann. Mann oder Frau müssen außerdem auch Geld verdienen, um eine standesgemäße Hochzeit ausrichten und ihren Ehepartner aus der Türkei nach Deutschland holen zu können. Die frühe Heirat hat insbesondere für die Frauen die Konsequenz, früh Mutter zu werden und dadurch für längere Zeit völlig aus dem Berufsleben ausscheiden zu müssen. Bei den Befragten dominiert ein traditionelles Geschlechterverständnis, bei dem der Mann als Ernährer, die Frau als Hausfrau und Mutter fungieren. Daher ist die Arbeitsmarktorientierung bei den Frauen gering. Im Konfliktfall votieren sie gegen ihre Berufsrolle.

#### 4. Empfehlungen

**Segregation** ethnischer Gruppen, um die Bildung und Pflege sozialer Netze insbesondere auf der Basis von Verwandtschaftsbeziehungen zu erleichtern, ist **zuzulassen**. Die Stadt- und Wohnungspolitik muß sich von alten Vorstellungen verabschieden, wonach Segregation, also die Konzentration von bestimmten Bevölkerungsgruppen in Teilgebieten einer Stadt per se schlecht sei. Die Politik der Desegregation ist soweit berechtigt, wie es sich um durch Filtermechanismen des Wohnungsmarkts und Belegungspolitik erzwungene Segregation handelt, d.h.

überwiegend um Segregation nach Kriterien der sozialen Schichtung. Bei den Migranten aber dominieren die Familienbeziehungen die Wohnstandortwahl, sofern die Migranten selber entscheiden können. Desegregation würde in diesen Fällen bedeuten, die einzigen sozialen Netze zu schwächen, die Migranten haben.

Daß die Großsiedlungen architektonisch und städtebaulich die falsche Form des sozialen Wohnungsbaus sind, darf nicht zum Argument werden, dieses marktferne Segment der Wohnungsversorgung ganz abzuschaffen. Ideal wäre ein **dezentrales Angebot** kleinerer Bestände in weniger negativ auffälligen Bauformen.

Wenn die **sozialstaatlichen Sicherungen** weiter abgebaut werden, wird das vor allem die Schwächsten, in unserer Studie die türkischen Frauen, nicht nur ökonomisch treffen. Der Sozialstaat ist auch eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sie sich aus den restriktiven Kontrollen der Familie emanzipieren können.

Eine sichere Bleibeperspektive ist für die von uns untersuchte Gruppe mittlerweile gewährleistet. Die Rückkehrorientierung spielt deshalb eine immer geringere Rolle. Dafür wird das **Schulsystem** umso wichtiger. Die Bildungsbeteiligung von Migranten ist in Deutschland mit Abstand die niedrigste. Im Gegensatz dazu bietet das deutsche duale Berufsbildungssystem im Vergleich zu anderen OECD-Ländern bessere Voraussetzungen für den Übergang in den Arbeitsmarkt (EU 2001)

## Literatur

Baumann, C. (1999): Self-Employment as an Indicator of Assimilation?. In: P. Lüttinger (Hg): Sozialstrukturanalyse mit dem Mikrozensus. ZUMA-Nachrichten Spezial, Band 6, Mannheim, 235-270

Brandt, (2003):

Büchel, Felix und Gert Wagner (1996): Soziale Differenzen der Bildungschancen in Westdeutschland- Unter besonderer Berücksichtigung von Zuwandererkindern. In: Zapf, Wolfgang et al. (Hg): Lebenslangen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt, Ffm, Campus

Deutscher Bundestag (2000): Sechster Familienbericht. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Drucksache 14/4357

Dietz, Gerhard-Uhland et al. (1997): Lehre tut viel.... Berufsbildung, Lebensplanung und Delinquenz bei Arbeiterjugendlichen. Münster, Votum

Elias, Norbert und John L. Scotson (1993): Etablierte und Außenseiter. Ffm, Suhrkamp

Esser, Hartmut (1982): Sozialräumliche Bedingungen der sprachlichen Assimilation von Arbeitsmigranten. In: Zeitschrift für Soziologie, 11, 279-306

EU 2001: Effectiveness of National Integration Strategies towards Second Generation Migrant Youth in a Comparative European Perspective. Final Report. European Commission.

Hill, P. B. (1984): Determinanten der Eingliederung von Arbeitsmigranten. Königstein, Hanstein

Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Ffm, Campus

Hinrichs, Wilhelm (2003): Ausländische Bevölkerungsgruppen in Deutschland. WZB Berlin, Bestell-Nr. SP I 2003 – 202

Hübner-Funk, Sibylle (1988): Strategien der Lehrstellensuche. München, DJI

Nauck, Bernhard (o.J.): Dreißig Jahre Migrantenfamilien in der Bundesrepublik. Familiärer Wandel zwischen Situationsanpassung, Akkulturation, Segregation und Remigration. Manuskript

Ders. (1998): Eltern-Kind-Beziehungen in Migrantenfamilien. Survey intergenerative Beziehungen in Migrantenfamilien. Expertise zum 6. Familienbericht.

RWI (2001): Berufliche Integration von Zuwanderern. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ beim Bundesminister des Innern. Essen

Seifert, Wolfgang (2001): Berufliche Integration von Zuwanderern in Deutschland. Gutachten für die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ beim Bundesministerium des Innern. Düsseldorf

Schumann, Michael (2002): Das Ende der kritischen Industriesoziologie. In: Leviathan 30, H.3, S.325-344

Straßburger, Gaby (2001): Warum aus der Türkei. Zum Hintergrund transnationaler Ehen der zweiten Migrantengeneration. IZA H.1 S.34-39

Wagner, Michael (2002): Familie und soziales Netzwerk. In: Nave-Herz, Rosemarie (Hg): Kontinuität und Wandel der Familie in Deutschland. Band 19. Stuttgart, Lucius und Luis Verlagsgesellschaft, 227-251

Young, Michael und Peter Willmott (1957): Family and Kinship in East London. London, Routledge & Kagan Paul

**Kommissionsvorlage EKW/16/1**

eingegangene Texte zu der

**Anhörung „Migration“ am 7. September 2005**

5.	Dr. von Loeffelholz	S. 111
6.	Herr Hemingway	S. 117
7.	Frau Nagel	S. 146
8.	Statisches Landesamt	S. 156





Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge

## DEMOGRAPHISCHER WANDEL UND MIGRATION IN HESSEN

Stellungnahme zur Anhörung der Enquete-Kommission  
„Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik“  
des Hessischen Landtags  
am 7. September 2005  
in der Hessischen Staatskanzlei  
Wiesbaden

Von  
Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz<sup>1</sup>

### A. EINFÜHRUNG

1. Die wirtschaftlichen Herausforderungen durch den demographischen Wandel ergeben sich in Hessen – wie in anderen Bundesländern auch – vor allem infolge der Alterung der Bevölkerung, weniger durch ihre etwaige Schrumpfung. Diese wird erst nach 2020 spürbar und wirtschaftlich relevant. Die Einwohnerzahl geht nach Angaben der Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen (FEH) zwischen 2020 und 2050 um knapp 9 % zurück, während sie z.B. im Nachbarland Thüringen, das bis 2020 schon 10 % seiner Einwohner verloren hat, weiter um fast 15 % schrumpft.
2. Die Entstehung, Verteilung und Verwendung der jährlichen volkswirtschaftlichen Wertschöpfung von z.Zt. fast 200 Mrd. € könnte pro Einwohner in Hessen durch den nach 2030 zu erwartenden Altersstruktureffekt (relativ mehr Ältere) stärker beeinträchtigt werden als durch den Niveaueffekt (Schrumpfung der Bevölkerung insgesamt). Grund dafür ist die vermutete Abschwächung der Produktivitätsentwicklung in einer alternden Gesellschaft, die weniger schnell, innovativ, dynamisch und flexibel auf die jeweiligen internen und externen Herausforderungen re-

---

<sup>1</sup> Leiter des Referats „Grundsatzfragen und ökonomische Aspekte der Migration“ im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Nürnberg.

agieren könnte. Hinreichende empirische Belege für diese Vermutung bestehen indes nicht.

3. Es besteht Einigkeit in Wissenschaft und Politik, dass die Migration einen spürbaren und notwendigen, aber keineswegs hinreichenden Beitrag zur Bewältigung der demographischen Schrumpfung und Alterung leisten kann. In der Stellungnahme der Bundesregierung zum EU-Grünbuch zur Wirtschaftsmigration als Reaktion auf die absehbare demographische Entwicklung in der EU wird zurecht darauf hingewiesen, dass die Politik zur Wirtschaftsmigration in die nationale und europäische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowie in die Weiterbildungspolitik einzubetten sei. Dies gilt *mutatis mutandis* auch für Hessen.
4. Die gesetzlichen Regelungen zur Migration wurden mit dem Zuwanderungsgesetz ab dem 1.1.2005 auf eine neue Grundlage gestellt. Es ist nicht zuletzt Reflex der mangelnden Integrationserfolge der Vergangenheit und der Versuch einer Änderung des bisherigen Migrations- und Integrationsregimes in der Bundesrepublik.
5. Ziel der Neuregelungen ist die Steuerung und Begrenzung der Migration nach Deutschland nach seinen wirtschaftlichen Interessen, ohne die entwicklungspolitischen (Ausbildung), familiären und humanitären Verpflichtungen zu vernachlässigen. Alle Kategorien haben indes über kurz oder lang mehr oder weniger große arbeitsmarktspezifischen Implikationen und Wirkungen.

Die wesentlichen Neuerungen sind darin zu sehen, dass mit dem AufenthG erstmals nicht nur Einreise und Aufenthalt von Drittstaatenangehörigen (also von Ausländern außerhalb der EU) geregelt werden, sondern auch deren Zugang zur Erwerbstätigkeit und zu Integrationsmaßnahmen. Damit hat sich der Charakter des Gesetzes entscheidend gewandelt. War das AuslG von 1990 wie schon das AuslG 1965 ausschließlich auf den Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgerichtet, so sind in das neue Gesetz erstmals die näheren Voraussetzungen für die Aufnahme einer selbständigen oder unselbständigen Erwerbstätigkeit und für die Förderung der Integration von Nichtdeutschen aufgenommen worden.

6. Was die Erfahrungen ihrer Auswirkungen auf Zuwanderung und Integration angeht, ist der Erfahrungshorizont z.Zt. noch zu schmal, um definitive Aussagen zu treffen. Nur soviel: Die aktuelle (Netto-) Zuwanderung nimmt in allen Migrationskategorien nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlich eher gedämpften Situation seit Beginn des Jahrzehnts tendenziell bundesweit wie in Hessen ab.
7. Die hessischen Kommunen sind in Gestalt ihrer Ausländerbehörden zuständig für die Erteilung der Aufenthaltstitel in Form von (unbefristeten) Niederlassungs- und (befristeten) Aufenthaltserlaubnissen. Bei Arbeitserlaubnissen arbeiten sie im Rahmen des sog. one-stop-government für Drittstaatler mit den jeweiligen lokalen

Dr.von Loeffelholz, BAMF Nürnberg: Anhörung Enquete-Kommission des Hess. LT am 7.9.05

Bundesagenturen für Arbeit zusammen (Zustimmungsverfahren).

8. Der Bund ist in Gestalt des BAMF zuständig für die Zulassung von durch Kursträger angebotenen Integrationskursen für verpflichtete, neu einreisende Drittstaatler sowie für berechnigte, ansässige Ausländer. Als Instrumente zur Integrationspolitik existieren auf Bundesebene die entsprechenden Kurse (Sprach- und Orientierungskurs mit 600 bzw. 30 Stunden), die vor allem durch ansässige Nicht-EU-Ausländer sehr lebhaft in Anspruch werden.

Seit dem 27. Januar 2005 wird die Zahl der vom Bundesamt zu einem Integrationskurs zugelassenen Bestandsausländer erfasst. Bis einschließlich 18. August 2005 waren dies in Hessen 5.614 Personen (Tabelle). Insgesamt wurden bis dahin in Hessen ca. 11.500 Personen zugelassen bzw. verpflichtet.

Tabelle: Verpflichtungen und Zulassungen zu Integrationskursen bis 18. August 2005

	Deutschland	darunter: Hessen
durch das BAMF seit dem 27.1.2005 zugelassene Bestandsausländer	74062	5.614
durch die Ausländerbehörden ver- pflichtete Bestandsausländer*	9.693	447
durch die Ausländerbehörden bestä- tigte Neuzuwanderer	33.877	3.510
davon: Neuzuwanderer ver- pflichtet	22.592	2.423
Spätaussiedler (Bundesverwaltungs- amt)**	26.117	ca. 1.900
 insgesamt	 143.749	 ca.11.500

\* Die Zahlenangaben bei den Verpflichtungen durch die Ausländerbehörden sind nicht tagesaktuell.

\*\* Die Zahlen vom Bundesverwaltungsamt werden wöchentlich gemeldet.

Quelle BAMF, ZdW vom 24.8.

## B. ARBEITSKRÄFTEBEDARF IM DEMOGRAPHISCHEN WANDEL

1. Der Bedarf kann nicht rein rechnerisch aus dem demographischen Rückgang der hessischen Erwerbsbevölkerung in Höhe von ca. 10.000 Personen p.a. ab 2020 abgeleitet werden. Wie hoch der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in den nächsten Jahrzehnten in Hessen tatsächlich ist und welcher Bedarf sich daraus an Arbeitsmigration aus dem Ausland ergibt, ist kaum verlässlich zu prognostizieren. Schon Tendenzaussagen fallen schwer, ohne in Allgemeinplätze zu verfallen: Der

Bedarf hängt jedenfalls interdependent vom jeweiligen nationalen und internationalen Angebot an geeigneten Arbeitskräften und von der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen ab. Der sektorale Strukturwandel hin zu einer wissensbasierten Dienstleistungsökonomie z.B. im Finanzbereich (Versicherungs-, Vermögensverwaltungs- und Versorgungsprodukte) wird aller Voraussicht nach anhalten. Dabei ist der regionale und globale Wettbewerb mit anderen Bundesländern und darüber hinaus mit europäischen und amerikanischen sowie asiatischen Konkurrenten zu berücksichtigen („brain competition“).

2. Dabei kommt einer überzeugenden Standortpolitik, die nicht nur die „harten“, sondern auch die „weichen“ Standortfaktoren berücksichtigt, besonders hohe Bedeutung für die Attraktivität des Standorts Hessen zu (z.B. Ausländerfreundlichkeit der Stadtverwaltung und des gesellschaftlichen Umfelds als wichtige Pull-Faktoren). Durch eine attraktive Standortpolitik, die auch den Standortfaktoren Rechnung trägt, lässt sich die Motivation reduzieren, aus Deutschland auszuwandern, bzw. der Anreiz steigern, mit den im Ausland gesammelten Erfahrungen (wieder) nach Hessen (zurück-) zu kommen. Angesprochen sind dabei erfahrungsgemäß *high potentials*, die zeitweise wegen der attraktiveren Arbeitsbedingungen in andere hoch entwickelte Länder migrieren.
3. Eine solche (Re-) Migration nach Hessen hätte via gesamtwirtschaftlicher Impulse sowie Sekundär- und Tertiäreffekte – eindeutig und unumstritten -- auch günstige Auswirkungen nicht nur auf den lokalen und regionalen Arbeitsmarkt, sondern auch auf die lokalen Transfersysteme und Haushalte in hessischen Städten und Gemeinden. Der hessische Steuer- und Beitragszahler würde entlastet, der hessische Arbeitnehmer und Unternehmer profitierten durch günstigere Perspektiven am Arbeitsmarkt bzw. bei den Umsätzen und Gewinnen.
4. *Grosso modo* gilt dies auch für die Fachkräftebedarfsentwicklung und –wanderung nach Branchen. Die Entwicklung von Angebot und Nachfrage für Fachkräfte dürfte in den nächsten Jahren aufgrund der weiteren Verlagerung der Tätigkeiten in den Finanzdienstleistungssektor im Zuge des zunehmenden privaten Beratungs- und Betreuungsbedarfs im Versicherungs-, Vermögensverwaltungs- und Versorgungsbereich gekennzeichnet sein.
5. Unzureichende Angebote können durch die stärkere Ausschöpfung heimischer Optionen in Hessen abgemildert werden, d.h. neben der Zuwanderung durch Erhöhung der Frauenerwerbsquote, Verringerung der Arbeitslosigkeit, verstärkte Bildungsinvestitionen und –anstrengungen und durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit in Form einer Verkürzung der Bildungs- und Verlängerung der Erwerbsphase u.ä. Dazu bedürfte es freilich einer durchgreifender Änderungen und Anstrengungen und Bereitschaft auf allen Ebenen der Gesellschaft.
6. Dazu gehört auch die Verbesserung der Qualifikationen und der ökonomische Status der Migranten in der 2. und 3. Generation sowie die Verringerung der überproportional hohen Ausländerarbeitslosigkeit von im Juni 2005 knapp 20 % in Hes-

sen. Aufgrund nach wie vor bestehender Bildungs- und Ausbildungsdefizite ist die Situation der Migranten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt schwierig, und es bedarf zusätzlicher Integrationsanstrengungen auf allen Seiten.

### C. GESTEUERTE ZUWANDERUNG

1. Definitive Steuerungsmöglichkeiten bestehen für die Ausländerbehörden des Landes Hessen im Benehmen mit den lokalen Arbeitsagenturen im Hinblick auf Zahl und Qualifikation der neuen *Arbeitsmigranten*. Den gesetzlichen Rahmen für solche Zuwanderer dazu liefern §§ 18-21 des (neuen) Aufenthaltsgesetzes. Danach können Wirtschaftsmigranten (§ 18), Hochqualifizierte (§19) und Selbstständige (§ 21) sowie ggf. Forscher (§ 20)<sup>2</sup> und ihre Familienangehörigen unter bestimmten Voraussetzungen eine Aufenthalts- bzw. Niederlassungserlaubnis erhalten.
2. Im 1. Halbjahr 2005 sind nach Angaben des BMI auf der Grundlage des Aufenthaltsgesetzes mehr als 700 Niederlassungserlaubnisse an hoch qualifizierte Neuzuwanderer erteilt worden. Darunter dürften sich auch viele *high potentials* im qualifizierten Dienstleistungsbereich in Hessen befinden, die mit hoher Ergebnis- und Personalverantwortung für ihr Unternehmen und entsprechend starken wirtschaftlichen Impulsen auch für den Sektor bzw. die Region insgesamt tätig geworden sind.
3. Die Migrationsforschung in Deutschland hat in den vergangenen beiden Dekaden den Erkenntnisstand über Ursachen und Wirkungen von Migration spürbar verbessert. Sie hat gerade auch in ökonomischer Hinsicht wichtige Diskussionsbeiträge zur Frage nach dem Beitrag der Ausländer zur Leistungsfähigkeit Deutschlands, zu den Lohn- und Beschäftigungseffekten der Zuwanderung, den Kosten und Nutzen von Integration sowie nach den Be- und Entlastungen der Steuerzahler geliefert und hilfreiche Politikempfehlungen gegeben. Die Politik hat daraus mit dem Zuwanderungsgesetz grundsätzlich die „richtigen“ Konsequenzen gezogen.
4. Die Akteure und Strukturen ethnischer Selbständigkeit sind vor allem durch die Anwerbung und Zuwanderung von „Gastarbeitern“ und ihrer Kinder und Enkel charakterisiert; es dominieren Klein- und Kleinstunternehmen im Lebensmitteleinzelhandel, im Gaststätten- und Restaurations- sowie im einfacheren Handwerks- und Dienstleistungsbereich. Die stärksten Nationalitäten stellen die Türken, Ex-Jugoslawen und die Italiener. In Hessen dürften schätzungsweise 30.000 unter den ca. 280.000 ausländischen Selbständigen in Deutschland insgesamt tätig sein. Hemmnisse für Migrantenunternehmer sind vielfach die schmale Finanzierungsbasis und mangelnde Erfahrungen mit dem Marktgeschehen. Dies sind auch die wichtigsten Hemmnisse bei der Gründung von Unternehmen.

---

<sup>2</sup> Der § 20 soll unter dem Titel „Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für qualifizierte Forscher“ durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes und weiterer Gesetze in das Aufenthaltsgesetz eingefügt werden.

**D. WIRKUNGEN**

1. Es bestehen hinreichende wissenschaftliche Erkenntnisse, die einen positiven Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Wohlstandsentwicklung in europäischen Ländern belegen. In Deutschland steuern die Ausländer und Zuwanderer schätzungsweise jährlich ca. 5-7 % zur Wirtschaftsleistung bzw. 100 Mrd. € bei, auf Hessen herunter gebrochen entspricht dies grob gerechnet 10 Mrd. € (p.a.) von 195 Mrd. € in 2004.
2. Die damit verbundenen Vorteile am Arbeitsmarkt bzw. für die sozialen Sicherungssysteme bestehen in zusätzlichen Steuer- und Beitragszahlungen und Entlastungen für deutsche, auch hessische Abgabenzahler, die Probleme für soziale Sicherungssysteme in überproportional hohen Kosten der Arbeitslosigkeit und in Integrationskosten bzw. den Kosten der Nicht-Integration. Der Nettoeffekt der grenzüberschreitenden Migration stellt sich bisher für die deutsche Volkswirtschaft günstig dar. Dies ist in noch stärkerem Ausmaß auch zukünftig zu erwarten, wenn es gelingt, mehr qualifizierte Zuwanderer zu gewinnen bzw. zu halten und sie möglichst schnell und dauerhaft in die gesellschaftlichen Systeme zu integrieren. Dazu will das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
3. mit den Integrationsmaßnahmen einen wesentlichen Beitrag leisten.



IOM International Organization for Migration  
IOM Internationale Organisation für Migration

**Anhörung vor der Enquete-Kommission des Hessischen  
Landtages zum Thema "Migration"**

**Migrationsmanagement in Deutschland:  
Aktive Gestaltung der Zuwanderungspolitik und der  
Integration, sowie Einflussmöglichkeiten  
auf den demographischen Wandel**

**Beitrag von  
Bernd Hemingway  
Chief of Mission / IOM Deutschland**

Wiesbaden, 7. September 2005

***Es gilt das gesprochene Wort!***

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Müller,  
meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten,

Zunächst möchte ich mich herzlich für Ihre Einladung bedanken, aus Sicht einer Internationalen Organisation zum Thema Migration sprechen zu dürfen.

**EINLEITUNG**

Seit über 50 Jahren ist die Internationale Organisation für Migration in diesem Thema aktiv. Die IOM ist eine zwischenstaatliche Organisation mit Hauptsitz in Genf und hat in der Bundesrepublik Privilegien und Immunitäten ähnlich einer UN-Sonderorganisation. Mit **112 Mitgliedstaaten und weit mehr als 200 Büros** weltweit sind wir mit den verschiedensten Ausprägungen und Aspekten von „Migration“ beschäftigt.

Wie Ihr heutiges Interesse bestätigt, ist das Thema Migration auf der **politischen Agenda** weit nach oben gerückt und aktueller denn je. Fast jeder Staat der Welt ist von Migration betroffen, sei es als **Aufnahme-, Transit- oder Entsendeland**. Je nach Region variieren die Formen und Ausprägungen, und Menschen mit den verschiedensten Hintergründen werden aus unterschiedlichsten Anlässen zu Migranten: Arbeitsmigranten, Studierende, Asylbewerber, Flüchtlinge aus Kriegsgebieten aber in zunehmendem Maße auch Umweltflüchtlinge wie sich jüngst an den Beispielen großer Fluchtwellen in den durch den Hurrikan zerstörten Staaten im Süden der USA zeigte oder nach der Tsunami-Katastrophe im Südosten Asiens.

Im Jahr 2000 gab es **weltweit 175 Millionen internationale Migranten**, das sind 3 Prozent der Weltbevölkerung. Jeder 35. Mensch ist ein Migrant. Für das Jahr 2005 gehen Schätzungen von inzwischen 192 Millionen Migranten aus und ein Abflauen dieser Zahl ist nicht zu erwarten. Für den Anstieg sind veränderte geopolitische Faktoren verantwortlich, aber auch Faktoren wie wirtschaftliche Freizügigkeit,

günstigere und vielfältigere Möglichkeiten der Mobilität und natürlich die sich erweiternden Disparitäten zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

Diesen Entwicklungen Rechnung tragend, wurde im Jahre 2003 die **Global Commission on International Migration** von Kofi Annan ins Leben gerufen, die das Thema Migration auf die globale politische Agenda hob und sich der Untersuchung der unterschiedlichen migrationspolitischen Ansätze widmet, sowie des Vortreibens des Ansatzes eines globalen Migrationsmanagements. Am 6. Oktober wird Kofi Annan den Endbericht der Kommission in New York vorstellen.

Dass ein gemeinsames Vorgehen auf **europäischer Ebene** vonnöten ist, hat die EU erkannt und bereits mit der Ausarbeitung von Standards in der Asylpolitik umgesetzt. Dieser Prozess wird die EU sicherlich die nächsten 5 bis 7 Jahre im Bereich Migration beschäftigen, denn ein freier Personenverkehr und ein funktionierender Binnenmarkt fordern die bestehende EU Gesetzgebungskompetenz und es gilt eine faire Balance zwischen europäischen Erfordernissen und nationalen Bedürfnissen zu finden.

#### ZUWANDERUNGSPOLITIK

Auch die **Bundesrepublik Deutschland** hat die Notwendigkeit einer Steuerung von Migration erkannt und Bund und Länder haben mit dem Zuwanderungsgesetz einen wichtigen Schritt zu einem erfolgreichen **Migrationsmanagement** getan. Es bleibt unumstritten, dass Migrationsprozesse auch nach nationalen Gesichtspunkten kontrolliert werden müssen. Aufnahmelande wie die Bundesrepublik Deutschland sehen sich aber mit der Frage konfrontiert, ob und auf welche Art und Weise Zuwanderung reguliert werden soll. Und wie kann Zuwanderung so gestaltet werden, dass sie den Zufluss von solchen Gruppen ermöglicht, die zur Lösung der arbeitsmarktspezifischen und demographischen Probleme beitragen? Und wie kann die Umsetzung des Gesetzes die Bedürfnisse der einzelnen Bundesländer wie beispielsweise Hessen berücksichtigen?

Einerseits wird die **Zuwanderungspolitik** dafür eingesetzt, die Immigrationsströme zu begrenzen, andererseits müssen **zuwanderungspolitische Instrumente**

entwickelt werden, die angesichts des internationalen Wettbewerbs um die besten Arbeitskräfte das Aufnahmeland konkurrenzfähiger machen.

Ein erfolgreiches Migrationsmanagement in Deutschland sollte darauf abzielen, die größtmöglichen Vorteile für das Land und seine Bundesländer zu erbringen und Nachteilen und Problemen gezielt entgegenzuwirken. Sicherlich kann eine intelligente Steuerung von Migration **nicht allein** zu Wirtschaftswachstum, sinkenden Arbeitslosenzahlen oder der Verbesserung des Wohlfahrtssystems beitragen, sie kann aber wirtschaftspolitische und sozialpolitische Maßnahmen entscheidend beeinflussen und verstärken.

#### DEMOGRAPHISCHER FAKTOR

Die demographische Struktur Deutschlands geht einer sowohl quantitativen als auch qualitativen Veränderung entgegen, die sich bereits jetzt bemerkbar macht und binnen einer Generation deutlich spürbar sein wird. Prognosen gehen bei gleichbleibenden Voraussetzungen von einer Abnahme der Bevölkerung im Jahre 2050 von derzeit 82 Millionen auf 75 Millionen Einwohner aus. Mit einhergehend droht eine Überalterung der Gesellschaften und eine auf niedrigem Niveau bleibende Geburtenrate. Da die Bevölkerungsentwicklung einer der wichtigsten Faktoren für das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Handeln eines Staates ist, sind negative Folgen der absehbaren demografischen Entwicklung für die Volkswirtschaft voranzusetzen.

Bereits jetzt leiden verschiedene Branchen (IT, Chemie...) unter akutem *Fachkräftemangel*. Zukünftig wird ein Rückgang des *Erwerbspersonenpotentials* nicht nur Deutschlands Wirtschaft vor eine besondere Herausforderung stellen, eine ähnliche Entwicklung vollzieht sich auch in ganz Europa. Als Folge droht eine Erosion der *Wissensbasis* und ein Verlust der *Innovationsfähigkeit*. Das *Wachstumspotential* dürfte bis 2050 in Europa auf 1 bis 1½ % zurückgehen. Europa verliert damit an Attraktivität, während die USA, die kein demographisches Problem haben, das Gravitationszentrum der Weltwirtschaft bleiben werden. Die demographische Entwicklung verstärkt den **Wandel der Nachfragestruktur**, so wird beispielsweise der Gesundheitssektor zu den Gewinnern und der Wohnungsbau zu den Verlierern dieser Entwicklung gehören. Die umlagefinanzierten *Sozialsysteme*

geraten unter Druck. Ein steigender Altersquotient macht eine Anpassung des Rentensystems und mehr private Vorsorge notwendig. *(Deutsche Bank Research)*

Zuwanderung kann die demografische Entwicklung zwar nicht aufhalten, lindert aber die mit ihr zusammenhängenden Probleme.

Berechnungen ergaben, dass das Arbeitskräftepotential ab 2015 drastisch abnehmen wird, da nach 2015 die „Babyboomer“ der geburtenstarken Jahrgänge der etwa von 1955 bis 1970 Geborenen in Rente gehen werden. Bis 2050 würde dann das Arbeitskräftepotential ohne Zuwanderung auf 24 Millionen Menschen sinken. Das wären 16 Millionen weniger berufsfähige Menschen gegenüber 40 Millionen im Jahre 2002. Bei einer Nettozuwanderung von 200.000 jährlich, würde sich das Arbeitskräftepotential lediglich um 10 auf 30 Millionen reduzieren. *(Bernhard Gräf, Deutsche Bank Research, 2003)*

Zusätzlich müsste ohne Zuwanderung das geringere Arbeitskräftepotential für die hohe Soziallast der vielen neu hinzugekommenen Rentner aus den geburtenstarken Jahrgängen aufkommen. Da ein Zuzug vornehmlich Jüngerer erwünscht ist, wird dies auch das Problem der sich kippenden Alterspyramide abschwächen.

Hypothetisch lässt sich sagen, dass, um die **Bevölkerungszahlen in Deutschland konstant** zu halten, jährlich eine Nettozuwanderung von 450.000 notwendig wäre. Für das Bundesland Hessen ergäbe sich da eine notwendige Nettozuwanderung von etwa 33.000.

Zur Stabilisierung des Erwerbspersonenpotentials bräuchte es jährlich 600.000 Zuwanderer, in Hessen entspräche dies einer Größenordnung von 44.000 Zuwanderern.

Um den Alterungsprozess in Deutschland zu stoppen bräuchte es 3,5 Millionen Zuwanderer, für Hessen eine Größenordnung von 250.000. *(Eigene Berechnungen nach Angaben des statistischen Bundesamtes und Deutsche Bank Research)*

Diese Zahlen sind, ich wiederhole es, rein hypothetisch. Sie zeigen aber deutlich: Zuwanderung kann nicht die alleinige Lösung für die demographischen Veränderungen in Deutschland sein. Aber sie kann die Folgen Abschwächen und muss mit sozialpolitischen Veränderungen einhergehen.

Ohne Zuwanderung und Begrenzung des Rückgangs des Erwerbspersonenpotential muss sich Deutschland in den kommenden Dekaden auf eine wirtschaftliche Stagnation einstellen.

Zuwanderung ist aber nicht nur ein Instrument gegen Bevölkerungsrückgang, sondern auch gegen den Alterungsprozess hin zur Verjüngung Deutschlands. Da es sich bei Zuwanderern in der Regel um jüngere Personen handelt, haben sie auch einen höheren Anteil am Erwerbspersonenpotential.

Zudem sind die jüngeren Zuwanderer im Schnitt mobiler und innovativer als der Rest der Bevölkerung. Nur wer flexibel ist, wandert aus. Kreative Immigranten liefern der Wirtschaft einen wichtigen Innovationsschub und können als Unternehmer oder Fachkraft dazu beitragen, dass mehr Arbeitsplätze entstehen.

Den Sozialkassen verspricht eine solch verlangsamte Alterung eine spürbare Entlastung. Schon eine niedrige Zuwanderung von 125 000 Menschen netto könnte die Rentenbeitragssätze ab 2035 um fast zwei Prozent senken. Ohne Zuwanderung ergäbe sich ein Beitragssatz von etwa 24 Prozent. *(Axel Börsch-Supan. Ökonom, Uni Mannheim und Mannheim Research Insitutute for the Economics of Aging)*

Zuwanderungen haben noch einen weiteren Vorteil gegenüber den anderen Maßnahmen zur Dämpfung der Auswirkung der demografischen Entwicklung. Zuwanderungen sind ein permanenter Zustrom von Arbeitskräften, die nachhaltig und nicht temporär wirken und als Instrument kurzfristig an den Problemen angreifen kann und schnell realisierbar, dosierbar und flexibel auf die jeweilige Situation anwendbar ist.

Insgesamt scheint eine Nettozuwanderung von etwa 200.000 Personen pro Jahr längerfristig möglich und tragbar und mit den integrativen Leistungen unserer Gesellschaft vereinbar. (Für das Land Hessen entsprechend: 14.000)

### ARBEITSMIGRATION

Die Wohlfahrtsgewinne der Migration hängen jedoch entscheidend von der Struktur der zugewanderten Arbeitskräfte ab. Um den Rückgang des Erwerbspersonenpotentials auszugleichen, müssten die Zuwanderer das gleiche Ausbildungsniveau oder ein besseres als die inländischen Arbeitskräfte haben.

Zunächst einmal klingt der Ruf nach ausländischen Facharbeitern paradox, hinsichtlich Millionen Arbeitsloser in Deutschland. Nicht zuletzt dieses Paradoxes wegen ist es schwierig, Migration auch als eine wirtschaftspolitische Maßnahme anzuerkennen. Es bleibt aber festzuhalten, dass unter den gegebenen Bedingungen und Strukturen am Arbeitsmarkt spezifische Teile der Nachfrage nicht befriedigt werden können. Insbesondere in Bereichen die ein hohes Qualifikationsniveau erfordern und in denen innovative Prozesse betrieblich wie volkswirtschaftlich entscheidend sind, werden solche Lücken deutlich. Eine Öffnung des Arbeitsmarktes ist daher erforderlich, die diesem Personenkreis eine gezielte und gesteuerte Zuwanderung erlaubt.

Bei der Wahl der Instrumente kann man zwischen **mengenpolitischen** und **preispolitischen** Instrumenten unterscheiden.

#### ***Mengenpolitische Instrumente:***

Zur Kategorie der mengenpolitischen Instrumente gehören beispielsweise einfache **Quoten**, sowie Quoten mit qualitativen Merkmalen. Sie bestimmen die maximale Zahl der Immigranten und sind durch öffentlich-rechtliche Vorschriften festgelegt.

**Einfache Quoten:** rein quantitative Begrenzung

**Selektive Quoten:** Merkmalsbezogenes Kriterium beschränkt den Zugang (z.B. Herkunftsland, ethnische Zugehörigkeit, Verwandtschaftsstatus)

**Selektive Quoten mit qualitativen Anforderungen:** Bestimmte qualitative Kriterien sind festgelegt, z. B. Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe, Altersgruppe, Ausbildungsniveau etc. Die Kriterien können im Rahmen eines

**Punktesystems** untereinander gewichtet werden oder jedem Kriterium kann ein **Mindeststandard** zugrunde liegen.

→ Vorteil des Mindeststandards gegenüber dem Punktesystem ist, dass Zielkonflikte zwischen den Merkmalen weitgehend vermieden werden und die gewünschte Wirkung von Zuwanderung im Aufnahmeland weitgehend verbessert wird.

### **Preispolitische Instrumente:**

Der preispolitische Ansatz ergänzt den mengenpolitischen, indem er ein zusätzliches Auswahlkriterium bietet: er legt einen Preis für die Zuwanderung fest. Hierzu gehören

**Einwanderungsprämie:** Zuwanderer bekommen bei der Einreise einen Einreisezuschlag. Dieses Instrument schafft einen Vorteil „im Kampf um die besten Köpfe“. Bedeutende Wissenschaftler, erfolgreiche Manager könnten die Zielgruppe für den Einsatz dieses Instruments sein. Nachteil: Hohe Aufwendungen.

**Einwanderungsabgabe:** Diese Abgabe ist eine Gebühr, die der Einwanderer dem Aufnahmeland zu entrichten hat. Diese Art von Abgaben führen aber zu Wettbewerbsnachteilen.

Nicht nur die klassischen Einwanderungsländer wie die USA, Kanada oder Australien, sondern auch Länder wie das vereinigte Königreich und die Tschechische Republik haben erkannt, dass die Zuwanderung von qualifizierten und hoch qualifizierten Arbeitskräften ihrer Wirtschaft positive Impulse geben kann. Aus diesem Grund haben sie spezielle Anwerbeprogramme für diesen Personenkreis entwickelt. Damit wird auch deutlich, dass Deutschland bei der Anwerbung dieser Arbeitskräfte einer starken internationalen Konkurrenz ausgesetzt ist!! Diese verstärkt sich noch, wenn, wie beispielsweise bei der „Green-Card“ Regelung geschehen, zusätzliche Restriktionen wie eine zeitlich eingeschränkte Aufenthaltserlaubnis oder die Verwehrung von Arbeitsgenehmigungen für Familienangehörige ausgesprochen werden. Auch das Sprachproblem gelangt Deutschland zum Nachteil (kaum Zweisprachigkeit, wenig internationale Schulen etc..). Migrationsentscheidung ist immer eine Familienentscheidung, daher sind diese Faktoren nicht zu unterschätzen.

*(Beispiel Tschechische Republik)*

*Nach der Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ setzte erstmals eine Zuwanderung in die Tschechische Republik ein, das Land wurde zunächst vornehmlich als Transitland genutzt. Anfang der 90er Jahre setzte eine Zuwanderung von Arbeitern aus der Ukraine in den Niedriglohnsektor der Tschechischen Republik ein. Da unser Nachbarland unter ähnlich schlechten Prognosen hinsichtlich der demographischen Entwicklung leidet, werden dort im Jahr 2030 420.000 Arbeitskräfte fehlen. Die Tschechische Republik reagierte mit der Einführung einer strategischen Zuwanderungssteuerung. Insbesondere das 2003 begonnene Pilotprojekt zur aktiven Auswahl von qualifizierten Arbeitskräften durch den Staat stellt ein innovatives Element der Zuwanderungspolitik dar. Zielgruppe sind in einer ersten Phase Facharbeiter aus Bulgarien, Kroatien und Kasachstan. Für eine Laufzeit von zunächst vier Jahren wurde nach kanadischem Vorbild ein Punktesystem eingeführt und Kategorien wie Qualifikation, Kenntnisse der tschechischen Sprache, Berufserfahrung, Lebensalter etc. berücksichtigt. Arbeitserlaubnisse werden in Abstimmung mit lokalen Job Centern für einen bestimmten Arbeitsplatz, Arbeitgeber und ein bestimmtes Gebiet für maximal ein Jahr erteilt, allerdings erst nachdem geprüft wurde, ob der Arbeitnehmer einen „Vorteil für eine Region“ darstellt. Die Zuwanderer bekommen eine Aufenthaltserlaubnis, die ihnen die dauerhafte Niederlassung in der Tschechischen Republik nach zwei Jahren (anstatt der üblichen 10 Jahre) erlaubt.*

Bei Migranten kann eine größere Bereitschaft zur Selbständigkeit beobachtet werden. Obwohl die Selbständigkeit von Zuwanderern unterschiedlich bewertet wird – einerseits als Ausdruck gelungener Integration, andererseits als Folge der Verdrängung von Migranten aus dem ersten Arbeitsmarkt – hat die selbständige Erwerbstätigkeit von Migranten eine erhebliche beschäftigungspolitische Bedeutung: Ein ausländischer Selbständiger beschäftigt im Durchschnitt drei weitere Mitarbeiter. Bei 263.000 ausländischen Selbständigen im Jahre 1999 resultierten daraus hochgerechnet 780.000 Arbeitsplätze für abhängig Beschäftigte.

Die Beschäftigungseffekte der Selbständigkeit ausländischer Mitbürger können auf insgesamt eine Millionen Erwerbstätige veranschlagt werden. Sie ist damit zu einem

bedeutenden Wirtschaftsfaktor in Deutschland geworden und schafft nicht nur Beschäftigung, sondern bereichert auch das Güter- und Dienstleistungsangebot.

*(Süssmuth Kommission)*

## INTEGRATION

Andererseits muss jedoch eine weitere Herausforderung anerkannt werden:

Einen zentrales Problem stellt die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit von Migranten dar: für das Jahr 2002 weist die offizielle Statistik eine Arbeitslosenquote von 17,8 Prozent aus. Ausländerinnen und Ausländer sind mehr als doppelt so stark von Arbeitslosigkeit betroffen als Deutsche, dabei herrschen große Unterschiede zwischen den Angehörigen verschiedener Nationalitäten.

Mehr als dreiviertel aller arbeitslosen Ausländer haben keine abgeschlossene Berufsausbildung, fast 30 Prozent sind ein Jahr oder länger arbeitslos.

Der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt gestaltet sich sehr unterschiedlich und ist insbesondere von Faktoren wie Staatsangehörigkeit oder dem Aufenthaltsstatus abhängig. Aber auch die fehlende Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen verwehrt die Chance auf einen qualifizierten Arbeitsplatz.

Die Integration in den Arbeitsmarkt, aber auch die gesellschaftliche Integration von in Deutschland lebenden Ausländern muss daher weiter vorangetrieben werden. Im neuen Zuwanderungsgesetz ist die Integration fest verankert und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat seine Aufgabe begonnen, diesen Prozess zu steuern und umzusetzen. Integration findet aber auf allen gesellschaftlichen Ebenen (Bund, Länder und Kommunen, sowie Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft und nicht zuletzt durch die Migranten selbst) statt oder sollte dies zumindest.

Mit Inkrafttreten des neuen Zuwanderungsgesetzes wurde der Anspruch auf Integrationsleistungen erstmals rechtlich verankert. Dieses neue Gesetz symbolisiert den erfolgten Bewusstseinswandel in Bezug auf das gleichberechtigte Zusammenleben mit Migranten in Deutschland. Den rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen liegt nun ein Verständnis zugrunde, nach welchem Integration

als wechselseitiger Prozess zu verstehen ist, der Rechte und Pflichten für Migranten ebenso wie für Mitglieder der Aufnahmegesellschaft beinhaltet. Das spiegelt sich in dem Prinzip „Fördern und Fordern“ wieder.

Das Engagement in diesem Bereich ist sehr groß und die Konzepte sehr vielfältig. Als ein ganz pragmatisches Beispiel sei hier die Initiative zwischen der Deutschen Telekom und der IOM erwähnt. Das Konzept basiert auf einem Angebot der Deutschen Telekom, die ihren im Vermittlungsprozess befindlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Perspektive geben möchte, indem sie ihnen ermöglicht, gesamtgesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten im Bereich Integration wahrzunehmen. Die Idee, beschäftigungsloses Telekom-Personal für Integrationsmaßnahmen bereitzustellen, wurde von der IOM in Kooperation mit Vivento, der Personalvermittlungsagentur der Deutschen Telekom, aufgegriffen und weiterentwickelt. Die Telekom möchte im Sinne der „Corporate Social Responsibility“ durch die kostenlose Bereitstellung von Personal zur Verwirklichung dieses gesellschaftlich wichtigen Anliegens beitragen.

Ähnliche Initiativen gibt es auch in anderen Branchen. Die deutsche Wirtschaft ist grundsätzlich bereit über eine rein berufliche Integration von Ausländern hinaus Integrationsangebote zu entwickeln und zu verwirklichen. Das macht auch Sinn, denn die Wirtschaft profitiert direkt von besser ausgebildeten und integrierten Migranten und zwar als Arbeitnehmer, Konsumenten und Beitragszahler in die Sozialversicherungssysteme.

#### FAZIT

Die Auswirkungen des demographischen Faktors auf die Gesellschaft Deutschlands sind zwar heute schon spürbar, gleichzeitig können langfristige Prognosen nicht alle Entwicklungsmöglichkeiten einberechnen und sind schwierig in der Politik, die immer mit akuten Problemen zu kämpfen hat, durchzusetzen. Es ist aber wichtig darauf hinzuweisen, dass nicht Deutschland oder die Europäische Union allein mit einem Rückgang der Bevölkerungszahl und Veränderung der Bevölkerungsstruktur konfrontiert sind. Unsere Nachbarn in Ost- und Südosteuropa verzeichnen ähnliche Entwicklungen, die sich zum Teil noch schneller vollziehen als in Westeuropa. Diese Länder können also langfristig nicht als Ressource für Arbeitskräfte angesehen werden, im Gegenteil, sie werden um Arbeitskräfte konkurrieren.

Eine langfristige Strategie ist für Deutschland daher vonnöten. Zuwanderung muss grundsätzlich erlaubt werden aber gezielt und steuerbar. Mit geeigneten Instrumenten ist es möglich, Zuwanderung maßgeschneidert hinsichtlich Anzahl und Branche zu steuern. Im Prinzip kann die Reichweite von der totalen Schließung bis hin zur kompletten Öffnung des Arbeitsmarktes gehen. Es ist Aufgabe der Politik, diese Instrumente derartig flexibel zu gestalten.

Gleichzeitig sollten die Potentiale in Deutschland mit Integrationsmaßnahmen für Migranten besser ausgeschöpft werden. Dabei ist es wichtig, frühestmöglich mit Integrationsmaßnahmen zu beginnen, ggf. schon vor der eigentlichen Einwanderung, damit diese nachhaltig wirken können. Integration ist eine allgemeine gesellschaftspolitische Aufgabe, die, wenn alle Akteure beteiligt werden, den Migranten weitere Optionen bietet und zur Verbesserung ihrer Situation beiträgt und nicht zuletzt dabei hilft, dass die Gesamtgesellschaft von diesem Mehrwert profitiert.

Das würde auch die Wahrnehmung der Migration in Deutschland ändern. Erst wenn Migration positiv und als Chance für das Wachstum Deutschlands wahrgenommen wird und das sowohl demographisch als auch sozioökonomisch!, können sich die Potentiale voll entfalten.

## INTERNATIONALE ORGANISATION FÜR MIGRATION (IOM)

---

### **Migrationsmanagement in Deutschland:**

Aktive Gestaltung der Zuwanderungspolitik, Integration und die Einflussmöglichkeiten auf den demographischen Wandel

### **Beitrag von Bernd Hemingway, IOM Deutschland**

Öffentliche Anhörung der Enquetekommission des Hessischen Landtages  
„Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik“

7. September 2005

## MIGRATION WELTWEIT

---

- Jahr 2000: 175 Millionen Migranten weltweit
- 3 % der Weltbevölkerung
- Jeder 35. Mensch ist ein Migrant
- Schätzungen für das Jahr 2005: 192 Millionen Migranten

## DEUTSCHLAND

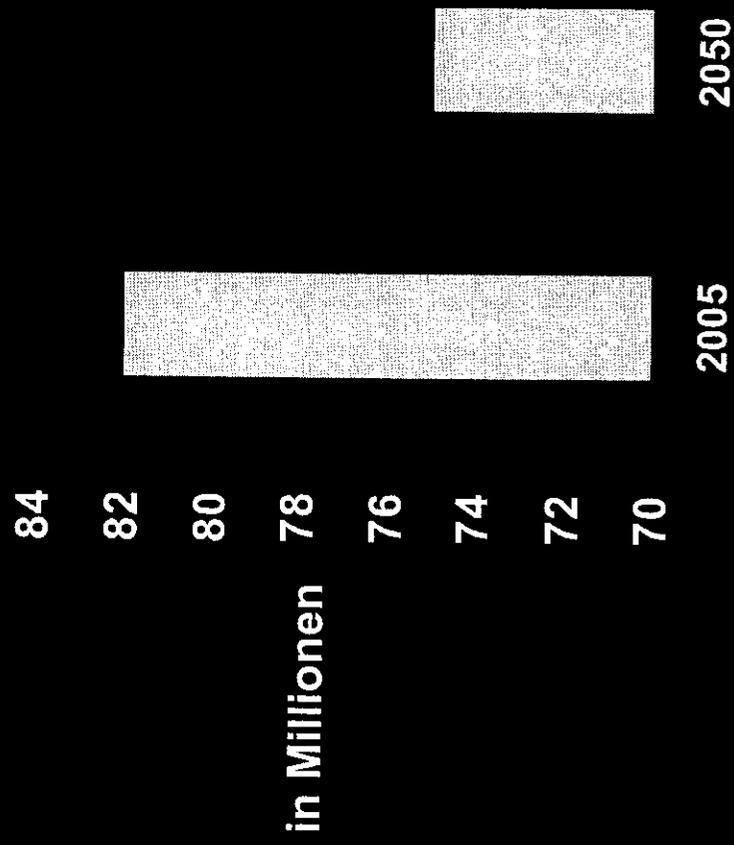
---

Ein erfolgreiches **Migrationsmanagement** in Deutschland sollte darauf abzielen, die **größtmöglichen Vorteile** für das Land und seine Bundesländer zu erbringen und **Nachteilen und Problemen** gezielt entgegenzuwirken.

## DER DEMOGRAPHISCHE FAKTOR

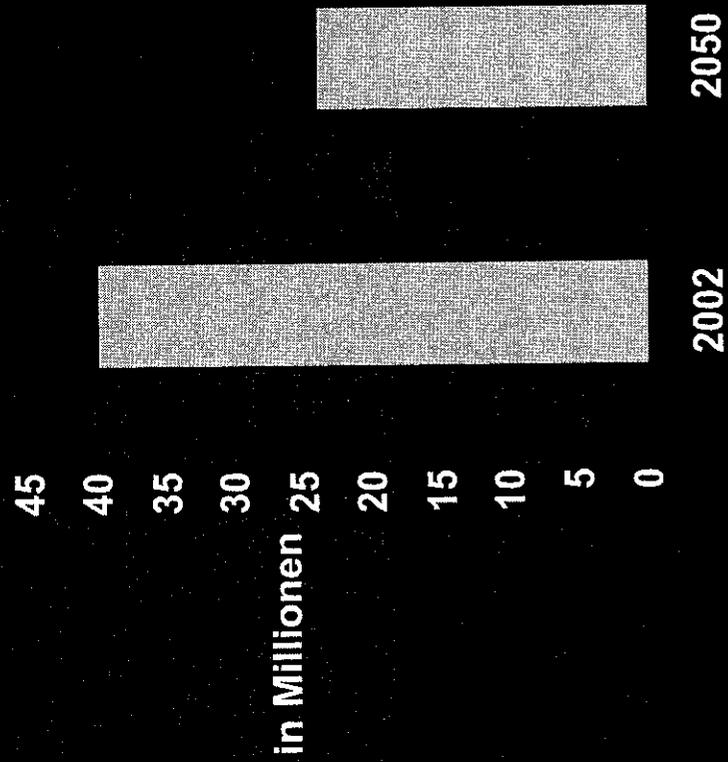
---

### Prognose bei gleichbleibenden Voraussetzungen:



# DER DEMOGRAPHISCHE FAKTOR

## Senkung des Arbeitskräftepotentials (Prognose):



## DER DEMOGRAPHISCHE FAKTOR

---

**Hypothetische jährliche Nettozuwanderung:**

**um die Bevölkerungszahl konstant zu halten:**

Bundesrepublik Deutschland: 450.000

Land Hessen: 33.000

**zur Stabilisierung des Erwerbspersonenpotentials:**

Bundesrepublik Deutschland: 600.000

Land Hessen: 44.000

**um den Alterungsprozess zu stoppen:**

Bundesrepublik Deutschland: 3,5 Millionen

Land Hessen: 250.000

## DER DEMOGRAPHISCHE FAKTOR

---

Insgesamt scheint eine **Nettozuwanderung** von etwa **200.000 Personen** pro Jahr längerfristig möglich und tragbar und mit den integrativen Leistungen unserer Gesellschaft **vereinbar**

Größenordnung für das Land Hessen: **14.000 Personen** pro Jahr

## ARBEITSMIGRATION

---

**mehr Zuwanderung! ? Millionen Arbeitslose!**

Unter den gegebenen Bedingungen und Strukturen am Arbeitsmarkt können spezifische Teile der Nachfrage nicht befriedigt werden.

Insbesondere in Bereichen, die ein hohes Qualifikationsniveau erfordern und in denen innovative Prozesse betrieblich wie volkswirtschaftlich entscheidend sind, werden solche Lücken deutlich.

## ARBEITSMIGRATION

---

### **Instrumente der Zuwanderungspolitik:**

#### ***Mengenpolitische Instrumente:***

- Einfache Quoten
- Selektive Quoten
- Selektive Quoten mit qualitativen Anforderungen

#### ***Preispolitische Instrumente:***

- Einwanderungsprämie
- Einwanderungsabgabe

## ARBEITSMIGRATION

---

### Beispiele qualifizierter Zuwanderung:

Klassische Einwanderungsländer : USA, Kanada, Australien

Aber auch: Vereinigtes Königreich, Tschechische Republik

## ARBEITSMIGRATION

---

### Selbständigkeit bei Migranten:

1999:

263.000 ausländische Selbständige schafften  
hochgerechnet

780.000 Arbeitsplätze für abhängig Beschäftigte

Die Beschäftigungseffekte der ausländischen  
Selbständigkeit können auf insgesamt eine Millionen  
Erwerbstätige veranschlagt werden

## INTEGRATION

---

### **Problem Arbeitslosigkeit bei Migranten:**

2002: Arbeitslosenquote bei Migranten 17,8 %  
Ausländer sind mehr als doppelt so stark von  
Arbeitslosigkeit betroffen als Deutsche

## INTEGRATION

---

### Zuwanderungsgesetz

- Anspruch auf Integrationsleistungen erstmals rechtlich verankert
  - Integration ist als wechselseitiger Prozess zu verstehen
  - Rechte und Pflichten für Migranten ebenso wie für Mitglieder der Aufnahmegesellschaft
- Prinzip „Fördern und Fordern“

## INTEGRATION

---

### **Beteiligung der deutschen Wirtschaft an Integrationsleistungen:**

Die Deutsche Telekom –  
Ein Beispiel für „Corporate Social Responsibility“

- Kostenlose Bereitstellung von Personal der Deutschen Telekom für Integrationsleistungen
- Im Vermittlungsprozess befindliche Mitarbeiter der Telekom erhalten Perspektive gesamtgesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten im Bereich Integration wahrzunehmen

## FAZIT

---

Die Auswirkungen des demographischen Faktors sind in anderen Staaten Europas ähnlich und Deutschland wird mit den Nachbarländern um **ausländische Arbeitskräfte konkurrieren.**

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken ist eine langfristige Strategie einer **gesteuerten Zuwanderung** notwendig.

Es ist Aufgabe der Politik die **Steuerungsinstrumente flexibel zu gestalten**: von der totalen Schließung des Arbeitsmarktes bis zur kompletten Öffnung für Einwanderer

**FAZIT**

**Positive Perzeption der Migration**



**Volle Nutzung der Potentiale**



Helga Nagel  
 Amt für multikulturelle Angelegenheiten

Frankfurt am Main, 05.09.05  
 Tel. 069-212-38765  
 e-mail: helga.nagel@stadt-frankfurt.de

Enquetekommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik“  
 des Hessischen Landtags zum Thema Migration  
 Anhörung am 07.09. 2005 im Hessischen Landtag

#### Vorbemerkung

Ich spreche hier als Praktikerin und aus der Sicht der Praxis eines kommunalen Amtes, das die Aufgabe hat, an der Schnittstelle von Verwaltung und Öffentlichkeit Prozesse der Veränderung in einer durch Zuwanderung geprägten Kommune zu koordinieren und zu moderieren.

Aus dieser Sicht werde ich kurz den derzeitigen Ist-Stand beschreiben, sofern wir aufgrund der verfügbaren Datenlage darüber zuverlässig Aussagen machen können und zu ausgewählten Themenbereichen formulieren, welche Folgerungen wünschenswert bzw. notwendig sind, damit die Stadt Frankfurt am Main die Herausforderungen, vor denen sie infolge der Zuwanderung steht, weiterhin meistert. Dass es sich hierbei keineswegs um eine Zukunftsaufgabe handelt und Frankfurt bezogen auf die demographische Veränderung durch Zuwanderung bereits in der Zukunft angekommen ist, zeigt der kurze Blick auf die aktuellen Zahlen:

#### **Demographische Veränderungen durch Zuwanderung**

Wie alle Großstädte der Bundesrepublik Deutschland unterliegt auch Frankfurt am Main aufgrund der Zuwanderung der letzten Jahrzehnte einem tiefgreifenden demographischen Wandel.

Noch immer ist Frankfurt am Main die deutsche Großstadt mit dem höchsten Ausländeranteil. 25,5% der Einwohner (Stand: 31.03.2005) haben nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Prozentual verringert sich der Ausländeranteil derzeit geringfügig aber stetig. Dies hängt zum einen mit dem im Jahr 2000 geänderten Staatsangehörigkeitsrecht zusammen - danach erhalten Kinder ausländischer Eltern, die acht Jahre rechtmäßig in der Bundesrepublik leben, qua Geburt neben der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit und werden in der Statistik als Deutsche gezählt - zum anderen mit Einbürgerungen. In den letzten Jahren wurden in der Stadt Frankfurt am Main ca. 20.000 Menschen eingebürgert. Jährlich kommen ca. 4000 Einbürgerungen hinzu. Ende 2003 hatten rund 44.000 Frankfurterinnen und Frankfurter neben der deutschen eine zweite ausländische Staatsbürgerschaft, das entspricht 7%<sup>1</sup>. Ca. ein Drittel der Frankfurter Bevölkerung weist nach dem derzeitigen statistischen Kenntnisstand damit einen Migrationshintergrund auf. In dieser Zahl nicht berücksichtigt sind Aussiedlerinnen und Aussiedler, die in der Statistik als Deutsche gezählt werden. Der prozentuale Ausländeranteil gibt nur unvollständig Auskunft über den Zuwandereranteil der Frankfurter Bevölkerung bzw. über den Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund. Schätzungsweise haben in Frankfurt am Main inzwischen über 40% der Bürgerinnen und Bürger einen Migrationshintergrund.

<sup>1</sup> Magistratsbericht B 106 vom 31.01.2005, Aussagekräftige Statistiken: Menschen mit Migrationshintergrund

Wie stark Prozesse der ethnischen Pluralisierung und der religiösen Vielfalt fortschreiten, zeigt ein Blick auf die Gruppe der Kinder und Jugendlichen in Frankfurt. Eine kürzlich veröffentlichte repräsentative Befragung von Kindern im Alter zwischen neun und vierzehn Jahren ergab, dass 60% der befragten Kinder einen sog. Migrationsintergrund haben, d.h., entweder sie selber, ihre Eltern oder ihre Großeltern sind im Ausland geboren. Einen Hinweis auf die religiöse Pluralisierung gibt eine Statistik, die seit dem Schuljahr 2002/2003 die Religionszugehörigkeit von Grundschulern erfasst. Danach sind im Schuljahr 2004/2005 19,68% der Schülerinnen und Schüler evangelisch, 22% katholisch, 20,5% islamisch, 9,09% sonstiger Glaubenszugehörigkeit (buddhistisch, hinduistisch etc) und 29,17% haben kein Bekenntnis.

Die Vielfalt der Frankfurter Bevölkerung spiegelt sich auch in den inzwischen mehr als 140 religiösen Zuwanderergemeinden, darunter 32 Gemeinden islamischen Glaubens ganz verschiedener Richtungen.

Die Zuwanderer aus derzeit ca. 175 Herkunftsländern unterscheiden sich nicht nur nach Herkunft und Religion, sondern auch durch ihren sozialen Hintergrund und ihre Lebensbedingungen. 30% kommen aus Industriestaaten. Sie haben, ebenso wie viele Einwanderer der sog. zweiten und dritten Generation, eine höhere Bildung und sind in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur beschäftigt. Viele der Einwandererfamilien, die in den 60er und 70er Jahren in die Bundesrepublik Deutschland kamen, sind stark vom Strukturwandel im Beschäftigungssektor betroffen. In Frankfurt hat sich die Zahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe zwischen 1990 und 2001 um 50% verringert. 41,6%<sup>2</sup> der Ehen werden zwischen gemischt-nationalen Partnern geschlossen, mit steigender Tendenz, 31,7% beträgt der Anteil der Ehen zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen. Auch dies ist ein Hinweis auf den stark fortschreitenden Prozeß ethnischer Vielfalt.

### **Integration in der Kommune**

Integrationspolitik ist damit zu einer vorrangigen gesamtstädtischen Aufgabe geworden, die alle Bürgerinnen und Bürger betrifft. Integration ist mehr als Ausländer- oder Minderheitenpolitik, auch mehr als Sozialpolitik und Eingliederungshilfe, Integrationspolitik ist unter gegenwärtigen Bedingungen Gesellschaftspolitik

Um die Ziele friedliches Zusammenleben, sozialer Zusammenhalt, Förderung der Chancengleichheit und Beteiligung zu erreichen, bedarf es wirksamer Koordination, strategischer Steuerung und geeigneter Organe und Maßnahmen auf den Ebenen der Politik und der Verwaltung.

Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main hat seit Ende der 80er Jahre auf allen Ebenen kontinuierlich Strukturen und Instrumente zur Bewältigung und Steuerung der vielfältigen neuen Aufgaben im Bereich der Integrationspolitik geschaffen und mit dem Dezernat für Integration und dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten Einrichtungen, die sachverständig und wirkungsvoll die nötigen Veränderungsprozesse koordinieren und moderieren können.

Mehr denn je ist es unter den Bedingungen der Internationalisierung, der Zunahme transnationalen Wanderung nicht zuletzt im Kontext der EU-Integration erforderlich, Integration als strategisches Ziel im kommunalen Aufgabenkatalog zu verankern. Die Wirksamkeit der Koordination und Steuerung von Integrationsprozessen über eine hoch in der Verwaltung angesiedelte Stelle hat eine Studie des Europaforums der

<sup>2</sup> Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2004

Stadt Wien<sup>3</sup> festgestellt. Die Projektgruppe hatte die Aufgabe, durch die Analyse beispielhafter kommunaler Strategien und erfolgreicher Modelle im europäischen und außereuropäischen Raum einen Beitrag zur Entwicklung innovativer Handlungsoptionen im integrations- und migrationspolitischen Bereich zu leisten. Großstädte mit erfolgreicher Integrationspolitik, heißt es in der Studie, zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine hoch in der Verwaltung angesiedelte Stelle haben, die koordiniert und begleitet. Als positives Beispiel wird Frankfurt neben Toronto und Rotterdam zitiert.

Der zentralen Bedeutung der Kommunen im Integrationsprozeß widmet auch der Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration ein ausführliches Kapitel in seinem Jahresgutachten 2004. Die wichtige Rolle der Kommunen für Erfolg oder Mißerfolg von Integrationsmaßnahmen wird ausführlich gewürdigt. Als Merkmal effektiver Integrationsarbeit wird auch hier die Existenz einer zentralen Facheinheit mit Zuständigkeit für die strategische Steuerung und Koordination definiert.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Integration setzen Bund und Länder, Erfolg oder Mißerfolg von Integrationspolitik entscheiden sich jedoch vor Ort in den Kommunen.

Der Handlungsrahmen kommunaler Integrationsförderung ist geprägt durch Praxisnähe, durch Orientierung am Handlungsbedarf, durch Potentiale und Konflikte, die sich im Zusammenleben der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ergeben. Kommunale Integrationsförderung in Frankfurt kann auf langjährige Erfahrung zurückblicken. Bereits erzielte Integrationsfortschritte, vorhandene Konzepte, interkulturelle Kontakte und Erfahrungen in der Bevölkerung, und die Potentiale der Migranten und ihrer Organisationen bieten wichtige Ressourcen für die Entwicklung und Weiterentwicklung von Konzepten und Handlungsstrategien auch auf den Ebenen der Länder und des Bundes. Erfolgreiche kommunale Integrationsprogramme insbesondere aus Großstädten mit langjähriger Erfahrung in der Integrationsarbeit geben häufig klare Hinweise, wie Integrationsförderung effizient und zielgenau gestaltet werden kann. Lassen Sie mich hier als ein Beispiel das Programm „Mama lernt Deutsch – Papa auch“ erwähnen, das gewissermaßen zum Synonym für erfolgreiche Elternprogramme geworden ist und einigen von Ihnen sicherlich bekannt sein dürfte. Seinen Ausgang nahm es 1997 in einer Frankfurter Grundschule eines sog. Brennpunkts, wo die beiden ersten Kurse unter diesem Titel stattfanden. Die Idee und ihre Realisierung hatten Durchschlagskraft. Konzept, Curriculum und Materialien sind nach wie vor ein Frankfurter Exportschlager und haben im Wortsinn Schule gemacht. Der Erfolg des Programms beruht vor allem auf dem besonderen Verfahren der Ansprache der Teilnehmer/-innen und der Organisationsform in Kooperation mit vorschulischen und schulischen Bildungseinrichtungen, die bundesweit Nachahmung gefunden hat. In der Praxis des Zusammenspiels zwischen Kommune, Ländern und Bund werden derzeit diese Erfahrungen und Potentiale der großstädtischen Kommunen bedauerlicherweise eher selten genutzt. Hier wäre ein Umdenken überaus wünschenswert.

### **Handlungsfelder und –strategien der Integrationsförderung**

Es würde den Rahmen sprengen, hier die vielfältigen Integrationsmaßnahmen in Frankfurt darzustellen, die zugleich Ausdruck für die Vielfalt der Problemstellungen

<sup>3</sup> Europaforum Wien, Migration Integration Diversitätspolitik, Wien 2002

sind, bei deren Lösung die Institutionen der Stadt unterstützend tätig sind. Sie sind breit dokumentiert in zahlreichen Publikationen und auf der Internetseite des Amts, (Religionen der Welt in Frankfurt, Studie zum Stand der Integration in Frankfurt, Evaluation der Sprach- und Orientierungskurse für Neuzuwanderer, Multikultureller Wegweiser, Antidiskriminierungsrichtlinie etc.), aber auch in Veröffentlichungen des Hessischen Sozialministeriums („Integrationsangebote in ausgewählten hessischen Kommunen und ihre institutionelle Umsetzung“, „Sozialnetz etc.“)

Hier möchte ich die aus der Sicht der Kommune zentralen Handlungsfelder skizzieren und, wo ersichtlich, künftigen Handlungsbedarf deutlich machen. Wenn Beispiele zitiert sind, sind es vor allem solche, die innovative Verfahren und Mehrebenenstrategien verfolgen und geeignet sind, fachübergreifende Ansätze zu illustrieren. Die strukturelle Verankerung solcher Verfahren ist deshalb so bedeutsam, weil über das Zusammenspiel von Angebot und Annahme wichtige Grundlagen gelegt werden für die positive oder negative Einstellung der Migrantinnen und Migranten gegenüber der Aufnahmegesellschaft bzw. aller Frankfurterinnen und Frankfurter zu ihrer Stadt. Hier werden die Weichen für das zukünftige gesellschaftliche Klima der Stadt gestellt.

Über Erfolg oder Misserfolg von Integration in die moderne Gesellschaft wird insbesondere in den Feldern Erziehung, Bildung, Arbeit und Familie entschieden: Sie sind auch für die soziale Integration von Migranten von primärer Bedeutung. Gelingende oder misslingende Integration in diese Bereiche beeinflusst offensichtlich auch die Integrationschancen in alle anderen gesellschaftliche Teilbereiche und damit die Lebens- und soziale Teilnahmekancen von Migranten. (Bildung vermittelt Qualifikationen und damit die Voraussetzung für den Zugang zu Arbeit und Einkommen.)

Migration und Integration sind kein Kompaktereignis, was die Formulierung „soziale Integration in die Gesellschaft“ suggerieren könnte, Migration und soziale Teilhabe realisieren sich, bzw. gelingen oder misslingen kontextgebunden und auf je verschiedene Weise und mit unterschiedlichen Ergebnissen und Problemen in Teilbereichen, nämlich sprachlich, ökonomisch, rechtlich, politisch, schulisch etc. In diesem Sinn betreffen Integrationsprozesse von Migranten immer auch Fragen des Wandels der sozialen Struktur von Organisationen und Funktionsbereichen, z. B. der Schulen, Hochschulen, Gesundheitseinrichtungen, religiösen Gemeinden, Verwaltung, Unternehmen.

Dies soll noch einmal in systematischer Weise die gesellschaftlich relevanten Bereiche der Integration begründen und deutlich machen, dass es sich um einen komplexen Zusammenhang handelt, der gleichermaßen die Institutionen des Aufnahmelandes tangiert und verändert. (Dies erfordert ggf. Begleitung und Schulung der Beschäftigten.)

Folgende Handlungs- und Interventionsbereiche lassen sich demzufolge begründen.

- **Integration durch Sprach- und Informationsvermittlung**
- **Bildung, Ausbildung, Beruf, Arbeitsmarkt**
- **Konfliktmanagement und Mediation in der Nachbarschaft**  
Ausbildung von Streitschlichtern und ihr Einsatz in städtischen Nachbarschaften
- **Antidiskriminierungsarbeit und Umsetzung der städtischen Antidiskriminierungsrichtlinie**

- **Interkulturelle Öffnung von Regelinstitutionen und Unterstützung besonderer Zielgruppen, Interkulturelle Trainings/Umgang mit Vielfalt**
- Besondere Bedeutung gewinnt zunehmend das Thema **Religion in der Migration und religiöse Zuwanderergemeinden**
- Gleiches gilt für die **Zusammenarbeit mit Organisationen der Einwanderer, ihre Beratung, Förderung und Fortbildung**
- Etwas aus dem Rahmen fällt der letzte Punkt der Aufzählung: Informations- und Beratung zum **Zuwanderungsgesetz und zu den Gesetzen zur Arbeitsmarktreform – Hartz IV**. Dennoch ist er ein wichtiger Beitrag, eine sachgerechte Handlungsfähigkeit der Betroffenen zu erreichen. Es empfiehlt sich sehr, dem erheblichen Informationsbedarf Rechnung zu tragen. Wir haben beide Gesetze zunächst auf ihre besonderen Auswirkungen auf Migrantinnen und Migranten untersucht und bewertet. Mit Hartz IV ist ein Systemwechsel verbunden, der in Frankfurt am Main überproportional Migranten betrifft. Insofern ist eine Analyse und Begleitung der Umsetzung der Reformen durch das Fachamt geboten. Darüber hinaus war die Interdependenz der Wirkung der Reformpakete aufeinander einzuschätzen, um in geeigneter Weise Informationen bereitzustellen. In zahlreichen Informationsveranstaltungen für Träger, Multiplikatoren, Vereine, Gemeinden wurde dem hohen Informationsbedarf Rechnung getragen.

Aus Zeitgründen möchte ich nur zu ausgewählten Handlungsfeldern ein paar ergänzende Ausführungen machen. (Sprache, Bildung/Ausbildung/, Religion und Migrantenorganisationen)

### **Integration durch Sprach- und Informationsvermittlung**

Ein breites Angebot von Deutschkursen gehört von jeher sozusagen zur Grundausstattung der Integrationsangebote.

Bereits hingewiesen wurde auf das Programm Mama lernt Deutsch – Papa auch, mit inzwischen jährlich 80 Kursen im Stadtgebiet. Die Kurse flankieren in idealer Weise die weitreichenden Maßnahmen der Hessischen Landesregierung und der Stadt Frankfurt am Main zur interkulturellen Erziehung und sprachlichen Erziehung im Kindergarten zur Förderung der deutschen Sprachkenntnisse im Kindergarten und im vorschulischen Bereich.

In Einrichtungen, die gezielte Spracharbeit mit Kindern machen und gleichzeitig den Müttern Mama lernt Deutsch-Kurse angeboten werden, verstärken sich die Angebote gegenseitig.

Die Kurse sind häufig ein kleines organisatorisches Zentrum für weitere Aktivitäten und Maßnahmen in den Schulen und Kindergärten (z.B. Elternschule zu Erziehungsfragen, Sportangebote etc.) und für viele Teilnehmerinnen oft der erste Schritt auf einem individuellen Lernweg und die Brücke ins klassische Deutschkursangebot der Volkshochschule oder in die Integrationskurse des Bundes.

Das seit Anfang 2005 geltende Zuwanderungsgesetz führte zu einer Verlagerung der Zuständigkeiten im Hinblick auf die seit 2000 von der Kommune angebotenen bzw. vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten organisierten Sprach- und Orientierungskurse für Neuzuwanderer, deren besonderes Merkmal die herkunftssprachlichen Orientierungskurse, die Erprobung neuer Ansprachewege und der Aufbau eines Trägernetzwerks waren. Die strukturelle Umsetzung liegt seit

Anfang 2005 in der Hand der jeweiligen Ausländerbehörden und wird zentral gesteuert im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg. Die Stadt Frankfurt ist nach Kräften bemüht, die Transparenz des Zugangs zum Bundesprogramm im Zusammenwirken mit den Trägern und der Regionalkoordination des Bundesamts sicherzustellen. Zahlen für Frankfurt werden vom Bundesamt nicht erhoben.

Für genaue Bedarfserhebungen bezogen auf Deutschkurse fehlen die Instrumente. (Sprachstandsdiagnostik, amtliche bzw. wissenschaftsgetragene Statistiken) Der Zuwanderungsrat benennt dieses Defizit, gibt dazu aber noch keine abschließende Empfehlung. Hier bleibt abzuwarten, wie sich die Bildungsberichterstattung weiterentwickeln wird.

### **Bildung, Ausbildung, Beruf, Arbeitsmarkt**

Es zeichnet sich ab, dass insbesondere Zuwanderer aus der Gruppe der vormaligen Gastarbeiter und Aussiedler inklusive der 2. Generation dauerhaft Konkurrenz Nachteile und geringere Integrationschancen auf dem Arbeitsmarkt haben werden, wenn es nicht gelingt, hier mit geeigneten Maßnahmen Bildungsreserven zu mobilisieren. Dies wäre fatal angesichts der dauerhaften Nachfolgewanderungen gerade dieser Gruppen und der Tatsache, dass Familien und Heiratsmigration ein zahlenmäßig relevanter Zuwanderungsmodus ist. Hier stehen Erziehungs- und Ausbildungssysteme vor Herausforderungen.

Erklärungsbedürftig ist das statistisch signifikant schlechtere Abschneiden von Migrantenkinder im deutschen Schul- und Ausbildungssystem. Einfache Antworten gibt es hier nicht. Hier wird ein Grundproblem der politischen Gestaltung von Integrationsprozessen in modernen Gesellschaften deutlich. Prozesse der sozialen Integration geschehen differenziert in Teilbereichen: Bildung und Ausbildung findet in der Schule statt unter den dort geltenden Voraussetzungen. Zugleich können die Lebensumstände der Familie, Wohnsituation, Arbeit, kulturelle Herkunft und Sprache in der Logik des Systems Schule Einschränkungen darstellen, die für die Abläufe dort als störend wahrgenommen werden. Für die politische Gestaltung von Integrationsprozessen bedeutet dies, dieses komplexe Zusammenspiel zunächst zu verstehen und dann zu versuchen, in Teilbereiche einzugreifen, z. B. durch die Umgestaltung der Schulen, die Veränderung der Programme oder die Veränderung der Lehreraus- und -fortbildung. Eine andere Möglichkeit ist, über die sogenannte Kontextsteuerung Einfluss zu nehmen, die unter dem Stichwort lokales Bildungsmanagement diskutiert wird und versucht sozialraum- und schulbezogen die Bildungschancen von Migrantenkinder positiv zu beeinflussen. Michael Bommes empfiehlt in seiner Expertise für den Zuwanderungsrat, Modellprojekte mit entsprechender Begleitforschung zu initiieren.

Zwei Arbeitsansätze, die exakt sozialräumlich und schulbezogen ansetzen existieren mit den Projekten mit Sprache und Ausbildungsorientierte Elternarbeit (AOE) und verdienen aus meiner Sicht größere Beachtung und Verbreitung. mit Sprache setzt an vier Punkten an: Deutsch als Zweitsprache-Unterricht für die Kinder, Beachtung der Mehrsprachigkeit der Kinder und neue Ansätze des Umgangs damit, Lehrerfortbildung zu den Themen DaZ, Mehrsprachigkeit, Elternarbeit, schließlich Verbesserung der Kommunikation zwischen Schule und Elternhaus. (Es kooperieren und Ressourcen HKM und Stadt Frankfurt, AmkA) mit Sprache ist ein gutes Beispiel, wie durch neue Formen der schulinternen und der schulübergreifenden Kooperation neuartige Impulse, neue Arbeits- und Anspracheformen entstehen und zu vielfältigen Veränderungen führen. Nicht zuletzt

leistet mit Sprache als prozessorientiertes und auf die Verschiedenheit der beteiligten Schulen ausgerichtetes Modellprojekt einen wichtigen Beitrag zur schulischen Organisationsentwicklung und zur Entwicklung eines individuellen Schulprofils. Eine ausführliche Dokumentation liegt vor. Derzeit ist eine Evaluation der Modellphase mit dem Schwerpunkt Auswirkungen auf das Sprachverhalten der Kinder angelaufen.

Die Zwischenergebnisse sind bereits so positiv, dass eine weitere Verbreitung des Modells angezeigt wäre.

Beispiel zwei: AOE

Das deutsche Schulsystem sowie die Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten in Deutschland sind für viele Eltern ausländischer Jugendlichen und Kinder oft undurchsichtig. Dies liegt meist nicht nur an den bestehenden Sprachbarrieren, sondern an unzureichenden Informationsmöglichkeiten. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) arbeitet deshalb mit zweisprachigen Gesprächsleiter/-innen aus Vereinen, religiösen Gemeinden und Herkunftssprachenlehrer/-innen zusammen (Multiplikatoren), die im Auftrag des Amtes Elternveranstaltungen organisieren und die Eltern in ihrer Muttersprache über das hessische Schul- und Ausbildungssystem informieren. Die Multiplikatoren werden vorher in einer Grundlagenschulung auf ihre Arbeit vorbereitet. Ein Netzwerk von fast 60 Multiplikatoren konnte so aufgebaut werden. Im vergangenen Jahr nahmen fast 3000 Teilnehmer an Elternveranstaltungen und Beratungen teil.

Als besonderes, im Wesentlichen von den Multiplikatoren erarbeitetes Produkt, wurden drei Elterninformationsfilme in sieben Sprachen hergestellt, die in den Elternveranstaltungen eingesetzt werden. (Bezug: AmkA)

Das Arbeitsverfahren wurde auch auf andere Handlungsfelder übertragen (z.B. herkunftssprachliche Rentenberatung für ältere Migranten)

Zum Abschluss noch ein notwendiges Wort zum Förderunterricht in Deutsch. Hier geschieht quantitativ einiges, es fehlen eine Auswertung unter qualitativen und Wirkungsaspekten und vor allem eine aus der Sicht der Experten umfassende bildungsbegleitende Sprachförderung unter Einbezug der Fachsprache, die die eigentliche sprachliche Hürde darstellt und dem Umgang mit der Schriftsprache. Notwendig ist die fachsprachliche Förderung in der Sekundarstufe I und II. Der Dokumentation zur Situation der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, die der Magistrat 2002 vorgelegt hat, ist zu entnehmen, dass Schüler an Gymnasien, beruflichen Schulen und Sonderschulen mit Abstand den wenigsten Förderunterricht erhalten. Hier könnte ein Grund für das überproportionale Scheitern an weiterführenden Schulen liegen.

Zum herkunftssprachlichen Unterricht:

Wir stellen fest, dass sich zunehmend Schulen und Gruppen mit dem Wunsch herkunftssprachlichen Unterricht für ihre Kinder einzurichten, an uns wenden. Dies betrifft Herkunftssprachen, die im schulischen Kontext nicht angeboten werden und die in Frankfurt sehr zahlreich sind. Dieser Sachverhalt enthält insofern politische Brisanz, als Konsulate, z. B. das iranische offensiv für solchen Unterricht am Wochenende werben. Wir bemühen uns derzeit, mit der VHS und freien Trägern transparente und offene Angebote zu organisieren. Hier sei der Hinweis gestattet, dass es im öffentlichen Interesse liegen muss, diese Bildungsbedürfnisse nicht zu ignorieren und tragfähige Lösungen zu finden. An die unglückliche politische Geschichte des Koranunterrichts möchte ich an dieser Stelle erinnern.

Dies ist die perfekte Überleitung zum Thema **Religion in der Migration**.

Unter Integrationsgesichtspunkten ist Religion in doppelter Hinsicht relevant, denn auch hier stellt sich die Frage nach gültigen Indikatoren gelingender bzw. misslingender Integration. Viel deutet darauf hin, dass grosso modo Integration gelingen kann:

In Frankfurt am Main hat sich in Folge der Zuwanderung in den letzten Dekaden eine außerordentliche religiöse Vielfalt entwickelt: Neben den großen christlichen Kirchen haben sich Gemeinden fast aller Weltreligionen in der Stadt niedergelassen. Die Zahl der Gemeinden steigt. Dies ist als Hinweis auf dauerhafte Niederlassung zu deuten. Ein Anliegen des Magistrats war und ist es, Politik, Verwaltung, Erziehungs- und Bildungseinrichtungen und die städtische Öffentlichkeit mit diesen Entwicklungen vertraut zu machen. So bietet das Amt Fachberatung für Bildungseinrichtungen, andere Ämter und die Medien an, organisiert Fachkonferenzen zum Thema "Religion in der Migration", vermittelt Kontakte und Referenten.

In der Kommunikation mit den religiösen Gemeinden haben Dezernat und Amt eine wichtige vermittelnde Funktion.

Zunehmend entwickeln sich neue Formen der Zusammenarbeit zwischen der Stadt und religiösen Zuwanderergemeinden: In verschiedenen Gemeinden finden erfolgreich „Mama lernt Deutsch – Kurse“ statt und mehrsprachige Multiplikatoren, auch aus religiösen Gemeinden sind im Rahmen von Elternprojekten aktiv. Dennoch müssen auch eindeutig die Indikatoren für misslingende Integration benannt werden, die vorliegen, wenn die Legitimitätsgrundlagen staatlicher Souveränität, die Gültigkeit des profanen positiven Rechts, die Öffnung von Bildung für alle und die Gleichstellung von Mann und Frau infrage gestellt werden.

In der Praxis ist das nicht immer ganz einfach zu entscheiden. Ich plädiere für den differenzierenden Blick und die Vermeidung jeglicher Pauschalierung.

Positiv ist festzustellen, dass mit dem Thema Religion zugleich eines der zukünftig wohl bedeutsamsten, aber auch am schwierigsten einzuschätzenden Felder der sozialen Integration angesprochen ist.

### **Zusammenarbeit mit Organisationen der Einwanderer – Beratung, Förderung, Fortbildung**

In 2004 hat das Amt für multikulturelle Angelegenheiten die Beratung von Migrantenvereinen und –organisationen aufgrund von Nachfragen und Neugründungen von Vereinen deutlich verstärken müssen.

Das Amt ist im ständigen Kontakt mit über 200 ethnischen Gruppen und Organisationen und bietet Vereinen Unterstützung und Beratung bei der Vereinsgründung und der Veranstaltungsplanung, aber auch Qualifizierung und Fortbildung u.a. in Zusammenarbeit mit der Frankfurter Fachhochschule an. Die Entwicklung dieses Arbeitsbereichs ist hoch dynamisch. Die seit der Gründung des Amtes kontinuierliche Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen hat einerseits eine solide Vertrauensbasis hergestellt, auf der Vermittlung und Unterstützung selbstverständlich abgerufen werden, andererseits zeigt sich in den verstärkten Vereinsaktivitäten aber auch ein gewachsenes Selbstbewußtsein der Einwanderer, die beanspruchen für sich selbst zu sprechen und zu handeln. Jedenfalls ist hier ein Prozeß zu beobachten, der neu zu bewerten ist. Dies gilt sowohl für die inzwischen fast 30 Vereine, die für ihre Kinder am Wochenende ehrenamtlich herkunftssprachlichen Unterricht organisieren als auch für die Organisationen und Multiplikatoren aus Vereinen, die in zahlreiche Projekte und Initiativen des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten als operative Partner eingebunden sind (Sprach- und

Orientierungskurse, Ältere Migranten, Gesundheitsprävention, Gesundheitsberatung für afrikanische Familien im Stadtgesundheitsamt, Elternarbeit etc.). Bei ethnischen Organisationen wird häufig die Frage diskutiert, ob sie eher als Katalysator für Segregation oder für Integration fungieren. Diese Frage wird in der Wissenschaft kontrovers diskutiert. Die empirischen Befunde, nicht nur in Frankfurt, scheinen die Segregationsthese eher nicht zu bestätigen. Die differenzierte Struktur der Vereinsbildung (Sport, Familie und Erziehung, Freizeit, Kultur etc.), scheint der Ausrichtung der Migranten an den differenzierten Strukturen der Zuwanderungsgesellschaft geschuldet zu sein und ist damit als Zeichen der sozialen Integration zu deuten. Das entspricht sowohl den historischen Erfahrungen (Polen im Ruhrgebiet) als auch den Erfahrungen anderer Einwanderungsländer. Insofern ist dafür zu plädieren, den Integrationsprozeß durch Einbindung der Vereine in die Regelstrukturen zu intensivieren und sie im öffentlichen Raum sichtbar zu machen. Dies könnte zugleich als wichtiger Teil notwendiger Anerkennungskultur verstanden werden.

### **Integrationspolitik „im Blindflug“**

#### **Datensituation**

So nenne ich, in Anlehnung an eine Überschrift im Jahresbericht des Sachverständigenrats Zuwanderung und Integration mein kurzes Schlußkapitel. Um informiert und transparent zu entscheiden, bedarf es empirischen Wissens auf der Basis von aussagekräftigen Daten. Hier bestehen erhebliche Defizite, die aufgrund der Zuständigkeiten nicht von der Kommune behoben werden können. Zwei Studien im Auftrag der Stadt Frankfurt, die Studie zur Evaluation von Integrationsprozessen des efms und die bereits erwähnte Dokumentation zur Schulsituation durch das Dipf weisen darauf hin, dass Erhebungen entlang des Merkmals Nationalität zunehmend nicht mehr aussagekräftig sind. Insbesondere für den Bildungsbereich wird es immer bedeutsamer, das Merkmal Migrationshintergrund zu erheben. (sog. optionsdeutsche Kinder, Einbürgerungen) Die Umsetzung eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung „Ethnic monitoring“ zur Verbesserung der Situation von Kindern mit Migrationshintergrund, der ein Monitoring als Instrument der regionalen Bildungsplanung und der effizienten Steuerung des Ressourceneinsatzes vorsah, scheiterte, zumindest vorläufig, an geeigneten Daten, bzw. Verfahren der Datenerhebung. Notwendig sind vor allem Daten, die Verlaufs- und Kausalanalysen über Integrationsprozesse und ihre Folgewirkungen ermöglichen. Das heißt, eine möglichst zeitnahe Lösung dieses informationellen Dilemmas ist wünschenswert. Hätten wir dieses Instrumentarium bereits, wären einige Ihrer Fragen ganz sicher genauer oder überhaupt zu beantworten gewesen.

Fazit: „Immigration is difficult“ und braucht Zeit und Geduld.

Ich danke Ihnen für Ihre überaus große Geduld und Ihre Aufmerksamkeit.

Helga Nagel  
Amt für multikulturelle Angelegenheiten

Frankfurt am Main, 05.09.05  
Tel. 06-212-38  
e-mail: [helga.nagel@stadt-frankfurt.de](mailto:helga.nagel@stadt-frankfurt.de)

Enquetekommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik“  
des Hessischen Landtags zum Thema Migration  
Anhörung am 07.09.05 im Hessischen Landtag

- Europäische Großstädte erleben einen tief greifenden Strukturwandel der Bevölkerung durch Zuwanderung
- Integrationsförderung ist eine vorrangige, alle Bürgerinnen und Bürger betreffende kommunale Aufgabe
- Integration braucht Steuerung und Koordination durch eine kommunale Fachstelle
- Kenntnisse und langjährige Erfahrungen der großstädtischen Kommunen sollten besser genutzt werden
- Bundes-, Landes- und kommunale Konzepte und Handlungsstrategien aufeinander abstimmen und vor allem miteinander abstimmen
- Handlungsfelder der Integrationspolitik
- Sprachvermittlung, Bildung/Ausbildung, Beruf, Arbeitsmarkt, Religion in der Migration, Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen, Antidiskriminierungsarbeit, Konfliktvermittlung in Nachbarschaften, Interkulturelle Öffnung der Regelinstitutionen, Umgang mit Vielfalt
- Datenerhebung und Datensituation verbessern, um Migration- und Integrationspolitik „im Blindflug“ zu verhindern
- Grundlagenforschung, Evaluation und Begleitforschung von Modellen intensivieren

## Wanderungsbewegung

Name	Regional- schlüssel	Jahr	Zu- ge- zo- gene	Fort- ge- zo- gene	Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)				
					ins- gesamt	Hessen	davon gegenüber (den [m])		Ausland
							alten	neuen	
					Bundesländern				
Land Hessen		1990	226 612	121 489	105 123	—	14 625	38 329	52 169
Land Hessen		1991	205 693	128 984	76 709	—	6 379	16 097	54 233
Land Hessen		1992	233 878	146 422	87 456	—	4 288	9 067	74 101
Land Hessen		1993	209 161	162 077	47 084	—	—	5 473	45 304
Land Hessen		1994	181 065	164 857	16 208	—	2 440	3 887	9 881
Land Hessen		1995	181 870	149 162	32 708	—	8 235	3 758	20 715
Land Hessen		1996	167 417	149 050	18 367	—	6 062	3 749	8 556
Land Hessen		1997	159 054	156 396	2 658	—	5 105	4 342	—
Land Hessen		1998	159 786	155 941	3 845	—	3 685	5 579	—
Land Hessen		1999	169 973	151 086	18 887	—	3 755	6 011	9 121
Land Hessen		2000	169 602	151 911	17 691	—	2 602	7 825	7 264
Land Hessen		2001	175 180	162 341	12 839	—	126	9 926	2 787
Land Hessen		2002	167 916	149 072	18 844	—	293	8 886	9 665
Land Hessen		2003	162 701	158 122	4 579	—	—	6 545	121

Die Zahl der Aussiedler ist im Wanderungssaldo gegenüber den alten Bundesländern enthalten.



Hessisches Statistisches Landesamt

STATISTIKHESSEN



**Erwerbstätige  
in Hessen 2000 bis 2003  
nach kreisfreien Städten  
und Landkreisen**

A IV 6 – J/03      Mai 2005

Bitte lesen Sie zuerst das Copyright und die Lieferbedingungen  
Ich möchte direkt ins Inhaltsverzeichnis

Die Datei ist mit Verknüpfungen (sog. Hyperlinks) versehen.  
Klicken Sie nur auf den entsprechenden blauen, unterstrichenen Text!

## Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden

### Zum Inhalt

Dienstgebäude: Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden  
Briefadresse: 65175 Wiesbaden

### Ihre Ansprechpartner für Fragen und Anregungen zu diesem Bericht

Herr Blohm	0611 3802-812
Herr Emmel	0611 3802-813
E-Mail	etr@statistik-hessen.de
Telefax	0611 3802-890
Internet	<a href="http://www.statistik-hessen.de">http://www.statistik-hessen.de</a>

### Copyright

© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/ Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

### Lieferbedingungen

Liegt ein vom Hessischen Statistischen Landesamt zu vertretender Mangel der Sache vor, kann der Käufer als Nacherfüllung wahlweise Mängelbeseitigung oder Ersatzlieferung verlangen. Ist das Hessische Statistische Landesamt zur Nacherfüllung wegen Unverhältnismäßigkeit nicht bereit oder nicht in der Lage oder verzögert sich diese über angemessene Fristen hinaus aus Gründen, die das Hessische Statistische Landesamt zu vertreten hat oder schlägt in sonstiger Weise die Nacherfüllung fehl, ist der Käufer nach seiner Wahl berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, eine entsprechende Minderung des Kaufpreises, Schadensersatz oder Ersatz vergeblicher Aufwendungen zu verlangen.

Soweit sich nachstehend nichts anderes ergibt, sind weitergehende Ansprüche des Käufers, gleich aus welchen Rechtsgründen, ausgeschlossen. Das Hessische Statistische Landesamt haftet deshalb nicht für Schäden, die nicht am Liefergegenstand selbst entstanden sind; insbesondere haftet das Hessische Statistische Landesamt nicht für entgangenen Gewinn oder für sonstige Vermögensschäden des Käufers. Soweit die Haftung des Hessischen Statistischen Landesamtes ausgeschlossen ist, gilt dies auch für die persönliche Haftung von Arbeitnehmern, Vertretern und Erfüllungsgehilfen.

Vorstehende Haftungsbeschränkung gilt nicht, soweit die Schadensursache auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit beruht oder ein Personenschaden vorliegt. Sie gilt ferner dann nicht, wenn der Käufer Ansprüche aus §§ 1, 4 Produkthaftungsgesetz geltend macht.

Sofern das Hessische Statistische Landesamt fahrlässig eine vertragswesentliche Pflicht verletzt, ist die Ersatzpflicht für Sachschäden auf den typischerweise entstehenden Schaden beschränkt. Die Gewährleistungsansprüche verjähren in zwei Jahren ab Lieferung der Sache.

### Zeichenerklärungen

- = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten
- 0 = Zahlenwert ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x = Tabellenfeld gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100)
- D = Durchschnitt
- s = geschätzte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- r = berichtigte Zahl

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen. Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen. Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

## Inhalt

	Seite
<u>Titelblatt</u>	
<u>Impressum</u>	
<u>Erläuterungen</u>	2
<b>Grafiken</b>	
<u>Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen Hessens Zu- bzw. Abnahme (-) 2003 gegenüber 1991</u>	4
<u>Erwerbstätige in den Regierungsbezirken Hessens 1991 bis 2003 (1991=00) Erwerbstätige insgesamt sowie nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen</u>	5
<b>Tabellen</b>	
<u>1 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 1994 bis 2003</u>	6
<u>2 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 1994 bis 2003</u>	7
<u>3 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 nach Wirtschaftsbereichen</u>	8
<u>a) Grundzahlen</u>	
<u>b) Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr</u>	
<u>c) Anteile am Land Hessen</u>	
<u>d) Anteile der Wirtschaftsbereiche</u>	
<u>4 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2001 nach Wirtschaftsbereichen</u>	12
<u>a), b), c) und d) wie 3.</u>	
<u>5 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2002 nach Wirtschaftsbereichen</u>	16
<u>a), b), c) und d) wie 3.</u>	
<u>6 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2003 nach Wirtschaftsbereichen</u>	20
<u>a), b), c) und d) wie 3.</u>	
<u>7 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 nach Wirtschaftsbereichen</u>	24
<u>a), b), c) und d) wie 3.</u>	
<u>8 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2001 nach Wirtschaftsbereichen</u>	28
<u>a), b), c) und d) wie 3.</u>	
<u>9 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2002 nach Wirtschaftsbereichen</u>	32
<u>a), b), c) und d) wie 3.</u>	
<u>10 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2003 nach Wirtschaftsbereichen</u>	36
<u>a), b), c) und d) wie 3.</u>	

## Erläuterungen

### Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“

Dem Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) gehören die Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag an. Er hat die Aufgabe, die Zahl der Erwerbstätigen **am Arbeitsort** im Jahresdurchschnitt für die Länder und Landkreise bzw. kreisfreien Städte nach wirtschaftlicher Gliederung zu berechnen und zu veröffentlichen. Die Erwerbstätigen setzen sich zusammen aus Selbstständigen/Mithelfenden Familienangehörigen und Arbeitnehmer/-innen.

### Zweck und Bedeutung der Erwerbstätigenrechnung

Der Umfang der Erwerbstätigkeit ist für viele wirtschafts-, familien- und sozialpolitische Zwecke eine wichtige Größe. Darüber hinaus werden die Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung vor allem für laufende Arbeitsmarktbeobachtungen, als Bezugswerte für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und zur Darstellung regionaler Entwicklungen und struktureller Veränderungen der Erwerbstätigkeit benötigt. Mit den in diesem Bericht vorgestellten jahresdurchschnittlichen Erwerbstätigenangaben nach Kreisen kommt die amtliche Statistik der Forderung einer Erweiterung des regionalstatistischen Datenangebotes nach.

### Berechnungsweg, Methodik

Die Regionalisierung der Erwerbstätigenzahlen erfolgt bundeseinheitlich nach Abstimmung im AK ETR in einem mehrstufigen Prozess:

Zunächst ermittelt das Statistische Bundesamt „Bundeseckwerte“ in tiefer wirtschaftsfachlicher Gliederung und nach der Stellung im Beruf aus allen geeigneten, für die Bundesebene vorliegenden Datenquellen.

Ähnlich verfahren die Statistischen Landesämter nach abgestimmter Methodik: Arbeitsteilig ermitteln sie für alle Länder so genannte „Originärergebnisse“ in möglichst gleicher Gliederung wie die Bundeseckwerte (Bottom-up). Diese Originärergebnisse werden dann (Top-down) an die Bundeseckwerte angepasst (koordiniert). Die so ermittelten Länderergebnisse sind zugleich „Landeseckwerte“ für die anschließenden Kreisberechnungen (in gleicher Weise: Bottom-up und Top-down).

Als wichtigste Quellen für die Berechnungen sind zu nennen: Sonderaufbereitungen der Beschäftigtenstatistik, der Statistiken der geringfügig Beschäftigten und der Personalstandstatistiken, sowie der Mikrozensus, Monatsberichte im Produzierenden Gewerbe sowie die Kleinbetriebserhebung im Verarbeitenden Gewerbe (bis 2002). Bevor die Ergebnisse der unterschiedlichen Datenquellen in die Berechnungen einfließen, werden sie untereinander auf Plausibilität geprüft, ggf. aufeinander abgestimmt und zu Jahresdurchschnittswerten umgerechnet.

### Berechnungsstand

Die Berechnungen erfolgen nach den Vorgaben des „Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ (ESVG 1995) und basieren auf der Klassifikation der Wirtschaftszweige NACE Rev. 1/WZ 93.

Die hier veröffentlichten Ergebnisse beruhen auf dem Berechnungsstand der Länderrechnung vom 5. Oktober 2004.

### **Stellung im Beruf**

Bei der Stellung im Beruf wird zwischen Arbeitnehmer/-innen und Selbstständigen/Mithelfenden Familienangehörigen unterschieden. Letztere sind als Differenz zwischen den Erwerbstätigen insgesamt und den Arbeitnehmer/-innen errechenbar.

### **Erwerbstätige**

Die Darstellung der Erwerbstätigkeit erfolgt als Jahresdurchschnittliche Größe nach dem Inlandskonzept (Arbeitsortkonzept). Erfasst werden demnach alle Personen, die im jeweiligen Gebiet ihren Wohn- und Arbeitsort haben, zuzüglich der außerhalb dieses Gebietes wohnenden Personen, die als Einpendler/-innen in diese Region ihren Arbeitsort erreichen. Zu den Erwerbstätigen rechnen alle Personen, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Für die Zuordnung als Erwerbstätige ist es unerheblich, ob aus dieser Tätigkeit der überwiegende Lebensunterhalt bestritten wird oder nicht. Im Falle mehrerer Tätigkeiten wird der/die Erwerbstätige (Personenkonzept) nur einmal gezählt. Maßgebend für die Stellung im Beruf bzw. die Wirtschaftsbereichszuordnung ist die zeitlich überwiegende Tätigkeit. Nicht zu den Erwerbstätigen rechnen Personen als Verwalter/-innen ihres Privatvermögens (z. B. Immobilien, Geldvermögen, Wertpapiere).

### **Arbeitnehmer/-innen**

Als Arbeitnehmer/-in zählt, wer zeitlich überwiegend als Arbeiter, Angestellter, Beamter, Richter, Berufssoldat, Soldat auf Zeit, Wehr- oder Zivildienstleistender, Auszubildender, Praktikant oder Volontär in einem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis steht. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiter und geringfügig Beschäftigte.

### **Selbstständige**

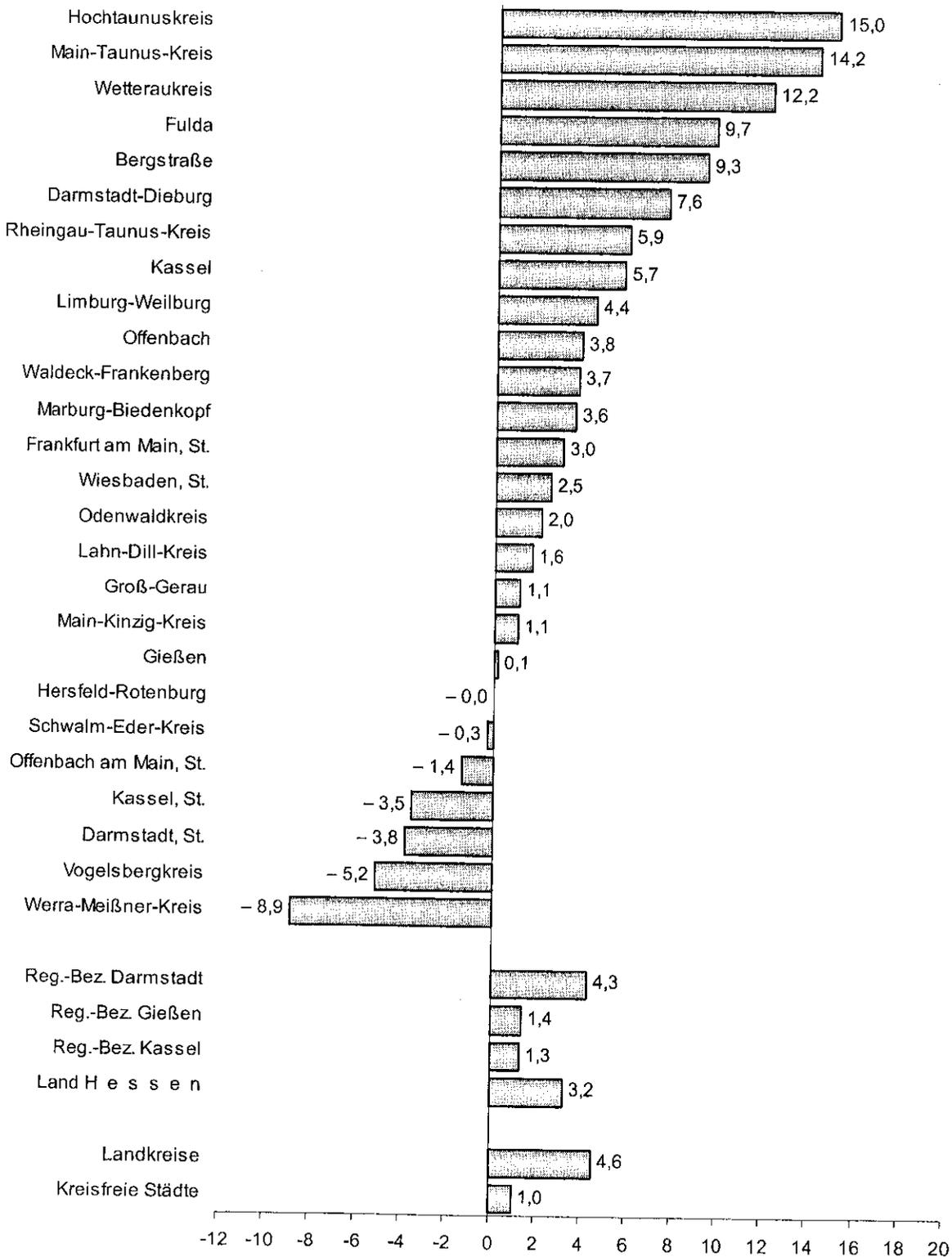
Als Selbstständige/-r zählt, wer zeitlich überwiegend unternehmerisch oder freiberuflich selbstständig tätig ist. Hierzu gehören tätige Eigentümer in Einzelunternehmen und Personengesellschaften, Freiberufler wie Ärzte, Anwälte, Steuerberater, Architekten, aber auch alle selbstständigen Handwerker, Handels- bzw. Versicherungsvertreter, Lehrer, Musiker, Artisten, Hebammen, Kranken- sowie Altenpfleger.

Zu den mithelfenden Familienangehörigen werden alle Personen gerechnet, die regelmäßig und zeitlich überwiegend unentgeltlich in einem Betrieb mitarbeiten, der von einem Familienmitglied als Selbstständige/-r geleitet wird.

[Zurück zum Inhalt](#)

### Erwerbstätige in den kreisfreien Städten (St.) und Landkreisen Hessens

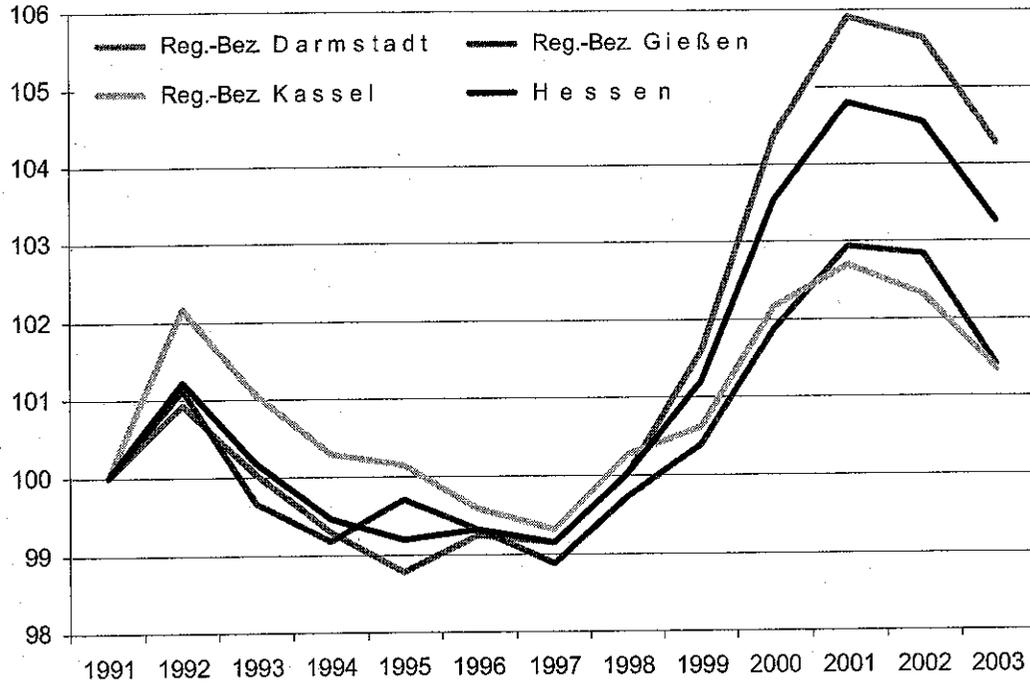
- Zu- bzw. Abnahme (-) 2003 gegenüber 1991 in % -



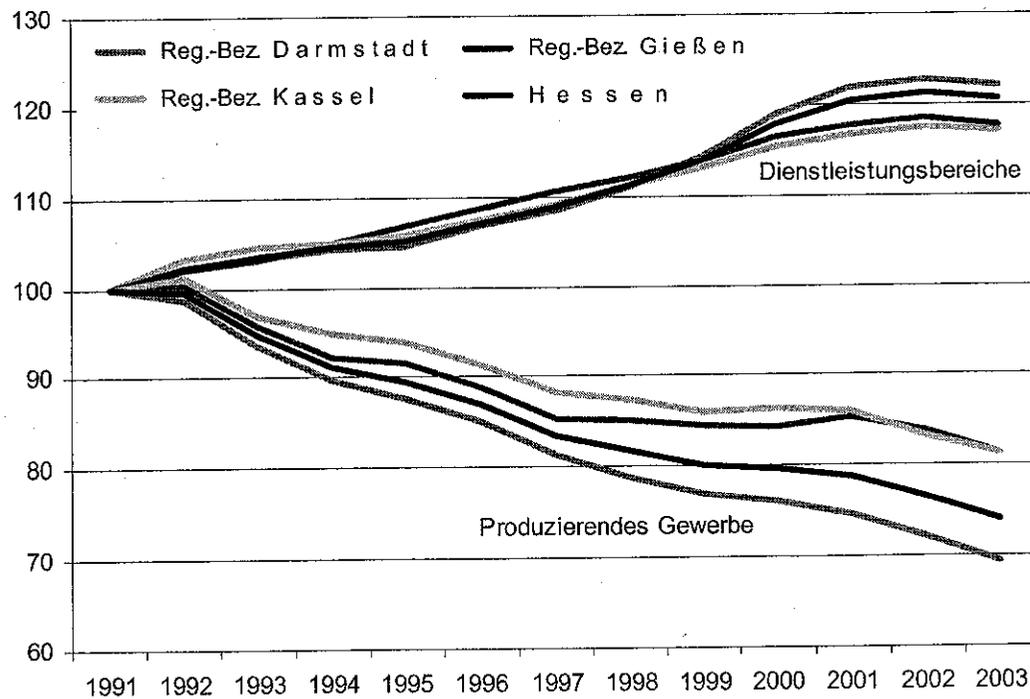
Zurück zum Inhalt

Erwerbstätige in den Regierungsbezirken Hessens (1991=100)

- Erwerbstätige insgesamt -



- Nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen -



Zurück zum Inhalt  
**1 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 1994 bis 2003**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	1000									
Darmstadt, Wissenschaftsst.	121,0	121,2	118,5	116,2	115,8	117,8	119,9	119,3	119,0	118,4
Frankfurt am Main, St.	557,0	546,2	553,0	552,4	557,7	566,4	585,3	599,9	599,8	590,7
Offenbach am Main, St.	60,2	59,7	60,3	60,3	60,9	61,6	64,4	65,6	64,2	63,0
Wiesbaden, Landeshauptst.	159,9	159,0	158,7	158,2	158,6	161,4	165,2	167,4	165,5	163,3
Bergstraße	88,4	89,0	89,6	90,1	91,4	92,1	93,3	94,8	95,6	95,1
Darmstadt-Dieburg	85,3	86,2	85,9	85,8	86,4	87,4	88,8	91,1	91,2	89,7
Groß-Gerau	113,3	114,0	116,9	116,7	116,5	119,2	123,2	119,1	117,8	117,1
Hochtaunuskreis	92,1	93,1	92,5	93,7	94,6	96,9	100,4	102,0	102,8	102,6
Main-Kinzig-Kreis	155,4	155,1	153,7	153,4	154,6	155,9	159,0	160,0	161,2	160,1
Main-Taunus-Kreis	95,0	94,3	96,5	96,6	99,4	101,4	105,9	108,5	105,9	103,4
Odenwaldkreis	35,0	35,4	35,5	35,6	35,8	35,6	36,1	36,3	36,4	35,9
Offenbach	135,8	136,2	137,3	137,3	137,4	139,4	141,8	145,6	146,0	143,0
Rheingau-Taunus-Kreis	57,1	56,6	56,8	57,3	58,1	58,9	59,8	59,8	59,5	58,4
Wetteraukreis	99,8	99,5	99,1	99,2	101,6	104,0	107,3	109,8	109,1	108,0
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	1 855,4	1 845,7	1 854,2	1 852,9	1 868,9	1 898,0	1 950,4	1 979,0	1 974,1	1 948,7
Gießen	118,6	119,3	120,1	120,0	120,9	121,9	123,2	124,1	122,9	119,9
Lahn-Dill-Kreis	106,9	107,5	107,1	106,7	108,1	108,6	111,0	113,8	114,3	112,9
Limburg-Weilburg	63,3	63,8	63,3	63,1	63,5	64,3	65,7	65,9	65,6	65,2
Marburg-Biedenkopf	106,1	107,0	105,7	105,2	106,0	107,8	108,9	109,3	110,3	109,7
Vogelsbergkreis	45,9	45,7	45,3	44,5	44,9	43,7	44,0	44,6	44,1	43,1
Reg.-Bez. G i e ß e n	440,9	443,3	441,5	439,6	443,4	446,3	452,8	457,6	457,2	450,8
Kassel, documenta-Stadt	136,6	132,6	131,0	131,6	132,6	132,4	134,3	134,4	135,1	134,4
Fulda	102,2	102,8	102,5	102,3	104,3	106,5	108,1	109,2	108,7	108,3
Hersfeld-Rotenburg	60,4	60,7	60,2	60,3	60,1	59,2	61,3	62,1	62,1	60,4
Kassel	83,5	84,0	84,6	84,7	86,1	87,4	89,6	89,5	88,5	88,2
Schwalm-Eder-Kreis	71,9	72,4	72,0	71,1	71,0	71,0	70,6	71,1	71,3	71,1
Waldeck-Frankenberg	76,9	77,4	77,0	76,3	77,5	77,3	79,6	80,6	79,9	78,3
Werra-Meißner-Kreis	47,8	48,4	47,8	47,4	47,6	47,1	46,5	46,1	45,4	44,6
Reg.-Bez. K a s s e l	579,2	578,4	575,2	573,7	579,1	581,0	590,1	593,1	590,9	585,2
Land H e s s e n davon	2 875,5	2 867,4	2 870,9	2 866,1	2 891,4	2 925,3	2 993,3	3 029,7	3 022,2	2 984,7
kreisfreie Städte	1 034,6	1 018,8	1 021,5	1 018,8	1 025,6	1 039,6	1 069,1	1 086,5	1 083,5	1 069,9
Landkreise	1 840,9	1 848,6	1 849,4	1 847,2	1 865,8	1 885,7	1 924,2	1 943,2	1 938,6	1 914,8

Zurück zum Inhalt  
**2 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 1994 bis 2003**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	1000									
Darmstadt, Wissenschaftsst.	113,9	113,8	110,7	108,2	107,7	109,8	111,4	110,6	110,1	109,3
Frankfurt am Main, St.	521,9	509,8	514,7	513,2	518,2	527,3	545,0	557,6	556,9	547,1
Offenbach am Main, St.	55,1	54,4	54,7	54,5	55,1	55,9	58,5	59,4	58,0	56,7
Wiesbaden, Landeshauptst.	146,8	145,4	144,5	143,3	143,6	146,7	150,2	151,9	149,7	147,2
Bergstraße	76,4	76,7	76,9	77,0	78,0	78,9	79,8	80,9	81,4	80,8
Darmstadt-Dieburg	74,5	75,1	74,4	73,8	74,3	75,3	76,6	78,3	78,2	76,6
Groß-Gerau	104,4	104,9	107,4	106,9	106,6	109,2	113,1	108,7	107,2	106,3
Hochtaunuskreis	81,1	81,7	80,6	81,1	82,0	84,6	87,6	88,9	89,5	89,2
Main-Kinzig-Kreis	137,5	136,8	134,9	134,0	134,7	136,3	139,4	139,8	140,8	139,5
Main-Taunus-Kreis	86,1	85,1	86,9	86,5	89,1	91,3	95,5	97,9	95,1	92,3
Odenwaldkreis	30,1	30,4	30,4	30,3	30,6	30,3	30,9	31,0	31,2	30,7
Offenbach	121,0	120,8	121,1	120,4	120,3	122,5	124,6	128,0	128,2	125,1
Rheingau-Taunus-Kreis	48,9	48,3	48,3	48,7	49,2	49,9	50,7	50,7	50,4	49,1
Wetteraukreis	86,1	85,5	85,0	84,7	87,1	89,6	92,7	94,7	94,0	92,5
Reg.-Bez. Darmstadt	1 683,9	1 668,7	1 670,7	1 662,6	1 676,3	1 707,6	1 756,0	1 778,4	1 770,6	1 742,6
Gießen	107,0	107,4	108,0	107,4	108,1	109,3	110,6	111,3	109,8	106,5
Lahn-Dill-Kreis	95,5	95,8	95,1	94,3	95,3	96,1	98,4	100,9	101,1	99,5
Limburg-Weilburg	55,2	55,5	54,9	54,3	54,5	55,5	56,7	56,8	56,5	55,8
Marburg-Biedenkopf	94,4	95,1	93,8	93,0	93,6	95,6	96,7	96,8	97,7	96,8
Vogelsbergkreis	38,0	37,9	37,8	36,9	37,3	36,4	36,9	37,4	37,0	36,0
Reg.-Bez. Gießen	390,1	391,7	389,5	386,0	388,8	392,9	399,3	403,1	402,1	394,6
Kassel, documenta-Stadt	127,5	123,2	121,1	121,4	122,1	122,0	123,6	123,5	123,9	122,9
Fulda	89,7	90,2	90,0	89,4	91,2	93,5	94,8	95,5	95,2	94,4
Hersfeld-Rotenburg	52,6	52,9	52,6	52,6	52,3	51,8	53,9	54,4	54,5	52,8
Kassel	73,4	73,9	74,4	74,2	75,2	76,6	78,8	78,8	77,7	77,3
Schwalm-Eder-Kreis	61,7	62,4	62,2	61,1	60,8	61,1	60,8	61,2	61,3	61,0
Waldeck-Frankenberg	65,7	66,3	66,2	65,4	66,3	66,6	68,8	69,6	68,9	67,1
Werra-Meißner-Kreis	41,3	41,8	41,2	40,8	40,9	40,5	40,1	39,6	38,9	38,0
Reg.-Bez. Kassel	511,9	510,7	507,7	504,8	508,8	512,0	520,7	522,7	520,4	513,6
Land Hessen	2 585,9	2 571,1	2 568,0	2 553,4	2 573,9	2 612,5	2 676,1	2 704,1	2 693,1	2 650,8
davon										
kreisfreie Städte	965,3	946,7	945,8	940,6	946,7	961,7	988,7	1 003,1	998,6	983,1
Landkreise	1 620,6	1 624,4	1 622,2	1 612,8	1 627,2	1 650,8	1 687,4	1 701,0	1 694,5	1 667,6

Zurück zum Inhalt**3 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 nach Wirtschaftsbereichen****a) Grundzahlen**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Erwerbs- tätige insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
1000								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	119,9	0,4	28,8	24,6	90,7	26,9	24,4	39,4
Frankfurt am Main, St.	585,3	1,4	82,1	56,3	501,8	165,5	212,6	123,7
Offenbach am Main, St.	64,4	0,2	15,7	13,0	48,4	14,1	15,9	18,4
Wiesbaden, Landeshauptstadt	165,2	0,9	27,6	20,8	136,7	40,6	41,3	54,7
Bergstraße	93,3	1,7	29,7	21,6	61,8	26,6	11,9	23,3
Darmstadt-Dieburg	88,8	1,8	29,7	22,7	57,3	24,9	12,5	20,0
Groß-Gerau	123,2	1,2	47,0	41,5	75,0	35,8	19,2	19,9
Hochtaunuskreis	100,4	1,1	21,8	18,0	77,5	25,5	28,2	23,8
Main-Kinzig-Kreis	159,0	3,1	54,0	41,3	101,9	42,3	22,6	37,0
Main-Taunus-Kreis	105,9	1,0	22,2	18,1	82,8	32,3	30,0	20,4
Odenwaldkreis	36,1	1,1	15,1	12,7	19,9	8,0	3,3	8,6
Offenbach	141,8	1,1	41,0	32,2	99,7	48,5	29,4	21,8
Rheingau-Taunus-Kreis	59,8	2,3	16,3	12,9	41,2	14,1	10,0	17,1
Wetteraukreis	107,3	2,5	29,9	21,6	74,9	27,8	18,9	28,1
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	1 950,4	19,8	460,9	357,3	1 469,7	533,0	480,3	456,3
Gießen	123,2	1,8	30,3	22,7	91,1	34,8	14,4	41,9
Lahn-Dill-Kreis	111,0	1,7	45,6	37,9	63,7	25,5	11,3	26,8
Limburg-Weilburg	65,7	1,2	19,3	12,8	45,1	18,8	7,8	18,5
Marburg-Biedenkopf	108,9	2,9	34,3	27,8	71,7	20,4	12,0	39,4
Vogelsbergkreis	44,0	2,8	15,5	11,7	25,7	9,7	3,6	12,4
Reg.-Bez. G i e ß e n	452,8	10,5	145,1	112,9	297,3	109,2	49,1	139,0
Kassel, documenta-Stadt	134,3	0,5	26,2	17,7	107,6	38,0	22,2	47,4
Fulda	108,1	3,4	35,9	25,1	68,8	29,7	13,7	25,4
Hersfeld-Rotenburg	61,3	2,1	21,4	14,7	37,8	16,9	5,4	15,6
Kassel	89,6	2,7	33,4	28,6	53,5	22,2	9,7	21,6
Schwalm-Eder-Kreis	70,6	3,0	20,4	15,3	47,2	17,3	5,4	24,5
Waldeck-Frankenberg	79,6	3,6	28,6	22,3	47,4	16,9	5,0	25,4
Werra-Meißner-Kreis	46,5	2,0	14,9	11,0	29,6	10,7	3,5	15,3
Reg.-Bez. K a s s e l	590,1	17,3	180,8	134,7	391,9	151,8	64,9	175,2
Land H e s s e n	2 993,3	47,6	786,8	604,8	2 158,9	794,0	594,4	770,6
davon								
kreisfreie Städte	1 069,1	3,4	180,4	132,5	885,2	285,2	316,5	283,5
Landkreise	1 924,2	44,1	606,4	472,4	1 273,7	508,8	277,9	487,0

**Noch: 3 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 nach Wirtschaftsbereichen**  
**b) Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Erwerbs- tätige insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	1,8	6,5	- 1,8	- 0,5	3,0	- 3,7	19,0	- 0,6
Frankfurt am Main, St.	3,3	13,0	- 2,2	- 1,2	4,3	4,4	6,3	0,8
Offenbach am Main, St.	4,5	5,1	1,9	4,4	5,4	4,7	14,4	- 0,8
Wiesbaden, Landeshauptstadt	2,4	0,2	- 1,3	- 1,1	3,1	8,6	3,1	- 0,5
Bergstraße	1,3	- 2,4	- 0,7	- 1,6	2,4	2,8	4,1	1,0
Darmstadt-Dieburg	1,6	- 0,3	- 1,0	- 1,0	3,1	1,3	9,7	1,5
Groß-Gerau	3,4	1,9	0,5	0,2	5,3	5,5	8,1	2,3
Hochtaunuskreis	3,6	4,6	- 2,9	- 3,1	5,5	3,6	9,1	3,6
Main-Kinzig-Kreis	2,0	2,0	0,7	0,3	2,7	2,9	5,6	0,7
Main-Taunus-Kreis	4,4	0,0	- 2,4	- 2,4	6,5	5,8	10,6	1,9
Odenwaldkreis	1,5	2,1	0,7	0,5	2,0	0,0	7,1	2,1
Offenbach	1,7	2,3	- 4,1	- 4,2	4,3	2,3	10,6	1,1
Rheingau-Taunus-Kreis	1,6	- 2,1	- 0,8	0,6	2,8	0,3	5,6	3,4
Wetteraukreis	3,2	2,6	- 1,8	- 0,4	5,4	2,2	17,2	1,5
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	2,8	1,7	- 1,3	- 0,9	4,1	3,5	8,0	0,9
Gießen	1,1	- 1,4	- 1,2	- 0,9	1,9	4,4	7,9	- 1,8
Lahn-Dill-Kreis	2,2	- 2,6	1,0	2,1	3,3	2,2	6,2	3,1
Limburg-Weilburg	2,1	- 2,1	- 0,5	- 1,7	3,4	1,7	12,5	1,6
Marburg-Biedenkopf	1,0	0,1	0,5	1,6	1,3	1,9	6,0	- 0,4
Vogelsbergkreis	0,8	- 1,6	- 2,0	- 1,7	2,8	3,4	4,5	2,0
Reg.-Bez. G i e ß e n	1,5	- 1,3	- 0,1	0,5	2,3	2,8	7,5	0,3
Kassel, documenta-Stadt	1,5	- 5,5	2,0	0,5	1,4	1,3	5,5	- 0,4
Fulda	1,5	0,4	0,7	0,3	2,0	0,6	9,9	- 0,1
Hersfeld-Rotenburg	3,5	- 1,7	2,1	2,0	4,7	7,6	11,3	- 0,3
Kassel	2,4	0,8	2,2	3,4	2,6	1,3	8,4	1,7
Schwalm-Eder-Kreis	- 0,5	0,5	- 2,9	- 3,8	0,5	2,4	1,3	- 0,9
Waideck-Frankenberg	2,9	- 0,5	0,0	- 0,3	5,0	2,0	22,1	4,2
Werra-Meißner-Kreis	- 1,2	- 1,0	- 3,1	- 3,7	- 0,3	- 2,1	1,3	0,7
Reg.-Bez. K a s s e l	1,6	- 0,3	0,5	0,2	2,2	1,8	7,8	0,6
Land H e s s e n	2,3	0,3	- 0,7	- 0,4	3,5	3,1	7,9	0,7
davon								
kreisfreie Städte	2,8	5,0	- 1,1	- 0,3	3,7	3,7	7,1	0,1
Landkreise	2,0	- 0,1	- 0,5	- 0,4	3,4	2,8	8,9	1,1

**Noch: 3 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 nach Wirtschaftsbereichen**  
**c) Anteile am Land Hessen**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Erwerbs- tätige insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	4,0	0,9	3,7	4,1	4,2	3,4	4,1	5,1
Frankfurt am Main, St.	19,6	2,9	10,4	9,3	23,2	20,8	35,8	16,1
Offenbach am Main, St.	2,1	0,4	2,0	2,2	2,2	1,8	2,7	2,4
Wiesbaden, Landeshauptstadt	5,5	1,9	3,5	3,4	6,3	5,1	7,0	7,1
Bergstraße	3,1	3,7	3,8	3,6	2,9	3,3	2,0	3,0
Darmstadt-Dieburg	3,0	3,9	3,8	3,7	2,7	3,1	2,1	2,6
Groß-Gerau	4,1	2,5	6,0	6,9	3,5	4,5	3,2	2,6
Hochtaunuskreis	3,4	2,2	2,8	3,0	3,6	3,2	4,7	3,1
Main-Kinzig-Kreis	5,3	6,5	6,9	6,8	4,7	5,3	3,8	4,8
Main-Taunus-Kreis	3,5	2,0	2,8	3,0	3,8	4,1	5,0	2,7
Odenwaldkreis	1,2	2,2	1,9	2,1	0,9	1,0	0,6	1,1
Offenbach	4,7	2,3	5,2	5,3	4,6	6,1	4,9	2,8
Rheingau-Taunus-Kreis	2,0	4,8	2,1	2,1	1,9	1,8	1,7	2,2
Wetteraukreis	3,6	5,3	3,8	3,6	3,5	3,5	3,2	3,7
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	65,2	41,6	58,6	59,1	68,1	67,1	80,8	59,2
Gießen	4,1	3,8	3,9	3,7	4,2	4,4	2,4	5,4
Lahn-Dill-Kreis	3,7	3,6	5,8	6,3	2,9	3,2	1,9	3,5
Limburg-Weilburg	2,2	2,6	2,5	2,1	2,1	2,4	1,3	2,4
Marburg-Biedenkopf	3,6	6,1	4,4	4,6	3,3	2,6	2,0	5,1
Vogelsbergkreis	1,5	5,9	2,0	1,9	1,2	1,2	0,6	1,6
Reg.-Bez. G i e ß e n	15,1	22,0	18,4	18,7	13,8	13,8	8,3	18,0
Kassel, documenta-Stadt	4,5	1,1	3,3	2,9	5,0	4,8	3,7	6,1
Fulda	3,6	7,2	4,6	4,1	3,2	3,7	2,3	3,3
Hersfeld-Rotenburg	2,0	4,4	2,7	2,4	1,8	2,1	0,9	2,0
Kassel	3,0	5,6	4,2	4,7	2,5	2,8	1,6	2,8
Schwalm-Eder-Kreis	2,4	6,3	2,6	2,5	2,2	2,2	0,9	3,2
Waldeck-Frankenberg	2,7	7,6	3,6	3,7	2,2	2,1	0,8	3,3
Werra-Meißner-Kreis	1,6	4,3	1,9	1,8	1,4	1,3	0,6	2,0
Reg.-Bez. K a s s e l	19,7	36,4	23,0	22,3	18,2	19,1	10,9	22,7
Land H e s s e n	100	100	100	100	100	100	100	100
davon								
kreisfreie Städte	35,7	7,2	22,9	21,9	41,0	35,9	53,3	36,8
Landkreise	64,3	92,8	77,1	78,1	59,0	64,1	46,7	63,2

**Noch: 3 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 nach Wirtschaftsbereichen**  
**d) Anteile der Wirtschaftsbereiche**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Erwerbs- tätige insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	100	0,4	24,0	20,5	75,6	22,4	20,4	32,8
Frankfurt am Main, St.	100	0,2	14,0	9,6	85,7	28,3	36,3	21,1
Offenbach am Main, St.	100	0,3	24,4	20,3	75,3	21,9	24,8	28,6
Wiesbaden, Landeshauptstadt	100	0,6	16,7	12,6	82,7	24,6	25,0	33,1
Bergstraße	100	1,9	31,8	23,1	66,3	28,5	12,8	25,0
Darmstadt-Dieburg	100	2,1	33,4	25,5	64,5	28,0	14,0	22,5
Groß-Gerau	100	1,0	38,2	33,7	60,9	29,1	15,6	16,2
Hochtaunuskreis	100	1,1	21,7	17,9	77,2	25,4	28,1	23,7
Main-Kinzig-Kreis	100	1,9	34,0	26,0	64,1	26,6	14,2	23,3
Main-Taunus-Kreis	100	0,9	20,9	17,1	78,2	30,5	28,3	19,3
Odenwaldkreis	100	2,9	41,9	35,1	55,2	22,3	9,1	23,9
Offenbach	100	0,8	28,9	22,7	70,3	34,2	20,7	15,4
Rheingau-Taunus-Kreis	100	3,8	27,2	21,6	68,9	23,6	16,7	28,7
Wetteraukreis	100	2,3	27,9	20,1	69,8	25,9	17,6	26,2
Reg.-Bez. Darmstadt	100	1,0	23,6	18,3	75,4	27,3	24,6	23,4
Gießen	100	1,5	24,6	18,4	73,9	28,2	11,7	34,0
Lahn-Dill-Kreis	100	1,5	41,1	34,1	57,3	23,0	10,2	24,2
Limburg-Weilburg	100	1,9	29,4	19,6	68,7	28,6	11,9	28,2
Marburg-Biedenkopf	100	2,6	31,5	25,5	65,9	18,7	11,0	36,1
Vogelsbergkreis	100	6,4	35,2	26,5	58,4	22,0	8,3	28,1
Reg.-Bez. Gießen	100	2,3	32,0	24,9	65,7	24,1	10,8	30,7
Kassel, documenta-Stadt	100	0,4	19,5	13,2	80,1	28,3	16,5	35,3
Fulda	100	3,2	33,2	23,2	63,6	27,4	12,7	23,5
Hersfeld-Rotenburg	100	3,4	34,9	24,0	61,7	27,6	8,7	25,4
Kassel	100	3,0	37,3	31,9	59,7	24,8	10,8	24,1
Schwalm-Eder-Kreis	100	4,3	28,9	21,7	66,9	24,5	7,6	34,7
Waldeck-Frankenberg	100	4,5	35,9	28,0	59,6	21,3	6,3	32,0
Werra-Meißner-Kreis	100	4,4	32,1	23,6	63,5	23,0	7,6	32,9
Reg.-Bez. Kassel	100	2,9	30,6	22,8	66,4	25,7	11,0	29,7
Land Hessen	100	1,6	26,3	20,2	72,1	26,5	19,9	25,7
davon								
kreisfreie Städte	100	0,3	16,9	12,4	82,8	26,7	29,6	26,5
Landkreise	100	2,3	31,5	24,5	66,2	26,4	14,4	25,3

Zurück zum Inhalt**4 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2001 nach Wirtschaftsbereichen****a) Grundzahlen**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Erwerbs- tätige insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
1000								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	119,3	0,4	28,1	24,3	90,7	26,6	25,5	38,6
Frankfurt am Main, St.	599,9	1,4	80,4	55,5	518,1	169,3	224,9	123,8
Offenbach am Main, St.	65,6	0,2	15,9	13,2	49,5	14,8	16,6	18,1
Wiesbaden, Landeshauptstadt	167,4	0,9	27,2	20,6	139,4	40,5	43,2	55,6
Bergstraße	94,8	1,8	29,4	21,4	63,6	27,2	12,5	23,9
Darmstadt-Dieburg	91,1	1,9	29,6	22,6	59,6	25,4	13,6	20,6
Groß-Gerau	119,1	1,2	44,1	38,6	73,8	34,2	19,6	20,0
Hochtaunuskreis	102,0	1,0	21,5	17,6	79,4	25,5	29,5	24,4
Main-Kinzig-Kreis	160,0	3,1	53,2	41,2	103,6	42,9	23,2	37,5
Main-Taunus-Kreis	108,5	1,0	20,6	16,7	86,9	34,9	31,2	20,7
Odenwaldkreis	36,3	1,1	14,9	12,5	20,3	8,0	3,4	8,9
Offenbach	145,6	1,1	41,8	33,6	102,7	49,5	30,6	22,5
Rheingau-Taunus-Kreis	59,8	2,3	16,0	12,7	41,5	14,3	10,0	17,2
Wetteraukreis	109,8	2,5	29,9	21,9	77,3	28,4	20,1	28,8
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	1 979,0	19,9	452,8	352,3	1 506,4	541,6	504,0	460,7
Gießen	124,1	1,8	30,3	23,0	91,9	35,4	15,3	41,2
Lahn-Dill-Kreis	113,8	1,7	47,2	39,1	64,9	25,7	12,1	27,1
Limburg-Weilburg	65,9	1,3	18,7	12,4	45,9	19,0	8,1	18,8
Marburg-Biedenkopf	109,3	2,9	35,0	28,6	71,4	20,9	12,0	38,5
Vogelsbergkreis	44,6	2,8	15,5	11,9	26,3	9,9	3,7	12,7
Reg.-Bez. G i e ß e n	457,6	10,5	146,7	115,0	300,3	110,8	51,2	138,3
Kassel, documenta-Stadt	134,4	0,5	25,9	17,6	108,0	38,5	22,5	46,9
Fulda	109,2	3,4	36,1	25,5	69,7	29,4	14,4	25,9
Hersfeld-Rotenburg	62,1	2,0	21,4	14,8	38,6	17,4	5,6	15,7
Kassel	89,5	2,6	33,3	28,9	53,6	22,1	9,8	21,7
Schwalm-Eder-Kreis	71,1	3,1	19,9	15,3	48,2	17,8	5,5	24,9
Waldeck-Frankenberg	80,6	3,5	28,9	22,8	48,2	17,4	4,8	26,0
Werra-Meißner-Kreis	46,1	2,0	14,6	11,0	29,5	10,6	3,6	15,3
Reg.-Bez. K a s s e l	593,1	17,2	180,1	135,9	395,8	153,2	66,3	176,3
Land H e s s e n	3 029,7	47,7	779,6	603,3	2 202,5	805,6	621,6	775,3
davon								
kreisfreie Städte	1 086,5	3,4	177,5	131,2	905,6	289,8	332,7	283,1
Landkreise	1 943,2	44,3	602,1	472,1	1 296,9	515,8	288,9	492,2

**Noch: 4 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2001 nach Wirtschaftsbereichen**  
**b) Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Erwerbs- tätige insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	-0,6	0,1	-2,5	-1,5	0,0	-1,1	4,2	-1,8
Frankfurt am Main, St.	2,5	0,9	-2,0	-1,4	3,2	2,3	5,8	0,1
Offenbach am Main, St.	1,9	1,8	1,1	1,2	2,2	4,8	4,0	-1,4
Wiesbaden, Landeshauptstadt	1,3	-5,0	-1,6	-0,8	2,0	-0,3	4,7	1,6
Bergstraße	1,6	1,1	-0,9	-0,6	2,9	2,3	5,1	2,4
Darmstadt-Dieburg	2,5	1,6	-0,3	-0,4	4,0	2,2	9,1	3,1
Groß-Gerau	-3,3	1,5	-6,2	-7,0	-1,6	-4,5	1,9	0,5
Hochtaunuskreis	1,6	-2,1	-1,2	-2,0	2,5	-0,3	4,7	2,7
Main-Kinzig-Kreis	0,6	0,8	-1,4	-0,3	1,6	1,4	2,7	1,3
Main-Taunus-Kreis	2,5	2,1	-6,8	-7,7	5,0	8,0	4,1	1,4
Odenwaldkreis	0,5	3,1	-1,2	-1,3	1,7	-0,4	4,0	2,8
Offenbach	2,7	1,6	2,0	4,2	2,9	2,1	4,2	3,2
Rheingau-Taunus-Kreis	0,0	1,2	-1,9	-1,9	0,7	1,6	0,3	0,2
Wetteraukreis	2,3	0,3	-0,1	1,3	3,3	2,1	6,1	2,5
Reg.-Bez. Darmstadt	1,5	0,7	-1,8	-1,4	2,5	1,6	4,9	1,0
Gießen	0,7	3,1	0,0	1,4	0,9	1,8	6,2	-1,7
Lahn-Dill-Kreis	2,5	0,0	3,3	3,2	2,0	0,6	7,0	1,1
Limburg-Weilburg	0,3	0,7	-3,0	-3,3	1,7	1,0	3,5	1,6
Marburg-Biedenkopf	0,4	1,7	2,1	3,1	-0,5	2,3	0,5	-2,3
Vogelsbergkreis	1,2	-1,2	-0,1	1,8	2,2	1,8	3,0	2,3
Reg.-Bez. Gießen	1,0	0,8	1,1	1,9	1,0	1,5	4,3	-0,5
Kassel, documenta-Stadt	0,1	5,4	-1,2	-0,6	0,3	1,4	1,4	-1,0
Fulda	1,0	0,1	0,5	1,6	1,3	-1,0	5,3	1,8
Hersfeld-Rotenburg	1,3	-2,7	0,1	0,8	2,2	2,7	4,6	0,7
Kassel	0,0	-1,8	-0,2	1,1	0,2	-0,6	0,6	0,7
Schwalm-Eder-Kreis	0,7	1,3	-2,4	-0,2	2,0	2,6	3,2	1,4
Waldeck-Frankenberg	1,3	-1,3	1,0	2,4	1,6	2,7	-4,8	2,2
Werra-Meißner-Kreis	-0,9	-1,2	-2,4	0,1	-0,2	-0,8	2,8	-0,4
Reg.-Bez. Kassel	0,5	-0,6	-0,4	0,9	1,0	0,9	2,1	0,6
Land Hessen	1,2	0,3	-0,9	-0,3	2,0	1,5	4,6	0,6
davon								
kreisfreie Städte	1,6	-0,1	-1,6	-1,0	2,3	1,6	5,1	-0,2
Landkreise	1,0	0,3	-0,7	-0,1	1,8	1,4	4,0	1,1

**Noch: 4 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2001 nach Wirtschaftsbereichen**  
**c) Anteile am Land Hessen**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Erwerbs- tätige insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	3,9	0,9	3,6	4,0	4,1	3,3	4,1	5,0
Frankfurt am Main, St.	19,8	2,9	10,3	9,2	23,5	21,0	36,2	16,0
Offenbach am Main, St.	2,2	0,4	2,0	2,2	2,2	1,8	2,7	2,3
Wiesbaden, Landeshauptstadt	5,5	1,8	3,5	3,4	6,3	5,0	7,0	7,2
Bergstraße	3,1	3,7	3,8	3,6	2,9	3,4	2,0	3,1
Darmstadt-Dieburg	3,0	3,9	3,8	3,7	2,7	3,2	2,2	2,7
Groß-Gerau	3,9	2,5	5,7	6,4	3,4	4,2	3,2	2,6
Hochtaunuskreis	3,4	2,2	2,8	2,9	3,6	3,2	4,8	3,1
Main-Kinzig-Kreis	5,3	6,5	6,8	6,8	4,7	5,3	3,7	4,8
Main-Taunus-Kreis	3,6	2,1	2,6	2,8	3,9	4,3	5,0	2,7
Odenwaldkreis	1,2	2,3	1,9	2,1	0,9	1,0	0,5	1,1
Offenbach	4,8	2,3	5,4	5,6	4,7	6,1	4,9	2,9
Rheingau-Taunus-Kreis	2,0	4,9	2,1	2,1	1,9	1,8	1,6	2,2
Wetteraukreis	3,6	5,3	3,8	3,6	3,5	3,5	3,2	3,7
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	65,3	41,8	58,1	58,4	68,4	67,2	81,1	59,4
Gießen	4,1	3,9	3,9	3,8	4,2	4,4	2,5	5,3
Lahn-Dill-Kreis	3,8	3,6	6,1	6,5	2,9	3,2	1,9	3,5
Limburg-Weilburg	2,2	2,6	2,4	2,1	2,1	2,4	1,3	2,4
Marburg-Biedenkopf	3,6	6,2	4,5	4,7	3,2	2,6	1,9	5,0
Vogelsbergkreis	1,5	5,8	2,0	2,0	1,2	1,2	0,6	1,6
Reg.-Bez. G i e ß e n	15,1	22,1	18,8	19,1	13,6	13,8	8,2	17,8
Kassel, documenta-Stadt	4,4	1,1	3,3	2,9	4,9	4,8	3,6	6,0
Fulda	3,6	7,2	4,6	4,2	3,2	3,6	2,3	3,3
Hersfeld-Rotenburg	2,0	4,2	2,7	2,5	1,8	2,2	0,9	2,0
Kassel	3,0	5,5	4,3	4,8	2,4	2,7	1,6	2,8
Schwalm-Eder-Kreis	2,3	6,4	2,6	2,5	2,2	2,2	0,9	3,2
Waldeck-Frankenberg	2,7	7,4	3,7	3,8	2,2	2,2	0,8	3,4
Werra-Meißner-Kreis	1,5	4,2	1,9	1,8	1,3	1,3	0,6	2,0
Reg.-Bez. K a s s e l	19,6	36,1	23,1	22,5	18,0	19,0	10,7	22,7
Land H e s s e n	100	100	100	100	100	100	100	100
davon								
kreisfreie Städte	35,9	7,2	22,8	21,7	41,1	36,0	53,5	36,5
Landkreise	64,1	92,8	77,2	78,3	58,9	64,0	46,5	63,5

**Noch: 4 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2001 nach Wirtschaftsbereichen**  
**d) Anteile der Wirtschaftsbereiche**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Erwerbs- tätige insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	100	0,4	23,6	20,3	76,1	22,3	21,4	32,4
Frankfurt am Main, St.	100	0,2	13,4	9,3	86,4	28,2	37,5	20,6
Offenbach am Main, St.	100	0,3	24,2	20,1	75,5	22,5	25,3	27,7
Wiesbaden, Landeshauptstadt	100	0,5	16,2	12,3	83,2	24,2	25,8	33,2
Bergstraße	100	1,9	31,0	22,6	67,1	28,7	13,2	25,2
Darmstadt-Dieburg	100	2,0	32,5	24,8	65,4	27,9	14,9	22,6
Groß-Gerau	100	1,0	37,0	32,4	62,0	28,7	16,4	16,8
Hochtaunuskreis	100	1,0	21,1	17,3	77,9	25,0	29,0	23,9
Main-Kinzig-Kreis	100	2,0	33,3	25,8	64,8	26,8	14,5	23,4
Main-Taunus-Kreis	100	0,9	19,0	15,4	80,1	32,1	28,8	19,1
Odenwaldkreis	100	3,0	41,1	34,5	55,8	22,1	9,4	24,4
Offenbach	100	0,8	28,7	23,1	70,5	34,0	21,0	15,5
Rheingau-Taunus-Kreis	100	3,9	26,7	21,2	69,4	23,9	16,7	28,7
Wetteraukreis	100	2,3	27,2	19,9	70,5	25,9	18,3	26,3
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	100	1,0	22,9	17,8	76,1	27,4	25,5	23,3
Gießen	100	1,5	24,5	18,5	74,1	28,5	12,3	33,2
Lahn-Dill-Kreis	100	1,5	41,4	34,4	57,0	22,6	10,6	23,8
Limburg-Weilburg	100	1,9	28,4	18,9	69,7	28,8	12,3	28,5
Marburg-Biedenkopf	100	2,7	32,0	26,2	65,3	19,1	11,0	35,2
Vogelsbergkreis	100	6,2	34,8	26,6	59,0	22,1	8,4	28,4
Reg.-Bez. G i e ß e n	100	2,3	32,1	25,1	65,6	24,2	11,2	30,2
Kassel, documenta-Stadt	100	0,4	19,3	13,1	80,3	28,7	16,8	34,9
Fulda	100	3,1	33,0	23,4	63,8	26,9	13,2	23,7
Hersfeld-Rotenburg	100	3,3	34,5	23,8	62,2	28,0	9,0	25,2
Kassel	100	2,9	37,2	32,3	59,8	24,7	10,9	24,3
Schwalm-Eder-Kreis	100	4,3	28,0	21,5	67,7	25,0	7,8	34,9
Waldeck-Frankenberg	100	4,4	35,8	28,3	59,8	21,6	6,0	32,3
Werra-Meißner-Kreis	100	4,3	31,6	23,8	64,0	23,0	7,9	33,1
Reg.-Bez. K a s s e l	100	2,9	30,4	22,9	66,7	25,8	11,2	29,7
Land H e s s e n	100	1,6	25,7	19,9	72,7	26,6	20,5	25,6
davon								
kreisfreie Städte	100	0,3	16,3	12,1	83,3	26,7	30,6	26,1
Landkreise	100	2,3	31,0	24,3	66,7	26,5	14,9	25,3

Zurück zum Inhalt**5 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2002 nach Wirtschaftsbereichen****a) Grundzahlen**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Erwerbs- tätige insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
		1000						
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	119,0	0,4	27,7	24,1	90,9	26,2	25,4	39,3
Frankfurt am Main, St.	599,8	1,3	78,6	53,6	519,9	167,8	225,9	126,3
Offenbach am Main, St.	64,2	0,2	15,2	12,7	48,8	14,6	16,1	18,1
Wiesbaden, Landeshauptstadt	165,5	0,9	25,6	20,0	139,0	38,3	44,2	56,5
Bergstraße	95,6	1,8	28,7	21,0	65,0	27,8	13,1	24,2
Darmstadt-Dieburg	91,2	1,9	28,5	21,5	60,9	25,7	14,4	20,8
Groß-Gerau	117,8	1,2	41,8	36,3	74,8	33,9	20,6	20,3
Hochtaunuskreis	102,8	1,1	21,3	17,2	80,5	25,6	30,2	24,7
Main-Kinzig-Kreis	161,2	3,2	51,7	40,2	106,3	42,5	25,6	38,2
Main-Taunus-Kreis	105,9	1,0	18,8	14,9	86,2	34,0	31,5	20,6
Odenwaldkreis	36,4	1,1	14,6	12,3	20,8	8,1	3,7	9,1
Offenbach	146,0	1,1	40,1	32,3	104,7	49,9	32,1	22,8
Rheingau-Taunus-Kreis	59,5	2,3	15,6	12,4	41,6	14,5	9,9	17,2
Wetteraukreis	109,1	2,5	29,5	21,7	77,2	28,5	19,4	29,2
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	1 974,1	20,0	437,7	340,2	1 516,4	537,2	512,1	467,2
Gießen	122,9	1,8	29,5	22,2	91,6	34,8	15,3	41,4
Lahn-Dill-Kreis	114,3	1,7	46,7	38,8	65,9	26,3	12,3	27,3
Limburg-Weilburg	65,6	1,3	18,2	12,0	46,1	18,9	8,2	19,0
Marburg-Biedenkopf	110,3	2,9	35,3	29,2	72,1	21,2	12,2	38,7
Vogelsbergkreis	44,1	2,8	14,8	11,4	26,5	10,1	3,7	12,7
Reg.-Bez. G i e ß e n	457,2	10,6	144,5	113,5	302,2	111,2	51,7	139,2
Kassel, documenta-Stadt	135,1	0,6	25,3	17,2	109,2	38,9	22,5	47,9
Fulda	108,7	3,4	34,8	24,9	70,5	29,6	14,7	26,2
Hersfeld-Rotenburg	62,1	2,0	21,0	14,7	39,0	17,6	5,9	15,6
Kassel	88,5	2,7	32,2	28,2	53,6	21,5	10,0	22,1
Schwalm-Eder-Kreis	71,3	3,2	19,7	15,2	48,4	17,9	5,6	24,9
Waldeck-Frankenberg	79,9	3,6	27,8	22,1	48,6	17,5	4,8	26,2
Werra-Meißner-Kreis	45,4	2,0	13,6	10,2	29,7	10,6	3,6	15,5
Reg.-Bez. K a s s e l	590,9	17,3	174,4	132,6	399,1	153,6	67,2	178,3
Land H e s s e n	3 022,2	47,9	756,6	586,3	2 217,7	802,1	631,0	784,7
davon								
kreisfreie Städte	1 083,5	3,4	172,4	127,5	907,8	285,7	334,0	288,0
Landkreise	1 938,6	44,5	584,2	458,8	1 309,9	516,3	297,0	496,6

**Noch: 5 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2002 nach Wirtschaftsbereichen**  
**b) Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Erwerbs- tätige insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	-0,2	-1,1	-1,3	-0,7	0,2	-1,7	-0,2	1,7
Frankfurt am Main, St.	0,0	-4,3	-2,3	-3,4	0,4	-0,9	0,4	2,0
Offenbach am Main, St.	-2,1	-3,7	-4,2	-3,9	-1,5	-1,0	-3,1	-0,4
Wiesbaden, Landeshauptstadt	-1,2	-2,0	-5,8	-3,2	-0,3	-5,6	2,2	1,6
Bergstraße	0,8	3,2	-2,5	-2,2	2,3	2,3	4,3	1,2
Darmstadt-Dieburg	0,2	2,1	-3,8	-4,5	2,1	1,0	5,9	1,0
Groß-Gerau	-1,1	0,0	-5,2	-5,8	1,3	-1,0	5,3	1,3
Hochtaunuskreis	0,8	2,2	-1,2	-2,2	1,3	0,5	2,1	1,2
Main-Kinzig-Kreis	0,8	1,7	-2,8	-2,4	2,6	-0,9	10,2	1,8
Main-Taunus-Kreis	-2,4	-2,5	-9,0	-10,6	-0,8	-2,6	1,0	-0,4
Odenwaldkreis	0,4	-1,1	-2,5	-1,8	2,6	0,7	7,9	2,4
Offenbach	0,3	3,7	-4,0	-3,7	2,0	0,7	4,7	1,2
Rheingau-Taunus-Kreis	-0,5	-0,1	-2,3	-2,1	0,1	1,1	-0,8	-0,2
Wetteraukreis	-0,6	-1,5	-1,4	-1,1	-0,2	0,3	-3,2	1,4
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	-0,3	0,2	-3,3	-3,4	0,7	-0,8	1,6	1,4
Gießen	-1,0	-0,6	-2,9	-3,4	-0,3	-1,6	0,2	0,6
Lahn-Dill-Kreis	0,5	0,9	-1,0	-0,9	1,5	2,3	1,8	0,7
Limburg-Weilburg	-0,4	3,5	-2,6	-3,3	0,4	-0,6	1,1	1,2
Marburg-Biedenkopf	0,9	0,1	0,8	1,8	1,0	1,4	1,3	0,7
Vogelsbergkreis	-0,9	-0,6	-4,2	-4,1	1,0	2,3	-0,1	0,2
Reg.-Bez. G i e ß e n	-0,1	0,4	-1,5	-1,3	0,6	0,4	1,0	0,7
Kassel, documenta-Stadt	0,5	5,7	-2,4	-2,5	1,1	0,9	-0,3	2,1
Fulda	-0,4	-0,2	-3,4	-2,2	1,1	0,6	2,1	1,1
Hersfeld-Rotenburg	0,0	-0,7	-2,0	-0,7	1,0	1,1	4,3	-0,3
Kassel	-1,2	0,8	-3,3	-2,4	0,0	-2,5	2,6	1,5
Schwalm-Eder-Kreis	0,2	3,5	-1,1	-0,3	0,5	0,8	1,6	0,1
Waldeck-Frankenberg	-0,8	0,2	-3,7	-3,1	0,8	0,9	0,8	0,7
Werra-Meißner-Kreis	-1,7	-1,5	-6,6	-7,4	0,8	0,2	-0,2	1,4
Reg.-Bez. K a s s e l	-0,4	0,6	-3,1	-2,5	0,8	0,3	1,3	1,1
Land H e s s e n	-0,2	0,4	-2,9	-2,8	0,7	-0,4	1,5	1,2
davon								
kreisfreie Städte	-0,3	-1,7	-2,9	-2,8	0,2	-1,4	0,4	1,7
Landkreise	-0,2	0,6	-3,0	-2,8	1,0	0,1	2,8	0,9

**Noch: 5 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2002 nach Wirtschaftsbereichen**  
**c) Anteile am Land Hessen**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Erwerbs- tätige insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	3,9	0,9	3,7	4,1	4,1	3,3	4,0	5,0
Frankfurt am Main, St.	19,8	2,8	10,4	9,1	23,4	20,9	35,8	16,1
Offenbach am Main, St.	2,1	0,4	2,0	2,2	2,2	1,8	2,5	2,3
Wiesbaden, Landeshauptstadt	5,5	1,8	3,4	3,4	6,3	4,8	7,0	7,2
Bergstraße	3,2	3,8	3,8	3,6	2,9	3,5	2,1	3,1
Darmstadt-Dieburg	3,0	4,0	3,8	3,7	2,7	3,2	2,3	2,6
Groß-Gerau	3,9	2,5	5,5	6,2	3,4	4,2	3,3	2,6
Hochtaunuskreis	3,4	2,2	2,8	2,9	3,6	3,2	4,8	3,1
Main-Kinzig-Kreis	5,3	6,6	6,8	6,9	4,8	5,3	4,1	4,9
Main-Taunus-Kreis	3,5	2,0	2,5	2,5	3,9	4,2	5,0	2,6
Odenwaldkreis	1,2	2,3	1,9	2,1	0,9	1,0	0,6	1,2
Offenbach	4,8	2,4	5,3	5,5	4,7	6,2	5,1	2,9
Rheingau-Taunus-Kreis	2,0	4,9	2,1	2,1	1,9	1,8	1,6	2,2
Wetteraukreis	3,6	5,2	3,9	3,7	3,5	3,6	3,1	3,7
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	65,3	41,7	57,8	58,0	68,4	67,0	81,2	59,5
Gießen	4,1	3,8	3,9	3,8	4,1	4,3	2,4	5,3
Lahn-Dill-Kreis	3,8	3,6	6,2	6,6	3,0	3,3	2,0	3,5
Limburg-Weilburg	2,2	2,7	2,4	2,0	2,1	2,4	1,3	2,4
Marburg-Biedenkopf	3,6	6,1	4,7	5,0	3,3	2,6	1,9	4,9
Vogelsbergkreis	1,5	5,8	2,0	1,9	1,2	1,3	0,6	1,6
Reg.-Bez. G i e ß e n	15,1	22,1	19,1	19,4	13,6	13,9	8,2	17,7
Kassel, documenta-Stadt	4,5	1,2	3,3	2,9	4,9	4,8	3,6	6,1
Fulda	3,6	7,1	4,6	4,3	3,2	3,7	2,3	3,3
Hersfeld-Rotenburg	2,1	4,2	2,8	2,5	1,8	2,2	0,9	2,0
Kassel	2,9	5,5	4,3	4,8	2,4	2,7	1,6	2,8
Schwalm-Eder-Kreis	2,4	6,6	2,6	2,6	2,2	2,2	0,9	3,2
Waldeck-Frankenberg	2,6	7,4	3,7	3,8	2,2	2,2	0,8	3,3
Werra-Meißner-Kreis	1,5	4,1	1,8	1,7	1,3	1,3	0,6	2,0
Reg.-Bez. K a s s e l	19,6	36,2	23,1	22,6	18,0	19,2	10,6	22,7
Land H e s s e n	100	100	100	100	100	100	100	100
davon								
kreisfreie Städte	35,9	7,1	22,8	21,7	40,9	35,6	52,9	36,7
Landkreise	64,1	92,9	77,2	78,3	59,1	64,4	47,1	63,3

**Noch: 5 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2002 nach Wirtschaftsbereichen**  
**d) Anteile der Wirtschaftsbereiche**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Erwerbs- tätige insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	100	0,3	23,3	20,2	76,4	22,0	21,3	33,0
Frankfurt am Main, St.	100	0,2	13,1	8,9	86,7	28,0	37,7	21,1
Offenbach am Main, St.	100	0,3	23,7	19,7	76,0	22,8	25,0	28,2
Wiesbaden, Landeshauptstadt	100	0,5	15,5	12,1	84,0	23,1	26,7	34,1
Bergstraße	100	1,9	30,0	21,9	68,1	29,1	13,7	25,3
Darmstadt-Dieburg	100	2,1	31,2	23,6	66,7	28,1	15,8	22,8
Groß-Gerau	100	1,0	35,5	30,8	63,5	28,8	17,5	17,2
Hochtaunuskreis	100	1,0	20,7	16,8	78,3	24,9	29,3	24,0
Main-Kinzig-Kreis	100	2,0	32,1	24,9	65,9	26,4	15,9	23,7
Main-Taunus-Kreis	100	0,9	17,7	14,1	81,3	32,1	29,8	19,5
Odenwaldkreis	100	3,0	40,0	33,7	57,1	22,1	10,1	24,9
Offenbach	100	0,8	27,5	22,1	71,7	34,2	22,0	15,6
Rheingau-Taunus-Kreis	100	3,9	26,2	20,8	69,9	24,3	16,7	28,8
Wetteraukreis	100	2,3	27,0	19,8	70,7	26,1	17,8	26,8
Reg.-Bez. Darmstadt	100	1,0	22,2	17,2	76,8	27,2	25,9	23,7
Gießen	100	1,5	24,0	18,1	74,5	28,3	12,5	33,7
Lahn-Dill-Kreis	100	1,5	40,8	33,9	57,7	23,0	10,8	23,9
Limburg-Weilburg	100	2,0	27,8	18,3	70,2	28,8	12,5	29,0
Marburg-Biedenkopf	100	2,7	32,0	26,4	65,4	19,2	11,0	35,1
Vogelsbergkreis	100	6,3	33,6	25,8	60,1	22,9	8,5	28,7
Reg.-Bez. Gießen	100	2,3	31,6	24,8	66,1	24,3	11,3	30,4
Kassel, documenta-Stadt	100	0,4	18,7	12,7	80,9	28,8	16,6	35,4
Fulda	100	3,1	32,0	22,9	64,8	27,2	13,5	24,1
Hersfeld-Rotenburg	100	3,2	33,8	23,7	62,9	28,3	9,4	25,2
Kassel	100	3,0	36,4	31,9	60,6	24,3	11,3	24,9
Schwalm-Eder-Kreis	100	4,4	27,6	21,4	68,0	25,2	7,9	34,9
Waldeck-Frankenberg	100	4,4	34,8	27,7	60,8	21,9	6,1	32,8
Werra-Meißner-Kreis	100	4,4	30,0	22,4	65,6	23,5	8,0	34,1
Reg.-Bez. Kassel	100	2,9	29,5	22,4	67,5	26,0	11,4	30,2
Land Hessen	100	1,6	25,0	19,4	73,4	26,5	20,9	26,0
davon								
kreisfreie Städte	100	0,3	15,9	11,8	83,8	26,4	30,8	26,6
Landkreise	100	2,3	30,1	23,7	67,6	26,6	15,3	25,6

Zurück zum Inhalt**6 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2003 nach Wirtschaftsbereichen****a) Grundzahlen**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Erwerbs- tätige insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
1000								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	118,4	0,4	27,4	23,7	90,7	25,8	25,3	39,6
Frankfurt am Main, St.	590,7	1,3	75,6	50,7	513,8	166,4	219,6	127,9
Offenbach am Main, St.	63,0	0,2	14,6	11,9	48,2	14,2	16,0	18,0
Wiesbaden, Landeshauptstadt	163,3	0,9	24,5	19,0	137,9	36,6	44,3	57,0
Bergstraße	95,1	1,8	27,8	20,4	65,4	27,7	13,5	24,2
Darmstadt-Dieburg	89,7	1,9	27,3	20,7	60,5	25,4	14,2	20,9
Groß-Gerau	117,1	1,2	40,5	35,2	75,4	33,7	21,4	20,3
Hochtaunuskreis	102,6	1,0	20,8	16,9	80,7	25,6	30,7	24,4
Main-Kinzig-Kreis	160,1	3,2	49,5	38,2	107,3	42,2	26,8	38,3
Main-Taunus-Kreis	103,4	1,0	17,9	14,4	84,5	33,2	30,3	20,9
Odenwaldkreis	35,9	1,0	14,2	12,0	20,7	7,9	3,7	9,0
Offenbach	143,0	1,1	37,4	30,0	104,4	49,2	32,1	23,1
Rheingau-Taunus-Kreis	58,4	2,3	14,7	11,7	41,4	14,4	10,0	17,0
Wetteraukreis	108,0	2,4	28,6	20,8	77,0	28,1	19,5	29,3
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	1 948,7	19,8	420,9	325,7	1 508,1	530,6	507,5	470,0
Gießen	119,9	1,7	28,6	21,7	89,5	33,7	15,3	40,6
Lahn-Dill-Kreis	112,9	1,7	45,3	37,6	65,9	26,0	12,6	27,4
Limburg-Weilburg	65,2	1,3	17,3	11,6	46,5	18,7	8,6	19,2
Marburg-Biedenkopf	109,7	2,9	34,6	28,7	72,2	21,3	12,5	38,4
Vogelsbergkreis	43,1	2,7	14,1	11,0	26,3	10,0	3,8	12,6
Reg.-Bez. G i e ß e n	450,8	10,4	140,0	110,6	300,5	109,6	52,8	138,1
Kassel, documenta-Stadt	134,4	0,6	24,7	16,5	109,2	38,1	22,8	48,3
Fulda	108,3	3,4	34,3	24,5	70,7	29,0	15,0	26,6
Hersfeld-Rotenburg	60,4	2,0	20,6	14,3	37,8	17,2	5,7	14,9
Kassel	88,2	2,6	31,9	28,2	53,6	21,2	10,3	22,2
Schwalm-Eder-Kreis	71,1	3,2	19,3	15,0	48,6	17,9	5,7	25,0
Waldeck-Frankenberg	78,3	3,5	26,8	21,2	48,0	17,5	5,0	25,5
Werra-Meißner-Kreis	44,6	1,9	13,2	9,7	29,5	10,5	3,7	15,3
Reg.-Bez. K a s s e l	585,2	17,2	170,7	129,4	397,4	151,3	68,2	177,9
Land H e s s e n	2 984,7	47,3	731,5	565,7	2 205,9	791,4	628,5	786,0
davon								
kreisfreie Städte	1 069,9	3,3	166,7	121,9	899,8	281,0	328,0	290,8
Landkreise	1 914,8	44,0	564,8	443,8	1 306,1	510,4	300,5	495,2

**Noch: 6 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2003 nach Wirtschaftsbereichen**  
**b) Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem Vorjahr**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Erwerbs- tätige insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	-0,5	-6,6	-1,3	-1,7	-0,2	-1,5	-0,4	0,7
Frankfurt am Main, St.	-1,5	-2,3	-3,8	-5,4	-1,2	-0,9	-2,8	1,3
Offenbach am Main, St.	-1,8	-6,5	-3,9	-5,7	-1,1	-2,8	-0,6	-0,2
Wiesbaden, Landeshauptstadt	-1,3	5,6	-4,5	-4,8	-0,8	-4,3	0,3	0,9
Bergstraße	-0,5	-2,7	-2,9	-2,7	0,6	-0,2	3,2	0,2
Darmstadt-Dieburg	-1,7	-1,6	-4,1	-3,8	-0,6	-1,0	-1,3	0,4
Groß-Gerau	-0,5	1,8	-3,1	-3,2	0,8	-0,5	3,5	0,3
Hochtaunuskreis	-0,2	-1,4	-2,2	-1,9	0,3	-0,1	1,8	-1,0
Main-Kinzig-Kreis	-0,7	0,4	-4,3	-4,9	1,0	-0,6	4,7	0,4
Main-Taunus-Kreis	-2,4	3,3	-4,8	-3,6	-2,0	-2,2	-3,9	1,4
Odenwaldkreis	-1,4	-3,0	-2,6	-2,4	-0,5	-1,4	1,7	-0,5
Offenbach	-2,1	-1,8	-6,7	-7,2	-0,3	-1,3	0,2	1,3
Rheingau-Taunus-Kreis	-1,8	-1,0	-6,0	-5,5	-0,3	-0,5	1,0	-0,9
Wetteraukreis	-1,0	-1,6	-2,9	-3,8	-0,3	-1,2	0,5	0,1
Reg.-Bez. Darmstadt	-1,3	-0,8	-3,8	-4,3	-0,6	-1,2	-0,9	0,6
Gießen	-2,4	-4,9	-2,8	-2,3	-2,3	-3,3	-0,3	-2,1
Lahn-Dill-Kreis	-1,2	-1,5	-3,0	-3,0	0,0	-1,2	2,5	0,2
Limburg-Weilburg	-0,7	-0,7	-4,9	-3,7	1,0	-1,0	5,7	1,0
Marburg-Biedenkopf	-0,6	-1,8	-1,9	-1,4	0,1	0,5	2,9	-1,0
Vogelsbergkreis	-2,4	-1,2	-5,0	-3,8	-1,0	-1,4	0,2	-1,0
Reg.-Bez. Gießen	-1,4	-2,0	-3,1	-2,6	-0,6	-1,5	2,1	-0,8
Kassel, documenta-Stadt	-0,5	-2,2	-2,4	-3,8	0,0	-2,1	1,6	0,9
Fulda	-0,4	-1,7	-1,7	-1,7	0,3	-2,0	2,1	1,7
Hersfeld-Rotenburg	-2,7	-0,9	-1,9	-2,7	-3,3	-2,4	-3,2	-4,4
Kassel	-0,4	-1,2	-0,9	-0,1	0,0	-1,6	2,4	0,6
Schwalm-Eder-Kreis	-0,2	0,9	-2,0	-1,8	0,4	-0,2	1,5	0,6
Waldeck-Frankenberg	-2,0	-1,8	-3,7	-4,1	-1,1	-0,3	3,5	-2,5
Werra-Meißner-Kreis	-1,7	-1,9	-3,4	-4,7	-0,8	-1,3	1,7	-1,1
Reg.-Bez. Kassel	-1,0	-1,1	-2,2	-2,4	-0,4	-1,6	1,5	-0,2
Land Hessen	-1,2	-1,2	-3,3	-3,5	-0,5	-1,3	-0,4	0,2
davon								
kreisfreie Städte	-1,3	-1,0	-3,3	-4,4	-0,9	-1,7	-1,8	1,0
Landkreise	-1,2	-1,2	-3,3	-3,3	-0,3	-1,1	1,2	-0,3

**Noch: 6 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2003 nach Wirtschaftsbereichen**  
**c) Anteile am Land Hessen**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Erwerbs- tätige insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	4,0	0,8	3,7	4,2	4,1	3,3	4,0	5,0
Frankfurt am Main, St.	19,8	2,7	10,3	9,0	23,3	21,0	34,9	16,3
Offenbach am Main, St.	2,1	0,4	2,0	2,1	2,2	1,8	2,5	2,3
Wiesbaden, Landeshauptstadt	5,5	1,9	3,3	3,4	6,3	4,6	7,1	7,3
Bergstraße	3,2	3,8	3,8	3,6	3,0	3,5	2,1	3,1
Darmstadt-Dieburg	3,0	4,0	3,7	3,7	2,7	3,2	2,3	2,7
Groß-Gerau	3,9	2,6	5,5	6,2	3,4	4,3	3,4	2,6
Hochtaunuskreis	3,4	2,2	2,8	3,0	3,7	3,2	4,9	3,1
Main-Kinzig-Kreis	5,4	6,7	6,8	6,8	4,9	5,3	4,3	4,9
Main-Taunus-Kreis	3,5	2,1	2,4	2,5	3,8	4,2	4,8	2,7
Odenwaldkreis	1,2	2,2	1,9	2,1	0,9	1,0	0,6	1,1
Offenbach	4,8	2,4	5,1	5,3	4,7	6,2	5,1	2,9
Rheingau-Taunus-Kreis	2,0	4,9	2,0	2,1	1,9	1,8	1,6	2,2
Wetteraukreis	3,6	5,2	3,9	3,7	3,5	3,6	3,1	3,7
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	65,3	41,8	57,5	57,6	68,4	67,0	80,7	59,8
Gießen	4,0	3,7	3,9	3,8	4,1	4,3	2,4	5,2
Lahn-Dill-Kreis	3,8	3,6	6,2	6,6	3,0	3,3	2,0	3,5
Limburg-Weilburg	2,2	2,7	2,4	2,0	2,1	2,4	1,4	2,4
Marburg-Biedenkopf	3,7	6,1	4,7	5,1	3,3	2,7	2,0	4,9
Vogelsbergkreis	1,4	5,8	1,9	1,9	1,2	1,3	0,6	1,6
Reg.-Bez. G i e ß e n	15,1	21,9	19,1	19,5	13,6	13,8	8,4	17,6
Kassel, documenta-Stadt	4,5	1,2	3,4	2,9	4,9	4,8	3,6	6,1
Fulda	3,6	7,1	4,7	4,3	3,2	3,7	2,4	3,4
Hersfeld-Rotenburg	2,0	4,2	2,8	2,5	1,7	2,2	0,9	1,9
Kassel	3,0	5,5	4,4	5,0	2,4	2,7	1,6	2,8
Schwalm-Eder-Kreis	2,4	6,8	2,6	2,6	2,2	2,3	0,9	3,2
Waldeck-Frankenberg	2,6	7,4	3,7	3,8	2,2	2,2	0,8	3,2
Werra-Meißner-Kreis	1,5	4,1	1,8	1,7	1,3	1,3	0,6	1,9
Reg.-Bez. K a s s e l	19,6	36,2	23,3	22,9	18,0	19,1	10,9	22,6
Land H e s s e n	100	100	100	100	100	100	100	100
davon								
kreisfreie Städte	35,8	7,1	22,8	21,5	40,8	35,5	52,2	37,0
Landkreise	64,2	92,9	77,2	78,5	59,2	64,5	47,8	63,0

**Noch: 6 Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Hessens 2003 nach Wirtschaftsbereichen**  
**d) Anteile der Wirtschaftsbereiche**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Erwerbs- tätige insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	100	0,3	23,1	20,0	76,6	21,8	21,4	33,4
Frankfurt am Main, St.	100	0,2	12,8	8,6	87,0	28,2	37,2	21,6
Offenbach am Main, St.	100	0,3	23,2	18,9	76,5	22,6	25,3	28,6
Wiesbaden, Landeshauptstadt	100	0,6	15,0	11,6	84,5	22,4	27,1	34,9
Bergstraße	100	1,9	29,3	21,5	68,8	29,2	14,2	25,5
Darmstadt-Dieburg	100	2,1	30,4	23,1	67,5	28,3	15,8	23,3
Groß-Gerau	100	1,0	34,6	30,0	64,4	28,8	18,2	17,3
Hochtaunuskreis	100	1,0	20,3	16,5	78,7	24,9	29,9	23,8
Main-Kinzig-Kreis	100	2,0	30,9	23,9	67,1	26,4	16,7	23,9
Main-Taunus-Kreis	100	1,0	17,3	13,9	81,7	32,2	29,3	20,3
Odenwaldkreis	100	2,9	39,5	33,3	57,6	22,1	10,4	25,1
Offenbach	100	0,8	26,2	21,0	73,0	34,4	22,5	16,2
Rheingau-Taunus-Kreis	100	3,9	25,1	20,0	70,9	24,7	17,2	29,1
Wetteraukreis	100	2,3	26,5	19,3	71,2	26,1	18,1	27,1
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	100	1,0	21,6	16,7	77,4	27,2	26,0	24,1
Gießen	100	1,5	23,9	18,1	74,7	28,1	12,7	33,8
Lahn-Dill-Kreis	100	1,5	40,1	33,3	58,4	23,0	11,2	24,2
Limburg-Weilburg	100	2,0	26,6	17,7	71,4	28,7	13,3	29,5
Marburg-Biedenkopf	100	2,6	31,6	26,2	65,8	19,4	11,4	35,0
Vogelsbergkreis	100	6,3	32,7	25,4	61,0	23,1	8,7	29,1
Reg.-Bez. G i e ß e n	100	2,3	31,0	24,5	66,7	24,3	11,7	30,6
Kassel, documenta-Stadt	100	0,4	18,3	12,3	81,2	28,3	17,0	35,9
Fulda	100	3,1	31,6	22,6	65,3	26,8	13,9	24,6
Hersfeld-Rotenburg	100	3,3	34,1	23,7	62,6	28,4	9,4	24,7
Kassel	100	3,0	36,2	32,0	60,8	24,0	11,6	25,2
Schwalm-Eder-Kreis	100	4,5	27,1	21,1	68,4	25,2	8,0	35,2
Waldeck-Frankenberg	100	4,5	34,2	27,1	61,3	22,3	6,4	32,6
Werra-Meißner-Kreis	100	4,3	29,5	21,7	66,2	23,6	8,3	34,3
Reg.-Bez. K a s s e l	100	2,9	29,2	22,1	67,9	25,8	11,7	30,4
Land H e s s e n	100	1,6	24,5	19,0	73,9	26,5	21,1	26,3
davon								
kreisfreie Städte	100	0,3	15,6	11,4	84,1	26,3	30,7	27,2
Landkreise	100	2,3	29,5	23,2	68,2	26,7	15,7	25,9

Zurück zum Inhalt**7 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 nach Wirtschaftsbereichen****a) Grundzahlen**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Arbeitnehmer insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
1000								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	111,4	0,4	27,9	24,1	83,1	24,2	21,6	37,3
Frankfurt am Main, St.	545,0	1,2	78,5	54,6	465,3	152,5	198,0	114,8
Offenbach am Main, St.	58,5	0,2	14,9	12,7	43,5	12,2	14,2	17,1
Wiesbaden, Landeshauptstadt	150,2	0,7	26,0	20,0	123,4	36,1	36,5	50,8
Bergstraße	79,8	0,8	27,0	20,2	52,0	22,3	9,3	20,4
Darmstadt-Dieburg	76,6	1,1	27,2	21,4	48,3	21,0	9,8	17,5
Groß-Gerau	113,1	0,7	45,4	40,7	66,9	32,1	17,0	17,8
Hochtaunuskreis	87,6	0,7	20,1	17,0	66,9	21,7	24,1	21,0
Main-Kinzig-Kreis	139,4	1,4	50,4	39,5	87,6	35,9	18,6	33,0
Main-Taunus-Kreis	95,5	0,7	20,9	17,4	74,0	28,7	26,9	18,3
Odenwaldkreis	30,9	0,3	13,9	12,0	16,8	6,5	2,5	7,7
Offenbach	124,6	0,9	38,2	30,7	85,5	42,4	24,6	18,6
Rheingau-Taunus-Kreis	50,7	1,2	14,8	12,1	34,8	11,4	8,1	15,3
Wetteraukreis	92,7	1,1	27,3	20,3	64,3	23,6	15,8	25,0
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	1 756,0	11,2	432,4	342,7	1 312,5	470,6	427,1	414,7
Gießen	110,6	0,8	27,7	21,5	82,1	31,0	11,9	39,2
Lahn-Dill-Kreis	98,4	0,8	42,5	36,2	55,2	21,8	9,2	24,2
Limburg-Weilburg	56,7	0,5	17,3	12,0	38,9	16,1	6,2	16,6
Marburg-Biedenkopf	96,7	0,8	31,8	26,6	64,1	17,4	10,1	36,6
Vogelsbergkreis	36,9	0,7	14,0	10,9	22,2	8,1	2,9	11,2
Reg.-Bez. G i e ß e n	399,3	3,6	133,3	107,3	262,5	94,4	40,4	127,7
Kassel, documenta-Stadt	123,6	0,5	24,7	17,1	98,4	34,4	19,7	44,3
Fulda	94,8	0,7	32,6	24,0	61,6	26,3	12,0	23,3
Hersfeld-Rotenburg	53,9	0,5	19,8	14,1	33,5	15,0	4,4	14,1
Kassel	78,8	1,2	31,3	27,7	46,3	18,9	8,0	19,4
Schwalm-Eder-Kreis	60,8	0,8	18,5	14,5	41,6	14,8	4,3	22,5
Waldeck-Frankenberg	68,8	0,8	26,5	21,3	41,4	14,1	4,0	23,4
Werra-Meißner-Kreis	40,1	0,9	13,6	10,3	25,6	8,8	2,8	13,9
Reg.-Bez. K a s s e l	520,7	5,3	167,1	129,1	348,3	132,3	55,2	160,9
Land H e s s e n	2 676,1	20,1	732,8	579,1	1 923,3	697,3	522,7	703,3
davon								
kreisfreie Städte	988,7	2,9	172,1	128,5	813,7	259,4	290,0	264,3
Landkreise	1 687,4	17,1	560,7	450,6	1 109,6	437,9	232,7	439,0

**Noch: 7 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 nach Wirtschaftsbereichen**  
**b) Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Arbeitnehmer insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	1,5	7,5	- 1,9	- 0,6	2,7	- 4,5	19,7	- 0,6
Frankfurt am Main, St.	3,3	14,8	- 2,2	- 1,3	4,3	4,6	6,1	1,0
Offenbach am Main, St.	4,7	5,2	1,8	4,5	5,8	5,5	15,1	- 0,7
Wiesbaden, Landeshauptstadt	2,4	0,2	- 1,1	- 1,1	3,2	9,7	2,6	- 0,6
Bergstraße	1,1	- 6,0	- 1,0	- 1,5	2,4	3,3	2,8	1,2
Darmstadt-Dieburg	1,8	- 2,1	- 0,4	- 0,8	3,1	1,3	9,7	1,9
Groß-Gerau	3,5	3,0	0,5	0,2	5,7	6,0	8,1	2,9
Hochtaunuskreis	3,6	5,7	- 2,9	- 3,3	5,7	3,9	9,0	4,1
Main-Kinzig-Kreis	2,2	2,7	0,9	0,5	3,0	3,4	5,9	1,1
Main-Taunus-Kreis	4,6	- 0,7	- 2,2	- 2,5	6,8	6,4	10,4	2,3
Odenwaldkreis	1,9	7,4	1,2	0,9	2,4	- 0,2	8,5	2,8
Offenbach	1,7	2,9	- 4,1	- 4,3	4,5	2,2	11,1	1,6
Rheingau-Taunus-Kreis	1,6	- 4,5	- 0,5	0,8	2,8	0,8	5,1	3,2
Wetteraukreis	3,5	6,1	- 1,7	- 0,2	5,9	2,6	18,8	2,0
Reg.-Bez. Darmstadt	2,8	2,3	- 1,2	- 0,9	4,2	3,9	7,9	1,1
Gießen	1,2	- 2,1	- 1,0	- 0,8	2,0	5,1	7,6	- 1,8
Lahn-Dill-Kreis	2,4	- 7,7	1,1	2,3	3,6	2,4	6,3	3,6
Limburg-Weilburg	2,2	- 4,8	- 0,2	- 1,4	3,5	1,6	13,1	2,0
Marburg-Biedenkopf	1,2	0,1	1,0	1,7	1,3	2,3	5,2	- 0,2
Vogelsbergkreis	1,3	- 2,4	- 1,5	- 1,4	3,3	4,1	3,2	2,7
Reg.-Bez. Gießen	1,6	- 3,3	0,2	0,7	2,5	3,3	7,2	0,5
Kassel, documenta-Stadt	1,3	- 6,1	2,0	0,6	1,2	1,3	4,7	- 0,4
Fulda	1,5	- 0,5	0,2	0,5	2,2	0,5	10,4	0,1
Hersfeld-Rotenburg	4,0	- 4,2	2,3	2,4	5,3	8,6	12,2	0,0
Kassel	2,9	1,5	2,5	3,7	3,2	1,7	8,8	2,4
Schwalm-Eder-Kreis	- 0,5	2,3	- 3,1	- 3,6	0,6	3,0	1,0	- 1,0
Waldeck-Frankenberg	3,4	- 0,5	0,1	- 0,2	5,7	2,5	25,4	4,8
Werra-Meißner-Kreis	- 1,1	- 2,3	- 2,8	- 3,6	- 0,1	- 1,8	1,2	0,8
Reg.-Bez. Kassel	1,7	- 0,9	0,5	0,4	2,3	2,1	7,9	0,8
Land Hessen	2,4	0,4	- 0,6	- 0,3	3,6	3,4	7,8	0,9
davon								
kreisfreie Städte	2,8	5,7	- 1,1	- 0,3	3,7	3,9	6,9	0,1
Landkreise	2,2	- 0,4	- 0,4	- 0,3	3,6	3,2	9,1	1,4

**Noch: 7 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 nach Wirtschaftsbereichen**  
**c) Anteile am Land Hessen**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Arbeitnehmer insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	4,2	1,8	3,8	4,2	4,3	3,5	4,1	5,3
Frankfurt am Main, St.	20,4	5,9	10,7	9,4	24,2	21,9	37,9	16,3
Offenbach am Main, St.	2,2	0,9	2,0	2,2	2,3	1,8	2,7	2,4
Wiesbaden, Landeshauptstadt	5,6	3,5	3,6	3,5	6,4	5,2	7,0	7,2
Bergstraße	3,0	4,0	3,7	3,5	2,7	3,2	1,8	2,9
Darmstadt-Dieburg	2,9	5,3	3,7	3,7	2,5	3,0	1,9	2,5
Groß-Gerau	4,2	3,7	6,2	7,0	3,5	4,6	3,3	2,5
Hochtaunuskreis	3,3	3,4	2,7	2,9	3,5	3,1	4,6	3,0
Main-Kinzig-Kreis	5,2	6,9	6,9	6,8	4,6	5,2	3,6	4,7
Main-Taunus-Kreis	3,6	3,3	2,8	3,0	3,8	4,1	5,2	2,6
Odenwaldkreis	1,2	1,4	1,9	2,1	0,9	0,9	0,5	1,1
Offenbach	4,7	4,4	5,2	5,3	4,4	6,1	4,7	2,6
Rheingau-Taunus-Kreis	1,9	5,9	2,0	2,1	1,8	1,6	1,5	2,2
Wetteraukreis	3,5	5,3	3,7	3,5	3,3	3,4	3,0	3,6
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	65,6	55,7	59,0	59,2	68,2	67,5	81,7	59,0
Gießen	4,1	4,0	3,8	3,7	4,3	4,4	2,3	5,6
Lahn-Dill-Kreis	3,7	4,0	5,8	6,3	2,9	3,1	1,8	3,4
Limburg-Weilburg	2,1	2,3	2,4	2,1	2,0	2,3	1,2	2,4
Marburg-Biedenkopf	3,6	4,1	4,3	4,6	3,3	2,5	1,9	5,2
Vogelsbergkreis	1,4	3,4	1,9	1,9	1,2	1,2	0,6	1,6
Reg.-Bez. G i e ß e n	14,9	17,8	18,2	18,5	13,6	13,5	7,7	18,2
Kassel, documenta-Stadt	4,6	2,4	3,4	3,0	5,1	4,9	3,8	6,3
Fulda	3,5	3,3	4,4	4,1	3,2	3,8	2,3	3,3
Hersfeld-Rotenburg	2,0	2,7	2,7	2,4	1,7	2,1	0,8	2,0
Kassel	2,9	5,9	4,3	4,8	2,4	2,7	1,5	2,8
Schwalm-Eder-Kreis	2,3	3,8	2,5	2,5	2,2	2,1	0,8	3,2
Waldeck-Frankenberg	2,6	4,2	3,6	3,7	2,2	2,0	0,8	3,3
Werra-Meißner-Kreis	1,5	4,2	1,9	1,8	1,3	1,3	0,5	2,0
Reg.-Bez. K a s s e l	19,5	26,4	22,8	22,3	18,1	19,0	10,6	22,9
Land H e s s e n	100	100	100	100	100	100	100	100
davon								
kreisfreie Städte	36,9	14,5	23,5	22,2	42,3	37,2	55,5	37,6
Landkreise	63,1	85,5	76,5	77,8	57,7	62,8	44,5	62,4

**Noch: 7 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 nach Wirtschaftsbereichen**  
**d) Anteile der Wirtschaftsbereiche**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Arbeitnehmer insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	100	0,3	25,1	21,6	74,6	21,7	19,4	33,5
Frankfurt am Main, St.	100	0,2	14,4	10,0	85,4	28,0	36,3	21,1
Offenbach am Main, St.	100	0,3	25,4	21,6	74,3	20,9	24,3	29,1
Wiesbaden, Landeshauptstadt	100	0,5	17,3	13,3	82,2	24,0	24,3	33,8
Bergstraße	100	1,0	33,8	25,4	65,2	27,9	11,6	25,6
Darmstadt-Dieburg	100	1,4	35,6	27,9	63,0	27,5	12,8	22,8
Groß-Gerau	100	0,7	40,2	36,0	59,2	28,4	15,1	15,7
Hochtaunuskreis	100	0,8	22,9	19,4	76,3	24,8	27,6	23,9
Main-Kinzig-Kreis	100	1,0	36,2	28,3	62,9	25,8	13,4	23,7
Main-Taunus-Kreis	100	0,7	21,8	18,2	77,5	30,1	28,2	19,2
Odenwaldkreis	100	0,9	44,9	38,7	54,2	20,9	8,2	25,0
Offenbach	100	0,7	30,6	24,7	68,7	34,0	19,8	14,9
Rheingau-Taunus-Kreis	100	2,3	29,1	23,9	68,6	22,6	15,9	30,1
Wetteraukreis	100	1,2	29,4	21,9	69,4	25,4	17,0	27,0
Reg.-Bez. Darmstadt	100	0,6	24,6	19,5	74,7	26,8	24,3	23,6
Gießen	100	0,7	25,0	19,5	74,2	28,0	10,8	35,5
Lahn-Dill-Kreis	100	0,8	43,1	36,8	56,1	22,1	9,3	24,6
Limburg-Weilburg	100	0,8	30,5	21,1	68,7	28,5	11,0	29,2
Marburg-Biedenkopf	100	0,9	32,9	27,5	66,3	18,0	10,5	37,8
Vogelsbergkreis	100	1,8	38,0	29,5	60,2	21,9	7,9	30,4
Reg.-Bez. Gießen	100	0,9	33,4	26,9	65,7	23,6	10,1	32,0
Kassel, documenta-Stadt	100	0,4	20,0	13,9	79,6	27,8	15,9	35,9
Fulda	100	0,7	34,4	25,3	64,9	27,7	12,6	24,6
Hersfeld-Rotenburg	100	1,0	36,8	26,2	62,2	27,8	8,2	26,2
Kassel	100	1,5	39,8	35,2	58,7	24,0	10,1	24,6
Schwalm-Eder-Kreis	100	1,2	30,4	23,8	68,4	24,4	7,1	36,9
Waldeck-Frankenberg	100	1,2	38,6	31,0	60,2	20,4	5,9	33,9
Werra-Meißner-Kreis	100	2,1	34,0	25,8	63,8	22,1	7,0	34,8
Reg.-Bez. Kassel	100	1,0	32,1	24,8	66,9	25,4	10,6	30,9
Land Hessen	100	0,7	27,4	21,6	71,9	26,1	19,5	26,3
davon								
kreisfreie Städte	100	0,3	17,4	13,0	82,3	26,2	29,3	26,7
Landkreise	100	1,0	33,2	26,7	65,8	26,0	13,8	26,0

Zurück zum Inhalt**8 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2001 nach Wirtschaftsbereichen****a) Grundzahlen**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Arbeitnehmer insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
1000								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	110,6	0,4	27,2	23,7	83,0	23,9	22,6	36,5
Frankfurt am Main, St.	557,6	1,2	76,8	53,6	479,6	156,0	209,0	114,6
Offenbach am Main, St.	59,4	0,2	14,9	12,8	44,3	12,9	14,7	16,7
Wiesbaden, Landeshauptstadt	151,9	0,6	25,6	19,8	125,7	36,0	38,1	51,6
Bergstraße	80,9	0,8	26,7	20,1	53,4	22,8	9,8	20,9
Darmstadt-Dieburg	78,3	1,1	27,1	21,2	50,2	21,5	10,8	17,9
Groß-Gerau	108,7	0,8	42,4	37,8	65,5	30,4	17,2	17,8
Hochtaunuskreis	88,9	0,6	19,7	16,6	68,5	21,6	25,3	21,6
Main-Kinzig-Kreis	139,8	1,4	49,6	39,3	88,9	36,4	19,0	33,5
Main-Taunus-Kreis	97,9	0,7	19,3	15,9	77,9	31,2	28,0	18,6
Odenwaldkreis	31,0	0,3	13,6	11,8	17,1	6,5	2,7	8,0
Offenbach	128,0	0,9	38,9	32,0	88,2	43,4	25,6	19,1
Rheingau-Taunus-Kreis	50,7	1,2	14,4	11,8	35,0	11,7	8,0	15,3
Wetteraukreis	94,7	1,1	27,2	20,6	66,4	23,9	16,8	25,6
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	1 778,4	11,2	423,5	337,1	1 343,6	478,3	447,7	417,7
Gießen	111,3	0,9	27,7	21,8	82,7	31,6	12,7	38,4
Lahn-Dill-Kreis	100,9	0,8	43,7	37,3	56,4	22,0	9,9	24,5
Limburg-Weilburg	56,8	0,5	16,7	11,5	39,8	16,3	6,5	16,8
Marburg-Biedenkopf	96,8	0,9	32,4	27,5	63,5	17,8	10,1	35,6
Vogelsbergkreis	37,4	0,7	14,0	11,1	22,7	8,3	3,0	11,5
Reg.-Bez. G i e ß e n	403,1	3,7	134,6	109,2	264,9	95,9	42,1	126,8
Kassel, documenta-Stadt	123,5	0,5	24,4	17,0	98,6	34,9	19,9	43,8
Fulda	95,5	0,7	32,6	24,4	62,2	26,0	12,6	23,6
Hersfeld-Rotenburg	54,4	0,5	19,7	14,2	34,2	15,4	4,6	14,2
Kassel	78,8	1,1	31,3	28,0	46,4	18,9	8,0	19,5
Schwalm-Eder-Kreis	61,2	0,8	18,1	14,4	42,3	15,2	4,4	22,7
Waldeck-Frankenberg	69,6	0,8	26,8	21,9	42,0	14,4	3,7	23,8
Werra-Meißner-Kreis	39,6	0,8	13,3	10,4	25,5	8,7	2,9	13,9
Reg.-Bez. K a s s e l	522,7	5,2	166,3	130,3	351,2	133,5	56,2	161,5
Land H e s s e n	2 704,1	20,1	724,4	576,6	1 959,7	707,8	546,0	705,9
davon								
kreisfreie Städte	1 003,1	2,9	169,0	127,0	831,3	263,7	304,4	263,2
Landkreise	1 701,0	17,2	555,4	449,6	1 128,5	444,1	241,6	442,8

**Noch: 8 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2001 nach Wirtschaftsbereichen**  
**b) Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Arbeitnehmer insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	-0,8	0,1	-2,6	-1,6	-0,2	-1,2	4,3	-2,1
Frankfurt am Main, St.	2,3	1,0	-2,1	-1,7	3,1	2,3	5,6	-0,2
Offenbach am Main, St.	1,6	1,5	0,4	1,1	2,0	5,3	3,6	-1,8
Wiesbaden, Landeshauptstadt	1,2	-7,1	-1,7	-1,0	1,8	-0,3	4,4	1,5
Bergstraße	1,4	1,3	-1,1	-0,9	2,7	2,4	5,1	2,0
Darmstadt-Dieburg	2,2	1,2	-0,7	-0,8	3,9	2,4	10,1	2,2
Groß-Gerau	-3,9	1,7	-6,6	-7,2	-2,1	-5,2	1,2	0,3
Hochtaunuskreis	1,4	-4,8	-1,6	-2,4	2,4	-0,5	4,7	2,7
Main-Kinzig-Kreis	0,3	-0,2	-1,6	-0,5	1,4	1,3	2,0	1,3
Main-Taunus-Kreis	2,5	2,9	-7,3	-8,3	5,3	8,8	4,0	1,5
Odenwaldkreis	0,2	9,2	-2,2	-1,5	2,0	0,2	4,3	2,8
Offenbach	2,7	1,4	2,0	4,0	3,1	2,5	4,1	3,1
Rheingau-Taunus-Kreis	-0,1	1,2	-2,2	-2,3	0,7	2,0	-0,2	0,1
Wetteraukreis	2,1	0,0	-0,3	1,3	3,1	1,6	6,5	2,5
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	1,3	0,3	-2,0	-1,7	2,4	1,6	4,8	0,7
Gießen	0,6	8,2	0,2	1,3	0,7	1,9	6,4	-2,0
Lahn-Dill-Kreis	2,5	-3,6	3,0	3,0	2,2	1,1	7,6	1,1
Limburg-Weilburg	0,1	-0,2	-3,7	-3,7	1,8	1,1	3,9	1,6
Marburg-Biedenkopf	0,1	5,5	2,0	3,1	-0,9	2,2	0,1	-2,7
Vogelsbergkreis	1,4	-0,5	0,1	1,9	2,4	2,2	2,0	2,6
Reg.-Bez. G i e ß e n	0,9	2,2	1,0	1,8	0,9	1,7	4,4	-0,8
Kassel, documenta-Stadt	-0,1	6,5	-1,3	-0,7	0,2	1,4	1,4	-1,3
Fulda	0,8	-0,8	0,1	1,6	1,1	-1,1	5,3	1,5
Hersfeld-Rotenburg	1,1	-8,5	-0,4	0,7	2,1	3,0	4,5	0,5
Kassel	0,0	-4,5	-0,1	1,0	0,2	-0,3	0,6	0,6
Schwalm-Eder-Kreis	0,6	4,1	-2,2	-0,2	1,8	2,6	3,0	1,1
Waldeck-Frankenberg	1,1	-5,0	0,9	2,4	1,4	2,7	-7,4	2,1
Werra-Meißner-Kreis	-1,2	-3,2	-2,3	0,1	-0,5	-1,1	1,4	-0,5
Reg.-Bez. K a s s e l	0,4	-2,1	-0,5	0,9	0,8	0,9	1,9	0,4
Land H e s s e n	1,0	0,0	-1,1	-0,4	1,9	1,5	4,5	0,4
davon								
kreisfreie Städte	1,5	-0,1	-1,8	-1,2	2,2	1,6	5,0	-0,4
Landkreise	0,8	0,0	-0,9	-0,2	1,7	1,4	3,8	0,9

**Noch: 8 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2001 nach Wirtschaftsbereichen**  
**c) Anteile am Land Hessen**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Arbeitnehmer insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	4,1	1,8	3,8	4,1	4,2	3,4	4,1	5,2
Frankfurt am Main, St.	20,6	6,0	10,6	9,3	24,5	22,0	38,3	16,2
Offenbach am Main, St.	2,2	0,9	2,1	2,2	2,3	1,8	2,7	2,4
Wiesbaden, Landeshauptstadt	5,6	3,2	3,5	3,4	6,4	5,1	7,0	7,3
Bergstraße	3,0	4,1	3,7	3,5	2,7	3,2	1,8	3,0
Darmstadt-Dieburg	2,9	5,4	3,7	3,7	2,6	3,0	2,0	2,5
Groß-Gerau	4,0	3,7	5,9	6,6	3,3	4,3	3,2	2,5
Hochtaunuskreis	3,3	3,2	2,7	2,9	3,5	3,1	4,6	3,1
Main-Kinzig-Kreis	5,2	6,9	6,8	6,8	4,5	5,1	3,5	4,7
Main-Taunus-Kreis	3,6	3,4	2,7	2,8	4,0	4,4	5,1	2,6
Odenwaldkreis	1,1	1,6	1,9	2,0	0,9	0,9	0,5	1,1
Offenbach	4,7	4,4	5,4	5,5	4,5	6,1	4,7	2,7
Rheingau-Taunus-Kreis	1,9	5,9	2,0	2,1	1,8	1,6	1,5	2,2
Wetteraukreis	3,5	5,3	3,8	3,6	3,4	3,4	3,1	3,6
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	65,8	55,9	58,5	58,5	68,6	67,6	82,0	59,2
Gießen	4,1	4,4	3,8	3,8	4,2	4,5	2,3	5,4
Lahn-Dill-Kreis	3,7	3,8	6,0	6,5	2,9	3,1	1,8	3,5
Limburg-Weilburg	2,1	2,3	2,3	2,0	2,0	2,3	1,2	2,4
Marburg-Biedenkopf	3,6	4,3	4,5	4,8	3,2	2,5	1,9	5,0
Vogelsbergkreis	1,4	3,3	1,9	1,9	1,2	1,2	0,5	1,6
Reg.-Bez. G i e ß e n	14,9	18,2	18,6	18,9	13,5	13,6	7,7	18,0
Kassel, documenta-Stadt	4,6	2,5	3,4	3,0	5,0	4,9	3,7	6,2
Fulda	3,5	3,3	4,5	4,2	3,2	3,7	2,3	3,3
Hersfeld-Rotenburg	2,0	2,5	2,7	2,5	1,7	2,2	0,8	2,0
Kassel	2,9	5,6	4,3	4,9	2,4	2,7	1,5	2,8
Schwalm-Eder-Kreis	2,3	3,9	2,5	2,5	2,2	2,1	0,8	3,2
Waldeck-Frankenberg	2,6	4,0	3,7	3,8	2,1	2,0	0,7	3,4
Werra-Meißner-Kreis	1,5	4,1	1,8	1,8	1,3	1,2	0,5	2,0
Reg.-Bez. K a s s e l	19,3	25,9	23,0	22,6	17,9	18,9	10,3	22,9
Land H e s s e n	100	100	100	100	100	100	100	100
davon								
kreisfreie Städte	37,1	14,5	23,3	22,0	42,4	37,3	55,8	37,3
Landkreise	62,9	85,5	76,7	78,0	57,6	62,7	44,2	62,7

**Noch: 8 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2001 nach Wirtschaftsbereichen**  
**d) Anteile der Wirtschaftsbereiche**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Arbeitnehmer insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	100	0,3	24,6	21,5	75,1	21,6	20,4	33,0
Frankfurt am Main, St.	100	0,2	13,8	9,6	86,0	28,0	37,5	20,5
Offenbach am Main, St.	100	0,3	25,1	21,5	74,6	21,7	24,8	28,2
Wiesbaden, Landeshauptstadt	100	0,4	16,8	13,0	82,7	23,7	25,1	33,9
Bergstraße	100	1,0	33,0	24,8	66,0	28,2	12,1	25,8
Darmstadt-Dieburg	100	1,4	34,5	27,1	64,1	27,5	13,7	22,8
Groß-Gerau	100	0,7	39,1	34,8	60,3	28,0	15,9	16,4
Hochtaunuskreis	100	0,7	22,2	18,7	77,1	24,3	28,4	24,3
Main-Kinzig-Kreis	100	1,0	35,5	28,1	63,6	26,0	13,6	23,9
Main-Taunus-Kreis	100	0,7	19,8	16,3	79,5	31,9	28,6	19,0
Odenwaldkreis	100	1,0	43,8	38,1	55,2	20,9	8,6	25,7
Offenbach	100	0,7	30,4	25,0	68,9	33,9	20,0	15,0
Rheingau-Taunus-Kreis	100	2,3	28,5	23,4	69,2	23,1	15,9	30,2
Wetteraukreis	100	1,1	28,8	21,7	70,1	25,3	17,7	27,1
Reg.-Bez. Darmstadt	100	0,6	23,8	19,0	75,6	26,9	25,2	23,5
Gießen	100	0,8	24,9	19,6	74,3	28,4	11,4	34,5
Lahn-Dill-Kreis	100	0,8	43,3	37,0	55,9	21,8	9,8	24,3
Limburg-Weilburg	100	0,8	29,4	20,3	69,8	28,7	11,4	29,6
Marburg-Biedenkopf	100	0,9	33,5	28,4	65,6	18,4	10,5	36,8
Vogelsbergkreis	100	1,8	37,5	29,7	60,7	22,1	7,9	30,7
Reg.-Bez. Gießen	100	0,9	33,4	27,1	65,7	23,8	10,5	31,5
Kassel, documenta-Stadt	100	0,4	19,8	13,8	79,8	28,2	16,2	35,4
Fulda	100	0,7	34,2	25,5	65,2	27,2	13,2	24,7
Hersfeld-Rotenburg	100	0,9	36,2	26,1	62,9	28,3	8,5	26,0
Kassel	100	1,4	39,7	35,5	58,9	24,0	10,2	24,7
Schwalm-Eder-Kreis	100	1,3	29,5	23,6	69,2	24,8	7,2	37,1
Waldeck-Frankenberg	100	1,1	38,5	31,4	60,4	20,7	5,4	34,3
Werra-Meißner-Kreis	100	2,1	33,6	26,1	64,3	22,1	7,2	35,0
Reg.-Bez. Kassel	100	1,0	31,8	24,9	67,2	25,5	10,8	30,9
Land Hessen	100	0,7	26,8	21,3	72,5	26,2	20,2	26,1
davon								
kreisfreie Städte	100	0,3	16,8	12,7	82,9	26,3	30,3	26,2
Landkreise	100	1,0	32,7	26,4	66,3	26,1	14,2	26,0

Zurück zum Inhalt**9 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2002 nach Wirtschaftsbereichen****a) Grundzahlen**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Arbeitnehmer insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
1000								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	110,1	0,4	26,8	23,6	83,0	23,5	22,3	37,1
Frankfurt am Main, St.	556,9	1,1	74,7	51,7	481,0	154,9	209,2	116,9
Offenbach am Main, St.	58,0	0,2	14,3	12,3	43,5	12,7	14,1	16,6
Wiesbaden, Landeshauptstadt	149,7	0,6	24,0	19,1	125,1	33,8	38,9	52,4
Bergstraße	81,4	0,9	25,9	19,6	54,6	23,4	10,1	21,1
Darmstadt-Dieburg	78,2	1,1	25,8	20,1	51,2	21,9	11,4	18,0
Groß-Gerau	107,2	0,7	40,2	35,5	66,3	30,1	18,1	18,1
Hochtaunuskreis	89,5	0,7	19,5	16,2	69,4	21,9	25,7	21,8
Main-Kinzig-Kreis	140,8	1,4	48,0	38,3	91,4	36,1	21,1	34,1
Main-Taunus-Kreis	95,1	0,7	17,5	14,2	76,9	30,4	28,1	18,5
Odenwaldkreis	31,2	0,3	13,3	11,6	17,6	6,6	2,9	8,2
Offenbach	128,2	0,9	37,2	30,7	90,1	43,9	26,8	19,4
Rheingau-Taunus-Kreis	50,4	1,2	14,1	11,6	35,1	11,8	7,9	15,3
Wetteraukreis	94,0	1,0	26,8	20,3	66,1	24,1	16,0	26,0
Reg.-Bez. Darmstadt	1 770,6	11,2	408,0	324,7	1 351,4	475,2	452,6	423,6
Gießen	109,8	0,9	26,7	21,0	82,2	31,1	12,6	38,5
Lahn-Dill-Kreis	101,1	0,8	43,1	36,9	57,2	22,7	10,0	24,6
Limburg-Weilburg	56,5	0,5	16,1	11,1	39,8	16,3	6,5	17,1
Marburg-Biedenkopf	97,7	0,9	32,7	28,0	64,2	18,1	10,3	35,8
Vogelsbergkreis	37,0	0,7	13,4	10,6	22,9	8,5	2,9	11,5
Reg.-Bez. Gießen	402,1	3,7	132,0	107,7	266,4	96,6	42,2	127,5
Kassel, documenta-Stadt	123,9	0,5	23,8	16,5	99,6	35,2	19,7	44,7
Fulda	95,2	0,7	31,6	23,8	63,0	26,2	12,8	24,0
Hersfeld-Rotenburg	54,5	0,5	19,4	14,1	34,6	15,7	4,8	14,2
Kassel	77,7	1,1	30,2	27,3	46,4	18,4	8,2	19,8
Schwalm-Eder-Kreis	61,3	0,9	17,8	14,4	42,6	15,4	4,4	22,8
Waldeck-Frankenberg	68,9	0,8	25,8	21,2	42,3	14,6	3,7	24,0
Werra-Meißner-Kreis	38,9	0,8	12,4	9,5	25,7	8,8	2,8	14,1
Reg.-Bez. Kassel	520,4	5,3	160,9	126,8	354,1	134,3	56,4	163,5
Land Hessen	2 693,1	20,2	700,9	559,3	1 971,9	706,1	551,3	714,6
davon								
kreisfreie Städte	998,6	2,8	163,6	123,2	832,1	260,2	304,2	267,7
Landkreise	1 694,5	17,4	537,3	436,1	1 139,8	445,9	247,1	446,8

**Noch: 9 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2002 nach Wirtschaftsbereichen  
b) Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Arbeit- nehmer insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	-0,4	-0,6	-1,5	-0,8	-0,1	-1,5	-1,3	1,7
Frankfurt am Main, St.	-0,1	-4,6	-2,7	-3,7	0,3	-0,7	0,1	2,0
Offenbach am Main, St.	-2,5	-3,3	-4,1	-4,2	-1,9	-1,1	-3,9	-0,8
Wiesbaden, Landeshauptstadt	-1,5	-3,6	-6,2	-3,4	-0,5	-6,0	1,8	1,6
Bergstraße	0,6	6,7	-2,9	-2,5	2,3	2,7	3,5	1,3
Darmstadt-Dieburg	-0,2	3,9	-4,5	-5,0	2,1	1,5	5,6	0,7
Groß-Gerau	-1,3	-0,8	-5,3	-5,9	1,2	-1,0	5,1	1,2
Hochtaunuskreis	0,7	2,7	-1,5	-2,4	1,3	1,0	1,6	1,3
Main-Kinzig-Kreis	0,7	2,7	-3,2	-2,5	2,8	-0,7	11,2	1,9
Main-Taunus-Kreis	-2,9	-3,9	-9,7	-11,1	-1,2	-2,9	0,5	-0,8
Odenwaldkreis	0,6	-3,2	-2,2	-2,0	3,0	1,3	8,4	2,6
Offenbach	0,2	4,9	-4,4	-4,0	2,2	1,1	4,4	1,5
Rheingau-Taunus-Kreis	-0,6	0,4	-2,6	-2,3	0,2	1,3	-1,2	0,2
Wetteraukreis	-0,7	-4,0	-1,6	-1,3	-0,3	0,8	-4,7	1,5
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	-0,4	0,3	-3,7	-3,7	0,6	-0,7	1,1	1,4
Gießen	-1,3	-0,5	-3,8	-3,6	-0,5	-1,5	-0,6	0,3
Lahn-Dill-Kreis	0,3	0,5	-1,4	-1,0	1,5	2,9	1,0	0,5
Limburg-Weilburg	-0,5	6,6	-3,2	-3,7	0,5	-0,2	-0,2	1,4
Marburg-Biedenkopf	1,0	1,9	0,7	1,9	1,1	2,0	1,2	0,6
Vogelsbergkreis	-1,2	-1,0	-4,7	-4,5	1,0	2,5	-1,0	0,4
Reg.-Bez. G i e ß e n	-0,3	1,1	-1,9	-1,4	0,6	0,7	0,2	0,6
Kassel, documenta-Stadt	0,3	4,5	-2,7	-2,8	1,0	1,0	-1,3	2,1
Fulda	-0,4	1,3	-3,3	-2,3	1,1	0,9	1,3	1,4
Hersfeld-Rotenburg	0,1	-1,6	-1,7	-0,8	1,2	1,5	4,4	-0,2
Kassel	-1,4	0,6	-3,5	-2,5	-0,1	-2,5	1,8	1,4
Schwalm-Eder-Kreis	0,2	13,3	-1,5	-0,4	0,6	1,3	0,1	0,3
Waldeck-Frankenberg	-1,0	1,6	-3,8	-3,3	0,8	1,0	-0,6	0,8
Werra-Meißner-Kreis	-1,7	-4,1	-7,0	-7,9	1,1	1,2	-1,7	1,6
Reg.-Bez. K a s s e l	-0,4	2,2	-3,2	-2,6	0,8	0,6	0,3	1,2
Land H e s s e n	-0,4	0,9	-3,2	-3,0	0,6	-0,2	1,0	1,2
davon								
kreisfreie Städte	-0,5	-2,2	-3,2	-3,0	0,1	-1,3	-0,1	1,7
Landkreise	-0,4	1,4	-3,3	-3,0	1,0	0,4	2,3	0,9

**Noch: 9 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2002 nach Wirtschaftsbereichen**  
**c) Anteile am Land Hessen**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Arbeitnehmer insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	4,1	1,8	3,8	4,2	4,2	3,3	4,0	5,2
Frankfurt am Main, St.	20,7	5,6	10,7	9,2	24,4	21,9	37,9	16,4
Offenbach am Main, St.	2,2	0,9	2,0	2,2	2,2	1,8	2,6	2,3
Wiesbaden, Landeshauptstadt	5,6	3,1	3,4	3,4	6,3	4,8	7,0	7,3
Bergstraße	3,0	4,3	3,7	3,5	2,8	3,3	1,8	3,0
Darmstadt-Dieburg	2,9	5,6	3,7	3,6	2,6	3,1	2,1	2,5
Groß-Gerau	4,0	3,7	5,7	6,4	3,4	4,3	3,3	2,5
Hochtaunuskreis	3,3	3,3	2,8	2,9	3,5	3,1	4,7	3,1
Main-Kinzig-Kreis	5,2	7,0	6,8	6,8	4,6	5,1	3,8	4,8
Main-Taunus-Kreis	3,5	3,2	2,5	2,5	3,9	4,3	5,1	2,6
Odenwaldkreis	1,2	1,5	1,9	2,1	0,9	0,9	0,5	1,1
Offenbach	4,8	4,6	5,3	5,5	4,6	6,2	4,9	2,7
Rheingau-Taunus-Kreis	1,9	5,9	2,0	2,1	1,8	1,7	1,4	2,1
Wetteraukreis	3,5	5,1	3,8	3,6	3,4	3,4	2,9	3,6
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	65,7	55,6	58,2	58,1	68,5	67,3	82,1	59,3
Gießen	4,1	4,3	3,8	3,8	4,2	4,4	2,3	5,4
Lahn-Dill-Kreis	3,8	3,8	6,2	6,6	2,9	3,2	1,8	3,4
Limburg-Weilburg	2,1	2,5	2,3	2,0	2,0	2,3	1,2	2,4
Marburg-Biedenkopf	3,6	4,4	4,7	5,0	3,3	2,6	1,9	5,0
Vogelsbergkreis	1,4	3,3	1,9	1,9	1,2	1,2	0,5	1,6
Reg.-Bez. G i e ß e n	14,9	18,2	18,8	19,3	13,5	13,7	7,7	17,8
Kassel, documenta-Stadt	4,6	2,6	3,4	3,0	5,0	5,0	3,6	6,3
Fulda	3,5	3,3	4,5	4,3	3,2	3,7	2,3	3,4
Hersfeld-Rotenburg	2,0	2,4	2,8	2,5	1,8	2,2	0,9	2,0
Kassel	2,9	5,6	4,3	4,9	2,4	2,6	1,5	2,8
Schwalm-Eder-Kreis	2,3	4,4	2,5	2,6	2,2	2,2	0,8	3,2
Waldeck-Frankenberg	2,6	4,0	3,7	3,8	2,1	2,1	0,7	3,4
Werra-Meißner-Kreis	1,4	3,9	1,8	1,7	1,3	1,3	0,5	2,0
Reg.-Bez. K a s s e l	19,3	26,2	23,0	22,7	18,0	19,0	10,2	22,9
Land H e s s e n	100	100	100	100	100	100	100	100
davon								
kreisfreie Städte	37,1	14,0	23,3	22,0	42,2	36,9	55,2	37,5
Landkreise	62,9	86,0	76,7	78,0	57,8	63,1	44,8	62,5

**Noch: 9 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2002 nach Wirtschaftsbereichen**  
**d) Anteile der Wirtschaftsbereiche**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Arbeitnehmer insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	100	0,3	24,3	21,4	75,3	21,4	20,2	33,7
Frankfurt am Main, St.	100	0,2	13,4	9,3	86,4	27,8	37,6	21,0
Offenbach am Main, St.	100	0,3	24,7	21,2	75,0	22,0	24,4	28,7
Wiesbaden, Landeshauptstadt	100	0,4	16,0	12,8	83,5	22,6	26,0	35,0
Bergstraße	100	1,1	31,8	24,0	67,1	28,8	12,4	25,9
Darmstadt-Dieburg	100	1,4	33,0	25,7	65,5	28,0	14,5	23,0
Groß-Gerau	100	0,7	37,5	33,1	61,8	28,1	16,9	16,8
Hochtaunuskreis	100	0,7	21,7	18,1	77,5	24,4	28,7	24,4
Main-Kinzig-Kreis	100	1,0	34,1	27,2	64,9	25,7	15,0	24,2
Main-Taunus-Kreis	100	0,7	18,4	14,9	80,9	31,9	29,6	19,4
Odenwaldkreis	100	1,0	42,6	37,1	56,5	21,1	9,2	26,2
Offenbach	100	0,7	29,0	24,0	70,3	34,2	20,9	15,2
Rheingau-Taunus-Kreis	100	2,4	27,9	23,0	69,7	23,5	15,8	30,5
Wetteraukreis	100	1,1	28,5	21,6	70,4	25,7	17,0	27,7
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	100	0,6	23,0	18,3	76,3	26,8	25,6	23,9
Gießen	100	0,8	24,3	19,2	74,9	28,3	11,5	35,1
Lahn-Dill-Kreis	100	0,8	42,6	36,5	56,6	22,4	9,9	24,3
Limburg-Weilburg	100	0,9	28,6	19,7	70,5	28,8	11,5	30,2
Marburg-Biedenkopf	100	0,9	33,4	28,6	65,7	18,5	10,5	36,6
Vogelsbergkreis	100	1,8	36,2	28,7	62,1	22,9	7,9	31,2
Reg.-Bez. G i e ß e n	100	0,9	32,8	26,8	66,3	24,0	10,5	31,7
Kassel, documenta-Stadt	100	0,4	19,2	13,3	80,4	28,4	15,9	36,1
Fulda	100	0,7	33,2	25,0	66,1	27,6	13,4	25,2
Hersfeld-Rotenburg	100	0,9	35,6	25,9	63,5	28,7	8,9	26,0
Kassel	100	1,4	38,9	35,1	59,7	23,7	10,5	25,5
Schwalm-Eder-Kreis	100	1,5	29,1	23,5	69,5	25,1	7,2	37,2
Waldeck-Frankenberg	100	1,2	37,4	30,7	61,4	21,2	5,4	34,9
Werra-Meißner-Kreis	100	2,0	31,9	24,5	66,1	22,7	7,2	36,2
Reg.-Bez. K a s s e l	100	1,0	30,9	24,4	68,1	25,8	10,8	31,4
Land H e s s e n	100	0,8	26,0	20,8	73,2	26,2	20,5	26,5
davon								
kreisfreie Städte	100	0,3	16,4	12,3	83,3	26,1	30,5	26,8
Landkreise	100	1,0	31,7	25,7	67,3	26,3	14,6	26,4

Zurück zum Inhalt**10 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2003 nach Wirtschaftsbereichen****a) Grundzahlen**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Arbeitnehmer insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
1000								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	109,3	0,3	26,4	23,2	82,5	23,1	22,1	37,3
Frankfurt am Main, St.	547,1	1,1	71,8	48,8	474,3	153,5	202,4	118,3
Offenbach am Main, St.	56,7	0,2	13,6	11,6	42,9	12,4	14,0	16,6
Wiesbaden, Landeshauptstadt	147,2	0,7	22,8	18,2	123,7	32,2	38,8	52,7
Bergstraße	80,8	0,8	25,1	19,0	54,9	23,4	10,4	21,2
Darmstadt-Dieburg	76,6	1,1	24,7	19,3	50,8	21,6	11,1	18,0
Groß-Gerau	106,3	0,8	38,9	34,4	66,7	29,9	18,7	18,1
Hochtaunuskreis	89,2	0,6	19,0	15,9	69,5	21,8	26,2	21,5
Main-Kinzig-Kreis	139,5	1,5	45,7	36,3	92,4	36,0	22,2	34,2
Main-Taunus-Kreis	92,3	0,7	16,6	13,6	75,1	29,6	26,8	18,7
Odenwaldkreis	30,7	0,3	12,9	11,3	17,5	6,5	2,9	8,1
Offenbach	125,1	0,9	34,6	28,4	89,6	43,2	26,7	19,7
Rheingau-Taunus-Kreis	49,1	1,2	13,2	10,9	34,8	11,8	7,8	15,1
Wetteraukreis	92,5	1,0	25,8	19,5	65,8	23,8	16,0	26,0
Reg.-Bez. Darmstadt	1 742,6	11,2	391,0	310,4	1 340,4	468,8	445,9	425,7
Gießen	106,5	0,8	25,8	20,5	79,9	29,9	12,4	37,6
Lahn-Dill-Kreis	99,5	0,7	41,6	35,7	57,1	22,3	10,2	24,6
Limburg-Weilburg	55,8	0,5	15,2	10,6	40,1	16,1	6,8	17,2
Marburg-Biedenkopf	96,8	0,9	32,0	27,6	63,9	18,1	10,4	35,3
Vogelsbergkreis	36,0	0,7	12,6	10,2	22,7	8,4	2,9	11,4
Reg.-Bez. Gießen	394,6	3,6	127,3	104,6	263,8	94,8	42,7	126,2
Kassel, documenta-Stadt	122,9	0,5	23,1	15,9	99,2	34,3	19,8	45,0
Fulda	94,4	0,7	30,8	23,4	63,0	25,7	12,9	24,4
Hersfeld-Rotenburg	52,8	0,5	19,0	13,7	33,3	15,2	4,6	13,5
Kassel	77,3	1,1	30,0	27,3	46,2	18,1	8,3	19,9
Schwalm-Eder-Kreis	61,0	1,0	17,4	14,1	42,6	15,3	4,4	22,9
Waldeck-Frankenberg	67,1	0,8	24,5	20,2	41,8	14,5	3,9	23,4
Werra-Meißner-Kreis	38,0	0,8	11,8	9,1	25,5	8,7	2,8	13,9
Reg.-Bez. Kassel	513,6	5,3	156,7	123,7	351,6	131,9	56,7	163,0
Land Hessen	2 650,8	20,0	675,1	538,7	1 955,7	695,5	545,3	714,9
davon								
kreisfreie Städte	983,1	2,8	157,8	117,6	822,6	255,5	297,1	270,0
Landkreise	1 667,6	17,2	517,3	421,1	1 133,2	440,0	248,2	445,0

**Noch: 10 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2003 nach Wirtschaftsbereichen**  
**b) Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Arbeitnehmer insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	-0,8	-6,8	-1,4	-1,7	-0,5	-1,9	-0,9	0,5
Frankfurt am Main, St.	-1,7	-2,3	-3,9	-5,5	-1,4	-0,9	-3,2	1,2
Offenbach am Main, St.	-2,2	-7,3	-4,6	-5,8	-1,4	-3,0	-1,2	-0,3
Wiesbaden, Landeshauptstadt	-1,7	7,2	-4,9	-5,0	-1,1	-4,9	-0,2	0,7
Bergstraße	-0,7	-4,2	-3,3	-2,7	0,6	-0,2	2,9	0,2
Darmstadt-Dieburg	-2,0	-1,8	-4,3	-4,1	-0,9	-1,1	-2,1	0,0
Groß-Gerau	-0,8	3,1	-3,2	-3,3	0,6	-0,7	3,0	0,3
Hochtaunuskreis	-0,4	-2,5	-2,4	-1,9	0,2	-0,1	1,8	-1,4
Main-Kinzig-Kreis	-0,9	2,3	-4,8	-5,2	1,1	-0,4	4,9	0,4
Main-Taunus-Kreis	-2,9	4,9	-5,1	-3,8	-2,4	-2,5	-4,7	1,3
Odenwaldkreis	-1,7	-5,4	-2,9	-2,6	-0,7	-1,1	1,0	-0,9
Offenbach	-2,4	-2,4	-7,1	-7,5	-0,5	-1,5	-0,3	1,5
Rheingau-Taunus-Kreis	-2,5	0,0	-6,4	-6,0	-1,0	-0,2	-1,7	-1,3
Wetteraukreis	-1,5	-3,2	-3,8	-3,9	-0,6	-1,3	-0,4	0,0
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	-1,6	-0,7	-4,2	-4,4	-0,8	-1,3	-1,5	0,5
Gießen	-3,0	-9,5	-3,1	-2,4	-2,8	-3,8	-1,5	-2,5
Lahn-Dill-Kreis	-1,6	-3,4	-3,5	-3,3	-0,2	-1,5	2,1	0,1
Limburg-Weilburg	-1,1	-2,9	-5,5	-4,2	0,7	-1,3	4,8	1,1
Marburg-Biedenkopf	-0,9	-3,0	-2,0	-1,5	-0,4	0,1	1,8	-1,3
Vogelsbergkreis	-2,7	1,6	-5,7	-4,2	-1,1	-1,2	-0,8	-1,0
Reg.-Bez. G i e ß e n	-1,9	-3,8	-3,5	-2,8	-1,0	-1,9	1,1	-1,0
Kassel, documenta-Stadt	-0,8	-3,3	-2,8	-4,0	-0,4	-2,5	0,8	0,8
Fulda	-0,8	-1,7	-2,3	-1,9	0,0	-2,2	1,0	1,9
Hersfeld-Rotenburg	-3,1	3,4	-2,0	-2,8	-3,8	-2,7	-5,8	-4,4
Kassel	-0,5	-3,1	-0,8	0,0	-0,2	-1,9	1,8	0,5
Schwalm-Eder-Kreis	-0,4	6,6	-2,1	-1,9	0,1	-0,5	0,1	0,6
Waldeck-Frankenberg	-2,6	-1,4	-4,8	-4,3	-1,3	-0,2	4,1	-2,8
Werra-Meißner-Kreis	-2,2	-3,4	-4,7	-5,0	-1,0	-1,4	-0,1	-1,0
Reg.-Bez. K a s s e l	-1,3	-0,5	-2,6	-2,5	-0,7	-1,8	0,5	-0,3
Land H e s s e n	-1,6	-1,2	-3,7	-3,7	-0,8	-1,5	-1,1	0,1
davon								
kreisfreie Städte	-1,5	-1,3	-3,6	-4,5	-1,2	-1,8	-2,3	0,8
Landkreise	-1,6	-1,2	-3,7	-3,4	-0,6	-1,3	0,5	-0,4

**Noch: 10 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2003 nach Wirtschaftsbereichen**  
**c) Anteile am Land Hessen**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Arbeitnehmer insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	4,1	1,7	3,9	4,3	4,2	3,3	4,1	5,2
Frankfurt am Main, St.	20,6	5,6	10,6	9,1	24,2	22,1	37,1	16,5
Offenbach am Main, St.	2,1	0,8	2,0	2,1	2,2	1,8	2,6	2,3
Wiesbaden, Landeshauptstadt	5,6	3,3	3,4	3,4	6,3	4,6	7,1	7,4
Bergstraße	3,0	4,2	3,7	3,5	2,8	3,4	1,9	3,0
Darmstadt-Dieburg	2,9	5,5	3,7	3,6	2,6	3,1	2,0	2,5
Groß-Gerau	4,0	3,8	5,8	6,4	3,4	4,3	3,4	2,5
Hochtaunuskreis	3,4	3,2	2,8	3,0	3,6	3,1	4,8	3,0
Main-Kinzig-Kreis	5,3	7,3	6,8	6,7	4,7	5,2	4,1	4,8
Main-Taunus-Kreis	3,5	3,4	2,5	2,5	3,8	4,3	4,9	2,6
Odenwaldkreis	1,2	1,4	1,9	2,1	0,9	0,9	0,5	1,1
Offenbach	4,7	4,5	5,1	5,3	4,6	6,2	4,9	2,8
Rheingau-Taunus-Kreis	1,9	6,0	2,0	2,0	1,8	1,7	1,4	2,1
Wetteraukreis	3,5	5,0	3,8	3,6	3,4	3,4	2,9	3,6
Reg.-Bez. Darmstadt	65,7	55,8	57,9	57,6	68,5	67,4	81,8	59,5
Gießen	4,0	3,9	3,8	3,8	4,1	4,3	2,3	5,3
Lahn-Dill-Kreis	3,8	3,7	6,2	6,6	2,9	3,2	1,9	3,4
Limburg-Weilburg	2,1	2,4	2,3	2,0	2,1	2,3	1,2	2,4
Marburg-Biedenkopf	3,7	4,3	4,7	5,1	3,3	2,6	1,9	4,9
Vogelsbergkreis	1,4	3,4	1,9	1,9	1,2	1,2	0,5	1,6
Reg.-Bez. Gießen	14,9	17,8	18,9	19,4	13,5	13,6	7,8	17,7
Kassel, documenta-Stadt	4,6	2,6	3,4	2,9	5,1	4,9	3,6	6,3
Fulda	3,6	3,3	4,6	4,3	3,2	3,7	2,4	3,4
Hersfeld-Rotenburg	2,0	2,6	2,8	2,5	1,7	2,2	0,8	1,9
Kassel	2,9	5,5	4,4	5,1	2,4	2,6	1,5	2,8
Schwalm-Eder-Kreis	2,3	4,8	2,6	2,6	2,2	2,2	0,8	3,2
Waldeck-Frankenberg	2,5	4,0	3,6	3,8	2,1	2,1	0,7	3,3
Werra-Meißner-Kreis	1,4	3,8	1,8	1,7	1,3	1,3	0,5	2,0
Reg.-Bez. Kassel	19,4	26,4	23,2	23,0	18,0	19,0	10,4	22,8
Land Hessen	100	100	100	100	100	100	100	100
davon								
kreisfreie Städte	37,1	14,0	23,4	21,8	42,1	36,7	54,5	37,8
Landkreise	62,9	86,0	76,6	78,2	57,9	63,3	45,5	62,2

**Noch: 10 Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken Hessens 2003 nach Wirtschaftsbereichen**  
**d) Anteile der Wirtschaftsbereiche**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Arbeitnehmer insgesamt	davon						
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Dienst- leistungs- bereiche	davon		
			zu- sammen	dar. Verarb. Gewerbe		Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	Finanz., Ver- mietung u. Unternehm.- dienstleist.	Öffentliche u. private Dienst- leister
%								
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	100	0,3	24,2	21,2	75,5	21,1	20,2	34,2
Frankfurt am Main, St.	100	0,2	13,1	8,9	86,7	28,1	37,0	21,6
Offenbach am Main, St.	100	0,3	24,1	20,4	75,6	21,8	24,6	29,2
Wiesbaden, Landeshauptstadt	100	0,5	15,5	12,4	84,0	21,9	26,3	35,8
Bergstraße	100	1,0	31,0	23,5	68,0	28,9	12,9	26,2
Darmstadt-Dieburg	100	1,4	32,3	25,2	66,3	28,2	14,5	23,5
Groß-Gerau	100	0,7	36,6	32,3	62,7	28,1	17,6	17,0
Hochtaunuskreis	100	0,7	21,3	17,8	78,0	24,5	29,3	24,1
Main-Kinzig-Kreis	100	1,0	32,8	26,0	66,2	25,8	15,9	24,5
Main-Taunus-Kreis	100	0,7	17,9	14,8	81,3	32,0	29,0	20,3
Odenwaldkreis	100	0,9	42,0	36,7	57,0	21,2	9,5	26,4
Offenbach	100	0,7	27,6	22,7	71,6	34,6	21,3	15,8
Rheingau-Taunus-Kreis	100	2,4	26,8	22,2	70,8	24,0	15,9	30,8
Wetteraukreis	100	1,1	27,9	21,1	71,1	25,7	17,2	28,1
Reg.-Bez. Darmstadt	100	0,6	22,4	17,8	76,9	26,9	25,6	24,4
Gießen	100	0,7	24,3	19,3	75,0	28,1	11,6	35,3
Lahn-Dill-Kreis	100	0,8	41,8	35,9	57,4	22,4	10,2	24,8
Limburg-Weilburg	100	0,9	27,3	19,1	71,8	28,8	12,1	30,9
Marburg-Biedenkopf	100	0,9	33,1	28,5	66,0	18,7	10,8	36,5
Vogelsbergkreis	100	1,9	35,0	28,3	63,1	23,3	8,1	31,7
Reg.-Bez. Gießen	100	0,9	32,3	26,5	66,8	24,0	10,8	32,0
Kassel, documenta-Stadt	100	0,4	18,8	12,9	80,8	28,0	16,2	36,7
Fulda	100	0,7	32,7	24,8	66,7	27,2	13,7	25,8
Hersfeld-Rotenburg	100	1,0	36,0	26,0	63,1	28,8	8,6	25,6
Kassel	100	1,4	38,8	35,3	59,8	23,4	10,7	25,7
Schwalm-Eder-Kreis	100	1,6	28,5	23,1	69,9	25,1	7,3	37,5
Waldeck-Frankenberg	100	1,2	36,6	30,2	62,2	21,7	5,8	34,8
Werra-Meißner-Kreis	100	2,0	31,1	23,8	66,9	22,9	7,4	36,7
Reg.-Bez. Kassel	100	1,0	30,5	24,1	68,5	25,7	11,0	31,7
Land Hessen	100	0,8	25,5	20,3	73,8	26,2	20,6	27,0
davon								
kreisfreie Städte	100	0,3	16,0	12,0	83,7	26,0	30,2	27,5
Landkreise	100	1,0	31,0	25,3	68,0	26,4	14,9	26,7

**Kommissionsvorlage EKW/16/1**

eingegangene Texte zu der

**Anhörung „Migration“ am 7. September 2005**

- |     |                     |        |
|-----|---------------------|--------|
| 9.  | Prof. Dr. Siebel    | S. 199 |
| 10. | Dr. von Loeffelholz | S. 207 |



**Walter Siebel**

**Stellungnahme auf der öffentlichen Anhörung der Enquetekommission  
"Demographischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik"  
zum Thema Migration am 07. September 2005**

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die ehrenvolle Einladung zu dieser Anhörung. Sie haben sehr viele Fragen gestellt, die alle zu beantworten weit mehr als die mir zur Verfügung stehenden 20 Minuten beanspruchen würde. Ich habe mir daher damit beholfen, zu zwei Themen schriftliche Stellungnahmen abzuliefern: einmal zu den objektiven und subjektiven Bedingungen von Integration und Ausgrenzung, zum andern zur Eignung verschiedener städtischer Quartiere für die Integration von Migranten. Beide Stellungnahmen beruhen auf Gutachten, die ich im Auftrag der Schader-Stiftung auf der Basis eines Forschungsprojekts der AG Stadtforschung, finanziert von der VW-Stiftung, erstellt habe. In meinem Vortrag werde ich mich auf eine einzige, allerdings sehr kontroverse Frage konzentrieren: Soll man Einwanderungsquartiere zulassen oder verhindern?

Erlauben Sie mir vorher aber eine allgemeine Bemerkung. Im Zusammenhang mit Integration wird fast ausschließlich über die Probleme der Integration diskutiert. Aber diese Probleme sind vor dem Hintergrund der Tatsache zu sehen, daß bislang zumindest die Zuwanderung von nahezu 8 Mio. Menschen – nicht gerechnet die ca. 7 Mio. Zuwanderer mit deutscher Staatsbürgerschaft – so erstaunlich wenig Konflikte aufgeworfen hat. Das wäre in vormodernen Gesellschaften vollkommen undenkbar. Moderne Gesellschaften sind es gewohnt, mit Fremdheit umzugehen. Eine moderne Großstadt ist ein Ort, an dem Fremde wohnen. Nur auf dem Dorf gibt es keine Fremden sondern nur Bekannte. Deshalb müssen moderne Gesellschaften und insbesondere moderne Großstädte auch unabhängig vom Import von Fremdheit über Migration Mechanismen der Integration trotz Fremdheit entwickeln. Diese Mechanismen sind Demokratie und Markt. Beides sind offene Systeme. Demokratie erlaubt politische Integration ohne Ansehen der Person. Es müssen nur die Regeln der politischen Auseinandersetzung und die Verfassung eingehalten werden. Der Markt erlaubt ökonomische Integration ohne Ansehen der Person. Die potentiellen Teilnehmer müssen nur über Geld oder verwertbare Qualifikationen verfügen. Daß die Bundesrepublik bislang relativ wenig Probleme im Zusammenhang mit der Zuwanderung hatte, ist der Tatsache geschuldet, daß vor allem der Markt weitgehend funktioniert hat. Deshalb ist die erste und grundsätzliche Forderung an jede Integrationspolitik, die politische Teilnahme zu fördern und aufnahmefähige Arbeitsmärkte sicherzustellen. Auf Seiten der Subjekte verlangt das, die demokratischen Spielregeln zu beherr-

schen und verwertbare Qualifikationen zu erwerben, beides führt zu erheblichen Anforderungen an das Bildungssystem.

Neben der Schule ist der Betrieb ein wichtiger Ort der Integration. Angesichts der Situation auf dem Arbeitsmarkt aber ist dieser Integrationsort für viele Zuwanderer nicht mehr selbstverständlich. Deshalb gewinnt der dritte Ort der Integration, die Stadt bzw. das Wohnquartier wachsende Relevanz. Die Schader-Stiftung hat hier umfangreiche Empfehlungen erarbeitet, die gegenwärtig mit der Unterstützung des Bundesforschungsministeriums in acht Städten, u.a. auch in Frankfurt am Main im Gallus-Viertel, erprobt werden. Ich möchte Sie auf die von der Schader-Stiftung formulierten Empfehlungen und die dazu gesammelten Praxisbeispiele ausdrücklich hinweisen. An diesen Empfehlungen zur Integrationspolitik im Wohnquartier wird besonders deutlich, daß jede Integrationspolitik immer auf einem sehr schalen Grad balancieren muß. Ich will das an einem zentralen Aspekt, nämlich dem der Segregation im Wohnquartier erläutern.

Mit Segregation meinen wir die Tatsache, daß sich die verschiedenen Gruppen der Stadtbevölkerung nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilen, sondern sich in einzelnen Quartieren konzentrieren: Die Oberschicht hier, die Unterschicht dort, die Einheimischen hier, die Zuwanderer dort, Türken hier, Griechen dort etc.

Die Bundesrepublik hat eine lange Tradition der Stadt und Wohnungspolitik gegen Segregation. Diese Politik war gut begründet, solange es sich um sozial und ökonomisch vermittelte Segregation von Arm und Reich, von Oberschicht, Mittelschicht und Unterschicht handelte. Seit einiger Zeit aber zeigen sich auch Phänomene der Segregation, die auch auf kulturelle Differenzierungen zurückzuführen sind. Das hängt einmal mit der Ausdifferenzierung der Lebensstile in modernen Gesellschaften zusammen, zum andern mit dem Import von kultureller Differenz durch Wanderungen über die Nationalstaatsgrenzen. Dabei ist keineswegs von vornherein ausgemacht, daß Letztere gravierendere kulturelle Differenzen beinhalten, als die, die moderne Gesellschaften aus sich heraus produzieren. Die kulturellen Differenzen zwischen der Alternativszene, dem Milieu der konservativen Oberschicht oder traditionellen Arbeitermilieus können mindestens so groß sein wie die zwischen der einheimischen Bevölkerung und einzelnen Gruppen der Zuwanderer. Angesichts dieser Tatsache ist zu fragen, ob eine Politik der Mischung, also der Desegregation im Stadtteil noch sinnvoll ist. Kurz: Soll man Einwanderungsquartiere verhindern? Ich will begründen, weshalb Einwanderungsquartiere notwendige Übergangsstufen im Prozeß der Integration sind.

Die Debatte pro und contra Segregation ist außerordentlich alt und es ist eine Debatte, in der jede Partei der anderen die jeweils vergessenen Seiten eines sehr zwie-

spältigen Problems vorhält. Gegen Segregation und für soziale Mischung im Stadtquartier wird einmal ökonomisch argumentiert: Danach führt die Konzentration von Armut zu einem Rückgang der Kaufkraft, was zu einer Verschlechterung des Güter- und Dienstleistungsangebots führt. Das hat zur Folge, daß mobilitätsfähige, vor allem also Oberschicht- und Mittelschichtshaushalte abwandern. Die Abwanderung "besserer Haushalte" kann Immobilieneigentümer zur Desinvestition veranlassen. Das Quartier verkommt dann auch baulich. Das zusammen mit einer "Verschlechterung der Sozialstruktur" veranlaßt weitere Haushalte, abzuwandern. Es entsteht ein Circulus vitiosus, an dessen Ende ein sozialer Brennpunkt in einem sichtbar heruntergekommenen Quartier steht.

Politisch wird darauf hingewiesen, daß in gemischten Quartieren auch soziale und politische Eliten ansässig sind, die die Interessen dieser Quartiere auf kommunalpolitischer Ebene vertreten können. Außerdem führt solche Mischung dazu, daß die Probleme der Benachteiligten auch im Alltag der kommunalen Eliten präsent bleiben.

Schließlich werden soziale Argumente für Mischung und gegen Segregation vorgebracht: Die räumliche Konzentration etwa einer ethnischen Gruppe erleichtert den Rückzug ins eigene Milieu, die Entwicklung von Strukturen einer Parallelgesellschaft, von Klientelbeziehungen bis hin zu mafiosen Organisationen. Außerdem fehlen den Heranwachsenden in ihrem Alltag positive Rollenvorbilder gelungener Integration. Und schließlich erhöht die räumliche Konzentration von Fremden deren Sichtbarkeit, was die Gefühle der Einheimischen, bedroht zu sein, verstärken kann.

Aber auch die Befürworter von Segregation haben ökonomische, politische und soziale Argumente dafür, die Konzentration ethnischer Gruppen in Einwanderungsquartieren zuzulassen. Solche Konzentration bietet ökonomische Vorteile vor allem für jüngst Zugewanderte. Da diese nicht sofort Zugang zu den sozialstaatlichen Netzen und zum formellen Arbeitsmarkt gewinnen, sind sie insbesondere auf informelle Hilfen angewiesen. Tragfähige informelle Hilfsnetze aber bilden sich in der Regel auf der Basis einer sozial und kulturell homogenen Nachbarschaft, also auf der Basis von Segregation. Das gilt auch für die ethnische Ökonomie. Sie ist für Zuwanderer wichtig als Möglichkeit für Arbeit und Selbstständigkeit. Außerdem haben ethnische Ökonomien positive Funktionen für die Sicherung der Nahversorgung, auch der deutschen Bevölkerung, und sie stellen den Zuwanderern ein auf ihre Bedürfnisse angepaßtes Angebot an Infrastruktur, Gütern und Dienstleistungen zur Verfügung. Ethnische Ökonomien aber bilden sich ebenfalls auf der Basis einer relevanten Konzentration von Landsleuten als Potential von Kunden und von Arbeitskräften.

Politische Vorteile der Konzentration ethnischer Gruppen werden darin gesehen, daß die räumliche Nähe von Menschen in ähnlicher Lebenssituation und damit auch mit

ähnlichen Interessen, die Organisation ihrer Interessen begünstigt und damit die Chance erhöht, sich auch politische Gehör zu verschaffen.

Schließlich wird auf soziale Vorteile von Einwanderungsquartieren hingewiesen. Sie sind Brückenköpfe vertrauter Heimat in der Fremde, wo die neu Zugewanderten erste Informationen erhalten, praktische Hilfe, auch soziale und psychische Unterstützung. Sie schützen vor Isolation und mildern den psychischen und sozialen Schock der Fremde. Erst aber auf der Basis einer sozial und psychisch halbwegs gesicherten Identität ist man überhaupt in der Lage, sich produktiv mit einer fremden Umgebung auseinander zu setzen.

Alle diese Gründe für Segregation können auch das Phänomen der Kettenwanderung erklären, die Tatsache, daß die Gebiete früherer Zuwanderung auch bevorzugte Zielgebiete für nachkommende Zuwanderer sind. Dieses Phänomen der Kettenwanderung kann dazu führen, daß Zuwanderung noch auf Gebiete gerichtet ist, deren Arbeitsmarktsituation weitere Zuwanderer eher abschrecken müßte. Aber die Tatsache, dort einen Brückenkopf der eigenen Heimat vorzufinden mit all seinen positiven Funktionen erklärt, weshalb trotzdem auch spätere Zuwanderer diese Regionen bevorzugen, in der Bundesrepublik beispielsweise das Ruhrgebiet, generell den Westen und keineswegs den Osten.

Blickt man auf die Diskussion pro und contra Segregation, so ergibt sich eine Patt-Situation. Sie wird besonders deutlich bei den Kontroversen um die Folgen räumlicher Nähe von Einheimischen und Fremden. Die Kontakthypothese behauptet, daß räumliche Nähe mehr Kontakte erlaubt, die wiederum zu mehr Wissen übereinander führen, was dazu beiträgt, Vorurteile abzubauen, also Toleranz zu fördern. Räumliche Nähe ist danach eine Bedingung gelingender Integration. Aber die Konflikthypothese behauptet das glatte Gegenteil und mit ähnlicher Plausibilität: Die enge Nachbarschaft von Gruppen mit verschiedenen Lebensstilen, unterschiedlichen Auffassungen von der Rolle der Frau, in der Kindererziehung, unterschiedlichen Toleranzen gegenüber Lärm und Sauberkeit, unterschiedlichen Zeitstrukturen, solche enge Nachbarschaft kultureller Differenzen bietet vielfältige Reibungsflächen und ist Anlaß für vielfältige Konflikte. Normalerweise geht man solchen Konflikten im Wortsinne aus dem Weg durch Umzug in eine Nachbarschaft, wo man Seinesgleichen vorfindet. Soziale und kulturelle Distanz wird in räumliche Distanz übersetzt. Dies ist die Ursache für freiwillige Formen der Segregation. Sie zeigen sich umso deutlicher, je größer die Optionen eines Haushalts auf dem Wohnungsmarkt sind. Deshalb leben gerade Oberschicht Haushalte auch in sozial besonders homogenen, also besonders scharf segregierten Quartieren. Trotzdem hat noch niemand diese Segregation der deutschen Oberschicht als sozialpolitisches Problem definiert, Umsiedlungspro-

gramme und Zuzugsquoten gefordert oder gar Sozialarbeiter dort hingeschickt. Mit einem guten Grund: Es handelt sich um freiwillige und damit aus der Sicht derer, die zu freiwilliger Mobilität fähig sind, durchaus funktionale Segregation. Segregation nach der Konflikthypothese ist funktional: Sie dient der Vermeidung von Konflikten. Nicht ein Zuviel sondern ein Zuwenig an Segregation ist dann das Problem.

Die Kontroverse ist alt, und daß sie so unbefriedigend verläuft, liegt an drei Mängeln: Erstens wird nicht genügend unterschieden zwischen freiwilliger und erzwungener Segregation.

Zweitens: Es werden falsche Erklärungen herangezogen. Räumliche Nähe per se sagt nichts über die Qualität sozialer Kontakte. Selbstverständlich ist räumliche Nähe Voraussetzung dafür, daß bestimmte Kontakte möglich sind. Um sich zu umarmen oder sich zu prügeln muß man physisch nahe sein. Die physische Nähe für sich genommen aber erklärt nicht, welchen Verlauf eine Begegnung nimmt. Das wird ausschließlich entschieden von den sozialen Bedingungen, unter denen physische Nähe sich herstellt. Kurz gesagt: Wenn man sich liebt, wird man sich wahrscheinlich umarmen, wenn man sich gegenseitig nicht ausstehen kann, wird es zu Konflikten führen.

Drittens wird nicht genügend differenziert, aus welcher Perspektive und damit aus welcher Interessenlage heraus über Segregation geredet wird. Einheimische fühlen sich in der Regel durch sichtbar große Gruppen Fremder in ihrer Nachbarschaft bedroht. Wohneigentümer befürchten nicht ohne Grund, daß die Konzentration von Zuwanderern in ihren Beständen eine schlechte Adresse schafft und damit einen Wertverfall zur Folge haben könnte. Aber wie sieht Segregation aus Sicht der Zuwanderer aus? Alle Einwanderungsgesellschaften haben die Institution des Einwanderungsquartiers in ihren Städten entwickelt. Und diese Quartiere entwickeln sich nicht nur aufgrund der Zwänge des Wohnungsmarktes, der Belegungspolitik und der Diskriminierung. Sie sind auch gewünschte Institutionen. Auch die deutschen Auswanderer nach Amerika sind zunächst nach German-Town gezogen.

Einwanderungsquartiere sind unvermeidbar, sie sind aber auch notwendige Institutionen in Einwanderungsgesellschaften. Nur der Umgang mit solchen Quartieren ist außerordentlich schwierig, wie gesagt: eine prekäre Wanderung auf einem sehr schmalen Grad. Sie sind einerseits Brückenköpfe vertrauter Heimat und damit Ort der Stabilisierung in einer ausgesprochen prekären Situation, zum andern auch Schleusen in die fremde Gesellschaft. Zuwanderer finden zunehmend schwerer Zugang zum formellen Arbeitsmarkt. Sie sind deshalb besonders angewiesen auf die informellen Netze, die sie in Einwanderungsquartieren finden können, weil sie dort auf Nachbarn treffen, denen sie kulturell nahe sind. Aber solche Quartiere sind im-

mer auch in Gefahr, zu Fallen zu werden, in denen eine anfängliche Randständigkeit auf Dauer gestellt wird. Sie bieten die Möglichkeit, sich in eine eigene enge Welt zurückzuziehen. Dies geschieht meist in Reaktion auf gescheiterte Integrationsbemühungen, aber angesichts der Selektivität unseres Schulsystems und angesichts der Situation auf dem Arbeitsmarkt ist diese Gefahr sehr real. Stadtpolitik also muß auf einem schmalen Grat wandern: Sie muß solche Quartiere zulassen und zugleich alles daran setzen, daß daraus keine Fallen werden.

Ein Beispiel für diese notwendige Gratwanderung ist die ethnische Ökonomie. Darunter versteht man eine Ökonomie, in der die Unternehmer, die Kunden und die Arbeitskräfte überwiegend aus einer Ethnie stammen. Die so definierte ethnische Ökonomie setzt gegenwärtig in der Bundesrepublik geschätzt 44 Mrd. Euro um und beschäftigt ca. 600.000 Menschen. Sie ist ein sehr wichtiger Arbeitsmarkt gerade für Zuwanderer. Sie bietet Aufstiegsmöglichkeiten für Selbstständige, ist ein wichtiges Element der Nahversorgung auch der Einheimischen und sie bietet Kontakte zwischen einheimischen und zugewanderten Kunden. Aber die Arbeitsplätze sind meist sehr niedrig qualifiziert, die Arbeitsverhältnisse häufig informell und d.h. unterhalb des Standards des Tarifs- und Arbeitsrechts. Es gibt nur wenige Stellen für Auszubildende und die Unternehmen bewegen sich in Branchen mit geringen Wachstums- und Gewinnchancen.

Ein einfaches "Ja" zur Segregation und zur ethnischen Ökonomie wäre also naiv, ein einfaches "Nein" wäre repressiv, denn beide einfachen Antworten würden die andere Seite eines hoch-ambivalenten Phänomens vergessen. Einwanderungsquartiere und ethnische Ökonomien sind als Dauerinstitutionen in den Städten zuzulassen. Im übrigen aber ist alles daran zu setzen, daß die Individuen sich darin nur vorübergehend aufhalten. Das läßt sich durch Zwang nicht verhindern. Man muß die Türen offen halten in diese Quartiere hinein und aus ihnen heraus: D.h., daß in diesen Quartieren besonders leistungsfähige Schulen angesiedelt sein müssen, daß auf diese Quartiere auch die Integrationsmaßnahmen konzentriert werden müssen, wo im übrigen die Zuwanderer auch sehr viel leichter durch solche Maßnahmen erreichbar sind, als wenn sie zwangsweise über das ganze Stadtquartier verstreut leben würden.

Meine Damen und Herren, ich fürchte, daß ich Ihnen mit diesen Ausführungen Ihre Arbeit nicht leichter gemacht habe. Das aber ist auch nicht die Aufgabe der Wissenschaft. Sigmund Freud hat einmal gesagt: Es gibt für jedes komplexe Problem eine einfache Lösung. Aber die ist gewöhnlich falsch. Integration beinhaltet einen äußerst komplexen, widersprüchlichen, konflikthaften, risikoreichen und sehr langfristigen Prozeß, und die erste Voraussetzung für gelingende Integrationspolitik ist, sich das bewußt zu machen.

Sie hatten um eine Klärung des Integrationsbegriffs gebeten. Man kann vier Konzepte "gelungener Integration" unterscheiden. Dieser Unterscheidung liegt einmal die Frage zugrunde, was unter gelungener Integration verstanden wird: Eine von allen akzeptierte weitgehend homogene Kultur oder die Fähigkeit einer Gesellschaft, mit Differenz konfliktfrei umzugehen. Zum andern kann man Integrationsvorstellungen danach klassifizieren, von wem vorrangig die Leistung der Integration erwartet wird: vom einzelnen Individuum oder von allen Mitgliedern einer Gesellschaft bzw. von der Gesellschaft/der Stadt als ganzer.

Assimilation wäre dann die Vorstellung durchgesetzter kultureller Homogenität, wobei die Leistung der Integration im wesentlichen durch Anpassung der Zuwanderer an eine vorgegebene Kultur der Einheimischen erbracht werden muß.

Das amerikanische Modell des Melting-Pots zielt auch auf eine Integration durch Homogenisierung der Kultur, aber diese homogene Kultur ist das Ergebnis eines Prozesses, in dessen Verlauf die verschiedenen Einwanderungsgruppen ihre jeweiligen kulturellen Besonderheiten zu einer neuen Kultur, dem American Way of Life, verschmelzen.

In der Soziologie sind von Anfang an zwei andere Modelle gelungener Integration entwickelt worden, die beide davon ausgehen, daß moderne Gesellschaften nur durch Mechanismen des Umgangs mit Differenz integriert werden können, eben weil moderne Gesellschaften aus sich heraus auch unabhängig von Migrationsprozessen vielfältige kulturelle und soziale Unterschiede produzieren. Das Simmel'sche Modell der urbanen Innendifferenz verlangt vom einzelnen Individuum, durch Distanziertheit, Gleichgültigkeit, Intellektualität, d.h. ein nicht emotionales Reagieren auf Fremdheit, mit der Vielfalt von Differenz, die in der modernen Großstadt auf ihn einströmt, umzugehen. Der von Georg Simmel so beschriebene gelernte Großstädter hält sich Fremdheit gleichsam vom Leibe, indem er Differenz möglichst gar nicht an sich heran läßt. Nun setzt solche urbane Indifferenz ökonomisch und psychisch autonome Individuen voraus. Diese Voraussetzung ist aber bei wachsenden Minderheiten in unserer Gesellschaft immer weniger selbstverständlich. Das Fatale liegt nun darin, daß die Filtermechanismen auf den Wohnungs- und Arbeitsmärkten die Zuwanderer gerade in Nähe zu jenen Gruppen unserer Gesellschaft bringen, die sich als Verlierer des Strukturwandels erfahren haben. Verlierer aber sind selten in der Lage, in großzügiger Toleranz und urbaner Indifferenz sich mit Fremdheit auseinander zu setzen. Im Gegenteil: Sie brauchen Sündenböcke, und Fremde sind für diese Rolle besonders geeignet.

Deshalb ist wahrscheinlich unter heutigen Bedingungen nur das vierte Modell gelungener Integration realistisch: die Stadt als Mosaik. Die Soziologen der Chicagoer

Schule haben die Einwanderungsstadt Chicago in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts als ein Mosaik ethnischer und kultureller Dörfer beschrieben. Hier wahrt die Stadt die Distanz. Die Stadtstruktur neutralisiert die Differenzen, zumindest modifiziert und verringert sie das Konfliktpotential, indem sie soziale und kulturelle Distanz in räumliche Distanz übersetzt, also durch Segregation.

Ich hoffe Ihnen deutlich gemacht zu haben, daß dies nur eine Lösung der zweiten Wahl ist, aber sie ist wohl unvermeidbar und realistisch.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.



---

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

---

## **Fiskalische Kosten der Zuwanderer**

Endbericht

zum Forschungsvorhaben des Sachverständigenrates  
für Zuwanderung und Integration

Projektteam: *Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz* (Projektleiter)  
*Prof. Dr. Thomas Bauer*  
*Dr. John Haisken-DeNew*  
*Prof. Dr. Christoph M. Schmidt*

Essen, 27. Februar 2004

RWI, Hohenzollernstr. 1-3, 45128 Essen, Tel. (0201) 8149-252, Fax (0201) 8149-236

internet: [www.rwi-essen.de](http://www.rwi-essen.de), email [loeffel@rwi-essen.de](mailto:loeffel@rwi-essen.de)

2

RWI: Fiskalische Kosten der Zuwanderer

### *Executive Summary*

Das Interesse an den fiskalischen Kosten der Zuwanderung nach Deutschland hat seit 2000 spürbar zugenommen. Ebenso werden Fragen nach den wirtschaftlichen Vorteilen und Nutzen weiterer Immigration gestellt. Gründe dafür sind nicht nur die konträren Diskussionen und Positionen zum Entwurf eines Zuwanderungsgesetzes der Bundesregierung und zur Neuformulierung einer arbeitsmarktspezifischen und integrativen Immigrationspolitik, sondern auch jüngere einschlägige Untersuchungen für die Bundesrepublik und für die Niederlande. Sie kommen bei Querschnitts- bzw. Längsschnittbetrachtungen der von den Zuwanderern gezahlten Steuern und Abgaben auf der einen Seite und den von ihnen bezogenen Leistungen des Staates auf der anderen zu dem Ergebnis, dass der Leistungszufluss an die Migranten ihre jeweiligen Finanzierungsbeiträge übersteige. Diese negative Bilanz bedeute fiskalische Kosten für die Einheimischen, die sich entsprechend höheren Belastungen in Form höherer Abgaben und/oder eines geringeren staatlichen Leistungsangebots gegenübersehen.

In methodischer und empirischer Sicht müssen diese Untersuchungen erhebliche Vorbehalte gegen sich gelten lassen. Ihre Hauptergebnisse widersprechen der weit überwiegenden Anzahl ähnlicher, hauptsächlich in den neunziger Jahren vorgelegter Analysen, die vor dem Hintergrund der damals im Zuge der politischen Umbrüche in Mittel- und Osteuropa zunehmenden Zuwanderungen nach Westeuropa vorgenommen wurden.

Die Vorbehalte betreffen zum einen das Konzept der „impliziten Steuer“; es versucht, auf der Basis von Querschnittsdaten durch die Ermittlung von Barwerten die zukünftig zu erwartenden Leistungen des Staates zu berücksichtigen. Um überzeugend zu sein, müsste dieser Ansatz jedoch stringent durchgehalten werden, vor allem also auch hinsichtlich zukünftig zu erwartender Beiträge, die als Konsequenz heutiger Leistungen im Bildungssektor erwartet werden können. Zum anderen bestehen wichtige Vorbehalte hinsichtlich der personalen Zurechnung der Kosten staatlicher Leistungen beim Angebot „öffentlicher Güter“ auf ihre Nutzer und Nutznießer sowohl in der Querschnitt- wie der Längsschnittperspektive. Der abweichend von den bisher vorgelegten nationalen und internationalen Studien zur personalen Zurechnung von monetären Transfers und kollektiven öffentlichen Gütern auf die Migranten bzw. die Einheimischen pauschal verwendete Durchschnittskostenansatz impliziert steigende Gesamtkosten für die Volkswirtschaft bei steigender Zahl von Zuwanderern und vice versa. Er abstrahiert weitgehend von der differenzierten Leistungsstruktur der Fisci und Parafisci und somit davon, dass es unter dem Leistungsbukett der öffentlichen Hände Ausgaben gibt, die vom Zuzug und vom Aufenthalt von Migranten weitgehend unabhängig sind. Jeder Zuwanderer senkt ihre Durchschnittskosten bzw. bedeutet Kostenersparnisse für die Ansässigen. Als Beispiele dafür werden in der Literatur nicht nur die Ausgaben für die Allgemeine Politische Verwaltung, die Verteidigung oder den staatlichen Schuldendienst genannt, sondern gerade auch aus nach wie vor aktuellem Anlass die finanziellen Belastungen der deutschen Einigung; sie werden von Zuwanderern mit ihren Steuern und Beiträgen mitgetragen und reduzieren die Durchschnittskosten für die Einheimischen.

Entsprechend wird in der nationalen und internationalen Literatur für viele öffentliche Güter und Transfer zu Recht ein Grenzkostenansatz verfolgt, der je nach Leistungsart für bestimmte Bereiche von einer nur partiellen Zurechnung auf Migranten bis zu einem Ansatz von Null reicht.

Eine Übertragung der Resultate der niederländischen Studie, nach der die Zuwanderer auf Dauer mehr kosten als nützen, auf Deutschland verbietet sich zum einen wegen des auch hier verwendeten Durchschnittskostenansatzes für alle realen Staatsleistungen gerade bei den auch in Holland beträchtlichen Ausgaben für die o.g. rein öffentlichen Güter. Zum anderen ist die ausgeprägtere Generosität des holländischen Sozialleistungssystems im Allgemeinen und der staatlichen Alters- einschließlich der Invalidenversicherung im Besonderen zu beachten. Die Autoren der holländischen Studie betonen denn auch „the more developed welfare state in the Netherlands and the larger use of it by immigrants“ (S. 78). Hinzu kommt ein staatliches Grundrentensystem, dessen Leistungen anders als in Deutschland lediglich von der Dauer des Wohnsitzes in den Niederlanden abhängen und damit einkommensunabhängig gewährt werden.

Die überwiegenden Ergebnisse einer positiven fiskalischen Bilanz der Zuwanderung und einer fiskalischen Entlastung der Einheimischen sowohl im Querschnitt eines bestimmten Untersuchungsjahres als auch im Längsschnitt über eine längere Periode werden durch die konträren Resultate der 2001 bis 2003 vorgelegten deutschen und niederländischen Studien demnach keineswegs entscheidend in Frage stellt. Im Gegenteil: Bei entsprechenden methodisch und empirisch notwendigen Anpassungen bestätigen sich auf einer aktuellen Datenbasis die gesamtwirtschaftlichen Größenordnungen: Die Einheimischen werden durch die Zuwanderung nach Deutschland pro Jahr um ca. 1 % des Sozialprodukts bzw. 20 Mrd. € entlastet; mit ihnen können monetäre und reale Leistungen des Staates finanziert, Steuern und Abgaben gesenkt oder die Budgets konsolidiert werden. Diese günstige Einschätzung gilt um so mehr, als auch die indirekten Effekte der Zuwanderung für die Arbeitsmärkte sowie für das Wirtschaftswachstum und den sektoralen Strukturwandel nicht auf spürbare „Kosten der Zuwanderer“ hindeuten.

Die vorliegende Expertise unterstreicht die Notwendigkeit einer „modernen“ Integrations- und Zuwanderungspolitik in Deutschland: Sie sollte auch darauf abzielen, die fiskalischen Vorteile und Nutzen vergangener bzw. zukünftiger Immigrationen von außerhalb der EU zu sichern und auszubauen. Dies bedeutet eine Politik, die die allfälligen Integrationsdefizite ansässiger Migranten adressiert und die zukünftige Zulassung zum (deutschen und damit zum EU-) Arbeitsmarkt – stärker als in der Vergangenheit – nach personalen und persönlichkeitspezifisch orientierten Kriterien steuert; im Vordergrund sollten dabei, wie im kanadischen Punktesystem bzw. bei der US-amerikanischen Visa-Erteilung z.B. das Alter, eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung sowie Sprachkenntnisse und Bereitschaft zu Selbständigkeit und Unternehmertum stehen. Damit würden die Chancen für den Arbeitsmarkterfolg der zukünftigen Immigranten steigen und damit auch ihre fiskalischen Beiträge zum Gemeinwesen.

Mit Blick auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes wären zusätzlich bei schon länger ansässigen Migranten Qualifizierungsmaßnahmen zum Zwecke eines leichteren Zugangs zu anspruchsvolleren Arbeitsplätzen im tertiären Sektor zu verstärken; damit könnten auch die Arbeitsmarktrisiken verringert werden. Dies könnte längerfristig den sektoralen Strukturwandel beschleunigen und nicht nur die Arbeitslosenversicherung entlasten, sondern auch die anderen Zweige der Sozialversicherung durch zusätzliche Beitragseinnahmen und geringere Ausgaben. Mit Blick auf diese fiskalischen Gewinne der stärkeren Integration ist vor allem an Investitionen in das „Humankapital“ zu denken.

## Inhaltsverzeichnis

<i>Executive Summary</i> .....	3
Hintergrund, Problemstellungen, Zielsetzungen.....	8
1. Analytischer und empirischer Rahmen .....	11
1.1. Definition der Zuwanderer .....	11
1.2. Begriffsabgrenzungen der fiskalischen Kosten .....	12
2. Die fiskalischen Kosten im Querschnitt.....	19
2.1. Die fiskalische Umverteilung von den Einheimischen zu den Zugewanderten nach Sinn und Birg .....	19
2.2. Die fiskalischen Kosten: eine realistischere Perspektive und der Vergleich mit anderen Studien .....	26
3. Längsschnittbetrachtungen.....	28
3.1. Ergebnisse von Roodenburg et al.....	29
3.2. Politische Implikationen .....	31
3.3. Zur Übertragbarkeit der holländischen Fiskalergebnisse auf Deutschland .....	33
3.4. Generationenbilanzen für Deutschland.....	36
4. Indirekte fiskalische Effekte der Zuwanderung .....	39
4.1. Theoretische und empirische Vorbemerkungen aus arbeitsökonomischer Sicht ..	39
4.2. Kurzfristige indirekte Wirkungen.....	43
4.3. Längerfristige indirekte Implikationen der Zuwanderung .....	45
5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.....	47
Literaturverzeichnis.....	49

## Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: Wanderungsströme nach und aus Deutschland.....	14
Tabelle 2: Direkte fiskalische Auswirkungen der Zuwanderung pro Zuwanderer nach Sinn et al (2001) und Birg (2002) .....	21

## RWI: Fiskalische Kosten der Zuwanderer

7

Tabelle 3: Ausgaben des Staates nach Aufgabenbereichen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen .....	24
Tabelle 4: Kindergartenbesuch nach Altersgruppen und Nationalitäten.....	27
Tabelle 5: Sozialleistungen, öffentliches Güterangebot und Staatsausgaben insgesamt in den Niederlanden und in Deutschland .....	34
Tabelle 6: Struktur der Sozialleistungen in der EU 15 nach Funktionen.....	35

**Verzeichnis der Schaubilder**

Schaubild 1: Struktur des Wanderungssaldos der Migration in bzw. aus Deutschland	15
Schaubild 2: Jährliche Zuwanderungen und Zuwachs an Staatsverbrauch gegenüber dem Vorjahr .....	17
Schaubild 3: Einwanderung und Arbeitslosenquoten in OECD Ländern.....	43

### Hintergrund, Problemstellungen, Zielsetzungen

Die starke Zuwanderung nach Deutschland im Gefolge der politischen Umwälzungen der vergangenen fünfzehn Jahre sowie das aktuelle Bestreben der Bundesregierung und der Opposition, die zukünftige Immigration auf eine neue gesetzliche Grundlage zu stellen, hat das politische, gesellschaftliche und wissenschaftliche Interesse an der Bedeutung der Zuwanderer für die deutsche Volkswirtschaft wesentlich erhöht. Dabei stehen gleichermaßen Wachstums- und Arbeitsmarkteffekte sowie fiskalische Implikationen von Zuwanderungen im Vordergrund der Diskussion. Viele Beobachter befürchten, dass neue Immigranten nicht nur die Arbeitsmarktprobleme verschärfen, sondern auch die öffentlichen Haushalte bzw. die Infrastruktur über Gebühr belasten und damit eine interpersonelle Umverteilung volkswirtschaftlicher Ressourcen zu Lasten der einheimischen Bevölkerung bewirken könnten. Damit würden die Ansässigen spürbare Einkommensverluste und Wohlfahrtseinbußen erleiden. Demgegenüber wird von anderen auf die gesamtwirtschaftlichen und auf die sich im Saldo der (zusätzlichen) Einnahmen und Ausgaben des Staates ergebenden fiskalischen Vorteile bzw. Gewinne für die Einheimischen verwiesen, die mit einer Zuwanderung verbunden sein können.

Mit Blick auf diese unterschiedlichen Einschätzungen werden in der folgenden Untersuchung dazu drei ausgewählte Forschungsergebnisse vergleichend analysiert. Konkret handelt es sich dabei um zwei Studien für Deutschland und eine für die Niederlande, die im Saldo auf fiskalische Kosten der Zuwanderer bzw. auf Belastungen und Verluste für die Ansässigen hinauslaufen.

Insbesondere wird in unserer Stellungnahme ein Vergleich der ausgewählten Analysen mit solchen Studien vorgenommen, die zu dem Ergebnis kommen, dass die fiskalischen Kosten der Zuwanderer geringer sind als ihre Erträge. Dabei ist zu analysieren, wie die unterschiedlichen Ergebnisse abgeleitet, für welchen Betrachtungszeitraum sie gelten, wie sie begründet werden, und welche sich mit Blick auf die Argumentationsmuster plausibler darstellen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um folgende Untersuchungen:

- Sinn, H.-W., Flaig, G. und Werding, M. (2001): EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration – Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte. Ifo-Beiträge zur Wirtschaftsforschung, Nr. 2. München,
- Birg, H. (2002): Auswirkungen und Kosten der Zuwanderung nach Deutschland (Gutachten im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums des Innern). Bielefeld: Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld (IBS-Materialien 29), und von
- Roodenburg, H., Euwals, R. und ter Rele, H. (2003): Immigration and the Dutch Economy. CPB Netherlands Bureau of Economic Research, The Hague.

Bei der Studie zu den Kosten der Zuwanderung für die Niederlande ist besonders wichtig, inwieweit die jeweiligen Ergebnisse auf Deutschland übertragbar sind.

Dabei ist eine Begriffsabgrenzung der „fiskalischen Kosten“ bezüglich der Zuwanderer mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit (ausländische Immigranten) vorzunehmen. Diese Abgrenzung betrifft in inhaltlicher Sicht eine Saldobetrachtung aus den von diesen Zuwanderern im Zuge ihrer Beteiligung am Wirtschaftsgeschehen als Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Selbständige, Erwerbs- und Arbeitslose bzw. als Investoren, Konsumenten und Sparer jeweils gezahlten (Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-) Sozialbeiträgen und (direkten und indirekten) Steuern einerseits und den in Anspruch genommenen Leistungen des Staates (direkte Transfers, Sozialleistungen und Realtransfers) andererseits: Staatliche Leistungen erfolgen vor allem in Form von allgemeinen öffentlichen Gütern, wie Innerer oder Äußerer Sicherheit, bzw. in Gestalt gruppenspezifischer Leistungen, wie sie im Bereich der Verkehrs-, Bildungs-, Gesundheits- und Wohnungsinfrastruktur von der öffentlichen Hand mehr oder weniger „kostenlos“ den relevanten Bevölkerungsgruppen zur Nutzung angeboten werden. Gruppenspezifische Leistungen können dabei als Gegenleistung für gezahlte Steuern und Beiträge oder Gebühren verstanden werden.

Dabei werden – soweit als im gegebenen Rahmen möglich – die entsprechenden unterschiedlichen fiskalischen und parafiskalischen Ebenen und Bereiche unterschieden, auf denen die Leistungen der öffentlichen Hand gewährt werden und denen die staatlichen Einnahmen zufließen. Die große Rolle des Staates bei der Entstehung, Verteilung und Verwendung des deutschen Sozialprodukts weist auf die Relevanz hin, die der Staatstätigkeit auch im Zusammenhang mit Zuwanderungen hinsichtlich ihrer ökonomischen und insbesondere fiskalischen Implikationen zukommt. Ausgabenseitig wird sie, nicht zuletzt wegen eines weit ausgreifenden Sozialleistungssystems, in einer im internationalen Vergleich relativ hohen Staatsquote reflektiert, einnahmenseitig in einer entsprechend hohen Steuer- und Abgabenquote von aktuell annähernd jeweils 50 % des Sozialprodukts. Dabei ist nicht nur das hohe Niveau, sondern insbesondere auch die Struktur der Staatstätigkeit und ihre personale Inzidenz für die Kosten der Zuwanderer relevant.

Weiter werden die Untersuchungsobjekte dahingehend abgegrenzt, dass sich die Analyse auf Immigranten mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit beschränkt. Damit wird von Zuwanderern mit deutschem Pass („Spätaussiedler“) abstrahiert, die allerdings das Zuwanderungsgeschehen in den v.a. in den späteren neunziger Jahren in Deutschland dominieren. Dies erscheint indes mit Rücksicht auf die Formulierung einer „neuen“ Zuwanderungspolitik gerechtfertigt, die ausschließlich auf die Immigration und Integration von zukünftigen und – was die Eingliederung z.B. in den Arbeitsmarkt und in das vorgelagerte Bildungssystem angeht – auch der schon ansässigen Zuwanderern mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit abzielt.

Darüber hinaus werden unterschiedliche Zuwanderer in die Analysen einbezogen. In Deutschland ist das Wanderungsgeschehen in den vergangenen vier Dekaden nicht nur von einer Vielzahl von unterschiedlichen Nationalitäten (z.B. EU und Nicht-EU) geprägt worden, die hierzulande *kurzfristig/temporär* oder *längerfristig/permanent* ansässig geworden sind, sondern auch – den unterschiedlichsten Wanderungsursachen.

Im Folgenden werden nach der Skizzierung des analytischen und empirischen Rahmens der Arbeit (Abschnitt 1) die Querschnittsergebnisse der einschlägigen Studien zu den direkten Auswirkungen der Zuwanderungen auf die öffentliche Finanzen diskutiert (2.), bevor die Ergebnisse der Längsschnittuntersuchungen reflektiert und vergleichend mit anderen Arbeiten analysiert werden (3.). Anschließend stehen die indirekten Effekte der Immigration im Vordergrund der Betrachtungen, die sich nicht nur in arbeitsmarktspezifischer Hinsicht in Bezug auf die Beschäftigung und die Löhne von Einheimischen und Zuwanderer ergeben, sondern auch die kurz- und längerfristigen gesamtwirtschaftlichen Implikationen der Zuwanderungen nach Deutschland (4.). Abschließend werden ein Fazit aus den wichtigsten Ergebnissen der Expertise und Schlussfolgerungen für eine zukünftige Zuwanderungspolitik gezogen (5.).

## 1. Analytischer und empirischer Rahmen

### 1.1. Definition der Zuwanderer

Seit Gründung der Bundesrepublik ließen sich hier im Saldo von Zu- und Abwanderungen ca. 22 Mill. Personen, d.h. im Durchschnitt 400 000 p.a., unterschiedlicher geographischer, nationaler und kultureller Herkunft nieder. Die Bevölkerung nahm durch Zuwanderungen aus dem Ausland um reichlich 18 Mill. zu, davon 11 Mill. Vertriebene und Aussiedler (deutsche Zuwanderer) und 7 Mill. Ausländer, durch Übersiedler aus der DDR um 4 Mill.; die Zahl der Erwerbspersonen stieg um schätzungsweise 10 Mill. Personen, was in Bezug auf die Bevölkerung wie auf die Erwerbspersonen jeweils etwa einem Drittel entsprach.

Die Migration in den vergangenen fünf Jahrzehnten lässt sich hinsichtlich ihrer unmittelbaren und mittelbaren Ursachen, der Richtung und Zusammensetzung der Zuwanderungsströme sowie hinsichtlich des Einsatzes wanderungspolitischer Maßnahmen (Schmidt/Zimmermann 1992, von Loeffelholz/Köpp 1998, S. 21ff), in eine Vertreibungs-, Flüchtlings-, „Gastarbeiter-“ und in eine Familienzusammenführungswelle sowie in die Zuwanderungsperiode als Folge der politischen Umwälzungen in Osteuropa Ende der achtziger Jahre bzw. Anfang der neunziger unterteilen.

Entsprechend „international“ und mehr oder weniger fiskalisch relevant war die Zusammensetzung der Zu- und Abwanderungsbewegungen (Deutsche bzw. Ausländer), die sich allein zwischen 1990 und 2002 auf fast 14 Mill. Zuzüge bzw. knapp 9 Mill. Fortzüge summierten (Tabelle 1). Unter den zugewanderten Ausländern befanden sich sehr unterschiedliche Gruppen. Der entsprechende Wanderungssaldo von insgesamt knapp 2,6 Mill. Personen (53 % der Netto-Wanderungen insgesamt) setzte sich hauptsächlich zusammen aus (Schaubild 1)

- der (temporären) EU-Binnenwanderung nach Deutschland (0,2 Mill. Personen bzw. 7 %),
- der „neuen“ Arbeitsmigration (gegenüber der „alten“ in Rahmen der Anwerbevereinbarungen bis 1973) durch Saison- und Werkvertrags- oder Gastarbeitnehmern sowie von sonstiger zeitlich begrenzter Zuwanderung von Arbeitskräften aus Nicht-EU- bzw. EU-Beitrittsstaaten, wie der *green-card*-Regelung oder der Anwerbung von Haushaltshilfen (knapp 0,6 Mill. bzw. 22 %),
- den Asylbewerbern und sog. Konventionsflüchtlingen insbesondere vom Balkan, aus der Türkei und dem Vorderen Orient sowie den Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien (1,6 Mill. bzw. 63 %), sowie aus
- der auf Dauer angelegten Familienzusammenführung bei Angehörigen von Staaten außerhalb der EU (sog. Drittstaatenangehörige; 0,2 Mill. bzw. 8 %).

Die ausländische Bevölkerung nahm von 1990 bis 2002 von 5,2 Mill. auf 7,3 Mill. Personen zu. Unter diesen „Zuwanderern“, die zu einem Viertel aus EU-Staaten und 80 % aus Europa (einschl. Türkei) und 10 % aus Asien sowie zu jeweils 5 % aus Afrika und Amerika u.ü. stammen (2001), sind nach den amtlichen Angaben gut 1,5 Mill. in Deutschland geboren; nimmt man die längerfristigen Einbürgerungen von ca. 600 000 Personen, deren Kinder sowie die deutschen Kinder von nicht-deutschen Müttern hinzu, dürften die Mitbürger mit nicht-deutschem Migrationshintergrund in Deutschland eine Gruppe von ca. 8 – 9 Mill. Personen umfassen. Diese Zuwandererzahl entspricht der Größenordnung nach der in der Analyse von Sinn et al. und – da er sich in den quantitativen Aussagen auf Sinn et al. stützt – damit auch von Birg für 1997 implizierten Zahl von etwa 9 Mill. Personen mit Migrationshintergrund und damit einem Neuntel der in Deutschland lebenden Bürger. Sie sind damit von erheblicher gesamtwirtschaftlicher und fiskalischer Relevanz.

## 1.2. Begriffsabgrenzungen der fiskalischen Kosten

Der in den genannten Arbeiten von Sinn et al. und damit auch von Birg ebenso wie die von Roodenburg et al. in Bezug auf die Zuwanderer verwendete Kostenbegriff ist relativ eng definiert und bezieht sich auf die „direkten“ fiskalischen Implikationen der ausländischen Zuwanderer und Mitbürger zu einem bestimmten Zeitpunkt (1997 bei Sinn et al. und Birg und 2001 bei Roodenburg et al.). Es wird eine „Bilanz“ erstellt mit den statistisch feststellbaren und/oder unter plausiblen, in der Literatur üblichen Inzidenzprämissen zugerechneten Steuern und Abgaben auf der einen Seite und den ebenfalls statistisch ermittelten und wiederum unter bestimmten Inzidenzannahmen zugerechneten Transferbezügen bzw. monetären und realen Leistungen und Gütern auf der anderen. In bezug auf Deutschland werden deutsche Immigranten (Aus- und Übersiedler) ausgeschlossen und ebenso wie die deutsche Bevölkerung insgesamt – auch etwa zu Vergleichszwecken – vernachlässigt. In bezug auf die Niederlande werden in der entsprechenden Analyse unterschiedliche Zuwanderergruppen gebildet und den Einheimischen gegenübergestellt.

Vernachlässigt wird indes insbesondere in den Arbeiten von Sinn et al. und von Birg, aber auch von Roodenburg et al., dass mit Zuwanderung die einheimische Bevölkerung von solchen staatlichen Kosten entlastet wird, die vom Zuzug und Aufenthalt der Ausländer weitgehend unabhängig sind (dominant kollektive Realtransfers<sup>1</sup>). Solche Kosten und Belastungen sind etwa die Aufwendungen für die Verteidigung, für Auswärtige Angelegenheiten, für Entwicklungshilfe, Kriegsfolgelasten, den staatlichen Schuldendienst und – gerade in den neunziger Jahren – die finanziellen Belastungen aus der deutschen Vereinigung. Sie konnten bis zur deutschen Einigung pauschal mit mindestens einem Drittel aller Staatsausgaben angesetzt werden<sup>2</sup>; seitdem dürfte sich dieser "Fixkostenblock" angesichts jährlicher Transfers von Westdeutschland, wo 95

---

<sup>1</sup> Zur Abgrenzung vgl. Recktenwald (1980: 293ff.)

<sup>2</sup> Vgl. schon W. Lamberts (1976).

% der ausländischen Zuwanderer ansässig sind, nach Ostdeutschland in Höhe von 5 % des Sozialprodukts (ca. 100 Mrd. €) eher noch gestiegen sein<sup>3</sup>. Mit anderen Worten: Ohne die Steuern und Abgaben der ausländischen Zuwanderer müssten die Einheimischen (cet. par.) entsprechend mehr dieser Mittel für die genannten Bereiche aufbringen, oder es könnte nur ein geringeres Leistungsniveau bei anderen staatlichen Aufgaben realisiert werden oder es müsste die Staatsverschuldung gesteigert werden. Die Autoren der genannten Studie beschäftigen sich nicht hinreichend mit der Modellierung der sog. kontrafaktischen Situation, in der es keine Zuwanderer nach Deutschland gäbe und keine Ausländer hier ansässig und erwerbstätig wären.

Am Beispiel des Finanzierungsbeitrags, den der zwischen 1992 und 1993 vorübergehend erhobene und seit Beginn des Jahres 1995 unbefristet eingeführte 7,5prozentige und 1998 auf 5,5% reduzierte Solidaritätszuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer zur Bestreitung der Einigungslasten leistet, kann dies verdeutlicht werden. Am entsprechenden Gesamtaufkommen von 27 Mrd. DM (1995) bzw. 22 Mrd. DM (2001), das alleine dem Bund zusteht, waren die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer Mitte der neunziger Jahre mit schätzungsweise 1 bis 2 Mrd. DM beteiligt, zu Beginn der laufenden Dekade mit 0,8 bis 1,6 Mrd. DM; ohne diese Beteiligung wären die Finanzierungsbeträge von den Deutschen aufzubringen (gewesen), was eine Erhöhung des „Soli“ von 7,5 auf etwa 8 % bzw. von 5,5 auf 6 % erfordert hätte. Analoge Überlegungen gelten auch für die Sozialversicherung, aus deren Beitragsmitteln, die ja zu einem Zehntel auch aus den (sozialversicherungspflichtigen) Erwerbseinkommen der Zuwanderer gespeist werden, seit 1991 im Durchschnitt ein Fünftel bis ein Viertel der Transfers nach Ostdeutschland finanziert wird (Fritzsche u.a. (1995), 2ff.).

---

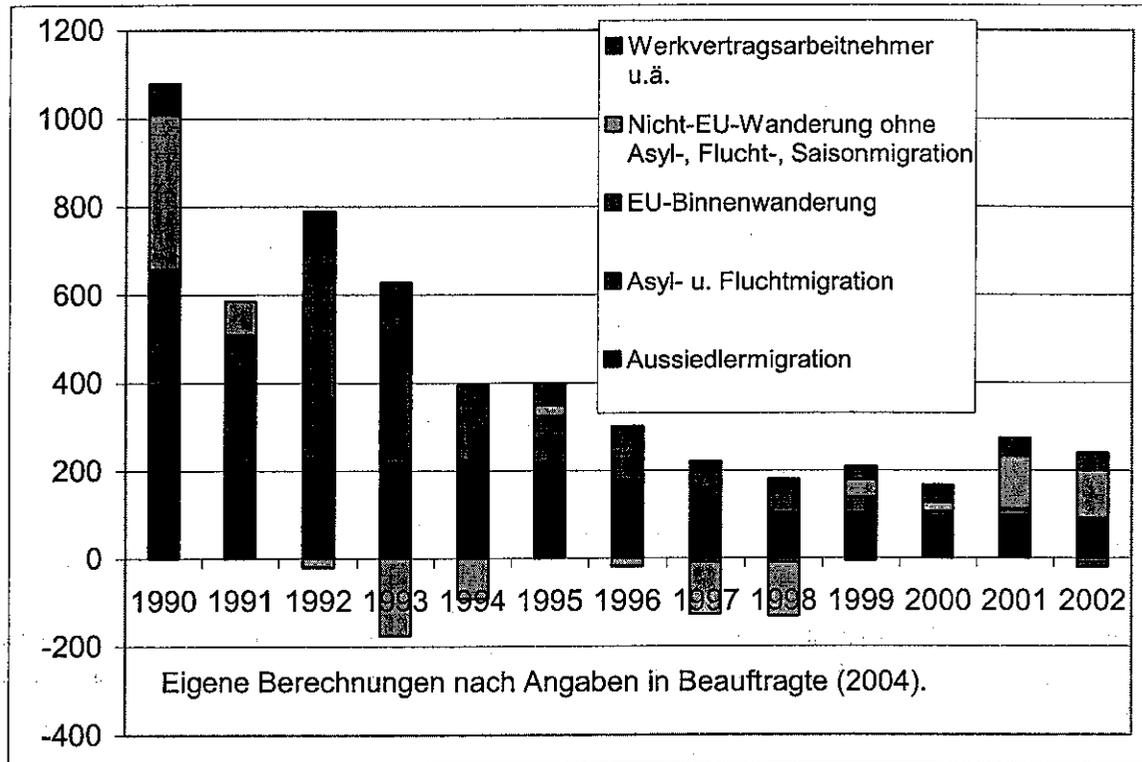
<sup>3</sup> Vgl. zu der Entwicklung der West-Ost-Transfers und ihrer Finanzierungsstruktur seit 1991 vgl. B. Fritzsche u.a. (1995), Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (1999), sowie Rappen, H. (2002).

**Tabelle 1: Wanderungsströme nach und aus Deutschland**  
1990 bis 2002 1 000 Personen

	Zuzüge					Fortzüge						
	Aus-siedler	Asylbe-werber und Flücht-linge	EU-Bürger	andere nicht-EU	Arbeits-migran-ten	insge-samt	Aus-siedler	Asylbe-werber und Flücht-linge	EU-Bürger	andere nicht-EU	Arbeits-migran-ten	insge-samt
1990	397	193	164	798	100	1658	-	-	95	448	30	573
1991	222	256	128	464	128	1198	-	-	97	371	128	596
1992	231	438	120	406	307	1502	-	-	95	413	212	720
1993	219	322	117	368	251	1277	-	-	99	535	181	815
1994	223	127	139	416	178	1083	-	-	117	495	155	767
1995	218	127	175	352	224	1096	-	55	140	328	175	698
1996	178	116	171	251	243	959	-	55	154	270	198	677
1997	134	104	150	208	244	840	-	55	159	326	206	746
1998	103	98	136	224	241	802	-	55	146	346	208	755
1999	104	95	135	290	250	874	-	60	141	251	220	672
2000	95	78	130	238	300	841	-	65	126	218	260	674
2001	98	88	121	252	320	879	-	70	120	131	280	606
2002	91	81	111	219	350	842	-	75	123	110	310	623
zusammen	2313	2113	1797	4486	3136	13845	-	505	1612	4242	2563	8922
In %	17	15	13	32	23	100	0	6	18	48	29	100

Eigene Zusammenstellung nach Angaben in Beauftragte (2004).

Schaubild 1: Struktur des Wanderungssaldos der Migration in bzw. aus Deutschland in 1000 Personen



Auch die Haushalte der Sozialversicherungsträger (gesetzliche Renten-, Pflege- und Krankenversicherung sowie Arbeitslosenversicherung) werden von der Zuwanderung beeinflusst. Sie können zusätzliche Beitragseinnahmen in dem Maße verbuchen, in dem die Migranten sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen aufnehmen. Diesen Sozialbeiträgen (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile) stehen individuelle Leistungen im Versicherungsfall, etwa bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, bei Pflegebedürftigkeit oder bei Erreichen der Altersgrenze (Rentenanwartschaften) gegenüber. Die Öko-Steuerreform hat im Zuge der Erhöhung der Mineralölsteuer (einschl. der Erdgassteuer) und der Einführung einer Stromsteuer ab 1999 die Steuerfinanzierung der Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung auf dem Wege über zusätzliche Bundeszuschüsse zur Abdeckung sog. versicherungsfremder Leistungen von 23 % auf 25 % (2002) gesteigert, was etwa 10 Mrd. € mehr an Dotierungen zugunsten der Rentenversicherung entsprach. So beteiligen sich die Zuwanderer auf dem Weg über ihre erhöhte Belastung mit den genannten Öko-Steuern auch an der zusätzlichen Steuerfinanzierung der Altersversorgung.

Gerade diese Entlastungsaspekte und die aufgezeigten Interdependenzen zwischen den Fiscis und Parafiscis, die z.B. in den Arbeiten von v. Loeffelholz (1991ff.), Ulrich (1992) u.a. aufgezeigt wurden, sind bei Sinn et al. (2001) und ebenso bei Birg (2002) in

unzulässiger Weise vernachlässigt worden; es werden vielmehr alle steuerfinanzierten Staatsleistungen, deren personelle Inzidenz nicht direkt beobachtbar oder feststellbar ist, pauschal mit ihren Durchschnittskosten pro Kopf der Bevölkerung angesetzt.

Eine direkte Zurechnung zu den Nutznießern ist im Allgemeinen aber nur bei personen- oder haushaltsgebundenen monetären Transfers der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung vertretbar und empirisch möglich<sup>4</sup>. Die „realen“ öffentlichen Dienste und Güter verteilen sich indes eben nicht gleichmäßig auf alle Bewohner eines Landes und ihre Kosten sinken aufgrund von Skaleneffekten bei mehr Köpfen. Wenn diese Kosten pro Kopf quasi „gegeben“ wären, was der Durchschnittskostenansatz impliziert, würden generell mit der Zuwanderung von Migranten diese Gesamtausgaben des Staates steigen, was natürlich, um ein extremes Beispiel zur Verdeutlichung zu verwenden, in Bezug auf die Kosten der deutschen Einheit abwegig erscheint.

Auch empirisch lassen sich keine Belege dafür finden, dass es in der Immigrationsgeschichte der Bundesrepublik einen positiven und statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen der Zuwanderung von deutschen und ausländischen Migranten und der Erhöhung der sog. Konsumausgaben des Staates (früher: „Staatsverbrauch“), also den Personal- und Sachkosten der Bereitstellung gruppenspezifischer oder dominant kollektiver Realtransfers, gäbe. Schaubild 2 zeigt für die Jahre von 1950 bis 1990<sup>5</sup> im Gegenteil einen (insignifikanten) negativen Zusammenhang in der Weise, dass in Phasen niedriger Zuwanderung die Erhöhung des Staatsverbrauchs stärker ausfiel, die Durchschnittskosten pro Kopf der Bevölkerung also stärker stiegen als vorher, und umgekehrt in regen Migrationsperioden weniger stark zunahm. Dieses Ergebnis einer weitgehend „direkten“ Unabhängigkeit der Kosten der Staatstätigkeit von der Zuwanderung wird auch noch dadurch bestätigt, dass seit dem Anwerbestopp 1973 und dem Beginn des Familiennachzugs und trotz der erheblichen Zuwanderung zwischen 1988 und 1993 die staatlichen Verbrauchsausgaben bis zum aktuellen Rand unverändert ein Fünftel der deutschen Wirtschaftsleistung und seit Beginn der 60er Jahre 40 % der Staatsausgaben insgesamt beanspruchen.

Darüber hinaus wird bei Sinn et al. (2001: 227) in Bezug auf die Ansprüche der zugewanderten Beitragszahler an die gesetzliche Rentenversicherung und die soziale Pflegeversicherung das Konzept der „impliziten Steuer“ verwendet. Es stellt die Beiträge den zukünftigen Anwartschaften gegenüber, die mit den Abgaben erworben werden. Diese Anwartschaften werden als implizite Abgaben auf zukünftige Einkommen verstanden und mit den geleisteten Zahlungen saldiert und auf die Gegenwart abdiskontiert.

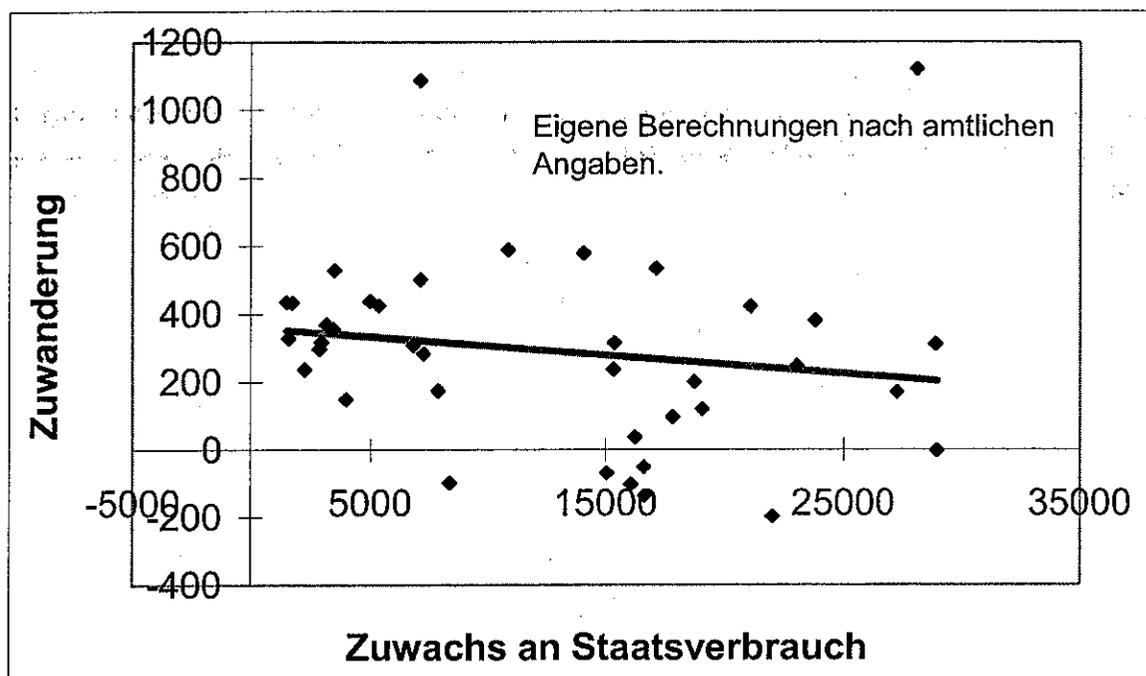
<sup>4</sup> Allerdings wird auch hier vielfach die Frage der *effektiven* Inzidenz der staatlichen Geldleistungen ausgeblendet, indem z.B. das Wohngeld im Sinne seiner *formalen* Inzidenz dem Mieter als Transfer und nicht dem Vermieter als Subvention zugerechnet wird.

<sup>5</sup> Wegen des „Strukturbruchs“ der deutschen Einigung wurden die Berechnungen nur für die genannten Dekaden vorgenommen.

Die Verpflichtungen für zukünftig Erwerbstätige in Bezug auf die dann realisierte Wertschöpfung, auf die heutige Beitragszahler in die gesetzliche Renten- und die soziale Pflegeversicherung dem Grunde nach Ansprüche („Anwartschaften“) erwerben, werden aber als Kosten bilanziert, obwohl ihr Barwert aufgrund der bereits laufenden und absehbaren Reformmaßnahmen überhaupt nicht abschätzbar ist. Inkonsistent erscheint zudem, warum die entsprechende Steuer nicht auch in Bezug auf die gesetzliche Krankenversicherung berechnet wurde<sup>6</sup>. Hinzu kommt, dass z.B. auch die impliziten Beiträge vernachlässigt wurden, die bei der Inanspruchnahme von Bildungsleistungen entstehen können. Letztere würden den ausgewiesenen Beitrag der Zuwanderer zum Staatshaushalt möglicherweise deutlich erhöhen.

### Schaubild 2: Jährliche Zuwanderungen und Zuwachs an Staatsverbrauch gegenüber dem Vorjahr

1959 bis 1990, in 1000 Pers. bzw. in Mill. DM



Mit Blick auf die von den Zuwanderern erworbenen Anwartschaften und in Zukunft geltend gemachten Ansprüche sei noch auf einen weiteren Aspekt hingewiesen, der

<sup>6</sup> Die Autoren machen selbst (S. 200) erhebliche Vorbehalte gegen das Konzept der impliziten Steuer in Bezug auf die soziale Pflegeversicherung geltend, zum einen wegen der sog. Einführungsgewinne bei einem System wie bei dieser Versicherung, die erst 1995 errichtet wurde, und zum anderen wegen ihres Kostenerstattungsprinzips („Solidarprinzips“) und der kostenfreien Mitversicherung von Familienmitgliedern, was ja so auch für die gesetzliche Krankenversicherung gilt, die nicht in die Berechnungen einbezogen wurde.

sich aus der Unsicherheit über das zukünftige Rückkehrverhalten und der damit u.U. verbundenen Aufgabe von Ansprüchen und der Reduzierung der „impliziten Steuer“ der heutigen Beitragszahlungen ergibt. Jedenfalls wurden schon vom Oktober 1983 bis Juni 1984 mit der „Rückkehrhilfe“ für arbeitslose Ausländer und der Möglichkeit zur Erstattung der Arbeitnehmerbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung unter Aufgabe von Ansprüchen an die Rentenversicherung finanzielle Anreize zur Rückkehr in das Heimatland geschaffen (Werner 1994: 124). Ihre quantitativen Auswirkungen waren zwar weitaus geringer als erwartet, offenbar vor allem, weil hauptsächlich bereits getroffene familiäre Entscheidungen in diesem Zeitraum nachgeholt oder vorgezogen wurden; (Hönekopp 1987: 332, Schmidt (1994a): 119ff.). Gleichwohl bescherten die mit Hilfe des genannten Gesetzes Zurückgekehrten<sup>7</sup> der gesetzlichen Rentenversicherung Kostenentlastungen nicht nur durch den Verzicht auf Rentenansprüche, sondern auch noch „windfall profits“ durch den auf Rückerstattung der von ihrem Lohn einbehaltenen Arbeitgeberanteile an den Sozialbeiträgen. Mutatis mutandis gilt dies auch für andere Sparten der Sozialversicherung, wie die Arbeitslosen- oder die gesetzliche Krankenversicherung.

Die Studien von Sinn et al. und damit auch die von Birg berücksichtigen darüber hinaus ebenso wenig wie die von Roodenburg et al. (2003) die gesamtwirtschaftlichen, die „indirekten“ Wirkungen der Zuwanderungen von Ausländern auf die Allokation der volkswirtschaftlichen Ressourcen sowie auf die Konjunktur und das Pro-Kopf-Wachstum. Insofern vernachlässigen sie aber auch die entsprechenden fiskalischen Gewinne auf der Habenseite der Bilanz. Diese zusätzlichen Einnahmen, die weiter unten in dieser Stellungnahme aufgezeigt werden (Abschnitt 4), entstehen in Gestalt von zusätzlichen Steuer- und Beitragszahlungen, die den Gebietskörperschaften bzw. den gesetzlichen Sozialversicherungen (Arbeitslosen- sowie gesetzliche Renten-, Pflege- und Krankenversicherung) zukommen. Umgekehrt wäre auf dieser Ebene natürlich auch in Rechnung zu stellen, inwieweit dem Fiskus bzw. den erwähnten Parafisci zusätzliche Aufwendungen, z. B. im Bildungs- und Wohnungsbereich oder bei der gesetzlichen Renten- und bei der Arbeitslosenversicherung, entstehen bzw. inwieweit in diesem Fall evtl. geringere oder höhere Ausgaben zu erwarten sind; letztere dürften insbesondere geringere oder steigende Lohnersatzleistungen und sonstige Transfers bei gesamtwirtschaftlich verringerter bzw. zunehmender Arbeitslosigkeit betreffen.

---

<sup>7</sup> Immerhin nahmen fast 100 000 Ausländer dieses Programm in Anspruch und verließen die Bundesrepublik Deutschland. Die Zahl ist aus verschiedenen Gründen geringer als erwartet. Einerseits waren die Zahlungen begrenzt und daher für viele unattraktiv (Kühl, J (1987), 30).. Interessant ist, dass selbst 1985, nach dem nur teilweise erfolgreichen Rückführungsprogramm unter der Regierung Kohl, die hier lebenden Ausländer immer noch nicht als Einwanderer angesehen wurden. Im Jahreswirtschaftsbericht 1985 verkündet die Bundesregierung, sie würde sich nun verstärkt um die Eingliederung der ausländischen Arbeitskräfte in die heimischen Arbeitsmärkte bemühen (Unterrichtung durch die Bundesregierung (1985)).

## 2. Die fiskalischen Kosten im Querschnitt

Die Arbeiten von Sinne et al. und Birg untersuchen in einer Querschnitts- oder „Schnappschuss“-Perspektive für einen Jahreszeitraum die fiskalischen Kosten der Zuwanderer. Dabei werden Gegenüberstellungen von Steuern und Beiträgen der Zuwanderer zum Staatshaushalt und den ihnen zufließenden Leistungen vorgenommen. Im Folgenden werden neben einer Bestandsaufnahme der wichtigsten Ergebnisse zugleich die Möglichkeiten und Grenzen solcher Betrachtungen vor allem im Kontrast zu alternativen Arbeiten der finanzwissenschaftlichen Migrationsforschung aufgezeigt.

### 2.1. Die fiskalische Umverteilung von den Einheimischen zu den Zugewanderten nach Sinn und Birg

Sinn et al. (2001: 225ff.) bilanzieren die fiskalischen Auswirkungen der Zuwanderung auf die Einnahmen und Ausgaben des Staates in Westdeutschland im Jahr 1997, und stellen eine deutliche „Umverteilung“ von den Einheimischen zugunsten der Zugewanderten fest. Diese Analyse wurde vom ifo-Institut in Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung durchgeführt. Zu ihren Ergebnissen, die auch Birg (2002: 20ff.) übernimmt, kommen die Autoren mit Hilfe von, wie sie hervorheben, aktuellen Berechnungen auf der Basis der Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) von 1997.

Leider fehlen in dieser Studie präzise Angaben zur verwendeten Datenbasis, die für eine genauere statistische Einschätzung der Ergebnisse von erheblicher Bedeutung sind. Dies ist um so bedauerlicher, als eine solide Bewertung empirischer Ergebnisse grundsätzlich ohne eine Angabe der nach den Schätzungen verbleibenden statistischen Unsicherheit, sog. Standardfehler, unmöglich ist. Eine hier fehlende Kerninformation ist daher die Angabe der Anzahl von Beobachtungen, auf denen eine empirische Studie beruht. In diesem Falle tritt noch weiteres, sehr ernsthaftes methodisches Problem hinzu, da das SOEP unterschiedliche Gruppen von Zuwanderern in unterschiedlichen Maße in der Stichprobe repräsentiert. Um ein repräsentatives statistisches Bild der Zuwanderungsbevölkerung zu zeichnen, müssen daher die Daten des SOEP in geeigneter Weise gewichtet werden – inwieweit dies hier geschehen ist, wird leider offen gelassen.

Der Begriff „Zuwanderer“ wird in folgender Weise definiert: „Zuwanderer umfassen in Deutschland lebende Personen mit nicht deutscher Nationalität, aber auch in Deutschland eingebürgerte Personen und Personen mit Müttern nicht-deutscher

Nationalität ohne die Gruppe der Aus- und Übersiedler“ (Sinn et al. 227)<sup>8</sup>. Die Gesamtzahl wird allerdings nicht angegeben, aus den quantitativen Ergebnissen zu den insgesamt aufgebrauchten Steuern von 70 Mrd. DM für 1997 ist leicht zu schließen, dass es sich auf die Grundgesamtheit hochrechnet um ca. 9 Mill. Personen handeln muss, darunter 7,2 Mill. Ausländer in der üblichen Definition der amtlichen Statistik (1997). Die Zuwanderer werden nach ihrer Aufenthaltsdauer in drei Gruppen untergliedert (0-10, 10-25 und 25 u.m. Jahre), um die mit der Aufenthaltsdauer variierenden Umverteilungseffekte herauszuarbeiten (Tabelle 2).

Auf der Einnahmenseite des Staates werden die von den Zuwanderern geleisteten Zahlungen in die gesetzliche Renten- und Krankenversicherung, in die soziale Pflege- und in die Arbeitslosenversicherung sowie die o.g. gezahlten Steuern berücksichtigt; die Arbeitnehmer(- und vermutlich auch die entsprechenden Arbeitgeber-) beiträge sowie die Lohn- und Einkommensteuern werden direkt aus den Mikrodaten entnommen und die Verbrauchsteuern nach Maßgabe der Einkommensangaben zugerechnet, der Rest (30%) wird „analog zwischen Zuwanderern und Deutschen verteilt“ (Sinn et al. 2001: 224). Das Steueraufkommen zusammengenommen macht etwa ein Zehntel des Steueraufkommens in Deutschland aus und korrespondiert in etwa mit früheren Ergebnissen zu den Beiträgen der Ausländer in Deutschland zu den Haushalten von Bund, Länder und Gemeinden (von Loeffelholz und Köpp 1998). Überraschend ist freilich: Die von den Zuwanderern gezahlten Sozialbeiträge waren nach diesen Berechnungen im Untersuchungsjahr 1997 fast 27 % höher als die von ihnen gezahlten und zugerechneten Steuern, während das Beitragsaufkommen gesamtwirtschaftlich betrachtet um mehr als 10 % unter dem Aufkommen der Steuern lag. Die markante Abweichung nach oben erscheint zumindest erklärungsbedürftig<sup>9</sup>.

---

<sup>8</sup> Nach dieser Abgrenzung sind die Kinder und Enkel von in der Vergangenheit eingebürgerten Ausländern nicht enthalten. Schon zwischen 1970 und 1990 haben ca. 200 000 i.d.R. jüngere Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen, bis 1997 nochmals 400 000 und bis zum aktuellen Rand zusätzlich 400 000. Bei einer durchschnittlichen Kinderzahl haben sie über eine Million „deutsche“ Kinder aufgezogen.

<sup>9</sup> Ähnlich auch schon Ulrich (1992) auf der Basis von SOEP-Angaben für 1984.

**Tabelle 2: Direkte fiskalische Auswirkungen der Zuwanderung pro Zuwanderer nach Sinn et al (2001) und Birg (2002)**

Westdeutschland 1997; in DM<sup>1</sup>

	Zuwanderer <sup>2</sup> pro Kopf			
	Aufenthaltsdauer			insgesamt
	0-10	10-25	25+	
<b>Einnahmenseite</b>				
Gesetzl. Krankenversicherung	1817	2237	3792	2773
Gesetzl. Rentenversicherung	4053	4731	6330	5290
Soziale Pflegeversicherung	252	311	470	368
Arbeitslosenversicherung	701	1091	1393	1157
Steuern	6044	6046	9687	7576
<i>Einnahmen insgesamt</i>	<i>12867</i>	<i>14416</i>	<i>21672</i>	<i>17164</i>
<b>Ausgabenseite</b>				
GKV	2970	2321	3696	3018
Implizite Schuld der Gesetzl. Rentenversicherung <sup>3</sup>	1362	1590	2128	1778
Implizite Schuld der Soziale Pflegeversicherung <sup>3</sup>	67	83	126	98
Arbeitslosenversicherung	452	667	2408	1353
Steuerfinanz. Transfers und Leistungen <sup>4</sup>	12646	12358	11644	12337
Steuerfinanz. Transfers und Leistungen revidiert <sup>5</sup>	9367	9154	8625	9139
<i>Ausgaben insgesamt</i>	<i>17497</i>	<i>17019</i>	<i>20002</i>	<i>18584</i>
<i>Ausgaben insgesamt revidiert</i>	<i>14218</i>	<i>13815</i>	<i>16983</i>	<i>15386</i>
<b>Bilanz</b>				
Gesetzl. Krankenversicherung	-1153	-84	96	-245
Gesetzl. Rentenversicherung	2691	3141	4202	3512
Soziale Pflegeversicherung	185	228	344	270
Arbeitslosenversicherung	249	424	-1015	-196
Steuerfinanzierte Transfers und Leistungen	-6602	-6312	-1957	-4761
Steuerfinanz. Transfers und Leistungen revidiert	-3323	-3108	1062	-1563
<b>Gesamtbilanz</b>	<b>-4630</b>	<b>-2603</b>	<b>1670</b>	<b>-1420</b>
<b>Gesamtbilanz revidiert</b>	<b>-1351</b>	<b>601</b>	<b>4689</b>	<b>1778</b>

Quelle: Sinn et al. (2001), 227 und Birg (2002), 52. <sup>1</sup> Die Zahlen der vorliegenden Tabelle spiegeln ausschließlich die relative Position der Zuwanderer wider, die sich im Jahr 1997 in Westdeutschland befanden. Eine direkte Übertragung auf die zu erwartenden Zuwanderer aus den osteuropäischen Ländern ist nicht zulässig, da sich die Struktur zukünftiger Einwanderungskohorten von der des Zuwandererbestandes 1997 unterschieden dürfte. Zuwanderer umfassen in Deutschland lebende Personen mit nicht-deutscher Nationalität, aber auch in Deutschland eingebürgerte Personen und Personen mit Müttern nicht-deutscher Nationalität ohne die Gruppe der Aus- und Übersiedler. <sup>2</sup> Die Berechnung der GRV- und Pflegeausgaben erfolgen nach dem Konzept der impliziten Steuer. <sup>3</sup> Leistungen der Gebietskörperschaften an private Haushalte und Durchschnittskosten der Bereitstellung öffentlicher Güter. <sup>4</sup> Verringerung der Ansätze der vorhergehenden Zeile um pauschal 35%. Im Einzelnen siehe Text.

Auf der Ausgabenseite werden die Auszahlungen der gesetzlichen Krankenversicherung einbezogen, die nach dem Prinzip der „impliziten Schuld“ berechneten Ausgaben der Renten- und Pflegeversicherung in Form des Barwerts der späteren Leistungsansprüche und die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung. Hinzu kommen die steuerfinanzierten Transfers der Gebietskörperschaften an private Haushalte, in Gestalt z.B. der Sozial- und Arbeitslosenhilfe, des Wohn-, Kinder- und Erziehungsgelds sowie sonstige steuerfinanzierte Leistungen des staatlichen Infrastrukturangebots, die den Hauptposten auf der Ausgabenseite ausmachen und die im Wesentlichen für die negative Bilanz verantwortlich sind.

Bei diesem Angeboten handelt es sich in der Analyse um Straßen und Schulen sowie um das Rechtssystem, die „... bei einer Zuwanderung ausgebaut werden müssen, wenn ihre Qualität nicht sinken soll“ (Birg 2002: 21). Die Kosten dieser öffentlichen Güter werden, wie gesagt, pauschal auf der Basis von Pro-Kopf-Durchschnitten berechnet, ohne zu berücksichtigen, dass diese Pro-Kopf-Kosten bei bestimmten öffentlichen Gütern mit zunehmendem Zuwanderungsbestand sinken, wie das bei der folgenden funktionalen Aufteilung der Staatsaufgaben - beispielhaft für ihre Struktur zwischen 1997 und 2001 dargestellt - verdeutlicht wird. (Tabelle 3). Es sind dabei zu etwa 35 % in den staatlichen Aufwendungen insgesamt Ausgaben für sog. dominant kollektive öffentliche Güter enthalten, wie für die allgemeine politische Verwaltung, die Verteidigung - und vielleicht in Zukunft für die verstärkte Terrorismusbekämpfung - den staatlichen Zinsendienst und für die deutsche Einigung als „Kriegsfolgen“<sup>10</sup> im weiteren Sinne, deren Kosten pro Kopf der Ansässigen durch (steuerzahlende) Zuwanderer sinken.

Nach der Bilanz für 1997 in Westdeutschland, die von Sinn et al. (2001: 227) erstellt und von Birg (2002: 52) - wie erwähnt - unverändert wiedergegeben wird (Tabelle 2), betrug der Überschuss der empfangenen über die geleisteten Zahlungen der Zuwanderer bei einer Aufenthaltsdauer von 0-10 Jahren pro Zuwanderer und Jahr 4 631 DM und bei einer Aufenthaltsdauer von 10-25 Jahren 2 603 DM. Nur bei einer langen Aufenthaltsdauer von 25 Jahren und mehr ergab sich ein Überschuss der geleisteten über die empfangenen Zahlungen von 1 670 DM. Die durchschnittliche Umverteilung von Einheimischen zu Zuwanderern für alle Aufenthaltsdauern machte pro Zuwanderer 1997 in Westdeutschland 1 419 DM aus (Sinn et al. 2001: 227, und Birg 2002: 52.). Rechnet man dieses Ergebnis trotz aller Vorbehalte wegen der schmalen empirischen Basis des SOEP (s.o.) auf die Gesamtwirtschaft hoch, ergibt sich für 1997 eine Umverteilungsmasse von grob angesetzt 10 bis 15 Mrd. DM bzw. 0,3-0,5 % des BIP zugunsten der Ausländer bzw. Zuwanderer.

---

<sup>10</sup> Schon in der früheren Bundesrepublik Deutschland beanspruchten v.a. die Kriegsoferversorgung und der sog. Lastenausgleich die öffentlichen Etats; dafür wurden z.B. Anfang der achtziger Jahre, als etwa 2 Mill. Ausländer in der Bundesrepublik sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren (ca. 10 % aller entsprechend Erwerbstätigen), 1 bis 2 % des BIP ausgegeben.

Die Vorbehalte ergeben sich auch wegen der sog Kohorteneffekte der Zuwanderungen, indem – wie in der Kritik der wichtigen Arbeit von Chiswick (1978) von Borjas (1985, 1987) ausführlich diskutiert – die „Qualitätseffekte“ und -unterschiede der unterschiedlichen Einwandererkohorten völlig ignoriert werden. Bekanntlich sind Interpretationen von aktuellen Querschnittsprofilen äußerst problematisch und auch nicht in die Zukunft mit ggf. ganz anderen Wanderungsniveaus und -strukturen extrapolierbar.

Darüber hinaus sehen die von Sinn et al. und Birg präsentierten Ergebnisse von jeglichen gesamtwirtschaftlichen Effekten und Implikationen der Zuwanderungen ab (s.u. Kapitel 4) ab. Sie werden als ein Überschuss der in Gestalt monetärer und realer Transfers des Staates bezogenen Leistungen über die in Steuern und Beiträgen erbrachten Eigenleistungen der Zuwanderer dargestellt. Dies wird mit einer Umverteilung zugunsten von Migranten und zu Lasten von Ansässigen gleichgesetzt - es wird unterstrichen, hier handele es sich um einen „Umverteilungseffekt von Einheimischen zu Zuwanderern“, der zu einer „Magnetwirkung“ des deutschen Sozialsystems führe. Insgesamt erscheinen die Gewinne der Zuwanderer als Verluste der Ansässigen, und damit erscheint die Bilanz gesamtwirtschaftlich ausgeglichen.

Birg weist im Anschluss auf dieses, für ihn „überzeugende Ergebnis“ der Sinn-Studie darauf hin, dass sich wegen des um rd. 5 Jahre jüngeren Durchschnittsalters der (über 16jährigen) Zuwanderer für die beiden Teilbilanzen der gesetzlichen Renten- und der sozialen Pflegeversicherung ein Überschuss der Einzahlungen über die Auszahlungen ergibt, bei allen anderen Teilbilanzen, insbesondere bei der gesetzlichen Krankenversicherung, übersteigen die empfangenen Zahlungen der Zuwanderer ihre geleisteten Beiträge<sup>11</sup>.

---

<sup>11</sup> Bei der nationalitätsspezifischen personalen Inzidenz der Leistungen der gesetzlichen Kranken- und der Arbeitslosenversicherung ist in Bezug auf die höhere Morbidität bzw. Arbeitslosigkeit der Ausländer bzw. Zuwanderer gegenüber Deutschen auch in Rechnung zu stellen, dass die entsprechenden Risiken zwischen Deutschen und Ausländern aufgrund der unterschiedlichen Branchenverteilung der Vergleichsgruppen auf das Verarbeitende Gewerbe („Industrie“) bzw. auf den Dienstleistungssektor (von Loeffelholz 2003: 636) differieren.

**Tabelle 3: Ausgaben des Staates nach Aufgabenbereichen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen**

	1997	1998	1999	2000	2001
Aufgabenbereich					
Allgemeine öffentliche Verwaltung	125,0	129,6	128,5	78,5	130,0
Verteidigung	24,4	24,4	25,2	25,1	25,0
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	31,7	32,4	33,2	33,5	33,4
Wirtschaftliche Angelegenheiten	75,6	78,4	85,7	84,1	89,7
Umweltschutz	14,9	13,8	13,5	13,5	13,4
Wohnungswesen und kommunale Gemeinschaftsdienste	16,3	18,1	19,7	21,4	23,3
Gesundheitswesen	118,5	120,7	123,8	128,4	131,0
Freizeitgestaltung, Sport, Kultur und Religion	14,3	14,3	14,7	14,8	14,9
Bildungswesen	83,9	84,9	86,0	86,5	86,9
Soziale Sicherung	419,1	425,1	434,7	445,0	452,9
<b>Insgesamt</b>	<b>923,6</b>	<b>941,6</b>	<b>965,1</b>	<b>930,8</b>	<b>1000,5</b>
Ausgaben des Staates nach und Gütergruppen					
Ausgaben f. gruppenspezifische Transfers und Leistungen <sup>1</sup>	637,8	648,8	664,2	681,3	694,1
Ausgaben für meritatorische Güter <sup>2</sup>	60,8	60,5	61,4	61,8	61,7
Ausgaben für dominant kollektive öffentliche Güter <sup>3</sup>	225,0	232,4	239,5	187,7	244,7
nach: Zinszahlungen auf die Staatsschuld	67,0	69,0	69,0	69,0	66,0
Kriegfolgeleistungen	5,9	5,5	5,1	4,8	4,5
Ausgaben für die deutsche Einheit (5% des jew. lfd. BIP)	93,0	95,0	87,0	101,0	103,0
Subventionen (nur Finanzhilfen)	34,3	35,7	36,0	35,2	33,8

Eigene Berechnungen nach amtlichen Angaben. – <sup>1</sup>Gesundheits- Bildungs- und Wohnungswesen sowie Soziale Sicherung.

<sup>2</sup> Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Umweltschutz. <sup>3</sup> Übrige Ausgaben, wie Allgemeine politische Verwaltung, Verteidigung und wirtschaftliche Angelegenheiten.

RWI
1997-2001

Birg fährt fort: Die z.Zt. noch relativ günstige Altersstruktur der Zuwanderer gleiche sich in der Zukunft an die der Einheimischen an. Dass allerdings ein derartige Simulationsrechnung, soll sie aussagekräftig sein, die Verpflichtung beinhaltet, auch zu anderen mit der projektierten Altersverschiebung eng zusammen hängende Veränderungen Stellung zu beziehen, wird von Birg unterschlagen<sup>12</sup>.

Der Altenquotient (über 60jährige auf 100 Menschen im Alter 20-60) betrug 1998 bei den Deutschen 41,9, bei den Zugewanderten 10. Auch wenn man für die Zukunft einen Wanderungssaldo auf dem bisherigen Niveau von 170 000 meist jüngeren Menschen annähme, wachse nach Birg der Altenquotient bei den Zugewanderten und ihren Nachkommen bis 2050 kontinuierlich auf 57, bei den Deutschen auf 108 (Birg 2001: 43; 51)<sup>13</sup>. Das Niveau des Altenquotienten der Zugewanderten betrage heute nur ein Viertel des Niveaus bei den Deutschen, in Zukunft steige es auf über die Hälfte. Aus diesem Grund schwäche sich der positive Effekt der Altersstruktur auf die Bilanz der gesetzlichen Renten- und Pflegeversicherung in der Zukunft ab. Wie stark diese Abschwächung quantitativ sei, müsse durch Längsschnitt-Analysen untersucht werden, die in der Forschung bisher noch nicht durchgeführt würden.

Abgehen davon, dass mit diesen Einlassungen das in der Referenzstudie verwendete Konzept der „impliziten Steuer“ selbst in Frage gestellt wird, das ja die absehbaren demographischen Entwicklungen mit implizieren sollte, interessiert eine revidierte Bilanz, wenn man unterstellt, die Pro-Kopf-Kosten der sog. steuerfinanzierten Transfers und Leistung wären über alle Zuwanderer-Altersgruppen um den Anteil von 35% niedriger, den – wie in Tabelle 3 gezeigt – die rein öffentlichen Güter und bevölkerungsunabhängigen Transfers an allen diesen Ausgaben haben. Anders gewendet: Die Pro-Kopf-Kosten dieser Leistungen, wie die z.B. der deutschen Einigung, wären also ohne Immigranten nach Deutschland, d.h. bei einer kontrafaktischen Situation, um ein Viertel höher, die Ansässigen werden also entsprechend entlastet.

---

<sup>12</sup> So wäre es nicht unwahrscheinlich, dass sich aber auch im sektoralen Strukturwandel die Branchenverteilung der erwerbstätigen Zuwanderer an die der Deutschen angleicht und sich damit die überproportionale Inanspruchnahme der in der vorangegangenen Fußnote angesprochenen gesetzlichen Kranken- und der Arbeitslosenversicherung durch Zuwanderer verringert, zumal wenn sie in der Zukunft stärker nach Arbeitsmarkterfordernissen selektiv angeworben werden.

<sup>13</sup> Dabei wird freilich übersehen, dass es volkswirtschaftlich weniger auf die bloße demographische Relation zwischen den trotz der Verlängerung der Lebenserwartung fest abgegrenzten Alterskohorten ankommt, sondern auf die Relation der (älteren) Nichterwerbstätigen zu den jüngeren Erwerbstätigen bzw. Beitrags- und Steuerzahlern; dieses Verhältnis kann in Abhängigkeit von der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung weit weniger stark zunehmen als der o.g. Quotient. Zu den Einflüssen der Altersgrenzen (60 vs. 65 Jahre) auf die Entwicklung der Quotienten vgl. von Loeffelholz, Köpp 1998: 85ff.

## 2.2. Die fiskalischen Kosten: eine realistischere Perspektive und der Vergleich mit anderen Studien

Die Revision der entsprechenden Zeile in der Tabelle 2 mit einem Abschlag von einem Drittel (siehe dort die entsprechend revidierten Angaben) und die Gewichtung der Pro-Kopf-Werte mit den aufenthaltsspezifisch differenzierten Einzelkohorten<sup>14</sup> zwecks Hochrechnung auf die Grundgesamtheit von ca. 9 Mill. Bürger in Deutschland mit Migrationshintergrund ergibt auf der Basis der Angaben für 1997 eine Entlastung der Einheimischen durch die Realisierung von Kostenersparnissen in Höhe von ca. 15 Mrd. DM. Verzichtet man wegen der Unsicherheit der weiteren Renten- und Pflegeversicherungsgesetzgebung und der Entwicklung der entsprechenden Ansprüche auf den Ansatz der jeweiligen impliziten Steuer, erhöht sich der Entlastungsbetrag auf ca. 30 Mrd. DM (1997)<sup>15</sup>.

Dies entspricht ca. 1 % des BIP und damit dem gesamtwirtschaftlichen Nettosaldo, der erstmalig seiner Größenordnung nach in der Literatur für Anfang der neunziger Jahre bei von Loeffelholz (1991: 68) genannt wurde<sup>16</sup> und auch später jeweils mit dem wichtigen Hinweis darauf bestätigt wurde, dass aus den laufenden Beitragszahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung Ansprüche auf spätere Rentenzahlungen nach dem Prinzip der Teilhabeäquivalenz<sup>17</sup> erworben werden (von Loeffelholz/Köpp 1998: 100; Heilemann, von Loeffelholz 1998: 14). Diese Ergebnisse wurden im Wesentlichen aus den jeweiligen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen

<sup>14</sup> Nach amtlichen Angaben hielten sich am 31. 12. 2000 etwa 45 % der 7,3 Mill. Ausländer weniger als 10 Jahre, weitere 30 % zwischen 10 und 25 Jahre und die übrigen 25 % mehr als 25 Jahre in der Bundesrepublik auf. Im vorliegenden Zusammenhang wird mit Blick auf die Abgrenzung der etwa 9 Mill. „Zuwanderer“ angenommen, dass jeweils ein knappes Drittel der Ausländer kürzer als 10 Jahre bzw. zwischen 10 und 25 Jahre in Deutschland sind, ein reichliches Drittel länger als 25 Jahre hier ansässig ist.

<sup>15</sup> Der Überschuss wäre rein rechnerisch noch höher, wenn man wie in der Studie von Smith/Edmonston (1997: 318, Fn. 15) vorgehen würde. Dort werden die (Grenz-) Kosten für die rein öffentlichen Güter und den Staatsschuldendienst mit Null angesetzt: „Public goods are treated as having zero marginal cost for all members of the population, so their costs are allocated to no one. Also payments to service the federal debt are not allocated as cost to anyone“. Die Analyse kommt tendenziell zu dem gleichen Querschnitts-Ergebnis wie die im vorliegenden Gutachten revidierte Rechnung, nämlich eines spürbaren Überschusses der Steuern und Beiträge der Immigranten über die bezogenen Staatsleistungen für die USA im Untersuchungsjahr 1996. Zusammengenommen ergibt die Auflistung in der Tab. 7.1., S. 317, dass schätzungsweise 50-60 Mill. Bürger der USA mit (neuerem) Migrationshintergrund pro Kopf einen Nettofiskalüberschuss von fast 1700 \$ p.a. bedeuten. Gesamtwirtschaftlich entspricht diese Entlastung der Bürger ohne Migrationshintergrund einem Betrag von 50 bis 100 Mrd. \$ bzw. 1-1,5 % des US-BIP.

<sup>16</sup> Auch Ulrich (1992) kam zu dieser Zeit der Tendenz nach zu einem Überschuss der staatlichen Einnahmen über die Ausgaben bei Ausländern für das Jahr 1984.

<sup>17</sup> Dieser Grundsatz sichert lediglich die Stellung des Rentenbeziehers in der Einkommenshierarchie, die er während der aktiven Phase eingenommen hatte, nicht jedoch konkrete Ansprüche an die jeweilige Wirtschaftsleistung, die von der jeweiligen Produktivitäts- und Arbeitsmarkt- bzw. Bevölkerungsentwicklung abhängig ist.

Bundesamts gewonnen<sup>18</sup>, deren Strukturen auf die Zuwanderer mit den jeweils notwendigen Veränderungen, wie etwa bzgl. ihres Beitrags zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung u.ä. und damit zur Finanzierung des Gemeinwesens angewendet wurden.

Die Revision der Ergebnisse von Sinn et al. liegt nicht zuletzt deshalb nahe, weil nach aktuellen Querschnittsanalysen die Inanspruchnahme der sog. gruppenspezifischen Leistungen des Staates, wie vor allem im weiterführenden Bildungsbereich, aus vielerlei Gründen durch Zuwanderer im Vergleich zu deutschen Schülern und Studenten trotz aller Fortschritte in den vergangenen beiden Dekaden immer noch gering(er) ausfällt (Haisken-DeNew et al. 1997, Hernoid/von Loeffelholz 2002, von Loeffelholz 2003, Fertig/Schmidt, 2001a). Auch im Vorschulsektor zeigt das SOEP beispielhaft keine stärkere Inanspruchnahme der Einrichtungen für das Jahr 1999 durch Ausländerkinder als durch die von Deutschen (Tabelle 4).

Im Übrigen gelten die Hinweise in der Literatur (von Loeffelholz, Köpp 1998: 112) auf die teilweise geringere Vertrautheit der Zuwanderer mit den institutionellen Rahmenbedingungen des Transferbezugs, z.B. bei der Förderung der Vermögensbildung, und auf den in vielen Fällen immer noch ungefestigten Aufent-

**Tabelle 4: Kindergartenbesuch nach Altersgruppen und Nationalitäten**

1999; in % der jeweiligen Bevölkerung

Altersgruppe	Deutsche	Ausländer <sup>1</sup>
unter 4 Jahre	6,4	6,8
4 bis unter 7 Jahre	79,8	79,1
7 bis unter 9 Jahre	18,4	18,3

Eigene Berechnung nach Angaben des SOEP. - <sup>1</sup> Personen in Haushalten mit Ausländern.



<sup>18</sup> Trotz des ebenfalls makro-ökonomischen Ansatzes und einer Querschnittsbetrachtung kommt Miegel (1984) aufgrund einer selektiven Vorgehensweise (neben der Sozialversicherung nur monetäre Transfers, wie Kindergeld und Sozialhilfe) zu dem Ergebnis, dass Ausländer insgesamt eine Belastung für die öffentlichen Haushalte darstellen.

haltstatus<sup>19</sup>, welche jedenfalls im Allgemeinen eine eher zurückhaltende Inanspruchnahme von gruppenspezifischen Leistungen des Staates bedeuten. Mit einer stärkeren Integration der Zuwanderer dürften sich ihre diesbezüglichen Verhaltensmuster denen der Einheimischen und der schon länger ansässigen Immigranten annähern.

Die (revidierte) Querschnitts-Bilanz könnte noch ergänzt werden durch den Zufluss an Humankapital durch die Zuwanderung von Arbeitskräften, das nicht im Inland gebildet werden muss. Kommen z.B. pro Jahr 50 000 Personen nach Deutschland mit Abschlüssen, die nach den hiesigen Wertverhältnissen und gemessen an den privat aufgewendeten Kosten 25 000 € „wert“ wären, bedeutete dies einen jährlichen Zufluss an Humankapital in Höhe von 1,25 Mrd. €; er summierte sich innerhalb von 15 Jahren auf fast 20 Mrd. €. Dieser *brain drain* aus der Sicht der Abwanderungsländer bedeutet 75 % der jährlichen Bildungs- und Wissenschaftsausgaben, die in Deutschland von öffentlichen Haushalten und der Wirtschaft im Hochschulbereich ausgegeben werden.

Zusammenfassend ist also hervorzuheben, dass – anders als bei Sinn et. al und bei Birg dargestellt – Zuwanderer im Saldo der von ihnen gezahlten Steuern und Abgaben sowie der von ihnen bezogenen Leistungen des Staates bei einer Querschnittsbetrachtung für das Jahr 1997 die Einheimischen von fiskalischen Kosten entlasten, sie selbst einen Gewinn für die öffentlichen Budgets darstellen.

### 3. Längsschnittbetrachtungen

Die präsentierten Ergebnisse zu jährlichen Nettofiskaleffekten der Zuwanderer liefern nützliche „Schnappschüsse“ der finanzwirtschaftlichen Konsequenzen der Immigration und der damit verfolgten Zuwanderungspolitik in der Vergangenheit. Die weiterführende Interpretation dieser Ergebnisse im Hinblick auf die fiskalischen Effekte zukünftiger Zuwanderungen wirft im Prinzip zwei Probleme auf. Zum einen bildet jeder Schnappschuss eine gegebene Zuwanderungskohorte nur zu einem einzigen Zeitpunkt ab, kann also ihren Gesamtbeitrag über den Lebenszyklus hinweg nicht reflektieren. Nur im recht unwahrscheinlichen Fall, dass die Altersstruktur im Augenblick des Schnappschusses die Altersstruktur zu jedem zukünftigen Zeitpunkt widerspiegelt, ließe der Querschnitt einen direkten Rückschluss auf den Kohortenbeitrag zu. Diesem Problem begegnet die sog. Generationenbilanzierung durch die Verknüpfung von Projektionen zur zukünftigen Altersstruktur mit den aus dem Querschnitt geschätzten Lebenszyklusprofilen von Beiträgen zum Staatshaushalt und den daraus empfangenen Leistungen. Einen teilweisen Schritt in diese Richtung unternimmt das Konzept der impliziten Steuer in Sinn et al. (2001), allerdings – wie bereits ausgeführt – nur für einen Ausschnitt künftiger fiskalischer Effekte.

---

<sup>19</sup> Nur etwa 11 % der Ausländer in Deutschland hatten am 31.12.2001 eine *Aufenthaltsberechtigung*, die im Rahmen des Ausländergesetzes den besten und sichersten Aufenthaltsstatus darstellt. Die Vorstufe eines verfestigten Status realisierten weitere 27 % mit einer *unbefristeten* Aufenthaltserlaubnis. Sie *kann* unter bestimmten Voraussetzungen nach fünf Jahren im Besitz einer *befristeten* Aufenthaltserlaubnis erteilt werden; letztere haben 23 % der Ausländer in Deutschland. Somit sehen sich mindestens vier Zehntel der Ausländer einem weitgehend ungefestigten Aufenthaltsstatus gegenüber.

Zum anderen ist die Zusammensetzung zukünftiger Zuwanderungskohorten im Hinblick auf Ausbildung und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht unbedingt deckungsgleich mit der augenblicklichen Struktur der Zuwanderungsbevölkerung. Im Gegenteil, es wäre gerade das Ziel einer rationalen Zuwanderungspolitik, den zukünftigen Zustrom hinsichtlich dieser Charakteristika zu steuern. Querschnitts- und Längsschnittbetrachtungen, die in ihrer Bestandsaufnahme nicht auf Strukturmerkmale konditionieren, können dazu natürlich recht wenig sagen.

In diesem Abschnitt werden die Studien von Roodenburg et al. (2003) für die Niederlande und von Bonin (2001, 2002) für Deutschland vergleichend diskutiert. Im Mittelpunkt dieser Längsschnittanalysen steht der Saldo der im Lebensablauf von den Zuwanderern im Zielland erbrachten persönlichen Beiträge zur Finanzierung der jeweiligen staatlichen Leistungen im Vergleich zu den von der öffentlichen Hand erhaltenen Leistungen und in Anspruch genommenen öffentlichen Gütern. Die Generationenbilanzierung wird neben diesen Studien auch bei Smith/Edmonston (1997: 297ff.) verwendet. Unsere grundsätzliche methodischen Kritik an den im vorigen Abschnitt diskutierten Querschnittsstudien – die völlige Ignoranz verbleibender statistischer Unsicherheit – trifft leider auch auf diese Studien zu.

### 3.1. Ergebnisse von Roodenburg et al.

Roodenburg et al. (2003) analysieren für die Niederlande die ökonomischen Mechanismen und Effekte, die aufgrund von Zuwanderung zu erwarten sind. Ihr methodischer Ansatz der Generationenbilanzierung ist prospektiv, aber die Ergebnisse der Politik in der Vergangenheit werden berücksichtigt und bewertet. Die Arbeit verfolgt das vorrangige Ziel, Informationen zu gewinnen, die nützlich und notwendig erscheinen, um die Zuwanderungspolitik und damit verbundenen Politikbereiche in der Zukunft zu formulieren. Da sich die Studie hauptsächlich auf den Einfluss der Zuwanderung auf die holländische Wirtschaft, nicht jedoch auf nicht-wirtschaftliche Effekte konzentriert, leistet sie nach Einschätzungen der Autoren selbst jedoch nur einen begrenzten Beitrag zur Immigrationsdebatte und zur Formulierung zukünftiger Immigrations- und Integrationspolitiken in den Niederlanden.

#### 3.1.1. Arbeitsmarkt

Folgende Schlussfolgerungen werden aus den empirischen Ergebnissen der Untersuchung zu den Auswirkungen der Immigration auf den Arbeitsmarkt gezogen:

- Das Sozialprodukt steigt an, aber dieser Anstieg kommt weitgehend den Immigranten selbst in Form von Löhnen zu gute.
- Der Nettogewinn für die Ansässigen ist wahrscheinlich relativ klein und mag auch negativ sein.

- Das Ausmaß der Umverteilung zugunsten der Migranten und zulasten der Einheimischen ist spürbar.
- Je stärker die Qualifikationsstruktur der Immigranten von der der Einheimischen nach unten abweicht, umso größer stellt sich die Umverteilung zwischen den Einwohnern dar.
- Ansässige mit vergleichbaren Fähigkeiten wie die Immigranten gehören zu den Verlierern.
- Einheimische mit komplementären Fähigkeiten sind in längerer Frist die Gewinner der Zuwanderung.
- Kapitaleigner gewinnen schon in der kurzen Frist, in der längeren Frist verringern sich die Gewinne und tendieren gegen Null.
- Aufgrund von unvollkommenen Arbeitsmärkten resultieren aus den Zuwanderungen zwar keine negativen Einkommenseffekte für ansässige Arbeitnehmer. Stattdessen ergeben ungünstige Beschäftigungsperspektiven und -wirkungen, m.a.W. die Arbeitslosigkeit steigt in Folge der Immigration, während die Löhne und Gehälter kaum berührt werden<sup>20</sup>.

### 3.1.2. Öffentliche Finanzen

Die Auswirkungen der Immigration auf die öffentlichen Finanzen werden mit Hilfe von Berechnungen der Nettobeiträge der Zuwanderer im Lebensablauf und ihrer Effekte auf zukünftige Budgetsalden abgeschätzt. Daraus lassen sich nach Auffassung der Autoren folgende Schlussfolgerungen ableiten:

- Die fiskalischen Auswirkungen hängen im Wesentlichen vom Alter und anderen sozioökonomischen Charakteristika ab, mit denen die Immigranten nach Holland zuwanderten. Unter diesen Merkmalen spielte die Arbeitsmarktperformance eine wesentliche Rolle. Die Ergebnisse sind am günstigsten für Einwanderer, die im Alter von etwa 25 Jahren zuwandern und sich gut damit am Arbeitsmarkt behaupten.
- Alle anderen Altersgruppen von Zuwandern scheinen nach den vorgelegten Ergebnissen eine Belastung für die öffentlichen Finanzen zu sein, wenn die sozioökonomischen Merkmale der Zuwanderer mit denen der schon ansässigen Immigranten aus sog. „Non-Western-Countries“ – vor allem türkische, marokkanische sowie andere afrikanische und Zuwanderer aus Lateinamerika und aus Asien mit Ausnahme von Japan und Indonesien – korrespondieren. Da

---

<sup>20</sup> Zu den Ergebnissen der Arbeitsmigration in die Niederlande vgl. auch Doornik 2003, 93ff., zum Bildungserfolg der zweiten Generation van Ours/Veenman 2003: 739ff.

diese Immigranten ebenfalls die öffentlichen Haushalte im Schnitt belasten, werden die Budgetsalden negativ berührt.

- Der negative Durchschnittsbetrag dieser Immigranten ist offenbar nicht vollständig das Ergebnis einer mangelnden Integration in den Arbeitsmarkt. Die Autoren weisen auch darauf hin, dass das Ergebnis teilweise auch dem großzügigen holländischen Sozialleistungssystem und anderen kollektiven Arrangements geschuldet ist (s.u.).
- Einwanderer, die sich besser auf dem Arbeitsmarkt behaupten als der durchschnittliche Holländer, entlasten die öffentlichen Finanzen über einen weiten Bereich von Altersgruppen. Entsprechend würde ein solcher Zufluss von Zuwanderern die Budgetsalden der Haushalte positiv beeinflussen.
- Die Ergebnisse deuten für Holland darauf hin, dass Zuwanderung in der beobachtbaren Form und Struktur keinen größeren Beitrag zur Entlastung der öffentlichen Finanzen leisten kann. Sie stellt damit auch keinen Beitrag dar zur Entlastung der einheimischen Bevölkerung bei den zunehmenden Kosten der ihrer Alterung.
- Je stärker die Bevölkerungsdichte aufgrund von Zuwanderung zunimmt, umso stärker dürften wahrscheinlich die ökonomischen Skaleneffekte aufgewogen werden durch negative externe Wirkungen, die mit solchen Phänomenen verbunden sind wie zunehmenden Verkehrsstaus, Umweltbelastungen sowie einem „Verlust an offenen Raum, Landschaft und Natur“.

### 3.2. Politische Implikationen

Die niederländische Regierung sieht sich nach Ansicht von Roodenburg et al. genauso wie die anderer westeuropäischer Länder einem ständigen Druck von Seiten potentieller Zuwanderer einerseits und entsprechenden Interessengruppen, wie z.B. von Arbeitgebern, andererseits ausgesetzt, den Arbeitsmarktzugang für Immigranten zu öffnen. Aus nationaler Perspektive stelle sich die Frage, wie mit diesem Immigrationsdruck umzugehen sei, um Verluste für das Zuwanderungsland zu vermeiden und wenn möglich sogar Gewinne aus der Zuwanderung zu realisieren. Eine notwendige Bedingung dafür dürfte nach Auffassung der Autoren sein, dass sich Zuwanderer nicht zu stark auf die gegebenen Sozialleistungs- und Wohlfahrtseinrichtungen und -angebote verlassen. Sie werben daher für eine selektive Zuwanderungspolitik mit Rücksicht auf das wirtschaftliche Potential der Immigranten, nicht zuletzt, da andere Länder in der EU bessere Ergebnisse bei der Beschäftigungsbeteiligung der Immigranten vorwiesen. Darüber hinaus sehen sie für die Integrationspolitik eine wichtige Rolle. Diese Vorschläge betreffen mehrere relevante Gruppen von potenziellen Zuwanderern.

### 3.2.1. Familienzusammenführung und Asyl

Roodenburg et al. (2003: 26ff.) machen darauf aufmerksam, dass Familienzusammenführung und Asylgewährung – zusammen genommen – in den vergangenen Jahren den Großteil der Zuwanderung in die Niederlande – wie auch nach Deutschland (s.o.) – ausmachen. Ökonomische Kriterien spielten bei der Zulassung dieser Immigration keine wesentliche Rolle; sie beruhte weitgehend auf gegebenen nationalen Regelungen, internationalen Vereinbarungen und humanitären Verpflichtungen. Abgesehen von der Zuwanderungsentscheidung könnte die wirtschaftliche Selbstversorgung und -verantwortung dieser Immigranten nach Holland durch Einführung strengerer Anreize – finanzieller Art und durch entsprechende Gesetze – verbessert werden.

### 3.3.2. Arbeitsmigration

Eine erhebliche bevölkerungspolitisch motivierte Zuwanderung von Arbeitskräften ist – zumindest, wenn sich deren Zusammensetzung nicht deutlich verändert – nach der holländischen Studie nicht effektiv, um die finanziellen Auswirkungen der demographischen Herausforderungen abzufedern, weil von einer solchen Zuwanderung keine positiven Arbeitsmarkteffekte erwartet werden könnten. Allerdings könnte ein gewisses Ausmaß an Arbeitsmigration günstig für den Arbeitsmarkt sein, wenn Zuwanderer ein hohes ökonomisches Potential aufwiesen und Bedarfe auf dem Arbeitsmarkt decken könnten.

Das gegenwärtige System der Arbeitsmarktmigration in den Niederlanden erlaubt es Arbeitgebern, die keine geeigneten Arbeitskräfte für freie Stellen im Inland oder innerhalb der Europäischen Union finden, auf einer temporären Basis Arbeitskräfte von außerhalb der EU zu beschäftigen. Roodenburg et al. (2003: 15) verweisen darauf, dass vielfach vorgeschlagen wird, von den sogenannten klassischen Einwanderungsländern, wie von Australien, Kanada und von den Vereinigten Staaten, zu lernen, die im stärkeren Ausmaß sogenannte Quoten- oder Punktesysteme oder eine Kombination von beiden verwenden (Papademetriou (2003, 19ff.), Martin (2003, 51ff.)). Obgleich diese Systeme bessere Möglichkeiten eröffnen, eine selektive Zuwanderungspolitik nach Arbeitsmarktkriterien und -anforderungen zu praktizieren, beinhalteten auch Risiken für den Wohlfahrtsstaat.

Sie schwächen die Anreize für die Arbeitgeber, nach solchen einheimischen Arbeitskräften zu suchen und solche einzustellen, die arbeitslos sind und ggf. Transferleistungen bei Arbeitslosigkeit beziehen. Mehr noch, anders als in dem System, das gegenwärtig in den Niederlanden vorherrscht, besteht dort aufgrund des Quoten- und Kriteriensystems keine Garantie, dass zugelassene Zuwanderer Jobs finden und behalten. Allerdings sind die Sozialleistungssysteme und Wohlfahrtseinrichtungen in den genannten traditionellen Einwanderungsländern mit einer Beanspruchung der Wirtschaftleistung von nur 20 % z.B. in den USA weniger generös ausgestaltet, als dies in den Niederlanden der Fall ist. Deshalb ist es rational, dass diese Länder ein Punkte- bzw. Quotensystem einer Zuwanderungspolitik

präferieren, während für Holland ein System der Zuwanderungssteuerung angemessener und geeigneter erscheint, was stärker auf eine konkrete Nachfrage nach Zuwanderern abzielt.

### 3.2.3. Europapolitik

Seit dem Amsterdamer Vertrag von 1997 verfolgt die Europäische Union tendenziell die Richtung einer gemeinsamen Asyl- und Zuwanderungspolitik. Was die Arbeitsmigration angeht, ist die Position der holländischen Regierung dadurch charakterisiert, dass Zuwanderung keine geeignete politische Antwort auf die Alterung der Bevölkerung in den Niederlanden darstelle. Diese dezidierte Position werde gestützt durch Ergebnisse von aktuellen Studien. Auf der anderen Seite halte die Europäische Kommission daran fest, dass Zuwanderung mit Blick auf die demographischen Herausforderungen wünschenswert sei. Andere Länder in der europäischen Gemeinschaft mögen mit dieser Sicht und Politik der Kommission übereinstimmen. Dies mag insbesondere zutreffen auf Länder, die sich einer besonders starken Alterung ihrer Bevölkerungen in den nächsten Dekaden in Kombination mit einer nicht-nachhaltigen Finanzierung ihrer Altersversicherungssysteme vorwiegend auf dem Wege über ein traditionelles Umlageverfahren gegenübersehen.

### 3.3. Zur Übertragbarkeit der holländischen Fiskalergebnisse auf Deutschland

Die Übertragung der Resultate der niederländischen Studie auf Deutschland verbietet sich zum einen wegen des auch hier wie bei Sinn et al. (2001) und bei Birg (2002) inzidenztheoretisch problematischen und von Kostenersparnissen für die ansässige Bevölkerung abstrahierenden Durchschnittskostenansatzes. Dies gilt gerade im Hinblick auf die auch Holland beträchtlichen Staatsausgaben für rein öffentliche Güter, wie allgemeine öffentliche politische Verwaltung<sup>21</sup>, Verteidigung oder den staatlichen Schuldendienst.

---

<sup>21</sup> Gerade diese beanspruchten im Jahr 2000 in den Niederlanden pro Kopf wegen der relativ kleinen Bevölkerung von insgesamt 16 Mill. Einwohnern mit 10% des Sozialprodukts mehr fiskalische Ressourcen als in einem Gemeinwesen wie Deutschland mit fast 83 Mill. Einwohnern (6,6%). Vgl. zu den „Kosten der Kleinheit“ den Sammelband von Junkernheinrich (Hrsg.) 2004, insbesondere die Artikel von Micosatt und Junkernheinrich (2004, 231ff.), von Seitz (2004, 137ff.) und von v. Loeffelholz und Rappen (2004: 207ff.).

**Tabelle 5: Sozialleistungen, öffentliches Güterangebot und Staatsausgaben insgesamt in den Niederlanden und in Deutschland 1965 – 2004, in % des BIP**

	1965	1985	1990	1995	1996	1998	2000	2004*
	Sozialleistungen (Sozialleistungsquote)							
Deutschland	17,4	28,4	25,4	29,6	29,9	29,3	29,5	29
Niederlande	16,9	31,7	31	31,5	30,1	28,4	27,4	27
	Angebot öffentliche Güter							
Deutschland	13,3	18,8	19,9	19,7	19,7	19	17,7	19,4
Niederlande	18,1	24	21,8	24,9	19,2	18,8	17,6	16,4
	Staatsausgaben insgesamt (Staatsquote)							
Deutschland	30,7	47,2	45,3	49,3	49,6	48,3	47,2	48,4
Niederlande	35	55,7	52,8	56,4	49,3	47,2	45	43,4



Eigene Berechnungen nach amtlichen Angaben. – \* Schätzung.

**Tabelle 6: Struktur der Sozialleistungen in der EU 15 nach Funktionen**  
2000; in Mrd. € bzw. in %

EU-Land	Leistungen insges. in Mrd. €	davon in %									
		Krankheit/- Gesundheit	Invaldität	Alter	Hinterblie- bene	Familie Kinder	Arbeits- losigkeit	Wohnen	gegen soziale Ausgrenzung u.ä.		
B	66,08	25,1	8,7	33,5	10,3	9,1	11,9	0	1,4		
DK	43,20	20,2	12	38	0	13,1	10,5	2,4	3,7		
D	<b>598,85</b>	<b>28,3</b>	<b>7,8</b>	<b>40,6</b>	<b>1,6</b>	<b>10,6</b>	<b>8,4</b>	<b>0,7</b>	<b>1,9</b>		
F	421,74	29,1	5,8	38,1	5,9	9,6	6,9	3,1	1,4		
GR	31,94	26,6	5,1	46,1	3,3	7,4	6,2	3,1	2,2		
UK	418,54	25,9	9,5	43,5	4,2	7,1	3,2	5,7	1		
IR	14,52	41,2	5,3	19,5	5,9	13	9,7	3,3	2,2		
I	294,08	25	6	52,7	10,7	3,8	1,7	0	0,1		
L	4,41	25,2	13,7	36,9	3	16,6	3,3	0,3	0,9		
NL	<b>110,42</b>	<b>29,3</b>	<b>11,8</b>	<b>37</b>	<b>5,4</b>	<b>4,6</b>	<b>5,1</b>	<b>1,5</b>	<b>5,3</b>		
P	26,10	30,6	13	38,3	7,3	5,5	3,8	0	1,5		
E	122,40	29,6	7,6	42,1	4,2	2,7	12,2	0,9	0,7		
S	80,33	27,1	12	36,9	2,2	10,8	6,5	2,1	2,4		
SF	32,76	23,8	13,9	31,8	4	12,5	10,4	1,5	2		
A	59,41	26	8,2	38,4	9,9	10,6	4,7	0,4	1,8		

Eigene Berechnungen nach amtlichen Angaben von EUROSTAT.

Zum anderen unterstreichen Roodenburg et al. (2003: 8) die ausgeprägtere Generosität des holländischen Sozialleistungssystems im Allgemeinen und der staatlichen Alters- incl. der Invalidenversicherung im Besonderen, wie sie im Vergleich zu Deutschland bis Mitte der neunziger Jahre in den vorstehenden Tabellen 5 und 6 zum Ausdruck kommt. Sie schreiben: "A further reason lies in the more developed welfare state in the Netherlands and the larger use of it by immigrants" (S. 78).

Weiter fügen sie die noch drei weitere Gründe hinzu, die eine Übertragung ihrer Ergebnisse auf die Bundesrepublik verhindern: Erstens, das Grundrentensystem in den Niederlanden gegenüber der beitragsbezogenen Alterssicherung in Deutschland (BMA 1997: 74ff.). Zweitens, die holländischen Zuwanderer erreichen im Gegensatz zu denen in Deutschland nicht die „minimum labour market performance“, die erforderlich ist, um positive Beiträge zu den öffentlichen Finanzen zu leisten. Und drittens, in der Analyse für die Niederlande werden die Kosten für die dominant kollektiven Staatsleistungen nach dem oben kritisierten Durchschnittskostenansatz nicht – wie bei Sinn et al. (2001) und Birg (2002) – gleichmäßig auf alle Einwohner (Einheimische und Zuwanderer) verteilt, sondern nur auf die, die tatsächlich Beiträge zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung leisten. Damit konzentriert die Studie die (Durchschnitts-) Kosten für das reale staatliche Leistungsangebot in inzidenztheoretisch problematischer Weise auf die Erwerbstätigen in Abhängigkeit von ihrer Stellung am Arbeitsmarkt.

### 3.4. Generationenbilanzen für Deutschland

Bonin fragt in seinen Analysen der Generationsbilanzierung (2001: 145ff. 2002, 224ff.)<sup>22</sup>, in welchem Umfang Zuwanderung langfristig dazu beiträgt, die fiskalischen Belastungen der einheimischen Bevölkerung zu verringern.

---

<sup>22</sup> Zu den methodischen und statistischen Grundlagen sowie zu den Parameterschätzungen im Rahmen der Generationenbilanzierung, aber auch zu den Grenzen der Analyse vgl. Bonin (2001), 129ff. Vor allem ist auch der prospektive Charakter der Bilanzierung zu berücksichtigen, die von einem Ausgangspunkt an – bei Bonin 1996 – nur die zukünftigen Beiträge zum Staatshaushalt und Leistungen daraus betrachtet, nicht jedoch die schon in der Vergangenheit von den Zuwanderern aufbrachten Abgaben und bezogenen Leistungen. Zu den Stärken und Schwächen der Generationenbilanzierung hinsichtlich der Zurechnungsprobleme beim Altersprofil (zu den allgemeinen Problemen der altersspezifischen Inzidenz der Staateinnahmen und -ausgaben siehe Griske 1978 und von Loeffelholz 1979) und der Interpretationsprobleme der Generationenkonto vgl. den Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2001), 32. Der Beirat betont in Bezug auf den prospektiven bias: „Es .... werden Generationenkonto ... erstellt, die aber nur die Nettobelastungen oder -begünstigungen aus dem "Restlebenszyklus" enthalten. Sie sind weder untereinander noch mit dem Generationenkonto der im Basisjahr geborenen Generation vergleichbar, sondern bieten eher einen Einblick in das einfach in die Zukunft fortgeschriebene altersspezifische Profil der staatlichen Einnahmen und Ausgaben“. Insofern unterschätzen sie die Beiträge der Zuwanderer die als Arbeitsmigranten im Zuge der Anwerbephase bis 1973 in die Bundesrepublik kamen.

Zunächst zeigt er, dass die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik in Deutschland derzeit nicht gewährleistet ist. Ohne Zuwanderung beträgt die Nachhaltigkeitslücke, die bei Fortführung der gegenwärtigen Einnahmen- und Ausgabenniveaus kumuliert wird, gut 6 % des künftigen BIP pro Jahr. D.h., z.B. auf 2010 bei einer jahresdurchschnittlichen Steigerungsrate des laufenden BIP von 4 % bezogen, ist die Lücke fast 165 Mrd. € bzw. ca. 2000 € pro Kopf der (deutschen und ausländischen) Bevölkerung. Dies bedeutet, dass der jährliche primäre Saldo der öffentlichen Haushalte sofort und für alle Zukunft durch Steuer- oder Beitragserhöhungen und oder Ausgabeneinsparungen von 6 % des BIP verbessert werden müsste, um die Zahlungsfähigkeit des Staates langfristig zu sichern.

Werden Steuererhöhungen bzw. Ausgabeneinsparungen zur Finanzierung der Nachhaltigkeitslücke gleichmäßig bei allen nach dem Ausgangsjahr – bei Bonin 1996 – geborenen Generationen vorgenommen, führt dies zu einem erheblichen Ungleichgewicht der Steuerlasten. Künftige Geburtskohorten sind mit einem um 67,4 Prozentpunkte höheren Durchschnittssteuersatz auf ihre Erwerbseinkommen belastet als die im Ausgangsjahr Geborenen. Wird die Anpassungslast dagegen in Form einer Pauschalsteuer an alle Generationen weitergegeben, ist auf der Basis des Jahrs 1997 ein Steuersatz von 1 300 € pro Kopf und Jahr erforderlich. Bonin (2001: 146f.) verweist darauf, dass dieses Ergebnis einer erheblichen Nachhaltigkeitslücke als Folge des gesellschaftlichen Alterungsprozesses und der Folgekosten der Wiedervereinigung seit Gokhale/Raffelhüsch/Walliser (1995) ein etabliertes Resultat der Generationenbilanzierung ist.

Der Autor betont die „substantielle“ Verbesserung der langfristigen fiskalischen Tragfähigkeit durch Migration. Bei einem Zustrom von (netto) 200 000 (ausländischen) Einwanderern, wie er als expansivste Variante in den Projektionen der von ihm verwendeten 9. Koordinierten Bevölkerungsvorausschätzungen des Statistischen Bundesamts von 2000 und in der 10. von 2003 als eine der „mittleren“ Varianten unterstellt ist<sup>23</sup>, fiel die Nachhaltigkeitslücke um ein Sechstel auf 5 % des BIP, was ca. 25 Mrd. € p.a. entspricht; damit werden die im vorstehenden Kapitel präsentierten Querschnittsergebnisse zu den fiskalischen Entlastungen der Einheimischen durch Zuwanderungen um 1 % des Sozialprodukts bestätigt. Noch deutlicher seien die Gewinne der inländischen Bevölkerung aus Migration, wenn man die Veränderungen der individuellen Finanzierungslasten zur Deckung der Nachhaltigkeitslücke betrachte. Verglichen mit einer Situation ohne Wanderungen nimmt die Steuerlast der betroffenen Jahrgänge, wenn die Nachhaltigkeitslücke allein auf künftige Generationen verteilt wird, um 24 Prozentpunkte ab. Absolut erhöhen sich damit die Konsummöglichkeiten um 125 700 DM pro Kopf. Wird alternativ die notwendige Steuererhöhung pauschal auf alle Generationen verteilt, steigt das Einkommen nach Steuern der inländischen Bevölkerung bei mittlerer Zuwanderung um 400 DM pro Kopf und Jahr.

---

<sup>23</sup> Erinnerung sei an die obige Feststellung, dass zwischen 1955 und 2002 jährlich im Saldo 400 000 deutsche und ausländische Zuwanderer in die Bundesrepublik kamen, darunter 125 000 Ausländer.

Der Zuwanderungsgewinn für die Einheimischen ist positiv und groß sowie nach den von Bonin vorgelegten Ergebnissen für einen weiten Bereich sinnvoller Wachstums- und Diskontfaktoren robust. Für Wachstumsraten zwischen 1 und 2 % und Diskontraten zwischen 4 und 6 % schwankte der Zuwanderungsgewinn der Inländer zwischen 98 600 DM und 185 200 DM bei Verteilung auf künftige Generationen, und von 200 DM bis 620 DM pro Kopf und Jahr bei Verteilung auf alle Generationen. Migration allein kann erwartungsgemäß die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik jedoch nicht herstellen. Selbst bei einer den Bevölkerungsbestand erhaltenden Zuwanderung verbleibt eine Nachhaltigkeitslücke von 4,3 % des jährlichen BIP.

Die vorgelegten Ergebnisse zur Generationenbilanzierung bekräftigen die erhebliche Bedeutung von Immigration für die langfristige Tragfähigkeit der Finanzpolitik in Deutschland. Bei Fortführung der gegenwärtigen Finanzpolitik entsteht eine beträchtliche intertemporale Finanzierungslücke selbst dann, wenn der Bevölkerungsrückgang durch Zuwanderung langfristig aufgehalten wird. Der ungedeckte intertemporale Ausgabenüberschuss des Staates erfordert eine merkliche Erhöhung der Nettosteuerlasten (öffentliche Abgaben minus Leistungen) heutiger oder künftiger Generationen.

Die Gewinne der inländischen Bevölkerung aus Zuwanderung sind nach Bonin beträchtlich, wenn man die Nettosteuerzahlungen der heute in Deutschland lebenden Migrantenvölkerung als Referenz heranzieht. Bei jährlicher Zuwanderung von 200 000 Personen netto weist die Generationenbilanzierung für die einheimische Bevölkerung einen Wanderungsgewinn von 400 DM pro Kopf und Jahr aus. Diese positive fiskalische Externalität, die sich wiederum auf die o.g. gesamtwirtschaftliche Größenordnung von 30 Mrd. DM p.a. summiert, speist sich aus zwei Quellen. Zum einen gewährleistet die vorteilhafte demographische Struktur der Zuwanderer, die in Altersgruppen am Beginn des Erwerbslebens konzentriert sind, dass die Zahlungen der Migranten zum Staatshaushalt über ihren Lebenszyklus im Aufnahmeland im Durchschnitt selbst dann positiv sind, wenn man einen wanderungsbedingten Anstieg des Staatsverbrauchs dagegen aufrechnet<sup>24</sup>. Die Altersstruktureffekte gleichen die im Vergleich zur deutschen Bevölkerung geringeren Nettosteuerzahlungen der Zuwanderer bei weitem aus.

Zum anderen erhöht Einwanderung die Zahl der Steuerzahler, auf die zur Tilgung der gegenwärtig bestehenden intertemporalen Verbindlichkeiten des Staates notwendige Einnahmenerhöhungen verteilt werden können. Damit wird das *zentrale Argument*

---

<sup>24</sup> Die oben in Bezug auf die personale Inzidenz der öffentlichen Güter im Querschnitt angeführten Vorbehalte gegen den Durchschnittskosten-Ansatz gelten natürlich auch hier. Bonin ist dabei in seinen beiden einschlägigen Arbeiten (2001; 2002) inkonsistent, wenn er in der früheren Arbeit offensichtlich einen Durchschnittskostenansatz favorisiert (2001: 143), in der späteren aber von den „marginalen Bereitstellungskosten öffentlicher Güter“ (2002: 227) spricht und fortfährt: „...verursachen Zuwandererkinder, die ihr gesamtes Leben in Deutschland verbringen, unter den Bedingungen der gegenwärtigen Finanzpolitik langfristig ein Budgetdefizit. Dies gilt allerdings auch für die Nachkommen der deutschen Bevölkerung. Diese Budgetdefizite tragen dazu bei, dass die aktuelle Finanzpolitik nicht nachhaltig ist“.

der früheren Arbeiten von Lamberts (1976) und von Loeffelholz (1991ff.) sowie das von Smith/Edmonston (1997) aufgenommen: Durch die Verbreiterung der Besteuerungsbasis sinkt die individuelle Steuerbelastung der inländischen Bevölkerung für die o.g. dominant kollektiven Leistungen des Staates und für (Transfer-) Ausgaben, die vom Zuzug und vom Aufenthalt von Zuwanderern unabhängig sind. Dieser indirekte demographische Effekt ist, in Abhängigkeit von der verfolgten Politik zur Wiederherstellung finanzpolitischer Nachhaltigkeit, auch nach der Einschätzung von Bonin (2001: 152) möglicherweise sogar bedeutsamer als der unmittelbare Finanzierungsbeitrag der Zuwanderer zum intertemporalen Staatsbudget.

Aus diesen Ergebnissen folgt, dass eine fiskalische Entlastung der einheimischen Bevölkerung solange anhält, wie sich die Nettosteuerzahlungen der Zuwanderer – vor allem aufgrund von zurückhaltender und unterproportionaler Inanspruchnahme von Sozialleistungen (in Bezug auf die Sozialhilfe vgl. Bauer 2002: 249ff.) und von gruppenspezifischen Leistungen – nur langsam auf das Niveau der Aufnahmegesellschaft zurückbildet und nicht die defizitbedingten Nettoausgabengewinne der Deutschen erreicht. Die Entscheidung für eine aktive Migrationspolitik, die eine Auswahl der Zuwanderungswilligen nach Qualifikation vornimmt und die rasche Integration der Einwanderer in den Arbeitsmarkt zur Reduktion ihrer Arbeitsmarktrisiken fördert, könnte daher erheblich zur Verbesserung der Nachhaltigkeit der Finanzpolitik in Deutschland beitragen.

#### **4. Indirekte fiskalische Effekte der Zuwanderung**

##### **4.1. Theoretische und empirische Vorbemerkungen aus arbeitsökonomischer Sicht**

Aus der Sicht des Arbeitsmarktes wirkt Zuwanderung als eine Ausweitung des Arbeitsangebots. Je nach dem, ob die Zuwanderer die Nachfrage ebenfalls beeinflussen, ergibt sich ggf. eine Ausweitung der Arbeitsnachfrage. Generell gilt aus arbeitmarkttheoretischer Sicht: Bei Zuwanderung verlieren beim Gedankenexperiment eines fix gehaltenen Outputs diejenigen Einheimischen, für die die Zuwanderer substitutiv sind, die also durch Migranten ersetzt werden (Schmidt et al. 1994, 185ff., von Loeffelholz, Köpp 1998; Bauer 2000). Es gewinnen aber diejenigen heimischen Produktionsfaktoren, deren Produktivkräfte durch Migranten ergänzt bzw. deren Produktivität erhöht wird, d.h. zu denen die Zuwanderer komplementär sind. Nach der konventionellen Argumentation kommt es für die Volkswirtschaft insgesamt zu einem Wohlfahrtsgewinn, der sich auch in den Kassen des Staates niederschlägt. Wenn die einheimischen Gewinner die ansässigen Verlierer kompensieren, kommt es zu einer Pareto-Verbesserung (OECD (ed.) 1997, 126f.), andernfalls differenziert sich die personelle (primäre *und* sekundäre) Einkommensverteilung.

Ungelernte Zuwanderer, wie sie in der bisherigen Migrationsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland dominierten, können sowohl Substitute zu einheimischen Arbeitskräften mit geringer Qualifikation als auch komplementär zu solchen mit höherer Qualifikation sein. Sie vermindern daher tendenziell das Lohnniveau von ansässigen un- und angelernten Arbeitern, das von qualifizierten Angestellten wird positiv beeinflusst (Zimmermann 1993; De New, Zimmermann 1994). Insoweit findet bei Zuwanderung relativ unqualifizierter Erwerbstätiger – ähnlich wie übrigens bei alternativen Importen von wenig anspruchsvollen Gütern aus den entsprechenden Herkunftsländern (Collins et al. 1997) – eine Umverteilung zulasten der einheimischen „Substitute“ statt, deren Lohnniveau tendenziell sinkt bzw. die bei mangelnder Lohnflexibilität nach unten arbeitslos werden, und zugunsten der „Komplemente“, deren Lohnniveau steigt und deren Beschäftigungssituation sich verbessert.

Im Falle von gut ausgebildeten Immigranten („Spezialisten“, wie die sog. *green-card* Beschäftigten seit 2000), die durch eine entsprechende Steuerung für den deutschen Arbeitsmarkt – wie übrigens auch verstärkt von anderen hochentwickelten Volkswirtschaften – angeworben werden, gelten im Grundsatz *mutatis mutandis* die gleichen Zusammenhänge: Auch hier sind die Immigranten i.a. Substitute für entsprechende ansässige Arbeitskräfte *und* potenziell Komplemente für solche mit anderen Qualifikationen. Für erstere verschlechtern sich die Verwertungsbedingungen für ihr Humankapital („Rendite“), für letztere verbessern sie sich – vor allem wenn Arbeitsplätze besetzt werden können, die aus Mangel an entsprechend qualifizierten Bewerbern bisher nicht besetzt werden konnten. Die Einkommensgewinne der ausländischen „Spezialisten“ gehen zu Lasten der heimischen Konkurrenten, und es findet – wie im o.g. Fall der Immigration von ungelerten Arbeitskräften – eine Umverteilung von den Ansässigen zu den Zugewanderten statt. Aber auch hier erfahren alle Einheimischen zusammen einen (Netto-) Wohlstandsgewinn, das Sozialprodukt steigt, die öffentlichen Finanzen verzeichnen zusätzliche Einnahmen.

Sind die Zuwanderer hinsichtlich ihrer qualifikatorischen, sektoralen u.ä. Struktur weitgehend identisch mit den ansässigen Arbeitskräften, wie dies z.B. bei den Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach dem Ende des II. Weltkriegs der Fall gewesen ist (von Loeffelholz, Köpp 1998), verlieren alle einheimischen Arbeitnehmer, und es kommt allein zu Wohlstandsgewinnen für die Kapitaleigner mit den entsprechenden fiskalischen Zusatzeinnahmen (*cet.par.*) – es sei denn, die Zuwanderer bringen so viel Kapital mit, dass die ursprüngliche Relation von Kapital und Arbeit und damit die jeweiligen Knappheiten der Faktoren unverändert bleiben. In diesem Fall steigt zuwanderungsbedingt das Sozialprodukt und die Staatseinnahmen, es gibt keine Verluste, aber auch keine Gewinne für die Arbeitskräfte, solange nicht das Kapital „auswandert“. In diesem Fall sinken Sozialprodukt, Beschäftigung sowie staatliche Einnahmen für den Fiskus und die Parafisci (Borjas 1995; Borjas et al. 1997).

Unter realistischen Annahmen über das Arbeitsangebot und die Produktivität zeigen die vorliegenden Untersuchungsergebnisse, dass die komplementären ansässigen

Arbeitskräfte von Zuwanderung stärker profitieren als die substitutiven verlieren; es verbleibt ein positiver Saldo für die ansässigen Arbeitskräfte (Smith/Edmonston 1997) und damit auch für die öffentlichen Kassen. Die bisher national und international ermittelten Lohneinbußen für die substitutiven Faktoren sind so gering (Hamermesh 1993; Friedberg/Hunt 1995; Bauer et al. 2004), dass gesamtwirtschaftlich von keinem nennenswerten Einfluss der Zuwanderer auf das Lohnniveau Einheimischer und insgesamt auf die Lohnstruktur gesprochen werden kann.

Nach Simulationen bei Bauer (2000) hat die Immigration erhebliche Auswirkungen auf die Einkommensverteilung. Kapitaleigner gewinnen stets durch die Zuwanderung von Arbeitskräften. Demgegenüber können die einheimischen Arbeitskräfte in Abhängigkeit von der Qualifikationsstruktur der Zuwanderer hohe Einkommensverluste erleiden. Nimmt man beispielsweise an, dass infolge der Zuwanderung gering qualifizierter Arbeitskräfte die Löhne soweit gesenkt werden, dass die Arbeitslosigkeit der einheimischen Bevölkerung konstant bleibt, würden die Einkommen gering qualifizierter einheimischer Arbeitnehmer um etwa 3 % sinken und die Einkommen qualifizierter einheimischer Arbeitskräfte um 0,5 % steigen.

Bei den genannten direkten Arbeitsmarkteffekte der Zuwanderung handelt es sich um Extremwerte, die tatsächlichen Wirkungen dürften aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rückkopplungseffekte zwischen diesen Extremfällen liegen. In den meisten Studien für die Vereinigten Staaten von Amerika werden keine oder nur geringfügige negative Effekte von Immigration für die Löhne und die Beschäftigung der einheimischen Bevölkerung festgestellt. Danach führt dort eine Erhöhung des Anteils der im Ausland Geborenen an den Erwerbstätigen um 10 % – z.B. von 7,9 auf 8,7 %, wie von 1990 bis 1995 – zu einer Verringerung der Löhne der einheimischen Arbeitskräfte um 1 % (Friedberg, Hunt 1995). Zum Vergleich: In (West-) Deutschland dauerte die Erhöhung von 8 % auf das derzeitige Niveau von 9 % von 1990 bis 1998<sup>25</sup>.

Für Deutschland wurden die höchsten Lohneffekte der Migration in einer Studie von De New und Zimmermann (1994) ermittelt. Allerdings müssen die Ergebnisse dieser Studie sehr zurückhaltend bewertet werden, da der von ihnen richtiger Weise verfolgte Ansatz der ökonometrischen Schätzung mit sog. Instrumentvariablen gegenüber der Wahl dieser Variablen sehr fragil ist und die hier eingesetzten Instrumente letztlich nicht überzeugen können. Danach ist ein Anstieg des Ausländeranteils an der Beschäftigung um einen %-Punkt mit einer Verringerung des durchschnittlichen Bruttomonatsverdiensts eines Arbeitnehmers um ca. 5 % bzw. etwa 100 € im Monat verbunden. Bauer (2000) hingegen kommt zum Ergebnis vergleichsweise vernachlässigbarer Verdrängungseffekte.

---

<sup>25</sup> Zwischen 1975 und 1987 ging der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer an allen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik vom bisherigen Allzeithoch von 11,2 % auf 7,5 % zurück (BMA 2003). Ursache dafür war nicht zuletzt die Familienzusammenführung nach dem sog. Anwerbestop 1973 (von Loeffelholz, Köpp 1998), die die Bundesregierung ab 1981 mit „Grundsätzen zur sozialverantwortlichen Steuerung des Familiennachzugs zu Ausländern aus Nicht-EG-Staaten“ flankierte (Heilemann et al. 2001).

Nach einer Studie zu den ökonomischen Auswirkungen der EU-Osterweiterung verringert eine Erhöhung des Ausländeranteils in Deutschland um einen %-Punkt über einen Zeitraum von fünf Jahren das Lohnwachstum der einheimischen Beschäftigten um 0,6 %-Punkte (Boeri, Brücker 2000). Danach wäre z.B. der Anstieg im Zeitraum von 1991 bis 1995 von knapp 23 % auf reichlich 22 % reduziert worden. Dies entspricht einer monatlichen Einbuße bei den durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommen von nur 20 DM (1995). Auch diese Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass gering qualifizierte Beschäftigte tendenziell mit höheren Einkommenseinbußen zu rechnen haben als qualifizierte Beschäftigte; insoweit ergeben sich auch nach diesen Untersuchungen spürbare Verteilungs- und Umverteilungsprobleme, die eine Herausforderung für die Sozialpolitik darstellen.

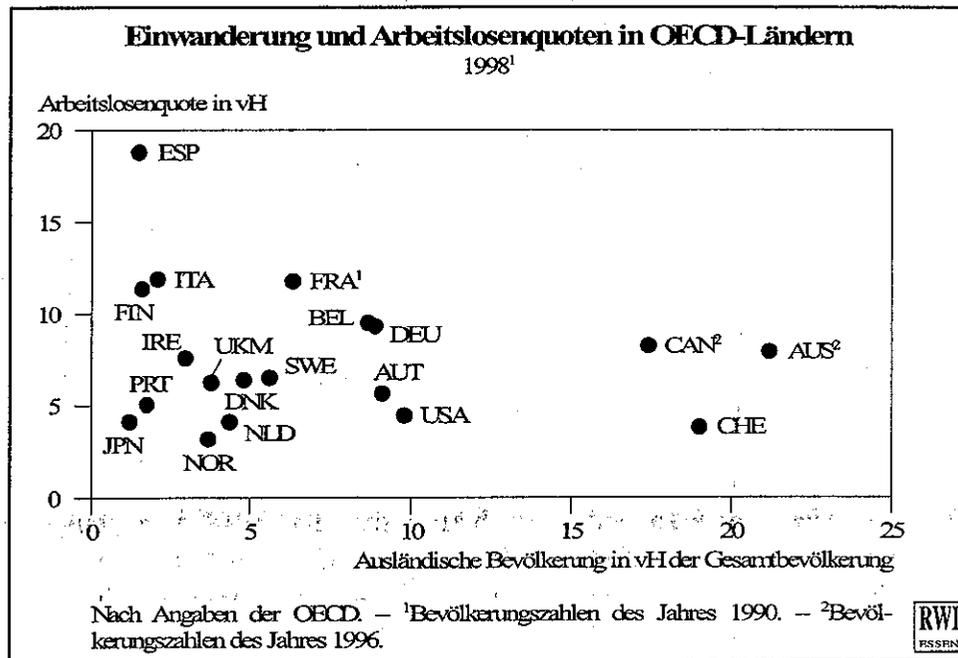
Was die Beschäftigungseffekte von Zuwanderungen angeht, deuten die vorliegenden empirischen Studien darauf hin, dass die Migration in Europa diesbezüglich nur äußerst geringe Verdrängungswirkungen und damit mögliche fiskalische Kostenerhöhungen durch eine gestiegene Arbeitslosigkeit hat. Insbesondere gibt es keine Hinweise darauf, dass Immigranten (länger) ansässige Arbeitskräfte verdrängen (Mühleisen, Zimmermann 1994; Pischke, Velling 1997); in Einzelfällen bzw. in Bezug auf frühere Immigrantengruppen, wie Aussiedler oder Ausländer, mag sich die Situation indes durchaus anders darstellen (von Loeffelholz, Köpp 1998).

Velling (1995) zeigt, dass die Gesamtzuwanderung von Erwerbspersonen (d.h. alle Zuwanderer einschließlich der Aus- und Übersiedler und der Pendler) von 1988 bis 1993 – eine Phase ungewöhnlich hoher Zuwanderung, als zusammen fast 5 Millionen Personen immigrierten und die Bevölkerung in (West-) Deutschland um 8 % zunahm (Gieseck et al. 1995: 693ff.) – nur einen Anstieg der (westdeutschen) Arbeitslosenquoten um durchschnittlich einen viertel %-Punkt zur Folge hatte; dies bedeutet, dass die tatsächliche Quote von 8,7 % (1988) durch die starke Zuwanderung bis 1993 – für sich genommen<sup>26</sup> – auf rund 9 % bzw. die Zahl der Arbeitslosen um 60 000 erhöht worden ist. Ähnlich gering stellen sich diese Effekte bei einer Erhöhung des Ausländeranteils an der Gesamtbeschäftigung um einen %-Punkt dar; dadurch erhöht sich die Wahrscheinlichkeit für einheimische Arbeitskräfte, arbeitslos zu werden, um etwa 0,2 %-Punkte (Boeri, Brücker 2000). Interessant erscheinen auch internationale Gegenüberstellungen von Ausländeranteilen an der jeweiligen Bevölkerung und gesamtwirtschaftlichen nationalen Arbeitslosenquoten. Dabei findet die weit verbreitete Erwartung schon durch den Augenschein keine Bestätigung, dass es hier einen gleichgerichteten Zusammenhang geben könnte (Schaubild 3).

---

<sup>26</sup> Diese Gegenüberstellung abstrahiert von den stark eingeschränkten Vergleichsmöglichkeiten wegen der Deutschen Einigung und des Einigungsbooms, der sich insbesondere in Westdeutschland auswirkte, wohin der Großteil der Zuwanderer strömte.

Schaubild 3: Einwanderung und Arbeitslosenquoten in OECD Ländern



Alle genannten Studien vernachlässigen indes *indirekte* Effekte der Zuwanderung für die Staatsbudgets, die aus ihren gesamtwirtschaftlichen Rückwirkungen resultieren. Barabas u.a. (1992) zeigen, dass diese tendenziell zu einer Erhöhung der fiskalischen Migrationsgewinne führen.

#### 4.2. Kurzfristige indirekte Wirkungen

Im folgenden werden am Beispiel der Zuwanderungen seit 1988 die wichtigsten indirekten Auswirkungen auf den kurzfristigen Wirtschaftsablauf aufgezeigt, bevor einige nachfrage- und angebotsseitige Überlegungen dazu angestellt werden, inwieweit wichtige Bestimmungsfaktoren des Wirtschaftswachstums längerfristig von der Zuwanderung insgesamt sowie von Zahl und Struktur der Immigranten beeinflusst werden. Als solche Determinanten des Wirtschaftswachstums, das seinerseits die Einnahmen- und Ausgabenmöglichkeiten des Staates bestimmen, werden über die gesamtwirtschaftliche Nachfrage hinaus quantitative und qualitative Aspekte des Arbeitsangebots, der technische Fortschritt sowie der Wettbewerb untersucht.

Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Zuwanderung für den Arbeitsmarkt und die öffentlichen Finanzen ergeben sich daraus, dass aufgrund der durch die Zuwanderung

gestiegenen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zusätzliche Einkommen der Unternehmen und der Arbeitnehmer entstehen. An der verstärkten Einkommensentstehung bzw. an der zusätzlichen Einkommensverwendung partizipiert der Staat in Gestalt höherer Einnahmen aus Verbrauchs- und Einkommensteuern sowie aus Sozialversicherungsbeiträgen. Die Partizipation ist aufgrund der Höhe der Staatsquote von traditionell etwa 50 % beträchtlich.

Mit ökonometrischen Modellrechnungen wurden für die Vergangenheit die genannten Wirkungen abgeschätzt (Barabas et al 1992: 133ff., Gieseck et al. 1995: 703ff.). Dabei wurden die gesamtwirtschaftlichen Implikationen der Immigration in sehr unterschiedlichen Konjunktur- und Arbeitsmarktlagen unterschieden. Auch diese im Folgenden skizzierten Schätzergebnisse unterliegen naturgemäß einer verbleibenden statistischen Unsicherheit, die angesichts der komplexen Datensituation erheblich sein kann.

In der Zeit von 1988 bis 1991 führten der sog. Einigungsboom und erhebliche Steuerentlastungen bei der Einkommensteuer (1988 und 1990) zu einer starken Expansion der Wirtschaftstätigkeit mit einer Reduktion der Zahl der (registrierten) Arbeitslosen um 540 000 Personen. In der Phase zwischen 1992 bis 1995 schwächte sich die Konjunktur vor allem in den alten Bundesländern erheblich ab. Insbesondere geriet der westdeutsche Arbeitsmarkt mit gegenüber 1991 jahresdurchschnittlich zusätzlich fast 900 000 Arbeitslosen immer stärker ins Ungleichgewicht und die Zahl der Arbeitslosen nahm von 1,69 Mill. Personen auf 2,56 Mill. (1995) zu.

In der Phase von 1988 bis 1991 stieg die Beschäftigung von Zuwanderern in Westdeutschland (einschließlich Übersiedler aus den neuen Bundesländern) im Durchschnitt um 1,1 Mill. Personen (4,1 % der Erwerbstätigen). Das Bruttosozialprodukt lag 1991 um 5 % höher als es ohne die Zuwanderung gewesen wäre. Der Staatsverbrauch war allerdings nur um 0,5 %-Punkte höher. Dieses Ergebnis stützt unser Argument, dass mit den Zuwanderungen offensichtlich nur geringe Grenzkosten für das Angebot an öffentlichen Gütern verbunden waren. Rein rechnerisch wäre die Arbeitslosenquote ohne die Zuwanderung im Jahr 1991 um 0,2 %-Punkte höher ausgefallen (60 000 Arbeitslose).

Das mit der Zuwanderung kräftigere wirtschaftliche Wachstum war mit entsprechend höheren Einkommen verbunden. Die Unternehmereinkommen waren 1991 um 8,4 %, die Arbeitnehmereinkommen um 4,2 % höher, als ohne Zuwanderung. Das Pro-Kopf-Einkommen ist freilich wegen der gestiegenen Bevölkerung im Durchschnitt fast unverändert geblieben. Die daraus resultierenden Steuer- und Beitragseinnahmen betragen 1991 insgesamt 50 Mrd. DM. Weiter ist zu berücksichtigen, dass die zunehmende Beschäftigung die Ausgaben der öffentlichen Hände für Lohnersatzleistungen reduzierte. Den genannten Mehreinnahmen und Minderausgaben des Staates standen zum einen Transfers an die Zuwanderer selbst in Höhe von schätzungsweise 16 Mrd. DM (1991) gegenüber. Zum anderen waren aber auch die Ausgaben des Staates für den Staatsverbrauch um etwa 20 Mrd. DM gewachsen. Alles in allem bedeutete die Zuwanderung von 1988 bis 1991 eine Entlastung der

öffentlichen Haushalte in Höhe von knapp 14 Mrd. DM (1991). Diese Zuwanderungswelle hat sich somit haushalts- und finanzwirtschaftlich günstig ausgewirkt.

Angesichts der Tatsache, dass zwischen 1992 und 1995 nur noch halb so viele Immigranten nach Westdeutschland kamen wie in den vier Jahren zuvor (jahresdurchschnittlich ca. 450 000 Personen - darunter jeweils etwa die Hälfte Aussiedler und Ausländer), sind die makroökonomischen und damit auch fiskalischen Effekte dieser Zuwanderungsphase nur noch halb so groß zu veranschlagen wie die der vorherigen Welle<sup>27</sup>. Dies gilt um so mehr, als mit Blick auf die sich konjunkturbedingt rapide verschlechternde Arbeitsmarktlage zu vermuten steht, dass die Erwerbspersonen unter den Immigranten, die reichlich die Hälfte der Zugewanderten ausmachten, d.h. ca. 200 000 Personen p.a., sich stärker als in der Vergangenheit (auch) auf dem sog. zweiten, informellen Arbeitsmarkt orientierten und dort eine oder auch mehrere geringfügige, sozialversicherungsfreie (Teilzeit-) Beschäftigungen aufgenommen haben dürften.

Die Bedeutung der Zuwanderung von 1992 bis 1995 für den gesamten westdeutschen Arbeitsmarkt von 32 Mill. Erwerbspersonen erscheint mit ca. 0,3 % p.a. ebenso vernachlässigbar wie die gesamtwirtschaftlichen Nachfrageeffekte der Transferzahlungen an die Zuwanderer, die zusammen nunmehr rund 6,5 Mrd. DM (1995) - darunter 5,5 Mrd. DM an Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz - und damit nur noch zwei Fünftel des Betrags von 1991 ausmachten, was insgesamt ebenfalls nicht mehr als 0,3 % des Privaten Verbrauchs erreichte. Somit können die damit verbundenen fiskalischen Effekte als vernachlässigbar eingestuft werden. Dies gilt noch mehr für diese indirekten Effekte zwischen 1996 und dem aktuellen Rand, als im Saldo zwischen Zu- und Abwanderungen jahresdurchschnittlich 175 000 Zuwanderer nach Deutschland kamen, darunter etwa die Hälfte Spätaussiedler.

#### 4.3. Längerfristige indirekte Implikationen der Zuwanderung

Langfristig führen demographische Expansionen zu größeren Märkten, zu höheren Investitionen und zu größerer Arbeitsteilung und verbessern die Voraussetzungen für Produktivitätssteigerungen (von Loeffelholz 1988, Bauer et al. 2004). Insbesondere verändern sich Struktur und die Intensität des Privaten Verbrauchs sowie der öffentlichen und privaten Investitionen. Insbesondere galt dies offenbar für die Vertreibungs- und Flüchtlingsphase nach dem 2. Weltkrieg, auch nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ und mit Blick auf die EU-Erweiterung (Prognosen künftiger Ost-West-Migration berichten Casanova et al. (2003), Fertig 2003, Fertig/Schmidt

---

<sup>27</sup> Diese Aussage gründet sich auf die Tatsache, dass die Modellreaktionen im RWI-Konjunkturmodell, die oben für die Zuwanderungsphase 1988 bis 1991 skizziert wurden, ebenso wie in anderen ökonomischen Modellen bei den gegebenen Impulsen praktisch symmetrisch und linear sind.

2000a, 2000b), was jeweils die Absatzaussichten und somit die Gewinn- und Investitionsperspektiven in einem günstigeren Licht erscheinen lassen. Inwieweit der sektorale Strukturwandel durch die Beschäftigung von Ausländern beeinflusst worden ist, kann nicht abschließend beurteilt werden. Einiges spricht dafür, dass die Unterbewertung der D-Mark in den sechziger Jahren die Export- und Industrielastigkeit der deutschen Wirtschaft erhöht und damit - bei gegebenen heimischen Erwerbspersonen (-potential) - den Bedarf an Arbeitsmigration verstärkt hat (vgl. Lamberts 1976, 99, sowie Giersch, Paqué und Schmieding 1994, 128ff.); die gestiegenen (Real-) Einkommen der Deutschen dürften indes auf eine Beschleunigung des Wandels im tertiären Sektor hingewirkt haben.

Hinsichtlich der angebotsseitigen ökonomischen Wirkungen der Zuwanderungen, d.h. ihre Effekte auf Höhe und Struktur des Arbeitsangebots, auf die Forschungs- und Innovationsaktivitäten und somit auf den technischen Fortschritt oder auf das „unternehmerische“ Potential in der Volkswirtschaft, sind definitive Aussagen kaum möglich. „Qualitative“ Indikatoren, wie Entwicklung der Anzahl der zuwandernden Erwerbspersonen mit Hochschulabschluss, Ausmaß der Forschungsaktivitäten oder die Selbständigenquote unter Ausländern sowie die sektorale Verteilung und Schwerpunkte der ausländischen Selbständigkeit, deuten aber für Deutschland nicht ohne Weiteres darauf hin, dass die Zuwanderungen seit Mitte der fünfziger Jahre sowie die zukünftigen Immigrationen im allgemeinen die Angebotsbedingungen wesentlich verbessert hätten; letztlich hängt dies von der Alters-, Berufs- und sozioökonomischen Struktur der Zuwanderer ab.

Zusammenfassend ist aus den vorliegenden Untersuchungen zu schließen, dass die Zuwanderungen der Vergangenheit in ökonomischer und gerade auch in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht im Saldo positiv zu beurteilen sind und fiskalisch einen erheblichen Gewinn für die deutsche Volkswirtschaft darstellten. Vieles spricht dafür, dass entsprechende günstige Effekte auch von zukünftigen Immigrationen nach Deutschland ausgehen. Problematisch erscheinen nicht nur in ökonomischer, sondern auch in gesellschaftlicher Hinsicht die erheblichen Integrationsdefizite bei den ansässigen Ausländern der zweiten und dritten Generation (Fertig/Schmidt 2001a, Riphahn/Serfling 2002, Riphahn 2003: 711ff., von Loeffelholz 2003: 628ff. van Ours/Veenman 2003). Sie zeigen sich - trotz spürbarer Fortschritte in der jüngeren Vergangenheit - insbesondere im Bildungssystem und - daraus folgend - auf den Arbeitsmärkten.

## 5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Neuere Fiskalanalysen kommen für Deutschland und für die Niederlande bei Querschnitts- und Längsschnittbetrachtungen der von den Zuwanderern gezahlten Steuern und Abgaben auf der einen Seite und den von ihnen bezogenen Leistungen des Staates auf der anderen zu dem Ergebnis, dass der Leistungszufluss an die Migranten ihre jeweiligen Finanzierungsbeiträge übersteigt. Diese negative Bilanz bedeutet fiskalische Kosten für die Einheimischen, die sich entsprechend höheren Belastungen in Form höherer Abgaben und/oder eines geringeren staatlichen Leistungsangebots gegenübersehen.

In methodischer und empirischer Sicht müssen diese Untersuchungen indes erhebliche Vorbehalte gegen sich gelten lassen. Das an und für sich intelligente Konzept der „impliziten Steuer“ versucht, auf der Basis von Querschnittsdaten durch die Ermittlung von Barwerten die zukünftig zu erwartenden Leistungen des Staates zu berücksichtigen. Um überzeugend zu sein, müsste dieser Ansatz jedoch stringent durchgehalten werden, vor allem also auch hinsichtlich zukünftig zu erwartender Beiträge, die als Konsequenz heutiger Leistungen im Bildungssektor erwartet werden können.

Weitere wichtige Vorbehalte bestehen hinsichtlich der personalen Zurechnung der Kosten staatlicher Leistungen beim Angebot „öffentlicher Güter“ auf ihre Nutzer und Nutznießer. Der zur Zurechnung von monetären Transfers und kollektiven öffentlichen Gütern auf die Migranten bzw. die Einheimischen pauschal verwendete Durchschnittskostenansatz abstrahiert weitgehend von der differenzierten Leistungsstruktur der Fisci und Parafisci und somit davon, dass es unter dem Leistungsbukett der öffentlichen Hände Ausgaben gibt, die vom Zuzug und vom Aufenthalt von Migranten weitgehend unabhängig sind. Jeder Zuwanderer senkt ihre Durchschnittskosten bzw. bedeutet Kostenersparnisse für die Ansässigen.

Eine Übertragung der Resultate der niederländischen Studie, nach der die Zuwanderer auf Dauer mehr kosten als nützen, auf Deutschland verbietet sich zum einen wegen des auch hier verwendeten Kostenansatzes für alle realen Staatsleistungen gerade bei den auch in Holland beträchtlichen Ausgaben für die o.g. rein öffentlichen Güter. Zum anderen ist die ausgeprägtere Generosität des holländischen Sozialleistungssystems im Allgemeinen und der staatlichen Alters- einschließlich der Invalidenversicherung im Besonderen zu beachten.

Durch die jüngst vorgelegten deutschen Studien und durch die niederländische Arbeit werden die bisher vorliegenden Ergebnisse einer positiven fiskalischen Bilanz der Zuwanderung nach Deutschland und einer fiskalischen Entlastung der Einheimischen sowohl im Querschnitt als auch im Längsschnitt demnach keineswegs entscheidend in Frage stellt. Im Gegenteil: Es bestätigen sich auf einer aktuellen Datenbasis die länger schon bekannten gesamtwirtschaftlichen Größenordnungen: Die Einheimischen werden durch die Zuwanderung pro Jahr um ca. 1 % des Sozialprodukts bzw. 20 Mrd. € entlastet; mit ihnen können monetäre und reale Leistungen des Staates finanziert, Steuern und Abgaben gesenkt oder die Budgets konsolidiert werden. Diese günstige

Einschätzung gilt um so mehr, als auch die indirekten Effekte der Zuwanderung für die Arbeitsmärkte sowie für das Wirtschaftswachstum und den sektoralen Strukturwandel nicht auf spürbare „Kosten der Zuwanderer“ hindeuten.

Die vorliegende Expertise unterstreicht die Notwendigkeit einer „modernen“ Integrations- und Zuwanderungspolitik in Deutschland: Sie sollte auch darauf abzielen, die fiskalischen Vorteile und Nutzen vergangener bzw. zukünftiger Immigrationen von außerhalb der EU zu sichern und auszubauen. Dies bedeutet eine Politik, die die allfälligen Integrationsdefizite ansässiger Migranten adressiert und die zukünftige Zulassung zum (deutschen und damit zum EU-) Arbeitsmarkt – stärker als in der Vergangenheit – nach personalen und persönlichkeitspezifisch orientierten Kriterien steuert; im Vordergrund sollten dabei, wie im kanadischen Punktesystem bzw. bei der US-amerikanischen Visa-Erteilung, z.B. das Alter, eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung sowie Sprachkenntnisse und Bereitschaft zu Selbständigkeit und Unternehmertum stehen. Damit würden die Chancen für den Arbeitsmarkterfolg der zukünftigen Immigranten steigen und damit auch ihre fiskalischen Beiträge zum Gemeinwesen.

Mit Blick auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes wären zusätzlich bei schon länger ansässigen Migranten Qualifizierungsmaßnahmen zum Zwecke eines leichteren Zugangs zu anspruchsvolleren Arbeitsplätzen im tertiären Sektor zu verstärken; damit könnten auch die Arbeitsmarktrisiken verringert werden. Dies könnte längerfristig den sektoralen Strukturwandel beschleunigen und nicht nur die Arbeitslosenversicherung entlasten, sondern auch die anderen Zweige der Sozialversicherung durch zusätzliche Beitragseinnahmen und geringere Ausgaben. Mit Blick auf diese fiskalischen Gewinne der stärkeren Integration ist vor allem an Investitionen in das „Humankapital“ zu denken.

### Literaturverzeichnis

Barabas, G., A. Gieseck, U. Heilemann und H.D. von Loeffelholz (1992), Gesamtwirtschaftliche Effekte der Zuwanderung 1988 bis 1991. *RWI-Mitteilungen* 43: 133-153.

Bauer, Th.K. (2000), Arbeitsmarkteffekte der Zuwanderung nach Deutschland. *DIW Wochenbericht* 21. Berlin.

Bauer, Th.K. (2002), Migration, Sozialstaat und Zuwanderungspolitik. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 71: 249-271.

Bauer, Th.K., J. Haisken-DeNew, C.M. Schmidt (2004), International Labor Migration, Economic Growth, and Labor Markets: The Current State of Affairs. Mimeo: RWI-Essen.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2004), Migrationsbericht der Integrationsbeauftragten. Berlin und Bonn.

BMA (1997), EUROATLAS. Soziale Sicherheit im Vergleich. Bonn: BMA.

BMA (2003), Statistisches Taschenbuch 2003. Arbeits- und Sozialstatistik. Bonn: BMA.

Boeri, T., H. Brücker (2000), *The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Wages in the EU Member States*. Berlin and Mailand.

Bonin, H. (2001), Fiskalische der Zuwanderung nach Deutschland: eine Generationenbilanz. in: Migration in Europa. *Beihefte der Konjunkturpolitik* 52: 127-156.

Bonin, H. (2002), Eine fiskalische Gesamtbilanz der Zuwanderung nach Deutschland *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 71: 215-229.

Borjas, G.J. (1995), The Economic Benefits from Immigration. *Journal of Economic Perspectives* 9: 3-22.

Borjas, G.J., R.B. Freeman and L.F. Katz (1997), How much Have Immigration and Trade Affected the U.S. Job Market? *Brookings Papers on Economic Activity* 1, Washington, D.C.

Casanova, M., C. Dustmann, M. Fertig, I. Preston und C.M. Schmidt (2003), The Impact of EU Enlargement on Migration Flows. *Report commissioned by the Immigration and Nationality Directorate of the British Home Office*.

Collins, W. J., K.H. O'Rourke and J. G. Williamson (1997), *Were Trade and Factor Mobility Substitutes in History?* National Bureau of Economic Research Working Paper No. 6059.

DeNew, J.P. und K.F. Zimmermann (1994), Native Wage Impacts of Foreign Labor: A Random Effects Panel Analysis, *Journal of Population Economics* 7: 177-192.

DeNew, J.P. und K.F. Zimmermann (1999), Wage and Mobility Effects of Trade and Migration, in: Dewatripont, M., A. Sapir, K. und K. Sekkat (Hrsg.), *Trade and Jobs in Europe: Much Ado about Nothing?*, Oxford University Press, New York, 139-160.

Doomernik, J. (2003), Drittstaatenangehörige und Arbeitsimmigration in den Niederlanden. In: U. Heilemann und H.D von Loeffelholz (Hrsg.), 93-105.

Fertig, M. (2001), The Economic Impact of EU-Enlargement: Assessing the Migration Potential. *Empirical Economics* 26: 707-720.

Fertig, M. und C.M. Schmidt (2000a), Aggregate Level Migration Studies as a Tool for Forecasting Future Migration Streams. In: Djajic, Slobodan (Hrsg.), *International Migration: Trends, Policy and Economic Impact*. London: Routledge, 110-136.

Fertig, M. und C.M. Schmidt (2000b), Der "Wettlauf nach Westen" und die "Goldene Prognoseregeln" – Das Zuwanderungspotential aus Osteuropa. *ifo-Schnelldienst* 34/2000, ifo-München.

Fertig, M. und C.M. Schmidt (2001a), First- and Second-Generation Immigrants: What Do We Know and What Do People Think? In: Rotte, Ralph (Hrsg.), *Migration Policy and the Economy: International Experiences*. Neuried: Ars & Unitas, 179-218.

Fertig, M. und C.M. Schmidt (2001b), The European Migration Experience – Open Questions and Unresolved Issues. *Paper prepared for the House of Lords Select Committee on the European Union, Sub-Committee F (Social Affairs, Education and Home Affairs)*.

Fertig, M. und C.M. Schmidt (2002a), The Perception of Foreigners and Jews in Germany – A Structural Analysis of a Large Opinion Survey. *IZA Discussion Paper No. 431*, IZA-Bonn.

Fertig, M. und C.M. Schmidt (2002b), Mobility within Europe – The Attitudes of European Youngsters. *RWI-Discussion Paper No. 1*, RWI-Essen.

Friedberg, R.M., J. Hunt (1995), The Impact of Immigrants on Host Country Wages, Employment and Growth. *Journal of Economic Perspectives* 9: 23-44.

Giersch, H., H. Paqué und H. Schmieding (1994), The Fading Miracle. Four Decades of Market Economy in Germany. *Cambridge Surveys in Economic Policies and Institutions*. Cambridge: Cambridge Univ. Press. 128-150.

Gieseck, A. und H.D. von Loeffelholz (1994), Ausländische Selbständige: Entwicklung, Struktur, gesamtwirtschaftliche Bedeutung und Perspektiven. *RWI-Mitteilungen* 45: 345-368.

Gieseck, A., U. Heilemann, H.D. von Loeffelholz (1995), Economic Implications of Migration into the Federal Republic of German, 1988-1992. *International Migration Review* 29: 693-709.

Gokhale, J., B. Raffelhüschen, J. Walliser (1995), The Burden of German Unification: A General Accounting Approach. *Finanzarchiv* 52: 141-165.

Grüske, K.-D. (1978) Die personale Budgetinzidenz. *Abhandlungen zu den Wirtschaftlichen Staatswissenschaften* 14. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Haisken-DeNew, J.P. (1996), *Migration and the Inter-Industry Wage Structure in Germany*, Springer-Verlag.

Haisken-DeNew, J.P., F. Büchel, G. Wagner (1997), Assimilation and other Determinants of School Attainment in Germany: Do Immigrant Children Perform as well as Germans? *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 66: 169-179.

Hamermesh, D.S. (1993), *Labor Demand*. Princeton, NJ.

Heilemann, U., H.D. von Loeffelholz (2002), Möglichkeiten und Grenzen einer Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung nach Deutschland, *RWI-Mitteilungen* 53: 191 - 209.

Heilemann, U., H.D. von Loeffelholz (Hrsg.) (2003), Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung. Neuere deutsche Ansätze und internationale Erfahrungen., *RWI-Untersuchungen* 43.

Heilemann, U., H.D. von Loeffelholz, K. Sieveking (2002), Arbeitsmarktgesteuerte Zuwanderung. Szenarien der Zuwanderung sowie rechtliche und institutionelle Aspekte ihrer Steuerung. *RWI-Schriftenreihe* 68. Berlin: Duncker & Humblot (Gutachten für die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ des Deutschen Bundestags).

Hernold, P. und H.D. von Loeffelholz (2002), Berufliche Integration von Zuwandern, *RWI-Papiere* 81, RWI-Essen. (Gutachten für die Unabhängige Kommission Zuwanderung beim Bundesinnenministeriums; „Süssmuth-Kommission“).

Hönekopp, E. (1987), Rückkehrförderung und Rückkehr ausländischer Arbeitnehmer - Ergebnisse des Rückkehrförderungsgesetzes, der Rückkehrhilfe-Statistik und der IAB-Rückkehrerbefragung. In: E. Hönekopp (Hrsg.), Aspekte der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland. *Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 114: 287-341.

Junkernheinrich, M. (Hrsg.) (2004), Sonderbedarfe im bundesstaatlichen Finanzausgleich – Theorie, Methodik, Instrumente. Berlin: Analytika.

Kühl, J. (1987), Beschäftigungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland von 1973 bis 1987. Nürnberg: IAB.

Lamberts, W. (1976), Wachstum und Strukturbildung bei Ausländerbeschäftigung. *Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung* 38 Berlin: Duncker & Humblot.

Loeffelholz, H.D. von (1979), Die personale Inzidenz des Sozialhaushalts – ein theoretische und empirische Studie. *Abhandlungen zu den Wirtschaftlichen Staatswissenschaften* 15. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Loeffelholz, H.D. von (1988), Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftswachstum und staatliche Leistungen. *RWI-Mitteilungen* 39: 215-230.

Loeffelholz, H.D. von (1991), Der Beitrag der Ausländer zum wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland. *Eichholz-Briefe. Zeitschrift für politische Bildung*, 60-70.

Loeffelholz, H.D. von (2001), Kosten der Nicht-Integration von Migranten, in: Migration in Europa. *Beihefte der Konjunkturpolitik* 52: 191-212.

Loeffelholz, H.D. von (2002), Beschäftigung von Ausländern – Chance zur Erschließung von Personal- und Qualifikationsreserven, *IAB-Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 4/2002.

Loeffelholz, H.D. von (2004), Toward a “New” Immigration Policy in Germany. Comment to P. L. Martin, Germany: Managing Migration in the 21<sup>st</sup> Century. In: W.A. Cornelius, T. Tsuda, P.L. Martin, J. F. Hollifield (eds.), Controlling Immigration. A Global Perspective. 2nd Edition. Palo Alto, CA, Stanford University Press. Forthcoming.

Loeffelholz, H.D. von, A. Gieseck und H. Buch (1994), Ausländische Selbständige in der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung von Entwicklungsperspektiven in den neuen Bundesländern. *RWI-Schriftenreihe* 56. Berlin: Duncker & Humblot.

Loeffelholz, H.D. von, und G. Köpp (1998), Ökonomische Auswirkungen der Zuwanderungen nach Deutschland. *RWI-Schriftenreihe* 63. Berlin: Duncker & Humblot.

Loeffelholz, H.D. von und H. Rappen (2004), Einwohnerwertung und Finanzkraft. In: M. Junkernheinrich (Hrsg.), 207-220.

Loeffelholz, H.D. von und D. Thränhardt (1996), Kosten der Nichtintegration ausländischer Zuwanderer. Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) und des Instituts für Politikwissenschaften der

Universität Münster im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.

Martin, P.L. (2003), Erfahrungen der amerikanischen Zuwanderungspolitik mit Facharbeitern. In: U. Heilemann und H.D von Loeffelholz (Hrsg.), 51-71.

Martin, P.L., H.D. von Loeffelholz, T. Straubhaar (2002), Managing Immigration for Economic Growth: Germany and the United States in Comparative Perspective. *AICGS-Policy Report # 1*. The American Institute for Contemporary German Studies at the Johns Hopkins University, Washington DC, and Baltimore MD.

Micosatt, G., und M. Junkernheinrich (2004), Kosten der Kleinheit - Am Beispiel der Kosten der Politischen Führung. In: M. Junkernheinrich (Hrsg.), 231-246.

Miegel M. (1984), Arbeitsmarktpolitik auf Irrwegen. Stuttgart: Verlag Bonn aktuell.

Mühleisen, M., K. F. Zimmermann (1994), A Panel Analysis of Job Changes and Unemployment, *European Economic Review* **38**: 793-801.

OECD (ed.) (1997), *OECD Economic Survey*. United States. Paris: OECD

Ours, J.C.van, J. Veenman (2003), The educational attainment of second-generation immigrants in The Netherlands. *Journal of Population Economics* **16**: 739-753.

Papademetriou, D.G. (2003) Alles eine Frage der Ausgewogenheit: Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch eine besonnene Steuerung der Zuwanderung – eine grundsätzliche Betrachtung aus amerikanischer Perspektive. In: U. Heilemann und H.D von Loeffelholz (Hrsg.), 19-50.

Pischke, J.- S., J. Velling (1997), Employment Effects of Immigration to Germany: An Analysis Based on Local Labor Markets, *Review of Economics and Statistics* **79**: 594-604.

Recktenwald, H.C. (1980), Markt und Staat. Fundamente einer freiheitlichen Ordnung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Riphahn, R.T., O. Serfling (2002), Neue Evidenz zum Schulerfolg von Zuwanderern der zweiten Generation in Deutschland. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* **71**: 230-248.

Riphahn, R.T. (2003), Cohort effects in the educational attainment of second generation immigrants in Germany: An analysis of census data. *Journal of Population Economics* **16**: 711-737.

Roodenburg, H., R. Euwals, H. ter Reele (2003), Immigration and the Dutch Economy. The Hague: CPB.

Rothgang, M., und C.M. Schmidt (2003), The New Economy, the Impact of Immigration, and the Brain Drain. *Handbook of New Economy*.

Schmidt, C.M. (1994a), Country of Origin, Family Structure and Return Migration, *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 63: 119-125.

Schmidt, C.M. (1994b), Immigration Countries and Migration Research: The Case of Germany, in: Steinmann, G. and R. Ulrich (eds.), *The Economic Consequences of Immigration to Germany*. Heidelberg: Physica-Verlag, 1-19.

Schmidt, C.M. (1996), German Economic Growth After the Demise of Socialism: The Potential Contribution of East-West Migration, *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1996/2, 109-126.

Schmidt, C.M. (1997a), Immigrant Performance in Germany. Labor Earnings of Ethnic German Migrants and Foreign Guest-Workers, *Quarterly Review of Economics and Finance* 37: 379-397.

Schmidt, C.M. (2002), Sozialstaat und Migration – Empirische Evidenz und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 71: 173-186.

Schmidt, C.M. und C. Dustmann (2000), The Wage Performance of Immigrant Women: Full-Time Jobs, Part-Time Jobs, and the Role of Selection, *IZA Discussion Paper No. 233*, IZA-Bonn.

Schmidt, C.M. und K.F. Zimmermann (1992), Migration Pressure in Germany: Past and Future, in: Zimmermann, Klaus F. (Hrsg.), *Migration and Economic Development*, Berlin: Springer-Verlag, 201-220.

Schmidt, C.M. Stilz, A., und K.F. Zimmermann (1994), Mass Migration, Unions, and Government Intervention, *Journal of Public Economics* 55: 185-201.

Seitz, H. (2004), Agglomeration und Bevölkerungsdichte – Am Beispiel dünnbesiedelter Flächenländer Ostdeutschlands – In: M. Junkernheinrich (Hrsg.), 137-152.

Smith, J.P. and B. Edmonston (eds.) (1997), *The New Americans: Economic, Demographic, and Fiscal Effects of Immigration*. Washington, D.C.: National Research Council.

Ulrich, Ralf (1992), Der Einfluss der Zuwanderung auf die staatlichen Einnahmen und Ausgaben in Deutschland. *Acta demographica*: 189-208.

Unterrichtung durch die Bundesregierung (1985), *Jahrwirtschaftsbericht der Bundesregierung 1985*. Bundestagsdrucksache 60/85 vom 30.1.1985. Bonn: Bundestag.

Velling J. (1995) *Immigration und Arbeitsmarkt*. Schriftenreihe des ZEW, Bd. 6. Baden-Baden: Nomos.

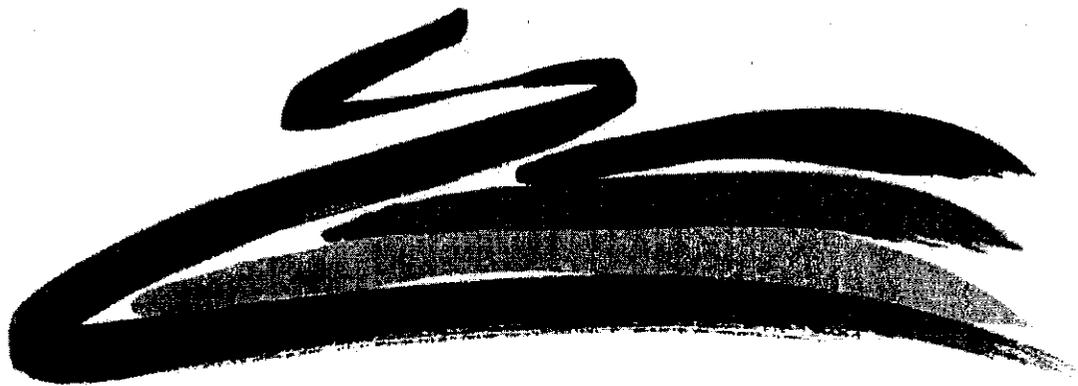
Werner, H. (1994), Integration ausländischer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt - Deutschland, Frankreich, Niederlande, Schweden -. In: H. Werner und W. Seifert, Die Integration ausländischer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt. *Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* **178**: 85-187.

Wissenschaftlicher Beirat beim BMF (2001). Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik: Konzepte für eine langfristige Orientierung der öffentlichen Haushalte. Bonn: BMF.

Zimmermann, K.F. (1993), *Ökonomische Konsequenzen der Migration für den heimischen Arbeitsmarkt*. Münchener wirtschaftswissenschaftliche Beiträge **93-16**, München.



# **Migration und Integration – Erfahrungen nutzen, Neues wagen**



**Jahresgutachten 2004  
des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration**

# Migration und Integration – Erfahrungen nutzen, Neues wagen

Jahresgutachten 2004  
des Sachverständigenrates für  
Zuwanderung und Integration

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Inhalt

Begriffsbestimmungen:

Wanderungen – Verwirrende Begriffsvielfalt

Einführung: Aufnahme- und Integrationskapazitäten –  
Rahmenbedingungen und Leitperspektiven

1	Daten und Trends des Wanderungsgeschehens	
1.1	Globale Migrationstrends.....	31
1.2	Daten und Trends des Wanderungsgeschehens in der EU .....	44
1.3	Zuwanderungsland Deutschland – Daten und Trends.....	54
2	Die Migrations- und Integrationspolitik der EU als Rahmen der deutschen Politik	
2.1	Entwicklungsstand .....	77
2.2	Entwicklungsperspektiven .....	86
3	Soziale Strukturbildung durch Migration und Integration	
3.1	Flüchtlinge und Vertriebene .....	91
3.2	„Gastarbeiter“ .....	94
3.3	Aussiedler und Spätaussiedler .....	99
3.4	Asylsuchende und andere Flüchtlinge.....	103
3.5	Andere Wanderungsformen .....	106
3.6	Illegale Migration .....	109
3.7	Migration und Integration in der DDR .....	110
4	Der demografische Kontext	
4.1	Die Folgen der demografischen Entwicklung erkennen und gestalten .....	115
4.2	Binnenwanderung und regionale Bevölkerungsentwicklung .....	121
4.3	Gezielte Zuwanderungssteuerung als Bestandteil einer umfassenden politischen Strategie .....	123
5	Die Steuerung der Zuwanderung	
5.1	Die bisherige Zuwanderungspolitik .....	125
5.2	Die Steuerung der arbeitsmarktbezogenen Zuwanderung .....	129
5.3	Die Steuerung der Asyl- und Fluchtzuwanderung .....	137
5.4	Die Steuerung der Zuwanderung von Spätaussiedlern .....	148
5.5	Die Steuerung der Zuwanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion ..	151
5.6	Die Steuerung des Familiennachzugs .....	153
5.7	Gruppenübergreifende Steuerungsinstrumente .....	158
5.8	Die Steuerung mit dem Zuwanderungsgesetz .....	160
5.9	Die Steuerung von Zuwanderung in anderen Staaten .....	164

6	Wirtschaftliche Notwendigkeit und Effekte der Zuwanderung	
6.1	Ein dynamischer Arbeitsmarkt benötigt Zuwanderung.....	180
6.2	Offenheit führt zu zusätzlicher wirtschaftlicher Dynamik .....	201
6.3	Auswirkungen der Migration auf Löhne und Beschäftigung .....	205
6.4	Einwanderung in die Sozialsysteme? .....	211
6.5	Arbeitsmarktorientierte Zuwanderung: ergänzende Gestaltungsvorschläge .....	215
7	Integration: Chancen und Herausforderungen	
7.1	Integration: Zuständigkeiten und Aufgabenwahrnehmung .....	244
7.2	Kulturelle Vielfalt: Bildung, Erziehung und Sprache .....	255
7.3	Ausbildung und Beruf .....	278
7.4	Wohnbereich .....	301
7.5	Integration in den Kommunen.....	313
7.6	Integrationsförderung durch die Zivilgesellschaft .....	321
7.7	Integrationspolitik anderer Staaten.....	329
7.8	Integrationsförderung in Deutschland .....	333
8	Besondere Konfliktbereiche bei der Migrationssteuerung und der Integrationsgestaltung	
8.1	Illegale Zuwanderung und illegaler Aufenthalt .....	348
8.2	Menschenhandel .....	363
8.3	Kriminalität von Migranten.....	367
8.4	Zuwanderung, Terrorismus und innere Sicherheit.....	374
8.5	Nicht-Akzeptanz von Zuwanderern .....	380
8.6	Diskriminierung von Zuwanderern .....	385
8.7	Ausländerfeindlichkeit und Kriminalität gegen Zuwanderer .....	389
9	Zur Notwendigkeit aussagekräftiger Indikatoren und Datengrundlagen	
9.1	Wie die informationelle Infrastruktur bei der Gestaltung von Zuwanderung und Integration helfen kann.....	396
9.2	Internationaler Vergleich: Indikatorensysteme zur Einschätzung von Migrations- und Integrationspotenzialen .....	406
9.3	Datensituation in Deutschland: Migrations- und Integrationspolitik „im Blindflug“ .....	414
9.4	Ausblick .....	426
	Zusammenfassung	
	Angehörte Personen	
	Gutachten	
	Verzeichnis der Abbildungen	
	Verzeichnis der Tabellen	
	Abkürzungsverzeichnis	
	Literaturverzeichnis	
	Stichwortverzeichnis	
	Die Mitglieder des Zuwanderungsrates	

Die Datei dieser Broschüre wird auf Anfrage gern von der Geschäftsstelle der Enquetekommission versandt.